

Einleitung

Seit 1991 ist Südosteuropa, insbesondere Jugoslawien, verstärkt in das internationale Rampenlicht gerückt. Der Krieg um Kroatien und Slowenien weitete sich 1992-1995 auf Bosnien-Herzegowina aus. Er forderte hunderttausende Opfer; Millionen Menschen wurden zur Flucht gezwungen. Das vorläufig letzte Kapitel bildete im Frühjahr 1999 der NATO-Krieg gegen Rest-Jugoslawien um das Kosovo. Mittlerweile sind Bosnien-Herzegowina und das Kosovo auf unabsehbare Zeit unter das Protektorat von NATO-Truppen gestellt worden. Am Anfang dieser Entwicklung stand die unter massivem Druck der deutschen Regierung international durchgesetzte völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1991, die zur Auflösung der jugoslawischen Föderation führte. Die deutsche Anerkennungs politik, der erste außenpolitische Alleingang einer deutschen Regierung nach 1945, wurde in der ausländischen Presse 1992/93 als auslösender bzw. beschleunigender Faktor für den im Frühjahr 1992 beginnenden Krieg in Bosnien-Herzegowina gewertet. Dabei warfen internationale Kommentatoren vereinzelt Schlaglichter auf die Geschichte der deutschen Südosteuropapolitik. Erinnert wurde u. a. an den zweimaligen deutschen Angriff auf Serbien bzw. Jugoslawien in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, an den von 1941-1945 existierenden deutschen Satellitenstaat Kroatien oder an das Bagdadbahn-Projekt des wilhelminischen Imperialismus.¹ Währenddessen griff auch die deutsche Presse auf die Geschichte zurück. Sie zielte darauf, die Auflösung Jugoslawiens historisch zu legitimieren. Jugoslawien galt dabei plötzlich als nicht existenzfähiges, multinationales und "künstliches" Produkt der "Pariser Vorortverträge" von 1919. Im selben Atemzug wurde betont, daß Kroatien und Slowenien traditionell zum von Deutschland beeinflussten Kulturraum "Mitteleuropa" und nicht zum "Balkan" gehören würden.² Trotz dieser

¹ Vgl. u. a. Rosenzweig, Luc, L'Allemagne, puissance protectrice des Sloenes et des Croates, in: Le Monde, 4. 7. 1991; Vernet, Daniel, Le retour de la "question allemande", in: Le Monde, 23. 12. 1991; Hehn, Jochen, Furcht vor germanischer Einflußnahme wächst, in: Die Welt, 3. 7. 1991; Newhouse, John, Bonn, der Westen und die Auflösung Jugoslawiens. Das Versagen der Diplomatie - Chronik eines Skandals, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/1992.

² Vgl. u. a. Kremp, Herbert, Der Eurokraten-Hochmut und das lästige Menschenrecht, in: Die Welt, 3. 7. 1991; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Panzerkommunismus, 29. 6. 1991; Leicht, Robert, Vom Völkerfrühling zum Bürgerkrieg? in: Die Zeit, 5. 7. 1991.

Schlaglichter blieben Analysen zur aktuellen deutschen Südosteuropapolitik bisher weitgehend geschichtslos. Eine umfassende Darstellung der Südosteuropapolitik des Deutschen Reiches in den Epochen des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die Voraussetzung für die Frage nach historischen Bezügen bzw. Kontinuitäten der heutigen Politik wäre, liegt bis heute nicht vor. Dabei weist die Politik des zwischen 1871 und 1945 bestehenden Deutschen Reiches, wie bereits Nipperdey betonte, eine hohe Kontinuität auf, "das ist zumal für jeden ausländischen Beobachter geradezu aufdringlich."³

Nach der heute leider kaum noch beachteten, in den sechziger Jahren geführten Diskussion um Fritz Fischers Analysen zu den deutschen Großmachtinteressen vor 1914 und zur deutschen Verantwortung für den Ersten Weltkrieg und den von Fischer⁴ im Anschluß fortgezogenen Linien bis 1945, bleibt festzuhalten, daß die 74jährige Geschichte des deutschen Nationalstaates von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine Einheit bildet und daß insbesondere im Bereich der Außenpolitik zahlreiche Kontinuitäten zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus unübersehbar sind.⁵ Fischer hat eindrucksvoll gezeigt, daß die deutsche Politik nach der Reichsgründung einen expansiven Kurs einschlug, um mit Hilfe von Wirtschaftsimperialismus, Rüstung, verstärktem Einfluß in Südosteuropa und Kolonialpolitik den Durchbruch zur Weltmacht unter Inkaufnahme eines Weltkrieges zu erzwingen.⁶ Er stellte dabei u. a. überzeugend dar, daß die Realisierung eines unter deutscher Führung stehenden "Weltwirtschaftsraumes

³ Nipperdey, Thomas, 1933 und Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Nr. 277, 1978, S. 94.

⁴ Vgl. Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1971; ders., Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969; ders., Hitler war kein Betriebsunfall, München 1992; ders., Zum Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte von Bismarck bis Hitler, in: ders., Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus, Düsseldorf 1977.

⁵ Vgl. Mitrovic, Andrej, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, in: Balcanica. Annuaire de l'Institut des Etudes Balcaniques, Belgrad, Bd. 8 (1977), S. 562f.

⁶ Vgl. Jacobsen, Hans-Adolf, Anmerkungen zum Problem der Kontinuität deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Joachim Hütter/ Reinhard Meyers/Dietrich Papenfuss, Köln/Berlin/Bonn/München 1975, S. 1.

Mitteleuropa" eine wesentliche Motivation der deutschen Kriegsführung bildete. Da Fischer und seine Schüler⁷ sich jedoch allgemein mit deutschen Großmachtplänen und dem "Bündnis der Eliten" von 1871-1945 beschäftigten, blieben ihre Darstellungen der deutschen Südosteuropapolitik fragmentarisch. Dies gilt im übrigen in ähnlicher Weise für die Historiographie der DDR. Offen blieb daher bisher die Frage, ob auch von einer Kontinuität deutscher Südosteuropapolitik gesprochen werden kann, d. h. ob konstante Linien deutscher Interessen und tradierter ideologischer Legitimationsmuster deutscher Großmachtpolitik in dieser Richtung festzustellen sind. In Anknüpfung an die Forschung der Fischer-Schule und an die verdienstvollen Zusammenstellungen deutscher Planungspapiere zur deutschen Europa- und Weltpolitik von 1840-1945 von Reinhard Opitz⁸, Ludwig Nestler⁹, Wolfgang Schumann¹⁰, Martin Seckendorf¹¹, Dietrich Eichholtz¹² und Gerhart Hass¹³ soll in dieser Dissertation der Frage möglicher Kontinuitäten deutscher Südosteuropakonzepte nachgegangen werden. Zu fragen ist nach bleibenden und schwindenden Zielsetzungen und nach personellen und institutionellen Identitäten über die Phasen Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus hinweg.¹⁴ Zu untersuchen ist die Interdependenz zwi-

⁷ Vgl. u. a. Geiss, Imanuel, Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München/Zürich 1990; Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln/Berlin 1966.

⁸ Vgl. Opitz, Reinhard (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977.

⁹ Vgl. Nestler, Ludwig/Schumann, Wolfgang (Hg.), Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, Berlin (DDR) 1975.

¹⁰ Schumann, Wolfgang (Hg.), Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1973.

¹¹ Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Band 6. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), herausgegeben vom Bundesarchiv, Dokumentenauswahl und Einleitung von Martin Seckendorf, Berlin/Heidelberg 1992.

¹² Vgl. Eichholtz, Dietrich/Schumann, Wolfgang (Hg.), Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1969.

¹³ Hass, Gerhart/Schumann, Wolfgang, Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1972.

¹⁴ Vgl. Hillgruber, Andreas, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: Grundfragen

schen politischen und wirtschaftlichen Plänen, der tatsächlichen Entwicklung des Außenhandels und der Außenpolitik und der dazu formulierten öffentlichen Meinung. Dabei sollen schwerpunktmäßig langfristige Planungskonzepte und ideologische Legitimationschriften und weniger tagespolitische Stellungnahmen und diplomatische Bekenntnisse dargestellt und analysiert werden.

Gefragt werden muß in diesem Kontext, was unter "Kontinuität" zu verstehen ist? Läßt sich von ihr sprechen, wenn ein Stadium politischer Entwicklung "logisch" und "notwendig" die Konsequenz des Vorhergehenden gewesen ist? Ist Kontinuität in erster Linie die Fortsetzung alter, tradiertter Maximen? Oder hängt sie mit dem, Selbstverständnis der Führungseliten zusammen, d. h. ist von Kontinuität auszugehen, wenn die verantwortlichen Politiker sich bemühen, ihr Programm im Sinne ihrer Vorgänger fortzusetzen oder Vergangenes bewahren wollen?¹⁵

Bei der Frage nach Kontinuitäten droht die Überbewertung von Einzelerscheinungen und von vielleicht Zufälligem. Deshalb muß die Notwendigkeit betont werden, sozialgeschichtliche und wirtschaftlich-materielle Faktoren mit außenpolitischen und militärischen Zielen sowie legitimatorischen Ideologemen zu verknüpfen und in ihrer Bedeutung zu gewichten. Kontinuität darf weder ignoriert noch als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Sinnvoll können Kontinuitätshypothesen nur dann angewandt werden, wenn spezifische Wirkungszusammenhänge der Geschichte hervorgehoben werden und sich Linien erkennen lassen.¹⁶

Diese Untersuchung erhebt nicht den Anspruch, als Analyse der gesamten deutschen Südosteuropapolitik von 1840-1945 zu gelten. Im Mittelpunkt der Analyse stehen langfristige Konzeptionen und deren ideologische Begründungsmuster, die im Kontext der ökonomischen Grundbedingungen und der politischen Verhältnisse betrachtet werden. Dabei ist die Frage leitend, inwiefern sich Kontinuitäten in den Zielsetzungen und ihren Begründungen von 1840-1945 zeigen und wo Brüche bzw. Veränderungen festzustellen sind.

Der Zeitraum von 1840-1945 ist nicht willkürlich gewählt. Bereits in den ersten Grundlegungen einer deutschen Nationalökonomie in

der deutschen Aussenpolitik seit 1871, herausgegeben von Gilbert Ziebura, Darmstadt 1975, S. 19.

¹⁵ Vgl. Jacobsen, a. a. O., S. 3.

¹⁶ Vgl. Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M.-Bern 1983, S. 5.

den 1840er Jahren wurde ein mögliches Ausgreifen der deutschen Wirtschaft auf Südosteuropa thematisiert. Diese Pläne bilden den Ausgangspunkt der Untersuchung. Einhundert Jahre später bedeutete die Niederwerfung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in Europa durch die Truppen der Alliierten auch einen Einschnitt für die deutschen Südosteuropaplanungen, da sich Bulgarien und Rumänien in das System des Warschauer Paktes integrierten, während die jugoslawische Regierung den Weg der Blockfreiheit und eines eigenständigen Sozialismus wählte. Ob und, wenn ja, in welcher Weise, die deutsche Politik nach der Auflösung des Ostblocks und der Zersplitterung des jugoslawischen Staates nach 1989 an alte Südosteuropa-Pläne anknüpft, muß als Forschungsdesiderat zukünftigen Untersuchungen überlassen bleiben.

Wenn in dieser Dissertation von Südosteuropa die Rede ist, so umfaßt dieser Begriff die Länder Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Der Verfasser erhebt damit nicht den Anspruch einer korrekten geographischen Eingrenzung, die generell in der Forschung strittig ist. So wird von manchen AutorInnen z. B. Ungarn zu Südosteuropa gerechnet, während andere es als Teil Zentral- oder Osteuropas betrachten. Die weitgehende Ausblendung von Albanien, Griechenland und der Türkei ergibt sich nicht aus geographischen Gründen, sondern aufgrund der Schwerpunktsetzungen der deutschen Konzepte. Die Hauptlinien, entlang derer die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa zwischen 1840 und 1945 erfolgte, waren die Donau und die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fertiggestellte Eisenbahnstrecke von Berlin über Wien, Budapest, Belgrad und Sofia nach Konstantinopel (heute Istanbul), die später zur Bagdadbahn erweitert wurde. Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien wurden und werden von diesen beiden Verkehrsadern durchzogen. Demgegenüber gab es lange Zeit keine zureichenden deutschen Verkehrsverbindungen nach Griechenland und Albanien. Eine Ausweitung deutschen Einflusses in Griechenland war auch aus historischen Gründen schwieriger als in den übrigen südosteuropäischen Ländern. Der griechische Staat erreichte seine Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich 1830, d. h. einige Jahrzehnte vor der deutschen Nationalstaatsbildung. Griechenland geriet dabei früh unter den bestimmenden wirtschaftlichen Einfluß Frankreichs und vor allem Großbritanniens. Aufgrund der mediterranen Ausrichtung Griechenlands konnten sich die Seemächte Großbritannien und Frankreich dort lange gegenüber

dem Deutschen Reich behaupten. Erst die Okkupation im Jahre 1941 unterwarf Griechenland für einige Jahre deutscher Herrschaft. Die Gründung des Staates Albanien setzten die deutsche und die österreichische Regierung demgegenüber auf der Londoner Konferenz von 1913 in erster Linie durch, um Serbien und seinem Bündnispartner Rußland einen Hafen an der Adria zu verwehren. In der Folge wurde das kleine und ökonomisch wenig lukrative Land bis 1943 weitgehend italienischer "Schutzherrschaft" überlassen. Das wirtschaftliche und strategische Interesse Deutschlands am Osmanischen Reich bzw. ab 1918 an der Türkei erfordert eigenständige Untersuchungen.¹⁷ Hier soll das Osmanische Reich ausschließlich im Gesamtzusammenhang der deutschen Südosteuropapläne bis 1918 einbezogen werden.

Angesichts des Stellenwertes, die der deutschen Südosteuropapolitik für die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zukommt, muß die Forschungsleerstelle bezüglich einer umfassenden Darstellung erstaunen. Während für den Zeitraum von 1840-1945 oder 1871-1945 umfassende Analysen der deutschen Südosteuropapolitik, ihrer wirtschaftlichen Beweggründe und ihrer ideologischen Legitimationen bisher, wie erwähnt, nicht vorliegen, kann zumindest auf zwei diesen Zeitraum umspannende Untersuchungen zu deutschen "Mitteleuropa"-Konzepten zurückgegriffen werden, die vom amerikanischen Wissenschaftler Henry Cord Meyer und dem französischen Historiker Jacques Droz vorgelegt wurden.¹⁸ Die materialreichen Darstellungen dieser beiden Forscher bieten u. a. zahlreiche Quellen deutscher Südosteuropainteressen und deren ideologischer Legitimationsformen.

Hinsichtlich der in deutschen "Mitteleuropa"-Plänen enthaltenen imperialistischen Zielsetzungen bleiben beide Forscher jedoch weitgehend unkritisch. Während Meyer eine politische Relevanz deutscher "Mitteleuropa"-Pläne vor 1915, d. h. vor dem großen publizistischen Erfolg des gleichnamigen Buches von Friedrich Naumann¹⁹ bestreitet und dessen Wirkung allein auf die Kriegserfahrung, vor allem die Blockade des deutschen Überseehandels durch die britische Flotte zurückführt, sucht Droz in den Konzepten, in Verken-

¹⁷ Hierzu liegt u. a. vor: Rathmann, Lothar, Stoßrichtung Nahost, Berlin (DDR) 1963; Earle, Edward Mead, Turkey, The Great Powers and the Bagdad Railway, New York 1966.

¹⁸ Vgl. Meyer, Henry Cord, Mitteleuropa in German thought and action, The Hague 1955; Droz, Jacques, L'Europe Centrale. Évolution historique de l'Idée de "Mitteleuropa", Paris 1960.

¹⁹ Vgl. Naumann, Friedrich, Mitteleuropa, Berlin 1915.

nung ihrer imperialistischen Implikationen, postive Ansätze für die Verwirklichung eines gleichberechtigten föderalistischen Zusammenschlusses der Länder Ost- und Südosteuropas mit Deutschland und Österreich.

In der vorliegenden Dissertation wird der Begriff "Mitteleuropa" durchgängig in Anführungszeichen gesetzt, da er in Deutschland nicht allein als geographische Bezeichnung, sondern als ideologische Parole verwendet wurde und wird. "Mitteleuropa" steht in zahlreichen Schriften als Synonym für einen deutschen Herrschafts- bzw. Hegemonialanspruch über weite Teile Zentral-, Ost- und Südosteuropas. Bereits Wolfgang Mommsen verwies darauf, daß sich die "Mitteleuropaidee" seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr "zu einem Kampfbegriff verengte", mit dem deutsche Autoren formelle und informelle imperialistische Ziele zu legitimieren suchten.²⁰ In der Nachkriegszeit von 1945 bis zur Erosion des Ostblocks in den achtziger Jahren verschwand dieser Begriff aus der politischen Diskussion. Heute ist er, weitgehend unhinterfragt wieder gebräuchlich.²¹

Im engen oder erweiterten Kreis deutscher "Mitteleuropa"-Konzepte rückte Südosteuropa immer wieder in das Blickfeld deutscher Planer und Ideologen. Hinsichtlich einzelner Phasen oder Aspekte liegen kritische Analysen vor, auf die in der Arbeit zurückgegriffen

²⁰ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan, u. a., Wien 1995, S. 3.

²¹ Erstmals nachgewiesen ist die Bezeichnung "Mitteleuropa" in der Literatur in der geographischen Abhandlung von August Zeune: Erdansichten oder Abriß einer Geschichte der Erdkunde, Berlin 1815. Der Autor faßt unter "Mitteleuropa" das Karpatenland, das "Land der Deutschen" und Frankreich. Im auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa bezogenen, mit deutschen Hegemonialvorstellungen verknüpften Sinne wird "Mitteleuropa" erstmals in der Schrift von G. B. Mendelssohn, Das germanische Europa, Berlin 1836 verwandt. Mendelssohn spricht auch vom "subgermanischen Osteuropa", das im Süden bis Belgrad und im Südosten bis an das Schwarze Meer reiche. (Vgl. zu dieser Frage u. a. Henderson, W. O., Mitteleuropäische Zollvereinspläne 1840-1940, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Nr. 122 (1966), S. 131; Berg, Heino/ Burmeister, Peter (Hg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990; Loesch, Karl C., Was ist Mitteleuropa? in: Volk und Reich, 12. Jg., 1936, Heft 2, S. 85ff.; Riedl, Richard, Mitteleuropa oder Zentraleuropa? in: Volk und Reich, 13. Jg., 1937, Heft 12, S. 797ff.; Hofmann, Josef Wilhelm, Der Mitteleuropagedanke von 1848. Seine Grundlagen und seine Richtungen im politischen Schrifttum seiner Zeit, Diss., Würzburg 1940).

wird. Dies gilt jedoch im weit stärkeren Maße für den Zeitraum der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts als für die letzte Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mit Ausnahme der erwähnten Untersuchungen von Meyer und Droz, den Darstellungen von Imanuel Geiss²² und den Dokumentensammlungen von Opitz und Nestler/Schumann blieb der Zeitraum von 1840-1890 bisher weitgehend ausgespart. Von hohem Forschungswert sind daher die bereits vor und während des Ersten Weltkrieges vorgelegten Studien zu den Ambitionen des Pangermanismus in Ost- und Südosteuropa des französischen Journalisten Chéradame²³ und des späteren tschechischen Präsidenten Masaryk²⁴. Für die Phase von 1914-1918 sind neben den Arbeiten von Fischer und Geiss und den Dokumentensammlungen von Opitz, Nestler und Schumann vor allem die Untersuchungen des DDR-Historikers Gutsche²⁵ zu nennen. Für den Zeitraum der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Periode liegen demgegenüber zahlreiche Veröffentlichungen vor, die sich entweder mit der gesamten deutschen Südosteuropapolitik oder mit einzelnen Ländern, inhaltlichen Aspekten oder planenden Institutionen, wie dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, beschäftigen. Exemplarisch für die Weimarer Republik seien hier die Analysen von Höpfner²⁶ und Seckendorf²⁷ hervorgehoben. Für die PPhase des Nationalsozialismus können in dieser Dissertation u. a. Quellen aus den von DDR-Historikern zusammengestellten Dokumentenbänden "Griff nach Südosteuropa", "Anatomie der Aggression", "Ana-

²² Vgl. u. a. Geiss, Imanuel, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O.; ders. Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, München/Wien 1978.

²³ Vgl. u. a. Chéradame, Andre, The Pangerman Plot unmasked, New York 1917.

²⁴ Vgl. u. a. Masaryk, Thomas G., Pangermanism and the Eastern Question, in: The New Europe, 1916, pp. 2-19.

²⁵ Vgl. u. a. Gutsche, Willibald, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20 (1972); ders., Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977; ders., Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus vom Ende des 19. Jahrhunderts zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977.

²⁶ Vgl. Höpfner, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, a. a. O.

²⁷ Vgl. Seckendorf, Martin, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34 unter besonderer Berücksichtigung der nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 entwickelten Konzeption, Diss., Berlin (DDR) 1980.

tomie des Krieges" und "Europa unterm Hakenkreuz" herangezogen werden. Nicht zuletzt hat der jugoslawische Wissenschaftler Mitrovic für die Phasen der Weimarer Republik und den Nationalsozialismus wertvolle Untersuchungen zur deutschen Südosteuropapolitik vorgelegt und sich dabei mit der Frage nach Kontinuitäten und Brüchen beschäftigt.²⁸

Die Forschung zur deutschen Südosteuropapolitik konzentriert sich bisher eindeutig auf die Periode des Ersten Weltkrieges und noch mehr auf die Phase des Nationalsozialismus. Verknüpfungen mit den Südosteuropaplänen und den polit-ökonomischen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der die deutsche Wirtschaftsexpansion begann, wurden kaum vorgenommen. Eine mögliche Erklärung mag darin liegen, daß die Forschung zum deutschen Kolonialismus und Imperialismus sich seit jeher schwerpunktmäßig auf die überseeische Expansion Deutschlands konzentrierte. Der Blick der Forschung zum deutschen Imperialismus richtete sich für die Zeit vor 1914 fast ausschließlich auf die Politik in den direkten Kolonien in Afrika. Da die Staaten Südosteuropas nicht als direkte Kolonien okkupiert und verwaltet wurden, sondern Deutschland dort in der Zeit vor und zwischen den beiden Weltkriegen das indirekte Mittel der *Pénétration pacifique* zur wirtschaftlichen, politischen und militärischen Nutzbarmachung des Osmanischen Reiches, Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und später Jugoslawiens wählte, wurden deutsche Südosteuropapläne hinsichtlich darin enthaltener Motivationen und Hintergründe für die vom Deutschen Reich zu verantwortenden Weltkriege des 20. Jahrhunderts bisher kaum reflektiert. Wenn jedoch nach Wehler Imperialismus als "die direkt formelle oder indirekt-informelle Herrschaft, die von einem entwickelten Land auf Grund seiner sozialökonomisch-technologisch-militärischen Überlegenheit über unterentwickelte Regionen ausgeübt wird"²⁹, zu gelten hat, können die Einflußnahme Deutschlands in Südosteuropa und die ihr zugrunde liegenden Pläne für die Zeit vor 1914 und zwischen 1919 und 1933 nicht außer acht gelassen werden. In dieser Untersuchung soll deshalb den Linien deutscher Südosteuropakonzep-

²⁸ Vgl. u. a. Mitrovic, Andrej, *Ergänzungswirtschaft. The theory of an integrated economic area of the third reich and southeast europe (1933-1945)*, in: *The third Reich and Yugoslavia 1933-1945*, edited by the Institute of Contemporary History, Belgrade 1977; ders., *Kontinuität und Diskontinuität*, a. a. O.

²⁹ Wehler, Hans-Ulrich, *Bismarck und der Imperialismus*, 4. Auflage, München 1976, S. 23.

te und ihrer ideologischen Legitimationsformen von 1840 bis 1945 nachgegangen werden.

Einleitung

Seit 1991 ist Südosteuropa, insbesondere Jugoslawien, verstärkt in das internationale Rampenlicht gerückt. Der Krieg um Kroatien und Slowenien weitete sich 1992-1995 auf Bosnien-Herzegowina aus. Er forderte hunderttausende Opfer; Millionen Menschen wurden zur Flucht gezwungen. Das vorläufig letzte Kapitel bildete im Frühjahr 1999 der NATO-Krieg gegen Rest-Jugoslawien um das Kosovo. Mittlerweile sind Bosnien-Herzegowina und das Kosovo auf unabsehbare Zeit unter das Protektorat von NATO-Truppen gestellt worden. Am Anfang dieser Entwicklung stand die unter massivem Druck der deutschen Regierung international durchgesetzte völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1991, die zur Auflösung der jugoslawischen Föderation führte. Die deutsche Anerkennungs politik, der erste außenpolitische Alleingang einer deutschen Regierung nach 1945, wurde in der ausländischen Presse 1992/93 als auslösender bzw. beschleunigender Faktor für den im Frühjahr 1992 beginnenden Krieg in Bosnien-Herzegowina gewertet. Dabei warfen internationale Kommentatoren vereinzelt Schlaglichter auf die Geschichte der deutschen Südosteuropapolitik. Erinnert wurde u. a. an den zweimaligen deutschen Angriff auf Serbien bzw. Jugoslawien in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, an den von 1941-1945 existierenden deutschen Satellitenstaat Kroatien oder an das Bagdadbahn-Projekt des wilhelminischen Imperialismus.¹ Währenddessen griff auch die deutsche Presse auf die Geschichte zurück. Sie zielte darauf, die Auflösung Jugoslawiens historisch zu legitimieren. Jugoslawien galt dabei plötzlich als nicht existenzfähiges, multinationales und "künstliches" Produkt der "Pariser Vorortverträge" von 1919. Im selben Atemzug wurde betont, daß Kroatien und Slowenien traditionell zum von Deutschland beeinflussten Kulturraum "Mitteleuropa" und nicht zum "Balkan" gehören würden.² Trotz dieser

¹ Vgl. u. a. Rosenzweig, Luc, L'Allemagne, puissance protectrice des Sloenes et des Croates, in: Le Monde, 4. 7. 1991; Vernet, Daniel, Le retour de la "question allemande", in: Le Monde, 23. 12. 1991; Hehn, Jochen, Furcht vor germanischer Einflußnahme wächst, in: Die Welt, 3. 7. 1991; Newhouse, John, Bonn, der Westen und die Auflösung Jugoslawiens. Das Versagen der Diplomatie - Chronik eines Skandals, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 10/1992.

² Vgl. u. a. Kremp, Herbert, Der Eurokraten-Hochmut und das lästige Menschenrecht, in: Die Welt, 3. 7. 1991; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Panzerkommunismus, 29. 6. 1991; Leicht, Robert, Vom Völkerfrühling zum Bürgerkrieg? in: Die Zeit, 5. 7. 1991.

Schlaglichter blieben Analysen zur aktuellen deutschen Südosteuropapolitik bisher weitgehend geschichtslos. Eine umfassende Darstellung der Südosteuropapolitik des Deutschen Reiches in den Epochen des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die Voraussetzung für die Frage nach historischen Bezügen bzw. Kontinuitäten der heutigen Politik wäre, liegt bis heute nicht vor. Dabei weist die Politik des zwischen 1871 und 1945 bestehenden Deutschen Reiches, wie bereits Nipperdey betonte, eine hohe Kontinuität auf, "das ist zumal für jeden ausländischen Beobachter geradezu aufdringlich."³

Nach der heute leider kaum noch beachteten, in den sechziger Jahren geführten Diskussion um Fritz Fischers Analysen zu den deutschen Großmachtinteressen vor 1914 und zur deutschen Verantwortung für den Ersten Weltkrieg und den von Fischer⁴ im Anschluß fortgezogenen Linien bis 1945, bleibt festzuhalten, daß die 74jährige Geschichte des deutschen Nationalstaates von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine Einheit bildet und daß insbesondere im Bereich der Außenpolitik zahlreiche Kontinuitäten zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus unübersehbar sind.⁵ Fischer hat eindrucksvoll gezeigt, daß die deutsche Politik nach der Reichsgründung einen expansiven Kurs einschlug, um mit Hilfe von Wirtschaftsimperialismus, Rüstung, verstärktem Einfluß in Südosteuropa und Kolonialpolitik den Durchbruch zur Weltmacht unter Inkaufnahme eines Weltkrieges zu erzwingen.⁶ Er stellte dabei u. a. überzeugend dar, daß die Realisierung eines unter deutscher Führung stehenden "Weltwirtschaftsraumes

³ Nipperdey, Thomas, 1933 und Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Nr. 277, 1978, S. 94.

⁴ Vgl. Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1971; ders., Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969; ders., Hitler war kein Betriebsunfall, München 1992; ders., Zum Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte von Bismarck bis Hitler, in: ders., Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus, Düsseldorf 1977.

⁵ Vgl. Mitrovic, Andrej, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, in: Balcanica. Annuaire de l'Institut des Etudes Balcaniques, Belgrad, Bd. 8 (1977), S. 562f.

⁶ Vgl. Jacobsen, Hans-Adolf, Anmerkungen zum Problem der Kontinuität deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Joachim Hütter/ Reinhard Meyers/Dietrich Papenfuss, Köln/Berlin/Bonn/München 1975, S. 1.

Mitteleuropa" eine wesentliche Motivation der deutschen Kriegsführung bildete. Da Fischer und seine Schüler⁷ sich jedoch allgemein mit deutschen Großmachtplänen und dem "Bündnis der Eliten" von 1871-1945 beschäftigten, blieben ihre Darstellungen der deutschen Südosteuropapolitik fragmentarisch. Dies gilt im übrigen in ähnlicher Weise für die Historiographie der DDR. Offen blieb daher bisher die Frage, ob auch von einer Kontinuität deutscher Südosteuropapolitik gesprochen werden kann, d. h. ob konstante Linien deutscher Interessen und tradierter ideologischer Legitimationsmuster deutscher Großmachtpolitik in dieser Richtung festzustellen sind. In Anknüpfung an die Forschung der Fischer-Schule und an die verdienstvollen Zusammenstellungen deutscher Planungspapiere zur deutschen Europa- und Weltpolitik von 1840-1945 von Reinhard Opitz⁸, Ludwig Nestler⁹, Wolfgang Schumann¹⁰, Martin Seckendorf¹¹, Dietrich Eichholtz¹² und Gerhart Hass¹³ soll in dieser Dissertation der Frage möglicher Kontinuitäten deutscher Südosteuropakonzepte nachgegangen werden. Zu fragen ist nach bleibenden und schwindenden Zielsetzungen und nach personellen und institutionellen Identitäten über die Phasen Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus hinweg.¹⁴ Zu untersuchen ist die Interdependenz zwi-

⁷ Vgl. u. a. Geiss, Imanuel, Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München/Zürich 1990; Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln/Berlin 1966.

⁸ Vgl. Opitz, Reinhard (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977.

⁹ Vgl. Nestler, Ludwig/Schumann, Wolfgang (Hg.), Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, Berlin (DDR) 1975.

¹⁰ Schumann, Wolfgang (Hg.), Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1973.

¹¹ Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Band 6. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), herausgegeben vom Bundesarchiv, Dokumentenauswahl und Einleitung von Martin Seckendorf, Berlin/Heidelberg 1992.

¹² Vgl. Eichholtz, Dietrich/Schumann, Wolfgang (Hg.), Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1969.

¹³ Hass, Gerhart/Schumann, Wolfgang, Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1972.

¹⁴ Vgl. Hillgruber, Andreas, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: Grundfragen

schen politischen und wirtschaftlichen Plänen, der tatsächlichen Entwicklung des Außenhandels und der Außenpolitik und der dazu formulierten öffentlichen Meinung. Dabei sollen schwerpunktmäßig langfristige Planungskonzepte und ideologische Legitimationschriften und weniger tagespolitische Stellungnahmen und diplomatische Bekenntnisse dargestellt und analysiert werden.

Gefragt werden muß in diesem Kontext, was unter "Kontinuität" zu verstehen ist? Läßt sich von ihr sprechen, wenn ein Stadium politischer Entwicklung "logisch" und "notwendig" die Konsequenz des Vorhergehenden gewesen ist? Ist Kontinuität in erster Linie die Fortsetzung alter, tradiertter Maximen? Oder hängt sie mit dem, Selbstverständnis der Führungseliten zusammen, d. h. ist von Kontinuität auszugehen, wenn die verantwortlichen Politiker sich bemühen, ihr Programm im Sinne ihrer Vorgänger fortzusetzen oder Vergangenes bewahren wollen?¹⁵

Bei der Frage nach Kontinuitäten droht die Überbewertung von Einzelerscheinungen und von vielleicht Zufälligem. Deshalb muß die Notwendigkeit betont werden, sozialgeschichtliche und wirtschaftlich-materielle Faktoren mit außenpolitischen und militärischen Zielen sowie legitimatorischen Ideologemen zu verknüpfen und in ihrer Bedeutung zu gewichten. Kontinuität darf weder ignoriert noch als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Sinnvoll können Kontinuitätshypothesen nur dann angewandt werden, wenn spezifische Wirkungszusammenhänge der Geschichte hervorgehoben werden und sich Linien erkennen lassen.¹⁶

Diese Untersuchung erhebt nicht den Anspruch, als Analyse der gesamten deutschen Südosteuropapolitik von 1840-1945 zu gelten. Im Mittelpunkt der Analyse stehen langfristige Konzeptionen und deren ideologische Begründungsmuster, die im Kontext der ökonomischen Grundbedingungen und der politischen Verhältnisse betrachtet werden. Dabei ist die Frage leitend, inwiefern sich Kontinuitäten in den Zielsetzungen und ihren Begründungen von 1840-1945 zeigen und wo Brüche bzw. Veränderungen festzustellen sind.

Der Zeitraum von 1840-1945 ist nicht willkürlich gewählt. Bereits in den ersten Grundlegungen einer deutschen Nationalökonomie in

der deutschen Aussenpolitik seit 1871, herausgegeben von Gilbert Ziebura, Darmstadt 1975, S. 19.

¹⁵ Vgl. Jacobsen, a. a. O., S. 3.

¹⁶ Vgl. Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M.-Bern 1983, S. 5.

den 1840er Jahren wurde ein mögliches Ausgreifen der deutschen Wirtschaft auf Südosteuropa thematisiert. Diese Pläne bilden den Ausgangspunkt der Untersuchung. Einhundert Jahre später bedeutete die Niederwerfung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in Europa durch die Truppen der Alliierten auch einen Einschnitt für die deutschen Südosteuropaplanungen, da sich Bulgarien und Rumänien in das System des Warschauer Paktes integrierten, während die jugoslawische Regierung den Weg der Blockfreiheit und eines eigenständigen Sozialismus wählte. Ob und, wenn ja, in welcher Weise, die deutsche Politik nach der Auflösung des Ostblocks und der Zersplitterung des jugoslawischen Staates nach 1989 an alte Südosteuropa-Pläne anknüpft, muß als Forschungsdesiderat zukünftigen Untersuchungen überlassen bleiben.

Wenn in dieser Dissertation von Südosteuropa die Rede ist, so umfaßt dieser Begriff die Länder Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Der Verfasser erhebt damit nicht den Anspruch einer korrekten geographischen Eingrenzung, die generell in der Forschung strittig ist. So wird von manchen AutorInnen z. B. Ungarn zu Südosteuropa gerechnet, während andere es als Teil Zentral- oder Osteuropas betrachten. Die weitgehende Ausblendung von Albanien, Griechenland und der Türkei ergibt sich nicht aus geographischen Gründen, sondern aufgrund der Schwerpunktsetzungen der deutschen Konzepte. Die Hauptlinien, entlang derer die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa zwischen 1840 und 1945 erfolgte, waren die Donau und die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fertiggestellte Eisenbahnstrecke von Berlin über Wien, Budapest, Belgrad und Sofia nach Konstantinopel (heute Istanbul), die später zur Bagdadbahn erweitert wurde. Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien wurden und werden von diesen beiden Verkehrsadern durchzogen. Demgegenüber gab es lange Zeit keine zureichenden deutschen Verkehrsverbindungen nach Griechenland und Albanien. Eine Ausweitung deutschen Einflusses in Griechenland war auch aus historischen Gründen schwieriger als in den übrigen südosteuropäischen Ländern. Der griechische Staat erreichte seine Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich 1830, d. h. einige Jahrzehnte vor der deutschen Nationalstaatsbildung. Griechenland geriet dabei früh unter den bestimmenden wirtschaftlichen Einfluß Frankreichs und vor allem Großbritanniens. Aufgrund der mediterranen Ausrichtung Griechenlands konnten sich die Seemächte Großbritannien und Frankreich dort lange gegenüber

dem Deutschen Reich behaupten. Erst die Okkupation im Jahre 1941 unterwarf Griechenland für einige Jahre deutscher Herrschaft. Die Gründung des Staates Albanien setzten die deutsche und die österreichische Regierung demgegenüber auf der Londoner Konferenz von 1913 in erster Linie durch, um Serbien und seinem Bündnispartner Rußland einen Hafen an der Adria zu verwehren. In der Folge wurde das kleine und ökonomisch wenig lukrative Land bis 1943 weitgehend italienischer "Schutzherrschaft" überlassen. Das wirtschaftliche und strategische Interesse Deutschlands am Osmanischen Reich bzw. ab 1918 an der Türkei erfordert eigenständige Untersuchungen.¹⁷ Hier soll das Osmanische Reich ausschließlich im Gesamtzusammenhang der deutschen Südosteuropapläne bis 1918 einbezogen werden.

Angesichts des Stellenwertes, die der deutschen Südosteuropapolitik für die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zukommt, muß die Forschungsleerstelle bezüglich einer umfassenden Darstellung erstaunen. Während für den Zeitraum von 1840-1945 oder 1871-1945 umfassende Analysen der deutschen Südosteuropapolitik, ihrer wirtschaftlichen Beweggründe und ihrer ideologischen Legitimationen bisher, wie erwähnt, nicht vorliegen, kann zumindest auf zwei diesen Zeitraum umspannende Untersuchungen zu deutschen "Mitteleuropa"-Konzepten zurückgegriffen werden, die vom amerikanischen Wissenschaftler Henry Cord Meyer und dem französischen Historiker Jacques Droz vorgelegt wurden.¹⁸ Die materialreichen Darstellungen dieser beiden Forscher bieten u. a. zahlreiche Quellen deutscher Südosteuropainteressen und deren ideologischer Legitimationsformen.

Hinsichtlich der in deutschen "Mitteleuropa"-Plänen enthaltenen imperialistischen Zielsetzungen bleiben beide Forscher jedoch weitgehend unkritisch. Während Meyer eine politische Relevanz deutscher "Mitteleuropa"-Pläne vor 1915, d. h. vor dem großen publizistischen Erfolg des gleichnamigen Buches von Friedrich Naumann¹⁹ bestreitet und dessen Wirkung allein auf die Kriegserfahrung, vor allem die Blockade des deutschen Überseehandels durch die britische Flotte zurückführt, sucht Droz in den Konzepten, in Verken-

¹⁷ Hierzu liegt u. a. vor: Rathmann, Lothar, Stoßrichtung Nahost, Berlin (DDR) 1963; Earle, Edward Mead, Turkey, The Great Powers and the Bagdad Railway, New York 1966.

¹⁸ Vgl. Meyer, Henry Cord, Mitteleuropa in German thought and action, The Hague 1955; Droz, Jacques, L'Europe Centrale. Évolution historique de l'Idée de "Mitteleuropa", Paris 1960.

¹⁹ Vgl. Naumann, Friedrich, Mitteleuropa, Berlin 1915.

nung ihrer imperialistischen Implikationen, postive Ansätze für die Verwirklichung eines gleichberechtigten föderalistischen Zusammenschlusses der Länder Ost- und Südosteuropas mit Deutschland und Österreich.

In der vorliegenden Dissertation wird der Begriff "Mitteleuropa" durchgängig in Anführungszeichen gesetzt, da er in Deutschland nicht allein als geographische Bezeichnung, sondern als ideologische Parole verwendet wurde und wird. "Mitteleuropa" steht in zahlreichen Schriften als Synonym für einen deutschen Herrschafts- bzw. Hegemonialanspruch über weite Teile Zentral-, Ost- und Südosteuropas. Bereits Wolfgang Mommsen verwies darauf, daß sich die "Mitteleuropaidee" seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr "zu einem Kampfbegriff verengte", mit dem deutsche Autoren formelle und informelle imperialistische Ziele zu legitimieren suchten.²⁰ In der Nachkriegszeit von 1945 bis zur Erosion des Ostblocks in den achtziger Jahren verschwand dieser Begriff aus der politischen Diskussion. Heute ist er, weitgehend unhinterfragt wieder gebräuchlich.²¹

Im engen oder erweiterten Kreis deutscher "Mitteleuropa"-Konzepte rückte Südosteuropa immer wieder in das Blickfeld deutscher Planer und Ideologen. Hinsichtlich einzelner Phasen oder Aspekte liegen kritische Analysen vor, auf die in der Arbeit zurückgegriffen

²⁰ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan, u. a., Wien 1995, S. 3.

²¹ Erstmals nachgewiesen ist die Bezeichnung "Mitteleuropa" in der Literatur in der geographischen Abhandlung von August Zeune: Erdansichten oder Abriß einer Geschichte der Erdkunde, Berlin 1815. Der Autor faßt unter "Mitteleuropa" das Karpatenland, das "Land der Deutschen" und Frankreich. Im auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa bezogenen, mit deutschen Hegemonialvorstellungen verknüpften Sinne wird "Mitteleuropa" erstmals in der Schrift von G. B. Mendelssohn, Das germanische Europa, Berlin 1836 verwandt. Mendelssohn spricht auch vom "subgermanischen Osteuropa", das im Süden bis Belgrad und im Südosten bis an das Schwarze Meer reiche. (Vgl. zu dieser Frage u. a. Henderson, W. O., Mitteleuropäische Zollvereinspläne 1840-1940, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Nr. 122 (1966), S. 131; Berg, Heino/ Burmeister, Peter (Hg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990; Loesch, Karl C., Was ist Mitteleuropa? in: Volk und Reich, 12. Jg., 1936, Heft 2, S. 85ff.; Riedl, Richard, Mitteleuropa oder Zentraleuropa? in: Volk und Reich, 13. Jg., 1937, Heft 12, S. 797ff.; Hofmann, Josef Wilhelm, Der Mitteleuropagedanke von 1848. Seine Grundlagen und seine Richtungen im politischen Schrifttum seiner Zeit, Diss., Würzburg 1940).

wird. Dies gilt jedoch im weit stärkeren Maße für den Zeitraum der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts als für die letzte Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mit Ausnahme der erwähnten Untersuchungen von Meyer und Droz, den Darstellungen von Imanuel Geiss²² und den Dokumentensammlungen von Opitz und Nestler/Schumann blieb der Zeitraum von 1840-1890 bisher weitgehend ausgespart. Von hohem Forschungswert sind daher die bereits vor und während des Ersten Weltkrieges vorgelegten Studien zu den Ambitionen des Pangermanismus in Ost- und Südosteuropa des französischen Journalisten Chéradame²³ und des späteren tschechischen Präsidenten Masaryk²⁴. Für die Phase von 1914-1918 sind neben den Arbeiten von Fischer und Geiss und den Dokumentensammlungen von Opitz, Nestler und Schumann vor allem die Untersuchungen des DDR-Historikers Gutsche²⁵ zu nennen. Für den Zeitraum der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Periode liegen demgegenüber zahlreiche Veröffentlichungen vor, die sich entweder mit der gesamten deutschen Südosteuropapolitik oder mit einzelnen Ländern, inhaltlichen Aspekten oder planenden Institutionen, wie dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, beschäftigen. Exemplarisch für die Weimarer Republik seien hier die Analysen von Höpfner²⁶ und Seckendorf²⁷ hervorgehoben. Für die PPhase des Nationalsozialismus können in dieser Dissertation u. a. Quellen aus den von DDR-Historikern zusammengestellten Dokumentenbänden "Griff nach Südosteuropa", "Anatomie der Aggression", "Ana-

²² Vgl. u. a. Geiss, Imanuel, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O.; ders. Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, München/Wien 1978.

²³ Vgl. u. a. Chéradame, Andre, The Pangerman Plot unmasked, New York 1917.

²⁴ Vgl. u. a. Masaryk, Thomas G., Pangermanism and the Eastern Question, in: The New Europe, 1916, pp. 2-19.

²⁵ Vgl. u. a. Gutsche, Willibald, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20 (1972); ders., Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977; ders., Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus vom Ende des 19. Jahrhunderts zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977.

²⁶ Vgl. Höpfner, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, a. a. O.

²⁷ Vgl. Seckendorf, Martin, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34 unter besonderer Berücksichtigung der nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 entwickelten Konzeption, Diss., Berlin (DDR) 1980.

tomie des Krieges" und "Europa unterm Hakenkreuz" herangezogen werden. Nicht zuletzt hat der jugoslawische Wissenschaftler Mitrovic für die Phasen der Weimarer Republik und den Nationalsozialismus wertvolle Untersuchungen zur deutschen Südosteuropapolitik vorgelegt und sich dabei mit der Frage nach Kontinuitäten und Brüchen beschäftigt.²⁸

Die Forschung zur deutschen Südosteuropapolitik konzentriert sich bisher eindeutig auf die Periode des Ersten Weltkrieges und noch mehr auf die Phase des Nationalsozialismus. Verknüpfungen mit den Südosteuropaplänen und den polit-ökonomischen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der die deutsche Wirtschaftsexpansion begann, wurden kaum vorgenommen. Eine mögliche Erklärung mag darin liegen, daß die Forschung zum deutschen Kolonialismus und Imperialismus sich seit jeher schwerpunktmäßig auf die überseeische Expansion Deutschlands konzentrierte. Der Blick der Forschung zum deutschen Imperialismus richtete sich für die Zeit vor 1914 fast ausschließlich auf die Politik in den direkten Kolonien in Afrika. Da die Staaten Südosteuropas nicht als direkte Kolonien okkupiert und verwaltet wurden, sondern Deutschland dort in der Zeit vor und zwischen den beiden Weltkriegen das indirekte Mittel der *Pénétration pacifique* zur wirtschaftlichen, politischen und militärischen Nutzbarmachung des Osmanischen Reiches, Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und später Jugoslawiens wählte, wurden deutsche Südosteuropapläne hinsichtlich darin enthaltener Motivationen und Hintergründe für die vom Deutschen Reich zu verantwortenden Weltkriege des 20. Jahrhunderts bisher kaum reflektiert. Wenn jedoch nach Wehler Imperialismus als "die direkt formelle oder indirekt-informelle Herrschaft, die von einem entwickelten Land auf Grund seiner sozialökonomisch-technologisch-militärischen Überlegenheit über unterentwickelte Regionen ausgeübt wird"²⁹, zu gelten hat, können die Einflußnahme Deutschlands in Südosteuropa und die ihr zugrunde liegenden Pläne für die Zeit vor 1914 und zwischen 1919 und 1933 nicht außer acht gelassen werden. In dieser Untersuchung soll deshalb den Linien deutscher Südosteuropakonzep-

²⁸ Vgl. u. a. Mitrovic, Andrej, *Ergänzungswirtschaft. The theory of an integrated economic area of the third reich and southeast europe (1933-1945)*, in: *The third Reich and Yugoslavia 1933-1945*, edited by the Institute of Contemporary History, Belgrade 1977; ders., *Kontinuität und Diskontinuität*, a. a. O.

²⁹ Wehler, Hans-Ulrich, *Bismarck und der Imperialismus*, 4. Auflage, München 1976, S. 23.

te und ihrer ideologischen Legitimationsformen von 1840 bis 1945 nachgegangen werden.

1. Die Genese deutscher Südosteuropapläne (1840-1850)

1.1 Südosteuropa als "deutsches Hinterland" - Friedrich List und Zeitgenossen

Die ersten Planungen für eine deutsche Expansion nach Südosteuropa im 19. Jahrhundert datieren aus der Zeit, in der deutsches Industriekapital zu einem nennenswerten politischen Faktor wurde. Die in dieser Phase erstmals formulierte deutsche Nationalökonomie beinhaltet bereits die Forderung, sich die Länder Südosteuropas als Absatzmärkte, Lieferanten von Agrarprodukten und Rohstoffen sowie als Brücke für den deutschen Handel mit dem Nahen Osten nutzbar zu machen.

Im Kontext der Entstehung des Deutschen Zollvereins (1834) entwickelte der "Vater der deutschen Nationalökonomie" Friedrich List (1789-1846)¹, das erste imperial-expansionistische deutsche Südosteuropa-Programm mit der Hauptstoßrichtung donauabwärts, Blickrichtung Schwarzes Meer und Osmanisches Reich.²

Gustav Stresemann, in der Weimarer Republik Kanzler und Außenminister, bezeichnete List 1914 aner kennend als den "ersten bewußten deutschen Imperialisten",³ die weniger bekannten Sevin und Lenz nannten ihn 1909 und 1936 den "ersten großen Welt- und Kolonialpolitiker Deutschlands"⁴ und den bedeutendsten Wegbereiter des "Mitteleuropa"-Gedankens.⁵

Besonders in seinen späten Schriften in den 1840er Jahren propagierte List die Idee einer Großraumwirtschaft. Lists Konzept einer nationalen Ökonomie für den zu schaffenden deutschen Staat basierte auf der Annahme eines freien Imports von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen, bei gleichzeitigen mode-

¹ Lebenslauf im Anhang.

² Vgl. Opitz, Reinhard, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 28.

³ Deutsche Industrie, Nr. 9, Mai 1914, S. 128ff, Friedrich List und die Gegenwart.

⁴ Sevin, Ludwig, Die Entwicklung von Friedrich Lists kolonial- und weltpolitischen Ideen bis zum Plane einer englischen Allianz 1846, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 33. Jg., 1909, S. 299.

⁵ Vgl. Lenz, Friedrich, Friedrich List. Der Mann und das Werk (Erstausgabe München/Berlin 1936), Neudruck Aalen 1970, S. 288.

raten Zollbarrieren für verarbeitete Manufakturprodukte der ausländischen Konkurrenz.⁶

Der deutsche Staat sollte mittels dieses Differentialzollsystems⁷ zur Großmacht werden. Das Ziel von List war ein nach außen unabhängiger und autarker Staat mit einem wirtschaftlichen Zentrum und dazu gehörigen "Ergänzungsräumen". Auf dieser Basis hielt er einen ökonomischen und sozialpolitischen Ausgleich zwischen Monarchie, Adel und Bürgertum im Deutschen Bund für möglich.⁸

Den Zollschutz betrachtete List dabei nicht als Recht einer jeden Nation. Er solle nur den Nationen vorbehalten sein, die aufgrund eines "abgerundeten" großen Territoriums, entsprechender Bevölkerungsmasse und Rohstoffquellen, einer entwickelten Landwirtschaft und einem "hohen Grad von Zivilisation und politischer Ausbildung" berufen seien, sich der ersten Reihe der "Agrikultur-Manufaktur-Handelsnationen", d. h. der größten See- und Landmächte anzuschließen.⁹ Damit billigte er letztlich nur Großmächten das Recht, nicht nur auf Zollschutz, sondern allgemein auf eine unabhängige nationale Existenz zu. Neben der Größe des Territoriums und "entsprechender Bevölkerungsmasse" erhob er militärische Macht zur Bedingung nationaler Eigenexistenz. Erst ein starkes Heer und eine starke Flotte gäbe den Großmächten die Möglichkeit,

"auf die Kultur minder vorgerückter Nationen zu wirken und mit dem Überschuss ihrer Bevölkerung und ihrer gei-

⁶ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, The Hague 1955, S. 12.

⁷ Differentialzölle = Unterscheidungszölle, die je nach Herkunft und Art der Einfuhr abgestuft sind, z.B. durch Zuschlagszölle oder Vorzugszölle (Präferentialzölle). Durch die Festlegung von Differentialzöllen werden einzelne Länder handelspolitisch diskriminiert, andere bevorzugt und wird die Einfuhr ausgewählter Produkte erleichtert bzw. erschwert. (Vgl. Der Große Brockhaus, Wiesbaden 1957).

⁸ Vgl. List, Friedrich, Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, (Durchges. Neudruck der Ausgabe Berlin 1931, herausgegeben von Friedrich Lenz), Aalen 1971, S. 31 u. 34.; Weippert, Georg, Der späte List. Ein Beitrag zur Grundlegung der Wissenschaft von der Politik und zur politischen Ökonomie als Gestaltungslehre der Wirtschaft, Erlangen 1956, S. 33 u. 36.

⁹ List, Friedrich, Das Nationale System der Politischen Ökonomie (Erstdruck 1841), in: ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. VI, herausgegeben von Artur Sommer, (durchgeseh. Neudruck der Ausgabe Berlin 1930), Aalen 1971, S. 323.

stigen und materiellen Kapitale Kolonien zu gründen und Nationen zu zeugen."¹⁰

Ein "Volk", dem diese Attribute fehlen, habe keine Aussicht, seine nationale Unabhängigkeit zu bewahren. Auf der Basis dieser theoretischen Rechtfertigung trat List für eine deutsche Expansionspolitik ein. Deutschland müsse seine "Territorialgebrechen" durch die friedliche oder erzwungene Annexion kleinerer Nachbarländer zu heilen suchen und einen territorial geschlossenen Großwirtschaftsraum durchsetzen.¹¹

Bezüglich der generellen Entwicklung der Weltwirtschaft plädierte List für eine "Arbeitsteilung" zwischen der "gemäßigten" und der "heißen Zone" der Welt ein. Zur "Entwicklung der Manufakturkraft" sah er aufgrund des Klimas allein die "gemäßigte Zone" berufen, während die "heiße Zone" von der Natur nur zur Agrarproduktion vorgesehen sei. Die Errichtung einer eigenen Manufakturkraft vermittelt des Schutzzollsystems in den südlichen Ländern sei ein törichter Einfall. Der internationale Handel solle aus dem Tausch von Manufakturprodukten der "gemäßigten" gegen die Agrikulturprodukte der "heißen Zone" (Kolonialwaren) bestehen. Daß die Länder der "heißen Zone" auf diese Weise in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Ländern der "gemäßigten Zone" gerieten, hielt List für selbstverständlich und richtig. In der "Anlegung von Kolonien" und der "Zivilisation barbarischer oder halbbarbarischer Völker" sah er ein Feld für die Entwicklung der produktiven Kräfte der "zivilisierten Nationen". Nach der Unabhängigkeit der Länder Südamerikas von Spanien und Portugal und der zu erwartenden Auflösung des Osmanischen Reiches würden die dortigen Länder nur darauf warten, "daß man ihnen Manufakturwaren zuführe und die Produkte ihrer Zone an Zahlungs Statt entgegennehme."¹²

Der Biograph Lenz bemerkte, daß List hier eine der frühesten Definitionen des modernen Imperialismus dargelegt habe.¹³

Eine notwendige Zwischenbemerkung zum Verständnis des folgenden: Im deutschen Sprachgebrauch des neunzehnten Jahrhunderts wurde Südosteuropa unter dem Begriff "Orient" subsumiert und die poli-

¹⁰ List, Das Nationale System der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 210.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 269.

¹² Vgl. ebenda, S. 52f., 166, 221 u. 287.

¹³ Lenz, Friedrich List. Der Mann und das Werk, a. a. O., S. 284.

tischen Probleme dieser Region als "orientalische Frage" bezeichnet, da sich die Herrschaft des Osmanischen Reiches als sog. "orientalischer" Staat damals in Südosteuropa bis an die Grenzen des heutigen Kroatien ausdehnte.¹⁴

Bereits in den 1840er Jahren sah List die Voraussetzungen für einen langfristigen Tauschverkehr von Manufakturwaren gegen Agrarprodukte von Ländern der "gemäßigten Zone" mit Ländern des "Orients" gegeben, denn:

"Durch die Maschinen und Erfindungen ist die unvollkommene Fabrikation des Orients zum Besten der europäischen Manufakturkraft vernichtet, ist letztere in den Stand gesetzt worden, den Ländern der heißen Zone große Massen von Fabrikaten zu den wohlfeilsten Preisen zu liefern."¹⁵

Hier ist bereits das für die spätere deutsche Wirtschaftspolitik maßgebliche Interesse ausgesprochen, eine eigenständige Industrialisierung in Südosteuropa und dem Nahen Osten nicht zuzulassen, um diese Regionen in einem quasikolonialen dauerhaften Abhängigkeitsverhältnis halten zu können.

List hielt die Realisierung eines Austausches von deutschen Manufakturwaren gegen südosteuropäische Agrikulturprodukte für eine wichtige Basis der deutschen Nationalökonomie.¹⁶

Die Autoren des 1930, d. h. in der Weimarer Republik, formulierten und später von der nationalsozialistischen Regierung adaptierten Konzepts einer deutschen Großraumwirtschaft mit dem "Ergänzungsraum" Südosteuropa als Lieferant von Rohstoffen und Agrarprodukten, konnten an den Zielsetzungen von List anknüpfen. List war zweifellos einer der ersten, der Zollprotektionismus und Staatsinitiative mit einem imperialistisch konzipierten Begriff kontinentaler Großraumwirtschaft verband.¹⁷

Im imperialistischen Verteilungskampf der Großmächte hielt List einen Kontinentalimperialismus mit der Hauptstoßrichtung Südosteuropa und Naher Osten für die aussichtsreichste Option Deutschlands. Er ging davon aus, daß Nordamerika dauerhaft die westli-

¹⁴ Vgl. Bormann, Claus, Bismarck und Südosteuropa vom Krimkrieg bis zur Pontuskonferenz, Diss., Hamburg 1967, S. 7.

¹⁵ List, Das Nationale System der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 286.

¹⁶ Vgl. Weippert, a. a. O., S. 39.

¹⁷ Vgl. Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936, Köln 1977, S. 65.

che Hemisphäre kontrolliere, während das britische und französische Kolonialsystem so weit entwickelt sei, daß eine deutsche Nation mit diesen Mächten nicht erfolgreich in der Übersee-Expansion konkurrieren könne. So kam er zu dem Schluß, daß ein deutscher Staat - wolle er "an Einfluß und Kraft nach außen, wie an innerer Stärke"¹⁸ wachsen - auf dem Landweg seine Kolonien suchen müsse.¹⁹

1829 trat List erstmals für eine deutsch-österreichische Expansion nach Südosteuropa und in den Nahen Osten ein. In einer Eingabe versuchte er den österreichischen Kaiser zu überzeugen, die Initiative zu übernehmen, um die Zollbarrieren, die die deutschen Fürstentümer untereinander und gegenüber Österreich errichtet hatten, zu beseitigen. Gleichzeitig sollten protektionistische Maßnahmen gegen die Einfuhr "fremder Fabrikate" aus Frankreich, England und anderer Staaten in dieses Zollgebiet erlassen werden.²⁰ Durch eine solche Föderation könne die jahrtausendalte Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation fortgesetzt werden. Für dieses Reich sah List enge Handelsbeziehungen mit dem Nahen Osten vor, die sich über die österreichischen Adria Häfen vollziehen sollten.²¹

Dem deutschen Handel würden sich große Steigerungsmöglichkeiten bieten, wenn ihm die Landstraßen bis an an das Adriatische Meer und die Weichsel offen stünden.²² Lists Wiener Petition von 1820 galt dem Biographen Lenz als "Beginn aller großdeutschen Pläne für den Donaauraum".²³

¹⁸ List, Friedrich, Über die nationalökonomische Reform des Königreichs Ungarn (1845), in: ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. III, 1. Teil (Durchges. Neudruck der Ausgabe Berlin 1929, herausgegeben von Erwin von Beckerath und Otto Stühler), Aalen 1971, S. 476.

¹⁹ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 13; Sevin, Ludwig, Die Listsche Idee einer deutsch-englischen Allianz in ihrem Ergebnis für Deutschland, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jg. 34, 1910, S. 186.

²⁰ Vgl. List, Schriften, Reden, Briefe, Bd. I, 2. Teil, (Durchgesehen. Neudruck der Ausgabe Berlin 1933, herausgegeben von K. Goser und W. von Sonntag), Aalen 1971, S. 516.

²¹ Vgl. Eingabe an den Kaiser von Österreich vom 30.1.1820, in: List, Friedrich, Schriften, Reden, Briefe, Bd. I, 2. Teil, a. a. O., S. 518.

²² Vgl. Denkschrift die Handels- und Gewerbeverhältnisse Deutschlands betreffend (1820), in: List, Schriften, Reden, Briefe, Bd. I, 2. Teil, a. a. O., S. 529.

²³ Lenz, Friedrich List. Der Mann und das Werk, a. a. O., S. 288.

Als sein Plan von deutschen Fürsten und dem österreichischen Monarchen abgelehnt²⁴ und List nach einer öffentlichen Kritik am Bürokratismus der württembergischen Regierung zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, begab er sich nach deren Abbüßung von 1825-1832 in die USA. Das Studium des us-amerikanischen Wirtschafts- und Verkehrssystems inspirierte ihn, sein Konzept einer deutschen Nationalökonomie mit Südosteuropa und dem Nahen Osten als Expansionsräumen zu konkretisieren. Voll ausgereift zeigen sich seine Überlegungen in den Schriften von 1841-1846.²⁵

In seinem Hauptwerk "Das nationale System der Politischen Ökonomie" von 1841 forderte er, daß Deutschland sein Augenmerk auf die Erweiterung seines Handels mit Nord-, Mittel- und Südamerika, Westindien, dem Nahen Osten, den europäischen Teilen des Osmanischen Reiches und den unteren Donauländer richten solle.²⁶ Dabei biete "der größte Teil des Orients" die Möglichkeit

"für die Manufakturationen Europas große Quantitäten an Rohstoffen und Lebensbedürfnissen aller Art, besonders aber an Früchten der heißen Zone zu produzieren und dagegen den Manufakturprodukten der letzteren unermessliche Märkte zu eröffnen."²⁷

Um dies zu realisieren, propagierte List eine deutliche Erweiterung des deutschen Handels mit den Ländern Südosteuropas und dem Nahen Osten und die Kontrolle der Verkehrswege in dieser Richtung.²⁸

Auf die Frage der Verkehrspolitik ging List bereits in seinem Beitrag "Asien" für das Staatslexikon von Rotteck/Welcker von 1834 ein. Er betonte dort die Bedeutung der Donau als Hauptverkehrsader einer deutschen Wirtschaftsexpansion in den Nahen Osten und nach Asien. Ulm, die Stadt, an der die Donau schiffbar werde, sei von den nördlichen Küsten Kleinasiens nur 400 Meilen und von Basra am Persischen Golf nur 650 Meilen entfernt. Die

²⁴ Eine aktive deutsche Südosteuropapolitik, die Konflikte mit Rußland nach sich ziehen konnte, widersprach dem Metternischen Bündnissystem der konservativen Monarchien Preußen, Österreich und Rußland.

²⁵ Vgl. Weippert, a. a. O., S. 37f.

²⁶ List, Das nationale System der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 421 u. 425.

²⁷ List, Friedrich, Das nationale System der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 429.

²⁸ Vgl. List, Das nationale System der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 424.

"natürliche Straße" aus dem inneren Europa nach dem westlichen Asien führe die Donau entlang über das Schwarze Meer.²⁹ Deshalb sei die Donau für Deutschland bestimmt,

"die nächste und beste Handelsstraße nach dem westlichen Asien und nach Indien zu werden (...) Möchte Deutschland, das durch die Tüchtigkeit seiner Bewohner für die Anlegung von Kolonien und für Gründung von Etablissements in fremden Ländern so sehr berufen ist, an dem Werk der Zivilisation Asiens teilzunehmen, auch bei der Verteilung der Vorteile, die es verspricht, als Nation nicht leer ausgehen".³⁰

Die Chance zur Sicherung dieser "Vorteile" betrachtete List optimistisch, da Österreich bei der von ihm erwarteten Auflösung des Osmanischen Reiches die begründetsten "Ansprüche auf die gesamten Uferstaaten der niederen Donau bis zu ihrer Ausmündung in das Schwarze Meer nachweisen" könne. Durch diese "Erbschaft" werde

"Deutschland endlich in den Besitz der ihm von der Natur angewiesenen und bis jetzt nur durch Mangel an Nationalität von einer barbarischen Nation versperrten Handelsstraße nach Asien gelangen".³¹

Auf dieser Basis könne sich Deutschland nicht nur einen bedeutenden Eigenhandel, sondern auch einen großen Teil des Zwischenhandels anderer europäischer Nationen "mit dem Orient sichern".³² Hier wurde Südosteuropa erstmals als unerläßliche Brücke für den deutschen Handel mit den Ländern des Nahen Ostens bezeichnet. Diese Brückenfunktion wurde spätestens mit Beginn des Baus der Bagdadbahn von 1890 von der Fiktion zur Wirklichkeit. Die Vertreter des Bagdadbahn-Projekts konnten sich direkt auf List be-

²⁹ Vgl. List, Friedrich, Asien, in: Das Staats-Lexikon oder Enzyklopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands herausgegeben von Carl von Rotteck und Carl Welcker, 15 Bände, Altona 1834-1843. 4 Supplementbände, ebenda, 1846-1848, Neue verbesserte und vermehrte Auflage, Altona 1843, Bd. 1, S. 697f. u. 700.

Carl von Rotteck (1775-1840), bis 1836 Professor für Staatswissenschaft und Völkerrecht in Freiburg, war führender Vertreter des südwestdeutschen Liberalismus. (Vgl. Bleek, Wilhelm, Die Paulskirche in der politischen Ideengeschichte Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B3-4/98, 16. Januar 1998, S. 31 u. 33).

³⁰ List, Friedrich, Asien, a. a. O., S. 700 u. 711.

³¹ List, Friedrich, Asien, a. a. O., S. 711.

³² Vgl. ebenda, S. 711.

rufen, schlug dieser doch den Bau einer Eisenbahn durch Österreich und Südosteuropa zum Nahen Osten bis zum Persischen Golf vor.³³ Eisenbahnen und Zollverein waren nach der Meinung von List "siamesische Zwillinge".³⁴ Hervorzuheben bleibt darüber hinaus, daß List, wie viele seiner Zeitgenossen, das Osmanische Reich als "barbarische Nation" abwertete, womit er implizit die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten zur zivilisatorischen Aufgabe verklärte.

Als ersten Schritt zur Verwirklichung seiner expansionistischen Ziele schlug List, wie bereits 1820, den Anschluß Österreichs an den deutschen Zollverein vor. Nur auf diese Weise könne Deutschland "zum Besitz der Donaumündung gelangen" und so eine direkte, eigenständig kontrollierte Verbindung zum Schwarzen Meer und zum Nahen Osten gewinnen. Je enger sich Deutschland durch Eisenbahnen, Kanäle und Schiffsverbindungen mit den Ländern Südosteuropas verbinde, desto größere Vorteile werde es aus dem Handel ziehen können.³⁵

List glaubte, daß ein natürliches Recht einer Nation³⁶ auf ein "ausgedehntes und wohlarrondiertes Territorium" bestehe. Dazu gehöre die Meeresküste in der ganzen Ausdehnung, vor allem aber die Mündung der großen Flüsse.³⁷ Dies implizierte eine deutsche Kontrolle der Rheinmündung in die Nordsee und der Donaumündung in das Schwarze Meer. Deshalb trat List ebenso für eine Einbeziehung der Niederlande wie der Donauländer Ungarn, Serbien, Bulgarien und Rumänien (damals noch die Donaufürstentümer Moldau und Walachei) in das System des Deutschen Zollvereins ein. Auch an der Adria stehe der deutschen Nation ein "natürlicher Anteil" zu.³⁸

Als Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas schlug List vor, daß Naturforscher und Kaufleute die

³³ Vgl. List, Allianzdenkschrift, in ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII., a. a. O., S. 267ff.

³⁴ Vgl. Henderson, Mitteleuropäische Zollvereinspläne 1840-1940, a. a. O., S. 137.

³⁵ List, Friedrich, Österreich und der Zollverein, Zollvereinsblatt, Nr.15 u. 16, 1843, zit. nach List, Schriften, Reden, Briefe, a. a. O., Bd. VII, S. 186f.

³⁶ Als Nationen erkannte List nur "große Völker" an. (Vgl. Sevin, Die Entwicklung von Friedrich Lists kolonial- und weltpolitischen Ideen..., a. a. O., S. 318).

³⁷ Vgl. List, Das nationale System..., a. a. O., S. 55.

³⁸ Vgl. Sevin, Die Entwicklung von Friedrich Lists kolonial- und weltpolitischen Ideen, a. a. O., S. 320.

dortigen Länder bereisen sollten. Gleichzeitig sollten deutsche Konsulate eröffnet werden. Besonders wichtig erschien List, die Gründung von Handelskompagnien,

"um in jenen Ländern große Strecken Landes zu kaufen und sie mit deutschen Pflanzern anzusiedeln - Handels- und Schiffahrtsgesellschaften, welche zum Zweck haben, den deutschen Manufakturprodukten in jenen Ländern neue Märkte zu eröffnen (...) - Bergbaugesellschaften, die zur Absicht haben, deutsche Kenntnisse und deutschen Fleiß zur Ausbeutung der großen Mineralreichtümer jener Länder zu verwenden."³⁹

Damit formulierte er ein umfassendes Kolonialisierungsprogramm. List schlug auch die "Absendung bedeutender Hilfskorps" vor.⁴⁰ Auf diese Weise könne sich Deutschland die Zuneigung der südosteuropäischen Regierungen erwerben, eine Strategie, die seit den 1870er Jahren mit der Entsendung von Militärmissionen deutscher Generale zur Ausbildung der rumänischen und osmanischen Armee in die Praxis umgesetzt wurde. Gleichzeitig plädierte List für die Einleitung einer gemeinschaftlichen deutsch-österreichischen Politik in bezug auf Südosteuropa, um Vorkehrung zu treffen, "daß künftig auf diesem Gebiet der deutsche Einfluß vorherrschen wird."⁴¹ Deutschland sollte nach Lists Vorstellungen durch die wirtschaftliche Angliederung Südosteuropas ein dauerhaftes Rohstoffgebiet und einen direkten Anschluß an das Osmanische Reich, d. h. den Nahen Osten gewinnen.⁴² Industrie und Handel Deutschlands und Österreichs sollten mit Hilfe Ungarns "die untern Donauländer durch den Tausch von Agrikulturprodukten gegen Manufakturwaren ausbeuten."⁴³ Bereits 1835 hatte List im ersten Jahrgang des von ihm herausgegeben "Eisenbahnjournals" auf die Bedeutung der südosteuropäischen Donauländer für die deutsche Rohstoffversorgung hingewiesen.⁴⁴

³⁹ List, Das nationale System..., a. a. O., S. 424.

⁴⁰ Vgl. ebenda.

⁴¹ Zollvereinsblatt, 1843, S. 425ff., zit. nach Sevin, Ludwig, Die Listsche Idee einer deutsch-englischen Allianz in ihrem Ergebnis für Deutschland, a. a. O., S. 178.

⁴² Vgl. Sommer, Artur, Friedrich Lists System der politischen Ökonomie, (Unveränderter Nachdruck der Ausgabe Jena 1927), Vaduz/Liechtenstein 1984, S. 216.

⁴³ List, Über die nationalökonomische Reform des Königreichs Ungarn, a. a. O., S. 481.

⁴⁴ Vgl. Eisenbahnjournal, 1835, S. 78, nach Sevin, Die Listsche Idee einer deutsch-englischen Allianz, a. a. O., S. 183. Im selben Jahr berichtete der königl. sächsische Oberberghauptmann

Neben einer handelspolitischen Durchdringung plädierte List für die Umlenkung der deutschen Auswanderung nach Nordamerika in Richtung Südosteuropa, da diese dort der deutschen Wirtschaft nützlicher sei. Dabei sollte an die alte deutsche Ostsiedlungsbewegung angeknüpft werden. Seit Mitte des 12. Jahrhunderts waren viele Menschen aus den Gebieten an Rhein und Mosel nach Siebenbürgen (heute in Rumänien) und in das Banat (heute in Restjugoslawien und Rumänien) ausgewandert. Sie sollten dort durch Siedlung Land erschließen und sichern. Die Einwanderer erhielten wirtschaftliche und kulturelle Sonderrechte. Weitere deutsche Siedlungsschwerpunkte in Osteuropa waren Gebiete in Polen, im Baltikum, am Schwarzen Meer, an der Wolga und im Kaukasus. In den 1840er Jahren resultierte die große Zunahme der Auswanderung aus den deutschen Fürstentümern vor allem aus zunehmenden Pauperismus im Zuge der Industrialisierung. Die Entstehung bzw. Ausdehnung der Industrie in Südwest- und Süddeutschland brachte viele Handwerker und Kleinbauern in große Not. Durch die Einführung neuer Maschinen und die Deklaration der Gewerbefreiheit verloren viele Menschen ihre Beschäftigung. Eine Überproduktionskrise und die Konkurrenz der englischen Eisen- und Baumwollindustrie versetzten die Spinnereien in Preußen und Sachsen, am Rhein, in Baden und Württemberg und einigen Orten Bayerns in eine schwierige Lage. Vor diesem Hintergrund versuchten viele Pauperisierte in diesen Jahren in anderen Ländern eine neue und bessere Lebensperspektive zu finden. So stieg die deutsche Auswanderung in den 1840er Jahren, vor allem aus dem Westen und Südwesten des Landes, drastisch an. Von 1840-1847 erhöhte sich die jährliche Auswanderungsziffer von 34.000 auf 110.000 Personen. Etwa 90% der deutschen Auswanderer gingen in die USA. 1854 erreichte die deutsche Migration nach Übersee mit 240.000 Personen ihre Spitze. In manchen Gegenden wanderten ganze Dörfer aus. In Sachsen und Hessen sandten einzelne Orte auf Gemeindekosten alle ihre Armen nach Amerika.⁴⁵

Frhr. von Herder (der Sohn des bekannten Schriftstellers Herder) nach einer ausgedehnten Forschungsreise in der Augsburger Allgemeinen Zeitung über "den Metallreichthum Serbiens." (Vgl. Augsburger Allgemeine Zeitung, Außerordentliche Beilage. Nr. 543 und 544, 30. 12. 1835).

⁴⁵ Vgl. Bade, Klaus (ed.), Population, Labour and Migration in 19th. and 20th.-Century Germany, Leamington Spa/Hamburg/New York 1987, S. 128; ders., Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland, Essen 1994, S. 21; Schenderlein, F., Die Kolonisa-

List sah in der Auswanderung eine Lösung für die Notlage der deutschen Landwirtschaft, um insbesondere eine weitere Güterzerstückelung zu verhindern. Er plädierte für eine Organisierung der Auswanderung, um den Pauperismus wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig die deutsche Wirtschaft zu stärken. Um letzteres zu erreichen, durften die Auswanderer jedoch seiner Meinung nach nicht in Nordamerika ansässig werden, sondern sollten sich statt dessen in Ost- und Südosteuropa ansiedeln.⁴⁶

Er klagte:

"Welchen gewaltigen Strom von Macht läßt das südöstliche Deutschland nach dem Ozean fließen! In den Kanal der Donau geleitet, was könnte er bewirken? Geringeres wahrhaftig nicht als die Begründung eines mächtigen germanisch-magyarischen⁴⁷ östlichen Reichs, einerseits vom Schwarzen, andererseits vom Adriatischen Meer bespült und von deutschem und ungarischen Geist be-seelt. Denn soll die Hohe Pforte⁴⁸ fallen, und das wird sie so gewiß als im Spätjahr die dürrn Blätter, wem wird alsdann die Natur diesen Teil ihrer Erbschaft zuerkennen? - (...) Wem sonst, als den Ungarn im Verein mit den Deutschen? (...) Wir können (...) wachsen wie Nordamerika und das recht bald und schnell, ohne Meer und Flotten und Kolonien; wir haben Hinterland (...), so gut wie die Amerikaner - die Länder an der unteren Donau und am Schwarzen Meer - die ganze Türkei - der ganze Südosten jenseits Ungarn ist unser Hinterland."⁴⁹

tionsbestrebungen in Deutschland zwischen 1840 und 1850, Diss., Leipzig 1923, S. 2; Wagner, Otto, Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den vierziger Jahren, Diss., Marburg 1935, S. 28 u. 52f.

Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer von 1820 bis zum ersten Weltkrieg wird auf ca. 6 Millionen Personen geschätzt. Davon gingen ca. 5 Millionen nach Nord- und Südamerika. (Vgl. Bade, Homo Migrans, a. a. O., S. 22; Schenderlein, a. a. O., S. 1).

⁴⁶ Vgl. Sevin, Die Entwicklung von Friedrich Lists kolonial- und weltpolitischen Ideen..., a. a. O., S. 313; ders., Die Listsche Idee einer deutsch-englischen Allianz in ihrem Ergebnis für Deutschland, a. a. O., S. 174f.

⁴⁷ Magyaren ist die Eigenbezeichnung der Ungarn, die früher auch im Deutschen verwendet wurde.

⁴⁸ Als Pforte bzw., Hohe Pforte wurde seit dem 16. Jahrhundert der Amtssitz des Großwesir, der gleichsam die Eingangstür zum Palast des Sultans bildete, bezeichnet. Später wurde der Begriff auf die Regierung des Osmanischen Reiches im Allgemeinen bezogen. (Vgl. Der Große Brockhaus, Wiesbaden 1981).

⁴⁹ List, Friedrich, Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung, erstmals veröffentlicht in: Deutsche Vierteljahresschrift, 4. Heft, 1842, zit. nach List, Friedrich, Schriften, Reden, Briefe, Bd. V (Durchges. Neudruck der Ausgabe Berlin 1928, herausgegeben von Edgar Salin/Artur Sommer/Otto Stühler), Aalen 1971, S. 499, 500 u. 502.

Damit deklarierte List Südosteuropa zum deutschen Siedlungs- und Kolonialgebiet der Zukunft, eine Zielsetzung, auf die sich in den folgenden Jahrzehnten viele Nachahmer beriefen.

Auch im von ihm herausgegebenen "Zollvereinsblatt" vertrat List Mitte der 1840er Jahre die Auffassung, daß an der unteren Donau und am Schwarzen Meere Deutschlands "Hinterwald" läge. Dort sei ein großer und vorteilhafter Handel ins Leben zu rufen. Die Bevölkerung dieser Länder könne von deutschen Auswanderern zu diesem Zweck belehrt und zivilisiert werden.⁵⁰

"Die unteren Donauländer können 10-20 Millionen fleißige Deutsche ernähren und für unsere Industrie und unseren Handel werden, was die amerikanischen Hinterländer den Vereinigten Staaten sind."⁵¹

Die von List geprägte Parole "Deutschland hat die Bestimmung, den Südosten zu zivilisieren"⁵², wurde in den folgenden Jahrzehnten zum Leitmotiv⁵³ der "Mitteleuropa"-Ideologie, die der Verschleierung der vorrangig ökonomisch motivierten deutschen Expansion nach Südosteuropa diene.

List überhöhte das deutsche Ziel, Südosteuropa wirtschaftlich zu durchdringen und zu unterwerfen, zu einer deutschen "Kulturmission", ein Sendungsbewußtsein, das sich aus säkularisiertem christlichen Ideengut, nachklingenden Erinnerungen an die Kolonisationen deutscher Ritterorden in Ost- und Südosteuropa im Mittelalter und liberalen Fortschrittsglauben speiste. Die deutsche Ostsiedlung vom 10-14. Jahrhundert wurde von vielen, auch aufklärerischen und liberalen, deutschen Historikern des 19. Jahrhunderts als positive Erscheinung gewürdigt, oft sogar verherrlicht.⁵⁴

Das Königreich Ungarn, in das List die deutsche Auswanderung lenken wollte, umfaßte damals das heutige Kroatien, Nordserbien und

⁵⁰ Vgl. Zollvereinsblatt, 1845, S.978, zit. nach Wagner, a. a. O., S. 93.

⁵¹ Zollvereinsblatt, 1843, S. 343, zit. nach Wiskemann, Erwin, Mitteleuropa. Eine deutsche Aufgabe, Berlin 1933, S. 29.

⁵² List, Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, a. a. O., Einleitung, S. 32.

⁵³ Vgl. Wiskemann, Mitteleuropa, a. a. O., S. 14.

⁵⁴ Vgl. Wippermann, Wolfgang, Der "deutsche Drang nach Osten". Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981., S. 38.

Wippermann minimiert bzw. verharmlost in dieser Schrift die Aggressivität und Kontinuität der deutschen Expansion nach Ost- und Südosteuropa.

Nordrumänien. In diesem Gebiet sollten nach Lists Vorstellungen Ölpflanzen, Flachs, Hanf und Seidengrundstoffen angebaut werden,⁵⁵ ein Plan, der in den 1930er Jahren unter der Ägide der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in die Praxis umgesetzt wurde.⁵⁶ List betonte zudem, daß Ungarn sich vor allen Ländern Europas "an noch totiliegenden mineralischen und sonstigen Naturschätzen" auszeichne.⁵⁷

Entschieden wandte sich List gegen eine russische Expansion nach Südosteuropa. In Rußland sah er "das bloße Konglomerat einer Menge von Barbarenhorden"⁵⁸, die dem Trieb eines reißenen Tieres folgen würden.⁵⁹ Es sei unnatürlich, daß ein "Barbarenland" ein anderes "Barbarenland" mit Waffengewalt erobere und beherrsche. Rußland, das selbst über einen Überfluß an Agrarprodukten verfüge und auf der niedrigsten Stufe der Kultur stehe, könne nicht andere "Barbarenländer", die nur Agrikulturprodukte gegen Manufakturwarenbedürfnisse zu bieten hätten, zivilisieren.⁶⁰ Um zu verhindern, daß Rußland sich, wie er schrieb "an die Spitze aller Barbaren von Europa und Asien" stelle, d. h. um Südosteuropa und den Nahen Osten dem russischen Einfluß zu entziehen, wollte List Ungarn (u. a. durch deutsche Auswanderer) "in ein Bollwerk gegen Rußland und ein Instrument der friedlichen Eroberung aller unteren Donauländer verwandeln."⁶¹ List stand mit dieser Forderung, wie noch zu zeigen sein wird, keineswegs allein. Das zaristische Rußland galt dem deutschen Bürgertum zu dieser Zeit als stärkster Hort der Reaktion und Feind der deutschen Freiheit schlechthin.⁶²

⁵⁵ Vgl. List, Friedrich, Über die nationalökonomische Reform des Königreichs Ungarn, a. a. O., S. 472.

⁵⁶ Siehe in dieser Arbeit Kapitel 6.3.2.

⁵⁷ Vgl. List, Friedrich, Über die nationalökonomische Reform des Königreichs Ungarn, a. a. O., S. 473.

⁵⁸ List, Allianzdenkschrift, in: ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, a. a. O., S. 274.

⁵⁹ List, Friedrich, Über die nationalökonomische Reform des Königreichs Ungarn, a. a. O., S. 475.

⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 480.

⁶¹ Vgl. ebenda, S. 477 u. 480.

⁶² Die im deutschen Bürgertum verbreitete Forderung nach einer Abwehrfront gegen Rußland, wurde vor dem Hintergrund zunehmender Ansprüche der russischen Regierung auf eine Einflußsphäre in Südosteuropa lauter. 1696 hatte Rußland erstmals einen schmalen Zugang zum Schwarzen Meer gewonnen. Nach einem Krieg gegen das Osmanische Reich, eröffnete der Friede von Kütschük-Kainardschi der russischen Regierung 1774 eine umfangreichere Kontrolle über das Schwarze Meer. Bis zum Jahr 1792 brachte Zarin Katharina II.

Während er, wie viele seiner Zeitgenossen, den russischen Einfluß in Europa zurückdrängen wollte, strebte List mit der Weltmacht Großbritannien, mit der der Deutsche Zollverein zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkurrieren konnte, 1846 ein Bündnis bzw. ein Stillhalteabkommen auf der Basis einer Aufteilung von Einflußsphären an. Dazu verfaßte er eine Allianzdenkschrift, in der er Großbritannien die Herrschaft über Kleinasien und Ägypten zugestand, während er "die Ausdehnung der deutschen Herrschaft über alle europäischen Besitzungen der Pforte"⁶³, also das heutige Rumänien, Bulgarien, Bulgarien und den Süden Jugoslawiens durchsetzen wollte. Der britischen Regierung versuchte List das Bündnis durch den Hinweis lukrativ zu machen, daß England einen starken Verbündeten auf dem Kontinent gegen die Gefahr einer französischen Landung an seiner Küste und als Schutz seiner imperialen Interessen in Asien gegen Rußland und Frankreich benötige. Dafür sollte England die ökonomische und politische Erstarkung Deutschland nicht einzuschränken versuchen und seine Ausdehnung nach Südosteuropa dulden.⁶⁴ List erwartete im Falle einer Auflösung des Osmanischen Reiches, einen Krieg zwischen Frankreich, Rußland und England. Nur ein starkes Deutschland könne letzterem dabei hilfreich sein. Die englisch-deutsche Allianz sollte allein auf der Basis eines militärischen Bündnisses bestehen, während sowohl das britische Empire als auch der deutsch-südosteuropäische Großraum wirtschaftlich selbständig bleiben sollte.⁶⁵ Dabei strebte List nicht eine Autarkie im engen Sinne an, sondern eine Stärkung der politischen und ökonomischen

das gesamte nördliche Küstenland des Schwarzen Meeres von Dnjestr bis zum Kuban in russischen Besitz. Mit der Annexion Bessarabiens erreichte Rußland das Donaudelta. Darüber hinaus ließ sich die russische Regierung in Kütschük-Kainardschi die Schutzherrschaft über osmanische Untertanen orthodoxen Glaubens, freie Durchfahrt durch die Dardanellen und große Handelsvergünstigungen auf osmanischem Gebiet zusichern. 1829 setzte sie nach einem erneuten Krieg gegen das Osmanische Reich im Frieden von Adrianopel die bewaffnete Schutzherrschaft über die beiden rumänischen Fürstentümer Moldau und Walachei und die Kontrolle über die Donaumündung durch.

⁶³ List, Friedrich, Über den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland (1846), in: ders.: Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, a. a. O., S. 278f.

⁶⁴ Die hier ausgesprochene Hoffnung auf britische Neutralität bestimmte die deutsche Außenpolitik bis 1914 und die Kriegsvorbereitungen des nationalsozialistischen Deutschlands 1938/39.

⁶⁵ Vgl. List, Allianzdenkschrift, in ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, S. 267ff.; Weippert, a. a. O., S. 46.

Stellung Deutschlands mittels der Durchdringung Österreichs und Südosteuropas. Auf dieser Grundlage hielt er Deutschland in der Weltwirtschaft gegenüber den damaligen Großmächten für konkurrenz- und durchsetzungsfähig. Zur Begründung des deutsch-englischen Bündnisses argumentierte List rassistisch. Sowohl die deutsche als auch die englische Bevölkerung rechnete er einer "germanischen Rasse" zu, der er folgende Bestimmung zuschrieb:

"Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die germanische Rasse durch ihre Natur und ihren Charakter von der Vorsehung vorzugsweise zur Lösung der großen Aufgabe bestimmt ist, die Weltangelegenheiten zu leiten, wilde und barbarische Länder zu zivilisieren und die noch unbewohnten zu bevölkern, weil keine der beiden anderen (die er vorher als "romanische" und "slawische Rasse" bezeichnete, d. V.) die Eigenschaft beiwohnt, in Masse nach fremden Ländern auszuwandern, dort vermittelt der Gabe der Selbstverwaltung, der Selbstrechtspflege und Selbstordnung neue und zwar vollkommenere Gemeinwesen zu gründen und sich vom Einfluß barbarischer und halbbarbarischer Urbewohner freizuhalten".⁶⁶

Damit entwickelte List als erster die Theorie einer Neuaufteilung der Erde zwischen Deutschland und Großbritannien auf Grundlage der Lehre von der Überlegenheit der "germanischen Rasse". Die von List formulierte Überzeugung einer "germanischen" Mission gegenüber "Romanen" und Slawen" blieb prägend für die Ideologie des deutschen Kaiserreiches und des Nationalsozialismus.⁶⁷ Kaum jemand zweifelte im Deutschland des 19. Jahrhunderts daran, daß deutsche Siedler den "primitiven Slawen" Kultur und Zivilisation bringen müßten.⁶⁸

Für das deutsch-englische Bündnis plante List 1846 eine Bahnverbindung zwischen Großbritannien und Indien. Diese sollte durch Deutschland und die Donauländer in das Osmanische Reich in das Gebiet des heutigen Irak und von dort über Persien nach Bombay führen.⁶⁹

⁶⁶ List, Allianzdenkschrift, in: ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, a. a. O., S. 275.

⁶⁷ Vgl. Neumann, Franz, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, us-amerikanische Originalausgabe 1942, erweiterte Form unter dem Titel "Behemoth" 1944, deutsche Neuauflage, Frankfurt/M. 1993, S. 140.

⁶⁸ Vgl. Wippermann, a. a. O., S. 34.

⁶⁹ Vgl. List, Allianzdenkschrift, in: ders., Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, a. a. O., S. 280.

Zur Überreichung seiner Allianzdenkschrift an die britische Regierung, reiste List im Juni 1846 nach London.⁷⁰ Die britische Regierung wies den Plan jedoch zurück. Sie zeigte sich einem deutsch-englischen Bündnis zwar nicht gänzlich abgeneigt, wandte sich jedoch entschieden gegen ein von List propagiertes deutsches Schutzzollsystem. Die zersplitterten deutschen Fürstentümer erschienen ihr zu diesem Zeitpunkt zu kolonialistischen bzw. imperialistischen Aktionen nicht in der Lage, so daß die Notwendigkeit einer Abgrenzung bzw. Aufteilung von Einflußsphären für sie nicht auf der Tagesordnung stand. Einer deutsch-englischen Allianz stimmte sie daher nur unter der Voraussetzung zu, daß Deutschland sich dem Freihandel zuwende.

Auch von der preußischen und österreichischen Regierung wurde Lists Vorschlag abgelehnt, da für sie zu diesem Zeitpunkt aufgrund des Bündnisses mit der russischen Regierung eine Allianz mit England nicht opportun erschien. Nach der Ablehnung der Allianzdenkschrift, die für ihn eine große Enttäuschung bedeutete, beging List am 30. November 1846 Selbstmord.⁷¹

Seine Pläne blieben jedoch lebendig. Die Wirkung von Lists Großraumkonzepten mit Südosteuropa und dem Nahen Osten als deutschen "Ergänzungsräumen" reichte, wie noch zu zeigen sein wird, bis in die Zeit des Nationalsozialismus hinein.

Die der Allianzdenkschrift zugrundeliegende Vorstellung eines deutschen Kampfes bzw. Krieges um Einflußsphären gegen Rußland und Frankreich bei erhoffter englischer Neutralität bestimmte die deutsche Politik von 1890-1914 und die Kriegsvorbereitungen der nationalsozialistischen Regierung in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Auch zu seinen Lebzeiten stand List mit seinen Zielsetzungen keineswegs allein. In den deutschen Fürstentümern propagierte u. a. das westdeutsch-süddeutsche und das rheinisch-westfälische Industrie- und Handelsgrößbürgertum im Sinne Lists eine deutsche Südosteuropa-Expansion. Publizistische Organe dieser Wirtschaftskreise waren vor allem die "Augsburger Allgemeinen Zei-

⁷⁰ Vgl. Sevin, Die Entwicklung von Friedrich Lists kolonial- und weltpolitischen Ideen..., a. a. O., S. 333 u. 336.

⁷¹ Vgl. List, Schriften, Reden, Briefe, Bd. VII, a. a. O., S. 524ff.

tung" (AAZ), die "Deutschen Vierteljahreshefte" und "Rotteck-Welckers-Staatslexikon".⁷²

Generell wurde von diesen Vertretern des am Handel interessierten Bürgertums der Wunsch nach einer engeren Kooperation der deutschen Fürstentümer mit Österreich und Ungarn ausgesprochen und viele von ihnen drängten auf eine Ausrichtung der deutschen Emigration nach Südosteuropa. Sie kritisierten die russische Autokratie und, wenn auch weniger offen, die reaktionären Systeme Preußens und Österreichs. Einige dieser Männer wurden 1848 prominente "Revolutionäre."⁷³ Unter ihnen war Paul Pfizer⁷⁴, der als "geistiger Führer der schwäbischen Liberalen"⁷⁵ galt. Er forderte 1845 in der Schrift "Das Vaterland", daß der deutsche Kolonialismus an die Geschichte des deutschen Ritterordens⁷⁶ anknüpfen müsse. Deutschland solle sich nicht auf den Erwerb von Überseekolonien konzentrieren, sondern wie der Ritterorden Ost- und Südosteuropa erobern und mit deutschen Auswanderern besiedeln. Es ginge darum, das alte deutsche "Reich vom Schwarzen Meere bis zur Ostsee" zu erneuern.

Die geschichtlichen Ufer der "deutschen Völkerfluth" lägen "an dem baltischen und schwarzen Meere", und da das fruchtbare Tal der unteren Donau nur sehr schwach bevölkert sei, könne der Strom der deutschen Auswanderung zunächst nach Ungarn und von dort weiter hinabgeleitet werden.

Die "Kolonisierung des mittleren und untern Donauthals durch deutsche Ansiedler" wäre für ganz Deutschland unermeßlich wichtig. Auf diese Weise könne Deutschland zum "Meister" der Wasserstraße von der Nordsee in den "Orient" werden.⁷⁷

⁷² Zu Lists vielfältigen Beziehungen zu Industriellen und Bankiers siehe vor allem: Die Einleitung zu Bd. V der Schriften, Reden, Briefe.

⁷³ Vgl. Meyer, Henry Cord, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 19.

⁷⁴ Paul Pfizer, Anwalt und württembergischer Minister, 1801-1867.

⁷⁵ Hofmann, Josef Wilhelm, Der Mitteleuropagedanke von 1848. Seine Grundlagen und seine Richtungen im politischen Schrifttum seiner Zeit, Würzburg 1940, S. 85.

⁷⁶ Der deutsche Ritterorden hatte im 12. und 13. Jahrhundert weite Teile Ost- und Südosteuropas kolonisiert. Betroffen waren vor allem Gebiete des heutigen Polens, des Baltikums, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Siebenbürgens (bzw. Transylvanniens) im heutigen Rumänien. (Vgl. Higounet, Charles, Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter, München 1990).

⁷⁷ Vgl. Pfizer, Paul, Das Vaterland, Stuttgart 1845, S. 293 u. 296.

Der "große Aufwand der Unterhaltung einer Seemacht, die erst noch zu schaffen wäre", fiel bei einer deutschen Besiedlung der südosteuropäischen Donauländer fort.⁷⁸ Bei "gehöriger Leitung und Pflege" der deutschen Auswanderung nach Südosteuropa könne hier "ein Keim der künftigen Größe Deutschlands" gelegt werden.⁷⁹

Hier sind die Ziele des deutschen Expansionismus, wie bei List, eindeutig vorkonturiert. Deutschland sollte Kolonialmacht werden und zwar nicht in erster Linie über den Seeweg, sondern über den Landweg, nicht in Übersee, sondern in Ost- und Südosteuropa. Als ein Mittel zur Durchsetzung dieser Kolonialpläne sah Pfizer, wie List, den Bau von Eisenbahnlinien und Kanälen sowie die Kontrolle der Donau bis zum Schwarzen Meer vor.

In bezug auf Österreich rechnete Pfizer langfristig mit einer Vereinigung Deutschösterreichs mit dem übrigen Deutschland.⁸⁰

Bevor aber diese Verbindung erfolge, habe Österreich für das deutsche Volk eine hohe und wichtige Aufgabe zu erfüllen. Es solle

"den Samen deutscher Gesittung ostwärts (...) verbreiten, damit auf deutsch-magyarischer Grundlage ein dem deutschen blutsverwandtes Reich entstehe, das stark genug ist, im Verein mit Deutschland den Andrang der slawischen und romanischen Völkerwelt zu widerstehen."⁸¹

Auch diese rassistische Argumentation stand in deutlicher Parallele zu den Ausführungen von List.

Sobald Österreich "seine südöstliche Aufgabe" erfüllt, d. h. den deutschen Einfluß in Südosteuropa genügend gefestigt habe, sollten seine deutschen Teile im deutschen Nationalstaat aufgehen. Das letzte Ziel, das Pfizer vorschwebte, war der großdeutsche Nationalstaat als Kern und Grundlage eines nationalitätenmäßig gegliederten "mitteleuropäischen Völkerbundes."⁸² Die hier ausgesprochene Zielsetzung einer österreichischen Avantgarde-Funktion für die Ebnung einer deutschen Südosteuropaexpansion tradierte sich bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts in Publikationen deutscher "Mitteleuropa"-Planer.

⁷⁸ Ebenda, S. 293f.

⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 296.

⁸⁰ Ebenda, S. 197.

⁸¹ Ebenda, S. 293.

⁸² Wagner, a. a. O., S. 72f.

Bei Pfizer findet sich darüber hinaus eine bemerkenswerte Prognose bezüglich eines kommenden deutsch-russischen Krieges. Auf Südosteuropa bezugnehmend bemerkte er, "nach menschlicher Voraussicht" bereite sich

"in dieser alten Heimath des deutschen Volks (...) die Erfüllung eines Theils der deutschen Geschichte" vor, "indem hier früher oder später ein Zusammenstoß mit Rußland unvermeidlich scheint."⁸³

Wenn in Polen und im Baltikum "durch gewaltsame Russifizierung" und "durch Unterdrückung des deutschen Wesens" "das russische Slaventhum" gesiegt habe, so müsse Deutschland alles daran gelegen sein, daß Rußland nicht im Süden der Karpaten ebenfalls die Oberhand gewinne. Wenn eines Tages die "orientalische Frage" gelöst würde, ständen

"so wichtige Interessen auf dem Spiel, daß kein mit deutscher Ehre vereinbares Opfer Deutschland zu groß seyn sollte".⁸⁴

Deshalb müsse sich Deutschland im voraus rüsten für

"den Kampf, der dort entbrennen und vielleicht ganz Europa entzünden, Rußland und Frankreich gegen Deutschland waffnen wird."⁸⁵

Es blieben siebzig Jahre bis mit dem deutsch-österreichischen Überfall auf Serbien 1914 dieser prognostizierte Krieg begann. Noch weiter zugespitzt wurde die rassistische Argumentation 1847 in dem Buch "Der Weltkampf der Deutschen und Slawen" von Moritz Heffter. Der Autor widmete seine Schrift dem deutschen Volk, das durch die Darstellung lernen sollte, wie es in Zukunft mit seinen Gegnern zu verfahren habe, um sie zu überwinden. Er beschrieb und rechtfertigte die seiner Meinung nach notwendige, vor mehr als einem Jahrtausend begonnene "Germanisierung" ost- und südosteuropäischer Gebiete, bei der die Deutschen oft "gezwungen" gewesen seien, die Waffen zu ergreifen. Der "Weltkampf der Deutschen und Slawen" wurde und werde "hartnäckig fast um jede Scholle Landes geführt". Er sei für Deutschland von ungeheurem Einfluß geworden. Der Kampf zwischen Deutschen und "Sla-

⁸³ Pfizer, a. a. O., S. 297.

⁸⁴ Pfizer, a. a. O., S. 302.

⁸⁵ Ebenda. S. 299.

wen" ergebe sich aus der unmittelbaren Nachbarschaft, der Verschiedenartigkeit der Charaktere und der "sich im Laufe der Zeit immer mehr herausstellenden großen Verschiedenheit der beiden Volksstämme in Cultur und Civilisation." Es sei ein Kampf zwischen "Cultur und Uncultur". Der Übergang vieler Länder Ost- und Südosteuropas "zu deutscher Art und Sitte" sei die notwendige Folge des kulturhistorischen, geistigen und moralischen Übergewichts des Gebildeten über den Ungebildeten.⁸⁶

Bis auf den heutigen Tag würden deutsche Kultur und Zivilisation daran arbeiten,

"das slavische Element (...) zu zersetzen und zu vernichten."⁸⁷

Bevor "die Germanen" in Ost- und Südosteuropa eingedrungen seien, hätten dort überall Rohheit, Unwissenheit und Armut geherrscht.

Da die "Slawen" nur die Hacke, aber nicht den Pflug gekannt hätten, sei der Boden für den Ackerbau von ihnen nur mangelhaft genutzt worden. Ebenso brachgelegen hätten der Metallreichtum mehrerer Gebirge für den Bergbau und günstig gelegene Gegenden für den Handel,⁸⁸ denn, so Heffter:

"Der Slave verstand oft selbst die einfachsten, offen da liegenden Hilfsquellen seines Landes nicht zu begreifen und auszubeuten."⁸⁹

Erst die Deutschen hätten jenen Ländern die Zivilisation gebracht.

Noch aktuell sei an manchen Orten

"deutsche Civilisation, Technik, Gewerbethätigkeit, Cultur und Sprache mit den Slaven im Kampfe, und zwar im Kampfe auf Leben und Tod."⁹⁰

⁸⁶ Vgl. Heffter, Moritz Wilhelm, Der Weltkampf der Deutschen und Slawen seit dem Ende des fünften Jahrhunderts nach christlicher Zeitrechnung, nach seinem Ursprunge, Verlaufe und nach seinen Folgen dargestellt, Hamburg und Gotha 1847, S. III., 7f., 453, 459, 462 u. 488f.

Ein interessierter Leser dieses Buches war Karl Marx. Vgl. Marx an Engels vom 29.10.1856, in: MEW, Bd. 29, S. 19-22.

⁸⁷ Vgl. Heffter, a. a. O., S. 468.

⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 462.

⁸⁹ Ebenda, S. 462.

⁹⁰ Ebenda, S. 453.

Zwar sei nicht zu leugnen, daß "bei den Eroberungen der slavischen Länder durch die Deutschen" manche Grausamkeiten und Untaten von letzteren verübt worden seien, doch müsse das Faktum im Ganzen den Deutschen zur hohen Ehre angerechnet werden:

"den Ruf ihrer Tapferkeit, ihrer militärischen Geschicklichkeit und Ausdauer, ihrer Unerschrockenheit und Aufopferung, die sie dabei bewiesen haben, kann ihnen Niemand streitig machen."⁹¹

Aus diesen Überzeugungen leiteten Heffter und andere Autoren seiner Zeit ein dauerhaftes Recht auf deutsche Kolonisation und Herrschaft in Ost- und Südosteuropa ab.

Die von List und Pfizer propagierte Forderung nach einer Umlenkung der deutschen Auswanderung von Übersee nach Südosteuropa wurde 1848 auch durch den angesehenen Göttinger Professor für Nationalökonomie Wilhelm Roscher⁹² unterstützt. Nachdem dieser sich in einem Aufsatz eingangs, wie damals üblich, darüber beklagt hatte, daß die deutschen Auswanderer, die zu Bürgern Kanadas oder den Vereinigten Staaten wurden, "dem Vaterlande, mit allem, was sie haben und sind, regelmäßig verloren" gingen, da sie "Kunden und Lieferanten fremder Völker" würden, schrieb er weiter, ganz anders könne sich die Sache verhalten, ergöbe sich der Strom deutscher Auswanderung nach Ungarn, Polen und

"endlich nach denjenigen Theilen der Türkei, welche in Zukunft, so Gott will, das Erbe Deutschlands bilden sollen, Moldau und Wallachei, Bulgarien und die Nordküste von Kleinasien. Dies ist bekanntlich eine Idee, für welche Friedrich List immer geeifert hat, und die unläugbare Genialität dieses Mannes war durchaus keine theoretische, sondern ganz und gar praktisch. Hier könnte auf dem Wege friedlicher Eroberung ein neues Deutschland entstehen, (...) das zugleich wider jede Art von Russengefahr, Panslavismus, etc. das sicherste Bollwerk bildete."⁹³

⁹¹ Ebenda, S. 468.

⁹² Roscher, Wilhelm Georg Friedrich (1817-1894), Nationalökonom, Begründer der älteren historischen Schule der politischen Ökonomie in Deutschland. (Vgl. MEW 23, Personenverzeichnis, S. 909f.).

⁹³ Roscher, Wilhelm, Nationalökonomische Ansichten über die deutsche Auswanderung, in: Deutsche Vierteljahresschrift, 3. Heft, 1. Abteilung, Stuttgart/Tübingen 1848, S. 96-116; hier: S. 106f. Roscher veröffentlichte die zitierte Passage noch 1885 in dem Band: Roscher, Wilhelm/Jannasch, Robert, Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, Dritte verbesserte, vermehrte und zum Theil ganz neu bearbeitete Auflage von Roscher's Kolonien, Leipzig 1885, S. 342.

Nationalökonomisch anzustreben sei "die faktische Ausschließlichkeit der Benutzung" dieses Gebietes durch Deutschland.⁹⁴

Auch hier zeigt sich wie stark verbreitet die antirussische Einstellung im Kampf um die Einflußgebiete Ost- und Südosteuropa bereits Mitte des 19. Jahrhunderts im deutschen Bürgertum war, obwohl die Regierung unter Bismarck bis 1890 Rußland offiziell als Bündnispartner bezeichnete. Die Vorstellung vom Panslawismus als angeblicher Bedrohung einer ökonomischen und kulturellen Expansion Deutschlands nach Südosteuropa tradierte sich in zahlreichen deutschen Schriften bis 1918. Danach wurde dasselbe Bedrohungspotential dem Bolschewismus bzw. der Sowjetunion zugeschrieben.

Eine deutsche Südosteuropaexpansion wurde seit 1834 auch in Rotteck-Welckers Staatslexikon⁹⁵ propagiert, das dem liberalen Bürgertum Mitte des 19. Jahrhunderts als "Bibel" galt.⁹⁶ Es war in

⁹⁴ Vgl. ebenda.

Zur Umsetzung der von List, Pfizer, Roscher, u. a. erhobenen Forderung, die deutsche Auswanderung nach Südosteuropa umzulenken, gab es in den 1840er Jahren einige praktische Ansätze. So erließ z. B. der "Schwäbische Merkur" im September 1845 unter der Überschrift "Hier an der Donau und sonst nirgends, geht für Deutschland der Stern der Größe auf" einen Aufruf. Daraufhin meldeten sich im März 1846 138 Familien mit 748 Personen. Bis Mai 1846 wanderten 307 Siedlerfamilien mit 1460 Personen nach Transsylvannien (Siebenbürgen) ein. Zur Übernahme ungarischer Ländereien benötigten die Auswanderer jedoch Kapital. Grund und Boden lagen dort fast ausschließlich in den Händen des Adels. Doch die meisten Siedler waren vermögenslos, andere waren Handwerker und nicht Bauern, die von der ungarischen Verwaltung gesucht wurden. Die österreichische Regierung ließ im März und April 1846 wiederholt vor einer Auswanderung nach Transsylvannien warnen, "um den Staat vor den Sorgen fremder Proletarier zu bewahren". Die württembergische und bayrische Regierung bestimmte in der Folge, daß alle Auswanderer nach Transsylvannien den Nachweis ihres dortigen Unterkommens und eine festgelegte Summe Vermögen beizubringen hätten. Als auch diese Maßnahme nicht die gewünschte Wirkung zeigte, erteilte die ungarische Verwaltung keine Visa mehr. (Vgl. Augsburger Allgemeine Zeitung (AAZ), 8. 6. 1844, Beilage. Ueber deutsche Auswanderung; ebenda, Nr. 130, 10. 5. 1846 (Pesth); Schenderlein, Kolonisationsbestrebungen in Deutschland zwischen 1840 und 1850, a. a. O., S. 58f u. 97; Wagner, a. a. O., S. 85ff.).

⁹⁵ "Das `Staatslexikon` mit seinen 15 Bänden und 12000 Seiten (...) war ein berühmtes und weit verbreitetes Werk, das nicht nur in den Bücherschränken vieler Bürgerfamilien stand, sondern auch in den parlamentarischen Debatten der Paulskirche häufig zitiert wurde." (Bleek, Die Paulskirche in der politischen Ideengeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 29).

⁹⁶ Vgl. Eyck, Frank, Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, München 1973, S. 219.

den deutschen Fürstentümern weit verbreitet und gab die Durchschnittsmeinung des liberalen Bürgertums zu den Fragen der Zeit wieder. Seine Herausgeber und der überwiegende Teil seiner Mitarbeiter stammten aus Südwest- und Süddeutschland. List war an der Herausgabe des Lexikons beteiligt.⁹⁷

In der Ausgabe von 1841 wurde dargelegt, daß jedes politische und wirtschaftliche Interesse "die germanischen und ungarischen Länder" auf einen großen Handelsbund hinweise, der bis an das Schwarze Meer vordringen und das Adriatische Meer, die Ost- und Nordsee berühren solle.⁹⁸

Preußen und Österreich hätten in "den orientalischen Angelegenheiten", die von der Ostsee bis zum Roten Meer reichen, die gleiche Aufgabe. Ihre politische Bedeutung und die Zukunft Deutschlands hingen von der Ausübung eines größeren Einflusses in diesen Dingen ab. Der Hauptgegner wurde in Rußland gesehen.⁹⁹ Rußland beherrsche "zur Schmach Deutschlands und Österreichs" die Mündungen der deutsch-ungarischen Donau. "Die für ganz Mitteleuropa so wichtige Straße für den immer wichtiger werdenden orientalischen Verkehr" läge "in seinen Händen." Österreich müsse die Donaumündung gewinnen. Es handele sich hier um

"die Lösung einer weltgeschichtlichen Frage, die im schlimmeren Falle vielleicht auf Jahrhunderte lang das politische Übergewicht des Slaventums über das Germanentum, der Barbarei des Ostens über die Zivilisation der Mitte Europas entscheidet."¹⁰⁰

Forderungen nach einer deutschen Südosteuropaexpansion wurden in den 1840er Jahren nicht nur in bürgerlich-liberalen Kreisen erhoben. Sie waren auch unter deutschen Großgrundbesitzern verbreitet. So schrieb z. B. der konservative preußische Publizist, der pommersche Junker und Gutsnachbar von Bismarck, Ernst von Bülow-Cummerow¹⁰¹ 1845, Österreich und die deutschen Bundesstaaten hätten die Aufgabe, den "Orient" zu zivilisieren und Europa ge-

⁹⁷ Vgl. List, Schriften, Reden, Briefe, Bd. V, Einleitung, S. 3ff.

⁹⁸ Vgl. Rotteck, C.v./Welcker, C.(ed.), Staatslexikon oder Enzyklopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, 1.Aufl., 12 Bände, Altona 1841, Bd. XII, S. 182f.

⁹⁹ Vgl. Rotteck/Welcker, a. a. O., S. 232.

¹⁰⁰ Vgl. Rotteck/Welcker (ed.), Staatslexikon oder Enzyklopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, 2. Aufl., 12 Bde., Altona 1845-1848, Bd. X, S. 380-383.

¹⁰¹ Ernst von Bülow-Cummerow, Gutsbesitzer und Schriftsteller, 1775-1851.

gen Asien zu schützen. Sie sollten als "Vormauern" Europas gegen Türken, Russen und Asiaten fungieren. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müßten sie, "die Überschüsse der eigenen Bevölkerung" nach Rumänien, Bulgarien und die übrigen europäischen Teile des Osmanischen Reiches lenken, um diesen Gebieten "durch eine germanische Bevölkerung eine innere Stärke zu geben, die jede fernere Zudringlichkeit zurückzustoßen im Stande ist." Durch eine "Colonisierung" Südosteuropas könne Deutschland darüber hinaus die Ufer und Mündungen der Donau gewinnen, die es besitzen müsse, wenn seine Handelsverhältnisse eine Bedeutung gewinnen sollen.¹⁰² Warum Südosteuropa handelspolitisch zum Streitobjekt zwischen Deutschland und Österreich einerseits und Rußland andererseits werden müsse, wurde in einer Denkschrift des Bremer Reise-schriftstellers und Geographen J. G. Kohl von 1849 damit begründet, daß die Donaufürstentümer "ein köstlicher Besitz" wären. Es seien "fruchtbare Landschaften, reich an mannigfaltigen Erzeugnissen." Es fänden sich dort "die schönsten Wälder mit dem herrlichsten Bauholze für eine Flotte", sowie Kupfer, Steinkohle und Silber.¹⁰³

Aber nicht nur als Lieferant von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, sondern auch als Absatzmarkt deutscher und österreichischer Fertigprodukte sowie als Verkehrsweg in das Osmanische Reich und nach Persien erschien Südosteuropa dem Verfasser der Denkschrift, in der Tradition von List, von großem Interesse.¹⁰⁴

Als Knotenpunkt für den deutschen Handel nach Südosteuropa und Asien bezeichnete der Autor, Belgrad. Von hier aus führe ein Lebens- und Handelsstrom aus Deutschland zu den untern Donauländern und den ihnen benachbarten Provinzen, namentlich nach Bulgarien, Macedonien, Thracien, nach Saloniki und nach Konstantinopel hinüber. Der deutsche Warenzug nach und durch Serbien sei jedoch in der größten Gefahr, "wenn die Russen die Donaufürstentümer erlangen." Militärische Schriftsteller hätten auf die große strategische Bedeutung des Gebietes um Belgrad hingewiesen.¹⁰⁵

¹⁰² Bülow-Cummerow, Ernst Gottfried Georg von, Die europäischen Staaten nach ihren inneren und äußeren politischen Verhältnissen, Altona 1845, S. 318f. u. 372.

¹⁰³ Kohl, J. G., Die streitenden Interessen Österreichs und Deutschlands auf der einen und Rußlands auf der anderen Seite an den Donaumündungen und am Schwarzen Meer, in: Deutsche Vierteljahresschrift, Heft 1, 1849, S. 107.

¹⁰⁴ Vgl. Kohl, a. a. O., S. 106.

¹⁰⁵ Vgl. Kohl, a. a. O., S. 123f.

So sollte Belgrad z. B. zum Knotenpunkt des deutsch-österreichischen Eisenbahnverkehrs nach Bulgarien und in das Osmanische Reich werden.¹⁰⁶ "Die Russen" wüßten dies genau. Bereits jetzt würden sie dort "vermitteltst der Serbier, ihren Glaubens- und Stammesgenossen, einen bedeutenden Einfluß" ausüben. Davon ausgehend konstatierte er:

"die Türkennoth hat aufgehört, die Russennoth ist an ihre Stelle getreten."¹⁰⁷

Wenn "die Russen" die Gegend um Belgrad vollkommen in Besitz nähmen,

"dann Wehe dem österreichisch-deutschen Verkehre durch Serbien nach Macedonien und Thracien!"¹⁰⁸

Gerade jetzt, wo sich deutscher und österreichischer Handel in Südosteuropa auszubreiten beginne, drohe "eine russische Occupation dieser Länder mehr als je alle jene so glücklich eingeleiteten Verbindungen wieder abzuschneiden!"¹⁰⁹

Sollte Rußland sich hier "einkeilen", so wäre es aus mit einem "lebhaften Durchzug" von Waren aus dem Nahen Osten über den Balkan und die Donau durch Bulgarien und Rumänien. Binnenhandel und "orientalischer Warentransit" würden aufhören. Der Autor bezeichnete dies als "tödlichen Schnitt, der mitten durch das Herz geht."¹¹⁰

Hier liege eine deutsche Lebensfrage. Nur Deutschland sei durch Bildung, Industrie und "Handelsgeist" zur Kultivierung der südosteuropäischen Donauländer berechtigt.

"kein Volk der Welt (habe) so viel Ursache gegen eine russische Occupation an der Donau zu protestiren, wie wir Deutschen (...) für uns steht an der Donau unsäglich viel wirklicher Besitz auf dem Spiel (...) dieses Donaudelta, wo ägyptische Volks- und Productenfülle herrschen würde, wenn wir Deutsche es mit unsern Kauf- und Ackersleuten besetzt hielten".¹¹¹

¹⁰⁶ Vgl. Augsburger Allgemeine Zeitung (AAZ), Nr. 365, 30. 12. 1848, Preußen oder Oesterreich.

¹⁰⁷ Kohl, a. a. O., S. 101-103.

¹⁰⁸ Kohl, a. a. O., S. 130.

¹⁰⁹ Kohl, a. a. O., S. 119f.

¹¹⁰ Kohl, a. a. O., S. 120-122.

¹¹¹ Kohl, a. a. O., S. 125-127 u. 128f.

Der Plan von List, eine deutsche Handels- und Kolonisationsgesellschaft für Südosteuropa zu gründen, wurde 1850 vom Paulskirchenabgeordneten und Redakteur der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" Gustav Höfken¹¹² aufgenommen. Er erklärte in einer Schrift, mit Hilfe einer solchen Gesellschaft sei es möglich, dem deutschen "Gewerbefleiß neue selbständige Absatzwege zu eröffnen" und den "deutschen Einfluß an der unteren Donau bis an das Schwarze Meer auf sicherer Grundlage zu festigen." Dadurch würde christliche Religion, "europäische Ordnung und Zucht" in die europäischen Länder des osmanischen Reiches eingeführt.¹¹³

1.2 Südosteuropa als deutscher "Lebensraum" in der Augsburger Allgemeinen Zeitung

Artikel mit ähnlichem Tenor fanden sich in den 1840er Jahren in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" (AAZ), die im Cotta-Verlag erschien. Dort wurde auch die "Deutsche Vierteljahrsschrift" herausgegeben. Friedrich List stand mit beiden Zeitschriften in Verbindung.¹¹⁴ Die AAZ hatte in dieser Zeit 12000 Abonnenten, die "Deutsche Vierteljahrsschrift" 1200. Die Leser stammten größ-

¹¹² Höfken, Gustav, deutscher Nationalökonom und Publizist, 1811-1889.

Als höherer Beamter im österreichischen Handelsministerium (seit 1849) und Mitglied der österreichischen Ministerialkommission für die Kolonisation Ungarns setzte sich Höfken für eine "mitteleuropäische" Handelseinigung und für eine systematische Ansiedlung deutscher Auswanderer in Österreich, Ungarn und den südosteuropäischen Donauländern ein. (Vgl. Wagner, a. a. O., S. 51).

¹¹³ Vgl. Höfken, Gustav, Deutsche Auswanderung und Kolonisation mit Hinblick auf Ungarn, Wien 1850, S. 4 u. 192-197.

¹¹⁴ Die Augsburger Allgemeine Zeitung wurde von Johann Friedrich von Cotta gegründet. Nach seinem Tode 1832 übernahm sein Sohn Johann Georg den Verlag. Unter ihm wurde die AAZ in den 1840er Jahren die bedeutendste Zeitung des deutschen Bürgertums. Zum Cotta-Verlag gehörte zudem die Deutsche Vierteljahrsschrift. Die AAZ besaß in Österreich die Hälfte ihrer Abonnenten. Im Jahre 1848 erreichte sie mit 11555 ihre höchste Abonnentenzahl. Die Verbindung zwischen List und der AAZ war sehr eng. List kannte den maßgebenden Redakteur Gustav Eduard Kolb aus seiner Tübinger Zeit und hatte Anfang der 1820er Jahre mit ihm auf dem Hohenasperg in Festungshaft gesessen. Zwischen 1837 und 1843 war List ununterbrochen Mitarbeiter der AAZ. (Vgl. Wagner, a. a. O., S. 53f. u. 56).

tenteils aus dem liberalen politischen Milieu der südlichen Gebiete des Deutschen Bundes.¹¹⁵

Bereits 1841, im Jahr des Erscheinens des "Nationalen Systems der Politischen Ökonomie" von List wurde auch in der AAZ der Austausch deutscher Manufakturwaren gegen Rohstoffe aus dem "Orient" propagiert.¹¹⁶

Auch die Forderung der Errichtung eines "Bollwerkes" gegen Rußland in Südosteuropa wurde in der AAZ vertreten.

1842 hieß es in einem Artikel, Deutschlands müsse "seine letzten Kräfte aufbieten", um zu verhindern, daß "sich Rußland in die europäische Türkei einnistet", ansonsten sei es "um den bedeutendsten Theil der Ausbreitung (...) des deutschen politischen Einflusses geschehen."

"Ein in der europäischen Türkei weiter schreitendes Rußland würde alle Kraftentwicklung der deutschen Völker gegen den Osten hin hemmen, vielleicht vernichten".¹¹⁷

Zur Eroberung eines deutschen Kolonialgebietes in Südosteuropa rief Anfang der 1840er Jahre in der AAZ der preußische Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke auf, der sich von 1835-1839 als Militärberater im Osmanischen Reich aufgehalten hatte.

Er vertrat die Auffassung:

"Die Colonien der deutschen Auswanderer liegen an den Ufern des deutschen Hauptstromes, in den unangebauten, verwüsteten, aber reichen und gesegneten Ländern an der unteren Donau."¹¹⁸

Gelänge es, die deutsche Auswanderung in die südosteuropäischen Donauländer, insbesondere die Walachei zu lenken, bräuchte "deutscher Fleiß nicht mehr nach den verpesteten Sümpfen und dem glühenden Himmel fremder Welttheile zu flüchten", und an den

¹¹⁵ Vgl. Droz, Jaques, L'Europe Centrale. Évolution historique de l'idée de "Mitteleuropa", Paris 1960, S. 58f.

¹¹⁶ Vgl. AAZ, Nr. 193, 12. 7. 1841, Beilage, Die orientalischen Christen und die Schutzmächte.

¹¹⁷ AAZ, Nr. 317, 12. 11. 1842, Europa und der Orient.

¹¹⁸ AAZ, Nr. 358, 23. 12. 1842, Helmuth von Moltke: Die Donaufürstenthümer, auch zit. im Beitrag: Serbien, Rotteck-Welckers-Staatslexikon, 2. Aufl., Altona 1848, Bd. 12, S. 148.

Ufern der "stolzen Donau" würde deutsche Sprache erklingen und "deutsche Sitte wohnen."¹¹⁹

Moltke wurde bis Mitte des 20. Jahrhunderts wiederholt in Publikationen gemeinsam mit List als Initiator deutscher Südosteuropäexpansion gewürdigt. Seine Reiseerinnerungen, die von stereotypen Klischees durchsetzt sind, werden bis heute in der Form von Abenteuerromanen publiziert.¹²⁰

Die von List und Moltke propagierte Lenkung der deutschen Auswanderung nach Südosteuropa wurde in den 1840er Jahren in zahlreichen Beiträgen der AAZ gefordert.¹²¹ Die Redaktion der Zeitschrift betonte, "der überschießenden deutschen Bevölkerung" könne in den "herrlichen Länder der europäischen Türkei" ein "Abfluß" verschafft werden.¹²² Dies sei

"eine Richtung in Einklang mit unserer geographischen Lage, der Zukunft unseres Handels wie mit den Erinnerungen früherer ruhmvoller Tage".¹²³

Als Vorbild eines solchen Zuges deutscher Siedler wurde in der AAZ an die Kreuzzüge erinnert. "Diese erste Colonisation des Morgenlandes" sei im wesentlichen eine "germanische", eine deutsche Tat gewesen.¹²⁴

Zu den Aufgaben der deutschen Auswanderer in Südosteuropa zählten die Autoren der AAZ nicht nur, wie erwähnt, die Kultivierung von "unangebauten und verwüsteten Ländern", sondern auch die Erziehung der Bevölkerung Südosteuropas, die in Fragen der Bodenbewirtschaftung rückständig sei.¹²⁵

¹¹⁹ Vgl. ders., Zur Orientalischen Frage, in: ders., Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, Zweiter Band, Berlin 1892, S. 308f.

¹²⁰ Vgl. Moltke, Helmuth von, Unter dem Halbmond. Erlebnisse in der alten Türkei 1835-1839, herausgegeben von Helmut Arndt, 2. Aufl., Tübingen 1981.

¹²¹ Vgl. u. a. AAZ, Nr. 142/143, 22. /23. 5. 1842, Beilage, Briefe eines deutschen Reisenden von der Donau; AAZ, Nr. 350, 15. 12. 1842, Die deutsche Auswanderung und ihre Richtungen; AAZ, Nr. 52/53, 21. /22. 2. 1844, Beilage, Wohin sollen wir Deutsche auswandern?; AAZ, Nr. 241, 29. 8. 1845, Beilage, Deutsche Auswanderung.

¹²² Vgl. AAZ, Nr. 308, 4. 11. 1841, Der deutsche Zollverein und seine Nachbarn.

¹²³ Anmerkung der Redaktion zum Artikel: Über Kleinasien und deutsche Kolonisation, in: AAZ, Beilage, Nr. 1, 1. 1. 1845.

¹²⁴ Ebenda.

¹²⁵ Vgl. u. a. AAZ, Nr. 358/359, 25. /26. 12. 1844, Deutsche Auswanderung in die untern Donauländer.

In der AAZ wurde die Überzeugung vertreten, daß die "gesegnete Fruchtbarkeit" der Länder Südosteuropas nur durch einen großen Zug deutscher Einwanderung und eine "Germanisierung" erschlossen und daß Südosteuropa nur auf diese Weise "zur vollen Theilnahme an den Wohlthaten der Civilisation" geführt werden könne.¹²⁶ Legitimiert wurden die deutschen Siedlungsprojekte in Südosteuropa und dem Nahen Osten in der AAZ darüber hinaus mit dem

"gute(n) Recht des Stärkeren. Dasjenige Volk, welches sich einer physischen oder moralischen Überlegenheit durch Zahl der Bildung oder durch beides zusammen bewußt ist, siedelt sich unter dem physisch und moralisch schwächeren Volk oder über demselben an und, will dieses nicht in Güte weichen oder sich unterwerfen, so zwingt man es mit Gewalt. Das ist das Recht der Colonien."¹²⁷

Während ein Autor dieses deutsche "Recht des Stärkeren" sofort auf die Unterwerfung von "Kleinasien" anwenden wollte, sprach sich ein anderer in einer Antwort, in voller Übereinstimmung mit dem "scharfblickenden und mit mächtiger Feder kämpfenden List", als ersten Schritt für die "Gründung deutscher Donaucolonien" in Ungarn, Serbien, Bulgarien, der Moldau und der Walachei aus. Er erblickte darin "eine gebieterische Nothwendigkeit für die Zukunft". Die südosteuropäischen Donauländer seien durch kein Meer von Deutschland getrennt und bedürften deshalb nicht den Schutz einer deutschen Flotte, sondern könnten mit "Bajonnetten" vollkommen verteidigt werden. Wenn Deutschland beide Donauufer mit einer Reihe von Kolonien in Ungarn, Serbien, Bulgarien, der Moldau und der Walachei besetzt hätte, könne ein weiteres Vorücken nach Kleinasien beginnen. Zur Durchsetzung der deutschen Kolonisationsprojekte im Osmanischen Reich gegenüber "den Türken" wurde folgendes Mittel empfohlen:

"man zeige ihnen in der einen Hand Geld, in der andern Hand den Prügel - dieß ist der einzige Weg seine Zwecke bei den Türken sicher zu erreichen."¹²⁸

Eine klare Beschreibung der Strategie, die die kapitalistischen Großmächte zur Verwirklichung ihrer kolonialistischen bzw. impe-

¹²⁶ Vgl. AAZ, Beilage, Nr. 92, 2. 4. 1846, Polnisch oder panslawistisch?

¹²⁷ Über Kleinasien und deutsche Kolonisation, in: AAZ, Beilage, Nr. 1, 1. 1. 1845.

¹²⁸ AAZ, Beilage, Nr. 107, 17. 4. 1845, Auch ein paar Worte über deutsche Auswanderung nach dem Orient.

rialistischen Bestrebungen in den folgenden Jahrzehnten anwandten.

Im August 1845 wurde in der AAZ noch einmal betont: "Deutschlands Zukunft liegt in der orientalischen Frage".¹²⁹ Wenn es gelänge die südosteuropäischen Donaugebiete und das Schwarze Meer in den deutschen Einflußbereich hineinzuziehen, könne auch dem deutschen Handel nach Persien und dem übrigen Asien ein neuer ungeahnter Schwung verliehen werden.¹³⁰

Als ein Mittel der Durchsetzung und Absicherung einer deutschen Hegemonie in Südosteuropa wurde in der AAZ die Einsetzung von deutschen Prinzen auf den Herzogs- bzw. Fürstenthronen Serbiens, Bulgariens, der Moldau und der Walachei empfohlen.¹³¹ In Rumänien und Bulgarien wurde diese Zielsetzung in den folgenden Jahrzehnten unter der Herrschaft Bismarcks realisiert.

Auch wenn die von List, Pfizer, Roscher, der AAZ u. a. vorgelegten Pläne für eine gezielte Lenkung der deutschen Auswanderung nach Südosteuropa in den 1840er Jahren aufgrund ökonomischer und politischer Schwierigkeiten nicht zu realisieren waren¹³², wurde an der Zielsetzung in den folgenden Jahrzehnten in zahlreichen Schriften und Reden festgehalten. Die Überzeugung, daß deutsche Enklaven in Ost- und Südosteuropa eine wichtige Funktion in der wirtschaftlichen Durchdringung und Kontrolle dieses Gebietes übernehmen könnten, wurde spätestens mit der Gründung des Alldeutschen Verbandes und des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) in den 1890er Jahren zu einem festen Bestandteil der "inoffiziellen" Politik¹³³ Deutschlands.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Forderung von Friedrich List nach einer deutschen Expansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten bereits zu seiner Zeit eine breite Anhänger-

¹²⁹ Die Ansicht, daß Deutschlands Zukunft in Südosteuropa und dem Nahen Osten liege, fand nach Schenderlein in den 1840er Jahren eine immer stärkere Verbreitung. (Schenderlein, a. a. O., S. 71).

¹³⁰ AAZ, Beilage, Nr. 237, 25. 8. 1845, Das praktische Interesse der Deutschen am Erdball oder die östliche Auswanderung.

¹³¹ Vgl. AAZ, Beilage, Nr. 238, 26. 8. 1845, Das praktische Interesse der Deutschen am Erdball, oder die östliche Auswanderung.

¹³² Vgl. Fußnote 84.

¹³³ "Inoffiziell" besagt hier, daß die Zielsetzung auf der offiziellen diplomatischen Bühne verschwiegen wurde und wird, während die "Deutschtumsverbände" hinter verschlossener Tür von den deutschen Regierungen finanziell und ideell unterstützt wurden und werden.

schaft fand. Der Gedanke, daß der künftige großdeutsche Staat bis zum Schwarzen Meer und bis nach Konstantinopel reichen werde, war innerhalb der bürgerlichen Nationalbewegung in den 1840er Jahren weit verbreitet.¹³⁴ Besonders in bürgerlich-liberalen Kreisen West- und Süddeutschlands sowie Österreichs¹³⁵ wurde die von List formulierte Zielsetzung eines deutschen Wirtschafts- und Siedlungsexpansionismus nach Südosteuropa übernommen. Dies gilt ebenso für den Plan, Verkehrswege von Deutschland aus in diese Richtung zu bauen, diese Gebiete "wissenschaftlich" zu erkunden und Handels- und Kolonisationsgesellschaften zu gründen, als auch für die Forderung, mit Hilfe Österreichs und Ungarns ein "Bollwerk" gegen russische Expansionsabsichten in Südosteuropa zu errichten. Einen wesentlichen Hintergrund bildete dabei die Überlegung, der west- und süddeutschen Industrie die Märkte an der mittleren und unteren Donau zu erschließen, um auf dieser Basis im Wettbewerb mit der zu diesem Zeitpunkt überlegenen englischen Wirtschaft bestehen zu können. Langfristig sollte Südosteuropa als landwirtschaftlicher "Ergänzungsraum" an den deutschen Zollverein und an Österreich und Ungarn gebunden werden. Einigkeit bestand zudem in der Überzeugung, die wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung Südosteuropas sei eine weltgeschichtliche Mission Deutschlands, das Südosteuropa die Zivilisation und Kultur bringen müßte. Auch wenn diese Pläne in der Periode von 1840-1878 nicht in den Mittelpunkt politischer Bestrebungen rückten, da zunächst der Kampf zwischen der preußischen und dem österreichischen Monarchie um die Vorherrschaft im angestrebten deutschen Staat im Vordergrund stand und Deutschland noch nicht mit den Großmächten England, Frankreich und Rußland um wirtschaftliche Einflußsphären konkurrieren konnte, so entfalteten sie doch im weiteren Fortgang der deutschen Geschichte eine außergewöhnliche Wirkung. Bereits in den außenpolitischen Debatten der Paulskirchenversammlung stand Südosteuropa als mögliches deutsches Expansionsfeld im Vordergrund.

¹³⁴ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, In: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan, u. a., Wien 1995, S. 6.

¹³⁵ Vgl. Moering, Karl, Sibyllinische Bücher aus Östreich, 2 Bde., 1848; Andrian-Werburg, Viktor von, Österreich und dessen Zukunft, Hamburg 1843/1847, 2 Bde., Schuselka, Franz, Mittelmeer, Ost- und Nordsee 1845.

1.3 Debatten zu Südosteuropa in der Paulskirche

In den Verhandlungen der von den bürgerlichen deutschen "Revolutionären" im Mai 1848 in die Frankfurter Paulskirche einberufenen verfassungsgebenden Versammlung nahm die künftige Politik Deutschlands gegenüber Südosteuropa einen großen Raum ein, insbesondere als es um die Frage ging, ob Österreich als Ganzes oder nur mit seinen "deutschen Teilen" in einen deutschen Nationalstaat einbezogen werden sollte und wie das Verhältnis zu den "nichtdeutschen Teilen" Österreichs, d. h. zu Gebieten des heutigen Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens, Kroatiens, des Norden Serbiens und Rumäniens zu gestalten sei. Zu Beginn ihrer Beratungen gingen die Abgeordneten nach dem Aufstand in Wien und der Abdankung Fürst Metternichs im März 1848 sowie der folgenden bürgerlichen Revolution in Polen und Ungarn davon aus, daß das Habsburger Reich vor der Auflösung stehe, so daß sich eine Herauslösung der zum Deutschen Bund gehörigen Teile Österreichs ohne Schwierigkeiten realisieren liesse. Erst die Siege der monarchistischen Truppen über die bürgerliche Revolution in Österreich-Ungarn im Sommer und Herbst 1848 schufen unvorhergesehene und unerwünschte Bedingungen für die Verhandlungen über die Grenzen Deutschlands.¹³⁶

Darüber hinaus sah sich die Frankfurter Versammlung im Juni 1848 mit einem "Slawenkongreß" konfrontiert. Das Vorparlament der Verfassungsgebenden Versammlung hatte Tschechen, Slowenen und Polen eingeladen, Repräsentanten nach Frankfurt zu entsenden. Dies stieß jedoch auf Ablehnung. So befürchtete beispielsweise die tschechische Bevölkerung, daß die Frankfurter Paulskirchenversammlung die Einverleibung Böhmens und Mährens in einen großdeutschen Staat anstrebe. Als Sprecher der tschechischen Politiker lehnte der Historiker Frantisek Palacky (1798-1876) die Einladung mit der Begründung ab, daß die Tschechen keine Deutschen seien und ihre Hoffnung auf ein neues föderalistisches, multinationales Österreich setzen würden, in welchem tschechische Rechte gesichert seien.¹³⁷ Im Ablehnungsbrief vom 11. April 1848 schrieb er:

¹³⁶ Vgl. Droz, Jaques, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 71.

¹³⁷ Vgl. Geiss, Imanuel, Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München/Zürich

"Ich bin kein Feind Rußlands und ebensowenig ein Feind Deutschlands; aber ich bin ein Feind ökonomischer Beherrschung, da ich diese als unheilvoll für das Allgemeinwohl und den Fortschritt betrachte." ¹³⁸

Als Reaktion auf die deutsche Nationalversammlung wurde der 1. Slawenkongreß einberufen, der am 2. Juni 1848 in Prag eröffnet wurde. Am Kongreß nahmen Polen, Tschechen, Slowaken, Serben, Kroaten und Slowenen teil. Aus Rußland kamen der Sozialrevolutionär Bakunin und ein orthodoxer Geistlicher hinzu.¹³⁹ Der Kongreß bedeutete eine Kampfansage an das ins Auge gefaßte deutsche Reich, an den alten österreichischen Kaiserstaat und an den russischen Zarismus.¹⁴⁰ Die Mehrheit der Kongreßmitglieder strebte die Umwandlung des Habsburger Reiches in eine Föderation gleichberechtigter Nationalitäten an.¹⁴¹ In einer Erklärung des Kongresses hieß es, eine Allianz dieser Föderation mit Deutschland sei akzeptabel,

"aber wir Slawen können es nicht zulassen, (...) daß entweder wir oder ein anderer Teil des Habsburger Reiches von einem ausländischen Staat einverleibt wird. (...) Deshalb protestieren wir gegen jeden Schritt, der in Österreich unternommen wird, Mitglieder für das Frankfurter Parlament zu wählen." ¹⁴²

Bevor der Kongreß über eine konkrete Ausformung der angestrebten Föderation abstimmen konnte, mußte er aufgrund von Straßenkämpfen in Prag am 16. Juni 1848 abgebrochen werden. Die Aufständischen, größtenteils Studenten, strebten eine Volksbewaffnung an und verlangten von der österreichischen Militärherrschaft Geweh-

1990, S. 85; Eyck, Deutschlands große Hoffnung, a. a. O., S. 193.

¹³⁸ zit. nach Droz, Jaques, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 67. Der Text des Briefes ist veröffentlicht in: Palacky, Frantizek, Gedenkbücher, Prag 1874. Vgl. auch Palacky, Frantizek, Oesterreichs Staatsidee, Prag 1866.

¹³⁹ Ebenda, S. 103.

¹⁴⁰ Vgl. Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, 2 Bde. (Erstauflage 1930/1931), Neudruck Köln/Berlin 1977, Zweiter Band, S.78. Vgl. zum "Slawenkongreß" ausführlich: Orton, Lawrence D., The Prague Slav Congress of 1848, New York 1978.

¹⁴¹ Vgl. Pascal, Roy, The Frankfurt Parliament, 1848 and the Drang nach Osten, in: Journal of Modern History, 1946, S. 111; MEW 6, S. 631, Anm. 309.

¹⁴² zit. nach Namier, Lewis B., The Revolution of the Intellectuals, Oxford, First Published 1946, Sixth Impression 1971, S. 109 (Übersetzung d. V.).

re und Munition. Doch anstatt die Forderungen zu erfüllen, liess die österreichische Regierung die Stadt am 17. Juni bombardieren. Die Teilnehmer des "Slawenkongresses" mußten die Stadt verlassen.¹⁴³

Die Paulskirchenversammlung begrüßte die Niederschlagung des Prager Aufstandes durch das österreichische Militär und die Beendigung des "Slawenkongresses" als Dienst an der deutschen Sache.¹⁴⁴

Ende Oktober 1848 kam es in der Paulskirche im Zuge der Behandlung der Paragraphen 2 und 3 der konzipierten deutschen Verfassung zu einer viertägigen Österreich-Debatte. Am Ende wurde mit großer Mehrheit bestimmt, nur die "deutschen Teile" Österreichs in den Deutschen Bund aufnehmen zu wollen.¹⁴⁵ Da die österreichische Regierung nicht auf ihre ost- und südosteuropäischen Herrschaftsgebiete verzichten wollte, war somit die Entscheidung für die "kleindeutsche Lösung" und die Hegemonie Preußens im angestrebten deutschen Nationalstaat gefallen.

Ungeachtet dieses Votums bestand unter den Paulskirchenabgeordneten Konsens darüber, daß der deutsche Bundesstaat "in engster staatlicher Verbindung mit Österreich" bleiben solle und daß eine "commerzielle Einigung" zwischen Deutschland und Österreich anzustreben sei.¹⁴⁶ Auch an einem langfristigen handelspolitischen Ausgreifen Deutschlands nach Südosteuropa auf der Grundlage eines "mitteleuropäischen" Freihandelssystems zeigte sich die Mehrheit der Abgeordneten sehr interessiert.

¹⁴³ Vgl. Namier, a. a. O., S. 115; MEW 6, S. 631, Anm. 309; Bakunin, Beichte, a. a. O., S. 135; Valentin, a. a. O., S. 80.

¹⁴⁴ Vgl. Wollstein, Günter, Deutsche Geschichte 1848/49. Gescheiterte Revolution in Mitteleuropa, Stuttgart/Berlin/Köln/ Mainz 1986, S. 117.

¹⁴⁵ Vgl. Wollstein, Günter, Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Düsseldorf 1977, S. 278-283.

Die Politik der preußischen Regierung verfolgte die "kleindeutsche" Option, die der österreichischen und einiger süddeutscher Regierungen die "großdeutsche" Option. Dies gilt in gleicher Weise für die Bourgeoisie dieser Gebiete. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 19).

¹⁴⁶ Vgl. u. a. die Rede Vinckes vom 15. Januar 1849, in: Reden für die deutsche Nation 1848/49. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Herausgegeben auf Beschluss der Nationalversammlung und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard. Vollständige Ausgabe in IX Bänden, neu vorgelegt und eingeleitet von Christoph Stoll, München 1988, im folgenden: St. B., hier St. B. 6, S. 4638f.

1.3.1 Ein "mitteleuropäisches Reich"

Viele der bürgerlichen Parlamentarier knüpften an die Forderung von List nach Abbau der Zollschränken und der Einrichtung einer großräumigen Freihandelszone mit dem Mittelpunkt Deutschland an und entwarfen das Bild eines "mitteleuropäischen Reiches", das den Rahmen des traditionellen Großmachtgefüges in Europa sprengen sollte.

So forderte bereits eine Woche nach der Eröffnungssitzung der österreichische Hauptmann Moering¹⁴⁷ den "Anschluß der nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Länder Österreichs," um die Mündungen der Donau, dieses

"großartigen Verbindungsweges zwischen Nordsee und dem Schwarzen Meer, zwischen Amerika und Asien, frei zu machen."

Ein Anschluß Ungarns sei mit Blick auf ein Zurückdrängen des "Slawismus" erstrebenswert. Die Politik müsse darauf ausgerichtet werden,

"ein gewaltiges, einiges freies Mitteleuropa zu schaffen, das mit starker Faust die Waage zwischen Ost und West, zwischen Republik und Autokratie hält."¹⁴⁸

Ein anderer Abgeordneter sprach von notwendiger deutscher Selbstbehauptung gegenüber "einem despotischen Osten und einem republikanischen Westen",¹⁴⁹ eine Vorstellung, die noch in Legitimationsschriften im Ersten und Zweiten Weltkrieg fortwirkte. Gleiches gilt für den Begriff "Mitteleuropa", der im Ersten Weltkrieg durch Friedrich Naumann popularisiert wurde.¹⁵⁰ Er wurde, wie dargelegt, als Synonym für ein deutsches Herrschaftsgebiet in Zentral,- Ost- und Südosteuropa in Gegnerschaft zu Frankreich und Rußland bereits in der Paulskirche verwendet.

¹⁴⁷ Karl Moering, österreichischer Offizier, 1810-1870.

¹⁴⁸ Haßler, K. D. (ed.), Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt am Main, 6 Bde., Frankfurt 1848/1849, Bd. 5, S. 22f., nach Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche, a. a. O., S. 265f.

¹⁴⁹ St. B. 4, S. 2884. (27. 10. 1848). Vorgetragen von Wilhelm Wichmann, rechtes Zentrum, Stendal, preußischer Assessor, 1820-1888.

¹⁵⁰ Siehe dazu in dieser Arbeit Kapitel 5.2.1.

Die Ausführungen Moerings über "Mitteleuropa" übten, ähnlich wie die Südosteuropapläne von List und Pfizer, eine große Anziehungskraft auf die Parlamentarier aus.¹⁵¹

Noch weiter als Moering ging ein Parlamentarier, der die Schaffung eines "mitteleuropäischen Riesenstaates" zu Deutschlands "Mission" erhob. Dieser "Riesenstaat" mit einer Bevölkerung von 70-100 Millionen" solle "gerüstet gegen Osten und Westen, gegen die slawischen und lateinischen Völker" dastehen, den Engländern die Seeherrschaft abringen und "das größte und mächtigste Volk auf dieser Erdenrunde" werden.¹⁵²

Auch in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" wurde die Paulskirchenversammlung im Dezember 1848 zu einer handelspolitischen Einbindung Österreichs zum Zweck einer deutschen Südosteuropa- und Nahostexpansion aufgerufen:

"Was Oesterreich den Herren in Frankfurt zu bieten hat, ist die Perle `Orient`."¹⁵³

Ein Abgeordneter präsentierte, unabhängig von einer Integration Österreichs in den avisierten deutschen Staat, die Skizze eines "mitteleuropäischen" Staatenbundes. Er rief den Abgeordneten zu:

"Wenn es aber nicht möglich ist, daß Österreich als Bundesstaat zu Deutschland halte, (...) warum soll Sie dann nicht die großartige Idee zu begeistern vermögen, zu schaffen (...) einen engen Staatenbund (...), eine noch nie dagewesene welthistorische Macht (...), gebietend weithin in Mitteleuropa, von der Nord- und Ostsee bis zum adriatischen Meere, über den Rhein und über die Weichsel."¹⁵⁴

In einer anderen Rede wurde für eine Zollunion zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn plädiert. Auf diese Weise könne der deutsche Einfluß auf Ost- und Südosteuropa dauerhaft gesichert werden.¹⁵⁵

¹⁵¹ Vgl. Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche, a. a. O., S. 270f.

¹⁵² St. B. 4, S. 2882. (27. 10. 1848). Vorgetragen von Graf Friedrich Deym, rechtes Zentrum, Hohenelbe, sudetendeutscher Gutsbesitzer und Schriftsteller, 1801-1853.

¹⁵³ AAZ, Nr. 365, 30. 12. 1848, Preußen oder Oesterreich.

¹⁵⁴ St. B. 4, S. 2857. (15. 10. 1848) Vorgetragen von Eugen von Mühlfeld, Rechte, Wien, Anwalt, 1810-1868.

¹⁵⁵ Vgl. St. B. 4, S. 2903. (28. 10. 1848). Vorgetragen von Anton Riehl, österreichischer Gerichtsrat, 1820-1866.

Der Vertreter der demokratischen Mitte und Vorsitzende der Paulskirchenversammlung Heinrich von Gagern¹⁵⁶ hatte bereits 1846 in einer Denkschrift erklärt, daß Österreich für den Verzicht auf die Beeinflussung der Innenpolitik eines preußisch beherrschten "Kleindeutschland", Rückendeckung für seine Italien- und vor allem für eine expansive Südosteuropapolitik erhalten solle. Eine solche Stoßrichtung Österreichs nach Südosten könne Deutschland nur dienlich sein. Jeder Schritt, den Österreich tun würde, um seine Existenz längs der Donau bis ans Schwarze Meer und südlich von der Donau zu konsolidieren und zu erweitern, würde alle deutschen Sympathien für sich haben. Auch der Gedanke an ein Ausgreifen auf Konstantinopel sei keinesfalls verwerflich.¹⁵⁷

Wilhelm Jordan gebrauchte in einer Rede die Metapher von dem am Rhein wurzelnden und mit zwei Riesenästen nach Nordosten sowie Südosten forttreibenden, jugendlichen deutschen Baum, für dessen Wachstum nach Osten keine Grenzen gesetzt seien.¹⁵⁸ Damit umschrieb er die beiden wesentlichen deutschen Expansionsrichtungen in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, die nordöstliche nach Polen, den baltischen Ländern, der Ukraine und Rußland und die südöstliche nach Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und dem Osmanischen Reich bzw. der späteren Türkei.

Abgelehnt wurde von den meisten Abgeordneten eine Gleichberechtigung der nicht-deutschen Bevölkerung Österreichs in einem großdeutschen Staat. Demgegenüber befürworteten sie mehrheitlich eine wirtschaftspolitische Anbindung der ost- und südosteuropäischen Teile des Habsburger Reiches, um so eine deutsche Expansion in diese Richtungen zu ermöglichen und zu sichern. Die Geschichtswissenschaft, insbesondere die deutsche, hat die überaus

¹⁵⁶ Freiherr Heinrich von Gagern, hessen-darmstädtischer Minister, 1848/49, Reichsministerpräsident, Reichsminister des Äußern und Innern, Vorsitzender der Paulskirchenversammlung, 1799-1880.

¹⁵⁷ Vgl. Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche, a. a. O., S. 294. Vgl. auch Küntzel, G., Heinrich von Gagern und der großdeutsche Gedanke (enthält auf S.272ff die zitierte Denkschrift), in: Gesamtdeutsche Vergangenheit, Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik zum 60. Geburtstag am 10. November 1938, München 1938.

¹⁵⁸ Vgl. St. B. 6, S. 4774f. (11. 1. 1849).

Vorgetragen von Wilhelm Jordan, Berlin, Schriftsteller, 1819-1904. Jordan gehörte anfangs der Linken an, wechselte während der Paulskirchendeбаты jedoch zum rechten Zentrum.

große Übereinstimmung in dieser Frage zwischen "Kleindeutschen und Großdeutschen" bisher kaum herausgestellt.¹⁵⁹

1.3.2 Handelspolitische Zielsetzungen

Unabhängig von der faktischen Ausschließung der "nichtdeutschen" Teile der Habsburger Monarchie aus einem künftigen deutschen Staat, rechnete die große Mehrheit der Redner fest mit einer durch handelspolitische Abmachungen fixierten Anlehnung Österreich-Ungarns an Deutschland, die dessen Führungsrolle in den südosteuropäischen Donauländern bis zur Adria und dem Schwarzen Meer sichern sollte.¹⁶⁰

Der Abgeordnete Vogt erläuterte die Strategie einer *Pénétration pacifique*, d. h. einer wirtschaftlichen Durchdringung Ost- und Südosteuropas auf der Basis von Handelsbündnissen und Zollunionen. Nach der Loslösung der ost- und südosteuropäischen Teile des Habsburger Reiches von Österreich erwartete er aufgrund der deutschen Wirtschaftskraft deren freiwillige Unterwerfung unter eine deutsche Hegemonie. Die dortigen Nationalitäten würden "in ihrer Freiheit einsehen, was ihnen frommt," nämlich, "ein inniger Anschluß an Deutschland" durch Handelsvereinbarungen. Bündnisse, "gegen welche die Völker murren und sich auflehnen, wenn man sie ihnen aufdrängt."¹⁶¹

Handelspolitische Überlegungen spielten bei der Konzipierung der deutschen Südosteuropapolitik in der Paulskirche eine bedeutende Rolle. Österreichs Aufgabe wurde darin gesehen, "die Donau und das Schwarze Meer für den deutschen Handel zu erobern."¹⁶² Ebenso wie bei List wurde den Ländern Ost- und Südosteuropas von den Abgeordneten die Rolle von Lieferanten von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten zugedacht, während Deutschland dort hin Fertigprodukte exportieren sollte, also die Etablierung ei-

¹⁵⁹ Vgl. Pascal, *The Frankfort Parliament, 1848, and the Drang nach Osten*, a. a. O., S. 118, (Übersetzung d. V.).

¹⁶⁰ Vgl. Wollstein, *Das Großdeutschland der Paulskirche*, a. a. O., S. 285.

¹⁶¹ St. B. 4, S. 2889ff. (27. 10. 1848). Vorgetragen von Carl Vogt, Gießen, extreme Linke, Professor für Zoologie, 1817-1895.

¹⁶² St. B. 6, S. 4611. (13. 1. 1849). Vorgetragen vom Abgeordneten Joseph von Würth, rechtes Zentrum, Wien, Reichsstaatssekretär, 1817-1855.

nes klassischen imperialistischen Abhängigkeitsverhältnisses. Der Studentenführer Giskra erklärte dazu, noch lange bleibe

"das Vorhaben unmöglich, im östlichen Österreich eine technische Production in größerem Maßstab zu gründen. Anderentheils hat der Himmel seinen Segen über die Ebenen des östlichen Österreichs so reich gegossen, daß noch auf lange hinaus die Bodencultur die einzig nützliche und wirthschaftlich richtige Productionsart bilden wird. Ebenso lange werden daher die östlichen Länder nach den Producten der westlichen Länder fragen und mit Rohproducten eintauschen und bezahlen (...) und es wäre nichts mehr zu wünschen, als daß recht viel Rohproducte von Osten her zollfrei hereinkämen, denn ebenso viele technische Producte werden dahin, und zwar mit höherem volkswirthschaftlichen Gewinne abgesetzt." ¹⁶³

Giskra entwickelte die detailliertesten Vorstellungen für einen deutschen Handel in Ost- und Südosteuropa. Er plädierte für eine Einbeziehung der ost- und südosteuropäischen Teile Österreichs in ein großdeutsches Reich. Auf diese Weise könnten "die weiten ungarischen Gefilde" für die deutschen Bauern geöffnet werden, die sonst über den Ozean gehen müßten, und diese könnten dort "unter dem Schutz deutschen Rechtes (...) dem reichen Boden tausendfältige Früchte abgewinnen". Dann sei es Deutschland möglich, über die metallreichen Berge Österreich-Ungarns und die kroatische Adriaküste "mit ihrem Schiffholz und tüchtigen Matrosen" zu verfügen und dann hätte Deutschland den "Keil und den Hammer" zugleich, um "zwischen Nord- und Südslaven hineinzudringen, und an des Schwarzen Meeres Küsten das deutsche Banner zu entfalten. (Stürmisches Bravo auf mehreren Seiten)." ¹⁶⁴

Hier finden sich in konzentrierter Form wesentliche Ziele der späteren deutschen Ost- und Südosteuropakonzeptionen: Das Bestreben Ost- und Südosteuropa durch deutsche Auswanderer zu kolonisieren, das Interesse an Rohstoffen für die deutsche Holz- und Textilindustrie und den südosteuropäischen Erz- d. h. Metallvorkommen, das Interesse einen Keil zwischen "Nord- und Südslaven" zu treiben, d. h. die Bevölkerung Ost- und Südosteuropas zu spalten, und das strategische sowie handelspolitische Ziel eines deutschen Zugangs zur Adria und dem Schwarzen Meer.

¹⁶³ St. B. 4., S. 2792. (21. 10. 1848). Vorgetragen von Carl Giskra, linkes Zentrum, Mährisch-Trübau, Professor (Jura) und Studentenführer, 1867-1870 österreichischer Innenminister, 1820-1888.

¹⁶⁴ St. B. 6, S. 4860. (15. 1. 1849).

1.3.3 Zugang zur Adria und zum Schwarzen Meer

Der Besitz der Donaumündungen beziehungsweise deren Zugehörigkeit zum deutschen Einflußbereich wurde von zahlreichen Abgeordneten der Paulskirche als besonders wichtig bezeichnet.

Die Donau, "der geborne Träger deutschen Verkehrs", sei bestimmt die größte deutsche Handelsstraße zu werden.¹⁶⁵ Der Weg zu den Donaumündungen, "wohin die öffentliche Stimme bei jeder Gelegenheit weist", dürfe Deutschland nicht verschlossen sein.¹⁶⁶ Es müsse das Ziel deutscher Politik sein,

"daß einst die deutsche Küste bespült werde von den Wogen des Schwarzen Meeres".¹⁶⁷

Parlamentspräsident Gagern erklärte, unerläßlich für "die Sicherung des Fortschrittes deutscher Kultur" sei "die Abwehr "fremden vorherrschenden Einflusses" entlang der Donau."¹⁶⁸

Am 29. Januar 1849 debattierte die Paulskirchenversammlung einen Antrag¹⁶⁹ zur Einrichtung eines "Ausschusses zur Berathung der Donaufrage" (Donau-Kommission). Um die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses zu unterstreichen, betonten die Antragsteller, daß es für Deutschland eine "unendlich wichtige" Aufgabe sei, sich den "Donauländern" zuzuwenden,

"in Erwägung, daß es sich um nichts Geringeres handle, als dem deutschen Handel und der deutschen Auswanderung schon in alter Zeit benützte Wege wieder zu gewinnen, und unter Abwehr der drohend anwachsenden Uebergriffe Rußlands dem erneuten Deutschland innigere Beziehungen zum Orient zu sichern."¹⁷⁰

¹⁶⁵ St. B. 8, S. 5863. (21. 3. 1849). Vorgetragen vom Abgeordneten Franz Josef Buss, Freiburg, Professor für Staatswissenschaft und Völkerrecht, 1803-1878. In der Paulskirche war er Vertreter des sozialen Katholizismus. Im Deutschen Reich von 1871 wurde er Gründungsmitglied der Zentrumsparlei, der politischen Vertretung der Katholiken. (Vgl. Bleek, a. a. O., S. 33).

¹⁶⁶ St. B. 4, S. 2773. (21. 10. 1848). Vorgetragen von Johann Nepomuk Fritsch, rechtes Zentrum, österreichischer Kreishauptmann, 1791-1872.

¹⁶⁷ St. B. 6, S. 4575. (11. 1. 1849). Vorgetragen von Wilhelm Jordan.

¹⁶⁸ Vgl. St. B. 8, S. 5879ff. (21. 3. 1849).

¹⁶⁹ Gestellt vom Abgeordneten Friedrich Schulz, Weilburg, Gymnasialprofessor, 1813-1867 "und Genossen".

¹⁷⁰ St. B. 7, S. 4927. (30. 1. 1849).

Deshalb möge die Nationalversammlung einen Ausschuß zur Beratung der Donaufrage einsetzen.

In zwei Ansprachen an das Parlament vom 29. Januar und 15. März 1849 unterstrichen die Antragsteller die Auffassung, daß der Besitz der Donau, der "bedeutensten Wasserstraße Europas" darüber entscheide,

"ob in Europa die germanische oder (die) slawische Welt vorherrschen soll."¹⁷¹

Der Antrag wurde von der Versammlung trotz Unterstützung in der Sache zurückgewiesen. In der Ablehnungsbegründung hieß es:

"Der völkerrechtliche Ausschuß erkennt in keiner Weise, so wenig in politischer wie in commercieller Beziehung, die Bedeutung und Tragweite der im obigen Antrage beregten Donaufrage, und rechnet es mit zu den Oblegenheiten der deutschen Centralgewalt, den Donauländern ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden (...) Deutschland hat an der Donau eine kräftige Politik zu verfolgen (...) Die großen Lebensinteressen werden sich mit der Zeit geltend machen."¹⁷²

Es könne jedoch nicht Aufgabe der Verfassungsgebenden Versammlung sein, diese Entwicklung zum gegenwärtigen Zeitpunkt beschleunigen zu wollen.¹⁷³ Ein möglicher Hintergrund dieser Entscheidung mag die Solidarität der Paulskirchenversammlung mit den bürgerlichen Revolutionären Ungarns gewesen sein, die zu diesem Zeitpunkt noch gegen Habsburger Militärs kämpften und die nicht mit offenen deutschen Herrschaftsansprüchen über das gesamte Donaugebiet und der Forderung nach Lenkung der deutschen Auswanderung nach Ungarn brüskiert werden sollten.

Die Mehrheit der Abgeordneten vertraute darauf, eine handelspolitische Anbindung Südosteuropas langfristig mit wirtschaftlichen Mitteln durchzusetzen.

Neben der Forderung einer deutschen Kontrolle der Donau bis an das Schwarze Meer, verlangten viele Redner einen sicheren Zugangs des zukünftigen deutschen Reichs zur Adria.¹⁷⁴ Zugänge zur

¹⁷¹ Ebenda. Vgl. auch Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche, a. a. O., S. 301.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ Vgl. ebenda.

¹⁷⁴ Vgl. Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche, a. a. O., S. 287; St. B. 4, (Fritsch), S. 2773, (Eisenmann), S. 2777, (Arneth), S. 2780, (Giskra), S. 2794, (Mühlfeld), S. 2856,

Adria und zum Schwarzen Meer galten ihnen als Voraussetzung verläßlicher deutscher Handelswege in den Nahen Osten.

Ein Abgeordneter erklärte, die deutsche Verbindung zur Adria über Österreich sei eine "Lebensader" und ein "Lebensnerv", deren Abtrennung einem "wesentlichen Theil des ganzen materiellen Lebens Deutschland" beeinträchtigen würde, da hiermit die ganze Zukunft vernichtet würde,

"die sich deutschem Einflusse, deutscher Schiffahrt und deutschem Handel nach dem Oriente aufzutun begonnen (haben)".¹⁷⁵

Parlamentspräsident Gagern ergänzte zustimmend:

"Die gesicherte Verbindung mit dem adriatischen Meere uns zu erhalten, ist die Aufgabe, die dort unserer nationalen Entwicklung gesteckt ist. Die dazu erforderliche Gränze uns zu bedingen, daß müssen wir mit der ganzen Kraft unserer nationalen Einheit ersteben".¹⁷⁶

Der Sprecher der Rechten in der Paulskirche, Vincke faßte die hinter der Forderung eines deutschen Zugangs zu den europäischen Meeren stehende Zielsetzung dahingehend zusammen, auf diese Weise könne Deutschland groß und mächtig werden und sich an die Spitze der Staaten von Europa stellen.¹⁷⁷

1.3.4 Die Auswanderungsfrage

Von vielen Rednern wurde die seit Anfang der 1840er Jahre von den deutschen Nationalökonomten List und Roscher sowie den Autoren der "Augsburger Allgemeinen Zeitung", der "Deutschen Vierteljahresschrift" und des Staatslexikons von Rotteck/Welcker erhobene Forderung einer Organisierung der deutschen Auswanderung nach Südosteuropa aufgenommen.¹⁷⁸ Eine "vermehrte Lenkung der

(Vincke), S. 2858ff, (Gagern), S. 2898f, (Riehl), S. 2903f, (Wurm), S. 2908.

¹⁷⁵ St. B. 4, S. 2794. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Würth.

¹⁷⁶ St. B. 4, S. 2898. (27. 10. 1848).

¹⁷⁷ Vgl. St. B. 4, S. 2861. (25. 10. 1848). Vorgetragen von Ernst Friedrich Georg Freiherr von Vincke, Hagen, Sprecher der Rechten, preußischer Landrat, 1811-1875.

¹⁷⁸ Vgl. Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche, a. a. O., S. 288; St. B. 4, S. 2790 (Würth, 21. 10. 1848), S. 2850 (Wag-

Auswanderung entlang der Donau bis zu deren Mündung" sei notwendig für eine "Neuordnung des Donauraumes" und eine deutsche "Kolonisation" unter den "slawischen Stämmen."¹⁷⁹

Durch den Zug von "Millionen deutschen Siedlern" an die "leeren Gefilde" der Donau könne dort "unser Texas, unser Mexiko" entstehen.¹⁸⁰ Die Lenkung der deutschen Auswanderung nach Südosteuropa wurde, wie bereits bei Friedrich List, auch in der Paulskirche als ein Instrument zur Bekämpfung des deutschen Pauperismus betrachtet. Während die der Massenarmut entfliehenden deutschen Auswanderer in Übersee von dem "vorherrschenden anglo-amerikanischen Stamme" absorbiert würden, könnten sie in Südosteuropa dem "Deutschtum" erhalten bleiben.¹⁸¹

1.3.5 Verhinderung eines jugoslawischen Staates bzw. eines südosteuropäischen Staatenbundes

Einigkeit bestand unter den Paulskirchenabgeordneten in der Zielsetzung, die Entstehung eines jugoslawischen¹⁸² Staates oder einer Föderation von Staaten Ost- und Südosteuropas zu verhindern.¹⁸³

ner, 25. 10. 1848), S. 2891 (Vogt, 27. 10. 1848) u. S. 2899 (Gagern, 27. 10. 1848).

¹⁷⁹ Vgl. St. B. 4, S. 2890f. (27. 10. 1848). Vorgetragen von Carl Vogt.

¹⁸⁰ St. B. 8, S. 5721. (16. 3. 1849). Vorgetragen von Friedrich Schulz.

¹⁸¹ Vgl. St. B. 8, S. 5863. (21. 3. 1849). Vorgetragen vom Abgeordneten Buss.

¹⁸² Die Paulskirchenabgeordneten sprachen von einem "südslawischen" Staat. Die Übersetzung von "Südslawien" in das Serbokroatische lautet Jugoslavia bzw. Jugoslawien.

¹⁸³ Zur Zeit der Paulskirche gab es bereits verschiedene Initiativen zur Schaffung eines jugoslawischen Staatenbundes. Der erste wichtige Vertreter des Jugoslawismus war der serbische Innenminister Garasanin, der 1844 ein Memorandum verfaßte, in dem er davon ausging, daß die Regierungen Österreichs und Rußlands das Balkangebiet aufteilen würden, wenn es nicht gelänge, unter Serbiens Führung rechtzeitig einen Bund der christlichen Bevölkerung des Balkans an die Stelle der europäischen Besitzungen des Osmanischen Reichs zu setzen. Durch ein starkes Serbien könne die Unabhängigkeit der Bevölkerung des Balkans von den Großmächten erreicht werden. Eine weitere wichtige Quelle des Jugoslawismus war der Illyrismus, eine Ideologie, die zwischen 1830 und 1848 in Kroatien entstand und verbreitet wurde. Diese Ideologie wurde abgeleitet von der Vorstellung einer "ethnischen", kulturellen und sprachlichen Verwandtschaft der "Südslawen", die auf das antike Volk der "Illyrier" zurückgehe. Ziel der Anhänger

So warnte ein Redner vor einer ausschließlichen Einverleibung der deutschen Teile Österreichs in einen deutschen Staat,

"da bei solcher Auflösung Österreichs ein südslawisches Reich zu erwarten ist, dem sich wahrscheinlich Croatien, Bosnien, Dalmatien, Serbien, Bulgarien, Slavonien und die wendischen Bestandtheile Österreichs anschließen dürften (...) Es würde sich also ein Staat bilden, der uns wenig nützen könnte, der uns vielmehr allen Verkehr und Handel nach jener Richtung abschneiden möchte."¹⁸⁴

Am 25. März 1848 hatte die Nationalversammlung in Agram (Zagreb) ein gemeinsames Regierungsoberhaupt für die Gebiete Kroatien, Dalmatien und Slawonien gewählt.¹⁸⁵ Diese Entwicklung wurde in den deutschen Fürstentümern und Österreich mit Ablehnung betrachtet. In der Paulskirche wurde betont, daß es "in Deutschlands hohem Interesse liege", die Entstehung neuer selbständiger "Slaven- und Magyaren-Reiche" an der deutschen Ostgrenze zu verhindern. Diese neuen Staaten würden sich "unfehlbar" einem "südslawischen" Bund zuwenden. In diesem Fall drohe die deutsche und österreichische Aufgabe "die deutsche Gesittung (...) nach dem barbarischen Osten zu tragen" unmöglich gemacht zu werden.¹⁸⁶ Es bestände die Gefahr der Entstehung eines großen selbständigen "südslawischen Reiches",

"welches unsere Enkel mit dem Schwerte wieder erobern müssen, wenn dem deutschen Volke die Aufgabe, welche dieses Volk hat, nämlich die Civilisation, die deutsche Cultur und deutschen Geist nach dem Osten zu verbreiten, klar geworden ist."¹⁸⁷

des Illyrismus war die kulturelle und politische Vereinigung der katholischen und orthodoxen Jugoslawen. Aus dem Illyrismus entwickelte sich nach 1848 auch in Kroatien der "Jugoslawismus", der die nationale Einigung der jugoslawischen Bevölkerungsgruppen anstrebte. Sein prominentester Vertreter wurde in den folgenden Jahrzehnten der kroatische Bischof Strossmayer (1815-1905). (Vgl. Reiswitz, Johann Albrecht von, Belgrad-Berlin, Berlin-Belgrad 1866-1871, München/ Berlin 1936, S. 28f. u. 220; Weithmann, Michael W. (Hg.), Der ruhelose Balkan, München 1993, S. 113).

¹⁸⁴ St. B. 4, S. 2773f. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Fritsch.

¹⁸⁵ Vgl. Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849. 2 Bände, Erster Band, (Erstdruck 1930), Neudruck Köln/Berlin 1977, S. 549.

¹⁸⁶ St. B. 4, S. 2779. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Arneth.

¹⁸⁷ St. B. 4, S. 2852f. (25. 10. 1848) Vorgetragen vom Abgeordneten Ignaz Kaiser, rechtes Zentrum, Wien, Anwalt, 1819-1895.

Das in der Paulskirche formulierte Ziel, einen großen und selbständigen jugoslawischen Staat zu verhindern, um den deutschen und österreichischen Hegemonialansprüchen in Südosteuropa keiner starken Gegenkraft auszusetzen, konnte noch 70 Jahre lang aufrecht erhalten werden. Bis 1918 blieben Slowenien und Kroatien unter der Herrschaft von Österreich-Ungarn, von 1878-1918 fiel auch Bosnien-Herzegowina unter österreichisches Protektorat.

1.3.6 Die antislawische bzw. antirussische "Mission" Deutschlands

Die angestrebte ökonomische, politische und kulturelle Durchdringung Südosteuropas durch Deutschland und Österreich wurde, wie schon bei Friedrich List, von der Paulskirchenversammlung zu einer deutschen "Mission" erhoben.

Die Abgeordneten vertraten die Auffassung, daß es notwendig sei, auf die "in Cultur und Entwicklung immer zurückstehenden" Länder Ost- und Südosteuropas Einfluß auszuüben. Die deutsche Herrschaft könne und werde dort zwar nicht geliebt werden, doch habe sich erwiesen, daß "den slavischen Völkern des Ostens" deutsche Bildung und deutsche Kultur vermittelt werden müsse.¹⁸⁸

Die Sichtweise der Paulskirchenabgeordneten war von der in Deutschland grassierenden Überzeugung geprägt, wonach die Natur "die Slawen" zu Sklaven und Knechten und nicht zu Herrschern bestimmt habe. Diese Sichtweise hatte sich seit der deutschen Eroberung und Kolonisation großer Teile Ost- und Südosteuropas seit dem 10. Jahrhundert mehr und mehr durchgesetzt und verfestigt. Vor diesem Hintergrund wurde eine Unterwerfung "der Slawen durch die Deutschen" als gesetzmäßig und natürlich angesehen.¹⁸⁹ Den "Slawen" wurde gleichzeitig die Fähigkeit zur und das Recht auf Eigenstaatlichkeit abgesprochen. Zu ihrer Führung sei "die deutsche Kulturnation" berufen.¹⁹⁰

¹⁸⁸ St. B. 4, S. 2787f. (20. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Georg Waitz, rechtes Zentrum, Göttingen, Professor (Geschichte), 1813-1886.

¹⁸⁹ Vgl. Wippermann, a. a. O., S. 38.

¹⁹⁰ Vgl. Lammich, Maria, Das deutsche Osteuropabild in der Zeit der Reichsgründung, Boppard am Rhein 1978, S. 3f. u. 19.

Parlamentspräsident Gagern sprach vom "weltgebietenden Beruf des deutschen Volkes". Deutschland habe nach dem "Orient" hin die Bestimmung,

"daß wir diejenigen Völker, die längs der Donau zur Selbstständigkeit weder Beruf noch Anspruch haben, wie Trabanten in unser Planetensystem einfassen."¹⁹¹

Die Abgeordneten der Paulskirchenversammlung verbanden diesen Sendungs- bzw. Missionsanspruch, den sie oft auch "welthistorisch" nannten, in ihren Reden mit Begriffen wie Zivilisation, Freiheit, Wissenschaft, Bildung und Humanität, einer angeblich spezifischen "deutschen Gesittung und Art" und einem "deutschen" und "germanischen Geist". Diese Ausdrücke offenbarten ein zivilisatorisches Überlegenheitsgefühl, verbunden mit Hegemonialansprüchen.

Den größten Gegner für die Erreichung dieses Ziels sah das "liberale" bzw. "revolutionäre" Bürgertum der Paulskirche dabei in Rußland. Wenn Deutschland und Österreich nicht Rußland in die Hände arbeiten und dem eigenen "jähren Verderben" und Verfall ausgesetzt sein wollten, müßten sie gemeinsam eine "Vormauer im Osten"¹⁹² bzw. "eine Vormauer gegen Rußland."¹⁹³ errichten. Österreichs Aufgabe sei es, "das deutsche Wesen im Südosten zu verbreiten."¹⁹⁴

Es wurde die Auffassung vertreten, daß Deutschland allein schon deshalb den Donauweg in Südosteuropa kontrollieren müsse,

"um den dortigen Übergriffen Rußlands mit der Entschiedenheit, die Sie alle fordern entgegen treten zu können (...) Wer von Ihnen fühlt nicht den Unmuth in seiner Brust, wenn er einen Blick auf die Karte wirft und sieht, wie die Mündung des größten der deutschen Ströme, die Mündungen der Donau, in der Hand jenes Reiches sind, welches Alles thut, was in seinen Kräften steht, -um deutsche Schifffahrt und deutschem Handel entgegenzutreten und dessen Aufblühen im Keim zu ersticken."¹⁹⁵

¹⁹¹ St. B. 4, S. 2898f. (27. 10. 1848).

¹⁹² St. B. 4, S. 2869f. (25. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten August Reichensperger, Köln, rechtes Zentrum, stellvertretender Vorsitzender der katholischen Vereinigung des Parlaments, preußischer Landsgerichtsrat, 1808-1895.

¹⁹³ St. B. 6, S. 4637. Vorgetragen vom Abgeordneten Vincke.

¹⁹⁴ St. B. 4, S. 2787f. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Waitz.

¹⁹⁵ St. B. 4, S. 2780f. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Alfred Ritter von Arneth, rechtes Zentrum, Wiener Historiker, 1819-1897.

Eine Zurückdrängung Rußlands in Südosteuropa galt den Abgeordneten als unerläßliche Voraussetzung für die Erfüllung der immer wieder beschworenen "Mission",

"wohin die Aufgabe Deutschlands seit Jahrhunderten gerichtet ist, der Träger und Vermittler der Cultur, der Wissenschaft und der Freiheit nach dem Oriente zu sein, nämlich nach jenen Ländern Europas, die nach jenen Donaustreichen hin liegen, das Licht der Freiheit und die Fackel der Bildung zu bringen, deren sie noch entbehren."¹⁹⁶

Um diese deutsche "Mission" zu ermöglichen und Rußland die Donaumündungen zu entreißen, müsse Deutschland stark gemacht werden. Dann könne es sich Ost- und Südosteuropa "assimilieren".¹⁹⁷

Die Paulskirchenabgeordneten gaben mit diesen Redebeiträgen über die Mission deutscher "Art, Gesittung und Kultur" ein frühes Zeugnis der später von vielen Deutschen verinnerlichten Vorstellung: "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen."¹⁹⁸ Dieser Anspruch sollte zuerst in Ost- und Südosteuropa verwirklicht werden. Daß sich hinter diesem angeblichen Auftrag im Dienste der Zivilisation direkte ökonomische Interessen in Südosteuropa und im Nahen Osten verbargen, offenbarte u. a. Parlamentspräsident Gagern. Er bemerkte, wenn "die orientalische Frage" in den Vordergrund trete, werde sie für die Weltstellung Österreichs und Deutschlands von großem Einfluß sein. Deutschland könne sich für diese Situation eine günstige Ausgangsbasis schaffen, wenn es im Vorfeld vielfache Beziehungen zu den "Süd-Donauländern" knüpfe. Um anderen Mächten zuvorzukommen, solle Deutschland gemeinsam mit Österreich so früh wie möglich danach streben, seine Kultur und Sprache in den Ländern "längs der Donau bis an das Schwarze Meer" auszubreiten und sich dort einen "reichen Markt öffnen".¹⁹⁹ Ein anderer Parlamentarier sprach von den "großen materiellen und politischen Culturinteressen" Deutschlands in den Donaulän-

¹⁹⁶ St. B. 4, S. 2774. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Fritsch.

¹⁹⁷ St. B. 4, S. 2908. (28. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Christian Wurm, Hamburg, gebürtig aus Württemberg, linkes Zentrum. preußischer General, Journalist und Gymnasialprofessor (Geschichte), 1803-1859.

¹⁹⁸ Erstmals gab Emanuel Geibel 1861 diese Parole aus.

¹⁹⁹ St. B. 4, S. 2908.

dern, die nicht "dem russischen Einflusse zur Beute gegeben" werden dürften.²⁰⁰

Die antirussischen und antislawischen Ressentiments der Abgeordneten waren verbunden mit einer Angst vor der angeblichen Gefahr des Panslawismus, über dessen Bekämpfung sich die Paulskirchenversammlung wiederholt Gedanken machte. Ein Vorschlag zielte auf eine Vereinigung von Ungarn und der Walachei, um auf diese Weise

"in die südliche Macht Rußlands einen ganz kräftigen Keil hinein(zu)treiben. (Bravo auf der Linken)"²⁰¹

Nicht alle Abgeordneten vertrauten allein auf die Mittel der Bildung und Kultur zur Durchsetzung einer deutschen Hegemonie in Ost- und Südosteuropa und von da aus weiter in den Nahen Osten. Wilhelm Jordan rief die Abgeordneten in der Polendebatte der Paulskirchenversammlung dazu auf, sich endlich zu einem "gesunden Volksegoismus" durchzuringen. "Im Osten" sei es den Deutschen im Verlauf der Geschichte immer wieder gelungen, "Eroberungen des Schwertes" und der "Pflugschar" zu machen. Zu diesem "Recht auf Eroberung" könnten und sollten sich die Deutschen bekennen.²⁰²

Ein anderer Parlamentarier sprach vom "heiligen Krieg", der ohnehin irgendwann "zwischen der Kultur des Westens und der Barbarei des Ostens" ausgetragen werden müsse.²⁰³ Ein weiterer erklärte:

"Wenn es je zum Kriege kommen sollte, dann käme es zu einem Kriege zwischen Deutschen und Slaven".²⁰⁴

Heinrich von Gagern schrieb im Rückblick über die Periode der "bürgerlichen Revolution":

"Der Krieg mit Rußland - um der Ostsee und der Ostseeprovinzen willen - um Polens - um der Donau und der orienta-

²⁰⁰ Vgl. St. B. 7, S. 4811. (23. 1. 1849). Vorgetragen vom Abgeordneten Heinrich Julius Ahrens, gemäßigte Linke, Professor (Jura), 1808-1874.

²⁰¹ St. B. 4, S. 2783. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Heinrich Reitter, gemäßigte Linke, Österreichische Nationalbank, Prag, 1816-1906.

²⁰² St. B. 2, S. 1145f. (25. 7. 1848).

²⁰³ Vgl. Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche, a. a. O., S. 303. Vorgetragen vom Abgeordneten Vogt.

²⁰⁴ St. B. 4, S. 2779. (21. 10. 1848). Vorgetragen vom Abgeordneten Eisenmann.

lischen Verhältnisse (...) war der populärste durch ganz Deutschland." ²⁰⁵

Bakunin berichtete, "das sinnlose Geschrei der Deutschen gegen die Slawen" sei 1848/49 am lautesten im Frankfurter Parlament zu vernehmen gewesen. Dies hätte nichts mehr mit Demokratie zu tun gehabt, sondern sei "der Ruf des deutschen nationalen Egoismus" gewesen. Die Deutschen seien seit langem gewohnt gewesen, die "Slawen" als ihre Leibeigenen zu betrachten und verträten die Auffassung, sie müßten "die Slawen" "unter dem Stock halten", um sie zu disziplinieren. ²⁰⁶ Bakunin bemerkte:

"In diesem Haß gegen die Slawen, in dieser Slawenfresse-
rei waren sich sämtliche Parteien (1848/49) ausnahmslos
einig; (...) am lautesten schrien die Demokraten gegen
die Slawen: in Zeitungen und Broschüren, in Parlamenten
und Volksversammlungen, in den Klubs, den Bierkneipen und
auf der Straße. (...) Es war ein solcher Lärm, ein so un-
aufhörlicher Sturm, daß die Slawen, wenn das deutsche Ge-
schrei jemanden töten oder beschädigen könnte, schon
längst allesamt umgekommen wären." ²⁰⁷

Den Haß auf Rußland bezeichnete Bakunin als eine "der stärksten
Nationalleidenschaften Deutschlands." ²⁰⁸

Die Redebeiträge der Paulskirchenversammlung dokumentieren, daß
eine angebliche "slawische Gefahr" als Bedrohung der deutschen
Kultur und der deutschen Wirtschaftskraft betrachtet wurde. Die
Theorie vom bevorstehenden "Weltentscheidungskampf zwischen Ger-
manen und Slawen" beeinflusste seit Mitte des 19. Jahrhunderts
das politische Denken in Deutschland. Später wurde sie zu einem
Begründungsmuster für die angebliche Notwendigkeit des Ersten
Weltkrieges. ²⁰⁹

²⁰⁵ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, a. a. O., Bd.
1, S. 544.

²⁰⁶ MEW 18, Marx, Karl, Konspekt von Bakunins Buch "Staatlichkeit
und Anarchie", S. 609.

²⁰⁷ Michael Bakunins Beichte aus der Peter-Pauls-Festung an Zar
Nikolaus I., geschrieben 1851, übersetzt von L. Keneth, Frank-
furt/M. 1973, S. 137f.

²⁰⁸ MEW 18, Konspekt von Bakunins Buch "Staatlichkeit und Anar-
chie", a. a. O., S. 613.

²⁰⁹ Vgl. Lammich, a. a. O., S. 3 u. 5.

1.3.7 Resümee der deutschen Südosteuropapläne der 1840er Jahre

Die in der Paulskirche gehaltenen Redebeiträge offenbaren, daß unabhängig von einem Votum für die klein- oder großdeutsche Lösung unter preußischer oder österreichischer Führung und unabhängig, ob es sich um Vertreter der Rechten oder der Linken handelte,²¹⁰ unter den Parlamentariern Einigkeit darin bestand, daß ein künftiges deutsches Reich, mit Unterstützung Österreichs, Ost- und Südosteuropa kolonisieren und sich die dortige Bevölkerung unterordnen sollte. Um den Zugriff auf das angeblich "natürliche" deutsch-österreichische Kolonisationsfeld zu sichern, sollte eine russische Hegemonie in Ost- und Südosteuropa unter allen Umständen verhindert werden.

In den Debatten der Paulskirche wurde die spätere deutsche Südosteuropapolitik in vielfältiger Weise vorkonturiert. Immer wieder bekräftigt wurden dabei sechs Hauptziele:

- a) Die Sicherung bedeutender ökonomischer Interessen,
- b) die Konzentration der deutschen Auswanderung und Kolonisation auf Südosteuropa,
- c) der ideologisch aufgeladene und rassistisch begründete Anspruch einer angeblich notwendigen deutschen Mission "im Orient", d. h. in Südosteuropa und im Nahen Osten, unter dem Deckmantel von Kultur, Bildung und Zivilisation,
- d) das Bestreben, einen jugoslawischen Staat bzw. einen südosteuropäischen Staatenbund, der nicht unter deutscher Hegemonie stehen würde, zu verhindern,
- e) das ökonomisch und strategisch begründete Bestreben, einen Zugang zur Adria und zum Schwarzen Meer zu erreichen,
- f) die Errichtung eines "Bollwerks" gegen Rußland in Südosteuropa.

Die Redebeiträge beinhalteten nahezu alle Zielsetzungen und ideologischen Begründungsmuster der späteren deutschen Expansionspläne nach Südosteuropa: das Basisvertrauen in ökonomische und militärische Machtpolitik, die Abwertung der Bevölkerung Ost- und Südosteuropas aufgrund ihres angeblichen Mangels an

²¹⁰ Vgl. auch: Hein, Dieter, Die Revolution von 1848/49, München 1998, S. 77f.

Kultur und Kapazität zur "Staatbildung" und die Rechtfertigung deutscher Expansion im Namen von Kultur, Demokratie und Fortschritt.

Es ist mithin falsch, wenn die Historiographie das Aufkommen eines extremen deutschen Nationalismus erst in der Periode nach 1866 erkennen will und ein Interesse an imperialistischer Expansion in Deutschland erst für die Zeit nach 1890 konstatiert.

In der deutschen Geschichtsschreibung werden die expansionistischen und rassistischen Statements der bürgerlichen Parlamentarier von 1848/49 oftmals verschwiegen oder verharmlost. Statt dessen plädieren Historiker dafür, daß "die Identität der Deutschen" sich an den "Ideen und Ordnungsprinzipien" der Paulskirchenversammlung orientieren solle.²¹¹

Demgegenüber bleibt mit dem britischen Historiker Namier festzuhalten, daß die "glorreiche Revolution" von 1848/49 die Geburtsstunde des aggressiven deutschen Nationalismus war.²¹²

In den Schriften der 1840er Jahre von List, Pfizer, Roscher u. a., in den Artikeln der "Augsburger Allgemeinen Zeitung", der "Deutschen Vierteljahresschrift" und Rotteck-Welckers-Staatslexikon sowie in den Debatten der Paulskirche finden sich die Keime der deutschen Kriegszielprogramme von 1914-1918, der Keim von Naumanns "Mitteleuropa", der Keim der deutschen Geopolitik, der Keim der nationalsozialistischer Eroberungs- und Großraumpläne und die Wurzeln der Überzeugung von einer angeblich notwendigen und berechtigten deutschen Hegemonie über die Länder Südosteuropas.²¹³

²¹¹ *Der Spiegel*, "Die dunklen Seiten von 1848". Gespräch mit Lothar Gall, Nr. 7/1998, S. 54.

²¹² Vgl. Namier, a. a. O., S.57. (Übers. d. V.).

²¹³ Vgl. Pascal, a. a. O., S. 108 u. 120.

2. Südosteuropa bei Marx und Engels

Karl Marx und Friedrich Engels, die im Februar 1848 das Manifest der Kommunistischen Partei veröffentlicht hatten, waren in vielerlei Hinsicht Kritiker der Frankfurter Paulskirchenversammlung. In ihren Aufsätzen zur "orientalischen Frage", d. h. zur Zukunft Südosteuropas finden sich jedoch, auf den ersten Blick erstaunliche, Übereinstimmungen mit den Argumentationen der bürgerlichen Politiker der Verfassungsgebenden Versammlung. So teilten Marx und Engels deren Auffassung von einer kulturellen und historischen Überlegenheit der Deutschen gegenüber "Slawen".¹ Ihre Sichtweise war dabei stark beeinflusst durch die Schriften Hegels über die Philosophie der Weltgeschichte. Für Hegel stellte sich die Weltgeschichte als die "Dialektik besonderer Volksgeister" dar, deren jeder "nur eine Stufe auszufüllen und nur ein Geschäft der Tat (d. h. der "Realisierung der Vernunft") zu vollbringen habe, um sodann einem anderen "weltgeschichtlichen Volksgeist" seinen Platz zu räumen.² Hegel sprach jedoch nicht allen "Völkern" diese Aufgabe zu, sondern nur jenen, die er aufgrund ihrer natürlichen und geistigen Anlagen in der Lage sah, ein kräftiges Staatswesen zu schaffen, mit dessen Hilfe sie ihren Willen nach innen und nach außen durchzusetzen vermochten. Nur solche "Völker" waren für ihn Träger des geschichtlichen Fortschritts. "Völker" hingegen, die keinen eigenständigen Staat geschaffen oder die ihren Staat für längere Zeit verloren hatten, nannte er "geschichtslos". Sie hatten für ihn ausschließlich die Bestimmung, von anderen "Völkern" "unterjocht" und schließlich aufgesogen zu werden.³ Die Fähigkeit zur Staatenbildung und -organisation sprach er ihnen ab. Zu diesen "ge-

¹ Bleek, Wilhelm, Die Paulskirche in der politischen Ideengeschichte Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B3-4/98, 16. 1. 1998, S. 35.

² Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830), herausgegeben von Friedhelm Nicolai/Otto Pöggeler, Hamburg 1969, S. 426 u. 428. Ich zitiere aus älteren Ausgaben der Werke Hegels, da die angeführten Zitate in neueren Ausgaben entweder fehlen oder sprachlich weniger prägnant vorliegen.

³ Vgl. ebenda, S. 426ff. Vgl. auch Rosdolsky, Roman, Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der "geschichtslosen Völker", Berlin 1979, S. 122; Heller, H., Hegel und die deutsche Politik, in: Zeitschrift für Politik, 1923/4, S. 133.

schichtslosen Völker" rechnete Hegel die gesamte Bevölkerung Südosteuropas, die zu seiner Zeit unter der Herrschaft des Osmanischen bzw. des Habsburger Reiches stand und somit über keine eigenständigen Staaten verfügte. Bulgaren, Serben und Albaner bezeichnete er ausdrücklich als "gebrochene barbarische Reste."⁴ Sie würden "ein Mittelwesen zwischen europäischem und asiatischem Geiste bilden" und hätten für "den Stufengang der Fortbildung des Geistes" keine Bedeutung.⁵ Er charakterisierte die "slawischen Nationen" als Gesellschaften von Ackerbauern und bemerkte dazu:

"Dieses Verhältnis führt aber das von Herren und Knechten mit sich (...); menschliche Betriebsamkeit und subjektive Aktivität findet im Ganzen bei dieser Arbeit weniger statt. Die Slawen sind daher langsamer und schwerer zum Grundgefühl des subjektiven Selbst, zum Bewußtsein des Allgemeinen, zu dem, was wir früher Staatsmacht genannt haben".⁶

Die Vorstellung, daß "Slawen" nur für landwirtschaftliche Tätigkeiten zu gebrauchen seien, war Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland im übrigen weit verbreitet.⁷

Die "germanische Welt" repräsentierte für Hegel demgegenüber die letzte und höchste Stufe der Entwicklung der Menschheit.⁸ Im preußischen Staat sah er die Verkörperung des absoluten Geistes.⁹ Die ein wenig konstitutionell korrigierte und sich kolonial ausdehnende preußische Monarchie betrachtete er als höchste Organisationsform der menschlichen Gesellschaft.¹⁰

Anknüpfend an die Hegelsche Theorie über "geschichtslose Völker" und die Überzeugung von der angeblichen Rückschrittlichkeit Ost- und Südosteuropas nahmen Marx und Engels zu den politischen Ereignissen im Habsburger Reich während der "bürgerlichen Revolu-

⁴ Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Zweite Hälfte, Band IV: Die germanische Welt (1822/23), herausgegeben von Georg Lasson, Hamburg 1968, S. 779.

⁵ Vgl. ebenda, S. 779.

⁶ Ebenda, S. 885.

⁷ Vgl. Lammich, a. a. O., S. 20.

⁸ Vgl. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, a. a. O., S. 782 u. 877ff.

⁹ Vgl. Hegel, G. W. F., Grundlinien der Philosophie des Rechts, Stuttgart 1938, S. 434.

¹⁰ Vgl. Heller, Hegel und die deutsche Politik, a. a. O., S. 136 u. 141.

tion" 1848/49 Stellung.¹¹ Über die "orientalische Frage" schrieb dabei hauptsächlich Engels, da Marx sich auf diesem Feld für weitgehend inkompetent erklärte und selbst von ihm gezeichnete Artikel von Engels formulieren ließ.¹²

In deutlichem Bezug zu Hegel erklärte Engels 1848 pauschal:

"Völker, die nie eine eigene Geschichte gehabt haben, die von dem Augenblick an, wo sie die erste, roheste Zivilisationsstufe ersteigen, schon unter fremde Botmäßigkeit kommen oder die erst durch ein fremdes Joch in die erste Stufe der Zivilisation hineingezwungen werden, haben keine Lebensfähigkeit, werden nie zu irgendeiner Selbständigkeit kommen können. Und das ist das Geschick der österreichischen Slawen gewesen."¹³

Den Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten, Serben und Ukrainern würden

"die ersten historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen der Selbstständigkeit und Lebensfähigkeit fehlen."¹⁴

Als "Träger der geschichtlichen Entwicklung" seien die Deutschen und Österreicher zur Unterjochung dieser "Völkerruinen" berechtigt gewesen. Ohne die Deutschen und die Ungarn wären die "Südslawen" nach Auffassung von Engels türkisch geworden. Für diesen

¹¹ Vgl. zum Hegelbezug von Marx und Engels in dieser Frage auch Wendel, Hermann, *Marxism and the Southern Slav Question*, in: *The Slavonic Review*, London, 1923-4, S. 293; Vettes, William George, *The German Social Democrats and the Eastern Question 1848-1900*, in: *The American Slavic and East European review*, Columbia University Press, Bd. 17, 1958, H. 1, S. 86f.

¹² Für Marx blieben die politischen Verhältnisse in Südosteuropa, wie er selber schrieb, "spanisch". (Vgl. Marx an Engels, 10. 3. 1853, in: Karl Marx-Friedrich Engels-Werke, im folgenden: MEW, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1965-1975, Bd. 28, S. 222f.). Deshalb ließ er die meisten Artikel zu diesem Thema, die unter seinem Namen erschienen, von Engels schreiben. Dies gilt z. B. für die Artikelserie "Revolution und Konterrevolution in Deutschland" die 1851/52 in der "New York Daily Tribune" erschien. Sie wurde auf Bitte von Marx von Engels geschrieben, in der "Tribune" jedoch mit der Unterschrift von Marx veröffentlicht. (Vgl. MEW 9, Anm. 200, S. 597).

¹³ MEW 6, Engels, Friedrich, *Der demokratische Panslawismus* (15. 2. 1848), S. 275.

¹⁴ Engels, Friedrich, *Der demokratische Panslawismus*, a. a. O., S. 275.

"Dienst" hätten sie selbst mit der Vertauschung ihrer Nationalität gegen die deutsche oder ungarische nicht zu teuer bezahlt.¹⁵ Engels ging noch weiter. In direkter Berufung auf Hegel bezeichnete er die südosteuropäische Bevölkerung als per se konterrevolutionär:

"Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese Völkerabfälle, werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist."¹⁶

Unter allen Nationen Österreichs sah Engels nur die Deutschen, Polen und Ungarn als "Träger des Fortschritts". Daher seien sie jetzt revolutionär. Alle anderen "Stämme und Völker" des Habsburger Reiches hätten "die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen".¹⁷

Engels verurteilte die südosteuropäischen Befreiungsbewegungen. Sie hätten sich

"1848 nur darum zur Herstellung ihrer nationalen Selbständigkeit erhoben, um dadurch zugleich die deutsch-magyarische Revolution zu unterdrücken. Sie vertreten die Konterrevolution."¹⁸

Engels schrieb diese Zeilen in Erwiderung auf Bakunins Broschüre "Aufruf an die Slawen" von 1848. Darin trat Bakunin für eine Gleichberechtigung der "slawischen" Bevölkerung des Habsburger Reiches mit der deutschen Bevölkerung ein. Er wandte sich gegen eine deutsche Herrschaft über Ost- und Südosteuropa und wies die deutschen "Revolutionäre" daraufhin, "wie notwendig es für die Deutschen wäre, alle Ansprüche auf slawische Länder zu entsagen"¹⁹ und sich an einem gemeinsamen Kampf gegen die reaktionären Monarchen Preußens, Österreich-Ungarns und Rußlands zu beteiligen.²⁰

¹⁵ Vgl. MEW 6, Engels, Friedrich, Der magyarische Kampf (13. 1. 1849), S. 166 u. 170.

¹⁶ Engels, Der magyarische Kampf, a. a. O., S. 172.

¹⁷ Vgl. Der magyarische Kampf, a. a. O., S. 168; Der demokratische Panslawismus, a. a. O., S. 274.

¹⁸ Der magyarische Kampf, a. a. O., S. 173f.

¹⁹ Michail Bakunins Beichte, a. a. O., S. 148. Vgl. auch ebenda, S. 162.

²⁰ Vgl. Bakunins Beichte, a. a. O., S. 151; ders, Aufruf an die Slawen, Köthen 1848. Seine Zielsetzung beschrieb Bakunin auch in

Demgegenüber rechtfertigte Engels die deutsche Ostkolonisation der vergangenen Jahrhunderte, indem er die Preußen bzw. die Norddeutschen zu Trägern der Zivilisation erklärte. Dabei verwandte er geopolitische Argumentationsmuster. Er vertrat die Auffassung, daß die "bürgerliche Zivilisation" sich allein entlang der Seeküsten und des Laufes großer Flüsse entwickelt und ausgebreitet habe, während die Binnenländer und besonders die Hochgebirge Sitze der Barbarei und des Feudalismus geblieben seien. So habe sich die "Barbarei" in den Binnenländern Süddeutschlands und Südosteuropas konzentriert. Diese Länder würden "das Flußgebiet des einzig reaktionären Stroms von Europa (...) bilden": der Donau. Dieser Fluß bringe Südosteuropa "mit noch weit kräftigerer Barbarei in Verbindung", womit Engels auf Rußland und das Osmanische Reich anspielte.²¹

Von dieser Überzeugung ausgehend, rechtfertigte er in Erwiderung auf Bakunin die Tatsache, daß "slawische Gebiete" in den vergangenen Jahrhunderten "vollständig germanisiert" worden seien.

"Den Slawen" sei kein "jahrhundertelanges Unrecht" angetan worden, denn die "Eroberungen" seien "im Interesse der Zivilisation" erfolgt. Die "Germanisierung" dieser Gebiete und die Durchsetzung der "deutschen Sprache" und "der deutschen Bildung" legitimierte er mit dem naturwüchsigen "Einfluß der entwickelteren Nation auf die unentwickelte".²² Die Deutschen seien als "Träger des Fortschritts" und der "geschichtlichen Entwicklung" aufgetreten, als sie die slavischen "Natiönchen" unterjocht und in die "erste Stufe der Zivilisation hineingezwungen" hätten.²³

einem Brief an Georg Herwegh: "Mein Zweck ist, die Slawen der Reaktion zu entreißen, in die sie die Niederträchtigkeit ihrer verräterischen Führer, zugleich aber auch die Dummheit und die undemokratische Staatsbegründung der Deutschen und der Magyaren geworfen haben." (Bakunin an Herwegh, Leipzig, 28. 1. 1849, in: Briefe von und an Georg Herwegh, herausgegeben von Marcel Herwegh, München, 1896, zit. nach Bakunins Beichte, a. a. O., S. 241, Anm. 109).

²¹ Vgl. MEW 4, Engels, Friedrich, Der Anfang des Endes in Österreich (27. 1. 1848), S. 505.

²² Die hier von Engels vorgebrachte Argumentation stimmt weitgehend mit den Ausführungen Jordans in der "Polendebatte" der Paulskirche überein. (Vgl. Rede Jordans vom 25. 7. 1848, in: St. B. 2, S. 1143-1151. Vgl. in dieser Arbeit S. 49).

²³ Engels, Der magyarische Kampf, a. a. O., S. 168 u. 172; ders., Der demokratische Panslawismus, a. a. O., S. 276-278.

In Erwiderung auf Bakunin, der den Deutschen Verbrechen gegenüber den "Slawen" vorwarf²⁴, verlangte Engels die rücksichtslose Verwirklichung der "zivilisatorischen Mission" in Ost- und Südosteuropa durch die Deutschen. Dergleichen lasse

"sich nicht durchsetzen, ohne manch sanftes Nationenblümlein gewaltsam zu zerknicken. Aber ohne Gewalt und ohne eherne Rücksichtslosigkeit wird nichts durchgesetzt in der Geschichte."²⁵

Er erklärte die von Bakunin benannten "Verbrechen" gegen die "Slawen" zu "den besten und aner kennenswertesten Taten", deren sich das deutsche und das ungarische Volk in der Geschichte rühmen könne.²⁶

Seit der Zeit Karls des Großen hätten sich "die Deutschen mit der größten Ausdauer und Beharrlichkeit um Eroberung, Kolonisation oder zum mindesten Zivilisierung des östlichen Europa bemüht." Demgegenüber seien die "Slawen" im wesentlichen ein Volk von Ackerbauern. Handel und Industrie hätten bei ihnen nie in großem Ansehen gestanden. Die Herstellung aller Industrieartikel sei allein deutschen Einwanderern zu verdanken und fast alles, was zur geistigen Kultur gehöre, habe aus Deutschland eingeführt werden müssen.²⁷

Die Geschichte der deutschen Ostkolonisation beweise

"die geschichtliche Tendenz und die physische und intellektuelle Fähigkeit der deutschen Nation (...), ihre alten östlichen Nachbarn zu unterwerfen, aufzusaugen und sie zu assimilieren; daß diese absorbierende Tendenz der Deutschen stets eines der mächtigsten Mittel gewesen und noch ist, wodurch die westeuropäische Zivilisation in Osteuropa verbreitet wurde (...) und daß es deshalb das natürliche, unvermeidliche Schicksal dieser sterbenden Nationen war, diesen Prozeß der Auflösung und Aufsaugung durch ihre stärkeren Nachbarn sich vollenden zu lassen."²⁸

²⁴ Bakunin, Michail, An die russischen, polnischen und sämtlichen slawischen Freunde, 15. 2. 1862 (Beiblatt zum "Kolokol"), zit. nach Marx/Engels, Ein Komplott gegen die IAA - Bericht über das Treiben Bakunins, MEW 18, S. 453.

²⁵ Engels, Der demokratische Panslawismus, S. 279.

²⁶ Vgl. ebenda.

²⁷ Vgl. MEW 8, Engels, Revolution und Konterrevolution, VII: Polen, Tschechen und Deutsche, S. 50.

²⁸ MEW 8, Engels, Friedrich, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, XIV: Die Wiederherstellung der Ordnung - Reichstag und Kammern, MEW, S. 81 (New York Daily Tribune, 24. 4. 1852).

Wie die Abgeordneten der Paulskirche betrachtete Engels somit die mittelalterliche Ostkolonisation als Vorbild für eine neue deutsche Eroberungspolitik im Dienste der "Zivilisation".

Bedroht sah Engels diese "Mission", wie viele seiner Zeitgenossen, durch den Panslawismus.

Jetzt, wo die politische Zentralisation infolge "der gewaltigen Fortschritte" der Industrie, des Handels und der Kommunikation ein noch viel dringenderes Bedürfnis geworden sei als im 15. und 16. Jahrhundert. kämen "die Panslawisten" mit der Forderung, "wir sollen diese halbgermanisierten Slawen `freilassen`" und die Zentralisation aufheben.²⁹

Wie die Paulskirchenabgeordneten betrachtete Engels die südost-europäischen Bewegungen gegen die Hegemonie der Regierenden und Großgrundbesitzer Österreichs und Ungarns allein im Licht einer angeblichen russischen Gefahr. Die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung Südosteuropas zog er nicht in Erwägung.

Für ihn gab es für dieses Gebiet nur die Alternative: Hegemonie Österreich-Ungarns im Verbund mit Deutschland oder russische Einflußzone.

Die keineswegs einheitlichen Bestrebungen in Tschechien, Kroatien, Slowenien und Serbien galten ihm unisono als Panslawismus. Er konstatierte:

"Die panslawistische Einheit ist (...) entweder eine reine Schwärmerei oder aber - die russische Knute."³⁰

Demgegenüber bemerkte Bakunin treffend:

"Panslawisten sind den Deutschen alle Slawen, die mit Widerwillen und Zorn die Kultur zurückweisen, die sie ihnen aufzwingen wollen."³¹

Engels wiederum malte ein Bedrohungsszenario aus, wonach sich die panslawistische Bewegung kein geringeres Ziel gesetzt habe,

"als die Unterjochung des zivilisierten Westens durch den barbarischen Osten, der Stadt durch das flache Land, des Handels, der Industrie und des Geisteslebens durch den primitiven Ackerbau slawischer Leibeigener."³²

²⁹ Vgl. Engels, Der demokratische Panslawismus, a. a. O., S. 277.

³⁰ Engels, Der magyarische Kampf, a. a. O., S. 171.

³¹ Bakunin, Michail, Beichte, a. a. O., S. 239, Anm. 84.

³² MEW 8, Engels, Friedrich, Revolution und Konterrevolution, IX: Der Panslawismus, S. 53.

Ganz Europa solle zur "Domäne der slawischen Rasse", insbesondere der Russen werden.³³

"Die slawische Race" ziele auf den Tod der "römisch-keltischen und deutschen Racen", die bisher in Europa geherrscht hätten. Der Panslawismus versuche, gewaltsam eine Geschichte von tausend Jahren ungeschehen zu machen und wolle die Türkei, Ungarn und eine Hälfte Deutschlands von der Karte Europas wegfegen. Er lasse Europa nur eine Alternative:

"Unterjochung durch die Slawen oder Zerstörung für immer des Zentrums ihrer Offensivkraft - Rußlands."³⁴

Einen wichtigen Hintergrund für die Diffamierungen der Bevölkerung Südosteuropas durch Engels, und wie noch zu zeigen sein wird auch durch Marx, bildete ihre Interpretation der Niederschlagung des bürgerlichen Aufstände in Österreich und Ungarn. In der Hoffnung auf ein Ende des autokratischen Herrschaftssystems der Habsburger Monarchie setzten Marx und Engels damals große Hoffnungen auf die ungarische Nationalbewegung, angeführt von Lajos Kossuth. Am 15. März 1848 forderte der ungarische Landtag in einem Zwölfpunkteprogramm Pressefreiheit, eine eigenständige ungarische Regierung und Verfassung, eine nationale Armee und Nationalbank sowie die Abschaffung der feudalen Verhältnisse. Das Programm wurde dem Wiener Hof übermittelt. Gleichzeitig wandten sich jedoch Bewegungen im heutigen Nordserbien, Nordrumänien und Kroatien gegen die Selbstherrlichkeit des ungarischen Nationalismus. Sie traten 1848 vehement für größere Rechte gegenüber der ungarischen Herrschaft ein. Vor allem waren sie nicht länger bereit, sich ungarischen Großgrundbesitzern unterzuordnen. Die wirksamste und größte unter diesen Bewegungen, die kroatische, strebte eine gleichberechtigte Mitbestimmung Kroatiens innerhalb eines föderalistischen Staatenbundes mit Österreich und Ungarn an.

Der Landtag in Zagreb wandte sich im März 1848 gegen die neue ungarische Verfassung, in der von einer Aufhebung der Leibeigen-

³³ Vgl. ebenda.

³⁴ MEW 11, Engels, Friedrich, Deutschland und der Panslawismus, S.193f. (Erstveröffentlichung in: Neue Oder Zeitung, 21. 4. 1855). Vgl. zum Panslawismus aus: MEW 16, Engels, Friedrich, Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun? (31. 3. 1855), S. 156-159.

schaft für rumänische, serbische und kroatische Bauern nicht die Rede war, und stimmte für den Zusammenschluß der Königreiche Kroatien, Dalmatien und Slawonien, um durch einen solchen Bund größere Autonomie und Mitbestimmungsrechte im Habsburger Reich zu erhalten. In einem aus dreißig Punkten bestehenden Programm forderte der Kongreß, ein kroatisch-slawonisch-dalmatinisches Parlament einzuberufen, eine diesem Parlament verantwortliche kroatische Regierung (u. a. mit einem Finanz- und Außenminister), eine kroatische Nationalarmee sowie die Gründung einer kroatischen Bank und Universität. Darüber hinaus sollten die Reste des Feudalismus liquidiert und die inneren Zölle abgeschafft werden. Im Juni 1848 verlangte der Landtag in Zagreb die Umwandlung der kroatisch-ungarischen Realunion in eine bloße Personalunion. Die ungarischen "Revolutionäre", auf die Marx und Engels setzten, mißachteten jedoch die Freiheitsbewegungen in Kroatien, Nordserbien und Nordrumänien und setzten auf deren gewaltsame Unterdrückung. Im Juni 1848 begann in Nordserbien ein Aufstand gegen die ungarische Herrschaft. Gleichzeitig kam es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen kroatischen und ungarischen Truppen. Die von der bürgerlichen Revolution in Österreich und der nationalen Revolution in Ungarn bedrohte Monarchie des Habsburger Reiches verstand es, diese Situation für sich zu nutzen. Zur Mäßigung der kroatischen Autonomie- und Mitbestimmungsbestrebungen ernannte sie den Regierungschef des Zusammenschlusses Kroatien-Dalmatien-Slawonien, Jellacic, der gleichzeitig Befehlshaber der kroatischen Truppen war, im März 1848 zum Banus (Gouverneur) und Statthalter des österreichischen Kaisers in Kroatien. Jellacic leistete dem Kaiser den Treueeid und erhielt den Rang eines Feldmarschalleutenants. Auch wenn sie deren Forderung nach Föderalismus und Mitbestimmung ablehnte, setzte die Habsburger Monarchie auf die kroatische Bewegung als Gegenpart zum bürgerlichen Aufstand in Österreich und Ungarn. Den ungarischen Reichstag ließ sie auflösen. Am 25. August 1848 kündigte der kroatische Statthalter Jellacic dem ungarischen Ministerium den Gehorsam und erklärte ihm den Krieg.³⁵ Am 6. Oktober 1848 kam

³⁵ Vgl. Valentin, Veit, Geschichte der Deutschen Revolution von 1848-1849, a. a. O., Erster Band, S.549; Zweiter Band, S. 78 u. 195; MEW 6, Engels Friedrich, Ungarn (19. 5. 1849), S. 508; Wendel, Marxism and the Southern Slav Question, a. a. O., S. 296; Niedermüller, Peter, Geschichte, Mythos und Politik. Die Revolution von 1848 und das historische Gedächtnis in Ungarn, in:

es im Wien zum Aufstand. Er hatte seinen Ausgangspunkt in dem Ziel, die Entsendung von Truppen der Habsburger Monarchie nach Ungarn zu verhindern. Der Aufstand wurde am 31. Oktober unter dem Oberbefehl des Kommandanten der Monarchie Windischgrätz mit Unterstützung tschechischer und kroatischer Truppen niedergeworfen. Die bürgerlichen Revolutionäre Wiens kapitulierten als keine Hoffnung mehr bestand, daß eine Unterstützungsaktion einer ungarischen Truppe das Blatt wenden könne; sie war am Tag vorher von Einheiten unter dem kroatischen Befehlshaber Jellacic geschlagen worden.³⁶ Der "Haß" auf die "kleinen slawischen Nationen", die durch ihr Bündnis mit der Monarchie zur Niederlage der bürgerlichen Revolution beitrugen,³⁷ war unter dem westeuropäischen Bürgertum 1848/49 weit verbreitet. Auch Marx und Engels vermochten in ihrer Analyse der Ereignisse nicht zu differenzieren. Sie blendeten die ökonomischen und politischen Beweggründe jugoslawischer Politiker und Militärs gegen den ungarischen Aufstand in ihren Artikeln aus und stellten als Verantwortliche für die Niederschlagung Wiener Aufstandes nicht die Habsburger Regierung, sondern die ost- und südosteuropäischen Soldaten heraus.

So begann Marx seinen Artikel "Sieg der Konterrevolution zu Wien" mit dem Satz:

"Die kroatische Freiheit und Ordnung hat gesiegt und mit Mordbrand, Schändung, Plünderung, mit namenlos verruchten Untaten ihren Sieg gefeiert (...) bewaffnetes und erkaufte Lumpenproletariat gegen das arbeitende und denkende Proletariat."³⁸

Hardtwig, Wolfgang (Hg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 37ff.; Schödl, Günther, Jenseits von Bürgergesellschaft und nationalem Staat. Die Völker Ostmitteleuropas 1848/49, in: Hardtwig, a. a. O., S. 229; Deák, István, Die rechtmässige Revolution. Lajos Kossuth und die Ungarn 1848-1849, Wien/Köln/Graz 1989, S. 119.

³⁶ Vgl. Pascal, a. a. O., S. 117; Eyck, Deutschlands große Hoffnung, a. a. O., S. 387; Ribhegge, Wilhelm, Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B3-4/98, 16. 1. 1998, S. 25; Heuss, Theodor, 1848. Werk und Erbe, Stuttgart 1948, S. 95.

³⁷ Rosdolsky, a. a. O., S. 35f.

³⁸ MEW 5, Marx, Karl, Sieg der Konterrevolution zu Wien (7. 11. 1848), S. 455 u. 457.

Die Gegenüberstellung von jugoslawischem "Lunpenproletariat" und Wiener Proletariat weist daraufhin, daß Marx ausgehend von seinem Fortschritts- und Zivilisationsmodell die Freiheits- bzw. Gleichheitsbewegungen der vorwiegend im Agrarsektor beschäftigten südosteuropäischen Bevölkerung nicht anerkannte, sondern revolutionäre Potenz nur dem städtischen westeuropäischen Industrieproletariat zuschrieb.

Er bezeichnete die Niederschlagung der bürgerlichen Revolution darüber hinaus als "Sieg des Ostens über den Westen, die Niederlage der Zivilisation unter der Barbarei." In Wien hätten Kroaten, Tschechen "und ähnliches Lumpengesindel die germanische Freiheit" erwürgt und in diesem Augenblick sei "der Zar allgegenwärtig in Europa."³⁹ Die bereits bei Engels festgestellte Sichtweise, jede Auflehnung der ost- und südosteuropäischen Bevölkerung gegen das Herrschaftssystem des österreichischen und ungarischen Bürgertums und Adels allein unter dem Gesichtspunkt der Gefahr eines Vordringens der russischen Autokratie nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa zu betrachten, wurde somit auch von Marx übernommen.

Die deutschen Kommunisten übersahen in ihrer Enttäuschung über den Rückschlag der Revolution, daß sich Tschechen, Kroaten und Serben nicht deshalb auf die Seite der österreichischen Regierung stellten, weil sie per se antirevolutionär und antidemokratisch waren, wie Marx und Engels behaupteten, sondern weil sie die großdeutschen und großungarischen Pläne der bürgerlichen Demokraten ablehnten.

So versicherte etwa der kroatische General Jellacic, Wien nicht deshalb anzugreifen, weil dort eine neue Revolution ausgelöst und ein demokratischer Kurs eingeschlagen worden sei, sondern weil dort das Zentrum der Deutschen Nationalen Partei läge.⁴⁰

Von den Wortführern der bürgerlichen Revolution in den deutschen Fürstentümern, Österreich und Ungarn versprach sich die Bevölkerung Ost- und Südosteuropas keine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Im Gegenteil.⁴¹ Der von Ungarn beherrschten jugoslawi-

³⁹ MEW 6, Marx, Karl, Die revolutionäre Bewegung (1. 1. 1849), S.149. Vgl. auch Neue Rheinische Zeitung, Nr. 232, 27. 2. 1849, Die Russen in Siebenbürgen.

⁴⁰ Vgl. Bakunins Beichte, a. a. O., S. 168.

⁴¹ Vgl. Rosdolsky, a. a. O., S. 141.

Über die Frage, welche Umstände das Bündnis der kaiserlich-feudalen Reaktion mit den ost- und südosteuropäischen Bauern er-

schen und rumänischen Bevölkerung blieb beispielsweise in den Monaten der entscheidenden kriegerischen Auseinandersetzungen 1848/49 nur die Alternative, entweder mit ihren ungarischen Feudalherren gegen den österreichischen Absolutismus oder mit diesem gegen die Ungarn zu kämpfen.⁴²

Zu Beginn der bürgerlichen Revolution war die Bewegung der kroatischen, serbischen, slowenischen und rumänischen Bevölkerung gegenüber der österreichischen Autokratie nicht freundlicher eingestellt als die der Ungarn und noch auf dem Slawenkon-greß in Prag nahmen die Delegierten eine definitiv demokratische Gegnerschaft gegenüber dem russischen Zarismus ein, die von Marx und Engels negiert wurde. Die Furcht, sich in einem vereinigten Deutschland und einem selbständigen Ungarn als rechtlose Minorität wiederzufinden, führte die tschechische und südosteuropäische Bevölkerung des Habsburger Reiches jedoch dazu, sich der bürgerlichen Revolution in den deutschen Fürstentümern sowie in Österreich und Ungarn entgegenzustellen.⁴³

Wenn Teile der südosteuropäischen Bevölkerung Österreich-Ungarns im Verlaufe der bürgerlichen Revolution zu Stützen der reaktionären Kräfte wurden, so lag dies auch daran, daß in der österreichischen Revolution 1848/49 keine Gesellschaftsklasse vorhanden war, die bereit und fähig gewesen wäre, eine wirkliche Befreiung der südosteuropäischen Bauern und Leibeigenen herbeizuführen.⁴⁴

möglichte, sind in der marxistischen Literatur fast keine Untersuchungen zu finden. Die meisten Autoren beschränkten sich auf das Klischee von den "revolutionären" und "konterrevolutionären" Nationen. Nur Rosa Luxemburg versuchte die Frage vom Gesichtspunkt der Klassengegensätze zu betrachten. Sie erblickte in der "panslawistischen Konterrevolution der österreichischen Südslawen 1848 (...) den Ausdruck einer Opposition von konservativen, noch in der Naturalwirtschaft steckenden Bauernländern gegen den sie erdrückenden Vormarsch des Kapitalismus." (Vgl. Luxemburg, Rosa, Der Kakan der Konterrevolution (polnisch), in: Przegląd Socialdemokratyczny, 1908, Nr. 4, S. 278, nach Rosdolsky, a. a. O., S. 142).

⁴² Vgl. Rosdolsky, a. a. O., S. 155.

Nach Angaben des britischen Historikers Namier drohte der Führer der demokratischen ungarischen Autonomiebewegung Kossuth, auf den Marx und Engels setzten, mit der Vernichtung der serbischen Bevölkerung der Wojwodina. (Vgl. Namier, a. a. O., S. 111).

⁴³ Vgl. Wendel, Marxism and the Southern Slav Question, a. a. O., S. 296.

⁴⁴ Vgl. Rosdolsky, a. a. O., S. 142f.

Marx und Engels zeigten sich aufgrund ihres Festhaltens am westeuropäischen Fortschritts- und Zivilisationsglauben und der Hegelschen Geschichtsmetaphysik sowie ihrer Furcht vor dem russischen Zarismus nicht in der Lage, die politischen und sozioökonomischen Hintergründe der Freiheits- und Gleichberechtigungsbewegungen der jugoslawischen und rumänischen Bevölkerung des Habsburger Reiches wahrzunehmen oder sogar angemessen zu analysieren.

Es blieb nicht bei ihrer klischeebehafteten Analyse. In den Artikeln von Engels finden sich seit 1848 zudem Revanchegelüste für den angeblichen Verrat an der bürgerlichen Revolution durch die Bevölkerung Ost- und Südosteuropas, die "um ihrer kleinlichen Nationalhoffnungen willen" "wie ein Mann unter die Fahne der Konterrevolution" getreten sei.

"Für diesen feigen, niederträchtigen Verrat an der Revolution werden wir einst blutige Rache an den Slawen nehmen."⁴⁵

"Im Interesse der Revolution" proklamierte Engels "einen Vernichtungskrieg" gegen "die slawischen Barbaren". Den Verlauf der geschichtlichen Entwicklung erwartete er wie folgt:

"bei dem ersten siegreichen Aufstand des französischen Proletariats⁴⁶ (...) werden die österreichischen Deutschen und Magyaren frei werden, und an den slawischen Barbaren blutige Rache nehmen. Der allgemeine Krieg, der dann ausbricht, wird diesen slawischen Sonderbund zersprengen und alle diesen kleinen stierköpfigen Nationen bis auf ihren Namen vernichten. Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt."⁴⁷

Der "Russenhaß" sei "die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen". Nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution habe sich dieser Haß auf die gesamte "slawische" Bevölkerung Österreich-Ungarns ausgeweitet. Nur "durch den entschiedenen

⁴⁵ Engels, Der demokratische Panslawismus, a. a. O., S. 281 u. 283.

⁴⁶ "Marx und Engels erwarteten damals von Monat zu Monat den Ausbruch einer neuen Revolution in Paris." (Rosdolsky, a. a. O., S. 77).

⁴⁷ Engels, Der magyarische Kampf, a. a. O., S. 176.

Terrorismus gegen diese slawischen Völker" lasse sich die Revolution sicherstellen.

"Wir wissen jetzt, wo die Feinde der Revolution konzentriert sind: in Rußland und den österreichischen Slawenländern; und keine Phrasen, keine Anweisungen auf eine unbestimmte demokratische Zukunft dieser Länder werden uns abhalten, unsere Feinde als Feinde zu behandeln. (...) Kampf, unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod, mit dem revolutionsverräterischen Slawentum; Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus".⁴⁸

Diese Zeilen schrieb Engels in der ersten Jahreshälfte 1849, der Phase der Niederschlagung des letzten Revolutionsherdes in Europa, des ungarischen Unabhängigkeitskampfes, den die österreichische Regierung unter Heranziehung kroatischer und tschechischer Truppen bekämpfte. Der endgültige Sieg gelang im August 1849 unter Beteiligung russischer Hilfstruppen.⁴⁹ Diese Entwicklung bildete den Hintergrund für die Vehemenz des "Slawenhasses" von Marx und Engels, kann jedoch für die Vernichtungsphantasien des letzteren keine hinreichende Erklärung sein.

Diffamierende und stereotype Darstellungen der südosteuropäischen Bevölkerung Österreich-Ungarns finden sich auch in der von Marx ab Sommer 1848 herausgegebenen "Neuen Rheinischen Zeitung". Die auf seiten der Habsburger Monarchie gegen die Aufstände des österreichischen und ungarischen Bürgertums eingesetzten südosteuropäischen Soldaten wurden dort etwa am 27. Februar 1849 als "Kopfabstecher, Bauchaufschlitzer und Kinderspießer" dargestellt. Sie würden sogar Menschen braten und seien "so geldgierig wie die Juden". Der Artikel fuhr fort:

⁴⁸ Engels, Der demokratische Panslawismus, a. a. O., S. 286.

⁴⁹ Von September 1848 bis Januar 1849 drängten die Habsburger Truppen die Einheiten der ungarischen Revolutionäre aus Österreich heraus, am 5. Januar 1849 eroberten sie Buda. Im Frühjahr 1849 startete die ungarische Armee eine Gegenoffensive. Im Mai 1849 gelang ihr die Rückeroberung der Hauptstadt Buda. Im Anschluß startete sie eine erfolgreiche Gegenoffensive. Die Habsburger Truppen mußten sich nach Österreich zurückziehen. Daraufhin verbündete sich die Habsburger Regierung mit dem russischen Zarismus. Mitte Juni 1849 marschierten russische Hilfstruppen in Ungarn ein, Anfang August beendeten sie endgültig gemeinsam mit der Habsburger Armee den ungarischen Aufstand. (Vgl. Niedermüller, a. a. O., S. 39f.).

"Ein ähnliches Schauspiel zu sehen, reist man vergebens in die Urwälder zu den Barbaren und Menschenfressern; es gibt dort höchstens nur Wilde, aber keine Satane".⁵⁰

Die jugoslawischen Soldaten von der Militärgrenze Österreich-Ungarns zum Osmanischen Reich seien

"Scheusale, wider welche alle Völker sich wie zum Kampf mit dem Drachen des Urdespotismus erheben sollten."⁵¹

Der erwähnte Beschluß des Zagreber Landtages⁵² zur Bildung eines gemeinsamen Königreiches Kroatien-Slawonien-Dalmatien vom März 1848, der auf eine stärkere Stellung und Autonomie der jugoslawischen Bevölkerung im Habsburger Reich zielte, wurde in der "Neuen Rheinischen Zeitung" unter der Überschrift "Der neue kroatisch-slavonisch-dalmatinische Raubstaat" gegen jugoslawische Einigungsbestrebungen als Kulminationspunkt panslawistischer Bestrebungen in Südosteuropa bewertet. Der Gesetzentwurf trage "den Stempel des Deutschenhasses." Die "Kopfabstecher-Dreieinigkeit" sei eroberungssüchtig. Sie wolle Kroatien und Slawonien von Ungarn losreißen und an der Adriaküste "ein Stückchen Deutschland"⁵³ rauben.⁵⁴

Die jugoslawische Bewegung innerhalb des Habsburger Reiches wurde hier in Umkehrung der Tatsachen des "Deutschenhasses" bezichtigt, während sie für eine Gleichberechtigung der Bevölkerungsgruppen Österreich-Ungarns eintrat. In ähnlich diffamierender Weise nannte Engels 1850 die an der Grenze zum Osmanischen Reich lebenden Jugoslawen die "barbarischen Stämme" Österreich-Ungarns.⁵⁵

An anderer Stelle lehnte er eine Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens von Deutschland und Österreich-Ungarn aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen kategorisch ab. Eine Abschlüssung Deutschlands und Ungarns von der Adriaküste durch die Los-

⁵⁰ Neue Rheinische Zeitung, Nr. 232, 27. 2. 1849, Wien (Die Slaven). Vgl. auch Neue Rheinische Zeitung, Nr.103, 15. 9. 1848.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Siehe S. 61 in dieser Arbeit.

⁵³ Die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung zeigte sich hier als Vertreterin großdeutscher Ambitionen, denn das "Stückchen Deutschland" an der Adria gehörte nicht zu einem deutschen Fürstentum, sondern zu Österreich.

⁵⁴ Neue Rheinische Zeitung, Nr. 278, 21. 4. 1849, Der neue kroatisch-slavonisch-dalmatinische Raubstaat.

⁵⁵ Vgl. MEW 7, Engels, Friedrich, Revue (Januar/Februar 1850), S. 215.

lösung Kroatiens und Sloweniens könne nicht zugelassen werden. Aus "geographischen und kommerziellen Notwendigkeiten" sei ein Adriazugang für Deutschland und Ungarn eine Lebensfrage. Er bemerkte anschließend:

"Und wo es sich um die Existenz, um die freie Entfaltung aller Ressourcen großer Nationen handelt, da wird doch eine solche Sentimentalität wie die Rücksicht auf ein paar versprengte (...) Slawen nicht entscheiden!"⁵⁶

Engels ging somit von einem Recht Deutschlands auf wirtschaftliche Entfaltung aus, für dessen Sicherstellung eine Autonomie der südosteuropäischen Bevölkerung des Habsburger Reiches nicht toleriert werden dürfe.

Während die Abqualifizierung der jugoslawischen Bevölkerung des Habsburger Reiches bei Marx und Engels einhellig und durchgehend war, betrachteten sie in einer zweiten Phase ihrer Beschäftigung mit Südosteuropa, während des Krimkrieges 1853-1856⁵⁷, zumindest

⁵⁶ Engels, Der demokratische Panslawismus, a. a. O., S. 276.

⁵⁷ Nach einem Streit griechischer und römischer Mönche um die "heiligen Stätten" in Jerusalem, stellte die russische Regierung der osmanischen Regierung 1853 ein Ultimatum, in dem sie das Schutzrecht für alle orthodoxen Christen forderte. Als die osmanische Regierung, gestärkt von England dieses Ultimatum ablehnte, marschierten russische Truppen in die Donaufürstentümer Moldau und Walachei ein. Daraufhin erklärte die Osmanische Regierung im Oktober 1853 Rußland den Krieg. 1854 traten England und Frankreich auf seiten des Osmanischen Reiches in den Krieg ein und drangen mit ihren Flotten in das Schwarze Meer vor. Unter Rückendeckung des Deutschen Bundes erzwang die österreichische Regierung im Sommer 1854 den Rückzug der russischen Truppen in den Donaufürstentümern Moldau und Walachei. In Einverständnis mit der osmanischen Regierung okkupierten österreichische Truppen im Anschluß die beiden Donaufürstentümer. Der Krimkrieg endete 1856 mit einer Niederlage Rußlands. Im Pariser Friedensvertrag wurden die beiden Donaufürstentümer, seit 1835 russische Protektorate, unter "Garantie der Großmächte" gestellt. Teile von Armenien (Kars und Ardahan) und Bessarabien fielen an das Osmanische Reich. Zudem verlor Rußland die Kontrolle über die Donauschifffahrt, die für frei erklärt und deren Kontrolle einer Internationalen Kommission unterstellt wurde. Das Schwarze Meer wurde entmilitarisiert, für neutral erklärt und Handelsschiffen aller Nationen geöffnet. Rußland durfte im Schwarzen Meer somit keine Flotte mehr unterhalten oder Küstenbefestigungen anlegen. Das russische Protektorat über die Christen Südosteuropas wurde durch die Garantie sämtlicher vertragsschließender Mächte (England, Frankreich, Österreich, Preußen, Rußland, Sardinien und das Osmanische Reich) ersetzt. Ohne Übereinstimmung dieser Mächte durften in Zukunft keine Grenzveränderungen in den südosteuropäischen Teilen des Osmanischen Reiches vorgenommen werden. (Vgl. Kinder, Werner/ Hilgemann, Werner, dtv-Atlas zur

Teile der südosteuropäischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches differenzierter und weniger abwertend. Dahinter stand die Überzeugung, daß die Bourgeoisie der christlichen Gebiete Südosteuropas auf einer höheren Stufe der Kultur bzw. Zivilisation stünde als Türken bzw. Moslems.⁵⁸ Da Marx und Engels jedoch im allgemeinen über den Mangel einer bürgerlichen Schicht in Südosteuropa klagten und die fehlende Entwicklung und Staatenbildung in Südosteuropa darauf zurückführten, maßen sie ihren partiellen Differenzierungen zwischen Christen und Moslems, Bürgern und Ackerbauern, keinen großen Stellenwert zu. Wie bereits während ihrer Stellungnahmen zur bürgerlichen Revolution im Habsburger Reich stand auch bei ihren Artikeln zur Situation der europäischen Gebiete des Osmanischen Reiches ihre Klage über die fehlende Zivilisation in Südosteuropa im Mittelpunkt. So wurden in einem von Marx gezeichneten, jedoch von Engels geschriebenen Artikel⁵⁹ zur "orientalischen Frage" von 1853 die fehlende Zivilisation und die "Durchmischung der Rassen" als die größten Probleme bezeichnet, mit denen die Großmächte in den europäischen Teilen des Osmanischen Reiches konfrontiert seien. Nachdem er erklärt hatte, daß eine Auflösung des Osmanischen Reiches nicht zu verhindern sei, bemerkte Engels:

"Der wirklich strittige Punkt ist immer die europäische Türkei, die große Halbinsel südlich der Save und der Donau. Dieses herrliche Gebiet ist so unglücklich von einem Konglomerat der verschiedensten Rassen und Nationalitäten bewohnt zu werden, von denen man schwer sagen kann, wel-

Weltgeschichte, Band 2, 28. Auflage, München 1994, S. 347.; Reiswitz, Belgrad-Berlin, Berlin-Belgrad 1866-1871, a. a. O., S. 24; Geiss, Imanuel (Hg.), Der Berliner Kongreß. Protokolle und Materialien. Schriften des Bundesarchivs 27, Boppard am Rhein 1979, S. 3; Melville, Ralph/ Hans-Jürgen Schröder, Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1982, S. 475; Bormann, Claus, Bismarck und Südosteuropa vom Krimkrieg bis zur Pontuskonferenz, Diss., Hamburg 1967, S. 40-59. Der Friedensvertrag von Paris ist enthalten in: Ausgewählte Aktenstücke zur orientalischen Frage, herausgegeben von Karl Strupp, Gotha 1916, S. 76ff.).

⁵⁸ Vgl. MEW 9, Engels, Friedrich, Die türkische Frage, (19. 4. 1853), S. 27.; MEW 9, Was soll aus der europäischen Türkei werden? (21. 4. 1853), S. 33f.

⁵⁹ Bezüglich des hier zitierten Artikels schrieb Marx an seinen Genossen: "Lieber Engels, Dein Artikel über die Türkei famos. Abgeschickt." (Marx an Engels, 22. /23. 3. 1853, MEW 28, S. 228.

che von ihnen die für die Zivilisation und Fortschritt am wenigsten befähigste ist."⁶⁰

Letztendlich gingen Marx und Engels davon aus, daß Zivilisation und Fortschritt nur durch westeuropäischen Handel und westeuropäische Kultur nach Südosteuropa eingeführt werden könne. Dazu sei, so Engels, die Fertigstellung einer Eisenbahnlinie von Hamburg über Budapest und Belgrad nach Konstantinopel notwendig,⁶¹ womit er sich in Übereinstimmung mit dem "Vater der deutschen Nationalökonomie" Friedrich List befand.⁶² Konstant hielten Marx und Engels auch während des Krimkrieges an ihrer Haltung fest, alle Entwicklungen in Südosteuropa aus dem Blickwinkel eines drohenden Vordringens des russischen Zarismus nach Europa zu betrachten. Marx betonte, der "russische Bär" sei zu allem fähig, solange die europäischen Großmächte ihn gewähren liessen.⁶³ Mit dieser Bemerkung klagte er über die seiner Meinung nach zu geringen militärischen Anstrengungen der westeuropäischen Großmächte, den russischen Einfluß in Südosteuropa zurückzuschlagen, eine Argumentation die die Artikel von Marx und Engels während des Krimkrieges bis zur tatsächlichen Intervention Frankreichs und Englands gegen Rußland durchzog.

Engels erklärte Rußland 1853 pauschal zur "Eroberernation" und vertrat die Auffassung, seit 1789 gäbe es nur noch zwei Mächte auf dem europäischen Kontinent: Rußland mit seinem Absolutismus auf der einen Seite und die Revolution mit der Demokratie auf der andern. Gelange Rußland in den Besitz des Osmanischen Reiches, so werde sich seine Stärke fast verdoppeln und es gewinne das Übergewicht über das ganze übrige Europa. Ein solches Ereignis wäre, so Engels, ein unbeschreibliches Unglück für die revolutionäre Sache. Die Vereitelung der russischen Annexionspläne im Osmanischen Reich sei daher von höchster Bedeutung.⁶⁴

Da sie nicht mehr an die Möglichkeit einer Aufrechterhaltung des Osmanischen Reiches glaubten, befürworteten Marx und Engels nun

⁶⁰ MEW 9, Marx, Karl, Britische Politik - Disraeli - Die Flüchtlinge - Mazzini in London - Türkei (7. 4. 1853), S. 6f.

⁶¹ Vgl. MEW 9, Engels, Friedrich, Was soll aus der europäischen Türkei werden?, S. 33-35.

⁶² Siehe in dieser Arbeit S. 16.

⁶³ Vgl. MEW 9, Marx, Karl, Die russische Politik gegenüber der Türkei (14. 7. 1853), S. 168f.

⁶⁴ Vgl. MEW 9, Engels, Friedrich, Warum es in der Türkei in Wirklichkeit geht (23-28. 3. 1853), S. 17.

zeitweise die Idee einer jugoslawische Föderation, die jedoch nach ihrer Auffassung keineswegs unter dem Einfluß Rußlands stehen, sondern von westeuropäischem Handel und westeuropäischer Kultur durchdrungen werden sollte.

Ihre antirussische Haltung legten Marx und Engels auch nach der russischen Niederlage im Krimkrieg nicht ab. In einem Brief, den Marx am 24. Juni 1865 an Engels sandte, hieß es:

"Sie (die Russen, d. V.) sind keine Slawen; gehören überhaupt nicht zur indogermanischen Race, sind des intrus (Eindringlinge, d. V.), die wieder über den Dnjepr gejagt werden müssen, etc."⁶⁵

Hier zeigt sich, daß Marx und Engels nicht nur von der Hegelschen Geschichtsmetaphysik, sondern auch von den sozialdarwinistischen und rassistischen Theorien ihrer Zeit beeinflusst waren. Als 1875 ausgehend von Bosnien-Herzegowina ein Aufstand der Bevölkerung Südosteuropas gegen die osmanische Regierung begann, der 1877 in einem Krieg zwischen Rußland und dem Osmanischen Reich mündete, war von der Möglichkeit zur Bildung einer jugoslawischen Föderation in den Schriften von Marx und Engels keine Rede mehr. Statt dessen wurden die Aufständischen nun, in Wiederaufnahme der Argumentation von 1848/49, allein als Handlanger des "russischen Despotismus" betrachtet. Eine Autonomie der Länder Südosteuropas würde, so bemerkte Engels, nur einer russischen Invasion den Weg nach Konstantinopel öffnen.⁶⁶

Im Juli 1876 zog Engels folgendes Zwischenfazit des Krieges:

"Der collapse der Serben ist famos. Die Kampagne war angelegt auf die totale Inflammsetzung der Türkei, und überall ist der Brennstoff naß (...) Die serbische Freiheitsarmee muß auf ihre eignen Kosten leben und nach prahlerischer Offensive, ohne irgendwo ernstlich geschlagen zu sein, zurück ins Räuberloch. - Das wird den Rumänen wohl auch Mores lehren, und dann sind die russischen Pläne ziemlich klatsch."⁶⁷

Einen Monat später notierte er: "Glücklicherweise kriegen die Serben Keile".⁶⁸ Und an Wilhelm Liebknecht meldete er etwas spä-

⁶⁵ MEW 31, Marx an Engels, 24. 6. 1865, S. 127.

⁶⁶ Vgl. MEW 34, Engels an Hermann Engels, 18. 12. 1876, S. 235.

⁶⁷ MEW 34, Engels an Marx, 25. 7. 1876, S. 20.

⁶⁸ MEW 34, Engels an Marx, 25. 8. 1876, S. 26.

ter: "Inzwischen wird Montenegro zu Brei zerstampft. Freut mich".⁶⁹

Marx subsumierte die südosteuropäischen Befreiungskämpfe unter dem Stichwort "lokalisierte" Kriege zwischen den europäischen Großmächten, in denen er quasi unabdingbare Bestandteile eines weltgeschichtlichen Stufenplanes sah, der über "allgemeine", d. h. Weltkriege und die beschleunigte soziale Krise zur klassenlosen Gesellschaft führen würde.⁷⁰ In ähnlicher Weise erwartete Engels als "zweiten Akt des Balkandramas" einen Krieg zwischen Rußland und Österreich. In diesem Fall würde

"ganz Europa in Flammen aufgehen. Es täte mir sehr leid - zweifellos würde es der letzte Krieg sein, und zweifellos muß auch das, wie alles andere, schließlich zu unseren Gunsten ausgehen."⁷¹

Marx und Engels gingen davon aus, daß es Aufgabe Deutschlands sei, den Zarismus niederzuwerfen, und daß nur durch einen Krieg mit Rußland innenpolitische Erfolge der deutschen Revolution aufrechtzuerhalten wären. Sie glaubten fest an die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Rußland.⁷²

Die Mißachtung der Interessen der südosteuropäischen Bevölkerung setzte sich bei Engels auch nach den Aufständen und dem russisch-osmanischen Krieg von 1875-1878 fort.

So schrieb er in einem Brief an Bebel vom 17. November 1885 von den "elenden Splittern ehemaliger Nationen" - "den Serben, Bulgaren, Griechen und anderen Kopfabsehneidern."⁷³

Als es 1882 in dem von Österreich militärisch okkupierten Bosnien-Herzegowina zu einem Aufstand kam, klagte Engels über das "bosnische Raubgesindel", an dessen Revolte nur die russische

⁶⁹ MEW 34, Engels an Wilhelm Liebknecht, 2. 7. 1877, S. 282. Vgl. auch MEW 34, Engels an Gustav Rasch, Ende November 1876, S. 230.

⁷⁰ Vgl. MEW 34, Marx an Wilhelm Liebknecht, 4. 2. 1878, S. 317-319.

⁷¹ MEW 36, Engels an Laura Lafargue, 13. 9. 1886, S. 530. Vgl. auch Engels an August Bebel, 13. 9. 1886, S. 525.

⁷² Vgl. Hertneck, Friedrich, Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks, in: Einzelschriften zur Politik und Geschichte. Beiträge aus dem Archiv für Politik und Geschichte. Herausgegeben von Hans Roeseler, Achtzehnte Schrift, Berlin 1927, S. 5 u. 11.

⁷³ Engels an Bebel, 17. 11. 1885, in: Archiv Marksa-Engelsa (russisch), B.I (VI), S. 315, zit. nach Rosdolsky, a. a. O., S. 48.

In einem Brief an Bernstein nannte Engels die Bulgaren ein "Sauvolk". (MEW 35, Engels an Bernstein, 22. 2. 1882, S. 281f.)

Panslawistenpartei und der Zar ein Interesse hätten. Er habe "verdammt wenig" Sympathie "für die kleinen slawischen Völker und Völkertrümmer". Erst wenn durch den Zusammenbruch des Zarentums die nationalen Bestrebungen "dieser Völkerknirpse" von der Verquickung mit panslawistischen Weltherrschaftstendenzen befreit seien, könne man sie frei gewähren lassen. Sechs Monate Unabhängigkeit würden dann, so die Überzeugung von Engels, bei den meisten "österreichisch-ungarischen Slawen" ausreichen, "um sie dahin zu bringen, wieder um Aufnahme zu flehen." Aber keineswegs dürfe man "diesen Völkchen" das Recht zugestehen, wie sie es jetzt in Serbien und Bulgarien sich zuschrieben, "den Ausbau des europäischen Eisenbahnnetzes bis Konstantinopel zu verhindern."⁷⁴

Im Eisenbahnbau, der der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas durch westeuropäisches Kapital den Weg ebnete und in dessen Kontext die südosteuropäischen Staaten zu Rohstoff- und Agrarlieferanten insbesondere für Deutschland und Österreich wurden, sahen Marx und Engels weiterhin ein Instrument des Fortschritts und der Zivilisation. Das die südosteuropäischen Staaten keinen Einfluß auf Richtung, Umfang und Bestimmung der Eisenbahnstrecken hatten und sich statt dessen infolge der Beschlüsse der Berliner Konferenz für den Bau dieser Linien im Interesse Deutschlands und Österreich-Ungarns maßlos verschulden mußten, wurde von Marx und Engels negiert.⁷⁵ Nicht die Befreiung der südosteuropäischen Bevölkerung von Leibeigenschaft, Kolonialismus und Imperialismus stand im Mittelpunkt ihres Interesses, sondern einzig und allein das "westeuropäische Proletariat". So schrieb Engels an Bernstein 1882 folgende Zeilen:

"Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Ziel alles andre unterzuordnen. Und wären die Balkanslawen etc. noch so interessant, sobald ihr Befreiungsdrang mit dem Interesse des Proletariats kollidiert, so können sie mir gestohlen bleiben."

Die Bevölkerung Südosteuropas hätte für Europa und seine Entwicklung bisher nicht nur nichts geleistet, sondern sei sogar ein Hemmschuh gewesen. Engels resümierte:

⁷⁴ MEW 35, Engels an Kautsky, 7. 2. 1882, S. 270-273.

⁷⁵ Vgl. zu dieser Frage S. 127f. in dieser Arbeit.

"Und wenn aus dem Aufstand dieser Burschen (der Jugoslawen in Bosnien-Herzegowina, d. V.) ein Weltkrieg zu entbrennen droht, der unsere ganze revolutionäre Situation verdirbt, so müssen sie und ihr Recht auf Viehraub den Interessen des europäischen Proletariats ohne Gnade geopfert werden."⁷⁶

Die negative und abwertende Einstellung von Marx und besonders Engels gegenüber der Bevölkerung Südosteuropas war, wie aufgezeigt, keine kurzlebige, sich bloß auf die Revolutionsjahre von 1848/49 beziehende Episode in der Geschichte des Marxismus, wie es u. a. Kautsky behauptete.⁷⁷ Statt dessen erweiterten Marx und Engels ihre Diffamierungen, die sie 1848/49 vornehmlich gegenüber den südosteuropäischen Untertanen des Habsburger Reiches aussprachen, bis in die 1880er Jahre auch auf die südosteuropäische Bevölkerung des Osmanischen Reiches.

Ohne Marx und Engels auf eine Stufe mit großdeutsch denkenden bürgerlichen Politikern zu stellen,⁷⁸ kann die Ursachenforschung nicht bei der Tatsache stehenbleiben, daß kroatische und serbische Truppen in der Revolution von 1848-49 aus der Perspektive der deutschen und ungarischen Bourgeoisie eine konterrevolutionäre Rolle spielten. Die ideologischen Hintergründe für die Sichtweise von Marx und Engels über Südosteuropa waren tiefer und vielschichtiger.

Die deutschen Kommunisten gingen 1848/49 davon aus, daß die Revolution zunächst nur die deutsche Bourgeoisie und die mit ihr verbündete ungarische und polnische Adelsklasse zur Herrschaft bringen würde und daß ihr Sieg mit verschärfter Unterdrückung der angeblich konterrevolutionären Autonomiebestrebungen der Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten, Serben, Rumänen und Ukrainer einhergehen müsse. Um diese Politik zu rechtfertigen, griffen sie auf die Hegelsche Lehre von "geschichtslosen" Völkern zurück.⁷⁹

Wenn Marx und Engels auch in anderen Bereichen in kritischer Rezeption über den Hegelianismus hinausgingen, so blieben sie ihm im allein auf Westeuropa zentrierten Fortschritts- und Zivilisa-

⁷⁶ MEW 35, Engels an Bernstein, 22. 2. 1882, S. 281f.

⁷⁷ Vgl. Rosdolsky, a. a. O., S. 174.

⁷⁸ Eine solche Gleichsetzung wird u. a. von Edmond Laskine in seiner Schrift "L'Internationale et le Pangermanisme" (Paris, 1916) und von Macdonald (a. a. O., S. 452) vorgenommen.

⁷⁹ Vgl. Rosdolsky, a. a. O., S. 124.

tionsglauben verhaftet. Wenn Engels "die Slawen" als hauptsächlich für die Landwirtschaft geeignet bezeichnete, übernahm er Hegels Gedanken über den agrikulturellen Charakter der "Slawen" und wenn er "die Südslawen" "Völkerabfall" nannte, übertrug er Hegels Beschreibung der Bulgaren, Serben und Albaner als gebrochene barbarische Fragmente. Auch die pauschale, undifferenzierte Bewertung des Panslawismus⁸⁰ als Bedrohung "des barbarischen Ostens gegen den zivilisierten Westen" erfolgte vor dem Hintergrund dieser Geschichtsmetaphysik.

In ihrer auf den Schriften Hegels und den Ideen der westeuropäischen Aufklärung basierenden Vorstellungswelt vom stufenmäßigen Entwicklungsprozeß der Weltgeschichte unterschieden Marx und Engels zwischen "revolutionären" und "reaktionären", "zivilisierten" und "barbarischen Völkern". In ihrem Denken verquickte sich zudem die Idee von der Hegemonie der deutschen Revolution mit der Vorstellung von der durch die "tausendjährige Geschichte" begründeten Hegemonie der Deutschen in Ost- und Südosteuropa. Darüber hinaus gingen sie davon aus, daß die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zunächst, aufgrund der

⁸⁰ Zu einer politischen Bewegung wurde der Panslawismus in Rußland erst nach der Niederlage im Krimkrieg. 1857 wurde das "Moskauer Slavische Komitee" gegründet, mit dem Ziel, die orthodoxe Bevölkerung Südosteuropas zu schützen. Angestrebt wurde ein "allslawischer Staatenbund" unter russischer Führung. Religiöse Begründungen wie die angebliche Notwendigkeit einer Befreiung der orthodoxen Christenheit von der gottlosen Herrschaft dienten zur Untermauerung dieser Bewegung, die sich gegen das Osmanische Reich und Österreich-Ungarn richtete. Beide Staaten sollten zer schlagen werden, um die "West- und Südslawen" zu befreien. Die russische Regierung verhielt sich zur panslawistischen Bewegung jedoch distanziert. Das "Moskauer Slavische Komitee" organisierte 1867 den zweiten "Slawenkongreß", der in Sankt Petersburg und Moskau tagte. An den Sitzungen nahmen 84 Nichttrussen aus Ost- und Südosteuropa teil. Von seiten der russischen Regierung wurde Zurückhaltung geübt. Zwar empfing Zar Alexander II. die Teilnehmer in einer Audienz, doch war er zu keiner politischen Äußerung bereit. Eine einheitliche panslawistische Bewegung wurde durch den Kongreß nicht hervorgerufen. Russische Führungsansprüche wurden von den nichtrussischen Teilnehmern zurückgewiesen. Serbische Delegierte erklärten, das Prinzip solle dahingehend ausgelegt werden, daß nicht Unterordnung, sondern Achtung vor der Eigenständigkeit einer jeden Bevölkerungsgruppe Grundlage einer ost- und südosteuropäischen Föderation sein sollte. (Vgl. Bornmann, Claus, Bismarck und Südosteuropa vom Krimkrieg bis zur Pontuskonferenz, a. a. O., S. 35 u. 41.; Lammich, Das deutsche Osteuropabild..., a. a. O., S. 55f.; Weithmann, Michael W., Balkan-Chronik, Graz/Wien/Köln 1995, S. 287ff.).

nur dort fortgeschrittenen Industrialisierung, auf den engen Rahmen Westeuropas beschränkt bleiben müsse.⁸¹

Ein wesentliches Moment, das neben der Theorie über "geschichtslose Völker", der Vorstellung von einer "Konterrevolution" der südosteuropäischen Bevölkerung 1848/49 und dem auf Westeuropa fixierten Fortschritts- und Zivilisationsglauben die Artikel von Marx und Engels zur südosteuropäischen Frage durchzog, war ihre Furcht vor dem Panslawismus im allgemeinen und im besonderen vor dem zaristischen Rußland, der ihrer Meinung nach gefährlichsten und unzivilisiertesten Großmacht. Symptomatisch dafür war die 1849 von Engels geäußerte, irrationale Vorstellung, wonach eine "halbe Million bewaffneter und organisierter Banden" nur auf die Gelegenheit warte, über Deutschland herzufallen und die Deutschen zu Leibeigenen des Zaren zu machen.⁸² Pangermanismus sowie englischer oder französischer Kolonialismus und Rassismus, die für große Teile der Weltbevölkerung im 19. Jahrhundert eine weitaus größere Bedrohung darstellten, als der Panslawismus, sind in den Werken von Marx und Engels demgegenüber kaum analysiert bzw. kritisiert worden.

Im wesentlichen stimmte der ideologisch eingefärbte Blick von Marx und Engels auf Südosteuropa mit demjenigen der bürgerlichen Abgeordneten der Paulskirche überein. Dies gilt etwa in dem Punkt, wo sie einen Zugang zur Adria zur deutschen "Lebensfrage" erheben als auch dort, wo sie von einer "zivilisatorischen Sendung" der Westeuropäer, insbesondere der Deutschen, gegenüber der Barbarei des Ostens ausgehen und dabei die Bevölkerung Südosteuropas in pauschaler Weise als geschichtslos, kulturell minderwertig und unfähig zu eigener Entwicklung und Staatenbildung abwerten. In Übereinstimmung mit der Paulskirchenversammlung befürworteten Marx und Engels darüber hinaus einen Krieg gegen Rußland. In ihren Rachegedanken gegen die südosteuropäische Bevölkerung nach der Niederschlagung der bürgerlichen Aufstände in Österreich und Ungarn gingen sie sogar über die in der Paulskirche geäußerten Aufrufe zur Gewalt hinaus.

In der auf Marx und Engels folgenden deutschen Arbeiterbewegung blieben ihre Sichtweisen über die politische Situation in Süd-

⁸¹ Vgl. Rosdolsky, a. a. O., S. 171-173.

⁸² Vgl. MEW 6, Die Russen, (22. 4. 1849), S. 432f.

osteuropas und ihre Klischees über das "barbarische Raubgesindel" des Balkans nicht ohne Einfluß.

So notierte z. B. Lassalle 1859, mit deutlichem Bezug auf Hegel und Engels, das Recht der "Volksgeister" auf eigene Existenz sei daran gebunden, daß ein in eigener Weise sich entwickelnder und mit dem Kulturprozeß des Ganzen Schritt haltender "Volksgeist" vorhanden sei. Andernfalls werde die Eroberung ein Recht der in der Entwicklung fortgeschrittenen "Volksgeister". Mit diesem Recht habe "die angelsächsische Rasse" in Amerika, Frankreich in Algerien, England in Indien und "die Völker deutscher Abkunft von denen slawischer Zunge ihren Boden erobert."⁸³ Damit legitimierte Lassalle ebenso wie Engels Annexionen der europäischen Großmächte mit ihrer angeblich höherstehenden Kultur und Entwicklung. Davon ausgehend, daß die großen Kulturnationen ein Recht dazu hätten, kleine Nationalitäten zu assimilieren, dachte Lassalle daran, die Balkanländer einem republikanischen Großdeutschland einzuverleiben.⁸⁴

Im von Wilhelm Liebknecht⁸⁵ herausgegebenen "Vorwärts" wurde die serbische Bevölkerung als "Raubgesindel" und ihre Aufstände als "Raubzüge" bezeichnet.⁸⁶ Rußland nannte Liebknecht eine "halbbarbarische Macht" und den "brutalste(n) Raubstaat, den die Geschichte kennt."⁸⁷

Liebknecht trat für die Schaffung eines großdeutschen Staates ein. Er klagte die "preußische Führung" dafür an, Österreich "aus Deutschland geworfen" zu haben. Damit sei Rußland, die

⁸³ Lassalle, Ferdinand, Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens, 1859, in ders., Reden und Schriften, 1. Band, Berlin 1892, S. 304f.

⁸⁴ Vgl. Hertneck, Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks, a. a. O., S. 10.

⁸⁵ Wilhelm Liebknecht hatte 1848 aktiv an den Kämpfen der "bürgerlichen Revolution" teilgenommen. Nach der endgültigen Niederschlagung des ungarischen Aufstandes unter Beteiligung russischer Truppen, blieb er Zeit seines Lebens ein haßerfüllter Gegner Rußlands. In Bismarck sah Liebknecht eine Stütze Rußlands. Er fürchtete, daß Deutschland unter Bismarck Rußland in einem Krieg gegen England und Österreich beistehen würde. Dies zu verhindern, sah Liebknecht als heilige Pflicht des deutschen Arbeiters an. (Vgl. Vettes, The German Social Democrats and the Eastern Question, a. a. O., S. 92f).

⁸⁶ Vgl. Rosdolsky, a. a. O., S. 48.

⁸⁷ Liebknecht, Wilhelm, Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosakisch werden. Ein Mahnwort an das deutsche Volk, Zweite vermehrte Auflage, Leipzig 1878, S. 7.

"Durchbrechung des gewaltigen Damms, den die germanische Welt von der Nordsee bis an die Adria gegen das Slaventum gezogen hatte",⁸⁸

ermöglicht worden. Durch die Schaffung eines "Rumpf-Deutschland" überlasse Bismarck "Österreich ruhig der Überfluthung, der Wegfluthung durch das Slaventum," obwohl doch die Donau nicht bloß ein österreichischer, sondern auch ein deutscher Strom und alle Interessen, die Österreich "im Orient" verfechte, auch deutsche Interessen seien.⁸⁹

Die Unabhängigkeitskämpfe der Bevölkerung Südosteuropas betrachtete Liebknecht wie Marx und Engels allein unter dem Blickwinkel eines drohenden Vordringens Rußlands in Europa.

Während des durch den Aufstand in Bosnien-Herzegowina ausgelösten Krieges zwischen dem Osmanischen Reich auf der einen und Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Bulgarien und Rußland auf der anderen Seite 1877/78 bezeichnete Liebknecht die Unzufriedenheit der Christen im Osmanischen Reich als zu "99 Prozent eine russische Lüge" und das übrige eine Prozent zu 99/100 ein "russisches Fabrikat."⁹⁰ Er polemisierte:

"Aber die `unterdrückten Nationalitäten`"! Die `freiheitsdurstenden Südslawen`! Die `christlichen Brüder`! Bah! Vogelleim für Dompfaffen! (...) die freiheitsliebenden Südslawen sind gerade so real wie die südrussischen Dörfer, die Potemkin einst der russischen Kaiserin Katharina auf Pappdeckeln vormalte."⁹¹

Rußland wolle in Europa indirekte Eroberungen machen, "indem es noch ein paar Vasallenstaaten a` la Serbien, Montenegro und Rumänien errichtet", deshalb gebe es in der "Orientalischen Frage" für die Großmächte nur noch die Möglichkeit, entweder abzudanken oder "Rußland mit gezücktem Schwert Halt zuzurufen."⁹²

Nur wenige Stimmen unter den deutschen Linken ergriffen für die Freiheitskämpfe der südosteuropäischen Bevölkerung Partei. So provozierten die erwähnten Ausführungen von Liebknecht zur "orientalischen Frage" eine Erwiderung von Heinrich Levy, eines Berliner Bankbeamten und Mitglieds der sozialistischen Partei. Sei-

⁸⁸ Ebenda, S. 13.

⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 30.

⁹⁰ Ebenda, S. 17.

⁹¹ Ebenda, S. 43f.

⁹² Ebenda, S.31f.

ne Antwort erschien anonym. Da er die Rechte der Bevölkerung Südosteuropas verteidigte, wurde angenommen er sei ein serbischer oder bulgarischer Autor.⁹³ Auch Rosa Luxemburg, Eduard Bernstein, Bebel und Karl Kautsky zeigten gelegentlich Sympathien für die Befreiungsbewegungen der südosteuropäischen Bevölkerung. Doch die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie blieb den Überzeugungen von Marx und Engels im Hinblick auf die Situation und Zukunft in Südosteuropa verbunden. Da Liebknecht in der damaligen sozialistischen Welt als Sprachrohr von Marx galt und Herausgeber des *"Vorwärts"* war, hatten seine Aussagen über die "orientalische Frage" eine breite Wirkung. Vor diesem Hintergrund wurde die Überzeugung, daß die "Südslawen" nur "Spielzeuge des Zarentums" seien, über Jahrzehnte tradiert. Noch während der Balkankriege von 1912/13 galten die südosteuropäischen Befreiungskämpfer großen Teilen der deutschen Sozialdemokratie nur als Friedensbrecher und Räuber.⁹⁴

Die von Marx und Engels ausgesprochene Notwendigkeit eines Kampfes gegen das zaristische Rußland und dessen angeblichen südosteuropäischen Vasallen prägte die außenpolitische Haltung der deutschen Arbeiterbewegung, die 1914 in der Zustimmung der Sozialdemokratie zum Krieg gegen Rußland und Serbien kulminierte. Noch während des Ersten Weltkrieges wurden die Schriften von Marx und Engels über Südosteuropa von Teilen der deutschen Sozialdemokratie zur Legitimierung der deutschen Kriegsführung angeführt. So hieß es in den *"Sozialistischen Monatsheften"* 1916, in bewußter oder unbewußter Anlehnung an Hegel und Engels, eine Nation die zur staatlichen Selbständigkeit aufsteigen wolle, müsse "geschichtlich ihre Lebensfähigkeit erwiesen haben. Mit den "slawischen Völkerschaften" hätten Marx und Engels als Revolutionäre böse Erfahrungen gemacht. Aber nicht allein die Verärgerung über die Beteiligung südosteuropäischer Truppen an der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution 1848/49 spreche aus ihren Urteilen über "die nationalen Bewegungen der Slawen", sondern auch eine ganz bestimmte historisch ökonomische Entwicklungstheorie. Und das gebe ihren geschichtlichen Ausführungen über

⁹³ Vgl. Wendel, *Marxism and the Southern Slav Question*, a. a. O., S. 303; Levy, Heinrich, *Zur orientalischen Frage, oder soll die sozialistische Arbeiterbewegung Türkisch werden?*, Zürich 1878.

⁹⁴ Vgl. Wendel, Hermann, *Marxism and the Southern Slav Question*, a. a. O., S. 303f.; Hertneck, a. a. O., S. 29 u. 33f.

"die nationalen Bestrebungen der Slawen" eine besondere, den Tag überdauernde allgemeine soziologische Bedeutung. Nach dieser Entwicklungstheorie entscheide der Grad an Zivilisation über die Berechtigung nationaler Unabhängigkeit. Von diesem Ausgangspunkt rechtfertigte der Autor "die Gewalteinbrüche zivilisierter Nationen in die Rechte kulturell tieferstehender Völker." Auf der Tagesordnung stünde nicht die Autonomie der Bevölkerung Ost- und Südosteuropas, sondern die Schaffung großer Weltwirtschaftsgebiete. Als ersten Schritt befürwortete der Autor dabei den Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns zu einem "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraum.⁹⁵

So wurden Marx und Engels, auf der Grundlage der von ihnen propagierten Rechte "zivilisierter Nationen", von Teilen der Sozialdemokratie als Kronzeugen für den deutsch-österreichischen Krieg gegen Serbien und Rumänien während des Ersten Weltkrieges und des angestrebten "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraums" unter deutscher Führung angeführt. Damit waren ideologische Argumentationsmuster über einen Zeitraum von mehr als siebenzig Jahren tradiert und den Verhältnissen angepaßt worden.

⁹⁵ Vgl. Kampfmeyer, Paul, Das Nationalitätsprinzip und das Recht der Entwicklung, in: Sozialistische Monatshefte, 7. Heft, 13. April 1916, S. 361-365.

3. Die Anfänge deutscher Südosteuropapolitik 1850-1890

3.1 Deutsche Südosteuropapläne (1850-1890)

Im Verhältnis zu den 1840er Jahren ging die Anzahl veröffentlichter deutscher Südosteuropapläne im Zeitraum von 1850-1870 zurück. In diesen Jahren des Umbruchs von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft und vom Feudalismus zum Kapitalismus standen innenpolitische Fragen und der Machtkampf zwischen den herrschenden Klassen Preußens und Österreichs um die Hegemonie im angestrebten deutschen Nationalstaat im Vordergrund. Nach dessen Realisierung und dem ökonomischen Boom Anfang der 1870er Jahre begann die Suche nach Absatzmärkten und Kolonien. In ihrem Kontext rückte Südosteuropa wieder verstärkt in das Blickfeld deutscher Unternehmen, Wirtschaftsplaner, Politiker und Ideologen. Seitdem wurden auch in diese Richtung zielende expansionistische Konzepte und Stellungnahmen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, die in ihrer Entstehungszeit keine große Wirkung entfalteten, stärker rezipiert und verbreitet. Einige von ihnen sollen im folgenden vorgestellt werden.

3.1.1 Die erste "Mitteleuropa"-Initiative

1850 veröffentlichte der aus Wuppertal-Elberfeld stammende damalige österreichische Handelsminister¹ Freiherr von Bruck den Vorschlag eines "mitteleuropäischen" Zollbündnisses. Er sah ein Freihandelssystem zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vor, dem langfristig Gebiete Ost- und Südosteuropas angegliedert werden sollten. Bruck war maßgeblich durch die Ideen von Friedrich List beeinflusst. Er galt zu seiner Zeit als größter Schüler Lists.² Bruck bemerkte zu seinem "Mitteleuropa"-Projekt, mit einem von der Nord- und Ostsee bis zur Adria reichenden Wirtschaftsbündnisses entstünde ein Handelsgebiet, "wie die Geschichte kein gleiches kennt."³

¹ Er fungierte in diesem Amt von 1848-1853.

² Vgl. Meyer, *Mitteleuropa in German thought and action*, a. a. O., S. 16f.; Droz, Jaques, *L'Europe Centrale*, a. a. O., S. 94.

³ Freiherr von Bruck, *Denkschrift über Zollverfassung und Handelspolitik* vom 30.Mai 1850, abgdr. in: Charmatz, Richard, *Mini-*

Dieser Wirtschaftsbund biete Deutschland und Österreich die Möglichkeit einer gewaltigen Expansion des "mitteleuropäischen" Handels die Donau herab und über die österreichischen Adria Häfen in den Nahen Osten und die tropischen Regionen der Welt.⁴ Dabei sah er die Aufgabe Österreichs darin, Deutschland den freien Verkehr zwischen der Adria, dem Schwarzen Meer und der Nordsee zu sichern und ihm Straßen, Flüsse und Eisenbahnlinien in den "Orient" zur Verfügung zu stellen.⁵ Der österreichische Kanzler Schwarzenberg unterstützte das "Mitteleuropa"-Projekt seines Handelsministers. Doch die preußische Regierung, zu dieser Zeit noch damit beschäftigt, ihre Hegemonie im deutschen Zollgebiet gegen Österreich zu sichern und zur Durchsetzung des deutschen Nationalstaates auf die Unterstützung der russischen Regierung angewiesen, lehnte das "Mitteleuropa"-Konzept der österreichischen Regierung damals noch ab. Im deutschen Bürgertum fand Bruck demgegenüber bedeutende Fürsprecher, etwa Heinrich Gagern und Constantin Frantz sowie die Redaktion der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" (AAZ).⁶ Letztere setzte in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihre Agitation für eine Ausrichtung der deutschen Politik und Wirtschaft in Richtung Österreich-Ungarn und Südosteuropa fort. Einer der wichtigsten Autoren der AAZ zu diesem Thema wurde der Tübinger Wirtschaftswissenschaftler Albert Schäffle, der wie Bruck für einige Zeit (1871) das Amt des österreichischen Handelsministers übernahm. Schäffle sah in einer Zollunion zwischen Österreich und dem Deutschen Zollverein die Voraussetzung für eine deutsche Einflußzone bis in den Nahen Osten.⁷

ster Freiherr von Bruck. Der Vorkämpfer Mitteleuropas. Sein Lebensgang und seine Denkschriften, Leipzig 1916, S. 177.

⁴ Vgl. Meyer, a. a. O., S. 17.

⁵ Vgl. Droz, Jaques, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 98.

⁶ Vgl. Droz, Jaques, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 97; Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln/Berlin 1966, S. 19ff.

⁷ Vgl. Droz, a. a. O., S. 109f, Gebhardt, Walter, Die deutsche Politik der Augsburger Allgemeinen Zeitung 1859-1866, Diss., München 1935; Oncken, Hermann, Ein großdeutscher Politiker: Albert Schäffle, in: ders., Historisch-politische Aufsätze und Reden, 1. Band, München/Berlin 1914; Schaeffle, Albert, Aus meinem Leben, I, Berlin 1905.

3.1.2 Plädoyers für eine deutsche Südosteuropaexpansion 1850-1890. Paul de Lagarde und Zeitgenossen

Seit den 1850er Jahren trat mit dem evangelischen Theologen, "Orientalisten" und Schriftsteller Paul de Lagarde⁸ (1827-1891) ein weiterer Protagonist deutscher Ost- und Südosteuropaexpansion an die Öffentlichkeit. Seine Schriften fanden vor allem in den Jahren von 1890-1945 in Deutschland eine weite Verbreitung.⁹ Während Friedrich List vor allem von den Vertretern einer wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas rezipiert wurde, erlangte Lagarde besonders bei den Verfechtern einer annexionistischen, aggressiven deutschen "Lebensraum"-Politik in Ost- und Südosteuropa Vorbildfunktion. Dabei bestand zwischen List und Lagarde Einigkeit in der Zielsetzung, die deutsche Auswanderung und Kolonisation vorrangig nach Ost- und Südosteuropa zu richten. 1853 bemerkte Lagarde zu dieser Frage:

"Die Arbeit, welche ich uns Deutschen zumute, ist gemeinsame Kolonisation. Erschrecken Sie nicht: den Schauplatz dieser Kolonisation denke ich mir nicht in fremden Weltteilen, sondern in unserer nächsten Nähe."¹⁰

Es sei nicht einzusehen, erklärte Lagarde in der Tradition der in dieser Arbeit vorgestellten vorgestellten Schriften der 1840er Jahre, daß die deutschen Emigranten fast ausschließlich nach Amerika zögen und so dem "deutschen Organismus" verlorengingen.

⁸ Paul de Lagarde, eigentlicher Familienname Bötticher, evangelischer Theologe, Orientalist, Schriftsteller, Kulturkritiker, lehrte Theologie und Orientalistik an der Göttinger Universität und hielt Sprach- und Lektürekurse in Hebräisch, Syrisch, Arabisch, Ägyptisch und Neupersisch. Seine Wirkung setzte in Deutschland besonders seit der Jahrhundertwende ein und verstärkte sich noch nach dem Ersten Weltkrieg. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie, (Hg.) Walther Killy/Rudolf Vierhaus, München 1997; Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 181).

⁹ Vgl. u. a. Schemann, Ludwig, Paul de Lagarde. Ein Lebens- und Erinnerungsbild, 3. Auflage, Leipzig 1943, S. 237, Erstveröffentlichung Leipzig 1919; Dist, G., Paul de Lagardes nationale Religion, Jena 1915; Mommsen, W., Paul de Lagarde als Politiker, Göttingen 1927; Breitling, R., Paul de Lagarde und der grossdeutsche Gedanke, Wien 1927; Anstett, J. J., Paul de Lagarde, The Third Reich, London 1955.

¹⁰ Lagarde, Paul de, Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik. Ein Vortrag gehalten im November 1853, in: ders., Deutsche Schriften, 4. Auflage, München 1934, S. 31f.

Die Auswanderung der deutschen "Bettler und Bauern" müsse nach einem systematischen, nach strategischen Gesichtspunkten ausgerichteten Plan organisiert und nach Ost- und Südosteuropa bis an die kroatische Adriaküste gelenkt werden.¹¹ Später erweiterte Lagarde die Ziele noch auf Bosnien, Rumänien und Kleinasien.¹² In einem Zugang zur Adria sah er, wie andere vor ihm, für Deutschland eine "Lebensfrage".

Darüber hinaus sollte Deutschland sich nach seiner Auffassung die Donaumündungen sichern. Während der Adriazugang dem deutschen Handel den Weg nach allen Häfen des Mittelmeers ermögliche, könne der Besitz der Donaumündungen am Schwarzen Meer, Deutschland Handelswege in den Kaukasus und den Nahen Osten eröffnen.¹³

Lagarde forderte für das gesamte Herrschaftsgebiet des Habsburger Reiches eine rücksichtlose Germanisierungspolitik, bis von allen "kläglichsten Nationalitätchen des Kaiserstaats nichts mehr übrig" sei.

Lagarde's großdeutsches Annexionskonzept endete nicht an den Grenzen Österreich-Ungarns. Er strebte die Schaffung eines Reiches an, dessen Grenzen im Westen von Luxemburg bis Belfort, im Osten von Memel bis zum Schwarzen Meer reichen und im Süden einen Teil der Adriaküste einschließen sollte. Für "künftiges Bedürfnis" solle sich dieses deutsche Reich darüber hinaus "Kleinasien" freihalten." Die Ausweitung der deutschen Grenzen "in der Richtung auf Kleinasien" betrachtete Lagarde als Erfüllung einer Mission. Ein solches Großdeutschland, das er Germanien nannte, sei in der Lage, sich selbst zu ernähren und "mit seinem stehenden Heere" sowohl Frankreich als auch Rußland niederzuschlagen.¹⁴

Lagarde hielt vor allen einen deutschen Krieg gegen Rußland für unerlässlich, um den Gewinn "eines erheblichen Koloniallandes im

¹¹ Vgl. ebenda.

¹² Lagarde, Paul de, Programm für die konservative Partei Preußens, Göttingen, 3. 10. 1884, zit. nach: ders., Deutsche Schriften, a. a. O., S. 413; ders., Die nächsten Aufgaben deutscher Politik, a. a. O., S. 449f.

¹³ Vgl. Lagarde, Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik, a. a. O., S. 33f.

¹⁴ Vgl. Lagarde, Über die gegenwärtige Lage des Deutschen Reiches, a. a. O., S. 132; ders., Die nächsten Aufgaben deutscher Politik, 1885, a. a. O., S. 449f.; ders., Die nächsten Pflichten deutscher Politik, a. a. O., S. 476.

Osten" zu erreichen.¹⁵ Deutschland solle Rußland zudem vom Schwarzen Meer und damit "von den Südslawen" abdrängen und nach Mittelasien zurückwerfen.¹⁶ Ebenso wie die Paulskirchenversammlung wandte sich Lagarde gegen die Entstehung eines rußlandfreundlichen jugoslawischen Staates. Das Deutsche Reich dürfe aus dem "Triebe der Selbsterhaltung" nicht zulassen, daß vor seiner Tür "ein slavisches Reich" entstehe, das sich gemeinsam mit dem anderen "slavischen" Reiche im Osten und mit Frankreich gegen Deutschland wenden könnte. Wenigstens "nach Süden hin" müsse eine "vollständige Internierung" Rußlands erreicht werden. An den Gedanken eines Krieges, "welcher dieses Mitteleuropa herstellen muß", solle das deutsche Volk von nun an gewöhnt werden.¹⁷

Während auf der offiziellen diplomatischen Ebene die preußischen und deutschen Regierungen unter Bismarck von 1860-1890 immer wieder ihre rußlandfreundliche Haltung bekräftigten, bereiteten der Pangermanist Lagarde einerseits, sowie Teile des deutschen Bürgertums und die Köpfe der sozialistischen Bewegung Marx, Engels und Wilhelm Liebknecht andererseits, die deutsche Bevölkerung auf einen angeblich unausweichlichen Krieg mit Rußland vor. Eine weitere erschreckende Tradierung, die von Lagarde zum Nationalsozialismus reicht, wird in der Haltung des ersteren zum Umgang mit der jüdischen Bevölkerung Ost- und Südosteuropas deutlich. 1853, d. h. achtzig Jahre vor Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, forderte Lagarde als Voraussetzung für die Realisierung deutscher Kolonisationspläne in Ost- und Südosteuropa die "in den Weichsel- und Donauländern" lebenden Juden "abzuschaffen" und nach Palästina oder, wie er später schrieb, "noch lieber nach Madagaskar" auszusiedeln, da es unmöglich sei "eine Nation in der Nation zu dulden."¹⁸

1885 ging Lagarde noch weiter. Neben Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Ost- und Südosteuropa forderte er nunmehr auch Um-

¹⁵ Lagarde, Die Finanzpolitik Deutschlands. Zweiter Band der Deutschen Schriften, Februar 1881, zit. nach: Deutsche Schriften, a. a. O., S. 354-357.

¹⁶ Vgl. Lagarde, Paul de, Vorrede zu den Politischen Aufsätzen, Göttingen, (Erste Veröffentlichung November 1874), zit. nach: ders., Drei Vorreden, in: Deutsche Schriften, a. a. O., S. 91.

¹⁷ Vgl. Lagarde, Paul, Vorrede zu den Politischen Aufsätzen, a. a. O., S. 91 u. 98; ders., Die nächsten Pflichten deutscher Politik, in: ders., Deutsche Schriften, a. a. O., S. 457.

¹⁸ Lagarde, a. a. O., Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik, a. a. O., S. 41.

siedlungen anderer Bevölkerungsgruppen zur Durchsetzung einer deutschen Kolonisation. Er schrieb weiter, daß "alle Slaven" und Juden des Habsburger Reiches die Deutschen hassen würden,

"weil sie wissen, daß unser Leben ihr Tod ist".¹⁹

Dieser Satz wirkt im nachhinein wie eine düstere Prophezeiung. Bei der Formung der nationalsozialistischen Ideologie übernahm Alfred Rosenberg vieles aus den Aufsätzen und Vorträgen Lagardes. Häufig betonte er seine Verpflichtung gegenüber Lagarde. Rosenbergs Plan, die Juden nach Madagaskar zu deportieren, stammt, wie gezeigt, originär von Lagarde.²⁰

Auch wenn die Schriften Lagardes erst nach 1890 eine breite Wirkung entfalteten, so stand er doch mit seinem Eintreten für eine deutsche Kolonisation von Ost- und Südosteuropa bereits zu Lebzeiten keineswegs allein. Ein weiterer Verfechter dieser Zielsetzung war beispielsweise Carl Rodbertus-Jagetzow (1805-1875), preußischer Großgrundbesitzer und Theoretiker eines preußisch-junkerlichen Staatssozialismus²¹. Er vertrat 1881 die Auffassung, der deutsche Kolonialismus solle an die Eroberungspolitik zur Zeit der Ritterorden anknüpfen und sich wieder nach Ost- und Südosteuropa wenden. In deutlicher Übereinstimmung mit Lagarde betonte er:

"Wir sind ein colonisirendes Volk. - Aber unsere Colonien liegen nicht jenseits des Meeres, sie sind unmittelbar aus dem alten Stamm herausgewachsen. Oestlich von der El-

¹⁹ Lagarde, Die nächsten Pflichten deutscher Politik, a. a. O., S. 454f.

²⁰ Vgl. Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 181. Vgl. auch Rosenberg, Alfred, Der Mythos des 20. Jahrhunderts, 9. Aufl., München 1933.

²¹ Vgl. MEW 23, Personenverzeichnis, S. 909f.

Rodbertus stand im Briefwechsel mit dem deutschen Sozialisten Ferdinand Lassalle und gehörte seit 1875 zum Kreis der staatstragenden Sozialpolitiker um Roscher, Brentano und Schmoller. Letzterer wurde Vorsitzender des bedeutenden Vereins für Sozialpolitik. Leitlinien dieser "Kathedersozialisten" waren Staatsinterventionismus, unternehmerische Sozialpolitik und Schutzzollpolitik als Voraussetzungen einer Sozialreform. (Vgl. Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat 1848-1881, a. a. O., S. 372; Rosdolsky, a. a. O., S. 123; Lassalle, Ferdinand, Nachgelassene Briefe und Schriften, Band 6: Die Schriften des Nachlasses und der Briefwechsel mit Karl Rodbertus, herausgegeben von Gustav Mayer, Neudruck der Ausgabe 1925, Osnabrück 1967).

be erstrecken sie sich bis an den Peipussee²² und bis in die südöstlichste Bastion der Karpathen."²³

Darüber hinaus hielt auch Rodbertus einen deutschen Zugang zur Adria und eine Sicherung des gesamten Donaugebietes gegen "feindliche Übergriffe" für unerläßliche deutsche Interessen.²⁴ Der deutsche Sozialist Lassalle, der mit Rodbertus im Briefwechsel stand, schrieb diesem zustimmend, er hoffe die Zeit noch zu erleben, wo die türkische Erbschaft an Deutschland gefallen sei und deutsche Soldaten- oder Arbeiterregimenter am Bosphorus stünden.²⁵

In den vom angesehenen deutschen Historiker Treitschke herausgegebenen "Preußischen Jahrbüchern" wurde die Unterwerfung der angeblich weniger entwickelten Völker Ost- und Südosteuropas durch Deutschland 1866 zur kulturellen Mission erhoben. Zur Begründung des deutschen Rechtes an der Kolonisation in diesen Gebieten hieß es:

"Das Völkergemenge im Südosten Europas, theils slavischen Stammes theils mit slavischen Elementen stark versetzt, die Reste früherer Culturvölker in diesen Gebieten, hat sich seit Jahrhunderten unfähig zu einer selbständigen Existenz und gedeihlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung erwiesen."²⁶

Die Hegelsche Theorie über die "geschichtslosen Völker" und das "Recht der Eroberung" der angeblich kulturell höher stehenden Nationen wurde mithin nicht nur von Marx und Engels übernommen. Die Überzeugung von der angeblichen Geschichtslosigkeit, Kultur- und Organisationsunfähigkeit der "Slawen" blieb auch in der Regierungszeit Bismarcks fest in der Vorstellungswelt der deutschen Gesellschaft verankert und wurde weiter als Begründung angeführt, der Bevölkerung Ost- und Südosteuropas das Recht auf Eigenstaatlichkeit und Selbständigkeit abzusprechen. Die Hervor-

²² Peipusee: Viertgrößter See Europas, an der Grenze zwischen Estland und Rußland gelegen.

²³ Wirth, Moritz (Hg.), Carl Rodbertus-Jagetzow, Kleine Schriften, Berlin 1890, S. 280-284, zit. nach Opitz (Hg.), Europastrategien..., a. a. O., S. 86

²⁴ Vgl. Opitz (Hg.), Europastrategien..., a. a. O., S. 86.

²⁵ Vgl. Hertneck, Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks, a. a. O., S. 10.

²⁶ Die auswärtige Politik Rußlands und ihre Bedeutung für Preußen, ohne Autor, in: Preußische Jahrbücher, herausgegeben von Heinrich von Treitschke/W.Wehrenpfennig, Bd. 18, 1866, S. 675ff.

hebung rassistisch festgeschriebener negativer Eigenschaften der "Slawen" diente in der Phase der Reichsgründung als Gegenbild für die Formierung und Hervorhebung eines deutschen Nationalbewußtseins.²⁷ Der expansionistisch ausgerichtete deutsche Nationalismus wurde auch durch die u. a. von Treitschke seit Mitte des 19. Jahrhunderts in den "Preußischen Jahrbüchern" über die Geschichte der deutschen Ostsiedlung gefördert bzw. legitimiert. Die Heroisierung der Kolonisation weiter Teile Ost- und Südosteuropas durch den deutschen Ritterorden trug zur Untermauerung eines neuen deutschen Hegemonialanspruches über diese Gebiete bei.²⁸ Neben den "Preußischen Jahrbüchern" übernahm in diesem Zusammenhang die vor allem beim deutschen Bildungsbürgertum beliebte Zeitschrift "Die Grenzboten" eine führende Funktion. Dort war z. B. 1868 zu lesen,

"daß wir slavisch und sclavisch für nahezu gleichbedeutend halten."²⁹

Die Auffassung, daß die Natur die "Slawen" zu Sklaven und Knechten, nicht aber zu Herrschern bestimmt habe, war im Deutschland des 19. Jahrhunderts weit verbreitet. Der Begriff "slawisch" wurde häufig mit den Attributen "Kulturlosigkeit" und "Barbarei" verbunden. Während der Deutsche als Träger der Kultur schlechthin dargestellt wurde, galt "der Slave" als Verkörperung all dessen, was der Kultur fremd oder gar feindlich gegenüberstehe. Eine große Rolle spielte dabei die Gegenüberstellung angeblich deutscher Tugenden wie "Zucht", "Ordnung", "Disziplin", "Fleiß", "Gewerbesinn", "Handlungsfreudigkeit" und "Organisationstalent" mit vermeintlich "slawischen" Eigenschaften wie "Trägheit", "Unbeständigkeit und Schwäche", "lässiges und wüstes Treiben", "Mangel an Initiative", u. a. Hinzu kam die, in dieser Arbeit bereits erwähnte Vorstellung, daß die "Slawen" gleichsam von der Natur zum Ackerbau bestimmt seien und zur besseren Erfüllung dieser Aufgabe von Deutschen erzogen werden müßten. All dies kulminierte in der Antithese von dem "sklavischen Slaven" und

²⁷ Vgl. Lammich, Maria, Das deutsche Osteuropabild in der Zeit der Reichsgründung, Boppard am Rhein 1978, S. 5.

²⁸ Vgl. u. a. Das deutsche Ordensland Preußen, in: Preußische Jahrbücher, Zehnter Band, Berlin 1862, Zweites Heft, S. 95ff.

²⁹ Gilben, J., Aus Königgrätz, IV., in: Die Grenzboten, 4 (1868), S. 268.

dem "deutschen Herrenvolk".³⁰ Noch eine Stufe unter den "Slawen" im allgemeinen, standen im deutschen Bewußtsein die als "halbsiatisch" bezeichneten Russen, denen im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung Ost- und Südosteuropas selbst die Fähigkeit zur Rezeption von Kultur und Zivilisation abgesprochen wurde. Mit seinem "stark ausgeprägtem nomadischen Zug" sei "der Russe" nicht einmal als Ackerbauer zu gebrauchen.³¹ Er erschien in deutschen Schriften in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts immer wieder als "gieriger, blutrünstiger, eroberungssüchtiger und fanatischer Barbar", der nach Asien zurückgedrängt werden müsse.³² Dieses Ziel bildete die wesentliche Forderung der 1877 erschienenen Schrift "Deutsche Antwort auf die orientalische Frage" des vielgelesenen politischen Schriftstellers Constantin Frantz³³. Er betonte, daß der "Zerbröckelungsprozeß" des Osmanischen Reiches sich nicht zu Gunsten des "halbbarbarischen Rußland" auswirken dürfe, welches bei einem noch weiteren Vordringen in Südosteuropa "zu einer die Zukunft des ganzen abendländischen Europas bedrohenden Machtstellung aufsteigen würde."³⁴ Um Rußland in Südosteuropa "wirksam die Hände zu binden" sei ein gemeinsames Vorgehen von Österreich und Preußen notwendig. Als "Preußens Beruf" bezeichnete Frantz dabei eine Ausdehnung in nordöstlicher Rich-

³⁰ Vgl. Lammich, a. a. O., S. 19f. u. 32ff.

³¹ Vgl. an., Die innern Fortschritte Rußlands, in: Die Grenzboten, 3 (1866), S. 226.

³² Vgl. Lammich, a. a. O., S. 97ff.

³³ Constantin Frantz (1817-1891), Staatsphilosoph, Politiker, Publizist. Er stammte aus einer Pastorenfamilie aus dem Harz und war Teilnehmer der Frankfurter Paulskirchenversammlung. Nach kurzer Tätigkeit im preußischen Staatsdienst (1851-1857 Konsul in Barcelona) opponierte er seit 1856 als Journalist gegen Bismarcks "kleindeutsche" Politik. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 26; Droz, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 116).

Vgl. zu Frantz u. a.: Schuchardt, O., Constantin Frantz, Deutschlands wahrer Realpolitiker, Melsungen 1896; Quadflieg, E., Dokumente zum Werden von C. Frantz, in: Historisches Jahrbuch, t. 53, 1933; Klaus, Fr., C. Frantz. Seine Ideen und die Wurzeln derselben, Diss. dact., Erlangen 1950; Sauzin, L., The political Thought of. C. Frantz, The Third Reich, London 1955.

³⁴ Frantz, Constantin, Deutsche Antwort auf die orientalische Frage, Leipzig 1877, S. 4f. Vgl. ders., Polen, Preussen und Deutschland. Ein Beitrag zur Reorganisation Europas. Faksimiledruck der Ausgabe Halberstadt 1848, herausgegeben von Hans Elmar Onnau, Siegburg 1969, S. 8f., ders., Die Wiederherstellung Deutschlands, Berlin 1865, S. 99. Auch in diesen Schriften propagierte Frantz, daß Preußen sich nach Nordosten und Österreich sich nach Südosten ausbreiten solle.

tung (d. h. nach Polen und den baltischen Ländern) nach dem Vorbild des Deutschen Ritterordens, als "Österreichs Beruf" eine Kontrolle über die südosteuropäischen Donauländer,³⁵ womit er an die bereits in der Paulskirche von Jordan vertretene Überzeugung anknüpfte.³⁶

Der preußische und der österreichische Block sollten sich nach Frantz zu einem föderalistischen "Mitteleuropäischen Bund" zusammenschließen, "als des alleinigen Mittels um Rußland in seine Schranken zu weisen". Dadurch könne "dem weiteren Vordringen Rußlands in das türkische Gebiet ein Damm entgegengesetzt" werden. Ansonsten drohe von seiten Rußlands die Gefahr einer deutschen Abschließung vom Mittelmeer und vom "Orient" und "was", so fragte Frantz rhetorisch, "wäre dann mit der deutschen Weltstellung?"³⁷ Mit anderen Worten: Frantz sah, wie viele vor und nach ihm, in einer Hegemonie in Ost- und Südosteuropa die Basis einer deutschen Weltmachtstellung und betrachtete Rußland als Hauptgegner zur Durchsetzung dieses Zieles.

Den "mitteleuropäischen Bund" bezeichnete Frantz dabei auch als Zusammenschluß von "Deutschthum und Slawenthum". Dabei rechnete er Rußland nicht zum Slawenthum. Er nannte es vielmehr ein asiatisches oder halbasiatisches Wesen, das in Europa vordringe.³⁸ Dies impliziere die Gefahr, daß Asien bis an die Elbe reichen werde.³⁹

Frantz plädierte für einen Präventivkrieg gegen Rußland, um es in Richtung Asien zurückzudrängen.⁴⁰

Bei den "Slawen" hielt er hingegen den "Ackerbautrieb für angeboren," während ihnen der deutsche "Unternehmungsgeist" fremd sei. Deshalb wäre Deutschen und "Slawen" "geholphen, wenn sie sich verbänden," eine Überzeugung die in Deutschland noch während der Herrschaftsperiode des Nationalsozialismus vertreten

³⁵ Vgl. ebenda, S. 9, 18, 27ff. u. 47f.

³⁶ Siehe in dieser Arbeit S. 37f.

³⁷ Ebenda, S. 51 u. 61.

³⁸ Vgl. ebenda, S. 69, 82 u. 85.

³⁹ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan u. a., Wien 1995, S. 5.

⁴⁰ Vgl. Frantz, Constantin, Die Weltpolitik unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, 3 vol., Chemnitz 1882/1883, nach Droz, a. a. O., S. 121.

wurde.⁴¹ Die "slavischen" Länder Europas hätten, so Frantz, nur eine Zukunft in einer Konföderation mit Deutschland.

"Abgeschlossen von Deutschland gingen sie innerer Verdampfung entgegen."⁴²

Nur durch einen "mitteleuropäischen" Bund mit Deutschland könnten sie festen Halt im europäischen System gewinnen und in einen Zusammenhang mit der westeuropäischen Cultur treten.⁴³

Für die Ermöglichung eines "schwunghaften Handels" zwischen Deutschland und Südosteuropa verlangte Frantz bereits 1848 die Schaffung und Sicherung einer Handelsstraße von der Rheinmündung an der Nordsee bis zur Mündung der Donau im Schwarzen Meer. Diese Handelsstraße könne eine Ergänzungswirtschaft im großem Umfang ermöglichen. Am östlichen Teil dieser Handelsstraße würde ein "Überfluß von Naturprodukten" erzeugt, während am westlichen Teil Manufakturwaren hergestellt würden. "Beide ergänzen sich". Die Donauländer könnten die deutschen Arbeiter ernähren, während deutsche Manufakturhersteller dort Käufer fänden.⁴⁴ Die hier von Frantz und in ähnlicher Form bereits vorher von List skizzierte "Ergänzungswirtschaft" zwischen Deutschland und Südosteuropa, die letzteres dauerhaft auf den Status eines Liefergebiets für Agrarprodukte und Rohstoffe degradierte, wurde in der Phase des Nationalsozialismus zu einer tragenden Säule der deutschen Kriegswirtschaft.

Im Gegensatz zu Lagarde plädierte Frantz nicht für eine "Germanisierung" Ost- und Südosteuropas oder für eine Lenkung der deutschen Auswanderung in diese Richtung. Er gehört vielmehr zu den Vertretern einer verdeckteren deutschen Hegemonie, die mittels eines föderalistischen "mitteleuropäischen" Staatenbundes unter Einschluß Deutschlands, Österreich-Ungarns und des gesamten Gebietes vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer erreicht werden sollte.

Ein deutsch-österreichisches Handelsbündnis mit Beteiligung der südosteuropäischen Donaustaaten forderte 1880 auch der Tübinger

⁴¹ Vgl. Wagemann, Ernst, Der Neue Balkan. Altes Land-junge Wirtschaft, Hamburg 1939, S. 40; Leibrock, Otto, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, Berlin 1941, S. 156.

⁴² Frantz, Deutsche Antwort auf die orientalische Frage, a. a. O., S. 73.

⁴³ Vgl. ebenda, S. 71.

⁴⁴ Vgl. Frantz, Polen, Preussen und Deutschland, a. a. O., S. 46.

Wirtschaftswissenschaftler und zeitweilige österreichische Handelsminister Albert Schäffle (1831-1903). Auch ihm ging es dabei nicht nur um wirtschaftliche Fragen. Er betonte zudem, wie wichtig die Aufrechterhaltung der Herrschaft des österreichischen Kaisertums über weite Teile Ost- und Südosteuropas für die deutsche Politik als "Damm gegen die feindliche Völkerfluth." wäre.⁴⁵ Bereits in den 1860er Jahren erblickte Schäffle in einem "mitteleuropäischen Zollverband" das Mittel, mit dem sich Deutschland erfolgreich einer "amerikanisch-russischen Vergewaltigung" erwehren könne.⁴⁶

In ähnlicher Weise plädierte der angesehene Nationalökonom Lujo Brentano, eigentlich Anhänger der Freihandelstheorie, 1885 für eine Zollunion zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und den Balkangebieten. Er sah darin die einzige Hoffnung für Deutschland sich ausreichende Märkte und Rohstoffressourcen zu sichern.⁴⁷ Noch weiter ging Paul Dehn, der später zum "Südosteuropa-Experten" des Alldeutschen Verbandes wurde⁴⁸, 1884 in der Schrift "Deutschland und Orient in ihren wirtschaftspolitischen Beziehungen".

Er vertrat darin die Auffassung, daß ein Deutschland und Österreich-Ungarn umfassendes "mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet" dem deutschen Handel die besten Voraussetzungen biete, sich die Absatzmärkte Südosteuropas und des Osmanischen Reiches zu erschließen.⁴⁹

"Der Orient" sollte nach Dehn nicht zum direkten Bestandteil des Zollprojekts "Mitteleuropa", wohl aber zu dessen Einflußgebiet und zur Grundlage einer deutschen Weltstellung werden.⁵⁰ Ausdrücklich wandte sich Dehn gegen die von Bismarck immer wieder betonte, angebliche deutsche Interessenlosigkeit im "Orient". Er be-

⁴⁵ Vgl. Schäffle, Albert, Die Grundsätze der Steuerpolitik und die schwebenden Finanzfragen Deutschlands und Oesterreichs, Tübingen 1880, S. 657.

⁴⁶ Vgl. Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 73.

⁴⁷ Vgl. Brentano, Lujo, Über die zukünftige Politik des deutschen Reiches, in: Schmollers Jahrbuch IX, 1885, S. 1-29.

⁴⁸ Er veröffentlichte seit den 1890er Jahren zahlreiche Artikel zum diesem Themenbereich in den Alldeutschen Blätter.

⁴⁹ Vgl. Dehn, Paul, Deutschland und der Orient in ihren wirtschaftspolitischen Beziehungen, 2 Tle., München/Leipzig 1884, Tl. 1, S. XXXV; S. VII, ders., Deutschland und die Orientbahnen, in: Schmollers Jahrbuch, 9. Jg., II, 1885, S. 423ff.

⁵⁰ Vgl. Dehn, Deutschland und der Orient, a. a. O., Tl. 1, S. XXV.

merkte in Anspielung auf ein altes Sprichwort: "Wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen"⁵¹, werde heute "auch der deutsche Kleinstaatler aus seiner Behaglichkeit gerissen". Ereignisse im Osmanischen Reich würden Deutschland inzwischen so unmittelbar berühren, als geschähen sie "an der Grenze, in nächster Nachbarschaft." Bereits vor Jahrzehnten sei "von List, Roscher u. A. auf die wirtschaftliche Bedeutung des Orients für das deutsche Mitteleuropa hingewiesen worden", und seit den 1870er Jahren hätten Forschungsreisende in umfangreichen Studien, auf die wirtschaftliche Bedeutung und Zukunft "der Orientländer" hingewiesen. Sie hätten dabei nachdrücklich auf die Fruchtbarkeit des südosteuropäischen Bodens und dessen Naturschätze aufmerksam gemacht und die Verwertung derselben im Austausch mit den Erzeugnissen der "mitteleuropäischen" Industrie vorgeschlagen. Dabei seien die wirtschaftlichen Potentiale dieses Gebietes noch steigerungsfähig,

"weit weniger durch industrielle Thätigkeit als durch rationellen Betrieb der Bodenkultur und Viehzucht."

Ausbaufähig sei auf diese Weise der Getreideanbau, die Viehproduktion und die Zucht von Obst, Wein und Handelspflanzen wie Baumwolle, Seide, Oliven, Tabak, usw.⁵²

So lange Deutschland selbst vorwiegend Bodenerzeugnisse ausgeführt habe, hätte es an der Grundlage eines umfassenderen Güteraustausches "zwischen ihm und den Orientländern" gefehlt.⁵³

Dies habe sich nun geändert. Vorhanden sei

"im näheren und fernerem Orient (...) in Hülle und Fülle was Mitteleuropa zu seinem wirtschaftspolitischen Fortbestande bedarf, vor Allem Rohstoffe, Nahrungs- und Genußmittel."⁵⁴

Um Südosteuropa für Deutschland nutzbar zu machen, müsse die Ruhe im Innern aufrechterhalten, die Gesetzgebung geregelt, eine Verwaltung eingerichtet sowie Entsumpfungen, Aufforstungen und der Bau von Straßen vorgenommen werden. Sei dies erreicht, "so würde die Balkanhalbinsel in kurzer Zeit mit der Produktivität ihres Bodens und mit der Leistungsfähigkeit ihrer Bevölkerung

⁵¹ Dehn bezog sich hier auf ein verbreitetes Goethe-Zitat.

⁵² Ebenda, Tl. 1, S. XXI-XXIII.

⁵³ Ebenda, Tl. 1, S. XXIV.

⁵⁴ Ebenda, Tl. 1, S. XXIV/XXV.

Mitteleuropa überraschen."⁵⁵ Zur Realisierung dieses Planes sei deutsche Organisation unerläßlich. Eingerichtet werden solle eine "wirthschaftspolitische Verwaltung unter hervorragender Mitwirkung deutscher bewährter Kräfte aus allen Berufsständen."⁵⁶ Konkret forderte Dehn eine Umstrukturierung der rumänischen Landwirtschaft und eine Umerziehung der bisher an der Subsistenzwirtschaft orientierten Bauern. Es müsse "besseres Korn" angebaut, "die Viehzucht gehoben" und die "Geflügelzucht eingebürgert werden". Die ganze Lebens- und Betriebsführung des rumänischen Bauern müsse auf eine höhere "mitteleuropäische Kulturstufe" gebracht werden, damit dieser befähigt werde, Überschüsse anzustreben und tatsächlich zu erzeugen.⁵⁷ Gleichzeitig plädierte Dehn für die Anwerbung neuer deutscher Kolonisten nach Rumänien, welche nach seiner Auffassung

"durch Tüchtigkeit im Ackerbau und überhaupt in der Landwirtschaft, durch Fleiß und Ordnungssinn alle anderen bulgarischen, türkischen und romanischen Landwirthe bei weitem übertreffen".⁵⁸

Dehn war somit, wie Lagarde, ein Vertreter direkter Kolonisation Südosteuropas durch deutsche Auswanderer.

Um die zu diesem Zeitpunkt bestehende Vorherrschaft des sich über den Seeweg vollziehenden englischen Handels in Südosteuropa und dem Nahen Osten zu brechen, forderte Dehn den deutschen Handel auf den Landweg konzentrieren. Dieser gestatte

"den Trägern einer überlegenen Kultur weithinaus im Interesse allgemeinen Fortschrittes Wurzel zu fassen und neue Keime zu treiben. Den mitteleuropäischen Völkern gehört der Landweg nach dem Orient und unter deutscher Führung wird er fortan zielbewußt zu betreten sein."⁵⁹

Damit skizzierte Dehn eine wesentliche Strategie, die die deutsche Wirtschaft in den folgenden Jahrzehnten verfolgte: die

⁵⁵ Ebenda, Tl. 1, S. XXIII.

⁵⁶ Ebenda, Tl. 1, S. XXXVI/XXXVII.

⁵⁷ Ebenda, Tl. 1, S. 90. Die hier vorgeschlagene, von Deutschland aus geplante und organisierte Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft stand in den 30er und 40er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts im Mittelpunkt deutscher Südosteuropapläne und konkreter Wirtschaftsprojekte. (Siehe in dieser Arbeit das Kapitel 6.3.2).

⁵⁸ Dehn, Deutschland und der Orient, a. a. O., Tl. 1, S. 106.

⁵⁹ Ebenda, Tl. 1, S. II.

Durchsetzung eines Kontinentalimperialismus mit der Hauptausrichtung nach Ost- und Südosteuropa und dem Nahen Osten. Dieser Kontinentalimperialismus ergab sich für die "verspätete" Kolonialmacht Deutschland aus der dominierenden Position Großbritanniens auf den Weltmeeren und der britischen und französischen Vormachtstellung im Übersee-Kolonialismus. Das Osmanische Reich, d. h. weite Teile Südosteuropas und des Nahen Ostens stand demgegenüber einer kolonialen bzw. imperialistischen Eroberung noch offen und ließ sich über den Landweg erreichen. Während der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts wurde der "blockadesichere", d. h. von der Seemacht Großbritannien nicht zu versperrende Zufuhrraum Südosteuropa für die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen von entscheidender Bedeutung. In den Schriften von Dehn, Lagarde, Rodbertus, Frantz und anderen wurden planerische und ideologische Grundlagen für diesen Kontinentalimperialismus gelegt.

3.2 Deutsche Südosteuropapolitik unter Bismarck (1862-1890)

Das deutsche Geschichtsbild über die Südosteuropapolitik der preußischen bzw. deutschen Regierungen von 1862-1890 ist geprägt von den Beteuerungen Bismarcks, wonach Deutschland an Südosteuropa politisch desinteressiert und der "Balkan nicht den Knochen eines pommerschen Grenadiers wert" sei. Abgesehen von der Frage, in welcher Weise ein auf öffentlicher politischer Bühne erklärtes Desinteresse zu bewerten ist (selbst Adolf Hitler traf eine solche Aussage in bezug auf Südosteuropa noch 1938)⁶⁰, bleibt festzuhalten, daß die preußischen und deutschen Regierungen unter Bismarck ein ökonomisches Interesse in Südosteuropa keineswegs negierten. Während sich Bismarck auf der diplomatischen Bühne die Stellung eines Schiedrichters bzw. Maklers in Fragen der europäischen Großmachtpolitik erwarb, wurden eine militärische und personelle Anbindung der Länder Südosteuropas an Preußen und später das Deutsche Reich in seiner Regierungszeit vorangetrieben und die Grundlagen für eine wirtschaftliche Durch-

⁶⁰ Vgl. Aufzeichnung von Heeren (AA) über die Gespräche von Stojadinovic, Hitler und Göring vom 17. 1. 1938, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes (ADAP), Serie D, Bd. V, S. 188ff.

dringung, z. B. durch Eisenbahnbauten, gelegt. Dies ist von der Forschung bisher zu wenig berücksichtigt worden. Eine kritische Forschung zur deutschen Südosteuropapolitik bis 1890 wurde bisher stark vernachlässigt.

Ohne Zweifel lag die wichtigste Zielsetzung des preußischen Bürgertums in der ersten Regierungsperiode Bismarcks in der Durchsetzung eines deutschen Nationalstaates unter preußischer Führerschaft, eine Zielsetzung der andere politische Fragen untergeordnet wurden. Die Etablierung eines deutschen Nationalstaates stand im Gegensatz zu den Interessen der damaligen Großmächte Frankreich, England und Österreich-Ungarn, die versuchten das Aufkommen einer starken Konkurrenzmacht zu verhindern. Vor diesem Hintergrund war die preußische Regierung daran interessiert, die Großmächte gegeneinander auszuspielen und ihre Konzentration an andere Schauplätze der europäischen Politik zu binden. Im Kontext der angestrebten Durchsetzung eines deutschen Nationalstaates unter preußischer Hegemonie ist vor allem das Verhältnis der preußischen Regierung zum zaristischen Rußland zu betrachten. 1868 schlossen beide Regierungen ein Bündnis. Dabei sicherte die russische Seite im Falle eines deutsch-französischen Krieges und eines drohenden Kriegseintrittes Österreich-Ungarns zu, letzterem den Krieg zu erklären, so daß der Norddeutsche Bund einem Zweifronten-Krieg entgehen konnte. Auf Grundlage dieses Bündnisses konnte 1870/71 Frankreich militärisch besiegt und der deutsche Nationalstaat unter preußischer Hegemonie durchgesetzt werden. Um das Bündnis mit Rußland nicht zu gefährden, erklärte die preußische Regierung beständig, an Südosteuropa politisch nicht interessiert zu sein, wußte sie doch, daß die russische Regierung Südosteuropa als "ihr" Einflußgebiet betrachtete. Als Gegenleistung für ihre Bündnisverpflichtungen erwartete die zaristische Regierung von der deutschen Seite Unterstützung bei der Revision des Pariser Vertrages von 1856, in dem die europäischen Großmächte nach dem Krimkrieg die russische Souveränität im Schwarzen Meer eingeschränkt und jegliche territorialen Veränderungen in Südosteuropa zugunsten Rußlands von ihrer Zustimmung abhängig gemacht hatten. Darüber hinaus rechnete die russische Regierung mit deutscher Rücken-deckung in Kriegen mit dem Osmanischen Reich und Österreich-Ungarn um die Hegemonie in Süd-

osteuropa.⁶¹ Die "orientalische Frage" bildete somit gewissermaßen den Schlüssel zur Gründung des Deutschen Reiches.⁶² Die ständige Beteuerung, an Südosteuropa politisch desinteressiert zu sein, diene der deutschen Regierung dazu, sich Rußland als Bündnispartner zu erhalten. Sie ging jedoch nicht mit einem Verzicht auf ökonomische Expansion in Richtung Südosteuropa und Naher Osten einher.

Hinter der Fassade des erklärten politischen Desinteresses im "Orient" begann seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein wirtschaftlicher Expansionismus Preußens und später Deutschlands nach Südosteuropa.

Die preußische Regierung war keineswegs bereit, ihre Handelsbeziehungen mit den südosteuropäischen Fürstentümern durch Ansprüche anderer Großmächte in Frage stellen oder beeinträchtigen zu lassen. So schrieb Bismarck am 30. Januar 1867 gleichzeitig an die preußischen Vertreter in Paris und Konstantinopel:

"Wir selbst sind politisch unbeteiligt an den praktischen Ergebnissen einer neuen Konfiguration des Orients, insoweit nicht (...) unsere Handelsbeziehungen in Frage gestellt werden."⁶³

Die Befreiungs- und Autonomiebestrebungen der südosteuropäischen Bevölkerung des Habsburger Reiches wurden von der preußischen Regierung abgelehnt. So distanzierte sich Bismarck z. B. ausdrücklich von der jugoslawischen Einigungsbewegung unter der Führung des Bischofs Strossmayer. Eine "Beförderung und Beschleu-

⁶¹ Das von der preußischen Regierung angestrebte Bündnis mit Rußland mit dem Ziel, eine russische Unterstützung für die Etablierung eines deutschen Nationalstaates unter preußischer Führerschaft gegen Frankreich und Österreich zu erhalten, hatte eine wichtige Basis in der Militärkonvention von Alvensleben von 1863. Nach einem Aufstand in Polen garantierten sich die beiden Regierungen in der Militärkonvention gegenseitige Unterstützung bei der Niederschlagung der polnischen Autonomiebewegung. Durch diesen Vertrag wurde Rußland gegenüber Preußen verpflichtet. (Vgl. Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht, a. a. O., S. 135; Bormann, Claus, Bismarck und Südosteuropa vom Krimkrieg bis zur Pontuskonferenz, Diss., Hamburg 1967, S. 208).

⁶² Vgl. Bormann, Claus, a. a. O., S. 15ff.

⁶³ Bismarck, Otto, Gesammelte Werke, Band 6, 2. Aufl., Berlin 1929, Dok. 672, Bismarck an den Botschafter in Paris Grafen von der Goltz, 30. 1. 1867.

nigung" der südosteuropäischen Befreiungsbewegungen läge, wie er 1868 schrieb, nicht im Interesse der deutschen "Machtstellung".⁶⁴ 1866 informierte der preußische Gesandte in Belgrad seine Regierung über in Südosteuropa kursierende Pläne für eine Donau-Konföderation der östlichen Reichshälfte der Habsburger Monarchie. Er äußerte die Befürchtung, daß eine solche Donau-Konföderation in ein "südslawisches Reich" münden könne und damit die "russische Gefahr" gesteigert würde. Nach der "Russifizierung Polens" würde Rußland dann auch noch "mit den Südslawen zusammenfließen", so daß "schließlich Deutschland aus einem politisch-nationalen zu einem bloßen Kultur-Begriff" werde.⁶⁵ Die preußische Regierung dankte dem Gesandten für die intensive Beobachtung seiner Umgebung. Sie hielt jedoch zur Zeit,

"die Chancen des slawischen Elements im Kampfe gegen das deutsche nicht für so günstig und die Kraft Rußlands, die Pläne seiner Agenten zu realisieren, nicht für hinreichend (...), um ernstliche Besorgnisse zu erregen."⁶⁶

Gleichzeitig mahnte sie den Gesandten in Belgrad zu Zurückhaltung, um gegenüber dem noch nützlichen russischen Bündnispartner, "alles zu vermeiden, was als ein Anzeichen von Beunruhigung gedeutet werden könnte."⁶⁷ Anders gesagt: Die preußische Regierung war keineswegs bereit, eine russische Hegemonie in Südosteuropa zu akzeptieren, hielt deren Verhinderung zu diesem Zeitpunkt jedoch ohne offenen politischen Affront für möglich.

⁶⁴ Vgl. Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 6a, 2. Aufl., Berlin 1930, Dok. 1123, Erlaß an den Botschafter in Paris Grafen von der Goltz, Berlin, 9. 4. 1868, S. 337; ders., Gesammelte Werke, Band 6b, 2. Aufl., Berlin 1931, Dok. 1759, Telegramm an den Gesandten in St. Petersburg Heinrich VIII. Prinzen Reuß, Bar le Duc, 24. 8. 1870 S. 457 Anm.

⁶⁵ Lauberau an Bismarck, Belgrad, 13. 11. 1866, zit. nach Reisswitz, Johann Albrecht von, Belgrad-Berlin, Berlin-Belgrad 1866-1871, München/Berlin 1936, S. 79.

⁶⁶ Unterstaatssekretär Thile an den Gesandten in Belgrad Lauberau, Berlin, 12. 1. 1867, zit. nach von Reisswitz, a. a. O., S. 83.

⁶⁷ Reisswitz, a. a. O., S. 83.

3.2.1 Die Anfänge der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas von seiten Deutschlands

In der ersten Phase der Regierungszeit Bismarcks als preußischer Ministerpräsident erschienen umfangreiche Reisebeschreibungen und wissenschaftliche Aufsätze, die die Situation im Osmanischen Reich aus deutscher Sicht thematisierten und sich mit der Geschichte, den Sitten und den Sprachen der Bevölkerung Südosteuropas beschäftigen.⁶⁸

Charakteristisch für den Handelsaustausch war bereits in dieser Zeit der Export von Manufakturprodukten aus Westeuropa und der Import von Rohstoffen und Agrargütern aus Südosteuropa und den Nahen Osten nach Westeuropa.⁶⁹ Von deutscher Seite war dieser Handel jedoch nicht umfangreich, da die deutschen Fürstentümer bis Mitte des 19. Jahrhunderts selbst vorwiegend agrarisch geprägt waren. Einen Anknüpfungspunkt für die Entwicklung von für Deutschland günstigen Handelsbeziehungen bildete jedoch langfristig die Tatsache, daß deutsche Großgrundbesitzer, Kaufleute und Bildungsbürger in den nördlichen Teilen Südosteuropas gemeinsam mit ungarischen Adeligen und Bürgern die herrschenden Klassen stellten.⁷⁰

Seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts vergrößerte sich infolge der deutschen Industrialisierung durch die Vermittlung der Leipziger Messe die deutsche Ausfuhr in das Osmanische Reich. Um nicht länger auf den teuren Zwischenhandel über Leipzig angewiesen zu sein, forderten deutsche Geschäftsleute in der Folgezeit die Errichtung einer Handelsagentur in Konstantinopel und die Einsetzung von Konsuln in den südosteuropäischen Haupthandelsorten.⁷¹

⁶⁸ Vgl. Paskaleva, Virzinija, Die Aussenpolitik von Preussen-Deutschland und die Balkanslawen in den 50er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Bulgarian Historical Review, 4/1973, S. 36. Vgl. auch Konstantinovic, Z., Deutsche Reisebeschreibungen über Serbien und Montenegro, München 1960.

⁶⁹ Vgl. Milic, Danica, Die ökonomische Penetration des Balkans und der Türkei durch die Industriestaaten, in: Melville, Ralph/Schröder, Hans-Jürgen (Hg.), Der Berliner Kongreß von 1878, Wiesbaden 1982, S. 473.

⁷⁰ Vgl. Geiss, Imanuel, Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München/Zürich 1990, S. 82.

⁷¹ Vgl. Wagner, Otto, Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den vierziger Jahren (1840-1848), Diss., Marburg 1935, S. 92.

Daraufhin wurden bis 1870 in folgenden südosteuropäischen Städten preußische Konsulate gegründet: Sarajevo, Ragusa (heute Dubrovnik), Russe (Bulgarien), Bukarest, Galatz (Rumänien) und Konstantinopel. In Athen entstand eine kleine Mission.⁷²

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts begann die preußische Regierung zudem, Agenten nach Serbien, Bulgarien und Rumänien (d. h. damals noch Moldau und Walachei) zu entsenden. Diese sammelten Informationen über den Anbau von Agrarprodukten und das gesamte südosteuropäische Handels- und Verkehrssystem. Besonders ausführlich studierten sie die serbische Wirtschaft und die dortigen Bodenschätze. In der Folge versuchten deutsche Geschäftsleute Konzessionen der serbischen Regierung zur Ausbeutung der Kupfer- und Eisenminen zu erhalten. In einigen Verträgen wurden deutschen Unternehmen die exklusiven Ausbeutungsrechte für einen Zeitraum von 50 Jahren überlassen.⁷³

Der deutsche Botschafter in Wien, von Schweinitz, sah 1875 einen großen Vorteil für die deutsche Wirtschaft in der Ausbeutung der serbischen Eisenerz- Kupfer-, Silber- und Steinkohlevorkommen.⁷⁴

In einer deutschen Reisebeschreibung von 1872, wurde darauf hingewiesen, daß Serbien "ein weites Feld für Industrie jedweder Art darstelle." Der Autor des Berichtes forderte den Bau einer serbischen Eisenbahn. Diese könne

"den unmittelbaren Verkehr zwischen Saloniki und Ostende resp. Calais wie auch Hamburg vermitteln, im weiteren Sinne England mit Ostindien, Hamburg mit dem Orient verbinden."⁷⁵

Damit nahm er den dreißig Jahre zuvor von List formulierten Plan wieder auf.⁷⁶

⁷² Vgl. Reiswitz, a. a. O., S. 7; Paskaleva, in: Bulgarian Historical Review, a. a. O., S. 43.

⁷³ Vgl. Paskaleva, Virzinija, Die Anfänge des deutschen wirtschaftlichen Einflusses auf dem Balkan und in der Türkei in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 505.

⁷⁴ Vgl. Bericht von Schweinitz an Bülow vom 16. 2. 1875, Handelsbewegung Serbiens, zit. nach Paskaleva, in: Melville/ Schröder (Hg.), a. a. O., S. 507.

⁷⁵ Vgl. Paskaleva, Virzinija, Eine Reisebeschreibung Serbiens vom Jahre 1872, in: Bulgarian Historical Review 2, 1974, S.104-110; PA/AA-Bonn, Acta betr. die Angelegenheiten Serbiens, Türkei I. A. B. q. 10, vol. XXVI, vom 1. Oktober 1875 bis 31. Mai 1876

⁷⁶ Siehe in dieser Arbeit S. 16.

Am Schluß des genannten Reiseberichts wurde, ebenfalls in der Tradition der 1840er Jahre, die deutsche Auswanderung thematisiert. Serbien, so hieß es im Bericht, sei in der Lage "eine fantastische Anzahl von Kolonisten", nämlich "3000000 Menschen" aufzunehmen, weshalb Deutschland sich berufen fühlen müsse, seine Auswanderer nach Serbien zu senden. Deutsche Auswanderer sollten ihren "Wohnsitz nicht (...) in Amerika, sondern in Serbien suchen."⁷⁷

3.2.2 Die Etablierung einer preußischen Hegemonie in Rumänien

Neben Serbien zeigten sich deutsche Geschäftsleute auch an den rumänischen Fürstentümern lebhaft interessiert.⁷⁸ Ungenutzt lagen dort bedeutende Bodenschätze, vor allem Erdöl, auf dessen "bedeutende Zukunft" der Konsul des Norddeutschen Bundes in Galatz schon 1870 hinwies. Er prophezeite, daß

"durch die rumänischen, an das große europäische Schienennetz sich anschließenden Eisenbahnen (...) höchstwahrscheinlich dem raffinierten Brennöle die Märkte von Böhmen, Schlesien und Zentral-Deutschland eröffnet und (...) die Amerikaner dadurch wohl sukzessive mit ihrem Petroleum von dort verdrängt werden dürften."⁷⁹

Das deutsche Interesse an den rumänischen Rohstoffen, insbesondere des Erdöls, riß bis 1945 nicht ab. Um sich früh einen bedeutenden Einfluß auf die rumänische Wirtschaft zu sichern, versuchte die preußische Regierung dort 1866 erfolgreich, eine ihr verbundene Monarchie zu etablieren.

Die rumänische Nationalbewegung hatte mit dem Zusammenschluß der beiden Donaufürstentümer Moldau und Walachei 1861 den entscheidenden Durchbruch erzielt. Formal blieb das neue Fürstentum zwar noch bis 1877/78 unter der Oberherrschaft des Osmanischen Reiches, doch suchte die Regierung schon jetzt energisch einen eigenständigen Anschluß an den Weltmarkt.

⁷⁷ Vgl. Paskaleva, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 506.

⁷⁸ Vgl. PA/AA-Bonn, I. A. B. q., vol. XXIV, Promemoria. Der Wert des deutschen Handels mit Serbien.

⁷⁹ Handelsbericht des Konsulats des Norddeutschen Bundes zu Galatz, 12. 3. 1870, zit. nach Bormann, a. a. O., S. 261.

In deutschen Konsulatsberichten war ab Mitte der sechziger Jahre von der Notwendigkeit der Eroberung der "Donaumündung" und von der Konkurrenz unter den Großmächten in den Schwarzmeerbäfen von Braila und Galatz die Rede. In einer konsularischen Meldung aus dem Jahre 1866 wurde die preußische Regierung aufgefordert, die Gründung einer aktiven deutschen Vertretung für die Handelsinteressen und die Schifffahrt des deutschen Zollvereins in der "Donaumündung" zu veranlassen.⁸⁰

Im Februar 1866 mußte der bisherige rumänische Regierungschef Cuza, dem offiziell Korruption vorgeworfen wurde, nach einer Putsch, der von der Armee unterstützt wurde, zurücktreten. Tatsächlicher Hintergrund des Machtwechsels war ein Bauerngesetz, das Cuza erlassen hatte. Darin war festgelegt worden, daß die Bauern von den Fronen entledigt und zu freien Eigentümern des von ihnen bebauten Bodens gemacht werden sollten.⁸¹ Dies traf auf den Widerstand des Adels und der Großgrundbesitzer. Auf ihre Veranlassung wurde Cuza mit Unterstützung der Militärführung zur Abdankung gezwungen. Der sofort eingesetzte neue Regentschaftsrat sprach sich für die Wahl eines ausländischen Prinzen zum Fürsten von Rumänien aus.

Für die Realisierung der Zielsetzung, Rumänien zu einem deutschen Vorposten in Südosteuropa zu machen, ergab sich daraus eine Chance.⁸²

In den vorangegangenen Jahrzehnten hatte die russische Regierung gemeinsam mit der französischen Regierung die Bestrebungen in den Fürstentümern Moldau und Walachei nach Vereinigung und Bildung eines rumänischen Staates gefördert.⁸³ Alexander Cuza war Anfang 1859 mit russischer und französischer Unterstützung zum Regenten für beide Fürstentümer gewählt worden.⁸⁴ Nach seinem Sturz sah die preußische Regierung die Möglichkeit, den russischen und französischen Einfluß in Rumänien zurückzudrängen und gleichzeitig eine dortige Hegemonie der Habsburger Monarchie zu verhindern.

Am 31. März 1866 wurde dem preußischen Prinzen Karl von Hohenzollern die rumänische Krone durch den rumänischen Abgesandten

⁸⁰ Vgl. Paskaleva, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 509.

⁸¹ Vgl. MEW 23, Anm. 55, S. 850.

⁸² Vgl. Bormann, a. a. O., S. 65f.; Raab, Alfons, Die Politik Deutschlands im Nahen Orient von 1878-1908, Wien 1936, S. 7f.

⁸³ Vgl. MEW 13, Anm. 174, S. 682 u. MEW 9, Anm. 45, S. 575.

⁸⁴ Vgl. MEW 13, Anm. 143, S. 678.

Bratiano angetragen. Über die Urheberschaft der Kandidatur bildeten sich verschiedene Gerüchte. So sah beispielsweise der osmanische Außenminister in der Kandidatur eine "zwischen Bratiano und Grafen Bismarck abgekartete Intrige".⁸⁵

In der Tat setzte die preußische Regierung die Regentschaft des Hohenzollern in Rumänien gegenüber den übrigen europäischen Großmächten mittels eines geheimen diplomatischen Manövers durch.

Am 19. April 1866 traf sich Kanzler Bismarck mit Karl von Hohenzollern zu einer Unterredung. Da er "im gegenwärtigen Augenblick keinen Bruch mit Rußland herbeiführen"⁸⁶ wollte, erklärte er nicht als Staatsmann, sondern nur als "Ratgeber" zu sprechen.⁸⁷ Bismarck schlug dem Regentschaftskandidaten vor, sich heimlich nach Rumänien zu begeben und dort die Kandidatur anzunehmen. Auf diese Weise sollten die europäischen Großmächte, vor allem das Osmanische Reich, Rußland und Österreich-Ungarn vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Die "beteiligten Mächte" würden zwar protestieren, "aber", so erklärte der preußische Regierungschef,

"ein Protest steht auf dem Papier, und die Tatsache wird nicht mehr rückgängig zu machen sein."⁸⁸

Auch Preußen könnte dann offiziell die Tatsache anerkennen. Um die russische Regierung nicht zu brüskieren, würde er als Ministerpräsident allerdings gegen die Einsetzung des Hohenzollern zum rumänischen Regenten stimmen.

Prinz Karl folgte dem Rat Bismarcks. Er reiste am 22. Mai 1866 inkognito nach Bukarest, um die Herrschaft anzutreten. Dieser Vorgang löste in Europa große Bestürzung aus.

Um jeglichen Verdacht zu zerstreuen, teilte Bismarck am 21. Mai 1866 den preußischen Missionen an den europäischen Höfen mit, daß Preußens Stellung zur "orientalischen Frage" unverändert geblieben sei. Der Regierung des Osmanischen Reiches, die sehr verärgert war, versicherte Bismarck ausdrücklich, daß der Prinz

⁸⁵ zit. nach Bormann, a. a. O., S. 70.

⁸⁶ zit. nach Bormann, a. a. O., S. 81.

⁸⁷ Bismarck, Die Gesammelten Werke, Bd. 7, 2. Aufl., Berlin 1924, Dok. 100, Gespräch Bismarcks mit Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, Berlin, 19. 4. 1866.

⁸⁸ Ebenda.

"sich auf das Unternehmen ohne Wissen der königlichen Regierung eingelassen" habe.

Die Regierung des Osmanischen Reiches, deren Oberherrschaft Rumänien als tributpflichtiges Fürstentum weiter unterstand, weigerte sich jedoch, die Regentschaft des Hohenzollern anzuerkennen und bereitete eine Kriegserklärung vor. Erst der energische Einspruch der Regierungen Frankreichs, Englands, Preußens und Italiens veranlaßte die Osmanische Regierung dazu, von einem Einmarsch in Rumänien Abstand zu nehmen. Sie erkannte den Hohenzollern im Oktober 1866 schließlich als Fürst von Rumänien an.⁸⁹ Um einen Krieg zu vermeiden, akzeptierten die europäischen Großmächte somit, wie von Bismarck prophezeit, die Einsetzung eines preußischen Adligen als rumänischen Regenten.

Auf diese Weise sicherte sich die preußische Regierung einen entscheidenden Einfluß in Rumänien. Über den direkten Draht zum Regenten fiel es in den folgenden Jahrzehnten leicht, Rumänien nach den Vorstellungen der deutschen Nationalbourgeoisie wirtschaftlich zu erschließen, den Handel über die Donau bis an das Schwarze Meer zu kontrollieren und Rumänien militärisch zu einem preußischen, später deutschen Vorposten gegen Rußland auszubauen. Die rumänische Wirtschaft wurde in der Folge mehr und mehr nach Deutschland ausgerichtet. Gleichzeitig wurde die Landwirtschaft intensiviert und das städtische Handwerk zerstört. Rumänien stand fast fünfzig Jahre unter der Herrschaft des Hohenzollern. Karl I. regierte von 1866-1883 als Fürst und von 1883-1914 als König von Rumänien. Noch 1932 hieß es in der Schrift "Deutsche Großraumwirtschaft", daß der "deutschblütige König Carol für das Vordringen deutschen Industriefleißes und deutscher Kultur" nach Rumänien "eine unschätzbare Hilfe" gewesen sei.⁹⁰ Einen ähnlichen Einfluß erlangte Deutschland ab 1879 in Bulgarien mit der Einsetzung der deutschen Fürsten Alexander von Battenberg und seines Nachfolgers Ferdinand von Koburg (ab 1887) als bulgarische Regenten. Während die preußische Regierung nach außen weiter erklärte "im Orient" keine eigenen Interessen zu verfolgen, weitete sie somit ihren Einfluß in Südosteuropa in bedeutender Weise aus. Mit der Machtübernahme Karl von Hohenzollerns

⁸⁹ Vgl. Bormann, a. a. O., S. 83-89.

⁹⁰ Krüger, Karl, Deutsche Großraumwirtschaft, Hamburg 1932, S. 134.

in Rumänien 1866 vollzog sich der erste Schritt zu einer eigenständigen deutschen Großmachtpolitik in Südosteuropa.

Ein englischer Politiker bewertete das Ereignis mit den Worten:

"Durch die Einsetzung eines Hohenzollern in Bukarest hatte Fürst Bismarck ohne Zweifel im Blick, sich einen Vorposten im Orient zu schaffen, mit dem er ein Mittel fand, alle möglichen Vorteile zu nutzen, je nach den Umständen."⁹¹

Auch in Frankreich wurde die Regierung des Fürsten Karl "vor allem als Vorposten preußischer Politik im Orient" betrachtet.⁹²

Anfang 1868 erklärte der französische Außenminister seine tiefe Enttäuschung darüber, daß nach der Einsetzung des Prinzen Karl von Hohenzollern als rumänischer Herrscher "der französische Einfluß in Bukarest nicht mehr vorwaltete."⁹³

Die preußische Dynastie in Rumänien unter der Familie Karl von Hohenzollern, der 1881 zum König Carol I. von Rumänien ausgerufen wurde, währte bis zum Beginn des Realsozialismus 1947.⁹⁴

Ende der 1860er Jahre begann die preußische Regierung das rumänische Militär auf "inoffiziellen" Wegen mit Waffen zu beliefern.⁹⁵ Bismarck bemerkte in einem Schreiben an das Kriegsministerium, die Geschäfte müßten inoffiziell bleiben, denn Preußen habe es immer abgelehnt, "amtlich in die Sache hineingezogen" zu werden und eine Verantwortlichkeit für die weitere Entwicklung der (orientalischen) Angelegenheit" zu übernehmen.⁹⁶

1868 wurden preußische Offiziere zur Ausbildung des rumänischen Militärs entsandt. Um diesen Vorgang vor der internationalen Öffentlichkeit herunterzuspielen, leugnete die preußische Regierung auch hier eine offizielle Beteiligung. Sie forderte die ru-

⁹¹ Lord Stanley am 11. 9. 1866, zit. nach Winckler, Martin, Bismarcks Rumänienpolitik und die europäischen Großmächte 1878/79, in: Jahrbuch für Geschichte Osteuropas, Neue Folge 2 (1954), S. 59 (Übers. d. V.).

⁹² Vgl. Bormann, a. a. O., S. 142.

⁹³ Vgl. Die Auswärtige Politik Preußens 1858-1871. Diplomatische Aktenstücke, herausgegeben von der Historischen Reichskommission, 10 Bände, Oldenburg/O. 1933ff., Bd. IX, Dok. 586, Goltz an Bismarck. Vertraulich, Paris, 13. 2. 1868.

⁹⁴ Vgl. Weithmann, Michael, Balkan-Chronik, Graz/Wien/Köln 1995, S. 281.

⁹⁵ Vgl. Bormann, a. a. O., S. 146.

⁹⁶ Vgl. Bismarck, Gesammelte Werke, a. a. O., Bd. 6a, Dok. 1010, Schreiben an das Kriegsministerium, Berlin, 7. 1. 1868, Vorbem.; Dok. 1027, Schreiben an das Kriegsministerium, Berlin, 23. 1. 1868.

mänische Regierung auf, die Offiziere in ihrem Namen anzuwerben.⁹⁷ Im selben Jahr wurde dem Fürsten Karl eine Truppe preußischer Soldaten zur Verfügung gestellt, um "Ruhe und Ordnung" im Innern aufrechtzuerhalten,⁹⁸ d.h. um mögliche Aufstände der Bevölkerung verhindern bzw. niederschlagen zu können.

Welche Bedeutung der politischen Entwicklung in Südosteuropa von seiten der preußischen Regierung Ende der 1860er Jahre beigemessen wurde, geht aus einem Schreiben des preußischen Botschafters in Paris, Goltz, vom März 1868 hervor. Darin hieß es u. a.:

"daß der im preußischen Kabinett traditionell gewordene, aber mit der Politik des vorigen Jahrhunderts im Widerspruch stehende Satz, daß Preußen bei der orientalischen Frage nicht direkt interessiert sei, unrichtig ist und nur damals durch die relative Schwäche unserer Großmachtstellung gerechtfertigt werden konnte."

Preußen sei jetzt an allen "Eventualitäten von Territorialveränderungen" im Norden des Osmanischen Reiches sehr nahe interessiert. Vor allem gelte dies bezüglich der Donaufürstentümer Moldau und Walachei⁹⁹,

"deren Absorption durch Rußland die verhängnisvollsten Folgen für die Machtstellung Preußens haben würde."¹⁰⁰

Das Dokument zeigt eindeutig, daß die preußische Regierung bereits in den Jahren vor der deutschen Nationalstaatsbildung nicht bereit war, eine russische Hegemonie in Südosteuropa hinzunehmen.

3.3 Die Entwicklung in den 1870er Jahren

3.3.1 Die Durchsetzung des deutschen Nationalstaates und das Dreikaiserbündnis von 1872

Auf offizieller Ebene war die preußische Regierung jedoch weiterhin bemüht, das Bündnis mit Rußland aufrechtzuerhalten, um den deutschen Nationalstaat gegenüber Frankreich und Österreich

⁹⁷ Vgl. Bismarck, Gesammelte Werke, a. a. O., Bd. 6a, Dok. 1027.

⁹⁸ Vgl. Bormann, a. a. O., S. 162.

⁹⁹ Dem heutigen Rumänien.

¹⁰⁰ Die Auswärtige Politik Preußens, a. a. O., Bd. IX, Dok. 654, Goltz an Bismarck. Vertraulich, Paris, 15. 5. 1868.

durchzusetzen. Diese Strategie führte zum Erfolg. In der entscheidenden Phase hielt der russische Zar Alexander II. sein im Frühjahr 1868 gegebenes Versprechen und sandte unmittelbar nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870 eine unmißverständliche Drohung an die Regierung Österreich-Ungarns. Deutlich erklärte er dem österreichischen Vertreter in Sankt Petersburg, er werde seine Truppen sofort gegen Österreich mobilisieren, wenn es Anzeichen für einen österreichischen Angriff auf Preußen gebe.¹⁰¹ Mit dieser russischen Rückendeckung gelang es den Truppen des Norddeutschen Bundes, Frankreich militärisch zu besiegen und den deutschen Nationalstaat zu erzwingen.

Um die russische Haltung bei der Realisierung der deutschen Einheit unter Preußens Führerschaft zu honorieren, setzte sich die deutsche Regierung 1871 auf einer Londoner Konferenz bezüglich der Klauseln über das Schwarze Meer für die Verwirklichung der russischen Ziele ein. Mit Artikel 1 des Londoner Vertrages vom 13. März 1871 wurden die für Rußland nachteiligen Bedingungen des nach dem Krimkrieg unterzeichneten Vertrages von 1856 bezüglich der Schifffahrtsrechte im Schwarzen Meer und der Durchfahrt durch die Meerengen der Dardanellen und des Bosphorus gestrichen.¹⁰² Zu weiteren Zugeständnissen gegenüber Ambitionen der russischen Regierung in Südosteuropa war die deutsche Regierung jedoch nicht bereit, wie sich wenige Jahre später zeigen sollte. Nach der Durchsetzung des Nationalstaates ging es der deutschen Regierung zunächst um die Stabilisierung ihrer nationalen und internationalen Machtposition. Zur Abwehr republikanischer und sozialistischer Bestrebungen, deren Basis vor allem in Frankreich gesehen wurde, strebte die Regierung Bismarcks einem Zusammenschluß der "monarchisch-konservativen" Staaten Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn an. Zu diesem Zweck wurde 1872 in Berlin das Drei-Kaiser-Bündnis zwischen den drei Staaten geschlossen, "in gemeinsamer Abwehr gegen die Gefahr, welche in der Fanatisierung der ungebildeten Massen gegen die Staatsautorität liegt." Das Abkommen eröffnete auch den deutschen Südosteuropaplänen langfristige Möglichkeiten, konnte es die deutsche Regierung doch durch die Dreierkonstellation vermeiden, sich in der Südosteuropapolitik einseitig in den Dienst der Zielsetzun-

¹⁰¹ Vgl. Bormann, a. a. O., S. 213.

¹⁰² Vgl. Bormann, a. a. O., S. 253.

gen der Regierungen Österreich-Ungarns oder Rußlands zu stellen. Durch das Abkommen wurden die Regierungen beider Staaten in ihren Expansionsbestrebungen nach Südosteuropa gegenseitig blockiert.¹⁰³

3.3.2 Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 1873

Die Frankreich nach dem Krieg von 1870/71 abgepreßten "Entschädigungszahlungen" in Höhe von 5 Milliarden Reichsmark ermöglichten dem Deutschen Reich eine beschleunigte Industrialisierung und Kapitalisierung. Innerhalb der drei Jahre von 1871-1873 kam es zu einer Vermehrung des Aktienkapitals im Baugewerbe um das 27fache (von 17,42 auf 468,64 Mio. Reichsmark), im Bankgewerbe um das 9fache (von 94,55 auf 838,27 Mio. Reichsmark) und in der metallverarbeitenden Industrie um das 7fache.¹⁰⁴ So wurde Deutschland in kurzer Zeit zu einer Großbritannien und Frankreich ebenbürtigen Großmacht, die bald auf Expansion drängte.¹⁰⁵

Der "Goldregen der Milliarden" wurde in beträchtlicher Weise dazu verwendet, Deutschland aufzurüsten. Er diente zur Vergrößerung und Neubewaffnung der Armee, zum Bau von Kasernen und strategischen Eisenbahnen.¹⁰⁶ Den politischen Hintergrund dieser Aufrüstung erläuterte Generalstabschef Moltke im April 1871 folgendermaßen:

"Die gefährlichste Probe, welche der Fortbestand des neuen Deutschen Reiches auszuhalten hat, würde ein Krieg gleichzeitig mit Rußland und Frankreich sein, und da die Möglichkeit einer solchen Kombination nicht in Abrede zu stellen ist, so wird es gut sein, die Mittel zur Abwehr beizeiten in Erwägung zu ziehen."¹⁰⁷

Diese Äußerung fällt in eine Zeit, in der der deutsche Nationalstaat gerade erst mit russischer Hilfe realisiert worden war und

¹⁰³ Vgl. Böhme, a. a. O., S. 383.

¹⁰⁴ Vgl. Böhme, a. a. O., S. 351.

¹⁰⁵ Vgl. Kumpf-Korfes, Sigrid, Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals in Bulgarien vom Ende des 19. Jh. bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1969, H. 11, S. 1427.

¹⁰⁶ Jerussalimski, A. S., Die Aussenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin (DDR) 1954, S. 38 u. S. 84.

¹⁰⁷ Jerussalimski, a. a. O., S. 99.

in sich die deutsch-russische Zusammenarbeit mit dem Dreikaiser-Bündnis nach außen hin als stärker denn je präsentierte. Dennoch bereitete die deutsche Militärführung sich bereits zu diesem Zeitpunkt auf einen Krieg mit Frankreich und Rußland vor. Auf den weltwirtschaftlichen Aufschwung der siebziger Jahre folgte, aufgrund von Überakkumulation und -produktion in den Industriestaaten, im Frühjahr 1873 eine allgemeine Börsenkrise, hervorgerufen durch die Verknappung am Geldmarkt. Sie bildete den Ausgangspunkt einer allgemeinen Wirtschaftskrise. Unter der Wirkung dieser Krise, die infolge der Verbesserung der Schifffahrtslinien und der Konkurrenz aus Übersee bald von einem Sturz der Getreidepreise begleitet wurde, verschoben sich allmählich die Grundlagen des weltweiten Kapitalismus. Fast alle großen innen- und außenpolitischen Veränderungen der Folgezeit standen im Zusammenhang mit dieser Wirtschaftskrise.¹⁰⁸

In Deutschland führte die Krise zu einer Konzentrationswelle innerhalb der Wirtschaft, d. h. zur Bildung großer Industrie- und Kapitalgruppen. Dabei verloren Privatbankiers zunehmend an Bedeutung und wurden von großen Aktiengesellschaftsbanken verdrängt. Darüber hinaus wurden die Banken, bisher Wortführer liberaler Handelspolitik, zunehmend zu Verfechtern des Schutzzolls, d. h. des Protektionismus.¹⁰⁹ Eine weitere Folge der Baisse von 1873 war die Gründung von schwerindustriellen und agrarischen Interessensverbänden, die die deutsche Politik seitdem maßgeblich mitbestimmten.¹¹⁰

Auf der Ebene der Weltpolitik begann mit der Wirtschaftskrise von 1873 eine Ära gesteigerten Konkurrenzkampfes um Kolonien und imperialistische Einflußzonen. Die bestimmenden Kapitalgruppen der Vereinigten Staaten schützten sich vor dem Industriepotential Englands durch hohe Schutzzölle und begannen Südamerika als ihre "Domäne" zu betrachten. Frankreich, Großbritannien, Italien und - seit den 1880er Jahren - Deutschland okkupierten Überseekolonien, um in den Besitz von Rohstoff- und Absatzmärkten zu

¹⁰⁸ Die abwärts gerichtete Preisbewegung wurde erst 1896 durch das Aufblühen der Elektroindustrie, die Goldfunde in Alaska und die Absorption der überseeischen Getreideproduktion überwunden. (Vgl. Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg, 2. Bde., 2. stark erweiterte Auflage, München 1963, Bd. I, S. 208).

¹⁰⁹ Vgl. Böhme, a. a. O., S. 351f. u. 357.

¹¹⁰ Vgl. Böhme, a. a. O., S. 400 u. 419.

gelangen. Auf der Suche nach Expansionsmöglichkeiten rückten darüber hinaus Südosteuropa und der Nahe Osten in das Blickfeld westeuropäischer Unternehmen und Banken.

Besonders in Österreich-Ungarn und Deutschland wurde der "Orienthandel" als günstiger Weg zur Überwindung der Krise und der Depression betrachtet. Um eine wirtschaftliche Expansion nach Südosteuropa zu ermöglichen, sollten die Verkehrsverbindungen verbessert werden; daraus entsprang das Drängen des deutschen und österreichischen Kapitals auf die Verwirklichung einer Südosteuropa durchziehenden Eisenbahnverbindung¹¹¹, deren Durchsetzung später beschrieben wird.¹¹²

Die Bedingungen für eine wirtschaftliche Expansion nach Südosteuropa waren günstig, da die Regierung des Osmanischen Reiches in ihrer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt war.¹¹³ Aufgrund hoher Verschuldung¹¹⁴ mußte sie im Juli 1875 den Staatsbankrott erklären. Darraufhin gründeten die kapitalistischen Gläubigerstaaten die "Dette Ottomane", eine internationale Schuldenverwaltung für das Osmanische Reich, unter Führung Frankreichs und Englands. Da die Regierung des Osmanischen Reiches auf dem europäischen Kapitalmarkt infolge der Wirtschaftskrise kaum noch Kredite erhielt, reagierte sie mit verstärktem Steuerdruck auf ihre christlichen Untertanen, speziell in Bosnien und der Herzegowina.¹¹⁵

3.3.3 Aufstände und Krieg in Südosteuropa 1875-78

Die Wirtschaftskrise des Osmanischen Reiches und der Steuerdruck auf die ohnehin verarmte bäuerliche Bevölkerung führte zu Auf-

¹¹¹ Vgl. Palotás, Emil, Wirtschaftliche Aspekte in der Balkanpolitik Österreich-Ungarns, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 275.

¹¹² Siehe in dieser Arbeit Kapitel 3.6.3.

¹¹³ Vgl. Diózegi, István, Die Anfänge der Orientpolitik Andrássys, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 249.

¹¹⁴ Seit der Zeit des Krimkrieges (1853-1856) hatte die osmanische Regierung zum Aufbau eines neuen Heeres, einer Flotte und eines neuen Verwaltungsapparats vermehrt Anleihen bei westeuropäischen Banken aufgenommen. (Vgl. Ekmecic, Milorad, Die serbische Politik in Bosnien und der Herzegowina und die Agrarrevolution 1848-1878, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 440).

¹¹⁵ Vgl. Ekmecic, a. a. O., S. 440.

ständen der unzufriedenen Bevölkerung, die von 1875-1878 in eine permanente Kriegssituation auf der Balkanhalbinsel kulminierten. Die ersten Aufstände begannen im Juli und August 1875 in Bosnien-Herzegowina.¹¹⁶ Im Mai 1876 weitete sich der Aufstand auf Bulgarien aus. Dort kam es darüber hinaus zur Bildung einer geheimen Nationalregierung. Daraufhin startete die Osmanische Armee eine Offensive gegen die Aufständischen, in deren Verlauf sie zahlreiche Massaker an der bulgarischen Bevölkerung verübte. Ende Mai 1876 verweigerte auch die Bevölkerung Serbiens den fälligen Tribut an die Regierung des Osmanischen Reiches. Ende Juni erklärte die serbische Regierung dem Osmanischen Reich den Krieg, Anfang Juli 1876 schloß sich Montenegro der Kriegserklärung an. Es kam zu einem Bündnis der Aufstandsbewegungen von Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro. Die russische Regierung beschloß zur Unterstützung der Aufständischen am 15. Oktober 1876 die Teilmobilmachung.¹¹⁷

Mitte April 1877 unterzeichneten die Regierungen Rußlands und Rumäniens eine Konvention, in der russischen Truppen der freie Durchmarsch durch Rumänien gestattet wurde, während Rußland die territoriale Integrität Rumäniens garantierte.

Am 24. April 1877 erklärte die russische Regierung dem Osmanischen Reich den Krieg und liess ihre Truppen in Rumänien einrücken. Am 21. Juni desselben Jahres rückten russische Truppen auch in Bulgarien ein.¹¹⁸ Nach großen territorialen Gewinnen der russischen Truppen und ihrer südosteuropäischen Verbündeten kapituliert die Osmanische Armee im März 1878. Im zwischen den Kriegsparteien geschlossenen Friedensvertrag von San Stefano wurde noch im gleichen Monat die Autonomie Bosnien-Herzegowinas, die Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens und die Bildung eines großen bulgarischen Staates, der im Süden bis zur Ägäis und im Westen bis zur Grenze Albaniens reichen sollte, bestimmt.¹¹⁹ Mit der Realisierung des Vertrages wäre, durch die festgelegten Grenzen Bulgariens, entgegen den deutschen und

¹¹⁶ Vgl. Ekmecic, a. a. O., S. 437.

¹¹⁷ Vgl. Böhme, a. a. O., S. 437.

¹¹⁸ Vgl. Karpas, Kemal H., The social and political foundations of nationalism in south east europe after 1878: A Reinterpretation, in: Melville/Schröder, a. a. O., S. 398.

¹¹⁹ Vgl. Geiss, Imanuel (Hg.), Der Berliner Kongress 1878, a. a. O., S. XVI u. S. 1-9, sowie: Kinder, Hermann/Hilgemann, Werner, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, München 1994.

österreichischen Zielsetzungen ein großer, mit Rußland verbündeter, südosteuropäischer Staat entstanden. Unmittelbar nach der Unterzeichnung in San Stefano setzten vehemente Proteste der westeuropäischen Großmächte gegen das Vertragswerk ein. Mit dem Pariser Vertrag von 1856, in dem festgelegt worden war, daß territoriale Veränderungen in Südosteuropa nur mit Zustimmung der westeuropäischen Großmächte erfolgen durften, besaßen letztere ein Mittel zur Torpedierung der Beschlüsse von San Stefano. Sie legten ein Veto ein und zwangen die russische Regierung unter Kriegsdrohungen zur Teilnahme an der Berliner Konferenz im Sommer 1878, auf der die territoriale Neuordnung Südosteuropas beschlossen werden sollte.

3.3.4 Die deutsche Haltung zum Krieg in Südosteuropa 1875-1878

Auf der Grundlage des Pariser Vertrages konnten die westeuropäischen Großmächte den Krieg um Südosteuropa zwischen den dortigen Befreiungsbewegungen, Rußland und dem Osmanischen Reich aus weitem Abstand beobachten, wußten sie doch, daß eine territoriale Neuordnung nach einem Friedensschluß nur mit ihrer Zustimmung möglich war und sie alle Kriegsergebnisse am Konferenztisch revidieren konnten. In zynischer Weise wurde diese Beobachtungshaltung in einem Schreiben Bismarcks vom 10. September 1875 an das Auswärtige Amt ausgedrückt. Dort schrieb der deutsche Reichskanzler:

"Das Interesse für Reformen in der Türkei wäre ja menschlich natürlich, läge aber nicht besonders in unserer Politik (...) Wenn es wirklich zum offenen Brande kommen sollte, so müßten wir möglichst lange abwartend zuschauen, und uns die Hände an dem Feuer wärmen."¹²⁰

Im Oktober 1876 konnte er vor dem Hintergrund der internen Absprachen erklären:

"Die ganze Türkei mit Einrechnung der verschiedenen Stämme ihrer Bewohner ist als politische Institution nicht so

¹²⁰ PA/AA-Bonn, Türkei I. A. B. q. 114q. Aufstand in der Herzegovina, Bd. 5, Herbert von Bismarck an Bülow, 10. 9. 1875. (Der Brief wurde Herbert von Bismarck von seinem Vater diktiert.).

viel wert, daß sich die zivilisierten europäischen Völker um ihretwillen in großen Kriegen zugrunde richten."¹²¹

Mit anderen Worten: Solange es zwischen den westeuropäischen Großmächten nicht zu ernsthaften Differenzen über ökonomische Einflußsphären in Südosteuropa und dem Nahen Osten kam, erachtete die deutsche Regierung eine Parteinahme für die eine oder andere lokale Kriegspartei nicht für notwendig. Statt dessen war sie daran interessiert, sich für eine Wirtschaftsexpansion in Südosteuropa alle politischen Optionen offen zu halten.

Um einen Krieg zwischen den Großmächten zu vermeiden und zu verhindern, "daß aus dem orientalischen Kriege ein europäischer werde"¹²², sprachen sich die Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands am 1. August 1875 für eine Lokalisierung des Konfliktes aus.¹²³

In diesem Zusammenhang fiel auch die berühmt gewordene Äußerung Bismarcks vom 5. Dezember 1876 vor dem Reichstag, wonach er

"zu irgend welcher aktiven Betheiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht rathen" werde, solange er "in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur (...) die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre."¹²⁴

Wenn die Historiographie allein aus dieser Passage ableitet, Deutschland sei in der Regierungszeit Bismarcks an Südosteuropa desinteressiert gewesen, negiert sie nicht nur den Gesamtzusammenhang der in dieser Zeit vielfältig geplanten und bereits begonnenen deutschen Wirtschaftsexpansion in dieses Gebiet, sondern übersieht auch den Kontext dieser Äußerung in der Rede selbst. Denn an anderer Stelle der Rede erklärte Bismarck, wenn ihn jemand dahingehend verstanden habe,

¹²¹ Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes von Johannes Lepsius/Albrecht Mendelssohn-Batholdy/Friedrich Thimme, Berlin 1926/1927 (im Folgenden: G. P.), hier: G. P. 2, Diktat Bismarcks, Varzin, 20. Oktober 1876.

¹²² Reichstagsrede Bismarcks vom 5. 12. 1876, in: Bismarck, Die Gesammelten Werke, Bd. 11, Berlin 1929, a. a. O., S. 477.

¹²³ Vgl. G. P. 1, Nr. 130, Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den Geschäftsträger in Petersburg von Alvesleben, 8. Dezember 1875, Fußnote.

¹²⁴ Reichstagsrede Bismarcks vom 5. 12. 1876, in: Bismarck, Die Gesammelten Werke, Bd. 11, a. a. O., S. 476.

"daß ich gesagt haben soll, im ganzen Orient steckte kein Interesse, was so viel wert wäre, als der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich."¹²⁵

Anders formuliert: Die deutsche Regierung sah in Südosteuropa bereits damals ein ökonomisches Interessensgebiet, hielt jedoch ein militärisches Eingreifen zu dieser Zeit nicht für erforderlich.

Um sich ihre Interessen in Südosteuropa zu sichern, war die deutsche Regierung jedoch bereit, daß politische Bündnis mit der russischen Regierung auf das Spiel zu setzen.

Im Oktober 1878 offenbarte das Bündnis der Regierungen Deutschlands und Rußlands erste Risse. Am 1. Oktober übermittelte der russische Zar der deutschen Regierung die Frage, ob sie im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich "genauso handeln würde, wie er es 1870 getan" habe, d. h. ob er deutsche Rücken- deckung erwarten dürfe.¹²⁶ Die deutsche Regierung antwortete am 23. Oktober, daß sie nicht bereit sei, aus ihrer "Neutralität herauszutreten."¹²⁷

Die russische Regierung zeigte sich über die deutsche Antwort enttäuscht, da sie nach ihrer Unterstützung der deutschen Nationalstaatsbildung im deutsch-französischen Krieg 1870/71 im Gegenzug deutsche Hilfe bei der Schaffung einer russischen Einflußsphäre in Südosteuropa erwartet hatte. Sie klagte, in Deutschland habe man "die Versprechungen von 1870 vergessen."¹²⁸ Der Bruch des deutsch-russischen Bündnisses auf Regierungsebene nahm an dieser Stelle, d. h. in der Auseinandersetzung um die Hegemonie in Südosteuropa seinen Anfang, von seiten des deutschen Bürgertums und der Sozialdemokratie war dieses Bündnis, wie dargestellt, nie gutgeheißen oder gestützt worden.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ G. P. 2, Nr. 239, Telegramm des Militärbevollmächtigten in Petersburg, Generalleutnant von Werder an das Auswärtige Amt, Livadia, 1. 10. 1876.

¹²⁷ G. P. 2, Nr. 251, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow an den deutschen Botschafter in Petersburg von Schweinitz, Berlin, 23. 10. 1876. Vgl. auch Bismarck, Otto von, Gedanken und Erinnerungen, Zweiter Band, Kapitel 28: Berliner Kongreß, Stuttgart 1898, S. 211ff.

¹²⁸ Vgl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Zweiter Band, a. a. O., S. 219; G. P. 2, Nr. 252, Schweinitz an Bülow, 1. November 1876.

Im April 1877 wies Herbert von Bismarck das ständige Insistieren russischer Politiker auf deutsche Unterstützung der russischen Ambitionen in Südosteuropa zurück und schrieb:

"Wir hätten eben, neben den russischen, auch deutsche Interessen zu wahren."¹²⁹

Der deutsche Konsul in Belgrad plädierte in seinen Berichten an die Berliner Regierung in dieser Phase dafür, daß Deutschland darauf hinwirken solle, die "Südslawen" vom russischen Einfluß loszureißen.¹³⁰

Der Führer der Zentrumspartei, Ludwig Windthorst vertrat in der "Orientdebatte" des deutschen Reichstages Anfang 1878 die These, daß die deutsch-russischen Auseinandersetzungen um Südosteuropa als Konflikt zwischen dem "Slawentum" und dem "Germanentum" zu begreifen seien:

"Meine Herren, nach meinem Dafürhalten handelt es sich in diesen orientalischen Fragen um die große und für alle Zukunft bedeutungsvolle Frage, ob das germanische Element oder das slavische Element das die Welt beherrschende sein soll".¹³¹

Dies war in der Periode der 1870er Jahre keine Einzelstimme. Die bereits in den Paulskirchendebatten vertretene Überzeugung von einer "slawischen Gefahr", die angeblich die deutsche Kultur und Zivilisation in Deutschland und Österreich bedrohe, blieb auch nach der Reichsgründung von 1871 in der deutschen Gesellschaft virulent.¹³²

Das unbedingte Bestreben, Rußland aus Südosteuropa fernzuhalten, spricht auch aus einem Schreiben des deutschen Generals Blum vom 13. März 1876, der seit Beginn des Aufstands Analysen über die militärische Entwicklung der Aufstandsbewegung aus Konstantinopel an die deutsche Regierung sandte. Im genannten Schreiben plädierte er dafür, Rußland an territorialen Gewinnen in Südost-

¹²⁹ G. P. 2, Nr. 290, Herbert von Bismarck an Bülow, 27. April 1877.

¹³⁰ Vgl. Paskaleva, in: Bulgarian Historical Review 4, 1973, a. a. O., S. 52.

¹³¹ zit. nach Mommsen, Wolfgang J., Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870 bis 1914, Frankfurt/M. 1993, S. 34.

¹³² Vgl. Lammich, Das deutsche Osteuropabild in der Zeit der Reichsgründung, a. a. O., S. 3ff.

europa zu hindern und es durch Gebiete im Fernen Osten zu entschädigen.¹³³

Reichskanzler Otto von Bismarck nannte im Februar 1878 als das zunächst hervorragendste deutsche Interesse "im Orient", daß "uns die Wasserstraßen sowohl die der Meerengen wie die der Donau vom Schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher freibleiben."¹³⁴

Damit folgte Bismarck den Interessen der deutschen Wirtschaft nach der Krise von 1873. Infolge der Überproduktion und den fehlenden Investitionsmöglichkeiten im Inland orientierte sich Deutschlands Industrie und Handel zunehmend nach außen. Der englische Markt blieb jedoch zum großen Teil verschlossen, der Export nach Frankreich war aus politischen Gründen gering und Österreich-Ungarn, daß noch mit den Nachwirkungen des Börsencrash von 1873 zu kämpfen hatte, war außerstande, den deutschen Exportüberschuß aufzunehmen. Als Absatzmarkt, der über die Donau und den Landweg zu erreichen war, bot sich Südosteuropa und der Nahe Osten an.

In einer Schrift über die deutsche Politik im "Nahen Orient" von 1878-1908 hieß es über die Periode, die unmittelbar dem Berliner Kongreß von 1878 voranging:

"Regste Propagierung des Handelsverkehrs mit den Balkanstaaten, wirtschaftliche Eroberung von Neuland, erfolgreiche Strategie deutschen Unternehmungsgeistes. Einheimisierung größerer Gewinne (wenn auch in längeren Zeitläufen) (...) Bismarck begrüßt diese Wendung auf das lebhafteste und unterstützt sie nach Kräften, (...) dabei bestrebt, vor allem die Handelsbilanzziffern sprechen zu lassen".¹³⁵

Hinderlich für eine wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas zu günstigen Bedingungen für das deutsche Kapital wäre ein großer und souveräner jugoslawischer oder bulgarischer Staat gewesen.

Vor diesem Hintergrund versuchten die Regierungen Österreichs und Deutschlands die drohende Entstehung eines solchen Staates zu blockieren. Bereits 1872 hatte der österreichisch-ungarische

¹³³ Schreiben Bluhms vom 13. 3. 1876, zit. nach Geiss, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, München/Wien 1978, S. 105.

¹³⁴ G. P. 2, Nr. 314, Bismarck an Bülow, Varzin, 6. Februar 1878. Vgl. auch Raab, a. a. O., S. 8.

¹³⁵ Raab, a. a. O., S. 14.

Außenminister die Trennung der Bevölkerungsgruppen Südosteuropas zum politischen Ziel erklärt.¹³⁶ In einem österreichischen Militärgutachten von März 1878 wurde die Direktive ausgegeben, "uns der griechischen, albanischen (...) und der mohammedanischen Elemente zu unserem Vorteil zu bedienen und diese Stämme gegen die südslawischen auszuspielen."¹³⁷ In einem weiteren österreichischen Militärmemorandum von März 1878 hieß es, vor allem Bosnien-Herzegowina und die Gebiete südlich davon, einschließlich des Kosovo, müßten als "das natürliche Hinterland" der Adriaküste Österreich-Ungarns "von der serbischen und montenegrinischen Hand unberührt bleiben."¹³⁸

In dem erwähnten Schreiben des deutschen Generals Bluhm vom 13. März 1876 wurde eine staatliche Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas kategorisch abgelehnt, denn damit würde eine Entwicklung eingeleitet, durch welche Zentraleuropa durch den "Riegel" eines vom Schwarzen Meer bis zur Adria reichenden "südslawischen Staatenbundes vom Orient abgesperrt werden würde".¹³⁹

Dem Schreiben war eine Kartenskizze des Mittelmeergebiets beigelegt, in die der angesprochene "südslawische Sperriegel" eingezeichnet war - Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien und Bulgarien umfassend.

Das Memorandum Bluhms wurde von der Berliner Regierung ausgewertet und kam vermutlich auch zur Kenntnis Bismarcks. Es liegt

¹³⁶ Vgl. Diózegi, István, Die Anfänge der Orientpolitik Andrásstys, in: Melville/Schröder, a. a. O., S. 252ff.

¹³⁷ Generalmajor (GM) Freiherr von Beck: Militärische Betrachtungen über die durch den Frieden von St. Stefano geschaffenen neuen Grenzen auf der Balkan-Halbinsel, Wien, 24. März 1878, zit. nach Haselsteiner, Horst, Zur Haltung der Donaumonarchie in der Orientalischen Frage, in: Melville/ Schröder (Hg.), a. a. O., S. 236.

Im Kontext des jugoslawischen Krieges seit 1991 stellt sich die Frage, inwiefern die 1878 ausgegebene Direktive eines "Teile und Herrsche" von seiten der deutschen Politik wieder aufgenommen wird. Die einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens Ende 1991 und die Unterstützung der kosovo-albanischen Terrorgruppe UCK seit Mitte der neunziger Jahre sind Anzeichen für eine solche Kontinuität.

¹³⁸ Memorandum des k. u. k. Oberstleutnant von Thoemmel über die durch die Piktuationen des Vertrages von San Stefano geschaffene Situation mit besonderem Bezug auf Montenegro, dann Serbien und Bulgarien; Wien, 22. März 1878, zit. nach Haselsteiner, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 235.

¹³⁹ Schreiben Bluhms vom 13. 3. 1876, in: Geiss, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, a. a. O., S. 105.

ganz auf der Linie, die sich in der deutschen Reichspolitik im Hinblick auf Südosteuropa spätestens auf dem Berliner Kongreß von 1878 durchsetzte.¹⁴⁰

3.4 Der Berliner Kongreß von 1878

Im Sommer 1878 beriefen die Regierungen der europäischen Großmächte die Berliner Konferenz ein, um dort die territoriale Neuordnung Südosteuropas festzulegen. Den Vorsitz der Konferenz übernahm der deutsche Reichskanzler Bismarck.

In der deutschen Geschichtsschreibung ist die Auffassung verbreitet, daß der Berliner Kongreß die Basis für einen Aufstieg der jungen Nationalstaaten in Südosteuropa gelegt habe.¹⁴¹ Das Gegenteil ist der Fall. Der Berliner Kongreß muß als eine Reaktion der westeuropäischen Großmächte auf eine Sozialrevolution verstanden werden, deren Ziel ein einheitlicher Staat auf der Balkanhalbinsel war.¹⁴² Auch wenn einigen Staaten Südosteuropas auf dem Berliner Kongreß die formale Unabhängigkeit zugesprochen wurde, so bildete der Berliner Vertrag doch vielmehr eine entscheidende Grundlage für die Durchsetzung imperialistischer Einflußnahme in Südosteuropa.¹⁴³ Der Vertrag machte Südosteuropa "noch verwundbarer für politische und ökonomische Interventionen von außen"¹⁴⁴ und eröffnete den imperialistischen Zielsetzungen der westeuropäischen Großmächte alle Möglichkeiten.

Der Berliner Kongreß schuf "die von den kapitalistischen Großmächten Europas "abhängige halbkoloniale Kleinstaatenwelt Südosteuropa - die Dritte Welt des 19. Jahrhunderts."¹⁴⁵ Für die Etablierung des Imperialismus in unterentwickelt gehaltenen Ländern hatte der Berliner Kongreß von 1878 eine ähnliche Funktion wie

¹⁴⁰ Vgl. Geiss, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, a. a. O., S. 105f.

¹⁴¹ Vgl. Geiss, Imanuel, Der Berliner Kongreß. Eine historische Retrospektive, in: Melville/Schröder(Hg.), a. a. O., S. 34.

¹⁴² Vgl. Ekmecic, Milorad, Die serbische Politik in Bosnien und der Herzegowina und die Agrarrevolutionen 1848-1878, in: Melville/Schröder(Hg.), a. a. O., S. 427.

¹⁴³ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 37. Der Text des Berliner Vertrages ist u. a. enthalten in: Ausgewählte Aktenstücke zur orientalische Frage, herausgegeben von Karl Strupp, S. 139ff.

¹⁴⁴ Jelavich, Barbara, Roumania at the Congress of Berlin: Problems of Peacemaking, in: Melville/Schröder(Hg.), a. a. O., S. 189 (Übersetzung d. V.).

¹⁴⁵ Vgl. Weithmann (Hg.), Der ruhelose Balkan, a. a. O., S. 15.

die vier Jahre später ebenfalls in Berlin stattfindende Afrika-Konferenz.

Die wesentlichen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Konflikte in Südosteuropa seit 1878 sind nur vor dem Hintergrund der Bestimmungen des Berliner Vertrages angemessen zu analysieren. Die dauernde politische Instabilität Südosteuropas nahm hier ihren Anfang. Die neuen Grenzziehungen erfolgten ausschließlich nach dem Kalkül der westeuropäischen Großmächte. Dabei wurden Frankreich, Großbritannien und Österreich als Hegemonialmächte im Laufe der 1880er und 1890er Jahre mehr und mehr von Deutschland verdrängt. Auch dafür wurden die Grundlagen auf dem Berliner Kongreß gelegt. Durch ihre Verhandlungsführung, mit der sie immer wieder Konflikte zwischen den übrigen Großmächten "absichtlich und zielgerichtet schürte", beseitigte die deutsche Regierung die Möglichkeit einer Koalition zwischen England, Österreich-Ungarn und Rußland gegen Deutschland. Mit dem Berliner Kongreß etablierte sich Deutschland als Großmacht in Europa.¹⁴⁶

Bei der Neuregelung der Staatenordnung Südosteuropas während des Berliner Kongresses hatte sich die uneigennützig auftretende deutsche Regierung nach den Worten eines französischen National-ökonomen

"ein Thor geöffnet (...), von welchem aus das germanische Mitteleuropa mit der Ueberzahl seiner Bevölkerung und den Ueberschusse seiner Erzeugnisse sich den Orient erobern könnte."¹⁴⁷

Die fehlende Mitbestimmung der Bevölkerung Südosteuropas offenbart dagegen bereits die Teilnehmerliste des Kongresses. Sieben Großmächte waren vertreten: Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und das Osmanische Reich. Vertreter der Staaten Südosteuropas, über deren Zukunft verhandelt wurde, durften dagegen nicht mitbestimmen. Nur Delegierte Griechenlands, Rumäniens und Persiens wurden zu sie betreffenden Fragen vom Kongreß angehört, ohne jedoch Stimmrecht zu erhalten.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Vgl. Kosev, in: Melville/Schröder(Hg.), a. a. O., S. 80.

¹⁴⁷ Dehn, Deutschland und Orient in ihren wirtschaftspolitischen Beziehungen, a. a. O., Tl. 1., S. XXVI.

¹⁴⁸ Vgl. Geiss (Hg.), Der Berliner Kongreß. Protokolle und Materialien, a. a. O., S. XVII.

Darüber hinaus waren fast alle Fragen, mit denen sich der Kongreß beschäftigte, schon im Vorfeld durch geheime bilaterale Abkommen oder unter vier Augen hinter den Kulissen gelöst worden.¹⁴⁹ Als Verlierer des Berliner Konferenz müssen neben den südosteuropäischen Befreiungsbewegungen Rußland und das Osmanische Reich angesehen werden. Während Rußland seinen Anspruch auf die Schaffung eines großen bulgarischen Staates aufgeben mußte, verlor das Osmanische Reich einen großen Teil seiner Gebiete in Südosteuropa. Die russische Regierung hatte ihre Zustimmung zum Kongreß davon abhängig gemacht, daß er in Berlin stattfinden würde, so daß dem deutschen Kanzler automatisch das Präsidium zufiele. Von der deutschen Regierung erhoffte sich die zaristische Regierung Dank für die Rückendeckung in den Reichseinigungskriegen und Hilfe in seiner schwierigen inneren und äußeren Lage.¹⁵⁰ Diese Hoffnungen wurden von deutscher Seite gründlich enttäuscht. Die Regierung des Osmanischen Reiches, dessen finanzielle Lage sich durch hohe Kriegskontributionen an Rußland noch einmal drastisch verschlechtert hatte, mußte sich 1880 zur Regelung ihrer Auslandsschulden und zur Wiederherstellung ihrer Kreditfähigkeit einer Schuldenverwaltung der kapitalistischen Großmächte unterwerfen, der Dette Publique Ottomane. Diese verwaltete seitdem zwei Fünftel der osmanischen Staatseinnahmen, die als Sicherheit für die Gewährung von Staatskrediten verpfändet wurden, in eigener Regie. Die Schuldenverwaltung bildete ein Einfallstor des europäischen Finanzimperialismus in das Osmanische Reich. Deutschland war mit einem Delegierten im Verwaltungsrat vertreten.¹⁵¹

Die russische Regierung mußte die Aufhebung der im Vertrag von San Stefano bestimmten Grenzen Bulgariens akzeptieren. Mittels des bulgarischen Bündnispartners hatte sie sich einen Zugang zur Ägäis erhofft. Die Berliner Konferenz bestimmte demgegenüber, daß die Südgrenze Bulgariens so weit als möglich vom Ägäischen Meer und von den Meerengen entfernt verlaufen solle. Dem neuen Fürstentum wurde eine Fläche zugeteilt, die nur etwas mehr als

¹⁴⁹ Vgl. Kosev, Konstantin, Die Orientpolitik Preussen-Deutschlands in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts und die Befreiung Bulgariens, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 80.

¹⁵⁰ Vgl. Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O., S. 154.

¹⁵¹ Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 38f.



aus: Weithmann, Balkan-Chronik, a. a. O.

einem Drittel des in San Stefano geplanten bulgarischen Staates entsprach. Das bulgarische Gebiet wurde in zwei von einander getrennte Verwaltungseinheiten mit unterschiedlichem Status aufgeteilt, mit dem Balkangebirge als Grenze. Der nördliche Teil wurde zum autonomen, der osmanischen Regierung jedoch weiter tributpflichtigen Fürstentum Bulgarien erklärt. Davon abgetrennt wurde im Süden ein Gebiet mit der Bezeichnung Ost-Rumelien als von Sultan weiterhin direkt regierte Provinz mit begrenzter Autonomie. Zum Ausgleich für diese Zugeständnisse in Bulgarien ließ die britische Regierung sich in einer Geheimkonvention von der osmanischen Regierung das Recht auf die Okkupation Zyperns übertragen.¹⁵² Die Verwaltung Bulgariens und Ost-Rumeliens wurde für neun Monate von russischen Offiziellen übernommen. In dieser Übergangsphase sollten die genauen Grenzen zwischen den beiden bulgarischen Gebieten festgelegt werden. Nach Ablauf der neun Monate hatten sich russische Truppen vollständig aus Bulgarien und Ost-Rumelien zurückzuziehen und die Regierungsgeschäfte der neuen Regierung zu übergeben.¹⁵³

Die auf dem Berliner Kongreß bestimmte vorläufige russische Verwaltung wurde im Frühjahr 1879 durch die Wahl eines bulgarischen Fürsten beendet. Der deutsche Reichskanzler ergriff die Initiative für die Wahl des Kandidaten. Er schlug den Fürsten Alexander von Battenberg, der dem Haus Hessen-Darmstadt entstammte, vor. Da er gleichzeitig ein Neffe der russischen Zarin war, stimmte die russische Regierung seiner Einsetzung zu. Im April 1879 wurde Battenberg zum erblichen bulgarischen Fürsten gewählt.¹⁵⁴ Nachdem, er 1885 - entgegen den Bestimmungen des Berliner Vertrages - den Anschluß Ostrumeliens an das Fürstentum Bulgarien durchsetzte, mußte er auf Druck der russischen Regierung, die ihren Einfluß in Südosteuropa zunehmend schwinden sah, zurücktreten. Doch mit Ferdinand von Koburg wurde 1887, gegen den

¹⁵² Die Okkupation Zyperns durch Großbritannien am 12. Juli 1878, d. h. unmittelbar am Ende des Berliner Kongresses, war ein Schritt zur Okkupation Ägyptens (1882), zur Kontrolle des Suezkanals und des Seewegs nach Indien und erleichterte als Ausgleich für den kolonialen Zuwachs Großbritanniens, die Besetzung von Tunis durch Frankreich 1881. (Vgl. Geiss (Hg.), Der Berliner Kongreß, a. a. O., S. XXV u. S. 13).

¹⁵³ Vgl. Medlicott, William Norton, The Congress of Berlin and after. A Diplomatic History of the Near Eastern Settlement, 1878-1880, London 1938, Second Edition Edinburgh 1963, S. 137.

¹⁵⁴ Vgl. Todorova, Cvetana, Bismarck und die "Bulgarische Frage", in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 85-88.

Willen der russischen Regierung wiederum ein deutscher Fürst zum bulgarischen Regenten ernannt. Die für Rußland ohnehin mageren Ergebnisse des Berliner Kongresses waren damit vollständig zur Makulatur geworden.¹⁵⁵ 1908 rief sich Koburg zum Zaren eines Königreichs Bulgariens aus und setzte dessen vollständige Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich durch. Ferdinand von Koburg blieb bis 1918 im Amt, bis er die Nachfolge seinem ältesten Sohn übergab, der als Zar Boris III. von 1918-1943 regierte. Bulgarien stand somit fünfundsechzig Jahre lang unter der Herrschaft einer deutschen Dynastie.¹⁵⁶

Der größte Teil Mazedoniens verblieb auf Beschluß des Berliner Kongresses innerhalb des Osmanischen Reich. Griechenland erhielt kleine Gebiete in Thessalien und Epirus. Rumänien, Serbien und Montenegro wurde auf dem Berliner Kongress die formale Unabhängigkeit in Aussicht gestellt, wenn sie die volle Religionsfreiheit zusicherten.

Montenegro wurden die Gebiete, die seine Truppen während des Krieges erobert hatten, abgesprochen. Vor allem wurde sein Zugang zur Adria geschmälert.¹⁵⁷ Als Ausgleich mußte sich die Regierung Montenegros mit kleinen Streifen der Herzegowina und Nordalbaniens zufriedengeben. Der Gebietszuwachs, der Serbien in Berlin zugestanden wurde, war um ein Viertel kleiner als im Vertrag von San Stefano. Die neuen serbischen Gebiete lagen hauptsächlich im Kosovo.¹⁵⁸ Mit der Gebietsaufteilung im späteren Jugoslawien hatte sich die deutsch-österreichische Position durchgesetzt. Ein Zusammenschluß von Serbien, Montenegro und Bosnien wurde unterbunden. Die österreichische Delegation hatte für diesen Fall gedroht, die Konferenz zu verlassen.¹⁵⁹

Die ökonomische Unabhängigkeit der neuen Staaten Serbien und Montenegro wurde von vorneherein durch Bestimmungen des Berliner Vertrages eingeschränkt. Die Regierungen beider Staaten mußten

¹⁵⁵ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 85 u. 93; Jäckh, Ernst, Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg, Berlin 1913, S. 116; Jerussalimski, a. a. O., S. 236.

¹⁵⁶ Vgl. Hoppe, Hans-Joachim, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979, S. 23ff.

¹⁵⁷ Vgl. Batowski, Henryk, Die territorialen Bestimmungen von San Stefano und Berlin, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 57.

¹⁵⁸ Vgl. Batowski, a. a. O., S. 60 u. S. 62.

¹⁵⁹ Vgl. Medlicott, a. a. O., S. 59.

sich verpflichten, einen Teil der Schulden des Osmanischen Reiches zu übernehmen.¹⁶⁰

Darüber hinaus wurden die neuen Staaten Südosteuropas, wie später weiter ausgeführt, im Berliner Vertrag gezwungen, in ihren Gebieten Eisenbahnstrecken zu bauen, die Deutschland und Österreich-Ungarn eine direkte Landverbindung in das Osmanische Reich sichern sollten. Aufgrund notwendiger Anleihen für die Eisenbahnbauten mußten sich die Staaten Südosteuropas weiter verschulden.

Österreich-Ungarn erhielt durch Beschluß des Berliner Kongresses das Recht zur Okkupation (nicht der Annexion) Bosnien-Herzegowinas und des Sandschaks von Novibazar auf unbestimmte Zeit zugestanden. Der Sandschak schob sich als kleiner Landstreifen wie ein Riegel zwischen Montenegro und Serbien. Seine Kontrolle sollte einerseits einen Zusammenschluß Serbiens und Montenegros zu einem jugoslawischen Staat verhindern und andererseits den Bau einer serbischen Territorium umgehenden Eisenbahnverbindung Österreichs zum griechischen Hafen Saloniki ermöglichen. Darüber hinaus wollte die Habsburger Regierung ein Übergreifen jugoslawischer Aufstandsbewegungen auf Österreich-Ungarn verhindern. Zu diesem Zweck ließ sie sich im Berliner Vertrag das Recht zusichern, im Sandschak Militärgarnisonen errichten zu dürfen.¹⁶¹

Nach dem Einmarsch österreich-ungarischer Truppen in Bosnien-Herzegowina Ende Juli 1878 kam es zu heftigen Protest- und Widerstandsaktionen der Bevölkerung, der erst nach der Einnahme Sarajevos durch die österreich-ungarische Armee am 19. August 1878 gebrochen wurden.¹⁶²

Das Dilemma, das mit der österreichischen Okkupation Bosnien-Herzegowinas einsetzte, wurde von einem englischen Diplomaten treffend beschrieben:

¹⁶⁰ Vgl. Art. XXXIII. des Berliner Vertrages (Schuldenverpflichtung Montenegros), Art. XLIII. (Schuldenverpflichtung Serbiens), in: Medlicott, a. a. O., S. 415f.

¹⁶¹ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 38; Art. XXV. des Berliner Vertrages, in: Medlicott, a. a. O., S. 413.

¹⁶² Vgl. Geiss (Hg.), Der Berliner Kongreß, a. a. O., S. XXIV u. S. 13; Batowski, Henryk, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 58.

"Es ist sehr einfach, an einem grünen Tisch zu sitzen und ein Weltreich auf der Karte zu zerschneiden, (...) es ist aber eine gänzlich andere Angelegenheit, das was so einfach bestimmt wurde, in die Praxis umzusetzen. Ich denke, daß es in diesem unglücklichen Land über Jahre zu keinem Ende des Ärgers und des Blutvergießens kommen wird."¹⁶³

Heute, einhundertzwanzig Jahre später, gilt diese Aussage weiterhin.

Der Berliner Kongreß leitete darüber hinaus den Bruch des deutsch-russischen Bündnisses ein, der sich 1890 endgültig vollzog. Der russische Zar bezeichnete den Kongress als eine europäische Koalition gegen Rußland unter der Führerschaft von Bismarck.¹⁶⁴ Demgegenüber versuchte die deutsche Regierung in Anschluß an den Berliner Kongreß ein erneutes Vordringen Rußlands nach Südosteuropa 1879 durch ein Militärbündnis mit Österreich-Ungarn, den sogenannten "Zweibund" zu verhindern.¹⁶⁵

Damit war die Konstellation der Bündnisse und Gegner des Ersten Weltkrieges in die Wege geleitet. Selbst der "Mitteleuropa"-Verfechter Friedrich Naumann notierte 1916 rückblickend:

"Sicher aber ist, daß der jetzige Weltkrieg zu einem Teile eine Folge des Berliner Kongresses ist, denn von da an trat der Gegensatz zwischen Rußland und Deutschland in die Geschichte ein. Von da an gibt es auch eine Art deutscher Balkanpolitik in allerweitesten Umrissen und von da an hören und fühlen wir die Schüsse südlich der Save und Donau."¹⁶⁶

Eine empfindliche und dauerhafte Störung erfuhr das deutsch-russische Verhältnis darüber hinaus durch die Anhebung der deutschen Getreidezölle 1879, die auf Druck der Großagrarier erfolgte. Rußland war für seine Industrialisierung auf den forcierten Getreideexport angewiesen. Der deutsche Getreideschutzzoll von 1879, der 1885 noch einmal erhöht wurde, kam in seiner Wirkung einer wirtschaftlichen Kriegserklärung gleich. Die Erhöhung des deutschen Zolltarifs im Jahre 1885 führte innerhalb eines Jahres

¹⁶³ Lord Layard, zit. nach Medlicott, a. a. O., S. 138. (Übers. d. V.).

¹⁶⁴ Vgl. Medlicott, a. a. O., S. 154.

¹⁶⁵ Vgl. Böhme, a. a. O., S. 443; Geiss, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, a. a. O., S. 89-94; Bismarck, Gesammelte Werke, Band 8, a. a. O., S. 237, Bismarck mit K. Braun.

¹⁶⁶ Naumann, Friedrich, Bulgarien und Mitteleuropa, in: ders., Werke, Bd. 4, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/Opladen 1964, S. 810f.

zur Halbierung der Roggen- und Weizeneinfuhr von Rußland nach Deutschland.¹⁶⁷

3.5 Deutsche Südosteuropapolitik 1878-1890

3.5.1 Bündnissysteme der 1880er Jahre

Die Periode nach dem Berliner Kongreß zeigte immer deutlicher, daß sich die nach außen demonstrierte angebliche deutsche Neutralität und Interessenlosigkeit in der "Orientalischen Frage" keineswegs mit den steigenden wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Südosteuropa und im Nahen Osten deckte. Die Ausdehnung des Absatzgebietes nach außen und die Gewinnung von Rohstoffmärkten wurde nach 1879 zum wesentlichen Ziel der Handelspolitik.¹⁶⁸ Dazu diente die Eroberung direkter Kolonien in Übersee und indirekter Kolonien in Südosteuropa und dem Nahen Osten, die in den 1880er Jahren einsetzte.

Um "freie Hand" für eine wirtschaftliche Expansion zu erhalten, war die deutsche Regierung in den 1880er Jahren bestrebt, potentielle Konkurrenten in einem ausgeklügelten Bündnissystem einzubinden und dadurch gegenseitig zu blockieren. Eines dieser Bündnissysteme war der erwähnte deutsch-österreichische "Zweibund" von 1879, der 1883 durch Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert wurde. Auf deutsches Betreiben trat diesem 1883 noch Rumänien bei, womit die Funktion dieses Staates als militärischer Vorposten Deutschlands in Südosteuropa nunmehr auch institutionalisiert wurde.¹⁶⁹

Ein weiteres antirussisches Bündnis stellte die im Februar 1887 abgeschlossene "Mittelmeer-Entente" zwischen Italien, Großbritannien und Österreich-Ungarn dar, die zwar ohne direkte Beteiligung, aber mit flankierender Unterstützung der deutschen Regierung zustande kam. Das Bündnis richtete sich einerseits gegen koloniale Aspirationen Frankreichs in Nordafrika, andererseits

¹⁶⁷ Vgl. Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O., S. 179ff.; Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M. 1974, S. 55.

¹⁶⁸ Böhme, a. a. O., S. 540.

¹⁶⁹ Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 361.

gegen ein russisches Vordringen in Südosteuropa. Die Vertragspartner erklärten, daß "bezüglich der Küsten des Schwarzen Meeres, des Ägäischen Meeres sowie der Nordküste von Afrika der Status quo aufrechterhalten werden sollte und verhindert werden müsse, daß "die Herrschaft irgendeiner anderen Großmacht über irgendeinen Teil dieser Küsten ausgedehnt würde."¹⁷⁰

Während die deutsche Regierung auf diese Weise bestrebt war, sich gegen expansionistische Ambitionen Rußlands in Südosteuropa abzusichern, war sie andererseits noch darum bemüht, einem offenen Konflikt mit Rußland zu umgehen und ein russisches Bündnis mit Frankreich und Großbritannien zu verhindern. Deshalb versuchte sie weiterhin Rußland in ihr Bündnissystem einzubinden. Dies gelang im Juni 1881 mit dem Abschluß der "Drei-Kaiser-Allianz" (befristet auf drei Jahre). Dieser Vertrag gab der deutschen Regierung die Sicherheit, daß Rußland und Österreich-Ungarn nur im gemeinsamen Einverständnis militärisch in Südosteuropa eingreifen konnten. Die deutsche Seite behielt sich dabei vor, gegen jede Aktion der beiden anderen Mächte ein Veto einlegen zu können.¹⁷¹

Die Drei-Kaiser-Allianz wurde 1884 noch einmal um drei Jahre verlängert, 1887 aber nicht wieder erneuert. Die Allianz verlor in diesem Jahr durch die Einsetzung des deutschen Adligen Ferdinand von Koburg als Fürsten von Bulgarien ihre Basis, da die damit beendete informelle russische Kontrolle über Bulgarien bisher eine Grundlage des Abkommens gebildet hatte. Als letztes deutsches Bündnis mit Rußland blieb bis 1890 der Rückversicherungsvertrag von Juni 1887 erhalten. Dieser beinhaltete ein Defensivbündnis für den Fall eines Konfliktes Rußlands mit Österreich-Ungarn beziehungsweise des Deutschen Reiches mit Frankreich.¹⁷²

Mit dem Zweibund, der Mittelmeer-Entente, der Drei-Kaiser Allianz und dem Rückversicherungsvertrag schuf sich die deutsche Regierung in den 1880er Jahren ein Netz von Bündnissen, auf dessen Grundlage jedes ihr unerwünschte Eingreifen anderer Großmächte

¹⁷⁰ Vgl. G. P. 4, Nr. 890, Der Botschafter in London Graf von Hatzfeld an Bismarck, London, 10. 2. 1887; Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 87ff.

¹⁷¹ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 40f. u. 55.

¹⁷² Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 90f.

in Südosteuropa ausgeschlossen war. Auf dieser Basis konnte das deutsche Kapital die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas ohne Befürchtung vor politischen Verlusten voran-treiben.

3.5.2 Die Initiative für eine deutsch-österreichische Zollunion von 1879

Mit der Zielrichtung, Deutschland als Führungsmacht eines zoll-vereinigten "Mitteleuropa" zu etablieren, bot die deutsche Regierung Österreich-Ungarn 1879 den Abschluß einer Zollunion an. Drei- ßig Jahre zuvor, war der vom österreichischen Handels- minister Bruck vorgelegte Plan einer "mitteleuropäischen" Zoll- union von der "Nordsee bis zur Adria", wie erwähnt¹⁷³, von der preußischen Regierung noch abgelehnt worden. Nun, da Deutschland infolge der abgeschlossenen Nationalstaatsbildung und der fort- schreitenden Industrialisierung Österreich-Ungarn an Wirt- schaftskraft übertraf, übernahmen Teile der deutschen National- bourgeoisie diese Pläne zur Errichtung eines großen Einflußge- bietes. Während sich Deutschland auf der Basis der hohen franzö- sischen Kriegsschadigungen rasch industrialisiert hatte, war in Österreich und in Südosteuropa die überwiegend agrarische Struktur weitgehend erhalten geblieben. Vor diesem Hintergrund erschien eine Einbindung dieser Regionen in einen Freihandelssy- stem mit Deutschland dem deutschen Industriekapital langfristig erstrebenswert, um der deutschen Exportindustrie gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz in diesem Gebiet günstigere und ge- sicherte Handelsbedingungen zu garantieren. Auf Ablehnung stie- ssen derartige Pläne dagegen noch bei den deutschen Großgrundbe- sitzern, die das Eindringen billiger südosteuropäischer Agrar- produkte auf dem deutschen Markt fürchteten.¹⁷⁴ Auch die österrei- chische Regierung wandte sich zu diesem Zeitpunkt gegen das deutsche Zollunionsprojekt. Sie lehnte "Form und Ausmaß" der Bindung - die einer Kettung der Doppelmonarchie an Deutschland gleichgekommen wäre - ab. Vor allem österreichische Montanindu- strielle und ungarische Großindustrielle sahen ihre Existenz in einer Freihandelszone durch die deutsche Konkurrenz bedroht.

¹⁷³ Siehe in dieser Arbeit S. 80f.

¹⁷⁴ Böhme, a. a. O., S. 590f.

Auch die deutschen Industrieverbände wandten sich in dieser Phase noch gegen die Umsetzung der Zollunionspläne. Der Zentralverband deutscher Industrieller und der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrachteten den Zeitpunkt als verfrüht. Sie wollten erst eine Erweiterung der Produktionskapazität der deutschen Industrie abwarten.¹⁷⁵

Reichskanzler Bismarck gab somit den Zollunionsplan vorerst auf. In einem Schreiben von März 1880 bemerkte er jedoch, daß er langfristig

"eine die beiden Reiche umfassende Zolleinigung als das ideale Ziel betrachte, welches unserem handelspolitischen Transactionen ihre Richtung anweist."¹⁷⁶

Seit 1879 blieben Handelsverträge und das Projekt einer "mitteleuropäischen Zollunion" die Varianten der expansiven deutschen Handelspolitik in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, um der deutschen Wirtschaft Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu sichern, ein Gegengewicht gegen die Großmächte England, Rußland und USA zu schaffen und Deutschland als Weltmacht zu etablieren.¹⁷⁷

3.5.3 Eisenbahnbauten in Südosteuropa

Als Voraussetzung der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas von seiten Deutschlands wurde dem Eisenbahnbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle beigemessen. Mit dem Bau von Eisenbahnen kündigten imperialistische Mächte außerhalb ihres bisherigen unmittelbaren Einflußbereiches die Absicht an, das betreffende Gebiet ökonomisch zu durchdringen und politisch zu übernehmen.¹⁷⁸

¹⁷⁵ Vgl. Böhme, a. a. O., S. 592; Gutsche, Willibald, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20 (1972), S. 535.

¹⁷⁶ zit. nach Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 44.

¹⁷⁷ Vgl. Gottwald, Herbert, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Mitteleuropapolitik der herrschenden Klasse in Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1918, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977, S. 146; Gutsche, Mitteleuropapolitik in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, a. a. O., S. 535.

¹⁷⁸ Vgl. Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O., S. 50.

1878 erschien in Wien ein umfassendes Eisenbahnbauprogramm für Südosteuropa. Es zielte auf die Erschließung der Balkanhalbinsel als "prädestinierte Ergänzungszone" und "unumgänglich nothwendiges, natürliches agricoles Absatzgebiet" der Industrie Deutschlands und Österreich-Ungarns. Mittels der projektierten Eisenbahnstrecken sollte die Konkurrenz der "westeuropäischen Seestaaten" Großbritannien und Frankreich aus diesem Absatzgebiet verdrängt werden. Der Eisenbahnbau sollte dabei nicht in Südosteuropa enden, sondern, wie vierzig Jahre zuvor bereits von Friedrich List gefordert¹⁷⁹, von dort weiter in den Nahen Osten bis nach Indien geführt werden. Der Autor plädierte für die Realisierung einer grossen internationalen Transitlinie Hamburg-Berlin-Wien-Budapest-Bagdad-Basra-Bombay, die er als "nächstliegende und wichtigste Basis des künftigen central-europäisch-orientalischen Verkehrsgebietes" bezeichnete. "Eine hervorragende Bedeutung im künftigen südöstlichen Bahnnetz Europa's" maß er dabei der serbischen Strecke über Belgrad und Nis zu, die Deutschland und Österreich sowohl mit Griechenland als auch mit dem Osmanischen Reich verbinden sollte. Um diese Strecke zu realisieren, müßten die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns in "einmüthiger und nachdrücklichster Weise" die Einräumung "gewisser localer Begünstigungen" von seiten der Regierungen Serbiens und des Osmanischen Reiches durchsetzen. Dazu zählte der Autor u. a.: Die Beschaffung und "unentgeltliche Überlassung des zum Eisenbahnbaus erforderlichen Areals" und die "Einräumung des Exploitationsrechts der Waldungen, Steinbrüche und Bergwerke in einer bestimmten zu beiden Seiten der Bahnaxe gelegenen Zone". Derartige Bedingungen mußte die serbische Regierung bald darauf im Vertrag der Berliner Konferenz und die Osmanische Regierung einige Jahre später im Bagdadbahnvertrag akzeptieren. Neben der Strecke über Belgrad und Sofia sah der Autor des Eisenbahnbauprogramms von 1878 eine weitere Linie von Hamburg über Wien, Budapest und Bukarest nach Konstantinopel vor.¹⁸⁰

Sechs Jahre später forderte auch der einflußreiche Publizist und spätere Alldeutsche, Paul Dehn¹⁸¹, den Bau von Eisenbahnlinien

¹⁷⁹ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 16.

¹⁸⁰ Vgl. Südenhorst, Alois Edler von, Die Eisenbahnverbindungen Central-Europas mit dem Oriente und deren Bedeutung für den Welthandels-Verkehr, Wien 1878, S. 19, 22, 24, 32, 42, 54f.

¹⁸¹ Siehe zu Dehn in dieser Arbeit S. 186, Fußnote.

zwischen Deutschland und Südosteuropa, um den dortigen Einfluß der Seemächte Großbritannien und Frankreich zurückzudrängen und das Gebiet für die deutsche Wirtschaft zu erschließen. Mit Hilfe der fehlenden Eisenbahnverbindungen könne Deutschland "im Orient festeren Fuß" fassen und seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausdehnen.¹⁸² Er bemerkte:

"Wollte Mitteleuropa im Orient wieder konkurrenzfähig auftreten, so müßte es vor Allem auf die Schaffung günstigerer Verkehrsverhältnisse, auf den Ausbau von Eisenbahnen nach der Balkanhalbinsel bedacht sein."¹⁸³

Deutschland solle die früher viel genutzten Überlandwege durch Südosteuropa in den Nahen Osten wieder konkurrenzfähig machen. Dafür müsse ein zweckmäßiges Eisenbahnsystem errichtet werden, wie es bereits Friedrich List entworfen habe. Als erste Handelsmacht Europas könne Deutschland so wieder zur Vermittlerin zwischen "Abendland" und "Morgenland" werden. Im "europäischen und asiatischen Orient", d. h. in Südosteuropa und im Nahen Osten läge das geographisch natürliche "wirtschaftlich ergänzende Handelsgebiet" des "deutschen Mitteleuropa."

Nach dem Ausbau der Eisenbahnen werde beispielsweise

"Serbiens Reichtum an Bodenerzeugnissen und Rohprodukten erst zur vollen Geltung kommen. Erst dann könne Serbiens Reichtum an Bau- und Werkholz, an Erzen und Steinkohlen erschlossen werden und Serbiens Export von Schweinen und Agrarerzeugnissen weiter gesteigert werden. Auch Mazedoniens Exportartikel Baumwolle, Tabak, Öl und Reis könnten durch die Fertigstellung der Bahnanschlüsse "in erheblichen Massen gegen Austausch von Industrie-Erzeugnissen nach Norden ziehen."¹⁸⁴

Bisher seien in Südosteuropa fast ausschließlich Bahnlinien vom Mittelmeer bzw. Schwarzen Meer in das Landesinnere gebaut worden, die in erster Linie dem britischen Seehandel zu gute kämen. Um diese Konkurrenz zurückzudrängen, müsse der Bau von kontinen-

¹⁸² Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 55 u. 65.

¹⁸³ Dehn, Paul, Deutschland und Orient..., a. a. O., S. 41.

¹⁸⁴ Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 68.

talen Landverbindungen zwischen Deutschland und Südosteuropa durchgesetzt werden.¹⁸⁵

Es sei nicht länger hinzunehmen,

"daß das deutsche Mitteleuropa sich in seinem natürlichen Handelsgebiet in den südosteuropäischen Staaten, verdrängt sehen muß von den fernegelegenen westeuropäischen See- und Handelsmächten."

Deutschland müsse nun "selbständig die Initiative" ergreifen, um die "orientalischen Bahnen" zu seinen Gunsten auszubauen.¹⁸⁶

Hier wird deutlich, daß Südosteuropa seit den 1880er Jahren zunehmend in den Blickpunkt deutscher Interessen rückte. Zum einem sollte hier "abseits des Machtbereiches des seegewaltigen England" ein "blockadesicherer" Landweg zwischen Deutschland und dem Nahen Osten ausgebaut werden, zum anderen galt das Gebiet zunehmend als eigenständiges, wirtschaftlich attraktives Expansionsobjekt.¹⁸⁷

Mit großen Nachdruck verlangten deutsche Kapitalvertreter von der Diplomatie, den freien Weg für den deutschen Handel in Richtung Südosten zu sichern.

Der einzige vorhandene durchgängige Verkehrsweg von Deutschland nach Südosteuropa und über das Schwarze Meer in den Nahen Osten war bis in die 1880er Jahre die Donau. Doch die österreichische Donauschiffahrtsgesellschaft hatte die Schifffahrt auf dem Unterlauf der Donau monopolisiert. Eine Erhöhung des deutschen Handels mit den Ländern an der unteren Donau konnte mit der Flußschifffahrt allein nicht erreicht werden. Deshalb waren Wirtschaft und Regierung in Deutschland seit den 1870er Jahren am Bau von Eisenbahnverbindungen nach Südosteuropa interessiert. Seitdem engagierten sich deutsche Banken und Geschäftsleute in großem Maße bei der Finanzierung des Baus von Eisenbahnstrecken in Südosteuropa. In der Realisierung eines mit Berlin und Wien verbundenen südosteuropäischen Eisenbahnnetzes sahen sie eine wesentliche Basis für ihre Wirtschaftspläne.¹⁸⁸

¹⁸⁵ Vgl. Dehn, Paul, Deutschland und die Orientbahnen, in: Schmollers Jahrbuch, 9/II, 1885, S. 58f.; ders., Deutschland und Orient..., Tl. 1, S. V.

¹⁸⁶ Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., S. IX/X u. XV/XVI.

¹⁸⁷ Vgl. Helfferich, Karl, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Berlin 1923, Bd. 3, S. 16.

¹⁸⁸ Vgl. Paskaleva, Virzinija, Die Anfänge des deutschen wirtschaftlichen Einflusses auf dem Balkan und in der Türkei in den

Der Eisenbahnbau in Südosteuropa nahm 1862 seinen Anfang. In diesem Jahr erteilte die Regierung der Donaufürstentümer Moldau und Walachei die Genehmigung zum Bau einer Strecke unter der Führung englischer Finanzgruppen. 1869 wurden die bis dahin fertiggestellten rumänischen Bahnen mit der österreichischen Strecke Czernowitz-Lemberg verbunden. Damit war Rumänien an das Bahnnetz von Österreich und Deutschland angeschlossen.¹⁸⁹

1868 nahm die Osmanische Regierung einen Plan des deutschen Ingenieurs Pressel für den Bau der Eisenbahnlinie Konstantinopel-Belgrad mit einer Gesamtlänge von 2500 km an. Die von Pressel als "transbalkanische Linie" bezeichnete Strecke begann in Konstantinopel, verlief über Sofia und endete im serbischen Nis. Abzweigungen dieser Bahn sollten nach den Plänen des deutschen Ingenieurs später u. a. von Nis nach Saloniki und Belgrad führen. Um dieses Konzept noch zu erweitern, wurde Pressel 1869 beauftragt, die Möglichkeit zum Bau weiterer Eisenbahnlinien in Serbien und Bosnien zu untersuchen.¹⁹⁰

Parallel dazu ließ ein Consortium unter dem deutschen Unternehmer Strousberg weitere Strecken in Rumänien bauen. Erste Abschnitte wurden bereits 1870 in Betrieb genommen. Die preußische Regierung begrüßte den Bau der rumänischen Eisenbahnen. Sie schienen ihr geeignet, das Monopol der österreichischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in der Abwicklung des Handels mit Südosteuropa zu brechen.¹⁹¹

1871 wurde das rumänische Eisenbahnunternehmen von Strousberg durch deutsche Großbanken übernommen und in die Rumänische Eisenbahngesellschaft mit Sitz in Berlin umgewandelt.¹⁹² Die deutsche Gesellschaft verfügte über ein Eisenbahnnetz von fast 1000 km Länge. Ausgedehnt wurde das Eisenbahnnetz in den folgenden Jahren von der deutsch-österreichischen Grenze über Prag, Wien, Budapest und Bukarest bis an die rumänisch-russische Grenze. Diese Linie hatte nicht nur ökonomische Bedeutung. Sie gab auch dem gegen Rußland gerichteten Militärbündnis Österreich-Ungarns

60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 515.

¹⁸⁹ Vgl. Paskaleva, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 510; Bormann, a. a. O., S. 264.

¹⁹⁰ Vgl. Paskaleva, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 501, 510 u. 513.

¹⁹¹ Vgl. Bormann, a. a. O., S. 265f.

¹⁹² Vgl. Medlicott, a. a. O., S. 31.

und Deutschlands mit Rumänien vom Jahre 1883 die verkehrsstrategische Basis.¹⁹³ Das Territorium Rumäniens durchquerten nun Strecken, die an die Eisenbahnnetze Österreich-Ungarns, Rußlands und des Osmanischen Reichs angeschlossen waren. In die deutsch-rumänische Eisenbahngesellschaft flossen bis 1879 300-400 Millionen Reichsmark an Investitionen. Die deutsch-rumänische Eisenbahngesellschaft wurde zur zweitgrößten deutschen Beteiligungsgesellschaft im Ausland vor dem Ersten Weltkrieg.¹⁹⁴

In Bulgarien entstand im Zeitraum 1870-1877 eine Eisenbahnlinie, die ausschließlich von deutschen Ingenieuren, Technikern und Hilfspersonal gebaut wurde. Unter ihnen befand sich der bereits erwähnte Ingenieur Pressel, der große Teile des Bahnlinien im Osmanischen Reich konzipierte. In den Jahren 1872/73 entwarf er als Generaldirektor der osmanischen Eisenbahnen ein umfassendes Eisenbahnnetz, das den asiatischen Teil des Osmanischen Reiches in einer Gesamtlänge von 5000 km durchziehen sollte.¹⁹⁵

Im europäischen Teil des Osmanischen Reiches kam es bis 1875 u. a. zum Bau der strategisch bedeutsamen Strecke von Saloniki an der Ägäis über Skopje (Mazedonien) nach Mitrowitza (Kosovo). Noch nicht fertiggestellt war bis dahin jedoch eine Strecke durch Serbien und Bosnien, die die Linie Saloniki-Mitrowitza mit dem österreichischen und deutschen Bahnnetz verbinden sollte. Ohne dieses Zwischenstück diente die Strecke Saloniki-Mitrowitza in erster Linie der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas durch die Seemächte Großbritannien und Frankreich. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, setzten die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns die Frage des Baus südosteuropäischer Eisenbahnlinien auf die Tagesordnung der Berliner Konferenz.¹⁹⁶

¹⁹³ Vgl. Kumpf-Korfes, Sigrid, Bismarcks "Draht nach Rußland", Berlin (DDR) 1968, S. 177.

¹⁹⁴ Vgl. Winckler, Martin, Bismarcks Rumänienpolitik und die europäischen Großmächte 1878/79, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, Neue Folge 2 (1954), S. 57ff.

¹⁹⁵ Vgl. PA/AA Bonn, Türkei, A. B. q. 108, vol. 3, Bericht von Werther an Bülow - Eisenbahnfahrt nach Adrianopel, Philippopel und Bellova; Paskaleva, in Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 512-514; Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 73.

¹⁹⁶ Vgl. Sugar, Peter F., Railroad Construction and the Development of the Balkan Village in the Last Quarter of the 19th Century, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 495.

Die beiden Regierungen konnten ihre Zielsetzungen durchsetzen. Durch die Artikel 10 und 38 der Kongreßakte wurden Bulgarien und Serbien verpflichtet, Anschlußstrecken zwischen dem Osmanischen Reich und Österreich-Ungarn auf ihrem Territorium bauen zu lassen.¹⁹⁷

Gleichzeitig gelang es den Delegierten Österreich-Ungarns in Berlin ein Spezialabkommen mit Serbien abzuschließen. Im ersten Artikel dieses Abkommens vereinbarten die Regierungen, ihre Bahnlinien bei Belgrad miteinander zu verbinden. Darüber hinaus verpflichtete sich die serbische Seite, die Strecke Belgrad-Nis zu vollenden und von dort eine Verbindungsstrecke nach Bulgarien und zur Strecke Saloniki-Mitrowitza zu bauen. Als Gegenleistung erklärte sich die österreichische Regierung bereit, territoriale Forderungen auf von Serbien beanspruchte Gebiete im Osmanischen Reich zu unterstützen. Mit diesem Abkommen gelang der österreichischen Regierung ein entscheidender Schritt in der Realisierung ihrer Eisenbahnpläne. Bis 1878 hatten sich die herrschenden Kreise in Serbien, daß zum Knotenpunkt der deutsch-österreichischen Verkehrsverbindungen in das Osmanische Reich werden sollte, erfolgreich gegen den Bau von Eisenbahnlinien über serbisches Territorium gewehrt. Durch den Berliner Vertrag und das österreichisch-serbische Zusatzabkommen wurde die entscheidende Lücke im Verkehrsnetz zwischen Deutschland und Südosteuropa geschlossen.¹⁹⁸ Der serbische Ministerpräsident berichtete über das Zustandekommen des Abkommens, er hätte "mit dem Messer an der Kehle" in wenigen Minuten die ungünstigen Bedingungen der österreichischen Regierung akzeptieren müssen. Im Falle einer Nichtunterzeichnung habe die österreichische Seite mit ernststen Konsequenzen gedroht.¹⁹⁹

Auf der Berliner Konferenz wurde darüber hinaus festgelegt, eine Kommission nach Wien einzuberufen, an der Beauftragte Österreich-Ungarns, Serbiens, des Osmanischen Reiches und Bulgariens teilnehmen sollten. Alle mit dem Bahnbau zusammenhängenden Ar-

¹⁹⁷ Vgl. Hallgarten, Bd. I, a. a. O., S. 232f.; Medlicott, a. a. O., S. 411ff.

¹⁹⁸ Vgl. Sugar, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 487; Medlicott, a. a. O., S. 100f.

¹⁹⁹ Vgl. Medlicott, a. a. O., S. 79 u. 100f.

beiten sollten durch diese Kommission dirigiert und beaufsichtigt werden. Sie trat 1883 zusammen.²⁰⁰

Die österreichische Regierung drängte in dieser Phase darauf, daß die Bestimmungen der Berliner Konferenz, die den Ausbau der österreichischen Eisenbahnverbindungen in drei Richtungen - durch Serbien, Bosnien und Rumänien - vorsahen, schnell und umfassend realisiert würden. Dabei wurde der Strecke von Belgrad bis Nis und von dort einerseits nach Konstantinopel, andererseits nach Saloniki von seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns die größte Bedeutung beigemessen.²⁰¹

Die Bestimmungen der Berliner Konferenz zum Ausbau der Eisenbahnlinien in Südosteuropa überforderten die finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Länder, d. h. vor allem Rumäniens und Serbiens, bei weitem. Sie waren somit zur Aufnahme von Auslandsanleihen bei westeuropäischen Banken gezwungen.²⁰² Deutsche und österreichische Kapitaleigner beteiligten sich an diesen Anleihen mit Begünstigung ihrer Regierungen im großen Umfang.²⁰³

Eine Beschneidung der Autonomie der südosteuropäischen Staaten bedeutete auch die Festlegung der Eisenbahntarife. In Folgeverträgen der Berliner Konferenz wurde ihnen 1880 und 1883 das Recht abgesprochen, protektionistische Zölle für die Benutzung der Eisenbahnstrecken auf ihrem Territorium zu erheben.²⁰⁴

Ebenfalls infolge der Berliner Konferenz begann der Ausbau der bosnischen Eisenbahnlinien in Richtung Norden. Dies geschah vor allem, um die Rohstoffe Bosnien-Herzegowinas direkt nach Österreich-Ungarn und Deutschland transportieren zu können.²⁰⁵

In den 1880er Jahren wurde die Eisenbahnstrecke von Berlin über Wien nach Serbien und von dort weiter in das Osmanische Reich unter der Führung deutscher und österreichischer Unternehmen vollendet. Die Genehmigung für den Bau der bulgarischen Verbindungsstrecke setzte die deutsche Regierung 1883 gegen den Willen

²⁰⁰ Vgl. Feis, Herbert, *Europe, the World's Banker, 1870-1914*, New York 1965 (Erstveröffentlichung 1930), S. 295f., Palotás, in Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 280-283, Sugar, in Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 478.

²⁰¹ Vgl. Palotás, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 276.

²⁰² Milic, Danica, *Die ökonomische Penetration des Balkans und der Türkei durch die Industriestaaten*, in: Melville/Schröder, a. a. O., S. 476.

²⁰³ Vgl. Feis, a. a. O., S. 296.

²⁰⁴ Vgl. Sugar, a. a. O., S. 492.

²⁰⁵ Vgl. Milic, a. a. O., S. 480.

der russischen Regierung mit Unterstützung des bulgarischen Regenten Battenberg durch. Um die Konzession dieser Strecke, die von eminenter wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung war, entbrannte ein Konkurrenzkampf, der sich bis 1888 hinzog. Zu den Bewerbern zählten u. a. russische Unternehmer sowie britische und französische Kapitalgruppen. An der Spitze der deutschen Bewerber stand erstmals im Südosteuropageschäft die 1870 gegründete Deutsche Bank. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes gelang es dieser nicht nur, auf den Bau der bulgarischen Verbindungsstrecke Einfluß zu gewinnen, sondern Ende der 1880er Jahre auch gemeinsam mit dem Wiener Bankverein die Mehrheit der Aktien der bisher von einem internationalen Konsortium unter dem Unternehmer Hirsch geführten Betriebsgesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen aufzukaufen und dadurch die Kontrolle über die gesamten Strecken nach Konstantinopel und Saloniki zu gewinnen. Darüber hinaus erwarb die Deutsche Bank sämtliche Forderungen der Betriebsgesellschaft gegenüber der Osmanischen Regierung. In ihren südosteuropäischen Expansionsbestrebungen erhielt die Deutsche Bank Unterstützung von der osmanischen und der deutschen Regierung. Die Osmanische Regierung sah in dem Engagement der Deutschen Bank eine Chance, sich aus der Abhängigkeit von ihren Hauptgläubigern in Frankreich und Großbritannien zu befreien. So unterbreitete sie der Deutschen Bank ein offizielles Angebot für die Konzession der Anatolischen Eisenbahn. Bevor der Bankvorstand darauf einging, sicherte er sich im August 1888 von der deutschen Regierung Garantien zur Vermeidung finanzieller Verluste. In seinem Antwortschreiben an den Bankvorstand brachte Kanzler Bismarck unmißverständlich zum Ausdruck, daß der Botschafter in Konstantinopel angewiesen worden sei, das Eindringen der Deutschen Bank im "Vorderen Orient" zu unterstützen.²⁰⁶ Nach der Vollendung des bulgarischen Zwischenstücks bestand 1888 eine direkte Verbindung von Berlin nach Konstantinopel. Damit waren die vom Berliner Kongreß bestimmten Verbindungsstrecken fertiggestellt und Deutschland durch eine ununterbrochene Schienenverbindung mit den Märkten Südosteuropas verbunden.²⁰⁷

²⁰⁶ Vgl. Rathmann, Lothar, Berlin-Bagdad, Berlin (DDR), 1962, S. 23ff.

²⁰⁷ Vgl. Hallgarten, Bd. I, a. a. O., S. 244; Helfferich, Karl, Georg von Siemens, Berlin 1923, Dritter Band, S. 6ff., Palotás, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 280-283; Sugar, in:

Darüber hinaus hatte sich die Deutsche Bank die Option für den Weiterbau dieser Strecke nach Anatolen gesichert. Dagegen boten die fertiggestellten Eisenbahnstrecken den südosteuropäischen Staaten keine Möglichkeiten für die Entwicklung eines Binnenmarktes. Es gab z. B. keine direkte Verbindung zwischen Rumänien und Serbien und das griechische Bahnnetz hatte keine Verbindung zum gesamten zentraleuropäischen System.²⁰⁸ Vor diesem Hintergrund konnte der Eisenbahnbau nicht zum Aufbau eines eigenständigen Wirtschaftssystems beitragen. Sowohl während des Baus der Eisenbahnstrecken wie ihres späteren Betriebs mußten infolge von Vertragsbedingungen die Facharbeit importiert und ungünstige Frachtraten akzeptiert werden. Die Außenhandelsbilanzen gestalteten sich aufgrund dieser Rahmenbedingungen immer ungünstig.²⁰⁹ Der Eisenbahnbau brachte Südosteuropa somit in Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten Westeuropas, in erster Linie Deutschlands und Österreich-Ungarns. Dort trug der Bau der südosteuropäischen Eisenbahnstrecken zum Wirtschaftsaufschwung bei. Er führte zu einer großen Nachfrage nach allen Eisen- und Stahlwaren und bildete somit neben dem Rüstungsmarkt eine wesentliche Grundlage für den Ausbau der führenden Stellung der deutschen Schwerindustrie in Europa.²¹⁰ Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges versuchte das deutsche Kapital mit allen Mitteln, die Kontrolle über das südosteuropäische Eisenbahnnetz bis hinein in das Osmanische Reich aufrechtzuerhalten. So widersetzte sich die deutsche Regierung Anfang des 20. Jahrhunderts einem von den Regierungen Frankreichs, Österreichs und der Balkanstaaten vorgelegten Plan, der die Internationalisierung der südosteuropäischen Eisenbahnen vorsah.²¹¹ Darüber hinaus verhinderte sie die Realisierung einer Eisenbahnverbindung vom Schwarzen Meer zur Adria, die von den Regierungen Italiens, Serbiens und Rußlands ab 1904 geplant wurde. Damit wäre eine Verbindung der Staaten Südosteuropas untereinander und eine russische Handelsverbindung zur Adria geschaffen worden. Dies lag nicht im Inter-

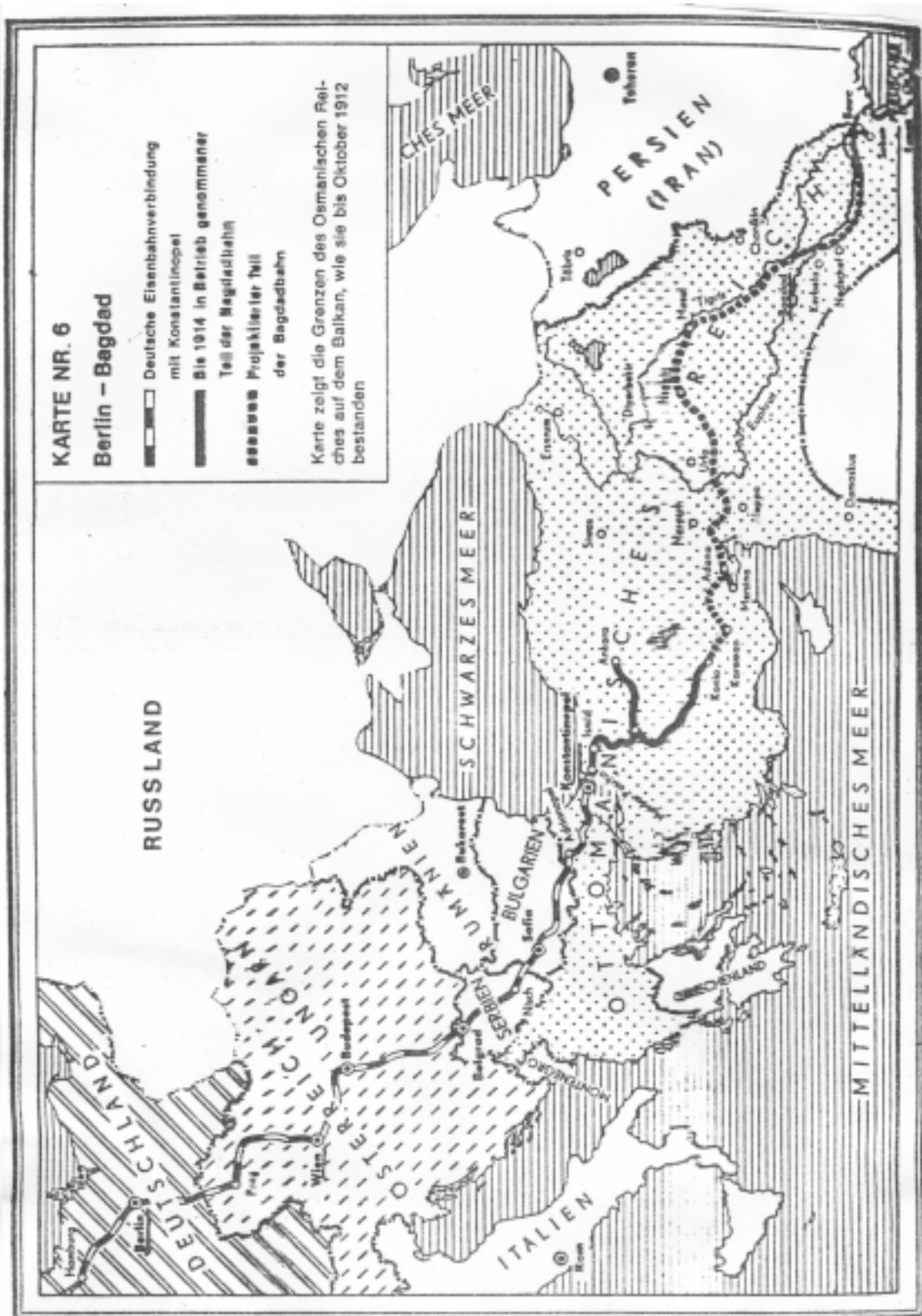
Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 478; Kumpf-Korfes, Bismarcks Draht nach Rußland, a. a. O., S. 178f.

²⁰⁸ Vgl. Feis, a. a. O., S. 293.

²⁰⁹ Vgl. Sugar, a. a. O., S. 490f.

²¹⁰ Vgl. Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O., S. 48.

²¹¹ Vgl. Feis, a. a. O., S. 186.



aus: Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O.

esse des deutschen Kapitals.²¹² Die Gefahr, die Kontrolle über Teile des südosteuropäischen Eisenbahnnetzes zu verlieren, bildete darüber hinaus, wie noch zu zeigen sein wird, einen wesentlichen Hintergrund für die deutsche Stellung gegen Serbien kurz vor und während des Ersten Weltkrieges.

3.5.4 Der Handel um die Unabhängigkeit Rumäniens

Dem im südosteuropäischen Eisenbahnnetz angelegten deutschen Kapital kam eine entscheidende Rolle in der Frage der Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Rumäniens zu.

Bereits 1877 war die deutsche Regierung mit der rumänischen Regierung in Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages getreten. Die deutsche Verhandlungsdelegation erhielt im Vorfeld die Anweisung, "erhebliche Zugeständnisse von Rumänien zu erlangen". Indem die deutsche Regierung bereits zu diesem Zeitpunkt die "handelspolitische Vertragsfähigkeit" Rumäniens anerkannte, hoffte sie als Gegenleistung eine wirtschaftliche Vorzugsstellung gegenüber Rußland und Österreich-Ungarn durchsetzen zu können. Angestrebt wurde, daß Deutschland sich bei seinen Tarifen nicht binden müsse, während Rumänien eine freie Einfuhr deutscher Produkte zulassen sollte. Auf diese Weise versuchte sich die deutsche Wirtschaft einen Absatzmarkt für ihre Überproduktion zu sichern, ohne den deutschen Markt in gleicher Weise für rumänische Agrarprodukte öffnen zu müssen. Die Handelskonvention wurde Ende 1877 nach den deutschen Vorstellungen abgeschlossen.²¹³

Doch damit gab sich die deutsche Regierung noch nicht zufrieden. Sie wollte im Falle einer Verstaatlichung des rumänischen Eisenbahnnetzes erhebliche Entschädigungszahlungen für die an Bau und Erhaltung der bis dahin fertiggestellten Strecken beteiligten deutschen Banken und Unternehmen durchsetzen. Das Auswärtige Amt

²¹² Vgl. Hallgarten, a. a. O., Bd. II, S. 92-95; Löding, Dörte, Deutschlands und Österreichs Balkanpolitik von 1912-1914 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsinteressen, Diss., Hamburg 1969, S. 49; Feis, a. a. O., S. 299-302; May, Arthur J., Transbalkan Railway Schemes, in: Journal of Modern History, 1953, S. 352ff.; Beaver, S. H., Railways in the Balkan Peninsula, in: The Geographical Journal, vol. 97, 1941, S. 273ff.

²¹³ Böhme, a. a. O., S. 463.

ließ erklären, daß der rumänische Wunsch nach Selbständigkeit Deutschland eine wirksame Handhabe böte, um die Ansprüche der Eisenbahn-Gläubiger sicher zu stellen.²¹⁴

Die deutschen Forderungen in der Eisenbahnfrage wurden nach dem Berliner Kongreß in den Verhandlungen über die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens eingebracht.

Der Berliner Vertrag hatte die Anerkennung der Unabhängigkeit an zwei Bedingungen geknüpft: erstens an die Abtretung Bessarabiens an Rußland im Paragraphen 45 und zweitens an die Sicherstellung der völligen Gleichberechtigung aller Rumänen sowie die Gleichstellung sämtlicher in den rumänischen Fürstentümern Handel treibenden Angehörigen der europäischen Nationen im Paragraphen 44. Die deutsche Regierung trat nach dem Berliner Kongreß für einen Aufschub der völkerrechtlichen Anerkennung ein. Sie begründete dies offiziell mit der fehlenden Bereitschaft der rumänischen Regierung, den Paragraphen 44 umzusetzen und bezog dies vor allem auf die fehlende Gleichberechtigung der ca. 250.000 in Rumänien lebenden und Handel treibenden Juden.²¹⁵

Im Oktober 1878 erging an die deutschen Botschafter in Paris, London, Wien und Rom ein Erlaß. Darin hieß es, die Unabhängigkeit Rumäniens müsse "unbedingt" von der Lösung der Emanzipationsfrage der Juden Rumäniens abhängig gemacht werden. Eine schrittweise Gewährung der Rechte käme nicht in Frage. Deutschland werde sich bei der Anerkennung Rumäniens nicht beeilen. Während eines in den folgenden Monaten stattfindenden Treffens zwischen Reichskanzler Bismarck und dem rumänischen Finanzminister wurde die angeblich entscheidende Frage der Emanzipation der rumänischen Juden nicht angesprochen. Statt dessen ging es um wirtschaftspolitische und finanzielle Fragen des deutsch-rumänischen Verhältnisses. Bismarck betonte in dieser Phase, Deutschland wünsche freundliche Beziehungen mit Rumänien zu unterhalten und um diese zu bessern, "müsse die Eisenbahnfrage aus der Welt geschafft werden."²¹⁶

Die rumänische Regierung verpflichtete sich schließlich Ende 1879 nach anhaltendem deutschen Druck zur Zahlung von 237.500.000 Francs an die Rumänische Eisenbahn-Actien-Gesellschaft mit Sitz in Berlin. Für die Zahlung wurde ein Zeit-

²¹⁴ Vgl. ebenda, S. 463.

²¹⁵ Vgl. Winckler, a. a. O., S. 64.

²¹⁶ Vgl. Winkler, a. a. O., S. 74ff. u. 81.

raum von 44 Jahren festgelegt. Die mehrheitlich deutschen Aktieinhaber konnten ihre Aktien in rumänische Staatsobligationen tauschen, die jährlich mit 6% verzinst wurden. Die Absicherung der Obligationen erfolgte durch eine Hypothek auf das Bahnnetz und durch den Reinertrag des Tabakmonopols des rumänischen Staates. Zum 1. Januar 1880 gingen die Eisenbahnlinien in den Besitz des rumänischen Staates über.²¹⁷

Nachdem der Rückkauf der rumänischen Bahnen zur Zufriedenheit der deutschen Kapitaleigner geregelt war, gab die deutsche Regierung offen "das Primat der Eisenbahn- über die Emanzipationsfrage" zu, von dem zwischen Juli 1878 und Juli 1879 nie die Rede war. Indem sie die Frage der Emanzipation der rumänischen Juden zur Bedingung erhob, gelang es der deutschen Regierung, Frankreich und Großbritannien von der Anerkennung der rumänischen Unabhängigkeit abzuhalten.

Nach der Unterzeichnung des Rückkaufvertrages war die fehlende Emanzipation der rumänischen Juden kein Ablehnungsgrund mehr für die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit. Ende Oktober 1879 faßten die rumänischen Kammern den Beschluß, nur weniger als 1000 Juden die völlige Gleichberechtigung zu gewähren.²¹⁸

Am 20. Februar 1880 nahmen Deutschland, Frankreich und England trotz der fehlenden Erfüllung des Paragraphen 44 offizielle Beziehungen zu Rumänien auf. Die rumänische Regierung hatte den Eisenbahnbau in den 1870er Jahren durch Konzessionen von ausländischen Kapitalgruppen vornehmen lassen. Daran hatten sich deutsche Kapitalgruppen an führender Stelle beteiligt. Nach dem Kauf der Eisenbahnstrecken bestand nahezu die gesamte rumänische Staatsschuld gegenüber Deutschland. Die Rückzahlungsverpflichtungen zwangen die rumänische Regierung in den 1880er Jahren weitere hohe Anleihen aufzunehmen.²¹⁹

²¹⁷ Vgl. PA/AA Bonn, I. A. B. q (Türkei) 104, vol 7, Vertrag zwischen der Rumänischen Regierung und der Rumänischen Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft.

²¹⁸ Medlicott, W. N., The Recognition of Roumanian Independence 1878-1880, in: Slavonic Review, Bd. 11, 1931/32, S. 587.

²¹⁹ Vgl. Lamer, Mirko, Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 48 (1938), S. 479; Kumpf-Korfes, Sigrid, Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals nach Bulgarien..., a. a. O., S. 1431.

1884 waren in der Staatsschuld von 41,9 Millionen Francs, Eisenbahnanleihen in Höhe von 26.3 Millionen Francs enthalten.²²⁰

Die bei der Anerkennung der rumänischen Unabhängigkeit erstmals sichtbar werdende Strategie, sich zum Verteidiger von Menschenrechten zu erklären und hinter dieser Argumentation ökonomische Interessen zu verbergen, ist bis heute ein bewährtes Mittel der deutschen Südosteuropapolitik.²²¹

Spätestens das Verhalten der deutschen Regierung in der Frage der rumänischen Unabhängigkeit entlarvte das Mythos von Deutschland als uninteressierter Schiedsrichtermacht in Südosteuropa.

3.5.5 Die wirtschaftliche Erschließung Südosteuropas in den 1880er Jahren

Hinter der Fassade eines politischen Desinteresses begannen sich deutsches Kapital und deutsches Militär in den 1880er Jahren im großen Maße in Südosteuropa und dem Osmanischen Reich zu engagieren. Da das Gebiet über den Landweg zu erreichen war, bisher von keiner anderen kapitalistischen Großmacht als Kolonie okkupiert war und über große, kaum erschlossene Rohstoffressourcen und Absatzmärkte verfügte, konzentrierten sich die deutschen Expansionspläne mehr und mehr in diese Richtung. Die durch den Berliner Vertrag in ihrer Souveränität und wirtschaftlichen Eigenständigkeit eingeschränkten jungen und kleinen Staaten Südosteuropas und das hochverschuldete Osmanische Reich besaßen kaum Mittel, sich der *Pénétration pacifique* von seiten Deutschlands entgegenzustellen.²²² Als Voraussetzung für die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas versuchten deutsche Banken und Unternehmen, wie gezeigt, erfolgreich die bestehenden Eisenbahnlinien unter ihre Kontrolle zu bringen und den Bau noch fehlen-

²²⁰ Berindai, Dan, Die Modernisierung von Staat und Gesellschaft Rumäniens 1849-1877, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 362f.; Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 88.

²²¹ Es sei hier nur auf die Rolle der deutschen Politik und deren öffentliche Legitimierung während der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1991 und den Kosovo-Krieg im Frühjahr 1999 hingewiesen. (Vgl. hierzu u. a. Elsässer, Jürgen (Hg.), Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, Hamburg 1999).

²²² Vgl. Ránki, György, Die ökonomische Entwicklung auf dem Balkan un den 1870er Jahren, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 22.

der Verbindungslinien durchzusetzen. Darüber hinaus schlossen sie Kooperationen mit im Südosteuropa- und Nahostgeschäft erfahrenen österreichischen Banken und Unternehmen, um im Konkurrenzkampf mit dem französischen Kapital die Oberhand zu gewinnen. In diesen Kooperationen wurden die deutschen Kapitalgruppen schnell von Juniorpartnern zu den bestimmenden Kräften. Ein weiteres Mittel, um das Gebiet langfristig in ihre Abhängigkeit zu bringen waren Anleihe- und Umschuldungsverträge.²²³

Die in den Jahrzehnten vor 1880 erstellten Forschungs- und Reiseberichte über Südosteuropa wurden dabei zu einer wichtigen Grundlage der deutschen Kapitaloffensive, die sich in den einzelnen Ländern folgendermaßen vollzog:

3.5.5.1 Rumänien

Die Haupterzeugnisse der rumänischen Wirtschaft waren in den 1880er Jahren Mais und Weizen. Getreide bildete auch das mit Abstand wichtigste Exportprodukt, danach folgten lebendes Vieh, Salz, Früchte und Gemüse, Textilwaren und Holz. Der kleine industrielle Sektor des Landes war größtenteils in ausländischem Besitz. An erster Stelle der rumänischen Handelspartner stand Anfang der 1880er Jahre bei Im- wie Export Österreich-Ungarn. Deutschland nahm bei der Einfuhr nach Rumänien hinter Österreich-Ungarn und England den dritten Rang ein. Für seinen Binnenmarkt erhielt Deutschland von Rumänien bedeutende Mengen Getreide und Vieh durch ungarische, österreichische, russische und britische Vermittlung.²²⁴ Durch die Eröffnung der direkten Eisenbahnverbindung und die Ermäßigung der Donaudampfschiffahrtstarife wurde dieser Zwischenhandel immer weniger benötigt.

In einem 1881 mit der rumänischen Regierung geschlossenen Handelsvertrag erwarb sich Deutschland das allgemeine Meistbegünstigungsrecht und erhielt darüber hinaus für einige Industriewaren besondere Vergünstigungen. Der deutsche Export nach Rumänien wuchs zwischen 1876 und 1887 von 15 Mio. Francs auf 90 Mio.

²²³ Vgl. Kumpf-Korfes, Sigrid, Bismarcks "Draht nach Rußland", a. a. O., S. 172f.

²²⁴ Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 83ff. u. 94.

Franks. Ab 1886 profitierte der deutsche Handel von einem Zollkrieg zwischen Rumänien und Österreich. Es gelang ihm in der Folge, Österreich vom Rang des wichtigsten rumänischen Handelspartners zu verdrängen. Seit 1890 nahm Deutschland den ersten Platz im rumänischen Handel ein und behauptete diesen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Dabei konnte u. a. die deutsche Eisenindustrie unter Verdrängung der englischen Konkurrenz ihren Absatz in Rumänien in bedeutendem Maße steigern.²²⁵

Neben den landwirtschaftlichen Ressourcen war das deutsche Kapital besonders an den rumänischen Erdölquellen interessiert, deren fabrikmäßige Ausbeutung in großem Umfang 1882 begann.²²⁶

Die Errichtung einer eigenständigen und konkurrenzfähigen rumänischen Industrie wurde von deutschen "Südosteuropaeexperten" dagegen ausgeschlossen.²²⁷

3.5.5.2 Serbien

Der 1878 unabhängig gewordene serbische Staat war, wie erwähnt, durch den Berliner Vertrag zum Bau von Eisenbahnstrecken, die Österreich-Ungarn mit dem Osmanischen Reich verbinden sollten, verpflichtet worden. Zur Finanzierung mußte die serbische Regierung hohe Anleihen auf dem europäischen Geldmarkt aufnehmen. Die größten Kredite kamen in den folgenden Jahren von den Kapitalmärkten Österreichs, Deutschlands und Frankreichs. Als Sicherheit dienten staatliche Monopole. 1885 befanden sich über 40% der serbischen Staatsschuld in deutschen Händen. Die serbischen Staatsanleihen sowie Finanzierung und Bau der serbischen Eisenbahnen brachten den deutschen Großbanken und der deutschen Schwerindustrie bedeutende Profite. 1883 schloß die deutsche Regierung ein Handelsabkommen mit Serbien ab. Darin gelang es der deutschen Seite die serbische Regierung zu verpflichten, ihre niedrigen Einfuhrzölle des Staates zu binden und die ohnehin schon geringen Zölle für Textilien und Chemikalien weiter zu

²²⁵ Vgl. Kumpf-Korfes, Bismarcks Draht nach Rußland, a. a. O., S.177, diess., Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals nach Bulgarien..., a. a. O., S. 1431; Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 101f.; Bérend, Ivan T./Ránki, György, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas 1850-1914, in: Ost- und Südosteuropa 1850-1914, herausgegeben von Arcadius Kahan, u. a., Stuttgart 1980, S. 135.

²²⁶ Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 91.

²²⁷ Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 93.

senken. Demgegenüber behielt Deutschland sich das Recht vor, die Zölle auf serbische Hauptexportprodukte weiter erhöhen zu können. Für Schweine aus Serbien galt ein absolutes Einfuhrverbot in Deutschland. Dies zeigt, daß Serbien in dieser Phase in erster Linie als Absatzmarkt für die deutsche industrielle Überproduktion und weniger als Lieferant von Rohstoffen und Agrarprodukten betrachtet wurde. Auch wenn Österreich in den 1880er Jahren noch Hauptlieferant Serbiens blieb, so stieg Deutschlands Export dorthin doch rasant an.²²⁸

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der serbischen Importe von 1888-1891:

	Serbiens Import insg.	Österr.	England	Deutschl.	Rußl.
1888	35,2 Mio. Francs	23,8	3,5	1,5	1,1
1891	42,8 " "	26,2	5,0	4,3	0,8 ²²⁹

Nach einem Bericht des österreichisch-ungarischen Konsulats in Belgrad von 1882, galt schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr England oder Frankreich, sondern Deutschland als der gefährlichste Konkurrent Österreich-Ungarns auf dem serbischen Markt. Insbesondere verwies dieser Konsulatsbericht auf den steigenden Absatz von Eisen und Eisenwaren aus Deutschland. Das deutsche Eisen drohe österreich-ungarisches Fabrikat gänzlich vom serbischen Markt zu verdrängen. Eine hervorragende Stellung hatten deutsche Firmen nach Angaben des Berichts u. a. bei der Lieferung von Eisenbahnschienen erlangt. Auch Metallwaren, Maschinen, Kurzwaren, Leder, Pulver und Dynamit wurden von Deutschland in beträchtlichen Mengen nach Serbien geliefert. Zudem sicherten sich deutsche Rüstungsunternehmen lukrative Verträge über die Lieferung von Gewehren nach Serbien.²³⁰

²²⁸ Vgl. Kumpf-Korfes, Bismarcks Draht nach Rußland, a. a. O., S. 177f.; diess., Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals nach Bulgarien..., a. a. O., S. 1430; Lamer, a. a. O., S. 477f.; Feis, a. a. O., S. 262f.; Weitowitz, Rolf, Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo v. Caprivi 1890-1894, Düsseldorf 1978, S. 159ff.

²²⁹ Kumpf-Korfes, Bismarcks Draht nach Rußland, a. a. O., S. 177.

²³⁰ Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 74f.

Der serbische Export bestand demgegenüber fast ausschließlich aus Agrarprodukten. Die serbische Landwirtschaft produzierte zu dieser Zeit vor allem Mais, Weizen, Gerste, Hafer, Gemüse, Äpfel, Pflaumen, Wein, Hanf und Tabak. Ausgeprägt war zudem die Viehzucht. 1882 exportierte Serbien u. a. 40.000 t Getreide, 24.000 t gedörrte Pflaumen, 4.000 t Wein, 280.000 Schweine, 2.700 t Wolle und 1.500 t Häute.²³¹

3.5.5.3 Bulgarien

Die handelspolitischen Interessen Deutschlands in Bulgarien konzentrierten sich Anfang der 1880er Jahre auf den Ausbau und die Sicherung der bulgarischen Verkehrsverbindungen für das deutsche Kapital, namentlich der Donauschifffahrt und der Eisenbahnverbindungen.

Im direkten Handel mit Bulgarien begann sich deutsches Kapital verstärkt in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre zu engagieren. Vorher bereitete die österreichische Finanzbourgeoisie, die sich in Bulgarien mit starken französischen, britischen und russischen Gegenkräften auseinanderzusetzen hatte, den Boden für einen profitbringenden und risikolosen Kapitalexport Deutschlands. Die Rolle Österreichs als Wegbereiter des deutschen Imperialismus blieb südosteuropäischen Politikern keineswegs verborgen. Während der rumänische Ministerpräsident Österreich als Deutschlands "Avantgarde" bezeichnete, berichtete der bulgarische Delegierte in der Donaukommission 1881 nach Sofia:

"Deutschland und Österreich sind jetzt fast eins und dasselbe (...) , die deutsche Zurückhaltung bedeutet nicht viel."²³²

Österreich und Deutschland seien bestrebt, "die politische und ökonomische Oberhand" am bulgarischen Teil der Donau zu gewinnen.²³³

Ähnlich wie bei den übrigen Staaten Südosteuropas bestand Bulgariens Export vor allem aus Agrarprodukten. Hauptexportprodukte

²³¹ Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 70f.

²³² zit. nach Todorova, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 106.

²³³ Vgl. ebenda, S. 106.

waren Mais, Weizen, andere Getreidearten und Vieh. Im Gegensatz zu Rumänien und Serbien verfügte das Land nur über kleine Rohstoffvorkommen. Bekannt waren einige Stein- und Braunkohle-, Eisen, Kupfer- und Silbererzminen.

Der deutsche Handel mit Bulgarien vollzog sich bis in die 1880er Jahre größtenteils über englische und österreich-ungarische Zwischenhändler. Dabei wurden aus Deutschland vor allem Eisenwaren, Maschinenteile, Chemikalien und Bekleidungsstücke nach Bulgarien importiert.²³⁴ Der "Südosteuropaexperte" Dehn sah für Deutschland in Bulgarien ein "bemerkenwerthes und nicht zu unterschätzendes Handelsgebiet", das durch die Verbindung der "Orientbahnanschlüsse" mit dem deutschen und österreich-ungarischen Eisenbahnnetz voll zu nutzen sei.²³⁵

3.6 Resümee der deutschen Südosteuropapolitik unter Bismarck

Trotz all Beteuerungen der "Uninteressiertheit" in der "Orientfrage" begann die wirtschaftliche Durchdringung und politische Anbindung Südosteuropas von seiten Deutschlands bereits in der Regierungszeit Bismarcks. Den Anfangspunkt bildete 1866 die Einsetzung eines deutschen Fürsten als Regenten in Rumänien, ein Mittel, das 1879 auch in Bulgarien zur Anwendung kam. Als entscheidender Einschnitt für die weitere politische und ökonomische Entwicklung Südosteuropas muß der Berliner Kongreß von 1878 gewertet werden. Er bedeutete eine unter deutscher Führerschaft vorgenommene Neuordnung Südosteuropas gegen die Interessen Rußlands, des Osmanischen Reiches und der südosteuropäischen Bevölkerung. Die scheinbar in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten Südosteuropas wurden durch Vertragsbestimmungen von Beginn an auf den Status von Halbkolonien der kapitalistischen Großmächte Europas degradiert. In die Regierungszeit Bismarcks fiel zudem die Entsendung von Militärmissionen nach Rumänien (1868) und in das Osmanische Reich (1882), die die militärische Hegemonialpolitik Deutschlands in Südosteuropa einleiteten. Diese vollzog sich u. a. über die zunehmende Koppelung von Anleiheverträgen

²³⁴ Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 108ff.

²³⁵ Vgl. Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 118f.

mit Aufträgen für deutsche Rüstungslieferanten und die Ausbildung südosteuropäischer Militärs in preußischen bzw. deutschen Militärschulen.²³⁶

Nicht zuletzt war die Epoche Bismarcks durch den Bau von Eisenbahnlinien geprägt, die wesentlich zum Boom der deutschen Wirtschaft beitrugen und der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas von seiten des deutschen Kapitals den Weg ebneten.

Gleichzeitig gerieten die Staaten Südosteuropas durch den Bau der Eisenbahnstrecken in Verschuldung und finanzielle Abhängigkeit von Deutschland. In besonderer Weise gilt dies für den rumänischen Staat, dem als Bedingung für seine Unabhängigkeit eine immense Summe für den Kauf der Eisenbahnstrecken von seiten der deutschen Regierung aufgezwungen wurde. Auch der Erwerb der gesamten Eisenbahnstrecke von Berlin über Belgrad und Sofia nach Konstantinopel und der Option für deren Fortführung in den asiatischen Teil des Osmanischen Reiches durch die Deutsche Bank fällt noch in die Regierungszeit Bismarcks und wurde von diesem ausdrücklich gefördert.

Die deutsche Südosteuropa-Politik unter Bismarck untergrub zudem, einsetzend mit dem Berliner Kongreß, das bisherige Bündnis mit der russischen Regierung. Mit dem gegen Rußland gerichteten deutsch-österreichischen Zweibund von 1880 gruppierten sich die Gegner und Bündnispartner des Ersten Weltkrieges.

Während darüber hinaus die natürlichen Reichtümer Südosteuropas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr in das Zentrum des Interesses des westeuropäischen Kapitals rückten, wurde der Aufbau eigener Produktionsstätten in den dortigen Ländern durch den westeuropäischen Imperialismus verhindert. Indem die kapitalistischen Staaten Ost- und Südosteuropa als Absatzmärkte mit ihrer industriellen Überproduktion überschwemmten, ruinierten sie die dortige bestehende Manufaktur.²³⁷ Dehn schilderte diese Entwicklung 1884 am Beispiel Bulgariens:

"Bulgarien besaß von altersher eine namhafte Seiden-, Töpfer-, Webe-, Eisen- und Schuhmacherindustrie, die nicht nur den inneren Markt versorgte, sondern auch sehr viel nach der übrigen europäischen Türkei und nach Kleinasien absetzte (...) Heute ist diese Industrie nach allen Richtungen im vollsten Niedergange begriffen, und

²³⁶ Vgl. Djordjevic, Dimitrije, *The Role of the Military in the Balkans*, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 338-346.

²³⁷ Vgl. Milic, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 479ff.

in mehreren ihrer wichtigsten Zweige geradezu dem Erlöschen nahe. Den Rückgang begann die europäische Konkurrenz zu bewirken, gegen deren billige und gefälligere Erzeugnisse namentlich die bulgarischen Eisen- und Webewaren nicht aufkommen konnten. Zuerst hörte der Export auf, dann wurde dem Landeserzeugnisse auch der heimische Markt streitig gemacht."²³⁸

Auch in Rumänien führte die Überschwemmung des einheimischen Marktes mit ausländischen Waren in den 1880er Jahren zu einem Verfall des städtischen Handwerks und erstickte die Keime einer eigenständigen Entwicklung.²³⁹ Durch die Anleihepolitik und die Zerstörung binnenwirtschaftlicher Strukturen wuchs die Verschuldung und Abhängigkeit der südosteuropäischen Länder kontinuierlich an.

Es bleibt letztlich zu konstatieren, daß von einer ökonomischen und politischen Interessenlosigkeit Deutschlands in Südosteuropa in der Regierungsperiode Bismarcks keine Rede sein kann. Vielmehr wurden in dieser Periode, besonders seit dem Berliner Kongreß, die Grundlagen für ein permanentes Abhängigkeitsverhältnis geschaffen.²⁴⁰

²³⁸ Dehn, Deutschland und Orient..., a. a. O., Tl. 1, S. 110.

²³⁹ Vgl. Berindei, Dan, a. a. O., in: Melville/Schröder(Hg.), a. a. O., S. 357.

²⁴⁰ Vor diesem Hintergrund muß es befremden, daß im Standardwerk "Bismarck und der Imperialismus" von Wehler der Focus nahezu ausschließlich auf den deutschen Überseekolonialismus gerichtet ist. Der Berliner Kongreß von 1878, der die Staaten Südosteuropas zu "Halbkolonien" degradierte, und der gesamte Komplex deutscher Südosteuropapläne sowie der wirtschaftlichen Expansion nach Südosteuropa und in das Osmanische Reich werden von Wehler nicht analysiert. Dies weist auf die eklatanten Leerstellen einer kritischen Forschung zur deutschen Südosteuropapolitik im 19. Jahrhundert hin. (Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, Erstauflage Köln 1969, 4. Auflage München 1976).

4. Deutsche Südosteuropapläne (1890-1914)

4.1 Zur kapitalistischen Durchdringung und Umstrukturierung Südosteuropas seit 1890

Nachdem sich die kapitalistischen Großmächte durch den Berliner Vertrag von 1878 und die anschließenden Eisenbahnbauten die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Durchdringung geschaffen hatten, wurden die Staaten Südosteuropas und das Osmanische Reich in den 1890er Jahren zu einem bevorzugten Investitionsfeld des westeuropäischen Kapitals. Da der britische Kapitalexport größtenteils in die eigenen Kolonien und in Übersee floß, dominierten in Südosteuropa das französische und das deutsche und für einige Jahre noch das österreichische Kapital. Die Staaten der Balkanhalbinsel waren durch ihre Erreichbarkeit über den Landweg vor allem für Deutschland als Rohstoff- und Agrarlieferanten sowie als Brücke in den Nahen Osten und als Absatzmärkte lukrativ.

Die Kapitalnot der Staaten Südosteuropas, die u. a. aus den hohen Kosten für die Befreiungskriege der 1870er Jahre und die Eisenbahnbauten resultierte, wurde von den öffentlichen und privaten Gläubigern Westeuropas auf das äußerste ausgenutzt. Die Ausgabe von Anleihen erfolgte zu rigorosen Garantieklauseln, sehr niedrigen Emissionskursen und mit hohen Zinssätzen.¹ Als Garantien für ihre Kredite sicherten sich die Kapitalgeber im Laufe der Schuldenverwaltung immer mehr Monopole staatlicher Einnahmen, z. B. aus der Tabak-, Salz-, Zucker- und Zündholzindustrie.² Die

¹ Auf die Anleihen Rumäniens wurden 5,5-5,75% Zinsen erhoben. Serbien und Bulgarien mußten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts 6,5% und von 1900-1914 5,5% zahlen. (Vgl. Lampe, John R., *Varieties of Unsuccessful Industrialization: The Balkan States before 1914*, in: *Journal of Economic History*, Nr.35, 4 (1975), S. 76; Ránki, György, *Die ökonomische Entwicklung auf dem Balkan in den 1870er Jahren. Die ersten Wirkungen der westlichen industriellen Revolution*, in: Melville/Schröder (Hg.), *Der Berliner Kongreß von 1878*, a. a. O., S. 25.

² So mußte die serbische Regierung 1895 mit der Berliner Handelsgesellschaft, der Österreichischen Länderbank und der französischen Banque Impériale Ottomane den "Karlsbader Vertrag" abschließen, der eine Konversion der Schulden vorsah. In der Verwaltung der Monopole, ebenfalls 1895 eingerichtet zur Verwaltung der Garantien der Aktieninhaber am serbischen Fond, wurden deren Interessen von einem deutschen und einem französischen Delegierten (aus der Berliner Handelsgesellschaft und der Banque Impériale Ottomane) vertreten. Unter die Direktion dieser Monopol-

ausgedehnte Kapitalbeteiligung eröffnete den Großmächten zugleich Möglichkeiten zur Einmischung in die Innen- und Außenpolitik der Staaten Südosteuropas. Nach einer Periode von Anleihen für Rüstungsgeschäfte und Eisenbahnbauten, die zumeist an umfangreiche Lieferverträge für die Industrie der Gläubigerstaaten gekoppelt waren, begann Ende des 19. Jahrhunderts die Phase der Wirtschaftsanleihen. So befanden sich z. B. um die Jahrhundertwende 92% der rumänischen Aktien im Ausland, 1914 waren es immer noch 80%. Bis zur Jahrhundertwende erhielt Rumänien Kredite in Höhe von einer Milliarde Francs, bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges waren es 1,7 Mrd. Francs. Die Verwendung der Kredite richtete sich vor allem nach den Interessen der Investoren und nicht nach den ökonomischen Bedürfnissen der Bevölkerung Südosteuropas. In Rumänien konzentrierte sich bis 1914 60% des gesamten investierten Auslandskapital auf die Erdölförderung.³

Die Wirtschaft der südosteuropäischen Staaten basierte in der Periode bis zum Ersten Weltkrieg fast ausschließlich auf der Produktion von Agrargütern. 80-90% der Bevölkerung waren in der Landwirtschaft beschäftigt. Im Mittelpunkt stand dabei der Anbau von Getreide, in einigen Regionen auch die Viehzucht.⁴ In Serbien und Bulgarien nahmen die Getreidefelder mehr als die Hälfte der verfügbaren Anbaufläche ein, in Rumänien sogar ca. 90%. Während sich die rumänische Landwirtschaft fast ausschließlich auf den Anbau von Weizen und Mais konzentrierte, war in Bulgarien darüber hinaus die Produktion von Tabak und Gemüse bedeutsam. In

verwaltung wurde das Tabak-, Salz- und Ölmonopol gestellt. Die Verwaltung erhielt außerdem Likörsteuern, einige Briefmarkensteuern und die verpfändeten Eisenbahn- und Zolleinnahmen. Das deutsch-französische Konsortium kontrollierte in den folgenden Jahren das gesamte serbische Anleihengeschäft. Carl Fürstenberg, der Chef der Berliner Handelsgesellschaft, wurde in dieser Zeit als "Bankier der serbischen Regierung" bezeichnet. (Vgl. Poidevin, Raymond, *Les Intérêts financiers français et allemands en Serbie de 1895 á 1914*, in: *Revue historique*, Paris, No. 232, 1964, S. 49ff; Lamer, Mirko, *Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 48 (1939), S. 477f.; Mommsen, W., *Großmachtstellung und Weltpolitik*, a. a. O., S. 264; Fürstenberg, Hans, *Carl Fürstenberg. Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers*, Frankfurt/M. 1961, S. 294f.).

³ Vgl. Bérend/Ránki, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas 1850-1914*, a. a. O., S. 138f.

⁴ Vgl. Sauter, Hermann von, *Die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanstaaten. Veröffentlichungen der Handelshochschule München*, München/Leipzig 1913-1914, S. 187f.

Serbien bildete die Viehzucht einen wichtigen Zweig der Landwirtschaft. Mit seinem Schweinebestand lag Serbien im Vergleich zu seiner Bevölkerungszahl an erster Stelle in der Welt, hinsichtlich seiner Rinderzahl blieb es nur hinter den USA und Dänemark zurück.⁵

Die wesentlichen Bewirtschaftungsformen waren in Serbien und Bulgarien Subsistenzwirtschaft und Kleinbesitz, während in Rumänien laut Statistik der Großgrundbesitz überwog.⁶ Die Großgrundbesitzer hatten dort jedoch etwa die Hälfte ihrer Güter in kleinen Parzellen an Bauern verpachtet, so daß auch hier die kleinflächige Anbauweise verbreitet war. Ein Mittelstand zwischen der kleinen Schicht des Adel und der Großgrundbesitzer und vielen Kleinbauern fehlte in Südosteuropa fast völlig. 80-85% der rumänischen, serbischen und bulgarischen Bevölkerung gehörte vor 1914 zur Schicht der agrarischen Kleinproduzenten. Etwa 75% der südosteuropäischen Bauern verfügte nur über Ländereien, deren Größe fünf Hektar nicht überschritt. Ihre ökonomischen Möglichkeiten waren äußerst begrenzt. 44% aller landwirtschaftlichen Betriebe in Rumänien besaßen keine Zugtiere, in Serbien und Bulgarien waren es sogar 50-60%. Kaum ein südosteuropäischer Bauer verfügte über Maschinen. Die südosteuropäischen Staaten wiesen seit den 1880er Jahren den größten Bevölkerungszuwachs Europas auf. Durch die bäuerliche Erbaufteilung verkleinerten sich die Landparzellen infolgedessen weiter. In Serbien waren um 1900 10% der Bauernfamilien ohne Landbesitz. Die Parzellen von weiteren 60% waren so klein, daß der Anbau nicht zur Versorgung der Familie ausreichte. Eine Steigerung der Exporte war nur möglich durch die Verelendung großer Teile der ländlichen Bevölkerung. Im gegenüber Deutschland hochverschuldeten Rumänien erhöhte sich der Pachtzins im Zeitraum von 1870 bis 1906 bis zu 300%, so daß sich die materielle Lage der ländlichen Bevölkerung zunehmend verschlechterte. Vor diesem Hintergrund kam es zu bewaffneten Bauernrevolten, bei deren militärischer Niederschlagung allein im Jahr 1907 mindestens 11.000 Menschen getötet wurden. Durch die verkehrstechnische Erschließung und wirtschaftliche Durchdringung von seiten der kapitalistischen Staaten Westeuropas seit den 1870er Jahren wurde die Landwirtschaft Süd-

⁵ Vgl. Bérend/Ránki, a. a. O., S. 121f.

⁶ Vgl. Sauter, a. a. O., S. 188.

osteuropas intensiviert und auf den Export ausgerichtet. Von 1880-1910 stieg die Weizenproduktion in Bulgarien auf das Zweieinhalbfache, in Rumänien nahezu auf das Dreifache und in Serbien beinahe auf das Vierfache.⁷

Über die Agrarprodukte hinaus zeigten sich Vertreter der Industrie und des Kapitals Westeuropas vor allem an den Waldbeständen und den mineralischen Bodenschätzen Südosteuropas interessiert. Besonders in Serbien und im nördlichen Rumänien gab es große Waldbestände. Als bedeutsame südosteuropäische Bodenschätze galten Wirtschaftsexperten Stein- und Braunkohle, Gold, Eisen, Blei, Zink, Mangan und die rumänischen Erdölquellen.⁸ Ins Blickfeld westeuropäischer Kapitalvertreter rückte seit der Jahrhundertwende darüber hinaus "die reichste Kupfergrube Europas"⁹ im ostserbischen Bor.

Nach einer Schätzung investierte britisches Kapital vor 1914 ca. 100 Mio. US\$ in Südosteuropa. Französische Investitionen beliefen sich auf etwa 500 Mio. US\$ und deutsche auf 400 Mio. US\$.¹⁰ Die westeuropäischen Kapitalinvestitionen bewirkten in Südosteuropa nach 1890 eine rasche Umstrukturierung der Ökonomie. Subsistenzwirtschaft und die Produktion von Kleinwaren für den Binnenmarkt wurden mehr und mehr abgelöst von einer exportorientierten Landwirtschaft und der Ausbeutung von Bergwerksminen für den Weltmarkt.

Innerhalb weniger Jahre stieg der Export aus Südosteuropa steil an, wobei die fünf führenden Exportartikel - ausschließlich landwirtschaftliche Produkte - durchwegs einen Anteil von drei viertel bis vierfünftel am Export der einzelnen Länder hielten. Durch die Exportoffensive versuchten die Regierungen Südosteuropas die Verschuldung zu reduzieren. Doch auf dem Weltmarkt er-

⁷ Vgl. Bérend/Ránki, a. a. O., S. 102ff. u. 111ff.; Drews, Joachim, Vom Soja-Anbau zum "Wohltat"-Vertrag. Der ökonomische Anschluß Rumäniens an das Deutsche Reich, in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 12, herausgegeben von Christoph Diekmann/ Susanne Heim/Ahlrich Meyer u. a., Berlin/Göttingen 1995, S. 63.

⁸ Vgl. Doelter, Cornelius, Der Mineralreichtum der Balkanhalbinsel, in: Balkan und Naher Orient, Ludwig Cwiklinski (Hg.), Wien/Leipzig 1916, S. 166ff.; Sauter, a. a. O., S. 190f.; Dix, Arthur, Deutschland und der Balkanmarkt, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena, 106. Bd., 1916, Nr. I, S. 651.

⁹ Dix, Deutschland und der Balkanmarkt, a. a. O., S. 651.

¹⁰ Vgl. Bérend/Ránki, a. a. O., S. 140.

hielten sie nur geringe Preise für ihre Agrarprodukte und für die Modernisierung der Landwirtschaft waren sie auf die Einfuhr von Maschinen angewiesen, für deren Kauf sie sich weiter verschulden mußten. Der Import der südosteuropäischen Donaustaaten bestand zu 75% aus industriellen Fertigwaren.

Der Export Serbiens erhöhte sich von Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts von 4,7 Mio. Dollar auf 23,4 Mio. Dollar, derjenige Rumäniens von 9,4 Mio. Dollar auf 135,9 Mio., während Bulgarien von 1870-1913 eine Steigerungsrate von 4,4 Mio. Dollar auf 36,9 Mio. aufwies.¹¹

Die nahezu monokulturelle Ausfuhr Südosteuropas zeigt folgende Tabelle:

Prozentanteile der wichtigsten Exportgüter 1886-1911

jährlicher	Rumänien		Bulgarien	Serbien	
Durchschnitt	Getreide	Erdöl	Getreide	Getreide	Vieh
1886-90	76,8%	-	72,2%	17,8%	38,0%
1891-95	79,5%	-	78,0%	30,4%	42,0%
1896-00	74,2%	0,8%	72,7%	27,7%	29,9%
1901-05	75,1%	2,2%	68,8%	20,5%	44,6%
1906-10	79,7%	7,3%	64,4%	43,5%	11,8%
1911	71,4%	11,8% ^a	70,1%	31,7%	19,8%

^a Durchschnitt 1912-13; 1911 nicht verfügbar

¹²

Vor dem Ersten Weltkrieg stellten Agrarprodukte ca. 80% der Ausfuhr Südosteuropas. Rumänien war dabei mit 8% am Weizenexport auf dem Weltmarkt beteiligt.¹³ Die rumänische Weizenproduktion stieg von 7 Mio. dz (1880-1884) auf 22,3 Mio. dz (Durchschnitt der Jahre 1903-1912), die Maisproduktion von 17 Mio. dz auf 23 Mio. In Serbien erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Weizenproduktion von 1,1 Mio. dz auf 4 Mio. dz, in Bulgarien von 4 Mio. dz auf 10,6 Mio. dz.¹⁴

¹¹ Vgl. Ránki, Die ökonomische Entwicklung auf dem Balkan, a. a. O., S. 21ff.; Bérend/Ránki, a. a. O., S. 128 u. 140.

¹² Lampe, a. a. O., S. 64.

¹³ Vgl. Bérend/Ránki, a. a. O., S. 122 u. 142.

¹⁴ Vgl. Ránki, a. a. O., S. 26.

Die große Bedeutung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Gütern im Export Südosteuropas brachte die dortigen Staaten in hohem Maße in Abhängigkeit gegenüber externen Bedingungen und Entwicklungen wie internationalen Agrarpreisen und -ernten.¹⁵ Der vornehmlich französische und deutsche Kapitalexport nach Südosteuropa hatte dort negative Auswirkungen. Er setzte nicht nur einen Export von Rohstoffen und Agrarprodukten in Gang, sondern ging zudem einher mit einer Überschwemmung der Binnenmärkte der Balkanhalbinsel mit den Massenproduktionswaren der westeuropäischen Industrie. Das früher in Südosteuropa existierende lokale Kleingewerbe und Handwerk wurde (wie in dieser Arbeit bereits aufgezeigt¹⁶) durch diese Konkurrenz rasch zerstört, ohne daß die Entwicklung einer Großindustrie gefördert wurde.¹⁷ Letzteres lag nicht im Interesse der Industrieunternehmen Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs. Eine konkurrenz-fähige Industrie Südosteuropas hätte ihre Absatzchancen geschmälert. Die Kapital- und Güterimporte verhalfen den südosteuropäischen Staaten somit nicht zu einer eigenständigen Entwicklung, da die imperialistischen Staaten nur in die dortige Landwirtschaft und den von ihnen abhängigen Industriezweigen investierten. Gleichzeitig wuchs die Verschuldung der südosteuropäischen Staaten durch die Kredite in drastischer Weise. Geringfügige Ansätze einer Industrialisierung bestanden auf der Balkanhalbinsel neben dem Bergwerks- und Hüttenwesens nur in den Bereichen Lebensmittelindustrie, Textilindustrie und Holzverarbeitende Industrie. Die rumänische Industrialisierung war im Vergleich mit anderen Ländern Südosteuropas aufgrund der Erdölvorkommen etwas weiter vorangeschritten, jedoch mehr am Bedarf des westeuropäischen Marktes nach Rohstoffen und billigen Gebrauchsgütern als an den Bedürfnissen des südosteuropäischen Binnenmarktes orientiert.¹⁸ Um sich aus der Verschuldung zu befreien, boten alle Staaten Südosteuropas - mit Ausnahme Griechenlands - ausländischen Unternehmen günstige Investitionsbedingungen. In ihren Industriegesetzen offerierten sie eine Freistellung von indirekten Steuern und Importzöllen für industrielles Rohmaterial und Maschi-

¹⁵ Vgl. Weitowitz, Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo von Caprivi 1890-1894, a. a. O., S. 180.

¹⁶ Siehe in dieser Arbeit S. 146.

¹⁷ Vgl. Ránki, a. a. O., S. 24; Bérend/Ránki, a. a. O., S. 141.

¹⁸ Vgl. Bérend/Ránki, a. a. O., S. 125ff.

nen, die kostenlose Bereitstellung von Land und einen Nachlaß der Eisenbahn-Kosten für Unternehmen mit mehr als zwanzig Angestellten.¹⁹ Eine typische Bedingung für Staatsanleihen aus Österreich und Deutschland war die Zusicherung, daß 20% der gewährten Darlehen für den Aufkauf von deutschen und österreichischen Industrieprodukten verwendet werden mußten.²⁰ Darüber hinaus wurde den kreditnehmenden Staaten häufig die Auflage gemacht, Rüstungsmaterial von deutschen Unternehmen, in erster Linie von Krupp, zu beziehen. Auf diese Weise gerieten die Staaten Südosteuropas in ein zunehmendes Abhängigkeitsverhältnis.

Nur der rumänische Staat konnte um die Jahrhundertwende, trotz hoher Auslandsverschuldung, die in erster Linie gegenüber Deutschland bestand, die Zahlungsunfähigkeit und die unmittelbare ausländische Finanzkontrolle vermeiden.²¹ Serbien verlor seine finanzpolitische Souveränität 1895, Bulgarien 1901. Die Summe der Staatsschulden Bulgariens stieg zwischen 1887 und 1914 von 26 Mio. auf 850 Mio. Francs, der jährliche Schuldendienst erhöhte sich von 2,1 auf 52 Mio. Francs und bewegte sich im Zeitraum von 1900-1914 zwischen 25-30% der gesamten Staatseinnahmen.²² In Serbien stieg die Verschuldung zwischen 1890 und 1913 von 64,9 Mio. auf 189,8 Mio. US\$, der Schuldendienst vereinnahmte 1914 ebenfalls 30% der Staatseinnahmen. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges nahm Serbien 26 Kredite auf, alleine zehn davon zur Tilgung anstehender Schulden. Alle Kredite waren mit hohen Zinsen von 7-8% belastet. In Rumänien wuchs die ohnehin schon immense Verschuldung zwischen 1890 und 1913 noch einmal von 169,5 Mio. auf 326,7 Mio. US\$.²³

Für die Schulden aufkommen mußte die ohnehin pauperisierte Bevölkerung Südosteuropas. Um den Staatsbankrott zu vermeiden,

¹⁹ Vgl. Lampe, a. a. O., S. 81.

²⁰ Vgl. Bérend/Ránki, a. a. O., S. 128 u. 140.

²¹ Rumänien war besonders von Deutschland abhängig. An der öffentlichen Verschuldung Rumäniens hatte Deutschland 1892 einen Anteil von 77%. Da die rumänische Regierung durch ein Ausweichen auf Frankreich versuchte sich aus der einseitigen Abhängigkeit von Deutschland auf dem Finanzsektor zu befreien, sank der deutsche Anteil an den Staatsanleihen von 64,4% (1895) auf 54,3% (1915). (Vgl. Lamer, a. a. O., S. 479; Feis, a. a. O., S. 270).

²² Vgl. Ránki, a. a. O., S. 21; Feis, a. a. O., S. 274.

²³ Vgl. Sugar, Peter F., Railroad construction and the development of the Balkan village in the last quarter of the 19th century, in: Melville/Schröder (Hg.), a. a. O., S. 491; Bérend/Ránki, a. a. O., S. 139.

steigerten die südosteuropäischen Regierungen die Ausbeutung der vorwiegend ländlichen Bevölkerung, indem sie ihr ein höheres Arbeitspensum und höhere Steuern aufzwangen. Darauf weist die zunehmende Rolle der indirekten und Verbrauchssteuern innerhalb der Staatsbudgets dieser Länder hin. In Rumänien stammten 50 Prozent der Staatseinnahmen aus dieser Quelle, in Bulgarien waren es 42 Prozent. Die bulgarischen Bauern verloren etwa 20 Prozent ihres Einkommens durch diese Steuer.²⁴

Für die Bevölkerung Serbiens, Montenegros, Rumäniens und Bulgariens brachte die formelle Unabhängigkeit ihrer Staaten somit keine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation. Im Gegenteil. Da die Bauern immer mehr Geld für Steuern, monopolisierte Artikel und industrielle Güter benötigten, waren sie gezwungen, die Produktion landwirtschaftlicher Güter zu erhöhen, z. B. durch die Umwandlung von Weideland in Ernteland und den Kauf von Düngemitteln und Maschinen. Dabei mußten sie ihre Erzeugnisse nach der verkehrspolitischen Erschließung Südosteuropas durch den Bau der Eisenbahnlinien zu den Dumpingpreisen des Weltmarktes verkaufen. Zudem ließ sich das südosteuropäische Getreide im Außenhandel im Vergleich zu anderen Ländern, in denen Großgrundbesitz und monokulturelle Plantagenwirtschaft vorherrschten, nur schwer verkaufen. Zu alledem fielen in ganz Europa von der Mitte der 1870er zur Mitte der 1890er die Preise für landwirtschaftliche Produkte. Vor diesem Hintergrund konnten die südosteuropäischen Bauern in dieser Periode selbst die laufenden niedrigen Preise nicht mehr sichern. Damit waren die formell unabhängigen Staaten Südosteuropas nicht in einer besseren Lage im Handel mit den großen europäischen Staaten als die Kolonien dieser Staaten. Die umfassende ökonomische Penetration der Balkanhalbinsel durch die kapitalistischen Großmächte Westeuropas war verantwortlich für diese Situation. Die Regierungen der hochverschuldeten Staaten Südosteuropas konnten den Forderungen ihrer Kreditgeber kaum Widerstand entgegensetzen.²⁵ Statt einer eigenen "industriellen Revolution" blieb den Ländern Südosteuropas nur die Rolle billiger Lieferanten von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten und die Etablierung einer ergänzenden komplementären Wirtschaft

²⁴ Ránki, a. a. O., S. 25. Vgl. auch Milward, A./Saul, S. B.: The Development of the Economies of Continental Europe 1850-1914, London 1977, S. 461.

²⁵ Vgl. Sugar, a. a. O., S. 495-497.

für die Staaten Zentral- und Westeuropas, in erster Linie Deutschlands und Österreich-Ungarns. Die Produktionsfaktoren Boden und Arbeit wurden vom westeuropäischen Kapital nur dazu genutzt, die Produktion Serbiens, Bulgariens und Rumäniens mengenmäßig zu steigern und nach den Bedürfnissen des westeuropäischen Marktes auszurichten.²⁶ Dabei gerieten die Staaten Südosteuropas in ein immer stärkeres Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland, dessen Bourgeoisie seine Expansionspläne in besonderer Weise auf Südosteuropa und den Nahen Osten konzentrierte.

4.2 "Pénétration pacifique"- Deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa.

Seit den 1870er Jahren hatte sich die deutsche Industrialisierung und Kapitalbildung auf der Basis der hohen französischen Kriegsreparation sprunghaft entwickelt. In der Produktion von Eisen, Stahl, chemischen, elektotechnischen und optischen Erzeugnissen überflügelte Deutschland 1880 Frankreich und 1910 auch Großbritannien. Damit wurde Deutschland zum wirtschaftlich stärksten imperialistischen Staat Europas.²⁷ Vor diesem Hintergrund war die deutsche Industrie mehr denn je auf Rohstoffeinführen angewiesen. Im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien verfügte Deutschland jedoch über kein großes und wirtschaftlich lukratives Kolonialgebiet.²⁸

Die seit Mitte der 1880er Jahren okkupierten deutschen Kolonialgebiete in Afrika erfüllten die Expansionserwartungen des deutschen Kapitals nicht. Den hohen militärischen Verwaltungskosten standen nur geringe wirtschaftliche Erträge gegenüber. Darüber hinaus bestand immer die Gefahr einer Blockade der Überseemärkte durch die britische Seemacht. Der Handelsumsatz mit den Kolonien

²⁶ Vgl. Bérend/Ránki, a. a. O., S. 141.

²⁷ Vgl. Heyden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik. Wesen und soziale Funktion einer reaktionären soziologischen Schule, Berlin (DDR) 1958, S.90; Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 69f.

²⁸ Der deutsche Bedarf an Rohstoffen stieg Ende des 19. Jhds. immens an. Waren z.B. 1872 noch Eisenerze und Stahlveredler im Wert von nur 5,7 Mio. Mark importiert worden, so wurden 1910 hierfür 161,3 Mio. Mark aufgebracht. (Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, S. 20).

blieb gering und zeigte nur ein ganz unbedeutendes Wachstum.²⁹ Unter den Waren, die nach den Kolonien eingeführt wurden, standen Spirituosen an erster Stelle.³⁰ Nur eine Kolonie, Deutsch-Südwestafrika, warf nach der Entdeckung von Diamanten 1907 einen bescheidenen Gewinn ab.³¹ Während Kolonialgesellschaften und Politiker noch vom deutschen "Platz an der Sonne" träumten, kam die Mehrheit der deutschen Unternehmer und Bankiers seit Anfang der 1890er Jahre zu dem Schluß, deutsches Kapital im Ausland vorzugsweise in geographisch schnell und günstig erreichbaren Ländern zu investieren, die bezüglich ihrer Natur und der wirtschaftlichen Struktur den überseeischen Kolonialländern ähnelten, d. h. rohstoffreiche Gebieten mit gering entwickelter Industrie und einem niedrigen Lohnniveau. Südosteuropa und das Osmanische Reich erschienen hierfür prädestiniert.³² Da diese Gebiete über den Landweg und die Donau erreichbar waren, konnte sich die deutsche Expansion hier der Kontrolle der Seemacht Großbritanniens entziehen.³³ Darüber hinaus entstanden keine Kosten einer direkten Okkupation, da die Staaten Südosteuropas und das Osmanische Reich auch ohne militärische Besetzung aufgrund der Restriktionen des Berliner Vertrages und ihrer hohen Verschuldung einer wirtschaftlichen Unterwerfung kaum Widerstand entgegenhalten konnten. Die dortigen Regierungen begrüßten im Gegenteil anfangs eine deutsche Kapitalzufuhr, hofften sie doch, sich auf diese Weise aus der Abhängigkeit ihrer bisherigen Hauptgläubiger Frankreich und Großbritannien befreien zu können. Beste Voraussetzungen für die Errichtung eines "Informal Empire".

Gustav Stolper (1889-1947), Publizist aus dem Kreis der ökonomistischen Imperialisten um Friedrich Naumann, bemerkte über diese Phase der Wirtschaftsexpansion:

"Zwar gelang es dem deutschen Kapital nicht, in starken unabhängigen Ländern wie Rußland, Nord- und Südamerika viel politischen Einfluß zu gewinnen. Dagegen wurde in

²⁹ Vgl. Feis, a. a. O., S. 183.

³⁰ Jerussalimski, a. a. O., S. 256f.

³¹ Vgl. Geiss, Imanuel, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München/Wien 1978, S. 80.

³² Diese Position wurde beispielsweise offen vom Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Helfferich, vertreten.

(Vgl. Helfferich, Karl, Die deutsche Türkenpolitik, Berlin 1921, S. 10. Vgl. auch Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 53).

³³ Vgl. Helfferich, Karl, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Bd. 3, Berlin 1923, S. 3 u. 16.

Ländern der Kapitaleinfuhr, die an einem geographisch und politisch wirksameren Expansionsradius lagen, die wirtschaftliche Betätigung durch politische Aktionen gefördert und gestärkt. Das trifft vor allem auf Südosteuropa und Kleinasien zu, Gebiete, auf die sich der traditionelle deutsche `Drang nach Osten` richtete. Die wichtigsten Ziele der Expansion waren dort Österreich-Ungarn, Rumänien und die Türkei. Dagegen boten die Kolonien dem deutschen Außenhandel nur unbedeutende Möglichkeiten."³⁴

Nach dem Ende der 1880er Jahre erfolgten Kauf der Eisenbahnlinie Berlin-Wien-Belgrad-Sofia-Konstantinopel durch die Deutsche Bank und dem Erwerb der Konzession für den Weiterbau dieser Strecke über Ankara bis Bagdad forcierte das deutsche Kapital die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas und des Nahen Ostens. Im Zuge des Bagdadbahnbaus und der systematischen "pénétration pacifique" des Osmanischen Reiches entdeckten deutsche Wirtschaftskreise zunehmend auch den Balkan als lukratives Gebiet eines informellen Imperialismus.³⁵

Die Strategie von Kanzler Bismarck, die expansiven Tendenzen Rußlands und Österreich-Ungarns in Richtung Südosteuropa in einem fortschreitenden Drahtseilakt immer wieder zu balancieren, war angesichts der eigenen imperialistischen Bestrebungen in diese Richtung nicht länger opportun. Noch vor Bismarcks Sturz formierte sich in den höchsten Führungskreisen des Reiches, im Auswärtigen Amt ebenso wie im Generalstab, eine Gruppe von Diplomaten und Militärs, die immer entschiedener gegen die deutsche Bündnispolitik gegenüber Rußland opponierten. In außenpolitischer Hinsicht war diese Gruppe entschlossen, die Expansion des Deutschen Reiches in Ost- und Südosteuropa auf Kosten und notfalls gegen Rußland voranzutreiben. Nicht ganz zufällig gab Ende März 1890 die Frage des Verhältnisses zu Rußland den letzten Anstoß zum Sturz Bismarcks. Geheime Nachrichten des Generalstabs, denen zufolge mit einem russischen Angriff binnen Wochen gerechnet werden müsse, wertete Kaiser Wilhelm II. als erneuten Beweis dafür, daß der alte Kanzler nicht mehr imstande sei, die zunehmenden militärischen Vorbereitungen und aggressiven Tendenzen Rußlands richtig einzuschätzen.

³⁴ Stolper, Gustav, Deutsche Wirtschaft seit 1870, 2. ergänzte Auflage, Tübingen 1955, S. 38.

³⁵ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, a. a. O., S.11.

Die Nachfolge Bismarcks übernahm General Leo von Caprivi. Unter ihm wurde die außenpolitische Strategie noch stärker auf die Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn ausgerichtet.³⁶ Vor allem eröffnete die unter seiner Kanzlerschaft eingeleitete Handelsvertrags- und Wirtschaftspolitik Deutschland die einzige wirkliche imperialistische Chance: den Weg nach Südosteuropa und in das Osmanische Reich.³⁷

Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung 1890 war die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland. Wenig später wurden die bisher strikt defensiv gehaltenen Bestimmungen des Dreibund-Vertrages zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien offensiv umgedeutet. In der neuen Fassung des Vertrages von 1891 verpflichteten sich die Vertragspartner nunmehr formell, ihre künftige Politik gegenüber dem Osmanischen Reich und den Staaten Südosteuropas im Vorfeld miteinander zu koordinieren und Italien für den Fall territorialer Veränderungen in diesen Gebieten an der Beute zu beteiligen.³⁸

Das Ziel der deutschen Handelspolitik unter Caprivi bestand darin, der aufstrebenden deutschen Exportindustrie stabile Bedingungen zu sichern. Um dies zu erreichen, wurde die Zollautonomie erstmals zugunsten einer langfristigen Tarifvertragspolitik abgelöst. Zur Absicherung günstiger Außenhandelsbedingungen schloß die deutsche Regierung mit einigen Staaten bilaterale Handelsverträge mit gebundenen Zöllen und einer Laufzeit von zwölf Jahren. Auf diese Weise erhielten die Exporteure sichere Preisgarantien. Diese Politik verfolgte die Regierung des Deutschen Reichs nach 1891 zunächst nur gegenüber Staaten, die sie wirtschaftlich und politisch eng an sich binden wollte. Hinter der Vertragspolitik zeichnete sich die Konzeption eines durch eine Zollunion von Deutschland ökonomisch dominierten und auf weite Sicht auch politisch geführten "Mitteleuropa" ab.³⁹ In der Regierungszeit Caprivis (1890-1894) kam es zum Abschluß langfristiger Handelsverträge mit gebundenen Zöllen mit Österreich-

²⁰ Vgl. Mommsen, W., *Großmachtstellung und Weltpolitik*, a. a. O., S. 107ff.; Hallgarten, Bd. I, a. a. O., S. 287; List, Heinrich Theodor, *Deutschland und Mittel-Europa*, Berlin 1916, S. 17.

³⁷ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 59.

³⁸ Vgl. Mommsen, W., *Großmachtstellung und Weltpolitik*, a. a. O., S. 115f.

³⁹ Vgl. Geiss, *Der lange Weg in die Katastrophe*, a. a. O., S. 187f.

Ungarn, der Schweiz, Italien, Rumänien, Serbien, und Bulgarien. In den Verhandlungen wurde die Finanznot der Staaten der Balkanhalbinsel zum entscheidenden deutschen Druckmittel. So trieb z. B. der Verkauf serbischer Papiere in Frankreich die serbische Regierung mehr und mehr in Abhängigkeit von Deutschland. Dem Staatsbankrott nahe sah sie sich, parallel zu den Handelsvertragsverhandlungen, 1891 gezwungen, eine Anleihe in Höhe von 10 Mio. Mark bei der Berliner Handelsgesellschaft aufzunehmen. Die Regierungen der südosteuropäischen Donaustaaten verpflichteten sich in den Handelsverträgen schließlich zu einer Senkung ihrer Einfuhrzölle für deutsche Industrieerzeugnisse, während die deutsche Regierung im Gegenzug eine Senkung seiner Einfuhrzölle für Agrarprodukte aus diesen Ländern bewilligte.⁴⁰ Durch diese Klauseln wurde das ungleichgewichtige Abhängigkeitsverhältnis, "deutsche Industriewaren gegen südosteuropäische Agrarprodukte", langfristig etabliert. Die 1930 ausformulierte und ab 1934 praktizierte Großraumwirtschaft, die auf dem Austausch deutscher Industriewaren gegen Agrargüter aus Ost- und Südosteuropa basierte, stand in der Tradition der Verträge von 1892/93. 1937 wurde die Bedeutung der unter Caprivi abgeschlossenen Handelsverträge in einer Schrift mit der Bemerkung hervorgehoben, durch sie sei "Mitteleuropa" zum ersten Male "aus einem rein geographischen Begriff zu einer handelspolitischen Realität geworden".⁴¹ Die deutsche Industrie und Exportwirtschaft erhoffte sich auf Grundlage der langfristigen Abkommen, in Ost- und Südosteuropa größere Exportmärkte erschließen zu können.⁴² Deutschland sollte auf diese Weise eine stabile Ausgangslage für den Konkurrenzkampf um die Weltmärkte gesichert werden.

1916 bemerkte ein Autor: Unter Caprivi "wurde der Kurs klar auf Süd-Ost gesetzt."⁴³

Der Kanzler erklärte zur Ausrichtung der deutschen Politik 1893

⁴⁰ So wurden z. B. die Zölle für das Doppelzentner Getreide von 5 Mark auf 3,50 Mark herabgesetzt.

⁴¹ Riedl, Richard, *Mitteleuropa oder Zentraleuropa?*, in: *Volk und Reich*, 13. Jg., 1937, Heft 12, S. 798.

⁴² Vgl. Mommsen, *Großmachtstellung und Weltpolitik*, a. a. O., S. 117f.; Fischer, *Krieg der Illusionen*, a. a. O., S. 24 u. 91; Meyer, *Mitteleuropa in German thought and action*, a. a. O., S. 62; Weitowitz, a. a. O., S. 157-168; Naumann, Friedrich, *Werke*, Fünfter Band, *Schriften zur Tagespolitik*, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/Opladen 1964, Anmerkungen, S. 749.

⁴³ List, Heinrich Theodor, *Deutschland und Mittel-Europa*, a. a. O., S. 68.

"der Weg auf den Balkan gehe nicht mehr allein über Wien, sondern auch durch das Brandenburger Tor."⁴⁴

Der Aufbau des langfristigen Handelsvertragssystem unter Caprivi war gegen Rußland, Frankreich, Großbritannien und die USA gerichtet.⁴⁵ Als Hauptgegner des deutschen Expansionismus nach Südosteuropa galt dabei in der deutschen Öffentlichkeit weiterhin Rußland.⁴⁶ So hieß es in einem Leitartikel der Zeitschrift "Die Gegenwart" 1895:

"Wenn man die europäische Sprachenkarte genau besichtigt, so wird man finden, daß die Ausbreitung des Deutschthums in der Richtung nach Südosten liegt, d. h. über das gesamte Donaugebiet und über die gesamte Balkan-Halbinsel hin, um später über den Bosphorus nach Klein-Asien, Südwest-Asien und Afrika weiter vordringen zu können, bis dieses Reich mit demjenigen Englands zusammenstößt. Gerade auf diesem natürlichen Wege möchte uns die heute führende Hofpartei in Rußland ein Hinderniß entgegensetzen, indem sie die Balkan-Halbinsel für Rußland allein beansprucht (...) Man muß einsehen, daß heutzutage die Welt unter den größten Völkern aufgetheilt wird".⁴⁷

Dabei habe Deutschland sein Augenmerk vorwiegend auf die Balkanhalbinsel zu richten.⁴⁸

Um eine Einschränkung des deutschen Expansionismus nach Südosteuropa durch Rußland zu verhindern, erhoben sich bereits in den 1890er Jahren Stimmen, die ein gewaltsames Vorgehen forderten. Der baltendeutsche Publizist Eckardt propagierte 1892, es müsse verhindert werden, daß sich "der slawisch-russische Eisenring" um den "germanischen Leib" lege, und Deutschland den direkten Weg in den "Orient" versperre. Jeder Versuch zu weiterer Ausspannung des "slavischen Ringes" müsse als "Angriff auf die Si-

⁴⁴ Caprivi in der Militärkommission, 11. 1. 1893, zit. bei Hallgarten, Bd. I, a. a. O., S. 338.

⁴⁵ Vgl. Schäffle, Albert, Zur wissenschaftlichen Orientierung über die neueste Handelspolitik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen, 49. Jg., 1893, S. 132ff.

⁴⁶ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 91.

⁴⁷ Phantasien über Großdeutschland, in: "Die Gegenwart". Wochenschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben, Herausgegeben von Theophil Zolling, Berlin, Nr. 41 vom 12. Oktober 1895, S. 225-227, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 104-106.

⁴⁸ Vgl. ebenda.

cherheit Mittel-Europas und seiner Kultur" zurückgewiesen werden.⁴⁹

Vorerst vertraute das deutsche Kapital jedoch weiter auf die Mittel der "Pénétration pacifique".

Um die prosperierenden Geschäfte der deutschen Industrie in Süd-osteuropa und im Nahen Osten zu sichern und nicht durch Revolutionen, in deren Folge mögliche Enteignungen drohten, zu gefährden, setzte sich die deutsche Regierung in der Phase von 1878-1914 im Gegensatz zu Frankreich, Großbritannien und Rußland für einen Erhalt des Osmanischen Reiches ein.⁵⁰ Als es im Osmanischen Reich Mitte der 1890er Jahren u. a. in Armenien, Mazedonien und Kreta zu Aufständen kam, brachte die englische Regierung die Möglichkeit einer Aufteilung des Osmanischen Reiches in die Diskussion der europäischen Diplomatie. Die deutsche Regierung wies diesen Plan entschieden zurück. Gleichzeitig versuchte sie sich langfristig gegen ein territoriales Vordringen Rußlands in das Osmanische Reich abzusichern. Zu diesem Zweck setzte sie 1896 einen Vertrag mit der russischen Regierung durch, dessen Grundlage lautete:

"Statusquo in der Türkei, solange es irgend möglich ist".⁵¹

Um die Armee des Osmanischen Reiches für militärische Auseinandersetzungen gegen mögliche Aufstandsbewegungen zu stärken, wurden seit 1882 deutsche Offiziere in offizieller Militärmission zur Ausbildung des osmanischen Heeres nach Konstantinopel entsandt.⁵² Das deutsche Bestreben nach einem Erhalt des Osmanischen Reiches und langfristig stabiler Geschäftsbedingungen stand im

⁴⁹ Eckardt, J. v., Berlin-Wien-Rom. Betrachtungen über den neuen Kurs und die neue europäische Lage, Leipzig 1892, S. 50 u. 104.

⁵⁰ Malzkorn, Richard, Die deutsche Balkanpolitik in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, Diss., Köln 1932, S. 54.

Der baltendeutsche Publizist Julius Wilhelm Albert von Eckardt schrieb in den 1870er und 1880er Jahren vor allem für die "Deutsche Rundschau". (Vgl. Fuhrmann, Rainer, Die Orientalische Frage, das "Panslawistisch-Chauvinistische Lager" und das Zuwarten auf Krieg und Revolution. Die Osteuropaberichterstattung und -vorstellungen der "Deutschen Rundschau" 1874-1918, Diss., Frankfurt/M. 1975, S. 9.

⁵¹ G. P. 11, Nr. 2861, Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz an das Auswärtige Amt, 9. 9. 1896.

⁵² Vgl. Rathmann, Lothar, Berlin-Bagdad, Berlin (DDR), 1962. S. 14f.

engen Zusammenhang mit dem Bau der Bagdadbahn und der forcierten Expansion des deutschen Kapitals nach Südosteuropa und den Nahen Osten. Das unter der Führung der Deutschen Bank stehende Konsortium hatte sich in den 1890er Jahren im Vertrag zum Bau der Bagdadbahn zudem ein Recht auf die Ausbeutung von Rohstoffen entlang der Strecke zusichern lassen.

Die Eisenbahnerwerbungen trugen dazu bei, daß die deutschen Exporte in das türkische Gebiet des Osmanischen Reiches zwischen 1888 und 1893 um 350% anstiegen.⁵³ Die Schienen der Bagdadbahn wurden von Krupp geliefert.⁵⁴

Aus Berichten der in enger Beziehung zur Deutschen Bank stehenden konsularischen Vertretern des Deutschen Reiches in Teheran und Bagdad geht hervor, daß die Verwirklichung des Bagdadbahnprojekts als entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Vorstoß des deutschen Finanzkapitals bis Indien betrachtet wurde.⁵⁵

Das Bagdadbahn-Projekt wurde in der deutschen Öffentlichkeit mit großem Enthusiasmus verfolgt. Es galt als "Kulturwerk", das für die Deutschen eine Bedeutung erlang, wie für die US-Amerikaner der Panama-Kanal. Viele Deutsche ließen ihre Finger auf der Karte der schwarzen Linie von Berlin südostwärts folgen und manches patriotische Herz schlug schneller bei der Bemerkung "Unsere Bagdadbahn".⁵⁶ Mit dem Projekt verbanden sich Erwartungen einer wirtschaftlichen Erschließung Südosteuropas und des Nahen Osten, um sich auf diese Weise eine feste Rohstoffbasis und große Absatzmärkte zu sichern und so zu einer mit den USA, Großbritannien und Frankreich mindestens ebenbürtigen Großmacht zu werden.⁵⁷

⁵³ Vgl. Jerussalimski, a. a. O., S. 268f, Helfferich, Georg von Siemens, a. a. O., Bd. 3, S. 9; Rathmann, a. a. O., S. 26ff.; Czichon, Eberhard, Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995, S. 37f.; Lamer, a. a. O., S. 508; Schöllgen, Gregor, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage, München 1984, S. 49.

⁵⁴ Vgl. Hallgarten, Bd. I, a. a. O., S. 477.

⁵⁵ Vgl. Rathmann, Berlin-Bagdad, a. a. O., S. 53.

⁵⁶ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 96f.

⁵⁷ Vgl. Geiss, 1990, a. a. O., S. 50; Grunwald, Kurt, Penetration Pacifique - The Financial Vehicles of Germany's "Drang nach dem Osten", in: Germany and the Middle East, 1835-1939. International Symposium 1975, herausgegeben von Jehuda L. Wallach, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Tel Aviv 1975, Beiheft 1.

Insbesondere verbanden sich in Deutschland mit dem Bagdadbahnprojekt Hoffnungen auf einen Zugang zu den Erdölfeldern des Persischen Golfes.⁵⁸

Bereits 1913 ging die Hälfte der gesamten Warenausfuhr Deutschlands nach Österreich-Ungarn und in die Länder Ost- und Südosteuropas, während nur 24 Prozent auf Großbritannien, Frankreich, Spanien und Portugal und weitere 24 Prozent auf Übersee entfielen.⁵⁹ Ost- und Südosteuropa einschließlich des asiatischen Teils des Osmanischen Reiches waren an der Gesamtausfuhr aus Deutschland mit 22,7 Prozent beteiligt und an seiner europäischen Ausfuhr mit 29 Prozent. Das deutsche Finanzkapital richtete seine Expansionsbestrebungen damit in besonderer Weise auf die Balkanhalbinsel und den Nahen Osten. Dabei gerieten die Staaten Südosteuropas in viel größere Abhängigkeit von Deutschland als umgekehrt. Rumänien führte 1910 34 Prozent aller Waren aus Deutschland (dazu weitere 24 Prozent aus Österreich-Ungarn) ein, in Bulgarien waren es 1912 20 Prozent (dazu aus Österreich-Ungarn 24 Prozent) und in Serbien stammten 1910 41 Prozent der Importe aus dem Deutschen Reich (dazu 19 Prozent aus Österreich-Ungarn). Als Staatsschuldgläubiger nahm Deutschland vor Ausbruch des Krieges im Osmanischen Reich und Serbien (nach Frankreich) den zweiten Platz ein, in Rumänien und Bulgarien rangierte es an erster Stelle.⁶⁰ Deutschlands Anteil an der Verschuldung des Osmanischen Reiches wuchs von 4,7% (1888) auf 22% (1914). 45,4% der ausländischen Gesamtinvestitionen im Osmanischen Reich entstammten 1912 aus Deutschland. Die im Osmanischen Reich an führender Stelle engagierte Deutsche Bank war zu diesem Zeitpunkt zur größten Bankinstitution der Welt geworden.⁶¹ Dabei wurden In-

⁵⁸ Vgl. Czichon, a. a. O., S. 36.

⁵⁹ Vgl. Jindra, Zdenek, Über die ökonomischen Grundlagen der "Mitteleuropa"-Ideologie des deutschen Imperialismus, in: Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und der CSR, Band 3, herausgegeben von Karl Obermann, Berlin (DDR) 1960, S. 147f.

⁶⁰ Vgl. Jindra, a. a. O., S. 151.

⁶¹ Vgl. Gutsche, Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Band 15, 1977, S. 242-245; Flaningam, M.L., German economic controls in Bulgaria: 1894-1914, in: The American Slavic and East European Review, Bd. 20, 1961, S. 106f.; Kumpf-Korfes, Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals in Bulgarien..., a. a. O., S. 1429; Jindra, a. a. O., S. 151; Grunwald, Penetration Pacifique - The

vestitionen der großen Banken in dieser Periode nicht mehr als private Abenteuer und Risiken angesehen, sondern als Teile eines offiziellen Plans, der langfristig auf kommerzielle und, wenn möglich auch, politische Hegemonie zielte.⁶²

Die folgende Tabelle zeigt, daß die deutschen Investitionen in Österreich-Ungarn, den Balkanländern und dem Osmanischen Reich beträchtlich über den Kapitalanlagen in Westeuropa oder in den afrikanischen und asiatischen Kolonien lagen. Die Zahlen widerlegen die in der wissenschaftlichen Literatur vertretene Behauptung, daß Deutschland vor 1914 in Südosteuropa und dem Nahen Osten keine starke Einflußsphäre besessen habe.⁶³

Geographische Verteilung der langfristigen deutschen Auslandsinvestitionen 1914:

(in Billionen Mark)			
Europa		Außerhalb Europas	
Österreich-Ungarn	3,0	Afrika	
Rußland	1,8	(mit deutschen Kolonien) ⁶⁴	2,0
Balkanländer	1,7	Asien (mit deutschen Kolonien) ⁶⁵	1,0
Türkei (mit asiatischer Türkei)	1,8	USA und Kanada	3,7
Frankreich und Großbritannien	1,3	Lateinamerika ⁶⁶	3,8
Spanien und Portugal	1,7	Andere Gebiete	0,5
Rest Europas	1,2		
	-----		--
--			
	12,5		11,0 ⁶⁷

Financial Vehicles of Germany's "Drang nach Osten", a. a. O., S. 94.

⁶² Vgl. Feis, a. a. O., S. 187f.

⁶³ Vgl. u. a. Meyer, H. C., Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 116ff.

⁶⁴ Deutsches Kapital in Afrika wurde außerhalb der Kolonien vor allem in Südafrika, Ägypten und Marokko angelegt. (Vgl. Feis, a. a. O., S. 77).

⁶⁵ Von den deutschen Investitionen in Asien waren nur die Anlagen in China von Bedeutung. (Vgl. Feis, a. a. O., S. 77).

⁶⁶ Die deutschen Investitionen in Lateinamerika waren auf mehrere Staaten verteilt, vor allem auf Argentinien, Brasilien, Mexiko, Chile und Venezuela. (Vgl. Feis, a. a. O., S. 77).

Bedeutsam waren die Staaten Südosteuropas für Deutschland als Lieferanten von Rohstoffen, Getreide und Futtermitteln. Deutschland bezog aus Südosteuropa in beträchtlichem Umfang Erdöl (Rumänien), Kupfer (Serbien), Weizen, Mais, Gerste, Tabak, Wolle, Hanf, Seilerwaren, Seidenraupenkokons und Erzeugnisse der Teppichindustrie sowie Blei, Zink und Mangan.⁶⁸ Um sich einen Zugriff auf das rumänische Erdöl zu sichern, beteiligte sich die Deutsche Bank 1895 an der Gründung der rumänischen Erdölgesellschaft Steaua Romana. 1904 ging dieses Unternehmen völlig in deutsche Hände über. Es entstand die Deutsche-Petroleum-Aktien-Gesellschaft (DEPAG). Die Deutsche Bank hielt den größten Anteil an dieser Holdinggesellschaft. Darüber hinaus beteiligt waren der Wiener Bank-Verein und einige andere deutsche Banken. Die Deutsche Bank verfolgte mit dem rumänischen Erdölgeschäft weitgesteckte Ziele. Sie wollte mit Hilfe ihrer rumänischen Erdölkonzessionen die us-amerikanischen Erdölkonzerne vom deutschen Benzin- und Petroleummarkt verdrängen und ein eigenes, den deutschen Markt beherrschendes Unternehmen aufbauen. Rumänien war 1914 der fünftgrößte Ölproduzent der Welt.⁶⁹ Insgesamt erhöhte sich die deutsche Ausfuhr nach Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Serbien und das Osmanische Reich von 19,6 Mio. Mark im Jahre 1880 über 76,8 Mio. Mark im Jahre 1900 auf 312,4 Mio. Mark im Jahre 1913. Dabei gelang es dem deutschen Kapital mehr und mehr andere Großmächte auf den Märkten Südosteuropas zurückzudrängen. Während sich z. B. der deutsche Export nach Bulgarien zwischen 1886 und 1915 verzwanzigfachte, konnte Österreich seine Ausfuhr dorthin im selben Zeitraum nur verdreifachen.⁷⁰

⁶⁷ Feis, a. a. O., S. 74.

⁶⁸ Vgl. Dix, Deutschland und der Balkanmarkt, a. a. O., S. 651.

⁶⁹ Vgl. Haase, Friedrich, Die Erdölinteressen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft in Rumänien, Berlin 1922, S. 54ff.; Lenin, W. L., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders., Werke, Bd. 22, Berlin (DDR) 1966, S. 252ff.; Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 417f.; Lamer, a. a. O., S. 489, Bérend/Ránki, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas 1850-1914, a. a. O., S. 126.

⁷⁰ Vgl. Balkan-Revue. Monatszeitschrift für die wirtschaftlichen Interessen der südosteuropäischen Länder, Jg. 1, 1914, H. 6/7, S. 491.

In der Zeitschrift "Balkan-Revue" wurden Untersuchungen über Bank- und Geschäftsverbindungen mit wirtschaftsgeographischen Studien verbunden. Wesentliche Vertreter der deutschen Geopolitik wie Artur Dix, Richard Hennig und Otto Maull waren Autoren

Der deutsche Warenexport nach Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Serbien und den Osmanischen Reich wuchs von 1901 bis 1912 um 242 Prozent und übertraf damit die Exportsteigerung nach allen Erdteilen. Der Südosteuropaexport lag erheblich über dem Wachstum des deutschen Gesamtexports, der sich mit einem Wertanstieg von 4512,6 Mio. auf 8956,8 Mio. Mark in diesem Zeitraum etwa verdoppelte. Der Export nach Bulgarien steigerte sich in dieser Periode um 385 Prozent. In Rumänien betrug die Steigerungsrate 287 Prozent, im Osmanischen Reich 203 Prozent und in Serbien 157 Prozent.

Zum Vergleich: Der Export in afrikanische Länder erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 161 Prozent, der Export nach Asien um 100 Prozent. 1912 erreichte der deutsche Export in die Staaten Südosteuropas einen Anteil von 4,7% des Europaexports und von 3,6% des Gesamtexports, inklusive des Osmanischen Reiches mit 1,3%. Der deutsche Import aus diesen Ländern wuchs auf 2,6% des Gesamtimports.⁷¹ Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina als damalige Teile Österreich-Ungarns im deutschen Handel mit Südosteuropa nicht eingerechnet wurden. Zudem müßte ein großer Teil der südosteuropäischen Ausfuhr nach Belgien und Holland eigentlich auf seiten des deutschen Imports verbucht werden, da es sich lediglich um Zwischenhandelsplätze für die deutsche Einfuhr handelte. Dies gilt z. B. für den Getreideimport via Antwerpen und Rotterdam.⁷²

Gleichzeitig war Österreich-Ungarn bei seinen Investitionen in Südosteuropa und dem Nahen Osten in starkem Maße abhängig von Deutschland. Die meisten österreichischen Banken, die dort investierten, standen in Verbindung mit deutschen Banken.⁷³ Auf der Grundlage der ökonomischen Hegemonie konnte die deutsche Regie-

der Zeitschrift. Das Spektrum der Autoren reichte von den Alldeutschen bis zur rechten Mitte. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 150).

⁷¹ Vgl. Gutsche, Willibald, Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus..., a. a. O., S. 240f; Löding, a. a. O., S. 28; Kumpf-Korfes, Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals in Bulgarien..., a. a. O., S. 1430.

⁷² Vgl. Jäckh, a. a. O., S. 151; Dix, Arthur, Deutschland und der Balkanmarkt, a. a. O., S. 649f.

⁷³ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 68.

rung, die Außenpolitik Österreich-Ungarn gegenüber den Staaten Südosteuropas in beträchtlichem Maß mitbestimmen.⁷⁴

Darüber hinaus kam es seit der Jahrhundertwende zur Gründung deutscher Banken in Südosteuropa. Als erste deutsche Bank wurde 1897 in Rumänien die Banca Generala Romana gegründet, gefolgt von der Marmorsch, Blank und Kompanie, die 1904 ebenfalls in Rumänien eröffnet wurde, der Kreditbank-Anstalt in Bulgarien 1905 und der Orientbank (1906), mit Geschäftssitzen in Hamburg und Konstantinopel. Hinter diesen Instituten standen jeweils große deutsche Banken.⁷⁵

Die Abhängigkeit der Staaten Südosteuropas von Deutschland verstärkte sich zusehends durch die ungleichgewichtige Handelsstruktur. Die Länder Südosteuropas nach Deutschland exportierten nach Deutschland fast ausschließlich unverarbeitete billige Agrarprodukte und Rohstoffe, während Deutschland in diese Länder vorwiegend teure Konsumgüter, landwirtschaftliche Geräte, Bau- und Betriebsbedarf für Eisenbahnen sowie Waffen und Munition lieferte. Die Handelsbilanz der Staaten Südosteuropas gegenüber Deutschland gestaltete sich durch dieses Ungleichgewicht permanent negativ. Vor diesem Hintergrund konnten sie der Verschuldung nicht entkommen.

In Bulgarien gewannen deutsches und österreichisches Kapital vor 1914 die Kontrolle über den Markt mit Maschinen, im besonderem für landwirtschaftliche Zubehöre aller Art. Darüber hinaus bestimmten sie den gesamten Verkauf von fertiger Kleidung.⁷⁶

In Serbien erlangte Deutschland einen Umfang an Lieferungen, die seine Kapitalbeteiligung an serbischen Anleihen bei weitem überstieg. Zwar erhielt das französische Rüstungsunternehmen Schneider-Creusot fast alle großen militärischen Aufträge, die Lieferungen von Material für den Eisenbahnbau stammten dagegen zum größten Teil aus Deutschland. Kein französisches Unternehmen war in dieser Domäne in der Lage, mit den deutschen Firmen zu konkurrieren.⁷⁷

⁷⁴ Vgl. Gutsche, Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus..., a. a. O., S. 241.

⁷⁵ Vgl. Mitrovic, Andrej, Ergänzungswirtschaft: The theory of an integrated economic area of the Third Reich and Southeast Europe (1933-1941), in: The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945, edited by the Institute of Contemporary History, Belgrade 1977, S. 11.

⁷⁶ Vgl. Flaningam, a. a. O., S. 104.

⁷⁷ Vgl. Poidevin, a. a. O., S. 65f.

In einem 1913 gehaltenen Vortrag über "die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanstaaten" von 1913 wurde dem deutschen Kapital in Südosteuropa eine günstige Perspektive prophezeit:

"Der Boden ist außerordentlich fruchtbar, der Ertrag steigerungsfähig, die Bevölkerung bildungsfähig.(...) Man hat die Balkanstaaten, ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung, bisher vielfach unterschätzt.(...) Es ist interessant, zu beobachten, wie am Balkan gegenüber dem französisch-russischen Kultureinfluß immer mehr der deutsche Einfluß der vorherrschende wird. Die Jugend besucht mit Vorliebe die deutschen Hochschulen, das Militär findet vielfach in dem deutschen sein Vorbild und seine Ausbildung. Im Zusammenhange damit (...) findet andererseits der deutsche Kaufmann, die deutsche Industrie am Balkan immer mehr Boden".⁷⁸

Das "Informal Empire" Südosteuropa hatte für das deutsche Kapital als Lieferant von Agrarprodukten und Rohstoffen, als Anleiheobjekt, als Absatzmarkt und als Brücke in den Nahen Osten eine größere Bedeutung als die formellen Kolonien in Übersee erlangt. Die Forcierung der *Pénétration pacifique* in den Balkanstaaten und dem Osmanischen Reich spiegelte sich ab 1890 in zahlreichen Schriften und Strategiepapieren deutscher Politiker, Industrieller, Wissenschaftler und Publizisten und der Gründung neuer Lobbyorganisationen wider.

4.3 Organisationen des annexionistischen und des ökonomistischen Imperialismus in Deutschland

In der Zeit nach 1890, als Deutschland den Sprung vom Agrar- zum Industriestaat vollzogen hatte und seine Wirtschaft auf den Import von Rohstoffen und den Export von Industriegütern und Fertigwaren ausrichtete⁷⁹, wurde die fortschreitende deutsche Expansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten durch verschiedene Organisationen konzeptionell vorbereitet und propagandistisch begleitet.

⁷⁸ Sauter, a. a. O., S. 199-201.

⁷⁹ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 18ff., ders., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf, 4. Aufl. 1971 (1. Aufl. 1961), S. 20ff.

Dabei kristallisierten sich zwei unterschiedliche, zeitweise miteinander konkurrierende, zeitweise kooperierende Strategien zur Durchsetzung deutscher Expansionsansprüche in Ost- und Südosteuropa heraus, die grundlegend für deutsche Außenpolitik bis 1945 wurden.⁸⁰ Einerseits trat die Konzeption eines durch langfristige Zollvereinbarungen vereinheitlichten Wirtschaftsimperiums in der politischen Form eines lockeren Staatenbundes unter deutscher Führung in der Vordergrund der publizistischen Diskussion. Ost- und Südosteuropa wurden dabei als wirtschaftliche "Ergänzungsräume" eines engen Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vorgesehen. Diese Konzeption fand, wie erwähnt, einen ersten Ausdruck in der Zollpolitik des Bismarck-Nachfolgers Caprivi. Auf der anderen Seite bildete sich die pangermanistische Strategie der Alldeutschen heraus, die die nationalstaatliche Zusammenfassung des gesamten deutschen Volkstums in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, d. h. die Bildung eines "Großdeutschland" anstrebten, als Basis deutscher Herrschaft in Ost- und Südosteuropa und in überseeischen Kolonien. Beide Fraktionen umschrieben ihr Ziel mit der Parole "Mitteleuropa".⁸¹ Während die Pangermanisten oder Alldeutschen offen für Annexionen eintraten und diese rassistisch begründete, argumentierten die Vertreter einer "mitteleuropäischen Zollunion" in erster Linie ökonomistisch. Sie gingen von der Gefahr einer angeblichen Einschränkung des ökonomischen Potentials und Spielraums Deutschlands durch die großen Wirtschaftsimperien der USA, Großbritan-

⁸⁰ In der Literatur werden die beiden Strategien zumeist als "konservativer" und "liberaler" Imperialismus bezeichnet. Die Begriffe "konservativ" und "liberal" sind in diesem Zusammenhang jedoch unzureichend und wenig aussagekräftig. Sie können nur bezüglich der Zuordnung der jeweiligen Vertreter zu politischen Parteien eine gewisse Geltung beanspruchen. Bezüglich der Zielsetzungen und Strategien ist die Unterscheidung zwischen annexionistischem und ökonomistischem Imperialismus prägnanter und zutreffender. Der ersten Fraktion gehörten eher Vertreter der Schwerindustrie, der Großgrundbesitzer (Junker) und des Mittelstandes an, der zweiten Fraktion Vertreter der neueren Industrien wie der Chemie- und Elektroindustrie und der ihnen angeschlossenen Banken. Eine klare Trennlinie zwischen beiden Strategien läßt sich nicht ziehen. Neben ideologischen Übereinstimmungen gab es auch Doppelmitgliedschaften in den Organisationen beider Fraktionen.

⁸¹ Vgl. Berg, Heino, Deutschland und Mitteleuropa - Die deutsche Frage in der alten und neuen Mitteleuropadebatte, in: Berg, Heino/Burmeister, Peter, Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990, S. 94.

niens und Rußlands aus und meinten dieser Gefahr mit der Etablierung eines "mitteleuropäischen" Wirtschaftsblockes unter deutscher Führung begegnen zu müssen. Vorrangig interessiert an günstigen Handels- und Zollbedingungen für den deutschen Export, argumentierten sie weniger rassistisch, da der Abschluß von Verträgen und Zollbündnissen in gewissem Umfang ein Vertrauensverhältnis und gegenseitige Zugeständnisse voraussetzten.

Einig waren sich beide Fraktionen in der Zielsetzung, eine deutsche Hegemonie über Ost- und Südosteuropa durchzusetzen, wobei sie zur Begründung ihrer Ziele, ebenfalls in Übereinstimmung, an den Südosteuropaplänen Friedrich Lists und anderer Vordenker anknüpften.

In der Rezeption der Schriften Lists offenbaren sich auch die Unterschiede dieser imperialistischen Konzepte. Während die annexionistischen Imperialisten vor allem den Gedanken Lists aufnahmen, die deutsche Auswanderung donauabwärts nach Südosteuropa und den Nahen Osten zu lenken und den Raum von Helgoland bis zum Persischen Golf zu kolonisieren, bezogen sich die ökonomistischen Imperialisten in erster Linie auf die List'sche Idee eines "mitteleuropäischen" Zollbündnisses unter deutscher Führung, um auf der Grundlage dieses Wirtschaftsblocks den Konkurrenzkampf gegen die übrigen Großwirtschaftsräume der Welt, wie das britische Commonwealth aufnehmen zu können. Wesentliche Sprachrohre und Lobbyorganisationen der annexionistischen und ökonomistischen Imperialisten waren bis 1914 der Alldeutsche Verband und der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein.

4.3.1 Alldeutscher Verband

Zu Beginn der 1890er Jahre, d. h. in der Anfangsphase der deutschen Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa, dem Nahen Osten, Afrika und Südamerika, konstituierte sich eine Bewegung, die als Interessensvertretung der annexionistischen Imperialisten bis 1918 federführend blieb: der Alldeutsche Verband.⁸² Auslöser der

⁸² Die Gründung des Alldeutschen Verbandes stand im Kontext der Entstehung einer ganzen Reihe von kolonialistischen und pangermanistischen Organisationen in Deutschland seit den 1880er Jahren, wie des "Vereins für Handelsgeographie und Kolonialpolitik", des "Deutschen Kolonialvereins", der "Gesellschaft für Deutsche Kolonisation" und des "Allgemeinen Deutschen Schulver-

Gründung war das Helgolandabkommen, das die deutsche Regierung im Juni 1890 mit der britischen Regierung abschloß. Der darin vereinbarte Tausch Helgolands gegen die afrikanischen Inseln Sansibar und Pemba sowie Gebiete auf dem ostafrikanischen Festland (ersteres an Deutschland, letztere an England) wurde von Teilen der deutschen Gesellschaft als Rückschlag für die deutsche Kolonialpolitik empfunden. Diese angebliche "Schmach" bildete die Ausgangsmotivation für die Gründung des Alldeutschen Verbandes, des Stammvaters der völkischen Bewegung und der nationalsozialistischen Partei.⁸³ Initiator des Verbandes war Alfred Hugenberg (1865-1951), später Generaldirektor von Krupp, Pressezar, Vorsitzender der Deutschnationalen Partei, mit Hitler Mitbegründer der Harzburger Front und 1933 erster Landwirtschaftsminister der nationalsozialistischen Regierung.⁸⁴ Die Gründung des Alldeutschen Verbandes fand am 28. September 1890 in Frankfurt a. M. statt. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Kolonialpolitiker und zeitweilige deutsche Reichskommissar in Ostafrika, Carl Peters gewählt. Der Verein firmierte bis Juli 1894 unter dem Namen "Allgemeiner Deutscher Verband" und wurde dann in "Alldeutscher Verband" umbenannt.⁸⁵ Zur Mitgliedschaft gehörten konservative Parlamentarier verschiedener Parteien⁸⁶ u. a. der spätere deutsche Kanzler und Außenminister Stresemann, Vertreter der Schwerindustrie wie Emil Kirdorf, besonders aber Angehörige des Mittelstandes und Wissenschaftler wie Friedrich Ratzel (Geograph, Begründer der "Politischen Geographie") und der Sozialwissen-

eins", später umbenannt in Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA). Letzterer existiert bis heute. (Vgl. Wehler, Bismarck und der Imperialismus, a. a. O., S. 158ff.; Goldendach, Walter v./Minow, Hans-Rüdiger, "Deutschtum erwache!" Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994, S. 53).

⁸³ Vgl. Kruck, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, S. 3.

⁸⁴ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 77, 190 u. 195.

⁸⁵ Vgl. Kruck, a. a. O., S. 8f.

⁸⁶ Alldeutsche Parlamentarier waren u. a. Graf Stolberg-Wernigerode (Konservative Partei), Graf Reventlow (Wirtschaftliche Vereinigung) und Bassermann, wie Stresemann, Mitglied der Nationalliberalen Partei. 47% der Alldeutschen im Reichstag gehörten der Nationalliberalen Partei an, 15% der Konservativen Partei, 15% den Deutsch-Sozialen, 14% der Reichspartei und 9% der Wirtschaftlichen Vereinigung. (Vgl. Wertheimer, Mildred S., The Pangerman League, 1890-1914, New York, First Published 1924, Reprinted 1971, S. 133).

schaftler Max Weber.⁸⁷ Der Verband vertrat in erster Linie die Interessen der Schwerindustrie, der Großgrundbesitzer und des Mittelstandes. Die deutsche Schwerindustrie war in hohem Maße auf Rohstoffimporte, insbesondere auf ganz bestimmte örtlich gebundene Bodenschätze angewiesen. Um die für sie wichtigen Bodenschätze ohne Einschränkungen nutzen zu können, forderten ihre Vertreter die direkte Angliederung fremder Territorien oder die Durchsetzung eines vereinigten "Mitteleuropa" in Gestalt eines Staatenbundes mit weitgehender politischer Unterwerfung der nichtdeutschen Länder. Die Großgrundbesitzer setzten auf eine Erweiterung des "deutschen Lebensraums" durch direkte Annexionen, da ihre Profite vom unmittelbaren Besitz an Grund und Boden abhängig waren und deren Steigerungsmöglichkeiten im zunehmend industrialisierten Deutschland schwanden.⁸⁸ Angehörige des Mittelstandes erblickten demgegenüber in einem aggressiven deutschen Expansionismus und Nationalismus Mittel, um einer sozialen Deklassierung zu entgehen. Die Hauptagitations Themen des Alldeutschen Verbandes waren Kolonialpolitik, der Flottenbau und "der Kampf um das Deutschtum".⁸⁹ Als wesentliches Ziel betrachteten die Verbandsmitglieder eine "Erweckung des Deutschtums" in den "abgetrennten Splittergebieten des mittelalterlichen Kaiserreichs".⁹⁰ Die alldeutsche Bewegung strebte einen deutschen Staat an, "dessen Grenzen mit den Grenzen des in Mitteleuropa geschlossen besiedelten deutschen Volkstums zusammenfallen" sollten.⁹¹ Da deutsche Minderheiten u. a. in Polen, dem Baltikum, Rumänien, Jugoslawien lebten, war mit der alldeutschen Staatsdefinition ein

⁸⁷ Vgl. Kruck, a. a. O., S. 17f; Opitz, Reinhard, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, in: Marxistische Blätter, Nr.5/1986; Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 100; Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 256.

Weitere Mitglieder waren u. a. der Zoologe Ernst Haeckel, der Nationalökonom Georg von Below und die Historiker Karl Lamprecht, Dietrich Schäfer und Otto Hoetzsch.

⁸⁸ Vgl. Gutsche, Willibald, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20 (1972), S. 538.

⁸⁹ Vgl. Wertheimer, a. a. O., S. 161.

⁹⁰ Vgl. Hallgarten, a. a. O., Bd. I, S. 359; Kundgebungen, Beschlüsse und Forderungen des Alldeutschen Verbandes 1890-1902, zusammengestellt von der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes, München 1902.

⁹¹ Hasse, Ernst, Deutsche Grenzpolitik, in: ders., Deutsche Politik, Bd. I, Heft 3, München 1906, S. 8.

deutscher Anspruch auf weite Teile Ost- und Südosteuropas verbunden.

Auf Grundlage der Schriften Gobineaus und Houston Stuart Chamberlains⁹² entwickelten die Alldeutschen ihre rassistische Argumentation.⁹³ Daneben beriefen sie sich auf die "Vermächtnisse" Paul de Lagardes⁹⁴. Anknüpfend an diese Ideologen propagierte der Alldeutsche Verband eine Überlegenheit der Deutschen über alle "Völker" und die Idee von der Heilsamkeit der Kriege.⁹⁵

Die Deutschen als "Herrenvolk" seien dazu befugt, sich ihren Anteil an der Welt zu nehmen und müßten sich dabei der "slawischen Rasse" entgegenstellen. Die Parole "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen", stand im Zentrum der alldeutschen Agitation.⁹⁶ Rassistisch, sozialdarwinistisch, antisemitisch, imperialistisch, völkisch, antiliberal, antidemokratisch und am Führergedanken orientiert, vermochten die Lehren des Alldeutschtums in Deutschland Boden zu fassen. Die Mitgliedschaft des Verbandes bewegte sich in der Zeit vor 1914 zwischen 5.000-22.000 Personen. Während des Ersten Weltkrieges stieg sie auf etwa 35.000 Personen.⁹⁷ Dabei war die ansteigende Bedeutung der Alldeutschen nicht in erster Linie der Mitgliederzahl des Verbandes abzulesen, "es wa-

⁹² Rezipiert wurden von den Alldeutschen in erster Linie: Gobineau, Graf Joseph Arthur de (1816-1882), *Essai sur l'inégalité des races humaines*, 2 vols, Paris 1884; Chamberlain, Houston Stewart (1855-1927), *Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts*, 1899 sowie die Schriften Paul de Lagardes. Chamberlains Leitmotiv war die Superiorität der "Teutonen" über alle anderen "Rassen" der Welt. Sein Buch wurde in Deutschland zum Bestseller. (Vgl. Wertheimer, a. a. O., S. 19 u. 126).

⁹³ Vgl. Hallgarten, Bd. I, a. a. O., S. 359f.; Wertheimer, a. a. O., 1924, Kruck, a. a. O.: Anderson, Pauline, *The Background of the Anti-English Feeling in Germany 1890-1902*, Washington 1939; Chickering, Roger, *We Men Who Feel Most German, A Cultural Study of the Pan-German-League, 1886-1914*, Boston 1984.

⁹⁴ Lagarde verstarb im Jahre 1891, d. h. ein Jahr nach dem Aufruf zur Gründung des Alldeutschen Verbandes. Ein Jahr nach seinem Tod erschienen eine ganze Reihe von Neuauflagen seiner Werke. Vor allem alldeutsche Publizisten verbreiteten die Gedanken Lagardes. (Vgl. Jindra, S. 153). Der zweite Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, bezeichnete Lagarde als einen seiner Lehrer. (Vgl. Meyer, *Mitteleuropa in German thought and action*, a. a. O., S. 32).

⁹⁵ Vgl. Deborin, A., *Die Mitteleuropa-Idee in der Propaganda der deutschen Imperialisten*. Zur Geschichte der ideologischen Vorbereitung der beiden Weltkriege, in: *Neue Welt*, 9. Jg. Heft 22, November 1954, S. 2737.

⁹⁶ Vgl. Jindra, a. a. O., S. 153.

⁹⁷ Vgl. Kruck, a. a. O., S. 16f.

ren", so der Historiker Ludwig Dehio, "ihre Gedankengänge, die sich mit wachsender Geschwindigkeit ausbreiteten."⁹⁸

Unter der Führung des Leipziger Professors der Statistik, Ernst Hasse (Vorsitzender von 1894-1908)⁹⁹, betonten die Alldeutschen beständig den Vorrang eines auf Europa konzentrierten deutschen Expansionismus. Den Übersee-Kolonialismus betrachteten sie als sekundäres Ziel.¹⁰⁰

Mehr als fünfzig Jahre nach dem Tod Friedrich Lists machte der Verband sich dessen Argumentation zu eigen, daß der "natürliche Weg" des deutschen Handels durch Südosteuropa zum Bosphorus und weiter in den Nahen Osten verlaufe.¹⁰¹

Die künftige Weltmacht Deutschland konzipierte der Verband als ein europäisches Weltmontanzentrum, das zu seinem industriellen Potential durch die Vereinigung der Montangebiete Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs einschließlich der erzeichen Kongo-Kolonie mit dem Ruhrgebiet gelangen und von diesem Zentrum aus sich als "Großdeutsches Reich" weit nach Ost- und Südosteuropa hinein erstrecken sollte. Die ost- und südosteuropäischen Länder Gebiet galten den Verbandsmitgliedern als landwirtschaftlicher Ergänzungs- und Siedlungsraum Deutschlands.¹⁰²

Den wesentlichen Gegner zur Erreichung dieses Zieles sahen die Alldeutschen, wie viele ihrer Zeitgenossen, in Rußland und dessen angeblichen panslawistischen Ambitionen.

1894 hieß es in einem Leitartikel der "Alldeutschen Blätter" unter der Überschrift "Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am Deutschen Nationalstaat":

⁹⁸ Dehio, Ludwig, Gedanken über die deutsche Sendung, in: ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955, S. 84.

⁹⁹ Ernst Hasse führte innerhalb der Nationalliberalen Partei die extrem kolonialpolitische Richtung an. Er war vom 5. Juli 1893 bis zum 12. Januar 1908 Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes. Hasse strebte beständig nach einer Realisierung der "Mitteleuropa"-Pläne von Friedrich List. Sein Nachfolger im Amt des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes wurde der Anwalt Heinrich Claß (Vorsitzender von 1908 bis 1939. (Vgl. Kruck, a. a. O., S. 14; Hallgarten, Bd. I, a. a. O., S. 210; Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 123; Henderson, W. O., Mitteleuropäische Zollvereinspläne 1840-1940, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Nr. 122 (1966), S. 155).

¹⁰⁰ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 74.

¹⁰¹ Vgl. Jerussalimski, a. a. O., S. 265.

¹⁰² Vgl. Opitz, Reinhard, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, in: Marxistische Blätter, 5/1986, S. 22.

"Wenn wir die bereits ernstlich drohende Slavisierung Deutschösterreichs ohne Fingererheben zulassen, so wird das Moskowitertum, der Panslavismus allein die Früchte einer so selbstmörderischen Politik einern. Das all seiner Außenposten beraubte Rumpfdeutschland befände sich alsdann einem allslavischen Wirtschaftsgebiete gegenüber, durch das es nicht allein von den Donaumündungen, sondern auch endgültig vom Mittelmeere ausgeschlossen würde (...) und damit wäre dann für Deutschland die alte historische Handelsstraße zerstört, die von Wien nach der Adria weist." ¹⁰³

In dieser Argumentation zeigen sich klare Kontinuitätslinien in der antislavischen Einstellung von der Paulskirchenversammlung über Marx/Engels und Paul de Lagarde bis zu den Alldeutschen. Im Artikel hieß es weiter, der Panslawismus dürfe weder in Österreich noch auf der Balkanhalbinsel Fuß fassen. Der Satz, daß Deutschland in Südosteuropa keine Interessen habe, sei "längst dem Verrosten verfallen." Rodbertus, "der Vater des monarchisch-nationalen Sozialismus", habe bereits 1863 auf den Südosten als "einer naturgemäßen deutschen Interessensphäre" hingewiesen. ¹⁰⁴ Der alte Drang nach Osten solle wieder lebendig werden. Nach Ost- und Südosteuropa müsse Deutschland "Ellbogenraum" gewinnen, um der "germanischen Rasse" diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedürfe, selbst wenn darüber "solch minderwertige Völklein" wie Tschechen, Slovenen und Slovaken "ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein" einbüßen müßten. ¹⁰⁵

Die Auffassung Hegels von den "geschichtslosen" und für die Zivilisation untauglichen "Völkern" Ost- und Südosteuropas bestimmte mithin auch die Sichtweise der Alldeutschen.

Zum wirtschaftlichen "Träger der deutschen Weltmacht" müsse, so der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Hasse, 1908, "ein mitteleuropäischer Zollverein" werden. Das künftige "deutsche Ausdehnungsgebiet" solle sich dabei von der Nord- und Ostsee "über das ganze Donaugebiet, die Balkanhalbinsel, Kleinasien bis zum persischen Meere" erstrecken. Die "Zwischenländer" seien aufzusaugen. "In diesem ganzen großen Gebiete" müsse "der Ein-

¹⁰³ Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat, in Alldeutsche Blätter. Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Verbandes, 4. Jg., Nr. 2, 7. Januar 1894, Leitartikel.

¹⁰⁴ Siehe zu Rodbertus in dieser Arbeit S. 86f.

¹⁰⁵ Vgl. Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat, a. a. O.

fluß anderer Weltmächte ausgeschaltet werden." Deutschland habe einen Anspruch auf "ausschließliche Beherrschung" des Weges von Hamburg bis zur Mündung des Euphrat und Tigris.¹⁰⁶

Bereits 1895 forderte der Alldeutsche Verband die "Schaffung eines unter deutschen Einfluß stehenden geschlossenen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes" in Front gegen das "Angelsachsentum" und die "Slawische Vormacht Rußland."¹⁰⁷ In diesem Punkt bestand, wie noch deutlich werden wird, Einigkeit zwischen den Alldeutschen und den ökonomistischen Imperialisten des Naumann-Kreises und des "Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins".

Noch weitergehendere Zielsetzungen wurden 1895 in der Broschüre "Germania triumphans" von einem anonymen Autoren¹⁰⁸ formuliert. Er beschwor die Gefahr einer panamerikanischen Zollunion sowie eines englischen und eines russisch-asiatischen Zollvereins. Deutschland drohe zwischen diesen "Völkerkolossen" eingeklemmt zu werden.¹⁰⁹ Das "Fortleben der europäischen Nationen als selbständige Glieder der zivilisierten Welt"¹¹⁰ stünde auf dem Spiel. Die Broschüre war in der Form eines Zukunftsromans geschrieben. Der Autor prophezeite für das Jahr 1902/1903 einen Krieg, den Deutschland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich gemeinsam gegen Frankreich und Rußland um europäische Gebiete führen würden. Einige Jahre später würde ein Weltkrieg um überseeische Gebiete folgen. Nach dem europäischen Krieg sollte Deutschland "als der Hauptsieger den Löwenanteil der Beute" in Osteuropa erhalten.

Dem Osmanischen Reich könne das Gebiet zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer überlassen werden. Dafür habe es Albanien und Mazedonien an Österreich abzutreten. Diese beiden Gebiete seien ebenso wie Serbien der Herrschaft eines deutschen Fürsten zu unterstellen und von Österreich in einen Bundesstaat nach Vorbild des deutschen Reichs einzuverleiben. Die gesamte Bevöl-

¹⁰⁶ Vgl. Hasse, Ernst, Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, München 1908, S. 65f.

¹⁰⁷ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 29.

¹⁰⁸ Es war, wie Ernst Hasse 1906 offenbarte, der bekannte Kolonialpolitiker Karl Kaerger, der u.a. die Schrift Kleinasien. Ein deutsches Kolonisationsfeld, Berlin, 1892 verfaßt hatte. (Vgl. Hasse, Ernst, Deutsche Grenzpolitik, a. a. O., S. 154).

¹⁰⁹ Vgl. Germania triumphans! Rückblick auf die weltgeschichtlichen Ereignisse der Jahre 1900-1915, von Einem Größtdeutschen, Berlin 1895, S. 3.

¹¹⁰ Germania triumphans!, a. a. O., S. 4.

kerung dieser Länder sollte germanisiert und Deutsch zur Amts- und Armeesprache werden.¹¹¹

Der Autor schloß diese in die Gegenwartsform übertragene Zukunftsvorstellung mit den Worten:

"So konnte man wohl mit Recht behaupten, daß Deutsch-Österreich gegenüber den Balkanstaaten in wirtschaftlicher wie in nationaler Beziehung eine Stellung einnahm, wie die Kolonien gegenüber ihrem Mutterlande."¹¹²

Nach dem von ihm prognostizierten europäischen Krieg sah der Autor die Gründung eines Zollbundes der vergrößerten Staaten Deutschland und Österreich mit dem Osmanischen Reich, Frankreich und Italien vor, dem sich später weitere europäische Staaten und Persien anschließen sollten.¹¹³

Gleichzeitig müsse die deutsche Auswanderung nach Nordamerika per Reichsgesetz verboten¹¹⁴ und vorrangig nach Südosteuropa, das Osmanische Reich, Persien und Südafrika gelenkt werden. Mittels des Zollbundes und der Siedlerkolonien könne "die dauerndste und solidste Grundlage" für die "Weltmachtstellung des deutschen Volkes" gelegt werden.¹¹⁵

Als direkte Antwort auf die Schrift "Germania triumphans" erschien die Broschüre "Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950", die der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Hasse 1895 anonym, mit der Zeichnung "Von einem Alldeutschen", veröffentlichte.¹¹⁶

Während die deutsche Weltmachtstellung nach dem Zeitplan des Autors von "Germania triumphans" innerhalb von zwanzig Jahren erreicht werden sollte, rechnete Hasse mit einem Zeitraum bis 1950. Er meinte, wenn der Verfasser von "Germania triumphans" von einer baldigen Germanisierung von 39 Mio. "Undeutschen" in Österreich-Ungarn und allen Balkanstaaten ausginge, so über-

¹¹¹ Vgl. Germania triumphans!, a. a. O., S. 10ff.

¹¹² Germania triumphans!, a. a. O., S. 12.

¹¹³ Germania triumphans!, a. a. O., S. 18ff.

¹¹⁴ Auch wenn die deutsche Auswanderung nach Übersee nicht mehr die Höchstzahl von 252.000 des Jahres 1853 erreichte, so war sie mit jährlich ca. 100.000 Anfang der 1890er Jahre noch immer beträchtlich. 97% der Auswanderer gingen nach Nordamerika. (Vgl. Bade, Population, Labour and Migration..., a. a. O., S. 128; Kruck, a. a. O., S. 35).

¹¹⁵ Vgl. Germania triumphans!, a. a. O., S. 71.

¹¹⁶ Zur Verfasserschaft Hasses, siehe Deborin, a. a. O., S. 2733ff.

schätze er die "Aufsaugungskraft des Deutschtums". Entwicklungsstufen könnten niemals ungestraft übersprungen werden.¹¹⁷

"Und so könnten allenfalls künftige Jahrhunderte an eine Germanisierung aller Balkanländer herantreten, wenn das zwanzigste Jahrhundert die staatliche Zusammenfassung des gesamten mitteleuropäischen Deutschtums in einen Bundesstaat zuwege gebracht haben wird."¹¹⁸

Ansonsten stimmte Hasse mit den in der Schrift "Germania triumphans" formulierten Zielsetzungen weitgehend überein. Auch er wollte alle jugoslawischen Gebiete (d. h. Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien) in einem Staat unter österreichischer Führerschaft zusammenfassen.¹¹⁹

Rumänien sollte demgegenüber direkt in einen Zollverein mit Deutschland eintreten. Unter allen Balkanstaaten habe Grossdeutschland das größte Interesse an Rumänien. Dort könne es u. a. die Mündung der "deutschen Donau" ins Schwarze Meer kontrollieren. Hasse betrachtete Rumänien als Wall zwischen Rußland und den "Südslawen".¹²⁰ Die Anbindung Rumäniens sollte Deutschland die Kontrolle über das volle Stromgebiet der Donau sichern. Der "mitteleuropäische Zollverein" könne sich dann auf die Nord- und Ostsee sowie auf die Adria und das Schwarze Meer stützen.¹²¹ Ebenso wie der Verfasser von "Germania triumphans" wollte Haase die deutsche Auswanderung nach Südosteuropa und den Nahen Osten lenken. Das "deutsche Volk" solle danach streben,

"im Wege der inneren und der Grenzkolonisation seine Grenzpfähle weiter südostwärts zu stecken? (...) Nach Südosten und nach Osten sind der Entwicklung des Deutschtums natürliche Grenzen nicht gesteckt (...) Auch in Zukunft kann und wird es nicht anders sein, als daß die Volkskraft der Deutschen dorthin vorwärts drängt. Bis wohin? Wer kann es sagen?"¹²²

¹¹⁷ Vgl. Grossdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950, Von einem Alldeutschen, Zweite vielfach geänderte Auflage, Berlin 1895, S. 9. (Das Original befindet sich in der Universitätsbibliothek Poznan. Zitiert wird hier nach einer Ablichtung von Prof. Dr. Andrzej J. Kaminski, Bremen 1974).

¹¹⁸ Grossdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950, S. 9f., vgl. auch S. 32.

¹¹⁹ Ebenda, S. 25.

¹²⁰ Vgl. ebenda, S. 25 u. 35f.

¹²¹ Vgl. Hasse, Ernst, Deutsche Weltpolitik, Flugschrift, Alldeutscher Verband (Hg.), München 1897, S. 9.

¹²² Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950, a. a. O., S. 7.

Für unerläßlich hielt es Hasse darüber hinaus, Deutschland einen Zugang zur Adria zu sichern.¹²³ Dieser sei "eine Lebensbedingung Grossdeutschlands", auf die es niemals verzichten dürfe, und das "deutsche Volk" müsse alle Mittel des Friedens und des Krieges aufbieten, um sich den Zugang zur Adria zu sichern,¹²⁴ eine Zielsetzung, die wie in dieser Arbeit erwähnt¹²⁵, in ähnlicher Vehemenz fünfzig Jahre zuvor von den Abgeordneten der Paulskirchenversammlung vertreten worden war.

Die Schaffung eines "großdeutschen Staates" konzipierte Hasse in Form eines Stufenmodells: Einen grossdeutschen Bund als Kern und einen grossdeutschen Zollverein als erweiterten Zusammenschluß. Der grossdeutsche Bund sollte dabei aus dem bisherigen deutschen Kaiserreich, Luxemburg, den Niederlanden und Belgien, der Schweiz und Österreich-Ungarn gebildet werden. In den grossdeutschen Zollverein sollten darüber hinaus Polen, die Ukraine, die baltischen Länder, Rumänien und ein "Grossserbien" eingebunden werden. Auf diese Weise würde ein "mitteleuropäischer Zollverein" entstehen, dessen Unabhängigkeit vom englischen und russischen Wirtschaftsgebiet gewährleistet sei.¹²⁶

Im "grossdeutschen Bund" sollten nur Deutsche politische Rechte und das Recht des Landerwerbs erhalten. Auf diese Weise könnten sie das im Mittelalter unter ihnen herrschende Bewußtsein eines "Herrenvolkes" wiedergewinnen. Die in den ost- und südosteuropäischen Gebieten des "großdeutschen Bundes" lebenden "Undeutschen" sollten, sofern sie nicht über See oder in die "slawischen" Nachbarländer auswandern würden, nur "zur Ausführung der niederen Handarbeiten" über das ganze Bundesgebiet zerstreut, geduldet werden.¹²⁷ Lange vor Hitler propagierte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbande schärfste Germanisierungsmaßnahmen, Massenaussiedlung und Bodenenteignung als Herrschaftsmethoden gegenüber den "nichtdeutschen Völkern Mitteleuropas".¹²⁸

¹²³ Vgl. ebenda, S. 32.

¹²⁴ Vgl. ebenda, S. 28.

¹²⁵ Siehe Kapitel 1.3.3

¹²⁶ Vgl. Grossdeutschland um das Jahr 1950, a. a. O., S. 36 u. 41.

¹²⁷ Vgl. ebenda, S. 47.

¹²⁸ Vgl. Hasse, Ernst, Deutsche Politik, Bd. I, Heft 4, Die Zukunft des deutschen Volkstums, München 1907, S. 56; Jindra, a. a. O., S. 154.

Unter Bezugnahme auf Friedrich List erklärte der Vorsitzende Hasse 1897 die "Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins" zur großen Aufgabe des jetzt lebenden Geschlechts.¹²⁹

Adolf Lehr, einer der Ideologen des Alldeutschen Verbandes betrachtete einen wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarn im selben Jahr als Ausgangsbasis eines wirtschaftlichen Eindringen in den Donauraum und Kleinasien sowie einer Kolonisierung dieser Gebiete von seiten Deutschlands.¹³⁰

Einen direkten Bezug zu den Vordenkern deutscher Südosteuropaexpansion List, Moltke, Roscher, Lasalle, Rodbertus und Lagarde stellte der Alldeutsche Verband 1896 in seiner Schrift "Deutschlands Ansprüche an das Türkische Erbe" her. Darin machte sich der Verband vor allem die Forderung der genannten Autoren zueigen, die deutsche Auswanderung von Nordamerika in das Osmanische Reich umzulenken, um dieses im deutschen Interesse zu kolonisieren.¹³¹

Ebenso wie List¹³² unterstrichen die Alldeutschen zudem die Bedeutung einer Eisenbahnverbindung in das Osmanische Reich für eine deutsche Weltmachtstellung:

"Die mittelbare oder unmittelbare Beschlagnahme der asiatischen Türkei durch das Deutsche Reich würde dieses in Besitz der wichtigsten internationalen Landverbindung zwischen Mitteleuropa und dem Orient bringen. Die über Anatolien und die Euphratländer führende große Eisenbahn in deutschen Händen würde das volkswirtschaftliche Gleichgewicht Mitteleuropas herstellen".¹³³

Das Wort von der "mittelbaren oder unmittelbaren Beschlagnahme der asiatischen Türkei" kennzeichnete in treffender Weise das Vorgehen deutschen Kapitals und deutscher Politik im Osmanischen Reich nach 1888, das sich, wie erwähnt, u. a. mittels des Bagdadbahnprojekts und der Entsendung von deutschen Militärmissionen zur Instruktion und Ausbildung der osmanischen Armee vollzog.

Welche Bedeutung die Alldeutschen dem deutschen Expansionismus im Osmanischen Reich zumaßen, zeigt die Bildung eines Orientaus-

¹²⁹ Vgl. Hasse, Deutsche Weltpolitik, a. a. O., S. 8f.

¹³⁰ Vgl. Jerussalimski, a. a. O., S. 404f.

¹³¹ Vgl. Deutschlands Ansprüche an das Türkische Erbe, Hrsg. vom All-Deutschen Verband, München 1896, S. 4f.

¹³² Siehe in dieser Arbeit S. 16.

¹³³ Deutschlands Ansprüche an das Türkische Erbe, a. a. O., S. 14f.

schusses des Verbandes im Jahre 1899. Damit wollte der Verband laut Selbstdarstellung die Rolle des aufmerksamen Beobachters mit der des tätigen Förderers der "deutschen Interessen im Orient" vertauschen.¹³⁴

Die Ambitionen einer deutschen Besiedlung des Osmanischen Reiches stellte der Alldeutsche Verband um die Jahrhundertwende zurück. Das Bagdadbahnprojekt lag, wie erwähnt, in den Händen der Deutschen Bank. Deren Vertreter sahen im Osmanischen Reich ein wirtschaftliches Ausbeutungsfeld, hielten eine dortige deutsche Siedlerkolonie jedoch nicht für notwendig. Die Propagierung einer direkten Kolonisation schadete ihrer Geschäftspolitik. Zur politischen Durchsetzung und Finanzierung der weiteren Streckenabschnitte benötigte der Bankvorstand die Unterstützung bzw. Duldung von seiten des Kapitals und der Regierungen in Frankreich und Großbritannien. Darüber hinaus war die Führung der Deutschen Bank zur Verwirklichung des Bagdadbahnprojekts auf die Unterstützung der osmanischen Regierung angewiesen. Deshalb trat der Vorstandschef der Bank, Georg von Siemens, als Redner auf einer Sitzung des Alldeutschen Verbandes auf und bat dort, eine weitere offene Propagierung der Forderung, die deutsche Auswanderung in das Osmanische Reich zu lenken, zu unterlassen. In der Folge stellten die Alldeutschen ihre diesbezügliche Propaganda zurück.¹³⁵ Statt dessen konzentrierten sie sich in der Folge auf die öffentliche Förderung der deutschen Handelsinteressen im Osmanischen Reich.¹³⁶

Als mögliches Ersatzgebiet für eine deutsche Siedlerkolonie betrachteten sie bis 1911 Marokko. Alle außereuropäischen Pläne, mochten sie sich nun auf Afrika oder den Nahen Osten beziehen, bildeten jedoch ohnehin nur Ergänzungen zum Kernstück der alldeutschen Propaganda: "Mitteleuropa" bzw. "Großdeutschland", das im Kampf gegen Rußland durchgesetzt werden sollte.¹³⁷

¹³⁴ Vgl. Ein Orientausschuß des Alldeutschen Verbandes, Alldeutsche Blätter, 9. Jg., Nr. 15, 9. 4. 1899.

¹³⁵ Vgl. Rathmann, Berlin-Bagdad, a. a. O., S. 40; Helfferich, Georg von Siemens, 3. Bd., a. a. O., S. 76f.; Kruck, a. a. O., S. 40; Frymann, Daniel, Vorderasiatische Siedlungspläne, in: ders., Wenn ich der Kaiser wär-, Leipzig 1912, S. 172f.

¹³⁶ Dehn, Paul, Zu den Verwicklungen im näheren Orient, in: Alldeutsche Blätter, 19. Jg., Nr. 12, 19. 3. 1909.

¹³⁷ Vgl. Kruck, a. a. O., S. 43; Kundgebungen, Beschlüsse und Forderungen des Alldeutschen Verbandes 1890-1902, a. a. O., S. 76f.

Um die Jahrhundertwende wurden in Deutschland vereinzelt Stimmen laut, die einen deutschen Expansionismus über Land nach Südosteuropa und den Nahen Osten mit einem Überseeimperialismus nach Afrika, Ostasien und Lateinamerika für unvereinbar hielten. In den Alldeutschen Blättern trat der Vorsitzende des Verbandes Hasse 1899 dieser Auffassung entgegen. Er betonte die Bedingtheit von Flottenbau, Überseeimperialismus und Kontinentalimperialismus. Letzteren umschrieb er mit dem Begriff "Mitteleuropa":

"Nur wenn wir stark zur See sind, werden es uns übelwollende seemächtige Staaten gestatten, einen mitteleuropäischen Wirtschaftsbund zu begründen, und die auseinanderstrebenden Glieder des Alldeutschtums zusammenzuschließen. Und nur wenn wir uns auf eine breite mitteleuropäische Grundlage stellen, können wir in fremden Erdteilen die Weltstellung gewinnen und festhalten, die wir als gewerbfleißigstes Volk Europas zur Fristung unseres Lebens brauchen (...) Es geht eben nicht anders, als daß Deutschland mächtig zur See ist und mächtig zu Lande."¹³⁸

Damit war das deutsche Kriegszielprogramm für den Ersten Weltkrieg skizziert. Kontinentalimperialismus mit dem Schwerpunkt auf Ost- und Südosteuropa und Überseekolonialismus, Bagdadbahn- und Flottenbau wurden von Alldeutschen Kreisen nicht als sich gegenseitig ausschließende Projekte bewertet. Sie galten vielmehr als sich ergänzende Elemente für die Realisierung einer deutschen Weltmachtposition.¹³⁹

In dieser Frage waren sich die Alldeutschen mit dem ökonomistischen Imperialisten Ernst Jäckh einig. Auch dieser sah im 1898 beschlossenen Flottenbauprogramm, das auf die deutsche Seesicherung ziele, keine Konkurrenz, sondern eine "wesentliche Ergänzung" des Bagdadbahnprojekts, das die Landverbindung anstrebe.¹⁴⁰ Vor diesem Hintergrund entstand in Deutschland um die Jahrhundertwende das populäre Schlagwort "Helgoland-Bagdad".

¹³⁸ Hasse, Ernst, Europäische oder Weltpolitik?, in: Alldeutsche Blätter, 9. Jg., Nr. 24, 11. 6. 1899. Vgl. auch Übersee-Politik oder Festlands-Politik? Zwei Vorträge von D. Reismann-Grone und F. v. Liebert auf dem alldeutschen Verbandstage am 17. Juni 1905 zu Worms, Flugschriften des Alldeutschen Verbandes, Heft 22, München 1905.

¹³⁹ Vgl. Hasse, Ernst, Deutsche Grenzpolitik, in: ders., Deutsche Politik, Bd. I, Heft 3, München 1906, S. 8.

¹⁴⁰ Vgl. Jäckh, Ernst, "Mitteleuropa" als Organismus, in: Deutsche Politik. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik, 1. Jg., Heft 25, 16. Juni 1916, S. 1067.

Bezüglich der Frage möglicher deutscher Siedlungskolonien forderte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes 1906 jedoch eine Konzentration auf Ost- und Südosteuropa:

"wir sollten wieder wie früher ein Jahrtausend lang unsere Ausdehnungskraft und Ausdehnungslust (...) in Mitteleuropa bestätigen. (...) Wir sind (...) nicht gezwungen, unsere neuen Siedlungsgebiete über See zu suchen. (...) Die besten Siedlungskolonien, die Deutschland erwerben kann, liegen nicht in fernen Weltteilen, sondern in Europa an den Grenzen des Deutschen Reiches. (...) Ehe wir ein größeres Deutschland in anderen Weltteilen suchen, müssen wir uns ein größeres Deutschland in Mitteleuropa schaffen."¹⁴¹

Das deutsche Entwicklungs- und Ausdehnungsgebiet läge in den Gebieten der "kleinen, lebensunfähigen und namentlich zu eigenem Staatstum unfähigen Völkern" Ost- und Südosteuropas und hier besonders dort, wo durch frühere deutsche Siedlungstätigkeit geschichtliche Ansprüche auf deutsche Herrschaft gewonnen worden seien. Die "Donauländer" müßten wieder zu Siedlungsgebieten des deutschen Volkstums werden.

Hasse wies auf die Übereinstimmung seiner Position mit den Zielsetzungen von Moltke, List, Roscher, Rodbertus, Lasalle und Lagarde hin und erklärte, Deutschland könne nur durch die engste Verbindung mit Österreich-Ungarn und "die ausschließliche Schutzherrschaft über die europäischen und asiatischen Besitzungen" des Osmanischen Reiches einen Schlüssel zur Führung in der Weltpolitik finden.¹⁴²

Zur Durchsetzung ihres Zieles "Mitteleuropa" bzw. "Großdeutschland" zeigten sich die Alldeutschen zu einem Krieg bereit. Hierin sahen sie sich mit dem führenden ökonomistischen Imperialisten Naumann auf einer Linie. 1906 betonte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Naumann habe recht, wenn er sage, daß jetzt alle Deutschen eine Ahnung davon bekommen,

"daß die kleindeutsche Lösung des deutschen Problems, die sich unter Bismarck vollzogen hat, zwar die beste Lösung für die Vergangenheit war, aber nicht die Lösung aller deutschen Fragen für die Zukunft. Uns ist eine mitteleuropäische Auseinandersetzung unter Umständen vorbehalten,

¹⁴¹ Hasse, Deutsche Grenzpolitik, , S. 9, 167 u. 171.

¹⁴² Vgl. Hasse, Deutsche Grenzpolitik, a. a. O., S. 12f., 132 u. 162.

um derentwillen wir vielleicht noch einmal zu Lande müssen siegen können."¹⁴³

Nicht durchgehend propagierten die Alldeutschen die Umwandlung Südosteuropas in eine deutsche Siedlungskolonie. Ebenso wie die ökonomistischen Imperialisten verfolgten sie dagegen kontinuierlich das Ziel, Südosteuropa in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland zu bringen und keinesfalls zuzulassen, daß Rußland in dieser Region eine Hegemonie erlange. Bei der Begründung einer wirtschaftlichen und kulturellen Durchdringung Südosteuropas beriefen sich die Alldeutschen ebenso wie die ökonomistischen Imperialisten immer wieder auf eine angebliche "historische Mission" und die "höhere Zivilisation" Deutschlands.

Welche Bedeutung hatte der Alldeutsche Verband für die deutsche Politik? In der Öffentlichkeit, besonders gegenüber dem Ausland, wurde ein politischer Einfluß der Alldeutschen von seiten der deutschen Regierungen vor 1918 immer wieder abgestritten.¹⁴⁴ Darüber hinaus versicherten Diplomatie und Presse, wie bereits in der Phase vor 1890, Deutschland habe keine eigenen politischen Interessen in Südosteuropa und im Osmanischen Reich und beabsichtige auch nicht, solche zu erwerben. Währenddessen vollzog sich, wie oben beschrieben, die Durchdringung dieser Gebiete durch die deutsche Wirtschaft. Für den erfolgreichen und ungestörten Verlauf dieses Wirtschaftsimperialismus erschien es nachteilig, wenn im Ausland Verbindungen der Regierungen und der Industrie zu den Alldeutschen, die einem offenen Annexionismus und Kolonialismus predigten, nachweisbar waren. Deshalb wurde der Einfluß des Alldeutschen Verbandes in Deutschland öffentlich geleugnet. Dabei hatte dieser in der deutschen Politik und Öffentlichkeit nach 1890 fraglos einen beträchtlichen Einfluß gewonnen. Die rund 25.000 Mitglieder des Verbandes nahmen zu einem erheblichen Teil einflußreiche Positionen in Staat und Gesellschaft ein, und besaßen über ihren Mitgliederstand hinaus eine große Zahl von Unterstützern in Staat, Armee, Marine, Wirtschaft, Publizistik und Geistesleben.¹⁴⁵

¹⁴³ Naumann, Friedrich, Die Politik der Gegenwart (1905), in: ders., Werke, Vierter Band, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/Opladen 1964, S. 35. Bei Hasse findet sich die Passage in: Deutsche Grenzpolitik, a. a. O., S. 165.

¹⁴⁴ Vgl. Jerussalimski, a. a. O., S. 32.

¹⁴⁵ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 186.

Der alldeutschen Publizistik¹⁴⁶ gelang es, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und im Reichstag traten alldeutsche Abgeordnete immer wieder durch Eingaben und Reden hervor.¹⁴⁷

Bezeichnend für die Rolle des Alldeutschen Verbandes ist folgende Meldung des britischen Diplomaten Tower aus München an das Londoner Außenministerium:

"Es kann kein Zweifel an der ungeheuren Volkstümmlichkeit der alldeutschen Bewegung (...) bestehen (...) Zwar werden natürlich die alldeutschen Aspirationen auf die Herrschaft über die Niederlande und das Adriatische Meer von allen verantwortlichen Leuten in Deutschland öffentlich verleugnet. Aber es wäre töricht, zu bezweifeln, daß wenn und sobald sich eine günstige Gelegenheit zur vollen oder teilweisen Verwirklichung dieser politischen Aspirationen böte, diese Gelegenheit von der deutschen Regierung mit ihrer ganzen gewohnten Energie ergriffen werden würde."¹⁴⁸

In den "Berliner Neuesten Nachrichten" wurde die Funktion, die der Alldeutsche Verband vor dem Ersten Weltkrieg für die deutsche Politik erfüllte, im Dezember 1913 folgendermaßen beschrieben:

"Wir haben erst kürzlich (...) darauf hingewiesen, daß unsere ständig wachsende Bevölkerungszahl¹⁴⁹ uns eines Ta-

¹⁴⁶ Als eigene Publikationen verbreitete der Alldeutsche Verband die wöchentlich erscheinenden Alldeutschen Blätter (von 1894-1939) und die "Flugschriften des Alldeutschen Verbandes", von denen bis zum Kriegsbeginn 1914 34 Hefte erschienen. (Vgl. Kruck, a. a. O., S. 22f.) Die Autoren des Alldeutschen Verbandes, die sich über die Alldeutschen Blätter hinaus am meisten profilierten, waren neben den Vorsitzenden Hasse und Claß, Paul Dehn und Albrecht Wirth. Dehn, der "Südosteuropaexperte" der Alldeutschen Blätter, schrieb Reiseberichte und Artikel über Eisenbahnen, Handel, Kolonien in der "Deutschen Monatschrift für das gesamte Leben der Gegenwart", in "Die Gesellschaft", der "Illustrierten Zeitung" und der "Marinen Rundschau". Zudem veröffentlichte er zahlreiche Bücher, u.a. Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme, Halle a. S., 1909. Albrecht Wirth veröffentlichte vor allem Reiseberichte, u. a. in den "Preussischen Jahrbüchern" und der "Neuen deutschen Rundschau". (Vgl. Wertheimer, a. a. O., S. 181).

¹⁴⁷ Vgl. Kruck, a. a. O., S. 22; Massing, Paul W., Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1959, S. 155.

¹⁴⁸ Bericht des Münchener Ministerresidenten Reginald Tower an das Foreign Office vom 24. 1. 1906, zit. nach Kruck, a. a. O., S. 26f.

¹⁴⁹ Die Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug 1871 ca. 41 Mio. Personen, 1880 45 Mio., 1890 49,2 Mio., 1895 52 Mio. und Mitte 1897 53,3 Mio, 1900 56,4 Mio. und 1910 64,9 Mio. Nicht hinzuge-rechnet wurden ca. 3 Mio. Personen, die zwischen 1871-1897 auswanderten. (Vgl. Voigt, Paul, Deutschland und der Weltmarkt, in:

ges mit Naturnotwendigkeit dahin führen muß, uns um jeden Preis, auch um den eines Krieges, neue Siedlungs- und Absatzgebiete zu verschaffen (...) Darum erfüllen die Alldeutschen eine patriotische Pflicht, (...) wenn sie im Volke das Bewußtsein wecken, daß wir an unserer eigenen Kraft und Tüchtigkeit ersticken müssen, wenn wir weiter der Verteilung der Welt untätig zuschauen."¹⁵⁰

Die Forderungen des Alldeutschen Verbandes standen in der Tradition deutscher Ost- und Südosteuropakonzepte und -ideologien vor 1890. Bereits List, die Augsburger Allgemeine Zeitung, die Paulskirchenversammlung, Lagarde, u. a. hatten, wie erwähnt, deutsche Siedlerkolonien in den südosteuropäischen Donauländern propagiert. Die annexionistischen Forderungen des Alldeutschen Verbandes beeinflussten den Blick der deutschen Gesellschaft auf Ost- und Südosteuropa und die deutschen Kriegszielprogramme im Ersten Weltkrieg. Sie wurden darüber hinaus zu einer wesentlichen Keimzelle des nationalsozialistischen Programms vom deutschen "Lebensraum im Osten", dessen Realisierung im Zweiten Weltkrieg gewaltsam durchgesetzt werden sollte.¹⁵¹

4.3.2 Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein

Neben den Alldeutschen Verband, der den annexionistischen und pangermanistischen Imperialismus repräsentierte, bildete sich um die Jahrhundertwende eine weitere Interessenfraktion, die den deutschen Expansionismus in Richtung Südosteuropa und den Nahen Osten durch die Initiierung eines "mitteleuropäischen Zollbundes" vorantreiben und konsolidieren wollte.¹⁵² Er waren Vertreter

Preussische Jahrbücher, Bd. 91, 1898, S. 248; Jäckh, Ernst, Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg, Berlin 1913, S. 12).

¹⁵⁰ Aus dem Artikel "Die Wurzel alles Übels", in den Berliner Neuesten Nachrichten, 8. Dezember 1913, zit. nach Schumann, Wolfgang/Nestler, Ludwig, Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, Berlin (DDR) 1975, S. 77.

¹⁵¹ Die u. a. von dem Historiker Henry Cord Meyer vertretene Auffassung, der Alldeutsche Verband und seine Agitation für einen deutschen Imperialismus nach Südosteuropa und den Nahen Osten seien in Deutschland vor 1914 bedeutungslos gewesen, widerspricht den Tatsachen. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 55).

¹⁵² Vgl. Gutsche, Willibald, Erst Europa - und dann die Welt. Probleme der Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus im Er-

der neuindustriellen Konzerne aus der Elektro-, Chemie- und Exportindustrie und der mit ihnen verbundenen Banken, die aufgrund ihrer sich in südöstlicher Richtung konzentrierenden Investitions- und Kapitalanlagepolitik in Österreich-Ungarn, Serbien, Rumänien, Bulgarien und dem Osmanischen Reich und dem Bagdadbahnprojekt an einer Absicherung und Verbesserung ihrer Profitmöglichkeiten interessiert waren. Der Hunger nach Absatzmärkten und Rohstofflieferungen war die materielle Grundlage aller deutschen "Mitteleuropa"-Pläne.¹⁵³ Die neuindustriellen Wirtschaftszweige und Banken strebten nach einer deutschen Vormachtstellung auf dem Weltmarkt und nach Erweiterung ihrer Absatzgebiete. Da sie im Gegensatz zur Schwerindustrie und den Großgrundbesitzern weniger auf die direkte Kontrolle von Rohstoffressourcen und Ländereien angewiesen waren, sahen sie die Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele weniger in einer direkten Annexionspolitik, als vielmehr in indirekten Herrschafts- und Unterwerfungsmethoden, wie günstigen Handelsverträgen, einer langfristigen Anbindung von Staaten durch Kapitalanleihen und der Etablierung von Freihandelszonen auf der Grundlage von Zollbündnissen.¹⁵⁴ Verbunden mit der an führender Position am Bagdadbahnprojekt beteiligten Deutschen Bank, setzten sie auf den (von der britischen Seeüberlegenheit unberührbaren) deutschen Landweg zum Erdöl und zu anderen strategischen Rohstoffen, die Linie längs der Donau zum Schwarzen Meer (ans rumänische Öl) und von da aus zum Persischen Golf. Der Plan, Österreich-Ungarn und die Staaten Südosteuropas in einen "mitteleuropäischen Wirtschaftsverband" unter deutscher Führung einzubinden, stand im engen Zusammenhang mit diesen Expansionsbestrebungen. Er sollte u. a. als Brücke des deutschen Handels in den Nahen Osten dienen. In enger Verbindung und mit finanzieller Unterstützung der Chemie- und Elektrokonzerne und

sten Weltkrieg, in: Schieder, Wolfgang (Hg.), Erster Welt-krieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Köln/Berlin 1969, S. 264.

¹⁵³ Vgl. Opitz, Reinhard, Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973, S. 33; Berg, Heino, Mitteleuropa und die deutsche Frage, a. a. O., S. 95.

¹⁵⁴ Die Elektro- und Chemieindustrie erlebte seit der Jahrhundertwende einen kräftigen Aufschwung. 1904 verbanden sich die drei großen deutschen Chemiefirmen Bayer, Hoechst und die Badischen Anilin& Soda-Fabriken (BASF) durch ein loses Kartell. Noch vor 1914 errangen sie die führende Stelle in Europa. Im Elektrobereich wurden die AEG und Siemens-Schuckert zu Europas Marktführern. (Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 20f.).

der Deutschen Bank, wurden Konzepte für einen "mitteleuropäischen Wirtschaftsblock" von Wissenschaftler, Politikern und Publizisten ausgearbeitet und in die öffentliche Diskussion gebracht. An ihrer Spitze standen Friedrich Naumann¹⁵⁵, Paul Rohrbach¹⁵⁶ und Ernst Jäckh¹⁵⁷. Alle drei waren nationalliberale Politiker und Publizisten, Anhänger oder Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung und später der Fortschrittspartei.¹⁵⁸ Sie prägten nachdrücklich den ökonomistischen bzw. Zollbund-Imperialismus in Deutschland.

Als organisatorischer Rahmen zur konzeptionellen Vorbereitung eines Zollbundes unter deutscher Führung wurde 1904 der "Mittel-europäische Wirtschaftsverein" gegründet. Die Mitglieder kamen mehrheitlich aus den erwähnten Kreisen der Elektro-, Textil und Petrolchemieindustrie, der am Bagdadbahn-Projekt beteiligten Unternehmen, der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handelsgesellschaft sowie der Deutschen Bank (damals die Hauptbank der deutschen Chemie- und Elektrokonzerne). Ebenfalls beteiligt, jedoch in der Minderheit, waren Vertreter der Schwer- und Rüstungsindustrie sowie der Landwirtschaft.¹⁵⁹

Die Initiative zur Gründung des "Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins" ergriff der Nationalökonom und Breslauer Professor Julius Wolf.¹⁶⁰

Mit der Parole von den "Vereinigten Staaten von Europa" und vom "Europäischen Zollverein" agitierte er gegen die "amerikanische

¹⁵⁵ Lebenslauf im Anhang.

¹⁵⁶ Lebenslauf im Anhang.

¹⁵⁷ Lebenslauf im Anhang.

¹⁵⁸ Vgl. Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 22; Berg, Mitteleuropa und die deutsche Frage, a. a. O., S. 95; Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 373ff. Zum Naumann-Kreis gehörten zudem: die Theologen Adolf von Harnack und Ernst Troeltsch, die Historiker Friedrich Meinecke, Hans Delbrück, Hermann Oncken, Erich Marcks und Karl Lamprecht, die Soziologen Max und Alfred Weber, die Nationalökonomten Schulze-Gaevernitz, Max Sering, Lujo Brentano und Werner Sombart, die Industriellen Robert Bosch, Carl Duisberg, Albert Ballin, Krupp von Bohlen und Halbach und Walter Rathenau, die Bankvertreter Arthur von Gwinner, Max Warburg und Karl Helfferich sowie die nächsten Mitarbeiter Kanzler Bethmann Hollwegs, Clemens von Delbrück, Wahnschaffe und Jagow. (Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 190; Droz, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 209).

¹⁵⁹ Vgl. Fischer, Fritz, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 22; Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 22.

¹⁶⁰ Vgl. Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 137ff.

Gefahr". Als ersten Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel empfahl er "Vereinigte Staaten von Mitteleuropa", wobei mit einer gemeinsamen Zollpolitik der Staaten Zentral- und Südosteuropas begonnen werden sollte.¹⁶¹ Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein knüpfte konzeptionell an Zielsetzungen der Handelspolitik unter Kanzler Caprivi an. Die Vereinsmitglieder gingen davon aus, daß Deutschland nur als Hegemonialmacht eines zoll- und handelspolitisch geeintes "Mitteleuropas" gegenüber den "großen Märkten" der Vereinigten Staaten, des Britischen Reichs und Frankreichs bestehen könne.¹⁶² Diese Position legte Wolf bereits 1901 in seiner Schrift "Das Deutsche Reich und der Weltmarkt" dar. Gegen die USA und die "gelbe Gefahr" aus Ostasien wollte er langfristig ein "mitteleuropäisches" Wirtschaftsbündnis setzen, das neben Deutschland und Österreich-Ungarn auch die Schweiz, die Niederlande, die Balkanstaaten und zu einem späteren Zeitpunkt auch Italien, Frankreich und Belgien umfassen sollte.¹⁶³ Wolf dachte nicht an die sofortige Errichtung einer "mitteleuropäischen Zollunion", sondern wollte die Wirtschaft der betreffenden Staaten in mehreren Etappen aufeinander abstimmen.¹⁶⁴ Dies sollte durch ein Gremium von Experten vorbereitet werden. Zu diesem Zweck - und weniger zur öffentlichen Agitation - rief er zur Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins auf. Die Gründungssitzung fand am 21. Januar 1904 mit Unterstützung des Bundes der Industriellen (BdI) in Berlin statt. Das dort gewählte Präsidium setzte sich aus Vertretern der Politik, der Großindustrie und der Landwirtschaft zusammen. Den Vereinsvorsitz übernahm Herzog Ernst Günther zu Schleswig Holstein, der Bruder der Kaiserin.¹⁶⁵

¹⁶¹ Vgl. Wolf, Julius, Das Deutsche Reich und der Weltmarkt, Jena 1901, S. 48.

¹⁶² Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 36, Jindra, a. a. O., S. 158.

¹⁶³ Vgl. Wolf, Julius, Das Deutsche Reich und der Weltmarkt, a. a. O., S. 48f.

¹⁶⁴ Vgl. Wolf, Julius. Die ersten drei Jahre des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1907, S. 467.

¹⁶⁵ Das Präsidium bildeten: Präsident: Ernst Günther Herzog zu Schleswig-Holstein, Vizepräsidenten: Freiherr von Manteuffel (2. Vizepräsident des Reichstages), Max Roetger (Vorsitzender der Friedrich Krupp AG), Hans Graf von Schwerin (Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrates), Julius Wolf und Hermann Paasche (Aufsichtsratsmitglied der Rüstungsfirma Ehrhardt - Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, kurz "Rheinmetall" genannt, die in großem Maßstab Rüstungsmaterial in die Balkanstaaten exportierte und dort lange mit Krupp konkurrierte, bis sie kurz

Prominente Mitglieder waren Friedrich Naumann, Gustav Schmoller, Walther Rathenau von der AEG, Carl Duisberg von der BASF, Arthur von Gwinner von der Deutschen Bank und Gustav Stresemann (damals Vorsitzender des Bundes der sächsischen Industriellen).¹⁶⁶ Der Bund der Industriellen und andere Industrieverbände¹⁶⁷ traten dem Verein als korporative Mitglieder bei.¹⁶⁸ Im Februar 1904 hatte er 159 Mitglieder. Bis 1907 stieg die Zahl auf über 700 Personen.¹⁶⁹ Die Organisation verstand sich als "Arbeitsverein", der nicht an breitere Kreise appellierte, sondern mit der Unterstützung einer

vor dem Ersten Weltkrieg von diesem Unternehmen aufgekauft wurde.). (Vgl. Jindra, a. a. O., S. 159).

¹⁶⁶ Weitere Mitglieder waren die Politiker Spahn (Zentrum) und Bassermann (Nationalliberale), der Direktor der Farbenfabriken vorm. Bayer&Co. von Boettinger, der Vorsitzende des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes, Dr. Jacob Rieber und (ab 1908) der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Claß. Aktive Anhänger waren der Direktor der Deutschen Bank, Georg von Siemens, und der Präsident der Reichsbank Richard Koch.

¹⁶⁷ Korporative Mitglieder waren der schwerindustriell orientierte Zentralverband deutscher Industrieller, die Südwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik.

¹⁶⁸ Vgl. Wolf, Julius, Ein Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Zollverband, Leipzig 1915, S. 1; Opitz, Sozialliberalismus, a. a. O., S. 153; ders., Europastrategien, a. a. O., S. 145f., 152, 165; Schumann/Nestler (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 58; Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 36; Gutsche, Willibald, Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin, Band 15, 1977, S. 87 u. 90; Tupolev, Boris M., "Mitteleuropa" und die "Weltpolitik" des deutschen Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, a. a. O., Bd.15, 1977, S. 222.

¹⁶⁹ 1913 sank die Zahl der Mitglieder auf 500, da dem Verein durch die Gründung des "Deutsch-Österreichischen Wirtsverbandes" Konkurrenz erwuchs. Dieser Verband, dem unter der Leitung von des Reichstagsvizepräsidenten Paasche u. a. Gustav Stresemann und M. Steinthal von der Deutschen Bank angehörten, verfügte in der Zeit des Ersten Weltkrieges über 2400 Mitglieder. Er publizierte in diesen Jahren die "Wirtschaftszeitung der Zentralmächte", die wöchentlich in Berlin, Wien, Budapest, Sofia und Konstantinopel erschien. Trotz dieser Konkurrenz bestand der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein während des Krieges und in der Weimarer Republik fort, bis er 1930 zugunsten des "Mitteleuropäischen Wirtschaftstages" aufgelöst wurde. Publizistisch trat die Organisation in erster Linie durch die "Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland" (Berlin, ab 1910: Leipzig) hervor, von denen zwischen 1904 und 1918 achtzehn Hefte erschienen. (Vgl. Kloosterhuis, Jürgen, "Friedliche Imperialisten". Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906-1918, Frankfurt/M. 1994, Teil 2, S. 499ff.).

"Elite" rechnete.¹⁷⁰ Von Deutschland aus wurde die Gründung von Zweigvereinen gleichen Namens in anderen Ländern betrieben. Sie erfolgte in Ungarn im Dezember 1904, in Österreich im April 1905 und in Belgien 1909.¹⁷¹ Vor dem Ersten Weltkrieg konzentrierte sich der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein auf Fragen, die als Vorstufe zu der erstrebten wirtschafts- und zollpolitischen "Allianz" betrachtet wurden, wie die Angleichung von Handelsgesetzen und der Verkehrspolitik.¹⁷²

Um die deutsche Öffentlichkeit zur Unterstützung dieses Programms, insbesondere betreffend des Ausbaus der Verkehrswege in Südosteuropa, aufzurufen, bemerkte der Initiator Wolf 1903:

"Deutschland hat in letzter Zeit seine Interessensphäre nach Kleinasien und ins Euphrattal ausgedehnt, der kürzeste Weg dahin aus dem zentralen Deutschland geht aber sicher nicht über Gibraltar!"¹⁷³

¹⁷⁰ Vgl. Wolf, Julius, Die ersten drei Jahre des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, a. a. O., S. 463.

¹⁷¹ Vgl. Jindra, a. a. O., S. 158.

¹⁷² Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 35f; Gottwald, a. a. O., S. 152.

Der Gründer des Vereins nannte als konkrete Zielsetzungen 1903, daß "die mitteleuropäischen Staaten (...)

1. in weiterem Umfang als bisher gewisse Gegenstände der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftsrechtes gleichmäßig regeln. (...)

2. die Staaten Einrichtungen, welche sie besitzen, wechselseitig auch den anderen dienstbar machen, was auf den verschiedensten Gebieten möglich ist (vgl. z.B. Grenzwachdienst, Kontrolle der Ein- und Ausfuhr, Clearings von einem Staate in den andern. (...)

3. sich Vorzugsbedingungen gewähren oder mindestens besonderes Entgegenkommen üben, besondere Rücksicht nehmen auf die speziellen Verhältnisse ihrer Volkswirtschaften bei Vereinbarungen über Zölle, Eisenbahntarife, u.s.w. (...)

4. die auf diesem Gebiet vorhandenen Möglichkeiten zum Gegenstande dauernden Studiums machen. (...)

5. mit der Vertretung ihrer Interessen im fernerem Ausland hin und wieder gemeinsame Organe betrauen. (...)

6. bei Verhandlungen mit dem fernerem Ausland, wo dies ersprießlich, im Einvernehmen vorgehen. (...)

7. durch den Ausbau der Verkehrswege von dem einen Staat in den anderen sich einander nähern. (...)

8. für die Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf dem wirtschafts-, insbesondere dem zollpolitischen Gebiet ein ständiges Schiedsgericht einsetzen." (Wolf, Julius, Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1903, S. 236). Das Konzept des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins weist somit deutliche Übereinstimmungen mit der Organisation der heutigen Europäischen Union auf.

¹⁷³ Wolf, Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, a. a. O., S. 237.

Damit war klar, daß das Konzept einer "mitteleuropäischen Zollunion" eng mit einer deutschen Expansion in den Nahen Osten verknüpft werden sollte.

Der Alldeutsche Verband begrüßte die Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins. Er kommentierte die Neugründung mit den Worten:

"Wenn dieser Verein den Gedanken einer Notwendigkeit eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Mitteleuropa nicht so sehr bei der breiten Masse als in den über wirtschaftliche Macht gebietenden Kreisen, Eingang verschaffen will, so wird er sehr segensreich wirken können."¹⁷⁴

Die Alldeutschen warnten jedoch davor, daß Regierungen anderer Staaten in einem solchen Bündnis an einer gleichberechtigten Mitbestimmung interessiert seien, was zu einer Schwächung des Deutschen Reiches führen würde. Nach den Vorstellungen der Alldeutschen (und wohl auch der meisten Vertreter des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins) sollte das Deutsche Reich "in einem mitteleuropäischen Zollgebiet das Rückgrat, den stärksten Machtfaktor bilden" Für die Erreichung eines "mitteleuropäischen Zollvereins" werde entscheidend sein, ob das Deutsche Reich eine weitschauende, zielbewußte Wirtschaftspolitik zu treiben gewillt sei, die, ohne stets auf den nächstliegenden Vorteil zu sehen,

"die Peitsche, wenn es nötig ist, ebenso entschlossen anwendet, wie das Zuckerbrot."¹⁷⁵

Die deutsche Regierung reagierte auf die Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins offiziell zurückhaltend.¹⁷⁶

Begründet wurde dies in einem gemeinsamen Schreiben des Innenministerium und des Auswärtigen Amt an den Kaiser vom 23. Januar 1906. Es hieß dort, die Regierung dürfe in der Öffentlichkeit nicht den Anschein erwecken,

¹⁷⁴ Samassa, Paul, Ein "Mitteleuropäischer Wirtschafts-Verein", in: Alldeutsche Blätter, 14. Jg., Nr. 3, 16. Januar 1904. Der Österreicher Paul Samassa leitete von 1900 bis 1908 die Alldeutschen Blätter. (Vgl. Jindra, a. a. O., S. 155; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 55).

¹⁷⁵ Ebenda.

¹⁷⁶ Vgl. Äußerung des Auswärtigen Amtes an die Reichskanzlei vom 25. September 1903 über die Ziele des geplanten Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, nach: Schumann/Nestler (Hg.), Welt-herrschaft im Visier. a. a. O., S. 57f.

"als ob die Förderung der Vereinsziele im Rahmen der deutschen Handelspolitik liege. Denn wenn sich im Auslande die Meinung verbreiten sollte, die deutsche Regierung stehe hinter dem Verein, so würde hierdurch unsere handelspolitische Stellung nur erschwert werden. Man würde uns im Auslande für die Agitation des Vereins verantwortlich machen und andererseits einzelne Massnahmen, die wir etwa anregen sollten, als den Beginn einer Durchführung des Vereinsprogramms betrachten und ihnen mit entsprechendem Misstrauen begegnen (...) Wenn es überhaupt im Rahmen der Möglichkeit liegt, einflussreiche Kreise anderer mitteleuropäischer Staaten für die Ziele des Vereins zu gewinnen, so kann dies nur einer streng privaten Vereinigung gelingen."¹⁷⁷

Somit vertraute die deutsche Regierung in dieser Frage vorerst auf die Mittel der deutschen Privatwirtschaft. Ihre offizielle Distanz zur Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins beruhte vornehmlich auf der Befürchtung, daß sich eine regierungsamtliche Agitation für einen "mitteleuropäischen Wirtschaftsbund" negativ auf die Beziehungen zu den wichtigen Handelspartnern USA und Großbritannien auswirken könne. Die Regierung sah vorerst keine Möglichkeit, einen von Deutschland dominierten Wirtschaftsblock mit dem Schwerpunkt auf Ost- und Südosteuropa gegen us-amerikanische, britische und russische Interessen durchzusetzen.

Hieraus erklärt sich die Besorgnis, daß die Gründung des Vereins im Ausland Aufmerksamkeit oder gar Beunruhigung hervorrufen würde. Die entscheidende Ursache für die zurückhaltende Position der Reichsregierung lag in der von ihr konstatierten Aussichtslosigkeit, eine Hegemonie Deutschlands über Zentral-, Ost- und Südosteuropa in Form einer Zollunion in absehbarer Zeit auf friedlichem Weg herbeiführen zu können. Hinzu kam, daß eine Einigung mit der Regierung Österreichs-Ungarns, als wichtigste Voraussetzung eines solchen Projektes, aufgrund des starken Konkurrenzkampfes der beiden Staaten um die Hegemonie in Südosteuropa kurzfristig nicht möglich erschien.¹⁷⁸ Seit der österreichi-

¹⁷⁷ Bericht des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, von Posadowsky-Wehner, und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, von Tschirschky, an Kaiser Wilhelm II., Berlin, 23. Januar 1906, zit. nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 162.

¹⁷⁸ Vgl. Gutsche, Die Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung, a. a. O., S. 89ff.; Puchert, Berthold, Bestrebungen zur wirtschaftspolitischen Blockbildung in Mitteleuropa am Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin (DDR), 1976/I, S. 98.

schen Annexion von Bosnien-Herzegowina im Jahre 1908, die die deutsche Regierung vor den Augen der Weltöffentlichkeit u. a. mit Kriegsdrohungen gegenüber Rußland unterstützte, gab sie jedoch auch bezüglich des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins mehr und mehr ihre Zurückhaltung auf. Im Sommer 1908 begann eine enge, zunächst noch interne Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und dem Verein. Auf der Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz, die der Verein mit amtlicher Beteiligung der Reichsregierung im Mai 1909 in Berlin veranstaltete, hielt der damalige Staatssekretär des Innern, Bethmann Hollweg, im Namen des Reichskanzlers eine Grußansprache. Im Konferenzsaal saßen erstmals offizielle Vertreter des Auswärtigen Amtes, Staatssekretäre und Beamte weiterer Reichsämters und der Reichsbankpräsident.¹⁷⁹ Insgesamt wurde in Deutschland vor 1914 auf die langfristigen Wirkungen der Aktivitäten des "Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins" gesetzt. 1912 hob beispielsweise der Publizist Arthur Dix hervor,

"daß in der Tat schon heute wirtschaftliche Tendenzen am Werk sind, einem mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus ähnlich vorzuarbeiten, wie die auf den Zusammenschluß des deutschen Zollvereins hinzielenden Bestrebungen ihrerseits der Gründung des deutschen Staatenbundes vorgearbeitet haben. (Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, Mitteleuropäische Zollunion!)"¹⁸⁰

Dix sprach hier offen aus, was deutsche Kapitalvertreter mit Plänen für eine "mitteleuropäische Zollunion" verbanden: imperialistische Zielsetzungen. Konzeptionell vorbereitet und ausgearbeitet wurde dieses Projekt vor 1914 im wesentlichen von den Gremien des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins. Nachdem die gewaltsame Durchsetzung eines von Deutschland geführten "mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes" im Ersten Weltkrieg scheiterte, wurde die Neukonzeptionierung dieses Projekts ab 1925 von der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages übernommen.

¹⁷⁹ Vgl. Puchert, a. a. O., S. 100f.

¹⁸⁰ Dix, Arthur, Deutscher Imperialismus, Leipzig 1912, S. 24.

4.4 Deutsche Plädoyers für einen "Mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus"

Auch außerhalb von Verbänden der annexionistischen und ökonomistischen Imperialisten wurde der deutsche Expansionismus nach Südosteuropa und den Nahen Osten seit der Jahrhundertwende in zahlreichen Artikeln, Broschüren und Büchern propagiert.

Die Debatte um ein gegen Rußland, England und die USA gerichtetes "Mitteleuropa", die, wie dargestellt, 1879 eingesetzt hatte, verstärkte sich nach der Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland 1890. In den 1890er Jahren traten deutsche Industrielle und Bankiers in zunehmendem Maße für die Verwirklichung eines einheitlichen "mitteleuropäischen Zollgebietes" ein, um der Konkurrenz der us-amerikanischen Eisen-, Stahl- und Maschinenbauindustrie entgegenzutreten, der deutschen Industrie neue Absatzmärkte zu eröffnen, die Machtstellung der Großmächte USA, Rußland und Großbritannien zurückzudrängen und Deutschland eine führende Stellung im Welthandel zu sichern. Die Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages durch die britische Regierung im Jahre 1897, die Befürchtung führender Kreise der deutschen Industrie, den Zutritt zu den Märkten der USA zu verlieren und nicht zuletzt das Streben der Deutschen Bank und der Petrolchemie, den Einfluß der Standard-Oil-Company auf dem deutschen Markt zurückzudrängen und den Einfluß der deutschen Wirtschaft in Südosteuropa auszuweiten, verstärkten diese Tendenzen beträchtlich.¹⁸¹ Unternehmer und Politiker neigten ab Ende des 19. Jahrhunderts mehr und mehr dazu, Deutschland als eine benachteiligte, vor einer "aufgeteilten Welt" stehende Großmacht zu betrachten, der nur ein einziger Ausweg offen blieb: die Errichtung eines territorial geschlossenen Wirtschaftsraums, der der aufstrebenden deutschen Industrie den Binnenmarkt und die Rohstoffquellen Ost- und Südosteuropas erschließen sollte.¹⁸²

In der Aufsatzsammlung "Handels- und Machtpolitik", die die Nationalökonomten Schmoller, Sering und Wagner im Jahre 1900 veröffentlichten, wurde konstatiert, daß Deutschland mehr und mehr

¹⁸¹ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 24f.; Gutsche, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, a. a. O., S. 536.

¹⁸² Vgl. Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 72.

auf den Austausch seiner "Fabrikate" gegen Rohstoffe angewiesen sei. Gleichzeitig sehe es sich der Tendenz zur Bildung in sich geschlossener großer Wirtschaftsgebiete Rußlands, der USA, Frankreichs und Großbritanniens ausgesetzt. Hierauf sei mit dem Bau einer Kriegsflotte und mit der Etablierung eines "mitteleuropäischen Zollbundes" zu reagieren. So könne Deutschland ebenfalls über einen eigenen geschlossenen Großwirtschaftsraum verfügen und sich als Weltmacht etablieren.¹⁸³

Als innerstes Kernstück der "Mitteleuropa"-Konzepte wurde dabei weiterhin der wirtschaftspolitische Zusammenschluß Deutschlands mit Österreich-Ungarn betrachtet. In einem zweiten Schritt sollten diesem Kern vor allem die Staaten Südosteuropas angeschlossen werden.

1893 plädierte der bereits erwähnte¹⁸⁴ Nationalökonom Schäffle für die Schaffung eines gemäßigt liberalen und gemäßigt schutzzöllnerisches Handelsbundes. Er nannte es "mitteleuropäisches Handelssystem". Auf dessen Grundlage brauche Deutschland vor der künftigen "Riesengrösse" der Vereinigten Staaten und Rußlands "vielleicht für Jahrhunderte nicht bange sein." Eingeschlossen wissen wollte Schäffle in den "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraum Deutschland, Österreich-Ungarn, die Schweiz, Italien, Belgien, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Portugal, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen.¹⁸⁵

Der Historiker Theodor Schiemann¹⁸⁶, der durch ein Vertrauensverhältnis zu Kaiser Wilhelm II. unmittelbar Einfluß auf die deutsche Politik nahm,¹⁸⁷ forderte 1896 in den "Preußischen Jahrbüchern" als Ziel deutscher Politik "eine zentraleuropäische Zoll- und Wirtschaftsunion", die "Lösung der kolonialen Frage im großen Sinne", die Demütigung Englands sowie die "Eindämmung des übermächtigen russischen Einflusses."¹⁸⁸

¹⁸³ Vgl. die Aufsatzsammlung: Handels-und Machtpolitik, Reden und Aufsätze, herausgegeben. von Gustav Schmoller, Max Sering und Adolph Wagner, 2 Bde., Stuttgart 1900.

¹⁸⁴ Siehe in dieser Arbeit S. 81 u. 91.

¹⁸⁵ Vgl. Schäffle, Zur wissenschaftlichen Orientierung über die neueste Handelspolitik, a. a. O., S. 132ff.

¹⁸⁶ Der Historiker Theodor Schiemann (1847-1921) gründete das Seminar für osteuropäische Geschichte an der Universität Berlin.

¹⁸⁷ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 353.

¹⁸⁸ Schiemann, Theodor (Pseudonym index), Deutschland und die Weltpolitik, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 85, 1896, S. 114.

Im Reichstag formulierte der Großgrundbesitzer, Lederfabrikant und Abgeordnete der nationalliberalen Partei, Freiherr Heyl, 1897 einen "Mitteleuropa"-Plan. Er trat dabei als Kämpfer gegen us-amerikanische Monopole, insbesondere auf dem Erdölmarkt, auf und bezeichnete das Erdöl als überaus wichtigen "Machtfaktor" im Kampf der Großmächte. Er schlug vor, diesen und als weiteren Machtfaktor ein Getreidemonopol, für die allgemeinen Ziele des imperialistischen Kampfes um die herrschende Stellung auf dem europäischen Kontinent zu nutzen. Diese beiden Machtfaktoren sollten innerhalb "Mitteleuropas" in den Händen des deutschen Staates konzentriert werden, während Österreich-Ungarn, Italien, die Balkanländer, Skandinavien, die Schweiz und Belgien dem Einfluß Deutschlands unterzuordnen seien. Auf Grundlage dieser "mitteleuropäischen" Basis könne das Deutsche Reich den USA, Rußland und Großbritannien aktiver entgegentreten.¹⁸⁹

In gleicher Weise sprachen die Nationalökonomen Rathgen (1896) und Voigt (1898) in den "Preußischen Jahrbüchern" von der "Notwendigkeit eines mitteleuropäischen Zollvereins" als eines "sich selbst genügenden Wirtschaftsgebietes."¹⁹⁰ Voigt begründete dies damit, daß Deutschland mittlerweile ein Viertel seiner Bevölkerung mit fremden Getreide ernähren müsse und seine wichtigsten Industrien immer mehr auf die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe aufgebaut seien. Die deutsche Bevölkerung sei fast zu zwei Dritteln nicht mehr in der Landwirtschaft tätig. Aber nur das Volk könne ruhig schlafen,

"das die Grundlagen seiner Existenz, den Boden, auf dem sein Getreide gebaut wird und sein Vieh weidet, politisch beherrscht und unter dem sicheren Schutze seiner Kanonen weiß."¹⁹¹

Da Österreich-Ungarn noch einen großen Überschuß von Agrarprodukten aller Art habe, sei ein engerer wirtschaftlicher Zusammenschluß mit ihm und anderen Nachbarstaaten an der Zeit.¹⁹² Die Staaten Südosteuropas exportierten, wie weiter oben dargestellt,

¹⁸⁹ zit. nach Jerussalimski, a. a. O., S. 393f.

¹⁹⁰ Vgl. Rathgen, Karl, Über den Plan eines britischen Reichszollvereins, in: Preussische Jahrbücher, Bd. 86, 1896, bes. S. 523ff; Voigt, Paul, Deutschland und der Weltmarkt, in: Preussische Jahrbücher Bd. 61, 1898, S. 240ff., besonders S. 278ff.

¹⁹¹ Voigt, Deutschland und der Weltmarkt, a. a. O., S. 270f.

¹⁹² Vgl. ebenda, S. 278.

um die Jahrhundertwende, in erster Linie Getreide und Vieh. Voigt brachte den Kern der deutschen Expansionsziele in seinem Aufsatz "Deutschland und der Weltmarkt", den er 1900 in dem Sammelband "Handels- und Machtpolitik" in veränderter Fassung ein weiteres Mal veröffentlichte, auf folgende Formel:

Wenn Deutschland nicht zu einer Macht von sekundärer Bedeutung herabgedrückt werden wolle, müsse sich die Überzeugung durchringen, daß die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsgebietes im Wege des Zollanschlusses einzelner Nachbarstaaten und die Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes die wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik sei.¹⁹³

Auch Gustav Schmoller (1838-1917)¹⁹⁴, führender Publizist unter den ökonomistischen Imperialisten, erklärte, daß das Deutsche Reich sich gegenüber den "Weltreichen" England, USA und Rußland durch die Realisierung eines handels- und zollpolitischen "Mitteleuropa"-Konzepts, die Verteidigung seiner Kolonien und den Erwerb einer deutschen "Ackerbaukolonie" als Weltmacht etablieren könne.¹⁹⁵

1902 propagierte August Sartorius von Waltershausen eine "mitteleuropäische Zollunion", die nur "unter der Führung Deutschlands" denkbar wäre und die nach seiner Auffassung für die angeschlossenen Staaten natürlich einen "Verlust auf ein Stück politischer Unabhängigkeit" bedeuten würde.¹⁹⁶

Der Schmoller-Schüler Arthur Dix, "Chefpublizist der wirtschaftlichen Kriegsvorbereiter"¹⁹⁷ und Schöpfer des Begriffes "Mitteleu-

¹⁹³ Vgl. Voigt, Deutschland und der Weltmarkt, in: Handels- und Machtpolitik, a. a. O., Bd. 1, S. 207.

¹⁹⁴ Schmoller gab seit 1871 die einflußreiche Zeitschrift "Schmollers Jahrbuch" heraus. Daneben war er führendes Mitglied im Verein für Sozialpolitik, der seit 1872 Ökonomen, Soziologen und Politikwissenschaftler mit Regierungsvertretern zusammenbrachte, um Lösungen für soziale und ökonomische Probleme zu diskutieren und Vorschläge zu publizieren. Prominente Mitglieder waren neben Schmoller, Alfred und Max Weber, Lujo Brentano und Werner Sombart. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 87f.).

¹⁹⁵ Vgl. Schmoller, Gustav, Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und die Flottenvorlage, Vortrag vom Jan. 1900, in: Handels- und Machtpolitik, Bd. 1, a. a. O., S. 33 u. 36.

¹⁹⁶ Sartorius von Waltershausen, August, Beiträge zur Beurteilung einer wirtschaftlichen Föderation von Mitteleuropa, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 5, 1902, S. 882 u. 887.

¹⁹⁷ Behm, Erika/Kuczinsky, Jürgen, Arthur Dix. Propagandist der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1970, T. 2, S. 72.

ropäischer Staatenbundimperialismus"¹⁹⁸ griff das Konzept "Mitteleuropa" 1910 in einem Aufsatz mit dem Titel "Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden" auf.

Diese Zukunft sah Dix in den "Vereinigten Staaten von Europa" unter deutscher Führung. Der erste Schritt auf diesem Wege läge in der Verwirklichung eines "mitteleuropäischen Zollvereins". Dieser sichere eine "feste Garantie gegen die Erdrückung Mitteleuropas durch die Riesenstaaten", insbesondere durch die USA.¹⁹⁹

"Der Boden Mitteleuropas und entwicklungsfähiger angrenzender Gebiete genügt im wesentlichen, den deutschen Boden zu ergänzen, sowohl was die Einfuhr von Rohprodukten wie die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen anbetrifft. Als geschlossene wirtschaftliche Macht könnte Mitteleuropa mit entsprechenden Kolonien den Riesenreichen gegenüber treten, den Warenaustausch in erster Linie auf das eigene Gebiet beschränken und aus diesem zugleich den wirtschaftlichen Einfluß fremder Mächte fernhalten."²⁰⁰

Als geographischer Begriff wurde "Mitteleuropa" 1904 durch eine Schrift des Breslauer Professors Joseph Partsch popularisiert und zur wissenschaftlichen Kategorie erhoben. Er konstruierte den Zusammenhang dieses Gebietes ausgehend von physikalischer, politischer und ökonomischer Geographie.²⁰¹ Sein Buch, daß als "eines der Monumente der deutschen geographischen Literatur" bewertet wurde²⁰², bildete einen Ausgangspunkt der deutschen Geopolitik, die sich in der Weimarer Republik als eigenständige Wissenschaft etablierte.

Sein "Mitteleuropa" reichte von Ostende, entlang der Adria bis nach Albanien und entlang des Balkangebirges bis an die bulgarische Küste des Schwarzen Meeres.

¹⁹⁸ Siehe in dieser Arbeit S. 195.

¹⁹⁹ Vgl. Dix, Arthur, Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 40, 1910, S. 433ff, bes.S. 461ff.

²⁰⁰ Ebenda, S. 464.

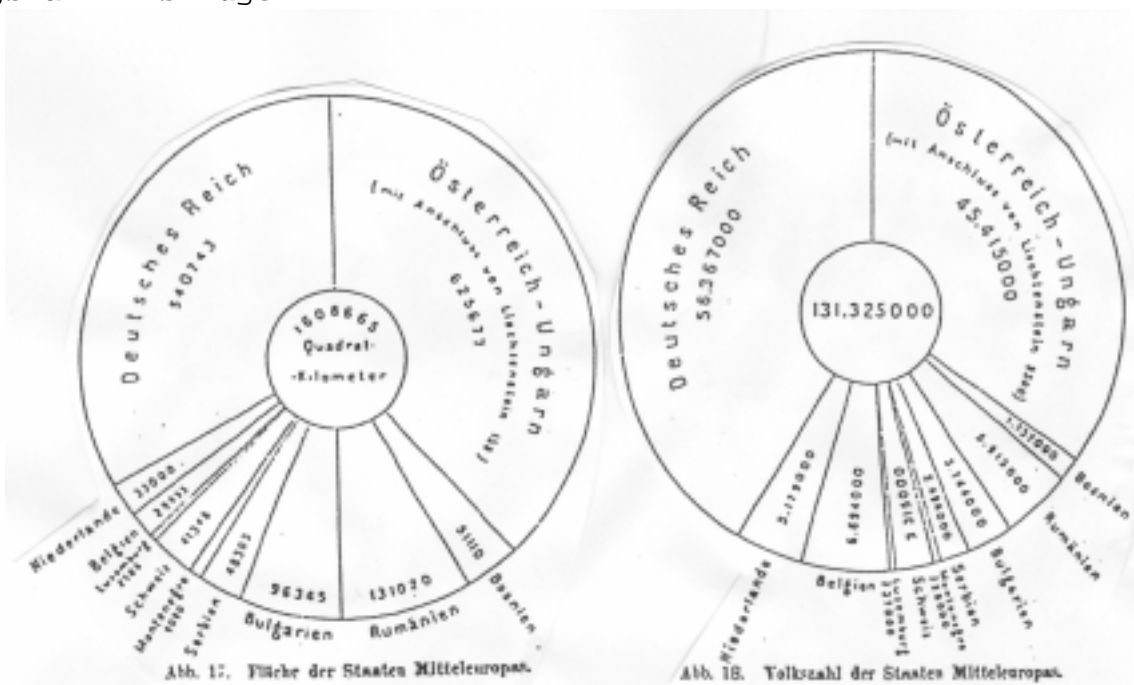
²⁰¹ Partsch, Joseph, Mitteleuropa. Die Länder und Völker von den Westalpen und dem Balkan bis an den Kanal und das Kurische Haff, Gotha 1904.

²⁰² Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 110.

Mitteleuropa:



In den Graphiken des Buches springt das Übergewicht Deutschlands und Österreichs in "Mitteleuropa" allein aufgrund ihrer Bevölkerungszahl ins Auge:



Partsch erklärte die deutsche Kultur sei der gemeinsame Nenner dieses Gebietes und die deutsche Sprache bestimme dessen Verkehrsleben.

"Nur die zurückgebliebenen Länder, Montenegro und Serbien, mögen jetzt noch eine Ausnahme machen. Das ganze übrige Mitteleuropa gehört bewußt oder unbewußt, gern oder widerstrebend zum germanischen Kulturkreis."²⁰³

Neben dem Anspruch, Deutschland sei allein aufgrund seiner Kultur die beherrschende Macht in "Mitteleuropa" ist hier die kulturelle Abwertung Serbiens und Montenegros beachtenswert, die bis heute in Deutschland fortwirkt.

Weiter popularisiert wurde der Begriff "Mitteleuropa" durch den Geographen und Alldeutschen Friedrich Ratzel (1844-1904). Sein "Mitteleuropa" erstreckte sich von den Alpen bis zur Nord- und Ostsee, vom Atlantischen Ozean bis zum Schwarzen Meer. Deutschland schrieb Ratzel die Aufgabe zu, die Kräfte "Mitteleuropas" zusammenzufassen und sich dienstbar zu machen. Die Ostgrenzen "Mitteleuropas" hielt er für geographisch unbestimmt,²⁰⁴ womit dem deutschen Expansionismus in diese Richtung, "wissenschaftlich" untermauert, alle Möglichkeiten offen blieben. Seine "Mitteleuropa"-Pläne faßte Ratzel 1901 in einem Aufsatz zusammen, der unter dem bezeichnenden Titel "Lebensraum" erschien.²⁰⁵ Ratzel legte großen Nachdruck auf ein angebliches Gesetz wachsender Räume, d. h. die gleichsam notwendige Entwicklung zu großen Imperien. Darüber hinaus prägte er den Gedanken von einer "Einwurzelung" der Menschen in ihren Boden, eine wesentlicher Kern der nationalsozialistischen Blut- und Boden-Ideologie. Ratzel entwickelte auch den Begriff "raumüberwindende Mächte", der später zum Bestandteil der offiziellen nationalsozialistischen Sprache wurde.²⁰⁶

Andere Vertreter kolonialistischer und imperialistischer Zielsetzungen argumentierten um die Jahrhundertwende zunehmend sozialimperialistisch.²⁰⁷ Um der sozialen Armut entgegenzutreten,

²⁰³ Partsch, Mitteleuropa, a. a. O., S. 173.

²⁰⁴ Vgl. Ratzel, Friedrich, Deutschland, 5. Auflage, Berlin/ Leipzig 1921, S. 5 u. 201; Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, Berlin (DDR) 1957, S. 112.

²⁰⁵ Vgl. Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 73; Neumann, Behemoth, a. a. O., S.176.

²⁰⁶ Vgl. Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 178f.

²⁰⁷ Sozialimperialismus bezeichnet eine Strategie zur Beteiligung der unteren Gesellschaftsschichten an der Ausbeutung der direkten und indirekten Kolonien, um das bestehende Sozialgefüge der kapitalistischen Gesellschaften zu stabilisieren und soziale Revolutionen im Inland zu verhindern. Der Begriff wurde von Hans-Ulrich Wehler geprägt. "Der Sozialimperialismus war die moderne,

auf der Basis wirtschaftlicher Prosperität eine Volksgemeinschaft zu begründen und das soziale Gefüge im Inland zu stabilisieren, sollte Deutschland zur imperialistischen Großmacht werden.²⁰⁸

Exemplarisch für diese Argumentation steht der Artikel "Mehr Lohn und Mehr Geschütze" von Regierungsrat Rudolf Martin²⁰⁹, den die "Preussischen Jahrbücher" 1896 veröffentlichten.

Der Autor vertrat dort die Auffassung, die Lösung der sozialen Frage sei nicht ohne Kolonialpolitik möglich, zu deren Durchsetzung Deutschland mehr Waffen brauche.

In der Begründung seiner kolonialistischen Zielsetzungen berief er sich auf List, Roscher, Rodbertus, Lassalle und Schäffle, die immer wieder die Hoffnung ausgesprochen hätten, daß die deutsche Auswanderung sich der europäischen und asiatischen Türkei zuwenden möge, damit auf dem Wege friedlicher Eroberung ein neues Deutschland entstehe, das an Größe, Volkszahl und Reichtum das alte Deutschland übertreffen und zugleich gegen die "Russengefahr" und den Panslawismus das sicherste Bollwerk bilden könne. Lassalle, der "die deutsche Revolution für den naturgemäßen Anwärter der orientalischen Frage" gehalten habe, hätte den richtigen Gedanke verfolgt, daß die Lösung der nationalen, speziell kolonialen Frage mit der Lösung der sozialen Frage zusammenhänge.²¹⁰

Als Replik veröffentlichten die "Preussischen Jahrbücher" im selben Jahr den Artikel "Politischer Ernst" ihres Herausgebers Hans Delbrück, der mit dem Psdeudonym "Vir pacificus" unterschrieb.²¹¹ Er entgegnete Martin, daß die Lenkung der deutschen Auswanderung nach Südosten und eine deutsche Kolonisierung des

in entscheidendem Maße sozialökonomisch motivierte Form einer alten, schon von Machiavelli beschriebenen Herrschaftstechnik: um der Bewahrung des sozialen und politischen Status quo willen die inneren Bewegungskräfte und Spannungen nach außen abzulenken." (Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, 4. Auflage, München 1976, S. 115; Vgl. auch Mommsen, Wolfgang J., Imperialismustheorien, Göttingen 1977, S. 75ff.).

²⁰⁸ Zur führenden Vertretung dieser Zielsetzung wurde zwischen 1896 und 1903 der von Naumann initiierte Nationalsoziale Verein.

²⁰⁹ Martin war Publizist und bis 1907 Regierungsrat im Reichsjustizministerium. (Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 798; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 98).

²¹⁰ Vgl. Martin, Rudolf, Mehr Lohn und Mehr Geschütze, in: Preussische Jahrbücher, Berlin, Band 83, Februar 1896, S. 290f.

²¹¹ Vgl. Fischer. Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 70.

Osmanischen Reiches Krieg gegen Rußland bedeuten würde. Einen solchen Krieg hielt Delbrück solange nicht für erforderlich, wie sich der deutsche Imperialismus mit wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln die Hegemonie in Südosteuropa und dem Nahen Osten sichern könne.²¹²

Er resümierte:

"So lange und so weit Rußland nicht direkt auf der Balkanhalbinsel herrscht, bleibt immer die Möglichkeit, daß der deutsche Kaufmann, der deutsche Ingenieur, der deutsche Kapitalist und damit deutsches Wesen, deutsche Sprache, deutsche Kultur hier eine praktische Hegemonie erlangen".²¹³

Hier zeigen sich die Differenzen zwischen annexionistischen und ökonomistischen Imperialisten. Im Ersten Weltkrieg wurden diese später zurückgestellt, um das gemeinsame Ziel durchzusetzen: ein von Deutschland beherrschtes "Mitteleuropa" von der Nordsee bis zur Adria und zum Schwarzen Meer.

Aus dem Kreis der ökonomistischen Zollbundimperialisten wurde das Projekt eines von Deutschland beherrschten "mitteleuropäischen Zollbündnisses" als Sprungbrett für eine weitere Expansion nach Südosteuropa und in den Nahen Osten seit den 1890er Jahren maßgeblich von Friedrich Naumann und seinen Mitarbeitern vorangetrieben. Naumann war ein führender Verfechter des Sozialimperialismus. Er agitierte seit den 1890er Jahren für einen deutschen Expansionismus und die Gewinnung von Einflußsphären und Kolonien, um auf dieser Basis das deutsche Proletariat in die "Volksgemeinschaft" zu integrieren.²¹⁴ Naumann prägte in diesem Kontext bereits 1897 den Begriff eines Nationalen Sozialismus, den er folgendermaßen definierte:

"Was ist das Nationale?

Es ist der Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluß auf der Erdkugel auszudehnen.

Was ist das Soziale?

Es ist der Trieb der arbeitenden Menge, ihren Einfluß innerhalb des Volkes auszudehnen.

Wie hängt beides zusammen?

²¹² Vgl. Vir pacificus, Politischer Ernst, in: Preussische Jahrbücher, Band 83, 1896, S. 410.

²¹³ Ebenda, S.412.

²¹⁴ Vgl. Naumann, Friedrich, National-sozialer Katechismus (1897), in: ders., Werke, Bd. 5, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/ Opladen 1964, S.199ff.

Die Ausdehnung des deutschen Einflusses auf der Erdkugel ist unmöglich ohne Nationalsinn der Masse, und die Ausdehnung dieser Masse im Volke ist unmöglich ohne weitere Entwicklung der deutschen Macht auf dem Weltmarkt."²¹⁵

Dabei sah Naumann die Ausdehnungsmöglichkeiten der "deutschen Macht" auf dem Weltmarkt zuallererst in Ost- und Südosteuropa. Der Kreis um Naumann wollte eine deutsche Hegemonie in Ost- und Südosteuropa sowie im Nahen Osten, wie erwähnt, nicht durch Annexionen und Siedlungskolonien, sondern mittels ökonomischer und kultureller Durchdringung und der Errichtung von Zollbündnissen erreichen und knüpfte dabei an die Zielsetzungen von Friedrich List aus den 1840er Jahren an.²¹⁶

Im Jahre 1900 bemerkte Naumann:

"Es ist nicht zu leugnen, daß in der reichsdeutschen Expansionspolitik neben dem vorherrschenden Zug übers Meer ein wachsender Zug nach dem Hinterlande im östlichen Europa ist. Die von dem weitblickenden Volkswirtschaftler List in vergangener Zeit schon gepredigte Richtung nach der Türkei und Kleinasien stellt sich ein."²¹⁷

Deutschland solle, so Naumann 1905, die Führung über Nationen übernehmen, die zur Selbstverwaltung nicht in der Lage seien.

"alle nationalen Freiheitsideen von Völkern und Stämmen, die sich nicht selbst regieren können, sind rückschrittlich. So ist es beispielsweise ein ganz veralteter Gedanke, ein `sich selbst genügendes Kroatien` herstellen zu wollen (...) Die Geschichte hat entschieden, daß es führende Nationen gibt und solche, die geführt werden".²¹⁸

In dieser Argumentation knüpfte Naumann an die Überzeugungen Hegels, Marx und Engels und der Paulskirchenabgeordneten an. Zwischen den ökonomistischen und annexionistischen Imperialisten bestand Einigkeit darin, daß Deutschland "naturgemäß" die führende Nation "Mitteleuropas" sein müsse. Die Vertreter des "Mitteleuropa"-Konzeptes wollten keineswegs auf deutsche Kolonialpo-

²¹⁵ Naumann, National-sozialer Katechismus, a. a. O., S. 199.

²¹⁶ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 90f.

²¹⁷ Naumann, Friedrich, Deutschland und Österreich, Berlin 1900, in: ders., Werke, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/ Opladen 1964, Bd. 4, S. 412.

²¹⁸ Naumann, Friedrich, Das Ideal der Freiheit, erstmals in: Patria, Jahrbuch der Hilfe, 1905, zit. nach ders., Werke, Band 5, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/Opladen 1964, S. 352.

litik in Übersee verzichten. Als wesentliche Voraussetzung zur Verwirklichung dieser "Weltpolitik" sahen sie jedoch die Herstellung bzw. Sicherung der deutschen Hegemonie in Europa, d. h. besonders in Ost- und Südosteuropa. Umschrieben wurde dieses Ziel mit dem Begriff "Mitteleuropa". Neben einem Zollbund zur Etablierung eines weitgehend autarken deutschen Großwirtschaftsraumes umfaßte dieses Konzept eine deutsche Kontrolle der Verkehrswege Ost- und Südosteuropas und die Einbindung dieser Staaten in ein von Deutschland geführtes Militärbündnis. Zur Begründung ihrer Pläne griffen die "Mitteleuropa"-Ideologen auf Schriften von Friedrich List, Paul de Lagarde und anderen zurück, in denen eine "historische Mission" Deutschlands in Ost- und Südosteuropa propagiert worden war.²¹⁹

Die deutsche Regierung demonstrierte ihre Entschlossenheit, wenn nötig zur Sicherung deutscher Interessen, militärisch in Südosteuropa zu intervenieren, erstmals 1908.

4.5 Die Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908

Als die neue jungtürkische Regierung 1908 die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas dazu aufrief, sich an Wahlen im Osmanischen Reich zu beteiligen, hielt die Regierung Österreich-Ungarns ihre dauerhafte Hegemonie in dieser Provinz für gefährdet. Sie reagierte am 7. Oktober 1908 mit der Proklamierung der Annexion Bosnien-Herzegowinas. Dies bedeutete einen Bruch des Berliner Vertrages von 1878, in dem Österreich-Ungarn zwar eine vorübergehende Okkupation des betreffenden Gebietes, nicht jedoch eine Annexion zugestanden worden war.²²⁰ Das Ereignis gab den Anstoß zu einer schweren europäischen Krise, die in mancher Hinsicht die mächtepolitische Konstellation des Ersten Weltkrieges vorwegnahm.²²¹ Widerstand kam vor allem von seiten der Regierungen Serbiens, Rußlands und des Osmanischen Reiches. Die serbische Re-

²¹⁹ Vgl. Deborin, a. a. O., S. 2735; Gutsche, Willibald, Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung..., a. a. O., S. 86f.

²²⁰ Vgl. Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O., S. 237.

²²¹ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 202; List, Heinrich Theodor, Deutschland und Mittel-Europa, a. a. O., S. 51.

gierung protestierte am 7. Oktober 1908 "mit aller Energie" gegen die vertragswidrige Annexion. Sie forderte die unterzeichnenden Staaten des Berliner Vertrages zu einer Revision der Annexion auf. Wenn dies "absolut unmöglich" sei, verlangte sie eine "gleichwertige Kompensation".²²² Diesbezüglich schlug sie die Abtretung eines schmalen Landstreifen des südöstlichen Bosniens zwischen der Drina und der osmanischen Grenze vor. Auf diese Weise hätte Serbien eine Verbindungsstraße mit Montenegro und dem adriatischen Meer erhalten. Durch die Einberufung von Reservisten und anderen Kriegsvorbereitungen demonstrierte die serbische Regierung ihre Entschlossenheit.²²³ Die Abtretung des kleinen Streifens im südöstlichen Bosnien an Serbien hätte für Österreich-Ungarn eine Unterbrechung seiner unmittelbaren Verbindung mit dem Osmanischen Reich und mit dem Ägäischen Meer bedeutet. Ihm wäre, so Dehn, für seinen "Gütertausch mit dem Südosten ein bedenkliches Hindernis in Gestalt einer serbischen Schranke auferlegt" worden. Deshalb war die österreichische Regierung nicht bereit, die serbische Kompensationsforderung zu erfüllen. Die Offenhaltung des Weges durch Bosnien nach dem Ägäischen Meer lag, so Dehn, "auch im Interesse des Deutschen Reiches."²²⁴ Die Annexionskrise stellte die deutsche Regierung wegen der Auswirkungen auf ihr Verhältnis zum Osmanischen Reich vor Schwierigkeiten.²²⁵ Die Sicherung des Osmanischen Reiches als bedeutender deutscher Absatzmarkt schien gefährdet.

In einem Telegramm an das Auswärtige Amt meldete der deutsche Botschafter in Konstantinopel am 8. Oktober 1908, daß sich auch in den bisher zweifellos deutschfreundlichen Kreisen der jungtürkischen Regierung die Ansicht durchsetze, die Annektierung der beiden Provinzen durch Österreich habe nicht ohne Zustimmung, ja Unterstützung des militärisch starken Deutschland

²²² Vgl. G. P. 26/I, Nr. 9091/Anlage, Der serbische Geschäftsträger in Berlin Boghitschwitsch an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, 7. 10. 1908.

²²³ Vgl. G.P. 26/I, Nr. 9092, Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Schoen an den Geschäftsträger in Belgrad Prinzen Julius Ernst zur Lippe, 8. 10. 1908; Nr. 9093, Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt, 8. 10. 1908; Dehn, Paul, Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme, Halle a. S. 1909, S. 56.

²²⁴ Dehn, Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme, a. a. O., S. 57; Vgl. ders., Zu den Verwicklungen im näheren Orient, in: Alldeutsche Blätter, 19. Jg., Nr. 10, 5. 3. 1909.

²²⁵ Vgl. Hallgarten, a. a. O., Bd. II, S. 108.

durchgeführt werden können. Es bestehe sogar vielfach die Ansicht, daß Deutschland in dieser Sache die treibende Kraft gewesen sei.²²⁶

Trotz des Risikos bezüglich ihres künftigen Verhältnisses zum Osmanischen Reich entschied sich die deutsche Regierung, der verbündeten Habsburger Monarchie, auch auf die Gefahr eines großen europäischen Krieges hin, uneingeschränkt ihre Unterstützung zuzusagen.²²⁷

Der Staatssekretär des Äußeren, von Schoen, notierte dazu später:

"nur als Großmacht hatte der Bundesgenosse für uns Wert, nicht nur als Mitschützer des europäischen Friedens, sondern auch als Wächter an dem Wege nach Osten, wo unserer wirtschaftlichen Kraft ein weites Feld der Entfaltung offen stand."²²⁸

Auf Druck Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und letztlich auch Rußlands²²⁹ erklärte sich die serbische Regierung Ende März 1909 zur Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn und zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes bereit.²³⁰ Auch die Regierung des Osmanischen Reiches beugte sich dem *Fait accompli*.

Die Annexionskrise zeigte deutlich, daß Deutschland das Osmanische Reich nicht als gleichberechtigten Bündnispartner behandelte. Die osmanische Regierung mußte sich in die Rolle eines Vasallen fügen, der den deutschen "Ordnungsvorstellungen" in Südosteuropa zu folgen hatte. Schon nach wenigen Monaten schwenkten die jungtürkischen Offiziere, die zum Teil durch deutsche Mili-

²²⁶ Vgl. G. P. 26/I, Nr. 8996, Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt, 8. 10. 1908; Schöllgen, a. a. O., S. 258.

²²⁷ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 202f.

²²⁸ Schoen, Freiherr Wilhelm von, Erlebtes. Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit, Stuttgart/Berlin 1921, S. 74.

²²⁹ Das Einlenken der russischen Regierung resultierte aus dem Bestreben, eine militärische Eskalation zu einem Krieg der Großmächte zu verhindern. Darüber hinaus hatte die österreichische Regierung im September 1908 das später nie eingehaltene Versprechen abgegeben, daß sie sich als Gegenleistung für eine russische Zustimmung der Annexion einer Öffnung der Meerengen des Bosphorus für russische Kriegsschiffe nicht widersetzen wolle. (Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 482).

²³⁰ Vgl. Schöllgen, a. a. O. S. 269.

tärs ausgebildet worden waren und die nun die osmanische Regierung bildeten, wieder auf einen prodeutschen Kurs.²³¹

Deutschland und Österreich konnten durch die Annexion ihre Hegemonie in Südosteuropa ohne Krieg ausweiten. Dabei ging Deutschland noch mit Vorteilen gegenüber Österreich-Ungarn aus dem Konflikt hervor. Nach der Annexion setzte ein langdauernder Boykott österreichischer Waren durch das Osmanische Reich ein. Dies ermöglichte der deutschen Wirtschaft eine Ausweitung ihres Handels auf Kosten Österreichs.²³²

Gelobt wurde die deutsche Regierung für ihre Politik in der Annexionskrise auf einer Versammlung des Alldeutschen Verbandes:

"wir erblicken den Erfolg darin (...), daß die am Balkan hetzenden Mächte²³³ in dem Augenblick zur Ruhe kamen, wo sie eine bestimmte Willensmeinung des Reiches kennen lernten, hinter der die Macht des deutschen Heeres diesmal offensichtlich stand. (Lebhafter Beifall.)"²³⁴

Zur Rechtfertigung für die Annexion bemühten deutsche Publizisten das alte Klischee von deutscher "Zivilisation" versus "balkanischer Barbarei", Ordnung versus Chaos. So wertete Paul Dehn die Bevölkerung Südosteuropas 1909 in ähnlich abfälliger Weise ab wie Jahrzehnte vor ihm Friedrich Engels:

"Ohne die Besetzung durch Österreich-Ungarn würde Bosnien mit der Herzegowina ein Tummelplatz für slawische Banden und ein Herd beständiger Unruhen wie Mazedonien geworden sein."²³⁵

Die deutsche Politik unterstrich in der Annexionskrise erstmals ihre Ambitionen als militärische Vormacht in dem von ihr beanspruchten "Hinterhof" Südosteuropa.

Während der Balkankriege 1912/13 kritisierte der deutsche Kaiser die österreichische Regierung, bei der Annexionskrise die günstige Gelegenheit versäumt zu haben, "mit Waffengewalt Serbi-

²³¹ Vgl. Hallgarten, a. a. O., Bd. II; S.113; Raab, a. a. O., S. 101; Schmitt, Bernadotte, The Annexation of Bosnia 1908-09, Cambridge (Mass.) 1937, S. 100ff; Ninchitch, Momchilo, La Crise Bosniaque 1908-1909 et Les Grandes Puissances, 2 Bde., Paris 1937, 2 Bde., S. 85ff.

²³² Vgl. List, Heinrich Theodor, Deutschland und Mittel-Europa, a. a. O., S. 52.

²³³ Gemeint waren vor allem Serbien und Rußland.

²³⁴ Alldeutsche Blätter, 19. Jg., Nr. 38, 18. 9. 1909.

²³⁵ Dehn, Paul, Zu den Verwicklungen im nahen Orient, in: Alldeutsche Blätter, 19. Jg., Nr. 9, 26. 2. 1909.

en zu züchtigen". Deutschland hätte Österreich-Ungarn "mit voller Kraft" zur Seite gestanden. "Damals wäre ein Krieg auch in Deutschland ganz populär gewesen."²³⁶

Im Ausland begannen nach der "Annexionskrise" zumindest in einigen Kreisen Überlegungen, wie den imperialistischen Ambitionen Deutschlands in Südosteuropa sinnvoll entgegengetreten werden könne. So sprach sich das englische Balkankomitee Ende 1908 für die Bildung eines Balkanstaatenbundes einschließlich der Türkei und unter Beteiligung Rußlands aus,

"damit den österreichisch-ungarischen und deutschen Ränken auf dem Balkan endgültig ein Ziel gesetzt werden"²³⁷ könne.

Am 16. März 1908 meldete der deutsche Botschafter in Rußland aus Sankt Petersburg:

"Man ist hier zu sehr von der Bedeutung unserer wirtschaftlichen Errungenschaften auf der Balkanhalbinsel und in Kleinasien überzeugt, als daß man noch in dem bekannten Bismarckschen Worte von dem pommerschen Grenadier eine Beruhigung finden könnte".²³⁸

Im Januar 1909 trafen sich in Belgrad VertreterInnen verschiedener sozialdemokratischer Parteien Südosteuropas zur ersten sozialistischen Balkankonferenz. In ihrer Bewertung der damaligen Lage kamen die Delegierten zu dem Schluß, daß der europäische Kapitalismus die Region als Rekrutierungsfeld für billige Arbeitskräfte und Rohstoffnachschiebbasis betrachte und durch seine Politik bewußt die nationalen Widersprüche anheize. Nur in der Aufhebung der künstlich geschaffenen Grenzen und der Zusammenführung der südosteuropäischen Staaten in einer Föderativen Balkanrepublik sahen die sozialistischen Parteien der Region eine Chance, den Imperialismus zurückzudrängen.²³⁹

²³⁶ Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des Österreich-Ungarischen Ministerium des Äußeren (im Folgenden: ÖU), bearbeitet von Ludwig Bittner und Hans Übersberger, Wien/Leipzig 1930, Acht Bände, Bd. 5, Nr. 5604, Bericht Szögyény über ein Gespräch mit dem Kaiser, 30. 1. 1913.

²³⁷ Dehn, Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme, a. a. O., S. 37.

²³⁸ G. P. 25/II, Nr. 8775, Botschafter Graf von Pourtalès, St. Petersburg, 16. 3. 1908.

²³⁹ Vgl. Hartl, Hans, Der einige und "unabhängige" Balkan, München 1977, S. 170.

Das Ziel eines großen und unabhängigen föderativen Staates auf der Balkanhalbinsel widersprach vor allem den Interessen der deutschen Wirtschaft, die weiterhin daran interessiert war, die kleinen südosteuropäischen Staaten und das Osmanische Reich auf dem Status unterentwickelt gehaltener informeller Kolonien festzuhalten und sie noch weiter in ihre Abhängigkeit zu bringen. Ab 1911 trat dieses Interesse in vielen Schriften noch deutlicher zu Tage.

4.6. Verstärkte Fokussierung auf Südosteuropa und den Nahen Osten nach der Marokkoaffäre 1911.

Der Versuch, die deutsche Expansion nach Übersee zu forcieren, war nach dem deutsch-französischen Konflikt um Marokko 1911 weltweit sichtbar in eine Sackgasse geraten. Der deutsche Plan, sich die marokkanischen Erzlager²⁴⁰ durch den berühmt gewordenen "Panthersprung"²⁴¹ anzueignen, scheiterte am Widerstand Frankreichs. Auf der Suche nach blockadesicheren Rohstofflieferanten und Absatzmärkten konzentrierten sich deutsche Unternehmen und Banken nun noch weitgehender auf die Staaten Südosteuropas und das Osmanische Reich.²⁴² In den Jahren nach 1905 war es aufgrund des Konkurrenzkampfes zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn um die wirtschaftliche Vormacht in Südosteuropa zu einer gewissen Stagnation in der Frage eines "mitteleuropäischen Zollbündnisses" gekommen. Nachdem Deutschland Österreich-Ungarn als führende Wirtschaftsmacht in Südosteuropa abgelöst hatte und es mit

²⁴⁰ Den deutsch-französischen Marokkovertrag, der als Ergebnis langwieriger und konfliktgeladener Verhandlungen am 4. November 1911 unterzeichnet wurde, betrachteten große Teile der deutschen Öffentlichkeit als völlig unzureichende Kompensation, ja als unerträgliche Beleidigung der deutschen Großmacht. Unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Gleichberechtigung erkannte Deutschland das französische Protektorat über Marokko an; zur Entschädigung erhielt es Gebiete des französischen Kongo, etwa 270.000 Quadratkilometer mit mehr als einer Million Einwohnern (durch die sich die deutsche Kolonie Kamerun um die Hälfte ihrer Gebietsfläche vergrößerte. (Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 137).

²⁴¹ Die "Marokkokrise" von 1911 wurde durch die Entsendung des deutschen Kanonenboots "Panther" vor den südmarokkanischen Hafen Agadir eröffnet. (Vgl. Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O., S. 251).

²⁴² Vgl. Geiss, Die deutsche Politik gegenüber Serbien in der Julikrise 1914, a. a. O., S. 165f.

seinen Expansionsplänen in Marokko gescheitert war, setzte jedoch seit 1910/1911 bis in den Ersten Weltkrieg hinein, eine nicht mehr unterbrochene Welle von Publikationen und Aktivitäten zur Schaffung eines "mitteleuropäischen" Bündnisses mit dem Kern Deutschland und Österreich-Ungarn ein.²⁴³

Auf der 3. Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins im Oktober 1911 wurde das "Mitteleuropakonzept" in Ergänzung zu "kolonialen Erweiterungen" als Lösung für die deutsche Rohstoffsicherung und zur Sicherung von Absatzmärkten propagiert.²⁴⁴

Mit derselben Intention stellte der Publizist Karl von Mangoldt, Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, im Januar 1912 im "Berliner Börsen-Courier" die Frage, ob Deutschland nicht innerhalb gewisser Grenzen auf überseeische Kolonialpolitik verzichten müsse, um sich auf das Hauptziel, eine Zollunion mit Österreich-Ungarn, zu konzentrieren. Auf diese Weise würde ein Gebiet mit großer innerer Kaufkraft und einer starken Position bei handelspolitischen Verhandlungen entstehen. In verschiedenen Stufen müßten an den Block Deutschlands und Österreich-Ungarns durch politische Bündnisse und Zollunionen zuerst die Staaten Südosteuropas und dann das Osmanische Reich angeschlossen werden. In diesem "Zollverein" würde Deutschland die "Führerrolle mit all ihren ungeheuren Vorteilen zufallen". Gleichzeitig könnten "einige Millionen Deutsche als Träger und Förderer einer höheren Kultur" in den angegliederten Gebieten angesiedelt werden.

"Deutsche Kaufleute, Handwerker, Industrielle, Ingenieure, Arbeiter, Gelehrte würden sich in breitem Strome über das ganze Gebiet ergießen. Deutsch würde die große Handels-, Verkehrs- und Kultursprache für den ganzen Länderkomplex werden."²⁴⁵

²⁴³ Vgl. Gottwald, Herbert, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Mitteleuropapolitik der herrschenden Klasse in Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1918, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977, S. 153.

²⁴⁴ Vgl. den Diskussionsbeitrag des Syndikus des Verbandes Thüringischer Industrieller, Dr. A. Stapff auf der Dritten Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in München, 14. Oktober 1911, nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 174f.

²⁴⁵ Mangoldt, Kurt von, "Wo hinaus?" Eine Betrachtung über deutsche Auswärtige Politik", Artikel im Berliner-Börsen-Courier, 9. Januar 1912, zit. nach Schumann/Nestler, Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 72f.

Machtpolitisch könne dieser Wirtschaftsblock im Wettlauf mit allen Großmächten der Welt mithalten. Für den angestrebten politischen und ökonomischen Großraum lägen bereits wichtige Ansätze vor, z. B. durch die deutschen Militärbündnisse mit Österreich-Ungarn, Rumänien und dem Osmanischen Reich und das System der Handelsverträge. Darüber hinaus seien die Staaten Südosteuropas und das Osmanische Reich stark an einer Kapitalzufuhr interessiert. Auch die planmäßige Tätigkeit des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins habe viel zur Vorbereitung dieses Wirtschaftsblockes beigetragen.²⁴⁶

Von seiten der annexionistischen Imperialisten wurde die neue Schwerpunktsetzung des deutschen Expansionismus nach der Marokkoaffäre in der Schrift "Wenn ich der Kaiser wär" in die Öffentlichkeit getragen. Sie wurde vom Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, unter dem Pseudonym Daniel Frymann publiziert.²⁴⁷ Das Buch erschien bis zum Kriegsausbruch in fünf Auflagen zu 5.000 Exemplaren. Es wurde in der konservativen und schwerindustriellen Presse nahezu uneingeschränkt begrüßt.

Claß entwarf hier das "erste Modell für den autoritären Staat" in Deutschland.²⁴⁸ Zahlreiche Gedanken und Vorschläge des Verfassers fanden sich später im Programm der NSDAP wieder.

Er forderte die Schaffung neuen deutschen "Lebensraums" in Europa. Während eine deutsche Auswanderung in Europa in die Richtungen Ost und West nur im "alleräußesten Notfall" in Betracht käme, biete Südosteuropa Raum für eine deutsche Kolonialbewegung. In den von "sog. `subgermanischen` Sklavenstämmen aller Art bewohnten Teilen Österreich-Ungarns und des Balkans" könne der Überschuß der deutschen Bevölkerung angesiedelt werden.²⁴⁹ Claß legte somit in der Tradition von Lagarde den Schwerpunkt auf bevölkerungspolitische und pangermanistische Ziele. Er benannte jedoch auch eine geostrategische Zielsetzung:

"Daß zu den Interessen, die das Deutsche Reich unter allen Umständen schützen muß - also selbst auf die Gefahr

Von Mangoldt war Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei und stand dem Bund der Industriellen nahe.

²⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 71-73.

²⁴⁷ Claß löste das Rätsel um das Pseudonym 1925 selber auf. (Vgl. Vorwort zur siebten Auflage, 1925).

²⁴⁸ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 152.

²⁴⁹ Vgl. Frymann, Daniel, Wenn ich der Kaiser wär - Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, S. 142 u. 167.

einer Intervention - der Weg zur Adria gehört, ist klar."²⁵⁰

Mithin die alte Überzeugung der Paulskirchenabgeordneten und ihrer Zeitgenossen.

Eine ähnlich breite Wirkung wie die Schrift von Frymann/Claß erreichte das Buch "Deutschland und der nächste Krieg", das der preußische Major a. D. und vielgelesene Militärschriftsteller Friedrich von Bernhardi²⁵¹ Anfang 1912 veröffentlichte. Ende 1912 wurde bereits die 5. Auflage und 1914 die 9. Auflage ausgeliefert.²⁵² Bernhardi erläuterte in seiner Schrift einen Plan, mit dessen Hilfe Deutschland die "Weltherrschaft" erringen könne. Dafür waren seiner Meinung nach drei Voraussetzungen zu erfüllen: Die erste lautete: "Frankreich muß so völlig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann."²⁵³ Zweitens wollte er den Dreibund zu einem "mitteleuropäischen" Staatenbund erweitern, an dessen Spitze Deutschland stehen sollte. Drittens forderte er koloniale Eroberungen.²⁵⁴

Im Jahre 1911 erschien desweiteren die Schrift "Großdeutschland. Die Arbeit des 20. Jahrhunderts". Darin wurde die pangermanistische Strategie in ähnlicher Weise wie in dem "Kaiserbuch" von Claß hergeleitet. Programmatisch erklärte der Autor:

"Raum muß geschaffen werden! Die West- und Südslawen oder wir. Da wir die Stärkeren sind, so wird die Wahl nicht schwer sein."²⁵⁵

"Großdeutschland" müsse im Kampf gegen Rußland, Frankreich und Großbritannien durchgesetzt werden. Nachdem es in "Mitteleuropa" "Ruhe und Ordnung" geschaffen habe, solle "Großdeutschland" einen Zollbund mit den Donau- und Balkanländern schließen. In diesem Bund müsse ihm die Rolle einer Weltmacht und eines Industrie- und Handelsstaates zukommen, während Ungarn, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Albanien und Griechenland ausschließlich Ak-

²⁵⁰ Frymann, a. a. O., S. 168.

²⁵¹ Friedrich von Bernhardi, 1898-1901 Chef der kriegsgeschichtlichen Abteilung im Großen Generalstab war einer der führenden Militärschriftsteller seiner Zeit. (Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 343).

²⁵² Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 343f.

²⁵³ Bernhardi, Friedrich von, Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart 1912, S. 114.

²⁵⁴ Vgl. Bernhardi, a. a. O., S. 115 u. 119.

²⁵⁵ Tannenberg, Richard, Groß-Deutschland. Die Arbeit des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1911, S. 75.

kerbauländer zu bleiben hätten. Durch den Zollbund würde "Großdeutschland" zudem "der Handel im ganzen Orient, in Kleinasien, in Syrien und Mesopotamien zufallen."²⁵⁶

War das "Mitteleuropa"-Konzept und das Bagdadbahnprojekt seit 1890 neben den deutschen Kolonien in Afrika und deutschen Ambitionen in China eine von mehreren Zielsetzungen des deutschen Imperialismus gewesen, so rückte die Expansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten nach dem gescheiterten Griff nach Marokko und den für das deutsche Kapital unbefriedigenden Erträgen der afrikanischen Kolonien nach 1911 mehr und mehr in den Mittelpunkt. Als Hindernis für die deutschen Pläne, das Balkangebiet durch eine "Pénétration pacifique" und einen Staatenbund-Imperialismus zu unterwerfen, erwiesen sich jedoch die Autonomiebestrebungen der dortigen Bevölkerung, die 1912 in den ersten Balkankrieg mündeten.

4.7 Der deutsche Rückschlag in den Balkankriegen 1912/13

Am 13. März 1912 gründeten Serbien und Bulgarien unter Mitwirkung Rußlands einen "Balkanbund", dem sich wenig später auch Griechenland und Montenegro anschlossen. Der Bund richtete sich primär gegen das Osmanische Reich und zielte auf eine Befreiung der noch unter osmanischer Herrschaft stehenden Gebiete in Südosteuropa. Darüber hinaus sicherten sich die Bündnispartner gegenseitige Unterstützung gegen eine österreichische Expansion in Südosteuropa zu.²⁵⁷

Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns sahen ihre Einflußsphären auf der Balkanhalbinsel und im Osmanischen Reich bedroht, weshalb sie von Beginn an gegen das Bündnis opponierten.²⁵⁸ Zu einem Eingreifen auf seiten des Osmanischen Reiches war die deutsche Regierung jedoch nicht bereit. Wie bereits während des Krieges um Südosteuropa von 1875-1878 bestand ihre erste Sorge bereits im Vorfeld darin, den Krieg zu "lokalisieren". Insgeheim hoffte sie darauf, daß es dem Osmanischen Reich mit-

²⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 86f.

²⁵⁷ Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, S. 399.

²⁵⁸ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 214.

hilfe seiner deutschen Militärberater gelingen werde, die Autonomiebestrebungen in Südosteuropa zurückzudrängen.

Der deutsche Kaiser gab die Parole aus:

"Die Großmächte müssen um den Kampfplatz einen `Ring` bilden, in dem der Kampf sich abspielt und zu bleiben hat; selbst ruhig Blut behalten und keine Übereilungen begehen. (...) Man lasse die Leute nur ruhig machen; entweder sie kriegen Keile oder erteilen sie, danach ist immer noch Zeit zum Sprechen."²⁵⁹

Die diplomatische Taktik der deutschen Regierung war in den ersten Monaten des Krieges durch folgende Ziele bestimmt: Erstens ging es um die Sicherung des deutschen politischen und wirtschaftlichen Einflusses im Osmanischen Reich; zweitens um die Sicherung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in den Staaten der Balkanhalbinsel; drittens mußte auf jeden Fall vermieden werden, die Politik Österreich-Ungarns so offensichtlich zu durchkreuzen, daß das militärische Bündnis mit diesem Staat gefährdet würde. Vor diesem Hintergrund erschien ein Abwarten und eine Lokalisierung des Krieges am sinnvollsten. Nach außen gab die deutsche Diplomatie, wie bereits unter Bismarck, die Formel des "Nicht-Unmittelbar-Beteiligt-Seins" aus.²⁶⁰

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Kiderlen-Wächter vertrat die Überzeugung, daß die Großmächte "die Balkannationen" in jedem Fall in der Hand behalten würden, und meinte, es müsse nur abgewartet werden, bis nach dem Krieg durch gemeinsame Aktion der alte Zustand wieder hergestellt werde, da die Großmächte über die Aufrechterhaltung des territorialen Zustandes einig seien.²⁶¹

Kanzler Bethmann Hollweg gab mit einer Erklärung im Reichstag den übrigen Großmächten jedoch zu verstehen, wo für Deutschland die Grenze des Erträglichen liege, nämlich dort, wo Rußland sich mit militärischer Intervention für eine Ausdehnung

²⁵⁹ Jäckh, Ernst, Kiderlen-Wächter. Der Staatsmann und Mensch, Berlin/Leipzig 1924, Bd. 2, S. 189f.

²⁶⁰ Vgl. Löding, a. a. O., S. 23-25.

²⁶¹ Auch hier eine deutliche Parallele zur deutschen Haltung während des Krieges von 1875-1878. Vgl. Michaelis, Herbert, Die deutsche Politik während der Balkankriege 1912/13, Diss., Leipzig 1929, S. 51.

Serbiens zur Adria einsetzen und damit die von Österreich als lebenswichtig angesehenen Interessen verletzen würde.²⁶²

Intern galt in der deutschen Diplomatie die Parole, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen, auch auf das Risiko eines europäischen Krieges hin unterstützt werden müßten, wenn Rußland nur so dazu gebracht werden könne, zurückzustecken und auch Serbien zum Einlenken zu veranlassen.²⁶³

Am 17. Oktober 1912 eröffneten die Staaten des Balkanbundes den Krieg gegen das Osmanische Reich. In wenigen Wochen war die osmanische Armee besiegt. Sie verlor die Kontrolle über Mazedonien, Thrakien, das Kosovo und Albanien.²⁶⁴

Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches rückte die deutsche Regierung von ihrer offiziellen Position des "Nicht-Unmittelbar-Beteiligt-Seins" ab. Kanzler Bethmann Hollweg erklärte am 2. Dezember 1912, Deutschland fühle sich berechtigt,

"an der Neuregelung der Dinge, die die Folge des Krieges sein wird, mitzuwirken, denn an der künftigen Gestaltung der ökonomischen Dinge am Balkan sind wir sehr wesentlich interessiert."²⁶⁵

In ähnlicher Weise zeigte sich die österreichische Regierung durch die Erfolge des Balkanbundes beunruhigt. Vor allen der Sieg der serbischen Truppen "warf alle Karten durcheinander."²⁶⁶ Alle einflußreichen Kreise in Österreich versuchten einen eigenen Adriahafen Serbiens zu verhindern. Serbien sollte im Handel keine eigenständigen Wege gehen können. Wenn der serbische Verkehr schon zur Adria vorstoßen müsse, so sollte er wenigstens über das von Österreich beherrschte Bosnien dorthin geleitet werden.²⁶⁷ Da der montenegrinische Hafen Antivari schwer erreichbar und unbedeutend war, kam für Serbien unter Umgehung des von

²⁶² Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 226 u. 230.

²⁶³ Vgl. die Erklärung Kiderlen-Wächters vor dem Bundesratsauschuß für die auswärtigen Angelegenheiten am 28. November 1912, zit. bei Jäckh, Kiderlen-Wächter, Bd. 2, a. a. O., S. 197f.

²⁶⁴ Vgl. Schöllgen, a. a. O., S. 349; Schulte, Bernd F., Deutschland, die Türkei und der Balkan, Düsseldorf 1980, S. 28.

²⁶⁵ G. P. 33, Nr. 12474, Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, 3. 12. 1912, Fußnote 2.

²⁶⁶ Schulte, a. a. O., S. 29.

²⁶⁷ Vgl. Hallgarten, a. a. O., Bd. II, S. 95.

Österreich annektierten Bosniens nur das albanische Skutari als Adria-hafen in Betracht.²⁶⁸

Während die österreichische Regierung zur Eindämmung Serbiens einen möglichst großen albanischen Staat wünschte, hatten sich die Regierungen Serbiens und Griechenlands darauf verständigt, das Gebiet Albaniens untereinander aufzuteilen.²⁶⁹ Gleichzeitig sollte Mazedonien an Bulgarien und das Kosovo an Serbien fallen. Da die österreichische Regierung nicht bereit war, diese territoriale Neuordnung zu akzeptieren, drohte ein Krieg zwischen Österreich (unter Beistand Deutschlands) gegen das von Rußland unterstützte Serbien.

Obwohl die deutsche Regierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht kriegsbereit war, ließ sie keinen Zweifel daran, daß sie in der albanischen Frage die "österreichischen Wünsche so weit unterstützen" werde, als dies zur Erhaltung der Machtstellung des Bundesgenossen erforderlich erschien, da der "albanische Pufferstaat das einzige Positivum" sei, "mit dem die Donaumonarchie aus dem Schiffbruch ihrer Balkanaspirationen" hervorgehe, und weil im Falle des Scheitern der nationalen "Zusammenhalt" der Monarchie ernstlich gefährdet sei.²⁷⁰

Da die übrigen europäischen Mächte nicht zu einem Krieg wegen Albaniens bereit waren, folgten sie der deutsch-österreichischen Linie und übten Druck auf den Balkanbund aus. Wie bereits 1878 in Berlin wurden die neuen Grenzen Südosteuropas wiederum von einer Konferenz der Großmächte bestimmt. Sie tagte in diesem Fall in London. Im Dezember 1912 faßte die Londoner Konferenz den Beschluß, einen selbständigen Staat Albanien zu errichten und Serbien den erwünschten Adria-hafen zu verweigern.²⁷¹ Um einen Krieg zu vermeiden, lenkte die russische Regierung im März 1913 ein und erklärte sich mit einem albanischen Staat einverstanden. Die Truppen Serbiens und Griechenlands mußten das albanische Gebiet räumen.²⁷² Ein deutsch-österreichischer Krieg gegen Rußland wurde auf diese Weise noch einmal vertagt.

²⁶⁸ Vgl. Dehn, Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme, a. a. O., S. 60.

²⁶⁹ Vgl. Löding, a. a. O., S. 157.

²⁷⁰ G. P. 34/I, Nr. 12708, Bethmann-Hollweg an Lichnowsky, 20. 1. 1913.

²⁷¹ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 249.

²⁷² Vgl. List, Heinrich Theodor, Deutschland und Mittel-Europa, a. a. O., S. 61f.



THE BALKANS, 1912-13

After R. R. Sellman, *A Student's Atlas of Modern History* (London, 1952).

Österreich-Ungarn und Italien übten von nun an ein gemeinsames inoffizielles Protektorat über Albanien aus. Zum Regenten Albaniens wurde der deutsche Prinz Wilhelm von Wied, ein Neffe des deutschstämmigen Königs von Rumänien bestimmt.²⁷³ Somit konnte von einer politischen Unabhängigkeit Albaniens keine Rede sein.

Neben der Schaffung des Staates Albaniens beschloß die Londoner Konferenz der Großmächte die Abtretung aller bulgarischen, griechischen, serbischen und mazedonischen Gebiete durch das Osmanische Reich an die Staaten des Balkanbundes. Zudem mußte die osmanische Regierung auf alle ägäischen Inseln verzichten.²⁷⁴

Mit Verärgerung betrachtete die deutsche Regierung nach dem ersten Balkankrieg nicht nur die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Osmanischen Reich und den Staaten Südosteuropas, sondern auch die zunehmenden Befreiungsansprüche in den südosteuropäischen Teilen des Habsburger Reiches, d. h. in Slowenien, Kroatien, der Vojvodina und Bosnien-Herzegowina.

Der deutsche Botschafter in Wien erblickte im Befreiungskampf der Bevölkerung Südosteuropas, wie er im November 1912 an den Reichskanzler schrieb, die Bedrohung der wichtigsten "mitteleuropäischen Linie", der Verbindung Hamburg-Triest, auf der die Stärke des "germanischen Einflusses" um Zentrum Europas beruhe.²⁷⁵

In Deutschland und Österreich-Ungarn bestand Einigkeit darin, die Entstehung eines starken und unabhängigen föderativen Balkanstaates zu verhindern, den russischen Einfluß in Südosteuropa zurückzudrängen und die revolutionäre Sprengkraft der Unabhängigkeitsbewegungen in diesem Gebiet einzudämmen.²⁷⁶

Im November 1912 berichtete der deutsche Botschafter in Wien über die zunehmende Besorgnis in Österreich bezüglich voranschreitender Einigungsbewegungen in Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Serbien gegen die Habsburger Monarchie.

Der deutsche Kaiser notierte auf das Schreiben:

²⁷³ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 589-591; Jäckh, Der Goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954, S. 156.

²⁷⁴ Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas der Weltgeschichte, Band 2, a. a. O., S. 399.

²⁷⁵ Vgl. G. P. 33, Nr. 12402, Tschirschky an Bethmann Hollweg, 18. 11. 1912.

²⁷⁶ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 265.

"mit Blut und Eisen sind die Kerls nur noch zu kuriren.
(...) Bei den Slawen muß per divide et impera vorgegangen
werden."²⁷⁷

Die Haltung des Kaisers erklärt sich nicht allein aus der Sorge um den Bestand des Bündnispartners Österreich-Ungarn. Hinzu kam bereits zu diesem Zeitpunkt, daß die deutschen Kapitalmöglichkeiten weitgehend erschöpft waren und daß Deutschland seine Stellung in den Balkanstaaten und im Osmanischen Reich an Frankreich zu verlieren begann.²⁷⁸

Am 1. Dezember 1912 kam der Alldeutsche Verband in Braunschweig zu einer Vorstandstagung zusammen. In den Besprechungen wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Siege der "slawischen Völker" über das Osmanische Reich eine sehr bedenkliche Rückwirkung auf "die Slawen" in Österreich-Ungarn ausüben würden. Besonders "die Serben" würden mit ihren jüngsten Herausforderungen eine gefährliche Rolle spielen. Im serbischen Vorstoß gegen Österreich-Ungarn sah der Alldeutsche Verband den ersten Schritt zu einem umfassenden "Angriff des Slawentums gegen das Deutschtum". Die politischen Ereignisse der letzten Wochen hätten den schweren Ernst der Lage "des gesamten Deutschtums in Mitteleuropa" enthüllt und klargemacht, daß ihm der Kampf ums Dasein nicht erspart werden würde.²⁷⁹

Da die Staaten des Balkanbundes durch die Grenzziehungen der Großmächte in ihren Ansprüchen nicht befriedigt worden waren, kam es bereits einen Monat nach Abschluß der Londoner Konferenz zum zweiten Balkankrieg. Er hatte seine Ursache in erster Linie in Grenzstreitigkeiten zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien um Mazedonien und insbesondere im Konflikt über den künftigen Besitz der Hafenstadt Saloniki, die sowohl Griechenland als auch Bulgarien beanspruchten.²⁸⁰ Diese Grenzstreitigkeiten traten erst in den Vordergrund, nachdem die Regierungen Grie-

²⁷⁷ G. P. 33, Nr. 12402, Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, 18. 11. 1912. Randbemerkungen des Kaisers

²⁷⁸ Vgl. Pogge-v.Strandmann, Hartmut, Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg, in: ders./Geiss, Imanuel, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1965, S. 27.

²⁷⁹ Vgl. Claß, Heinrich, Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932, S. 254-258.

²⁸⁰ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 259.

chen-lands und Serbiens ihre Gebietsansprüche in Albanien hatten aufgeben müssen.²⁸¹

Der Krieg begann am 30. Juni 1913 mit einem Angriff Bulgariens auf seine vormaligen Verbündeten Serbien und Griechenland. Die deutsche Regierung, die dem Balkanbund ablehnend gegenüber gestanden hatte, zeigte sich über den Konflikt befriedigt und interessierte sich wiederum in erster Linie für eine Lokalisierung des Krieges.²⁸²

Mit zynischen Worten erläuterte der Staatssekretär des Äußeren die deutsche Haltung:

"Daß ein kriegerischer Zusammenstoß der bisherigen Balkanalliierten wünschenswert wäre, ist natürlich auch unsere Ansicht (...) Man soll die `Balkanalliierten` nur in ihrem eigenen Fette schmoren lassen."²⁸³

Ebenso befürwortete die österreichische Regierung den über der Aufteilung Mazedoniens sich anbahnenden Konflikt, da sie darin eine Gelegenheit erblickte, Serbien zu schwächen.²⁸⁴ Österreichische Diplomaten ermunterten die bulgarische Regierung zum Angriff auf Serbien, indem sie finanzielle Unterstützung signalisierten. So beauftragte der österreichische Außenminister den österreichischen Botschafter in Sofia in einem Telegramm vom Mai 1913:

"Erkundigt Euch sehr vorsichtig, wieviel Geld Bulgarien brauchen würde, um gegen Serbien kräftig aufzutreten und wenn nötig auch den Krieg zu führen."²⁸⁵

Es ist somit davon auszugehen, daß die bulgarische Regierung von österreichischer Seite zum Angriff auf Serbien und Griechenland ermutigt, wenn nicht sogar aufgefordert, wurde.²⁸⁶

Der zweite Balkankrieg endete jedoch, entgegen den deutsch-österreichischen Hoffnungen, mit einer raschen Niederlage Bulgariens. Am 11. Juli 1913 griffen rumänische Truppen auf seiten

²⁸¹ Vgl. List, Heinrich Theodor, Deutschland und Mittel-Europa, a. a. O., S. 62.

²⁸² Vgl. Schöllgen, a. a. O., S. 357 u. 428.

²⁸³ G. P. 35, Nr. 13428, Jagow an Tschirschky, 28. 6. 1913.

²⁸⁴ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 301.

²⁸⁵ Telegramm Berchtolds an Tarnowski, 17. 5. 1913, zit. nach Löding, a. a. O., S. 81.

²⁸⁶ Vgl. Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn, 1948, S. 67.

Serbiens und Griechenlands in den Krieg ein. Bereits wenige Tage später stand die Niederlage Bulgariens fest.²⁸⁷

Der Friedensvertrag wurde am 10. August 1913 in Bukarest unterzeichnet und fiel eindeutig zugunsten Rumäniens und seiner Verbündeten aus. Rumänien erhielt von Bulgarien die Süddobrudscha²⁸⁸, während Mazedonien zwischen Griechenland und Serbien aufgeteilt wurde. Dadurch konnten Rumänien und Serbien ihre Territorien fast verdoppeln. Dieser Ausgang bedeutete für die Ambitionen Österreich-Ungarns und Deutschlands einen Rückschlag.²⁸⁹ Vor allem Serbien und Rumänien orientierten sich zur Konsolidierung der Kriegsergebnisse in der Folge an den Staaten der Entente, so daß für Deutschland und Österreich die Gefahr einer Beschneidung ihrer wirtschaftlichen Interessenssphären in Südosteuropa und im Osmanischen Reich bestand.²⁹⁰ Gleichzeitig wuchs in Österreich und Deutschland die Befürchtung vor einer Ausbreitung der jugoslawischen Autonomie- und Einigungsbestrebungen auf Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Slowenien.

4.8 Der deutsche Wirtschaftsraum "Berlin-Bagdad".

Trotz des Rückschlages für die langfristige Etablierung einer Hegemonialsphäre durch die Balkankriege nahmen deutsche Publizisten, Politiker und Industrielle in der Folge keinen Abschied von der Zielsetzung eines fortschreitenden deutschen Expansionismus in Richtung Südosteuropa. Im Gegenteil. Die diesbezüglichen Schriften wurden zahlreicher und die in ihnen ausgebreiteten Expansionsvorstellungen noch großräumiger. In den beiden letzten Vorkriegsjahren traten Südosteuropa und der Nahe Osten

²⁸⁷ Vgl. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 260-263; Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 306; Michaelis, Die deutsche Politik während der Balkankriege 1912/13, a. a. O., S. 243.

²⁸⁸ Die Dobrudscha ist ein fruchtbares Gebiet zwischen der Donau und der Schwarzmeerküste mit dem Hauptort Konstanz am Schwarzen Meer.

²⁸⁹ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 306-308; Löding, a. a. O., S. 83; List, Heinrich Theodor, Deutschland und Mittel-Europa, a. a. O., S. 63.

²⁹⁰ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 101.

als Zielobjekte des deutschen Imperialismus immer stärker in den Vordergrund.²⁹¹

In Reaktion auf die Marokko-Affäre erschien 1913 die Broschüre "Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan!"²⁹² Einleitend erinnerte der Autor daran, daß die Ziele der auswärtigen Politik Deutschlands "uns schon von mehr als zwei Menschenaltern durch Fr. List"²⁹³ vor Augen geführt worden seien.

Heute müßten sich die Deutschen darüber klar sein,

"dass wir unsere Lebensaufgaben nicht darin zu suchen haben, dass wir marokkanischen Träumen nachhängen, (...), sondern vor unseren Toren in Oesterreich-Ungarn und im Südosten Europas. Hier gilt es, das beste Kapital, das wir haben, das deutsche Volkstum zu schützen und zu fördern. (...) Jetzt nach Beendigung des Balkankrieges muss es sich entscheiden, ob das europäische Festland künftig den Slawen oder den Germanen gehören soll."²⁹⁴

Der Autor, der sich gegen jeden Verdacht verwahrte, ein Alldeutscher zu sein,²⁹⁵ propagierte, wie viele seiner Zeitgenossen, als ersten Schritt für die Schaffung eines deutsch beherrschten Großraums in Richtung Südosten eine Angliederung Österreich-Ungarns an Deutschland.

Deutschland könne seine wachsende Bevölkerung nur dauernd ernähren, wenn es gelänge, der Industrie Rohmaterialien zu sichern und Absatzmärkte zu schaffen.²⁹⁶ Hierfür sei in erster Linie Südosteuropa prädestiniert. "Ein unzerreissbares Band wirtschaftlicher Natur" müsse Deutschland mit der Adria, dem Schwarzen Meer, Rumänien, Bulgarien und dem Osmanischen Reich verbinden.

"Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein (...) muss zu einem Zollbündnis Deutschlands mit den Donau- und Balkanländern ausgestaltet werden (...) Alle anderen Aufgaben müssen (...) die Erreichung jenes genannten Zweckes zum Ziele haben: Ergänzung unserer eigenen Volkswirtschaft durch Nutzbarmachung der landwirtschaftlichen Produktion der Balkanländer für uns und Erhöhung der Aufnahmetätigkeit jener Länder für deutsche Industrieprodukte. Zu die-

²⁹¹ Vgl. Wernecke, Klaus, Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1970, S. 289.

²⁹² Lochmüller, Willy, Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan! Afrikanische oder europäische Politik? Leipzig 1913

²⁹³ Ebenda, Vorwort.

²⁹⁴ Ebenda, S. 31.

²⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 34.

²⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 35f.

sem Zwecke dient nun vor allem die Durchdringung der Balkanländer mit deutscher Kultur und deutschem Wesen (...) Das, was uns bisher gefehlt hat, ein handgreifliches Ziel für die Politik des deutschen Gedanken, (...) ist mit einem Male gegeben:

Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan!"²⁹⁷

Hier zeigt sich ein weiteres Mal, daß die "Ergänzungswirtschaft" als Konzept einer langfristigen Anbindung und Ausbeutung Südosteuropas durch die deutsche Wirtschaft keine Erfindung des Nationalsozialismus war, sondern lange vor der Machtübernahme der NSDAP in Deutschland propagiert wurde.

Ähnlich wie der Autor der Broschüre "Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan" argumentierte 1913 der Dresdner Konservative Schuchardt in der Schrift "Der mitteleuropäische Bund". Auch er betonte: "Unsere Kolonien liegen vor unseren Toren."²⁹⁸ Deutschland verdanke seine Weltstellung dem "Vorwärtsdrängen im Osten und Südosten", daher sei "die orientalische Angelegenheit" eine deutsche Lebensfrage.²⁹⁹ Wenn Deutschland sich dort große Räume und Bodenschätze sichere, könne es gegenüber den USA konkurrieren. Ausgangsbasis für eine deutsche Weltmachtstellung sei die Zwei-Ströme-Theorie:

"Rhein und Donau in deutscher Gewalt von den Quellen bis zu den Mündungen! (...) Schon Friedrich List hatte das erkannt und insbesondere die Wichtigkeit der Donau für die deutsche Weiterentwicklung hervorgehoben."³⁰⁰

Auch der "nach Friedrich List bedeutendste deutsche Volkswirt" Roscher³⁰¹ habe die Überzeugung vertreten, daß die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsgebietes "nur in der Richtung gehen könne, die uns der Donaustrom vorzeichnet."³⁰²

Allein die geographischen Grundlagen wiesen Deutschland nach Osten und Südosten. Dazu komme, daß die dortigen "im allgemeinen mit Naturgaben reich bedachten Gebiete" nur sehr dünn besiedelt und von einer "kulturell schwach entwickelten Bevölkerung" bewohnt seien. Deshalb seien sie prädestiniert als deutsche Kolo-

²⁹⁷ Im Original fett gedruckt, ebenda, S. 35f. u. 40

²⁹⁸ Schuchardt, Ottomar, Der mitteleuropäische Bund, Dresden 1913, S. 106.

²⁹⁹ Vgl. Schuchardt, a. a.O. ., S. 90f.

³⁰⁰ Ebenda, S.106.

³⁰¹ Siehe zu Roscher in dieser Arbeit S. 21.

³⁰² Vgl. Schuchardt, a. a. O., S. 107.

nialgebiete. Die Donau zeige den Weg zu einer deutschen Kolonisation. Jeder Deutsche, der donauabwärts ziehe, trage dazu bei, das deutsche Nationalvermögen zu vermehren und helfe "Deiche" zu bauen, die Deutschland vor einem "Hereinbrechen der mongolisch-slawischen Flut" schützen müßten.³⁰³

Durch den Ersten Balkankrieg sei jedoch "die Entwicklung im Orient in Bahnen gelenkt worden, die unseren Plänen schnurstracks entgegenlaufen".³⁰⁴ Es bestünde die Gefahr, daß sich Serbien und Montenegro weiter vergrößern würden und das "gesamte Balkanalentum" sich den "Mitteleuropa feindlichen Entente-Mächten" zur Verfügung stelle. Der Balkankrieg habe gezeigt, daß "Ruhe und Ordnung, kultureller und wirtschaftlicher Fortschritt" in Südosteuropa erst denkbar sei, wenn Deutschland die Angelegenheit in die Hand nehme, gleichgültig ob andere damit einverstanden seien.³⁰⁵

Deutschland müsse eine "mitteleuropäische Föderation" von der Mündung des Rheins bis zur Mündung der Donau verwirklichen.³⁰⁶ Deshalb sei es notwendig, die russische Politik und den Panslawismus auf das nachdrücklichste zu bekämpfen, da diese "zielbewußt und rücksichtslos auf die Vernichtung der deutschen Herrschaft in Mitteleuropa" hinarbeiten würden. "Das deutsche Volk" müsse heute oder morgen mit "dem scharfen und wuchtigen Schwert" gegen Rußland vorgehen.³⁰⁷ Es werde

"auf dem Schlachtfelde entschieden werden müssen, ob `Europa kosakisch werden` oder ob Mitteleuropa mit seiner germanischen Kultur herrschen soll." ³⁰⁸

Nur so könne verhindert werden, daß "die deutschen Errungenschaften im Südosten" untergehen "im Graus und Wust Halbasiens." ³⁰⁹

Mit derartigen Argumentationen, die, wie in dieser Arbeit gezeigt, keineswegs neu waren, wurde die deutsche Bevölkerung auf einen Krieg gegen Rußland vorbereitet.

³⁰³ Vgl. ebenda, S. 87ff.

³⁰⁴ Ebenda, S. 107.

³⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 132.

³⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 123.

³⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 57f. u. 72.

³⁰⁸ Ebenda, S. 76f.

³⁰⁹ Ebenda, S. 114.

Nach dem gescheiterten Griff nach Marokko und den Balkankriegen erweiterten viele Autoren das angestrebte "Mitteleuropa"-Projekt auf einen von Deutschland beherrschten Großwirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf. Edward Benes³¹⁰ erwähnt in seinen Memoiren die Propaganda der Rohrbach-Gruppe der ökonomischen Imperialisten und bemerkt, daß hunderttausende Flugblätter, Bücher und Pamphlete das Berlin-Bagdad-Projekt popularisierten.³¹¹ Bereits um die Jahrhundertwende waren zu diesem Thema diverse Schriften veröffentlicht worden, auf die nun vermehrt Bezug genommen wurde.³¹²

Als Sprachrohr dieses Expansionskonzepts fungierten auch die angesehenen "Preußischen Jahrbüchern". Dort wurde 1913 an die Mahnungen aller Parteien der Paulskirchenversammlung von 1848 erinnert, die deutsche "Zukunft im Südosten" nicht preiszu-gaben.³¹³

Die "alte Wahrheit, daß die Ostmark und ihre Nebenländer, im eigentlichen Sinne unser Kolonialland, gewissermaßen ein zweites Deutschland sind, gilt auch heute noch".³¹⁴

Zur Wahrung der deutschen und österreichischen Interessen in Südosteuropa müsse der "Wahnsinn" der nationalen Selbständigkeit der Balkanstaaten und des Prinzips "der Balkan den Balkanvölkern" beendet werden.³¹⁵ Auf der Tagesordnung stehe

"die moralische Eroberung³¹⁶ des Balkans, die auch für das Deutsche Reich eine Lebensfrage bedeutet. Auf unserem We-

³¹⁰ Benes (1884-1948) wurde nach dem Ersten Weltkrieg Außenminister der Tschechoslowakei und von 1921-1922 Ministerpräsident. 1935-1938 und 1945-1948 war er Staatspräsident der Tschechoslowakei.

³¹¹ Vgl. Benes, Edward, My War Memoirs, London 1928, p. 17.

³¹² Vgl. u. a. Sprenger, K. A., Babylonien, das reichste Land in der Vorzeit und das lohnendste Kolonisationsfeld für die Gegenwart, Heidelberg 1886; Engelbrechten, E. A. v., Kaiser Wilhelms Orientreise und deren Bedeutung für den deutschen Handel. Neue Bahnen und Wege für den deutschen Ausfuhrhandel, Berlin 1890; Kaerger, K., Kleinasien, ein deutsches Kolonisationsfeld, Berlin 1892; Rohrbach, Paul, Die Bagdadbahn, 1902.

³¹³ Vgl. Schüßler, Wilhelm, Neudeutschland und Österreich, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 13, Juli-September 1913, S. 401.

³¹⁴ Ebenda, S. 404f.

³¹⁵ Vgl. ebenda, S. 408.

³¹⁶ Der Begriff "moralische Eroberungspolitik" wurde Anfang des 20. Jahrhunderts durch Paul Rohrbach aus dem Kreis um Friedrich Naumann geprägt. Die "moralische Eroberungspolitik" sollte zum Mittel werden, um den englischen Imperialismus im Kampf um die Erdölquellen im Osmanischen Reich zurückzudrängen. Neben dem Bau von Eisenbahnlinien gelte für die Vorbereitung wirtschaftlicher

ge nach Kleinasien und Mesopotamien kann es uns niemals gleichgültig sein, ob die Balkanstaaten nach Wien oder nach Petersburg blicken."³¹⁷

Die deutschen Wirtschaftsinteressen, die es zu verteidigen gelte, wiesen mehr und mehr in den "nahen und mittleren Orient." Die Endpunkte der Achse deutscher Weltpolitik seien Helgoland und Bagdad. Der Autor dieses Artikels der "Preussischen Jahrbücher", der Wissenschaftler und Publizist Schüßler steht für die Kontinuität in der Propagierung einer deutschen Südosteuropan-Expansion vom Kaiserreich bis zur Periode des Nationalsozialismus. Er veröffentlichte sowohl vor dem Ersten Weltkrieg, als auch in der Weimarer Republik und unter der Herrschaft der NSDAP Schriften zu diesem Thema.³¹⁸

Auch Ernst Jäckh, der vor 1918 "einflußreichste Propagandist deutscher Orientpolitik"³¹⁹ forderte 1913 ein "mitteleuropäisch-vorderasiatisches Gemeinschaftsgebiet" von Helgoland bis Bagdad.³²⁰ Jäckh betrachtete die Agrarstaaten Südosteuropas und des Nahen Ostens als geeignete Lieferanten von wichtigen Rohprodukten (u. a. Getreide und Erze) für Deutschland und als Abnehmer von Fertigfabrikaten.³²¹ Zustimmend zitierte er, wie viele andere Vertreter des deutschen Südosteuropan-Expansionismus in diesen Jahren, den britischen Kolonialpolitikers Johnston, der bereits 1903 geschrieben hatte:

"Wäre ich ein Deutscher, so würde ich in meinen Zukunfts-träumen ein großes deutsch-österreichisch-türkisches Reich sehen, mit vielleicht zwei Haupthandelshäfen: der

Erfolge der Grundsatz rechtzeitiger "moralischer Eroberungen". Er schrieb dazu: "Diejenige Nation, die im türkischen Orient die größten und praktischsten sittlichen Leistungen zuwege bringt, wird auch den größten wirtschaftlichen Erfolg einheimsen." (Rohrbach, Paul, Deutschland unter den Weltvölkern. Materialien zur auswärtigen Politik, 2. Auflage, Berlin 1908, S. 288).

³¹⁷ Schüßler, a. a. O., S. 410.

³¹⁸ Vgl. Schüßler, Wilhelm, Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt, Stuttgart/Berlin 1919; ders., Deutschlands Ströme als geographische Kraftlinien in Mitteleuropa, in: Volk und Reich, 1931, S. 140ff., ders., Deutsche Einheit und gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung, Stuttgart 1937.

³¹⁹ Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 143. Meyer nannte Jäckh den beharrlichsten und drängendsten Vertreter einer deutschen Orientierung in Richtung Osmanisches Reich in der Vorkriegszeit. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 99). Zum Lebenslauf Jäckhs siehe Anhang.

³²⁰ Vgl. Meyer, a. a. O., S. 100f.

³²¹ Vgl. Jäckh, Ernst, Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg, Berlin 1913, S. 20.

eine Hamburg, der andere Konstantinopel; mit Häfen an der Ost- und Nordsee, am Adriatischen, am Ägäischen und am Schwarzen Meer; ein Reich, das seinen Einfluß durch Kleinasien und Mesopotamien bis über Bagdad hinaus geltend machen sollte. Dieses ununterbrochene Imperium, das von der Mündung der Elbe bis an die des Euphrat und Tigris reichen würde, wäre doch gewiß ein so stolzes Ziel, wie es eine große Nation nur anstreben kann!"³²²

Dieses Imperium sollte neben Deutschland aus den halb-unabhängigen Staaten Österreich, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Serbien, Kroatien, Montenegro, Mazedonien, Bulgarien und dem Osmanischen Reich bestehen. Durch einen deutschen Herrscher, eine Zollunion und eine gemeinsame Armee könne dieses Imperium zusammengehalten werden.³²³

Jäckh sah in dieser Vorstellung seine Zielsetzung wiedergegeben. Er forderte, Deutschland solle sich aus wirtschaftsstrategischen Gründen auf die Expansion nach Südosten konzentrieren.

"Bagdads Südostrichtung" locke und lenke die deutsche Entwicklung auf den einzigen freien Überlandweg zum einzigen freien Gebiet der "offenen Tür", das Deutschland erreichen und erschließen könne.³²⁴

Jäckh betonte die Kontinuität der deutschen Politik in Richtung Südosteuropa und Naher Osten, angefangen im 18. Jahrhundert bei Friedrich dem Großen, der sich bereits um eine geheime Militärallianz zwischen Preußen und dem Osmanischen Reich bemüht ha-

³²² Jäckh, Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg, a. a. O., S. 9. Vgl. Johnston, Harry H., The Legitimate expansion of Germany, in: Fortnightly Review, London, vol 78, 1905, pp. 427-433. Der englische Kolonialpolitiker Harry H. Johnston der für eine deutsch-englische Verständigung auf der Grundlage der Aufteilung imperialistischer Einflußsphären eintrat (Vgl. Earle, Edward Mead, Turkey, The Great Powers and the Bagdad Railway. A Study in Imperialism, New York 1966, S. 205f), wurde von vielen Vertretern eines deutschen Imperialismus in Richtung Südosteuropa und Naher Osten als Kronzeuge herangezogen. Das Zitat findet sich auch bei Hasse, Deutsche Grenzpolitik, 1906, a. a. O., S. 157; Dix, Arthur, Deutscher Imperialismus, 1912, a. a. O., S. 22; Winterstetten (Albert Ritter), Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik, 5. Auflage, München 1915, S. 64; Heinrich Theodor List, Deutschland und Mittel-Europa, Berlin, 1916, S. 112. Erwähnt wird Johnstons Aussage bei Schußler, Neu-deutschland und Österreich, 1913, a. a. O., S. 402 sowie bei Kurt Wirth, Der großdeutsche und der mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938, Würzburg-Aumühle 1938, S. 100.

³²³ Vgl. Johnston, The legitimate expansion of Germany, a. a. O., p. 429.

³²⁴ Jäckh, Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg, a. a. O., S. 10f.

be. Besonders hob Jäckh Friedrich List hervor, den er den "größten Volkswirt Deutschlands" und "wirtschaftlichen Bismarck Deutschlands" nannte. List habe einem künftigen Deutschland die entscheidende Führung des Osmanischen Reiches zugewiesen.³²⁵

Jäckh sah im Osmanischen Reich und den Balkanstaaten, "das natürliche, nächste, fast nachbarliche Erschließungsgebiet für die deutsche Arbeit". Diese Länder seien besonders geeignet für den Austausch von Rohprodukten gegen deutsche Fertigfabrikate. Als fast reine Agrarstaaten könnten sie eine Reihe für Deutschland besonders wichtiger und notwendiger Rohprodukte liefern. Umgekehrt seien "die Agrarstaaten des Orients" je länger, je mehr auf die Einfuhr von Fertigfabrikaten aus Deutschland und Österreich angewiesen. Und wenn ein Krieg die deutschen Nordseehäfen blockiere, bliebe "der deutschen Nahrung und der deutschen Arbeit" der Landweg nach und über Südosteuropa offen; dafür Sorge die "Orientbahn" durch Österreich, Serbien und Bulgarien nach Rumänien und in das Osmanische Reich.³²⁶ Damit konturierte auch Jäckh das Anfang der dreißiger Jahre ausformulierte Programm der "Großraumwirtschaft" mit Südosteuropa als "Ergänzungsraum" für Agrarprodukte und Rohstoffe vor.

Ebenso wie die annexionistischen Imperialisten aus dem Umfeld des Alldeutschen Verbandes trugen ökonomistische Imperialisten wie Naumann und Jäckh Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer Renaissance der Schriften Lists³²⁷ bei. Jäckh veröffentlichte 1910 den Aufsatz "Friedrich List als Orient-Prophet", in der von Naumann herausgegebenen Zeitschrift "Patria". Darin bemerkte er, daß "die Zeichen unserer Zeit" auf eine Verwirklichung der Verheißungen von List hindeuteten. Die List'schen Forderungen nach einer deutschen Flotte und einem deutschen Eisenbahnnetz seien erfüllt worden. Und im Gegensatz zu Bismarck habe List bereits in den 1830er Jahren die "großdeutsche Wirtschaftspolitik" vorausgesehen, "die Deutschland in die Türkei bis und durch Kleinasien drängen wird" und "die ein deutsch-österreichisches `Alldeutschland` gegenüber den englischen Ansprüchen auf ein Welt-

³²⁵ Vgl. ebenda, S. 10.

³²⁶ Vgl. ebenda, S. 13-15.

³²⁷ Vgl. auch Sevin, Ludwig, Die Entwicklung von Friedrich Lists kolonial- und weltpolitischen Ideen bis zum Plane einer englischen Allianz 1854, in: Schmollers Jahrbuch, 33.Jg., 1909, S. 299ff.; Kumpmann, Karl, Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland, Tübingen 1915.

machtmonopol zusammenschließen wird." Die von List "gezeichneten Schienenwege" würden mittlerweile Anatolien, Syrien, Palästina und Arabien "durchfurchen und durchbahnen" und bald als Bagdadbahn bis zum persischen Meer reichen. Diese "wirtschaftlich-deutsche Kulturarbeit" sei das Ergebnis einer mit dem Berliner Kongreß einsetzenden 30jährigen deutschen "Orientpolitik".³²⁸ Diese orientiere sich an

"der List'schen Grundlage eines Tauschverhältnisses von Agrikulturprodukten gegen Manufakturwaren, von Rohstoffen gegen Fertigfabrikate".³²⁹

"Alldeutschland" solle sich nun, wie List es gewollt habe, zum Mittelpunkt einer europäischen Allianz kristallisieren, dem "großdeutschen Mitteleuropa", das eine Interessengemeinschaft mit dem Osmanischen Reich eingehen könne.³³⁰

Als Propagandist eines von Deutschland beherrschten Wirtschaftsraums "Berlin-Bagdad" stand Jäckh nicht allein.

Bereits 1907 hatte der in dieser Arbeit schon erwähnte³³¹ Regierungsbeamte Rudolf Martin einen Zukunftsroman über die erhoffte Entwicklung des "deutschen Weltreichs von Berlin bis Bagdad" in den Jahren von 1910-1931 verfaßt. Dieses Weltreich stellte sich Martin in Form eines Zollverbandes von Hamburg bis Basra am Persischen Golf vor. Es sollte in bezug auf die Mittel zur Ernährung seiner Bevölkerung sowie zur Erzeugung der wichtigsten Rohstoffe seiner Industrie weitgehend autark sein.³³²

Es sei

"nachträglich kaum zu begreifen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn so lange in bescheidenen Verhältnissen gelebt hätten, während dicht daneben schon auf der Balkanhalbinsel, insonderheit aber in Vorderasien die reichsten Naturschätze ihrer Hebung harnten."³³³

³²⁸ Vgl. Jäckh, Ernst, Friedrich List als Orient-Prophet, in: Patria, 1910, S. 34ff.

³²⁹ Ebenda, S. 45.

³³⁰ Vgl. ebenda, S. 52f.

³³¹ Siehe in dieser Arbeit S. 203f.

³³² Vgl. Martin, Rudolf, Berlin-Bagdad. Das deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910-1931, Stuttgart/Leipzig 1907, S.85-87. Martin mußte infolge der Schrift den Regierungsdienst aufgeben, da er sich weigerte diese Form der Veröffentlichung zu unterlassen. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 98 FN 41).

³³³ Ebenda, S. 115.

Der wirtschaftlichen Macht eines Zollbundes von Hamburg bis Basra könne kein außenstehender Staat beim Abschluß von Handelsverträgen die Bedingungen verweigern, "auf deren Erzwingung er für seine Ausfuhr besonderen Wert" legen müsse.³³⁴

Offen, nicht in die Form eines Romans gekleidet, forderte der Führer des Jungliberalen Reichsverbandes Robert Kauffmann 1912 als notwendiges Ziel der deutschen Politik die Herstellung eines Zollbundes, der von "Borkum bis Bagdad" reichen sollte.³³⁵

Der bereits erwähnte Schöpfer des Begriffs "Mitteleuropäischer Staatenbund-Imperialismus"³³⁶ und spätere Geopolitiker³³⁷ Arthur Dix widmete 1912 ein ganzes Buch der Definition eines "Deutschen Imperialismus", dessen wesentliche Zielsetzung er folgendermaßen faßte:

"Die eigenen Interessen des Reiches verweisen uns (...) auf den Zusammenhalt mit dem europäischen Südosten: auf die gemeinsame Freihaltung der mitteleuropäischen durch Vorderasien führenden Ausgänge nach dem Indischen Ozean hin; auf die wirtschaftliche Annäherung und wechselseitige Kräftigung der Lande zwischen Elbe und Euphrat; auf die Ergänzung unserer volkswirtschaftlichen Produktion durch die Produktion in Südosteuroopa und die zu entwickelnden vorderasiatischen Kulturen; auf den festen militärpolitischen Zusammenhalt der Lande quer durch Mittel- und Südosteuroopa in der Abwehr nach Ost und West."³³⁸

Bereits Männer wie Friedrich List und Moltke hätten auf diese "Aufgabe der Zukunft" hingewiesen. Deutschland könne seiner hochentwickelten Industrie auf diese Weise in der Nähe einen Absatzmarkt sichern und sich gleichzeitig durch die Einfuhren aus den Ländern Südosteuropas und des Nahen Ostens von der us-amerikanischen Monopolstellung in der Rohstofflieferung befreien.³³⁹ Darüber hinaus strebte Dix eine "militärpolitische Interessenverbindung" der Länder dieses Gebiets mit Deutschland an.³⁴⁰ Auf Friedrich List bezog sich 1914 auch der nationalliberale Publizist Carl Anton Schaefer in seiner Schrift "Das neudeutsche Ziel. Von der Nordsee bis zum Persischen Golf." Er betonte, List

³³⁴ Ebenda, S. 87.

³³⁵ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 327.

³³⁶ Siehe in dieser Arbeit S. 195.

³³⁷ Er veröffentlichte später u. a. das Buch: Politische Erdkunde, Breslau 1922.

³³⁸ Dix, Arthur, Deutscher Imperialismus, Leipzig 1912, S. 21.

³³⁹ Vgl. ebenda, S. 22.

³⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 23.

habe "ein großdeutsches Mitteleuropa" angestrebt. Im Anschluß schrieb Schaefer:

"wir, die Urenkel Friedrich Lists, die Enkel Bismarcks, die Söhne Wilhelms II., die wir an die überragende Kultur-, Wirtschafts- und Militärfähigkeit Deutschlands glauben (...), fordern: Bahn frei, damit Deutschland (...) `den Vorsitz in Europa` einnehme."³⁴¹

Schaefer kritisierte alle Überlegungen zwecks einer friedlichen Verständigung mit England auf einen deutschen Zugang an den Persischen Golf zu verzichten.³⁴² Deutschland müsse die "Interessenentwicklung nach dem Orient" zum Mittelpunkt seiner Politik machen, denn nur so könne es

"die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung mit den anderen Großmächten erringen und behaupten. Zu diesem Zwecke dürfen wir aber in nichts nachgeben (...) Von der Nordsee bis zum Persischen Golf - das ist und bleibt das Ziel des deutschen Imperialismus, der sich - im Gegensatz zu dem Herrenstandpunkt des englischen Imperialismus - als `mitteleuropäischer Staatenbund-Imperialismus` zu betätigen hat".³⁴³

Der von Dix geprägte Begriff "Mitteleuropäischer Staatenbund-Imperialismus" hatte mithin Verbreitung gefunden.

Ebenso wie Jäckh, Dix und Schaefer, knüpfte auch der zweite Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, Albert Ritter,³⁴⁴ an Konzepten Friedrich Lists an. Er veröffentlichte 1913 unter dem Pseudonym von Winterstetten³⁴⁵ die Schrift³⁴⁶ "Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik". Darin forderte er die Auf-

³⁴¹ Schaefer, Carl A., Das neudeutsche Ziel (Von der Nordsee bis zum Persischen Golf), Stuttgart 1914, S. 7, 9 u. 17f.

³⁴² Eine Vereinbarung zwischen den Regierungen Deutschlands und Großbritanniens wurde in dieser Frage noch vor dem Ersten Weltkrieg getroffen. Die deutsche Regierung akzeptierte Basra als Endpunkt der Bagdad-Bahn und überließ den geplanten Endpunkt am Persischen Golf in Kuwait der britischen Einflußsphäre.

³⁴³ Schaefer, a. a. O., S. 24.

³⁴⁴ Der aus Voralberg stammende Dr. Albert Ritter war Mitarbeiter der Zeitschrift "Der Hammer" gewesen, bevor er die Nachfolge von Adolf Lehr als Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes antrat. Da er für die Abtretung von Hannover aus dem preußischen Staatsverband und eine Selbständigkeit Elsaß-Lothringens eintrat, wurde er zum 1. Juli 1914 vom Vorsitzenden Claß entlassen. (Vgl. Claß, Wider den Strom, a. a. O., S. 249f.)

³⁴⁵ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 54.

³⁴⁶ Sie erschien erstmals 1913 und erreichte bis 1915 zwölf Auflagen.

richtung eines Bundes von Staaten "quer durch Mittel- und Südosteuropa" von Berlin bis Bagdad.³⁴⁷

Diesen Bund benötige Deutschland als Absatzgebiet, als Rohstoffbasis und als Siedlungsgegend, um zur Weltmacht zu werden.³⁴⁸ Ausgehend von Friedrich List betonte der Autor die Kontinuität dieses Gedankens in der deutschen Politik:

"Mitteleuropa, Deutschland und das nichtslawische Südosteuropa ist unbestreitbar eine natürliche politische und wirtschaftliche Interessensgemeinschaft und Einheit (...) Alle großen Politiker von Fr. List an haben Mitteleuropa als die natürliche Einheit der Zukunft betrachtet (...) Wir aber sind die Nation Friedrich Lists".³⁴⁹

Die Forderung nach dem "ganz unumgänglich gewordenen Staatenbunde, der Mitteleuropa von der Nordsee bis zum Balkan" unter deutscher Führung ausfüllen müsse, sei "längst schon von zahlreichen erleuchteten Politikern wie Lagarde, Konstantin Frantz, Ernst Hasse erhoben" worden und kehre auch in dem Buch "Wenn ich der Kaiser wär" von Daniel Frymann wieder.³⁵⁰

Alle wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse würden

"auf Tod und Leben die Verkörperung des Begriffes Mitteleuropa (...) als unlöslichen, weltpolitischen und wirtschaftlichen "Schutz-und Trutzbund" erfordern."³⁵¹

Ein "kleindeutsches Reich" könne neben "Großrußland, Weltbritanien, Allamerika" nicht bestehen. Aber ein "lebensfähig organisiertes Mitteleuropa", daß fast alle nötigen Rohstoffe erzeuge und gewaltige Absatzmöglichkeiten in sich berge, stehe "ebenbürtig, ja zur Führung berufen neben den Weltmächten".³⁵²

"Die Kleinvölker zwischen Erzgebirge und Balkan" seien zu eigenen Staatsbildungen untauglich. Dagegen würden die Deutschen als "Träger der höhern Kultur die Grundlage und den Kitt des südosteuropäischen Gefüges abgeben." Der Balkan gehöre "naturgemäß unter den Einfluß Mitteleuropas."³⁵³

³⁴⁷ Winterstetten, K. von, Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik, 12. Auflage, München 1915, S. 15.

³⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 4 u. 71.

³⁴⁹ Ebenda, S. 38 u. 55.

³⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 39f. u. 46.

³⁵¹ Ebenda, S. 18.

³⁵² Vgl. ebenda, S. 18 u. 67.

³⁵³ Vgl. ebenda, S. 28f. u. 47.

"Die entscheidende Stelle unserer politischen Lage ist der Südosten, (...) die Abschneidung des Balkanweges bedeutet für Mitteleuropa die Blockade und die Aushungerung (...) Die Möglichkeit ruht darin, trotz des jetzigen Hochganges des Panslawismus ihm Südosteuropa und den Schlüssel zum Orient wieder zu entwinden. Rumänien, Bulgarien und die Türkei könnten wieder gewonnen und damit der Weg nach Bagdad zur Weltgeltung des deutschen Volkes als Führerin (...) Mitteleuropas wieder erobert werden."³⁵⁴

Damit war Rußland, das mit dem Panslawismus identifiziert wurde, der Kampf um Südosteuropa angesagt. Die Realisierung des Konzeptes "Berlin-Bagdad" bedeute, so Ritter (Winterstetten), die Gewinnung von Siedlungsland für deutsche Bauern, die Einigung des "Gesamtdeutschtums" und die Errichtung eines großen, deutsch geführten Wirtschaftsraumes.³⁵⁵

"Berlin-Bagdad, das Wort, das alles in sich birgt, das ist unsere Losung (...) An der Durchführung der Aufgabe Berlin-Bagdad hängt das Schicksal unserer Rasse. Verfehlen wir sie, so gibt es kein Wohnland mehr in der Welt, das der Teutone als Herr betreten kann, unser Los bleibt es dann, Kulturdünger zu sein (...) Ein Sturm muß sich erheben, der die Kluft reißen soll in das Gewölk, orkan-gewaltig muß die Losung durch die Länder fliegen: ein geeintes Mitteleuropa! Berlin-Bagdad!"³⁵⁶

In der Schrift "Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik" finden sich alle wesentlichen Zielsetzungen und Ideologeme der deutschen Konzepte für eine Expansion nach Südosteuropa wieder:

1. Südosteuropa als deutsches Rohstoffbezugsgebiet und Absatzmarkt für Industrieprodukte,
2. Südosteuropa als deutsche Siedlungskolonie,
3. Südosteuropa als Basis im deutschen Konkurrenzkampf mit anderen Weltmächten,
4. Südosteuropa als deutsche Brücke in den Nahen Osten,
5. die Überzeugung einer Mission Deutschlands in Südosteuropa als Träger höherer Bildung und Kultur,
6. die Vorstellung von der zur eigenen Staatenbildung und Wirtschaftsorganisation nicht fähigen Bevölkerung Südosteuropas,

³⁵⁴ Ebenda, S. 47.

³⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 68.

³⁵⁶ Ebenda, S. 68f.

7. die Vorstellung von "Mitteleuropa" als Abwehrbündnis gegen den Panslawismus.

Deutlich wird an der Broschüre "Berlin-Bagdad", die bis 1915 zwölf Auflagen erreichte, auch die Differenz zwischen den Vertretern des annexionistischen und des ökonomistischen Imperialismus.

Winterstetten (Ritter) kritisierte Rohrbach und Jäckh, die, obwohl sie die Bedeutung Südosteuropas und des Nahen Ostens für Deutschland sähen, sich damit begnügen würden, "den deutschen Gedanken"³⁵⁷ zu verbreiten und sich gegen die Errichtung eines direkten deutschen Herrschaftsgebietes aussprechen.³⁵⁸

Dagegen notierte Jäckh in einem Brief vom 11. Mai 1914:

"Anbei die Winterstättensche Broschüre "Berlin-Bagdad" zurück. Ich kenne sie: sie ist eine Mischung von richtigen Gedanken (soweit diese die deutsche Orientpolitik auf einer Verständigung von Deutschland, Österreich-Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Türkei fundieren) und von alldeutschen Phrasen, insofern diese eine ganz unmögliche und unsinnige deutsche Territorialpolitik in diesen Gebieten fordern (...) Durch diese Winterstättensche Flugschrift `Berlin-Bagdad` wird eine wirtschaftlich mögliche und richtige (...) Politik entstellt und zu einem politisch unmöglichen und schädlichen alldeutschen (...) Annexionismus."³⁵⁹

Trotz aller Differenzen in strategischen und taktischen Fragen waren sich beide Flügel des deutschen Imperialismus einig in der Zielsetzung, Südosteuropa und den Nahen Osten unter deutsche Hegemonie zu stellen und auf dieser die deutsche Weltmachtstellung zu gründen. Und beide Flügel beriefen sich zur Begründung ihrer Konzepte auf die Schriften Friedrich Lists. Die Übereinstimmungen und Kontinuitätslinien verdeutlichte eine weitere Schrift Ritters aus der Vorkriegszeit mit dem Titel "Die Kaisermächte und der Balkan". Darin umriß er erneut den Plan eines weitgehend autarken Staatenbundes von der Nordsee bis zum Persischen Golf. Er betonte die Kontinuität des Gedankens eines "mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus" ausgehend von List, über Moltke, Rodbertus, Lagarde, Roscher und Lasalle bis zu den Zeitge-

³⁵⁷ Winterstetten (Ritter) bezog sich hier auf das 1912 von Rohrbach verfaßte Buch "Der deutsche Gedanke in der Welt".

³⁵⁸ Vgl. Winterstetten, a. a. O., S. 19, 31 u. 34.

³⁵⁹ Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 218f.

nossen Naumann, Jäckh, Rohrbach und Arthur Dix sowie dem Alldeutschen Verband. Die Konzepte der Genannten enthielten zwar gewisse persönliche Änderungen und Zutaten, seien aber "im Wesen immer gleichartig". Um der seiner Meinung nach durch die "Balkankriege" bedrohlich gewachsenen Gefahr einer deutschen Einkreisung zu entgehen, rief er zu einem Präventivkrieg auf, der sich durch einen deutsch-österreichischen Einmarsch in die Balkanstaaten vollziehen sollte,³⁶⁰ denn es stehe fest:

"Der Balkan ist die entscheidende Position im Kampfe zwischen Deutschtum und Slawentum."³⁶¹

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung müsse Deutschland jetzt auch zur "gewaltsamen Angliederung des Balkans" bereit sein.

"Der Balkan muß uns offen bleiben (...) Heute noch wäre die Rettung des Balkans für Mitteleuropa durch einen schnellen Vorstoß möglich."³⁶²

Zusammenfassend ist festzustellen, daß seit 1890 und noch einmal verstärkt nach dem gescheiterten deutschen Griff nach Marokko 1911, die Schaffung eines von Deutschland beherrschten "Mitteleuropas", das sich in den Konzepten mehr und mehr zu einem Wirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf ausweitete, zu einem wesentlichen, wenn nicht dem wesentlichen Ziel des deutschen Imperialismus wurde. Auf deutsche Kolonien in Übersee sollte zwar nicht verzichtet werden, doch wurden von vielen Propagandisten die Prioritäten eindeutig in der Schaffung direkter oder indirekter Kolonien in Ost- und Südosteuropa sowie dem Nahen Osten gelegt. Auf der Grundlage des angestrebten Großwirtschaftsraumes "Berlin-Bagdad" mit einem riesigen Reservoir an Rohstoffen und Agrarprodukten sollte Deutschland zur Weltmacht Nr. 1 werden. Die Balkankriege hatten jedoch, vor allem durch die Stärkung Serbiens, die "friedlichen" Realisierungschancen dieser hochfliegenden Pläne zurückgeworfen. Da der deutsche Kapitalmarkt sich darüber hinaus aufgrund des Flottenbauprogramms und des Bagdadbahnprojekts 1914 nicht in der Lage zeigte, die

³⁶⁰ Ritter, Albert, Die Kaisermächte und der Balkan, Stuttgart 1913, S. 5, 17f., 24 u. 28.

³⁶¹ Ebenda, S. 13.

³⁶² Ebenda, S. 16f.

Kapitalsummen aufzubringen, die benötigt worden wären, um die Konkurrenten Großbritannien und Frankreich auf friedlichem Wege in Südosteuropa und im Nahen Osten zurückzudrängen³⁶³, wurde der Tonfall in den Schriften zunehmend aggressiver. Eine völlige wirtschaftliche und militärische Anbindung gelang nur im Falle Bulgariens. Nach dem zweiten Balkankrieg benötigte der bulgarische Staat 1913 ausländische Finanzhilfe, um den Staatsbankrott zu vermeiden. In dieser Situation trat der deutsche Gesandte in Sofia vehement für die Gewährung einer Anleihe durch Deutschland ein. Er betonte die Notwendigkeit eines ungestörten und gesicherten Weges vom Deutschen Reich über Österreich-Ungarn und Südosteuropa in das Osmanische Reich. Auf diesem Wege sei Bulgarien ein notwendiges Glied und könne vor allem im Kriegsfall für die deutsche Getreideversorgung eine bedeutende Rolle übernehmen.³⁶⁴

Die deutsche Regierung folgte dieser Argumentation. Der deutsch-bulgarische Anleihevertrag wurde am 12. Juli 1914 unterzeichnet. Er gewährte Bulgarien durch ein deutsches Bankenkonsortium unter Führung der Disconto-Gesellschaft ein Sofort-Darlehen, zur Abtragung von Verbindlichkeiten und darüber hinaus eine Anleihe in Höhe von 500 Mio. Francs, die zum Teil zur Finanzierung von Industrieaufträgen an deutsche Firmen dienen sollte. Es war, die höchste Anleihe, die der bulgarische Staat bis zu diesem Zeitpunkt jemals abgeschlossen hatte. Die Disconto-Gesellschaft erwarb sich durch den Vertrag das Ausbeutungsrecht an den beiden ertragreichsten bulgarischen Kohlegruben, das Recht zum Aufbau des Hafens Porto Lagos und zur Errichtung neuer strategisch wichtiger Eisenbahnstrecken. Zudem monopolisierten die deutschen Anleihegeber für die folgenden fünfzig Jahre den für den Bau der Häfen und der Eisenbahnstrecken notwendigen Import Bulgariens an Produkten der Schwerindustrie. Mit dem Vertrag geriet der bulgarische Staat in ein unwiderrufliches Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland.³⁶⁵ Er bildete während des Ersten Weltkrieges die

³⁶³ Vgl. Geiss, Der lange Weg in die Katastrophe, a. a. O., S. 256.

³⁶⁴ Vgl. Löding, Deutschlands und Österreichs Balkanpolitik von 1912-1914..., a. a. O., S. 114.

³⁶⁵ Vgl. Löding, a. a. O., S. 128; Lamer, a. a. O., S. 447; Feis, a. a. O., S. 282; Müller, Karl Heinz, Die Unterwerfung Bulgariens unter den deutschen Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der Volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 4, 1960, S. 265-292;

Grundlage für den Kriegseintritt Bulgariens auf deutscher Seite.³⁶⁶ Naumann betonte 1916:

"Diese Anleihe war ihrem Wesen nach eine Loslösung vom französischen Finanzsystem und ihre Erfüllung zu dieser Zeit ein sehr weitgehender politischer Vorgang."³⁶⁷

Demgegenüber ließen sich Rumänien und vor allem Serbien nach den Balkankriegen durch den "Griff in die Geldtasche"³⁶⁸ nicht als ökonomische und militärische Vasallen in den geplanten deutschen Großraum von der Nordsee bis zur Persischen Golf einbinden.³⁶⁹ Das Ergebnis des zweiten Balkankrieges wurde zu einem Hindernis für den deutschen Expansionismus in Südosteuropa.³⁷⁰ Es entstanden zwei Staatengruppen: einerseits die Kriegsverlierer Bulgarien und das Osmanische Reich, die in politischer und ökonomischer Abhängigkeit gegenüber Deutschland verblieben, andererseits die Gewinner Serbien, Montenegro, Rumänien und Griechenland. Die Regierungen dieser Staaten lehnten sich in der Folge an die Staaten der Entente an, um die geschaffenen Verhältnisse zu sichern und zu stabilisieren. Wenn der Friede in Südosteuropa einige Jahre gewährt hätte, wäre eine Konsolidierung der neuen Lage und der antideutschen Barrieren möglich gewesen. Um dies zu verhindern, bereitete sich die deutsche Regierung ab 1913 auf eine militärische Intervention in Südosteuropa vor.³⁷¹

Als Aufputschmittel für die deutsche Öffentlichkeit wurde dabei Angst vor einer angeblich drohenden "slawischen Überflutung", dem Panslawismus und dem russischen Anspruch auf Südosteuropa

Balkan-Revue, 1914/15, S. 426ff.; Kumpf-Korfes, Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals in Bulgarien..., a. a. O., S. 1438f.

³⁶⁶ Die bulgarische Regierung hoffte während des Ersten Weltkrieges zudem, durch die militärische Anbindung an Deutschland, Gebietsansprüche in Mazedonien durchsetzen zu können.

³⁶⁷ Naumann, Friedrich, Bulgarien und Mitteleuropa, in: ders., Werke, Bd. 4, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/Opladen 1964, S. 807.

³⁶⁸ Diese Strategie schlug der deutsche Botschafter in Österreich Ende 1913 gegenüber Rumänien vor. (Vgl. G. P. 39, Nr. 15810, Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow, 20. 12. 1913, FN 2, Privatbrief Tschirschkys an Jagow vom 30. 12. 1913.)

³⁶⁹ Vgl. Löding, a. a. O., S. 112.

³⁷⁰ Vgl. Chéradame, André, The Pangerman Plot Unmasked, New York, 1917, S. 27.

³⁷¹ Vgl. Chéradame, The Pangerman Plot Unmasked, a. a. O., S. 27ff. u. 42f.; Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik, a. a. O., S. 283.

geschürt.³⁷² Wie bereits in den 1840er Jahren verbreitete sich die Parole von der angeblichen Notwendigkeit, ein Bollwerk gegen das "Slawentum" bzw. gegen Rußland zu errichten.³⁷³ Es wurde jetzt zu einem Axiom der deutschen Politik, mit dem angeblichen Gegensatz von "Slawentum" und "Deutschtum" zu operieren.³⁷⁴

Ausgemalt wurde das Bedrohungsszenario u. a. in der erwähnten Schrift "Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan" von 1913 unter der Überschrift "Die slawische Gefahr":

"Als Bollwerk gegen die drohende Umklammerung durch die Slawen von Osten und von Süden stehen nur das Häuflein Deutsche, die Ungarn und die Rumänen auf dem Posten. Von ihrem Verhalten hängt das Schicksal des Germanentums in Mitteleuropa überhaupt ab. So wird die serbische Frage zur deutschen Frage."³⁷⁵

Diese Vorstellungen kulminierten in der vom deutschen Kaiser ausgesprochenen Überzeugung, daß es in absehbarer Zeit "zum Endkampf der Slawen und Germanen"³⁷⁶ kommen müsse.

4.9. Die Vorbereitung des Krieges

Durch die Balkankriege war das Osmanische Reich als wichtiger deutscher Rohstofflieferant, Absatzmarkt und Bündnispartner entscheidend geschwächt, während das mit Rußland kooperierende Serbien eine stärkere Position erlangt hatte. Damit erschien das Programm Berlin-Bagdad, d. h. die weitere deutsche Südostexpansion gefährdet.³⁷⁷

Das für die deutschen Interessen unerwünschte Ergebnis des Ersten Balkankrieges führte zur Wende deutscher Rüstungspolitik

³⁷² Vgl. Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, a. a. O., S. 31f.

³⁷³ Vgl. u. a. Bernhardt, Deutschland und der nächste Krieg, a. a. O., S. 81; Frymann, Daniel, Wenn ich der Kaiser wär, a. a. O., S. 97; Schüßler, Neudeutschland und Oesterreich, a. a. O., S. 200; Fliegenschmidt, Maximilian, Deutschlands Orientpolitik im ersten Reichsjahrzehnt 1870-1880, Berlin 1913, S. 124 u. 174.

³⁷⁴ Vgl. Michaelis, Herbert, Die deutsche Politik während der Balkankriege 1912/13, Diss., Leipzig 1929, S. 205.

³⁷⁵ Lochmüller, a. a. O., S. 31.

³⁷⁶ Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 40.

³⁷⁷ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 272 u. S. 640f.

von der Priorität der Flotten- zu jener der Armeerüstung und damit zur Massenarmee des 20. Jahrhunderts.³⁷⁸

Parallel dazu wurde die deutsche Öffentlichkeit nach dem Ende des Ersten Balkankrieges auf einen Weltkrieg eingestimmt.

Der angesehene deutsche Publizist Maximilian Harden hielt am 17. Februar 1913 in München einen Vortrag, in dem er den Balkankrieg ausdrücklich als Kampf des Slawentums gegen das Germanentum interpretierte.³⁷⁹ Nach dem vielbeachteten Vortrag Hardens verbreitete sich in Deutschland rasch die Überzeugung, daß die Lösung der "Balkanfrage" die Entscheidung darüber herbeiführen müsse, "ob die Vorherrschaft in Europa den Germanen oder Slawen zufallen" werde.³⁸⁰

Regierungsvertreter machten sich nun darüber Gedanken, wie eine Neutralität Englands in einem deutschen Krieg gegen Serbien und Rußland erreicht und mit welchem Vorwand der Eindruck geweckt werden könne, daß nicht Deutschland für die Auslösung des Krieges verantwortlich sei. Die Suggestierung dieses Eindrucks wurde im Juli 1914 wichtig für die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten. Überlegungen zum auslösenden Moment eines Weltkrieges wurden bereits im Dezember 1912 in einem Briefwechsel zwischen Kanzler und Kaiser geäußert. Der Kanzler äußerte in einem Telegramm die Auffassung, daß

"eine kriegerische Lösung nur durch intransigente Haltung eines von Rußland oder Frankreich aufgestachelten Serbien herbeigeführt werden" könne."

Ohne Frage bedeute ein Krieg mit Rußland für Deutschland auch Krieg gegen Frankreich. Dagegen sei es zum mindesten zweifelhaft,

"ob England aktiv eingreifen würde, wenn Rußland und Frankreich direkt als die Provokierenden erscheinen."

Kaiser Wilhelm II. notierte an den Rand des Schreibens:

"Es wird hier ein großer Werth auf Provokation gelegt. Eine solche läßt sich bei einigermaßen geschickter Diplo-

³⁷⁸ Vgl. Schulte, a. a. O., S. 9.

³⁷⁹ Harden, Maximilian, "Zwischen Krieg und Frieden", in: Münchener Zeitung, 17. 2. 1913, zit. nach Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 278.

³⁸⁰ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a.a.O., S.297.

matie und geschickt geleiteter Presse stets konstruieren."³⁸¹

Zwei Monate später bemerkte der preußische Generalstabschef Moltke in einem geheimen Schreiben an seinen österreichischen Kollegen:

"Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muß, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind. Der Angriff muß aber von den Slawen ausgehen."³⁸²

Der deutsche Botschafter in Wien meinte im April 1913, daß es:

"erforderlich sei, die Dinge so zu gestalten, daß Rußland sich im Unrecht befinde und entweder dieses selbst oder seine Trabanten als die Angreifer erscheinen."³⁸³

Der deutsche Kaiser bemerkte am 6. Mai 1913:

"Der Kampf zw(ischen Slawen und Germanen ist nicht mehr zu umgehen, er kommt sicher. Wann? Das findet sich."³⁸⁴

Innerhalb der führenden Schichten Deutschlands war unüberhörbar ein Stimmungsumschwung festzustellen. Zur nach der Marokkoaffäre ohnehin aufgeheizten nationalen Stimmung, kam nun die Bereitschaft, das Risiko eines großen Krieges bewußt zu unterstützen, schien doch das deutsche Prestige und die deutsche wirtschaftliche Expansion in Südosteuropa und dem Nahen Osten durch die Niederlage des Osmanischen Reiches bedroht.³⁸⁵

Der im Osmanischen Reich tätige Feldmarschall von der Goltz verfaßte am 17. November 1912 eine Denkschrift an den deutschen Kaiser, die den Titel trug: "Betrachtungen über die politische Lage Europas nach dem Zusammenbruch der türkischen Herrschaft."

³⁸¹ G. P. 39, Nr. 15560, Bethmann Hollweg an Wilhelm II., 18. 12. 1912; Vgl. auch G. P. 33, Nr. 12349, Aufzeichnung Kaiser Wilhelm II., 11. 11. 1912.

³⁸² Conrad von Hötzendorf, Franz, Aus meiner Dienstzeit, 1906-1918, 5 Bände, Wien, u. a. 1921-1925, Bd. 3, S. 146f.

³⁸³ G.P. 34/II, Nr. 13087, Tschirschky an Bethmann-Hollweg, 4. 4. 1913.

³⁸⁴ G. P. 34/2, Nr. 13282, Randbem. des Kaisers zu einem Bericht des Botschafters in St. Petersburg, Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Bethmann Hollweg vom 6. 5. 1913.

³⁸⁵ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 272.

Darin forderte er aufgrund des veränderten Kräfteverhältnisses in Südosteuropa sofort in eine "konzentrierte Rüstungspolitik" einzutreten, um das russische Vordringen in den "nahen Orient" zu stoppen und die "slawischen Balkanvölker", in denen er die "Vorhut Rußlands" sah, in die Schranken zu weisen.³⁸⁶ Der Reichskanzler folgte den Plänen seiner Militärberater und befürwortete eine Heeresvorlage.³⁸⁷ Während des "Kriegsrates" vom 8. Dezember 1912 fiel die Entscheidung für die große Heeresvermehrung. Der Kriegsbeginn wurde auf frühestens Sommer 1914 festgelegt.³⁸⁸ Bei der Ersten Lesung am 7./8. April 1913 im Reichstag, begründete Kanzler Bethmann Hollweg die Heeresvorlage mit der Möglichkeit einer "europäischen Konflagration, die Slawen und Germanen einander gegenüberstellt." Die Heeresvermehrung trage ausschließlich der für Deutschland und Österreich ungünstigen Veränderung der militärpolitischen Situation auf dem europäischen Kontinent Rechnung, die sich daraus ergeben habe, "daß an die Stelle einer starken Türkei nunmehr ein starkes Serbien gerückt sei.

Die Heeresvorlage wurde am 28. Juni 1913 im vollen Umfang vom Reichstag bewilligt.³⁸⁹

Der Zentrumsabgeordnete Spahn begründete seine Zustimmung mit der Motivation,

"daß uns der Weg durch Österreich und über den Balkan nach Kleinasien (...) offen bleibt."³⁹⁰

Ähnlich sah es der Nationalliberale Meinecke. Er betonte, es gehe darum,

"den wirtschaftlichen Weg nach Südosten frei zu halten."³⁹¹

³⁸⁶ Schulte, a. a. O., S.129ff. und 156.

³⁸⁷ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 251; Schulte, a. a. O., S. 27.

³⁸⁸ Vgl. Schulte, a. a. O., S. 88 u. 108; Vgl. auch Röhl, John, An der Schwelle zum Weltkrieg. Dokumentation zum `Kriegsrat` vom 8. 12. 1912, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1/1977; Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 232f.

³⁸⁹ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 265f. u. 278.

³⁹⁰ Gutsche, Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus, a. a. O., S. 246.

³⁹¹ Schulte, a. a. O., S. 14.

Der deutsche Kaiser zeigte sich bereits im Herbst 1913 zu einem Krieg gegen Serbien bereit. Nachdem es in dieser Phase zu albanischen Übergriffen aufgrund von Grenzstreitigkeiten mit Serbien gekommen war, besetzten serbische Truppen zum Schutz strategisch wichtige Punkte auf der albanischen Seite der Grenze. Daraufhin stellte die österreichische Regierung am 18. Oktober 1913 mit Zustimmung Deutschlands ein Ultimatum an Serbien, mit der Forderung, Albanien innerhalb von acht Tagen zu räumen.³⁹²

Als der österreichische Außenminister sich für den deutschen Beistand bedankte und die Hoffnung aussprach, daß Serbien das Ultimatum jetzt wohl einhalten werde, notierte der deutsche Kaiser an den Rand des Schreibens:

"Das wäre zu bedauern! Jetzt oder nie! Es muß mal da unten Ordnung und Ruhe geschafft werden."³⁹³

Doch Kaiser Wilhelm II. mußte noch einige Monate auf eine deutsch-österreichische Aggression gegen Serbien warten. Nach Erhalt des Ultimatus zog die serbische Regierung ihre Truppen aus Albanien zurück.³⁹⁴

Wenige Tage später erklärte der deutsche Kaiser anlässlich eines Staatsbesuchs in Österreich:

"Die Slawen sind nicht zum Herrschen geboren, sondern zum Dienen. Und wenn sie glauben, daß ihr Heil von Belgrad zu erwarten sei, dann müsse ihnen dieser Glaube genommen werden. (...) wenn Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph etwas verlangt, so muß die serbische Regierung sich beugen, und tut sie es nicht, so wird Belgrad bombardiert und solange okkupiert, bis der Wille seiner Majestät erfüllt ist. - Und das können Sie sicher sein, daß ich hinter Ihnen stehe und bereit bin, den Säbel zu ziehen, wann immer Ihr Vorgehen es nötig machen wird." (Der Kaiser begleitete diese Worte mit einer Handbewegung nach dem Säbel.) "³⁹⁵

³⁹² Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S.571f.

³⁹³ G.P. 36/1, Nr. 14176, Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt, 18. 10. 1913, Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.

³⁹⁴ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 571f.

³⁹⁵ ÖU 7, Nr. 8934, Tagesbericht Berchtolds vom 28. 10. 1913 über eine am 26. Okt. 1913 mit Kaiser Wilhelm II. geführte Unterredung.

Die Kriegserklärung Österreichs und Serbiens an Serbien Ende Juli 1914, die den Ersten Weltkrieg auslöste, erfolgte somit nicht aus heiterem Himmel. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo bildete nicht den Grund, sondern gab nur den Vorwand eines Krieges gegen Serbien und dessen Bündnispartner Rußland, auf den sich die deutsche Regierung und Militärführung seit spätestens Ende 1912 vorbereitet hatte.

5. Der deutsche Griff nach Südosteuropa im Ersten Weltkrieg

5.1 Kriegsursachen: Das deutsche Angriffsziel Serbien

Die Verwirklichung einer informellen Herrschaft Deutschlands in Südosteuropa und dem Osmanischen Reich war, wie dargestellt, in den Vorkriegsjahren durch die Balkankriege und fehlende wirtschaftliche Ressourcen im Konkurrenzkampf mit den anderen kapitalistischen Großmächten ins Stocken geraten.

Die in Deutschland und Österreich nach den Balkankriegen gehegte Befürchtung, daß die Staaten Südosteuropas sich wirtschaftlich von ihnen emanzipieren könnten und daß die jugoslawische Einheitsbewegung in Slowenien, Kroatien, Bosnien, Serbien und Montenegro das Habsburger Reich destabilisieren würde, führten, wie erwähnt, in Deutschland seit Ende 1912 zu gesteigerten Kriegsvorbereitungen. Besonders bedrohlich erschien der deutschen Regierung eine Behinderung ihrer Verbindungs- und Handelswege nach Südosteuropa und den Nahen Osten durch das seit 1912 erstarkte Serbien.¹

Der Sekretär und Berater des deutschen Kanzlers Bethmann Hollweg, Kurt Riezler² erläuterte am 4. August 1914 die Motive, aufgrund derer die deutsche Regierung Österreich-Ungarn zur Kriegserklärung gegen Serbien bewegte. Durch die "serbische Wühlarbeit" seien die deutschen Interessen "auf das empfindlichste" bedroht gewesen.

"Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischem Szepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde."³

¹ Vgl. Gutsche, Willibald, Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977, S. 93.

² Kurt Riezler (1882-1955).

³ zit. nach Geiss, Imanuel (Hg.), Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde., Hannover, 1963/64, Bd. II, Nr. 1089, Deutsches Weissbuch, Reichstag, Berlin, 2. 8. 1914. Das Weissbuch war von Riezler zusammengestellt worden. (Vgl. Geiss, Imanuel, Kurt Riezler und der Erste Weltkrieg, in: ders., Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München/Wien 1978, S. 123).

Das Attentat von Sarajevo, für das der serbische Staat verantwortlich gemacht wurde, galt in der deutschen Geschichtsschreibung lange Zeit als quasi zufälliger und nebensächlicher Auslöser für den Ersten Weltkrieg.⁴ Die Mehrzahl historiographischer Analysen konzentriert sich auf die Kriegsschauplätze Frankreich und Rußland. Dabei wird nur wenig berücksichtigt, daß sich die deutsche Regierung seit Ende 1912 auf einen Konflikt mit Serbien eingestellt und dabei mit einem Kriegseintritt Rußlands auf serbischer Seite gerechnet hatte. Das energische Drängen der deutschen Reichsleitung auf ein gewaltsames Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien kalkulierte die Entfesselung eines Kontinentalkrieges ein und barg das Risiko eines Weltkrieges in sich. Da der seit 1912 vergrößerte serbische Staat sich nicht bereitwillig den ökonomischen und strategischen deutschen Zielen in Südosteuropa und dem Nahen Osten unterwarf, sollte er militärisch niedergedrungen werden. Dies bildete eine wesentliche Motivation für die Entfesselung des Ersten Weltkrieges von seiten der deutschen Regierung.

"Der Balkan - speziell die serbische Ecke -" fungierte, so Karl Liebknecht, für deutsches Kapital seit Ende des 19. Jahrhunderts als Brücke zu den "asiatischen Ausbeutungsgefilen", die nicht blockiert werden durfte.⁵ Die Kontrolle über die Eisenbahnlinien Berlin-Wien-Budapest-Belgrad-Skopje-Saloniki-Konstantinopel und Belgrad-Sofia-Konstantinopel war dafür unerlässlich.

Der Sieg des Balkanbundes Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland über das Osmanische Reich im ersten Balkankrieg 1912/13 traf die deutschen Eisenbahninteressen schwer. Der größte Teil des Streckennetzes der von der Deutschen Bank dominierten Betriebsgesellschaft geriet unter die Kontrolle der Balkanstaaten.

Damit war die Expansionslinie "Berlin-Bagdad" gefährdet. In den Reichstagsdebatten vom Dezember 1912, in denen die deutsche Aufrüstung debattiert wurde, forderten Abgeordnete aller konserva-

⁴ Vgl. Geiss, Imanuel, Die deutsche Politik gegenüber Serbien in der Julikrise 1914, in: ders., Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, München/Wien 1978, S. 159.

⁵ Vgl. Liebknecht, Karl, Zur Begründung eines Minderheitsvotums gegen die Kriegskredite, Thesen, November 1914 und Militarismus und Antimilitarismus. Der antimilitaristische Kampf, Oktober 1915, in: ders., Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, Berlin 1966, S. 161 u. 341.

tiven und liberalen Parteien mit ausdrücklichem Hinweis auf die Eisenbahninteressen lautstark, den Weg über den Balkan offen zu halten und Österreich auch gegen Rußland bei der Niederwerfung Serbiens zu unterstützen.

Der größte Teil der verlorengegangenen Eisenbahnstrecken mit einer Länge von 371 km lag im Kosovo und Mazedonien, Gebieten, die zu Bestandteilen des serbischen Staates geworden waren. Die deutsche Betriebsgesellschaft strebte 1913 in Verhandlungen danach, die Regierungen der Balkanstaaten bezüglich der Eisenbahnstrecken in den vom Osmanischen Reich eroberten Gebieten zur Übernahme der Rechte und Pflichten der osmanischen Regierung gegenüber der Gesellschaft zu verpflichten. Während sich die Regierungen Bulgariens und Griechenlands darauf einließen, lehnte die serbische Regierung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges die Anerkennung der Rechte der Gesellschaft ab, verweigerte jede Zahlung und strebte die Verstaatlichung der Eisenbahnlinien an.⁶ Doch gerade Serbien, vor allem dessen Hauptstadt Belgrad, bildete den Knotenpunkt der von Deutschland und Österreich in das Osmanische Reich führenden Verkehrswege.

Der Versuch die Eisenbahnangelegenheiten, die der Direktor der Deutschen Bank Helfferich⁷ als die wichtigsten Fragen der Balkankontrakte betrachtete, auf der seit dem 4. Juni 1913 tagenden internationalen Pariser Finanzkonferenz zugunsten Deutschlands zu entscheiden, scheiterte im Mai 1914 infolge des "Zwistes mit Serbien wegen der Orientbahnen." Mit dieser Entwicklung blieb die Gefahr einer Abriegelung der Verkehrsverbindung Berlin-Bagdad in Serbien akut.⁸

Der ökonomistische Imperialist Paul Rohrbach betonte die Notwendigkeit einer durchgehenden deutschen Verbindung in den "Orient", die auch für den "kritischen Fall" nur über Belgrad und Konstantinopel funktionieren könne. Da Deutschland sich seinen Zugang in den Nahen Osten offen halten müsse, um sich sein "Mit-

⁶ Vgl. Gutsche, Willibald, Serbien in den Mitteleuropaplänen des deutschen Imperialismus am Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1975, Heft 1. S. 39ff.

⁷ Karl Helfferich (1872-1924), zuerst Direktor der anatolischen Eisenbahn in Konstantinopel, seit 1908 Direktor der Deutschen Bank, 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamtes, 1916 bis 1917 Leiter des Reichsamt des Innern und Vizekanzler, 1918 Gesandter in Moskau.

⁸ Vgl. Gutsche, Serbien in den Mitteleuropaplänen, a. a. O., S. 43f.

bestimmungsrecht an der allgemeinen Weltentwicklung" zu sichern,⁹ verlangte Rohrbach

"die Beseitigung des serbischen Riegels zwischen Mitteleuropa und dem Orient."¹⁰

Nur so gäbe es eine Garantie der nationalen Versorgung Deutschlands "durch den Weizen und die Baumwolle, das Petroleum und das Kupfer, die Wolle, die Öle, das Obst, den Tabak der Türkei."¹¹ Der "Badische Beobachter", Hauptorgan der badischen Zentrumspar-
tei, betonte mehr die deutschen Exportinteressen, als er 1915 zu einer deutschen Offensive gegen Serbien aufrief. Deutschland sei durch Serbien von einer direkten Verbindung mit dem Osmanischen Reich abgeschnitten.

"Bezwingen wir Serbien, dann ist diese Verbindung hergestellt (...) Der Weg Berlin-Wien-Konstantinopel wird nicht nur eine militärische, sondern nach dem Kriege auch eine mächtige Handelsstrasse freilegen, auf der wir die Türkei und das unerschlossene Klein-Asien mit unseren Erzeugnissen versorgen können."¹²

Deutschland könne dann seine kühnsten Weltmachtziele "ihrer Verwirklichung entgegenführen".¹³

Als der deutsche Kaiser die österreichische Regierung im Herbst 1913 zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Serbien zu bewegen versuchte,¹⁴ wies er mit Nachdruck darauf hin, daß sich Österreich die serbischen Bahnen "unbedingt reservieren" müsse.¹⁵

Der deutsche Botschafter in Wien betonte im Herbst 1915, Serbien sei für Deutschland von Interesse,

⁹ Vgl. Rohrbach, Paul, England, Rußland, unsere Gegner, in: Deutsche Politik. Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik, 1. Jg., Heft 1 vom 1. Januar 1916, S. 11.; ders., Woher kam der Krieg? Wohin führt er?, Weimar 1917, Erweiterte Auflage, S. 46.

¹⁰ Rohrbach, Paul, England, Rußland, unsere Gegner, a. a. O., S. 7.

¹¹ Rohrbach, Woher kam der Krieg? Wohin führt er?, a. a. O., S. 49f.

¹² Badischer Beobachter, 5. 10. 1915, zit. nach Grumbach, Salomon, Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden, Lausanne 1917, S. 99.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Siehe in dieser Arbeit S. 245.

¹⁵ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 314.

"wegen des freien Durchgangs nach Bulgarien und der Türkei."¹⁶

Der Historiker Oncken vertrat die Auffassung, der erste Balkankrieg, der die "europäische Türkei" zerstört habe, müsse zugleich als diplomatische Mobilmachung von Deutschlands Kontrahenten bewertet werden,

"als deren Ergebnis man im feindlichen Lager einen Macht-sieg der slawischen über die germanische Rasse und eine Abriegelung des Südostens für die deutsche Weltpolitik triumphierend" verzeichnet habe.¹⁷

Der germanophile schwedische Geopolitiker Kjellén wies auf die Bedeutung der Balkanhalbinsel als Deutschlands "Brücke zum Orient" hin und erklärte:

"Der Weltkrieg scheint auf dem besten Wege zu sein, auch dieses Problem zu lösen, den Riegel zu entfernen und das Zwischenstück fest mit den anderen zu verketten, indem Bulgarien freiwillig mitging und Serbien unterdrückt wurde. Das ist die Bedeutung des Balkanakts im Krieg; jetzt werden dem Gebäude die Schlußsteine eingefügt. Das Programm Berlin-Bagdad beginnt somit in festeren Umrissen vor der Geschichte dazustehen."¹⁸

Der deutsche "Orientexperte" Jäckh, ein Schüler Kjelléns¹⁹, betonte in gleicher Weise:

"der Krieg geht um den Orient (den Landweg Deutschlands in die Welt, den die Einkreisungspolitik uns sperren will); der Krieg endigt im Orient (durch den Sieg von Mitteleuropa)."²⁰

In einem weiteren Artikel fügte er hinzu:

¹⁶ Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 255.

¹⁷ Oncken, Hermann, Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917, S. 110. Oncken zitierte zur Untermauerung einen Text von Frederic Harrison in der English Review vom Januar 1913, in dem es hieß: "Daß Jahr 1913 scheint einen gewaltigen Machtzuwachs der slawischen Rasse in ihrem hundertjährigen Ringen mit den teutonischen Rassen herbeigeführt zu haben. Selbst ein örtlicher und zeitweiliger Sieg Österreichs über Serbien könnte die Tatsache nicht verbergen, daß fortan der Weg nach Südosten, zum Schwarzen Meer und Ägäischen Meer den Deutschen versperrt ist." (Ebenda, S. 110f., FN 1).

¹⁸ Kjellén, Rudolf, Die politischen Probleme des Weltkrieges, Leipzig/Berlin 1916, S. 39.

¹⁹ Siehe dazu in dieser Arbeit Kapitel 5.2.4.

²⁰ Jäckh, Ernst, Bukarest-Saloniki, in: Deutsche Politik 1. Jg., Heft 37, 8. September 1916, S. 1605.

"Wenn die Berlin-Bagdad-Bahn in diesem Kriege sicher gestellt werden kann, dann ist der Untergang Britanniens sowohl in Indien wie auch zur See (...) besiegelt."²¹

Ein auf diese Weise verwirklichter Großwirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf, Jäckh nannte ihn auch "pangermanische Föderation", würde sich selbsterhaltend und in sich geschlossen sein. Seine großen Vorräte könnten über die großen inneren Verkehrswege mittels der Eisenbahn und auf den Flüssen befördert werden. Deutschland sei dann auch im schlimmsten Fall in der Lage, "einer "maritimen Blockade auf unbeschränkte Zukunft zu widerstehen."²²

Auch Friedrich Naumann sah in der serbischen Sperre ein wesentliches Hindernis für den deutschen Handelsexpansionismus. Die Verkehrs- und Handelslinie über Konstantinopel in den "Orient" sei für Deutschland ein "Landweg erster Ordnung, auf dessen Sicherheit alles Gewicht gelegt werden müsse. Er schrieb während des Weltkrieges:

"Alles, was an der Balkanbahn liegt, liegt an der für uns notwendigen Linie Hamburg-Suez, die wir uns von niemandem dürfen sperren lassen. Was ist Bagdadbahn, was anatolische Bahn für uns, wenn wir sie nicht ohne englische Erlaubnis erreichen können? (...) Schon darin liegt, daß das serbische Gebiet nicht als feindliches Kastell innerhalb des mitteleuropäischen Schützengrabenverbandes geduldet werden kann."²³

In diesen Kontext reiht sich auch die Forderung des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Claß nach einer Aufteilung Serbiens in seiner Kriegsdenkschrift von 1914 ein. Claß forderte Serbien aufzuteilen und die nördliche Hälfte an Österreich-Ungarn anzuschließen.

"Dieses unruhestiftende staatliche Gebilde muß aufhören zu bestehen, und seine Bewohner müssen gebändigt werden."²⁴

²¹ Jäckh, Ernst, Die Wendung im Orient, in: Deutsche Politik, 3. Jg., Heft 45, 8. November 1918, S. 1422.

²² Vgl. ebenda.

²³ Naumann, Friedrich, Bulgarien und Mitteleuropa, Berlin 1916, in: Friedrich Naumann, Werke, (Hg.) Theodor Schieder, Bd. 4, Köln/Opladen 1964, S. 828f. u. 834; Vgl. auch ders., Balkanfragen, Erstveröffentlichung in: "Die Hilfe", Nr. 50, 22 (1916), 14. 12. 1916, in: ders., Werke, a. a. O., Bd. 4, S. 880f.

²⁴ Claß, Heinrich, Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im ge-

Nach der Okkupation Serbiens verfaßte Felix Somary,²⁵ Direktor der Deutschen Bank in Wien im Februar 1917 eine Denkschrift mit dem Titel "Die Gründung einer Betriebsgesellschaft für die serbischen Staatsbahnen". Darin betonte er, die serbische Staatsbahnlinie sei die wichtigste Verbindung mit Bulgarien und Konstantinopel und die einzige Brücke zur Orientbahnlinie nach Saloniki. Unter keinen Umständen dürfe diese Verbindung in den Besitz feindlicher Staaten geraten. Vor diesem Hintergrund forderte Somary, "alle Pläne zur Beherrschung der Eisenbahnpolitik auf dem Balkan auf die serbische Hauptstrecke zu konzentrieren."²⁶ Er verlangte zudem, deutsche und österreichische Bankinstitute müßten sich die Konzession zum Betrieb der serbischen Staatsbahnen auf die Dauer von 99 Jahren garantieren lassen.²⁷

Serbien bildete somit für das deutsche Kapital den Schlüssel zur Behauptung und Ausweitung der Expansionsbestrebungen in Südosteuropa und im Nahen Osten. Der serbische Staat besaß die entscheidende Sperriegelfunktion. Verlor er seine Unabhängigkeit, gab es in Europa kein Gleichgewichtssystem mehr, sondern eine deutsche Hegemonie.²⁸

Die Niederwerfung eines souveränen serbischen Staates war die *Conditio sine qua non* für die Etablierung des von Deutschland beherrschten Wirtschaftsraums von der Nordsee bis zum Persischen Golf und der Sicherung seiner Verkehrslinie, der Bagdadbahn.²⁹ Da keine Aussicht auf friedliche Unterwerfung bestand, sollte der serbische "Riegel" auf dieser Linie mit Waffengewalt zerschlagen werden. Hier besaß der deutsche Haß auf Serbien 1914 seinen materiellen und strategischen Nährboden. Darüber hinaus galt Ser-

genwärtigen Kriege, zit. nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 258.

²⁵ Somary hatte vor dem Krieg bei den Verhandlungen über die Bagdadbahn eine wichtige Rolle gespielt. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 230).

²⁶ zit. nach Gutsche, Serbien in den Mitteleuropaplänen, a. a. O., S. 45.

²⁷ Neben der Deutschen Bank gehörte über die Deutsche Orientbank auch die Nationalbank für Deutschland mit ihrem Direktor Hjalmar Schacht zu dem bereitstehenden Konsortium. (Vgl. Gutsche, Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus..., a. a. O., S. 258).

²⁸ Vgl. Gasser, Adolf, Der deutsche Hegemonialkrieg von 1914, in: (Hg.) Geiss, Imanuel/Wendt, Bernd-Jürgen, Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts (Festschrift für Fritz Fischer), Düsseldorf, 1973 S. 332.

²⁹ Vgl. Chéradame, André, Pan-Germany. The Disease and Cure, Boston 1917, S. 51.

bien als wichtigster Träger der "südslawischen Idee", die im Widerspruch zu den deutschen "Mitteleuropa"-Plänen stand und drohte, auf diese desintegrierend zu wirken. In bemerkenswerter Weise analysierte die serbische Regierung bereits im August 1914 einen wesentlichen Hintergrund des von Deutschland und seinem Bündnispartner Österreich-Ungarn initiierten Weltkrieges. Sie vertrat die Auffassung, der Sinn des gegenwärtigen Kampfes sei die Verteidigung der Unabhängigkeit aller Balkanstaaten und die Bekämpfung der "germanischen" Vorherrschaft bzw. des "germanischen" Vorstoßes nach Osten; hinter Österreich-Ungarn stehe Deutschland als der Hauptverantwortliche für den Krieg; Serbien sei die erste Barriere gegen den deutschen "Drang nach Osten".³⁰

5.2 Deutsche Kriegsziele

Ökonomisch und politisch in den Möglichkeiten unblutiger Expansion eingeschränkt, begannen deutsche Industrievertreter früh mit der ideologischen Kriegsvorbereitung.

Maßgeblich bestimmt wurde die Ausrichtung des deutschen Imperialismus, wie bereits erläutert³¹, durch die Zielsetzungen von zwei Kapitalfraktionen, die sich zum Teil ergänzten und zum Teil miteinander konkurrierten. Beide Gruppen waren sich in dem Ziel einer deutschen Weltherrschaft auf der Grundlage einer Vorherrschaft in Europa einig, nur über die anzuwendenden Methoden gab es Unstimmigkeiten. Die schwerindustrielle Gruppe, die Großgrundbesitzer und ihre Banken forderten die Niederwerfung Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands, direkte Annexionen sowohl west- als auch osteuropäischer und überseeischer Gebiete und deren unverhüllte Ausplünderung. Die Unternehmen der Schwer- und Rüstungsindustrie verlangten eine unmittelbare Kontrolle über Gebiete mit für sie wichtigen Rohstoffvorkommen, da ihre Profitaussichten in besonderem Maße von einer Verfügungsgewalt über große Rohstoffbasen abhängig waren. Die Eroberung der französischen Erzgruben hielten sie für unerlässlich. Die Großgrund-

³⁰ Vgl. Mitrovic, Andrej, Die Zentralmächte, Mitteleuropa und der Balkan. Ideen und ihre Verwirklichung während des Weltkrieges 1914-1918, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, a. a. O., S. 59.

³¹ Siehe in dieser Arbeit S. 169ff.

besitzer richteten ihr Expansionsinteresse vorwiegend nach Osteuropa, wo sie auf umfangreichen Landerwerb hofften. Auf diese Weise sollten deutsche Landarbeiter und Kleinbauern Grundbesitz erhalten und zu "tatkraftigen" Kolonisatoren werden, ohne daß es im Inland zu einer Aufteilung von Gütern und dadurch zu einer Besitzschmälerung für die Großagrарarier kommen müsse.³²

Politisch wurden die Ziele des annexionistischen Imperialismus vor allem durch die beiden konservativen Parteien, die rechten Flügel der Nationalliberalen Partei und des Zentrums und den Alldeutschen Verband vertreten.

Die zweite Kapitalfraktion, die Fertigwaren- und Exportindustrie sowie deren Banken, angeführt von der Deutschen Bank, den Elektro- und Chemiekonzernen, plädierte dagegen für die Anwendung verdeckterer, indirekter Methoden der Unterwerfung, Beherrschung und Ausbeutung. Über Zollvereinbarungen und Wirtschaftsabmachungen sollten die zu beherrschenden Länder in ökonomische Abhängigkeit von Deutschland gebracht werden, während ihnen formell die Unabhängigkeit zugestanden blieb. Diese Fraktion trat für eine Verständigung mit Großbritannien und eine Expansion vor allem nach Ost- und Südosteuropa und dem Nahen Osten ein. Ihre Interessen zielten vor allem auf die Sicherung von Absatzmärkten und die Erweiterung des Kapitalexports.

In der Öffentlichkeit wurde diese Fraktion u. a. durch den Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein, den Verein für Sozialpolitik, die Fortschrittspartei sowie die Zeitschriften "Preussische Jahrbücher", "Die Hilfe", "Das Größere Deutschland" und (ab 1916) "Deutsche Politik" vertreten.³³

In seinen Memoiren berichtete der Vertreter dieser Fraktion Jäckh über das Jahr 1915:

³² Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 741.

³³ Die Zeitschrift "Das Größere Deutschland" zählte während der Mitarbeit von Rohrbach und Jäckh u.a. General von der Goltz, Max Sering, Friedrich Meinnecke und Gustav Schmoller zu ihren ständigen Mitarbeitern, aber auch die beiden prominenten Alldeutschen Theodor Schiemann und Graf von Reventlow. Nach dem Ausscheiden Jäckhs und Rohrbachs wurde die Zeitschrift von Walter Bacmeister, Mitglied im Preussischen Landtag, herausgegeben. Als einen Mitarbeiter nannte er den Südosteuropaexperten des Alldeutschen Verbandes, Paul Dehn. In der "Deutschen Politik" von Jäckh und Rohrbach erschienen gelegentlich Artikel von Schiemann und anderer Autoren aus Alldeutschen Kreisen, wie Freiherr von Mackay und Arthur Dix. (Vgl. Meyer, a. a. O., S. 149).

"Eine einheitliche Kampffront wurde organisiert durch regelmäßige gemeinsame Redaktionskonferenzen der "Deutschen Politik" (Rohrbach, Jäckh), der "Hilfe" (Theodor Heuss³⁴), der "Preußischen Jahrbücher" (Hans Delbrück)".³⁵

Beide Fraktionen, deren Kriegspläne desto mehr miteinander übereinstimmten, je größer die Siegesaussichten erschienen, verfügten über einem Kreis von Militärs, Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten. Das Hauptzentrum der schwerindustriellen Gruppe lag im Generalstab, bei Ludendorff und Hindenburg. Die neuindustriellen Kapitalgruppen wurden dagegen vom engeren Kreis um Kanzler Bethmann Hollweg und der ihm eng verbundenen Militärischen Stelle im Auswärtigen Amt, namentlich der dortigen "Presse- bzw. Zentralstelle für Auslandsdienst"³⁶ unterstützt. Wesentliche Vertreter der deutschen Südosteuro- und Nahostexpansion vor 1914 erhielten während des Krieges einflußreiche politische Posten. Paul Rohrbach und Ernst Jäckh wurden Mitarbeiter der "Zentralstelle für Auslandsdienst". Ab 1916 gaben die beiden darüber hinaus die Zeitschrift "Deutsche Politik" heraus, die zum Sprachrohr der "Mitteleuropa"-Propaganda wurde.³⁷

Karl Helfferich, der ehemalige Direktor der Deutschen Bank, übernahm zuerst das Amt des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes, danach bis 1917 das Amt des Staatssekretärs des Reichsamtes des Innern und Stellvertreters des Reichskanzlers und schließlich bis Juli 1918 die Leitung der neu geschaffenen Kriegsstelle zur Vorbereitung der Wirtschaftsfragen für die Friedensverhandlungen, die dem Reichskanzler direkt unterstellt war. In den Funktionen Helfferichs zeigt sich die enge Zusammenarbeit von Kapital und Politik. Ernst Jäckh erhielt die Leitung der vom

³⁴ Der junge Heuss wurde 1905 Redakteur der von Naumann geleiteten Zeitschrift "Die Hilfe". (Vgl. Opitz, Reinhard, Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973, S. 18).

³⁵ Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 295.

³⁶ Diese Stelle wurde bald zu einer Zentrale der von Rohrbach und Naumann vertretenen Gruppe der ökonomistischen Imperialisten. Dies führte zu Konflikten, die mit der formalen Auflösung der Einrichtung und dem persönlichen Ausscheiden Rohrbachs endeten. Da jedoch der Vertreter der Obersten Heeresleitung im Auswärtigen Amt von Haeflten die meisten Mitarbeiter in der Militärischen Stelle im Auswärtigen Amt weiterbeschäftigte, konnte dieser Kreis seine Tätigkeit regierungsamtlich fortsetzen. (Vgl. Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, Berlin (DDR), 1957, S. 112 u. 238).

³⁷ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, a. a. O., S. 19.

Auswärtigen Amt und anderen Ministerien subventionierten Zentralstelle zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Osmanischen Reiches.³⁸

Weitere Schaltstellen der ökonomistischen Imperialisten waren die von Rathenau gegründete und anfangs geleitete Kriegsrohstoffabteilung. Während des Krieges trafen sich die Vertreter des "Mitteleuropäischen Staatenbundimperialismus"³⁹ regelmäßig in der von Arthur Gwinner (Deutsche Bank) und Hans Delbrück in Berlin initiierten "Mittwochsgesellschaft"⁴⁰.

Ernst Jäckh und Friedrich Naumann unternahmen Erkundungs- und Vortragsreisen durch Ost- und Südosteuropa im Auftrag von Reichsstellen und ließen sich mit geheimen Missionen betrauen.

Die Kriegszielprogramme der beiden Fraktionen hoben jeweils unterschiedliche Schwerpunkte hervor, doch bestand in den ersten Kriegsjahren Einigkeit in folgenden Forderungen:

1. Zurückdrängung der britischen Hegemonie auf den Weltmeeren,
2. Annexionen von Teilen Frankreichs, Belgiens, Polens und Rußlands,
3. Durchsetzung eines von Deutschland beherrschten Wirtschaftsraums vom "Nordkap bis zum Persischen Golf".⁴¹

³⁸ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 149.

³⁹ So offen gebraucht wie 1912 von Arthur Dix wurde der Begriff des "Mitteleuropäischen Staatenbundimperialismus" von den Vertretern des Delbrück-Kreises nicht. Ihre Zielsetzungen sind mit diesem Begriff jedoch zutreffend beschrieben.

⁴⁰ Die "Mittwochsgesellschaft" wurde in den letzten Augusttagen 1914 "zur zwanglosen Diskussion deutscher Kriegsziele" initiiert. Ihr schlossen sich Rudolf Koch und Max Steinthal von der Deutschen Bank, Georg Solmssen und Franz Urbig von der Disconto-Gesellschaft, Albert Ballin vom Norddeutschen Lloyd, Walther Rathenau von der AEG, Robert Bosch und Carl Duisberg von der BASF sowie Paul Silverberg von der Rheinischen AG für Braunkohlebergbau an. Hinzu kamen die Publizisten Naumann, Rohrbach und Heuss und prominente Professoren wie Max Weber, Ernst Troeltsch, Max Sering, Hermann Oncken, Friedrich Meinecke, Walter Schotte und Gustav Schmoller und eine Reihe hoher Staatsbeamter wie Oberst Hans v. Haefen (Militärische Stelle im Auswärtigen Amt), Arnold Wahnschaffe (Unterstaatssekretär der Reichskanzlei), Clemens Delbrück (Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Vizekanzler), Friedrich Loebell (Preußischer Minister des Innern), Gottlieb von Jagow (Staatssekretär des Auswärtigen Amtes) und sein Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann. (Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 39f; Czichon, a. a. O., S. 53).

⁴¹ Vgl. Rathmann, a. a. O., S. 99f.; Opitz, Europastrategien, a. a. O., Vorwort, a. a. O., S.31f.

Als wesentliche Voraussetzung des letztgenannten Zieles galt die militärische, politische und ökonomische Kontrolle der Balkanhalbinsel.

Von Anfang an war auch der Bündnispartner Österreich-Ungarn Objekt der deutschen Kriegszielpolitik, zumindest in dem Sinne, daß die deutsche Regierung in Übereinstimmung mit den Fraktionen der Industrie nicht daran dachte, die deutsche Expansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten zugunsten der österreichischen Balkaninteressen einzuschränken.⁴²

Eines der ersten Kriegszielprogramme wurde am 28. August 1914 verfaßt. Auf Initiative des Vorsitzenden des Direktoriums der Krupp AG, Alfred Hugenberg, und in enger Zusammenarbeit mit Schwerindustriellen wie Kirdorf und Stinnes, formulierte der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes seine Forderungen. Neben Gebietsansprüchen in Nordfrankreich, Belgien und Nordosteuropa erhob er Anspruch auf die Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes vor allem auf Kosten Englands und Frankreichs. Als weiteres Ziel wurde die Schaffung eines "mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes" unter deutscher Führung propagiert. Die Alldeutschen verlangten zudem, wie bereits vor 1914, die völlige Germanisierung der annektierten Territorien.⁴³

Als weitere Eingabe aus dem Kreis der Schwerindustrie übergab der Unternehmer Thyssen im September 1914 eine Kriegszielschrift an den Reichskanzlei. Darin wurde ein Zugriff auf die Manganerze des Kaukasus, die Gewinnung einer Landbrücke über Südrußland, Kleinasien und Persien nach Indien und die Bildung einer "mitteleuropäischen Zollunion" unter Einschluß der Balkanstaaten gefordert.⁴⁴

Auf der Grundlage der direkten Inbesitznahme von Rohstoffquellen, könne Deutschland, so Thyssen, die Bildung einer "mitteleuropäischen Zollvereinigung" diktieren.

⁴² Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 757.

⁴³ Vgl. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, zweite durchges. Auflage, Berlin (DDR) 1970, S. 352ff.

⁴⁴ Vgl. Denkschrift von August Thyssen, überreicht durch den Abgeordneten Erzberger, September 1914, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S.221-225.

Gegenüber diesem Programm direkter Annexionen der Schwerindustrie erläuterte der persönliche Sekretär des Kanzlers und Legationsrat im Auswärtigen Amt Riezler am 28. August 1914 die Strategie der neueren Industrien, die auf die Herstellung eines militärisch erzwungenen Marktkomplexes mit starker Kapitalverflechtung zielte, für dessen Realisierung direkte Annexionen als nicht zwingend notwendig erachtet wurden.⁴⁵ Riezler hatte von seinem Arbeitgeber den Auftrag erhalten, der "Hydra alldeutscher Annektierungswut" positive Ziele entgegenzustellen:

"Zweck des Krieges ist es, uns nach Osten und Westen durch Schwächung unserer Gegner für erdenkliche Zeiten zu sichern. Diese Schwächung muß aber nicht unbedingt durch Annexionen erfolgen. Annexionen können Quellen unserer eigenen Schwäche werden. Die Schwächung unserer Gegner kann wirtschaftlich und finanziell sein - durch Handelsverträge, etc."⁴⁶

Im Februar 1915 notierte Riezler in sein Tagebuch:

"Ich bohre immer an einer deutschen Vorherrschaft über Mitteleuropa und alle kleinen Staaten unter dem Deckmantel einer mitteleuropäischen Konföderation."⁴⁷

Damit wurde der "mitteleuropäische Staatenbundimperialismus" zum deutschen Kriegsziel erklärt. Voraussetzung für dessen Realisierung seien, so Riezler, die Zurückwerfung Rußlands und des Panslawismus "aus mitteleuropäischem Bereich" und die Zurückdrängung Großbritanniens aus dem Nahen Osten.⁴⁸

In ähnlicher Weise formulierte Arthur von Gwinner, Direktor der Deutschen Bank, am 2. September 1914 in einer Sitzung der "Mittwochsgesellschaft" die Position der ökonomistischen Imperialisten. Er erklärte, Deutschland müsse seine wirtschaftliche Vorherrschaft in "Mitteleuropa" stabilisieren, statt eine Politik

⁴⁵ Vgl. Mader, Ursula, Europapläne und Kriegsziele Walther Rathenau (1912-1916), in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977, S. 201.

⁴⁶ Aus dem Brief von Kurt Riezler an Otto Hammann, Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, 28. August 1914, zit. nach Schumann/Nestler (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., (Dok. 22), S. 80f.

⁴⁷ Riezler, Kurt, Tagebucheintragung vom 27. 2. 1915, in: ders., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Eingeleitet und herausgegeben von Karl-Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 253.

⁴⁸ Vgl. Riezler, Kurt, Deutsches Programm, (Erstabdruck in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung, 17. Juni 1916), zit. nach ders., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a. a. O., S. 582f.

der Annexionen zu beginnen. In erster Linie solle der russische Einfluß in Polen und Südosteuropa gebrochen werden.

Im August 1914 wurde der Direktor der Allgemeinen-Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), Walther Rathenau, zum Vorstand einer deutschen Zentralstelle für Rohstoffbewirtschaftung ernannt.

Rathenau setzte sich zum Ziel, in den weiteren Kriegsjahren eine wirtschaftliche "Abschließung", d. h. eine Autarkie einzuleiten, die bei rationellster Rohstoffwirtschaft und weitgehender Unabhängigkeit von Rohstoffimporten, aus Ländern, die außerhalb der Länder der Bündnispartner und der eroberten Gebiete lagen, eine höchstmögliche Produktionssteigerung garantieren sollte. Dieser Autarkie-Plan mit ost- und südosteuropäischer Orientierung bestimmte im weiteren Verlauf des Krieges die von Rathenaus Behörde propagierten Kriegsziele. Die Zentralstelle zählte bereits Ende 1915 über 500 Beamte und mehrere tausend Angestellte.⁴⁹ Noch im selben Jahr konnte Rathenau dem Kriegsminister melden:

"Die englische Blockade der Rohstoffe ist wirkungslos geworden (...) der Krieg ist von der Rohstoffbeschaffung unabhängig".⁵⁰

Angegliedert an die Zentralstelle wurde ein "Industrieller Beirat", der zu allen entscheidenden Beratungen zugezogen wurde. Er bestand ausschließlich aus Repräsentanten der großen Unternehmen.⁵¹

Am 7. September 1914 sandte Rathenau einen detaillierten Kriegszielplan an den Kaiser, dessen wesentliche Aussage lautete:

"Das Endziel wäre der Zustand, der allein ein künftiges Gleichgewicht Europas bringen kann. Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung gegen England und Amerika einer-

⁴⁹ Vgl. Mader, Europapläne und Kriegsziele Walther Rathenaus (1912-1916), a. a. O., S. 205; Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S.83f.; Rathenau, Walther, Deutschlands Rohstoffversorgung, in: ders., Gesammelte Schriften. In fünf Bänden, Berlin 1918, Bd. 5, S. 25ff.

⁵⁰ Rathenau, Deutschlands Rohstoffversorgung, a. a. O., S. 52.

⁵¹ Braun (Krupp AG.), Gerwin (Direktor der Stahlwerk-Verband AG), Kirdorf, Klöckner, Reusch, Stinnes und Thyssen zählten zu seinen Mitgliedern. (Vgl. Gutsche, Willibald/Klein, Fritz/ Petzold, Joachim, Der Erste Weltkrieg. Ursachen und Verlauf, herrschende Politik und Antikriegsbewegung in Deutschland, Köln 1985, S. 76).

seits, gegen Rußland andererseits politisch und wirtschaftlich gefestigt."⁵²

Unter "Mitteleuropa" verstand Rathenau einen Großwirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer, "dem sich wohl oder übel, über lang oder kurz die westlichen Staaten anschließen würden."⁵³

Dabei ging er davon aus, daß sich ein solcher "mitteleuropäischer" Großraum niemals auf der Basis einer Verständigung über gemeinsame Interessen, sondern ausschließlich über einen von Deutschland diktierten Frieden erreichen ließe.⁵⁴

Rathenau erblickte in einem "mitteleuropäischen Zoll- und Wirtschaftsverbund" die Möglichkeit, einen mit den Vereinigten Staaten vergleichbaren Wirtschaftsraum zu kreieren, der die deutsche Abhängigkeit vom überseeischen Handel reduzieren und vor allem Voraussetzungen für ein stetiges wirtschaftliches Wachstum legen könne. Implizit plädierte Rathenau dafür, den Schwerpunkt der deutschen Außenhandelspolitik mit Mitteln des informellen Imperialismus in Zukunft auf Südosteuropa zu verlagern.⁵⁵

Kurz nach Erhalt der Denkschrift formulierte der deutsche Kanzler Bethmann Hollweg ein Kriegszielprogramm (das sogenannte Septemberprogramm). Dieses war maßgeblich von Rathenau (AEG) und Gwinner (Deutsche Bank) beeinflusst.⁵⁶

Im Programm Bethmann Hollwegs, das, wie die meisten Kriegszielschriften, streng geheimgehalten wurde⁵⁷, hieß es u. a.:

⁵² Rathenau, Walther, Politische Briefe, Dresden 1929, S. 9ff; ders., Kriegszieldenkschrift vom 7. September 1914, zit. nach Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 83-86 (Dok. 25).

⁵³ Rathenau, Walther, Deutsche Gefahren und neue Ziele (1913), in: ders., Gesammelte Schriften in fünf Bänden, Bd. 1, Berlin 1918, S. 276.

⁵⁴ Vgl. Elvert, Jürgen, Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen, in: ders., (Hg.), Der Balkan. Eine europäische Krisenregion, Wiesbaden 1997, S. 135f.; Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 94f.

⁵⁵ Vgl. Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/Arnold Suppan u. a., Wien 1995, S. 12.

⁵⁶ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 114.

⁵⁷ Vgl. Gutsche/Klein/Petzold, Der erste Weltkrieg, a. a. O., S. 55.

Vom 19. August 1914 bis zum 15. November 1916 war die öffentliche Erörterung von Kriegszielen in Deutschland verboten. (Vgl. Geiss, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, a. a. O., S. 231).

"Das allgemeine Ziel des Krieges:
Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf
erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so
geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu
erstehen kann. Rußland von der deutschen Grenze nach
Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die
nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.(...) Es
ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen
Wirtschaftsverbandes (...) Dieser Verband, wohl ohne
gemeinsame konstitutionelle Spitze unter äußerlicher
Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich
unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche
Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa
stabilisieren."⁵⁸

Die Realisierung eines unter deutscher Führung stehenden Wirtschaftsraumes "Mitteleuropa", der sich, wie dargestellt, bei vielen Autoren bis zum Persischen Golf ausdehnte⁵⁹, wurde somit zum offiziellen Regierungsprogramm, ja mehr noch, zum Kern des Kriegszielprogramms der Regierung. Dabei hob der Kanzler in einem Begleitschreiben an den Staatssekretär des Reichsamtes des Innern hervor, daß innerhalb der Reichsregierung hinsichtlich der "Mitteleuropa"-Pläne schon vor dem Krieg "Übereinstimmung in den Grundzügen" bestanden habe. Die Regierung hoffte durch die Verwirklichung eines "mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes" ein Gegengewicht gegen die "übermächtigen Produktionsmöglichkeiten der transatlantischen Welt" zu schaffen und die "Herrschaft auf dem Weltmarkt" erringen zu können.⁶⁰ Aufschlußreich ist die im "Septemberprogramm" gebrauchte Formulierung: "Äußerliche Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung", eine deutliche Aussage zur Strategie der deutschen Politik innerhalb von multinationalen Bündnissystemen. Mit seinem "Septemberprogramm" wurde der Kanzler sämtlichen deutschen Kapitalfraktionen gerecht. Den neueren Industrien versprach es die "mitteleuropäische Zollunion", der Schwerindustrie die Erzgebiete Frankreichs und den Agrariern Aussicht auf Landerwerb im Osten.⁶¹

⁵⁸ Kriegszielrichtlinien Bethmann Hollwegs z. Hd. des Staatssekretärs Clemens von Delbrück (Bethmann Hollwegs "Septemberprogramm"), zit. nach Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 86-88 (Dok. 26).

⁵⁹ Siehe in dieser Arbeit S. 222ff.

⁶⁰ Vgl. Gutsche, Willibald, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20 (1972), S. 533.

⁶¹ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 767.

Das Programm Bethmann Hollwegs war im Vergleich zu dem der Alldeutschen in der Wortwahl gemäßiger, es zielte jedoch ebenso auf eine deutsche Hegemonie auf dem Kontinent (vor allem in Ost- und Südosteuropa) als Grundlage deutscher Weltherrschaft. Es war die intelligentere und verdecktere Variation des gleichen Themas.⁶² Die vor 1914 gegenüber dem "Mitteleuropa"-Projekten zurückhaltende Reichsleitung erhob dieses in dem Augenblick zu ihrem Kernziel in Europa, als sich mit der Entfesselung des Ersten Weltkrieges eine politische Lösungsmöglichkeit mit Hilfe militärischer Gewalt zu bieten schien.⁶³ Das Septemberprogramm Bethmann Hollwegs entsprach im Hinblick auf die Form der Unterwerfung fremder Gebiete mehr der Konzeption der ökonomistischen Imperialisten. Dies hatte außen- wie innenpolitische Gründe. Außenpolitisch bezweifelte der Reichskanzler die Möglichkeit einer totalen Kriegsniederlage Englands. Innenpolitisch befürchtete er, daß die direkte Einverleibung von Gebieten mit nicht-deutscher Bevölkerung die Lage im Deutschen zunehmend komplizieren könnte. Deshalb suchte er nach einer Lösung, die

"die Vorteile der Annexion, nicht aber ihre innenpolitisch nicht zu beseitigenden Nachteile" hätte.⁶⁴

Der "mitteleuropäische Wirtschaftsverband" unter deutscher Führung, also die indirekte Form deutscher Hegemonie über weite Teile Zentral-, Ost- und Südosteuropas schien über die ökonomischen Vorteile hinaus die Möglichkeit zu bieten, die innenpolitischen Nachteile weiträumiger direkter Annexionen zu vermeiden, ohne den Radius der Expansion gegenüber den Plänen der Alldeutschen zu beschränken.⁶⁵

⁶² Vgl. Geiss, Imanuel, Zur Beurteilung der deutschen Reichspolitik im ersten Weltkrieg, in: ders./Pogge-v.Strandmann, Hartmut, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1965, S. 73; Gutsche, Willibald, Erst Europa - und dann die Welt. Probleme der Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5/1964, S. 745ff.

⁶³ Vgl. Gutsche, Willibald, Probleme der Erforschung der Geschichte des deutschen Imperialismus 1898 bis 1917, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977, S. 17

⁶⁴ Vgl. Gutsche/Klein/Petzold, Der erste Weltkrieg, a. a. O., S. 59f.

⁶⁵ Vgl. Gutsche, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, a. a. O., S. 542.

Im Falle einer Realisierung des "Septemberprogramms" wären für den Bedarf an Erz über die eigene Produktion und die gesicherte Zufuhr aus Schweden hinaus die Erze Österreichs, Polens, Frankreichs, der Ukraine, des Kaukasus, Serbiens, des Osmanischen Reiches und des Kongo verfügbar gewesen. Darüber hinaus hätte sich die deutsche Wirtschaft die Ausbeutung der Erdölquellen Galiziens, Rumäniens, des Kaukasus und Mesopotamiens (d. h. des heutigen Iraks) sichern können. Durch die Hegemonie über die landwirtschaftliche Erzeugung Südosteuropas, Polens, der Ukraine und des Baltikums hätten diesbezügliche deutsche Versorgungslücken geschlossen werden können und an die Stelle bisher umkämpfter Absatzmärkte wäre eine Sphäre deutschen Monopolanspruchs in den Beneluxländern, Ost- und Südosteuropa und dem Osmanischen Reich getreten.⁶⁶

Einer der engsten Mitarbeiter von Kanzler Bethmann Hollweg, Gerhard von Mutius⁶⁷, vertrat die Auffassung, eine "mitteleuropäische Zollunion" müsse geschaffen werden, weil Deutschland ohne den Aufbau eines "mitteleuropäischen Blocks" von England, den USA oder von Rußland abhängig werde und seine Stellung als unabhängige Macht nicht mehr behaupten könne. Mutius erklärte das "Mitteleuropa"-Projekt im Mai 1915 zur "kulturellen Mission" Deutschlands. Er betonte:

⁶⁶ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 824.

⁶⁷ Gerhard von Mutius (1872-1934), Botschaftsrat, Vetter Bethmann Hollwegs. Nach einem Jurastudium und einer ersten Tätigkeit als Preußischer Regierungsassessor, trat Mutius 1903 in den Dienst des Auswärtigen Amtes und übernahm Posten in Sankt Petersburg und Paris. Von 1905-1907 arbeitete er in der Reichskanzlei, danach wurde er Botschaftsrat in Peking, Paris und Konstantinopel. 1914 holte Kanzler Bethmann Hollweg ihn in seinen Stab. Nach zwei Jahren beim Generalgouvernement in Warschau und einem Jahr Kriegsdienst, ging er als Gesandter nach Norwegen. 1920/21 war er Leiter der deutschen Friedensdelegation in Paris. Danach übernahm er die Leitung der Westeuropa-Abteilung im Auswärtigen Amt. Von 1923-1926 vertrat er die deutsche Regierung in Dänemark. 1926-1931 wurde er schließlich deutscher Gesandter in Rumänien. Mutius war entschiedener Verfechter eines deutsch geführten "Mitteleuropa" und trat für einen engen Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns ein. (Vgl. Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. - Bern 1983, S. 108ff.).

"Ganz Südosteuropa ist kulturelles Kolonialland vor unseren Toren (...) Die Politik ist dazu da, den deutschen Werten auch äußerlich Raum zu verschaffen."⁶⁸

Damit war ein wesentliches Ziel des Krieges klar ausgesprochen. Es ging nicht um die gleichberechtigte Einbindung der Staaten Südosteuropas in eine Zollunion mit Deutschland, sondern um deren direkte oder indirekte Unterwerfung auf den Status deutscher Kolonien. Darüber hinaus weist das Schreiben von Mutius auf den engen Zusammenhang von kultureller und politischer Eroberungspolitik hin.

Volle Unterstützung fand das Regierungsprogramm bei Gustav Stresemann, zu dieser Zeit nationalliberaler Reichstagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Industriellen. Er traf sich am 8. Dezember 1914 mit dem Kanzler, um mit diesen über die Kriegszielforderungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie zu debattieren. Die Ergebnisse des Treffens zusammenfassend hob Stresemann besonders die Übereinstimmung bezüglich der Realisierung einer "Mitteleuropäische Zollunion" hervor.⁶⁹

Der Optimismus Stresemanns wurde durch ein Promemoria des Auswärtigen Amtes vom August 1915 bestätigt. Darin hieß es, ein Ziel der deutschen Politik in Südosteuropa müsse es sein, die drei Balkanstaaten Bulgarien, Rumänien und Griechenland im Interesse der "Schaffung einer verbündeten Mächtegruppe in Europa von der Nordsee bis Konstantinopel" an sich zu binden.⁷⁰

Stresemann betonte im Frühjahr 1916 noch einmal:

"Die Frage Mitteleuropa ist eines der wichtigsten Probleme dieses Weltkrieges."⁷¹

⁶⁸ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Mitteleuropäischer Wirtschaftsbund, Bd. 3, Nr. 405, Mutius an Delbrück, 2. 5. 1915, streng geh.

⁶⁹ Aufzeichnung von Gustav Stresemann über die Audienz Stresemanns und Max Roetgers, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieller beim Reichskanzler und beim Staatssekretär des Reichsamtes des Innern am 8. Dezember 1914 über die Kriegszielforderungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, zit. nach Schumann/Nestler (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., (Dok. 32), S. 100.

⁷⁰ Vgl. Mühlmann, Carl, Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg 1914-1918, Berlin 1942, S.128f u. 132ff; Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a. a. O., S. 295.

⁷¹ Stresemann, Gustav, Staatsproblem oder Ressortfrage?, in: Wirtschaftszeitung der Zentralmächte, Nr. 5, 10. 3. 1916, S. 1.

Der Bund der Industriellen forderte im selben Sinne im Januar 1915 die Sicherung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes von Antwerpen bis Bagdad, vom Baltikum bis zum Osmanischen Reich, in dem die deutsche Industrie mit Hilfe von auf sie zugeschnittenen Zollgesetzen und Handelsverträgen allein herrschend sein sollte, wobei einkalkuliert wurde, daß dabei "die Österreicher unter den Schlitten" kommen würden.⁷² Die Stellungnahme zeigt, daß dem militärischen Verbündeten Österreich-Ungarn langfristig keineswegs die Rolle eines gleichberechtigten Partners zugedacht war.

Am 18. September 1914 veröffentlichte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Claß eine weitere Kriegszielenkschrift. Darin wurden die Bestrebungen der Alldeutschen konkretisiert. In Westeuropa forderte Claß eine Schwächung Frankreich. In Ost- und Südosteuropa solle die deutsche Armee für "eine planvolle innere Kolonisation" Land erobern. Rußland müsse gewaltsam nach Osten zurückgedrängt werden. Es solle den wichtigsten Teil der Schwarzmeerküste verlieren und von der Balkanhalbinsel abgewendet werden. Österreich könne dann Nordserbiens und Montenegro für sich beanspruchen, während der Süden Serbiens, d. h. Mazedonien, an Bulgarien anzuschließen sei. Polen und die Ukraine sollten als weiterer Landgewinn dem Habsburger Reich einverleibt werden.⁷³

Nach diesen Eroberungen könne das "Mitteleuropa"-Projekt realisiert werden:

"Daß Mitteleuropa (...) zusammen mit den Landesteilen, die das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn als Siegespreis gewinnen, ein großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden wird, liegt als geradezu gebieterische Forderung in der Luft."⁷⁴

⁷² Vgl. Gutsche, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, a. a. O., S. 542.

⁷³ Vgl. Claß, Heinrich, Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 226ff. Die Denkschrift von Claß wurde 1917, wenig verändert als Flugschrift unter dem Titel "Zum deutschen Kriegsziel" in München veröffentlicht. (Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 120).

⁷⁴ Ebenda.

Diesem "mitteleuropäischen" Kern sollten in weiteren Schritten die Staaten Skandinaviens, die Niederlande, die Schweiz, Italien, Rumänien und Bulgarien angeschlossen werden.⁷⁵

"Nimmt man die Nebenländer und Kolonien dieser Staaten hinzu, so entsteht ein gewaltiges Wirtschaftsgebiet, das schlechthin jedem anderen gegenüber seine wirtschaftspolitische Unabhängigkeit wird wahren und durchsetzen können."⁷⁶

Im "Mitteleuropa"-Konzept trafen sich somit die Interessen der annexionistischen und ökonomistischen Imperialisten.

Die Forderungen von Claß wurden im Mai 1915 in den "Leitsätzen zum Kriegsziel" des Alldeutschen Verbandes im Wortlaut wiederholt.

Durch den Krieg wollten die Alldeutschen die Zielsetzungen, die sie bereits 1895 in der Schrift "Grossdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950" formuliert hatten, verwirklichen.⁷⁷

In Übereinstimmung mit den Alldeutschen forderte der Zentrumsabgeordnete Erzberger in einer Denkschrift an den Reichskanzler vom 2. September 1914, daß Rußland sowohl von der Ostsee wie vom Schwarzen Meer abgedrängt werden müsse.⁷⁸

Ähnlich formulierte es der spätere Geopolitiker Adolf Grabowsky in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift "Das neue Deutschland" Ende Oktober 1914:

"Werfen wir nicht Rußland entscheidend zurück, können wir nicht Rußland in die Rolle eines Groß-Sibiriens drängen, die ihm seiner Herkunft und seiner ganzen Anlage nach gebührt, so ist der Orient für uns verloren, zugleich ist aber auch Europa verloren für die Europäer, denn dann flutet die moskowitzische Welle hemmungslos weiter."⁷⁹

⁷⁵ Vgl. ebenda.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Vgl. Kruck, a. a. O., S. 87.

⁷⁸ Vgl. Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 742.

⁷⁹ Grabowsky, Adolf, Die Weltmacht, in: Das neue Deutschland, Wochenschrift für konservativen Fortschritt, III. Jg., Nr. 1/3, 28. Oktober 1914, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 274. Vgl. auch Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 188.

Grabowsky war im Dezember 1917 Mitbegründer des "Volksbund für Freiheit und Vaterland", gemeinsam mit Ernst Francke, Hans Delbrück, Friedrich Naumann, Theodor Heuss, Gertrud Bäumer, Ernst Troeltsch, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, Gustav Bauer, u. a. Der "Volksbund für Freiheit und Vaterland" wurde vor allem von Robert Bosch gefördert. (Vgl. Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 275, FN 1).

In einer weiteren Kriegszielschrift von 1915 wurde gefordert, Rußland von jeglichem Einfluß auf dem europäischen Kontinent abzuschneiden, um zu verhindern, daß das Slawentum "den Westen überschwemme". Rußland müsse von allen europäischen Meeren ferngehalten werden. Seine wirtschaftlich und kulturell "wertvollsten Teile" sollten abgetrennt werden.

"Auf dem Balkan könnten, wenn er befreit von Russlands Hilfe und Wühlarbeiten würde, zwei Reiche, Serbien und Montenegro von der Karte ganz gestrichen werden, die bei ihrem tiefen Bildungsstand nur beständig den Streit erhalten".⁸⁰

Der deutsche Antislawismus wandte sich, wie hier wieder deutlich wird, besonders gegen Rußland, Serbien und Montenegro.

Im Mai 1915, als der Erste Weltkrieg weitgehend im zermürbenden Grabenkampf erstarrt war, forderte Erzberger die deutsche Regierung zur militärischen Unterwerfung Serbiens und Rumäniens auf. Zur Begründung schrieb er:

"Sind wir des Balkans sicher, kann uns der Siegespreis unter keinen Umständen mehr entrissen werden."⁸¹

Vor demselben Hintergrund forderte der deutsche Generalstabschef Falkenhayn Ende August 1915 die deutsche Regierung zur Schaffung eines "mitteleuropäischen Staatenbundes" auf, worunter er einen Zusammenschluß des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Bulgariens und des Osmanischen Reiches in einem langfristigen Schutz- und Trutzbündnis verstand, ein Bund, der neben militärischen auch wirtschaftliche und kulturelle Ziele verfolgen müsse. Falkenhayn sah im "mitteleuropäischen Staatenbund" das politisch-psychologische Mittel, die Hoffnung der Alliierten auf eine "Aushungerung" Deutschlands und seiner Verbündeter, d. h. auf einen Erschöpfungskrieg zu zerstören.

Der deutsche Kanzler lehnte den "Mitteleuropa"-Plan Falkenhayns, für den dieser auch die Zustimmung des Kaisers gefunden hatte,

⁸⁰ Ölzelt-Newin, A., Welche Strafe soll die treffen, die Schuld am Weltkrieg haben?, Leipzig/Frankfurt/M., 1915, zit. nach Grumbach, a. a. O., S.340f.

⁸¹ zit. nach Schumann, Wolfgang/Seckendorf, Martin, Richtung Südost - Politik und Wirtschaft in Vorbereitung der ersten deutschen Aggressionen: Österreich/Tschechoslowakei 1938-1939 (eine Fallstudie), in: Nestler, Ludwig (Hg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg, Berlin 1990, S. 241.

zum damaligen Zeitpunkt ab, weil weder die Kriegsführung der Gegner dadurch geschwächt noch die eigene tatsächlich gestärkt würde. Die Kraft der drei Kaisermächte stehe bereits der Kriegsführung voll zur Verfügung. Zudem vertrat er die Auffassung, daß die öffentliche Propagierung eines engen wirtschaftlichen Anschlusses schon während des Krieges in den in Frage kommenden Staaten "das gerade nicht erwünschte Ergebnis einer politischen Beunruhigung hervorrufen" würde, zumal in vielen von ihnen, namentlich in den wirtschaftlich schwächeren, die Befürchtung herrsche, dadurch in ökonomische Abhängigkeit von Deutschland zu geraten. Seine eigene "Mitteleuropa"-Konzeption, die er im "September-Programm" von 1914 entwickelt hatte, gab Bethmann Hollweg damit nicht auf. Es blieb für ihn unumstößlich, daß es Deutschlands "Zukunftsprogramm" sein müsse, die Balkanstaaten durch Loslösung vom russischen Einfluß und durch politische und wirtschaftliche Beziehungen an Deutschland zu binden.⁸² Er warf dem Generalstabschef vor, in "Mitteleuropa" "lediglich ein Kriegsmittel" zu sehen, während er es als das wesentliche Ziel der deutschen Politik betrachtete, das als Ergebnis des Krieges zu erreichen wäre.⁸³

Ludendorff, einer der Nachfolger Falkenhayns im Amt der Heeresleitung (ab 1916), dachte längerfristiger als sein Vorgänger. Er formulierte seine Ziele in zahlreichen Memoranden, in denen er bereits während des Ersten Weltkrieges die Überzeugung vertrat, daß Deutschland sich auf einen Zweiten Weltkrieg vorbereiten müsse. Er wandte sich gegen ein deutsches Streben nach Seemacht und tropischen Kolonien und forderte eine Konzentration auf die Ausnutzung der Ressourcen Ost- und Südosteuropas. Neben Erdöl müsse die deutsche Kriegsindustrie langfristig über verschiedene Metalle und Rohstoffe wie Kupfer, Mangan und Chrom verfügen können. Ludendorff sah dabei ein deutsches Reich vom industrialisierten Nordwesten Frankreichs über Belgien nach Polen, dem Bal-

⁸² L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraite des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères publiés et annotés par André Scherer et Jaques Grunewald, Bd. 1, Paris, 1962, Nr. 137, S. 168, Bethmann Hollweg an Falkenhayn, 5. 9. 1915, Nr. 141, S. 180, Bethmann Hollweg an Falkenhayn, 16. 9. 1914.

⁸³ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 247f.

tikum, Nordwest-Rußland, der Ukraine und Rumänien bis zum Kaukasus, den Ölfeldern von Baku und dem Osmanischen Reich vor.⁸⁴

Im Sommer 1915 organisierte der Alldeutsche Verband eine Kriegszieleingabe der bürgerlichen Intelligenz, die sogenannte Professorendenkschrift, die dem Reichskanzler am 8. Juli 1915 überreicht wurde. Mehr als 1400 namhafte bürgerliche Intellektuelle unterstützten sie mit ihrer Unterschrift.⁸⁵ In der Eingabe wurde die völlige Niederwerfung Englands und die Ausnutzung der militärischen Ergebnisse des Krieges "bis an die äußeren Grenzen des Erreichbaren" verlangt. Zum Gebietserwerb im Osten hieß es, die deutsche Kultur müsse gegen die "Barbarenflut aus dem Osten" verteidigt werden. Rußland müsse Land genommen werden, damit Deutschland der Geburtenrückgang gestoppt, die Auswanderung gehemmt und die Wohnungsnot gelindert werden könne.⁸⁶ Deutschland müsse sich ein möglichst umfangreiches kontinentales Wirtschaftsgebiet schaffen und sich zu diesem Zweck Südosteuropa und das Osmanische Reich erschließen. Es gelte

"Österreich-Ungarn, den Balkan, die Türkei und Vorderasien bis an den Persischen Golf dauernd gegen russische und englische Begehrlichkeiten zu sichern."⁸⁷

Die "Freie Vaterländische Vereinigung", im Februar 1915 von der "Mittwochabend-Gesellschaft" der ökonomistischen Imperialisten mit Unterstützung der Reichsregierung gegründet, reagierte auf die Professorendenkschrift am 9. Juli 1915 mit der "Delbrück-

⁸⁴ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S.258; Mitrovic, Ergänzungswirtschaft, a. a. O., S. 12f.

⁸⁵ Ein Beispiel für die Indienstnahme bürgerlicher Wissenschaftler für eine politische und ökonomische Expansion des deutschen Staates.

⁸⁶ Diese Argumentation wurde zur Keimzelle der nationalsozialistischen Lebensraumideologie.

⁸⁷ Kriegszielenkschrift von 1447 Intellektuellen an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg vom 8. Juli 1915 (sog. Professorendenkschrift), Grumbach, Salomon, Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917, S. 132ff.

Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. Kirdorf, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks A.G., der Historiker Dietrich Schäfer (Berlin) und der Theologe Seeberg (Berlin). Beteiligt waren insgesamt 352 Professoren und Hochschullehrer, 152 Lehrer und Geistliche, 145 höhere Verwaltungsbeamte, Bürgermeister und Stadtverordnete, 148 Richter und Anwälte, 40 Reichs- und Landtagsabgeordnete, 18 ehemalige Admirale und Generäle, 182 Männer aus Industrie, Handel und Bankwesen, 52 Landwirte und 252 Künstler, Schriftsteller und Verlagsbuchhändler. (Vgl. Grumbach, a. a. O., S. 140).

Dernburg-Petition"⁸⁸. Darin wurden direkte Annexionen zurückgewiesen. Die Unterzeichner befürworteten jedoch eine deutsche Hegemonie über weite Teile Europas. Zwar sollten die eroberten Gebiete nach einem Friedensschluss wieder geräumt werden, doch um den strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands ein ungehemmtes Betätigungsfeld zu geben, müsse verhindert werden, daß sich deutsche Rivalen in diesen Gebieten etablieren dürften.⁸⁹

Im Laufe des Krieges verstärkte sich der Trend zu einem Konsens der beiden Hauptgruppierungen des deutschen Imperialismus, d. h. der Vertreter annexionistischer Forderungen und der Anhänger einer wirtschaftlichen Durchdringung Ost- und Südosteuropas. Als es der deutschen Armee gemeinsam mit Truppen verbündeter Staaten 1915/1916 nach der Okkupation Serbiens und Rumäniens gelang, Südosteuropa vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen und darüber hinaus russische Gebiete zu okkupieren, wuchsen auch die Expansionsabsichten der flexibleren, ökonomistischen Imperialisten sofort in einem solchen Maße an, daß sich - besonders im Hinblick auf die Kriegsziele in Ost- und Südosteuropa - eine weitgehende Annäherung ihrer Ansprüche an die der annexionistischen Imperialisten ergab. Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes konnte erfreut feststellen, Hans Delbrück, Paul Rohrbach und andere Mitglieder ihres Kreises hätten gelernt umzudenken.⁹⁰

⁸⁸ Benannt nach den Initiatoren, Professor Hans Delbrück und dem ehemaligen Staatssekretär im Reichskolonialamt und Aufsichtsratsmitglied der Deutsch-Asiatischen Bank, dem Bankier Bernhard Dernburg. Die Petition fand angesichts der Hochflut des Annexionismus nur 141 Unterzeichner, unter ihnen auch einige bürgerlich-pazifistische Persönlichkeiten wie Albert Einstein und Ludwig Quidde, die auf diese Weise der Herstellung eines baldigen Friedensschlusses dienen zu können glaubten. Die Petition wurde am 28. August 1915 in der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und im Oktober 1915 in den "Preussischen Jahrbüchern" veröffentlicht. Die Unterzeichner stammten vor allem aus der "Mittwochabend-Gesellschaft, u. a. Jäckh, Rohrbach, Liszt, Herkner, Rathgen, Partsch, Eugen Schiffer, Max Sering, Gustav Schmoller, Alfred und Max Weber. (Vgl. Grumbach, Das annexionistische Deutschland, a. a. O., S. 409ff., Gutsche/Klein/ Petzold, a. a. O., S. 103f.; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 146 u. 234).

⁸⁹ Vgl. Die Delbrück-Dernburg Petition, Berlin, 9. Juli 1915, nach Grumbach, a. a. O., S. 409f.

⁹⁰ Vgl. Verhandlungsbericht über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes am 24. 10. 1915, nach Gutsche/Klein/ Petzold, a. a. O., S. 104.

In der von Naumann herausgegebenen Zeitschrift "Die Hilfe" knüpfte der Alldeutsche Freiherr von Mackay an die deutschen Vorkriegspläne, die unter dem Stichwort "Berlin-Bagdad" zusammengefaßt worden waren, an und erweiterte sie sie noch:

"Als Zielsetzung deutscher Weltmachtstellung hat vor Jahren schon Dr. Jäckh das Wort geprägt: Von Helgoland bis Bagdad! Heute ist die imperialistische Diagonale, deren Endpunkte es bezeichnet, vom Kanal bis zum Persischen Golf verlängert worden: die neue Parole heißt: Von Ostende bis Bagdad."⁹¹

Hier wurde offen ausgesprochen, was die Staatenbundimperialisten ansonsten in ihren Publikationen mit Floskeln von Völkerverständigung und einem großen Wirtschaftsraum zum Nutzen aller Beteiligten zu übertünchen pflegten.

Mit dem Vordringen der deutschen Armee verbreitete sich in Deutschland die Überzeugung einer langfristigen Vereinigung bzw. Unterwerfung aller mit Deutschland verbündeten Staaten und aller von deutschen Truppen eroberten Gebiete in einer großen politischen und wirtschaftlichen Föderation namens "Mitteleuropa".⁹²

5.2.1 Das "Mitteleuropa" Friedrich Naumanns

Mit dem Projekt einer "mitteleuropäischen Zollunion" sollte der kontinentale Großwirtschaftsraum unter deutscher Führung über den Krieg hinaus gesichert werden. Zur Popularisierung dieses Konzeptes trug im besonderen Maße Friedrich Naumanns Schrift "Mitteleuropa" bei, die 1915 veröffentlicht wurde. Sie erreichte innerhalb von zwei Jahren eine Auflage von 137.000 Exemplaren. Naumanns "Mitteleuropa" war das am stärksten rezipierte und diskutierte deutsche Buch, das während des Ersten Weltkrieges veröffentlicht wurde und der größte publizistische Erfolg für einen Autoren seit der Veröffentlichung von Bismarcks Memoiren.⁹³ Naumann gab der deutschen Bevölkerung ein greifbares, Kriegsziel. Er inspirierte den Glauben, der Krieg könne eine Epoche langfri-

⁹¹ Mackay, Freiherr von, Von Ostende bis Bagdad, in: Die Hilfe, Nr. 44, 4. 11. 1915.

⁹² Vgl. Spalding, William L., Mitteleuropa as a Marxist Utopia, in: Proceedings of the South Carolina Historical Association, 1950, p. 4.

⁹³ Vgl. Heuss, Theodor, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, (Erste Auflage 1937), Zweite, neu bearbeitete Auflage, Stuttgart/Tübingen 1949, S. 336.

stiger deutscher Prosperität auf der Basis eines Wirtschaftsraumes von der Nord- und Ostsee bis zur Adria und dem Schwarzen Meer einleiten.

Der österreichische Publizist und Historiker Heinrich Friedjung hob die Bedeutung des Buches in einem Brief an Naumann mit den Worten hervor:

"Zweimalige sorgfältige Lektüre Ihres Buches erfüllt mich mit Gewißheit, daß Sie der Nation die reifste Frucht des Weltkrieges geschenkt haben, einen unentbehrlichen Wegweiser zum erstrebten Ziele."⁹⁴

Der Schüler Naumanns und spätere Bundespräsident Heuss betonte, als "Instrumentarium für machtpolitische nationale Zielsetzung" stehe Naumanns Buch in Erbe und Folge des Werkes von Friedrich List.⁹⁵

Das Buch Naumanns bildete eine wesentliche Grundlage für die Planung der Reichsregierung. Danach sollten Deutschland und Österreich-Ungarn den Kern eines vom deutschen Imperialismus beherrschten "Mitteleuropas" bilden. Naumann versuchte die Expansion ethisch und humanistisch zu verbrämen, indem er von Völkerverständigung und einer gemeinsamen blühenden Zukunft der "mitteleuropäischen" Nationen sprach.⁹⁶ In Wirklichkeit erstrebte er, wie er am 9. Oktober 1915 in einem Brief an den Bankier Max Warburg schrieb, "die dauernde wirtschaftliche Leitung" der Balkanstaaten durch Deutschland.⁹⁷

Im ersten Kapitel umriß Naumann die Konturen seines "Mitteleuropas". Es reichte von der "Nord- und Ostsee bis zu den Alpen, dem adriatischen Meere und dem Südrande der Donauenebene".⁹⁸

Naumann wollte auch die Regierungen in Ost- und Südosteuropa für seine Pläne gewinnen, deshalb grenzte er sich von den antislawischen deutschen Rassisten und Annexionisten ab. Er betonte, man müsse sich immer vergegenwärtigen,

⁹⁴ Bundesarchiv Berlin (früher ZSTA Potsdam), Nachlaß Naumann, Nr. 215, Bl. 23, Heinrich Friedjung an Friedrich Naumann vom 2. 10. 1915.

⁹⁵ Vgl. Heuss, Theodor, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, a. a. O., S. 197.

⁹⁶ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 206; Gutsche/Klein/Petzold, a. a. O., S. 104.

⁹⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Nachlaß Friedrich Naumann, Nr. 7, Bl. 101, F. Naumann an M. Warburg, 9. 10. 1915.

⁹⁸ Naumann, Friedrich, Mitteleuropa, Berlin 1915, S. 1-3.

"wie die Hervorhebung rein deutscher Ziele auf die slawischen und magyarischen Mitkämpfer wirken muß. Wenn beispielsweise vom Entscheidungskampf zwischen Germanen und Slawen geredet wurde, so war das ein Mißgriff, eine sehr begreifliche, aber doch auch sehr bedenkliche Abweichung vom Bündnisgedanken. Solche Worte klingen in tschechischen, polnischen und slowenischen Ohren natürlich sehr anders als in den unseren."⁹⁹

Andererseits versicherte er den deutschen LeserInnen, daß sich eine deutsche Hegemonie in dem Großwirtschaftsraum nach dem Krieg ohne weitere Gewaltanwendung durchsetzen lasse und daß sie im Falle einer Verwirklichung von "Mitteleuropa" keine Befürchtungen um den Verlust ihres "Deutschtums" haben müßten:

"Mitteleuropa wird im Kern deutsch sein".¹⁰⁰

Er begründete die Notwendigkeit seines "Mitteleuropa-Projektes", wie viele andere vor ihm, mit der nur so zu gewährleistenden Überlebensfähigkeit der Großmacht Deutschland gegenüber den drei "Großkörpern" Großbritannien, Amerika und Rußland.¹⁰¹ Ein Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn betrachtete Naumann als ersten Schritt, bei dem der deutsche Expansionismus bei weitem nicht stehenbleiben dürfe. Damit Deutschland in die Reihe der "Weltwirtschaftsmächte erster Klasse" eintreten könne, müsse es sich die anderen "mitteleuropäischen" Staaten und Nationen angliedern. Das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet könne sich als "Weltwirtschaftsprovinz" nicht ausreichend versorgen, da es in viel zu hohem Grade ein Einfuhrgebiet von Nahrungsmitteln und Rohstoffen sei. Ein lebensfähiges "Mitteleuropa" müsse über angrenzende Agrargebiete verfügen können und brauche seinen Anteil am überseeischen Kolonialbesitz.¹⁰² Mit der Schaffung dieses "Mitteleuropas" wachse in Deutschland die "geregelte Volkswirtschaft", d. h. "der Staats- und Nationalsozialismus."¹⁰³ Naumann war kein Verfechter von Siedlungskolonien und deutschem "Lebensraum im Osten", doch die von 1933-45 in Deutschland handlungsleitenden Volksgemeinschafts-, Autarkie- und Großwirt-

⁹⁹ Ebenda, S. 10.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 100f.

¹⁰¹ Vgl. ebenda, S. 167.

¹⁰² Vgl. ebenda, S. 177 u. 181f.

¹⁰³ Ebenda, S. 113.

schaftsraumpläne konnten unter Bezug auf ihn formuliert und legitimiert werden.¹⁰⁴ Zu beachten ist, daß Naumann diese Zielsetzungen bereits unter dem Begriff "Nationalsozialismus" subsumierte.

Das von ihm konzipierte "Mitteleuropa" wollte Naumann keineswegs auf Zentraleuropa, ja nicht einmal auf Europa beschränken. Statt dessen müsse es die "europäische und asiatische Türkei restlos in Anspruch nehmen".

Naumanns "Mitteleuropa" umfaßte ein Wirtschaftsgebiet von Skandinavien bis zum Persischen Golf plus der überseeischen Kolonien Deutschlands und der Niederlande, insgesamt, nach Naumanns Worten, "1/10 der verfügbaren Landmenge der Erde".¹⁰⁵

Den "Menschenbestand des Weltwirtschaftskörpers Mitteleuropa" berechnete er "rund und unverbindlich auf etwa 200 Millionen (...) etwa 1/8 der als vorhandenen angenommenen menschlichen Masse." ¹⁰⁶

"Mitteleuropa" galt Naumann auch als Synonym für die Öffnung und Sicherstellung eines deutschen Landweg in den Nahen Osten zum für den Zugriff auf Erdöl und andere bedeutsame Rohstoffe. Ebenso gehörte die langfristige Garantie einer deutschen Mittelmeer-Verbindung zu Naumanns "Mitteleuropa"-Vorstellung.¹⁰⁷

Zur Form der Einbindung der Bevölkerung Ost- und Südosteuropas in den von Deutschland dominierten Großwirtschaftsraum "Mitteleuropa" bemerkte er 1917, die nichtdeutschen Nationalitäten "Mitteleuropas" (Ungarn, Polen, Slowaken, Ukrainer, Rumänen, Kroaten und Slowenen) würden nur zögernd in den Zusammenschluß "Mitteleuropa" eintreten, da jede Nation am liebsten selbständig und frei existieren würde.

"Aber die Wirklichkeit gestattet keine besonderen kleinen Nationalstaaten mehr. In einer Zeit, in der selbst die allergrößten Staaten Verbindungen suchen, müssen sich die kleineren Nationen noch mehr diesen geschichtlichen Gesetzen unterordnen. Eine völlige Ungebundenheit gibt es für niemanden. Es bleibt darum für die zwischen Rußland und Deutschland gelagerten Nationen gar nicht anderes üb-

¹⁰⁴ Vgl. Grothusen, Klaus-Detlev, Deutschland und Südosteuropa 1871-1945. Zwischen Gegnerschaft und Partnerschaft, in: Osteuropa und die Deutschen, herausgegeben von Oskar Anweiler/ Eberhard Reißner/Karl-Heinz Ruffmann, Berlin 1990, S. 273.

¹⁰⁵ Vgl. Naumann, Mitteleuropa, a. a. O., S. 184ff.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 186.

¹⁰⁷ Vgl. Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, a. a. O., S. 120.

rig, als zu einem der beiden großen Verbände zu gehören (...). Was nicht russisch sein will oder kann, muß mitteleuropäisch werden."¹⁰⁸

Hier war der deutsche Führungsanspruch in Ost- und Südosteuropa nicht offen ausgesprochen und dennoch unverkennbar.

Als "Ideenschaffer" für sein "Mitteleuropa"-Projekt bezeichnete Naumann Friedrich List, dessen Schriften seit Kriegsbeginn eine erneute Renaissance fanden.¹⁰⁹ Naumann nannte List den "Prophet unserer Eisenbahnen, Handelskammern und östlichen Kolonisation".¹¹⁰

Im Anschluß an die Veröffentlichung seines Buches wurde Naumann von der deutschen Regierung zweimal nach Bulgarien gesandt, um dort für sein Projekt zu werben.¹¹¹ Nach der zweiten Fahrt im Juni 1916 fügte er seinem Buch die Schrift "Bulgarien und Mitteleuropa" hinzu. Darin begrüßte er den Beitritt Bulgariens in das "mitteleuropäische Bündnis" und bemerkte:

"Alles, was vom Kriegsziel geredet wird, hat nur einen Sinn, wenn Mitteleuropa zustande kommt (...), auf dem unsere gemeinsame Zukunft erwachsen will und soll (...). Mitteleuropa verbindet sich mit der Balkanhalbinsel! Das ist bereits eine neue geschichtliche Tatsache, die ohne schlimmsten Schaden für alle Beteiligten gar nicht wieder aus der Welt geschaffen werden kann."¹¹²

Die deutschstämmigen Herrscher Bulgariens, Alexander von Battenberg und Ferdinand von Coburg, hätten, so Naumann, in den vergangenen Jahrzehnten so viel Erziehungsarbeit geleistet, daß die Bulgaren jetzt als "die Preußen des Balkans" bezeichnet würden.¹¹³ Die Rede von der "Erziehungsarbeit" weist darauf hin, daß Naumann von der traditionellen Überzeugung geprägt war, Deutschland

¹⁰⁸ Naumann, Friedrich, Österreich-Ungarn, der Waffengefährte Deutschlands, Berlin 1917, in: ders., Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 869.

¹⁰⁹ Vgl. u. a. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 155; Goesser, K., Der junge Friedrich List, Berlin 1914; Kumpmann, Karl, Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland, Tübingen 1915; Mangoldt, K.v., Ein vergessener Zukünftiger, in: Die Hilfe, 1915, S. 349-351.

¹¹⁰ Vgl. Droz, Jacques, L'Europe Centrale. Évolution historique de l'idée de "Mitteleuropa", Paris 1960, S. 26.

¹¹¹ Vgl. Theodor, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, a. a. O., S. 120.

¹¹² Naumann, Friedrich, Bulgarien und Mitteleuropa, in: ders., Werke, Bd. 4, (Hg.) Theodor Schieder, Köln/Opladen, 1964, S. 770 u. 772.

¹¹³ Vgl. ebenda., S. 783f.

habe die Aufgabe Bevölkerung Ost- und Südosteuropas zu erziehen und zu "zivilisieren".

Zu den langfristigen wirtschaftlichen Aussichten in Südosteuropa im allgemeinen meinte Naumann:

"Der Balkan ist ein Mittelgebirge voll gesunden Wachstums, sobald es gepflegt wird, und die Getreidefläche zwischen Balkan und Donau ist schon heute eine Kornkammer und kann es noch viel viel mehr werden."¹¹⁴

Naumann legte zur Erreichung seines "Mitteleuropa"-Projekts im Unterschied zur offen rassistischen und militaristischen Sprache der Alldeutschen und ihren direkten Annexionsforderungen mehr Nachdruck auf eine Politik der Verhandlungen und Verträge und illustrierte sein Konzept mit Begriffen wie Demokratie, Fortschrittlichkeit und Freiwilligkeit. Doch ebenso wie die annexionistischen und ökonomistischen Vordenker eines Großraums von der Nordsee bis zum Persischen Golf vor 1914 plädierte er - wenn auch in verdeckterer Form - für eine politische und wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands in Ost- und Südosteuropa sowie dem Nahen Osten.

Der Sozialist Rudolf Hilferding bemerkte dazu:

"Mitteleuropa, wie es Naumann und andere sich vorstellen, ist nichts anderes als die Schaffung eines Gebildes, in dem alle Nationen die politischen und die wirtschaftlichen Hintersassen der Deutschen würden".¹¹⁵

Indem Naumann all seine Erörterungen unter dem Begriff "Mitteleuropa" subsumierte, über dessen Grenzen die deutsche Geographie der Phantasie freien Lauf ließ, eröffnete er der Auslegung so weite Möglichkeiten, daß sich in seinem Konzept auch die weitgehendsten deutschen Annexionsziele unterbringen ließen.¹¹⁶

Naumanns "Mitteleuropa" war nicht "Kriegsfrucht" wie er selbst¹¹⁷ und bürgerliche Historiker¹¹⁸ behaupteten. Sie vertraten die The-

¹¹⁴ Ebenda, S. 786.

¹¹⁵ Hilferding, Rudolf, Europäer, nicht Mitteleuropäer, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, 8. Jg., 1915, Nr. 11/12, Nov./Dez. S. 364.

¹¹⁶ Vgl. Jindra, a. a. O., S. 142.

¹¹⁷ Die letzten Sätze in Naumanns Buch lauten: "Mitteleuropa ist Kriegsfrucht. Zusammen haben wir im Kriegswirtschaftsgefängnis gesessen, zusammen haben wir gekämpft, zusammen wollen wir leben!" (Naumann, Mitteleuropa, a. a. O., S. 263).

¹¹⁸ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 328; Kluge, Paul, Deutschland und seine Mitteleuropapoli-

se, das deutsche Eintreten für ein "mitteleuropäisches" Bündnis sei allein auf die Erfahrung der See- und Wirtschaftsblockade durch die Entente-Staaten während des Weltkrieges zurückzuführen. Nur durch die psychologischen Wirkungen der Blockade, die intellektuelle Isolation und die einschneidenden ökonomischen Veränderungen hätten die "Mitteleuropa"-Ideen und die deutsche Orientierung nach Osten eine so breite Anziehungskraft entfaltet. Vor 1914 sei die "Mitteleuropa"-Ideologie in der deutschen Geschichte ohne Bedeutung gewesen.¹¹⁹

Ohne Zweifel trug die Kriegssituation zu einer verstärkten Forcierung des "Mitteleuropa"-Projekts bei. Der nahezu vollständige Verlust des deutschen Kolonialreiches und die englische Seeblockade, mit der die Rohstoff- und Lebensmittelversorgung Deutschlands aus Übersee beschnitten wurde, bestärkten Naumann in seinem Plädoyer für eine Konzentration des deutschen Expansionismus auf Ost- und Südosteuropa.¹²⁰ Die Frage des kontinentalen Annexionismus bzw. des "mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus" rückte in den Mittelpunkt der Debatten.

Doch wer die deutsche Forderung nach einem "mitteleuropäischen" Wirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf allein auf die spezifische Situation des Krieges zurückführt, blendet die große Popularität des Bagdadbahn-Projekts, den Einfluß des Alldeutschen Verbandes und des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, sowie der Schriften von List, Naumann, Jäckh, Rohrbach, Hasse, Dix, Ritter, u. a. in der Vorkriegszeit aus.

tik, in: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum, München, 1965, Bd. 6, S. 389; Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt/M. 1968, S. 222; Droz, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 207. Droz negiert in seinem materialreichen Buch eine geplante, kontinuierliche deutsche Ost- und Südosteuropaexpansion. Sein Bestreben ist es, in Schriften über "Mitteleuropa" die Utopie eines supranationalen, friedlichen und gleichberechtigten Bündnisses herauszulesen. Vor 1914 sei "Weltpolitik" und nicht "Mitteleuropa" der leitende Gedanke in Deutschland gewesen. Zu diesem Schluß kann Droz nur kommen, indem er die Rolle des Alldeutschen Verbandes, des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, der Naumannianer und die Funktion des Bagdadbahn-Projekts in der Vorkriegszeit ausblendet.

¹¹⁹ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 116f. u. 326.

¹²⁰ Vgl. Theiner, Peter, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik: Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919), Baden-Baden 1983, S. 240; Naumann, Friedrich, Der englische Einschließungskrieg, Werke, Bd. IV., a. a. O., S. 454ff.

Das "Mitteleuropa"-Projekt war kein "plötzlich neues historisches Produkt"¹²¹, das entwickelt wurde, weil der Krieg keine wirtschaftlichen Alternativen bot. Vielmehr wurde der Krieg von Deutschland im wesentlichen deshalb begonnen und geführt, um lange vorher ausformulierte Pläne für einen deutschen Großwirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf gewaltsam durchzusetzen. Darauf wies beispielsweise Dix 1915 hin:

"Der Weltkrieg hat Zentraleuropa zusammengeschweisst und viel dazu getan, dass der vor dem Kriege höchst theoretische Gedanke Berlin-Bagdad recht greifbare Form angenommen hat."¹²²

Daß der Krieg nun endlich die Möglichkeit bot, langgehegte Pläne zu erfüllen, erklärte auch Julius Wolf, der Initiator des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins:

"Um ein dem Krieg entlehntes Bild zu gebrauchen, es war bisher nur ein Stellungskampf, den wir führten, und der uns nur langsam weiterbringen konnte. Jetzt ist die Zeit des Bewegungskrieges für uns gekommen. Der Krieg schafft uns jene Bewegungsfreiheit, deren wir bedürfen. Denn er schafft auch handelspolitisch tabula rasa, wenigstens im Verhältnis zu unseren Feinden."¹²³

Mit anderen Worten: Das seit der Jahrhundertwende verfolgte Ziel eines "mitteleuropäischen Staatenbund-Imperialismus" zur handelspolitischen Zementierung einer deutschen Hegemonie über Ost- und Südosteuropa sollte nun gewaltsam realisiert werden.

Naumann selbst hatte den Plan zur Herstellung eines "mitteleuropäischen Verbandes" nicht erst 1915, sondern bereits 1899 in seinem Buch "Asia" skizziert.¹²⁴ Seit diesem Zeitpunkt setzte er sich dafür ein, den deutschen Kapitalexport in das Osmanische Reich und die politische Einflußnahme auf diesen Staat zu verstärken. Österreich-Ungarns Aufgabe sah er darin, das Erstarken Rußlands in Südosteuropa zu hemmen und Deutschland seine Handelswege in den Nahen Osten offenzuhalten.¹²⁵

¹²¹ Vgl. Meyer, *Mitteleuropa in German thought and action*, a. a. O., S. 140.

¹²² Dix, Artur, in: *Tag*, 4. Juni 1915, zit. nach Grumbach, a. a. O., S. 160.

¹²³ Wolf, Julius, *Ein Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Zollverband*, Leipzig 1915, S. 2.

¹²⁴ Vgl. Naumann, Friedrich, *Asia*, 1. Aufl., 1899, zit. nach 8. unver. Auflage, Berlin-Schöneberg, 1911, S. 154.

¹²⁵ Vgl. ebenda, S. 153.

Die Ausweitung und Absicherung der deutschen Hegemonie über Ost- und Südosteuropa, die mit dem Begriff "Mitteleuropa" umschrieben wurde, war neben der gewaltsamen Eroberung der französischen Erzgebiete und der Brechung der britischen Hegemonie auf den Weltmeeren der wichtigste Grund für die Auslösung des Ersten Weltkrieges durch Deutschland.

"Mitteleuropa" als Kriegszielforderung zielte auf die Herstellung und Sicherung einer ökonomischen, kulturellen, politischen und militärischen Hegemonie Deutschlands in Ost- und Südosteuropa sowie dem Nahen Osten als Ausgangsbasis für eine deutsche Weltmachtstellung. Die große Leserschaft von Naumanns Buch sowie die zahlreichen Artikel und Schriften zu diesem Thema weisen auf die starke Verbreitung dieses Gedankens in Deutschland hin. Für diese Sichtweise spricht auch die große Popularität, die die Schrift "Berlin-Bagdad" von Albert Ritter während des Krieges erlangte.¹²⁶ Ritter veröffentlichte eine überarbeitete Fassung unter dem Titel "Nordkap-Bagdad". Darin hob er noch stärker seine Bewunderung für den aggressiven Nationalismus von Paul de Lagarde hervor. Die verkaufte Auflage seiner Schrift lag während des Krieges bei mehr als 50.000 Exemplaren.¹²⁷

5.2.2 Zur Diskussion um Naumanns "Mitteleuropa"

Eine grundsätzlich negative Bewertung erfuhr Naumanns "Mitteleuropa"-Schrift in Deutschland während des Ersten Weltkrieges selten. Kritik wurde aus Kreisen der Alldeutschen und der am Überseehandel interessierten Wirtschaft allenfalls an einzelnen Punkten geübt, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

- a) Naumann vernachlässige deutsche Überseeinteressen,
- b) er biete keine Perspektive für die Errichtung deutscher Siedlungskolonien,¹²⁸
- c) die Schaffung eines "mitteleuropäischen Staatenbundes" berge die Gefahr einer Aufhebung der nationalen Souveränität Deutschlands in sich,
- d) ein "Mitteleuropa" unter deutscher Führung sei nicht

¹²⁶ Siehe zu dieser Schrift in dieser Arbeit S. 232ff.

¹²⁷ Vgl. Meyer, a. a. O., S. 142.

¹²⁸ Vgl. besonders Ullmann, Hermann, Friedrich Naumanns "Mitteleuropa", in: Die Tat, VII. Jg., 1915/16, S. 883f.

friedlich, sondern nur gewaltsam durchzusetzen.

Im Grundsatz begrüßte der Alldeutsche Verband Naumanns Zielsetzung. Dabei erinnerte er daran, daß Naumann keineswegs das Copyright auf diese Zielsetzung beanspruchen könne, da Vertreter der Alldeutschen bereits vor dem Krieg die "Forderung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes" erhoben hätten.¹²⁹

"Sie folgten dabei dem größten Volkswirt, den unser Vaterland bisher hervorgebracht hat, Friedrich List."¹³⁰

Im Endziel zeigten sich die Alldeutschen mit dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein und Naumann einig. Sie widersprachen jedoch der Auffassung, daß sich dieses Ziel durch "freiwillige Verständigung" und ein "friedliches Nebeneinander der Slawen und Deutschen" erreichen ließe.¹³¹ Sie warfen Naumann "eine Tendenz zur Verbrüderung mit nicht-deutschen Elementen" vor.¹³²

Der Pangermanist Ullmann, der mit Naumann in Briefkontakt stand, erklärte, "Mitteleuropa" habe nur eine Chance, wenn zuvor die "slavische Intelligenz (...) unschädlich gemacht" würde.¹³³

"Die erste Voraussetzung eines erweiterten Mitteleuropa" sahen die Alldeutschen in der gewaltsamen Durchsetzung eines größeren Deutschland. Auf dieser Grundlage könne das "Deutschtum" zur uneingeschränkten Vormacht der "mitteleuropäischen" Organisation werden.¹³⁴

"Wenn Deutschland aus diesem Kriege so stark hervorgeht, dass es eine überragende Stellung in Mitteleuropa einnimmt", werde die Bundesgenossenschaft von anderen ganz von selber begehrt werden.¹³⁵

Die alldeutsche Position faßte ein Reichstagsabgeordneter in den Worten zusammen:

¹²⁹ Vgl. Mitteleuropa, in: Alldeutsche Blätter, 26. Jg., Nr. 3, 15. 1. 1916.

¹³⁰ Ebenda.

¹³¹ Vgl. ebenda.

¹³² Vgl. Below, Georg von, Kriegs- und Friedensfragen, Leipzig 1917, S. 18, nach Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 214. Der Alldeutsche Georg von Below (1858-1927) war Professor für Geschichte in Freiburg.

¹³³ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Nachlaß Naumann, Nr. 215, Bl. 5 R., Ullmann an Naumann, 9. 11. 1915.

¹³⁴ Vgl. Mitteleuropa, in: Alldeutsche Blätter, a. a. O.

¹³⁵ Vgl. Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 27. 11. 1915 über Naumanns Buch "Mitteleuropa", nach Grumbach, a. a. O., S. 84.

"So intensiv wir von unserem eigenen Standpunkt aus die Etablierung eines mächtigen Wirtschaftsgebietes von Berlin bis Bagdad und darüber hinaus wünschen, genauso sicher wissen wir, daß die Zukunft einem rassisch bestimmten deutschen Mitteleuropa gehört." ¹³⁶

In ähnlicher Weise begrüßte der Historiker Erich Brandenburg¹³⁷ in seiner Schrift "Deutschlands Kriegsziele" im Jahre 1917 zentrale Aussagen von Naumanns Buch, bezeichnete aber ein Aufgehen Deutschlands in einem übernationalen Staat als "gefährliche Utopie", deren Verwirklichung "das Deutschtum schwer bedrohen würde." Er forderte statt dessen die von Naumann vorgesehenen "mitteleuropäischen" Bündnisstaaten nach dem Krieg unter Schutzherrschaft zu stellen. Die "Schutzgebiete" könnten eine eigene Regierung und freies Bestimmungsrecht in inneren Angelegenheiten behalten, während sie in der Außenpolitik jegliche Eigenständigkeit verlieren sollten. Deutschland müsse militärisch und wirtschaftlich über diese Gebiete verfügen können. An den wichtigsten Punkten der "Schutzgebiete" sollten deutsche Truppen dauernd aufgestellt bleiben.¹³⁸

Die eher am Seehandel orientierten deutschen Wirtschaftskreise verdeutlichten ihre Position 1916 in der Zeitschrift "Weltwirtschaftliches Archiv".¹³⁹

Dort wurde die Auffassung vertreten, Deutschland dürfe nicht alles "auf die eine Karte des Orientes" setzen, sondern müsse sich für die Zeit nach dem Krieg verschiedene handelspolitische Optionen offenhalten.¹⁴⁰

Naumann nahm zu dieser Kritik an seinem Buch, u. a. in der Zeitschrift "Die Hilfe" Stellung. Er konzedierte den Kritikern, es sei zweifellos richtig, daß "der Balkanmarkt" nur eine Ecke des Weltmarktes sei. "Wenn darüber in der Tagespresse etwas überschwänglicher geredet worden" sei, so gehöre "das zum großen

¹³⁶ nach Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 214.

¹³⁷ Erich Brandenburg (1868-1946), Professor für Geschichte in Leipzig.

¹³⁸ Vgl. Brandenburg, Erich, Deutschlands Kriegsziele, Leipzig 1917, S. 29ff., 44, 59, 62 u. 84.

¹³⁹ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 236f.

¹⁴⁰ Vgl. Eulenburg, Franz, Literatur über die wirtschaftliche Annäherung von Mitteleuropa, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 7. Band, 1916.I., Jena, S. 385ff.

Klänge der Kriegszeit" und wirke "einigermaßen als Gegenstück gegen vorläufig verlorene Seeverbindungen." Naumann betonte, es ginge ihm nicht um ein Entweder-Oder zwischen Land- oder Seepolitik. Auch die Seestädte könnten von "Mitteleuropa" profitieren. Alle Vorteile der Markterweiterung würden den Seehäfen zugute kommen.¹⁴¹

Den Kritikern, die Naumann einen Verzicht auf deutsche Kolonien in Afrika und anderswo unterstellten,¹⁴² trat Naumann bei einer Versammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft im Juli 1916 in Berlin entgegen. Er erklärte dort:

"Die Kolonien sind so sehr ein Zubehör der kommenden mitteleuropäischen Wirtschaftspolitik, daß man sich keinen wirtschaftlich geschulten Vertreter Mitteleuropas wird denken können, der nicht gleichzeitig ein Freund kolonialer Ausdehnung sei. Wir Mitteleuropäer brauchen vor unseren Toren einen eigenen Garten für tropisches Gemüse; wir brauchen eine größere Quantität von Baumwolle und Gummi in unseren Händen."¹⁴³

Auf Überseehandel und Kolonien wollte Naumann ebensowenig verzichten, wie auf eine deutsche Dominanz in einem "mitteleuropäischen Staatenbund".

Differenzen zwischen dem Kreis um Naumann und den Alldeutschen bestanden allein in der Frage, ob gewaltsame Grenzveränderungen und deutsche Siedlungskolonien in Ost- und Südosteuropa für die Durchsetzung des "Mitteleuropa"-Projekts notwendig oder eher hinderlich seien. Die ökonomistischen Imperialisten um Naumann hielten, wie erwähnt, eine Annexionspolitik für kontraproduktiv und vertrauten auf die Durchsetzungskraft der deutschen Wirtschaft in Ost- und Südosteuropa und die Wirkung einer Zollunion. Der Vorwurf der Alldeutschen, Naumanns Konzept berge die Gefahr einer Aufhebung der staatlichen Souveränität Deutschlands in sich, entsprach demgegenüber nicht den Tatsachen, hatte Naumann doch erklärt: "Mitteleuropa wird im Kern deutsch sein." Der

¹⁴¹ Naumann, Friedrich, Seehandel und Mitteleuropa, in: Die Hilfe, 22. Jg., 1916, Nr. 4, zit. nach ders., Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 843-845f.

¹⁴² Vgl. Leutwein, Paul, Mitteleuropa - Mittelafrrika, in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, Nr. 6, 20. 4. 1916; Valentin, Veit, in: Nationalliberale Blätter, Jg. 29, 1916, Nr. 1, S. 116f.; Gottwald, a. a. O., S. 179.

¹⁴³ Naumann, Friedrich, Deutsche Kolonialpolitik (gekürzter Abdruck der Rede), in: Die Hilfe, 22. Jg., Nr. 26, 29. Juni 1916, in: ders., Werke, Bd. 4, a. a. O., S. 850f.

deutsche Führungsanspruch in Ost- und Südosteuropa wurde von Naumann nie in Frage gestellt.¹⁴⁴

Von seiten der deutschen Arbeiterbewegung gab es keinen unterschiedenen Widerstand gegen den von Naumann popularisierten "Mitteleuropäischen-Staatenbundimperialismus". Ein offensives Vorgehen gegen die deutsche "Mitteleuropa"-Propaganda hielten die Führungsgremien der Sozialdemokratie während des Weltkrieges (und später) nicht für notwendig. Sie betrachteten die "Mitteleuropa"-Pläne größtenteils mit einem "Gemisch aus Sympathie und Reserve".¹⁴⁵ In den "Sozialistischen Monatsheften", einer führenden Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, wurde das "Mitteleuropa"-Projekt sogar begrüßt. Neben Auszügen aus Naumanns Buch veröffentlichte die Redaktion "eine Gewerkschaftsstimme". Der Autor dieses Beitrages betonte, daß eine Vergrößerung der für den deutschen Lebensmittelmarkt produzierenden Agrarbasis für das deutsche Proletariat von großer Bedeutung sei. Noch hätte sich Deutschland eine derartige Agrarbasis nicht dauerhaft gesichert.

"Die intimere Verbindung mit den Balkanvölkern und der Türkei würde die Lage gänzlich verändern (...) Sie entspricht den Interessen der deutschen Konsumenten, weil sie eine vom Meere und England unabhängige Lebensmittelfzufuhr gewährleistet."¹⁴⁶

Gewerkschaftlich orientierte Arbeiter seien am Bündnis von der Nordsee bis zum Persischen Golf interessiert, denn

"Sichere Absatzgebiete bedeuten für sie erhöhte Arbeitsgelegenheit."¹⁴⁷

Kritischer reagierte Karl Kautsky. Er publizierte an der Jahreswende 1915/16 eine Serie von Artikeln zu Naumanns Buch in der Sozialdemokratischen Zeitschrift "Neue Zeit", die er kurz darauf in der Schrift "Die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa" zusam-

¹⁴⁴ Vgl. Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik, a. a. O., S. 241.

¹⁴⁵ Vgl. Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik, a. a. O., S. 246.

¹⁴⁶ Jansson, Wilhelm, Gewerkschaftliche Randbemerkungen zum kommenden Frieden, in: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, Berlin 1915, S. 150ff., zit. nach: Schippel, Max, Zwei Absagen an den Freihandel, in: Sozialistische Monatshefte, 1915, Bd. 3, S. 1345f.

¹⁴⁷ Ebenda.

menfaßte. Darin charakterisierte er die Konzeption Naumanns als indirekte, mit den Mitteln der Politik der "Aushöhlung" betriebene moderne Kolonialpolitik zur Gewinnung von Einflußsphären.¹⁴⁸ Er bemerkte, daß in der modernen Kolonialpolitik neben direkten Annexionen "Einflußsphären" eine immer größere Bedeutung gewinnen. Diese indirekte Herrschaftsform, die bisher auf Asien und Afrika angewandt worden sei, würde jetzt auch auf Europa übertragen.

"Und wesentlich in diesem Sinne fassen Naumann und seine Anhänger die Idee Mitteleuropas auf. Es ist eine Anpassung des Systems der Einflußsphären auf europäische Verhältnisse (...) Wo und solange in der Kapitalisten-klasse die imperialistischen Tendenzen überwiegen, ist ein Bund freier Staaten auf der Basis voller Gleichberechtigung aller unmöglich, wird das Streben eines Großstaates nach einem Staatenbund nur als Deckmantel imperialistischer Gelüste nach Gewinnung neuer Einflußsphären dienen (...) Und darum muß sich das Proletariat zur Idee eines mitteleuropäischen Staatenbundes ablehnend verhalten, solange Träger des aggressiven und exklusiven Nationalismus, solange Imperialisten und Schutzzöllner ihre Verfechter sind und nur mit ihnen diese Idee zu verwirklichen wäre. Die Idee Mitteleuropas wird getragen von der Überzeugung, daß der kommende Friede nur ein Waffenstillstand sein kann, in dem es gilt, sich für den nächsten Krieg zu rüsten."¹⁴⁹

Eine treffende Analyse und eine bemerkenswerte Voraussicht. Doch obwohl Kautsky den imperialistischen Charakter der Konzeption Naumanns erkannte und kritisierte, rief er nicht zu konsequentem Widerstand auf, sondern versuchte dem "Mitteleuropa"-Projekt Seiten abzugewinnen, die auch von der deutschen Sozialdemokratie unterstützt werden könnten. Seiner Meinung nach sollte die Sozialdemokratie neben der "Völker-Verständigung" danach trachten,

"daß die engen Beziehungen, die eine Sprachengemeinschaft schafft, nicht durch Zollgrenzen oder andere politische Trennungslinien erschwert oder gar zerrissen werden. Darin liegt das Interesse begründet, das auch die Sozialdemokratie für die Idee eines Mitteleuropa haben kann."¹⁵⁰

¹⁴⁸ Vgl. Kautsky, Karl, Mitteleuropa, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 34. Jg., Bd. 1, 1915/16, Nr. 17, 21. 1. 1916, S. 529.

¹⁴⁹ Kautsky, Mitteleuropa, in: Die Neue Zeit, a. a. O., Nr. 17, 21. 1. 1916, S. 529, 533f. u. Nr. 18, 28. 1. 1916, S. 569.

¹⁵⁰ Kautsky, Mitteleuropa, in: Die Neue Zeit, a. a. O., Nr. 14/15, 7. 1. 1916, S. 456f.

Damit erhob Kautsky neben dem Internationalismus einen allein mit dem Kriterium der Sprache begründeten großdeutschen Nationalismus zum Ziel der Sozialdemokratie, denn eine "Sprachengemeinschaft" bildeten die Deutschen und Österreicher mit den deutschen Minderheiten in Polen, dem Baltikum, Rußland, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien. Geprägt durch den spezifisch deutschen völkischen Nationalismus und lange tradierte "antislawische" bzw. antirussische Stereotypen¹⁵¹ blieb Widerstand von seiten der deutschen Sozialdemokratie gegen die "Mitteleuropa"-Pläne der ökonomistischen und annexionistischen Imperialisten und gegen den deutsch-österreichischen Angriff auf Serbien und Rußland weitgehend aus.

5.2.3 Weitere "Mitteleuropa"-Vertreter

Mit seinem "Mitteleuropa"-Buch popularisierte Naumann Konzepte, die seit Jahrzehnten in Deutschland kursierten. Dabei war er während des Ersten Weltkrieges nicht der erste und bei weitem nicht der einzige, der zum "Mitteleuropa"-Projekt publizierte. Bereits im ersten Kriegsjahr veröffentlichte Franz von Liszt, Professor für Völkerrecht an der Universität Berlin,¹⁵² die Schrift "Ein mitteleuropäischer Staatenverband als nächstes Ziel der deutschen auswärtigen Politik". Liszt vertrat darin die Auffassung, Deutschland sei nur in einem "mitteleuropäischen Staatenbund" stark genug, um Europa jederzeit gegen Rußland zu verteidigen und sich vor England zu schützen. Den "festen Kern" seines Staatenbundes sah er in den "beiden Zentralmächten Deutschland und Österreich-Ungarn". Um diesen Kern gruppiert werden sollten neben anderen europäischen Staaten die Länder der Balkanhalbinsel und der europäische Teil des Osmanischen Reiches.¹⁵³ Liszt rechnete fest mit einem freiwilligen Beitritt Rumä-

¹⁵¹ Vgl. dazu in dieser Arbeit Kapitel 2.

¹⁵² Franz von Liszt (1851-1919), Professor für Rechtswissenschaft, seit 1908 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1912 für die Fortschrittlichen Volkspartei Mitglied des Reichstages. (Vgl. Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a. a. O., S. 662).

¹⁵³ Vgl. Liszt, Franz von, Ein mitteleuropäischer Staatenbund als nächstes Ziel der deutschen auswärtigen Politik, Leipzig 1914, S.23f. u. 30ff.

niens, Bulgariens und des Osmanischen Reiches und erklärte vor diesem Hintergrund:

"Serbien und Montenegro werden sich fügen müssen und können im Zaun gehalten werden."¹⁵⁴

Wie eine Reihe seiner Vordenker ging Liszt somit davon aus, daß sich in Südosteuropa nur die Regierungen Serbiens und Montenegros nicht freiwillig einer deutschen Vorherrschaft unterwerfen würden.

Während des Krieges hielt Liszt in Wien Vorlesungen über die "Zukunft des internationalen Rechts" in einem Gebiet von der Nordsee bis zum Persischen Golf.¹⁵⁵

Im Dezember 1915 beschloß der Zentralausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei, der Naumann und Liszt angehörten, in einer Resolution auch über die Kriegszeit hinaus einen Anschluß der Balkanländer und des osmanischen Reiches an "die beiden Zentralmächte" Deutschland und Österreich-Ungarn anzustreben.¹⁵⁶

Im selben Sinne wie Naumann, Liszt und die Fortschrittliche Volkspartei plädierte Riezler¹⁵⁷, im November 1916 für ein engeres und ein weiteres "Mitteleuropa". Nach dem Krieg solle ein Königreich Polen unter engster Anlehnung an Deutschland und Österreich-Ungarn errichtet werden. Eine Ergänzung "dieses engeren Mitteleuropas" solle durch dauernde Bündnisse mit Bulgarien und der Türkei bis nach Kleinasien hinein erfolgen und eine weitere Ergänzung durch die Wiederaufrichtung des deutschen Kolonialreiches in Afrika stattfinden. "Diese Koalition" könne letztlich von der Nordsee bis zum persischen Meerbusen reichen. Vor nichts hätten die Feinde Deutschlands "mehr Angst, als vor solch einem Mitteleuropa". Für "Friedensbrecher, wie Serbien", werde dieser "mitteleuropäische Bund" möglicherweise den Verlust der staatlichen Form bedeuten.¹⁵⁸

¹⁵⁴ Ebenda, S. 33.

¹⁵⁵ Vgl. Neue Freie Presse, 22. Oktober 1915, nach Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 219.

¹⁵⁶ Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei vom 4. Dezember 1915, zit. nach Grumbach, a. a. O., S. 35.

¹⁵⁷ Vgl. zu Riezler in dieser Arbeit S. 245 u. 257f.

¹⁵⁸ Vgl. Riezler, Kurt, Polen, der Frieden und die Freiheit, (Erstabdruck in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung, 16. November 1916) und ders., Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr, 26. 11. 1916 (Erstabdruck: Europäische Staats-

Riezler betonte die Bedeutung des "Mitteleuropa"-Projektes in zahlreichen Tagebucheintragungen und Aufsätzen. Er bemerkte dort, ein "mitteleuropäisches Reich deutscher Nation" stehe für "die europäische Verbrämung unseres Machtwillens" und "Dies Mitteleuropa ist wirtschaftlich und politisch die welthistorische Aufgabe" (18. April 1915). Entweder gehe Europa zugrunde oder es entwickle sich "ein mitteleuropäischer Imperialismus der leichten Hand" (11. Oktober 1915). "Ein guter Teil" der weltpolitischen Zukunft Deutschlands und seiner "Geltung in der Welt" werde davon abhängen, ob und wie es "das Konsolidationsproblem Mitteleuropas" lösen werde (13. April 1916). Riezler wollte ein "Zurückbiegen der bismarckschen Politik in die Paulskirche und den politischen Geist des römischen Reichs deutscher Nation". Preußen und Kleindeutschland seien zu überwinden durch ein "Großdeutschland" und die "Vereinigten Staaten von Mitteleuropa" (22. November 1916). Riezler knüpfte damit an die Expansionsbestrebungen des deutschen Bürgertums von 1848 an. Als einer von wenigen sprach er im Zusammenhang mit dem "Mitteleuropa"-Projekt offen von imperialistischen Zielsetzungen Deutschlands. Die Politik der Regierung zielle aktuell darauf, so Riezler, "das Deutsche Reich (...) in einen Imperialismus europäischer Gebärde hineinzuführen, den Kontinent von der Mitte aus (Österreich, Polen, Belgien) um unsere stille Führung zu gruppieren (11. März 1917)".¹⁵⁹ Um Serbien und Montenegro in diesem "mitteleuropäischen" Staatenbund hineinzuzwingen sah er "eine äußerst einfache Lösung" vor: Ihre Annexion durch die österreichisch-ungarische Monarchie.¹⁶⁰

In Übereinstimmung mit Naumann erklärte Riezler, die Realisierung des "mitteleuropäischen" Zusammenschlusses bedeute nicht, daß Deutschland sein "weltpolitisches Wirken über die Meere hinaus" aufgeben müsse, sondern ermögliche "im Gegenteil eine festere Fundamentierung einer solchen Weltpolitik".¹⁶¹

und Wirtschaftszeitung, 1, S. 1489-1510), zit. nach ders., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a. a. O., S. 627 u. 656.

¹⁵⁹ Riezler, Kurt, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a. a. O., Tagebucheintragungen vom 18. 4. 1915, 22. 11. 1916, 11. 3. 1917, S. 268f., 305, 382 u. 704 sowie der Aufsatz "Deutschtum und Europaertum", 13. 4. 1916, (Erstabdruck: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, 1,, S. 240-242), hier S. 549.

¹⁶⁰ Riezler, Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr, in: ders., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a. a. O., S. 655.

¹⁶¹ Ebenda, S. 650.

Im direkten Anschluß an die Veröffentlichung von Naumanns "Mitteleuropa-Buch" gab der Verein für Sozialpolitik, das damals wohl einflußreichste Gremium der deutschsprachigen Sozialwissenschaft, wissenschaftliche Fachgutachten über die Frage eines "mitteleuropäischen" Zoll- und Wirtschaftsbündnisses in Auftrag, die 1916 in drei Bänden unter dem Titel "Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem deutschen Reiche und seinen Verbündeten" herausgegeben wurden.¹⁶²

Einige Wissenschaftler plädierten dort für verstärkten Protektionismus, andere votierten für die Vorzüge des Freihandelssystems. Einigkeit bestand jedoch darin, daß Deutschland sein Kapital verstärkt in Österreich-Ungarn, Südosteuropa und dem Osmanischen Reich und nicht in Übersee konzentrieren solle, um den "trockenen Weg" zwischen Berlin und Bagdad auch in Friedenszeiten zu fördern. Auch unter politischen Gesichtspunkten sei ein weiterer Ausbau des Eisenbahnnetzes in Südosteuropa und dem Nahen Osten für Deutschland von "sehr großer Bedeutung".¹⁶³

Ein Wissenschaftler hob in besonderer Weise die Bedeutung und die kontinuierliche Verfolgung einer Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa durch die deutsche Politik in der vorangegangenen Periode hervor:

"Die Begründung eines wirtschaftlichen Einflußgebietes von der Nordsee zum persischen Meerbusen ist seit beinahe zwei Jahrzehnten das stille, unausgesprochene Ziel der deutschen Außenpolitik (...) in der Tat liegt in dieser Richtung für Deutschland die einzige Möglichkeit, aus seiner Einschließung inmitten Europas Luft zu gewinnen und ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet zu begründen, das ihm als Betätigungsfeld unabhängig von der Gnade und dem Neid der Weltmächte offensteht (...) Allein die politisch verbündete, durch den Landweg gesicherte südöstliche Straße mildert für Deutschland auf die Dauer die Gefahr einer Abschneidung lebenswichtiger Adern, ja überhebt sie derselben bezüglich derjenigen Güter, die die Stärke dieser Gebiete sind: Weizen, Mais, Rinder, Schafe, Wolle, Baumwolle, Mineralöle, in gewissem Ausmaß Kupfer."¹⁶⁴

¹⁶² Vgl. Droz, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 215.

¹⁶³ Vgl. Herkner, Heinrich (Hg.), im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik, Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten, Dritter Teil. Aussprache in der Sitzung des Ausschusses vom 6. April 1916 zu Berlin München/Leipzig 1916, S. 2, 53, 81 u. 91.

¹⁶⁴ Spiethoff, Arthur, Gründe für und wider einen deutsch-österreichisch-ungarischen Zollverband, in: (Hg.) Herkner, Hein-

Damit waren die wesentlichen Zielsetzungen der deutschen Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten klar ausgesprochen. Der an der Diskussion beteiligte Wissenschaftler Max Weber erklärte zudem die "mitteleuropäische Zolleinigung" solle zur deutschen Trumpfkarte in den Friedensverhandlungen werden.¹⁶⁵ Gustav Schmoller, der Mitbegründer des Vereins für Sozialpolitik, veröffentlichte 1916 einen Aufsatz über die "Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas". Darin forderte er, daß sich "Mitteleuropa", welches Friedrich Naumann "mit der Leidenschaft eines politisch-sozialen Apostels" gepredigt habe, nicht bloß politisch und militärisch, sondern auch volkswirtschaftlich verbinden müsse. Dies solle nicht allein für die Kriegszeit, sondern dauerhaft geschehen. Deutschland und Österreich-Ungarn müßten sich das Osmanische Reich und die Balkanstaaten angliedern, um sich so zu Lande einen Zugang nach Afrika, nach Persien und Indien zu sichern.¹⁶⁶ Schmollers "Mitteleuropa"-Konzept ging weit über die Grenzen Europas hinaus. Der deutsche Plan ziele auf das

"künftige Weltreich, das man Mitteleuropa nennt, d. h. von der politischen und wirtschaftlichen Angliederung der Türkei und der Balkanstaaten, besonders Bulgariens und Rumäniens an beide Reiche, von dem großen Blocke, der von der Nordsee bis zum Persischen Golf reichen soll."¹⁶⁷

Von diesem Wirtschaftsblock träumte 1916 auch Paul Rohrbach, wobei er, entsprechend der verbreiteten Meinung, den Hauptgegner zur Erreichung dieses Ziels in Rußland sah. Er fragte emphatisch:

"Was aber soll aus unserer Zukunft werden, wenn Rußland eines Tages dorthin gelangt, wohin es mit allen Kräften strebt, wohin es streben muß - solange ihm überhaupt die Kräfte bleiben - nach Konstantinopel? Fällt Konstantinopel, fällt der Balkan, fällt die Türkei, dann ist es aus mit der politisch-wirtschaftlichen Genossenschaft der Länder und Völker zwischen der Nordsee und dem Persischen

reich, Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten, Erster Teil, a. a. O., S. 27-29.

¹⁶⁵ Weber, Max, in: Herkner (Hg.), Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten, Dritter Teil, a. a. O., S. 33.

¹⁶⁶ Vgl. Schmoller, Gustav, Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 40. Bd., 2. Heft, 1916, S. 533 u. 545.

¹⁶⁷ Schmoller, Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas, a. a. O., S. 545.

Golf (...) Wo aber bleibt dann unsere Brücke nach dem Orient? (...) Wo bleibt jenes wichtige Ziel, für die Zukunft unseren Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln, an Metallen, an Petroleum, an Baumwolle, an Wolle, an Ölfrüchten, Getreide, usw. durch Aufschließung des Orients und Ausnutzung unserer Verbindungen dorthin zu sichern?"¹⁶⁸

Ähnlich argumentierte der weniger bekannte Publizist Heinrich Theodor List 1916 in der Schrift "Deutschland und Mittel-Europa". Er erklärte, Deutschland müsse sich durch den Krieg für Jahrhunderte Entwicklungs- und Ausdehnungsraum sichern. Als Hauptexpansionsziel wurde auch hier ein "konkurrenzfähiger mitteleuropäischer Bund" benannt, der "von der freien Nordsee bis zum offenen Indischen Ozean reichen" und dessen "Schlagader" die Bahn "Hamburg-Berlin-Wien-Sofia-Konstantinopel-Bagdad-Koweit" werden müsse.

Ein solcher Bund könne der Welt getrost entgegensehen, zumal in dessen Nachbarschaft noch Aussicht auf einige Millionen Quadrat-kilometer koloniale Gebiete bestehe. Weite Flächen des Bundes seien bisher wenig erforscht, sodaß die Hoffnung bestehe, dort Lager der Deutschland am notwendigsten fehlenden Rohstoffe, Kupfer und Erdöl, zu finden. Das gemeinsame Interesse "Mitteleuropas" gebiete es, auf jeden Fall zu verhindern, daß Rußland oder England die persischen Ölzonen für sich beschlagnahmen.¹⁶⁹ Hier zeigt sich die in dieser Phase wachsende Bedeutung des Zugriffs auf Erdölquellen in den Expansionsplänen impüerialistischer Staaten.¹⁷⁰

Auch in der Schrift "Deutschland und Mittel-Europa" wurde die Kontinuität des deutschen Drangs nach Südosten betont:

"Dieser große Gedanke der Zusammengehörigkeit mit der Türkei, den Friedrich List, Moltke und andere schon vor Jahren ausgesprochen, ist seit dem Regierungsantritt unseres Kaisers, nächst der Notwendigkeit einer starken Seemacht, ein Hauptmotiv unserer auswärtigen Politik."¹⁷¹

¹⁶⁸ Rohrbach, Paul, England, Rußland, unsere Gegner, in: Deutsche Politik. Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik, 1. Jg., Heft 1 vom 1. Januar 1916, S. 11.

¹⁶⁹ Vgl. List, Heinrich Theodor, Deutschland und Mittel-Europa, Berlin 1916, S. 109-113.

¹⁷⁰ Während des Ersten Weltkrieges wurden erstmals Panzer eingesetzt, für die Erdöl als Treibstoff benötigt wurde.

¹⁷¹ Ebenda, S. 49.

Noch ausführlicher wurde die Kontinuität deutscher Expansionspläne in Richtung Ost- und Südosteuropa 1917 vom Berliner Amtsrichter Jaques Stern hergeleitet. Er veröffentlichte eine Schrift über die Geschichte der "Mitteleuropa"-Idee von Leibniz bis Naumann. Dabei zog er eine direkte Verbindungslinie von Friedrich List über Konstantin Frantz, Paul de Lagarde und anderen zu Friedrich Naumann und Ernst Jäckh.¹⁷² Allen gemeinsam sei die Überzeugung, daß geographische Lage und geschichtliche Entwicklung die festen Grundlagen der künftigen Gestaltung "Mitteleuropas" bilden würden und der "festländische Weg der mitteleuropäischen Weltmacht" nach dem Balkan und dem Nahen Osten weise. Deutschland und Österreich hätten in dieser Frage "kraft der Eigenart des deutschen Geistes einen besonderen kulturellen Beruf in der Welt zu erfüllen". Durch den Weltkrieg sei nun eine "Lebensgemeinschaft von Mitteleuropa und Orient" realisiert worden.¹⁷³ Stern resümierte:

"Die - Jahrhunderte umfassende - Geschichte des mitteleuropäischen Gedankens, der im Bewußtsein deutscher Männer lebt und wirkt, zeigt uns den Weg der Zukunft: `Mitteleuropa` als geschichtliche Notwendigkeit."¹⁷⁴

Zwischen 1840 und 1915 veröffentlichte deutsche Südosteuropakonzepte dienten somit zur Legitimation des wesentlichen deutschen Kriegszieles, der Realisierung eines Großwirtschaftsraums von der Nordsee bis zum Persischen Golf.

Immer wiederkehrende Argumente für "Mitteleuropa" und den Großraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf waren die Stärkung des Kriegsbündnisses, die Zukunft der Deutschen in Ost- und Südosteuropa, die Notwendigkeit, die europäische Kultur vor der angeblichen panslawistischen bzw. russischen Flut retten zu müssen, sowie die Hoffnung auf ein erfolgreiches Konkurrenzprojekt zum britischen Imperialismus durch die Schaffung eines großen kontinentalen Wirtschaftsraumes von Hamburg bis zum Persischen Golf.

¹⁷² Stern nannte ausdrücklich die Schriften Jäckhs, "Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland" und "Das größere Mitteleuropa". (Vgl. Stern, Jaques, Mitteleuropa von Leibniz bis Naumann, Stuttgart/Berlin 1917, S. 20 u. 30).

¹⁷³ Vgl. Stern, a. a. O., S. 5 u. 30f.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 32.

5.2.4 Deutsche Geopolitik und Südosteuropa im Ersten Weltkrieg

Die vor 1914 als Legitimationsideologie des deutschen Expansionismus entwickelte "Politischen Geographie" von Ratzel, Partsch und Dix wurde während des Ersten Weltkrieges unter den neuen Begriff "Geopolitik"¹⁷⁵ gefaßt. Geprägt wurde diese "Wissenschaft" von dem germanophilen schwedischen Wissenschaftler Rudolf Kjellén, dessen Schriften in Deutschland während des Ersten Welt-

¹⁷⁵ Mittels der neuentwickelten "Geopolitik" wurden die deutschen Expansionsziele seit Anfang des 20. Jahrhunderts mit geographischen, quasi naturgegebenen Bedingungen begründet bzw. verschleiert. Als Vater der "Geopolitik" gilt der deutsche Geograph und Zoologe Friedrich Ratzel (1844-1904) mit seiner 1897 erschienenen Schrift "Politische Geographie". Der pangermanistische Schwede Kjellén (1864-1922, Professor für Staatsrecht an der Universität Upsala) entwickelte die Theorie Ratzels in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg weiter. Von ihm stammt der Begriff "Geopolitik". Ratzel war Mitglied im Alldeutschen Verband, Kjellén stand diesem nahe. Während Kjelléns Schriften in Schweden ohne Wirkung blieben, erreichten sie in Deutschland großen Verbreitungsgrad und Einfluß. Ratzel, Kjellén und ihre Nachfolger Haushofer, Dix, Maull, Grabowsky u. a., predigten einen geographischen Determinismus, wonach Zustand und Entwicklung einer Gesellschaft durch Faktoren des geographischen Milieus wie Klima, Bodengestalt, Lage. usw. bestimmt würden. Der geographische Raum sei für das Schicksal eines "Volkes", die Politik des Staates und den Ablauf der Geschichte bestimmend. Die Geopolitiker bezeichneten den Staat als einen Organismus, dessen Eigenschaften sich aus denen des "Volkes" und des Bodens ergäben. Die Außenpolitik des deutschen Staates sei die Folge biologischer Wachstumsgesetze. Die Geopolitik speiste sich aus Rassentheorien, Sozialdarwinismus und der bevölkerungspolitischen Theorie von Malthus. Da die Geopolitiker davon ausgingen, daß sich die Maßstäbe für politische Räume ununterbrochen verändern, konnten sie jede imperialistische Aggression, je nach Lage der Dinge und in jeder Richtung, rechtfertigen. Bereits die frühen Propagandisten der Geopolitik verwiesen immer wieder auf die deutsche "Mittellage", durch die Deutschland von allen Seiten bedroht sei. Die "Mittellage" gebe dem deutschen Staat das Recht, die Führung über die umliegenden Staaten zu übernehmen. Seit den zwanziger Jahren wurde die Geopolitik von Karl Haushofer u. a. systematisch propagiert und als wissenschaftliches Fachgebiet etabliert. (Vgl. Heyden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik. Wesen und soziale Funktion einer reaktionären soziologischen Schule, Berlin (DDR) 1958, S. 15, 36, 74, 94, 98f., 104, 110, 128, 138, 141; Ratzel, Friedrich, Anthropogeographie, Stuttgart 1891; ders., Politische Geographie, München/Leipzig 1897; ders., Deutschland, 5. Auflage, Berlin/Leipzig 1921, S. 5f. u. 201; Dix, Arthur, Politische Erdkunde, Breslau 1922; Maull, Otto, Friedrich Ratzel zum Gedächtnis, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8, 1929, S. 614ff.; Kjellén, Rudolf, Der Staat als Lebensform, Berlin 1924; Deborin, a. a. O., S. 2736).

krieges große Verbreitung fanden.¹⁷⁶ Ausgehend von der Überzeugung, daß die geographische Lage die Politik eines Staates bestimmen müsse, gab Kjellén drei elementare Forderungen für "eine wirkliche Großmacht" vor:

"entsprechende Ausdehnung, volle Bewegungsfreiheit, inneren Zusammenhalt."¹⁷⁷

Mit diesen angeblichen drei geopolitischen Erfordernissen ließen sich die wesentlichen Kriegsziele sowohl der ökonomistischen als auch der annexionistischen Imperialisten legitimieren. Der Krieg gegen England konnte demnach als Kampf um die "volle Bewegungsfreiheit" auf den Weltmeern ausgelegt werden, während der Krieg gegen Serbien und Rußland um die Bewegungsfreiheit des deutschen Expansionismus nach Südosteuropa und den Nahen Osten zu führen sei, um so die "entsprechende Ausdehnung" Deutschlands zu ermöglichen. Für den Protagonisten Kjellén lag die Kompaßrichtung deutscher Ausbreitung aufgrund "geographischer Axiome" im Südosten:

"Da die slawischen und romanischen Mauern den Osten und Westen absperren, während im Norden hinter Skandinavien Ödmarken liegen, blieb keine andere Richtung über."¹⁷⁸

Als ersten Propheten dieses Gedankens und geistigen Vater "jener Weltgeschichte (...), die jetzt ihre Blutstaufe durch den Weltkrieg" erfahre, bezeichnete Kjellén Friedrich List. Als weitere frühe "Verkünder" der angeblich geopolitischen Notwendigkeit deutscher Südosteuropaexpansion nannte er u. a. Paul Dehn, Arthur Dix, Ernst Jäckh und von Winterstetten (Ritter).¹⁷⁹ Die von ihnen geforderte Expansion nach Südosteuropa sei

¹⁷⁶ Kurz nach Beginn des Weltkrieges begannen deutsche Buchläden mit einer Kampagne für die ersten deutschen Ausgaben der Schriften Kjelléns "Die Großmächte der Gegenwart" (Leipzig 1914) und "Die politischen Probleme des Weltkrieges", Leipzig/Berlin 1916. (Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 141).

¹⁷⁷ Kjellén, Rudolf, Die politischen Probleme des Weltkrieges, Leipzig/Berlin 1916, S. 22.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 28f.

¹⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 29f. u. 36. Kjellén bezog sich auch positiv auf den von deutschen Propagandisten der Südosteuropaexpansion als Kronzeugen angeführten englischen Kolonialpolitiker Harry Johnston. (Ebenda, S. 26 u. 35). Siehe zu Johnston in dieser Arbeit S. 227.

"der wirkliche Königs- oder Kaisergedanke des neuen Deutschland als Lösung der geopolitischen Heimatprobleme des Landes und als der einzig natürliche Weg zur Weltmacht".¹⁸⁰

Nur so könne Deutschland, "das ihm angeborene Übel, die Zwischenlage" überwinden.¹⁸¹ Mit dem Begriff der "Zwischenlage" wurde die angebliche Gefahr einer "Einkreisung" Deutschlands durch die umliegenden Großmächte Großbritannien, Frankreich und Rußland umschrieben. Eine Befreiung und Konsolidierung Deutschlands aus dieser vermeintlichen Umklammerung sei nur durch dessen Expansion in Richtung Südosten möglich, da hier keine der genannten Großmächte im Wege stehe.

Als einer der ersten berief sich Ernst Jäckh auf die Geopolitik Kjelléns. Er veröffentlichte Mitte 1916 eine vielbeachtete Aufsatzfolge in der Zeitschrift "Deutsche Politik". Nach der kurz zuvor erfolgten Okkupation Serbiens propagierte er darin, in Erweiterung der Pläne Naumanns, die Etablierung eines "größeren Mitteleuropas".¹⁸² Im ersten Aufsatz mit dem Titel "Mitteleuropa als Organismus" schrieb er:

"Nicht vom kleineren Mitteleuropa im Sinn Friedrich Naumanns soll diesmal die Rede sein (also von der Gemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn); sondern vom größeren "Mitteleuropa", der Bundeseinheit der vier Völker von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei (...) Der einzige und letzte Landweg in die Welt: dieses klare, klassische Wort ist der Zwang für Mitteleuropa."¹⁸³

Deutschland sei von fertigen und feindlichen Völkern umgeben: Im Westen Frankreich, im Osten Rußland, im Norden England.

"Nur südostwärts - hinter dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, für den bereits Bismarck sich entschieden hat gegen Rußland - öffnet sich der Weg zu Völkern, die noch nicht fertig sind in ihrer Staatenbildung, auch noch nicht feindlich gegen uns."¹⁸⁴

¹⁸⁰ Ebenda, S. 36.

¹⁸¹ Ebenda, S. 37.

¹⁸² Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 239.

¹⁸³ Jäckh, Ernst, "Mitteleuropa als Organismus, in: Deutsche Politik. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik, herausgegeben von Ernst Jäckh/Paul Rohrbach/Philipp Stein, 1. Jg., Heft 25, 16. Juni 1916, S. 1065-1069.

Jäckh bezog sich auf eine Äußerung des deutschen Kaisers aus der Neujahrnacht 1908/1909.

¹⁸⁴ Ebenda.

Bereits im Jahr 1890 sei das "Größere Mitteleuropa" vorkonturiert worden, als Deutschland von der britischen Regierung die Insel Helgoland und von der Osmanischen Regierung die Konzession für die Bagdadbahn erhielt. Helgoland und Bagdad, seien, so Jäckh, die Marksteine, die die deutsche Entwicklung brauche. Wie Kjellén stilisierte Jäckh die deutsche Südostexpansion zum unabänderbaren deutschen Schicksal:

"Nicht die Laune noch die Willkür irgendeines Staatsmannes führt, verführt dorthin, zu Mitteleuropa hin; sondern die Not unserer geographischen Lage."¹⁸⁵

Die geographische Not, diese "gottgewollte Abhängigkeit", werde zur politischen Notwendigkeit und zum geopolitischen Zwang - für Deutschland und Österreich-Ungarn - wie "für Balkan und Orient". Das "weltgeschichtliche Schicksal" weise auf die "Unentrinnbarkeit" des Weltkrieges hin, denn Deutschland müsse den "russischen Balkanwall" und den "englischen Orientring" brechen, um sich im "Orient" wirtschaftlich "unbegrenzte Möglichkeiten" zu sichern.¹⁸⁶

Der wesentliche Gewinn des Weltkrieges läge für Deutschland in der Durchsetzung eines "gesicherten Zusammenhangs über den Balkan bis nach Bagdad und bis vor Suez."¹⁸⁷

Im Aufsatz mit dem Titel "Der geopolitische Zwang" erläuterte Jäckh den LeserInnen den bisher unbekannten Begriff der "Geopolitik". Von Kjellén übernahm er dabei die drei angeblich kategorischen Anforderungen der Geopolitik an "Weltreiche": "genügende Ausdehnung, Bewegungsfreiheit und Möglichkeit zu starkem Zusammenhalt." Noch würden Deutschland alle drei Eigenschaften fehlen. Es könne sie "nur südostwärts finden."¹⁸⁸

Für diese Expansion sei in den vorangegangenen Jahrzehnten kontinuierlich der Weg geebnet worden. Spätestens im Jahr 1867 habe die deutsche Politik diese Richtung eingeschlagen, als der Deutsche Karl von Hohenzollern den rumänischen Thron bestieg, mit der Begründung, es sei die deutsche Bestimmung, sich "südostwärts" zu wenden und "auf diesem Weg die Völker zu entwickeln." Diese Linie sei fortgesetzt worden, als sich Bismarck 1879 im

¹⁸⁵ Jäckh, Mitteleuropa als Organismus, a. a. O.

¹⁸⁶ Vgl. Jäckh, "Mitteleuropa" als Organismus, a. a. O.

¹⁸⁷ Jäckh, Ernst, Der geopolitische Zwang, in: Deutsche Politik, 1. Jg., Heft 29, 14. Juli 1916, S. 1228f.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 1229f.

Zweibundvertrag für Österreich-Ungarn und gegen Rußland und so für den deutschen Weg "balkanabwärts" entschieden habe. Als weitere Marksteine der Vorantreibung deutscher Interessen in Südosteuropa und dem Nahen Osten nannte Jäckh den ersten "Balkanzug" Berlin-Wien-Sofia-Konstantinopel 1888, die Reisen des deutschen Kaisers in das Osmanische Reich 1889/90 und 1898, die Initiierung des Bagdadbahnprojekts, die deutsche Unterstützung der Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn 1908 und die Unterstützung für das Osmanische Reich in den Balkankriegen 1912/1913.¹⁸⁹

Neben Jäckh begründete auch der Historiker Lamprecht eine deutsche Ost- und Südosteuropaexpansion mit geopolitischen Scheinargumenten. Er behauptete 1914, das "geographische Schicksal" Deutschlands werde durch seine Lage im Herzen des europäischen Kontinents charakterisiert. Durch seine zentrale Lage sei Deutschland dazu berufen, in Europa Ordnung zu schaffen. Zu diesem Zweck solle eine "mitteleuropäische Konföderation" unter deutscher Führung geschaffen werden.¹⁹⁰ Friedrich Meinecke, ebenfalls Historiker, sprach 1914 von der "Einkreisung", der Deutschland ausgesetzt sei, und von einer "Beengtheit" seiner geographischen Lage. Diese zwinge Deutschland, ständig bis an die Zähne gerüstet zu sein. Auch Meinecke schlug als Ausweg aus der "Einkreisung" die Errichtung eines "mitteleuropäischen Staatenbundes" vor. Darin sollten sich alle westlich von Rußland lebenden "Völker" mit Deutschland und Österreich zusammenschließen. Die führende Rolle innerhalb dieses Bundes müsse Deutschland zufallen. Den anderen zu "Mitteleuropa" gerechneten Nationen sicherte Meinecke nur so weit "Freiheit der Entwicklung" zu, als dies mit den Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns vereinbar sein werde.¹⁹¹

Auch der Reichstagsabgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Schulze-Gaevernitz erhob 1916 die Durchsetzung der deutschen Expansionsziele in Südosteuropa und dem Nahen Osten, die sich angeblich aus "geopolitischen" Zwängen ergäben, zum wesentlichen Kriegsziel. Er betonte dabei wie Jäckh und Kjellén die Kontinuität dieser Zielsetzung:

¹⁸⁹ Ebenda, S. 1225-1227.

¹⁹⁰ Vgl. Deborin, a. a. O., S. 2740.

¹⁹¹ Vgl. Deborin, a. a. O., S. 2740f.

"Deutschland kann die Türkei und vor allem Österreich-Ungarn nicht preisgeben, sonst wäre es selbst Kleinstaat, der Vasall und das nächste Opfer Rußlands. So schon mit aller Entschiedenheit Bismarck auf dem Berliner Kongreß und später! Hierzu kam der Friedrich Listsche Gedanke einer wirtschaftlichen Ausweitung Deutschlands nach dem Südosten, welcher in der Bagdadbahn seinen Ausdruck fand (...) Eingeklemmt zwischen Weltmächte im Westen und Osten sehen wir nur einen Ausweg: Mitteleuropa (...) Dieses Mitteleuropa im engen Bunde mit dem Balkan und der Türkei (...) wäre politische und wirtschaftliche Weltmacht, welche über Suez auch vom Lande her Druck auf Afrika ausüben könnte. Holen wir dieses Ergebnis aus dem Kriege heraus, so ist (...) dieser Krieg für uns nicht verloren, sondern gewonnen."¹⁹²

Damit unterstrich Schulze-Gaevernitz für die Gruppe der ökonomischen Imperialisten die Priorität der deutschen Kriegsziele in Südosteuropa und dem Nahen Osten gegenüber Gewinnen in Westeuropa.

Ebenfalls "geopolitisch" argumentierte der Historiker Hermann Oncken. Er vertrat die Auffassung, Deutschland habe das "moralische Recht" durch "Neugestaltungen im Osten und Südosten" die Anfälligkeit seiner "Mittellage" zu verbessern.¹⁹³ Der Weltkrieg habe diesbezüglich eine Wende gebracht. "Mitteleuropa" sei nach Südosten verlängert worden. Die deutsche Mittelstellung zwischen West und Ost setze sich jetzt nach Südosten fort, um dort einerseits die russischen andererseits die englischen Ambitionen abzuhalten. Diese "weltpolitische Verlängerung" habe Deutschland eine Vergrößerung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Machtsphäre ermöglicht. Als "neues Mitteleuropa" betrachtete Oncken das Weltkriegsbündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich, dem nach dem Krieg noch Rumänien, Serbien und Montenegro sowie ein geschlossenes Kolonialreich angegliedert werden sollten.¹⁹⁴ Der deutschen Politik falle in Zukunft

"die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß die Elemente, die nach dem Balkankriege von 1912 vorschnell triumphierten, niemals wieder das Haupt erheben können (...) Die zukünftigen Lenker dieser Staaten, Rumäniens wie Serbien-Montenegros (...), werden nur durch eine unbedingt loyale

¹⁹² Schulze-Gaevernitz, An der Schwelle des dritten Kriegsjahres, in: Deutsche Politik, 1. Jg., Heft 36, 1. 9. 1916, S.1560f.

¹⁹³ Oncken, Hermann, Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917, S. 139.

¹⁹⁴ Vgl. ebenda; S. 101 u. 147.

Haltung das verschenkte Vertrauen zurückgewinnen können."¹⁹⁵

Infolge der Entwicklung und Verbreitung der geopolitischen Theorien wurde ein "unabänderliches Schicksal" und die angebliche geographische "Zwangslage" Deutschlands seit der Periode des Ersten Weltkrieges immer wieder als Legitimation einer deutschen Expansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten angeführt.

5.2.5 Internationale Reaktionen auf die deutschen Kriegspläne im Südosten

In den Staaten der Entente wurden die deutschen "Mitteleuropa"-Pläne von einigen Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern klar analysiert und durchschaut. Sie erkannten, daß der Krieg von der deutschen Regierung vor allem deshalb begonnen worden war, um ein großräumiges deutsches Herrschaftsgebiet von der Nordsee bis zum Nahen Osten zu etablieren.¹⁹⁶ Um die Bevölkerung der Entente-Staaten über die deutschen Kriegsziele aufzuklären, gründete eine Gruppe von englischen, französischen und tschechischen Intellektuellen um Thomas G. Masaryk, Wickham-Steed und Robert W. Seton-Watson 1916 die Wochenzeitschrift "The New Europe".¹⁹⁷ Ziel der Herausgeber war die Förderung der Emanzipation der Bevölkerung Ost- und Südosteuropa von der deutschen und ungarischen Hegemonie. Dies müsse die Antwort der Alliierten auf "Mitteleuropa" und "Berlin-Bagdad" sein.¹⁹⁸ Auch der französische Journalist André Chéradame schrieb für diese Zeitschrift. Er war einer der ersten, der den deutschen Drang nach Südosten in den

¹⁹⁵ Ebenda, S. 114f.

¹⁹⁶ Genau beschrieben wurden die deutschen Kriegsziele in Südosteuropa auch im englischen Spionageroman "The Great Impersonation". (Vgl. Oppenheim, E. Philips, The Great Impersonation, London 1915, S. 281f.).

¹⁹⁷ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 4 u. 215; Masaryk, Thomas G., Das Neue Europa. Der slawische Standpunkt (Englische Originalausgabe: Oktober 1918, deutsche Erstausgabe 1922), Neudruck der deutschen Erstausgabe: Osnaabrück 1976.

¹⁹⁸ Vgl. Meyer, Drang nach Osten. Fortunes of a Slogan-concept in German-Slavic Relations 1849-1990, Bern/Berlin/Frankfurt u. a. 1996, S. 117.

Mittelpunkt seiner Analysen stellte.¹⁹⁹ Seit der Jahrhundertwende publizierte er zu diesem Thema Artikel und Bücher,²⁰⁰ in denen er darauf hinwies, daß der Großwirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf bereits im 19. Jahrhundert von den deutschen Ökonomen List, Roscher und Rodbertus propagiert worden sei.²⁰¹ Er hob zudem die alldeutsche Schrift "Grossdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950" hervor²⁰², in der der pangermanistische Plan in dieser Richtung detailliert beschrieben worden sei.²⁰³ Dabei sei es in Deutschland nicht bei den theoretischen Erwägungen einer Südosteuropaexpansion geblieben, denn auch die deutschen Regierungen hätten sich eine Vorherrschaft in Südosteuropa seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Ziel gesetzt. Dies habe sich u. a. in der Einsetzung deutscher Adelliger als Regenten von Rumänien, Bulgarien und Albanien ausgedrückt. Darüberhinaus hätte Kaiser Wilhelm II. die Gründung des Alldeutschen Verbandes gefördert, dem Chéradame eine große Verantwortung für die Auslösung des Weltkrieges zuschrieb.²⁰⁴ In diesem Krieg sei die Ausbeutung der Ressourcen Südosteuropas und des Osmanischen Reiches das vorrangige deutsche Ziel. Deutschland strebe dort eine Kontrolle der Ökonomie, der Banken und der Landwirtschaft sowie der Eisenbahn- und Wasserwege an. Friedrich Naumann arbeite daran, den Weg zur Verwirklichung dieser Zielsetzung zu ebnen. Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich sollten von den Alliierten nicht als Verbündete der deutschen Regierung betrachtet werden, sondern als deren Vasallen, da sie finanziell absolut von Deutschland abhängig seien.²⁰⁵ Die deutschen Kriegsziele im Südosten umriß Chéradame mit folgender Karte:

¹⁹⁹ Chéradame gehörte zu einer Gruppe von Absolventen der Pariser École Libre des Sciences Politiques, die sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Erforschung des Pangermanismus beschäftigte. (Vgl. Meyer, Drang nach Osten, a. a. O., S. 101f.).

²⁰⁰ Vgl. Chéradame, André, L'Europe et la Question d'Autriche au seuil du XXe Siècle, Paris, 1901; ders., Le Chemin de fer de Bagdad, Paris, 1903.

²⁰¹ Vgl. Chéradame, André, Pan-Germany. The Disease and Cure, a. a. O., S. 28.

²⁰² Vgl. dazu in dieser Arbeit S. 179f.

²⁰³ Vgl. Chéradame, André, The Pangerman Plot Unmasked, New York, 1917, S. 4; ders., Pan-Germany. The Disease and Cure, a. a. O., S. 144f.

²⁰⁴ Vgl. Chéradame, The Pan German Plot, a. a. O., S. 5ff.

²⁰⁵ Vgl. Chéradame, Pan-Germany. The Disease and Cure, a. a. O., S. 8, 16, 30ff. u. 37.



206

Die verschieden dicken Umrandungen der Karte skizzieren in der ersten Zone den Kern des deutschen "Mitteleuropa"-Projekts, einen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Anschluß Österreich-Ungarns und in der zweiten Zone die angestrebte Unterwerfung der Länder Südosteuropas. Mit der eingezeichneten Eisenbahnlinie bis an den Persischen Golf sind die noch weitergehenden, in den Nahen Osten reichenden, deutschen Expansionsbestrebungen angedeutet.

Die Schriften Chéradames erlangten während des Ersten Weltkrieges große Aufmerksamkeit in den Ländern der deutschen Kriegsgegner. Sie wurden in französischen und englischen Ausgaben veröffentlicht. Chéradame wies die Alliierten immer wieder darauf hin, daß die territorialen Kriegsziele Deutschlands in Ost- und Südosteuropa viel umfangreicher waren als in Westeuropa.²⁰⁷

Auch der britische Politiker Lord Balfour bemerkte in einem Schreiben an den us-amerikanischen Präsidenten Wilson vom 18. Mai 1917, daß die deutsche Politik vor dem Krieg ernsthaft nach einer Landroute nach Indien gestrebt habe. Das "Mitteleuropa" der Kriegszeit sei die logische Erfüllung dieser früheren Träume.²⁰⁸

²⁰⁶ Chéradame, *The Pangerman Plot*, a. a. O., S. 57.

²⁰⁷ Vgl. Chéradame, *The Pangerman Plot*, a. a. O., S. 222f.

²⁰⁸ Vgl. Letter Lord Balfour to W. Wilson, May 18, 1917, Woodrow Wilson Collection. Library of Congress, Washington, D. C., nach Meyer, *Mitteleuropa in German thought and action*, a. a. O., S. 251.

In ähnlicher Weise wies der spätere tschechische Präsident Masaryk²⁰⁹ auf die Kontinuität des deutschen Dranges nach Osten und Südosten hin. Er widmete den Leitartikel der ersten Ausgabe von "The New Europe" diesem Thema. Auch er erkannte das Hauptziel des deutschen Imperialismus in einer ökonomischen und politischen Union mit Österreich-Ungarn, der die Balkanstaaten und das Osmanische Reich angeschlossen werden sollten. Dieser Plan werde mit der Parole "Mitteleuropa" umschrieben. Langfristig ziele das "Mitteleuropa"-Konzept auch auf eine Annexion des Baltikums und einiger russischer Provinzen sowie auf eine deutsche Hegemonie über Polen. Der "Mitteleuropa"-Plan beinhalte nicht eine Zollunion, sondern auch einen politischen und militärischen Zusammenschluß. Als Vordenker des "Mitteleuropa"-Projekts nannte Masaryk List, Moltke, Dehn, Rodbertus, Roscher, Lassalle und Frantz. Als geistigen Vater des Pangermanismus bezeichnete er Paul de Lagarde. Der deutsche Kaiser sei, als Schüler Lagardes, aufgrund seiner pangermanistischen Überzeugungen zum Förderer des Alldeutschen Verbandes geworden. Masaryk betonte, daß der gegenwärtige Krieg zweifellos in seinen Ursprüngen und seiner Entwicklung auf die pangermanistischen Pläne, die im wesentlichen auf eine deutsche Hegemonie über die kleinen Nationen Ost- und Südosteuropas zielen würden, zurückzuführen sei. Die deutsche Politik verfolge in erster Linie kontinentale Ziele. Auch die deutsche Sozialdemokratie akzeptiere bzw. unterstütze die pangermanistische Zielsetzung. Wenn Deutschland sein "Mitteleuropa"-Konzept durchsetze, habe es das wesentliche Kriegsziel verwirklicht. Der Besitz von Triest, Saloniki und Konstantinopel werde dem deutschen "Mitteleuropa" auch die Hegemonie über die Adria, die Ägäis und das Mittelmeer sichern.²¹⁰

Im April 1915 gelangte ein Memorandum Masaryks für ein "Unabhängiges Böhmen" über den britischen Professor Seton-Watson an die Regierungen der Alliierten. Darin benannte Masaryk klar die von Deutschland ausgehende Bedrohung, für die er die Begriffe Pan-

²⁰⁹ Masaryk hielt sich während des Ersten Weltkrieges in Großbritannien auf, während Benes in Frankreich lebte. (Vgl. Meyer, Drang nach Osten, a. a. O., S. 115).

²¹⁰ Vgl. Masaryk, T. G., Pangermanism and the Eastern Question, in: The New Europe (1916), p. 2-19.; ders., Das Neue Europa. Der slavische Standpunkt, a. a. O., S. 4, 7, 9, 25, 119 u. 129f.

germanismus und "Berlin-Bagdad" verwendete.²¹¹ Nach den militärischen Erfolgen Deutschlands in Rußland und Südosteuropa 1915/16 verstärkten Masaryk, Chéradame und Seton-Watson ihre Anstrengungen. Sie wandten sich gegen einen Friedensschluß auf der Basis eines deutschen Rückzuges in Westeuropa. Allein die Abtretung Elsaß-Lothringens und die Wiederherstellung eines souveränen belgischen Staates könne keine Grundlage für einen dauerhaften Frieden sein, da die deutsche Politik in diesem Fall vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Lage ihre Hauptziele in Ost- und Südosteuropa sowie im Nahen Osten verwirklicht hätte. Nur der vollständige Sieg der Alliierten könne Deutschland dazu zwingen, seinen Plan der Vorherrschaft von der Nordsee bis zum Persischen Golf aufzugeben, deshalb müsse der Krieg "im Interesse eines dauernden Friedens" weitergeführt werden.²¹²

Eine unerläßliche Voraussetzung für die Zerstörung des deutschen Militarismus sahen Chéradame und Masaryk in der Realisierung einer tschechischen Unabhängigkeit. Ein Memorandum Masaryks vom Februar 1916 hatte den bezeichnenden Titel "L'Europe centrale pangermanique ou une Bohême libre?". Ein Zusammenschluß von Tschechien und der Slowakei stehe dem Plan Berlin-Bagdad im Wege, denn der kürzeste Weg von Berlin nach Konstantinopel, nach Saloniki und nach Triest führe über Prag. Als weitere Maßnahme müsse, so Masaryk, ein polnischer und ein jugoslawischer Staat gegen die deutschen Expansionsabsichten in Ost- und Südosteuropa etabliert werden.²¹³ Chéradame betonte, daß es ohne ein freies Tschechien und Jugoslawien unmöglich sei, Rumänien und Serbien wiederherzustellen, ein wirklich freies Polen zu schaffen und Rußland aus dem deutschen Griff zu befreien.²¹⁴

²¹¹ Das Memorandum ist abgedruckt in: Seton-Watson, Robert W., Masaryk in England, Cambridge 1943.

²¹² Vgl. Chéradame, The Pangerman Plot, a. a. O., S. 161.

²¹³ Vgl. Masaryk, Das Neue Europa. Der slavische Standpunkt, a. a. O., S. 90, 112 u. 137ff.; Koralka, Jiri, Anpassung oder Widerstand. Zu den tschechischen Reaktionen auf die deutsche Mitteleuropaidee vor und nach dem Jahre 1914, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, a. a. O., S. 37.

Die Position von Masaryk war keineswegs marginal. Die von ihm genannten Friedensbedingungen wurden im wesentlichen in den Versailler Verträgen verwirklicht. (Vgl. ebenda, S. III).

²¹⁴ Vgl. Chéradame, Pan-Germany. The Disease and Cure, a. a. O., S. 123f.

Im Vorwort zur englischen Ausgabe von Chéradames Buch "The Pan German Plot Unmasked" von 1917 forderte Earl of Cromer diesbezüglich:

"Es ist ein Süd-Slawischer Staat zu gründen, der eine effektive Barriere gegen den deutschen Drang nach Osten gewährleisten kann."²¹⁵

Chéradame schlug darüber hinaus die Bildung von "Vereinigten Staaten in Zentraleuropa" vor, bestehend aus Ungarn, Polen, Kroatien, Serbien, Montenegro und der Tschechoslowakei. Ein solcher Zusammenschluß solle nach dem Krieg als mächtige Barriere gegen jedes aggressive Wiederaufleben des Pangermanismus fungieren.²¹⁶

Masaryk erweiterte diesen Gedanken, als er Ende 1918 für eine "Demokratische Zentraleuropäische Union" eintrat, um den deutschen Plan von "Mitteleuropa" durch einen positiven Plan der Organisation der vielen kleinen Nationen zwischen Deutschland und Rußland zu ersetzen. Diese Staaten-Föderation sollte das Gebiet vom Baltikum bis zum Ägäischen Meer umfassen.²¹⁷

Vom 14. bis 17. Juni 1916 fand unter Beteiligung Serbiens und Rußlands in Paris eine Wirtschaftskonferenz der Alliierten statt. Die Beschlüsse der Konferenz richteten sich gegen die "Mitteleuropa"-Pläne des deutschen Imperialismus. Sie verfolgten das Ziel, Deutschland und Österreich-Ungarn durch einen Blockading niederzuzwingen.²¹⁸

US-Präsident Wilson wandte sich am 14. Juni 1917 ausdrücklich gegen die deutschen "Mitteleuropa"-Pläne, die nach seiner Überzeugung darauf zielten, eine breite Zone deutscher Militärmacht und politischer Kontrolle von Hamburg bis zum Persischen Golf

²¹⁵ Cromer, Earl of, in: Chéradame, The Pan German Plot, a. a. O., S. XVII.

²¹⁶ Vgl. Chéradame, The Pangerman Plot, a. a. O., S. 128 u. 231.

²¹⁷ Vgl. Memorandum of T. G. Masaryk to W. Wilson, 1. November 1918, Wilson Collection, Library of Congress, Washington D. C., nach Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 340; Vgl. auch Droz, a. a. O., S. 244.

²¹⁸ Vgl. Nikolaev, P. A., Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von Juni 1916 und die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Großmächten, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, VIII. Jg., 1960, Heft 7, S. 1551ff.

auszudehnen.²¹⁹ In diesem Plan manifestierte sich eine intolerable Gefahr, die von Deutschland ausgehe.²²⁰

Die Schriften Masaryks, Chéradames und anderer nichtdeutscher Autoren dieser Zeit waren von der Überzeugung bestimmt, daß "Mitteleuropa" und die deutschen Expansionsabsichten nach Ost- und Südosteuropa sowie dem Nahen Osten nicht als plötzliche Kriegsphänomene zu bewerten seien, sondern daß sie vielmehr den Schlüssel für das Verständnis der wesentlichen Ziele der deutschen Politik seit Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten. Die Beratungen der Friedenskonferenzen nach dem Ersten Weltkrieg wurden durch diese Auffassung geprägt.²²¹

5.3 Verstärkte "Kulturpropaganda" für die deutschen Kriegsziele in Ost- und Südosteuropa seit 1916

Unter maßgeblicher Beteiligung Naumanns und mit Unterstützung der Reichsregierung setzten sich seit 1916 verschiedene Organisationen verstärkt für die Popularisierung und die praktische Umsetzung des "Mitteleuropa"-Projekts in Deutschland und seinen Bündnisstaaten ein. Führend waren dabei der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein, der Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband²²², der Arbeitsausschuss für Mitteleuropa, die "Deutsch-bulgarische Gesellschaft"²²³, die "Deutsch-türkische Ver-

²¹⁹ Vgl. New York Times, 15. 6. 1917, nach Meyer, Mitteleuropa in German thought and action a. a. O., S. 5.

²²⁰ Vgl. Wilson nach Chéradame, Pan-Germany. The Disease and cure, a. a. O., S. 122.

²²¹ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 344.

²²² Gegründet im September 1913, Präsident Prof. H. Paasche (Vizepräsident des Reichstages und Präsidiumsmitglied des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins), Beisitzer u. a. G. Stresemann und M. Steinthal (Deutsche Bank). Seine Mitglieder stammten vor allem aus Kreisen der verarbeitenden Industrie und des Exporthandels. Der Wirtschaftsverband plädierte für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß von Deutschland und Österreich-Ungarn und eine deutsche Wirtschaftspolitik, die "mitteleuropäische" und "überseeische Exportinteressen vereinigen sollte. Nach Veröffentlichung von Naumanns "Mitteleuropa"-Buch erreichte die Organisation eine Mitgliederzahl von 2400 Personen und einen Etat von 120.000 Mark. (Vgl. Kloosterhuis, Jürgen, "Friedliche Imperialisten". Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906-1918, Teil 2, Frankfurt/M. 1994, S. 502f.).

²²³ Gegründet im Februar 1916, Sitz: Kurfürstendamm 216, Berlin, Präsident: Herzog Ernst Günther zu Schleswig Holstein (gleich-

einigung"²²⁴ und die "Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung".²²⁵ Diese Organisationen, der vornehmlich Vertreter des indirekten, ökonomistischen Imperialismus angehörten, waren eng miteinander verflochten.

Die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung, die unter dem Patronat des Generaloberst von Mackensen stand, der im Herbst 1915 den Serbienfeldzug befehligte, trat erstmals im März 1915 an die Öffentlichkeit. Ihr Ziel war es, das "Waffenbündnis" Deutschlands mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich in der Öffentlichkeit als Ausgangsbasis eines langfristigen ökonomischen und kulturellen Zusammenschlusses zu propagieren. Die Vereinigung konzentrierte ihre Kulturpropaganda hauptsächlich auf Südosteuropa und das Osmanische Reich.²²⁶ Durch die öffentliche Diskussion um Naumanns "Mitteleuropa"-Buch wuchs ihre Bedeutung. Am 10. Dezember 1915 sprachen Naumann und Vertreter aller großen Reichstagsparteien von den Konservativen bis zum rechten Flügel der Sozialdemokratie auf einer Vortragsveranstaltung der Vereinigung. Seit diesem Tag wurde die Organisation im öffentlichen Bewußtsein zur Trägerin des "Mitteleuropa"-Projekts. Sowohl die Deutsche Waffenbrüderliche Vereinigung als auch der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein entfalteten eine

zeitig Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins), 2. stellvertr. Präsident Gustav Stresemann, Mitglieder u. a. Naumann, Erzberger, Jakob Riesser. (Vgl. Kloosterhuis, a. a. O., S. 544).

²²⁴ Gegründet im Februar 1914, Sitz: Schöneberger Ufer 36a, Berlin, Vorsitzender: K. Helfferich (Direktor der Deutschen Bank, bis März 1915), von Gwinner (Direktor der Deutschen Bank; bis März 1916), danach: Koch, Direktor der Deutschen Bank. 1. stellvertr. Vorsitzender Hjalmar Schacht, Dresdner Bank, 2. stellvertr. Vorsitzender: Prof. K. Wiedenfeld, Schriftführer Ernst Jäckh. (Vgl. Kloosterhuis, a. a. O., S. 595).

²²⁵ Vgl. Gutsche/Klein/Petzold, a. a. O., S. 104f.

²²⁶ Mitglieder waren Kanzler Bethmann Hollweg, Staatssekretäre (u. a. Solf vom Reichskolonialamt), Unternehmer (Ballin, Rathenau, Duisberg, Stresemann), Bankiers (vertreten waren die Deutsche Bank, die Darmstädter Bank und die Berliner-Handelsgesellschaft), Wissenschaftler und Publizisten (Rohrbach, Jäckh, Schmoller). Naumann wurde in den Hauptausschuß gewählt und W. Schotte zum Generalsekretär. Die Nachrichten der Vereinigung erschienen zuerst in den "Mitteilungen des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa" und seit 1917 in dessen Wochenschrift "Mitteleuropa". Die "ökonomistischen Imperialisten" versuchten die Vereinigung vor allem zur politischen Absicherung ihres "Mitteleuropa"-Projekts zu nutzen. (Vgl. Kloosterhuis, "Friedliche Imperialisten", a. a. O., Teil 2, S. 504f.; Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 42).

große Aktivität für das "September-Programm" Bethmann-Hollwegs und für die Bildung einer Deutsch-Österreich-Ungarischen Zollunion. Koordiniert wurde die Tätigkeit des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und der Waffenbrüderlichen Vereinigung durch den Arbeitsausschuß für Mitteleuropa.²²⁷

Diesen gründete Naumann im Februar 1916 zur praktischen Umsetzung seines im Buch umrissenen Planes.²²⁸ Naumann leitete den Arbeitsausschuß gemeinsam mit Jäckh. Ihre engsten Mitarbeiter wurden Walter Schotte und der Direktor der Deutschen Bank in Wien, Felix Somary. Im Arbeitsausschuß versammelten sich namhafte Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Mitglieder waren u. a. die Großindustriellen Robert Bosch, Hugo Stinnes und Albert Ballin, die Professoren Max Weber und Gustav Schmoller, der spätere Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht, der Führer des Bundes der Landwirte Gustav Roesicke, der Konservative Graf Westarp und der Sozialdemokrat Gustav Noske.²²⁹

Nach den Vorstellungen Naumanns sollte es Aufgabe dieses Arbeitsausschusses sein, die Verhandlungen der deutschen Reichsregierung mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und dem Osmanischen Reich über das gegenseitige zukünftige politische und wirtschaftliche Verhältnis durch wissenschaftliche und praktische Vorarbeiten zu unterstützen.²³⁰

Der Arbeitsausschuss war von vorneherein als kleine Arbeitsgruppe konzipiert. Ca. 20 Mitglieder berieten 1916/1917 im wöchentlichen Turnus. Dabei ging es Naumann darum, Vertreter verschiedener Wirtschaftstheorien (Freihandel und Schutzzoll)²³¹ sowie un-

²²⁷ Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 42 u. 153.

²²⁸ Vgl. Theodor, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, a. a. O., S. 120.

²²⁹ Mitglieder waren zudem die Professoren Rathgen und Alfred Weber, Generaloberst Beseler und der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger. (Vgl. Theodor, a. a. O., S. 120; Droz, L'Europe Centrale, a. a. O., S. 223; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 230; Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, a. a. O., S. 379; Gutsche, Mitteleuropapläne in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, a. a. O., S. 543; Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr. 2504, Bl. 50ff., Schreiben Schottes).

²³⁰ Vgl. Gottwald, a. a. O., S. 159.

²³¹ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr. 2504, Bl. 3ff., Protokoll der fünften Sitzung des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa, 2. 10. 1916.

terschiedlicher Interessengruppen (Exportkaufleute, Großagrarier, u. a.) zusammenzufassen. Die Berliner Geschäftsstelle²³² des Arbeitsausschusses wurde zum "Clearing House für Mitteleuropa", d. h. zum Planungszentrum der deutschen Ost- und Südosteuropäexpansion, und blieb dies (ab Anfang der dreißiger Jahre als Sitz der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages) bis in die Periode des Nationalsozialismus.²³³

Die "Arbeitsausschuss für Mitteleuropa" wurde u. a. mit finanziellen Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert. Als Vorsitzender hielt sich Naumann im amtlichen Auftrag während der Kriegszeit mehrere Monate in Südosteuropa auf, um die Regierungen der dortigen Staaten und einflußreiche Wirtschaftskreise für die Realisierung seiner "Mitteleuropa"-Konzeption zu gewinnen.²³⁴

Als Konkurrenz zum "Arbeitsausschuss für Mitteleuropa" wurde von alldeutschen Kreisen im Mai 1917 der "Verein Mitteleuropäischer Staatenbund" gegründet. Diese Organisation vertrat offen die Zielsetzung, daß der Großwirtschaftsraum "Nordkap-Bagdad" die Grundlage einer deutschen Weltmachtstellung bilden müsse. Die Mitgliederzahl dieses Vereins stieg im Laufe des Gründungsjahres auf 1600 Personen, doch erlangte er nicht den politischen Einfluß der 20 Mitarbeiter des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa".²³⁵

Der ebenfalls dem Spektrum der Alldeutschen zugehörige "Donau- und Balkanländerverein Dubvid", bereits 1910 gegründet, publizierte ab 1916 die "Osteuropäische Zukunft. Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten"²³⁶ und propagierte u. a. auf Abenden für Studenten aus Südosteuropa eine "Stärkung der geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und den Völkern der Donau-, Balkan- und Schwarzmeerlande".²³⁷

²³² Am Schöneberger Ufer 36a.

²³³ Seit Ende der 20er Jahre als Sitz der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages.

²³⁴ Vgl. Rathmann, a. a. O., S.103f.; Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 648; Czichon, a. a. O., S. 60 u. 63; Opitz., Europastrategien, a. a. O., S. 376.

²³⁵ Vgl. Kloosterhuis, "Friedliche Imperialisten", a. a. O., S.512f.

²³⁶ Die Zeitschrift erschien bis 1918. (Vgl. Kloosterhuis, a. a. O., S. 516).

²³⁷ Kloosterhuis, a. a. O., S. 516.

Eine weitere Lobbyorganisation hatten Vertreter der deutschen Export-Industrie 1913 gegründet: den "Deutschen Balkan-Verein, Zentralverband zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Balkanstaaten". Die Zielsetzung des Vereins bestand darin, den Abschluß von Handelsverträgen zwischen Deutschland und Bulgarien, Griechenland, Serbien, Rumänien und dem Osmanischen Reich vorzubereiten sowie Maßnahmen zur Belebung des deutschen Geschäfts in Südosteuropa durchzuführen und zu propagieren. Nach Ausbruch des Weltkrieges kam die Einrichtung eines eigenen Nachrichtendienstes zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Bulgarien, Rumänien und Griechenland hinzu.²³⁸

Im November 1916 versuchte Naumann die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft zu vereinheitlichen. Nach einer Bulgarienreise²³⁹ rief er zur Einrichtung einer zentralen "mitteleuropäischen Handelsvertretung" auf, denn nur so könne "eine gesunde Balkanwirtschaftspolitik" verwirklicht werden. Er riet der deutschen Wirtschaft und Politik dabei zu einem geschickten, behutsamen Vorgehen, denn Bulgarien wolle sich beispielsweise Deutschland zwar angliedern, jedoch nicht zu einer deutschen Kolonie werden. Jeder kleinere Staat sei "eifersüchtig auf ein Stück von eigener Produktion."²⁴⁰ Daß Naumann den deutschen Hegemonieanspruch dabei nicht aufgeben wollte, offenbarte er in dem Satz:

"Dabei aber bleibt doch bestehen, daß wir verschiedenen Rassen und Entwicklungsstufen angehören."²⁴¹

Auf der höheren "Entwicklungsstufe" sah er ohne jeden Zweifel Deutschland.

²³⁸ Die Organisation veröffentlichte ihre Mitteilungen von 1914-1919 in der "Deutschen Levante-Zeitung" (Hamburg). Ab 1919 publizierte sie eine eigene Zeitschrift, die "Deutsche Orient-Handelszeitung. Illustrierte Wochenschrift zur praktischen Förderung des deutschen Außenhandels mit den Ländern des Orients und der Balkan-Halbinsel. Offizielles Organ des Deutschen Balkan-Vereins (Berlin) (Vgl. Kloosterhuis, a. a. O., S. 525ff.).

²³⁹ Ebenfalls 1916 reiste Gustav Stresemann gemeinsam mit Ernst Jäckh nach Ungarn, Bulgarien und in das Osmanische Reich. (Vgl. Kloosterhuis, a. a. O., S. 548).

²⁴⁰ Vgl. Naumann, Friedrich, Balkanfragen, Erstveröffentlichung in: Die Hilfe, Nr. 50, 22/1916, zit. nach ders., Werke 4, a. a. O., S. 881.

²⁴¹ Ebenda, S. 882.

Im Januar 1916 formulierten die Mitglieder des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa" Leitsätze für Verhandlungen mit Österreich-Ungarn, in denen es um "die Möglichkeit einer allmählichen Assimilierung der Produktions- und Konsumtionsverhältnisse beider Länder und den allmählichen Abbau der Zollschränken" gehen sollte. In den Verhandlungen müßten "alle erreichbaren Vorteile für das Deutsche Reich" gesichert werden, das "auf die Dauer doch der wirtschaftlich Stärkere" sein werde. Außerdem sollte das Abkommen einen späteren Anschlusses weiterer kontinentaleuropäischer Staaten, insbesondere der Balkanstaaten, des Osmanischen Reiches, der Schweiz, Skandinaviens und eventuell Frankreichs ermöglichen.²⁴²

Seit Mitte 1917 gab der "Arbeitsausschuß für Mitteleuropa" die Wochenzeitschrift "Mittel-Europa" heraus, um die öffentliche Meinung für eine baldige Vereinbarung eines engeren militärischen und ökonomischen Bündnisses mit Österreich zu mobilisieren. Der "Anschluss" galt dabei als wichtigste Voraussetzung zur Verwirklichung der deutschen "Mitteleuropa"-Pläne.²⁴³ Die Zeitschrift wurde an "40.000 wichtige Adressen in Deutschland, Österreich-Ungarn, Polen und Bulgarien kostenlos versandt".²⁴⁴ Vor allem finanzielle Unterstützung durch den Industriellen Bosch und das Auswärtige Amt ermöglichten Erscheinen und Verbreitung der Zeitschrift.²⁴⁵

In den "Preußischen Jahrbüchern" wurde Anfang 1917 die Bedeutung dieser "Kulturpropaganda" hervorgehoben. Autor des diesbezüglichen Artikels war Max Hildebert Boehm, der in der Weimarer Republik als Mitglied des "Tat-Kreises" zu einem führenden Propagandisten des "Mitteleuropa"-Projekts wurde.²⁴⁶ Sein Aufsatz trug den Titel "Mitteleuropa und das deutsche Kulturproblem". Boehm lobte Naumanns "Mitteleuropa" als aufrüttelnde Schrift und als Konzept eines "föderativen Imperialismus auf kontinentaler Grundlage". Der damit verbundene "neuartige Typ zwischenstaatlicher Organisation" des langfristig angestrebten "zentraleurasischen Bundes-

²⁴² Vgl. Gutsche, Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98-1917, Berlin (DDR), 1977, S. 253ff.

²⁴³ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 231 u. 269.

²⁴⁴ Bundesarchiv Berlin (früher ZSTA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr. 2504, Bl. 15, Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa, 14. 11. 1917.

²⁴⁵ Vgl. Meyer, a. a. O., S. 278.

²⁴⁶ Siehe zu Boehm in dieser Arbeit S. 332 u. 348ff.

komplexes Berlin-Bagdad" erfordere in jedem Fall "eine gewisse Umschaltung des politischen Bewußtseins in den Einzelstaaten." In dieser Richtung liege das eigentliche Verdienst Naumanns, Jäckh und Rohrbachs, da diese "mit allen Mitteln rhetorischer Ueberredung" hier politisch-erzieherische Arbeit leisten würden.²⁴⁷

Im Sommer 1918 sandte der Geschäftsführer des "Arbeitsausschuss für Mitteleuropa", Schotte, ein Schreiben an das Auswärtige Amt, in dem er darauf hinwies, daß im Februar 1918 "eine starke aus Mitgliedern aller Parteien sich zusammensetzende Mehrheit" für eine "mitteleuropäische Zollunion" eingetreten sei. Er erläuterte dieses Projekt im Schreiben folgendermaßen:

"Die wirtschaftliche Gemeinschaft im Rahmen einer Zollunion mit gemeinschaftlicher Aussenhandelspolitik hat folgende Ziele: Erstens den beiden Industrien (Deutschlands und Österreich-Ungarns, d. V.) gegenseitig einen grösseren inneren Markt zu eröffnen, zweitens durch die verstärkte Kraft des inneren Markts für beide Beteiligten als Hebel zu dienen, die weltwirtschaftlichen Verbindungen wiederzugewinnen. Sie ist als Mittel gedacht, (...) den ungestörten Bezug von Rohstoffen herbeizuführen."²⁴⁸

Die Zollunion könne darüber hinaus dem Zweck dienen, für die Zeit nach dem Krieg jede Konkurrenz zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in Ost- und Südosteuropa zu vermeiden. Diese Gebiete hätten für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft eine große Bedeutung. Deshalb müsse die "berechtigte Vorzugsstellung Deutschlands (...) von Anfang an vertragsmäßig sichergestellt werden".²⁴⁹

Innerhalb des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa" wurde im Juli 1918 ein spezieller "Wirtschaftsrat für Mitteleuropa" geschaffen.

Über diese neue Einrichtung unterrichtete Schotte das Auswärtige Amt in einem weiteren Schreiben:

²⁴⁷ Vgl. Boehm. Max Hildebert, Mitteleuropa und das deutsche Kulturproblem, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 167, Jan.-März 1917, S. 456-458.

²⁴⁸ Bundesarchiv Berlin (früher ZSTA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr. 2504, Bl. 50ff., Schreiben von Dr. Walther Schotte an das AA, Titel "Der Arbeitsausschuss für Mitteleuropa", versandt am 10. 7. 1918.

²⁴⁹ Vgl. ebenda.

"im Laufe der Aussprache (mit Industrievertretern, d. V.) entstand der Gedanke, die Industrie und den Handel Deutschlands in einer besonderen Organisation zusammen zu fassen, die mit dem Arbeitsausschuss für Mitteleuropa auf das Engste verbunden die Interessen der deutschen Wirtschaft an der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn sowie zu Polen und der Ukraine und den anderen östlich und südöstlich gelegenen Staaten und Völkern zur Geltung bringen sollte (...) Besonders wichtig werden diese Gebiete durch ihre Rohstoffquellen."²⁵⁰

Als Aufgaben des "Wirtschaftsrates für Mitteleuropa" nannte Schotte:

- die Möglichkeiten der Sicherung der Rohstoffe der "mitteleuropäischen" Staaten für die deutsche Industrie zu untersuchen,
- den Ausbau der Eisenbahnlinien und des Wasserstraßennetzes zu forcieren und die Eisenbahntarifpolitik zu regeln, um die deutschen Handelsverbindungen "nach dem Balkan und der Ukraine" zu erleichtern,
- als Vermittlungs- und Verteilungsstelle für Aufträge der deutschen Industrie in Ost- und Südosteuropa zu fungieren.

Der vergrößerte "mitteleuropäische Markt" könne mit Hilfe des Wirtschaftsrates zu einem Hebel werden, "um die weltwirtschaftliche Macht Deutschlands wieder in die Höhe zu bringen". Am Wachstum seines Handels mit Ost- und Südosteuropa werde nach dem Krieg "die deutsche Wirtschaftskraft (...) genesen, um die alte Kraft wiederzugewinnen, mit der sie die Welt umspannen wird."²⁵¹ Am 26. Juli 1918 fand die Gründungs-Sitzung des "Deutschen Wirtschaftsrates für Mitteleuropa" in Berlin statt. In der Begrüßungsansprache wies Hjalmar Schacht, zu diesem Zeitpunkt Direktor der Nationalbank, auf das Ziel der Neugründung hin. Das "Mitteleuropa"-Projekt würde der deutschen Volkswirtschaft eine gesicherte und zusammenhängende Basis geben, mittels derer sie langfristig die Möglichkeit erhielte, "wieder die ganze Welt zu umspannen". Eugen Schiffer, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt erklärte den Gründungsmitgliedern im Anschluß:

"Was Sie sich als Ziel vorgesetzt haben, ist letzten Endes nichts anderes, als auf dem unendlich wichtigen Wirt-

²⁵⁰ Bundesarchiv Berlin(früher ZSTA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr. 2504, Bl. 54f., Schreiben Schottes an AA, Titel "Der deutsche Wirtschaftsrat für Mitteleuropa", 10. 7. 1918.

²⁵¹ Vgl. ebenda.

schaftsgebiet das Fazit des Weltkrieges, das Fazit der Weltrevolution zu ziehen."²⁵²

Der Geschäftsführer des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", Schotte, bemerkte, daß das zollgeeeinte Gebiet von Deutschland und Österreich-Ungarn nur das erste sei, was Deutschland in den zukünftigen Kämpfen um die Weltwirtschaft in die Waagschale werfen könne. Als zweiten Schritt betrachtet er die Entwicklung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum nahen und weiten Osten und Südosten. Zur damit verbundenen Zielsetzung schrieb er:

"Gegen England und Amerika müssen wir die relative Unabhängigkeit in Rohstoffen, die uns Kontinentaleuropa und seine Kolonien, besonders der Südosten Europas verbürgen, ausspielen."²⁵³

Mitglieder des "Wirtschaftsrates für Mitteleuropa" wurden u. a. Robert Bosch, Ernst Jäckh, Felix Somary und Hjalmar Schacht²⁵⁴. Um die wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands intensiv zu erforschen, wurden während des Ersten Weltkrieges erstmals wissenschaftliche Einrichtungen mit dem Schwerpunkt Südosteuropa und Naher Osten eröffnet.

In München entstand 1915 ein Balkan- und Vorderasien-Institut, während in Leipzig 1917 ein Südosteuropa und Islam-Institut gegründet wurde.²⁵⁵ Diese Einrichtungen bildeten die Vorläufer der ab Ende der zwanziger Jahre in den beiden Städten etablierten deutschen Südosteuropainstitute, die die deutsche Südostexpansion wissenschaftlich (z. B. durch geologische und ökonomische Studien) vorbereiteten und sie durch ideologische Legitimationschriften unterstützten.

5.4 "Mitteleuropa"-Initiativen von Regierung, Industrie und

²⁵² Bundesarchiv Berlin (früher ZSTA Potsdam), Auswärtiges Amt, Nr. 2504, Bl. 97ff., Bericht über die Gründungs-Sitzung des "Deutschen Wirtschaftsrates für Mitteleuropa", 26. 7. 1918 im Hotel Adlon zu Berlin.

²⁵³ Ebenda.

²⁵⁴ Somary als Direktor der Deutschen Bank in Wien und Schacht als Direktor der Nationalbank für Deutschland waren in diesen Eigenschaften gleichzeitig Vertreter der Betriebsgesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen. (Vgl. Gutsche, Serbien in den Mitteleuropaplänen, a. a. O., S. 46).

²⁵⁵ Vgl. Valjavec, Fritz, Die deutsche Südosteuropaforschung, in: Jahrbuch der Politik, 1943, S.1082f.

Heeresleitung in der zweiten Kriegshälfte

Auf der politischen Ebene kam es im November 1915 zwischen Deutschland und Österreich zu ersten Verhandlungen über ein Zollbündnis. Als Staaten, die in den Zollraum aufgenommen werden müßten, nannten die Delegationen in gemeinsamen "Leitsätzen" der Verhandlungen, die Staaten Skandinaviens und des Balkans, das Osmanische Reich, Belgien, Holland, Polen und Frankreich. Als besonderes wichtig hoben sie darüber hinaus eine "leistungsfähige Gestaltung" des Eisenbahnverkehrs durch Polen nach Rußland und durch Südosteuropa in den Nahen Osten hervor.²⁵⁶ Noch vor Kriegsende, einigten sich die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns während der Salzburger Verhandlungen vom 9. Juli bis 11. Oktober 1918 auf den Abschluß eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses. Die Vereinbarungen entsprachen in hohem Maße den deutschen "Mitteleuropa"-Zielen. Sie sahen einen zwanzigjährigen Vertrag über eine enge wirtschaftliche Verbindung mit dem Ziel eines völlig zollfreien Verkehrs vor. Wenige vorläufige Zwischenzölle zum Schutz wesentlicher Produktionsinteressen sollten allmählich beseitigt werden.²⁵⁷

Auch von der deutschen Heeresleitung wurde das "Mitteleuropa"-Projekt in den letzten Kriegsjahren weiter unterstützt. Als logischen Führer eines germanisch bestimmten "Mitteleuropa-Nahost"-Block bezeichnete General von Seeckt, Chef des Stabes der verbündeten deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarischen Truppen, im Januar 1916 den Obersten Befehlshaber der deutschen Armee, Falkenhayn. Er notierte weiter:

"Wir sollten damit beginnen Naumann's Mitteleuropa zu errichten. Es bewegt sich etwa entlang der Linien, die wir wünschen."²⁵⁸

²⁵⁶ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Mitteleurop. Wirtschaftsbund, Bd. 3, Nr. 405, Protokoll von der Hand Wahnschaffes, 12. 11. 1915, ebenda, Bl. 80ff, Abschluß eines Zollbündnisses mit Österreich-Ungarn; ebenda, Ergebnis der Besprechung in Wien, 24. 11. 1915; Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 319f.

²⁵⁷ Vgl. Gutsche, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, a. a. O., S. 548.

²⁵⁸ Brief Seeckts an H. K. v. Winterfeldt, 1. Januar 1916, zit. nach Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 253.

Seeckt propagierte die Etablierung eines deutschen Herrschaftsgebietes vom Atlantischen Ozean bis Persien.²⁵⁹

Am 23. Dezember 1916 sandte der Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) Hindenburg ein Schreiben über die Friedensbedingungen der OHL an Kanzler Bethmann Hollweg. Bezüglich Südosteuropas hieß es dort, Rumänien müsse "- etwa im Sinne einer alten römischen Provinz - für Deutschland nutzbar gemacht werden". Rußland dürfe sich nicht zu beiden Seiten der Donau-Mündung festsetzen.²⁶⁰

Eine Vereinbarung über Kriegsziele zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung vom 23. April 1917 enthielt die Forderung:

"Die Sicherung der deutschen Öl-Interessen in Rumänien muß erreicht werden."²⁶¹

In Verträgen mit den Bündnispartnern sollte auch ein Zugriff auf weitere wirtschaftlich bedeutsame Rohstoffe Südosteuropas für Deutschland garantiert werden.

Am 12. Mai 1917 beschäftigte sich eine Konferenz, die im Auswärtigen Amt stattfand und an der Beamte des Auswärtigen Amtes, des Reichsamtes des Innern und Vertreter der Obersten Heeresleitung teilnahmen, eingehend mit "Formen der Sicherung deutscher Wirtschaftsinteressen auf dem Balkan nach dem Krieg".

Die Anwesenden erhoben Anspruch auf Liquidierung und Übernahme französischer und belgischer Werte im serbischen Teil Mazedoniens. Besonders die Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Deutsche Erdölgesellschaft waren in diesem Gebiet engagiert. Dabei stand die Ausbeutung von Kupfer, Kohle, Gold und Ölschiefer im Vordergrund ihrer Interessen. Die Erschließung der Rohstoffe im serbischen Teil Mazedoniens erhob die deutsche Regierung erfolgreich zur Bedingung für eine Einigung mit Österreich-Ungarn und Bulgarien. In einer Eingabe an

²⁵⁹ Vgl. Mitrovic, Andrej, Die Zentralmächte, Mitteleuropa und der Balkan, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, a. a. O., S. 46.

²⁶⁰ Vgl. Schreiben von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, Chef der Obersten Heeresleitung an den Reichskanzler Bethmann Hollweg vom 23. Dezember 1916 über die Friedensbedingungen der OHL, in: L'Allemagne et les problemes de la paix pendant la Première Guerre Mondiale, Bd. 1, S. 630f.

²⁶¹ Aufzeichnung über das Ergebnis der Kriegszielberatung in Kreuznach am 23. April 1917 mit einem intern skizzierten Vorbehalt des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 1. Mai 1917, zit. nach Schumann/Nestler (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., (Dok. 49), S. 141.

den Staatssekretärn des Äußern erklärte Generalstabschef Ludendorff, Bulgarien verdanke die Eroberung der von ihm erstrebten Gebiete in Mazedonien "zum größten Teil dem Erfolg der deutschen Waffen". Die endgültige Überlassung dieser Gebiete dürfe daher nicht ohne Gegenleistung erfolgen. Dabei solle die deutsche Regierung die Tatsache ausnutzen, daß die "Schuldlast Bulgariens gegenüber Deutschland angewachsen" sei. Den bulgarischen Wünsche auf territoriale Erweiterung in Mazedonien müsse

„Die Forderung der restlosen Überlassung aller Bodenschätze im neuen Bulgarien entgegengestellt werden (...) Der Mangel an verschiedenen Metallen und Rohstoffen, Kupfer, Manganerz, Schmieröle, Chromerz für unsere Kriegsindustrie muß für künftige Kriege dauernd beseitigt werden. (...) Mit der Forderung auf Überlassung der Bodenschätze ist ein deutsches Eisenbahnmonopol für Neubulgarien zu verbinden.“²⁶²

Die freie deutsche Verfügung über die mazedonischen Eisenbahnen sollte bis zum Hafen in Saloniki reichen. Darüber hinaus verlangte die deutsche Regierung von ihren Verbündeten die unbeschränkte Konzession auf sämtliche Erdölvorkommen Rumäniens. Ausfuhrmöglichkeiten und Beförderung des Erdöls sollten von der rumänischen Regierung garantiert werden.²⁶³

Weiter forderte die deutsche Regierung die Errichtung eines deutschen Militärstützpunktes in Valona, dem wichtigsten Hafen Albaniens, der bisher unter italienischer Kontrolle stand. Von dort aus sollte die deutsche Marine nach Wünschen des deutschen Admiralstabs die Adria kontrollieren.²⁶⁴

Die angestrebte Nutzung der Häfen von Valona (Albanien/Adria), Saloniki (Griechenland/Ägäis) und Constanza (Rumänien/Schwarzes Meer) hätte die Grundlagen für ein über das Mittelmeer und das Schwarze Meer hinausgehendes deutsches Wirtschaftsimperium gelegt, eine Zielsetzung, die die deutsche Reichspolitik mit ihren "Mitteleuropa"-Plänen verband.²⁶⁵

Im Jahre 1916 bestanden zwischen den Vertretern des Staatenbundes-Imperialismus und den Alldeutschen kaum noch außenpolitische Differenzen. Divergenter waren die innenpolitischen Strategien.

²⁶² Schreiben des Chefs des Generalstabes, Erich Ludendorff, an Staatssekretär des Äußern, zit. nach Mitrovic, Die Zentralmächte, Mitteleuropa und der Balkan, a. a. O., S. 56.

²⁶³ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 465ff. u. 693f.

²⁶⁴ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 412ff.

²⁶⁵ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 466.

Während die Alldeutschen Kompromisse mit der Sozialdemokratie ablehnten und einen autoritären Staat bzw. eine Diktatur anstrebten, setzte der Kreis um Naumann und Bethmann Hollweg auf innenpolitische Reformen, um die gesamte Bevölkerung und die Sozialdemokratie als Stützen des "Mitteleuropa"-Imperialismus zu gewinnen.²⁶⁶

Demgegenüber gab es in der Frage der außenpolitischen Kriegsstrategie zwischen den Kreisen des ökonomistischen und annexionistischen Imperialismus kaum Konflikte, solange es so aussah, daß die Realisierung der drei deutschen Hauptkriegsziele: Eroberung der Erz- und Kohlegebiete Frankreichs und Belgiens, Durchsetzung einer deutschen Kontrolle über die Weltmeere zum unbehinderten Griff auf Überseekolonien und Etablierung einer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie über Ost- und Südosteuroopa und den asiatischen Teil des Osmanischen Reiches, erreicht werden könnte. Erst als die deutsche Offensive in Frankreich gestoppt wurde und der Kriegseintritt der USA drohte, kam es im wachsenden Maße zu Auseinandersetzungen über die noch für durchsetzbar gehaltenen Kriegsziele.

Der Alldeutsche Verband, Vertreter der Hafenstädte und die Schwerindustrie lehnten eine ausschließliche Ausrichtung der deutschen Kriegsziele in Richtung Ost- und Südosteuroopa ab. Sie sahen in der Schwächung Großbritanniens und der Annexion belgischer und französischer Kohlegebiete unentbehrliche Voraussetzungen für die Formierung eines "mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes".²⁶⁷

Demgegenüber hielt die mit der Deutschen Bank und der Elektro- und Chemieindustrie verbundene Interessensfraktion um Naumann und Bethmann Hollweg territoriale Ansprüche für eine unnötige und auch gefährliche Überreizung der westlichen Kriegsgegner.²⁶⁸

Den ökonomistischen Imperialisten ging es in erster Linie darum, eine deutsche Hegemonie in Ost- und Südosteuroopa über den Krieg hinaus zu sichern. Jäckh beklagte sich bei der Heeresleitung,

²⁶⁶ Vgl. Riezler, Alldeutsche Irrwege (Erstdruck in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, 1, S. 1043-1046, 7. 8. 1916), wiederabgedruckt in: ders., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a. a. O., S. 583ff.

²⁶⁷ Vgl. Gottwald, a. a. O., S. 175.

²⁶⁸ Vgl. Riezler, Alldeutsche Irrwege, in: ders., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, a.a.O., S.583ff.

nicht genügend Kräfte in Südosteuropa zu konzentrieren²⁶⁹, um den kontinentalen Wirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf durchzusetzen.

Bereits 1915 plädierte Carl Jentsch für einen Friedensschluß mit den Westmächten, in dem Deutschland "nur" die Abtretung schmaler Streifen Belgiens und Frankreichs sowie eine hohe britische Geldentschädigung durchsetzen sollte. Der Krieg gegen Rußland müsse dagegen fortgeführt werden,

"bis die Macht des Zarentums gebrochen und uns Deutschen die Pforte zur Expansion nach Osten und Südosten geöffnet ist."²⁷⁰

Mit voller Schärfe traten die Differenzen zwischen den beiden Interessensfraktionen nach dem Kriegseintritt der USA im April 1917 zu Tage. Die Vertreter des ökonomistischen Imperialismus hielten einen allseitigen Sieg nunmehr für ausgeschlossen. Um zu mindest die zu diesem Zeitpunkt gewaltsam durchgesetzte deutsche Hegemonie über Ost- und Südosteuropa nicht aufgeben zu müssen, brachte die Fortschrittliche Volkspartei (auf Initiative des Naumann-Rohrbach-Max-Weber-Kreises), das Zentrum und der Sozialdemokratie im Juli 1917 im Reichstag eine "Friedensresolution" ein. Darin wurde eine Aufgabe der Kriegsziele im Westen zugunsten der Fortführung des Krieges im Osten (und eine Garantie der westlichen Mächte, Deutschland hierfür freie Hand zu lassen) empfohlen. Die Wirtschaftsführer der Schwerindustrie und der Kreis der Alldeutschen betrachtete diese Strategie als "Vaterlandsverrat" der Reichstagsmehrheit (die von den oben genannten drei Parteien gestellt wurde). Diese Auseinandersetzung führte bereits 1917 zur Polarisierung und Kräfteformierung, die die Geschichte der Weimarer Republik bestimmte (denn die drei Parteien der "Friedensresolution" waren identisch mit der 1919 unter Friedrich Ebert die Führung der Republik übernehmenden Regierungskoalition, der ersten "klassischen" Weimarer Koalition), während die alldeutschen Kreise die Weimarer Demokratie beständig bekämpften.²⁷¹

²⁶⁹ Vgl. Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 430.

²⁷⁰ Jentsch, Carl, Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes, Berlin 1915, zit. nach Grumbach, a. a. O., S. 331.

²⁷¹ Vgl. Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 22f.

Die annexionistischen Imperialisten reagierten auf die "Friedensresolution" im Sommer 1917 mit der Gründung der Vaterlandspartei. Sie wurde zum Sammelbecken aller Verfechter eines totalen deutschen Sieges sowohl in West- wie in Ost- und Südosteuropa als auch auf den Weltmeeren.

Initiatoren der Vaterlandspartei waren Admiral Tirpitz, der ehemalige Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp²⁷² und der Historiker Dietrich Schaefer. Sie zogen eine Anzahl Politiker aus allen rechten Parteien in ihre Reihen. Rasch wuchs die Vaterlandspartei zu einer extrem-nationalistischen Massenorganisation, die mit über 1,25 Millionen Mitgliedern im Juli 1918 den Höchststand der SPD von rund einer Million Mitgliedern im Jahr 1914 erheblich übertraf.²⁷³ Als Zusammenfassung der chauvinistischen und offensten antisemitischen Kreise in Deutschland bildete die Vaterlandspartei die wichtigste Vorstufe zur NSDAP.²⁷⁴

Die ökonomistischen Imperialisten versuchten demgegenüber bis zuletzt zu einer Übereinkunft mit den Westmächten zu kommen, um ein "Mitteleuropa" unter deutscher Führung über das Kriegsende hinaus zu sichern.

Im Februar 1918 sandten Friedrich Naumann, Ernst Jäckh, Robert Bosch, Max Weber, der Sozialdemokrat und Gewerkschaftler Karl Legien und der Sekretär der christlichen Arbeiterorganisation und spätere Zentrumsabgeordnete Adam Stegerwald eine Denkschrift an den deutschen Generalquartiermeister Ludendorff.²⁷⁵ Darin forderten sie die deutsche Armeeführung zu einem sofortigen Friedensschluß auf. Jetzt bestünde noch die Möglichkeit, "Mitteleuropa", d. h. das von Deutschland kontrollierte Ost- und Südosteuropa als den eigentlichen Gewinn des Krieges zu retten. Da dieses Dokument den Stellenwert Südosteuropas in deutschen Kriegsplänen besonders deutlich zeigt, soll es hier ausführlich zitiert werden:

"Unser bisheriger Kriegsgewinn ist die Schaffung und Zusammenschweißung von Mitteleuropa, sie bedeutet unsere ebenbürtige wirtschaftliche, militärische und politische

²⁷² Nach dem 1923 der "Kapp-Putsch" benannt wurde.

²⁷³ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 565. u. Gutsche/Klein/Petzold, a. a. O., S. 206.

²⁷⁴ Vgl. Geiss, Imanuel, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, a. a. O., S.35.

²⁷⁵ Vgl. Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, a. a. O., S.125, 274 u. 277.

Einreihung unter die politischen Weltkörper, ein Kriegsziel, das wir ganz unabhängig von irgendwelchen Veränderungen unserer Grenzverhältnisse im Osten und Westen heimbringen können. Auf die Zerstörung dieses Kriegsgewinns haben es die Amerikaner und Engländer für den weiteren Krieg abgesehen. Sie verlängern seinetwegen den Krieg (...) Die Voraussetzung des zukünftigen Fortbestands Mitteleuropa ist die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit seines Führerstaates Deutschlands nach dem Kriege. Verfällt diese Leistungsfähigkeit, so werden die Türkei, Bulgarien und schließlich auch Österreich-Ungarn ohne Schwertstreich nach dem Kriege die wirtschaftliche Beute Amerikas. Dieses wird sie dann finanzieren und dadurch auch politisch in seine Hand bekommen. Unser ganzer bisheriger Kriegsertrag wäre zerstört. Jeder weitere Monat Krieg bedroht (...) diese künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Finanzierung Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei nach dem Kriege.²⁷⁶ Nicht nur der politische, sondern auch der materielle Untergrund des mitteleuropäischen Aufbaues wird durch die Kriegsverlängerung demnach rapide ausgehöhlt und verlangt schnellen Kriegsschluß".²⁷⁷

Obwohl die Heeresleitung auf ihre Forderung nicht einging, gaben die Naumannianer nicht auf. Als neue Legitimationsideologie entwickelten sie 1917/18 das Konzept des "Ethischen Imperialismus". Begriff und Sache wurden in Delbrücks "Mittwochsgesellschaft"²⁷⁸ und in der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes von Paul Rohrbach u. a. entworfen.

Die Strategie des "Ethischen Imperialismus" erläuterte Rohrbach im Mai 1917 in einem Artikel für die "Deutsche Politik". Seine Überschrift war Programm: "Moralische Eroberungspolitik".²⁷⁹ Diese sollte als ideelle und taktische "Kriegswaffe" eingesetzt werden.²⁸⁰

Inhaltlich füllte Rohrbach dieses Programm mit der Erklärung, die deutsche Regierung solle sich unter Berufung auf das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" zum Anwalt der angeblich vom russischen, britischen und französischen Imperialismus unterdrückten "Völker" erklären, um auf diese Weise u. a. die Abtren-

²⁷⁶ Serbien, Montenegro und Rumänien, die zu diesem Zeitpunkt von Deutschland und Österreich-Ungarn besetzt sind, werden gar nicht mehr als eigenständige Staaten genannt.

²⁷⁷ Eingabe von Friedrich Naumann, Ernst Jäckh und Robert Bosch an General Ludendorff, 11. Februar 1918, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S.415f.

²⁷⁸ Siehe zur "Mittwochsgesellschaft" in dieser Arbeit S. 255.

²⁷⁹ Siehe zur "Moralischen Eroberungspolitik" in dieser Arbeit auch S. 226.

²⁸⁰ Rohrbach, Paul, Moralische Eroberungspolitik, in: Deutsche Politik, 2. Jg., Heft 21, 25. Mai 1917.

nung der Ukraine und des Baltikums von der Sowjetunion, die Schwächung der britischen Hegemonie in Persien und die Zurückdrängung des französischen Einflusses im Osmanischen Reich durchzusetzen. Dem "alldeutschen Gewaltsinn" warf Rohrbach Mangel an Klugheit vor. Dagegen stellte er das Konzept der "Moralischen Eroberungspolitik".²⁸¹

Dabei ging es darum, den angestrebten "mitteleuropäischen" Großraum unter deutscher Führung gegenüber der Bevölkerung Ost- und Südosteuropa als Politik im Dienste der Menschenrechte zu verschleiern. Auf diese Weise hofften die ökonomistischen Imperialisten die Legitimation der Westmächte zu schwächen.

Die Strategie der "Moralischen Eroberungspolitik" manifestierte sich sowohl in Max Webers "Friedensdenkschrift", als auch in der im Juli 1917 im Reichstag eingebrachten "Friedensresolution" und schließlich in der Denkschrift über den "Ethischen Imperialismus", die der letzte Kanzler des Kaiserreiches, Prinz Max von Baden²⁸², unterzeichnete. Seine Berater kamen durchweg aus dem Kreis um Naumann.²⁸³ Zur Zielsetzung hieß es, die Schrift solle dazu beitragen,

"die Anerkennung unserer Vormachtstellung im Osten und in Mitteleuropa und unsere Weltgeltung über See sicher im Friedenskongress herauszubringen."²⁸⁴

Um dies zu erreichen, wurde folgende Strategie vorgeschlagen:

"Eine so ungeheure Kraft, wie wir sie in diesem Krieg entfaltet haben, muss sich vor der Welt ethisch begründen, will sie ertragen werden. Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen. (...) `Kolonisieren heisst Missionieren`."²⁸⁵

Die deutsche "Befreierversendung im Osten" müsse unter vernichtenden Anklagen für die Mächte der Entente umrissen werden.

Deutschland solle als "Rechtsschützer" aller russischen "Randvölker" auftreten. Die Entente müsse als "Zerstörer der kleinen

²⁸¹ Vgl. Rohrbach, Paul, Die alldeutsche Gefahr, Berlin 1918, zit. nach Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S.44f.

²⁸² Deutscher Kanzler vom 3. 10.-9. November 1918.

²⁸³ Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 47.

²⁸⁴ Die Denkschrift des Prinzen Max von Baden über den "ethischen Imperialismus", 20. März 1918, zit. nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 423.

²⁸⁵ Ebenda, S. 433 u. 436.

Nationen gebrandmarkt werden", mit der Begründung, daß sie u. a. Rumänien und Griechenland in den Krieg "hineingepresst" habe.²⁸⁶ Die Parole vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" und der angeblichen Notwendigkeit einer Befreiung der osteuropäischen "Randvölker" aus der Hegemonie Rußlands, diene der deutschen Regierung auch als Legitimation ihres Zieles in den deutsch-sowjetischen Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk: der Etablierung eines Gürtels von abhängigen Satellitenstaaten in Osteuropa.²⁸⁷

Der Vertrag von Brest-Litowsk wurde am 3. März 1918 abgeschlossen. Um von Deutschland nicht erneut angegriffen zu werden, verzichtete die sowjetische Regierung auf den Anspruch auf das Baltikum, die Ukraine, Finnland und Polen. Damit hatte die deutsche Regierung ihr Ziel einer Zersplitterung des russischen Reiches und einer Abdrängung Rußlands in Richtung Asien erreicht. An diesem Ergebnis, daß eine deutsche Hegemonie in Ost- und Südosteuropa bedeutete, sollte auch in Friedensverhandlungen mit den Westmächten festgehalten werden.

Nach Abschluß des Vertrages von Brest-Litowsk trafen sich im Mai 1918 auf Einladung des Kruppdirektors Repräsentanten der deutschen Schwerindustrie, "um über die Behandlung des Geschäftes mit Rußland, der Ukraine, dem Balkan und den sogenannten Randvölkern zu beraten." Die fünfzehn anwesenden Herren vertraten die zwölf bedeutendsten deutschen Eisen- und Stahlkonzerne.²⁸⁸ Als Ersatz für den Verlust der Überseemärkte betrachteten die Versammelten "die Eroberung des kontinentalen Marktes" für unerlässlich, wobei sie in erster Linie an Rußland, die früheren russischen Gebiete und die Balkanstaaten dachten, weil dort bei noch unentwickelten heimischen Industrien ein starker Bedarf an industriellen Produkten vorhanden sei. Um der Konkurrenz aus den USA und Großbritannien zuvorzukommen, empfahlen sie der deutschen Regierung zwei Maßnahmen: die Finanzierung des deutschen Exports nach Rußland durch großzügige Kreditgewährung unter Mithilfe aller deutschen Großbanken und des Reiches und den Versuch, die

²⁸⁶ Vgl. ebenda.

²⁸⁷ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 126f; Mommsen, Wolfgang, Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges, a. a. O., S. 23.

²⁸⁸ Anwesend waren Thyssen, Stinnes, Hugenberg, Kirdorf, Klöckner, Röchling, Poensgen u. a. (Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 134f.).

wichtigsten Verkehrsunternehmen im Osten, das heißt Eisenbahnen und Wasserstraßen im gesamten früheren Russischen Reich und auf dem Balkan, unter deutsche Kontrolle zu bringen.²⁸⁹

Bis zum Ende des Krieges wurde an diesen Plänen festgehalten.

5.5 Der Verlauf des Ersten Weltkrieges in Südosteuropa

Die Staaten Südosteuropas standen zu Beginn des Krieges auf unterschiedlichen Seiten. Serbien blieb keine Wahl, es wurde von Deutschland und Österreich-Ungarn angegriffen. Bulgarien, Rumänien und Griechenland²⁹⁰ erklärten anfangs ihre Neutralität. Dieselbe Option wollte die Regierung des Osmanischen Reiches treffen, doch sie wurde von Deutschland zum Kriegseintritt gedrängt. Mit einer Kriegsbeteiligung des Osmanischen Reiches verknüpfte die deutsche Heeresleitung große Erwartungen. Sie hoffte auf diese Weise den Krieg über Persien und Afghanistan nach Indien ausweiten zu können, um Großbritannien in dieser Region eine entscheidende Basis seiner Weltmachtposition zu nehmen.

Nach einem Beschuß russischer Küstenstädten durch die formell im Besitz des osmanischen Reiches befindlichen deutschen Kriegsschiffe "Göben" und "Breslau", erklärten Rußland, Frankreich und Großbritannien Anfang November dem Osmanischen Reich den Krieg.²⁹¹

Die Ziele der Alliierten an dieser Front waren u. a.: Die Verteidigung und Stärkung Rußlands und wirtschaftlicher Druck auf Deutschland und seine Verbündeten durch den Wegfall aller Lieferungen an Lebensmitteln und Rohstoffen aus der Ukraine, dem Balkan und dem Osmanischen Reich.²⁹²

Die Protagonisten der deutschen Expansion nach Südosteuropa und dem Nahen Osten zeigten sich erfreut über die Eröffnung dieser Kriegsfront. Kurz nach dem Kriegseintritt des Osmanischen Reiches ging der deutsche "Orientexperte" Jäckh auf inoffizielle

²⁸⁹ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a.a.O., S.759f.

²⁹⁰ Griechenland trat erst am 27. Juni 1917 auf seiten der Alliierten in den Krieg ein. (Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2, a. a. O., S. 401).

²⁹¹ Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 401.

²⁹² Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 212.

diplomatische Mission nach Konstantinopel. Naumann schrieb ihm vor der Abreise:

"Ich wollte Dir vor Deiner Abreise nach Konstantinopel gern noch sagen, welchen hohen Wert für das Vaterland Deine Arbeit in den letzten Monaten und vorher gehabt hat. (...) das Eintreten der Türkei ist ein großes Aktivum in unserer Rechnung und daran hast Du Dein großes Verdienst, das wenige so gut von Anfang kennen als ich."²⁹³

Gleichzeitig telegraphierte von Schulze-Gaevernitz an Jäckh:

"Herzlichen Glückwunsch zum Losschlagen der Türken - ein welthistorisches Ereignis ersten Ranges. Was wir Ihrer persönlichen Arbeit in dieser Richtung verdanken, ist geschichtliches Verdienst."²⁹⁴

Hier zeigt sich deutlich, wie sehr führende Vertreter der deutschen Südostexpansion von der Bedeutung ihrer Agitationsarbeit überzeugt waren.

Um die Funktion des Osmanischen Reiches als Instrument zur Verwirklichung deutscher Kriegspläne voll ausnutzen zu können, mußte Serbien militärisch niedergeworfen werden. Nur so konnte eine störungsfreie Verbindung für militärische und zivile Lieferungen zwischen Berlin und Konstantinopel hergestellt werden.

Nachdem es den Truppen Österreich-Ungarns bis Mitte 1915 nicht gelungen war, Serbien zu besiegen, drängte die deutsche Regierung zur Verstärkung dieser Front auf einen Kriegseintritt Bulgariens.

Der vor dem Krieg beklagte "serbische Riegel" zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich sollte nun unbedingt beseitigt werden.²⁹⁵ Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jagow, notierte im Herbst 1915 die "Besetzung des für einen Durchmarsch in Betracht kommenden Gebietes bzw. seine Räumung seitens der Serben" sei eine "unerläßliche Forderung" Deutschlands.²⁹⁶ Deutschland müsse die Kontrolle über die serbische Eisenbahnlinie nach Sofia gewinnen.²⁹⁷

²⁹³ Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 211.

²⁹⁴ Ebenda, S. 211.

²⁹⁵ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 251f.

²⁹⁶ L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la premier guerre mondiale, Dok. 145, S. 186f., Jagow an Tschirschky, 3. 10. 1915.

²⁹⁷ Vgl. ebenda, Dok. 154, S. 190, Jagow an deutsche Botschaft in Wien, 31. 10. 1915.

In einem Geheimvertrag vom 6. September 1915 versprochen Deutschland und Österreich-Ungarn der bulgarischen Regierung für einen Kriegseintritt auf ihrer Seite den serbischen Teil Mazedoniens. Daraufhin trat Bulgarien am 14. Oktober 1915 in den Krieg ein.

Ende 1915 gelang es deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarischen Truppen Serbien und Montenegro zu besetzen.²⁹⁸

Mit der Okkupation Serbiens war das deutsche Kriegsziel "Mitteleuropa" als militärisch verbundenes Gebiet von Helgoland bis Bagdad unter deutscher Hegemonie Realität geworden. Kanzler Bethmann-Hollweg erklärte dazu vor dem Reichstag:

"Meine Herren, die Siege in Serbien haben die Donau befreit; Kontakt mit der Türkei ist hergestellt (...) Die Verwirklichung eines freien Weges zum Nahen Osten ist ein Meilenstein in der Geschichte dieses Krieges (...) Importe von Gütern aus den Balkanstaaten und der Türkei sind eine sehr willkommene Ergänzung unserer Ressourcen. Darüber hinaus sind die Zukunftsaussichten verheißungsvoll (...) Eine sichere Brücke ist errichtet zwischen den alliierten Monarchien und dem Nahen Osten."²⁹⁹

In der "Preußischen Kreuzzeitung" wurde die Besetzung Serbiens und Montenegros Anfang 1916 als militärischer "Durchbruch nach Südosten" gefeiert, durch den "Mauern, die sich bisher als für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik unübersteiglich erwiesen" hätten, beseitigt worden seien. Dies hätte hervorragende wirtschaftspolitische Folgen.³⁰⁰

Unter dem Titel "Orient und Occident" rühmte ein Artikel der "Balkan-Revue" den Einmarsch der deutschen, österreich-ungarischen und bulgarischen Truppen in Serbien. "Durch die Macht der Waffen" sei eine "Verbindung von Occident und Orient" hergestellt worden. Dies habe "nicht nur eine ungeheure militärische Bedeutung für die Gegenwart, sondern noch eine größere wirtschaftliche für die Zukunft". Der alte Traum "so vieler großer Deutscher" vom "Handelsweg Hamburg-Bagdad" sei damit Wahrheit und Wirklichkeit" geworden. Die gegenwärtigen Kriegserfolge

²⁹⁸ Vgl. Kinder, Hermann/Hilgemann, Werner, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2. a. a. O., S. 405.

²⁹⁹ Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 219.

³⁰⁰ Hoetzsch, Otto, Der Krieg und die große Politik (Mitteleuropa - Rußland), in: Preußische Kreuzzeitung, Nr. 6, 5. 1. 1916.

in Südosteuropa müßten als "geradezu revolutionär für die Zukunft" bewertet werden.³⁰¹

Der erfolgreiche Serbienfeldzug habe eine "freie Donau" und die durchgängige Kontrolle über die Linie von der Nordsee bis Bagdad durchgesetzt. Damit sei für "Mitteleuropa"

"nunmehr ein Verkehrsweg gesichert, der in der wirtschaftlichen und kulturellen Geschichte der Welt alles überragt, was Natur und Arbeit bisher geschaffen haben".³⁰²

In Zukunft könnten im großen Maße "aus dem Orient Rohstoffe und Halbfabrikate" nach "Mitteleuropa" eingeführt werden, während "im Orient" ein "Markt für mitteleuropäische Fabrikate" entstehen würde.

"Die Kornkammern und erzenen Rohstoffe Kleinasiens wie die Erdölschätze Rumäniens bekommen durch diesen gesunden Ausbau eines geschichtlichen notwendigen Imperialismus eine für Mitteleuropa geradezu gigantische Bedeutung. Der alte Traum weitsichtiger deutscher Wirtschaftspolitiker, Deutschland durch die Vereinigung mit dem Balkan dann mit der asiatischen Türkei und mit den Niederungen des Euphrat und Tigris zu verbinden, und damit den Kontinent von Amerika und England in bestimmten Grenzen unabhängig zu machen, beginnt zur Wirklichkeit zu werden. Der Entwicklung der Produktivkräfte sind neue ungeahnte Möglichkeiten gegeben."³⁰³

Damit wurde die Niederwerfung Serbiens zu einem epochalen Ereignis der deutschen Außenhandelspolitik erklärt. Der Artikel der "Balkan-Revue" kann als Schlüsseldokument bezeichnet werden. Er enthielt die Essenz aller deutschen Kriegsziele in Südosteuropa und dem Nahen Osten, die in der Öffentlichkeit diskutiert und aller Pläne, die in Akten oder bei Gesprächen hinter den Kulissen entworfen wurden:

- die Kontrolle der wichtigen Verkehrswege,
- die Sicherung einer umfangreichen Einfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen,

³⁰¹ Vgl. Gr., Orient und Occident. Die neue Sicherung der freien Donau, in: Balkan-Revue. Monatsschrift für die wirtschaftlichen Interessen der südosteuropäischen Länder, 2 (1915/16), S. 379-381.

³⁰² Ebenda; S. 380.

³⁰³ Ebenda, S. 380.

- die Sicherung der Absatzmärkte,
- die Fernhaltung fremder Mächte.³⁰⁴

Gleichzeitig betonte der Artikel die Kontinuität dieser deutschen Ziele in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg.

Unmittelbar nach der Besetzung Serbiens fuhren die ersten Transportschiffe die Donau herunter nach Rumänien. Zwei Monate später begann der Personenverkehr auf der Eisenbahnstrecke Hamburg-Konstantinopel. Ab dem 1. Januar 1916 fiel die durch Serbien verlaufende Hauptseisenbahnlinie unter deutsche Kontrolle, nachdem sich die deutsche Regierung in dieser Frage gegenüber den Bündnispartnern Österreich-Ungarn und Bulgarien durchgesetzt hatte. Große Mengen an Getreide und Rohstoffen wurden in den folgenden Kriegsjahren über die Schiffs- und Bahnverbindungen aus den Staaten Südosteuropas nach Deutschland transportiert.³⁰⁵ In Serbien ließ sich Deutschland nach der Besetzung von seinen Bündnispartnern für die Kriegszeit die Ausbeutung der ertragreichsten Kupfergrube Europas, der Mine im ostserbischen Bor zusichern.³⁰⁶

Ein letztes unerwartetes Hindernis der deutschen Hegemonialpläne in Südosteuropa stellte 1916 Rumänien dar. Die dortige Regierung gab Mitte 1916 ihre Neutralität auf und schloß, gegen den Willen des aus Deutschland stammenden Königs Carol I., einen Vertrag mit den Alliierten.³⁰⁷ Am 27. August 1916 erfolgte die rumänische Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. Zwei Tage vorher hatte die rumänische Zeitung "Adeverul" den Kriegseintritt mit dem Hunger der Bevölkerung und der Ausbeutung des Landes durch Deutschland begründet.³⁰⁸

³⁰⁴ Vgl. Mitrovic, Andrej, Die Zentralmächte, Mitteleuropa und der Balkan, in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, a. a. O., S. 42.

³⁰⁵ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 225; Mitrovic, Die Zentralmächte, Mitteleuropa und der Balkan, a. a. O., S. 55.

³⁰⁶ Vgl. Dix, Arthur, Deutschland und der Balkanmarkt, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Jena, Bd. 106, 1916/I., S. 651.

³⁰⁷ Vgl. Teichova, Alice, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, München 1988, S. 17.

³⁰⁸ Vgl. Adeverul, 25. 8. 1916, nach Jäckh, Ernst, Bukarest-Saloniki, in: Deutsche Politik, 1. Jg., Heft 37, 8. September 1916, S. 1603.

Der Krieg gegen Rumänien begann am 28. August 1916 und endete im Dezember desselben Jahres mit der Okkupation des Landes durch Truppen Deutschlands und seiner Verbündeten.³⁰⁹ Unmittelbar nach der Besetzung Rumäniens unterbreitete die deutsche Regierung den Alliierten am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot, mit der Zielsetzung die erreichten Kriegsgewinne in Ost- und Südosteuro- pa auf die Dauer abzusichern. Der Zeitpunkt des Friedensangebots zeigt die Priorität, die diese Kriegsziele in der deutschen Re- gierungspolitik besaßen.³¹⁰

In ihrer Antwort verlangten die Alliierten von Deutschland die Räumung aller besetzten Gebiete in Frankreich, Rußland und Rumä- nien, die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Belgi- ens, Serbiens und Montenegros und die nationale Selbstbestimmung Polens, der Ukraine, Tschechiens, der Slowakei und aller jugo- slawischen Gebiete. Alle von Deutschland angegriffenen Staaten sollten darüber hinaus eine gerechte Entschädigung erhalten. Serbien müsse ein freier und sicherer Zugang zum Meer garantiert werden.³¹¹

Die deutsche Regierung lehnte diese Bedingungen kategorisch ab. Als Reaktion auf die Antwort der Alliierten erklärte sie am 1. Februar 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und trieb den Krieg damit auf eine neue Eskalationsstufe. Im April 1917 trat die USA in den Krieg gegen Deutschland ein.³¹²

Nach dem Sieg über Rumänien und der Kapitulation Rußlands offen- barten sich die deutschen Ziele in Ost- und Südosteuro- pa aller Welt in den "Friedensverträgen" von Bukarest und Brest-Litowsk. Neben einer territorialen Zurückdrängung Rußlands in Richtung Osten ging es der deutschen Regierung dabei im wesentlichen um die Sicherstellung der Ausbeutung der ökonomischen Ressourcen

³⁰⁹ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 403; Kinder/ Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 401/405; Gutsche/Klein/Petzold, Der erste Weltkrieg, a. a. O., S. 52ff., 124, 156, 164 u. 193f.

³¹⁰ Endgültiger Text der Ansprache des Herrn Reichskanzlers an den amerikanischen Geschäftsträger, Berlin, 12. 12. 1916, in: L'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la Première Guerre Mondiale, a. a. O., Band I, Dok. 420.

³¹¹ Vgl. Masaryk, Das neue Europa, a. a. O., S. 14f.

³¹² Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas der Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 405.

der Staaten Südosteuropas, des Baltikums, Polens und der Ukraine.³¹³

Am 7. Mai 1918 wurde der Friedensvertrag von Bukarest unterzeichnet. Darin ließ sich die deutsche Seite Handelsmonopole auf die Ausbeutung des rumänischen Erdöls und anderer Rohstoffe (z. B. Mangan, Kohle und Gold) sowie bei der Lieferung von Agrarprodukten garantieren. Zudem mußte die rumänische Regierung einer deutschen Kontrolle und Nutzung der rumänischen Eisenbahn- und Donauwege und -häfen zustimmen.³¹⁴ Der bedeutende Schwarzmeerhafen Constanza wurde zum deutschen Freihafen erklärt.³¹⁵ Darüber hinaus vereinnahmte Deutschland den Goldschatz der rumänischen Notenbank.³¹⁶

Damit war Deutschland Anfang 1918 war Deutschland erstmals zur uneingeschränkten wirtschaftlichen Hegemonialmacht in Rumänien, Bulgarien und den Gebieten des späteren Jugoslawien geworden. Die übrigen Kriegsziele in Osteuropa erreichte die deutsche Regierung durch die Kapitulation Rußlands und den Vertrag von Brest-Litowsk.

Die Diktate von Brest-Litowsk und Bukarest veranlaßten die Regierungen der Kriegsgegner Deutschlands dazu, "jede Verhandlung mit irgendeinem Vertreter des imperialistischen Regimes"³¹⁷ abzulehnen.

Das Ende des Weltkrieges wurde im Herbst 1918 in Südosteuropa besiegelt. Am 15. September durchbrachen Truppen der Alliierten die Front Deutschlands und seiner Verbündeten in Mazedonien. Die bulgarische Regierung kapitulierte am 29. September 1918. Damit war die gesamte Südostflanke der deutschen Kriegsfront ungedeckt. Der Verlust Rumäniens brachte die Erdölzufuhr zum Erliegen und machte auf die Dauer zur Kampfunfähigkeit der deutschen U-Boote, der Hochseeflotte und der motorisierten Einheiten des Heeres.

³¹³ Vgl. Henderson, W. O., Germany and Mitteleuropa, in: German Life and Letters, Vol. II., No. 3, April 1938, S. 167f.

³¹⁴ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 695f.

³¹⁵ Vgl. Kinder/Hilgemann, a. a. O., S. 409; Gutsche/Klein/ Petzold, a. a. O., S. 242.

³¹⁶ Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 382.

³¹⁷ Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 383.

Am 11. November 1918 erklärte sich die neue deutsche Regierung unter Ebert zum Waffenstillstand³¹⁸ und zur Aufhebung der Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest bereit.³¹⁹

Der Traum von einer deutschen Hegemonie über Ost- und Südosteuropa war vorerst ausgeträumt. Doch noch 1953 verteidigte der deutsche Historiker Conze dieses deutsche Kriegsziel:

"Als durch die Siege der Mittelmächte 1915 bis 1917 die Russen aus dem größten Teil Ostmitteleuropas herausgedrängt und auch die Balkanhalbinsel außer Griechenland für `Mitteleuropa` gewonnen worden waren, zeichnete sich die Möglichkeit einer großen Föderation unter deutscher Führung ab (...) Durch die deutsche Niederlage entfiel 1918 die Erprobung dieses Weges. In seiner Richtung hätte eine aussichtsreiche Möglichkeit für die Entwicklung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnung Ostmitteleuropas gelegen."³²⁰

Der Historiker, dessen Ausführungen noch einmal die expansionistischen deutschen Pläne in Ost- und Südosteuropa verdeutlichen, verschwieg die Auswirkungen des ersten gewaltsamen Versuchs, einen Großwirtschaftsraum von der Nordsee bis zum Persischen Golf unter deutscher Führung zu realisieren.

Der von Deutschland und Österreich-Ungarn ausgelöste Erste Weltkrieg kostete etwa 12 Millionen Menschen das Leben. Die höchste Verlustrate hatte Serbien zu beklagen. 700.000 Menschen wurden dort für die Durchsetzung der Ziele der deutschen Südostexpansi-

³¹⁸ Auf der Basis der am 8. Januar 1918 vom us-amerikanischen Präsidenten Wilson verkündeten vierzehn Punkte: Abschaffung der Geheimdiplomatie; Freiheit der Meere; Freiheit der Weltwirtschaft; Rüstungsbeschränkung; Regelung der kolonialen Ansprüche; Räumung Rußlands; Wiederherstellung Belgiens; Rückgabe Elsaß-Lothringens; Festsetzung der italienischen Grenzen nach nationalem Prinzip; freie autonome Entwicklung für die Völker Österreich-Ungarns; Räumung Rumäniens, Serbiens, Montenegros; Unabhängigkeit der Türkei; Öffnung der Meerengen; Autonomie der nichttürkischen Völker des Osmanischen Reiches; Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem und sicherem Zugang zum Meer; Gründung eines Völkerbunds. (Vgl. Kinder/Hilgemann, a. a. O., S. 409).

Wilson hatte die vierzehn Punkte auch als Antwort auf die Oktoberrevolution und gegen die kommunistische Konzeption der sozialen Revolution formuliert. (Vgl. Geiss, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, a. a. O., S. 176f.).

³¹⁹ Vgl. Kinder/Hilgemann, a. a. O., S. 409, Gutsche/Klein/ Petzold, a. a. O., S. 265, Geiss, Deutschland und der Erste Weltkrieg, a. a. O., S. 183.

³²⁰ Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 4/1953, S. 327.

on ermordet, das waren mehr als 15% der Gesamtbevölkerung.³²¹
Trotz alledem hielten deutsche Politik und Wirtschaft auch in der Weimarer Republik an der Zielsetzung einer Expansion nach Südosteuropa fest.

³²¹ Vgl. Weithmann, Michael W., *Balkan-Chronik*, Graz/Wien/Köln 1995, S. 347; Grothusen, *Deutschland und Südosteuropa 1871-1945*, a. a. O., S.258.

2. Band

6. Der zweite Griff nach Südosteuropa (1919-1945)

6.1 1919-1929 Verborgenes Wiederanknüpfen an alten Plänen

6.1.1 Die neue Ausgangslage in den zwanziger Jahren

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Regierungen der siegreichen Entente-Staaten darauf bedacht, die deutsche Expansion nach Ost- und Südosteuropa langfristig zu stoppen. Die gründliche Zerschlagung des von Deutschland beherrschten Großraums "Mitteleuropa" bildete vielleicht das einschneidendste Ergebnis des Krieges. Mit der Auflösung des Habsburger und des Osmanischen Reiches verschwanden die beiden großen, von Deutschland abhängigen "Bündnispartner" zwischen Berlin und Bagdad. Mit der Gründung der Staaten Tschechoslowakei und Jugoslawien (bis 1929 unter dem Namen SHS-Staat¹) wurden dem deutschen Expansionismus Barrieren gesetzt. Die jugoslawische Delegation ließ sich bei den Friedensverhandlungen u. a. von dem Grundsatz leiten, daß der neue Staat zu einem Bollwerk gegen den "deutschen Drang nach Osten" werden müsse.² Ein großer und starker jugoslawischer Staat sei notwendig, da die definitive Auseinandersetzung mit Deutschland erst noch bevorstünde.³

Die österreichische Regierung verpflichtete sich im Friedensvertrag zur Abtretung Südtirols an Italien, Galiziens an die neue Republik Polen und Sloweniens an Jugoslawien. Sie erkannte die Selbständigkeit der neuen Staaten Polen, Ungarn, Tschechoslowakei und Jugoslawien an.

Ungarn gab die Slowakei und die Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei sowie Kroatien und die Vojvodina an Jugoslawien ab. Auch das ehemals von Österreich-Ungarn annektierte Bosnien-Herzegowina integrierte sich in den jugoslawischen Staat. Die Bukowina, Transsylvanien (Siebenbürgen) und das östliche Banat wurden Rumänien zugesprochen. Von Bulgarien erhielt Rumänien die Süddobrudscha. Das Territorium des rumänischen Staates vergrößerte sich.

¹ SHS für Slowenien, Kroatien (Hrvastka) und Serbien.

² Vgl. Sundhaussen, Holm, Geschichte Jugoslawiens 1918-1980, Stuttgart 1982, S. 37ff.

³ Vgl. Mitrovic, Andrej, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, in: Balcanica. Annuaire de l'Institut des Etudes Balcaniques, Belgrad, Bd. 8, 1977, S. 561.



THE BALKANS AFTER WORLD WAR I

After L. S. Stavrianos, *The Balkans Since 1453* (New York, 1958).

sserte sich um mehr als das Doppelte, die Bevölkerungszahl stieg von 7,1 auf 15,5 Millionen. Das mit Deutschland verbündete und im Krieg unterlegene Bulgarien verlor zudem Binnenmazedonien an Jugoslawien sowie Westthrazien und Südmazedonien an Griechenland.

Aus dem aufgelösten Osmanischen Reich fielen Syrien und der Libanon unter französische, der Irak, Palästina und Ägypten unter britische Mandats Herrschaft. Ostthrazien, Smyrna und einige ägäische Inseln kamen zu Griechenland. In der Türkei wurde unter Präsident Kemal Pascha, genannt Atatürk, eine säkulare Republik ausgerufen.⁴

Die deutsche Regierung verpflichtete sich im Vertrag von Versailles, auf ihre gesamten staatlichen Guthaben in Bulgarien und im Osmanischen Reich zu verzichten.⁵

Jugoslawien und Rumänien wurden durch den Friedensvertrag als reparationsberechtigt anerkannt und erhielten das Recht, deutsches Eigentum in ihrem Machtbereich zu liquidieren.⁶

Eine Liquidation ausländischen Eigentums erfolgte vor allem im Rahmen von Agrarreformen, die in den drei südosteuropäischen Donaustaaten nach dem Ersten Weltkrieg erlassen wurden. In Rumänien drohte zu dieser Zeit im annektierten Bessarabien ein Bauernaufstand. Diese Tatsache erklärt, die dort im Kontext der Ende 1918 verkündeten und 1921 erweiterten Bodenreform im Vergleich mit den anderen Gebieten Rumäniens angewandten weitergehenden und einschneidenderen Maßnahmen. In Bessarabien wurden alle Güter über 100 Hektar enteignet, während in den übrigen Teilen Rumäniens die gesetzliche Grenze des zur Aufteilung ausgewählten Großgrundbesitzes von 100 bis 500 Hektar reichte. Die Reform betraf den gesamten Grundbesitz aller nichtrumänischen

⁴ Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2, a. a. O., S. 411; Hoppe, Hans-Joachim, Deutschland und Bulgarien 1918-1945, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, herausgegeben von M. Funke, Düsseldorf, 1977, S. 605; Teichova, Alice, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, München 1988, S. 21.

⁵ Vgl. Lamer, Mirko, Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 48 (1938), S. 481.

⁶ Vgl. Seckendorf, Martin, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34 unter besonderer Berücksichtigung der nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 entwickelten Konzeption, Diss., Berlin (DDR) 1980, S. 45.

Bürger und richtete sich damit vor allem gegen die ungarischen und deutschen Herrschaftsgüter in Transsylvanien. Darüber hinaus beinhaltete sie die Enteignung aller abwesenden Gutsherren, d. h. derjenigen, die ihren Wohnsitz außerhalb Rumäniens hatten. Die zur Umverteilung bestimmte Fläche betrug sechs Millionen Hektar, 30 Prozent der gesamten Anbaufläche des damaligen rumänischen Staatsgebiets. Von dieser Fläche wurden zwei Drittel an 1.400.000 Bauernfamilien verteilt. Den Rest hielt der Staat in Reserve, um ihn für Ansiedlungsprojekte zu verwenden. Die Kleinbauern erhielten jedoch nur kleine Ländereien. Der Großteil der rumänischen Landbevölkerung mußte weiter in Lehmhütten leben; vorher landlos, besaßen nun 52% der Bauern je Wirtschaft weniger als zwei Hektar Land. Auch in Bulgarien wurde 1921 eine Bodenreform erlassen. Sie führte ebenfalls zur Vermehrung der kleinbäuerlichen Wirtschaften, die durch frühere Reformen ohnehin überwogen. Das Gesetz bestimmte, daß kein Gut mehr als 30 Hektar Land umfassen sollte. Damit wurden sechs Prozent der gesamten Anbaufläche des Staates zur Verteilung freigesetzt, hauptsächlich, um Flüchtlinge aus Thrakien und Mazedonien anzusiedeln, die Anfang der zwanziger Jahre in großer Zahl nach Bulgarien kamen. In Jugoslawien erfolgte auf Grundlage eines Bodenreformgesetzes 1919 die vollkommene Liquidation von Großgrundbesitz über 300 Hektar. Im ganzen wurden dort zweieinhalb Millionen Hektar Land verteilt. Davon erhielten befreite Leibeigene ungefähr die Hälfte; ein Viertel - hauptsächlich aus Waldungen bestehend - wurde verstaatlicht und der Rest an Bauernfamilien ausgegeben. Güter mit einer Fläche von über 50 Hektar verschwanden fast völlig. 67,8% der landwirtschaftlichen Einheiten waren nicht größer als 5 Hektar. Sie dienten nahezu ausschließlich der Subsistenzproduktion, so daß der Anteil Jugoslawiens auf dem Weltmarkt für Agrargüter, analog zu den übrigen Staaten Südosteuropas, in den zwanziger Jahren drastisch zurückging.⁷

1920/21 schlossen sich die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien durch Verträge zur Kleinen Entente zusammen, mit dem erklärten Ziel, einem deutschen und ungarischen Revisionismus und Expansionismus gemeinsam entgegenzutreten.⁸ Die drei neu entstandenen bzw. territorial stark erweiterten Staaten bildeten durch

⁷ Vgl. Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte, a. a. O., S. 41ff.

⁸ Vgl. Droz, a. a. O., S. 246.

dieses Bündnis den südosteuropäischen Pfeiler des von der französischen Regierung gewünschten "cordon sanitaire", einerseits gegen die bolschewistische Sowjetunion, andererseits gegen die Gefahr neuer "Mitteleuropa"-Aspirationen aus Deutschland.⁹ Durch Anleihen versuchten die französischen Regierungen die Staaten der Kleinen Entente zu stabilisieren, um einem neuen deutschen Expansionismus entgegenzuwirken.¹⁰

Die neuen Grenzziehungen in Ost- und Südosteuropa wurden in Deutschland negativ bewertet und abgelehnt. Viele Autoren klagten, ein "organisch gewachsener" Großwirtschaftsraum sei zerschlagen worden und bei der Bildung der neuen Staaten hätten die Siegermächte "ethnische" bzw. "völkische" Kriterien nicht ausreichend berücksichtigt.¹¹ In diesem Zusammenhang verbreitete sich das Schlagwort von der durch die "Pariser Vorortverträge"¹² ausgelösten "Balkanisierung Mitteleuropas", für die die Entente, so der Jungkonservative Boehm 1923, die "Kollektivschuld" trage.¹³

⁹ Vgl. Haberl, Othmar Nikola, Südosteuropa und das Deutsche Reich vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Südosteuropa, Nr. 39, 9/1990, S. 504; Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn 1948, S. 13; Teichova, a. a. O., S. 77.

¹⁰ Vgl. Sundhaussen, Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning, in: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 122.

¹¹ Vgl. Thierfelder, Franz, Vom alten zum neuen Balkan, in: Unser Kampf auf dem Balkan, herausgegeben von Franz Geisler/ Josef März/ Franz Thierfelder, u. a., München 1942, S. 8; Mitrovic, Andrej, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens in der Zeit der Verständigungspolitik Stresemanns, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Joachim Hütter/ Reinhard Meyers/ Dietrich Papenfuss, Köln/Berlin/Bonn/München 1975, S. 123.

¹² Die Friedensverträge mit den einzelnen Staaten wurden in den in der Nähe von Paris gelegenen Orten Versailles, St-Germain-en-Laye, Trianon, Neuilly und Sèvres unterzeichnet. Die abwertende deutsche Bezeichnung "Pariser Vorortverträge" signalisiert die in der deutschen Gesellschaft verbreitete Ablehnung dieser Verträge.

¹³ Vgl. Boehm, Max Hildebert, Europa irredenta, Eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart, Berlin 1923, S. 252f. Vgl. auch Schlenker, Max, Mitteleuropa, in: Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr, 8. Jg., Nr. 39, 29. 9. 1927; Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropa vor und nach 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 4/1953.

Noch 1991 wurde die Auflösung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens in der deutschen Presse mit dem Argument begrüßt, damit seien angeblich nicht lebensfähige "Vielvölkerstaaten" als Re-

In Großbritannien und Frankreich herrschte nach 1918 die Überzeugung vor, daß es notwendig sei, in die vormals von Deutschland beherrschten Märkte Ost- und Südosteuropas vorzudringen, um den Wiederaufbau der ökonomischen, politischen und militärischen Vorkriegspositionen Deutschlands zu verhindern. Da Deutschland aufgrund der Reparationsverpflichtungen seinen Außenhandel in absehbarer Zeit nicht durch Kapitalexporte fördern konnte, mußte es dieses Feld zunächst den westeuropäischen Konkurrenten überlassen. So spielte britisches Kapital in der Zwischenkriegszeit in Südosteuropa eine führende Rolle, obwohl dieses Gebiet für Großbritannien, daß seine Haupthandelsbeziehungen in Übersee unterhielt, wirtschaftlich unbedeutend war.¹⁴

Solange in Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg die Lösung wirtschaftlicher und monetärer Probleme im Vordergrund stand, bot sich Frankreich und Großbritannien die Chance, sie aus dem strategisch wichtigen Südosteuropa hinauszudrängen und ihre eigene Position auszubauen. Sie konzentrierten sich dabei vorwiegend auf Objekte kurzfristiger optimaler Kapitalverwertung. Diese lagen in erster Linie auf dem Feldern der Rüstungsindustrie und der südosteuropäischen Rohstoffressourcen. Zu einer Entfaltung der Produktivkräfte Südosteuropas, die eine Industrialisierung unter Ablösung der weltwirtschaftlich sehr krisenanfälligen Monokulturen (Getreide, Tabak) erfordert hätte, konnte es unter diesen Umständen nicht kommen, auch wenn die südosteuropäischen Staaten dies in den zwanziger Jahren durch eine Import-Substituierungspolitik zu erreichen versuchten.¹⁵

likte des Versailler Vertrages endgültig von der Landkarte verschwunden. In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" hieß es, die jugoslawische Staatenföderation sei eine "historische Mißgeburt" gewesen, an der die "Taufpaten", die USA und die westeuropäischen Staaten zu lange festgehalten hätten. Dabei wurde Deutschland wohlgemerkt nicht zu den westeuropäischen Staaten gezählt. (Vgl. u. a. Kremp, Herbert, Der Eurokraten-Hochmut und das lästige Menschenrecht, in: "Die Welt", 3. 7. 1991; Leicht, Robert, Vom Völkerfrühling zum Bürgerkrieg?, in: "Die Zeit", 5. 7. 1991; Panzerkommunismus, in: "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29. 6. 1991).

¹⁴ Vgl. Teichova, a. a. O., S. 78ff.

¹⁵ Vgl. Wendt, Bernd-Jürgen, England und der deutsche "Drang nach Südosten". Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhundert (Festschrift für Fritz Fischer), herausgegeben von Imanuel Geiss/Bernd-Jürgen Wendt, Düsseldorf 1973, S. 487.; Ránki, György, Economy and foreign policy. The struggle

Besonders aus dem Bereich der Rohstoffgewinnung wurde die deutsche Wirtschaft nach 1918 in Südosteuropa vorerst verdrängt. Im rumänischen Erdölsektor sicherten sich Großbritannien und die Niederlande nach der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz über ihre Unternehmen Royal Dutch/Shell und Anglo Persian Oil Co. mit einem Gesamtkapitalanteil von 54% unangefochten die Führung.¹⁶ Dabei nutzten sie den großen Kapitalbedarf Rumäniens für den Wiederaufbau der zerstörten Anlagen und das anspruchsvolle Industrialisierungsprogramm.¹⁷

Auch in Jugoslawien konzentrierte sich das britische und französische Kapital vorwiegend auf die reichen Mineralquellen. Ein britisches Konsortium übernahm die Kontrolle über die ertragreichen Blei- und Zinkbergwerke von Trepca im Kosovo, während französische Unternehmen sich die Aktienmehrheit des größten Kupferbergwerkes Europa im ostserbischen Bor sicherten.¹⁸

Neben dem Rohstoffsektor war französisches und britisches Kapital in den zwanziger Jahren auch auf dem südosteuropäischen Anleihemarkt führend. Französische Anleihen in Südosteuropa gingen dabei vornehmlich nach Rumänien, Jugoslawien und später Bulgarien, während britische Kredite hauptsächlich nach Griechenland und in die Türkei flossen.¹⁹

Wie bereits vor dem Ersten Weltkrieg hemmten hohe Verschuldung und harte Zinsbedingungen in den zwanziger Jahren eine eigenständige Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Staaten. Der Völkerbund und die Gläubigerstaaten übten über Kontrollkommissionen eine intensive Kontrolle über die südosteuropäischen Staatshaushalte aus. Eine ökonomische Konsolidierung Jugoslawi-

of the great powers for hegemony in the danube valley, 1919-1939, New York 1983, S. 40f.

¹⁶ Als Erdöllieferant spielte Rumänien für Großbritannien in den 20er und 30er Jahren keine große Rolle. Großbritannien bezog 1938 38% seines gesamten Erdölbedarfes in Form von Rohöl und Aufbereitungsprodukten aus Venezuela/Niederl. Westindien, 19,6% aus dem Iran, 17,6% aus den USA und 4,4% aus dem Irak, während Rumänien erst mit knapp 3% an fünfter Stelle folgte. Rumänisches Erdöl war für Großbritannien keine Lebensnotwendigkeit, sondern vor allem Anlage- und Spekulationsobjekt. (Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 505.).

¹⁷ Vgl. Wendt, England und der "deutsche Drang nach Südosten", a. a. O., S. 505.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 489f.

¹⁹ Vgl. Wendt, a. a. O., S. 495; Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 163.; Teichova, a. a. O., S. 112ff.

ens, Rumäniens und Bulgariens wurde nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die führenden Gläubigerstaaten Großbritannien, Frankreich und die USA ihnen kaum eine Chance boten, die anfallenden Verbindlichkeiten durch die Abnahme nennenswerter Exportmengen zu kompensieren.²⁰ Während die Mehrzahl der südosteuropäischen Anleihen in den zwanziger Jahren aus Großbritannien und den USA kamen, nahmen diese beiden Staaten jeweils nicht mehr als 1-2% der südosteuropäischen Exporte ab. Der Anteil Frankreichs lag mit 3,8% (1930) kaum höher.²¹ Die Divergenz zwischen dem Kapitalmonopol Frankreich, Großbritanniens und der USA und ihrem Desinteresse an einem Handelsaustausch mit den Staaten der Balkanhalbinsel erwies sich als schwere Hypothek für eine langfristige Verhinderung eines neuen deutschen Griffs nach Südosteuropa.

6.1.2 Die Rückeroberung der deutschen Führung im Handel mit Südosteuropa ab Anfang der zwanziger Jahre

Vor diesem Hintergrund konnte Deutschland im direkten Handel mit Südosteuropa bereits Anfang der zwanziger Jahre die Hegemonialstellung wiedergewinnen. Nach dem endgültigen Verlust der Überseekolonien am Ende des Ersten Weltkrieges, konzentrierte sich die deutsche Wirtschaft noch stärker als zuvor auf die Durchsetzung einer Hegemonie auf den Märkten Südosteuropas, um hier ein "ökonomischen Hinterland" im Machtkampf mit den übrigen Großmächten zu gewinnen.²²

²⁰ Großbritannien wickelte 1929 nur 0,86% seiner Einfuhren und 1,84% seiner Ausfuhren mit Südosteuropa ab. Es hatte für die drei Hauptprodukte Südosteuropas (Tabak, Getreide, Vieh bzw. Viehprodukte) kaum Bedarf, da seine traditionellen Lieferanten entweder im Commonwealth (Getreide: Kanada, Australien, Neuseeland), in Südamerika (argentinisches Fleisch), in den USA (Virginatabak) oder Nord- und Westeuropa (tierische Veredlungsprodukte) lagen. (Vgl. Wendt, England und der "deutsche Drang nach Südosten", a. a. O., S. 495 u. 500).

²¹ Ránki, György, Economy and foreign policy. The struggle of the great powers for hegemony in the danube valley 1919-1939, a. a. O., S. 37; Sundhausen, Die Wirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 123.

²² Vgl. Schwarzenau, Kurt, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Geschichte und Konzeption einer Monopolorganisation von den Anfängen bis 1945, Diss., Leipzig 1974, S. 66; Berndt, Roswitha, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne des deutschen Imperialismus (1926-1931). Zur Rolle des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages

In den Möglichkeiten als Kreditgeber und ihrer politischen und militärischen Handlungsfreiheit durch die Friedensverträge eingeschränkt, setzten die deutschen Regierungen zur Wiedereroberung verlorener Positionen in Südosteuropa in den zwanziger Jahren vor allem auf drei Faktoren:

1. auf die Instrumentalisierung der großen deutschen Minderheiten in Jugoslawien und Rumänien,
2. auf das Interesse der südosteuropäischen Donaustaaten an Handelsbeziehungen zu Deutschland,
3. auf deutschfreundliche Kreise in den ehemals verbündeten Ländern (besonders auf das aus Deutschland stammende Königshaus Bulgariens und das dortige Offizierskorps).²³

Maßgebliches Mittel wurde, wie bereits in der Phase von 1890-1914, die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas auf der Grundlage günstiger Handelsverträge und lukrativer Großaufträge für die deutsche Industrie.²⁴

Einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung bedeutete das Junktim zwischen Reparationszahlungen und dem Vorrang deutscher Exporte nach Ost- und Südosteuropa, das Außenminister Rathenau im September 1921 in Verhandlungen mit der britischen Regierung erreichte. Das Abkommen ermöglichte der deutschen Außenhandelspolitik bereits zwei Jahre nach dem Ersten Weltkrieg eine beträchtliche Handlungsfreiheit in Südosteuropa. Durch die Übereinkunft wurden die deutschen Wirtschaftsinteressen auf dem Balkan erstmals offiziell von einer Siegermacht anerkannt. Dies bedeutete implizit einen Rückschlag für die französischen Bemühungen, den deutschen Einfluß in Südosteuropa einzuschränken.²⁵

und der Mitteleuropa-Institute in den imperialistischen deutschen Expansionsplänen, Wissenschaftliche Zeitung der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 14 (1965), S. 230. Wiederabdruck in: Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, herausgegeben von Gilbert Ziebura, Darmstadt 1975, S. 305-334.

²³ Vgl. Petzold, Joachim, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 19/2 (1975), S. 175 u. 178.

²⁴ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 66.

²⁵ Vgl. Elvert, Jürgen, Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen, in: ders., Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1997, S. 145.

Als nächster Schritt für die Ausweitung des deutschen Handels in Südosteuropa erfolgte noch im selben Jahr der Abschluß eines vorläufigen Handelsvertrages mit Jugoslawien. In der Hoffnung auf diese Weise seinen Absatz in Deutschland ausweiten zu können, verzichtete der jugoslawische Staat darin auf die einseitige handelspolitische Meistbegünstigung, welche der Versailler Friedensvertrag den Siegerstaaten gegenüber Deutschland bis zum 10. Januar 1925 garantierte. Darüber hinaus versicherte die jugoslawische Regierung das im Versailler Vertrag verbriefte Recht zu Vergeltungsmaßnahmen (z. B. Beschlagnahme deutschen Eigentums und deutscher Auslandsguthaben) nicht anzuwenden.²⁶ Damit erhielt Deutschland bereits 1921 auf dem jugoslawischen Markt wieder die gleichen Geschäftsbedingungen wie alle übrigen Staaten. Ähnliche am Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung orientierte Verträge schloß die deutsche Regierung in der Folge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland ab. Auf dieser Grundlage gelang es Deutschland bereits Mitte der zwanziger Jahre seine Position als unangefochten wichtigster Handelspartner in Südosteuropa zurückzuerobern,²⁷ wie folgende Tabelle dokumentiert:

Außenhandel südosteuropäischer Länder mit Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien 1922 und 1929

Land	(Prozent der Gesamtsumme)					
	Bulgarien		Rumänien		Jugoslawien	
	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.
Deutschland						
1920	5,7	10,5	1,9	1,1	1,4	7,6
1922	16,5	21,5	5,9	19,7	8,7	7,2
1924	19,8	17,7	19,2	5,7	8,3	4,1
1925	20,9	20,1	16,7	8,4	9,9	7,1
1929	29,9	22,2	27,6	24,1	8,5	15,6
Frankreich						
1922	7,1	6,0	9,6	5,9	5,8	3,0
1929	5,1	8,2	4,5	5,5	4,0	4,0

²⁶ Vgl. Mitrovic, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens..., a. a. O., S. 118.

²⁷ Vgl. Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 148.

Italien

1922	12,1	12,3	8,0	5,9	28,1	15,3
1929	11,0	10,7	7,7	6,9	24,9	10,8

Großbritannien

1922	0,7	15,0	2,4	8,9	1,9	7,1
1929	1,6	8,9	6,4	7,3	1,6	5,6

USA

1922	2,4	1,9	0,2	3,3	0,5	3,4
1929	1,7	3,3	0,2	6,1	1,6	4,7 ²⁸

Das deutsch-bulgarische Meistbegünstigungsabkommen wurde am 19. Februar 1921 geschlossen. Auf dieser Grundlage erreichte der Handel zwischen beiden Staaten bereits 1924 wieder den Vorkriegsstand von 1912; seit 1922 nahm Deutschland in der bulgarischen Einfuhr und seit 1924 auch in der bulgarischen Ausfuhr den ersten Rang ein.²⁹ Ebenso setzte sich Deutschland beim rumänischen Import bereits 1922 wieder an die Spitzenposition.³⁰

Dies gelang, obwohl sich die rumänische Regierung im Gegensatz zu den übrigen südosteuropäischen Donaustaaten zunächst nicht bereit zeigte, auf die einseitige Meistbegünstigung und auf die Enteignung deutschen Vorkriegseigentums zu verzichten. Sie suchte bewußt eine enge Anlehnung an Frankreich, um so finanziellen Forderungen an Deutschland, die aus der Zeit des Ersten Weltkrieges resultierten, Nachdruck verleihen zu können. Demgegenüber versuchte die deutsche Seite die rumänische Regierung unter Druck zu setzen, in dem sie deutsche Ausfuhrsgüter (besonders Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte für die rumänische Erdölindustrie), nach denen in Rumänien große Nachfrage bestand, zurückhielt.³¹ Beendet wurde diese Auseinandersetzung

²⁸ Zusammengestellt nach Teichova, a. a. O., S. 182f.; Haberl, in: Südosteuropa, 9/1990, a. a. O., S. 515.

²⁹ Vgl. Hoppe, Hans-Joachim, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979, S. 37.

³⁰ Vgl. Gross, Hermann, Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, Stuttgart/Berlin, 1941, S. 3.

³¹ Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (im folgenden: ADAP), Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Göttingen,

1928. Am 10. November 1928 unterzeichneten die beiden Regierungen ein Abkommen über die Beilegung der finanziellen Streitpunkte. Die deutsche Seite erklärte sich darin zur Zahlung von 75,5 Millionen Reichsmark in drei Jahresraten bereit, um noch offenstehende Rechnungen für rumänische Getreidelieferungen aus den Jahren 1914-16 zu begleichen. Rumänien nahm dafür den Zinsen- und Tilgungsdienst für die im deutschen Besitz befindlichen Vorkriegsanleihen wieder auf und gab das konfiszierte deutsche Eigentum frei. 1929 nahm die rumänische Regierung darüber hinaus das Nationalisierungsgesetz von 1924 zurück. Deutsche Unternehmen gründeten daraufhin ein dichtes Netz von Verkaufsorganisationen in Form rumänischer Gesellschaften. Führend waren dabei der 1925 entstandene Chemietrust I.G. Farben und die AEG.³² Deutschland nutzte darüber hinaus die Reparationszahlungen, die es an Jugoslawien und Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg zu leisten hatte, zur Wiedererlangung seiner beherrschenden Marktposition. Jugoslawien waren in den Friedensverträgen 5% und Rumänien 1,1% der deutschen Reparationen zugesprochen worden. Bezüglich Jugoslawiens hieß es Ende der zwanziger Jahre in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, die Reparationsleistungen hätten

"das Land von Anfang an wieder an deutsche Waren gewöhnt und es dürfte eine selbstverständliche Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik sein, diese Reparationslieferungen zur Basis resp. zum Anknüpfungspunkt für andere und spätere wirtschaftliche Betätigung in diesem Lande auszugestalten. Die Bedürfnisse dieses Landes, das sich erst im Jahrzehnten zu einem modernen europäischen Staat entwickeln kann, sind bekanntlich sehr groß."³³

Durch die umfangreichen Reparationslieferungen gelang es der deutschen Industrie in den zwanziger Jahren, sich in einigen Bereichen der südosteuropäischen Wirtschaft (z. B. Eisenbahn- und Fernmeldewesen) Monopole zu verschaffen, aus denen Nachliefe-

1985, Serie A, Bd. 3, Nr. 229, Aufzeichnung des Legationssekretärs von Grundherr, Berlin, 3. 8. 1920.

³² Vgl. Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M.-Bern 1983, S. 194; Seckendorf, Martin, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918 bis 1933/34..., a. a. O., S. 47ff. u. 66; Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 148; Radandt, H., Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, T. III, S. 146ff.

³³ Bericht Köster, 23. 7. 1929, nach Höpfner, a. a. O., S. 161.

rungsanträge außerhalb der Reparationsleistungen resultierten.³⁴ Als Paradebeispiel für Reparationsleistungen mit weitreichenden Folgen gilt das Projekt einer Donaubrücke von Belgrad nach Pančevo. Als die jugoslawische Regierung dieses Projekt 1923 ausschrieb, versuchten deutsche Industrievertreter, sich diesen Auftrag zu sichern. Sie erhielten Unterstützung aus dem Auswärtigen Amt. Die dort tätigen Regierungsbeamten gingen davon aus, daß das Projekt Deutschland die Tür für eine maßgebende Rolle im jugoslawischen Wirtschaftsleben öffnen könne. Die Ausführung des Brückenbaus würde "einen weithin sichtbaren Erfolg deutscher Arbeit bedeuten." Am 15. Januar 1927 wurde der Auftrag im Wert von 16¹/₂ Goldmark an deutsche Unternehmen unter finanzieller Führung der Dresdner Bank erteilt.³⁵ Der deutsche Gesandte in Jugoslawien nannte den Abschluß ein "außerordentliches Propagandastück für die deutsche Industrie".³⁶

6.1.3 Zur Kontinuität der "Mitteleuropa"-Propaganda" nach 1918

Trotz der deutschen Kriegsniederlage und der durch die Friedensverträge veränderten Ausgangslage in Südosteuropa hielten die führenden Vertreter der "Mitteleuropa"-Konzeption an ihren Zielen auch nach 1918 fest. Der Einfluß der neuindustriellen exportorientierten Wirtschaftszweige, aus deren Kreisen Bethmann Hollwegs "Septemberprogramm", Naumanns "Mitteleuropa"-Buch und das Konzept des "Ethischen Imperialismus" hervorgegangen war, auf die deutsche Regierungspolitik blieb auch in den zwanziger Jahren unvermindert, ja weitete sich sogar noch aus.³⁷ Zwar konnten die ökonomistischen Imperialisten vor dem Hintergrund der eingeschränkten politischen Handlungsfähigkeit Deutschlands ihren Anspruch auf eine Führungsrolle in "Mitteleuropa" zunächst nur hinter verschlossenen Türen aufrechterhalten, doch zeichneten sie mitverantwortlich für den wirtschaftspolitischen Kurs

³⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus von 1918-1933/34..., a. a. O., S. 50ff.

³⁵ Vgl. ADAP, Serie B, Bd. 3, Nr. 68, Das Auswärtige Amt an die Gesandtschaft in Belgrad, Berlin, 16. 2. 1926. Vertraulich.

³⁶ Privatbrief Olshausen an Köpke, 31. 12. 1926, nach Höpfner, a. a. O., S. 149.

³⁷ Vgl. Opitz, Reinhard, Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973, S. 148.

der Regierungen der Weimarer Republik.³⁸ Ernst Jäckh organisierte nun "Dienstag-Abende", an denen sich Reichspräsident und Reichskanzler, Minister, Abgeordnete und andere politisch tätige Männer zu "inoffiziellen" politischen Absprachen trafen.³⁹

In der Berliner Residenz des "Jäckh-Konzerns"⁴⁰ waren 1918 u. a. die Deutsch-türkische Vereinigung, das Orient-Institut, der "Mitteleuropa"-Ausschuss, die Völkerbund-Liga, der Deutsche Werkbund und die Redaktion der "Deutschen Politik" untergebracht. Ab Anfang der dreißiger Jahre residierte dort außerdem die Geschäftsstelle der Deutschen Gruppe des "Mitteleuropäischen Wirtschaftstages".⁴¹

In den Jäckh-Kreis aufgenommen wurde nach 1918 Gustav Streseman (deutscher Außenminister von 1923-1929)⁴². Als Vertreter der Fertigwarenindustrie unterstützte er die vom Kreis um Jäckh, Naumann und Bosch getragene Strategie der neueren Industrien zur Wiedererringung der deutschen Vormachtstellung in Europa. Auf der Basis einer deutsch-französischen Verständigung versuchte diese Fraktion der deutschen Industrie die Option deutscher Gebietserweiterung und Wirtschaftsexpansion in Richtung Ost- und Südosteuropa langfristig aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wurde seit Beginn der zwanziger Jahre durch eine enge Bindung an die in dieser Periode wirtschaftlich und finanziell dominierenden USA die Grundlage für den wirtschaftlichen Machtzuwachs Deutschlands gelegt. Streseman hoffte, die USA zumindest solange im

³⁸ Vgl. Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 144.

³⁹ Dorthin kam, weil der sozialdemokratische Polizeipräsident anwesend war, der Hauptmann, der die Erschießung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meldete. Dort wurden Beziehungen des Reichspräsidenten Ebert zu Hjalmar Schacht hergestellt, der bald darauf Reichsbankpräsident wurde. (Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 125 u. 148ff.; Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 192).

⁴⁰ Am Schöneberger Ufer 36a.

⁴¹ Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 125 u. 148ff.; Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 192.

⁴² Streseman (1878-1929) war zunächst Syndikus von Schokoladenfabriken, dann stellvertretender Vorsitzender des Bundes der sächsischen Industriellen (von 1903-1908). Seine politische Karriere begann er 1903 als Mitglied der Nationalliberalen Partei. 1917 wurde er Führer ihrer Reichstagsfraktion. Von 1919 bis zu seinem Tod 1929 war er Vorsitzender der Deutschen Volkspartei. Vom August-November 1923 übernahm er in einer Großen Koalition das Amt des Reichskanzlers, von Ende 1923-1929 bestimmte er als Außenminister maßgeblich die deutsche Politik. (Vgl. Opitz, der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 143f.; Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 427f.).

Dienste des Wiederaufstiegs ihres wichtigsten Schuldners engagieren zu können, bis es Deutschland gelingen würde, mittels der wiedergewonnenen Wirtschafts- und Finanzkraft eine Revision des Versailler Vertrages, vor allem in bezug auf einen Anschluß Österreichs und die Bestimmungen zu Ost- und Südosteuropa durchsetzen zu können. Die diplomatischen Aktivitäten Stresemanns für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (der 1926 erfolgte) dienten u. a. der Erreichung des Fernziels, die in den Friedensverträgen gesetzten Barrieren für eine deutsche Hegemonie in Ost- und Südosteuropa zu beseitigen.⁴³

Die Vertreter des "Mitteleuropa"-Projekts der Kriegszeit konzentrierten sich zunächst auf die Erreichung der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich, als ersten Schritt zur Realisierung des "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraumes.

Schotte, der Geschäftsführer des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", dessen Tätigkeit zu Beginn der Weimarer Republik fortgesetzt wurde, rief bereits im Dezember 1918, d. h. einen Monat nach Beendigung des Weltkrieges, dazu auf,

"daß wir weiterarbeiten müssen, daß sich Mitteleuropa stückweise erfüllen muß. (...) Großdeutschland ist das erste Stück, das weitere: die wirtschaftliche und politische Verständigung mit dem Völkergemisch Mitteleuropas muß unausbleiblich folgen."⁴⁴

"Mitteleuropa" werde eine der nächsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik bleiben.⁴⁵

Nach der Auflösung Österreich-Ungarns und der damit vollzogenen Trennung Österreichs von den ost- und südosteuropäischen Teilen des Habsburger Reiches hielten die "Mitteleuropa"-Vertreter eine Realsierung des "Großdeutschlands der Paulskirche", d. h. eines Zusammenschlusses Deutschlands und Österreichs in absehbarer Zeit für durchsetzbar.

⁴³ Vgl. Frommelt, Reinhard, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einiigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart 1977, S. 29f.; Ruge, Wolfgang, Stresemann - ein Leitbild? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1969, S. 468ff; Höpfner, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, a. a. O., S. 1.

⁴⁴ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Nachlaß Naumann, Nr. 29, Bl. 233, Brief Schottes an Naumann, Dezember 1918.

⁴⁵ Schotte, Walther, An unsere Leser, in: Mittel-Europa. Mitteilungen des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", 2. Jg, H. 52, 24. 12. 1918, S. 574.

So bemerkte Friedrich Naumann Ende 1918:

"Das weite Deutschland, von dem Ernst Moritz Arndt gesungen hat, und das im Jahre 1848 in der Paulskirche verkündigt wurde, zeigt sich vor unseren Augen."⁴⁶

Die "Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung", der u. a. Bethmann Hollweg, Naumann, Jäckh, Rohrbach und Stresemann angehörten, gab am 10. Dezember 1918 ihre Umbenennung in "Großdeutsche Vereinigung" bekannt und schloß sich mit dem "Österreichisch-deutschen Arbeitsausschuß" zur "Großdeutschen Arbeitsgemeinschaft" zusammen.⁴⁷

Am 21. März 1919 nahm der deutsche Verfassungsausschuß den Antrag Naumanns, "Deutschösterreich tritt als Ganzes, als ein Gliedstaat dem Deutschen Reiche bei", einstimmig an.⁴⁸ Doch mit dem am 10. September 1919 von der österreichischen Regierung in St. Germain-en-Laye unterzeichneten Friedensvertrag wurden die großdeutschen Bestrebungen vorerst eingedämmt: Der Vertrag bestimmte das Verbot des Namens "Deutsch-Österreich" und des "Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich. Neunzehn Jahre später, im März 1938, setzte sich die nationalsozialistische Regierung über dieses Verbot hinweg und erfüllte mit dem "Anschluß" die seit den 1840er Jahren verbreiteten Pläne vieler Paulskirchenabgeordneter und "Mitteleuropa"-Protagonisten. Die Ablehnung des "Anschlußverbotes" durch den Kreis der "mitteleuropäischen Staatenbundimperialisten" um Naumann unterstreicht eine Stellungnahme des Naumann-Schülers und späteren Bundespräsidenten Heuss nach der Unterzeichnung der Friedensverträge von 1919:

"Haben wir, weil das in Versailles und St. Germain so beschlossen wurde, auf die Vereinigung mit Deutsch-Österreich verzichtet? Nur der hoffnungslose Tagespolitiker oder der modische Verräter am nationalstaatlichen Gedanken hat dieses Ziel 'abgeschrieben', das der wichtigste, drängendste Inhalt unseres künftigen politischen Ar-

⁴⁶ Naumann, Friedrich, Vorläufiger Abschied. Erstveröffentlichung in Mittel-Europa, 2. Jg., H. 52, 24. 12. 1918, zit. nach ders., Werke, a. a. O., Bd. 4, S. 977.

⁴⁷ Vgl. Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 485.

⁴⁸ Vgl. Kleinwaechter, Friedrich F. G., Deutschösterreichs Kampf um das Selbstbestimmungsrecht bis zu den Genfer Protokollen, in: Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, herausgegeben von Friedrich F. G. Kleinwaechter/Heinz von Paller, Wien/Leipzig 1930, S. 74.

beitens sein muß (...) Spüren wir nicht selber eine willkommene Weite unmittelbarer nationalstaatlicher Aufgabe, wenn wir an die staatliche Verschmelzung der deutschen Stämme des Südostens denken? Das Nationale war eine Triebkraft des Krieges und will zu seiner Wiederdarstellung kommen, es will seine staatlichen Grenzen finden."⁴⁹

Der Nationalliberale Heuss zeigte sich damit nicht nur als Anhänger des Projekts eines "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraums unter deutscher Führung, sondern ebenso als Vertreter des Gedankens eines großdeutschen "Lebensraumes". Dies hatte durchaus praktische Konsequenzen. Auf Vermittlung Rohrbachs schrieb Heuss in der Weimarer Republik in Zeitschriften des "Auslandsdeutschtums" und übernahm von 1925-1932 das Amt des Vizepräsidenten des "Bundes der Auslandsdeutschen".⁵⁰

Darüber hinaus wurde Heuss ab Februar 1919 Mitarbeiter des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa". Gleichzeitig versuchte er, beauftragt von Naumann, eine für den Anschluß an Deutschland agitierende österreichische "Bürgerlich-Demokratische" Partei zu gründen.⁵¹

Die Vertreter des "Mitteleuropa"-Projekts zeigten sich bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg überzeugt von der langfristigen Realisierungsmöglichkeit ihres Zieles. So ging beispielsweise

⁴⁹ Heuss, Theodor, Zwischen Gestern und Morgen, Stuttgart 1919, S. 37 u. 105.

⁵⁰ Vgl. Opitz, der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 32.

⁵¹ Sein Partner auf österreichischer Seite war dabei Richard Riedl. Dieser tat sich bereits während des Ersten Weltkrieges als Sektionschef im österreichisch-ungarischen Handelsministerium als einer der Protagonisten des Zollunionsgedanken zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hervor. Während seiner Tätigkeit als österreichischer Gesandter in Berlin von 1921-1925 verfolgte er diesen Gedanken weiter. Bei den Verhandlungen zum Locarno-Vertrag ließ sich Stresemann von den Anregungen seines Gesandten Riedl leiten. Auch nach seiner Demissionierung hielt Riedl Kontakt zur deutschen Regierung, besonders zum Auswärtigen Amt und zu Reichsbankpräsident Schacht. Innerhalb der 1925 gegründeten Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft übernahm Riedl das Sachgebiet der Handelspolitik. In der Periode des Nationalsozialismus wurde Riedl Aufsichtsratsvorsitzender der von den I.G. Farben beherrschten "Donau-Chemie AG" und Kuratoriumsmitglied des "Mitteleuropäischen Wirtschaftstages". (Vgl. Stegmann, Dirk, "Mitteleuropa" 1925-1934. Zum Problem der Kontinuität deutscher Außenhandelspolitik von Stresemann bis Hitler, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System, herausgegeben von Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/ Peter Christian Witt, Bonn 1978, S. 211.; Jäckh, Ernst, Weltsaat. Erlebtes und Erstrebtes, Stuttgart 1960, S. 98; Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 145).

Naumann davon aus, daß "die technische und wirtschaftliche Kultur" der Tschechen, Ungarn und Jugoslawen nur "in dauerndem Austausch mit deutschen Leben" existieren könne und daß diese "Naturverhältnisse" eines Tages ganz von selbst wieder an die Oberfläche treten würden.⁵²

In der Schrift "Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt", die der Bremer Wissenschaftler Schüßler 1919 veröffentlichte, hieß im selben Ton der Überzeugung:

"was auch die düstere Zukunft uns bringen mag; eines ist sicher: die innerliche Verbindung der Länder zwischen der Nordsee, der Ostsee, dem Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meere ist eine gegebene Tatsache, mit der sich alle diese vielen hier wohnenden Völker so oder so auseinandersetzen müssen. Daß bei der künftig unausbleiblichen Neuorganisierung dieses weitesten `Mitteleuropa` dem deutschen Volke, wie bisher schon, eine hervorragende Rolle zufallen wird, - diesen Glauben entnehmen wir der Geschichte und der Überzeugung von dem unersetzlichen Wert und der Ewigkeit unseres Volkes!"⁵³

Damit argumentierten sowohl Naumann als auch Schüßler zur Begründung einer deutschen Führungsrolle in Ost- und Südosteuropa biologistisch und geopolitisch.

Die führenden Vertreter des "Mitteleuropa"-Projekts der Kriegszeit behielten in der Weimarer Republik ihren Einfluß. Naumann wurde zum Kopf der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und spielte bis zu seinem Tod 1919 eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Weimarer Verfassung. Sein hohes Ansehen als "demokratischer Führer" verlieh dem von ihm vertretenen Sozialimperialismus einen Heiligenschein von Liberalismus und Demokratie.⁵⁴ Rohrbach setzte auf die deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa als Instrument zur Durchsetzung revisionistischer Ziele und forderte in Publikationen darüber hinaus eine Wiederbelebung des deutschen Kolonialreichs der Vorkriegszeit.⁵⁵ Der Ge-

⁵² Vgl. Naumann, Vorläufiger Abschied, a. a. O., S. 976. Vgl. auch Redaktion und Verlag "Südost", An unsere Leser!, in: Südost-Balkanrevue, V. Jg., Heft 9/10, Januar 1919; ebenda, Schwelm, G., Deutsche und Slawen, S. 743.; Rohrbach, Paul, Deutschlands Ostlage im zukünftigen Europa, in: Gerechtigkeit. Monatshefte für Auswärtige Politik, Jg. 1, Heft 1 (Januar 1919).

⁵³ Schüßler, Wilhelm, Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt, Stuttgart/Berlin 1919, S. 34.

⁵⁴ Vgl. Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 182.

⁵⁵ Rohrbachs Hauptwerk "Der deutsche Gedanke in der Welt", das erstmals 1912 erschien, erfuhr in der Weimarer Republik in überarbeiteter Form ständig Neuauflagen. Rohrbach gab in dieser Pe-

schäftsführer des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", Schotte, gab ab 1919 die Zeitschrift "Gerechtigkeit. Monatshefte für auswärtige Politik" und die Flugschriftenreihe "Großdeutschland" heraus. 1920 übernahm er außerdem die Leitung der einflußreichen "Preußischen Jahrbücher".⁵⁶ Der bekannteste deutsche "Orientalist", Ernst Jäckh, setzte seine Karriere als inoffizieller deutscher Diplomat fort.⁵⁷ Im Mittelpunkt seiner Arbeit stand jedoch in den zwanziger Jahren die Tätigkeit als Leiter der "Deutschen Hochschule für Politik" in Berlin, die Jäckh am 24. Oktober 1920 mitbegründete.⁵⁸ Zum Kuratorium der Hochschule gehörten u. a. der Historiker Meinecke und die Politiker Luther und Konrad Adenauer. Als ersten Studienleiter berief Jäckh Theodor Heuss, als Lehrenden u. a. von Schulze-Gaevernitz⁵⁹ und Adolf Grabowsky⁶⁰, der 1924 das neu eingerichtete "geopolitische" Seminar übernahm. Die Hochschule trug entscheidend zur Konzipierung und

riode auch die gleichnamige Zeitschrift "Der deutsche Gedanke. Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslandsdeutschtum" heraus. Er war einer der fanatischsten Kämpfer wider die "Kriegsschuldlüge". (Vgl. Rohrbach, Paul, Die Brandstifter der Entente, Berlin 1919; ders., Deutschtum in Not! Die Schicksale der Deutschen in Europa außerhalb des Reiches, Berlin/Leipzig 1926; ders., Das Deutschtum über See, Karlsruhe 1931, ders., Deutschlands koloniale Forderung, Hamburg 1935; Petzold, Joachim. Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, 2. überarb. Auflage, Köln 1983, S. 39 u. 202; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 295.; Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 22).

⁵⁶ Vgl. Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 475f. u. 485.

⁵⁷ Jäckh war Mitglied der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles und begleitete 1922 Außenminister Rathenau auf die Konferenz von Genua sowie Außenminister Stresemann 1925/26 auf die Konferenzen von Locarno und Genf. (Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 145 u. 150; Jäckh, Weltsaat, a. a. O., S. 54ff.).

⁵⁸ Die Deutsche Hochschule für Politik wurde nach 1945 zum Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 413).

⁵⁹ Siehe zu Schulze-Gaevernitz in dieser Arbeit S. 295 u. 322f.

⁶⁰ Siehe zu Grabowsky in dieser Arbeit S. 265.

Adolf Grabowsky war wichtigster publizistischer Vertreter der Freikonservativen und während des Ersten Weltkrieges Herausgeber der Zeitschrift "Das neue Deutschland", mit dem Untertitel "Wochenschrift für konservativen Fortschritt". Nach dem Krieg gab er die "Zeitschrift für Politik" heraus. (Vgl. Fricke, Dieter, Zur Gründung der Zeitschrift "Das neue Deutschland" im Jahre 1912, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 28. Jg., 1980, H. 1, S. 52-59; Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 188 u. 210; Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 275, FN 1; ders., der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 142).

Ausformung der Außenpolitik der Weimarer Regierungen bei. Gleichzeitig betonte die Leitung stets die Unabhängigkeit der Hochschule. Ihre finanziellen Mittel erhielt sie vor allem vom Industriellen Robert Bosch. Der Hochschule wurde in der Weimarer Republik die Schulung der jungen Mitglieder des Auswärtigen Amtes anvertraut.⁶¹ Sie übernahm die Aufgabe der Ausbildung und Formung einer Elite für Wirtschaft und Regierungspolitik. Eine zweite Fraktion unter den Vertretern deutscher Ost- und Südosteuropaexpansion bildeten nach dem Ersten Weltkrieg die sogenannten Jungkonservativen oder konservativen Revolutionäre. Sie gingen aus der Ende 1918 gebildeten "Vereinigung für nationale und soziale Solidarität" hervor, die sich nach der am 28. Juni 1919 erfolgten Unterschrift der deutschen Delegation unter den Versailler Vertrag in demonstrativer Opposition "Juni-Club" nannte. Prominente Mitglieder dieser Fraktion waren die Deutschlandfunktionäre Hermann Ullmann, Karl Christian von Loesch und Max Hildebert Boehm sowie der spätere Kanzler Heinrich Brüning und der Nationalsozialist Otto Strasser. Zum ideologischen Kopf dieses Kreises wurde Moeller van den Bruck (1876-1925), der während des Ersten Weltkrieges neben Rohrbach in der "Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung" tätig gewesen war. Im Auftrag der Obersten Heeresleitung hatte er im letzten Kriegsjahr ein Memorandum verfaßt, in dem er einen angeblich moralischen Anspruch Deutschlands auf Landgewinn erhob. Angesichts des militärischen und politischen Zusammenbruchs konnte diese Denkschrift nicht mehr in der gewünschten Form verwendet werden. Sie erschien jedoch noch im November 1918 in der "Deutschen Rundschau". Der Artikel wurde im Auswärtigen Amt so beifällig aufgenommen, daß Moeller van den Bruck ihn mit staatlicher Unterstützung während der Novemberrevolution zu einem Buch unter dem Titel "Das Recht der jungen Völker" erweitern konnte. Als "jung" bezeichnete Moeller van den Bruck das "preußische Element" im deutschen Volk. Mit der angeblichen Jugend und dem deutschen Bevölkerungszuwachs begründete er den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus, der sich vornehmlich nach Osten zu wenden habe. Als Endziel propagierte er ein "mitteleuropäisches Reich", das er in erster Linie völkisch-biologistisch mit der angebli-

⁶¹ Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 63, 141f. u. 151; ders., Europastrategien..., a. a. O., S. 275, FN 1, Jäckh, Weltsaat, a. a. O., S. 88.

chen Notwendigkeit einer "Deckungsgleichheit" von deutschem "Volks- und Staatsraum" begründete. Das zweite Hauptwerk Moeller van den Brucks erschien 1923 unter dem Titel "Das dritte Reich". Die Schrift bildete eine theoretische Brücke vom Konservativismus zum Faschismus.⁶²

Anknüpfend an die Theorien Moeller van den Brucks veröffentlichte ein weiteres Mitglied des "Juni-Clubs", der Deutschbalte Max Hildebert Boehm⁶³, 1923 die Schrift "Europa irredenta". Darin entwickelte er eine vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" ausgehende Strategie zur Unterminierung der Versailler Friedensordnung. Danach sollte sich Deutschland im Kampf für "Mitteleuropa" und gegen die Nachkriegsordnung als eine um das Recht auf die Deckungsgleichheit von Volks- und Staatsgrenze gebrachte Nation⁶⁴ zum Sprecher aller Volksminderheiten gegen das "Versailler Teilungsdiktat" erklären, um in internationalen Verhandlungen nicht im Namen eigenen Interesses, sondern namens der Idee des völkischen Selbstbestimmungsrechts auftreten zu können. Boehm sprach von einer "Sendung Mitteleuropas" zwischen Ost und West.⁶⁵ Dabei habe "Deutschtums" einen geschichtlich erworbenen Anspruch, seinen kulturellen Einfluß auf das "Randgebiet" im Osten und Südosten auszudehnen.⁶⁶ Boehm ging davon aus, daß die "eigent-

⁶² Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 101 u. 106ff.; Opitz, Reinhard, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, in: Marxistische Blätter, 5/1986, S. 23f.; Moeller van den Bruck, Artur, Das Recht der jungen Völker, München 1919, ders., Das dritte Reich, Berlin 1923.

Moeller van den Brucks Schrift "Das Dritte Reich" wurde während der Weltwirtschaftskrise mit der 3. Auflage 1931 ein Bucherfolg. (Vgl. Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege aus der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des 'Tat'-Kreises, Frankfurt/M. 1976, S. 341.)

⁶³ Siehe zu Boehm in dieser Arbeit S. 308 u. 332.

Max Hildebert Boehm leitete in den zwanziger Jahren das Deutschtumseminar der Deutschen Hochschule für Politik, die Arbeitsstelle für Nationalitätenfragen beim Politischen Kolleg und das Institut für Grenz- und Auslandsstudien. Im Nationalsozialismus wurde er auf eine Professur nach Jena berufen. In der Bundesrepublik gründete er 1951 in Lüneburg die völkisch-revisionistische "Ostdeutsche Akademie", die er bis zu seinem Tod 1964 leitete. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 358ff.).

⁶⁴ Boehm berief sich hier auf den "Vater der deutschen Geopolitik" Friedrich Ratzel. (Vgl. Boehm, Europa irredenta, a. a. O., S. 310).

⁶⁵ Vgl. Boehm, Europa irredenta, a. a. O., S. 4f.; Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 24.

⁶⁶ Vgl. Boehm, Europa irredenta, S. 33.f.

liche Bewährungsprobe" der nach 1918 geschaffenen neuen Staaten Ost- und Südosteuropas in künftigen Kriegen noch bevorstehe. Nach dem von ihm ersehnten "Sturz der französischen Kontinentalherrschaft" strebte Boehm eine "raumpolitisch gesunde Neugliederung" Europas nach dem Prinzip der Blockbildung an, in denen sich kleinere Nationalitäten bei Beibehaltung ihrer "völkischen Eigenart und Selbstverwaltung" in die "Gefolgschaft des größeren Nachbarn" zu begeben hätten.⁶⁷ Anknüpfend an den traditionellen deutschen Führungsanspruch in Ost- und Südosteuropa und völkische, gegen die republikanische Staatsauffassung gerichtete, Ideologeme formulierte Boehm damit Grundsätze der späteren nationalsozialistischen Großraumpolitik und ihren völkischen Grenzziehungen.

Ebenso wie die nationalliberalen "Mitteleuropa"-Vertreter schufen sich die Jungkonservativen des "Juni-Clubs" Anfang der zwanziger Jahre eine wissenschaftliche Einrichtung. Unter der Leitung des Kölner Universitätsprofessors für neuere Geschichte, Martin Spahn, eröffnete der "Juni-Club" am 1. November 1920 ein "Politisches Kolleg für nationalpolitische Schulungs- und Bildungsarbeit". Die finanziellen Mittel stellte im wesentlichen Maße der Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes und frühere Krupp-Direktor Hugenberg zur Verfügung. Dozenten und Mitarbeiter des "Politischen Kollegs" wurden u. a. Moeller van den Bruck, Ullmann⁶⁸, Boehm und Brüning. Viele Studenten des "Politischen Kollegs" übernahmen im Nationalsozialismus einflußreiche Positionen.⁶⁹

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 305, 312 u. 315f. Die Argumentation Boehms wurde 1931 in den Büchern "Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft" und "Das Ende des Kapitalismus" der Jungkonservativen Wirsing und Fried (Pseudonym für Zimmermann) wieder aufgenommen und weiter zugespitzt. (Siehe in dieser Arbeit S. 406f. u. 411.)

⁶⁸ Siehe zu Ullmann in dieser Arbeit S. 279 u. 347.

⁶⁹ Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 126ff.

Absolventen des "Politischen Kollegs" waren u. a. Werner Best und Theodor Oberländer. Best wurde im Nationalsozialismus SS-Obersturmführer und Gestapochof in Frankreich und Dänemark. Oberländer leitete ab 1933 als Direktor das Institut für osteuropäische Wirtschaft in Königsberg. Im Zweiten Weltkrieg wurde er Offizier des Militärischen Nachrichtendienstes in Krakau und Befehlshaber des Bataillons "Nachtigall", das in Osteuropa zahlreiche Pogrome verübte. Im Nachkriegsdeutschland übernahm er in der Regierung Adenauers einige Jahre das Amt des Vertriebenenministers. (Vgl. Heim, Susanne/Aly, Götz, Vordenker der Vernich-

Das "Politische Kolleg" der Jungkonservativen und die "Deutsche Hochschule für Politik" der Nationalliberalen standen anfangs in Konkurrenz zueinander. Im November 1922 erfolgte die Umbenennung des Kollegs in "Hochschule für nationale Politik", um damit sowohl die angestrebte Gleichberechtigung als auch das angebliche Unterscheidungsmerkmal zur "Hochschule für Politik" zu demonstrieren. Im Verlauf der zwanziger Jahre kam es jedoch zu einer immer intensiveren Kooperation der beiden Einrichtungen. Der Geschäftsführer des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa" Schotte übernahm neben Moeller van den Bruck eine Tätigkeit in der "Arbeitsstelle für Außenpolitik" des "Politischen Kollegs". Der Jungkonservative Boehm leitete währenddessen sowohl die "Arbeitsstelle für Nationalitätenprobleme" beim "Politischen Kolleg" als auch das "Deutschtumseminar" der "Deutschen Hochschule für Politik". Auch Spahn und Loesch dozierten dort ab Mitte der zwanziger Jahre. Im Oktober 1927 war die Zusammenarbeit so weit fortgeschritten, daß es zur Eingliederung des "Politischen Kollegs" in die Deutsche Hochschule für Politik in Form einer "Arbeitsgemeinschaft" kam.⁷⁰

Innerhalb des "Politischen Kollegs" gaben die Jungkonservativen der Propaganda für "Mitteleuropa" einen besonders Stellenwert. Auf Initiative von Industriellen⁷¹ wurde 1926 bei der wirtschaftspolitischen Arbeitsstelle des "Politischen Kollegs" eine "Beobachtungsstelle" eingerichtet, deren Aufgabe darin bestehen sollte

"dem Gedanken der mitteleuropäischen Annäherung innerhalb und außerhalb des Reichs in einer vorsichtigen, aber bestimmten Weise Anerkennung zu verschaffen, um dadurch (...) dem Einfluß des deutschen Volkes in den mitteleuropäischen Außengebieten kulturpropagandistisch den Boden zu bereiten."⁷²

tung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 92, 218 u. 447).

⁷⁰ Die "Arbeitsgemeinschaft" wurde bis 1930 aufrechterhalten. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 128, 134, 210ff. u. 359).

⁷¹ U. a. Wilhelm Cuno von der HAPAG und Max Schlenker vom Düsseldorfer Stahlhof.

⁷² zit. nach Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 212.

Die Aufgabenstellung verdeutlicht das Festhalten am alten "Mitteleuropa"-Projekt auch in der Phase der eingeschränkten Handlungsfähigkeit der deutschen Politik in den zwanziger Jahren. Die "Beobachtungsstelle" sollte darüber hinaus dazu beitragen, planvoll

"nachbarvölkische Studenten im Reich mit deutschen Wirtschaftskreisen zwecks Heranbildung einer der deutschen Wirtschaft zugeneigten Führungsschicht in den Außengebieten zusammenzuführen".⁷³

Nicht zuletzt wurde die "allerengste Zusammenarbeit" mit dem Reichsverband der deutschen Industrie angestrebt.⁷⁴

Neben der wissenschaftlichen Ebene wurden die in Deutschland gehegten Ambitionen einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Expansion nach Ost- und Südosteuropa in der Weimarer Republik auch in der Publizistik aufrechterhalten. Zu einem führenden Organ entwickelte sich dabei die Monatszeitschrift "Volk und Reich".⁷⁵ Sie war ein gemeinsames Projekt der pangermanistischen Organisationen "Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit", "Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum"⁷⁶ und dem "Institut für Grenz- und Auslandsstudien"⁷⁷. Als Herausgeber fungierte der Vorsitzende der "Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit" Friedrich Heiß. Zu seinen engsten Redaktionsmitarbeitern gehörten der Geopolitiker Karl Haushofer sowie die Deutschtumspolitiker, Mitglieder des "Juni-Clubs" und Lehrenden des "Politischen Kollegs" Boehm, Loesch und Spahn. Als ihre langfristige Aufgabe bezeichnete die Redaktion in ihren "Worten zum Anfang": "Die Gestaltung des von Großdeutschland bestimmten mitteleuropäischen Raumes". Bei "dieser Arbeit" wollte sie sich von Friedrich List

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Vgl. ebenda.

⁷⁵ Als weitere Presseorgane sind in diesem Zusammenhang zu nennen: "Der deutsche Gedanke" von Rohrbach, die "Preußischen Jahrbücher" und die "Gerechtigkeit", beide herausgegeben von Schotte, das "Deutsche Volkstum", herausgegeben von Wilhelm Stapel, die "Deutsche Rundschau" unter der Leitung Rudolf Pechels, die "Deutsche Arbeit" des Jungkonservativen und Sudetendeutschen Hermann Ullmann und der "Grenzbote", den Max Hildebert Boehm gemeinsam mit dem Historiker Fritz Kern redigierte. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 124).

⁷⁶ Leiter Karl Christian von Loesch

⁷⁷ Leiter Max Hildebert Boehm

leiten lassen.⁷⁸ Als ersten Beitrag veröffentlichte die Redaktion einen Aufsatz von Spahn mit dem programmatischen Titel "Mitteleuropa". Darin wurde die zukünftige Beherrschung "Mitteleuropas" zur deutschen Schicksalsfrage erhoben:

"Kann Mitteleuropa von den Franzosen gegen uns gestaltet werden, so wird damit unserer geschichtlichen Geltung ein Ende bereitet. Denn wir verlieren den Raum, in dem wir uns von Natur betätigen müssen. Gestalten wir dagegen Mitteleuropa, so werden wir dadurch aufs neue zum Führervolke Europas werden (...) Die Ueberzeugung, der Glaube muß über uns kommen, daß auch unserem Volk eine Sendung beschieden wurde! Die Sendung heißt: Mittel-Europa!"⁷⁹

Hier zeigt sich ein weiteres Mal eine Verklärung deutscher Ost- und Südosteuropaexpansion zu einer quasi religiösen, mystischen und schicksalhaften Mission. Diese Vorstellung, die seit den Tagen der Paulskirchenversammlung in deutschen Publikationen tradiert wurde, wirkte über die Zeit der Weimarer Republik bis in die Periode des Nationalsozialismus fort.

Die Zeitschrift "Volk und Reich" trug bis 1944 zur öffentlichen Vermittlung der ideologischen Legitimationsmuster für eine deutsche Hegemonie in Ost- und Südosteuropa bei.

Eine mehrfach den "Volk- und Reich"-Heften beigefügte Kartenskizze gruppierte die angebliche "Schicksalsgemeinschaft Mitteleuropa" um den schwarzen Kern Deutschland in mehreren abgestuften Schraffierungszonen, die als deutsche "Ergänzungs"- und "Strahlungs"-Gebiete galten. Die drei südosteuropäischen Donaustaaten Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien fielen, wie sichtbar wird in die zweite bzw. dritte "Ergänzungszone":

⁷⁸ Heiß Friedrich, Um Volk und Reich. Worte zum Anfang, in: Volk und Reich. Politische Monatshefte für das junge Deutschland, Berlin, Nr. 1, April/Mai 1925, S. 52 und Editorial.

⁷⁹ Spahn, Martin, Mitteleuropa, in: Volk und Reich, Nr. 1, April/Mai 1925, S. 38.



80

Die Zeitschrift "Volk und Reich" bildete nicht zuletzt ein wichtiges Sprachrohr für eine revisionistische "Deutschtums"-Politik, die in den zwanziger Jahren zur Aufrechterhaltung deutscher Ansprüche in Ost- und Südosteuropa mit Unterstützung von Regierung und Industrie forciert wurde.

6.1.4 Die Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten für die deutsche Ost- und Südosteuropapolitik

Angeichts der neuen Grenzziehungen und der politischen und wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands durch die Friedensverträge erhielt die Bezugnahme auf das "Schicksal" deutscher Minderheiten in Ost- und Südosteuropa in der Weimarer Republik eine wichtige Funktion zur Durchsetzung revisionistischer Ziele. Mit Hilfe des "Auslandsdeutschtums" sollte der Wiedergewinnung politischer und ökonomischer Hegemonie vorgearbeitet werden. Wie Pilze schossen seit 1918/19 Organisationen aus dem Boden, die

⁸⁰ aus Volk und Reich, 4. Jg., Heft 2, Feb./März 1928, S. 97.

sich einen Schutz des "Deutschtum im Ausland" vor dem angeblichen Untergang zur Aufgabe stellten. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums entstanden über tausend neue Vereine, "wissenschaftliche Einrichtungen" und Arbeitsgemeinschaften für die "Deutschtumsarbeit" im In- und Ausland. In Berlin bildete sich der "Deutsche Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche" und eröffnete das "Institut für Grenz- und Auslandsstudien". In München fand 1925 die Gründung der "Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums" (Deutsche Akademie)⁸¹ statt, die zur Keimzelle des Ende der zwanziger Jahre eingerichteten und bis heute bestehenden Südost-Instituts wurde, dem Zentrum der deutschen Südosteuropan-Forschung in der Bundesrepublik. Das wesentliche Tätigkeitsfeld der Akademie bildete anfangs die Sprachlehrtätigkeit für die deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropan. Referent und Generalsekretär der Deutschen Akademie wurde mit Franz Thierfelder⁸² einer der führenden "Südosteuropan-Experten" der folgenden Jahrzehnte. Neben den neuen Einrichtungen und Gruppierungen des "Grenz- und Auslandsdeutschtums" blieben in der Weimarer Republik auch ältere Organisationen weiter tätig. Zu ihnen zählten der bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründete "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) und der Alldeutsche Verband. Als Koordinations- und gemeinsame Vertretungszentren schufen sich die Deutschtums-Organisationen im Mai 1919 den "Deutschen Schutzbund" und im März 1922 der Zweckverband der freien Deutschtums-

⁸¹ Als Nachfolgeorganisation der Deutschen Akademie wurde 1952 von der deutschen Regierung das "Goethe-Institut e. V." geschaffen. (Vgl. Siebert, Erich, Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus nach Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn in den Jahren 1938-1944, Diss., Berlin (DDR) 1971, S. 335).

⁸² Thierfelder wirkte von 1926 bis 1937 als Referent bzw. Generalsekretär der Deutschen Akademie. Nach taktischen Differenzen verließ er die Akademie und betätigte sich zwischen 1937 und 1945 mit Unterstützung nationalsozialistischer Behörden in erster Linie als Publizist in südosteuropäischen Fragen. Im Sommer 1945 erklärte er sich unter Berufung auf sein Ausscheiden von 1937 eigenmächtig zum kommissarischen Generalsekretär der Deutschen Akademie. Deren Wiedereröffnung wurde ihm jedoch von us-amerikanischen Behörden untersagt. 1945/46 wurde er Syndikus der Universität München und der Bayrischen Akademie der Wissenschaften und 1948-1950 Referent im Hessischen Kultusministerium. Von 1951 bis 1960 konnte er schließlich den Posten des Generalsekretärs des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart übernehmen. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 29).

verbände. All diese Einrichtungen verfolgten das Ziel, eine Assimilierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa zu verhindern. Sie vermittelten den deutschen Minderheiten immer wieder die Überzeugung, als "Herrenmenschen" kulturell höher zu stehen als die übrige Bevölkerung des jeweiligen Landes. Gleichzeitig propagierten die Vereine die alte Zielsetzung einer organisierten und forcierten deutschen Besiedlung und Kolonisation Ost- und Südosteuropas.⁸³ In diesem Kontext kam es in den zwanziger Jahren zu einer breiten Rezeption der Schriften Paul de Lagardes.⁸⁴ Zeitschriften wie "Deutsches Volkstum", "Deutsche Arbeit" und "Die Grenzboten" versuchten die "Auslandsdeutschen" für eine revisionistische Politik zu gewinnen und zu funktionalisieren. Auch die Zeitschrift "Die Hilfe" des Naumann-Kreises berichtete kontinuierlich über das "Schicksal" der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen.⁸⁵ Für die Zukunft wurde oftmals ein staatlicher Anschluß all jener Länder an ein großdeutsches Reich gefordert, in denen Deutsche einen mehr oder weniger großen Bevölkerungsanteil stellten.⁸⁶ In den südosteuropäischen Ländern lebten vor allem in Rumänien (1930 = 740.000 Personen) und Jugoslawien (1931 = 499.000 Personen) größere deutsche Minderheiten, während dies in Bulgarien (1934 = 4171 Personen) nicht der Fall war.⁸⁷ Nicht nur rechtskonservative, pangermanistische Gruppen entdeckten in den zwanziger Jahren die mögliche Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa unter Berufung auf ein "völkisches Selbstbestimmungsrecht" für die Durchsetzung revisionistischer Ziele. Auch die Regierungen der Weimarer Republik übernahmen diese Strategie. Da sie sich in der "Deutschtumsarbeit" nicht ohne negative außenpolitische Rückwirkungen öffentlich exponieren konnten, ent-

⁸³ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 54ff. u. 93.

⁸⁴ Siehe dazu in dieser Arbeit Kapitel 3.1.2.

Vgl. Schemann, Ludwig, Paul de Lagarde. Ein Lebens- und Erinnerungsbild, Leipzig 1920; Conrad, O., Ein Prophet deutscher Bildung und deutschen Volkstums, Langensalza 1928; Breitling, R., Paul de Lagarde und der großdeutsche Gedanke, Wien 1927, u. a.

⁸⁵ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 298.

⁸⁶ Vgl. Petzold, Joachim, Zur Kontinuität des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, a. a. O., S. 175f.

⁸⁷ Vgl. Teichova, a. a. O., S. 34; Hoppe, Hans-Joachim, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979, S. 13.

stand im September 1920 mit Zustimmung aller Parteien die "Deutsche Stiftung" als getarntes Organ der Reichsregierung zur Unterstützung der deutschen Minderheiten und zur Koordinierung der Arbeit der "Deutschtumsverbände".⁸⁸

In internen Dokumenten gab Außenminister Streseman, die Ziele dieser Politik vor. So bemerkte er etwa 1925 in einer Denkschrift, es liege auf der Hand, welchen Wert die Erhaltung der deutschen Minderheiten und ihrer Gesinnung für das Reich haben müsse. Politisch seien sie berufen, die Politik der ost- und südosteuropäischen Staaten in einem für das Deutsche Reich günstigen Sinn zu beeinflussen, kulturell würden sie für die Ausbreitung und das Verständnis deutscher Kultur und deutscher Weltanschauung dienen und wirtschaftlich könnten sie als "wertvolle Stützpunkte für die Propaganda der deutschen Wirtschaft im Auslande" fungieren.

Die deutschen Minderheiten seien für das Reich auch bedeutsam, da ihre geographische Lage

"an der baltischen Küste und im Donaubecken - zusammenfällt mit den Gebieten Europas, in denen sich Lebensfragen deutscher Politik und Wirtschaft entscheiden müssen. (...) Die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenze alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen, ist das ferne Ziel deutschen Hoffens, die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbarsten Grenzbestimmungen der Friedensdiktate (...) das nächstliegende Ziel der deutschen Außenpolitik."⁸⁹

Damit zeigte sich Streseman, der international als "Vater" der deutsch-französischen Verständigung galt⁹⁰, intern als Verfechter eines "Mitteleuropas" unter deutscher Führung und sogar als Vertreter des Gedanken eines deutschen "Lebensraumes" vom Baltikum bis zu den südosteuropäischen Donaustaaten. Auf internationaler Ebene weigerte sich die deutsche Regierung in der Zeit Strese-

⁸⁸ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 96; Seckendorf, Südosteuropakonzptionen..., a. a. O., S. 56.

⁸⁹ Streseman, Gustav, Denkschrift "Die außenpolitische Notwendigkeit einer der Bedürfnissen der deutschen Minderheiten in Europa entsprechenden Regelung des Minderheitenrechts innerhalb des Reiches", 13. Januar 1925, nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 501f.

⁹⁰ Streseman erhielt für die "Verständigungspolitik" 1926 gemeinsam mit dem französischen Außenminister Briand den Friedensnobelpreis.

manns, die Unverletzlichkeit der in den Pariser Friedensverträgen bestimmten Grenzen Ost- und Südosteuropas dauerhaft zu garantieren, während sie dies bezüglich der Westgrenzen 1925 im Vertrag von Locarno zusicherte. Stresemann gab in engstem Kreise das Ziel aus, daß in einem zukünftigen deutschen Staat in "Mitteleuropa" "neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationalitäten unter deutsche Staatshoheit" gestellt würden. Dies deutet darauf hin, daß sich der von ihm angestrebte großdeutsche Staat nicht auf den "Anschluß" Österreichs beschränkt hätte.⁹¹

1926 stellte die deutsche Regierung unter Veranlassung von Stresemann in einem geheimen Vorgang 30 Millionen Reichsmark für "die Gewährung von Krediten an das bodenständige Deutschtum im europäischen Ausland" bereit.⁹²

Im Mai 1926 wurde im Zuge der Intensivierung der Minderheitenpolitik durch Stresemann die Ossa Vermittlungs- und Handelsgesellschaft m. b. H. gegründet. Ihre Aufgabe bestand darin, die wirtschaftliche Basis des Deutschtums zu stärken. Die Ossa vergab Kredite an Banken und Genossenschaften der deutschen Minderheiten im Ausland. Um die Geschäftsbeziehungen zu Südosteuropa zu verstärken, erwarb sie 1929 das Kapital der Österreichischen Kommunalbank in Wien. Die Ossa war, wie die Deutsche Stiftung, eine Hilfskonstruktion des Auswärtigen Amtes, die in Form eines privatwirtschaftlichen Bankunternehmers auftrat.⁹³ Große finanzielle Mittel erhielten die Deutschtumsverbände auch aus den Kreisen der Industrie. Zu denen, die Millionenbeträge stifteten, gehörten Hugo Stinnes, Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken, Paul Reusch, Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte und Carl Duisberg, Vorstandschef des 1925 zusammengeschlossenen I.G. Farben-Konzerns.⁹⁴

Am 14.- 17.März 1928 erfolgte auf der sogenannten "Berliner Schlußbesprechung" des Deutschen Schutzbund für das Grenz- und

⁹¹ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 861f. ders., Hitler war kein Betriebsunfall, München 1992, S. 15.

⁹² Vgl. Geheime Denkschrift Gustav Stresemanns betreffend die Bereitstellung von 30 Millionen Reichsmark an das bodenständige Deutschtum im europäischen Ausland, Berlin, 23. März 1926, nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 511f.

⁹³ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 97.

⁹⁴ Vgl. Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, a. a. O., S. 176.

Auslandsdeutschtum eine Planung und Koordinierung der zu forcierenden "Deutschtumsarbeit" in Ost- und Südosteuropa. Neben Mitgliedern der Regierung und der "Deutschtumsverbände" waren einzelne Großindustrielle sowie Vertreter des schwerindustriellen Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (genannt: Langnamverein)⁹⁵, des Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), des Reichsverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände sowie der Spitzenorganisationen der Landwirtschaft anwesend. Die Anwesenheit und Mitbestimmung dieser Verbände unterstreicht den Einfluß der Wirtschaft auf die Gestaltung der offiziellen und inoffiziellen Politik des Deutschen Reiches in der Weimarer Republik. Die Tagung verabschiedete eine "Deutsche" und eine "Europäische Zielsetzung". Letztere ist im Kontext deutscher Südosteuropapläne von Bedeutung.

Als langfristiges Ziel wurde darin eine "Neuordnung Europas" angestrebt. Als erster Schritt sei der Anschluß Österreichs an Deutschland und der politische Zusammenschluß der "Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas" unter deutscher Führung zu vollziehen.⁹⁶ Weiter hieß es:

- "1.) Ein russisches Vordringen nach Mitteleuropa liegt nicht im Interesse der deutschen Gesamtpolitik (...)
- 2.) Alle, gleichviel aus welchen Lagern auftauchenden Vorschläge für die Neuordnung Ost- und Südosteuropas oder Europas überhaupt, sind durch die deutsche Führung in allen Staaten sorgsam zu beachten und darauf zu prüfen, wieweit sie dieser Fassung eines deutschen Planes entgegenstehen oder sie zu fördern geeignet sind. (...)

Wirtschaftspolitische Aufgaben (...)

- 1.) Es sind alle Bestrebungen zu fördern, welche den engen wirtschaftlichen Zusammenschluss der mitteleuropäischen Staaten unter Einschliessung des gesamten Siedlungsgebietes der Deutschen von Nord- und Ostsee bis zum Adriatischen und Schwarzen Meer erstreben. (...)
- Dagegen sind alle unter Ausschluss des Deutschen Reichs wirtschaftlich auftretenden Pläne (z. B. Donaukonföderation, tschechische "Mitteleuropa"-

⁹⁵ Der bereits 1871 gegründete Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen vertrat in erster Linie die Interessen der Montan- und Schwerindustrie. Er nahm im Centralverband deutscher Industrieller eine dominierende Stellung ein. (Vgl. Frommelt, a. a. O., S. 103f.).

⁹⁶ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzptionen..., a. a. O., S. 91.

Pläne) grundsätzlich zu bekämpfen."⁹⁷

In diesen Zeilen wird deutlich, daß maßgebliche Kreise in Deutschland ihre gegen die Sowjetunion gerichtete antibolschewistische bzw. antikommunistische Haltung weiterhin mit der bereits in den Jahrzehnten vor 1918 populären Zielsetzung verbanden, den russischen Einfluß in Ost- und Südosteuropa zurückzudrängen. Darüber hinaus weist die "Europäische Zielsetzung" des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum auf eine von pangermanistischen Verbänden vorgenommene Verknüpfung von ökonomischen und annexionistischen Forderungen hin. Die Realisierung des wirtschaftlich ausgerichteten "Mitteleuropa"-Projekts stand für sie im Zusammenhang mit der Zielsetzung, Ost- und Südosteuropa verstärkt als deutsches Siedlungs- und Kolonisationsgebiet zu nutzen.

Um diese Ziele noch effektiver verfolgen zu können, wurde am 10. April 1929 das "Gesamtdeutsche Gremium" gebildet. Dort versammelten sich regelmäßig die Parlamentsabgeordneten der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa, um ihre Tätigkeit auf der Grundlage der "Berliner Schlußbesprechung" zu koordinieren.⁹⁸ An dem in der Weimarer Republik geschaffenen weitverzweigten, aber zentral koordinierten Netz von Organisationen des "Grenz- und Auslandsdeutschtums", das zur Propagierung und Durchsetzung deutscher Interessen in Ost- und Südosteuropa diente, konnte der Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren nahtlos anknüpfen.

6.1.5 Die deutsche Blockade einer Donauföderation und der Mitteleuropäische Wirtschaftstag

Um die langfristige Durchsetzung eines "Mitteleuropas" unter deutscher Führung nicht zu gefährden, entwickelte sich die in der "Europäischen Zielsetzung" der "Berliner Schlußbesprechung" enthaltene Forderung, jegliche

⁹⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Deutsche Stiftung 1143, Bl. 247ff. Die auf der Berliner Schlußbesprechung des Deutschen Schutzbundes beschlossene "Europäische Zielsetzung" und "Deutsche Zielsetzung", 17. März 1928.

⁹⁸ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzptionen..., a. a. O., S. 118.

"Mitteleuropa"- bzw. "Donaukonföderations"-Pläne zu blockieren, an denen Deutschland nicht beteiligt werden sollte, in den zwanziger Jahren zu einer wesentlichen Strategie deutscher Ost- und Südosteuropapolitik. Bereits 1919 wandte sich der Publizist und Wirtschaftswissenschaftler Gustav Stolper⁹⁹ aus dem Kreis um Naumann in einer Flugschrift gegen Donauföderationspläne, die von französischen sowie ost- und südosteuropäischen Politikern vertreten wurden, und setzte ihnen das Ziel eines "Großdeutschland" entgegen. In diesem "Großdeutschland" sollte Wien zur Vertretung der gesamten deutschen Industrie, zum "Exponenten des ganzen deutschen Handels gegen Südosteuropa" und gleichzeitig zum in den Osten hineinragenden "Bollwerk deutscher Kultur" werden.¹⁰⁰

Zu den entschiedensten Verfechtern eines Wirtschaftsbündnisses der Staaten Ost- und Südosteuropas ohne deutsche Beteiligung gehörte die tschechische Regierung unter Staatspräsident Masaryk und Außenminister Benes. Sie versuchte z. B. Anfang der zwanziger Jahre mit französischer Unterstützung, Österreich für eine Zollunion oder eine Wirtschaftsgemeinschaft zu gewinnen und die Kleine Entente zu einem wirtschaftlichen Bündnis auszubauen, um Ost- und Südosteuropa auf diese Weise gegen einen möglichen neuen deutschen Drang nach Südosten abzusichern.¹⁰¹ Nachdem die deutsche Regierung von diesen Plänen erfahren hatte, instruierte sie ihre Gesandtschaft in Wien, die österreichische Regierung von einem solchen Bündnis abzuhalten. In einem Geheimen Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Gesandtschaft hieß es dazu, eine auch nur lose wirtschaftspolitische Einigung Österreichs mit den Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches gefährde den Anschlußgedanken und

⁹⁹ Gustav Stolper, der spätere Herausgeber der Wochenschrift "Der Deutsche Volkswirt", war zu diesem Zeitpunkt Chefredakteur des "Österreichischen Volkswirt" und der wichtigste Kontaktmann Naumanns bei dessen mit dem Auswärtigen Amt abgestimmter Werbearbeit in den südosteuropäischen Ländern. Stolper gehörte der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung und der Deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft an. Zudem war er bis in die späte Weimarer Republik Reichstagsabgeordneter der 1919 von Naumann gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP). (Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 136; ders., Europastrategien..., a. a. O., S. 476).

¹⁰⁰ Vgl. Stolper, Gustav, Donaukonföderation oder Grossdeutschland, (Heft 1/2 der Flugschriftenreihe "Großdeutschland", herausgegeben von Walther Schotte), Berlin 1919, S. 30ff.

¹⁰¹ Vgl. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, a. a. O., S. 66.

würde in wirtschaftspolitischer Beziehung die Stellung Deutschlands gegenüber jedem einzelnen der Nachfolgestaaten ungünstig beeinflussen.

"Es entstünde durch eine solche wirtschaftspolitische Einigung eine Art südöstliches Mitteleuropa unter Ausschluß Deutschlands, wie es nicht zuletzt der französischen Politik vorschwebt."¹⁰²

Um eine wirtschaftliche Donau-Konföderation zwischen Österreich und Staaten Ost- und Südosteuropas unter Ausschluß Deutschlands zu verhindern, drängte die deutsche Gesandtschaft in Wien in einem Antwortschreiben im November 1924 ihre Regierung, in den deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen beschleunigt größere Zugeständnisse anzukündigen. Die wechselseitige Einräumung einer wirtschaftlichen Vorzugsstellung zwischen Österreich und ost- und südosteuropäischen Staaten verstoße "erheblich gegen das deutsche Interesse". Um der Gefahr einer "antideutschen Wirtschaftsunion" entgegenzuwirken ginge es darum, "rechtzeitig diejenigen Kräfte zu stärken, die einer Einigung der Donaustaaten entgegenstrebten." Je mehr Deutschland daran mitwirke, Wiens Stellung als Vermittlungsplatz für Geschäfte mit dem Südosten zu erhalten und zu stärken, um so mehr wirke es "der Gefahr einer Donau-Konföderation" mit einem möglichen Zentrum in Prag oder Budapest entgegen. Es gäbe Mittel und Wege genug, die österreichischen "Balkaninteressen mit dem reichsdeutschen Bestreben eines gesteigerten Verkehrs nach Südosten zu beiderseitigem Nutzen in Einklang zu bringen."¹⁰³

Um das hier geforderte gemeinsame Vorgehen im Südosteuropageschäft anzubahnen, wurde in Deutschland und Österreich seit 1925 der Zusammenschluß gleichgerichteter Industriezweige ins Auge gefaßt.¹⁰⁴ So übernahmen beispielsweise die Vereinigten Stahlwerke

¹⁰² Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42999, Bl. 2-7, AA. am Pfeiffer, Dt. Ges. Wien, 18. 1. 1923, Berlin, R. M. Geheim!

Eine Abschrift dieses Erlasses ging an die Botschafter in Rom und Paris sowie die Gesandten in Prag, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia.

¹⁰³ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42999, Bl. 110-112, Pfeiffer, Dt. Ges. Wien an AA., 18. 11. 1924, "Zur Frage einer wirtschaftlichen Donau-Konföderation".

¹⁰⁴ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 209.

noch in den zwanziger Jahren die Kontrolle über den größten österreichischen Stahlkonzerns, die Alpine Montan-Gesellschaft.¹⁰⁵ Auf diese Weise sollte Österreich auch von einer eigenständigen Wirtschafts- und Bündnispolitik in Südosteuropa abgehalten werden. Max Schlenker, der Geschäftsführer des Langnamvereins, dem Vertretungsorgan der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie,¹⁰⁶ bemerkte dazu:

"Wir müssen uns darüber klar sein, dass gerade vom wirtschaftlichen Standpunkt aus eine durch die Entwicklung erzwungene Anlehnung Österreichs an irgendeinen der Nachbarstaaten endgültig die Möglichkeiten deutscher Wirtschaftsentfaltung im südöstlichen Raum zerschlägt."¹⁰⁷

Die Auseinandersetzung zwischen den ost- und südosteuropäischen Vertretern einer Donauföderation ohne deutsche Beteiligung und den deutschen "Mitteleuropa"-Verfechtern wurde seit Mitte der zwanziger Jahre besonders auf den "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen" (MWT) ausgetragen. Die erste dieser Tagungen fand im September 1925 in Wien statt. Freihändlerische Kreise aus Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich und Deutschland schlossen sich hier mit dem Ziel zusammen, durch den Abbau von Handels- und Verkehrshemmnissen den Wirtschaftsaustausch hauptsächlich in Ost- und Südosteuropa zu fördern. In den folgenden Jahren kamen Abgesandte aus Italien, der Niederlande und der Schweiz hinzu.¹⁰⁸ Die beiden Initiatoren, der Wiener Großkaufmann Juluis Meinl¹⁰⁹ und der ungarische Natio-

¹⁰⁵ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy. The struggle of the great powers for hegemony in the danube valley 1919-1939, a. a. O., S. 32.

¹⁰⁶ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 224, Protokoll über die Vorstandssitzung der Deutschen Gruppe des MWT am 7. 5. 1929.

Bei den ersten Verhandlungen mit der Deutschen Gruppe des MWT im Frühjahr 1929 war der Langnamverein durch Schlenker und Max Hahn, ab 1931 Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT, vertreten.

¹⁰⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Mitteleuropa-Institute, Bd. 3, Bl. 16-17, Anlage 1 zu Rundschreiben Nr. 12 der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 16. 7. 1928, Auszug aus dem Artikel "Wirtschaft und Konjunktur Deutschlands. Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock" von Max Schlenker, Düsseldorf.

¹⁰⁸ Vgl. Berndt, a. a. O., S. 230; Schwarzenau, a. a. O., S. 78.

¹⁰⁹ Die Julius Meinl AG war führend im Handel mit Kaffee, Tee, Kakao, Wein und anderen Feinkostwaren tätig und betrieb in Österreich, Polen und in der CSR Lebens- und Genußmittel-fabriken.

nalökonom und ehemalige Staatssekretär Hantos, strebten eine Freihandelszone an, die als ausgedehntes Wirtschaftsgebiet die wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Donaustaaten umfaßen sollte. Als Mittel des Zusammenschlusses waren Zoll-, Verkehrs- und Währungsbündnisse vorgesehen. Zur Durchsetzung der Forderungen sollten jährlich repräsentative Tagungen durchgeführt werden, um dort pressewirksam konkrete Vorschläge an die Regierungen, die nationalen und internationalen Wirtschaftsgrerien und an den Völkerbund heranzutragen.¹¹⁰ Die I. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung fand im September 1925, wie alle Tagungen bis 1929, in Wien statt.¹¹¹ Zum Kreis der deutschen Delegation gehörten auf den ersten Tagungen Vertreter der Leicht- und Exportindustrie sowie ihrer Wirtschaftsorganisationen und Banken (Deutscher Außenhandelsverband, Hansabund, Dresdner Bank, Deutsche Bank u. a.).¹¹² Von politischer Seite kamen Reichsbankpräsident Schacht, ein Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der von Friedrich Naumann gegründeten Deutschen Demokratischen Partei, Erich Koch-Weser, hinzu.¹¹³

Bereits auf der ersten Tagung traten die unterschiedlichen Vorstellungen offen zutage. Während die Mehrheit der ost- und südosteuropäischen Delegierten eine "Donauföderation" ohne Deutschland befürwortete, opponierten die deutschen Vertreter dagegen. Im Entwurf der Tagung hatte der Mitinitiator Hantos für ein ausschließlich die Nachfolgestaaten des Habsburger Reichs umfassen-

¹¹⁰ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42993, Bl. 44ff., Dt. Gesandtschaft Wien, 26. 3. 1926, Schreiben über die erste Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung; Matis, Herbert, Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer "Donauföderation", in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/ Arnold Suppan, u. a., Wien 1995, S. 235; Seckendorf, Martin, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: 1999, Heft 3/1993, S. 10f.

¹¹¹ In den nächsten Jahren folgten Tagungen zu Problemen des Verkehrswesens (1926), des Fremdenverkehrs (1927), der Donaufrage (1928), der handelspolitischen Einigung (1930) und der Agrarfrage (1931). (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 230).

¹¹² Der Deutschen Gruppe gehörten anfangs u.a. die Professoren Schulze-Gaevernitz und Brentano sowie die Herren Guttman (Dresdner Bank), Ritscher (Reichs-Kredit-Anstalt) und Schlitter (Deutsche Bank) an. (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 231).

¹¹³ Vgl. Elvert, a. a. O., S. 149; Schwarzenau, a. a. O., S. 56.

des Zollbündnis plädiert.¹¹⁴ Auf Veranlassung der deutschen Delegation wurde dieser Passus gestrichen und statt dessen Deutschland als integrierender Bestandteil "Mitteleuropas" aufgenommen. Die Delegation vertrat die Auffassung, daß ohne Deutschland ein "mitteleuropäisches" Wirtschaftsbündnis nicht möglich sei.¹¹⁵ In einem Artikel der "Dresdner Neuesten Nachrichten" wurde dem Donauföderations-Plan von Meinl und Hantos 1926, die alte "Mitteleuropa"-Idee Naumanns entgegengehalten, die auch nach dessen Tod fortlebe, sie sei "einfach nicht umzubringen". Wer eine "Mitteleuropäische Wirtschaftsunion" ohne Deutschland gründen wolle, schneide damit "das wertvollste Glied der von Naumann geplanten Zusammenfassung" ab.¹¹⁶ Die Deutsche Gesandtschaft in Wien schrieb am 26. März 1926 an das Auswärtige Amt, es unterliege keinem Zweifel, daß Herr Meinl die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes zwischen Österreich und den Nachbarstaaten des Habsburger Reiches anstrebe und "stets ein Gegner des Anschlußgedankens" gewesen sei.¹¹⁷ Um eine Donauföderation ohne Deutschland zu verhindern, die als Gefahr für einen "Anschluß" Österreichs und für die deutsche Ost- und Südosteuropäexpansion betrachtet wurde, sollten die "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen" durch die aktive Mitarbeit deutscher Vertreter in eine "deutschfreundliche Richtung" gelenkt werden. Zum wichtigsten Instrument dieser Taktik wurde die im Dezember 1926 gebildete Deutsche Gruppe des MWT. An ihre Spitze trat der ehemalige Reichsminister Gothein, Mitglied der Deutschen Demokrati-

¹¹⁴ Hantos fand in dieser Frage die Zustimmung der Vertreter der Tschechoslowakei und Jugoslawiens. (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 53).

Vgl. auch Matis, Herbert, Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer "Donauföderation", a. a. O., S. 235; Hantos, Elemér, Die Handelspolitik in Mitteleuropa, Jena 1925; ders., Das Donauprobem in der mitteleuropäischen Wirtschaft, Wien 1928.

¹¹⁵ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 229ff., Gothein, Unmögliche und mögliche Wege zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis, Sonderdruck aus der "Deutschen Wirtschaftszeitung". Organ des Dt. Industrie- u. Handelstages" vom 25. 4. 1929; ebenda, Nr. 43000, Bl. 89f., Gothein (Deutsche Gruppe der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung) an Stresemann, 29. 4. 1927.

¹¹⁶ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42993, Bl. 88, Artikel der Dresdner Neuesten Nachrichten, "Mitteleuropäische Wirtschaftsunion - ohne Deutschland?", 20. 7. 1926.

¹¹⁷ Dt. Gesandtschaft Wien, 26. 3. 1926, zit. nach Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 12.

schen Partei.¹¹⁸ Ab Anfang 1927 vertrat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) die Auffassung, daß führende Männer der Wirtschaft der Deutschen Gruppe des MWT angehören sollten, um in der "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung" dem Standpunkt der Interessensvertretungen der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck zu bringen.¹¹⁹ Die Deutsche Gruppe strebte in der Folgezeit vor allem danach, den Einfluß Frankreichs und der Kleinen Entente auf den MWT-Tagungen zurückzudrängen und alle möglichen, Deutschland ausschließenden, Bündniskonstellationen in Ost- und Südosteuropa zu blockieren.¹²⁰ Gothein wies Außenminister Stresemann im Mai 1927 auf das angebliche Erfordernis einer zwar öffentlich zurückhaltenden, aber doch eindeutigen deutschen Intervention zur Verhinderung eines wirtschaftlichen Bündnisses in Ost- und Südosteuropa hin. Auf dem Gebiet der "mitteleuropäischen Wirtschaftsfrage" sei eine Revision der "Friedensdiktate" am dringendsten erforderlich. Für Deutschland bestehe eine "zwingende Notwendigkeit", bei den "mitteleuropäischen" Wirtschaftsbestrebungen und -beratungen "die Hand im Spiel zu haben", da

"sonst leicht die Neigung vorherrschend würde, lediglich die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns einschließlich Polens und Rumäniens zu einem Wirtschaftsband zu vereinen, während Deutschland draussen bliebe. (...) Deutschland, das gewiß nicht die Initiative in diesen Fragen ergreifen soll, was leicht verstimmen könnte, darf auch nicht inaktiv in diesen Fragen bleiben und den anderen das Feld überlassen."¹²¹

¹¹⁸ Georg Gothein kam aus dem ober-schlesischen Hüttenwesen und war Syndikus der Handelskammer Breslau. Von 1901-1924 hatte er die Freisinnige Vereinigung, die Fortschrittliche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei (DDP) im Reichstag vertreten. Er wurde Mitglied des Naumann-Kreises und unterstützte während des ersten Weltkriegs dessen "Mitteleuropa"-Programm, d. h. Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns mit nachfolgender Angliederung der Balkanländer und des Osmanischen Reiches. 1918 wurde er Mitbegründer der DDP. Von Februar-Juni 1919 war er Schatzminister der deutschen Regierung. Danach übernahm er den Posten des Vorsitzenden des "Deutschen Außenhandelsverbandes" und wurde Präsidiumsmitglied des "Hansabundes". (Vgl. Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 534; Schwarzenau, a. a. O., S. 57).

¹¹⁹ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42993, Bl. 189-193, Rundschreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages an seine Mitglieder vom 3. u. 22. 2. 1927.

¹²⁰ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 55).

¹²¹ Bundesarchiv Berlin (ehemals ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 48, Gothein für die Deutsche Gruppe der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung an den Reichsminister des Auswärtigen Stresemann, Berlin, 14. 5. 1927.

In diesen Zeilen spiegelt sich die zwar zurückhaltende, aber bestimmte und langfristig ausgerichtete Strategie der deutschen Ost- und Südosteuropapolitik der zwanziger Jahre.

Das Festhalten am "Mitteleuropa"-Projekt bei gleichzeitiger öffentlicher Zurückhaltung dokumentiert auch ein Schreiben des deutschen Gesandten in Bukarest, Mutius¹²² von Anfang 1928. Er stellte darin befriedigt fest, daß sich

"im Südosten ein von Deutschland geistig und wirtschaftlich beherrschter Raum (bilde), den man Mitteleuropa nennen könnte."¹²³

In der Tradition von Friedrich List und seiner eigenen Erklärungen während des Ersten Weltkrieges fuhr Mutius fort:

"Hier liegen Kolonisationsaufgaben vor unseren Toren, hier bieten sich Aufgaben und Ziele für das im Reich zusammengefasste Deutschtum, die um so sicherer erreichbar sein werden, je weniger eine laute Publizistik und Politik sich ihrer ermächtigt, je mehr sie nur als Richtungspunkte einer sozusagen unpolitischen Politik wirtschaftlicher und geistiger Expansion nach Südosten sich darstellen."¹²⁴

Diese Strategie wurde auch im Tätigkeitsbericht der Deutschen Gruppe des MWT für das Jahr 1929 dargelegt. Es hieß dort, die "österreichischen Freunde" sollten Initiativen in der "Bewegung" auslösen, während sich die Deutsche Gruppe mit "Rücksicht auf die Mentalität Frankreichs" und antideutscher Tendenzen in den Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches vorläufig zurückhalten wollte, ohne dabei auf die "Führerstellung" in einem "zukünftigen geeinten Mitteleuropa" zu verzichten.¹²⁵

Als ersten Schritt auf dem Weg zu dieser "Führerstellung" betrachtete die Deutsche Gruppe des MWT in der Tradition früherer "Mitteleuropa"-Vertreter eine deutsch-österreichischen Zolleinigung. Daran anschließend erwartete sie einen freiwilligen Beitritt Ungarns. Der "umklammerten" Tschechoslowakei würde dann

¹²² Siehe zu Mutius in dieser Arbeit S. 262f.

¹²³ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 114-115, Mutius, Deutsche Gesandtschaft in Bukarest an AA., 14. 2. 1928 u. Bl. 134-136, Anlage 2 zum genannten Schreiben.

¹²⁴ Ebenda.

¹²⁵ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 115ff, Kurzer Tätigkeitsbericht der Dt. Gruppe des MWT über das Jahr 1928 von Januar 1929.

nichts anderes übrigbleiben, als ebenfalls den Beitritt zu vollziehen. Der auf diese Weise gebildete "Kernblock von Mitteleuropa" würde Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien "stark atrahieren". Es sei davon auszugehen, daß sich diese Staaten aufgrund ihres Agrarexportbedürfnisses bald um einen Anschluß bemühen würden.¹²⁶

Von Beginn an unterstützen Stresemann und Reichsbankpräsident Schacht die Deutsche Gruppe des MWT. Das Auswärtige Amt subventionierte sie mit jährlich 4000,- Reichsmark, verbunden mit der Hoffnung, es möge so gelingen, die Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen langfristig aus dem Fahrwasser einer Deutschland ausschließenden Donauföderation herauszuführen.¹²⁷

Offiziell äußerte sich die deutsche Regierung nicht zu "Mitteleuropa"-Plänen. Die Deutsche Gruppe des MWT stimmte jedoch ihre Stellungnahmen mit dem Auswärtigen Amt ab. Im April 1928 berichtete Gothein über die Zusammenarbeit:

"Nichts wird ohne vorangegangene Stellungnahme mit dem Auswärtigen Amt unternommen. Erst vor 14 Tagen habe ich in einer langen Unterredung mit Dr. Stresemann volle Übereinstimmung festgestellt."¹²⁸

Ihre unumstößliche Opposition gegen eine Donauföderation ohne deutsche Beteiligung verdeutlichte die deutsche Regierung während eines Staatsbesuch des sich für diesen Gedanken einsetzenden tschechischen Außenminister Benes im Mai 1928. In den Gesprächen erklärten deutsche Regierungsvertreter offen, daß ein Zusammenschluß der Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches und der Balkanstaaten ohne deutsche Beteiligung für Deutschland unannehmbar sei.¹²⁹ Gleichzeitig wurde Benes eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei angeboten. Dieses Vorgehen war symptomatisch für die in den zwanziger Jahren verfolgte Strategie der deutschen Politik, teils durch positive Gegenangebote, teils durch die Demon-

¹²⁶ Vgl. Streng vertrauliches Schreiben Gotheins an Bankdirektor Gutmann (Dresdner Bank), 27. 4. 1928, nach Schwarzenau, a. a. O., Teil II., S. 51.; Protokoll einer Besprechung zum Zwecke der Gründung eines Mitteleuropa-Instituts in Dresden, 3. 12. 1927, nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 535f.

¹²⁷ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 211.

¹²⁸ Schreiben Gotheins vom 27. 4. 1928, zit. nach Schwarzenau, a. a. O., S. 62.

¹²⁹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 74.

stration entschiedenen Widerstandes alle Initiativen für eine Donauföderation zu blockieren.

Widerstand leistete die Deutsche Gruppe des MWT ein weiteres Mal, als Hantos für die Weltwirtschaftskonferenz im Mai 1927 eine Resolution des MWT entwarf, die ein Präferenzzollsystem im Donaugebiet ohne Deutschland vorsah. Die Deutsche Gruppe setzte sich daraufhin mit der Auffassung durch, daß die Denkschrift von Hantos nur als Privatarbeit anzusehen sei und er nicht im Namen des MWT auftreten dürfe.¹³⁰

Mitte 1929 begründete die Deutsche Gruppe des MWT ihre Ablehnung der Pläne von Hantos und Benes folgendermaßen:

"Das Schwergewicht einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft ruht aber selbstverständlich in diesem (d. h. Deutschland, d. V.) und Deutschlands Interesse liegt vor allem an einem Äquivalent in Mitteleuropa für das verlorene Absatzgebiet im Osten, in den früheren Kolonien und als Ausgleich für die zunehmende Zollabspernung der großen Wirtschaftsimperien Englands, der USA sowie der übrigen in Betracht kommenden Länder."¹³¹

Damit knüpfte die Deutsche Gruppe des MWT an die bereits um die Jahrhundertwende von Nationalökonomen, Politikern und Publizisten vertretene Zielsetzung an¹³², sich gegen die Konkurrenz der großen Wirtschaftsblöcke Großbritanniens und der USA mittels eines von Deutschland bestimmten Großwirtschaftsraum in Zentral-Ost- und Südosteuropa zu behaupten. Die Donauföderationspläne von Benes, Hantos und anderen standen diesem Plan entgegen. Deshalb wollte die Deutsche Gruppe des MWT, falls notwendig, "alle Maßnahmen ergreifen", um ihre Realisierung zu "durchkreuzen". Ansonsten sei der angestrebte Anschluß Österreichs an Deutschland gefährdet.

"Außerdem würde das deutsche Interesse an der Schaffung eines wirtschaftlichen Grossraums für seinen Export für die nächste Zukunft begraben werden müssen. (...) An dieser Gefahr darf kein Deutscher vorübergehen, am allerwenigsten die deutsche Wirtschaft, deren Interessen in erster Linie einen solchen Grossraum bedingen."¹³³

¹³⁰ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 69.

¹³¹ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 261ff, Deutsche Gruppe des MWT, Rundschreiben Nr. 4, 1. 6. 1929.

¹³² Siehe dazu in dieser Arbeit u. a. S. 196f.

¹³³ Deutsche Gruppe des MWT, Rundschreiben Nr. 4, a. a. O.

Die Planung einer deutschen Großraumpolitik mit dem Hauptexpansionsgebiet Ost- und Südosteuropa beginnt, wie dieses Dokument zeigt, nicht erst mit dem Machtantritt der NSDAP am 30. Januar 1933, sondern bereits in den zwanziger Jahren, wobei zur Begründung dieser Zielsetzung immer wieder an alte Konzepte, u. a. von Friedrich List und Friedrich Naumann, angeknüpft wurde. Federführend bei der Formulierung und Propagierung dieser Großraumpolitik war die Deutsche Gruppe des MWT. Während sie anfangs vor allem von am Freihandel orientierten Vertretern der Leicht- und Exportindustrie gefördert wurde, erhielt sie ab Ende der zwanziger Jahren auch von den vier größten deutschen Banken und aus Kreisen der Schwerindustrie finanzielle und personelle Unterstützung.¹³⁴ Besonders galt dies für den Langnamverein, dem mächtigsten Regionalverband im Reichsverband der Deutschen Industrie.¹³⁵

Auf der erweiterten personellen und vor allem finanziellen Basis¹³⁶ ging die Deutsche Gruppe des MWT von der Strategie der Verhinderung einer Donauföderation ohne deutsche Beteiligung zur offensiven Vertretung deutscher Interessen in Ost- und Südosteuropa über. So betonte sie Anfang 1929, daß

"dem Gedanken der deutschen Führerstellung in einem geeinten Mitteleuropa Rechnung getragen werden muss."¹³⁷

Ganz ähnlich sah es der führende deutsche Geopolitiker Haushofer. Er entgegnete in Reaktion auf Pläne für ein "mitteleuropäisches" Bündnis ohne deutsche Beteiligung, die in ost- und südosteuropäischen Staaten verfolgt wurden:

¹³⁴ Vgl. Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?, a. a. O., S. 17.

¹³⁵ Seit dieser Zeit arbeiteten Vertreter des Langnam-Vereins auch in der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Westfalen an einer Verflechtung der deutschen und österreichischen Industrie. Unterstützung erhielt diese Kooperation durch das Auswärtige Amt. (Vgl. Elvert, a. a. O., S. 156; Höpfner, a. a. O., S. 85).

¹³⁶ 1928 wurden auch die Direktoren der Commerzbank und der Deutschen Orientbank Mitglieder der Deutschen Gruppe des MWT. (Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 15, Rundschreiben der Deutschen Gruppe des MWT, Nr. 12, 16. 7. 1928; Schwarzenau, a. a. O., S. 76f.).

¹³⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 111-117, Rundschreiben Nr. 1, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, 5. 2. 1929, "Tätigkeitsbericht 1928".

"Mitteleuropa ist eine deutsche Prägung; das muß festgehalten werden gegenüber den zahlreichen Versuchen der Umdeutung, die neuerdings von Prag, Budapest und Warschau aus unternommen werden. (...) Mitteleuropa wird mit dem deutschen Volk gebaut werden; oder es wird nicht gebaut werden." ¹³⁸

Die Äußerung Haushofers belegt, daß "Mitteleuropa" in Deutschland auch Ende der zwanziger Jahre nicht ausschließlich als geographischer Begriff, sondern als politische Parole verwendet wurde.

Ein anderer Geopolitiker erklärte, Vertreter einer Donauföderation wie Benes müßten erkennen, daß "sich die slawische Wirtschaftsentente niemals ohne Großdeutschland verwirklichen läßt", denn die "Hauptschlagader Mitteleuropas" sei "im deutschen Volkskörper" zu Hause.

"Damit aber erscheint auch gleichzeitig das Todesurteil über die noch nicht geborene slawische Donauföderation im Kleide der Kleinen Entente gesprochen." ¹³⁹

Während somit einerseits auf der politischen Ebene, multinationalen Bündnissen ost- und südosteuropäischer Staaten entgegengearbeitet wurde, versuchte die deutsche Wirtschaft andererseits ab Mitte der zwanziger Jahre durch eine Handelsoffensive ihre Stellung in der Wirtschaft Südosteuropas auszubauen.

6.1.6 Die deutsche Handelsoffensive nach Südosteuropa ab Mitte der zwanziger Jahre

Als am 10. Januar 1925 die im Versailler Vertrag festgelegten Restriktionen für den deutschen Außenhandel erloschen, kehrte Deutschland endgültig als handelspolitische Macht auf die Bühne der Weltwirtschaft zurück. In allen Handelsvertragsverhandlungen konnte die deutsche Regierung nunmehr wieder auf dem Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung bestehen.

¹³⁸ Haushofer, A., Mitteleuropa und der Anschluß, in: Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, herausgegeben von Kleinwaechter-Paller, Wien/Leipzig 1930, S.151f. Haushofer faßte "Mitteleuropa" hier als Gebiet zwischen Nordsee und Adria, Ostsee und Schwarzem Meer.

¹³⁹ Janovsky, Karl, Anschluß oder Donauföderation, in: Kleinwaechter-Paller, a. a. O., S. 214f.

Bedeutsam für den erweiterten Handlungsspielraum der deutschen Außenhandelspolitik waren zudem die als Folge des Dawes-Plan¹⁴⁰ nach Deutschland fließenden Dollaranleihen. Sie beschleunigten den Wiederaufbau und die Konsolidierung der Wirtschaft.¹⁴¹ Bis 1929 nutzten die deutschen Regierungen die Unterstützung der USA zum politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg gegen die damalige europäische Hegemonialmacht Frankreich. Noch eingeeengt blieben die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten durch die Rheinlandbesetzung der Alliierten und Reparationsverpflichtungen. Durch eine Vereinbarung im 1925 unterzeichneten Locarno-Vertrag gaben die Alliierten auch die Kontrolle über die deutsche Rüstung auf. Bereits Ende der zwanziger Jahre stieg Deutschland zum größten Rüstungsproduzenten Europas auf. Ein weiterer Schritt für die deutsche Reetablierung in der Weltpolitik bedeutete der Eintritt in den Völkerbund 1926.¹⁴²

Auf Grundlage der neuen Rahmenbedingungen wurde 1925 zur Konzipierung und Koordinierung der Außenwirtschaftspolitik und zur Vorbereitung von Handelsverträgen wurde 1925 auf Initiative der großen Industrie und Landwirtschaftsverbände unter Federführung des Auswärtigen Amtes der Handelspolitische Ausschuß (HPA) eingerichtet. Seine Existenz wurde gegenüber Parteien und Parlament geheimgehalten. Im HPA sollten die Interessen der Industrie- und Landwirtschaftsverbände berücksichtigt und aufeinander abgestimmt werden.¹⁴³ Die im HPA tätigen Ministerialbeamten beteiligten sich in den folgenden Jahren führend an der Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber den Staaten Südosteuropas.

Mit Unterstützung des HPA forcierte die deutsche Regierung Mitte der zwanziger Jahre ihre handelspolitischen Aktivitäten in Rich-

¹⁴⁰ Im Dawes-Plan wurden 1924 die deutschen Reparationszahlungen geregelt. Danach sollte Deutschland bis 1928 5,4 Mrd. Mark zahlen und ab 1929 jährlich 2,5 Mrd. Mark, wobei Reichseinnahmen (Zölle, indirekte Steuern und Gewinne der unter ausländische Aufsicht gestellten Reichsbahn) zu verpfänden waren. Für die Zahlung der ersten Rate und für die Rückkehr zur Goldwährung wurde Deutschland ein Darlehen von 800 Mio. Goldmark gewährt. (Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 413).

¹⁴¹ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 149f.

¹⁴² Vgl. Hallgarten, George W./Radkau, Joachim, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M-Köln 1974, S. 192.; Schwarzenau, a. a. O., S. 60.

¹⁴³ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 204f.; Höpfner, a. a. O., S. 99f.

tung Südosteuropa. Zur Absicherung des Außenhandels kreierte sie in dieser Phase ein staatlich abgestütztes Exportförderungssystem, zu dem u. a. eine Exportversicherung mit staatlichen Garantiemitteln gehörte, vergleichbar mit der heutigen Hermesversicherung. Erste Erfolge wurden 1927 sichtbar, als zum ersten Mal nach Kriegsende wieder deutscher Kapitalexport nach Südosteuropa einsetzte. Die deutschen Konzerne konzentrierten ihre Aktivitäten in Südosteuropa dabei in erster Linie auf Jugoslawien und ab 1928 auf Rumänien. Bereits 1925 betonte der deutsche Gesandte in Bukarest, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten der deutschen Industrie in Rumänien so groß seien wie in keinem anderen Land Osteuropas.¹⁴⁴

Um der deutschen Wirtschaft zur Erschließung dieser Möglichkeiten in Südosteuropa die Tore zu öffnen, drängte die Regierung auf den Abschluß günstiger Handelsverträge. Dazu erklärte das Auswärtige Amt 1926:

"In wirtschaftlicher Beziehung sind die Länder der mittleren und unteren Donau für uns ein natürliches Absatzgebiet. (...) unser Bestreben geht dahin, durch vertragliche Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen (...) geeignete Grundlagen für deutsche wirtschaftliche Betätigung nach und in diesen Ländern zu schaffen."¹⁴⁵

In einer Instruktion des Auswärtigen Amtes bezüglich Jugoslawiens wurden 1926 u. a. folgende Punkte betont:

1. Anzustreben sei eine Mitwirkung Deutschlands an der Erschließung der großen, noch unentwickelten Schätze des Landes und ein stärkerer Ausbau der beiderseitigen Handelsbeziehungen,
2. es sollten engere kulturelle Beziehungen hergestellt werden, damit Jugoslawien sich langfristig in Wissenschaft, Technik und sonstigen Bereichen des Geisteslebens auf Deutschland stütze,
3. für Deutschland sei es wichtig, daß die Entwicklung dieser Beziehungen zur Lockerung der Kleinen Entente führe,
4. Deutschland habe kein Interesse daran, daß sich zwischen

¹⁴⁴ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 178.

¹⁴⁵ Auswärtiges Amt, Übersicht über die politische Lage in Südosteuropa, Stand vom August 1926, nach Mitrovic, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens..., a. a. O., S. 127.

Jugoslawien und der Sowjetunion engere Beziehungen entwickeln.¹⁴⁶

Mit diesen Intentionen trat die deutsche Regierung im Frühjahr 1927 in neue Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien ein. Als Vorgabe an die deutsche Delegation bemerkte der Gesandte in Belgrad:

"Es kann und muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß hier ein Kooperationsfeld vorliegt, bei dem mit verhältnismäßig geringen Opfern der deutschen Landwirtschaft sehr große Vorteile für die deutsche Industrie erreicht werden können."¹⁴⁷

Mit anderen Worten: Durch Zollzugeständnisse bei der Einfuhr jugoslawischer Agrarprodukte sollten günstige Exportbedingungen für deutsche Industrieerzeugnisse nach Jugoslawien durchgesetzt werden.

Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag wurde am 6. Oktober 1927 unterzeichnet. Dabei konnte sich die deutsche Seite bezüglich ihrer Forderungen auf Zollerleichterungen wesentlich stärker durchsetzen als die jugoslawische Regierung. In 19 von 28 von ihr geforderten Zollpositionen erreichte die deutsche Seite Ermäßigungen. Auf der Grundlage dieses Vertrages erhöhte sich die deutsche Ausfuhr nach Jugoslawien von 1927-1930 um 48%, in realen Zahlen von 116 Mio. auf 172 Mio. Reichsmark. Dabei wuchs der deutsche Anteil am Import Jugoslawiens von 9,9% (1925) auf 17,5% (1930). Demgegenüber stagnierte die jugoslawische Export nach Deutschland wertmäßig bzw. ging sogar zurück.¹⁴⁸ Diese Handelsentwicklung weist einerseits auf einen Preisverfall der Hauptexportprodukte der südosteuropäischen Länder hin - weiterhin zum größten Teil landwirtschaftliche Erzeugnisse - und ist andererseits Indiz für ein in dieser Periode geringes Interesse der deutschen Wirtschaft an einer Einfuhr der jugoslawischen Hauptexportprodukte Weizen und Mais. Diese konnten in den zwanziger Jahren kostengünstiger aus den USA, Kanada und Lateinamerika bezogen werden. Ungeschmälert blieb in dieser Phase dagegen

¹⁴⁶ Vgl. ADAP, Serie B, Bd. 3, Nr. 18, Das Auswärtige Amt an den Gesandten in Belgrad Olshausen, Berlin, 2. 1. 1926.

¹⁴⁷ Schreiben der deutschen Gesandtschaft in Belgrad, 20. 5. 1927, nach Höpfner, a. a. O., S. 153.

¹⁴⁸ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 154f. u. 160; Haberl, a. a. O., S. 515.

die deutsche Nachfrage nach den Rohstoffen Südosteuropas. So lieferte Jugoslawien beispielsweise in diesem Zeitraum 53% seines gesamten Exportes an Kupfer nach Deutschland.¹⁴⁹

1927 gelang der deutschen Industrie in Jugoslawien ein besonders großer Coup. Gegen den Widerstand tschechisch-französischer Konkurrenz (Skoda) sicherte sich ein deutsches Konsortium unter Führung von Krupp den Auftrag für den Bau eines Eisenwerkes in Zenica (Bosnien).¹⁵⁰ Am Zustandekommen des Kontrakts beteiligte sich auch die Firma Jugo-Siemens. 1923 hatte das Auswärtige Amt die Gesandtschaft in Belgrad in einem "ganz geheimen" Schreiben darauf hingewiesen, daß

"das Unternehmen nur in größter Heimlichkeit und auf Umwegen über Neutralien oder England durchgeführt werden darf."

Die Durchführung müsse

"in wenigen Händen liegen und sehr geschickt mit einem neutralen Mantel verkleidet werden, (...) da uns die Sache höllisch unbequem werden könnte, falls die Italiener davon Wind bekommen."¹⁵¹

Dieser Vorgang wirft ein Licht auf die "stille Diplomatie" der deutschen Südosteuropapolitik in den zwanziger Jahren.

Die politische Bedeutung des 45-Millionen-Projekts in Zenica ergab sich daraus, daß das Eisenwerk auch Geschütze produzieren sollte. Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen wurde dies streng geheimgehalten.¹⁵²

Auch in den übrigen südosteuropäischen Donaustaaten weitete die deutsche Wirtschaft ab Mitte der zwanziger Jahre ihre Geschäfte aus. Der deutsche Import aus Rumänien stieg von 37,1 Mio. Reichsmark (1923) auf 236,9 Mio. Reichsmark (1930) an. Die rumänische Einfuhr erreichte in der Statistik des deutschen Gesamtimports einen Anteil von 1,6% aus und stand damit unter den

¹⁴⁹ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy. The Struggle of the great powers in the danube valley, 1918-1939, a. a. O., S. 145.

¹⁵⁰ Das Werk in Zenica wurde 1937 eingeweiht. (Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 68 u. Anm. 137).

¹⁵¹ ADAP, Serie A, Bd. 7, Nr. 135, Legationsrat Freiherr von Ow-Wachendorf an den Gesandten in Belgrad von Keller, Berlin, 9. 3. 1923, Ganz Geheim.

¹⁵² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 67f.

Ländern Südosteuropas an erster Stelle. Dabei setzte sich der rumänische Export im wesentlichen aus drei Produkten zusammen, Gerste und Mais mit einem Anteil von 50-70% und Mineralöl mit einem Anteil von ca. 12%. Für Gerste war Rumänien in den Jahren 1929-1931 mit einem Anteil von 43% Hauptlieferant Deutschlands. Weiter forciert wurde die deutsche Handelsoffensive nach Rumänien, wie oben erwähnt¹⁵³, nach dem Abschluß eines Handelsvertrages im Jahre 1928. 1931 erreichte Deutschland einen Anteil von 29,1% am rumänischen Import. Dabei lieferte die deutsche Industrie zu 90% Fertigwaren, vor allem Metall erzeugnisse und Maschinen sowie Produkte der Chemieindustrie.¹⁵⁴

Der Export Bulgariens nach Deutschland stieg zwischen 1920 und 1929 von 12% auf 29% des bulgarischen Gesamtexportes. Der prozentuale deutsche Anteil an der bulgarischen Einfuhr blieb währenddessen mit ca. 21% relativ stabil. In absoluten Zahlen verdreifachte sich der bulgarische Export nach Deutschland zwischen 1920 und 1929, während sich der bulgarische Import aus Deutschland verdoppelte. Dabei lieferte Bulgarien fast ausschließlich Agrarprodukte, vor allem Tabak, Obst, Eier und Felle. Den Hauptanteil des deutschen Exports nach Bulgarien bildeten wie in den übrigen südosteuropäischen Staaten industrielle Fertigprodukte. Insgesamt zeigte sich die deutsche Wirtschaft an Bulgarien jedoch weniger interessiert als an Jugoslawien oder Rumänien, da das Land kaum über strategisch wichtige Rohstoffe verfügte.¹⁵⁵ So lag Bulgarien beim Export nach Deutschland wertmäßig klar hinter Jugoslawien und vor allem hinter Rumänien, wie folgende Tabelle zeigt:

Einfuhren nach Deutschland aus (in Mio. RM):

Land:	1927	1928	1929	1930
Rumänien	243,2	188,0	211,0	236,9
Jugoslawien	72,3	66,6	60,9	74,8
Bulgarien	49,6	51,0	51,2	58,9 ¹⁵⁶

¹⁵³ Siehe in dieser Arbeit S. 339.

¹⁵⁴ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 198f.

¹⁵⁵ Vgl. Hoppe, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. a. a. O., S. 37f.

¹⁵⁶ nach Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 164.

Südosteuropa wurde in den zwanziger Jahren für die deutsche Wirtschaft ein profitabler Absatzmarkt. Unter Einschluß Österreichs, der Tschechoslowakei und Ungarns stand Südosteuropa (ohne die Türkei) 1928 in der Rangliste der deutschen Exporte hinter Frankreich und den Benelux-Staaten an zweiter Stelle, noch vor den skandinavischen Staaten, Großbritannien und den USA.¹⁵⁷

Eine führende Stellung im deutschen Handel mit Südosteuropa nahm seit ihrer Gründung im Jahre 1925 der Chemiekonzern I.G. Farben AG, ein. Er entstand 1925 durch Fusion der sechs größten deutschen Chemieunternehmen, die sich bereits zuvor in einem Kartell zusammengeschlossen hatten. 1930 betrug das Aktienkapital der I.G. Farben insgesamt 1,1 Mrd. Reichsmark. Der neue Konzern wurde führend in der Luftstickstoffindustrie, in der Kohlehydrierung sowie in der Erzeugung chemischer Grundstoffe, von Pharmazeutika und Rohfilmen. Bereits 1932 entfielen auf die I.G. Farben zwei Drittel des gesamten deutschen Chemieexportes.

Um sich eine günstige Ausgangsposition für das Ost- und Südosteuropa-Geschäft zu sichern, schloß die Führung der I.G. Farben einen Interessengemeinschaftsvertrag mit der in Köln ansässigen Dynamit AG, vormals Alfred Nobel ab. Deren Tochterunternehmen, die Dynamit Nobel&Co., Bratislava (Preßburg), verfügte über eine Reihe bedeutender Beteiligungen in Südosteuropa. Bis Anfang der dreißiger Jahre gelang es den I.G. Farben darüber hinaus, internationale Kartellverträge auf den Gebieten Farben, Stickstoff, Hydrierung und Kunstseide abzuschließen. Auf dieser Basis konnte der Konzern, ausländische Konkurrenten von Südosteuropa fernhalten und sich dort eine führende Position aufbauen.¹⁵⁸

Die Handelsoffensive der Konzerne wurde Mitte der zwanziger Jahre durch die Konsolidierung der deutschen Wirtschaft ermöglicht. Die Zeit von 1924-1928 war in Deutschland eine Phase wirtschaftlichen Aufschwungs, gespeist vor allem durch einen großen Strom

¹⁵⁷ Vgl. Elvert, a. a. O., S. 153; Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik..., a. a. O., S. 178.

¹⁵⁸ Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 147ff; ders., Die IG-Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1967, T. I, S. 84.; ders., Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, in: 1999. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Heft 4/1988, S. 10.; Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 187; Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 39f.

ausländischer Kredite. Mehr als 60 Prozent dieser Gelder stammten aus den USA.¹⁵⁹ 1927 erreichte die deutsche Wirtschaft einen Anteil von 122,1% der Vorkriegsproduktion. Der deutsche Anteil an der Weltindustrieproduktion stieg von 8% im Jahre 1923 auf ca. 12% im Jahre 1928. Deutschland lag damit hinter den USA (1928: 44,8%) an zweiter Stelle. Es hatte die europäischen Konkurrenten Großbritannien (mit einem Anteil von 9,3%) und Frankreich (mit 7%) überflügelt. Gleichzeitig kam es in der deutschen Industrie zu einer Rationalisierungs- und Konzentrationswelle. Es bildeten sich industrielle Konglomerate wie die Vereinigten Stahlwerke¹⁶⁰ und die I.G. Farben. Zeitlich versetzt erfaßte der Konzentrationsprozeß auch die Großbanken. Den Höhepunkt stellte die Fusion von Deutscher Bank und Discontogesellschaft 1929 dar. Durch die Fusion dieser Banken, die in ihrer ausländischen Anlagenpolitik traditionell auf Südosteuropa und den Nahen Osten ausgerichtet waren, entstand die mit Abstand größte deutsche Geschäftsbank.¹⁶¹

Die infolge der eingeleiteten Rationalisierung und des Wirtschaftsaufschwungs angehäuften Überkapazitäten drängten auf Außenmärkte.¹⁶² Dabei konstatierten Vertreter der Großindustrie, insbesondere der Ruhrindustrie, daß die deutschen Exportmöglichkeiten nach Westen objektiv erschöpft seien. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft weise daher "unter allen Umständen nach dem Osten und Südosten."¹⁶³ Die alte Zielsetzung eines "Mitteleuropa unter deutscher Führung" rückte handelspolitisch wieder ver-

¹⁵⁹ Von Januar 1925 bis Februar 1929 erhielt Deutschland insgesamt 124 Anleihen mit einem Nennwert von 1.135.775.000 Us-Dollar. (Vgl. Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 186).

¹⁶⁰ Die Vereinigten Stahlwerke entstanden 1926 durch Kapitalfusion von vier der größten Schwerindustrieunternehmen Deutschlands (darunter Thyssen, Stinnes und Otto Wolff). Sie wurden zum größten Industrieunternehmen Europas, vereinigten auf sich die halbe Roheisenerzeugung Deutschland und beschäftigten bis zu 200.000 Arbeiter. (Vgl. Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1973, S. 37).

¹⁶¹ Vgl. Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 184f.; Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 62 u. 119; Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 147f.; ders., Die Interessen der IG Farbenindustrie in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 10.

¹⁶² Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 214.

¹⁶³ Rede Max Schlenkers (vom Langnamverein) in München am 1. 3. 1929, nach Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 214.

stärkt in den Mittelpunkt des Interesses.¹⁶⁴ Reichskanzler Müller nannte die "Erweiterung unserer handelsvertraglichen Beziehungen, insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten" 1928 in einer Regierungserklärung "eine wesentliche Aufgabe" der Reichsregierung.¹⁶⁵

Der damalige politische Vertrauensmann der Ruhrindustrie August Heinrichsbauer, während des Zweiten Weltkrieges Hauptgeschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, forderte am 23. Oktober 1927 in der "Deutschen Bergwerkszeitung", die sich abzeichnende Machteinbuße Frankreichs in Südosteuropa zu nutzen, um

"mit Hilfe der deutschen Wirtschaft zu versuchen, die Oststaaten (von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer) kulturell und wirtschaftlich in die deutsche Einflußsphäre einzubeziehen."¹⁶⁶

Dieses Ziel verfolgte auch der Geschäftsführer des Langnamvereins, Schlenker. Er konstatierte, daß die deutschen Expansionsmöglichkeiten, aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Überlegenheit Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Westen, vornehmlich in "Mitteleuropa" lägen. Zu den "mitteleuropäischen" Staaten rechnete er dabei Deutschland, Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien.¹⁶⁷ Der wirtschaftspolitische Status quo in "Mitteleuropa" wurde von Schlenker heftig kritisiert. Er sprach vom "lächerlichen Autarkiebestreben" der durch die Pariser Friedensverträge geschaffenen Staaten und nannte sie "unzulängliche Wirtschaftsräume mit übersetzten Industrien". Damit gab er der bald

¹⁶⁴ Vgl. Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, Heft 13/1928, S. 221.

¹⁶⁵ Vgl. Schröder, Hans-Jürgen, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: Geschichte und Gesellschaft, 2. Jg., 1976, S. 10.

¹⁶⁶ A.(=August) H (= Heinrichsbauer), Gemeinschaftsarbeit zwischen Wirtschaft und Außenpolitik!, in: Deutsche Bergwerkszeitung, Nr.249, 23.10.1927. Den Autorennamen entschlüsselte Dirk Stegmann im Aufsatz, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 213.

¹⁶⁷ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Mitteleuropa-Institute, Bd. 3, Bl. 16-17, Anlage 1 zu Rundschreiben Nr. 12 der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 16. 7. 1928, Auszug aus dem Artikel "Wirtschaft und Konjunktur Deutschlands. Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock" von Dr. Max Schlenker, Düsseldorf.

darauf von zahlreichen Repräsentanten der deutschen Wirtschaft vertretenen Forderung Ausdruck, die bescheidenen Ansätze einer eigenständigen Industrie in Ost- und Südosteuropa wieder rückgängig zu machen¹⁶⁸, um so Hindernisse für den Export deutscher Industriegüter in diese Länder zu beseitigen. Schlenker begründete dies mit dem Scheinargument, die Wirtschaftsstruktur "Mitteleuropas" basiere traditionell darauf, "daß der Osten vorwiegend landwirtschaftlich, der Westen vorwiegend industrielles Siedlungsgebiet ist." Die durch die Friedensverträge von 1918 in "Mitteleuropa" geschaffenen wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse müßten aufgehoben werden, um "die naturgegebenen Abhängigkeiten einer Jahrtausende alten wirtschaftlichen Entwicklung wiederherzustellen."¹⁶⁹

Die fehlende Industrie in Ost- und Südosteuropa wurde damit ebenso zur Naturgegebenheit erklärt wie die wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands in diesem Gebiet.

Schlenker propagierte im weiteren die Herstellung einer Austausch- und Ergänzungswirtschaft zwischen Deutschland und den genannten Staaten. Dabei könne Deutschland seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus diesen Ländern decken und dafür im Ausgleich eigene industrielle Erzeugnisse abgeben. Ein Artikel Schlenkers von 1928 soll im folgenden ausführlich zitiert werden, da er die deutsche "Ergänzungswirtschafts"-Politik der dreißiger Jahre gegenüber den südosteuropäischen Staaten im wesentlichen vorkonturierte. Er schrieb dort:

"Die Hauptinteressen von Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und auch der Tschechoslowakei liegen im Gegensatz zur industriellen Struktur Deutschlands auf landwirtschaftlichem Gebiete. Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in diesem Raume muß Deutschland dadurch beitragen, dass es den Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus diesem Raum deckt und dafür im Ausgleich seine industriellen Erzeugnisse an diese Länder abgibt. (...) Welche Werte hier auf dem Spiele stehen, geht aus der Tatsache hervor, daß unser heutiger Handel mit den mitteleuropäischen Ländern die Dreimilliarden-

¹⁶⁸ Die rumänische Regierung förderte nach 1919 vor allem die chemische, die Nahrungsmittel-, Metall- und Textilindustrie. (Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 42).

¹⁶⁹ Vgl. Schlenker, Max, Mitteleuropa. Geleitwort, in: Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr, 8. Jg., Nr. 39, 29. 9. 1927. ders., Oesterreichs Schlüsselstellung im mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet, in: Volk und Reich, 4. Jg., 2. Heft, Feb./März 1928, S. 108.

grenze überschritten hat und damit über 15 Prozent unseres gesamten Außenhandels ausmacht. Österreich, vor allem Wien, bleibt das Tor zum Balkan. Die deutsche Wirtschaft (...) muß sich immer wieder diese Tatsache vor Augen halten und (...) dafür Sorge tragen, daß das Tor zum Balkan nicht zugeschlagen wird. In ihrer Zielsetzung muß sich unsere jetzige Generation bewußt sein, daß das deutsche Volk wirtschaftlich in erster Linie mit dem mitteleuropäischen Gebiet verklammert und verwurzelt ist und daß es zu den vornehmsten Aufgaben unserer Zeit gehört, aus dieser Tatsache den Willen zu wirtschaftlichem Neubau vorerst hier zu bestätigen. Je breiter unsere Grundlage in Mitteleuropa ist, desto stärker wird unsere Stellung gegenüber den übrigen größeren Wirtschaftsmächten Europas und der Welt sein. Nur auf dieser gesicherten Basis wird es uns auch wieder gelingen, das schwierige Gebiet der weltwirtschaftlichen Geltung, die ohne politische Macht so außerordentlich schwer zu behaupten ist, mit Erfolg zu beackern."¹⁷⁰

An anderer Stelle bemerkte Schlenker, wenn Deutschland die Zusammenfassung der zehn "Zwischenstaaten" von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer mit einer Gesamtbevölkerung von 85 Millionen Menschen in einem einheitlichen Zollgebiet durchsetzen könne, so würde ein mit den USA vergleichbares Wirtschaftsgebiet entstehen.¹⁷¹ In einem solchen "mitteleuropäischen Wirtschaftsbandnis" sah Schlenker die Ausgangsbasis einer deutschen Weltmachtstellung.

Im Juli 1928 schlug Schlenker vor, durch eine Annexion Österreichs die "mitteleuropäische Wirtschaftsfrage in Fluß zu bringen".¹⁷²

Der Geschäftsführung des Langnamvereins ging es darum, ihre "Mitteleuropa"-Konzeption unter den Angehörigen der herrschenden Klasse Österreichs und der südosteuropäischen Donaustaaten zu propagieren und dadurch den Widerstand gegen den deutschen "Drang nach Südosten" abzuschwächen. Die Schaffung eines "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraumes sollte als unpolitische,

¹⁷⁰ Schlenker, Wirtschaft und Konjunktur Deutschlands. Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock, a. a. O.

¹⁷¹ Vgl. Schlenker an Reusch, 27. 12. 1929, nach Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 214f.

Reusch war Vorsitzender des Langnam-Vereins sowie Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte-Haniel-Konzern, Präsidiumsmitglied des RDI, Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute und Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. (Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 129).

¹⁷² Schlenker, Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock, a. a. O.

ausschließlich am wirtschaftlichen Sachverstand orientierte, auf die Besserung der schwierigen ökonomischen Verhältnisse der Zielgebiete Strategie präsentiert werden.¹⁷³

Die Führung des Langnam-Vereins erhielt für ihre Forderung nach einem "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraum anfangs vor allem von der Deutschen Gruppe des MWT Unterstützung. Deren Vorstand erklärte Ende 1929:

"Mitteleuropa ist das natürliche Absatzgebiet Deutschlands. Noch ist es in Auswirkung der Friedensverträge und der Staatenbildungen zum großen Teil für uns verschlossen. Wir müssen dafür sorgen, daß es unser eigentlicher Absatzmarkt von morgen wird."¹⁷⁴

Diese Zeilen offenbarten, daß maßgebliche Kreise der deutschen Industrie die Pariser Friedensverträge und die darin festgelegten staatlichen Grenzen als Hindernis einer umfassenden wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands in Südosteuropa ablehnten. Die Stellungnahme verdeutlicht zudem, daß das 1930/31 ausformulierte und in den dreißiger Jahren in die politische Praxis umgesetzte Konzept einer deutschen Großraumwirtschaft mit Südosteuropa als "Ergänzungsraum" für Rohstoffe, Agrarprodukte und billige Arbeitskräfte keineswegs, wie von einigen Autoren behauptet¹⁷⁵, ein aus der Not geborenes Zufallsprojekt infolge der Weltwirtschaftskrise war, sondern vielmehr im Kontext und in der Kontinuität deutscher Südosteuropakonzepte von 1840-1918 stand, an die bereits in der Ära Stresemann von maßgeblichen Kreisen der deutschen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Publizistik angeknüpft wurde. Auch wenn die seit Mitte der zwanziger Jahre vor allem vom Langnamverein und der Deutschen Gruppe des MWT verfolgte Strategie einer Konzentration der deutschen Wirtschaft auf die Expansionsfelder Ost- und Südosteuropa nicht sofort den ungeteilten Beifall aller Interessensgruppen der deutschen Industrie fand, da einige Unternehmen bei politischen Auseinandersetzungen mit Frankreich, Großbritannien und den USA ihre Geschäftsfelder in Westeuropa und Übersee gefährdet sahen, bleibt festzuhalten, daß die Weichen für eine Ausrichtung des Expansio-

¹⁷³ Vgl. Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?, a. a. O., S. 16f.

¹⁷⁴ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA, Nr. 42995, Bl. 141f., Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, Vortrags-Tee am 19. 12. 1919, Schlusswort Dr. Strencioch.

¹⁷⁵ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 213f.

nismus der deutschen Wirtschaft nach Ost- und Südosteuropa noch in der Ära Stresemann bzw. noch vor der Weltwirtschaftskrise gestellt wurden. Die für diese Periode in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund stehende "deutsch-französische Verständigung", die als Werk Stresemanns gilt, wurde in Deutschland immer unter den instrumentellen Aspekten der Durchsetzung einer "freien Hand im Osten", der schleichenden Revision des Versailler Vertrags und der Wiedererlangung des Großmachtstatus betrachtet.¹⁷⁶ Ein einseitiges offizielles Festlegen auf die "Mitteleuropa"-Konzeption hätte zum offenen Konflikt mit Frankreich geführt und jede weitere Aussicht auf den Abbau der Verpflichtungen des Versailler Vertrages zunichte gemacht.¹⁷⁷ Doch mit Mitteln einer "stillen Diplomatie", für die vor allem die Verbände des "Grenz- und Auslandsdeutschtums", der Handelspolitische Ausschuß und die Deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages genutzt wurde, gelang es Deutschland in den zwanziger Jahren sich in Südosteuropa alle Türen offenzuhalten bzw. Stück für Stück aufzustoßen. Durch die Handelsoffensive eroberte die deutsche Wirtschaft in Südosteuropa schnell verlorene Anteile zurück. Diese Möglichkeit ergab sich auch durch die Abwehr aller Pläne für wirtschaftspolitische Bündnisse von zentral-, ost- und südosteuropäischen Staaten ohne deutsche Beteiligung. So wurde Deutschland bereits in den zwanziger Jahren wieder zur führenden Macht im Handel mit den südosteuropäischen Staaten. Allein auf dem Gebiet der Direktinvestitionen und der Kapitalanlagen konnten sich Frankreich und Großbritannien dort noch gegenüber Deutschland behaupten.

6.1.7 Die Gründung von "Mittel"- und Südosteuropa-Instituten

Mit dem Ziel, die wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung Südosteuropas zu planen und wissenschaftlich zu begleiten, wurden seit Ende der zwanziger Jahre in Deutschland spezielle Forschungsinstitute gegründet. 1927 ergriff die Deutsche Gruppe des MWT die Initiative zur Gründung eines "Mitteleuropa-Institutes"

¹⁷⁶ Vgl. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, a. a. O., S. 72ff u. 79; Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 133.

¹⁷⁷ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 60.

in Dresden.¹⁷⁸ Zu einer ersten Besprechung trafen sich dort am 3. Dezember 1927 Delegierte der Deutschen Gruppe des MWT mit Vertretern der sächsischen Regierung und Wirtschaft.¹⁷⁹

Zur Meinungsbildung ersuchte das Auswärtige Amt Ende 1927 die deutschen Gesandten in Südosteuropa um Stellungnahmen. Aufschlußreich ist dabei vor allem die Antwort des deutschen Gesandten in Rumänien, Mutius. Er bemerkte zum Titel des geplanten Instituts:

"Das Wort `Mitteleuropa` ist von Naumann geprägt und stellte eine Art deutschen Kriegszieles dar. Es ist daher in den betroffenen mitteleuropäischen Ländern zu einem Synonym deutscher Vorherrschaft geworden und wird von der uns feindlich gesinnten Presse immer wieder in diesem Sinne verwandt."¹⁸⁰

Um das Aufkommen eines solchen Verdachts im Ausland zu verhindern, schlug Mutius vor¹⁸¹, die Bezeichnung "Mitteleuropa"¹⁸² zu vermeiden und die Gründung des Institutes noch etwas hinauszuschieben.¹⁸³

Hier zeigt sich ein weiteres Mal das vorsichtige Taktieren deutscher Politiker in den zwanziger Jahren, mit dem Ziel, die Realisierung langfristiger Expansionspläne nicht durch öffentliche Propagierung zu gefährden. Nicht länger warten wollte demgegenüber im Juni 1928 die Deutsche Gruppe des MWT. Zwar erklärte auch sie, daß Deutschland mit Rücksichtnahme auf die politische Mentalität Frankreichs und einiger Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches in der "Mitteleuropa-Frage" noch nicht die "Initia-

¹⁷⁸ Die Wahl des Standortes Dresden ergab sich wohl u. a. aus der Tatsache, daß der Oberbürgermeister Blüher und Vertreter des Verbandes sächsischer Industrieller zum Vorstand der Deutschen Gruppe des MWT gehörten. (Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 130.

¹⁷⁹ Vgl. Protokoll einer Besprechung zum Zwecke der Gründung eines Mitteleuropa-Instituts in Dresden, 3. 12. 1927, nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 535f.

¹⁸⁰ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 114-115, Mutius, Deutsche Gesandtschaft in Bukarest an AA, 14. 2. 1928. Vgl. auch ebenda, Bl. 134-136, Anlage 2 zum genannten Schreiben.

¹⁸¹ Siehe zu dieser von Mutius vorgeschlagenen Strategie in dieser Arbeit auch S. 366.

¹⁸² Leider ist die beschriebene Kenntnis der ideologischen Funktion des "Mitteleuropa"-Begriffs zur Umschreibung deutscher Hegemonialpläne im In- und Ausland heute fast gänzlich verlorengegangen.

¹⁸³ Vgl. Schreiben Mutius vom 14. 2. 1928, a. a. O.

tive und Führerstellung" an sich reißen könne, doch müsse gerade deshalb der indirekte Weg über die Einrichtung von "Mitteleuropa-Instituten" gewählt werden. Auf diese Weise könne "mit den wirtschaftlichen und politischen Führern der südosteuropäischen Staaten" Kontakt aufgenommen werden.¹⁸⁴ Durch die Gründung "geeigneter Forschungsinstitute" solle den "mitteleuropäischen Völkern" "deutsche Kultur und deutsches Wissen" nähergebracht werden, um diese für alles Deutsche aufnahmebereit zu machen.¹⁸⁵ Eine "intensive Bearbeitung des Balkans" sei für die deutsche Wirtschaft "außerordentlich nutzbringend". Mit Hilfe des Instituts in Dresden solle das "geistige Zentrum der Mitteleuropa-Bewegung immer mehr nach Deutschland verlagert werden."¹⁸⁶ Darüber hinaus sei die geplante Dresdner Einrichtung dazu berufen, die Beziehungen zwischen Deutschland und den Staaten Zentral- und Südosteuropas intensiv zu pflegen

"und einen regen Wirtschaftsverkehr Deutschlands mit den mitteleuropäischen Staaten (...) herzustellen. Der Vorstand der Deutschen Gruppe steht auf dem Standpunkte, dass in dieser wichtigen Frage keine Zeit mehr zu verlieren ist und wird daher die ihm geeignet erscheinenden Schritte einleiten, den Institutsgedanken im Interesse aller beteiligten Kreise seiner Verwirklichung sobald als möglich entgegenzuführen."¹⁸⁷

Als Aufgaben des Instituts wurden in einem Planungspapier folgende Punkte genannt:

- "1. Informationsstelle für Deutschland über die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse Südosteuropas,
2. Propagandastelle Deutschlands für den Südosten,
3. Pressestelle für den Südosten,
4. Wissenschaftliche Forschungsstelle für politische und wirtschaftliche Probleme Südosteuropas,

¹⁸⁴ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 116, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, Kurzer Tätigkeitsbericht 1928.

¹⁸⁵ Programm der Deutschen Gruppe des MWT 1928, nach Schwarzenau, a. a. O., S. 65.

¹⁸⁶ Schwarzenau, a. a. O., S. 80 u. 82.

¹⁸⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 1-2, Rundschreiben Nr. 11, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, 7. 6. 1928.

5. Vortragsstelle."¹⁸⁸

Mit anderen Worten: Die geplante wissenschaftliche Einrichtung sollte die deutschen Wirtschaft mit Informationen über den süd-osteuropäischen Markt und seine Rahmenbedingungen versorgen und ihr dort mittels "Auslands- und Kulturpropaganda" ein günstiges Geschäftsklima ermöglichen. Während der Dresdner Oberbürgermeister im Dezember 1928 erfreut feststellte, in dieser "Angelegenheit der Auslandspropaganda" volle Übereinstimmung bei Außenminister Stresemann gefunden zu haben¹⁸⁹, bat der Verband sächsischer Industrieller eben diesen Stresemann um eine "namhafte fortlaufende finanzielle Beteiligung" der deutschen Regierung für das geplante "Mitteleuropa-Institut". Auf diese Weise könne ein "organisatorischer Unterbau für eine Kulturpropaganda nach den Südoststaaten", den "wichtigsten deutschen Absatzmärkten", geschaffen werden.¹⁹⁰ Zwar blieben die erhofften fortlaufenden Zahlungen der deutschen Regierung für das geplante Institut aus, doch sicherte diese im Februar 1929 finanzielle Unterstützung, insbesondere für Veröffentlichungen und Reisen der Institutsmitglieder in die Länder Ost- und Südosteuropas zu.¹⁹¹

Im wesentlichen wurde das um die Jahreswende 1929/30 eröffnete "Mitteleuropa-Institut" in Dresden¹⁹² aus Mitteln der sächsischen Industrie finanziert.¹⁹³ Seine Gründung bildete in dieser Periode

¹⁸⁸ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 61f., Zur Schaffung eines Mitteleuropa-Instituts in Dresden. Beigefügt einem Schreiben Prof. Walter Hoffmanns, Freiburg, 14. 11. 1928.

¹⁸⁹ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 93, Brief des Oberbürgermeisters von Dresden Blüher an den vortragenden Legationsrat Joachim Windel, Dresden, 19. 12. 1928.

¹⁹⁰ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 96; Brief des Verbandes Sächsischer Industrieller, Sitz Dresden, an Reichsaußenminister Dr. Stresemann, 21. 12. 1928.

¹⁹¹ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 143f., Bericht über eine Besprechung zur Einrichtung eines "Mitteleuropa-Institutes" in Dresden am 23. 2. 1929, mit Gothein u. Strencioch (Deutsche Gruppe des MWT), Blüher (Oberbürgermeister von Dresden) sowie Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des Innern.

¹⁹² Neben dem Dresdner Institut gingen aus der Tätigkeit der "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen" Ende der zwanziger Jahre noch drei weitere "Mitteleuropa-Institute" hervor: In Wien (gegr. am 1. 3. 1929), in Brno (Brünn, gegr. am 10. 9. 1929) und in Budapest (gegr. am 8. 5. 1930). (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 230).

¹⁹³ Gegenüber den Zentren der deutschen Ost- und Südosteuropaforschung in Breslau, Leipzig, München und später Berlin blieb die Bedeutung des Dresdner Instituts gering. Neben der Stipendien-

keine Einzelerrscheinung. Bereits im April 1918 war in Breslau ein Osteuropa-Institut eingerichtet worden, dessen wichtigste Aufgabe darin bestehen sollte, wissenschaftliche und praktische Vorarbeiten für die spätere Erschließung und Durchdringung Osteuropas zu leisten und ein "Netz von Vertrauensmännern" zu legen.¹⁹⁴ Ab Ende der dreißiger Jahre wechselte der Arbeitsschwerpunkt des Breslauer Instituts von Ost- auf Südosteuropa.¹⁹⁵ In Leipzig entstand 1928 ein "Institut für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung". Dessen Initiatoren begründeten die geplante Forschung über die Tschechoslowakei, Ungarn und die südosteuropäischen Donaustaaten u. a. mit dem Hinweis, auf die in all diesen Ländern in beträchtlicher Zahl ansässigen "deutschen Stammesangehörigen" und deren Einfluß.¹⁹⁶ Erster Direktor des Leipziger Instituts wurde Kurt Wiedenfeld, der die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa bereits während des Ersten Weltkrieges wissenschaftlich gefördert und begleitet hatte.¹⁹⁷ Bis 1934 war Wiedenfeld darüber hinaus ständiger Mitarbeiter der "Zeitschrift für Geopolitik". Den Posten des Stellvertreters des Leipziger Instituts übernahm in den dreißiger Jahren Hermann Gross. Dieser war nicht nur maßgeblich an der deutschen Südosteuropaforschung in der Periode des Nationalsozialismus beteiligt, sondern setzte seine Karriere als führender deutscher "Südosteuropa-Experte" auch in der Bundesrepublik fort.¹⁹⁸ Das Leipziger Institut für "Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung" integrierte sich 1936 in ein neugegründetes

vermittlung bestand seine Haupttätigkeit in der Auswertung der südosteuropäischen Fachpresse für die Geldgeber aus der sächsischen Industrie. Für die Handelshochschule Leipzig erledigte es organisatorische Aufgaben im Studentenaustausch, finanzierte akademische Veranstaltungen mit ausländischen Gästen und veröffentlichte studentische Arbeiten dieser Einrichtung. Darüber hinaus hielt der Direktor des Dresdner Instituts an der Leipziger Handelshochschule Lehrveranstaltungen. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 189 u. 239).

¹⁹⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 61.

¹⁹⁵ Das Breslauer Institut hatte mit der Überführung seiner Rußland-Abteilung in ein Berliner Geheimdienst-Institut des SD und mit der Etablierung des speziell polnischen Fragen gewidmeten "Instituts für deutsche Ostarbeit" in Krakau nach der deutschen Annexion Polens seine beiden bisherigen Arbeitsschwerpunkte verloren und suchte sich somit in Südosteuropa neue Betätigungsfelder. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 191).

¹⁹⁶ Schreiben des Institutsdirektors Wiedenfeld, 24. 4. 1928, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 117.

¹⁹⁷ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 304, Fußnote.

¹⁹⁸ Biographie im Anhang.

"Südosteuropa-Institut" an der dortigen Universität.¹⁹⁹ Dessen Leiter Seraphim bezeichnete diese Einrichtung 1938 als "Zentralstelle für wirtschaftswissenschaftliche Forschung über den Südosten".²⁰⁰ In München wurde auf Betreiben der revisionistischen Deutschen Akademie²⁰¹ und mit offizieller Unterstützung durch das Bayrische Staatsministerium für Unterricht und Kultur 1930 ein "Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten" eröffnet. Ab Mitte der dreißiger Jahre erhob die Institutsleitung, angestoßen durch ihren Mitarbeiter Fritz Valjavec²⁰², den Führungsanspruch in der gesamten wissenschaftlichen Südosteuropaforschung. Zur Untermauerung dieses Anspruchs erfolgte 1936 die Umbenennung in Südost-Institut²⁰³. Das Münchner

¹⁹⁹ Das Institut, das bis 1943 bestand, gab die "Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa" heraus. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 187f.).

²⁰⁰ Vgl. Seraphim, H.-J., Zehn Jahre Institut für mittel- und südosteuropäische Wirtschaftsforschung, in: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, 1. Jg., 1937/38, H. 4, S. 92. Geschwächt wurde der Einfluß des Leipziger Instituts in der Südosteuropaforschung des nationalsozialistischen Deutschland Ende der dreißiger Jahre durch die Berufung von Hermann Groß an die Volkswirtschaftliche Abteilung der I.G. Farben nach Wien und von Seraphim an das Osteuropa-Institut in Breslau. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 238).

²⁰¹ Siehe zur Deutschen Akademie in dieser Arbeit S. 353f.

²⁰² Fritz Valjavec stammte aus der deutschen Minderheit in Ungarn. An das Münchner Institut kam er 1934 als Sechszwanzigjähriger mit der Empfehlung seiner Aktivitäten in der Südostarbeit der NS-Studentenführung. Er wurde unter dem Nationalsozialismus und im Nachkriegsdeutschland zu einem der bekanntesten und angesehensten Vertreter der Südosteuropaforschung. Eines seiner Hauptanliegen bestand seit 1945 darin, die Kulturarbeit der auf Südosteuropa orientierten revisionistischen Deutschumsverbände, die sich zu Interessensvertretern der "hinter dem Eisernen Vorhang versunkenen" deutschen Minderheiten erklärten, zu aktivieren und mit der Südosteuropaforschung zu koordinieren. Dazu gründete Valjavec das "Südostdeutsche Kulturwerk" und dessen Zeitschrift "Südostdeutsche Heimatblätter", später "Südostdeutsche Vierteljahresblätter". Darüber hinaus war er Gründungsmitglied des "Ostdeutschen Kulturrates" und der "Südostdeutschen Historischen Kommission" sowie Herausgeber der Jahrbücher dieser Organisationen. In seinem Hauptwerk "Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa" geht er von einem "west-östlichen Kulturgefälle" aus und folgert daraus eine besondere Mission des deutschen "Volkstums" in Südosteuropa. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 186 u. 395f; Valjavec, Fritz, Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa, Bd. I-IV, München 1953-1965. Die erste Auflage erschien 1940 unter dem politisch eindeutigen Titel "Der deutsche Kultureinfluß im nahen Südosten").

²⁰³ Der ursprüngliche Titel lautete: Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten. 1935 wurde er durch

Institut besteht bis heute und ist weiterhin die führende Institution der deutschen Südosteuropa-Forschung.²⁰⁴ Während des Zweiten Weltkrieges ging die bestimmende Position in der deutschen Südosteuropaforschung vorübergehend an das im September 1939 unter maßgeblichem Einfluß der SS gegründete Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut mit der dazugehörigen Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Berliner Universität über. Dekan bzw. Präsident beider Einrichtungen wurde der Leiter des Amtes für "Weltanschauliche Forschung und Auswertung" im Reichssicherheitshauptamt F. A. Six.²⁰⁵ Durch die Berufung von Valjavec sicherte sich das Berliner Zentrum den im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie politisch zuverlässigsten und aktivsten Südosteuropaforscher jener Jahre.²⁰⁶ Den Terminus "Auslandswissenschaft" erläuterte ein leitender Mitarbeiter des Berliner Instituts 1940. Demnach sollten die Auslandswissenschaften "politische Wettermeldungen und eine politische Geländekunde" liefern, die "unser Volk" so nötig brauche wie der Flieger "vor dem Flug ins feindliche oder freundliche Land sorgfältige Wettermeldungen von seinen Metereologen".²⁰⁷ Diese im schlechten Sinne "aufklärende" Forschung nahm ihre institutionellen Anfänge in der Weimarer Republik durch die Etablierung der Ost- und Südosteuropaforschung in Breslau, Leipzig, Dresden und München.²⁰⁸ Die Gründung der dortigen Institute unterstreicht, daß die ökonomischen, völkischen und militärstrategischen Interessen der deutschen Politik und Wirtschaft nach Ende des Ersten Weltkrieges keineswegs

die bis heute gültige Bezeichnung "Südost-Institut" ersetzt. Ab 1936 gab das Münchner Institut die Zeitschrift "Südostdeutsche Forschungen" heraus. Mit dem 5. Jahrgang wurde der Titel auf "Südost-Forschungen" abgeändert. Die Zeitschrift erscheint bis heute. (Vgl. Valjavec, Fritz, Die deutsche Südosteuropaforschung, in: Jahrbuch der Politik, 1943, S. 1085 u. 1089f.).

²⁰⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 117; Valjavec, Die deutsche Südosteuropaforschung, a. a. O., S. 1085.; Siebert, a. a. O., S. 395.

²⁰⁵ Six war von 1939-1943 Leiter des Amtes VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung) im Reichssicherheitshauptamt und von 1940-1945 Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in Berlin. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 311).

²⁰⁶ Vgl. Siebert, a. a. O., S. 190.

²⁰⁷ Vgl. Pfeffer, K. H., Begriff und Methode der Auslandswissenschaften, in: Jahrbuch der Weltpolitik, Berlin 1942, S. 884ff.

²⁰⁸ Vgl. dazu: Gross, Hermann, Zur Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Südosteuropa-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.), Südosteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, Boppard 1979.

fallengelassen, sondern auf einer viel breiteren organisatorischen Basis als zuvor verfolgt wurden. Als Legitimationsinstrument wurde darüber hinaus eine neue Wissenschaft kreiert: die Geopolitik.

6.1.8 Südosteuropa in der Konzeption der deutschen Geopolitik

Auf der Grundlage der Schriften von Ratzel²⁰⁹ und Kjellén²¹⁰ wurde die Geopolitik in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus unter der Federführung des Münchner Professors Karl Haushofer²¹¹ geprägt und als wissenschaftliche Disziplin etabliert. Der

²⁰⁹ Siehe zu Ratzel in dieser Arbeit S. 172, 202 u. 291, Fußnote.

²¹⁰ Siehe zu Kjellén in dieser Arbeit S. 249 u. 291ff.

²¹¹ Karl Haushofer (1869-1946) veröffentlichte bereits vor 1914 zahlreiche Bücher und Artikel über Grenzen, Macht und Boden, "raumüberwindende Mächte" und Geopolitik. Im Ersten Weltkrieg stieg er bis zum Rang eines Generalmajors der deutschen Armee auf. Er gehörte einige Zeit zum bayrischen Generalstab und hielt sich mehrere Jahre als militärischer Beobachter in Japan auf. Während des Krieges lernte Haushofer Rudolf Heß kennen, der einige Zeit als Ordonnanzoffizier sein Vorgesetzter war. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann Haushofer 1919 an der Universität München als Dozent für geographische Fragen. Im Jahre 1921 übernahm er eine Professur für Geographie. Heß wurde bald darauf zu seinem Studenten und "Lieblingsschüler". Dieser brachte Haushofer 1922 in Kontakt mit Adolf Hitler. Als Heß und Hitler nach dem gescheiterten Putsch von 1923 in der Landsberger Festungshaft saßen, wurden sie von Haushofer mit Literatur versorgt. Unter den Büchern befand sich Ratzels "Politische Geographie" von 1897. Diese Schrift sowie Gedanken Haushofers bildeten für Hitler Grundlagen bei der Formulierung seines Buches "Mein Kampf". Neben der Rassenlehre wurde die Geopolitik zur offiziellen Doktrin des Nationalsozialismus erhoben. Haushofer galt als geistiger Führer dieser Pseudowissenschaft. In seinen zahlreichen Büchern, Aufsätzen und Vorträgen propagierte er die Schaffung eines "Großdeutschland", das durch die Revision des Versailler Vertrages zu einer riesigen kontinentalen Macht (Eurasien) werden sollte, ergänzt durch ein Kolonialreich (Eurafrika). Sein Hauptwerk "Weltpolitik von heute" erschien 1934. Er widmete es Rudolf Heß. Im Vorwort bezeichnete er den Zweck des Buches als "Denken in großen Räumen". 1934 erhielt Haushofer die Berufung zum Präsidenten der Deutschen Akademie in München (siehe dazu in dieser Arbeit S. 353f. u. 387). Ab 1938 leitete Haushofer darüber hinaus als Präsident den "Volksbund für das Deutschtum im Auslande", eine Spionageorganisation der NSDAP. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde Haushofers Sohn Albrecht verhaftet und hingerichtet. Auch Karl Haushofer geriet deshalb 1944 vorübergehend in Haft. Aufgrund dessen wurde er im Nachkriegsdeutschland zum Antifaschisten erklärt. Den Alliierten blieb die bedeutende Rolle Haushofers im Nationalsozialismus jedoch nicht verborgen. Als er vor dem Nürn-

Gang der Geschichte werde, so die Grundthese der Geopolitiker, durch das Verhältnis von geographischem Raum und "Volk" bestimmt. Unter Berufung auf die fragwürdigen Kategorien Boden, Lebensraum, Bevölkerungswachstum, Volk und Führer leiteten die deutschen Geopolitiker, ausgehend von einem "Recht auf Wachstum", eine angeblich natürliche Gesetzmäßigkeit des deutschen Expansionismus ab. Dabei sahen sie deutsche "Wachstums"-Möglichkeiten in erster Linie in Ost- und Südosteuropa.²¹² 1924 schlossen sich die führenden deutschen Geopolitiker in einer Arbeitsgruppe zusammen und gründeten die "Zeitschrift für Geopolitik", die bis Ende 1944 und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ab 1951 erschien. Sie vermittelte der deutschen Öffentlichkeit die fragwürdigen geopolitischen Überzeugungen ohne wesentliche Veränderungen in der Weimarer Republik, der Periode des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. Ebenfalls 1924, dem Gründungsjahr der "Zeitschrift für Geopolitik" nahm an der Deutschen Hochschule für Politik, wie erwähnt, ein geopolitisches Seminar unter Leitung von Professor Adolf Grabowsky den Lehrbetrieb auf.²¹³ Damit war die Geopolitik zur Wissenschaft erhoben. Nach 1933 wurde sie an allen deutschen Universitäten zum Prüfungsfach.²¹⁴

Zu Beginn der nationalsozialistischen Periode schlossen sich Anhänger Haushofers zur "Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik e. V." zusammen, die im April 1933 zu Ehren des Machtantritts Hitlers eine Denkschrift mit dem Titel "Geopolitik als nationale Staatswissenschaft" herausgab. Konrad Haushofer und sein Sohn Albrecht, der 1933 das geopolitische Seminar an der Deutschen Hochschule für Politik übernahm, waren im Nationalsozialismus zudem als ständige Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes tätig.²¹⁵ Als Nachbardisziplin der Geopolitik etablierte sich an deutschen Universitäten die Geojurisprudenz, d. h. die "Lehre vom Emporsteigen des Rechts aus dem Raum". Der an der Berliner Universi-

berger Gerichtshof in bezug auf seine Tätigkeit für den "Volksbund für das Deutschtum im Auslande" vernommen werden sollte, beging Haushofer am 10. März 1946 Selbstmord. (Vgl. Heyden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik, Berlin (DDR), 1958, S. 115ff, 158f., 164 u. 179; Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 177).

²¹² Vgl. Heyden, a. a. O., S. 149.

²¹³ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 346f.

²¹⁴ Vgl. Heyden, a. a. O., S. 146, 153 u. 209; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 309.

²¹⁵ Vgl. Heyden, a. a. O., S. 151 u. 158.

tät lehrende Jurist Carl Schmitt wurde ihr bekanntester Vertreter. Er blieb bis weit in die Nachkriegszeit in Deutschland ein angesehener Wissenschaftler.²¹⁶

Die geopolitische Schule war entscheidend daran beteiligt, daß sich der Slogan "Mitteleuropa" in Deutschland als wesentlicher Schlüssel zum Verständnis und zur Begründung der deutschen Politik seit Mitte des 19. Jahrhunderts durchsetzte.²¹⁷ "Mitteleuropa" bilde, so die Geopolitik, eine "Schicksalsgemeinschaft" und werde für Deutschland zur "Schicksalsfrage". In "Mitteleuropa" läge Deutschlands "Lebensraum" und Zukunft.²¹⁸

Bezüglich Südosteuropas vertraten die deutschen Geopolitiker nach 1918 die Auffassung, die dortigen Staaten hätten sich nach dem Ersten Weltkrieg durch ihre Anlehnung an Frankreich und Italien "in die Abhängigkeit von Bündnissystemen gebracht, denen sie weder geopolitisch noch ethnopolitisch zugehören." Die zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der Ostsee und dem Mittelmeer gelegenen Staaten Ost- und Südosteuropas bezeichneten die Geopolitiker als "Zwischeneuropa" oder als "europäische Schütterzone". Der Begriff "Schütterzone" umschrieb die Überzeugung, daß weitere kriegerischen Erschütterungen in diesem Gebiet bevorstünden, da dessen staatliche Gliederung untragbar sei.

"Die geopolitische Anlage dieses Raumes", dränge zu "großräumiger Zusammenfassung", "die ethnopolitische zur Zersplitterung".²¹⁹

Die nationalsozialistische Politik der nächsten Jahre folgte dieser Maxime. Sie setzte gewaltsam eine "großräumige Zusammenfassung" weiter Teile Ost- und Südosteuropas unter deutscher Hegemonie bei gleichzeitiger "ethnopolitischer Zersplitterung" multinationaler Staaten wie der Tschechoslowakei und Jugoslawiens durch. Bereits Anfang der dreißiger Jahre skizzierten die

²¹⁶ Vgl. Heyden, a. a. O., S. 154; Schmitt, Carl, Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969, Berlin, 1995, u. a.

²¹⁷ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 6.

²¹⁸ Vgl. Kreil, Fritz, Mitteleuropäische Autarkie, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932, S. 206ff.; Schmerz, Ig., Deutschlands Donauerbe, ebenda, S. 224ff.; Nelböck, Friedrich, Deutschland und die Tschechoslowakei, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8/1932, S. 451ff.

²¹⁹ Vgl. Trampler, Kurt, Die Staaten der europäischen Schütterzone, in: Haushofer, Karl (Hg.), Jenseits der Großmächte. Ergänzungsband zur Neubearbeitung der Großmächte Rudolf Kjellens, Leipzig/Berlin 1932, S. 186ff.; Der Süd-Ostraum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8/1933, S. 455ff.

deutschen Geopolitiker das Konzept der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft. Die zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Staaten Ost- und Südosteuropas soll-ten als Agrar- und Rohstofflieferanten langfristig an Deutsch-land gebunden werden. Um dies zu erreichen, sollte Deutschland seine Zollmauern gegen die landwirtschaftlichen Produkte "der zwischeneuropäischen Staaten" niederlegen, während diese ihre Zollbeschränkungen gegen deutsche Industrieprodukte beseitigen müßten. Dabei müsse die seit 1918 aufgebaute Industrie der Länder Ost- und Südosteuropas wieder verschwinden. Diese sei "in steter Versündigung gegen Geographie und Geschichte" aufgebaut worden. Die Geopolitiker bezeichneten die Industrie Südosteuropas als "künstlich", "unorganisch" und "überflüssig" und forderten für die Realisierung der deutsch-südosteuropäischen "Ergänzungswirtschaft" deren Eindämmung bzw. Reduzierung.²²⁰

Das Ziel der französisch-tschechischen "Donaupolitik" bestehe in der Absicht, "Deutschland einen Riegel nach Südosten vorzuschieben", um dessen wirtschaftliches und politisches Vordringen in dieser Richtung zu verhindern. Ganz "Mitteleuropa" bis zum Schwarzen Meer werde von Frankreich fremdbestimmt. Das französische Vertragssystem habe jedoch nicht "raumbildend" gewirkt. Die Geopolitik stelle allein Deutschland die Aufgabe, diesen Raum zu formen und zu organisieren. Dabei lasse Deutschland sich nicht durch "imperialistische Hegemoniebestrebungen" leiten, sondern durch die Notwendigkeit, "Mitteleuropa" nicht zum Erbe der Sowjetunion werden zu lassen.²²¹

In der Tradition der bereits im 19. Jahrhundert verbreiteten Ideologie von der angeblichen "Barbarei" bzw. "Rückständigkeit" der Bevölkerung Südosteuropas vertraten die deutsche Geopolitiker darüber hinaus die Überzeugung, daß nur eine deutsche Kulturmission diesem Gebiet Fortschritt und Zivilisation bringen

²²⁰ Vgl. Trampler, a. a. O., S. 186ff; Nelböck, a. a. O., in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8/1932, S. 459.

²²¹ Vgl. Schmerz, Ig., Verschiebungen im Donaauraum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3/1931, S. 177ff.; ders., Deutschlands Donauerbe, in Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932, S. 224ff, Kreil, Fritz, Mitteleuropäische Autarkie, ebenda, S. 208ff.; Lüdorf, Paul Fr., Aktive deutsche Mitteleuropapolitik!, ebenda, S. 214ff.; Török, Arpad, Ungarn im Spiel der französischen Donaupolitik, ebenda, S. 218ff., Mühlmann, Karl, Balkan und Vorderer Orient in geopolitischer Bedeutung, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 7/ 1932, S. 398ff.; Nelböck, a. a. O., S. 451ff.

könne. Da die Bevölkerung des Balkans seit Jahrzehnten vergeblich versucht habe, sich zu europäisieren und "moralisch und geistig die westliche Höhe zu erreichen", bleibe es Aufgabe der deutschen Ostsiedler, ihr "ein bewußtes und gestaltetes Leben vorzuleben".²²² Weiter hieß es in der "Zeitschrift für Geopolitik":

"Die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanländer ist möglich und notwendig. Sie wird wie in allen kolonialen oder halbkolonialen Gebieten das Werk eines höherstehenden Wirtschaftsvolkes sein müssen."²²³

Hier bleibt kein Zweifel, daß den Ländern Südosteuropas bereits vor 1933 in deutschen Konzepten der Status von Kolonien zugesprochen wurde. Ein anderer Geopolitiker erklärte, die Weltgeschichte habe Prag, Budapest, Bukarest und Belgrad "für immer nur eine zweite oder dritte Rolle angewiesen".

"Die universale Sprache und Kultur des Donauraums war immer, ist heute und wird wohl auch in Zukunft deutsch sein."²²⁴

Mit derartigen pseudowissenschaftlichen Argumentationen legitimierte die deutsche Geopolitik die Einbindung der Länder Ost- und Südosteuropas in die deutsche Großraumwirtschaft, die sich in den dreißiger Jahren in rasanter Weise vollzog.

Die dargestellten Ausführungen und Forderungen deutscher Geopolitiker bestätigen folgende 1932, 1938 und 1944 in Frankreich, der Schweiz und den USA getroffenen Urteile:

1. Geopolitik ist eine Zweckwissenschaft zur Rationalisierung von Eroberungen.²²⁵
2. "Letzten Endes ist Geopolitik nichts anderes als die Ideologie imperialistischer Expansion."²²⁶

²²² Vgl. Zillich, Heinrich, Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 2/1929, S. 146f.

²²³ Körber, A., Rückblick und Ausschau auf den Balkan, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 9/1929, S. 751. Ähnlich offen argumentierte der Vorsitzende der Deutschen Gruppe des MWT Gothein 1931. (Vgl. Gothein, Georg, Mitteleuropäische Zollunion, in: Volk und Reich, 7. Jg., 1931, Heft 2/3, S. 131).

²²⁴ Welte, Adolf, Der Donaauraum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3/1934, S. 152.

²²⁵ Vgl. Mühlen, Norbert, Der Zauberer. Leben und Anleihen des Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht, Zürich 1938, S. 134.

²²⁶ Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 187.

2. "Geopolitik ist Vorbereitung zu einem Angriff, ist ein Werkzeug des Krieges."²²⁷

6.2 1929-1945: Südosteuropa in den Fesseln deutscher Großraumwirtschaft

Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurden die alten deutschen Expansionsziele in Richtung Ost- und Südosteuropa nicht mehr nur mit Mitteln der stillen Diplomatie, sondern wieder mittels offensiver Aktionen.²²⁸

Einen Ansatzpunkt zur Durchsetzung günstiger Geschäftsbedingungen für die deutsche Exportindustrie bot die schier auswegslose ökonomische Situation, in die die südosteuropäischen Staaten, die als unterentwickelt gehaltene Länder vom Export weniger unverarbeiteter Produkte abhängig waren, infolge der Weltwirtschaftskrise gerieten. In ihrem Kontext versiegten die Auslandskredite, die in den zwanziger Jahren eine ökonomische Konsolidierung Südosteuropas ermöglicht hatte. Die Weltwirtschaftskrise traf Südosteuropa stärker als andere Teile der Welt. Bereits 1928 sahen sich die dortigen Staaten mit einem rapiden Preisverfall ihrer Hauptexportgüter (Getreide, Schweine, Eier, Kupfer, u. a.) konfrontiert. Die Weltmarktpreise für Agrarprodukte lagen in diesem Jahr um 30% niedriger als in der Periode von 1923-1925.²²⁹

Gleichzeitig kam es in der Nachkriegsperiode zu einem zunehmenden Konkurrenzkampf um den westeuropäischen Agrarmarkt, bei dem die südosteuropäischen Staaten gegenüber Ländern aus Übersee beträchtliche Einbußen hinnehmen mußten. Durch moderne Technik und eine durchrationalisierte Landwirtschaft mit wenig Arbeitskräften konnte in Argentinien, Kanada, Australien und den USA der Getreideanbau verdoppelt bis verdreifacht und unter geringem Kostenaufwand verschifft werden. Demgegenüber erzeugten die Bauern Südosteuropas ihr Getreide mit bescheidenen technischen Mitteln auf kleinen Parzellen mit vielen gering bezahlten Arbeitskräf-

²²⁷ Demangeon, Albert, Géographie politique, in: Annales des Géographie, Nr. 233, 15. 1. 1932, S. 31.

²²⁸ Vgl. Haberl, a. a. O., S. 513.

²²⁹ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy. The struggle of the great powers for hegemony in the danube valley 1919-1939, a. a. O., S. 51.

ten.²³⁰ Den südosteuropäischen Staaten fehlten die Mittel zur Technisierung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Gleichzeitig war weiterhin die Subsistenzwirtschaft verbreitet, so daß ein großer Teil der erzeugten Agrarprodukte im Lande verblieb. Darüber hinaus verkleinerten sich die Landparzellen infolge von Erbteilungen in zunehmendem Maße, da es für die Bevölkerung aufgrund der fehlenden Industrie keine alternativen Möglichkeiten der Existenzsicherung gab. Aufgrund dieser Entwicklung sprachen Wirtschaftsplaner von einer landwirtschaftlichen Überbevölkerung Südosteuropas.²³¹ Während die südosteuropäischen Donauländer von 1909-1913 noch 11,2% der Weltgetreideausfuhr lieferten, fiel ihr Anteil in den Jahren 1925-1930 auf 3% zurück. Die vier genannten überseeischen Staaten konnten dagegen ihren Anteil von 41% auf 82,4% steigern.²³² Um der ökonomischen Krise zu entkommen, verdreifachten Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien im Zeitraum von 1928-1933 das Exportvolumen von Getreide, doch gleichzeitig sanken die Preise um 75%. Die Exportüberschüsse wurden durch eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung erkaufte.²³³ Aufgrund ihrer monokulturellen Struktur konnten die Staaten Südosteuropas auf Exportrückschläge bei ihren agrarischen Kernprodukten Mais, Weizen, Früchte, Vieh und Tabak nicht flexibel durch eine Verlagerung der Ausfuhr auf andere Erzeugnisse reagieren. So mußte sie die Weltwirtschaftskrise, auf die die Industriestaaten mit protektionistischen Maßnahmen bei der Einfuhr von Agrarprodukten reagierten, besonders hart treffen.

Die Einschnitte im Außenhandel der südosteuropäischen Donaustaaten infolge der Weltwirtschaftskrise zeigt folgende Tabelle:

Land	Importe (in Mio. \$)		Exporte (in Mio. \$)	
	1928	1932	1928	1932
Bulgarien	87	42	76	41
Rumänien	332	116	278	170

²³⁰ Vgl. Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen, a. a. O., S. 487.

²³¹ Vgl. u. a. Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte, a. a. O., S. 43.

²³² Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 55.

²³³ Vgl. Teichova, a. a. O., S.177f.

Jugoslawien 233 78 192 83 ²³⁴

Auch der Wert ihrer Exporte ging massiv zurück und das Nationaleinkommen sank in drastischer Weise. Hinzu kam der Stopp der Auslandskredite bei gleichzeitig wachsendem Schuldendienst.²³⁵

Die Auslandsverschuldung, der die Staaten Rumänien, Bulgarien und Serbien (ab 1918 Jugoslawien) seit der Nationalstaatsbildung nicht entkommen konnten, hatte sich u. a. durch Kredite für den Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg und für den Aufbau eigener Industrien drastisch erhöht. Dies dokumentiert folgende Tabelle:

Die Auslandsverschuldung südosteuropäischer Länder 1931/32
(in Millionen Gold-Dollar)

Land	Gesamtverschuldung	Schulden vor 1918	Nachkriegs- schulden
Bulgarien	138,9	90,1	48,8
Jugoslawien	634,8	460,9	173,9
Rumänien	1022,7	649,9	372,8 ²³⁶

Einige Staaten Südosteuropas standen 1931 unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Die sinkenden Agrarpreise erschwerten den Schuldendienst. Die Rückzahlungen verschlangen 1932 folgende Anteile an den gesamten Staatsausgaben: Bulgarien 35%, Rumänien 27% und Jugoslawien 26%.²³⁷ Die Möglichkeiten des Schuldenabbaus blieben weiter eingeschränkt, da die Hauptgläubiger (Frankreich, Großbritannien, USA) nur einen geringen Teil der Exporte der südosteuropäischen Donauländer aufnahmen.²³⁸

Da sie den Rückzahlungsbedingungen nicht weiter gewachsen waren, erklärten die Regierungen der Staaten Südosteuropas 1932/33 par-

²³⁴ nach Orlow, Dietrich, The Nazis in the Balkans. A case study of totalitarian politics, Pittsburgh 1968, S. 4.

²³⁵ Vgl. Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 123.; Basch, The Danube Basin and the German Economic Sphere, New York 1943, S. 35f.

²³⁶ nach Teichova, a. a. O., S. 122.

²³⁷ Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 493.

²³⁸ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 121-123 u. 126ff.

tielle Schuldenmoratorien. In Griechenland und Bulgarien erfolgte dies im Frühjahr 1932, in Jugoslawien im November 1932 und in Rumänien im Januar 1933. Ohne eine internationale Lösung und eine gemeinsame Aktion bestanden für die Länder der Balkanhalbinsel keine Möglichkeiten mehr, zur Schuldentrückzahlung und zum Freihandelssystem zurückzukehren.²³⁹

In den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise bot auch der Handel mit Deutschland keinen Ausweg, da auch die deutsche Wirtschaft infolge des Devisenmangels ihre Einfuhrkontingente für landwirtschaftliche Produkte reduzierte. Vor diesem Hintergrund ging der deutsche Handel mit den drei südosteuropäischen Donaustaaten zwischen 1930 und 1931 zurück, wie folgende Tabelle zeigt:

Reiner Warenverkehr in Mio. Reichsmark

Einfuhren nach Deutschland aus: Ausfuhren Deutschlands nach:

Land:	1928	1929	1930	1931	1928	1929	1930	1931
Rumänien	188,0	211,0	236,9	102,4	173,0	164,1	137,3	92,5
Jugoslawien	66,6	60,9	74,8	40,1	117,6	152,6	172,1	95,1
Bulgarien	51,0	51,2	58,9	48,3	36,0	44,7	22,9	25,3 ²⁴⁰

Dennoch behielt Deutschland auch in dieser Periode die führende Position im Handel der südosteuropäischen Donaustaaten:

Anteil des Deutschen Reiches am Außenhandel der südosteuropäischen Donauländer in Prozent

	Bulgarien		Jugoslawien		Rumänien	
1929	22,3	29,9	15,6	8,5	24,1	27,6
1930	23,2	26,2	17,5	11,7	25,1	18,8
1931	23,3	29,5	19,3	11,3	29,1	11,4
1932	25,9	26,1	17,7	11,3	23,6	12,5 ²⁴¹

²³⁹ Vgl. Basch, a. a. O., S. 54 u. 73.

²⁴⁰ nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 164.

Deutschland hatte in dieser Periode im Handel mit bestimmten Warengruppen eine monopolartige Stellung erreicht. So betrug z. B. 1931 der deutsche Anteil an der gesamten Chemieeinfuhr Rumäniens 40% (gefolgt von Frankreich mit 15,5%). Andererseits importierte Deutschland ca. 40% der rumänischen Getreideausfuhr. In dieser Stellung erblickten deutsche Wirtschaftskreise eine Basis, um der eigenen Devisenknappheit und Außenhandelskrise nach dem Börsencrash von New York zu entkommen. Die deutsche Industrieproduktion war bereits von 1927 zu 1928 um 3,8% und von 1928 zu 1929 um 1% gefallen. Von 1929 zu 1930 sank sie rapide um 12,8%. Zudem führte die Weltwirtschaftskrise zu einem drastischen Rückgang des deutschen Handels in Übersee und in Europa.²⁴² Die Weltwirtschaftskrise traf Deutschland weniger aufgrund des Abzuges kurzfristiger Auslandsanleihen, als vielmehr in Auswirkung des Niederganges des Welthandels, war doch die deutsche Wirtschaft zum großen Teil exportabhängig. Zum anderen bestand ein lebenswichtiger Bedarf an Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten, die weitgehend durch Ausfuhr finanziert werden mußten. Der Zerfall des Weltmarktes wirkte sich für Deutschland um so drastischer aus, da sich nach dem Ersten Weltkrieg das Maß der Eigenversorgung durch die im Versailler Vertrag bestimmten Gebietsabtretungen erheblich reduziert hatte. Der Verlust an Territorium war gleichbedeutend mit der Einbuße von 75% der deutschen Eisenerzgewinnung, 26% der Bleierzeugung und 7% der deutschen Industrieunternehmen. Die nach dem Krieg abgetrennten Agrarüberschußgebiete Westpreußen und Posen hatten 18% der Kartoffel-, 17% der Roggen- und Gerstenerträge und 13% bzw. 11% der Weizen- und Haferernte bestritten. Solange der Welthandel funktionierte, ermöglichte die deutsche Exportproduktion die Einfuhr fehlender Rohstoffe und Agrarprodukte. Mit der Weltwirtschaftskrise erwies sich diese Voraussetzung als kaum noch gegeben.²⁴³ Vor diesem Hintergrund begannen die zuvor zögernden, am Freihandel und am Überseegeschäft interessierten Gruppen des deutschen Kapitals, unter Führung des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RDI)

²⁴¹ nach Haberl, a. a. O., S. 515.

²⁴² Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 312; Basch, a. a. O., pp. 35-69 u. 166.

²⁴³ Vgl. Volkmann, Hans-Erich, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, herausgegeben von Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann u. a., Stuttgart 1979, S. 178.

und des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), die Konzeption des Langnamvereins zu übernehmen, d. h. Abkehr vom Überseegetreide und Sicherung des wirtschaftlichen "Ergänzungsraumes" Südosteuropa auf der Basis von Zollunionen und bilateralen Präferenzverträgen. Das von 1925-1930 in allen wichtigen Handelsverträgen verfolgte Prinzip der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung sollte aufgegeben werden.²⁴⁴

Die neuen Parolen hießen "Autarkie", "Regionalisierung" und "Großraumwirtschaft" mit Südosteuropa als vorrangigem "Ergänzungsraum".²⁴⁵ Dabei hofften die Wirtschaftsplaner die noch prekärere wirtschaftliche Situation der Staaten Südosteuropas ausnutzen zu können, um diese langfristig an Deutschland zu binden und ihre Produktion ganz nach den Bedürfnissen des deutschen Marktes auszurichten. Anknüpfungspunkte bei der Formulierung und Legitimation ihrer Konzepte fanden sie in den "Mitteleuropa"-Plänen des Ersten Weltkrieges und noch früher in den Schriften Friedrich Lists. Ideologische Begründungsmuster lieferte ihnen darüber hinaus die deutsche Geopolitik.

6.2.1 Die Genese des Konzepts einer deutschen Großraumwirtschaft

An der Ausformulierung des Konzeptes einer deutschen Großraumwirtschaft mit der Hauptausrichtung nach Südosteuropa beteiligten sich ab Ende der zwanziger Jahre die Deutsche Gruppe des MWT, die "Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa", deutsche Geopolitiker und Regierungsbeamte sowie Schüler Friedrich Naumanns. Einer von ihnen, Erich Koch-Weser, Mitglied der von Naumann gegründeten Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Gruppe des MWT sowie 1928/29 deutscher Justizminister, benannte 1929 in einem dem Andenken Gustav Stresemanns gewidmeten Buch folgende langfristige Ziele und Pläne deutscher Ost- und Südosteuropapolitik. Er setzte auf

- einen Anschluß Österreichs und eine Korrektur der Ostgrenzen²⁴⁶,

²⁴⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 121ff; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, S. 216.

²⁴⁵ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 206.

²⁴⁶ Vgl. Koch-Weser, Erich, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit, 6. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik, Berlin 1929, S. 119.

- die Verwirklichung von Naumanns "Mitteleuropa",
- auf Ost- und Südosteuroopa als "deutschen Lebensraum"²⁴⁷,
- ein offensives Hochspielen der Frage des Auslandsdeutschtums²⁴⁸

Ganz offen betonte Koch-Weser die Kontinuität des deutschen "Drangs nach Südosten":

"Mögen die Verschiebungen des Weltkrieges auch noch so groß gewesen sein, die von Naumann immer betonte Tatsache, daß der Lebensraum Deutschlands in Mitteleuropa liegt und gen Südosten zu erweitern ist, ist unverändert geblieben. Wir denken nicht an eine Annexion dieser Völker. Aber hier im Osten und Südosten von Deutschland ist die deutsche Sprache als Verkehrssprache verwurzelt und ist deutsches Wissen und Können berufen, an der Entwicklung führend mitzuarbeiten."²⁴⁹

Die Aktualität traditioneller deutscher "Mitteleuropa"-Konzepte hob 1931 auch der Reichsminister für die besetzten Gebiete Treviranus hervor. Er schrieb im Geleitwort zum Sammelband "Großraumwirtschaft":

"Dem organischen Denken erscheint es als eine Selbstverständlichkeit, die Idee Mitteleuropa, die von unserem großen Friedrich List erstmalig geäußert, später von Friedrich Naumann ausgearbeitet wurde, zu Ende zu denken, und sie ihrer praktischen Lösung entgegen zu führen. Für das organische Denken treten alle machtpolitischen Hemmungen in den Hintergrund".²⁵⁰

Damit war die Forderung einer notfalls auch gewaltsamen Durchsetzung der "Mitteleuropa"-Pläne von List und Naumann ausgesprochen.

Im Sammelband "Großraumwirtschaft" selbst wurde, unter Berufung auf Naumann, das Projekt eines von Deutschland beherrschten "Mitteleuropas" 1929 gegen das von französischen Politikern favorisierte Paneuropa-Konzept gestellt. Der Band ging aus Vortragsabenden der "Studiengesellschaft für Mittel und Südosteuro-

²⁴⁷ Vgl. ebenda, S.121f.

²⁴⁸ Vgl. ebenda, S.128ff.

²⁴⁹ Ebenda, S.121f.

²⁵⁰ Geleitwort von G. R. Treviranus im Buch Großraumwirtschaft, der Weg zur europäischen Einheit, herausgegeben von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp, Berlin 1931, S. 7f.

pa" hervor.²⁵¹ In dieser für die künftige Wirtschaftspolitik maßgeblichen Schrift hieß es, Deutschland müsse sich Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkte sichern. Es benötige sie für den Bedarf der eigenen Bevölkerung und zur Zahlung seiner finanziellen Verpflichtungen. Dabei solle es die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, von denen die Länder Ost- und Südosteuropas am stärksten betroffen seien, ausnutzen. Deutschland könne diesen Staaten Vorzugszölle für ihr Getreide gewähren. Als Gegenleistung für dieses "Opfer" der deutschen Landwirtschaft solle Deutschland zur Förderung seines Industriewarenexportes von den Staaten Südosteuropa den Abbau ihres Schutzsystem für die heimische Industrie verlangen. Auf Grundlage einer "Arbeitsteilung" zwischen deutscher Industrie und südosteuropäischer Landwirtschaft sei die Errichtung einer Großraumwirtschaft möglich.²⁵² Deutschland benötige Zollbündnisse mit Ländern, deren Produktionsstruktur die deutsche Wirtschaft ergänzen könne, d. h. nicht mit Industriestaaten, sondern mit den Rohstoff- und Agrarproduzenten "des Ostens". Die durch "Versailles" geschaffenen Zollschränken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa müßten wieder beseitigt werden. Der Mitherausgeber des Sammelbandes "Großraumwirtschaft" Gürge ging davon aus, daß sich Ungarn und Rumänien nach einem Anschluß von Österreich an Deutschland einer von diesem Kern ausgehenden "mitteleuropäischen" Wirtschaftspolitik freiwillig unterwerfen würden. Dann müßten sich - ob sie wollen oder nicht - auch Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien

²⁵¹ Ein großer Teil der dort Versammelten kam aus einem seit Anfang der dreißiger Jahre für eine "aktive Konjunkturpolitik" eintretenden Reformerkreis um Grotkopp, u.a. Dieser gründete als Schwesterorganisation zur Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft die Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa. Die Leitung übernahm Dr. Wilhelm Gürge. Die Idee der Großraumwirtschaft entwickelte sich aus ihren Debatten über eine aktive Konjunkturpolitik. Der Begriff "Großraumwirtschaft" wurde erst seit Erscheinen des genannten Sammelwerkes handelspolitisch üblich. Wilhelm Gürge war nach einer Personalanmerkung Grotkops, Direktor eines Industrieunternehmens, seit 1933 Lehrbeauftragter an der Universität Berlin und 1940 Hauptgeschäftsführer der deutschen Handelskammer in Helsingfors. Er starb 1941. Sein Kollege Grotkopp schrieb auch in der "Zeitschrift für Geopolitik". (Vgl. Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 591).

²⁵² Vgl. Gürge, Wilhelm, Der Aufbau Mittel- und Südosteuropas als wirtschaftliche Forderung, Grotkopp, Wilhelm, Handelspolitische Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in: diess., Großraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit, Berlin 1931, S. 11, 16, 24f., 30 u. 34f.

einer Einbindung fügen.²⁵³ Anknüpfend an das im 19. Jahrhundert verbreitete Legitimationsmuster deutscher Südosteuropäexpansion erklärte er, die durch Deutschland vermittelten zivilisatorischen "Errungenschaften" böten den betroffenen Ländern "wahre Völkerbeglückung". Gleichzeitig bestände auf der Grundlage der Zusammenfassung des mit 150 Millionen Menschen bewohnten Großraumes "Mitteleuropa" die Möglichkeit, die USA und Großbritannien aus ihren Positionen in Ost- und Südosteuropa herauszudrängen und eine tendenziell autarke Großraumwirtschaft zu initiieren, von der aus später auch "die Brücke zu Paneuropa", d. h. in die westeuropäischen Länder geschlagen werden könne.²⁵⁴ Ein weiterer Autor des Sammelbandes vertrat die Auffassung, für eine eigenständige Industrie der südosteuropäischen Staaten seien keine Voraussetzungen gegeben.²⁵⁵

Allein für die Verwertung von Produkten der Forstwirtschaft, des Bergbaus- und der Landwirtschaft sollten die Länder Südosteuropas nach Meinung der Autoren des Sammelbandes "Großraumwirtschaft" über eigene Industrien verfügen dürfen. Ansonsten müßten sie im Rahmen der Großraumwirtschaft "auf die künstliche Schaffung neuer Industrien verzichten".²⁵⁶ Der Autor der 1932 erschienenen Schrift "Deutsche Großraumwirtschaft", Karl Krüger unterstützte diese Position. Er erklärte, "die überspannten Industrialisierungspläne der kleineren Staaten im Donaauraum" müßten durch ein "engeres Zusammengehen mit Industriedeutschland eingeschränkt werden."²⁵⁷

Krüger sah in der Schaffung eines deutschen Großwirtschaftsraumes von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer ein Konzept, daß bereits im Ersten Weltkrieg angestrebt und der Verwirklichung nahegebracht worden sei. Er blickte noch weiter in die Geschichte

²⁵³ Diese Überzeugung war in der zeitgenössischen deutschen Publizistik verbreitet. (Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 203).

²⁵⁴ Vgl. Gürge, Wilhelm, Paneuropa und Mitteleuropa, Berlin 1929, S.16f., 39, 52, 61 u. 65-72.

²⁵⁵ Vgl. Blaskovics, Franz, Zollunion - reine Notwendigkeit für die Landwirtschaft des Südostens, in: Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 74. Der Domprobst Blaskovics war Präsident des "Schwäbischen Landwirtschaftvereins" in Temesvar/Rumänien. (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 111. u. 131).

²⁵⁶ Franges, Otto von, Die Bedeutung von Präferenzverträgen für die mitteleuropäische Industrie, in: Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 85ff.

²⁵⁷ Krüger, Karl, Deutsche Großraumwirtschaft, Hamburg 1932, S. 16.

zurück und betonte, daß "Deutschlands `Drang nach dem Osten` in seiner Bedeutung als Zielstreben donauabwärts nach den Schwarzmeerländern und dem Orient" als feststehender Begriff schon in der ersten Zeit des deutschen Kaiserreiches international bekannt geworden sei. Hieran gelte es anzuknüpfen, denn, so schrieb Krüger weiter:

"Wir sind (...) der Überzeugung, daß die Länder längs des Weges zum Schwarzen Meer und vielleicht sogar bis zum Persischen Golf für eine freiere Betätigung unseres Außenhandels ganz erheblich größere Aussichten bieten als z. B. Südamerika oder Ostasien."²⁵⁸

Zu etablieren sei eine "mitteleuropäisch-balkanische Großraumwirtschaft" als "wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft größten Stils." Ein solcher "festgefügtter Großhandelsraum unter deutscher Führung auf dem Balkan und in Vorderasien" könne gleichzeitig als das "unbedingt erforderliche Gegengewicht gegen ein Vordringen Rußlands" wirken.²⁵⁹

Im Konzept der Großraumwirtschaft verschmolzen traditionelle Konzeptionen eines von Deutschland dominierten "Mitteleuropa" mit modernen - staatskonjunkturellen - Modellen deutscher Wirtschaftsreformer.²⁶⁰ Die Popularisierung des Großraumwirtschaftskonzeptes unter der Parole "Mitteleuropa" dokumentieren Karten aus der Zeitschrift "Volk und Reich" auf den folgenden Seiten. Bereits 1929 fand das Konzept eines "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraums Unterstützung von seiten der deutschen Wehrmacht. Am 18. April 1929 wurde in einem Artikel ihrer Zeitschrift "Militär-Wochenblatt" die Forderung erhoben, daß der deutsche Staat einen Wirtschaftsraum zur Verfügung haben müsse, der "die Ernährung des Volkes" und "die Erzeugung und Ergänzung des Kriegsmaterials unabhängig vom Ausland eine Zeit lang sicherstellen" könne. In Europa käme für Deutschland in den näch-

²⁵⁸ Ebenda, S. 20.

²⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 21, 27f. u. 80.

²⁶⁰ Vgl. Kahrs, Horst, Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung". Zur strategischen Orientierung der deutschen Eliten 1932-1943, in: Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 10, herausgegeben von Götz Aly/Christoph Dieckmann/Ahlrich Meyer, u. a. , Berlin 1992, S. 9.

Die Mitte

ist heute noch in eine Unzahl von Staaten



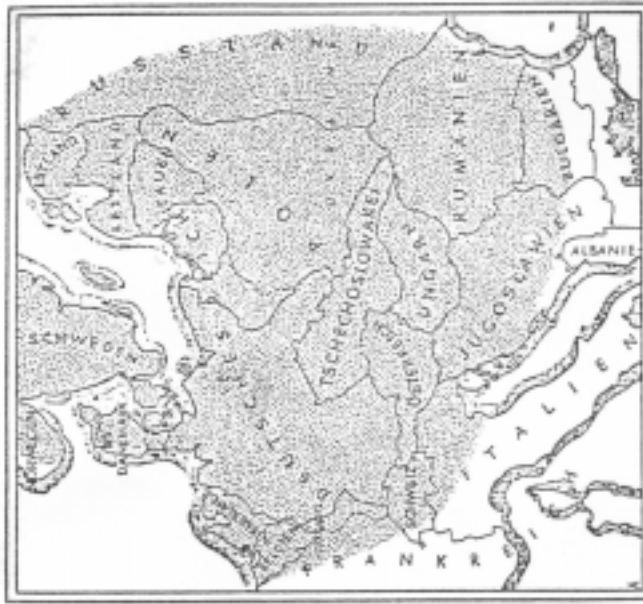
Mittelteleuropa von heute ist wirtschaftspolitisch noch völlig zerstückelt.

Mittelteleuropa — ist

Starkte Gegenkräfte sind aber auch hier schon am Werk,

Europas

und nationalen Wirtschaftskörpern aufgeteilt!

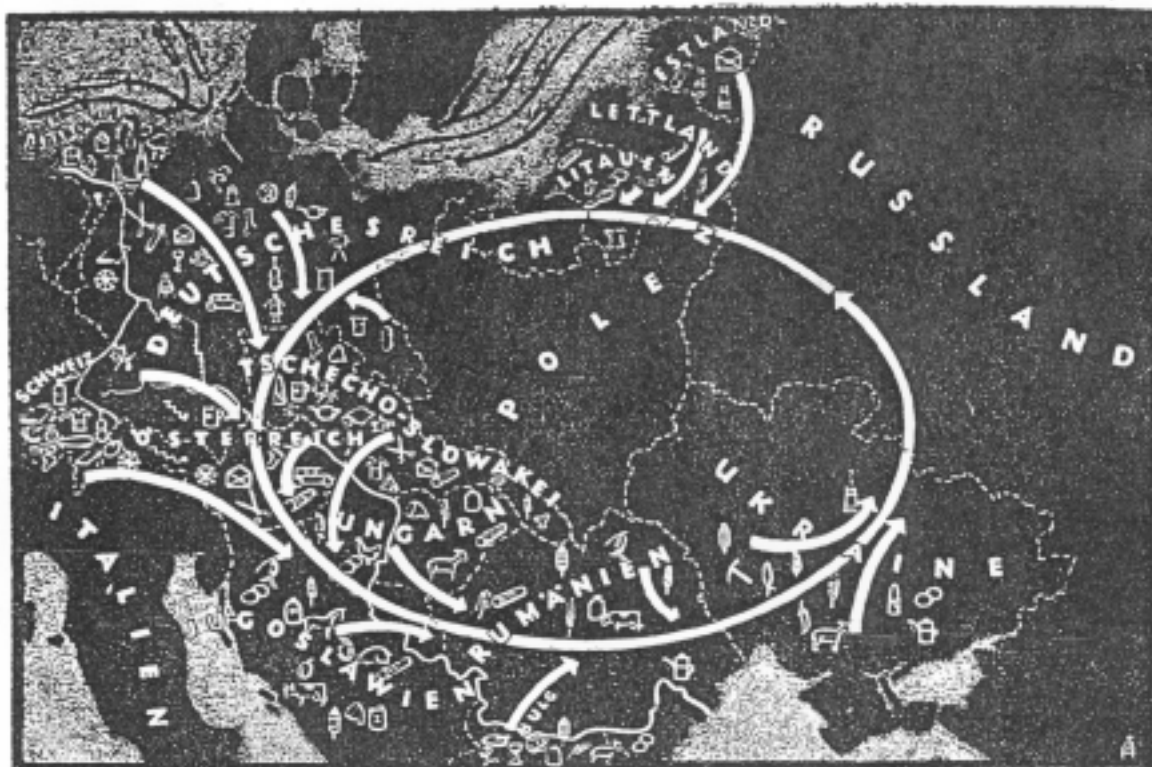


Mittelteleuropa von morgen — ein Wirtschaftsbloß! mit Deutschland!

unser Forderung!

um Deutschland zuzuwachsen oder ganz anzuschließen.

Mitteleuropa als deutscher Binnenmarkt



Deutschlands Wirtschaft braucht neue Absatzgebiete. Das große, noch unerschlossene Absatzgebiet ist das östliche Mitteleuropa. Deutschland ist durch seine natürliche Lage begünstigt, die industrielle Herzkammer Mitteleuropas zu werden. Aber starke Gegenkräfte der übrigen europäischen und außereuropäischen Wirtschaftskräfte sind schon am Werk. Sie machen schnelles, entschlossenes und geschlossenes Handeln notwendig. Nach fünfjähriger Vorarbeit rufen wir daher die deutsche Wirtschaft auf, ihr wirtschaftliches Denken bewußt auf die Schaffung eines mitteleuropäischen Binnenmarktes einzustellen, denn eine politische Neuordnung Europas kann heute nur auf dem Wege wirtschaftlicher Neuordnung verwirklicht werden. Eine klare deutsche Politik ist ohne klaren deutschen Wirtschaftsgedanken nicht möglich. — Und dieser Wirtschaftsgedanke ist

Mitteleuropa!



sten 100 Jahren nur ein Wirtschaftsgebiet zur Erfüllung dieser Forderungen in Frage:

"die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa, (...) als militärisch und wirtschaftlich geschlossener Staat mit gesicherten Grenzen von der Maas bis zu den Rokitnosümpfen²⁶¹, von Hamburg bis Saloniki."²⁶²

Für die deutsche Militärführung bot das "Mitteleuropa"-Konzept die Aussicht, für den nächsten Krieg ausreichende Lebensmittel- und Rohstoffreserven aus den ost- und südosteuropäischen "Ergänzungsräumen" zu erhalten. Der somit bereits in der Weimarer Republik propagierte blockadesichere deutsche Großwirtschafts- und Versorgungsraum "Mitteleuropa" galt zehn Jahre später, während des Zweiten Weltkrieges, als unerläßliche Basis für die Versorgung der deutschen Bevölkerung und der deutschen Armee.

Das gesteigerte Interesse der Reichswehr an Südosteuropa geht auch aus der Wiederaufnahme der Militärspionage gegen Jugoslawien und Rumänien seit 1929 hervor. Dabei fungierten die deutschen Gesandtschaften als Agenturen des Reichwehr-Nachrichtendienstes.²⁶³

Ab Anfang der dreißiger Jahre versuchten auch Verbände der Industrie die deutsche Regierung zu bewegen, von den Mitteln der "stillen Diplomatie" zur offensiven Umsetzung des Großraumwirtschaftskonzeptes überzugehen. So forderte die Führung des Langnamvereins die deutsche Regierung Anfang 1930 auf, "die Initiative zu ergreifen", um den Zusammenschluss von Ländern mit landwirtschaftlichem Defizit und Ländern mit industriellen Defizit zu erreichen. In seinem Tätigkeitsbericht ging der Vereinsvorstand der Frage nach, wie beim Zustandekommen dieser Art "Ergänzungswirtschaft" in einem zum Zollinland ausgebauten "mitteleuropäischen Wirtschaftsblock" eine Schädigung der deutschen Großagrарier vermieden werden könne. Er kam zu dem Schluß, daß die Einfuhr südosteuropäischer Agrарprodukte für den deutschen Markt keine Belastung bedeuten würde, wenn der Getreidestrom aus Übersee mittels hoher Zölle um das "mitteleuropäische Wirtschaftsge-

²⁶¹ Die Rokitno-Sümpfe, benannt nach der Stadt Rokitnoje, liegen in Weißrußland. (Vgl. Der Große Brockhaus, Wiesbaden 1972).

²⁶² Der Staat - eine Festung, in: Militär-Wochenblatt. Unabhängige Zeitschrift für die deutsche Wehrmacht, Berlin, 113. Jg., Nr. 39, 18. 4. 1929. Leitartikel.

²⁶³ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 115.

biet" abgestoppt werden könne. Die Abkehr vom überseeischen Getreide und die Abnahme südosteuropäischer Agrarprodukte in Deutschland sei auch die Voraussetzung dafür, daß "die Politik der Industriezüchtung im europäischen Südosten" aufgegeben würde, damit dieses Gebiet ein "Hauptabnehmer deutscher Industrieerzeugnisse" werde.²⁶⁴

6.2.2 Der "Tat-Kreis" und Südosteuropa

Zu einem wichtigen Organ für die Propagierung deutscher Südosteuropapläne wurde ab Oktober 1929 die Zeitschrift "Die Tat"²⁶⁵. Die Reaktion der seit 1909 erscheinenden "Tat" ging zu diesem Zeitpunkt in die Hände von Mitgliedern aus dem Kreis der "Jungkonservativen" bzw. "konservativen Revolutionären"²⁶⁶ über. Den Posten des Herausgebers erhielt Hans Zehrer²⁶⁷, zuvor politischer Redakteur der "Vossischen Zeitung". Zu seinen engsten Mitarbeitern bei der "Tat" wurden Giselher Wirsing (später SS-Sturmbannführer)²⁶⁸ und Ferdinand Friedrich Zimmermann²⁶⁹ (später

²⁶⁴ Vgl. Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, Heft.1/1930, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1929, S. 30ff.

²⁶⁵ Die Zeitschrift "Die Tat" erschien in dreißig Jahrgängen von 1909 bis 1939. Verleger der "Tat" war ab 1912 Eugen Diederichs, der bis zum Amtsantritt von Zehrer auch als Herausgeber fungierte. In der Phase vor dem Ersten Weltkrieg hatten u. a. Paul Rohrbach und Ernst Jäckh für die "Tat" geschrieben. (Vgl. Hekker, Hans, Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909-1939, Köln 1974, S. 7; Rohrbach, Paul, Der Kaiser und die auswärtige Politik, in: Die Tat, 5. Jg., H. 6, Sept. 1913, S. 555-583; Jäckh, Ernst, "Hie Kreuz - dort Halbmond!", 4. Jg., H. 8, Nov. 1912, S.447-449).

²⁶⁶ Siehe zu diesem Kreis in dieser Arbeit S. 347ff.

²⁶⁷ Hans Zehrer wurde 1898 in Berlin geboren. Den Posten des Chefredakteurs der "Tat" hatte er von 1929-1933 inne. Im Sommer 1932 übernahm er zudem die Zeitschrift "Tägliche Rundschau". 1940 wurde er Leiter des Stalling-Verlages in Oldenburg. In der BRD machte er Karriere als Chefredakteur der "Welt". (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 298 u. 308; Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des >Tat<-Kreises, Frankfurt/M. 1976, S. 308).

²⁶⁸ Der 1907 geborene Soziologe Giselher Wirsing wurde in der "Tat" zum Fachmann für Außenpolitik. Nachdem die nationalsozialistische Regierung Zehrer 1933 die Leitung der "Tat" entzogen hatte, erhielt Wirsing im Alter von 26 Jahren diese Position. Darüber hinaus übernahm er im Herbst 1933 von Zimmermann die Hauptschriftleitung der auflagenstarken und einflußreichen Zeitung "Münchner Neueste Nachrichten" übertragen. Er wurde

SS-Obersturmführer und Mitarbeiter im Rasse- und Siedlungsamt). Zimmermann publizierte unter dem Pseudonym Ferdinand Fried. Die Redaktion wurde in Deutschland als "Tatkreis" bekannt. Die Mitglieder orientierten sich u. a. an den Schriften Moeller van den Brucks "Das Dritte Reich" und "Das Recht der jungen Völker".²⁷⁰ Allgemeine Argumentationslinien und vor allem die Begriffssprache der Kapitalismuskritik übernahm der "Tat"-Kreis darüber hinaus vom Nationalökonom Werner Sombart, den die Redaktion kontinuierlich bei Beratungen hinzuzog. Weitere intensive Kontakte unterhielt Herausgeber Zehrer zum Reichswehrministerium, zum Großindustriellen Stinnes und zum deutschen Gesandten in Jugoslawien, Ulrich von Hassell. Unter der Herausgeberschaft von Zehrer stieg die Auflage der "Tat" von 800 Exemplaren (1929) auf 30.000 Exemplare (1932). "Die Tat" wurde zur meistgelesenen und in der deutschen Öffentlichkeit meistdiskutierten politischen Zeitschrift. Die in den Artikeln beständig wiederholten wesentlichen Forderungen des "Tat"-Kreises lauteten:

1. Ablösung des "überfälligen parlamentarischen Systems" durch einen autoritären Staat,
2. Stop der Reparationszahlungen,
3. Revision der Grenzen, um "deutschen Lebensraum" zu gewinnen.

Dabei suggerierten die "Tat"-Redakteure den LeserInnen, die soziale Sicherheit der deutschen Bevölkerung hänge von einer außenpolitischen Machterweiterung Deutschlands, vor allem in Rich-

Hauptsturmführer der SS und Mitarbeiter des SD. Nach 1945 hinderte ihn das nicht am Aufstieg zum Chefredakteur der Zeitschrift "Christ und Welt". (Vgl. Petzold, J., Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 309f.; Fritzsche, a. a. O., S. 313).

²⁶⁹ Bevor er zur Redaktion der "Tat" kam, war Zimmermann Wirtschaftsredakteur der "Berliner Morgenpost", die wie die "Vossische Zeitung", bei der Zehrer beschäftigt war, zum Ullstein-Konzern gehörte. Im Juli 1933 übernahm er die Gleichschaltung der "Münchner Neuesten Nachrichten", einer der führenden deutschen Tageszeitungen. Im November 1933 wurde er leitender wirtschaftspolitischer Redakteur der "Deutschen Zeitung" in Berlin. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Zimmermann im September 1934 von Himmler persönlich zum Obersturmführer ernannt und zum Mitarbeiter im Rasse- und Siedlungsamt berufen. 1936 wurde er zum Sturmbannführer der SS befördert. Zwei Jahre später erhielt er eine Professur im besetzten Prag. In der BRD übernahm er in der von Zehrer geleiteten "Welt" das Ressort Wirtschaftsfragen. (Vgl. Petzold, J., Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 309; Fritzsche, a. a. O., S. 51 u. 312).

²⁷⁰ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 347f.

tung Ost- und Südosteuropa, ab.²⁷¹ Der "Tat"-Kreis setzte auf ein neues Nationalgefühl der Deutschen, daß

"zum ersten Mal nach der Verengung der wilhelminischen Ära wieder mit der gesamten deutschen Nation deutschen Blutes und deutscher Sprache (rechnet). D. h., seine Ziele sind der Anschluß, die Minderheiten, der Balkan: Alles unter der größeren Parole: Mitteleuropa. Oder: Richtung Ost und Süd-Ost."²⁷²

In diesem Kontext popularisierte der "Tat"-Kreis den Begriff "Zwischeneuropa"²⁷³, mit dem das Gebiet zwischen Deutschland und der Sowjetunion, das die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien umfaßte, bezeichnet wurde.²⁷⁴ Dieses "Zwischeneuropa" sei dazu prädestiniert, mit Deutschland eine "Raumeinheit" zu bilden. Die "Zwischeneuropa"-Theorie bildete eine komplementäre Ergänzung zum klassischen "Mitteleuropa"-Konzept. Giselher Wirsing faßte die Position des "Tat"-Kreises 1932 im Buch "Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft" zusammen. Darin bezog er sich ausdrücklich auf den Begründer der deutschen Geopolitik, den Alldeutschen Friedrich Ratzel.²⁷⁵

Das einigende Band zwischen Deutschland und den ost- und südosteuropäischen Staaten erblickte der "Tat"-Kreis darin, daß all diese Länder seit den Friedensverträgen von 1919 zu Schuldnerstaaten der USA, Frankreichs und Großbritanniens degradiert und dadurch auf den Status von Halbkolonien gezwungen worden seien. Deutschland solle aufgrunddessen mit den Staaten Südosteuropas eine "antiimperialistische Front" bilden. Allein der "mitteleuropäische Block" der industriellen und agrarischen Schuldnerländer, der durch ein System von Handelsverträgen mit Präferenzzöl-

²⁷¹ Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 298ff.; Fritzsche, a. a. O., S. 56, 81 u. 353.; Wirsing, Giselher, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31, S. 628.

²⁷² Zehrer, Hans, Grundriß einer neuen Partei, in: Die Tat, Jg. 21/II, 1929/30, S. 646.

²⁷³ Geprägt wurde der Begriff "Zwischeneuropa" 1916 durch den österreichischen Geographen und Geopolitiker Albrecht Penck. (Vgl. Penck, Albrecht, Zwischeneuropa, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde, 1916, S. 177-180).

²⁷⁴ Vgl. Wirsing, Giselher, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932, S. 9.

²⁷⁵ Vgl. Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, a. a. O., S. 316, Anm. 3. u. 4.

len und festen Lieferkontingenten realisiert werden sollte, biete einen Ausweg aus der "Zinsknechtschaft." Die geplante Organisationsform "Mitteleuropas" bezeichnete Wirsing als Staatssozialismus oder Staatskapitalismus.²⁷⁶

Mit der Abwendung vom Westen hofften die "Tat"-Redakteure die deutsche Abhängigkeit vom US-Kapital zu beenden und Deutschland aus der Wirtschaftskrise herausführen zu können. Sie gingen davon aus, daß sich für das hochindustrialisierte Deutschland in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Österreich und den südosteuropäischen Agrarstaaten die Möglichkeit ergebe, sich von den Krisenerscheinungen der Weltwirtschaft abzuschließen.²⁷⁷

Staatliche Planwirtschaft und Wirtschaftskontrolle, Antiliberalismus, Autarkie und "mitteleuropäische" Expansionspläne wurden in der "Tat" nicht nur als Krisenlösung, sondern als die integrative Wirtschaftsordnung der Zukunft angeboten.²⁷⁸ Entstehen sollte ein aufeinander bezogenes Wirtschaftsgebiet zwischen "Großdeutschland" und den "Südoststaaten", dessen Abgrenzung nach Osten und Norden offen zu halten sei. Als politische Organisationsform dieses Wirtschaftsraumes favorisierte der "Tat"-Kreis einen "föderalistischen mitteleuropäischen Staatenverband", wirtschaftlich straff und zentral verwaltet, bei kultureller Autonomie der Gliedstaaten. Damit aktualisierte und erweiterte der "Tat"-Kreis den alten "Mitteleuropa"-Plan Naumanns. Durch vielfache Behandlung und detaillierte Ausformulierung trug der "Tat"-Kreis zur öffentlichen Verbreitung des Großraumwirtschaftskonzeptes bei.²⁷⁹ Bereits im Winter 1930 stellte die Redaktion befriedigt fest:

"Mit einem Schlage wird der mitteleuropäische Großraum greifbare Wirklichkeit."²⁸⁰

²⁷⁶ Vgl. Wirsing, *Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft*, a. a. O., S. 2-10,, 251f., 264, 308-315; Fried, Ferdinand, *Der Umbau der Welt*, in: *Die Tat*, Jg. 23/I, 1931/32, S. 125.; Wirsing, Giselher, *Richtung Ost-Südost!*, in: *Die Tat*, Jg. 22/II, 1930/31, S. 644f.

²⁷⁷ Vgl. Petzold, *Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Weimarer Republik*, a. a. O., S. 180.

²⁷⁸ Vgl. Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus*, a. a. O., S. 81.

²⁷⁹ Vgl. Fritzsche, a. a. O., S. 213 u. 229; Petzold, *Wegbereiter des deutschen Faschismus*, a. a. O., S. 310.; Wirsing, Giselher, *Richtung Ost-Südost!*, in: *Die Tat*, a. a. O., S. 638.

²⁸⁰ Wirsing, Giselher, *Richtung Ost-Südost!*, in: *Die Tat*, a. a. O., S. 634.

Und im Sommer 1931 vermeldete die Redaktion:

"Die Südostparole hat sich in erstaunlich schneller Zeit in weiten Kreisen durchgesetzt."²⁸¹

Seit Anfang der dreißiger Jahren erhofften sich alle relevanten politischen Kräfte des deutschen Bürgertums durch die Herstellung eines von Deutschland beherrschten "mitteleuropäischen Großraums" die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Deutschlands.²⁸²

Wie Naumann ging der "Tat"-Kreis nicht von einer Gleichberechtigung der für den Großwirtschaftsraum vorgesehenen Staaten, sondern von einer notwendigen Dominanz Deutschlands aus. Mit der Behauptung, daß die "zwischeneuropäischen Völker" infolge der Pariser Friedensverträge von 1919 nicht in der Lage seien, notwendige neue und eigenständige Lebensformen zu entwickeln, begründete die "Tat"-Redaktion die angebliche Aufgabe Deutschlands, hier führend einzugreifen.

Deutschland habe schöpferisch befruchtend auf die "Völker Zwischeneuropas" einzuwirken, sie nicht nur politisch zu erfassen und zu organisieren, sondern auch geistig kulturell auf sich auszurichten. Dazu müsse eine großangelegte deutsche Kulturpropaganda aufgebaut werden, die zunächst den zur Zeit dominierenden französischen Kultureinfluß zu verdrängen habe.²⁸³

In einem Entwicklungsprozeß für dessen Dauer mindestens "eine Generation"²⁸⁴ veranschlagt wurde, habe Deutschland die immer ausschließlicher werdenden Beziehungen zwischen dem "großdeutschen" Wirtschaftsraum und den Staaten "Zwischeneuropas" zum "nationalen Wirtschaftsraum" bzw. zum geschlossenen binnenwirtschaftlichen Raum umzugestalten. Das Gebiet vom Rhein ab östlich bis zum Schwarzen Meer solle einen geschlossenen Großwirtschaftsraum bilden, in dem deutsche "Tatkraft" und Erfahrung die führende wirtschaftliche Stellung einzunehmen habe.²⁸⁵ Als wirtschaftliche

²⁸¹ Wirsing, Giseler, Vorstoß Zollunion, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 225.

²⁸² Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 26.

²⁸³ Vgl. Hecker, a. a. O., S. 163 u. 175; An (= Hans Zehrer), Deutschlands Weg aus der Einkreisung, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31, S. 929-956, hier S. 951.

²⁸⁴ Vgl. Wirsing, Giseler, Vorstoß Zollunion, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 226.

²⁸⁵ Vgl. Hecker, a. a. O., S. 176.

Grundlage dieser Großraumwirtschaft sah der "Tat"-Kreis einen staatlich organisierter Warenaustausch vor. Dabei plädierten die Redakteure der "Tat" in Übereinstimmung mit den Autoren des Sammelbandes "Großraumwirtschaft" für eine "Arbeitsteilung" bzw. "Ergänzungswirtschaft" innerhalb "Mitteleuropas". Deutschland sollte als der "industrielle Raumteil" Fertigwaren liefern, während die Länder Südosteuropas den Bedarf an Rohstoffen und Agrarprodukten zu decken hätten.²⁸⁶

Der "Tat"-Kreis begründete die Konzentration der deutschen Wirtschaft auf Absatzmärkte in Ost- und Südosteuropa u. a. mit der Suche nach einem Ersatz für verlorengegangene deutsche Exportmärkte in Übersee. "Zwischeneuropa" könne hier zwar keinen vollen Ausgleich bieten, aber immerhin eine sichere Mindestabnahme deutscher Güter garantieren. Bei vorsichtiger Schätzung sei zu erwarten, daß die Staaten Südosteuropas in den folgenden Jahren ein Viertel der deutschen Getreideeinfuhr übernehmen könnten. "Zwischeneuropa" galt dem "Tat"-Kreis desweiteren als deutsche Brücke in den russischen und asiatischen Wirtschaftsraum.²⁸⁷

Deutschland könne sich in dieser Richtung in mehreren Etappen Absatz- und Rohstoffmärkte sichern. Nach der politischen Angliederung von "Zwischeneuropa" sei eine Durchdringung des sowjetischen Wirtschaftsraumes und zuletzt eine wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Asien möglich.²⁸⁸

Wörtlich hieß es:

"der Südosten ist in der Lage, uns die fehlenden Lebensmittel (zum Teil auch Rohstoffe) zu liefern; wir aber sind in der Lage, den Südosten mit den Fertigwaren und Maschinen zu versorgen, die er braucht. (...) Wir sehen dann allmählich die neuen Konturen der Welt sich langsam abheben wie auf einer belichteten Platte im Entwickler. Um Deutschland-Österreich gruppiert sich der mitteleuropäische Raum, der (schließlich) die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, vielleicht auch Griechenland umfaßt, und sich im Süden an die Türkei und Persien lehnt, die gleichzeitig die Brücke zu einem selbständigen Indien bilden; im Norden an die schon keimende baltische Union (Finnland und Randstaaten), und der

²⁸⁶ Vgl. An (= Zehrer), Deutschlands Weg aus der Einkreisung, a. a. O.; Fried, Ferdinand, Wo stehen wir ? in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 384f.; Wirsing, Richtung Ost-Südost, in: Die Tat, a. a. O., S. 632.

²⁸⁷ Fried, Ferdinand, Der Umbau der Welt, in: Die Tat, a. a. O., S. 118f. u. S. 125f.; Wirsing, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, a. a. O., S. 642.

²⁸⁸ Vgl. Hecker, a. a. O., S. 175.

schließlich an Rußland seinen gewaltigen wirtschaftlichen Rückhalt findet (...) Dieser weitere Raum erweitert sich noch durch das chinesisch-japanische Gebiet."²⁸⁹

Damit entstände

"der größte und zukunftsreichste Wirtschaftsraum der Welt und der Geschichte, dessen materielle und gedankliche Bearbeitung dem (...) deutschen Volk eine historische Aufgabe von Jahrhunderten zuweist."²⁹⁰

Mit diesem Großraumkonzept ging der "Tat"-Kreis noch über die von der Nordsee bis zum Persischen Golf reichenden deutschen Hegemonialpläne des Ersten Weltkrieges hinaus. Das von deutschen Geopolitikern, den Wirtschaftsplaner der "Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa" und der Deutschen Gruppe des MWT entwickelte und vom "Tat"-Kreis in die Öffentlichkeit getragene "Ergänzungswirtschafts"- und Großraumkonzept mit Hauptausrichtung nach Südosteuropa fand ab Anfang der dreißiger Jahre breite Unterstützung durch die Interessensverbände der deutschen Industrie. Um die Anstrengungen zur Durchsetzung dieses Konzept zu bündeln und zu forcieren, erfolgte in dieser Phase eine Neustrukturierung und Stärkung der Führung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages.

6.2.3 Zur Neuorganisation des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise drängten der Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) zunehmend auf politische Maßnahmen zur Verwirklichung der "Mitteleuropa"-Konzeption. Den Weg erblickten die deutschen Industrieverbände vor allem in der Gewährung deutscher Zollpräferenzen für südosteuropäische Agrarprodukte.²⁹¹

²⁸⁹ Fried, Ferdinand (=Ferdinand Friedrich Zimmermann), Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931 (Tat-Schriften), S. 256f. u. S. 264f.; vgl. auch ders., Der Umbau der Welt, in: Die Tat, a. a. O., S. 125.

²⁹⁰ Vgl. Fried, Ferdinand, Wo stehen wir?, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 385.

²⁹¹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 105.

Eine erweiterte Basis für öffentliche und nichtöffentliche Aktionen zur Durchsetzung eines "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraums" unter deutscher Führung schuf sich die deutsche Industrie Mitte 1930 durch die Umgestaltung der Wiener Zentrale des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. In einer koordinierten Aktion der Deutschen Gruppe des MWT, des DIHT und der deutschen Regierung gelang es, die Freihändler²⁹² und die Vertreter eines "Mitteleuropas" ohne Deutschland (u. a. den Ungarn Hantos) aus dem MWT zu verdrängen und durch "großdeutsch" eingestellte österreichische Unternehmer und Politiker zu ersetzen.²⁹³ Die Wiener Zentrale fungierte in den folgenden Jahren in erster Linie als Vertretungsorgan der deutschen Wirtschaft. Sie wurde beauftragt, von nun an verstärkt in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien zu agitieren. Ihre Tätigkeit orientierte sich dabei u. a. an folgenden Zielsetzungen:

- Ablehnung aller Bündniskonzeptionen in Ost- und Südosteuropa, die die deutsche Dominanz gefährdeten und Bekämpfung aller Paneuropaprojekte,
- Schaffung eines "mitteleuropäischen" Wirtschaftsbündnisses, in dem Deutschland die führende Rolle übernehmen sollte,
- Realisierung dieses Bündnisses über die Lösung des "Zollproblems".²⁹⁴

Diese Ziele bestimmten fortan die öffentliche und nichtöffentliche Arbeit der Deutschen Gruppe des MWT. Dies deutete sich bereits auf der V. Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung an, die Anfang 1930 in Breslau und damit erstmals in Deutschland stattfand. Das Auswärtige Amt hatte die Deutsche Gruppe des MWT bestärkt, die turnusmäßige Tagung erstmalig in Deutschland durch-

²⁹² Zu ihnen zählte unter anderen der Begründer der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen, der Wiener Unternehmer Julius Meinl.

²⁹³ Tilgner, Präsident der Wiener Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie und des Österreichischen Handelskammertages und Richard Riedl, dem ehemaligen österreichischen Gesandten in Berlin. Darüber hinaus wurde der deutsche Geheimrat a. D. Zoepfl in die Geschäftsführung berufen. Einbezogen in die Gespräche zur Neuorganisation wurde auch der Vorsitzende des Österreichisch-Deutschen Volksbundes Hermann Neubauer, später (1938-1940) Bürgermeister von Wien und Kontaktmann der I.G. Farben für Südosteuropa, während des Zweiten Weltkrieges Sonderbeauftragter der deutschen Regierung für Südosteuropa. (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 87 u. 90).

²⁹⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 105ff.

zuführen, um "Deutschlands Bedeutung und Schwergewicht bei der Lösung der Mitteleuropafrage würdig und repräsentativ zum Ausdruck zu bringen." Das Auswärtige Amt subventionierte die Tagung, Außenminister Stresemann erklärte sich bereit, den Ehrenvorsitz zu übernehmen und sechs Reichsminister gehörten dem Ehrenkomitee an.²⁹⁵ Vertreter aus Großbritannien, Frankreich, Italien, der Niederlande und der Schweiz waren auf dieser Tagung nicht mehr anwesend. Im Mittelpunkt der Konferenz, die sich mit Zoll-, Handels- und Produktionspolitik befaßte, stand das Konzept der "Ergänzungswirtschaft", daß somit erstmals auf die Tagungsordnung einer multinationalen Konferenz gesetzt wurde. Die Tagung in Breslau zeigte deutlich, daß sich das Gewicht im MWT zugunsten Deutschlands verschoben hatte.

Anfang 1931, wenige Monate nach der Neubesetzung der Wiener Zentrale, wurde auch die Struktur und Führung der Deutschen Gruppe des MWT neu organisiert. Hatten bisher vornehmlich Vertreter des Handelskapitals und der Verbrauchsgüterindustrie die Deutsche Gruppe geprägt, so wurden nun verstärkt Führungspersonen der Chemie- und Elektrokonzerne und vor allem der Schwerindustrie einbezogen. Die Umorganisation erfolgte in Abstimmung mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt, welches den MWT ab 1931 mitfinanzierte.²⁹⁶ Im neuen obersten Leitungsorgan, dem Präsidium, stellte die nordwestdeutsche Schwerindustrie unter den zwölf Mitgliedern vier Vertreter.²⁹⁷ RDI und DIHT entsandten ihren Vorsitzenden (Duisberg) bzw. ihr geschäftsführendes Präsidialmitglied (Hamm). Vertreten waren darüber hinaus Siemens, die AEG, die I.G. Farben, die Dynamit AG, die Deutsche Bank, die Discontogesellschaft, die Dresdner Bank, der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten, die Tabakindustrie²⁹⁸, die Preu-

²⁹⁵ Vgl. Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?, a. a. O., S. 16.

²⁹⁶ Vgl. Elvert, Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen, a. a. O., S. 157.; Schwarzenau, a. a. O., S. 78; Berndt, a. a. O., S. 233; Frommelt, a. a. O., S. 79.

²⁹⁷ Poensgen (Vereinigte Stahlwerke), Springorum (Hoesch, Vorsitzender des Langnamvereins), von Wilmsky (Krupp-Konzern), Schlenker (Geschäftsführer des Langnamvereins). Der Langnamverein und die in der "nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" vertretenen Unternehmen hatten eine einheitliche Geschäftsführung im Düsseldorfer Hauptquartier, dem sog. "Stahlhof". (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 104).

²⁹⁸ Vertreter der Tabakindustrie war Philipp Reemtsma.

ssische Hauptlandwirtschaftskammer, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Automobil-Club.²⁹⁹ Insgesamt ließen sich rund 130 Firmen, die am deutschen Handel mit Südosteuropa beteiligt waren, als Vereinsmitglieder registrieren. Mit der Neugründung wurde die Deutsche Gruppe des MWT ein bedeutender Machtapparat des deutschen Kapitals.³⁰⁰

Sie entwickelte sich zu einer Kooperationsbasis von Großbanken Schwerindustrie, Elektro- und chemischer Industrie bei der Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa.³⁰¹ Unter der Leitung des Langnamvereins, der I.G. Farben und der Großbanken bildete die Deut-

²⁹⁹ Beteiligt waren auch die Textil- und Lebensmittelindustrie sowie die im Südosteuropageschäft führenden Banken. Mitglied des 1940 gebildeten Kuratorium wurde u. a. Hermann Josef Abs, damals Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, ab 1957 deren Vorstandssprecher. Die Regierung wurde im Kuratorium durch Staatsrat Helmut Wohlthat aus dem Reichswirtschaftsministeriums, einem Vertrauten Görings vertreten. Auch der ehemalige deutsche Botschafter in Jugoslawien und Italien, Ulrich von Hassell erhielt einen Sitz im Kuratorium. Im Auswärtigen Amt besaß die Deutsche Gruppe einen Förderer in der Person von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, den Vater des späteren Bundespräsidenten. Dem Kuratorium fiel satzungsgemäß die Aufgabe zu, Grundlagen, Richtung und Ziel der Arbeiten des MWT mitzubestimmen. Unter den 21 Mitgliedern des Kuratoriums befanden sich neben den Regierungsvertretern ausschließlich führende Repräsentanten der deutschen Industrie, der Banken und der Verkehrswirtschaft. Im großen Beirat (40 Mitglieder) waren darüber hinaus Wissenschaft und Verwaltung vertreten. (Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42997, Bl. 77f., Rundschreiben der Deutschen Gruppe des MWT, Nr. 1, 31. 3. 1931, Bericht über die Neuorganisation der Deutschen Gruppe; Sohn-Rethel, Alfred, Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, in: Blick in die Welt, Hamburg/ Essen, Bd. 3, Heft 15, 1946, S. 20; Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, a. a. O., S. 181; Glück, Friedbert, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Beispiel organischer Entwicklungsarbeit, in: Zotschew, Theodor (Hg.), Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropaforschung. Festschrift für Hermann Gross, München 1963, S. 112).

³⁰⁰ Vgl. Wilmowsky, Tilo von, Rückblickend möchte ich sagen...An der Schwelle des 150jährigen Krupp-Jubiläums, Oldenburg/Hamburg, 1961, S.191ff.; Petzold, Zur Kontinuität der deutschen Balkanpolitik..., a. a. O., S. 181; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 218.

Eingerichtet wurden in den folgenden Jahren zudem ein Landwirtschaftlicher Beirat (18 Mitglieder), ein Industriebeirat (17 Mitglieder), ein Bankenbeirat (15 Mitglieder), ein Volkswirtschaftlicher Ausschuß (20 Mitglieder) und ein Verkehrsbeirat. An der Hochschule für Welthandel in Wien schuf der MWT eine eigene Südoststiftung. Gebildet wurden außerdem die "Ungarische Gruppe des MWT" in Budapest, die "Rumänische Gruppe des MWT" in Bukarest und die "Bulgarische Gruppe des MWT" in Sofia. (Vgl. Glück, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, a. a. O., S. 112).

³⁰¹ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 231.

sche Gruppe des MWT von nun an das Zentrum zur Artikulierung, Ausformung, Propagierung und in weiten Bereichen auch zur Durchsetzung der Südosteuropainteressen der deutschen Privatwirtschaft. Darüber hinaus übernahm die Deutsche Gruppe, ungeachtet der weiteren Außenrepräsentation der Wiener Zentrale, spätestens seit Anfang 1931 die Entscheidungsfunktion innerhalb des Gesamtapparates des MWT.³⁰²

Die bisherigen Leitungspersonen der Deutschen Gruppe des MWT Gothein und Strencioch, die zu sehr als Anhänger des Freihandels galten und über keine Lobby innerhalb der Schwerindustrie verfügten, wurden abgesetzt. Den Posten des Vorsitzenden erhielt Tilo von Wilmowsky³⁰³, Schwager und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Krupp, der als ehemaliger Landrat über enge Verbindungen zur Ministerialbürokratie verfügte. Wilmowsky galt zudem als "Mittler" zwischen Industrie und Landwirtschaft, eine für die kommenden Monate überaus wichtige Voraussetzung. Eine Einigung mit den Verbänden der Landwirtschaft war für die in der deutschen Gruppe des MWT versammelten Industriekreise in dieser Phase von großer Bedeutung. Die Zustimmung der Landwirtschaftsverbände zu einer zollbegünstigten Einfuhr südosteuropäischer Agrarprodukte galt als Voraussetzung für die Realisierung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts", auf dessen Grundlage sich die deutsche Industrie Südosteuropa als Absatzmarkt sichern wollte. Als Vorsitzender des "Reichskuratoriums für die Technik in der Landwirtschaft" (RKTL) hatte Wilmowsky zudem seit Ende der zwanziger Jahre Erfahrungen im Bereich großangelegter Rationalisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft gesammelt. Dieses Wissen konnte er in den dreißiger Jahren für das Projekt einer Intensivierung und Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirt-

³⁰² Vgl. Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?, a. a. O., S. 18.

³⁰³ Tilo von Wilmowsky blieb von 1931 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges Präsident und Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Gruppe des MWT. Während des Ersten Weltkrieges war er Chef der Zivilkanzlei des Generalgouverneurs Belgien gewesen, nach 1945 wurde er Mitglied des Aufsichtsrates der Südamerikanischen Bank, Hamburg, Ehrenvorsitzender des Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft, Ehrenbürger der Hochschule für Welthandel in Wien, u. a. (Vgl. Barche, Heinz, Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag". Zur Ost- und Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus in Vorbereitung des Münchener Abkommens, in: Deutsche Außenpolitik, Nr.11/1960, S. 1297; Sohn-Rethel, Die politischen Büros der deutschen Grossindustrie, a. a. O., S. 20).

schaft nutzen, die ganz auf die Nachfrage des deutschen Marktes ausgerichtet werden sollte.³⁰⁴

Wilmowsky erklärte in seinen Memoiren, zu seiner "Vorliebe" für Südosteuropa u. a. durch die Beschäftigung mit den Werken Friedrich Lists und Friedrich Naumanns "Mitteleuropa" gekommen zu sein.³⁰⁵ Zur Neustrukturierung der Deutschen Gruppe des MWT im Jahre 1931 bemerkte er:

"Es waren vor allem einige weitblickende Männer der Schwerindustrie, die in Voraussicht der schweren Wirtschaftskrise den Blick nach Südosten wandten und die Anregung gaben, sich etwas intensiver als bisher mit einer Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zu befassen."³⁰⁶

Als neuer Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT wurde Max Hahn eingesetzt, handelspolitischer Sachbearbeiter des Langnamvereins und Vertrauter Schlenkers. Die Leitung des neugebildeten Arbeitsausschuss übernahm Schlenker, der seit Anfang 1932 offen die NSDAP unterstützte, persönlich. Die neue Geschäftsführung hielt ständig enge Fühlung mit der Reichswehr, speziell mit dem Kriegswirtschaftsamt und der Auslandsabwehr sowie mit dem Auswärtigen Amt. Sie bildete in Berlin eine Bürogemeinschaft mit einem wissenschaftlichen Privatsekretär des ab 1933 amtierenden Reichswirtschaftsminister Schacht, mit dem "Deutschen-Orient-Verein", der die Zielsetzung des MWT in den Nahen Osten ausdehnte und mit der deutsch-jugoslawischen Handelskammer, die u. a. als Agentur der kroatischen Ustascha-Terroristen unter dem späteren Präsidenten Pavelic diente.³⁰⁷

Als Zielsetzung gab die neue Führung der Deutschen Gruppe des MWT an, die "Neuordnung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Mitteleuropa unter Wahrung der deutschen Interessen praktisch

³⁰⁴ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 127f.

³⁰⁵ Vgl. Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen..., a. a. O., S. 188.

³⁰⁶ Ebenda, S. 188.

³⁰⁷ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34..., a. a. O., S. 109; ders., Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 23; Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 157.; Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 33; Barche, Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag", a. a. O., S. 1297.

zu fördern."³⁰⁸ Um dies zu ermöglichen, wollte sie Beziehungen zu den südosteuropäischen Donauländern aufnehmen und pflegen und die Abhängigkeit dieser Länder von Frankreich stören. Dabei ließ sie sich davon leiten, "daß Deutschland all das nur erreichen kann, wenn es sich auch politisch die Beeinflussung des mitteleuropäischen Raums zum Ziel setzt."³⁰⁹

Ein Mitglied der Deutschen Gruppe des MWT, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der I.G. Farben und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, erläuterte die Zielsetzungen der deutschen Wirtschaft 1930/31 in mehreren Reden. In einer Rundfunkrede zum Thema "Der Weg aus der Krise" forderte er im Oktober 1930 eine "Erweiterung der nationalen Wirtschaftsbasis in "Mitteleuropa" als Grundlage für industrielle Exportausdehnung und als Sicherung gegen weltwirtschaftliche Rückschläge".³¹⁰

In ausführlicher Form erläuterte er das Großwirtschaftsraum-Konzept im März 1931 auf der Tagung "Wirtschaft in Not" des Bayerischen Industriellen Verbandes. Er erklärte dort, die Zukunft der Weltwirtschaft läge in der Bildung kontinentaler Wirtschaftsblöcke. Deutschland müsse sich diesbezüglich nach Südosteuropa ausrichten. Während die südosteuropäischen Staaten den notwendigen Absatz ihrer Agrarprodukte zum überwiegenden Teil in Deutschland finden könnten, hätten Deutschland und Österreich erhebliches Interesse an der Entwicklung des südosteuropäischen Absatzmarktes für ihre industriellen Produkte. Die dortige Aufnahme industrieller Erzeugnisse aus Deutschland könne in den nächsten Jahrzehnten "zweifelloso" um das Mehrfache gesteigert werden. Um dies zu erreichen, müsse eine Zollunion zwischen Deutschland, Österreich und den südosteuropäischen Staaten geschlossen werden. Er erklärte weiter:

"Durch diese regionale Wirtschaftskombination kann das europäische Problem von der Südostecke aufgerollt werden. (...) Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bor-

³⁰⁸ Bundesarch. Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42997, Bl. 77f., Rundschreiben Nr. 1 der Deutschen Gruppe des MWT, 31. 3. 1931, Bericht über die Neuorganisation der Gruppe.

³⁰⁹ Niederschrift über eine Präsidial- und Vorstandsitzung der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in Berlin, 19. Mai 1932, nach: Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 230f. (Dok. 86).

³¹⁰ Duisberg, Abhandlungen, Vorträge, Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin 1933, S. 122ff.

deaux bis Sofia³¹¹ wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf."³¹²

Er beendete seine Ausführungen mit einer Drohung:

"Die Völker Mitteleuropas werden bald zu wählen haben, ob sie in vertrauensvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine neue Zukunft aufbauen wollen oder ob sie in ihrer Zerrissenheit eine willkommene Angriffsfläche, wirtschaftlich und politisch fremden Rassen und Mächten bieten wollen."³¹³

Die Möglichkeit einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung und Zukunft Südosteuropas wurde somit von Duisberg und der Deutschen Gruppe des MWT von vorneherein ausgeschlossen. Die Ausführungen von Duisberg zeigen zudem, daß nicht nur deutsche Geopolitiker und völkische Ideologen, sondern auch Wirtschaftsführer von "wirtschaftlich und politisch fremden Rassen" sprachen, um einen deutschen Hegemonialanspruch in Ost- und Südosteuropa gegenüber Frankreich, Großbritannien und den USA zu legitimieren. Bereits seit Anfang 1930 gehörte Duisberg zu den Förderern der NSDAP aus den Kreisen des Großkapitals.³¹⁴

Bis 1940³¹⁵ blieb die Deutsche Gruppe des MWT die wichtigste Organisation für die Formulierung und Durchsetzung der Südosteuropainteressen der deutschen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit umfaßte die Herausgabe von Publikationen, die Durchführung von Vorträgen und "wissenschaftlichen" Tagungen, Eingaben an die Regierung und wirtschaftliche Transaktionen.³¹⁶

³¹¹ Im ursprünglichen Vortragstext sprach Duisberg von einem "Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa. Für die Buchveröffentlichung wurde Odessa durch das außenpolitisch unverfänglicher erscheinende Sofia ersetzt. (Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 152f.).

³¹² Duisberg, Carl, Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie, Vortrag auf der Tagung "Wirtschaft in Not" des Bayerischen Industriellen-Verbandes in München am 24. März 1931, in: ders., Abhandlungen, Vorträge, Reden..., a. a. O., S. 172f.; der Vortrag wurde unter dem Titel "Lebensfragen der deutschen Industrie" darüber hinaus 1931 in einem Sammelband deutscher Geopolitiker veröffentlicht. (Vgl. Deutschlands Weg an der Zeitenwende, herausgegeben von Karl Haushofer und Kurt Trampler, München 1931, S. 130-138).

³¹³ Duisberg, Abhandlungen..., a. a. O., S. 173.

³¹⁴ Vgl. Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 23.

³¹⁵ 1940 übernahm die staatliche Südosteuropagesellschaft (SOEG) und der Südostausschuß der Reichsgruppe Industrie diese Rolle.

³¹⁶ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34..., S. 108-110; Barche,

Bezüglich ihrer Öffentlichkeitsarbeit kooperierte die Deutsche Gruppe des MWT mit der Redaktion der reaktionären Zeitschrift "Volk und Reich". Diese erhielt von der Deutschen Gruppe des MWT 1931 den Auftrag eine regelmäßig erscheinende Erweiterung, die "Mitteleuropäische Umschau", in die Zeitschrift aufzunehmen, um so die Berichterstattung über die "Entwicklung des Mitteleuropa-Gedankens" zu einer festen Größe zu machen. Ständige Mitarbeiter der "Mitteleuropäischen Umschau" wurden MWT-Geschäftsführer Hahn, der spätere Geschäftsführer der Südosteuropagesellschaft August Heinrichsbauer³¹⁷ und die beiden führenden Geopolitiker Karl und Albrecht Haushofer. Bereits in den ersten Ausgabe von 1931 veröffentlichte Max Hahn zwei programmatische Aufsätze, die die konzeptionelle Neuorientierung der deutschen Industrie in Richtung Südosteuropa öffentlich dokumentierten. Mit dem Titel des ersten Aufsatzes "Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik" bestimmte Hahn die Schwerpunktsetzung. Dabei umfaßte sein "Mitteleuropa" "als Wirtschaftsbegriff den gesamten Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer", eine Region, die nach seiner Auffassung geradezu gesetzmäßig "zu unserer unmittelbaren Einflußsphäre gehört." Hahn betrachtete die wirtschaftliche Unterwerfung Ost- und Südosteuropas im Rahmen der deutschen Großraumwirtschaft als langfristig angelegtes Projekt. Es müsse jetzt "Vorbereitungsarbeit" geleistet werden, damit zu gegebener Zeit "sich die wirtschaftlichen und politischen Lösungen verwirklichen lassen, die eine Neugestaltung Mitteleuropas einleiten." Zu dieser "Vorbereitungsarbeit" rechnete er die Abkehr von "der freien Weltwirtschaft", d. h. vom Prinzip der Meistbegünstigung. Gleichzeitig müsse eine Umlagerung der deutschen Handelspolitik auf Zentral- und Südosteuropa erfolgen, um "die Reserven an Absatzmöglichkeiten, die in den einzig unentwickelten Gebieten Europas noch existieren" zu erschließen. Dort lägen die einzigen Lösungsmöglichkeiten der deutschen Absatzkrise. Als Mittel einer Anbindung der südosteuropäischen Agrarstaaten empfahl er ein bilaterales Zollpräferenzsystem für landwirtschaftliche Produkte.³¹⁸

Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag", a. a. O., S. 1297f.; Elvert, Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen, a. a. O., S. 156.

³¹⁷ Siehe zu Heinrichsbauer in dieser Arbeit S. 378f.

³¹⁸ Vgl. Hahn, Max, Vortrag Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik, in: Volk und Reich, 7. Jg., Heft 10-11/1931, S. 564 u. 566.

Wie die Vertreter der deutschen Geopolitik, des "Tat"-Kreises und der "Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa" forderte Hahn eine Verlagerung des deutschen Getreideimports von Übersee nach Südosteuropa und wendete sich entschieden gegen eine südosteuropäische Industrialisierung. Dabei ging Hahn davon aus, daß die Weizenanbaufläche Südosteuropas im Falle der Gewährung von Zollpräferenzen wachsen werde. In Präferenzverträgen sah er ein längerfristige Mittel zur Durchsetzung eines von Deutschland geführten "Mitteleuropas". Wenn es nicht gelänge der Agrarausfuhr der südosteuropäischen Länder auf diese Weise ein "Ventil" zu schaffen, bestände die Gefahr, daß diese ihre Industrialisierung weiter vorantreiben. Dies würde die industriellen Absatzmöglichkeiten Deutschlands stark einschränken.³¹⁹ Daß eine Industrie "in einem Agrarland mit ungeschulten Arbeitskräften, mit geringer Kaufkraft (...) und Kapitalmangel" einer modernen Industrie wie der deutschen in Konkurrenz statt als Ergänzung begegne, sei "ökonomischer Nonsens".³²⁰

Hahn vertrat das Konzept eines langfristigen Austausches von deutschen Industriegütern gegen südosteuropäische Agrarprodukte und Rohstoffe. Neben Präferenzverträgen empfahl er zur Durchsetzung der "Ergänzungswirtschaft" einen verstärkten Einsatz des "Deutschtums", daß in sieben Staaten Ost- und Südosteuropas verstreut wohne.³²¹

Zur Koordination der "Deutschtumsarbeit" mit der Tätigkeit der Deutschen Gruppe des MWT wurde der Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA), Reichswehrminister a. D. Gessler im Mai 1932 in das Präsidium der Deutschen Gruppe des MWT berufen.³²²

Dies entsprach den Vorstellungen der RDI-Führung vom April 1932. Danach sollte der MWT in allen Fragen der Arbeit mit den deutschen Minderheiten in Südosteuropa die zentrale Koordinierungs-

³¹⁹ Vgl. Hahn, Max, Die Wirtschaft in Mitteleuropa, in: Volk und Reich, 7. Jg., Heft 2-3/1931, S. 115ff.

³²⁰ Vgl. Hahn, Max, Wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Südosten, in: Europäische Revue, Stuttgart, 10/1934, S. 491.

³²¹ Ebenda.

³²² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 176.

stelle werden, um die "Deutschtumsarbeit" voll in den Dienst der Verwirklichung der neuen Südosteuropakonzeption zu stellen.³²³

Mit Unterstützung der Deutschtumsverbände wollte die Deutsche Gruppe des MWT für die deutsche Industrie im "mitteleuropäischen Großraum" einen erweiterten Binnenhandel und eine ausreichende Ausgangsbasis für den politischen und wirtschaftlichen Machtkampf mit den anderen kapitalistischen Weltmächten durchsetzen.³²⁴ In ähnlicher Weise argumentierte der Großindustrielle Edmund Stinnes in einem Schreiben an Adolf Hitler. Er unterbreitete dem Parteivorsitzenden der NSDAP am 9. Juli 1931 folgenden strategischen Vorschlag:

"Die Ausweitung des deutschen Raumes nach Osten und Südosten Europas erscheint mir derzeit nicht durch Verschiebung der Ostgrenzen möglich, aber durch deren weitgehende Auflösung (z. B. durch Zollvereine). Dann sollte es angehen, bis zu den Pripetsümpfen³²⁵ und der Donaumündung unserem unerträglich zusammengedrängten Volk Lebensraum, Ackerland und Arbeitsgelegenheit zu geben, im Anschluß an die zahlreichen Keimzellen deutscher Kultur, Kolonisation und Sprache, die sich bereits in diesen Gebieten befinden, den genialen Ideen Friedrich Lists folgend."³²⁶

Die fast einhundert Jahre alten Südosteuropa-Pläne Friedrich Lists wurden damit als praktische Handlungsanleitung der deutschen Großwirtschaftsraum- und Lebensraum-Politik der dreißiger Jahre des 20. Jahrhundert angeführt.

Das Konzept der "Großraumwirtschaft" mit Südosteuropa als vorrangigem deutschen "Ergänzungsraumes" wurde, wie dargestellt, in den Jahren vor Beginn der nationalsozialistischen Periode des Deutschen Reiches detailliert formuliert und popularisiert. Auch erste politische Vorstöße zur Realisierung der Großraumwirtschaftspläne wurden noch vor dem Regierungsantritt der NSADAP unternommen.

³²³ Vgl. Rundschreiben des RDI, 4. 4. 1932, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 180.

³²⁴ Vgl. Sohn-Rethel, Alfred, Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, a. a. O., S. 20.

³²⁵ Pripet: rechter Nebenfluß des Dnejpr, 775km lang, durchfließt die sumpfige und walddreiche Poleseje-Niederung und mündet in den Kiewer Stausee (Ukraine). (Vgl. Der Große Brockhaus, Wiesbaden 1972).

³²⁶ Edmund Hugo Stinnes an Adolf Hitler, 9. 7. 1931, zit. nach Schumann/Nestler, Weltherschaft im Visier, a. a. O., Dok. 83, S. 222.

6.2.4. Die politische Ausrichtung auf Südosteuropa und die Ablehnung des französischen Paneuropa-Planes

Um die Jahreswende 1929/30 sicherte sich die deutsche Regierung auf den Haager Konferenzen mit dem Abkommen über die Festlegung der endgültigen Reparationen und den Wegfall von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vertragsbestimmungen politische und ökonomische Bewegungsfreiheiten, die sich nach dem Abzug der alliierten Truppen im Sommer 1930 aus dem Rheinland noch erweiterten. Die Defensivphase der deutschen Außenpolitik gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges war damit beendet. Das alte Ziel, die Schaffung eines deutschgeführten "mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks" wurde von nun an von den deutschen Regierungen wieder aktiv verfolgt.³²⁷ Eingeschränkt blieb die deutsche Bewegungsfreiheit noch durch die Notwendigkeit, zur Finanzierung der Reparationszahlungen umfangreiche Exporte zu realisieren. Eine offene Brückierung wichtiger Handelspartner erschien vor diesem Hintergrund zu riskant. Deshalb versuchte die deutsche Regierung Anfang der dreißiger Jahre, den angestrebten Wirtschaftsblock mit Österreich sowie ost- und südosteuropäischen Staaten schrittweise und mit Einverständnis bzw. Tolerierung der westeuropäischen Großmächte durchzusetzen.³²⁸

Am 30. März 1930 bildete der aus dem Kreis der Jungkonservativen kommende Zentrumspolitiker Heinrich Brüning als Reichskanzler die erste Präsidialregierung³²⁹ der Weimarer Republik. Er trat sein Amt u. a. mit dem Vorsatz an, das Programm der Südostausdehnung und der Revision der deutschen Ostgrenzen praktisch in Angriff zu nehmen.³³⁰

Der Wirtschaftsminister der neuen Regierung, Dietrich, erklärte im April 1930 vor der 50. Vollversammlung des Deutschen Indu-

³²⁷ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 130 u. 133.; Schwarzenau, a. a. O., S. 93f.

³²⁸ Vgl. Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 139.

³²⁹ Regierung, die von Präsident Hindenburg unterstützt, auf Grundlage des Art. 48 der Verfassung gegen die Opposition der Linken (KPD) und extremen Rechten (DNVP, NSDAP) regierte. Sie wurde von der SPD zunächst toleriert. (Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 471).

³³⁰ Vgl. Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 25; Ruge, Wolfgang/Schumann, Wolfgang, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1972, S. 45.

strie- und Handelstages, daß die "Ordnung unserer Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten eine vordringliche und vielleicht die wichtigste Aufgabe" der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik sei.³³¹

Im Mai 1930 unterbreitete der französische Außenminister Briand auf diplomatischer Ebene den Vorschlag eines "Paneuropaprojektes", d. h. eines politischen Zusammenschlusses Europas auf der Basis des territorialen Status quo. Neben einer gemeinsamen Politik gegen die Sowjetunion zielte die französische Regierung dabei auf eine Stabilisierung des Versailler Nachkriegssystems, um den deutschen Expansionsansprüchen entgegenzutreten. Die deutsche Regierung wies den Vorschlag mit dem Argument zurück, wichtiger, als Fragen der politischen Sicherheit zu lösen, sei es, die aktuellen wirtschaftlichen Probleme in Europa zu regeln. Intern wurde im Auswärtigen Amt die Auffassung vertreten, daß eine "Gemeinschaft" kapitalistischer Staaten stets die Unterordnung der Schwächeren unter den Stärkeren bedeute und daß es sich, da Frankreich den übrigen Staaten Europas zu diesem Zeitpunkt politisch und militärisch überlegen war, bei dem Vorschlag Briands um den Versuch handelte, die französische Hegemonialstellung zu festigen.³³²

Welche Motive die deutsche Ablehnung darüber hinaus leiteten, geht aus einer Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt hervor, die Anfang Juli 1930 für den Reichskanzler in Vorbereitung der deutschen Antwortnote auf den Briand-Plan erstellt wurde. Darin hieß es, Deutschland habe, "angesichts der politischen Lage Europas" im Westen keinerlei Expansionsaussichten.

"Die Möglichkeiten Deutschlands liegen nur im Osten und Südosten".³³³

In einem gegen das französische Paneuropaprojekt gerichteten Memorandum des Auswärtigen Amtes wurde hervorgehoben, daß gerade in Südosteuropa die wirtschaftlichen und politischen Dinge "im

³³¹ Reichswirtschaftsminister Dietrich, Rede vom 9. April 1930, nach Schröder, Hans-Jürgen, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 10.

³³² Vgl. Ruge/Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, a. a. O., S. 43.

³³³ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 13345, Aufnahme 1142-1146, "Erwägungen zur deutschen Antwortnote". Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt, 7. 7. 1930.

Fluß und in der Entwicklung" seien. Daraus ergebe sich für Deutschland die Möglichkeit, eine "aktivere Außenpolitik" gegenüber Südosteuropa zu verfolgen. In Südosteuropa lägen die "Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands", an denen die Regierung die Hebel ansetzen müsse.³³⁴

Um sich alle Möglichkeiten in dieser Richtung offenzuhalten, weigerte sich die deutsche Regierung weiterhin, ein Abkommen über die Garantie der osteuropäischen Grenzen zu unterzeichnen.³³⁵ Während einer Ministerbesprechung am 8. Juli 1930 forderte Reichskanzler Brüning, Deutschland müsse den französischen Aspirationen, die darauf zielen würden, die jetzigen europäischen Zustände zu stabilisieren, in deutlichen, wenn auch vorsichtigen Worten, klare Grenzen aufzeigen.³³⁶

Die deutsche Ablehnungsnote vom 15. Juli 1930 sowie ablehnende Stellungnahmen Großbritanniens und Italiens führten zum Scheitern des französischen Paneuropaplanes.³³⁷

Der deutsche Gesandte in Jugoslawien, Ulrich von Hassell³³⁸, wies seine Regierung in dieser Phase auf die günstigen Bedingungen einer offensiven Südosteuropapolitik hin. Die im Gefolge der Agrarkrise in Südosteuropa eingetretene und noch steigende Wirtschaftsnot werde "auch politisch widerwillige Staaten zwingen, mitteleuropäische Bedingtheiten und die entscheidende Bedeutung Deutschlands für solche Kombinationen anzuerkennen."³³⁹

³³⁴ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 13345, Aufnahmen 1135-1141, Memorandum aus dem Auswärtigen Amt für den Reichskanzler mit dem Titel: Genf und die "Europäische Konferenz", 26. 8. 1930.

³³⁵ Vgl. Ruge/Schumann, a. a. O., S. 48.

³³⁶ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 750/2019, Nr. D 784288ff., Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 8. Juli 1930, abends 8. Uhr

³³⁷ Vgl. Ruge/Schumann, a. a. O., S. 52ff.

³³⁸ Ulrich von Hassell war ein typischer Repräsentant des preußisch-konservativen Adels. Als Schwiegersohn des Großadmiral Tirpitz unterstützte er die außenpolitische Konzeption des deutschen Kaiserreichs. Nach ersten Jahren im diplomatischen Dienst in Italien, wurde er von 1916-1919 Direktor des Verbandes preußischer Landkreise. In der Zeit der Präsidialregierungen ab 1930 begann seine eigentliche Karriere. Von 1930-1932 übernahm er die Leitung der deutschen Gesandtschaft in Belgrad, danach wurde er deutscher Botschafter in Italien. (Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 105).

³³⁹ Ulrich von Hassell, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA, 5. 8. 1930, zit.nach Schröder, Hans-Jürgen, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 13.

Am 19. Dezember 1930 stellte von Hassell in einem umfangreichen Bericht an das Auswärtige Amt fest, daß der Zeitpunkt gekommen sei, durch eine intensivierte Wirtschafts-, Minderheiten- und Auslandskulturpolitik die Kleine Entente "gleichviel an welcher Stelle zuerst" zu "durchlöchern" und das deutsche "Mitteleuropa" in Angriff zu nehmen.³⁴⁰

Auch die revisionistischen Deutschtumsorganisationen setzten sich in dieser Periode für eine aktivere deutsche Ost- und Südosteuropapolitik ein. Im März 1930 sandte der Vorsitzende des Deutschen Schutzbundes Loesch eine Denkschrift an das Auswärtige Amt, die den Titel trug: "Aufzeichnungen über Möglichkeiten deutscher Ostpolitik". Die Grundgedanken dieser Schrift hatte er im Herbst 1929 mit Stresemann abgesprochen. "Neben einer grundsätzlichen Revisionspolitik zur Abänderung der Friedensverträge" empfahl Loesch als Nahziel die Angliederung Österreichs. Aus der österreichischen "Schlüsselstellung" sollten in weiteren Etappen die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien eingebunden werden, mit dem Endziel einer "mitteleuropäischen Zollunion".

Zur Realisierung dieses Zieles müßten die deutschen Minderheiten stärker als "Aktivfaktor" genutzt werden. Sie seien "die natürlichen Beauftragten und Kundschafter gesamtdeutscher Politik", da "nicht alle politischen Maßnahmen zur Überwindung der durch das Pariser Vertragswerk geschaffenen `Ordnung` Europas durch die amtliche Politik durchgeführt werden" könnten.³⁴¹

Damit dokumentierte Loesch die beiden Ebenen offizieller und inoffizieller deutscher Ost- und Südosteuropapolitik.

6.2.5 Die Verhinderung eines Agrarblocks in Ost- und Südosteuropa

Um das Endziel eines "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraums" unter deutscher Führung nicht zu gefährden, wandte sich die deutsche Regierung Anfang der dreißiger Jahre gegen Bestrebungen ost- und südosteuropäischer Staaten einen Agrarblock zu bilden.

³⁴⁰ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Film 8524, v. Hassell, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA, 19. 12. 1930.

³⁴¹ Aufzeichnung K. C. v. Loesch, 27. 3. 1930, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 116.

Einige Regierungen der ost- und südosteuropäischen Staaten suchten 1930 einen gemeinsamen Weg aus der immer katastrophaler werdenden Wirtschaftssituation. Zur Entwicklung einer einheitlichen Position gegenüber den Industrieländern trafen sie sich in kurzer Folge zu Agrarkonferenzen in Bukarest (Juli), Sinaia³⁴² (August), Warschau (August), noch einmal Bukarest (Oktober) und Belgrad (November). Die Regierungen versuchten dort ihre Stimmen und Anstrengungen mittels eines Agrarblocks zu bündeln, um dem zunehmenden Protektionismus der Industrieländer entgegenzutreten. Sie setzten sich zum Ziel, eine Revalorisierung der immer schneller fallenden Ausfuhrpreise für landwirtschaftliche Produkte durchzusetzen. Um die Revalorisierung zu ermöglichen, sollten die westeuropäischen Industriestaaten in toto dem Agrarblock einseitige Zollpräferenzen für Getreide gewähren und ihren Bedarf an Getreide vorzugsweise in den ost- und südosteuropäischen Agrarländern decken. Darüber hinaus strebten die versammelten Regierungen eine Exportgemeinschaft für Agrarprodukte an.³⁴³ Auf den Völkerbundversammlungen im Herbst 1930 trugen Vertreter der Agrarblockstaaten die Forderungen vor. Die deutsche Delegation sprach sich gegen diese Pläne aus. Das Auswärtige Amt wies per Runderlaß darauf hin, daß ein erfolgreicher Versuch der südosteuropäischen Staaten agrarische Interessen einheitlich und gemeinsam gegenüber anderen Ländern zu vertreten für Deutschland handelspolitisch sehr weittragende und gefährliche Folgen haben werde.³⁴⁴ Bei einer Realisierung der Agrarblockpläne wären die Zahlungsbilanzprobleme dieser Länder (vor allem gegenüber Frankreich) erheblich vermindert worden. Die deutsche Regierung war jedoch daran interessiert, ein Fortdauern der französischen Hegemonie auf dem südosteuropäischen Kapitalmarkt zu verhindern und statt dessen die prekäre Lage der südosteuropäischen Staaten

³⁴² Sinaia ist eine Stadt im Rumänien. Die Konferenz fand im dortigen Schloß des rumänischen Königs statt.

³⁴³ Vgl. Sundhaussen. Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 130ff.; Kühl, Joachim, Föderationspläne im Donaauraum und in Ostmitteleuropa, München 1958, S. 45. Die Arbeit von Kühl bietet interessantes Material, ist jedoch in bezug auf die deutsche Südosteuropapolitik apologetisch.

³⁴⁴ Vgl. Runderlaß AA (Bülow), 19. 7. 1930, nach Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 12.

zu nutzen, um diese wirtschaftlich noch stärker an Deutschland zu binden.³⁴⁵

Die Bekämpfung der Donauföderationspläne der zwanziger Jahre fand hier ihre Fortsetzung.

Zur Verhinderung der Agrarblockpläne setzte die deutsche Regierung auf Verzögerung und Erpressung. Sie argumentierte mit angeblichen "mitteleuropäischen Wirtschaftsnotwendigkeiten", wonach in diesem Gebiet ohne Deutschland "überhaupt nichts Ernsthaftes zu machen ist."³⁴⁶ Während der Völkerbundversammlung im Oktober 1930 zeigte sich die deutsche Regierung bereit, eine Präferenzgewährung für Getreide aus Südosteuropa zu prüfen, falls Deutschland entsprechende "Gegenleistungen" erhalte. Damit spielte sie auf Zollvergünstigungen für deutsche Industrieprodukte an. Das Hauptziel eines vorzugsweisen Absatzes der südosteuropäischen Agrarprodukte könne nur mit, nicht gegen Deutschland erzielt werden.³⁴⁷

Der deutsche Gesandte in Rumänien, Mutius, appellierte an seine Regierung, Deutschland müsse sich aktiv an der Lösung der südosteuropäischen Landwirtschaftskrise beteiligen, um jeder anti-deutschen Kombination die Spitze abzuberechen.³⁴⁸ Auf einer Ministerbesprechung wurde erklärt, "die stärkste Waffe" über die Deutschland für seine außenpolitischen Beziehungen verfüge, liege darin, daß es Importland für agrarische Produkte sei. Diese Waffe müsse "scharfgehalten werden."³⁴⁹

Im Bewußtsein dieser "Waffe" griff die deutsche Regierung die Präferenzidee der Agrarblockstaaten auf. Gegen deren Ziel eines multilateralen Präferenzabkommens setzte sie den Vorschlag bilateralen Präferenzverträge einzelner südosteuropäischer Staaten mit Deutschland. Auf diese Weise versuchte sie das gemeinsame

³⁴⁵ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 134f.

³⁴⁶ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Film 8524, von Hassell, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA, 19. 12. 1930; Umfangreiches Material findet sich in: PA/AA Bonn, SW, Wirtschaft 1-Agrarblock, Der Agrarblock der Südost-Europa-Staaten, Bd. 1-4.

³⁴⁷ Vgl. Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ritter/Wiehl) vom 9. 10. 1930 an die dt. Auslandsvertretungen, nach Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 136.; Schwarzenau, a. a. O., S. 101.

³⁴⁸ Deutsche Gesandtschaft Bukarest (Mutius), 8. 8. 1930 an Auswärtiges Amt, nach Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 136.

³⁴⁹ Vgl. Ministerbesprechung vom 27. 5. 1931, nach Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 137.

Vorgehen der südosteuropäischen Regierungen zu stören und letztlich zu beenden.³⁵⁰

Von Hassell schrieb diesbezüglich:

"Meines Erachtens können wir (...) durch Angebot (...) Sacro Egoismo anstacheln."³⁵¹

Die multilateralen Lösungsvorschläge der südosteuropäischen Agrarblockstaaten hatten vor dem Hintergrund der ablehnenden Haltung des größten Abnehmers ihrer Agrarprodukte, Deutschland, keine Realisierungschancen. So blieb den südosteuropäischen Regierungen in der Folgezeit kaum eine Alternative zu bilateralen Präferenzverträgen mit Deutschland. Damit ging die deutsche Spaltungsstrategie auf.

6.2.6 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion als erster Schritt zur Realisierung des Großwirtschaftsraum-Konzepts

Die erste Offensive der deutschen Regierung zur Realisierung des angestrebten "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes" bildete im Frühjahr 1931 die öffentliche Proklamation einer deutsch-österreichischen Zollunion. Damit versuchten die beiden Regierungen, daß im Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye bestimmte Verbot eines Anschlusses Österreichs an Deutschland zu umgehen und den Widerstand der europäischen Großmächte, vor allem Frankreichs, gegen einen deutsch-österreichischen Zusammenschluß zu brechen. Die deutsche Regierung verfolgte mit der Zollunion noch weiterreichende Ziele in Richtung Südosteuropa. Das Auswärtige Amt begründete die Initiative folgendermaßen:

"Bei der raschen Entwicklung der Dinge im Südosten Europas sollte der Zusammenschluß mit Österreich die vor- dringlichste Aufgabe der deutschen Politik sein, denn von einem zu Deutschland gehörenden Österreich aus könnte in ganz anderer Weise, als dies jetzt möglich ist, die Ent-

³⁵⁰ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 136.

³⁵¹ Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Hassell) an AA., 14. 4. 1931, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 136.

wicklung im Südosten im Interesse Deutschlands beeinflußt und gelenkt werden."³⁵²

Mit anderen Worten: Eine deutsch-österreichische Zollunion galt der deutschen Regierung, wie Jahrzehnte zuvor den Abgeordneten der Paulskirchenversammlung und den "Mitteleuropa"-Vertretern des Ersten Weltkrieges, nicht als Selbstzweck, sondern als Zwischenetappe einer deutschen Expansion nach Südosteuropa.

Die deutsche Regierung folgte in dieser Frage auch deutschen und österreichischen Geopolitikern, die bereits 1930 im Sammelband "Die Anschlußfrage" ausgeführt hatten:

"Im mitteleuropäischen Blickfeld verkörpert der Wien-Berliner Anschluß nichts weiter als eine Etappe zu den Vereinigten Staaten von Mitteleuropa (...) In die erste Zone des deutsch-österreichischen Kraftfeldes würden zweifelsohne die Staaten Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien fallen. Während das Deutsche Reich derzeit auf dem Balkan in wirtschaftlicher Beziehung lediglich in Bulgarien und in Rumänien an erster Stelle steht, würde die Verwirklichung Großdeutschlands diesen Machtkampf mit einem Male zugunsten Berlins entschieden haben, und zwar mit einem derart erdrückenden Übergewichte, daß die übrigen Interessenten des Balkans, vornehmlich die Tschechoslowakei und Italien, völlig in die Hinterhand kämen."³⁵³

Mit dem Anschluß Österreichs und der Okkupation der Tschechoslowakei verwirklichte die nationalsozialistische Regierung 1938/39 diese Zielsetzung. Bereits sieben Jahre zuvor versuchten die Regierungen Deutschlands und Österreichs die internationale Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Am 19. März 1931 vereinbarten sie in Wien Richtlinien über einen zu schließenden Zollunionsvertrag.³⁵⁴

³⁵² Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 13345, Aufnahmen 1135-1141, Memorandum aus dem Auswärtigen Amt für den Reichskanzler mit dem Titel: Genf und die "Europäische Konferenz", 26. 8. 1930. Eine analoge Position vertraten der Vorstandschef der I.G. Farben Carl Duisberg und der deutsche Gesandte in Rumänien Mutius. (Vgl. Duisberg, Carl, Wiener Neueste Nachrichten, 5. 4. 1931, in: ders., Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin 1933, S. 351; Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Film 16192, Deutsche Gesandtschaft in Bukarest (Mutius) an AA, 31. 5. 1930).

³⁵³ Janovsky, Karl, Anschluß oder Donauföderation, in: Kleinwaechter/Paller, Die Anschlußfrage..., a. a. O., S. 210.

³⁵⁴ Für die Vorbereitung dieser Zollunion bot Julius Wolf, der 1904 den "Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein" initiiert hatte, seine Dienste an. (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 228).

In Frankreich wurden die deutschen Expansionsabsichten in Richtung Südosteuropa, die mit Hilfe eines deutsch-österreichischen Zusammenschlusses forciert werden sollten, klar erkannt. So schrieb der französische Professor Louis Eisenmann im Dezember 1930 im "Deutschen Volkswirt":

"In dieser Forderung (dem Anschluß Österreichs an Deutschland, d. V.) erblicken die Franzosen das Schulbeispiel, wie Gründe des Rechts (Selbstbestimmung, Nationalität) vorgeschützt werden, um einen nackten Machtwillen zu verstecken. Für sie handelt es sich beim Anschluß einfach um das Streben nach Wiederherstellung des überwiegenden Einflusses oder, wie manche sagen, der Hegemonie Deutschlands in Mittel- und Südeuropa, im Donaubecken und am Balkan."³⁵⁵

Auch die italienische Regierung lehnte die deutsch-österreichischen Pläne ab. Der italienische Generalkonsul in Hamburg sah in der Zollunion den ersten Schritt auf einem Wege, wie er 1915 von Friedrich Naumann in seinem "Mitteleuropa"-Buch dargelegt worden sei. Italien habe kein Interesse daran, daß die Hegemonie Frankreichs in "Mitteleuropa" durch eine deutsche Vorherrschaft ersetzt würde.³⁵⁶ In der *"Washington Post"* wurde gleichfalls betont, daß das eigentliche Ziel der Zollunion die Herstellung eines deutsch geführten "Mitteleuropa" sei.³⁵⁷ Mit Unterstützung Großbritanniens erwirkte die französische Regierung im September 1931 einen Entscheid des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, wonach die Zollunion mit den Verpflichtungen, die Österreich in den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg eingegangen war, unvereinbar sei.³⁵⁸ Die deutsche Regierung suchte nach der Entscheidung nach anderen Wegen zur Realsierung des Großwirtschaftsraumkonzepts. In den Mittelpunkt rückte nun die Strategie bilateraler Präferenzverträge mit den Staaten Südosteuropas. Auf ihrer Grundlage sollte

³⁵⁵ Gallus (Pseudonym für Louis Eisenmann), Zum Problem Deutschland-Frankreich, in: Deutscher Volkswirt, 25. 12. 1930, nach: Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 568.

³⁵⁶ Vgl. Gesprächsprotokoll des Chefredakteurs der "Hamburger Nachrichten" mit dem italienischen Generalkonsul in Hamburg, Bertanzi, 3. 6. 1931, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 140.

³⁵⁷ Vgl. Kühl, a. a. O., S. 83.

³⁵⁸ Vgl. Schumann, Wolfgang (Hg.), Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1973, S. 20.

ein weitgehend devisenloser Austausch von deutschen Industriewaren gegen südosteuropäische Rohstoffe und Agrarprodukte langfristig etabliert werden.³⁵⁹ Zur Konzentration auf diese Strategie trug im besonderem Maße die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland und Österreich bei, zu der es im Kontext des Zollunionsprojekts kam. Westeuropäische Industriestaaten, an führender Stelle Frankreich, zogen als Reaktion auf das Projekt kurzfristige Gelder aus Österreich ab.³⁶⁰ Diese Entwicklung führte im Mai 1931 zum Zusammenbruch der Österreichischen Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe, die einen der Eckpfeiler des auf Auslandsanleihen gegründeten Kreditsystems von Zentral-, Ost- und Südosteuropa bildete. Die Auslandsgläubiger, vor allem die us-amerikanischen, wurden von der Panik um ihre Guthaben erfaßt. Sie zogen diese, soweit sie kündbar waren, schleunigst zurück. Dieses Ereignis verschärfte besonders in Österreich, Deutschland sowie den ost- und südosteuropäischen Staaten die Weltwirtschaftskrise. Die us-amerikanische Kreditzufuhr, auf deren Basis die wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit den USA beruht und die die "goldenen zwanziger Jahre" in Deutschland ermöglicht hatte, versiegte. In diesem Kontext sank die Importrate der USA nach Deutschland zwischen 1928 und 1938 von 14,4% auf 7,4%. Dem Zusammenbruch der Wiener Kreditanstalt folgten riesige Devisenabflüsse bei den Nationalbanken in Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien, Polen und Deutschland. In wenigen Wochen verlor die deutsche Reichsbank drei Milliarden Reichsmark an Gold und Auslandsdevisen. Bald darauf erfolgten zahlreiche Konkurse deutscher Industrieunternehmen und Banken. Der Bankrott der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen (Nordwolle) riß die Danat-Bank mit sich, eine der fünf großen deutschen Banken und das Hauptfinanzierungsinstitut der Schwerindustrie und des Stahlvereins. Die Danat-Bank verlor in dem Bankrott mehr als ihr gesamtes Eigenkapital. Die deutsche Regierung mußte eingreifen und durch Staatsgarantien für andere Großbanken, insbesondere die Dresdner Bank, einer Ausdehnung des Vertrauenschwundes gegenüber allen Banken entgegentreten. Es gelang der deutschen Seite je-

³⁵⁹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 145ff.; Barche, Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag", a. a. O., S. 1298.

³⁶⁰ Vgl. Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 141.

doch nicht mehr ihren hinsichtlich der Auslandsverschuldung eingegangenen Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen. Im Juli 1931 erklärte sie ein Moratorium für die gesamte kurzfristige deutsche Auslandsverschuldung. Daraufhin wurde am 1. August der gesamte freie Zahlungsverkehr Deutschlands und der übrigen europäischen Schuldnerländer unterbunden und der Kontrolle der übrigen europäischen Notenbanken unterstellt. Aufgrund der Devisensperre waren Wirtschaft und Handel der Schuldenländer jetzt praktisch auf das eigene Gebiet beschränkt.³⁶¹ In Bulgarien und Jugoslawien wurde eine Kontrolle des Devisenaustausch mit dem Ausland im Oktober 1931 eingeführt, in Rumänien im Februar 1932.³⁶²

Im Zuge der Devisenzwangswirtschaft mußte Deutschland für jeden industriellen Ausfuhrspielraum mit entsprechenden agrarischen Einfuhrkontingenten bezahlen.³⁶³ Deutsche Wirtschaftsplaner setzten nun auf das Konzept eines bargeldlosen Austauschhandels, das sogenannte "Clearingsystem". Dabei sollte der Schwerpunkt des deutschen Außenhandels von Geschäften mit anderen Industriestaaten zur "Ergänzungswirtschaft" mit den Staaten Ost- und Südosteuropas verlagert werden.

Als Hauptmittel zur Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraums in Richtung Südosten empfahl die Deutsche Gruppe des MWT auf ihrer Vorstandssitzung vom 19. Mai 1932 einseitige Agrarpräferenzverträge, die durch "Naturalaustauschverträge" (Kompensationsgeschäfte) zu ergänzen seien. Um derartige Verträge zu realisieren, müßten zunächst alle südöstlichen Regionalkombinationen, die Deutschland ausklammerten, verhindert werden. Die deutsche Regierung teilte diese Überzeugung. Ihr Vertreter, der Ministe-

³⁶¹ Vgl. Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, a. a. O., S. 54f.; Kahrs, *Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung"*, a. a. O., S. 12.; Sundhaussen, *Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum*, a. a. O., S. 145; Milward, Alan S., *The Reichsmark Bloc and the International Economy*, in: Hirschfeld, Gerhard/Kettenacker, Lothar (Hg.), *Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981, S. 400. Der deutsche Anteil an der Weltproduktion fiel im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 11,6% (1928) auf 8,9% (1932). Die Arbeitslosenquote erreichte 1932 44,4%. (Vgl. Fritzsche, a. a. O., S. 25).

³⁶² Vgl. Basch, a. a. O., S. 71.

³⁶³ Vgl. Sohn-Rethel, *Die politischen Büros der deutschen Großindustrie*, a. a. O., S. 20.

rialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Posse, erklärte auf der Sitzung der Deutschen Gruppe des MWT:

"Wenn überhaupt noch Entwicklungsmöglichkeiten für Deutschland vorhanden sind, so liegen sie im Osten und Südosten."³⁶⁴

Posse wies darauf hin, daß das Ziel nicht nur die wirtschaftliche Durchdringung, sondern letztlich die machtpolitische Beherrschung Ost- und Südosteuropas sei. Eine Erweiterung seines Wirtschaftsraumes könne Deutschland nur erreichen, "wenn es sich auch politisch die Beeinflussung des mitteleuropäischen Raums zum Ziel setzt." Dies dürfe jedoch nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Die mit dieser Strategie verbundenen "letzten politischen Ziele" müßten sowohl in der internationalen Diskussion als auch in der Zusammenarbeit mit Vertretern der Länder Südosteuropas "getarnt" werden.³⁶⁵

Das "Ergänzungswirtschaftskonzept" auf der Basis bilateraler Präferenzverträge wurde von den Führungspersonen der im MWT versammelten Unternehmerverbände in enger Zusammenarbeit mit Regierungsbeamten (Bülow im Auswärtigen Amt und Posse im Reichswirtschaftsministerium) entwickelt.³⁶⁶

Die hochverschuldeten Staaten Südosteuropas, die in dieser Phase kaum Absatzmöglichkeiten für ihre Hauptexportprodukte fanden, boten sich als Objekte dieser Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik an. Erläutert wurde das Ergänzungswirtschaftskonzept der Öffentlichkeit ab 1931 u. a. in der "Zeitschrift für Geopolitik". Dort hieß es, die Zeit sei gekommen, in der die deutsche Politik für die Schaffung eines "Großmitteleuropa" aktiv werden müsse. Der Versailler Vertrag und die Weltwirtschaftskrise habe zu einem "wirtschaftlichen Weltkrieg" geführt, in deren Folge die deutsche Ausfuhr nach wichtigen überseeischen Rohstoffländern "eingeschrumpft" sei. Als Kunden der deutschen Fertigwarenindustrie kämen diese Länder immer weniger in Betracht. Zur Zeit bestehe eine Tendenz zur Bildung abgeschotteter Großräume. Zu beobachten sei die Entstehung einer "Großraum-

³⁶⁴ Protokoll der Sitzung der Deutschen Gruppe des MWT, 19. 5. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 175.

³⁶⁵ Vgl. ebenda; Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 21f..

³⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 20.

wirtschaft" der beiden amerikanischen Kontinente, eines russisch-asiatischen Wirtschaftsraums und eines autarken Wirtschaftsraums des britischen Imperiums. Auf seine zunehmende Ausgrenzung aus diesen Wirtschaftsblöcken müsse Deutschland mit der Bildung einer "mitteleuropäischen Großraumwirtschaft" reagieren, die von Köln bis Konstantinopel reichen solle. Dies bedeute nicht, daß jeglicher Wirtschaftsverkehr zwischen den großen Wirtschaftsräumen aufhören solle, doch sei eine autarke, zur Deckung der Lebensbedürfnisse ausreichende "Raumwirtschaft" notwendig. Diese "Raumwirtschaft" solle durch eine innere Arbeitsteilung auf Basis der vorhandenen Produktionskräfte organisiert werden. Mit den Staaten Ost- und Südosteuropas beständen günstige Voraussetzungen für eine solche "Arbeitsteilung", da sie Deutschland mit Getreide, Futtermittel, Vieh und Fleisch versorgen könnten. Deutschland sei der "naturegegebene" Abnehmer für alle "mitteleuropäischen Agrarüberschüsse". Darüber hinaus verfüge der Balkan über reiche, noch nicht voll erschlossene Bodenschätze und Rohstoffe. Im Gegenzug könne Deutschland dieses Gebiet verstärkt als Absatzmarkt für seine industriellen Fertigprodukte nutzen.³⁶⁷ Innerhalb des Konzept der "autarken Großraumwirtschaft" sollten die Staaten Südosteuropas in ein nahezu unauflösbares Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Deutschland gebracht werden. Ihnen wurde die Funktion zugeschrieben, Rohstoffe, Lebensmittel und halbindustrialisierte, arbeitsintensive Produkte für die Führungsmacht Deutschland zu produzieren, billige Arbeitskräfte bereitzustellen und von Deutschland kapitalintensive Industrieprodukte abzunehmen.³⁶⁸

Einen ersten Versuch zur Realisierung des Großraumwirtschaftskonzepts bildeten zwei bilaterale Präferenzverträge, die die deutsche Regierung am 27. Juni und 18. Juli 1931 mit Rumänien und Ungarn abschloß.

Darin gestand Deutschland Rumänien (in einem geheimen Zusatzvertrag) für die Einfuhr von Gerste und Mais innerhalb festgelegter

³⁶⁷ Vgl. Kreil, Fritz, Mitteleuropäische Autarkie, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932, S. 208ff.

³⁶⁸ Vgl. Berndt, a. a. O., S. 233.

Noch 1928 kaufte Deutschland von den überseeischen Agrarexportländern (Kanada, USA, Argentinien, Australien) für 561,5 Millionen Reichsmark Weizen, von Rumänien, Jugoslawien und Ungarn dagegen nur für 1,7 Millionen Reichsmark. (Vgl. Wirsing, Richtung Ost-Südost, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31, S. 642).

Quoten Vorzugszölle in Höhe von 50% bzw. 40% des jeweils geltenden allgemeinen Zollsatzes zu. Für Weizen aus Ungarn wurde eine Präferenz von 75% des deutschen Zolltarifs gewährt. Als Gegenleistung senkten Rumänien und Ungarn zahlreiche Industriezölle.³⁶⁹ Aufgrund eines Einspruches der us-amerikanischen Regierung vom 28. Mai 1932 konnten die beiden Präferenzverträge jedoch nicht in Kraft treten. Die US-Regierung sah in bilateralen Verträgen zwischen einer Großmacht und einem Kleinstaat auf der Basis von Vorzugszöllen einen Bruch des bis dahin für den Welthandel geltenden Prinzips der Meistbegünstigung.³⁷⁰ Die auf Eis gelegten Verträge von 1931/32 bildeten maßgebliche Vorläufer des 1934 erlassenen "Neuen Plans". Sie belegen die kontinuierliche Verfolgung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts" von der Spätphase der Weimarer Republik bis in die Periode des Nationalsozialismus.

6.2.7 Das endgültige Scheitern einer multilateralen Lösung der Wirtschaftsprobleme Südosteuropas (1932)

Bevor die deutsche Politik sich auf die Realisierung des Großraumwirtschaftskonzepts mittels bilateraler protektionistischer Handelsverträge mit den Staaten Südosteuropas konzentrieren konnte, sah sie sich im Jahr 1932 noch einmal mit multilateralen Lösungsvorschlägen anderer westeuropäischer Großmächte für die Wirtschaftskrise Südosteuropas konfrontiert.

Anfang 1932 unterbreitete die britische Regierung den Vorschlag einer Donauzollkonföderation ohne deutsche Beteiligung. Die deutsche Regierung lehnte den Plan ab und erklärte im Gegenzug, sie sei bereit, den deutschen "Exportdruck" von Übersee (also auch vom britischen Empire) nach Südosteuropa zu verlagern. Deutschlands "geographische Lage unmittelbar vor den Toren Südosteuropas" gäbe ihr zur Konzentration der Außenhandelspolitik auf dieses Gebiet die volle Berechtigung. Deutschland hätte auch angesichts seiner Wirtschaftsstruktur die "natürliche Bestimmung

³⁶⁹ Vgl. Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 15; Basch, a. a. O., S. 62. Vgl. auch PA/AA Bonn, SW, Wirtschaft 1-Europa-Präferenzen, Präferenzen im deutsch-rumänischen u. deutsch-ungarischen Handelsvertrag, Bd. 1-5.

³⁷⁰ Vgl. Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 154; Kahrs, Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung", a. a. O., S. 13.

wichtigster Lieferant und Abnehmer der Agrarstaaten Südosteuropas zu sein." Deshalb müsse Deutschland den britischen Plan zurückweisen, da sich

"eine Zollunion der Donaustaaten ohne Deutschland (...) zwangsläufig als Abriegelung Südosteuropas vom deutschen Export und damit als eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft auswirken müßte."

Ein "wirtschaftlicher Zusammenschluß der Donaustaaten ohne Deutschland" sei "gleichbedeutend mit einem Zusammenschluß dieser Staaten gegen Deutschland."³⁷¹

Eine letzte diplomatische Initiative zur Realisierung einer Donaukonföderation bildete der Tardieu-Plan, den die französische Regierung im März 1932 vorlegte.³⁷² Er sah die Bildung eines ökonomischen Blocks von Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien vor. Diese Staaten sollten sich eine zehnprozentige Reduzierung der Zollsätze garantieren, weitere Handelshindernisse abbauen und eine gemeinsame Währung schaffen.³⁷³ Darüber hinaus sollten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien den Ländern des Donaubundes u. a. auf dem Gebiet der Zollpolitik Vorteile einräumen. Die Annahme des Planes hätte für Deutschland, Großbritannien und Italien bedeutet, daß ein nicht unerheblicher Teil ihrer Ausfuhren nach Südosteuropa durch präferenzierte Industriegüter aus der Tschechoslowakei verdrängt worden wäre.³⁷⁴

Die deutsche Regierung charakterisierte den Tardieu-Plan mit den Worten:

"Politisch verspricht sich Frankreich (...) eine Verminderung der Anschlußgefahr. (...) Der Wirtschaftsexpansion Deutschlands donauabwärts soll ein Riegel vorgeschoben, das Schreckgespenst der Bildung eines wirtschaftlichen `Mitteleuropa` soll endgültig gebannt werden."³⁷⁵

³⁷¹ Vgl. Grundgedanken der deutschen Antwort (Bülow), 25. 1. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a.a.O., S.160; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 16f.

³⁷² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen, a. a. O., S. 142.

³⁷³ Vgl. Droz, a. a. O., S. 252.

³⁷⁴ Vgl. Kühl, a. a. O., S. 47.

³⁷⁵ Runderlaß des AA (Bülow), 7. 3. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 143. Vgl. auch Bericht von Hassells vom 6. 1. 1932 an AA, nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 141.

Da der Tardieu-Plan auch auf die Zurückdrängung des Einflusses des faschistischen Italiens in Südosteuropa zielte, wurde er unmittelbar nach der Veröffentlichung von der italienischen Regierung brüsk abgelehnt. Durch die eindeutige italienische Zurückweisung war die deutsche Regierung in der Lage, ihre Antwort "so konzilient wie möglich" abzufassen. Sie erklärte in der Tradition Bismarcks "keine machtpolitischen Ziele" in Südosteuropa zu verfolgen. Das "besondere Interesse" Deutschlands in dieser Region sei "rein wirtschaftlicher Natur." Darüber hinaus wies die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf den Tardieu-Plan auf den ihrer Meinung nach einzigen Weg hin, die "wirtschaftliche Gesundung der Donaustaaten" sicherzustellen. Dieser bestehe in der "Ergänzung des südosteuropäischen Agrargebietes durch das mitteleuropäische Industriegebiet" auf der Grundlage bilateraler Präferenzen. Den Tardieu-Plan müsse sie ablehnen, da er untauglich für die Sanierung der Staaten Südosteuropas und gefährlich für den deutschen Export sei. Die deutsche Regierung lehnte Verhandlungen der vorgesehenen fünf Donaustaaten ab und schlug statt dessen eine Konferenz der Großmächte (Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland) vor. Diese Konferenz fand im April 1932 in London statt und blieb gemäß der deutschen Zielsetzung ohne greifbare Ergebnisse.³⁷⁶ Während die französische Seite es für notwendig erachtete, Präferenzen zwischen den Donaustaaten zuzulassen, um diesen wieder die Möglichkeit zu geben, Kredite aufzunehmen, wurde dies von deutscher Seite mit dem Hinweis auf das nicht gelöste Absatzproblem der Agrarstaaten abgelehnt. Da auch die britische Regierung den Tardieu-Plan nicht unterstützte, blieb er unrealisiert. Verantwortlich für die deutsche Ablehnung des Tardieu-Planes machte die französische Regierung die "im deutschen Unterbewußtsein immer vorhandene Doktrin von der Vorherrschaft Deutschlands in Mitteleuropa".³⁷⁷ Zu

³⁷⁶ AA (Bülow) an DG Wien, Budapest, Prag, Bukarest, Belgrad, Sofia, 30. 3. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 172; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 17f.

³⁷⁷ Dt. Botschaft Paris (von Hoesch), 2. 4. 1932 an AA, nach Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 149.

verzeichnen sei ein Wiederaufleben des deutschen "Dranges nach Osten".³⁷⁸

Auf der Konferenz in London erreichte die französische Regierung lediglich, daß Deutschland einem "Ausschuß für den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau von Mittel- und Osteuropa" zustimmte. Eine erste Tagung dieses Ausschusses fand vom 5.-20. September 1932 im italienischen Stresa statt.³⁷⁹ Sie führte zum endgültigen Scheitern aller Versuche einer multilateralen Lösung der Wirtschaftskrise Südosteuropas. Die Tatsache, daß Frankreich in der Schuldenfrage zu keinen wesentlichen Konzessionen bereit war, verstärkte den Zwang der südosteuropäischen Länder, einen Abnehmer für ihre Produkte zu finden und sich infolgedessen auf das deutsche Konzept bilateraler Verträge mit festen Kontingenten einzulassen. Die französische Delegation unterbreitete in Stresa den Vorschlag, einen "Ausgleichsfond" zur Hebung der Preise für Agrarprodukte einzurichten. Die deutsche Seite erklärte daraufhin, zu einem finanziellen Beitrag für den Ausgleichsfond nicht in der Lage zu sein, und bot statt dessen Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn Präferenzverträge für Weizen, Mais und Futtergerste an. Da auch die englische Regierung kein Interesse zeigte, am Ausgleichsfond teilzunehmen, wurde das deutsche Konzept bilateraler Präferenzverträge schließlich akzeptiert. Nach der Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs verzichteten auch die USA zukünftig auf ein Veto gegen derartige Verträge.³⁸⁰

Im Artikel "Der Erfolg von Stresa" der "Deutschen Führerbriefe", einer dem MWT nahestehenden, nicht öffentlich erhältlichen Zeitschrift für die Führungskreise der deutschen Politik und Wirtschaft³⁸¹, wurde die neue Ausgangslage für die deutsche Südostexpansion im Oktober 1932 folgendermaßen beschrieben:

³⁷⁸ Vgl. Schreiben Simons vom 21. 4. 1932 an den brit. Botschafter in Paris, Lord Tyrrel, nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 151.

³⁷⁹ An der Konferenz von Stresa nahmen neben Vertretern internationaler Institute Delegierte aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Polen, der Niederlande, Griechenland und sämtlichen Donaustaaten teil. (Vgl. Kühl, a. a. O., S. 64).

³⁸⁰ Vgl. Kühl, a. a. O., S. 64ff.; Basch, a. a. O., S. 65ff. u. 152.

³⁸¹ Die "Deutschen Führerbriefe" wurden als "politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz" ab Ende 1928 von Dr. Franz Reuter und Dr. Otto Meynen in Köln herausgegeben. Hinter den "Führerbriefen" standen die Schwerindustriellen Silverberg,

"Die Konferenz von Stresa hat der deutschen Südosteuropapolitik einen Erfolg von großer grundsätzlicher Bedeutung gebracht." Es sei nun davon auszugehen, daß "Deutschland endlich das mit solcher Zähigkeit verfochtene Ziel erreicht haben wird, für seine Außenpolitik in Südosteuropa freie Hand zu haben."³⁸²

Mit der Zurückweisung der Donaukonföderationspläne und der Abwehr aller Versuche zur Realisierung eines Agrarblocks von Staaten Ost- und Südosteuropas waren die für das deutsche "Ergänzungswirtschaftskonzept" gefährlichsten Projekte gescheitert. Die deutsche Regierung konnte nun daran gehen, mittels ihrer Strategie bilateraler Präferenzverträge die Länder Südosteuropas aus dem Einfluß Frankreichs zu lösen, sie ökonomisch (und damit letztlich auch politisch) an sich zu binden und die Grundlagen für einen deutschen Großwirtschaftsraum unter Einschluß Ost- und Südosteuropas zu legen. Das Auswärtige Amt erklärte 1932, Jugoslawien und Rumänien seien Gebiete, deren "Erschließung als vorrangigste Aufgabe der nächsten Jahrzehnte" angesehen werden müßte. Ein erfolgreiches deutsches Engagement sei jetzt möglich, nachdem es im Zuge der Wirtschaftskrise zum Versiegen der französischen Kredite gekommen sei.³⁸³ Ab 1932 unternahmen Vorstandsmitglieder der Deutschen Gruppe des MWT und der I.G. Farben in

Brandi und Poensgen. Einfluß nahmen auch die I.G. Farben und die Vereinigten Stahlwerke. Darüber hinaus verfügten die Herausgeber über eine enge Verbindung zu Hjalmar Schacht. Ab Anfang 1931 übernahm der Herausgeber der "Führerbriefe", Reuter, zusätzlich die Leitung des Presse- und Propagandaausschusses des MWT. Die "Deutschen Führerbriefe" hatten eine stetig anwachsende Zahl von Lesern, die Abonnenten sein mußten, da die Korrespondenz nicht öffentlich erhältlich war. Zu ihrer Leserschaft gehörten neben Führungspersonen der Industrie, die oberen Reichswehrspitzen, Kabinettsmitglieder, führende Großagrarien, die Umgebung Hindenburgs etc. Journalisten waren vom Empfang ausgeschlossen. Die "Deutschen Führerbriefe" erschienen zweimal wöchentlich. Sämtliche Beiträge, abgesehen von den Leitartikeln, waren strikt anonym. Die Leser der "Deutschen Führerbriefe" zählten zu den bestinformierten Personen im Deutschland der dreißiger Jahre. (Vgl. Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur, a. a. O., S. 28; Berliner, E. (d. i. Kurt Gossweiler), Das monopolistische Problem der Massenbasis, die "Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1974, S. 155; Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 23.).

³⁸² Deutsche Führerbriefe, Die Konferenz von Stresa, 5. Jg., Nr. 77, 4. 10. 1932.

³⁸³ Vgl. Schubert an AA, 31. 8. 1932, nach Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 220.

Abstimmung mit der deutschen Regierung intensive Erkundungs- und Verhandlungsreisen nach Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Ihre Reiseberichte bildeten eine wichtige Grundlage für die in den kommenden Jahren abgeschlossenen Wirtschaftsverträge mit den südosteuropäischen Ländern.³⁸⁴

Trotz der Schrumpfung des deutschen Außenhandels im Verlauf der Weltwirtschaftskrise und der durch den verschärften Agrarprotektionismus verengten Einfuhrmöglichkeiten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, erwies sich die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes als das entscheidende Vehikel zur Zurückdrängung der französischen Vormachtstellung in Südosteuropa. Einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung bildete ein Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Bulgarien, den die deutsche Regierung am 24. Juni 1932 abschloß. Darin gewährte Deutschland Zollreduzierungen für Mais um 60%, Futtergerste um 50% und Weizen um 25% und verpflichtete sich, festgelegte Importkontingente dieser Produkte aus Bulgarien abzunehmen. Im Gegenzug garantierte die bulgarische Regierung Zollsenkungen (teilweise bis zu 50 Prozent) für deutsche Industrieprodukte. Das neue bilaterale Handelssystem wurde am 22. August 1932 durch ein deutsch-bulgarisches Clearingabkommen erweitert, das den Warenaustausch weitgehend auf einen devisenlosen Verrechnungsverkehr umstellte.³⁸⁵ Damit war der Weg zur "Ergänzungswirtschaft" beschritten. Zur umfassenden Realisierung des Großraumkonzepts fehlte jedoch noch die Zustimmung der deutschen Landwirtschaftsverbände.

6.2.8 Die Agrarkartellierung von 1923/33 als Voraussetzung deutscher Hegemonie in Südosteuropa

Um die angestrebte deutsche Hegemonie in Südosteuropa auf der Basis fester Lieferverträge für südosteuropäische Agrarprodukte gegen deutsche Industriewaren realisieren zu können, war innenpolitisch eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirt-

³⁸⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 176ff; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 219f.

³⁸⁵ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 155 u. 168-170; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 218; Hoppe, H.-J., Deutschland und Bulgarien 1918-1945, a. a. O., S. 605f.; ders., Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, a. a. O., S. 38.

schaft notwendig, da die Vertreter der deutschen Bauernschaft in den südosteuropäischen Agrarproduzenten unliebsame Konkurrenz sahen.³⁸⁶ Die deutsche Landwirtschaft hatte auf die internationalen Preissenkungen infolge der Weltwirtschaftskrise mit protektionistischen Maßnahmen gegen agrarische Importe reagiert. Eine Sperrung des deutschen Marktes für südosteuropäische Agrarprodukte drohte die Umsetzung des "Ergänzungswirtschaftskonzeptes" zu blockieren.

Für die Vermittlung einer Verständigung war die Deutsche Gruppe des MWT prädestiniert, versammelten sich unter ihrem Dach doch sowohl Vertreter der wichtigsten deutschen Industriekonzerne als auch der Landwirtschaft. Unter Federführung des schwerindustriellen Langnamvereins und der ostdeutschen Großagrарier entwickelte die Deutsche Gruppe des MWT 1932 das Konzept der "Agrarkartellierung", das unter der nationalsozialistischen Regierung als "Reichsnährstandspolitik" bekannt wurde. Die Deutsche Gruppe des MWT ging davon aus, daß die Großagrарier einer Verlagerung der deutschen Agrareinfuhr von Übersee nach Südosteuropa ohne Bedenken zustimmen könnten, da deren Produktionsstruktur eher in Konkurrenz zum kostengünstigen nord- und südamerikanischen Getreide stand. Umfangreiche Agrareinfuhren aus Südosteuropa erschienen dagegen für die Existenz vieler deutscher Kleinbauern bedrohlich. Um eine Blockade des "Ergänzungswirtschaftskonzeptes" durch deren Verbände zu vermeiden, sollten nach dem Plan der Agrarkartellierung Erzeugung und Verteilung der bäuerlichen Produkte nach Methoden industrieller Kartellpolitik zwangsweise organisiert werden. Jedem deutschen Bauern sollten Art und Menge seiner Produktion vorgeschrieben und der Absatz seiner Produkte auf staatliche Organe oder auf Zwangsgenossenschaften übertragen werden. Als Entschädigung für diese Einschränkungen wurden den Bauern feste Preise für ihre Erzeugnisse in Aussicht gestellt. Damit sollten sie gegen nachteilige Folgen der Einfuhrpolitik abgesichert werden. Ab Ende 1931 fanden zwischen Vertretern der Industrie und der Landwirtschaft unter Beteiligung maßgebender Regierungsbeamter intensive Beratungen über dieses Konzept statt. Im August 1932 einigten sich die Verbände der Schwerindu-

³⁸⁶ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 166.

strie und der Großagrariern auf das Programm der "Agrarkartellierung".

Diese Einigung bildete die Voraussetzung für die Realisierung einer festen agrarisch-industriellen "Ergänzungswirtschaft" zwischen den Ländern Südosteuropas und Deutschland. Die Agrarkartellierung erlaubte der deutschen Regierung das Mittel preisgeschützter und beliebig differenzierbarer Kontingentierung einzusetzen. Für die Abnahme der südosteuropäischen Getreideüberschüsse wollte die deutsche Wirtschaft als "Gegenleistung" das Monopol auf die Industrialisierung dieser Länder gewinnen, um diese in ihrem Sinne lenken bzw. einschränken zu können. Ohne die Staaten Südosteuropas direkt zu annektieren, sollten sie eine unausweichliche Abhängigkeit zu Deutschland gebracht werden, so daß die deutsche Wirtschaft nach Bedarf über ihre Rohstoffe, Ernten, Energiequellen, Transportmittel, Post und Verwaltungseinrichtungen bestimmen und verfügen sowie ihre industriellen Produktionseinrichtungen und ihre landwirtschaftliche Anbaupolitik lenken könnte.³⁸⁷ Dabei galt deutschen Planern eine Eindämmung der südosteuropäischen Industrialisierung als Voraussetzung für die langfristige Etablierung der "Ergänzungswirtschaft". Da die Industrialisierung Südosteuropas in den zwanziger Jahren vor allem auf der Basis von Anleihen aus Frankreich und Großbritannien forciert worden war, die infolge der Weltwirtschaftskrise versiegten, waren die Bedingungen für eine Deindustrialisierung und das Konzept der Ergänzungswirtschaft günstig.

Wiskemann forderte 1932 in einem später publizierten Vortrag vor der Deutschen Gruppe des MWT, es müsse verhindert werden, daß die südosteuropäischen Staaten "einfach beliebige Industrien aus dem Boden stampfen."³⁸⁸

Hatte der Mangel an ausreichendem Kapital sich bisher als Hindernis einer wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands in Südosteuropa erwiesen, so ermöglichten das Projekt der Agrarkartellierung und die bargeldlosen Präferenzverträge einen Ausweg.

Die von der Deutschen Gruppe des MWT vorbereitete Einbindung der Landwirtschaftsverbände in die staatlich organisierte Großraum-

³⁸⁷ Vgl. Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus, Berlin, 1992, S.77, 81 u 104; Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 166.

³⁸⁸ Wiskemann, Erwin, Mitteleuropa. Eine deutsche Aufgabe, Berlin 1933, S. 65.

wirtschaft erfolgte endgültig nach der Demissionierung Hugenberg vom Posten des Landwirtschaftsministers am 26. Juni 1933. Hugenberg, der sich als Protektor der deutschen Landwirtschaft sah und dafür eintrat, den deutschen Markt über ein partielles Mengenkontingentsystem für ausländische Agrarerzeugnisse einzunengen, trat auf Drängen der Industrieverbände zurück. Nach seinem Rücktritt und der von der nationalsozialistischen Regierung vorgenommenen Gleichschaltung der Bauernverbände war der Weg für eine Öffnung des deutschen Marktes für südosteuropäische Agrarprodukte frei. Hugenbergs Nachfolger Walter Darré stand für das Konzept der Agrarkartellierung. Auf Grundlage des "Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregulierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse" vom 13. September 1933 und weiteren Verordnungen erfolgte eine totale staatsmonopolistische Regulierung der Produktion, des Absatzes, der Be- und Verarbeitung und des Konsums landwirtschaftlicher Produkte. Die deutsche Regierung konnte nun den Inlands- und Einfuhrbedarf an landwirtschaftlichen Produkten vorausplanen und damit längerfristige handelspolitische Vereinbarungen treffen. Darüber hinaus war es jetzt möglich, den Preis für landwirtschaftliche Produkte so gering wie sozialpolitisch vertretbar zu halten und vorrangig solche landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu importieren, die für die auf Krieg ausgerichtete Wirtschaft unentbehrlich waren (u. a. Futtermittel, tierische und pflanzliche Fette, Faserstoffe). Der Machtantritt der NSDAP und die Etablierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ermöglichte somit die Gleichschaltung der agrarischen Interessengruppen, die eine wesentliche Voraussetzung zur Durchsetzung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts" bildete.³⁸⁹ Der Plan der Agrarkartellierung entstand jedoch nicht erst 1933 in Kreisen der NSDAP, er wurde, wie dargestellt bereits 1932 von der Deutschen Gruppe des MWT, d. h. von den maßgeblich am Südosteuropageschäft interessierten deutschen Industrieverbänden entwickelt. Ebenfalls bereits 1932 entwarf die Deutsche Gruppe des MWT ein Memorandum zu einer territorialen "Neuordnung" Südosteuropas.

³⁸⁹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 201-208; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 24f. u. 31.; Basch, The Danube Basin and the German Economic Sphere, a. a. O., S. 43.

6.2.9 Der deutsche Plan einer territorialen Aufteilung Südosteuropas von 1932 und die Unterstützung des Separatismus

Die nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommenen neuen Grenzziehungen in Ost- und Südosteuropa waren in Deutschland, wie dargestellt³⁹⁰, auf Ablehnung gestoßen. Besonders Jugoslawien und die Tschechoslowakei galten der deutschen Publizistik als "künstliche" "völkisch inhomogene" Staatsgebilde. Neben der dieser Auffassung zugrundeliegenden völkischen Ideologie, die das Zusammenleben verschiedener "Völker" in einem Staat als "unnatürlich" ausschließt, speiste sich diese Haltung aus dem Bestreben, die in der Kleinen Entente zusammengeschlossenen "Siegerstaaten" des Ersten Weltkrieges Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Rumänien durch Separierung politisch zu schwächen, um sie leichter der angestrebten deutschen Großraumordnung unterwerfen zu können. Darüber hinaus wurde in Deutschland darüber geklagt, daß die herrschenden Kreise der als "orientalisch" und rückständig abqualifizierten Staaten Serbien und Rumänien in den Grenzen vor 1918 nach den Grenzziehungen der Pariser Friedensverträge die Herrschaft über die "westlichen Gebiete" Slowenien, Kroatien, Vojvodina, Banat und Siebenbürgen übernommen hätten. "Orient" und "Okzident", d. h. die alten Gebiete des Osmanischen und Habsburger Reiches, sollten langfristig wieder voneinander getrennt werden.³⁹¹ Nicht zuletzt sollte durch eine Aufteilung von Einflusssphären ein Widerstand der faschistischen Regierung Italiens gegen eine deutsche Hegemonie über Teile Ost- und Südosteuropas vermieden werden. Zu diesem Zweck wurde der Mussolini-Regierung im Oktober 1932 ein "Südosteuropa-Memorandum", übergeben, ein "inoffizielles" Papier, das von der Deutschen Gruppe des MWT gemeinsam mit der Reichswehr und dem Auswärtigen Amt ausgearbeitet worden war. Das Memorandum zielte auf einen gewaltsamen Umsturz der Staatenordnung in Südosteuropa. Es enthielt ein ausführliches Programm einer Aufteilung dieses Gebietes zwischen Deutsch-

³⁹⁰ Siehe in dieser Arbeit S. 332.

³⁹¹ Vgl. Der Süd-Ostraum. in: Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 10, Heft 8, 1933, S. 456; Schuhmacher, Rupert von, Der Strukturwandel des Südostraumes, in: Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 11., Heft 9, 1934, S. 540ff.

land und Italien. Im Zentrum der Planung stand der jugoslawische Staat. Er sollte auf das frühere Serbien und Montenegro beschränkt werden. Aus den im Norden abgesprengten Teilen sollte ein selbständiger kroatisch-slowenischer Staat gebildet werden, dessen Grenzen gegen Serbien gemäß der alten Grenze zwischen dem west- und oströmischen Reich, den Flüssen Drina und Save verlaufen sollte. Zur Aufspaltung Jugoslawiens setzten die Regierungen Deutschlands und Italiens auf die faschistische kroatische Ustascha-Bewegung. Eine entsprechende Aufspaltung Rumäniens sollte durch künstlich geschürte Aufstandsbewegungen der Siebenbürger Deutschen und Ungarn erfolgen. Auf diese Weise sollte Rumänien auf das Staatsterritorium aus der Zeit vor 1918 beschränkt werden, das als "Altrumänien" bezeichnet wurde. Aus den abgespaltenen nördlichen Teilen sollte ein selbständiges Transsylvanien (Siebenbürgen) entstehen. Die deutsche Regierung erkannte im Memorandum einen Länderkomplex, bestehend aus Serbien, Altrumänien, ein um Teile Makedoniens vergrößertes Bulgarien und Griechenland als Interessensgebiet Italiens an. Dafür sollte Italien der Bildung einer deutsch-österreichischen Zollunion zustimmen und sich jeglicher Einflußnahme an einer künftigen Neugliederung der Tschechoslowakei und Polens enthalten. Zwischen den beiden Einflußsphären sollte aus Ungarn und den neu zu schaffenden Staaten Kroatien-Slowenien und Transsylvanien eine "Donau-Föderation" gebildet werden, als gemeinsames deutsch-italienisches Interessengebiet, für das ein System von gleichgewichtigen Handelskontingenten, Kapitalbeteiligungen und Zollpräferenzen vorgesehen war.

Mussolini erklärte sich bereit, das Memorandum als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren. Die deutsche Seite ging davon aus, so der Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT Hahn, daß Deutschland nach ein paar Jahren des vorgesehenen zweiseitigen Regimes die Italiener mit Leichtigkeit "aus dem viel zu großen Schuh herauskippen" und sich dann die ausschließliche Hegemonie über Südosteuropa sichern könne. Es käme deshalb nicht so sehr darauf an, was Deutschland ihnen jetzt verspreche.

Ebenfalls noch vor der Regierungsübernahme der NSDAP begann in Deutschland die Unterstützung der separatistischen kroatischen Ustascha-Bewegung. Krupp, die I.G. Farben und die Stahlverein-

Gruppe bildeten eine Aktionseinheit mit dem Generalstab. Während Krupp in den Jahren 1932 und 1933 separatistische Aufstände und Anschläge der kroatischen Ustascha-Terroristen gegen die jugoslawische Regierung finanzierte, lieferte die Abteilung "Abwehr" im Reichswehrministerium die Waffen und die militärischen Instruktionen und übernahm die Verhandlungen mit politischen Parteien und Vertretern der separatistischen Bewegung. In der Geschäftsstelle der Deutschen Gruppe des MWT gingen Verbindungsleute des Ustascha-Führers und späteren kroatischen Präsidenten Pavelic ein und aus.³⁹² Gleichzeitig gestattete die Mussolini-Regierung der Ustascha die Unterhaltung von Ausbildungslagern auf italienischem Gebiet. Am 9. Oktober 1934 übernahm die Ustaschabewegung gemeinsam mit der separatistischen mazedonischen Gruppe IMRO die Verantwortung für die Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander. Das Attentat erfolgte in Marseille während eines Staatsbesuchs des jugoslawischen Regenten in Frankreich. Ein weiteres, nicht zufälliges Opfer des Attentates wurde der französische Außenminister Barthou. Er hatte sich als Vertreter eines multilateralen Sicherheitssystems unter Einschluß der Sowjetunion und der südosteuropäischen Staaten gegen die von Deutschland ausgehende Kriegsgefahr exponiert. Schon kurze Zeit nach dem Attentat tauchte in der internationalen Diskussion der Verdacht auf, daß die deutsche Regierung hinter den Attentätern stehe.³⁹³

³⁹² Hier finden sich deutliche Parallelen zur Unterstützung kroatischer und kosovo-albanischer Separatisten durch den deutschen Geheimdienst in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts. (Vgl. Schmidt-Eenboom, Erich, Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995, S. 211ff.; ders., Interview in: konkret, Hamburg, Nr. 7/1999).

³⁹³ Vgl. Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus, a. a. O., 68f. u. 104; ders., Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 74ff.; ders., Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, a. a. O., S. 21.; Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 194. Zu den Einzelheiten des Attentats: Milicevic, V., A king dies in Marseille, Bad Godesberg 1959.

6.3 Südosteuropa als "Informal Empire" des nationalsozialistischen Deutschland 1933-1939

Der Machtantritt der NSDAP am 30. Januar 1933 bedeutete keinen Bruch in der Ausrichtung und Zielsetzung der deutschen Südosteuropapolitik. Die zunächst mit wirtschaftlichen Methoden forcierte deutsche Südosteuropaexpansion unter der Hitler-Regierung folgte ganz den Bahnen des wilhelminischen Imperialismus und den Südosteuropa-Plänen der späten Weimarer Republik. Das ab 1929/30 formulierte Konzept der Großraumwirtschaft mit Südosteuropa als "Ergänzungsraum" für Rohstoffe und Agrarprodukte bildete eine wesentliche Grundlage der nationalsozialistischen Außenhandelspolitik.¹ Durch die diplomatischen und handelspolitischen Aktivitäten in der Weimarer Republik waren die Ausgangspositionen bereits bezogen, von denen aus die Wirtschaft der südosteuropäischen Länder in den folgenden Jahren dem auf Krieg ausgerichteten deutschen Staat unterworfen wurde. Dabei entfalteten die alten wilhelminischen Führungsschichten nach 1933 weiterhin ihren Einfluß in der Wirtschaft und der Wehrmachtsführung.² Die Planer deutscher Außenpolitik im Auswärtigen Amt und in der Reichswehr fingen 1933 dort an, wo im Ersten Weltkrieg aufgehört worden war.³ Die nationalsozialistische "Großraumwirtschafts"- und "Lebensraum"- Ideologie folgte der Tradition, die bei Friedrich List und der Paulskirchenversammlung ihren Anfang nahm und sich u. a. über Paul de Lagarde, den Alldeutschen Verband und den Naumann-Kreis bis zur in den zwanziger Jahren etablierten deutschen Geopolitik fortsetzte. Vorhandene "Mitteleuropa"- und "Lebensraum"-Konzepte wurden in der nationalsozialistischen Periode durch eine sozialbiologisch-rassistische Aufladung und die Bereitschaft zu militärischer Expansion radikalisiert. Zum wesentlichen Mittel der bis 1939 zunächst "friedlichen" ökonomischen

¹ Vgl. Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 5; Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 21.; Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 329.

² Vgl. Wendt, Bernd-Jürgen, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, in: Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Hirschfeld, Gerhard/Kettenacker, Lothar, Stuttgart 1981, S. 425.

³ Vgl. Messerschmidt, Manfred, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, herausgegeben von Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette, Stuttgart 1979, S. 554f.

Eroberung Südosteuropas und der Errichtung eines "Informal Empire" wurde die 1931/32 maßgeblich in den Kreisen der Deutschen Gruppe des MWT entwickelte Konzeption der Präferenzverträge und Kompensationsgeschäfte.⁴

Im März/April 1933 fanden zwischen der Deutschen Gruppe des MWT und führenden NSDAP-Politikern Verhandlungen über die zukünftige Südosteuropapolitik statt. Dabei wurde festgestellt,

"daß nunmehr die Richtung der offiziellen Handels - und Außenpolitik sich vollkommen deckt mit den allgemeinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zielen der Deutschen Gruppe des MWT."⁵

Ausgehend von dieser Übereinstimmung erklärten die NSDAP-Vertreter, "daß die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes" auf dem vom MWT "beschrittenen und empfohlenen Wege eine unbedingte Notwendigkeit ist".⁶

Auch auf der Ebene der Staatsbürokratie gab es auf den Schlüsselstellen der deutschen Südosteuropapolitik keine wesentlichen Veränderungen. Im Auswärtigen Amt blieben Staatssekretäre und Beamte tätig, die bereits in der Weimarer Republik die Linie der Präferenzverträge mit den südosteuropäischen Staaten verfolgt hatten.⁷ Besonders deutlich zeigte sich die Kontinuität in der Person Hjalmar Schachts⁸, der bereits während des Ersten Weltkrieges als Mitglied des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa"

⁴ Vgl. Schröder, Hans-Jürgen, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands 1933-1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 23(1975), S. 96.; Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 329f.

⁵ Rundschreiben der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 10. 4. 1933, zit. nach Nestler/Schumann, Welt-herrschaft im Visier, a. a. O., Dok. 88, S. 232f.

⁶ Vgl. ebenda.

⁷ Dazu gehörten u.a. Ministerialdirektor Posse vom Wirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Ritter vom Auswärtigen Amt und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Wilhelm von Bülow. (Vgl. Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 162; Mitrovic, Ergänzungswirtschaft; The Theory of an integrated economic area of the third reich and southeast europe (1933-1941), in: The Third Reich and Yugoslavia, 1933-1945, edited by the Institute of Contemporary History, Belgrade 1977, a. a. O., S. 18). Als Vertreter des Großraumwirtschaftskonzepts mit Südosteuropa als deutschen Rohstoff- und Agrarlieferanten zeigte sich Posse u. a. in seinem Artikel: Deutschland und der Südosten Europas, in: Deutscher Aussenhandel, Berlin, 36. Jg., Nr. 12, 19. 3. 1936.

⁸ Lebenslauf im Anhang.

die deutsche Südosteuropaexpansion mitbestimmt und in der Weimarer Republik von 1923-1930 als Reichsbankpräsident die deutsche Finanzpolitik geprägt hatte. Im Frühjahr 1933 ernannte Reichskanzler Hitler Schacht erneut zum Reichsbankpräsidenten. Im Sommer 1934 erhielt er darüber hinaus den Posten des Reichswirtschaftsministers.⁹ Sein "Neuer Plan" von September 1934 bildete das wesentliche wirtschaftspolitische Instrument zur dauerhaften Anbindung der südosteuropäischen Staaten bis 1939. Die wissenschaftliche Förderung und Begleitung der Südosteuropaexpansion übernahmen auch nach dem Regierungsantritt der NSDAP weiterhin das Leipziger Institut für "Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung", das "Mitteleuropa-Institut" Dresden und das Münchner Südost-Institut.

Auf der Ebene der Publizistik führten u. a. die "Zeitschrift für Geopolitik" und das Propagandablatt "Volk und Reich" die öffentliche Verbreitung und Legitimierung der geplanten Anbindung des deutschen "Ergänzungs- und Lebensraumes" Südosteuropa fort.

Bereits im Februar 1933 erschien in der Zeitschrift "Volk und Reich" ein Artikel mit dem Titel "Weltpolitik oder Raumpolitik", dessen Empfehlungen sich in der Retroperspektive wie ein Stufenplan der nationalsozialistischen Südosteuropapolitik bis 1939 lesen. Als Antwort auf die Wirtschaftskrise nahm er den alten Gedanken eines "mitteleuropäischen" Wirtschaftsblocks unter deutscher Führung wieder auf. Da Deutschland aufgrund fehlender Ressourcen nicht zu voller Autarkie in der Lage sei, müsse es "expansiv-autark" sein und "sich seinen Rohstoff- und Absatzraum" planmäßig organisieren." Um dies durchzusetzen, sei von deutscher Seite alles daran zu setzen, einen Wirtschaftsaufschwung in "Mitteleuropa" als Folge einer Erholung der Weltkonjunktur zu verhindern. Es solle statt dessen noch versucht werden, die dortige ökonomische Krise weiter zu verschärfen, "damit vor allem die französische Entente auseinanderbricht." Das dadurch entstehende politische Vakuum in "Mitteleuropa" könne von der deutschen Politik unter primärer Nutzung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgenutzt werden. "Nötigenfalls mit drastischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen" müsse den "mitteleuro-

⁹ Vgl. Radkau, Joachim, Von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zur Gegenwart, in: Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim, Deutsche Industrie von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 329.

päischen" Staaten vor Augen geführt werden, daß sie auf Deutschland angewiesen seien. Die deutsche Politik solle dann "kühl den Zeitpunkt abwarten", an dem die Not so groß sei, daß die Regierungen Südosteuropas "mürbe werden und einer vernünftigen Neuordnung der politischen Verhältnisse" zustimmen. Dann könne ein "großzügiger Absatz- und Wirtschaftsraum" nach deutschen Vorstellungen errichtet werden.¹⁰

Dasselbe Ziel verfolgte weiterhin der Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT, Max Hahn. Bereits im März 1933 betonte er in einer Veröffentlichung: "Der Präferenzgedanke in der Handelspolitik marschiert". Ende desselben Jahres überschrieb er einen Artikel mit den Worten "Importverlagerung als vordringliche Aufgabe der deutschen Handelspolitik". Hahn plädierte in seinen öffentlichen Stellungnahmen 1933/34 für eine entschlossene und energische Konzentration der deutschen Wirtschaft auf den europäischen Kontinent, und zwar vor allem "auf seinen mitteleuropäischen Bereich". Dabei sei keineswegs ein langfristiger Verzicht auf Übersee-Absatz vorgesehen. Vielmehr müsse die deutsche Wirtschaft, um zum offenen Welthandel zurückzukehren, einen Umweg einschlagen, "eben den Umweg über den Wiederaufbau gesunder wirtschaftlicher Einheiten in Gestalt von Großraumgebieten." Vor allem Agrarprodukte und Rohstoffe solle Deutschland statt bisher aus Übersee aus dem angestrebten Großraum beziehen. Dabei habe Deutschland neben Nahrungsmitteln und mineralischen Rohstoffen heute einen verstärkten Zuschußbedarf an Futtermitteln, Fettrohstoffen und Faserstoffen. Zur Gruppe der umzulagernden Agrarprodukte zählte Hahn Weizen, Mais, Gerste, Leinsaat, Sojabohnen, Ölkuchen, Wolle und Obst, zu den Rohstoffen vor allem Erdöl, Kupfer, Blei, Chrom und Zink. All diese Gütern könnten aus der Türkei und den Balkanländern bezogen werden. Für den angestrebten Großraum lägen die "natürlichen Voraussetzungen" zwischen Deutschland und den Ländern Südosteuropas "bei weitem am günstigsten". Deshalb sei es notwendig und heute unbestritten, daß Deutschland mit allen Mitteln der Handels- und Devisenpolitik systematisch darauf hinwirken müsse, agrarische Produkte und Rohstoffe aus diesen Ländern zu beziehen.¹¹

¹⁰ Vgl. Siewert, Wulf, Weltpolitik oder Raumpolitik, in: Volk und Reich, 9. Jg, Heft 2/1933, S. 143-150.

¹¹ Vgl. Hahn, Max, Deutschland und der Donauraum, in: Ruhr und Rhein, 14. Jg., Heft 12, 24. 3. 1933, S. 197ff., ders., Import-

Auf politischer Ebene fanden diese Ziele unter der Regierung Hitlers einen ersten Ausdruck in der Denkschrift "Die außenpolitische Lage Deutschlands", die der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bülow, der über enge Verbindungen zu den Schwerindustriellen Krupp und Stumm verfügte¹², am 11. März 1933 Reichswehrminister von Blomberg vorlegte. Nachdem er dessen volles Einverständnis gefunden hatte, sandte er sie zwei Tage später an Außenminister von Neurath¹³. In der Denkschrift hieß es, die deutsche Politik müsse sich gegenüber den Staaten der Kleinen Entente zum Ziele setzen, ihre Bindung an Frankreich möglichst zu lockern. Durch eine Öffnung des deutschen Absatzmarktes könne die Außenpolitik dieser Länder vor dem Hintergrund ihrer katastrophalen Wirtschaftslage maßgeblich beeinflußt werden. Auf diesen politischen Erwägungen beruhe die deutsche Politik der wirtschaftlichen Unterstützung der unteren Donaufürstentümer (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien), die in der Bereitwilligkeit zur Gewährung von Getreidepräferenzen zum Ausdruck komme. Die 1932 eingeschlagene Südosteuropapolitik sei deshalb fortzusetzen und im Rahmen des Möglichen durch Steigerung des Warenaustausches mit den genannten Staaten zu gestalten.¹⁴

Auf diese Überlegungen Bülows stützte sich Außenminister Neurath, als er dem Kabinett Anfang April 1933 Vorschläge zur deutschen Südosteuropapolitik unterbreitete.¹⁵ Diese beinhalteten das

verlagerung als vordringliche Aufgabe der deutschen Handelspolitik, in: Der deutsche Volkswirt. Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Berlin, 8. Jg., 22. 12. 1933, S. 510ff.; ders., Wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Südosten, in: Europäische Revue, Stuttgart, 10/1934, S. 487ff.

¹² Vgl. Schumann, Wolfgang/Seckendorf, Martin, Richtung Südost - Politik und Wirtschaft in Vorbereitung der ersten deutschen Aggressionen: Österreich/Tschechoslowakei 1938-1939 (eine Fallstudie), in: Nestler, Ludwig (Hg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg, Berlin 1990, S. 255.

¹³ Neurath (1921-1930 deutscher Botschafter in Italien), ein überzeugter "Mitteleuropäer", war bereits unter der Regierung Papen zum Außenminister ernannt worden. (Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 219).

¹⁴ Schreiben von Bülow an von Neurath, 13. 3. 1933, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 185ff.; Die Denkschrift vom 13. 3. 1933 ist auch abgedruckt in: Wollstein, G., Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Jg. 13, 1973/1, S. 83-95.

¹⁵ Vgl. Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 7. April 1933, in: ADAP, Serie C, Band 1, Göttingen 1971, S. 258.

keineswegs neue Modell der Gewährung von Zollpräferenzen für die Exporte der Donauanliegerstaaten, insbesondere Jugoslawiens und Rumäniens, um auf diese Weise einen Keil in die Entente-Staaten zu treiben und die deutsche Position in Südosteuropa zu stärken.¹⁶ Noch umfassender und weitreichender wurde die einzuschlagende Außenhandelspolitik der nationalsozialistischen Regierung in einem Memorandum dargelegt, daß eine Expertengruppe aus verschiedenen Regierungsstellen im Mai 1933 für Reichskanzler Hitler erstellte. Darin forderten die Regierungsbeamten die Sicherung eines großen Wirtschaftsgebietes, in dem Deutschland zum dominierenden Faktor werden solle. Dieses Gebiet müsse von Nordwest- bis nach Südosteuropa reichen und die Staaten Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien einschließen. Die Randnotizen weisen darauf hin, daß dieses Dokument von Hitler eingehend studiert wurde.¹⁷

Auf einer Sitzung des Reichskabinetts vom 4. Oktober 1933 wurde beschlossen, von nun an den Schwerpunkt der deutschen Handelspolitik auf Südosteuropa zu konzentrieren. Dabei sollte nach dem "Grundsatz der Reciprozität", d. h. auf der Grundlage des 1931/32 maßgeblich von der Deutschen Gruppe des MWT entwickelten "Ergänzungswirtschaftskonzeptes" mit bilateralen Präferenzen verfahren werden.¹⁸

Die Übernahme dieser Konzeption durch die NSDAP zeigte sich auch in einer als "streng vertraulich" ausgewiesenen Aufzeichnung der Abteilung Süd-Ost des Außenpolitischen Amtes (APA) der NSDAP vom 27. Oktober 1934.¹⁹ Die Autoren wollten "Ansatzpunkte, die einen erfolgreichen Kampf Deutschlands im Süd-Ostraum gewährleisten können", benennen. Das Schreiben sollte sowohl als Sofortprogramm als auch als "Programm für sehr lange Sicht" verstanden werden. Im Zentrum stand die Forderung, daß Südosteuropa deut-

¹⁶ Vgl. Elvert, *Der Balkan und das Reich*, a. a. O., S. 159.

¹⁷ Vgl. Mitrovic, *Ergänzungswirtschaft*, a. a. O., S. 20f.

¹⁸ Vgl. Protokoll der Kabinettsitzung vom 4. 10. 1933, nach Sekkendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 189; Schumann/Seckendorf, *Richtung Südost*, a. a. O., S. 257.

¹⁹ Nach Angaben von Elvert wurde die Aufzeichnung im Sommer und Herbst 1934 von Georg Ferdinand Duckwitz, dem Leiter der Abteilung Süd-Ost des Außenpolitischen Amtes der NSDAP angefertigt. Das Außenpolitische Amt stand unter der Leitung von Alfred Rosenberg. (Vgl. Elvert, *Der Balkan und das Reich*, a. a. O., S. 158).

sches Einflußgebiet werden und "das unnatürliche Paktsystem Frankreichs und Italiens(...) durch eine aktive deutsche Außenpolitik (seiner) beschleunigten Selbstauflösung entgegensehen" müsse. Dabei gelte Südosteuropa für Deutschland vor allem als "wirtschaftliches Aufmarschgebiet." Für jedes einzelne südosteuropäische Land skizzierten die Autoren einen deutschen Operationsplan. Bezüglich Jugoslawiens riefen sie die deutsche Regierung zu einer engen Zusammenarbeit mit hohen militärischen Kreisen des Landes auf, um den Staat von Frankreich und Italien zu entfremden. Auf wirtschaftlicher Seite solle Deutschland dem jugoslawischen Staat Abnahmegarantien für seine hauptsächlich landwirtschaftlichen Produkte geben. Die wirtschaftliche Bindung müsse so weit gehen,

"daß eine Umstellung Jugoslawiens auf andere Märkte erschwert, wenn möglich undurchführbar gemacht wird".²⁰

Währenddessen sei Bulgarien auf wirtschaftlichem Gebiet bereits von Deutschland abhängig. Die deutsche Politik nütze diese Abhängigkeit jedoch bisher zu wenig aus. Hier sei der Abschluß eines langfristig bindenden Handelsvertrages anzustreben, der

"dem Lande Fesseln anlegt, aus denen es sich nicht wieder befreien kann (...) auf diesem Wege ist die Eindringung in die wesentlichen Positionen des bulgarischen Staates möglich".²¹

In Rumänien solle die deutsche Außenpolitik auf eine Stärkung der Stellung des Königs und eine Kooperation mit den militärischen Kreisen hinarbeiten. Das Land müsse isoliert, d. h. aus allen anderen Bündnissen herausgelöst werden. Ein erfolgversprechender Einsatzpunkt läge in der Intensivierung des deutschen Handelsverkehrs mit Rumäniens, da letzteres Absatzmärkte für seinen Überfluß an Agrarprodukten suche. Dabei solle Deutschland sich nicht nur das rumänische Getreide sichern, sondern auch jenen Rohstoff, den es sonst nur auf dem "unsicheren Überseeweg" erhalten könne: Erdöl. Rumänien werde bereit sein,

²⁰ Aufzeichnung der Abteilung Süd-Ost des Außenpolitischen Amtes (APA) der NSDAP, "Politik im Süd-Osten" 27. 10. 1934, zit. nach Nestler/Schumann, Weltherrschaft im Visier, a. a. O., Dok. 90, S.234ff u. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S.189.

²¹ Ebenda.

Deutschland gegen entsprechende Zusicherungen für die Abnahme landwirtschaftlicher Produkte, auch diesen Rohstoff auf dem Verrechnungsweg zu liefern. Ein bargeldloser Erdölbezug war für das auf dem Devisenmarkt kaum handlungsfähige Deutschland in den dreißiger Jahren von großer Bedeutung.

Zur Gesamtperspektive der deutschen Südosteuropapolitik wurde in der Aufzeichnung erklärt, Deutschland dürfe nicht versuchen, seine Ziele im Frontalangriff zu realisieren. Die Langzeitkonzeption werde dadurch begünstigt, "daß die Zeit für Deutschland arbeitet und weiterhin arbeiten wird." Als wesentliche Hilfsmittel dieser Südosteuropapolitik nannte der Text die Außenhandelspolitik und "eine zielbewußte Kulturpolitik".

Abschließend hieß es:

"Werden diese Hilfsmittel richtig eingespannt, und besteht der Wille, die deutsche Außenpolitik nach den oben aufgezeigten Richtlinien im Süd-Osten zu handhaben, dann wird nicht Italien oder gar Frankreich der politische Gebieter des Süd-Ostraumes sein, sondern einzig und allein Deutschland".²²

Ein Beispiel für die Strategie der "zielbewußten Kulturpolitik" gab der Leiter des "Mitteleuropa-Instituts" Dresden im Juni 1934 in einem Brief an das Sächsische Wirtschaftsministerium. Darin erklärte er, welche Ziele mit dem Studium südosteuropäischer Studenten am "Mitteleuropa"-Institut verfolgt würden. Es gehe darum,

"an der Schaffung eines germanophil-aktiven Generalstabes zu arbeiten. Dieser soll zur Verbreiterung der deutschfreundlichen Grundstimmung in den Balkanländern beitragen, diese Grundströmung aktivieren und später weiterhin mit dem Mitteleuropa-Institut in Verbindung bleiben und zusammenarbeiten."²³

Der Schaffung eines "germanophil-aktiven Generalstabes" widmeten sich in den folgenden Jahren auch führende deutsche Wirtschaftskreise. 1935 organisierte der MWT im Auftrag verschiedener Unternehmen (u. a. Krupp, I.G. Farben, Siemens, Deutsche Bank, Dresdner Bank) unter dem Namen "Deutschland-Stiftung" ein groß-

²² Ebenda.

²³ Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 95.

angelegtes Programm, um junge Akademiker aus Südosteuropa durch ein monatliches Stipendium und den Erlaß der Studiengebühren für einen Studienaufenthalt an einer deutschen Bildungseinrichtung zu gewinnen. Auch der neugeschaffene Werberat der deutschen Wirtschaft²⁴ (dem auch die deutsche Regierung angehörte) beteiligte sich mit finanziellen Beiträgen von jährlich 200.000-300.000 Reichsmark an der "Deutschland-Stiftung".²⁵

Bis 1940 wurden 429 Stipendien an wissenschaftlichen Nachwuchs aus Südosteuropa vergeben. Von den Absolventen seien, wie in einem Bericht des Werberates befriedigt festgestellt wurde, bereits etwa 40 bis 50 in leitende Stellungen aufgerückt.²⁶ Bereits 1935 betrug der Anteil der bulgarischen Hochschullehrer, die an einer deutschen Universität studiert oder dort eine Spezialausbildung als Postgraduierte erhalten hatten, mehr als drei Viertel. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges gab es in der Universitätsbibliothek von Sofia mehr deutsche als bulgarische Bücher. Im Hinblick auf den hohen Anteil bulgarischer Studenten im nationalsozialistischen Deutschland, ist die Tatsache nicht unerheblich, daß der Leiter des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, SS-Gruppenführer und Generalleutenant Ewald von Massow seit 1934 zugleich Präsident der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft war.²⁷ Die "zielbewußte Kulturarbeit" in Richtung Südosteuropa erfolgte somit auf breiter personeller und institutioneller Basis.

²⁴ Dem Werberat der deutschen Wirtschaft gehörten auch mehrere Direktoren der IG-Farben an. (Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 176).

²⁵ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 230.

²⁶ Vgl. Wilmowsky, Aufgaben und Ziele des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: Wiener Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Wien, 2. 9. 1940, herausgegeben vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, o. O., o. J., nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 761.; Der Werberat der deutschen Wirtschaft im Jahre 1940, o. O., o. J., S. 53, nach Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 176.

²⁷ Vgl. Bohn, Thomas M, Bulgariens Rolle im "wirtschaftlichen Ergänzungsraum" Südosteuropa, in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 12, herausgegeben von Christoph Diekmann/ Horst Kahrs/Susanne Heim/Ahlrich Meyer, u. a., Berlin/Göttingen 1995, S. 125 u. 127.

6.3.1 Der "Neue Plan". Bilaterale Clearingverträge und ihre Folgen

Im Herbst 1934 erhob die deutsche Regierung das seit längerem propagierte Konzept der "Ergänzungswirtschaft" mit dem "Neuen Plan" von Wirtschaftsminister Schacht zum Prinzip ihrer künftigen Außenhandelspolitik. Den unmittelbaren Hintergrund dieses Planes bildete die sich verschärfende deutsche Devisenknappheit. Hatte der deutsche Handelsüberschuß 1932 noch bei ca. 1 Milliarde Reichsmark gelegen, so verminderte er sich 1933 bereits auf 667 Millionen RM. 1934 schloß die Handelsbilanz mit einem Defizit von 284 Millionen RM ab. Diese Entwicklung von einer aktiven zu einer passiven Handelsbilanz führte zu einem Rückgang der Devisenreserven, dem die Reichsbank zunächst mit einer ständigen Verschärfung der Devisenbewirtschaftung zu begegnen suchte.²⁸ Im Juni 1933 erließ sie ein Transferverbot, durch das alle Dienstleistungszahlungen in ausländischer Valuta untersagt wurden. Darüber hinaus setzte Schacht 1933 gegenüber ausländischen Gläubigern eine Reihe von Zahlungsmoratorien durch, Die offenen Zahlungen wurden bei der Reichsbank in einer "Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden" gesammelt. Auf diese Weise entstand eine Reihe von Spezial- und Sperrkonten, die für Exportzahlungen und Investitionen in deutscher Währung benutzt werden konnten. Die eingefrorenen Gelder erhielten die Bezeichnung "Sperrmark". Alternativ konnten die ausländischen Gläubiger ihre Schuldtitel an die Golddiskontbank, eine Tochtergesellschaft der Reichsbank zur Hälfte ihres nominellen Werts verkaufen. In diesem Fall wurden ihnen Devisen ausgezahlt. Trotz dieser Maßnahmen nahmen die Gold- und Devisenreserven der Reichsbank in den folgenden Monaten weiter ab, da Schacht eine Abwertung der Reichsmark, die deren Wechselkurs den abgewerteten Währungen Großbritanniens, der USA und der meisten Industriestaaten angepaßt hätte, kategorisch ablehnte. Obwohl Anfang 1934 die Devisenzuteilungen für Importzahlungen drastisch gekürzt und im März 1934 die bisherige Volumeneinschränkung der Devisenzuteilungen durch eine direkte Devisenkontrolle abgelöst wurde, nach der die Zuteilung von Devisen nur noch für besonders dringliche Zwecke erfolgte, sanken die deutschen Gold- und Devisenreserven im Juli

²⁸ Vgl. Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 73.

1934 auf einen Tiefstand von 78 Millionen Reichsmark. Auf diese Entwicklung reagierte die deutsche Regierung mit dem "Neuen Plan", den Schacht am 24. September 1934 verkündete. Er beinhaltete eine umfassende und direkte staatliche Kontrolle und Lenkung des Außenhandels. Jedes einzelne Importgeschäft mußte von nun an durch fünfundzwanzig nach Wirtschaftszweigen eingeteilte "Überwachungsstellen" bestätigt werden, und nur aufgrund dieser Bestätigung wurden dem Importeur die nötigen Devisen von der regionalen "Devisenstelle" zugeteilt.²⁹

Schacht zeigte sich fest entschlossen, unabhängig von der weltwirtschaftlichen Baisse den deutschen Konjunkturaufschwung durch eine dirigistische Außenhandelspolitik zu stabilisieren.

Dabei war der "Neue Plan" nicht nur als kurzfristige Reaktion auf die Devisenknappheit, sondern als Instrument für eine "planvolle Verlagerung" der deutschen Einfuhr vorgesehen. Er richtete den deutschen Außenhandel nach rüstungs- bzw. kriegswirtschaftlichen Prioritäten aus. In der Praxis hob der "Neue Plan" darauf ab, die Einfuhr von Fertigwaren und Konsumgütern weitgehend zu drosseln und statt dessen eine kontrollierte und langfristige Einfuhr von in Deutschland nicht oder nur in ungenügender Menge erzeugbaren Lebens- und Futtermitteln sowie rüstungsrelevanten Rohstoffen und Spezialgütern sicherzustellen. Der "Neue Plan" war Bestandteil eines großen Programms ökonomischer Kriegsvorbereitung. Über den Bedarf entschied letztlich der Staat. Dieser reglementierte von nun an den Import durch eine Dringlichkeitsliste für Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel und verfügte über deren Verwendung.³⁰

Der "Neue Plan" stellte den Außenhandel auf bilaterale Abkommen und Verrechnungsverträge um. Das wesentliche Prinzip der neuen Außenhandelspolitik bestand darin, daß Deutschland so viel wie möglich in Staaten kaufen sollte, die Rohstoffe und Agrarprodukte nach Deutschland liefern konnten, und die als Bezahlung deutsche Produkte akzeptierten. Mit solchen Ländern sollten Clearingverträge³¹ abgeschlossen werden.³²

²⁹ Vgl. Barkai, a. a. O., S.138f.

³⁰ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 254.

³¹ Clearing (= engl. Ausgleich). Die Clearing-Abrechnung verbreitete sich seit 1930 im Zusammenhang mit der Aufgabe der Goldwäh-

Die über den Landweg erreichbaren Staaten Südosteuropas waren dabei für Deutschland aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer Ressourcen an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus wehrpolitischen Gründen von großer Bedeutung, denn im Rahmen des "neuen Planes" sollten Handelspartner dort gesucht werden, "wo sie im Falle von Verwicklungen im Bereich der eigenen Waffen lagen".³³

Obwohl die Politik des "Neuen Planes" vor dem Hintergrund des "Devisenproblem"es initiiert wurde, auf die auch andere Regierungen mit einer Devisenaustauschkontrolle und dem Abschluß von Clearingverträgen reagierten, gelang es der nationalsozialistischen Regierung mittels der angewandten rigiden, totalitären und planwirtschaftlichen Methoden und unter Ausnutzung des Exportbedürfnisses der südosteuropäischen Staaten die devisenlosen Clearingverträge zur Durchsetzung des Großwirtschaftsraumkonzepts zu nutzen.³⁴

Clearingverträge beinhalteten die Verrechnung gegenseitiger Forderungen, so daß nur die Spitzen, d. h. der Überschuß der Forderungen über die Verpflichtungen oder umgekehrt durch Zahlung oder Gutschrift zu begleichen war. Ein Zwangsclearing, d. h. ein Eintreiben der Schulden, konnte daher nur von solchen Staaten mit Aussicht auf Erfolg verhängt werden, die im Austausch mit Deutschland eine passive Bilanz hatten, denn nur aus den Überschüssen der deutschen Forderungen an das Ausland konnten die alten Forderungen der jeweiligen Staaten befriedigt werden. Kurz nachdem 1934 erste Clearingvereinbarungen getroffen waren, forderte Wirtschaftsminister Schacht durch geheime Rundschreiben an die Verbände der deutschen Industrie dazu auf, die Importe aus den Clearingländern zu erhöhen und Exporte dorthin abzusichern. Hatten die Clearingländer deutsche Überschüsse einbehalten wollen, so standen sie nun unbezahlten deutschen Defiziten gegenüber, so daß der Clearinghandel für die deutsche Wirtschaft

rung in vielen Staaten und wurde besonders von Deutschland ausgebaut. (Vgl. Der Grosse Brockhaus, Wiesbaden 1953).

³² Vgl. Treue, Wilhelm, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1(1953), S. 47.

³³ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 259.

³⁴ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 145ff.

die Wirkung verdeckter Anleihen hatte.³⁵ Bereits Ende Dezember 1934 erreichten die deutschen Schulden im Rahmen aller Clearingverträge eine Summe von 450 Million RM, der größte Teil gegenüber Ländern Zentral- und Südosteuropas. Im März 1935 stieg diese Summe auf 567 Million RM. Unbeschadet dieser Schulden erreichte Deutschland im Handel mit den Clearingstaaten³⁶ als Großabnehmer von Agrarprodukten eine höhere Bewertung der Reichsmark als durch die einheimische Kaufkraft gerechtfertigt gewesen wäre. Dies implizierte eine relative Abwertung der anderen Währungen und niedrigere deutsche Importpreise. Die Überbewertung der Reichsmark beeinflusste nicht nur den Handel der Clearingländer mit Deutschland, sondern ebenso deren interne Preisentwicklung und ihren Außenhandel im allgemeinen.³⁷ Die hohen Preise, die die deutsche Seite auf dem Papier in den Clearingverträgen für Agrarprodukte und Rohstoffe zusicherte, beeinflussten das innere Preisniveau der südosteuropäischen Länder und verteuerten ihre Exportwaren so sehr, daß andere Staaten vom Kauf abgeschreckt wurden. Auch die Abwertung der südosteuropäischen Währungen gegenüber der Reichsmark, erschwerte den Handel Jugoslawiens, Bulgariens und Rumäniens mit anderen Staaten. Ihre Möglichkeiten für nichtdeutsche Importe zu bezahlen, verringerten sich.³⁸ Die Außenhandelspolitik des "Neuen Plans" erwies sich sowohl hinsichtlich der kurzfristigen Notlösungen als auch der langfristigen grundsätzlichen Zielsetzungen als erfolgreich. Kurzfristig gelang es, die notwendigste Einfuhr trotz der begrenzten Devisenlage sicherzustellen. Langfristig leiteten der "Neue Plan" und die Clearingverträge den angestrebten Strukturwandel in der Zusammensetzung des deutschen Außenhandels und seines geogra-

³⁵ Vgl. Mühlen, Norbert, *Der Zauberer. Leben und Anleihen des Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht*, Zürich 1938, S. 125ff).; Basch, a. a. O., S. 172.

³⁶ 1938 bestanden deutsche Clearingverträge mit Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Iran, Italien, Jugoslawien, Lettland, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, der UdSSR, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn und Uruguay. (Vgl. Mühlen, a. a. O., S. 122 u. 124).

³⁷ Vgl. Basch, a. a. O., S. 174ff.

³⁸ Vgl. Wiskemann, Elizabeth, *The "Drang nach Osten" continues*, in: *Foreign Affairs*, Volume 7, No. 4, July 1939, p. 767.; Seton, Watson, *Osteuropa zwischen den Kriegen*, a. a. O., S. 440; Heim, Susanne/Aly, Götz, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991, S. 336.

phisch-politischen Wirkungsbereiches ein. Die Einfuhr von Fertig- und Halbfertigwaren wurde ebenso wie die Ausfuhr von Rohstoffen erheblich eingeschränkt, wobei sich das Gewicht des deutschen Außenhandels offenkundig in Richtung Ost- und Südosteuropa verlagerte.³⁹ Der deutsche Import von verarbeiteten Produkten ging zwischen 1934 und 1937 um 63% zurück, während der Import von Erzen um 132%, von Erdöl um 116% und von Getreide um 102% anstieg.⁴⁰

Die Länder Südosteuropas wurden im Kontext des "Neuen Planes" zur wichtigsten Rohstoff- und Agrarprodukte-Basis der deutschen Wirtschaft. Das sich im "Neuen Plan" manifestierende bilaterale, devisenfreie Außenhandelssystem bildete das entscheidende Instrument zur wirtschaftlichen und politischen Durchdringung der südosteuropäischen Staaten von seiten Deutschlands. Auf seiner Grundlage wurde Südosteuropa zum langfristig gebundenen Exporteur jener agrarischen Rohstoffe, die Deutschland bis dahin gegen Devisen auf überseeischen Märkten gekauft hatte.⁴¹

Der "Neue Plan" zielte auf die Realisierung eines sich wechselseitig ergänzenden Güteraustausch zwischen dem hochentwickelten Industriestaat Deutschland und einem benachbarten Kreis zwar formal souveräner, aber politisch und ökonomisch von Deutschland jederzeit kontrollierbarer und abhängiger, industriell unterentwickelt gehaltener Rohstoff- und Agrarüberschußstaaten. Ziele waren ein hoher Grad an deutscher Selbstversorgung und eine blockadesichere Zufuhr industrieller Rohstoffe und Nahrungsmittel auch im Kriegsfall.⁴² Diese Außenhandelspolitik entsprach dem bereits im Kaiserreich und der späten Weimarer Republik propagierten "Ergänzungswirtschaftskonzept".

Die südosteuropäischen Länder hatten infolge des "Neuen Plans" in den dreißiger Jahren niemals die Möglichkeit ohne Beschränkungen in Deutschland zu kaufen und zu verkaufen. Ihr Außenhan-

³⁹ Vgl. Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 139ff.

⁴⁰ Vgl. Basch, a. a. O., S. 74, 82, 171. u. 180f; Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 261; Barkai, a. a. O., S. 135.

⁴¹ Vgl. Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 73f.

⁴² Vgl. Wendt, Bernd-Jürgen, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, in: Der "Führerstaat", a. a. O., S. 416ff. u. 426.

del wurde von Deutschland in jeder Beziehung kontrolliert und reglementiert. Mehr und mehr mußten sie ihre Produktion dem Bedarf der deutschen Kriegswirtschaft anpassen und unterordnen. Innerhalb des kontingentierten Clearingsystems konnte die deutsche Seite als ultima ratio immer mit einem partiellen oder völligem Einfuhrstop für einzelne Produkte oder mit einer "Überprüfung" der gesamten Wirtschaftsbeziehungen drohen. Durch das künstliche Hochtreiben der Preise im Rahmen des Verrechnungsverkehrs wurden die südosteuropäischen Staaten mehr und mehr aus dem Weltmarktsystem herausgelöst, mit dem Resultat, daß die deutsche Seite ihnen letztlich Austauschraten diktieren konnte. So wurden sie auf den Status informeller deutscher Kolonien degradiert.⁴³

Einen Modellfall der auf der Basis des "Neuen Planes" eingeleiteten neuen deutschen Außenhandelspolitik bildete das am 1. Mai 1934 unterzeichnete deutsch-jugoslawische Handelsabkommen. Es knüpfte an einem Clearingvertrag vom 13. September 1932 an. Maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung und dem Abschluß dieses und aller übrigen deutschen Abkommen mit den südosteuropäischen Staaten in den dreißiger Jahren war die Deutsche Gruppe des MWT.⁴⁴ Die deutsche Regierung gewährte im Vertrag von 1934 für zahlreiche jugoslawische Ausfuhrprodukte wie Pflaumen, Eier, Äpfel, Weizen, Mais und Schmalz Präferenzen, die durch eine von Deutschland zu leistende "geheime Rückvergütung" in Höhe von 7,7 Mio. RM sichergestellt wurden. Die jugoslawische Regierung verpflichtete sich zur Lieferung von 150.000 Tonnen Getreide und Fleisch im Rahmen des Verrechnungsverkehrs. Nach wiederholten Druck von deutscher Seite, lieferte sie in diesem Rahmen im Verlauf des Jahres 1934 sogar 173.000 Tonnen Fleisch und 105.000 Tonnen Getreide. Dabei erklärte sich die deutsche Regierung zu einer über den Weltmarktpreisen liegenden Bezahlung bereit. Da dies jedoch nicht in Freidevisen, sondern in der nur im bilateralen Austauschhandel geltenden Verrechnungsmark geschah, war der jugoslawische Staat gezwungen, seinen Einfuhrbedarf in Deutschland zu decken und zwar ebenfalls zu höheren als den

⁴³ Vgl. Basch, Antonin, *The Danube Basin and the German Economic Sphere*, New York, 1943, S. 3 u. 219ff.; Schröder, *Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936*, a. a. O., S. 30; Treue, *Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan*, a. a. O., S. 54.

⁴⁴ Vgl. Barche, *Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag"*, a. a. O., S. 1298.

Weltmarktpreisen. Je mehr der jugoslawische Staat somit im Rahmen des Clearinghandels nach Deutschland lieferte, desto weniger verfügte er über Devisen, desto weniger konnte er auf dem Weltmarkt kaufen und desto stärker war er dem nationalsozialistischen Deutschland ausgeliefert.⁴⁵ Der Vertrag verband erstmals ein Vollclearing mit besonderen Vorzugsabkommen.⁴⁶

Die eigentliche Bedeutung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages war nur aus den ca. 20 geheimen bzw. nicht publizierten Zusatzabkommen zu erkennen. Darunter fielen das erwähnte Verrechnungsabkommen und die Präferenzzusagen.⁴⁷ Das Auswärtige Amt bezeichnete das Abkommen als Vertrag "besonderer Art", da es über seinen eigentlichen handelspolitischen Inhalt hinaus besondere politische Bedeutung hätte und weil die Präferenzierung wegen des möglichen Einspruchs anderer Handelspartner nicht in den geheimen Zusätzen erschien.⁴⁸

In einem Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 21. Juni 1934 wurde die "politische und wirtschaftliche Bedeutung des Handelsvertrages mit Jugoslawien" hervorgehoben. Nun könnten handelspolitische Zusammenschlüsse Jugoslawiens mit anderen Ländern gegen den deutschen Willen verhindert oder zumindest erschwert werden. Das Auswärtige Amt zeigte sich überzeugt, daß die deutschen Zugeständnisse ausreichten, "um bei längerer Geltung des Vertrages den deutschen Markt für die jugoslawische Ausfuhr unentbehrlich zu machen". Auch für den deutschen Export nach Jugoslawien verspreche der Vertrag eine günstige Entwicklung. Bei der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Zugeständnisse würden die verschiedenen Kündigungsmöglichkeiten Deutschland in den Stand setzen, "erforderlichenfalls einen entsprechenden Druck auf Jugoslawien auszuüben."⁴⁹ Mit dem Vertrag verband die deutsche Regie-

⁴⁵ Vgl. Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S.26.; Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 158.

⁴⁶ Vgl. Krugmann, Robert W., Südosteuropa und Großdeutschland. Entwicklungs- und Zukunftsmöglichkeiten, Breslau 1939, S. 76.

⁴⁷ Vgl. Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S.78f.

⁴⁸ Vgl. Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 259.

⁴⁹ Vgl. Schreiben des AA (Ulrich) an deutsche Botschaft in Rom, 21. 6. 1934, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen, a. a. O., S.211. Der deutsch-jugoslawische Vertrag ist ohne die 19 in der Mehrzahl geheimen oder vertraulichen Zusatzvereinbarungen abgedruckt in: ADAP, Serie C, Bd. 3, S. 52ff. Die nichtveröffentlichten Teile finden sich in: PA/AA Bonn, Abt.II - Verträge, Jugoslawien, Nr. 4, Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Jugoslawien, abgeschlossen in Belgrad am 1.

rung das langfristige Ziel, die beiden nationalen Wirtschaften bezüglich der Erzeugung aufeinander abzustimmen, das heißt die jugoslawische Wirtschaft an den deutschen Bedürfnissen auszurichten. Der Vertrag galt allgemein als Musterbeispiel für die zukünftige deutsche Handelspolitik und als "Vorstufe für die vom Dritten Reich angebahnte großraumwirtschaftliche Entwicklung."⁵⁰ Infolge des Abkommens stieg der deutsche Anteil am jugoslawischen Gesamtimport von 13,9% im Jahre 1934 auf 32% im Jahre 1937. Der deutsche Anteil am jugoslawischen Gesamtexport erhöhte sich von 13,9% im Jahre 1933 auf 22% im Jahre 1937. Damit verdrängte Deutschland Italien aus der dominierenden handelspolitischen Stellung in Jugoslawien. Da den großen jugoslawischen Lebensmittel- und Rohstofflieferungen nur geringe deutsche Exporte gegenüberstanden, summierte sich das Reichsmark-Guthaben Jugoslawiens bis zum Juli 1937 auf 21. Mio. RM. Jugoslawien konnte diese Beträge nur durch Warenbezüge in Deutschland "auftauen" und zwar weitgehend unter den von deutschen Lieferanten gestellten Bedingungen. Dies führte dazu, daß Jugoslawien beim Import immer mehr von Deutschland abhängig wurde und bot den deutschen Firmen große Profitmöglichkeiten.⁵¹ Als stärkerer Handelspartner praktizierte Deutschland somit erfolgreich das "Prinzip der bewußten Verschuldung".⁵²

Als sich der Vorsitzende des jugoslawischen Regierungsausschusses Pilja bereits Anfang November 1934 bei der deutschen Gesandtschaft über das wachsende jugoslawische Guthaben auf dem Berliner Verrechnungskonto beklagte, wurde er mit der Bemerkung abgewiesen, "daß der Schwerpunkt der Angelegenheit auf der anderen Seite, d. h. bei den mangelnden Bezügen Jugoslawiens aus Deutschland liege". Die jugoslawische Regierung müsse die deut-

Mai 1934, 1. Band u. PA/AA Bonn, Handakten Clodius, Jugoslawien, Band 2, Abkommen über Zahlungen aus dem deutsch-jugoslawischen Warenverkehr vom 1. Mai 1934.

⁵⁰ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 260.

⁵¹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 213-215; Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, S. 83f.

⁵² Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 345.

sche Ausfuhr in stärkerem Maße als bisher stimulieren, dann würden alle Sorgen von selbst aufhören.⁵³

Erklärungen aus Belgrad, notfalls die Exporte nach Deutschland einzuschränken, mußten leere Drohungen bleiben, da Jugoslawiens Abhängigkeit von Deutschland beim Export der Mehrzahl seiner landwirtschaftlichen Produkte zu groß war und Frankreich und Großbritannien keine Alternative boten. Großbritannien hatte mit den Beschlüssen von Ottawa (1932) einen nahezu geschlossenen Wirtschaftsraum konstituiert, innerhalb dessen den Kolonien Präferenzen bei der britischen Einfuhr von Agrarprodukten gewährt wurden. Frankreich galt im landwirtschaftlichen Bereich als Selbstversorger und verfügte zudem über Kolonien. Als einzige kapitalistische Großmacht Europas ohne Kolonien war Deutschland dagegen in der Lage, große Mengen südosteuropäischer Agrar- und Rohstoffexporte abzunehmen.⁵⁴ So begann die jugoslawische Regierung nach Lösungen zu suchen, um die Importe aus Deutschland - in den Jahren 1934/35 in erster Linie Eisen- und Kupferwaren, Maschinen, chemisch-pharmazeutische Produkte sowie Erzeugnisse der Elektroindustrie - zu erweitern.⁵⁵

1936 versicherte sie "mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hin(zu)wirken", daß eine "Umlagerung der Einfuhr zu Gunsten Deutschlands" herbeigeführt werde."⁵⁶ Während eines Besuches von Schacht im Sommer 1936 in Belgrad verpflichtete sie sich, ihre Handelsbeziehungen zu den Niederlanden, Großbritannien und den USA und anderen Ländern zugunsten Deutschlands einzuschränken.⁵⁷

Im März 1936 bestellte die jugoslawische Regierung für die staatliche Eisenhütte in Zenica bei Krupp eine moderne Ausrü-

⁵³ Vgl. Auswärtiges Amt, Hess an Sarnow, 2. 11. 1934, nach Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 80.

⁵⁴ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 189 u. 257.

⁵⁵ Vgl. Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 81.

⁵⁶ Geheimes Protokoll über das Ergebnis der II. gemeinsamen Tagung des Deutschen und des Jugoslawischen Regierungsausschusses, nach Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 83.

⁵⁷ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 24 (1976), S. 217; Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 50f.

stung im Wert von 160 Millionen Dinar⁵⁸. Krupp erhielt diesen Auftrag, obwohl englische und tschechische Angebote für die jugoslawische Regierung preislich lukrativer gewesen wären, da die jugoslawische Regierung bestrebt war, ihr Clearingguthaben abzubauen. Das Werk in Zenica wurde mit einer Kapazität von 120.000 Jahrestonnen zum größten Stahl- und Walzwerk in Südosteuropa. Krupp verpflichtete sich im Vertrag zur Lieferung von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen für die Zusicherung jugoslawischer Gegenlieferungen an Kohle und anderen Rohstoffen. Darüber hinaus versprach die deutsche Seite ihre Beteiligung am Bau eines Flugzeuges und einer Waffenfabrik in Jugoslawien.⁵⁹

Aus deutscher Sicht erschien das Zenica-Projekt vor dem Hintergrund ausgelasteter schwerindustrieller Produktionskapazitäten, vor allem in Rüstungsbereich, interessant. Das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung warf in dieser Phase die Frage auf, inwieweit in Südosteuropa auf der Basis der dortigen Rohstoffe und der vorhandenen Arbeitskräfte eine Schwerindustrie aufzubauen sei. Die Antwort fiel dahingehend aus, es müsse die Gewähr gegeben sein, daß sich eine südosteuropäische Schwerindustrie in den Dienst der deutschen Wehrwirtschaft stelle. Diese Voraussetzung wurde als gegeben erachtet, da die

"mangelhafte Ausstattung der Südostländer mit Kokskohle (...) dem Deutschen Reich weitgehend die Möglichkeit in die Hand gab, das Ausmaß der schwerindustriellen Entwicklung der Südostländer zu bestimmen."⁶⁰

Ausgehend von dieser deutschen Lenkungs- und Beschränkungsmacht erschien es sinnvoll in Südosteuropa auf der Basis dortiger Rohstoffvorkommen und vorhandener Arbeitskräfte eine Schwerindustrie für die ersten Verarbeitungsstufen aufzubauen, die der deutschen Kriegswirtschaft zugute kommen sollte.⁶¹

Über das Zenica-Projekt hinaus verpflichtete sich die jugoslawische Regierung in einem Verrechnungsabkommen vom 1. April 1936, zwecks Auflösung der Clearingforderungen, Importe im Wert von

⁵⁸ Der Umtauschkurs lag damals etwa bei 1 Reichsmark = 14 Dinar.

⁵⁹ Vgl. Ránki, *Economy and foreign policy*, a. a. O., S. 176.

⁶⁰ Studie des Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung über die rohstoffwirtschaftliche Bedeutung des Südostraumes für die deutsche Wehrwirtschaft, März 1939, zit. nach Volkmann, a. a. O., S. 340.

⁶¹ Vgl. Wendt, *Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft*, a. a. O., S. 423f.

470 Mio. Dinar aus Deutschland zu beziehen. In diesem Zusammenhang wurden u. a. große Aufträge für die Lieferung deutscher Eisenbahnmaterialien nach Jugoslawien abgeschlossen.⁶²

Wie sehr das Clearingsystem zum "Erpressungsmittel"⁶³ wurde und die Staaten Südosteuropas an Deutschland band, unterstreicht ein Artikel der Belgrader Zeitschrift "Politika" von September 1936. Darin wurde hervorgehoben, daß Deutschland im Rahmen des Clearingsystems "die heute schon bekannte Spezialität seiner Politik, ein so großes Handelspassivum wie nur möglich herbeizuführen" für seine Wirtschaftsexpansion in den Balkanstaaten ausgenutzt habe. Die Länder Südosteuropas seien "wenigstens noch zwei Jahre lang wegen der Abzahlung ihrer Forderungen gezwungen, viel aus dem Reich zu kaufen", bevor sie sich von "zu starken Handelsverbindungen mit Deutschland befreien" könnten. Auch dann sei es fraglich, ob es ihnen gelinge, sich andere Märkte für ihre Produkte zu erschließen.⁶⁴

Während sich den Staaten Südosteuropas somit kaum Alternativen zum Export nach Deutschland boten, verkaufte die deutsche Seite einen erheblichen Teil des im Clearinghandel von Jugoslawien erworbenen Getreides in Rotterdam und London gegen Devisen zum Weltmarktpreis. Sie verschaffte sich auf diese Weise Mittel zum Kauf kriegswichtiger Rohstoffe, die nicht aus Südosteuropa zu beziehen waren.⁶⁵

Die deutsche Regierung nutzte ihre wirtschaftliche Machtposition seit Mitte der dreißiger Jahre auch offensiv zur politischen Erpressung der südosteuropäischen Staaten. Als bekannt wurde, daß im Februar 1936 in Prag eine Wirtschaftskonferenz der Kleinen Entente stattfinden sollte, auf der ein engerer wirtschaftlicher Zusammenschluß der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens mit Österreich, Ungarn, Italien und Bulgarien angestrebt wurde, wies die deutsche Regierung ihre Gesandtschaft in Belgrad an, gegenüber der jugoslawischen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Deutschland "im Falle seiner Ausschaltung" bei der

⁶² Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 217; Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 50f.

⁶³ Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 54.

⁶⁴ Vgl. Politika vom 14. 9. 1936, Auszug, nach Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 93.

⁶⁵ Vgl. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 49.; Kühl, a. a. O., S. 63.

weiteren Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit den beteiligten Donaustaaten "Konsequenzen ziehen würde."⁶⁶ Die jugoslawische Regierung verstand diese Drohung. Sie versicherte kurz darauf, "nichts tun zu wollen, was Deutschland mißfalle". Ihr Bestreben gehe vielmehr "konsequent dahin", die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland "zu vertiefen".⁶⁷ Die zunehmende außenwirtschaftliche Abhängigkeit der Staaten Südosteuropas vom deutschen Markt leitete somit auch politisch einen Souveränitätsverlust dieser Staaten und eine gefährliche Verengung ihrer Handlungsspielräume ein.⁶⁸ Infolge des Verrechnungsverkehrs erreichte Deutschland 1936 die uneingeschränkte Führungsposition im jugoslawischen Handel. Während noch 1933 Großbritannien, Frankreich und Italien zu 30% am jugoslawischen Import beteiligt waren, fiel ihr gemeinsamer Anteil 1936 auf 13 Prozent. Dies entsprach dem deutschen Anteil von 1933, der sich bis 1936 mehr als verdoppelte. Beim jugoslawischen Export bewegten sich die Veränderungen in etwa in denselben Größenordnungen.⁶⁹ Einen unerwarteten Vorteil erhielt die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Jugoslawien infolge der Okkupation Äthiopiens durch italienische Truppen im Oktober 1935. Da sich die jugoslawische Regierung an Wirtschaftssanktionen des Völkerbundes gegen Italien beteiligte, konnte Deutschland seinen Anteil am Handel mit Jugoslawien ausweiten. Es übernahm etwa 60% der jugoslawischen Exporte nach Italien. Allein zwischen Dezember 1935 und Januar 1936 stieg der deutsche Anteil am jugoslawischen Export von 29,1% auf 37,3%.⁷⁰

In einer ähnlichen Situation wie Jugoslawien befanden sich Bulgarien und Rumänien. Auch hier koppelte Deutschland Mitte der dreißiger Jahre Handelsverträge mit Clearingabkommen. Bereits 1932/33 wurden mit beiden Staaten devisenlose Verrechnungsverträge geschlossen. Im März 1935 verpflichtete sich die rumäni-

⁶⁶ AA (Bülow) an Deutsche Gesandtschaft Belgrad, 13. 2. 1936, nach Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 86.

⁶⁷ Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Janson), 15. 2. 1936, nach Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 86.

⁶⁸ Vgl. Wendt, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 419.

⁶⁹ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 153.

⁷⁰ Vgl. Avramovski, Zivko, The international isolation of Yugoslavia: An objective of German foreign policy in the period from 1933-1939, in: The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945, a. a. O., S. 268f.

sche Regierung zur Lieferung von 150.000 Tonnen Fleisch und 500.000 Tonnen Futtergetreide. Ein weiterer festgelegter Anteil der rumänischen Lieferungen im Rahmen des Clearing entfiel auf Erdöl. Die formale Grundlage für diese Lieferungen bildete der im Frühjahr 1935 abgeschlossene "Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag". Darin enthalten waren die gegenseitige Einräumung der Meistbegünstigung für Handel, Schifffahrt und Gewerbe sowie detaillierte Zollabsprachen für zahlreiche Waren.

Darüber hinaus kam es zur Einrichtung deutsch-rumänischer Regierungsausschüsse, die erstmals im September 1935 zusammentraten. Auf den von da an jährlich stattfindenden gemeinsamen Sitzungen der Regierungsausschüsse wurden der Umfang und die Zusammensetzung des Handels für den Zeitraum vom jeweils 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres bestimmt. Private Firmen oder staatliche Stellen konnten nur in diesem Rahmen Lieferkontingente übernehmen. Ein im Mai 1935 abgeschlossenes deutsch-rumänisches Verrechnungsabkommen legte fest, den gesamten Warenaustausch beider Länder im Clearingverfahren abzuwickeln.⁷¹

Um die Einfuhr aus Bulgarien zu erhöhen, hatte die deutsche Regierung diesem Staat bereits im Februar 1933 in einem Vertrag die Reduzierung von 33 Importzöllen zugesichert. In einer Vereinbarung vom 1. Januar 1934, in der der deutsch-bulgarische Zahlungsverkehr geregelt wurde, verpflichtete sich die deutsche Seite, nach Warengruppen festgelegte Kontingente bulgarischer Exporte zu übernehmen. Dabei fragte die deutsche Regierung in Bulgarien vor allem Fettprodukte und Textilfasern nach, mit der Zusicherung jede angebotene Menge zu hohen Preisen abzunehmen. Die angestrebte Umlagerung der Lebensmittel- und Rohstoffimporte von Übersee nach Südosteuropa wurde durch die Clearingverträge mehr und mehr verwirklicht. Während im Vergleich des 1. Quartals 1934 zum 1. Quartal 1935 die deutschen Importe aus Übersee um 28% zurückgingen, stiegen die deutschen Importe aus Südosteuropa im Vergleichszeitraum um 43%.⁷²

⁷¹ Vgl. Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag. Der ökonomische Anschluß Rumäniens an das Deutsche Reich, in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, a. a. O., S. 70f.

⁷² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen, a. a. O., S. 233; Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 22.; Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 158.; Basch, a. a. O., S. 185.; Seraphim, Hans Jürgen, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1943, S. 71.

Dabei häuften alle südosteuropäischen Staaten Clearingguthaben an. Im Falle Jugoslawiens beliefen sich die von Deutschland nicht eingelösten Forderungen 1936 auf 35 Mio. Reichsmark, in Rumänien waren es 18 Mio. RM, in Bulgarien 10 Mio. RM. Das relativ geringe bulgarische Guthaben erklärt sich vor allem mit deutschen Rüstungslieferungen in das Land, die ab 1935 in großem Maß erfolgten.⁷³

Während Deutschland aus den USA, Frankreich und Großbritannien keine Kredite mehr erhielt, wurden die unterentwickelt gehaltenen Länder Südosteuropas im Rahmen des Clearinghandels quasi zu deutschen Kreditgebern.⁷⁴

Um die Clearingguthaben abzubauen, bestellten auch die Regierungen Bulgariens und Rumäniens in den folgenden Jahren viele Waren aus Deutschland, die sie vorher aus anderen Industrieländern bezogen hatten.⁷⁵

Deutschland setzte die südosteuropäischen Donaustaaten dabei kraft seiner vorteilhafteren Position unter Druck, Waren abzunehmen, für die es in diesen Ländern kaum Verwendung gab, wie Füllfederhalter, Kieferprothesen, Schreibmaschinen, Spielzeug, Kosmetikartikel und Brillen. Darüber hinaus exportierten deutsche Unternehmen entweder Kunstdünger und Landmaschinen zu Billigpreisen oder bauten vor Ort entsprechende Produktionsanlagen auf, um den Markt für Agrarmaschinen und -zubehör zu beherrschen.⁷⁶ Auch viele deutsche Chemieerzeugnisse wurden zu überhöhten Preisen nach Südosteuropa exportiert. Der mit Abstand größte deutsche Exporteur waren dabei die I.G. Farben.⁷⁷

⁷³ Vgl. Sohl, Klaus, Die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus in Bulgarien am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 3, Berlin (DDR) 1959, S. 94.

⁷⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., Bd. II, S. 74, Anm. 137.; Teichova, a. a. O., S. 192.

⁷⁵ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 151.; Basch, a. a. O., S. 87, 137 u. 180f.; Toynbee, A. J., German's Drang nach Südosten, in: Survey of International Affairs, Royal Institute, 1936, S. 526ff.; Teichova, a. a. O., S. 192.

⁷⁶ Vgl. Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen, a. a. O., S. 440; Heim/Aly, a. a. O., S. 336; Cvijetic, Leposava, The ambitions and plans of the Third Reich with regard to the integration of Yugoslavia into the so-called Grosswirtschaftsraum, in: The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945, a. a. O., S. 195.

⁷⁷ Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 156f.

In welcher Weise sich die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer Position als Hauptabnehmer der südosteuropäischen Agrarprodukte Extraprofite sichern konnte, zeigt exemplarisch ein Vertrag, der 1934 die Lieferung deutscher Schwerindustrieprodukte gegen bulgarischen Tabak vorsah. Festgelegt wurde die Lieferung von $4\frac{1}{2}$ Millionen kg bulgarischen Tabaks zu einem scheinbar lukrativen, über dem Weltmarktpreis liegenden Betrag von 72 Leva⁷⁸ das Kilogramm. Doch intern wurde der Käufer, die deutsche Tabakindustrie, nur mit 52 Leva belastet, während die restlichen 20 Leva vom deutschen Röhrenverband übernommen wurden, der die Gegenlieferungen an Bulgarien ausführen sollte. Die Geschäftsführung dieses Verbandes kalkulierte die 20 Leva in die Preise ihrer Lieferung ein, so daß letztlich ein Viertel des Preises vom Tabaklieferanten Bulgarien selbst zu tragen waren. Darüber hinaus wurde unmittelbar nach der Lieferung in Deutschland eine Kaufsperre über die einheimische Tabakindustrie verhängt. Da das Deutsche Reich der Hauptkäufer für alle bulgarischen Ernten war, sanken die bulgarischen Tabakpreise daraufhin rapide. Nun wurde ein neuer Liefervertrag geschlossen: für ein Gesamtvolumen von 63 Millionen Leva sollten deutsche Industrieerzeugnisse gegen bulgarischen Tabak zu 42 Leva das Kilo geliefert werden. Letztlich erhielt Bulgarien damit keineswegs über dem Weltmarktpreis liegende Einnahmen, sondern mußte finanzielle Einbußen hinnehmen.⁷⁹ Nicht selten sicherte sich die deutsche Seite durch derartige Preisdiktate in dieser Phase umfangreiche Gewinne zu Lasten der Gläubiger.⁸⁰ Politischer Druck und das Bestreben der ausländischen Gläubiger zumindest einen Teil ihrer eingefrorenen Guthaben flüssigzumachen, brachten dem deutschen Export oft Preise ein, die um 12 bis 20% über den Weltmarktpreisen lagen.⁸¹ Zu einem weiteren Instrument der Anbindung der Staaten Südosteuropas wurden nach der offiziellen Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im März 1935 deutsche Rüstungslieferungen im Rahmen von Kompensationsgeschäften. Auf diese Weise konnte die deutsche Seite ihre Passivsalden auf den Clearingkonten abbauen, ohne den südosteuropäischen Ländern Gebrauchsgüter liefern zu

⁷⁸ Die Währungsparität betrug damals etwa 1 RM = 33 Leva.

⁷⁹ Vgl. Mühlen, a. a. O., S. 135f.

⁸⁰ Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 488.

⁸¹ Vgl. Barkai, a. a. O., S. 142.

müssen. Im Zuge der ständigen Modernisierung der deutschen Kriegsmaschinerie ergab sich hier zudem die Möglichkeit einer billigen und nutzbringenden Entsorgung veralteter Waffensysteme. Darüber hinaus diente die Aufrüstung dem Aufbau einer Flanke für einen Krieg gegen die Sowjetunion. Während Jugoslawien und Rumänien als Mitgliedstaaten der Kleinen Entente bis zum "Anschluß" Österreichs an Deutschland 1938 nicht bereit waren, sich im Bereich der Rüstungswirtschaft weitgehend an Deutschland zu binden, gelang dies im Falle Bulgariens bereits 1935. Mit Krediten für Waffenkäufe versuchte die deutsche Regierung Bulgarien zur Wiederbewaffnung zu bewegen. Im Frühjahr 1935 verabredeten der bulgarische König und der deutsche Kriegsminister die Lieferung deutscher Flugzeuge und anderer Rüstungsgüter nach Bulgarien.⁸² Die mit dem Clearingsystem einsetzende nahezu ausschließliche Ausrichtung des südosteuropäischen Agrar- und Rohstoffexports nach Deutschland war, wie dargestellt, von deutschen Wirtschaftsplanern bereits vor 1933 eingefordert worden. Sie entsprach ganz dem "Ergänzungswirtschaftskonzept". Auch Mitte der dreißiger Jahre wurden die Absichten der Vertragspolitik klar benannt. So wurde am 30. April 1937 in einem Runderlaß des Auswärtigen Amtes betont, je mehr es gelinge,

"jedes der Südostländer einzeln wirtschaftlich an uns zu fesseln,"

um so schwerer werde es "selbst im Falle einer Wandlung der jetzigen politischen Konstellation" möglich sein, im Donaauraum "eine gegen Deutschland gerichtete wirtschaftliche Kombination zusammen zu bringen."⁸³

Vor der Deutschen Gruppe des MWT erklärte der Gesandtschaftsrat des Auswärtigen Amtes Clodius 1935, die Clearingverträge hätten den Vorteil,

"daß die Partner nicht mehr da kaufen können, wo es ihnen gerade passt; der Clearing wirkt vielmehr wie eine Saugpumpe und fördert die Umstellung des Bedarfes und der Produktion auf die gegenseitigen Bedürfnisse."⁸⁴

⁸² Vgl. Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 177.

⁸³ Runderlaß des AA (Ritter), 30. 4. 1937, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen, a. a. O., S. 215; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 28.

⁸⁴ Protokoll der Präsidialsitzung des MWT vom 28. 11. 1935, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 214.

Im Februar 1936 resümierte das Auswärtige Amt befriedigt, daß die deutsche Methode

"mit jedem Lande im Donaauraum einzeln zu verhandeln und Verträge abzuschließen, politisch weniger Aufsehen erregt und jedenfalls bisher sehr viel wirksamer ist, als die von anderer Seite wiederholt unternommenen Versuche (...) ein Kollektiv-System zustande zu bringen."⁸⁵

Am 25. August 1937 wurde im Auswärtigen Amt hervorgehoben, daß durch die "planmäßige deutsche Wirtschaftspolitik" eine "weitgehende Loslösung Jugoslawiens von Frankreich und der Kleinen Entente" erreicht worden sei.⁸⁶

Nachdem das Ziel der deutschen Politik, ganz Südosteuropa vom Weltmarkt abzuschneiden und unauflösbar in die eigene Großraumwirtschaft anzubinden, von Tag zu Tag klarer wurde und die südosteuropäischen Regierungen die deutsche Strategie durchschauten, stieß die bilaterale Handelspolitik Deutschlands seit Mitte der dreißiger Jahre auf wachsenden Widerstand. Vor allem Jugoslawien und Rumänien strebten danach, ihre Sperrguthaben zu verringern und weigerten sich, Produkte in größeren Mengen in das Deutsche Reich auszuführen, die sie auf dem Weltmarkt gegen Devisen zu verkaufen hofften. So limitierte Rumänien 1937 seinen Export von Erdöl und Erdölprodukten nach Deutschland im Rahmen der Clearingverträge auf 20%, während die jugoslawische Regierung sich weigerte, Kupfer im Clearing nach Deutschland zu liefern und dafür Devisen verlangte.⁸⁷

Die deutsche Regierung reagierte auf die Befreiungsversuche der südosteuropäischen Staaten aus ihrer Abhängigkeit gegenüber der deutschen Wirtschaft 1936/37 mit einer Anhebung der Preise und einer weiteren Senkung der Zollsätze für Agrarprodukte. Die rumänische Regierung versuchte im Dezember 1937 in Verhandlungen mit der deutschen Regierung eine Ausweitung des deutsch-rumänischen Handels zu stoppen. Sie wollte das Handelsvolumen auf dem Stand von 1937 einfrieren. Der deutsche Einfluß auf den rumänischen Außenhandel war zu dieser Zeit jedoch bereits so

⁸⁵ Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Clodius), 6. 2. 1936, zit. nach Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 91.

⁸⁶ Schreiben Clodius (AA) vom 25. 8. 1937, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 214.

⁸⁷ Vgl. Basch, a. a. O., S. 178.

groß geworden, daß sich die rumänische Regierung nicht durchsetzen konnte. Im Anschluß an die Sitzung konnte der deutsche Verhandlungsführer Wohlthat an Göring melden, daß "nach langen schwierigen Verhandlungen" ein neuer Handelsumfang festgelegt werden konnte, der um ein Drittel über dem des Vorjahres lag.⁸⁸ Währenddessen unternahmen die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs keine bedeutenden Anstrengungen, ihre Einfuhren aus Südosteuropa wesentlich zu erhöhen. Sie unterliessen es auch, Deutschland zu einer Rückkehr zum multilateralen Handelssystem zu drängen.⁸⁹ Als sich die rumänische Regierung im Sommer 1938 vergeblich bemühte, Großbritannien und Frankreich zur Abnahme größerer Mengen rumänischen Getreides zu bewegen, wurden diese Anstrengungen von deutscher Seite genauestens verfolgt. Die deutsche Regierung übte massiven Druck auf die rumänische Führung aus, um die Verhandlungen zu sabotieren. Sie drohte offen mit dem Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, was für Rumänien zu diesem Zeitpunkt bereits katastrophale wirtschaftliche Folgen gehabt hätte.⁹⁰

Die Ablösungsbemühungen der Staaten Südosteuropas liefen auch deshalb ins Leere, da die Preise ihrer Hauptexportprodukte durch die deutsche Präferenzpolitik drastisch gestiegen waren und sie deshalb auf dem Weltmarkt Mitte der dreißiger Jahre noch weniger konkurrenzfähig waren als vor 1929.⁹¹ Die Hoffnungen der südosteuropäischen Regierungen, als Rückfluß für den Export ihrer landwirtschaftlichen Produkte Importe zur Unterstützung ihrer Industrialisierungspolitik zu erhalten, blieben in der Periode von 1929 bis 1938 unerfüllt. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erreichten die Länder Südosteuropas nie wieder das Gesamthandelsvolumen von 1929 und gerieten statt dessen in eine handelspolitische Abhängigkeit von Deutschland, die ihnen kaum Spielräume ließ. Der sich praktisch ohne Devisen vollziehende Warenaustausch mit dem Deutschen Reich war ein Hindernis und kein Antrieb für die Industrialisierung der südosteuropäischen Staaten. Je größer der Anteil Deutschlands an ihrem Außenhandel

⁸⁸ Vgl. Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 73.

⁸⁹ Vgl. Basch, a. a. O., S. 195ff.

⁹⁰ Vgl. Drews, a. a. O., S. 73.

⁹¹ Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 505.

wurde, desto schwieriger gestaltete sich ihre Industrialisierung.⁹²

6.3.2 Pläne für eine Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirtschaft

Die Programme deutscher Wirtschaftsplaner sahen ab Mitte der dreißiger Jahre keineswegs eine Industrialisierung Südosteuropas, sondern eine Umstrukturierung und Intensivierung der dortigen Landwirtschaft im Hinblick auf die "Versorgungslücken" des deutschen Marktes vor. In der erwähnten regierungsamtlichen Denkschrift vom März 1933 forderte Staatssekretär Bülow, "die Industrialisierung von Agrarländern" zu bekämpfen. Durch die ergänzungswirtschaftliche Anbindung sollten die Länder Südosteuropas dauerhaft zu von Deutschland abhängigen Lieferanten von Rohstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln ohne nennenswerte eigene Fertigwarenindustrie degradiert werden.⁹³ Ab Mitte der dreißiger Jahre beschäftigten sich deutsche Wirtschaftsplaner mit der Frage einer kriegssicheren Ernährung von Zivilbevölkerung und Wehrmacht. Sie konstatierten, daß diese Frage während des Ersten Weltkrieges viel zu spät aufgeworfen worden sei. Im Falle eines weiteren Krieges sollten Engpässe von vorneherein ausgeschlossen werden. Dabei gingen die Ökonomen davon aus, daß erst nach einer Einbindung der bis an die Grenze der Sowjetunion reichenden Staaten Ost- und Südosteuropas in den großdeutschen Wirtschaftsblock eine 90prozentige und unter Einschluß des russischen Wirtschaftspotentials eine 96prozentige deutsche Selbstversorgung im Ernährungsbereich gewährleistet werden könne. Im Bereich der deutschen Fettversorgung errechneten die Planer eine Versorgungslücke von rund 50%, die sich, wenn Deutschland während eines Krieges von den Weltmeeren abgeschlossen werde, auf der Basis der gegebenen Verhältnisse nur zu 16% schließen lasse. Deutschland müsse in diesem Fall weitgehend auf Ölfrüchte,

⁹² Vgl. Teichova, a. a. O., S. 192ff.

Der Direktor der IG-Farben, Krüger, bezeichnete Anfang 1935 den Aufbau neuer Industrien in Südosteuropa als Gefahr für den deutschen Export. (Vgl. IG-Farbendirektor Krüger auf der Präsidialsitzung des MWT am 28. 1. 1935, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., Bd. II, a. a. O., S. 80, Anm. 24).

⁹³ Vgl. Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 264.

pflanzliche Fette und Walöl verzichten, die es zu diesem Zeitpunkt größtenteils aus Übersee bezog.⁹⁴ Vor diesem Hintergrund entstand der Plan einer Umstellung der südosteuropäischen Landwirtschaft zur Lösung deutschen "Fettproblems". Ein entscheidender Schritt zur "Nahrungsfreiheit" sollte durch den Anbau von Ölpflanzen erreicht werden. Dabei biete sich vor allem die Sojabohne an, die im Vergleich zur Milchviehhaltung oder zur Schweinemast bezogen auf die Flächeneinheit das Sechs- bis Achtfache an Fett erzeugen könne.⁹⁵

Ab 1933/34 wurde dieses Programm in einer großangelegten Aktion in die Praxis umgesetzt. Seine Träger waren die I.G. Farben, der Reichsverband der deutschen Ölmühlen und der MWT in enger Verbindung mit dem Auswärtigen Amt.⁹⁶ Als führendes Planungszentrum für die Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft fungierte der Landwirtschaftliche Beirat des MWT, in dem Repräsentanten der Düngemittel-, Textil-, Tabak- und Landmaschinenindustrie vertreten waren.

Nach eingehendem Studium der Anbaumöglichkeiten begannen die I.G. Farben auf Anregung des MWT und im Einvernehmen mit dem Generalstab in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ab 1934 mit einem planmäßigen Anbau von Ölsaaten, hauptsächlich von Soja-Bohnen, um sich im Kriegsfall von ostasiatischen Einfuhren unabhängig zu machen.⁹⁷ Das Vorstandsmitglied der I.G. Farben, Ilgner, erklärte auf einer Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses des Konzerns im August 1934:

"Wir haben dieses Problem in den südosteuropäischen Ländern eingehend studiert und den versuchsweisen Anbau der Sojabohne in Rumänien und Bulgarien im Frühjahr des Jahres eingeleitet mit dem günstigen Resultat, daß ein Großanbau in beiden Ländern möglich ist."⁹⁸

⁹⁴ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 352.

⁹⁵ Vgl. Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 80.

⁹⁶ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 182.

⁹⁷ Vgl. Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus, a. a. O., S. 104f u. S. 176, (Anm. 88).

⁹⁸ Max Ilgner auf der Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses der I. G. Farbenindustrie AG, 24. 8. 1934, zit. nach Radandt, Hans, Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, in: 1999, H. 4/1988, S. 14.

Da der Sojaanbau auf der Grundlage eines abgestimmten Paketes von Saatgut und Dünger erfolgen sollte, ermöglichte er es den I.G. Farben, die bäuerlichen Produzenten Südosteuropas von deutschen Zulieferungen abhängig zu machen. Den Soja-Anbauern wurde die Abnahme zu über den Weltmarktpreisen liegenden Festpreisen zugesichert. Dies war vor allem im ersten Jahr notwendig, um der südosteuropäischen Landbevölkerung überhaupt einen Anreiz zum Anbau zu geben. Die zum Zweck des "Großanbaus" eingerichtete Ölsaattverwertungsgesellschaft, mehrheitlich gehalten von den I.G. Farben, verpflichtete sich vertraglich gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium mittels zweier unter ihrer Kontrolle stehenden Gesellschaften in Rumänien und Bulgarien den Anbau von Ölsaaten zu organisieren.⁹⁹ Die Gesellschaften sollten den Abschluß von Anbauverträgen mit Landwirten übernehmen, diesen Saatgut zur Verfügung stellen, sie im Sojaanbau unterweisen und die Abnahme, Sammlung und Verschiffung der Ernte organisieren.¹⁰⁰

Die beiden genannten Gesellschaften wurden 1934 in Sofia und Bukarest eingerichtet. Die offiziellen Gründer der rumänischen "Soia AG" waren zehn "angesehene rumänische Persönlichkeiten", die zuvor von der Geschäftsführung der I.G. Farben sorgfältig ausgesucht worden waren. Sie sollten sämtliche rumänische Parteirichtungen repräsentieren und "Einfluß auf die Agrar- und Wirtschaftspolitik" haben. Die deutsche Seite war durch fünf Gründungsmitglieder beteiligt, darunter befand sich je ein Vertreter der Ölmühlenindustrie, der Exportindustrie und des MWT. Um ein rumänisches Gesetz zu unterlaufen, das die Gründung ausländischer Aktiengesellschaften untersagte, war das Aktienkapital auf die rumänischen Gründungsmitglieder aufgeteilt worden, ging aber sofort nach der Anmeldung der Gesellschaft wieder in das Eigentum der I.G. Farben über.¹⁰¹

Auch Jugoslawien wurde in das deutsche Programm der Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirtschaft einbezogen. Dort sahen deutsche Planer die Vojvodina, das Hauptsiedlungsgebiet

⁹⁹ Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 162.

¹⁰⁰ Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 163.

¹⁰¹ Vgl. Drews, Joachim, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 75.

der deutschen Minderheit, als Anbaugebiet für Hanf und Sojabohnen vor.¹⁰²

In kaum einem anderen Projekt wird das Zusammenwirken der unterschiedlichen Zielperspektiven der einzelnen Fraktionen im nationalsozialistischen Herrschaftssystem so deutlich wie im Sojaprogramm. Für das Militär war der Anbau von Ölpflanzen in Südosteuropa ein erklärtes Ziel, da diese Region im Krieg als weitgehend blockadesicher galt und so eine krisensichere Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung sichergestellt werden konnte. Da die Sojageschäfte als Kompensationsgeschäfte, also devisenfrei durchgeführt wurden, fanden sie zugleich volle Unterstützung im Reichswirtschaftsministerium und bei der Reichsbank. Auch in den Analysen von Ökonomen und Bevölkerungswissenschaftlern galt dieses Projekt als richtungsweisend, da die von ihnen errechnete "überflüssige Landbevölkerung" durch den Anbau der arbeitsintensiven Sojabohnenpflanze beschäftigt werden konnte. Langfristig wirkte es auf die Eingliederung der drei südosteuropäischen Donaustaaten in einen deutschen Großwirtschaftsraum und leitete die für die "Ergänzungswirtschaft" als notwendig erachtete sozialpolitische Umstrukturierung ein. Diese wurde nicht nur durch die Einführung einer für die deutschen Wirtschaft wichtigen Pflanzenkultur forciert, sondern vor allem durch die damit verbundenen Umstrukturierungen in der ländlichen Wirtschafts- und Sozialstruktur. Insgesamt zielte das deutsche Programm auf eine Umstellung der Getreideproduktionsländer Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien vom Brotgetreide-, insbesondere Weizenanbau, auf die Produktion von Industriepflanzen, vor allem Ölfrüchten (Soja, Sonnenblumen, Raps, Leinsaat u. a.), Textilfasern (Baumwolle, Hanf, Flachs) und Futtermitteln (Mais und Gerste) sowie auf eine Intensivierung und Rationalisierung der Viehzucht, zur Ausweitung des Exports von Fleisch, tierischen Fetten, Eiern, Fellen und Häuten. Damit sollte der Import der wichtigsten landwirtschaftlichen Einfuhrgüter Deutschlands planmäßig von Übersee auf Südosteuropa verlagert werden. Die Zerstörung der südosteuropäischen Subsistenzwirtschaft, der mit der Einführung von nicht eßbaren Öl- und Industriepflanzen im wahrsten Sinne des Wortes der Boden entzogen werden sollte, bildete dabei

¹⁰² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 225.

die Voraussetzung für die Einbindung der Staaten Südosteuropas in das "Ergänzungswirtschaftskonzept".¹⁰³

Die Familien- und Subsistenzwirtschaft war zu dieser Zeit noch die dominierende Wirtschaftsform der südosteuropäischen Donauländer. Ca. 80% der Bevölkerung lebte dort von der Landwirtschaft. Ein Großteil der Betriebe verfügte nur über 10 ha Land, wobei die tatsächliche Nutzfläche oft noch geringer war. Knapp 40% der Bauern besaßen keine Zugtiere. Zum Kennzeichen der Subsistenzwirtschaft gehört es, vorrangig für den eigenen Bedarf zu produzieren. Die angestrebte Sicherung Südosteuropas, als deutschen "Ergänzungsraum" für landwirtschaftliche Produkte setzte eine Zurückdrängung der Subsistenzproduktion und eine Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion voraus. Nicht Nahrungsmittel, die in Zeiten von Hungersnöten und allgemeiner Knappheit im Land selbst verbraucht würden, sollten dort vorrangig produziert werden, sondern Ölsaaten, Futtermittel und Industriepflanzen für den Export nach Deutschland, Pflanzen, für die in Deutschland ein hoher Einfuhrbedarf bestand und die bis dahin vorrangig aus Ländern außerhalb Europas und gegen Devisen bezogen werden mußten. Die Umstellung der südosteuropäischen Agrarproduktion auf diese Pflanzen sollte einhergehen mit einer Rationalisierung der Landwirtschaft durch Kunstdünger, Pestizide und Maschinen, was eine zunehmende Abhängigkeit der südosteuropäischen Agrarwirtschaften von der deutschen Chemie- und Maschinenindustrie implizierte. Die vom MWT initiierte und von den I.G. Farben durchgeführte Einführung des Sojaanbaus bedeutete einen direkten Eingriff in die Produktionsstruktur der südosteuropäischen Donauländer. Das Projekt leitete die Zerstörung der ländlichen Sozialstruktur und eine technologische Abhängigkeit der bäuerlichen Produzenten von der deutschen Industrie ein. Der MWT bezeichnete das Sojaprojekt 1935 demnach als "richtungsweisend" für die weiteren Beziehungen zwischen "Deutschland und dem südosteuropäischen Raum". Die Geschäftsführung der I.G. Farben

¹⁰³ Vgl. Drews, a. a. O., S. 62 u. 74; Gross, Hermann, Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, Stuttgart/Berlin 1941, S. 7f. u. 18; Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a.a.O., S.83; ders., Die Eingliederung der Landwirtschaft des Donau- und Schwarzmeerraumes in die werdende kontinentaleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: Donauropa. Zeitschrift für die Probleme des europäischen Südostens, Budapest, Heft 6/1942, S. 405.

wertete dieses Geschäft als "Pionierarbeit im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft".¹⁰⁴

Die Experten der I.G. Farben rechneten in Bulgarien und Rumänien insgesamt mit einer Anbaufläche von 20.000 bis 30.000 Hektar und einer Ernte von 20.000 bis 30.000 Tonnen Sojabohnen jährlich. 1939 wurden diese Planziele bei weitem übertroffen. Die Anbaufläche vergrößerte sich in Bulgarien zwischen 1934 und 1939 von 1.500 auf 20.000 ha, in Rumänien von 2.500 auf 100.000 ha und in Jugoslawien von 700 auf 7.500 ha. Die Lieferungen Rumäniens, Bulgariens und Jugoslawiens in das Deutsche Reich umfaßten 1939 ca. 140.000 t Sojabohnen. Bei der deutschen Gesamteinfuhr von 791.000 t¹⁰⁵ erreichten die drei südosteuropäischen Länder damit einen Anteil von 17,6 Prozent.¹⁰⁶ Im Austausch für das Soja erhielt Rumänien vorwiegend deutsche Maschinen und Chemikalien. Neben den Zuwächsen bei der Sojaproduktion vergrößerte sich in Bulgarien die Anbaufläche für Sonnenblumen von 19.500 ha im Jahre 1925 auf 166.000 ha 1938. Insgesamt nahmen Bulgarien und Rumänien bis 1939 neben der UdSSR im Welthandel mit Sonnenblumensamen die wichtigste Rolle ein. Die bulgarische Baumwollproduktion verdreifachte sich Mitte der dreissiger Jahre innerhalb von vier Jahren, während die Fläche für Flachsanzbau um 500% wuchs. Auch der Hanfanbau nahm in bedeutendem Maße zu. Hatten Industriepflanzen 1925 nur einen Anteil von 0,9% an den landwirtschaftlichen Exporten Bulgariens, so waren es 1938 7,8%. Der Getreideanteil an den Exporten ging dagegen von 18,8% in der ersten Hälfte der 30er Jahre (1930-1934) auf 11,8% in der zweiten Hälfte (1935-1939) zurück. Weiterhin in großen Mengen lieferte Bulgarien Tabak, Obst, Gemüse, Fleisch und Viehprodukte wie Felle und Häute nach Deutschland. Der Anteil von Tabak an der Ge-

¹⁰⁴ Vgl. Drews, a. a. O., S. 62 u. 74; Kahrs, Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung", a. a. O., S. 16; Heim/ Aly, a. a. O., S. 331ff.; Schröder, Hans-Jürgen, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands, a. a. O., S. 73.

¹⁰⁵ Den größten Anteil an der deutschen Sojaeinfuhr hielten 1936 China mit 457.000 t und 1938 Mandschukuo mit 717.400 t. (Vgl. Bohn, Thomas M., Bulgariens Rolle im "wirtschaftlichen Ergänzungsraum" Südosteuropa. Hintergründe für den Beitritt zum Dreimächtepakt am 1. März 1941, in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, a. a. O., S. 135).

¹⁰⁶ Vgl. Radandt, Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 14f.; Bohn, Bulgariens Rolle im "wirtschaftlichen Ergänzungsraum" Südosteuropa, a. a. O., S. 120.

samtausfuhr Bulgariens betrug 1938 43%. Der größte Teil davon ging nach Deutschland. Des weiteren wurde Bulgarien Ende der dreißiger Jahre Deutschlands größter Eierlieferant. Die gesamte landwirtschaftliche Produktion Bulgariens wurde zwischen 1932 und 1937 auf deutsche Einfuhrbedürfnisse abgestimmt.

In Rumänien verzeichnete der Anbau von Sonnenblumen und Raps ähnliche Zuwachsraten wie die Sojaproduktion. Neben diesen Produkten lieferte Rumänien 1937 61,2% seines Mais-Exports und 57,4% seines Gerste-Exports nach Deutschland. Beim Mais bildeten Rumänien und Jugoslawien die europäischen Hauptproduzenten. Sie galten neben den USA als "das wichtigste Maiserzeugungszentrum der nördlichen Erdhälfte". In Jugoslawien vergrößerte sich neben der Anbaufläche für Soja auch die Fläche des Hanfanbaus, und zwar von 30.775 ha (1933) auf 50.000 ha 1937. Die wichtigsten jugoslawischen Ausfuhr Güter nach Deutschland waren 1937 Holz, Hanf, Fleisch, Obst, Bauxit, Weizen, Eier, Blei, Chromerz und Kupfer.¹⁰⁷

Nach Italien war Jugoslawien der größte Hanfproduzent Europas. Die Einführung der Hanfkultur in Jugoslawien ging vor allem auf deutsche Kolonisten zurück. In Rumänien waren deutsche Kolonisten an führender Stelle an der Einführung des Sojaanbaus beteiligt.¹⁰⁸

Insgesamt erreichte die Produktion von Textilrohstoffen der Balkanländer bereits 1938 ein Viertel des deutschen Einfuhrbedarfes. Einen weiteren Schwerpunkt deutscher Wirtschaftsinteressen bildete die südosteuropäische Forstwirtschaft. Sie sollte als

¹⁰⁷ Vgl. Die Rohstoffbasis des großdeutschen Wirtschaftsraumes, in: Jahrbuch 1940/41, 1. Band, herausgegeben vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront Berlin, als Reprint erschienen in der Reihe Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront, Teil A, herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, bearbeitet und eingeleitet von Michael Hepp und Karl Heinz Roth, München/ London/New York/ Oxford/Paris 1987, S. 458 u. 543; Basch, a. a. O., S. 186-193; Sohl, a. a. O., S. 99; Bohn, a. a. O., S. 121; Finger, Felix, Karten zur Wirtschaft der Südoststaaten, in: Volk und Reich, 14. Jg., 1938, Heft 8, S. 528 u. 530; ders., Karten zur Wirtschaft der Südoststaaten, in: Volk und Reich, 15. Jg., 1939, Heft 1; Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 121.

¹⁰⁸ Vgl. Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 31, 135 u. 138.

Basis für den Auf- und Ausbau einer Papier-, Kunstseide und Zellwollproduktion für den deutschen Markt genutzt werden.¹⁰⁹

Die Geschäftsführung der I.G. Farben war im Rahmen des Projekts der Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirtschaft nicht ausschließlich am Import von Industriepflanzen wie Soja und Hanf interessiert. Sie sprach 1934 darüber hinaus die Hoffnung aus,

"daß dieses Projekt (...) einen Teil unseres Exports nach diesen Ländern für Jahre hinaus auf eine stabile Basis bringen wird."¹¹⁰

Das langfristige Ziel der I.G. Farben war die Erlangung einer Monopolstellung für chemische Produkte in den südosteuropäischen Donaustaaten.¹¹¹

In der Zeit von 1935-1939 konnten die I.G. Farben durch das Sojabohnen-Projekt in Rumänien und Bulgarien einen zusätzlichen Export von 15,5 Mio. RM verzeichnen.¹¹² 1941 wurde die weitere Forcierung des südosteuropäischen Sojaanbaus kriegsbedingt aufgegeben. Mit der Abtretung Bessarabiens an die Sowjetunion verlor Rumänien im Sommer 1940 den größten Teil der Sojaanbaugebiete. Am deutschen Ziel einer Umstrukturierung und Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft wurde dennoch festgehalten. Dabei blieb der Sojaanbau kein Einzelprojekt. Darüber hinaus entstanden in Rumänien ab Mitte der dreißiger Jahre eine Reihe weiterer deutsch-rumänischer Handelsunternehmen:

1. Die Semina A.G., die sich mit der Erzeugung und Standardisierung von Saatgut befaßte,
2. die Solagra A.G., in deren Arbeitsgebiet die Erzeugung und Verwertung von Ölpflanzen fiel und
3. die Silvarom A.G., die die Förderung der Holzausfuhr nach Deutschland "durch rationelle Ausbeutung rumänischer Wälder" betrieb.

¹⁰⁹ Vgl. Wagemann, Ernst, Der neue Balkan. Altes Land - junge Wirtschaft, Hamburg 1939, S. 84 u. 86.

¹¹⁰ Max Ilgner auf der Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG, 24. 8. 1934, zit. nach Radandt, H., Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 14.

¹¹¹ Vgl. Bohn, a. a. O., S. 120.

¹¹² Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa, a. a. O., S. 163.

Für den Bereich der Viehzucht entstand auf Initiative des MWT Mitte der dreißiger Jahre eine weitere Aktiengesellschaft: die Woll- und Tierhaar AG (Wotirag). Sie sollte zu einer Leistungssteigerung der südosteuropäischen Viehzucht und einer Steigerung und Verbesserung des Wollertrages beitragen. Die Wotirag etablierte sich in Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Schäfer aus diesen Ländern wurden zur Ausbildung nach Deutschland angeworben, um hier deutsche Tierzucht, vor allem Schafzuchtmethoden, zu erlernen. Gleichzeitig vermittelte die Wotirag in den Zielländern deutsche Herdenleiter, Schäfermeister und Zuchtmaterial. Gemeinsam mit der Landmaschinenindustrie bemühte sich der MWT nicht zuletzt um einen verstärkten Einsatz deutscher Landmaschinen. Zu diesem Zweck wurden auf Vermittlung des MWT südosteuropäische Agronomen an der Landkraftführerschule der deutschen Landmaschinenindustrie ausgebildet. In Bulgarien, Rumänien und später Kroatien stellte der MWT für entsprechende Landmaschinenschulen Lehrplan, Lehrmittel und die Ausbildung des einheimischen Lehrkörpers zur Verfügung.

Bis 1941 absolvierten 37 rumänische und bulgarische Agronomen eine viermonatige praktische Ausbildung in deutschen "Beispieldörfern". Nach der Rückkehr dieser Agronomen entstanden auch in Rumänien und Bulgarien solche "Beispieldörfer", in denen die deutschen Vorstellungen eines rationalen Maschineneinsatzes, betriebswirtschaftlicher Führung und baulicher Verbesserungen präsentiert wurden.¹¹³

Gleichzeitig wurden auf Vermittlung des Reichsnährstandes serbische Landwirte jeweils ein halbes Jahr auf deutschen Bauernhöfen ausgebildet. Die Ausbildungsprogramme sollten zu einer ausgeweiteten Verwendung deutscher Landmaschinen in Südosteuropa und zur Steigerung des Agrarexports der Balkanländer nach Deutschland beitragen.¹¹⁴

Der angesehene Südosteuropa-"Experte" Gross lobte noch 1981 die Wirkungen der nationalsozialistische Ausbildungspolitik:

¹¹³ Vgl. Wilmsky, Rückblickend möchte ich sagen..., a. a. O., S. 207ff.; Glück, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, a. a. O., S. 113f.; Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 119f.

¹¹⁴ Vgl. Gross, Hermann, Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, in: Soldatenbriefe der Hochschule für Welthandel in Wien, Nr. 3. Januar 1944, S. 85.

"Die meisten in Deutschland ausgebildeten Volksdeutschen und Südosteuropäer haben in ihren Heimatländern zur Kenntnis und Verbreitung deutscher Arbeits- und Forschungsmethoden sowie deutscher Erzeugnisse wesentlich beigetragen."¹¹⁵

Der deutsche Landmaschinen-Export nach Südosteuropa stieg vor diesem Hintergrund seit Mitte der dreißiger Jahre immens an, wie folgende Tabelle dokumentiert:

Deutscher Landmaschinen-Export nach Südosteuropa
(in 1000 RM)

Land	1931	1933	1935	1937
Bulgarien	22	5	38	778
Rumänien	97	20	100	1728
Jugoslawien	16	15	44	1141 ¹¹⁶

Während das vom MWT und der Geschäftsführung der I.G. Farben forcierte Programm der Umstrukturierung und Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft in erster Linie erfolgte, um deutsche "Versorgungslücken" zu schließen und der deutschen Industrie einen erweiterten Absatzmarkt zu sichern, glorifizierten daran beteiligte "Experten", wie der Präsident der Deutschen Gruppe des MWT von Wilmowsky und der Wirtschaftswissenschaftler Gross, diese Maßnahmen noch nach Ende des Zweiten Weltkrieges in zynischer und euphemistischer Weise als "Entwicklungshilfe für Südosteuropa".¹¹⁷ Zutreffender sollte von "Entwicklungshilfe" oder

¹¹⁵ Gross, Hermann, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Südostdeutschtums und die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen, herausgegeben von Ulrich Haustein/Georg W. Strobel/ Gerhard Wagner, Stuttgart 1981, S. 301.

¹¹⁶ nach Krugmann, R. W., Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., Tabellen-Anhang XXI.

¹¹⁷ Vgl. Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen, a. a. O., S. 187ff.

Noch 1963 wurden von der deutschen Südosteuropaforschung die Methoden, die der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag" "für den Austausch zwischen einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft auf der einen und Agrar- und Rohstoffländern auf der anderen Seite" erarbeitet und zwischen 1933 und 1945 in die Praxis umgesetzt habe, als "absolut positiver Beitrag regional gezielter Entwicklungshilfe" bewertet, der "zu Recht als Modellfall bezeichnet werde. (Vgl. Glück, Friedbert, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Beispiel organischer Entwicklungsarbeit, in: Zot-

einem Lehrprogramm für die Industriestaaten gesprochen werden, denn die mit dem Sojaprojekt eingeleitete Umstrukturierung der Landwirtschaft Südosteuropas bildete einen Präzedenz-fall für die Vorgehensweise multinationaler Chemiekonzerne in unterentwickelt gehaltenen Ländern in den fünfziger und sechziger Jahren. Während der sogenannten "Grünen Revolution" verwandten sie nahezu identische Strategien und Methoden: Aufbau neuer Absatzmärkte durch die Zerstörung der Subsistenzproduktion, Einführung von nichteßbaren Industrie- und Nutzpflanzen, Aufbau handelspolitischer Abhängigkeiten durch Lieferung von aufeinander abgestimmten Paketen von Saatgut, Pestiziden und Dünger. Unter diesem Blickwinkel wird verständlich, warum die "Beispieldörfer" des MWT nach dem Zweiten Weltkrieg von der Welternährungsorganisation der UNO als Modell für die Länder der sogenannten Dritten Welt übernommen wurden.¹¹⁸

6.3.3 Der Griff der deutschen Industrie nach den südosteuropäischen Rohstoffen

Neben den Agrarprodukten rückten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre auch die südosteuropäischen Rohstoffe verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses deutscher Wirtschafts- und Kriegsplaner. Dabei bildete die umfassende Versorgung der deutschen Armee und Wirtschaft im Falle eines Krieges eine wesentliche Motivation. Nur an Kohle und Kali konnte Deutschland zu diesem Zeitpunkt den Bedarf der Industrie aus eigenen Vorkommen decken. Demgegenüber konnten die deutschen Bauxit-, Nickel- und Kupfervorkommen den Bedarf nur zu einem verschwindend geringen Teil befriedigen. Chrom wurde in Deutschland überhaupt nicht gefördert, Blei und Eisen mußten zu zwei Dritteln importiert werden. Auch der deutsche Verbrauch an Zink, Graphit, Schwefel und Holz konnte nicht ohne ausländische Zufuhr, der Verbrauch an

schew, Theodor (Hg.), Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung. Festschrift für Hermann Gross, München 1963, S. 109ff.).

¹¹⁸ Vgl. Drews, a. a. O., S. 99; Gross, Hermann, Zur Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Südosteuropa-Forschung in Deutschland, in: Osteuropa-Wirtschaft, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, 24. Jg., 2/1979, S. 130.

Manganerz, Quecksilber, Erdöl und Kautschuk überhaupt nicht aus einheimischer Produktion sichergestellt werden. In der Textilwirtschaft betrug die Rohstoffabhängigkeit rund neun Zehntel. Die südosteuropäischen Donaustaaten verfügten über einen Großteil der Rohstoffe, an denen Deutschlands Einfuhrbedarf am stärksten war. Alle Länder besaßen Manganerzvorkommen zur Eisen- und Stahlerzeugung. Darüber hinaus wiesen die deutschen Planer den südosteuropäischen Vorräten an Kupfer, Blei und Bauxit eine große Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft zu. Ähnliches galt für die jugoslawischen Chromerzvorkommen (den bedeutendsten in Europa) und die rumänischen Erdölquellen.¹¹⁹

Im März 1935 legte die Geschäftsführung der I.G. Farben Vorschläge "zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg" vor. Darin wurde gefordert, daß unter Rückgriff auf die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges heute "die gesamten produktiven Kräfte auf weite Sicht vorbereitend einem einheitlichen Zweck unterzuordnen" seien, d. h. für den Kriegseinsatz über Jahre voraus "alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einem straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus" einzugliedern.¹²⁰

Dem direkten Griff nach den südosteuropäischen Rohstoffen gingen umfangreiche geologische Erkundungen deutscher Forscher voraus.¹²¹ Seit 1933 begann der MWT in enger Zusammenarbeit mit dem Werbe- rat der deutschen Wirtschaft, dem Reichswirtschaftsministerium, großen Kabel- und Elektrofirmen sowie den I.G. Farben vor allem in Jugoslawien und Bulgarien, aber auch in Rumänien nach mineralischen Rohstoffvorkommen zu suchen. Dabei stützten sie sich auf die während der Besetzung der Länder Südosteuropas im Ersten

¹¹⁹ Vgl. Mühlen, a. a. O., S.117; Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 255 u. 340; Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 44.

¹²⁰ Antworten auf die Fragen an den Rüstungsbeirat. März 1935, Betriebsarchiv Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, 1087, nach Schmelzer, Janis, Unternehmen "Südost". Südosteuropapläne der IG-Farben, Wolfen 1966, S. 13.

¹²¹ Vgl. Leibrock, Otto, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, Berlin 1941, S.342; Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 82f.

Weltkrieg entstandenen Unterlagen. 1936 war die erste Phase der Aktion beendet.¹²²

Der Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT Hahn resümierte am 7. Dezember 1936:

"Die Metalle Kupfer, Blei, Zink, Antimon, Bauxit, Mangan u.a. (sind) in größeren Mengen vorhanden. Das Problem der Erzbeschaffung in Südosteuropa liegt, was die Selbstkosten anbetrifft, relativ günstig."¹²³

Hermann Gross nannte Südosteuropa 1937 "eines der größten und wichtigsten Rohstoffgebiete der alten Welt". Es sei noch weitgehend unerschlossen und biete wegen der geographischen Nähe der deutschen Industrie beträchtliche Standortvorteile.¹²⁴ In diesem Kontext forderte Ministerialdirektor Wohlthat von der Vierjahresplanbehörde auf einer Sitzung des MWT im Dezember 1936 die verstärkte Beteiligung deutschen Kapitals an der Wirtschaft der Länder Südosteuropas. Dadurch könne das "Verhältnis interessanter Rohstoffe zu nicht erwünschten Waren" beim Import günstiger gestaltet werden.¹²⁵

1937 gründete der MWT die "Gesellschaft zur Erforschung ausländischer Erzvorkommen" mit Sitz in Berlin, an der sich u. a. die Firmen AEG, Siemens&Halske und Felten&Guillaume beteiligten. Fachleute des MWT untersuchten Blei- und Zinkvorkommen in Srebrenica (Bosnien), Kupferquellen bei Bor (Ostserbien) und Lagerstätten in Montenegro. Eine "Erzgesellschaft zur Erschließung von Nichteisenmetall-Lagerstätten m.b.H." wurde 1939 vom MWT auf Initiative der I.G. Farben gebildet. Sie beteiligte sich an einer geologischen Erkundungsfirma in Belgrad. Die Angabe des MWT als Auftraggeber von Untersuchungen über Rohstoffvorkommen hatte u. a. die Funktion, nicht durch Nennung eines weltbekannten Firmenamens eine unerwünschte Beunruhigung auf dem Konzessions- und Erzmarkt hervorzurufen.

¹²² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzepationen, a. a. O., S. 193; Wilmsky, Rückblickend möchte ich sagen..., a. a. O., S. 200ff.; Ránki. Economy and foreign policy, a. a. O., S. 174.

¹²³ Protokoll der Mitgliederversammlung der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages am 7. 12. 1936, zit. nach Nestler/Schumann (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., Dok. 93, S. 243.

¹²⁴ Vgl. Gross, Hermann, Die Wirtschaftskräfte Südosteuropas und Deutschlands, in: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, 1937/4, S. 30.

¹²⁵ Vgl. Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 263.

Nach den umfangreichen Erkundungen übernahmen Krupp und die I.G. Farben auf Wunsch des Generalstabs und unter finanzieller Beteiligung der Deutschen Bank 1935/36 die Aktienmehrheit über jugoslawische Kupfer- und Zinkminen und den größte Teil der jugoslawischen Bauxitförderung.¹²⁶ Die zunehmende Verwendung des Aluminiums in allen deutschen Industriezweigen löste eine große Nachfrage nach Bauxit als Ausgangsstoff der Aluminiumerzeugung aus.¹²⁷ Obwohl die Bauxit-Vorkommen zu diesem Zeitpunkt erst zu einem geringen Teil ausgebeutet wurden, belief sich die Förderung in Jugoslawien bereits auf etwa 10% der Weltproduktion. Dabei ging ab 1935 nahezu die gesamte Bauxitausfuhr nach Deutschland.¹²⁸ Jugoslawien nahm in dieser Phase innerhalb Europas die erste Stelle in der Bleierzförderung ein, die zweite in der Kupfererzeugung und die dritte in der Bauxitgewinnung.¹²⁹

1936 gründete der MWT die "Montania AG" und die "Antimon-Bergbaubetriebe und -Hüttenwerke AG". Diese Gesellschaften errichteten in Jugoslawien ein Antimonschmelzwerk und erwarben bedeutende Anteile an den dortigen Antimon-Bergwerken. Jugoslawien stellte damals über ein Viertel der Weltproduktion des Halbmetalls Antimon, das in erster Linie zur Herstellung von Bleilegierungen dient. Während die deutsche Wirtschaft Antimon vor dem Krieg in erster Linie aus China bezog, konnte 1940 bereits ein Viertel des gesamten deutschen Antimonbedarfs aus Jugoslawien gedeckt werden.

Über die Blei-, Silber und Zinkgruben in Srebrenica schloß die "Gesellschaft zur Erforschung ausländischer Erzvorkommen" des MWT 1938 in Jugoslawien einen Nutzungs- und Optionsvertrag ab. Sie investierte dort nach eigenen Angaben bis zum Sommer 1941 rund eine Million Reichsmark. Allein um die Jahreswende 1937/38 entstanden im jugoslawischen Bergbau darüber hinaus zehn neue Firmen, an denen deutsche Kapitalgeber die Majorität besaßen.

¹²⁶ Vgl. Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus, a. a. O., S. 104.

¹²⁷ Vgl. Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 149.

¹²⁸ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 226f.; Die Rohstoffbasis des großdeutschen Wirtschaftsraumes, in: Jahrbuch 1940/41, 1. Band, herausgegeben vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront Berlin, a. a. O., S. 458.

¹²⁹ Vgl. März, Josef, Der wirtschaftliche Hintergrund. in: Unser Kampf auf dem Balkan, herausgegeben von Franz Geisler/Josef März/Franz Thierfelder u. a., München 1942, S. 130.

Die deutsche Kapitalkraft reichte bis zum Kriegsbeginn jedoch nicht aus, um französischen und britischen Firmen die Aktienmehrheit an den wichtigsten jugoslawischen Rohstoffminen zu nehmen. So blieben die bedeutenden Blei- und Zinkbergwerke in Trepca/Kosovo (die 1938 ca. 700.00 t Blei- und Zinkerze förderten) und die Chromerzgruben bei Skopje/Mazedonien in englischem Besitz. Am gesamten ausländischen Aktienkapital im jugoslawischen Bergbau und Hüttenwesen war Großbritannien Ende der dreißiger Jahre mit mehr als 40% führend beteiligt. Französische Unternehmer hielten demgegenüber Ende der dreissiger Jahre weiterhin die Kapitalmehrheit des Kupferbergwerkes in Bor/Serbien. Die Mine in Bor förderte 1939 984.000 t Kupfererz. Sie war damit der größte europäische Kupferproduzent und verfügte über die einzigen bedeutenden Kupfervorkommen in der Nähe der europäischen Industrie.¹³⁰ In Bulgarien führte die I.G. Farben Anfang 1937 geologische Erkundungen durch. Im Frühjahr 1938 erwarben deutsche Firmengruppen daraufhin Beteiligungen an bulgarischen Blei- und Zinkerzgruben. Die Erze gingen zur Verarbeitung nach Deutschland. Darüber hinaus wurde der Erwerb der bulgarischen Chromerz-vorkommen ins Auge gefaßt.¹³¹

In Rumänien nahmen die I.G. Farben und der Benzolverband seit Mitte der dreißiger Jahre gemeinsam mit der Dresdner Bank den Kapitalkampf um die dortigen Ölquellen auf, "eines der wichtigsten Desiderata des Generalstabs."¹³² Während noch 1934 nur 16% der gesamten deutschen Erdölbezüge aus Rumänien kamen, stieg

¹³⁰ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 223ff. u. 229ff.; Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S.170f.; Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 10; Wilmowsky, Tilo, v., Aufgaben und Ziele des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: Wiener Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Wien, 2. 9. 1940, Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (Hg.), o. O., o. J., nach Opitz (Hg.), Europastrategien..., a. a. O., S. 760ff.; Wendt, England und der "deutsche Drang nach Südosten", a. a. O., S. 489; Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 44; Die Rohstoffbasis des großdeutschen Wirtschaftsraumes, in: Jahrbuch 1940/41, Band 1, herausgegeben vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront Berlin, a. a. O., S. 493.

¹³¹ Vgl. Wendt, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 424; Radandt, Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 23.; Sohl, a. a. O., S. 99.

¹³² Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus, a. a. O., S. 105.

dieser Anteil auf Grundlage des Clearingabkommens 1935 auf 37%.¹³³ Die zunehmenden rumänischen Erdöllieferungen nach Deutschland im Rahmen des devisenlosen Verrechnungsverkehrs waren umso wichtiger, da Deutschland am Kapital der rumänischen Erdölindustrie bis zum Zweiten Weltkrieg nicht nennenswert beteiligt war. Noch 1939 hielten britisch-niederländische Konsortien 39,8%, französisches Kapital 16,6% und us-amerikanisches Kapital 12,5% der Anteile an der rumänischen Erdölindustrie.¹³⁴

Bei einigen Rohstoffen und Agrarprodukten konnte Südosteuropa die deutschen "Erzeugungslücken" in bedeutendem Maße schließen. Dies dokumentiert folgende Tabelle:

1937: Deckung des Eigenbedarfs des Deutschen Reiches durch Importe in %		Exportfähigkeit Südosteuropas (in % der deutschen Exporte)
Güter		
Weizen	21,4	162,2
Mais	94,7	71,2
Bleierz	64,1	68,8
Zinkerz	35,7	104,0
Bauxit	98,6	64,4
Chromerz	100,0	168,5
Erdöl,	89,1	152,7
Erdölprodukte		

135

Um den zügigen Abtransport der südosteuropäischen Ressourcen sicherzustellen, beschäftigten sich deutsche Planer Mitte der dreißiger Jahre mit einem Ausbau der Verkehrsverbindungen nach Südosteuropa. Neben Autobahnstrecken und Eisenbahnlinien entwarfen sie das Projekt des Rhein-Main-Donau-Kanals. Mit Reichsgesetz vom 11. Mai 1938 wurde die Bauvollendung dieses Kanals für das Jahr 1945 festgelegt. Er sollte ein direkt verbundenes Wirtschaftsgebiet "von den Zechen der Ruhr bis zu den rumänischen Erdölquellen" und von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer ermög-

¹³³ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 143f. u. 150.

¹³⁴ Vgl. Milward, Alan S., The Reichsmarc Bloc and the International Economy, in: Der "Führerstaat", a. a. O., S. 387.

¹³⁵ nach Haberl, in: Südosteuropa, 9/1990, a. a. O., S. 518.

lichen.¹³⁶ Der Kanal sollte eine deutsche Verbindung sowohl "mit den Landhandelsstraßen aus Nordchina, Indien, Irak und Iran als auch mit den Schifffahrtsstraßen über Suez und Bosphorus" herstellen.¹³⁷ Der Donau, dem längsten Fluß Europas und der "Pulsader" des deutsch-südosteuropäischen Handels sollte nach der Realisierung des Kanals eine noch größere Bedeutung für den Ausbau der "Ergänzungswirtschaft" zukommen. Die deutschen "Experten" setzten in diesem Zusammenhang auf noch weitergehendere Expansionsmöglichkeiten bis nach Südrußland, den Iran und Afghanistan.¹³⁸

6.3.4 Der verstärkte Griff auf die südosteuropäischen Ressourcen im Zuge des Vierjahresplans ab 1936

Im Juni 1936 unternahm Wirtschaftsminister Schacht eine ausgedehnte Werbereise nach Südosteuropa und den Nahen Osten, die sich u. a. gegen österreichisch-tschechische Präferenzpläne und gegen von Frankreich unternommene Versuche richtete, die Kleine Entente wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren. Schacht verfolgte das Ziel, die Regierungen Südosteuropas zur Annahme neuer deutscher Aufträge im Rahmen des Verrechnungsverkehrs zu bewegen und erklärte die Bereitschaft seiner Regierung, für bestimmte in Deutschland dringend benötigte Güter Höchstpreise zu zahlen, etwa für Sojabohnen aus Bulgarien und Rumänien, Bauxit aus Jugoslawien, Erdöl aus Rumänien und Magnesium aus Jugoslawien.¹³⁹ Der jugoslawischen Regierung bot Schacht zudem an, daß Deutschland im Rahmen des Clearingsystems 60% des gesamten jugoslawischen Getreideexportes abnehmen könne und bereit sei, dafür einen Preis zu zahlen, der 30% über dem des Weltmarktes läge.¹⁴⁰

¹³⁶ Vgl. Ernst, Waldemar, Raum und Recht. Ein Beitrag zum Fragenkreis Südosteuropa, in: Volk und Reich, 13. Jg., 1937, Heft 1, S. 1; Leibrock, Otto, Großdeutschland und der Südost-raum, in: Volk und Reich, 15. Jg., 1939, Heft 1, S. 10.; Finger, Felix, Karten zur Wirtschaft der Südoststaaten, in: Volk und Reich, 14. Jg., 1938, Heft 8, S. 526.

¹³⁷ Vgl. Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 193.

¹³⁸ Leibrock, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, a. a. O., S. 348f.

¹³⁹ Vgl. Weitz, John, Hitlers Bankier Hjalmar Schacht, Wien 1998, S. 250f.

¹⁴⁰ Vgl. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 49.

In Bulgarien erreichte Schacht die Unterzeichnung einer neuen Handelsvereinbarung.¹⁴¹

Die aufsehenerregende Besuchsreise Schachts 1936 nach Budapest, Belgrad, Sofia, Athen, Ankara, Bagdad und Teheran¹⁴² sowie das sprunghafte Hinaufschnellen des bilateralen Warenverkehrs zwischen Deutschland und den Staaten Südosteuropas im Zuge des 1934 von Schacht proklamierten "Neuen Planes", löste 1936 in der britischen und französischen Öffentlichkeit, in Presse und Parlament, Alarmrufe aus, die bis zum Kriegsbeginn nicht mehr verstummten. Es verbreitete sich die Überzeugung, daß Deutschland nun wieder seine bis zum Ende des Ersten Weltkrieges verfolgten Expansionspläne nach Südosteuropa und den Nahen Osten durchzusetzen versuchte und erneut auf die Linie "Berlin-Bagdad" einschwenkte, die es zwanzig Jahre vorher notgedrungen hatte aufgeben müssen.¹⁴³ In Erinnerung an Naumanns "Mitteleuropa"-Buch, wurde in England auf die Gefahr hingewiesen, daß das nationalsozialistische Deutschland zunächst wirtschaftlichen Einfluß in Südosteuropa gewinnen wolle, um auf dieser Grundlage langfristig eine politische Struktur deutscher Hegemonie zu errichten.¹⁴⁴ Der führende Mitarbeiter im britischen Außenministerium Vansittart prophezeite, daß die deutsche Dominanz in Südosteuropa auch Raub und Mord einschließen werde.¹⁴⁵ Seton-Watson, einer der besten britischen Kenner Ost- und Südosteuropas bemerkte bereits im Mai 1934:

"Wir sind mit einem neuen `Drang nach Osten` konfrontiert, der wirkungsvoller ist, da man ihm schwerer begegnen kann."¹⁴⁶

¹⁴¹ Vgl. Hoppe, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, a. a. O., S. 46.

¹⁴² Schacht hielt sich vom 10-11. Juni in Wien, vom 11-13. Juni in Belgrad, vom 13-15. Juni in Athen, vom 15.-17. Juni in Sofia und vom 17.-19. Juni in Budapest auf. Mitte November 1936 reiste er dann nach Ankara, Bagdad und Teheran. (Vgl. Toynbee, Germany's Drang nach Südosten, a. a. O., S. 529).

¹⁴³ Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 508; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 28; Toynbee, Germany's Drang nach Südosten, a. a. O., S. 533.

¹⁴⁴ Vgl. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 48.

¹⁴⁵ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 181 u. 184.

¹⁴⁶ Seton-Watson, Hugh, Some Aspects of the Danubian Problem, in: International Affairs, Vol. XIII, No. 5, September/Okttober 1934, S. 654.

In Frankreich kursierte die Warnung, daß "den Gütern die Flagge folgen" werde, mit anderen Worten, daß Deutschland Südosteuropa nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und militärisch unterwerfen wolle.

Gleichzeitig reagierte die Regierung der USA gereizt auf die auf der Basis von Präferenzverträgen erfolgende deutsche Wirtschaftsexpansion in Südosteuropa, da es den USA ihrerseits nicht gelang, deutsche Waren aus Lateinamerika herauszuhalten.¹⁴⁷

Doch während in Großbritannien unter Verweis auf die deutsche Südosteuropapolitik vor 1918 und die Pläne Lists und Naumanns das jahrzehntelange deutsche Bestreben, die südosteuropäischen Donaustaaten zu Halbkolonien zu degradieren, erkannt wurde, zeigte sich die britische Politik außerstande, dieser Gefahr praktisch wirksam zu begegnen. Es herrschte die Hoffnung vor, daß die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa kaum mit Erfolg zu verlängern sei. Dabei wurde die Wirkung der 1936 einsetzenden Versuche der Staaten Südosteuropas sich aus der Abhängigkeit von Deutschland zu lösen und die Beziehungen zu anderen Handelspartnern zu erneuern, überbewertet. Denn Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien waren mittlerweile zu sehr an das deutsche Clearingssystem, den "Imperialismus ohne Geld"¹⁴⁸ gefesselt. Zudem setzte die deutsche Regierung verstärkt den Druck planwirtschaftlicher Lenkung und wiedergewonnener machtpolitischer Stärke ein. Entgegen den in Großbritannien gehegten Erwartungen hatte der deutsche Handel mit Südosteuropa 1936 noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht. Beispielsweise verdoppelte sich 1937 die deutsche Getreideeinfuhr aus Rumänien. Der internationale Konkurrenzkampf um Südosteuropa entwickelte sich in den letzten drei Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg immer deutlicher zu einer Auseinandersetzung zwischen staatlich kontrollierten und gelenkten Außenhandel auf der einen Seite und liberal-kapitalistischer Privatwirtschaft auf der anderen Seite. Letztere erwies sich - ohne staatliche Unterstützung und ohne echte Zusammenarbeit - als unterlegen. Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens schwankten zwischen Resignation (appeasement) und halbherzigen Interventionen. Ihnen fehlte der politische und ökonomische Wille, der schleichenden deutschen Eroberung Südosteuropas entge-

¹⁴⁷ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 332.

¹⁴⁸ Mühlen, a. a. O., S. 137.

genzutreten. Wiederholt bemühten sich die Regierungen der süd-osteuropäischen Donaustaaten in Frankreich und Großbritannien um eine erhöhte Abnahme ihrer Exportprodukte. Doch Frankreich hielt an der Politik des Schutzes seiner nationalen Landwirtschaft fest und bezog den kleinen Anteil seiner landwirtschaftlichen Importe fast ausschließlich aus seinen Kolonien, während Großbritannien nicht vom Präferenzsystem der Commonwealth-Mitglieder abrückte. Beide Staaten boten somit den südosteuropäischen Staaten keine wirtschaftliche Perspektive. Hinzu kam, daß sich die weltwirtschaftlichen Verhältnisse 1937/38 entschieden verschlechterten und ein weiterer Preisverfall für Agrarprodukte einsetzte. Damit bestand für die Länder Südosteuropas immer weniger Aussicht auf neue Märkte.¹⁴⁹

Somit konnten die Regierungen Südosteuropas den im Kontext des Vierjahresplanes von Herbst 1936 einsetzenden verstärkten Bemühungen der Hitlerregierung, ihre Ressourcen an Rohstoffen und Agrarprodukten gänzlich der deutschen Kriegswirtschaft zu unterstellen, kaum Widerstand entgegensetzen. Der Vierjahresplan, dessen Umsetzung Göring übertragen wurde, sollte die deutsche Wirtschaft kriegsfähig machen, d. h. die wirtschaftliche Mobilisierung zur Erweiterung des deutschen "Lebensraums" ermöglichen. Die von Göring geleitete Vierjahresplanbehörde konzentrierte alle Anstrengungen auf die Erreichung deutscher Autarkie in bezug auf kriegswichtige Rohstoffe, um eine Abhängigkeit von potentiellen Kriegsgegnern zu vermeiden.

Die wesentlichen Ziele des Planes lauteten:

1. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein.
2. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.

Zur Umsetzung dieses Ziels wurden einerseits großangelegte Syntheseversuche für künstliche Rohstoffe gestartet, während andererseits der Griff auf die Rohstoffe der Staaten Südosteuropas forciert wurde. Göring gab folgende Direktive aus:

"Da das deutsche Volk in seiner Ernährung steigend von der Einfuhr abhängig sein wird, desgleichen aber auch gewisse Rohstoffe unter allen Umständen wenigstens teilwei-

¹⁴⁹ Vgl. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 57.; Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 171 u. 181.

se aus dem Ausland beziehen muß, ist mit allen Mitteln auf die Ermöglichung dieser Einfuhren hinzuarbeiten." ¹⁵⁰

Hitler begründete den Vierjahresplan mit den Worten:

"Wir sind überbevölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren. (...) Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes." ¹⁵¹

Aus den südosteuropäischen Agrarüberschußländern sollte das für die Kriegsbevoratung fehlende Brot- und Futtergetreide bezogen und auch ein Großteil des deutschen Fleischbedarfes gedeckt werden. ¹⁵²

Göring war jedes Mittel zur Erreichung der deutschen Kriegsfähigkeit recht. Er wies seine fast eintausend Mitarbeiter der Vierjahresplanbehörde an, mit größtmöglicher Flexibilität jedes Rohstoff- und Devisengeschäft zu sichern. Die Verwirklichung des Programms zur Überbrückung von Materialengpässen auf dem Ernährungs- und Rüstungssektor lenkte das deutsche Interesse in zunehmendem Maße auf die wirtschaftlichen Ressourcen Südosteuropas. ¹⁵³

1938 betonte Göring, der Erfolg des Vierjahresplanes hänge entscheidend von der politischen Expansion Deutschlands nach Südosten ab. ¹⁵⁴ Als ein Mittel empfahl er Waffen-Rohstoff-Austauschgeschäfte. Darüber hinaus drängte er beharrlich auf die Erhöhung der südosteuropäischen Ausfuhrkontingente im Rahmen des Clearinghandels. Neben den Initiativen der I.G. Farben zur Beschaffung südosteuropäischer Rohstoffe, die von Görings Behörde vielfach unterstützt und gefördert wurden, versuchte er durch die Gründung von parastaatlichen Organisationen, wie der "Rohstoff- und Waren-Kompensations-Handelsgesellschaft" (ROWAK), die Rohstoffbeschaffung zu forcieren. Außerdem setzte er spezielle Beauftragte ein, die mit seiner Protektion direkt Kompensations-

¹⁵⁰ Göring nach Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 155.

¹⁵¹ Aus der geheimen Denkschrift Adolf Hitlers vom 26. August 1936 über den Vierjahresplan, in: Anatomie des Krieges, a. a. O., Dok. 48, S. 145f.

¹⁵² Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, a. a. O., S. 340.

¹⁵³ Vgl. Kube, a. a. O., S. 162 u. 171.

¹⁵⁴ Vgl. Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 58.

geschäfte zwischen ausländischen Stellen und deutschen Firmen vermittelten.¹⁵⁵ Die im Rahmen des Vierjahresplanes ausgegebenen Direktiven sahen für die deutsche Mineralölversorgung die "Aufstellung einer Großraumplanung zur Verflechtung des deutschen Ausbauplanes mit den Möglichkeiten Südosteuropas" vor.

Dabei konzentrierte sich das deutsche Interesse vor allem auf das rumänische Erdöl. Es sollte eine rasche Steigerung der rumänischen Produktion durch Erweiterung der Bohrtätigkeit, eine schnelle Lösung der Transportfrage nach Deutschland durch die Bereitstellung von Schiffsraum und Ölleitungen und der Bau einer neuen Benzingewinnungsanlage auf der Basis tschechischer Kohle in verschiedenen Staaten Südosteuropas erreicht werden. Auch für Leichtmetalle war die Einrichtung von neuen Erzeugungsstätten vorgesehen, "und zwar wegen der Arbeitseinsatz- und Transportfrage möglichst in Ungarn und Jugoslawien".¹⁵⁶

Auch wenn vor dem "Anschluß" Österreichs und der Besetzung der Tschechoslowakei eine vollkommene wirtschaftliche Unterwerfung der Länder Südosteuropas noch nicht gelang, nahm Deutschland im Außenhandel Südosteuropas bereits 1937 mit großen Abstand vor Frankreich, Großbritannien und Italien den ersten Rang ein. Jedes Land Südosteuropas war handelspolitisch sowohl beim Im- wie beim Export in hohem Maße von Deutschland abhängig. Auf der anderen Seite konnte Deutschland Lebensmittel und Rohstoffe bis auf geringe Ausnahmen devisenlos aus einem blockadesicheren Raum beziehen. Während zwischen 1933 und 1937 die deutsche Gesamteinfuhr um etwa 30% und die deutsche Gesamtausfuhr um 21% wuchs, erhöhten sich die deutschen Importe aus Südosteuropa¹⁵⁷ um fast 190% und die deutschen Exporte dorthin um annähernd 260%.

In vielen Bereichen des südosteuropäischen Handels hatte Deutschland nahezu eine Monopolstellung erreicht. Im Zuge der handelspolitischen Abhängigkeiten von Deutschland lockerten sich die politischen Bindungen von Jugoslawien und Rumänien an Frankreich und die Tschechoslowakei. Die Kleine Entente, gebildet als Haupthindernis gegen eine erneute deutsche Südosteuropaexpansi-

¹⁵⁵ Vgl. Kube, S. 175ff.

¹⁵⁶ Vgl. Aus dem Arbeitsbericht von Carl Krauch, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, vor dem Generalrat des Vierjahresplans am 28. April 1939, in: Anatomie des Krieges, a. a. O., Dok. 93, S. 210ff.

¹⁵⁷ Südosteuropa umfaßte in dieser Statistik die Länder Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn.

on, bestand 1937 de facto nur noch auf dem Papier. Hoffnung auf eine Stärkung durch den Beitritt weiterer ost- und südosteuropäischer Staaten erwiesen sich aufgrund des deutschen Einflusses als vergeblich.¹⁵⁸ Statt dessen engte die politische Entwicklung des Jahres 1938 die Handlungsmöglichkeiten der südosteuropäischen Regierungen noch einmal in entscheidender Weise ein. Auf das von Göring vorgeschlagene Mittel der "Waffen-Rohstoff-Kompensationsgeschäfte" ließ sich vor dem "Anschluß" Österreichs an Deutschland nur die bulgarische Regierung ein. Die Regierungen Jugoslawiens und Rumäniens zeigten sich in dieser Frage 1937 noch resistent. Jugoslawien war nicht bereit, seine Bindungen an Frankreich und die Tschechoslowakei im Rüstungsbereich zu lösen und Rumänien weigerte sich sein teures, devisenbringendes Erdöl im größeren Ausmaß im Rahmen von Verrechnungsgeschäften nach Deutschland zu liefern.¹⁵⁹

Doch die politische Entwicklung des Jahres 1938 engte die militärischen und ökonomischen Handlungsspielräume der Regierungen der südosteuropäischen Donaustaaten in entscheidender Weise ein.

6.3.5 Der "Anschluß" Österreichs, die Annexion der Tschechoslowakei und ihre Auswirkungen auf den deutschen Griff nach Südosteuropa

Um das Konzept des blockadesicheren, autarken deutschen Großwirtschaftsraumes zu realisieren, ging die deutsche Regierung 1938 vom Instrument der ökonomischen *Pénétration pacifique* auf der Basis des Clearingssystems zu Mitteln politischer und militärischer Aggression über. Auf einer Besprechung Hitlers mit den Wehrmachtsoberbefehlshabern und dem Reichsaußenminister am 5. November 1937 wurde festgelegt, von nun an militärische Gewalt einzusetzen und die ersten Aggressionen gegen den Südosten zu lenken. Als erstes Ziel sollten die "Tschechei" und Österreich niedergeworfen und beide Staaten dem Deutschen Reich angeglie-

¹⁵⁸ Vgl. Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 5.; Basch, a. a. O., S. 158; Seckendorf, Martin (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), Berlin/Heidelberg, S. 22; ders., Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 214 u. 233.

¹⁵⁹ Vgl. Kube, a. a. O., S. 182f.

dert werden.¹⁶⁰ Der "Anschluß" Österreichs, durchgesetzt ohne Opposition der westlichen Großmächte, wurde zum Sprungbrett einer nahezu totalen militärischen und ökonomischen Anbindung der süd-osteuropäischen Donaustaaten an "Großdeutschland".¹⁶¹ Göring hob hervor, daß Deutschland mit dem "Anschluß" die "Brücke zu den Völkern des europäischen Südosten und des nahen Orient" geschlagen habe.¹⁶² Bereits im März 1938 befaßte sich der Wehrwirtschaftsstab mit den außenpolitischen Perspektiven des "Anschlusses". Da Österreich hinter dem Deutschen Reich der größte Handelspartner Südosteuropas gewesen war, gingen die Mitglieder des Wehrwirtschaftstabes von der Möglichkeit einer noch stärkeren wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas durch Deutschland aus. Österreich stelle für die Zukunft die entscheidende außenwirtschaftliche Front des Deutschen Reiches nach dem Südosten dar.¹⁶³ Am 5. April 1938 erklärte Göring auf einer Sitzung des Generalrats für den Vierjahresplan:

"Vom Lande Österreich aus muß die wirtschaftliche Erfassung des Südost-Raumes umfassend die Staaten Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien ausgehen."¹⁶⁴

Nach dem "Anschluß" von März 1938, der mit dem Münchner Abkommen von der französischen und britischen Regierung zugelassenen deutschen Besetzung Nordböhmens (des Sudetenlandes) und der im März 1939 folgenden gänzlichen Okkupation und Aufteilung der Tschechoslowakei, die als Haupthindernis für eine deutsche Wirtschaftsexpansion nach Ost- und Südosteuropa galt¹⁶⁵, konnte Deutschland unter Ausnutzung der traditionell sehr engen österreichischen und tschechischen Kapital-, Handel- und Geschäftsverbindungen in den Donaustaaten seinen Einfluß auf das Anlage-

¹⁶⁰ Vgl. Internationales Militärtribunal Nürnberg (IMT), Bd. XXV, Dok. Nr. 386-PS, S. 403ff., nach Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, , a. a. O., S. 29.

¹⁶¹ Vgl. Basch, a. a. O., S. 201.

¹⁶² Vgl. Göring, Hermann, Wiederaufbau der Ostmark, in: Der Vierjahresplan, Folge 4, April 1938, S.194f. Vgl. auch die Rede von Arthur Seyss-Inquart, Reichsstatthalter für Österreich, 23. 1. 1939, in: Nestler/Schumann (Hg.), Weltherrschaft im Visier, Dok. 99, S. 251ff.

¹⁶³ Vgl. Kube, a. a. O., S. 253

¹⁶⁴ Göring auf der 26. Sitzung des Generalrates am 5. 4. 1938 nach Kube, a. a. O., S. 254.

¹⁶⁵ Vgl. Teichova, a. a. O., S. 186.

kapital in Südosteuropa entscheidend steigern.¹⁶⁶ Allein durch die Übernahme der österreichischen Banken fielen 16,8% der Kapitalbeteiligungen an zehn wichtigen jugoslawischen Betrieben in die Hände deutscher Banken und Konzerne.¹⁶⁷

Österreichische und tschechische Unternehmen verfügten über bedeutende Beteiligungen im jugoslawischen, rumänischen und bulgarischen Banksystem sowie in der Textil-, Metall-, Glas-, Schuh-, Chemie- und Nahrungsmittelindustrie dieser Länder. Hatten deutsche Firmen beispielsweise in Jugoslawien 1934 nur 55 Mio. Dinar investiert, so fielen nun österreichische Beteiligungen von 336 Mio. Dinar in deutsche Hände. Das tschechische Kapital in Jugoslawien wurde auf 775 Mio. Dinar geschätzt. Deutschland kontrollierte somit Anfang 1939 1200 Mio. Dinar an Kapitalbeteiligungen in Jugoslawien. Dies entsprach 17,8% aller jugoslawischen Kapitalbeteiligungen. Damit überflügelte Deutschland Frankreich und Großbritannien, die zu 17% bzw. 13,4% an den Investitionen in Jugoslawien beteiligt waren, nun auch auf diesem Feld. Im Sommer 1939 konnte der deutsche Anteil noch weiter auf 19% oder 1500 Mio. Dinar gesteigert werden. In Bulgarien, wo Deutschland 1935 nur zu 5% an den Auslandsinvestitionen beteiligt war, stieg der Anteil nach der Einverleibung der österreichischen und tschechischen Interessen auf 16%. Die Dresdner Bank und die Deutsche Bank gewannen in dieser Periode die Kontrolle über große Teile der bulgarischen Industrie. Über Aktienbeteiligungen bestimmten sie die Geschäftspolitik der wichtigsten bulgarischen Banken. Deutschland gewann durch die territoriale Expansionspolitik bis Anfang 1939 eine einflußreichere ökonomische Position in Zentral- und Südosteuropa als selbst in der Zeit vor und während des Ersten Weltkrieges.¹⁶⁸ Die Staaten Südosteuropas standen nach dem "Anschluß" Österreichs und dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei nicht nur unter wachsendem ökonomischen und militärischen Einfluß Deutschlands, sondern dieses kontrollierte jetzt zudem ihre Eisenbahn-, Strassen- und Flußschiffahrtsverbindungen in das übrige Europa. Der "Anschluß" Österreichs bildete somit das Tor nach Südosteuropa, die notwendige Zwischenstation zu den Hauptzielen des deutschen Wirtschaftsimperialis-

¹⁶⁶ Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 494.

¹⁶⁷ Vgl. Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 26.

¹⁶⁸ Vgl. Basch, a. a. O., S. 203ff.; Sohl, a. a. O., S. 97.

mus. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der "Anschluß" Österreichs und des Sudetengebietes 1938 nicht ausschließlich "völkische" Motive hatte, sondern den Operationslinien einer weiter gezogenen wirtschaftsimperialistischen Großraumstrategie mit der Hauptstoßrichtung Südosteuropa folgte. Die nationalsozialistischen Zeitschriften jener Jahre quollen über von Projekten und Zukunftsbildern in bezug auf die enge Verknüpfung Deutschlands mit Südosteuropa.¹⁶⁹ In der Zeitschrift "Volk und Reich" hieß es beispielsweise, durch den "Anschluß" Österreichs und des Sudetengebietes habe sich Deutschland den Weg nach dem Schwarzen Meer geöffnet.¹⁷⁰ In einer Schrift des Verlages "Volk und Reich" wurde der "Anschluß" als Verwirklichung der Ideen von Friedrich List und anderer Protagonisten des "Mitteleuropa"-Projekts gefeiert:

"Der 13. März 1938 war einer der seltenen Augenblicke menschlichen Daseins, die an Gottes unerforschlichen Rat-schluß erinnern. (...) Vor den erstaunten Augen der Zeit-genossen unseres Jahrhunderts war das Wirklichkeit geworden, was Bruck und der prophetische Kündler Mitteleuropas, Friedrich List, einst ersehnt hatten."¹⁷¹

Der Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT, Hahn, hob im April 1938 in einem Artikel über "Die handelspolitische Bedeutung des mitteleuropäischen Raumes nach der Eingliederung Österreichs". die "Schlüsselstellung" des "verhältnismäßig kleinen Landes" Österreich hervor, die zu besitzen von hohem Wert sei. Er notierte weiter:

"Weil unsere Gegner wußten, daß mit dem Besitz dieses Raumes dem Deutschen Reich ein gewisses Uebergewicht auf dem mitteleuropäischen Kontinent zufallen muß, darum ist der Kampf um Oesterreich so heftig gewesen".¹⁷²

Hahn, betonte, daß Pläne eines Zusammenschlusses der Donauländer ohne Deutschland jetzt endgültig der Vergangenheit angehören

¹⁶⁹ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 355.; Wiskemann, Elisabeth, "The Drang nach Osten" continues, a. a. O., p. 766.; Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 58f.

¹⁷⁰ Vgl. Leibrock, Otto, Großdeutschland und der Südostraum, in: Volk und Reich, 15. Jg., 1939, Heft 1, S. 19.

¹⁷¹ Leibrock, Otto, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, Berlin 1941, S. 162.

¹⁷² Hahn, Max, Die handelspolitische Bedeutung des mitteleuropäischen Raumes nach der Eingliederung Oesterreichs, in: Westfälische Wirtschaft, Dortmund, 2. Jg., H. 18, 30. 4. 1938, S. 4.

würden, da die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der südosteuropäischen Länder zu Deutschland nunmehr noch wesentlich größer geworden seien, als sie ohnehin schon waren. Wenn Deutschland an dem Grundsatz festhalte, seinen Zusatzbedarf an Agrargütern in den "mitteleuropäischen Ländern" zu decken, dann werde seine Stellung dort "unüberwindlich sein".¹⁷³

Im selben Gestus konstatierte der Präsident des deutschen Instituts für Konjunkturforschung, Wagemann, 1939 mit Befriedigung:

"Alle Pläne das Donau- und Südosteuropaproblem ohne Deutschland zu lösen (...) sind im Nichts zerstoßen. Die Idee einer gegen Deutschland gerichteten Wirtschaftsallianz der Donau- und Südoststaaten erscheint heute selbst dem naivsten Gemüt als seltenes Beispiel politischer Verblendung."¹⁷⁴

Das Oberkommando der Wehrmacht betrachtete in der Tradition von Friedrich List die eigentliche wehrwirtschaftliche Bedeutung der Einverleibung Österreichs in der Tatsache, daß das Deutsche Reich

"nunmehr unmittelbar an den südosteuropäischen Raum" angrenze, "der als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant und als Absatzgebiet für die industriellen Fertigerzeugnisse sein natürliches Hinterland darstellt."¹⁷⁵

Nunmehr rage das Deutsche Reich "weit in den kriegsversorgungswirtschaftlich überaus bedeutsamen europäischen Südosten hinein."¹⁷⁶

Über die Stellung, die Deutschland im Jahr 1938 in Südosteuropa erreicht hatte, hieß es später in einer geheimen Expertise der Südosteuropa-Gesellschaft:

"Damals hatten wir im Südostraum praktisch die unbestrittene wirtschaftliche und politische Vorherrschaft. Wir waren fast ausschließlich die Rüstungslieferanten, hatten die größten Außenhandelsanteile, und durch die Clearing-

¹⁷³ Vgl. ebenda, S. 5-7.

¹⁷⁴ Wagemann, Der neue Balkan, a. a. O., S. 137.

¹⁷⁵ OKW, Stand der wirtschaftlichen Lage, 1. 4. 1938, zit. nach Volkmann, Hans-Erich, Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939, in: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, herausgegeben von Friedrich Forstmeier/ Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1975.

¹⁷⁶ Ebenda.

politik (Zweiseitigkeitsverkehr) hatten wir die Südostländer immer `in der Zange`." ¹⁷⁷

Vor dem Hintergrund dieser Hegemonie konnten Hitler und Göring 1938 territoriale Ansprüche in Südosteuropa bestreiten. Sie beteuerten gegenüber der jugoslawischen Regierung, Deutschland wünsche in Südosteuropa "nichts als offene Türen" für seine Wirtschaft. ¹⁷⁸

Die Türen öffnete sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 1938 in besonderer Weise durch Rüstungsgeschäfte mit den Staaten Südosteuropas. Am 12. März 1938, dem Tag des "Anschlusses" Österreichs an Deutschland, unterzeichneten die Regierungen Deutschlands und Bulgariens ein Geheimabkommen über deutsche Waffenlieferungen. Zum Kauf deutschen Kriegsgeräts gewährte die deutsche Regierung der bulgarischen Seite einen Kredit in Höhe von zunächst 30 Millionen Reichsmark. Die deutschen Lieferungen sollten innerhalb von zwei Jahren erfolgen, die bulgarischen Zahlungen (zum Teil in Form von noch zu erschließenden Bleierzen) ab 1942 einsetzen und einen Zeitraum von 5-8 Jahren umspannen. Deutsche Firmen erlangten auf der Basis des Vertrages die Kontrolle über bulgarische Blei- und Zinkminen. Die bulgarische Regierung verpflichtete sich darüber hinaus für einen Zeitraum von fünf Jahren zu Rohstofflieferungen im Wert von 1¹/₂ Mio. RM auf dem Verrechnungsweg. Als durch das Abkommen von Saloniki (31. Juli 1938) die nach dem Ersten Weltkrieg erlassenen Rüstungsbeschränkungen für Bulgarien fortfielen, wurden diese Waffengeschäfte weiter forciert. Am 21. April und am 24. Juni 1939 erfolgte die Vereinbarung weiterer deutscher Rüstungskredite in Höhe von 45 Mio. RM bzw. 35 Mio. RM. Die bulgarische Aufrüstung erfolgte in der Folge allein durch Deutschland. Der deutschen Wirtschaft gelang es so, veraltetes Rüstungsmaterial abzustoßen und sich im Gegenzug Rohstoff- und Lebensmittellieferungen für die Kriegszeit zu sichern. ¹⁷⁹ Auf das von Göring bereits 1936 vorgeschlagene Mittel

¹⁷⁷ Die industriewirtschaftlichen Folgen des Rückganges und Zuwachses der deutschen politischen Einflusses auf Südosteuropa seit 1938, zit. nach Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 26.

¹⁷⁸ Aufzeichnung von Heeren (AA) über die Gespräche von Stojadinovic, Hitler und Göring vom 17. 1. 1938, in: ADAP, Serie D, Band 5, S. 188ff.

¹⁷⁹ Vgl. Sohl, a. a. O., S. 104ff., Hoppe, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, a. a. O., S. 49.; Bohn, Thomas M., Bulgariens Rolle im "wirtschaftlichen Ergänzungsraum" Südosteuropa,

von Waffen-Rohstoff-Kompensa-tionsgeschäften ließ sich infolge der territorialen und machtpolitischen Verschiebungen des Jahres 1938 numehr auch die jugoslawische Regierung ein. Sie mußte im Laufe des Jahres 1939 erkennen, sich zu schon zu sehr gebunden zu haben, um gegenüber Deutschland noch eine andere Wirtschaftspolitik "ohne Erschütterung der jugoslawischen Volkswirtschaft" durchsetzen zu können. So sah sie sich im Sommer 1939 gezwungen, dem Drängen der deutschen Seite nachzugeben und für deutsche Rüstungslieferungen eine Aufstockung der in bestehenden Clearingverträgen festgelegten Rohstoff- und Holzkontingente zu akzeptieren. Gleichzeitig versprach sie, deutsche Anträge auf Erforschung und Ausbeutung der Rohstoffvorkommen "wohlwollend zu prüfen" und nach bestehenden Möglichkeiten zu genehmigen.¹⁸⁰ Im Falle Rumäniens setzte die deutsche Seite zunehmend auf einen devisenlosen Austausch von Waffen gegen Erdöl. Im Herbst 1936 hatte Rumänien den Anteil der Erdöllieferungen am Gesamtumfang des devisenlosen deutsch-rumänischen Verrechnungshandels auf 25% beschränkt, um den restlichen Anteil gegen Devisen in anderen Ländern verkaufen zu können. Da die deutsche Seite sich nicht mit dem festgelegten Anteil zufriedengeben wollte, griff sie zum Mittel von Kompensationsgeschäften von Waffen gegen Rohstoffe, die nicht unter die 25%-Klausel fielen. Dabei forderte sie die Lieferung eines Teils des Erdöls im voraus. Anschließend wurde die rumänische Seite hingehalten, bis schließlich ab 1939 vor allem polnisches und tschechisches, zumeist älteres Kriegsgerät geliefert wurde. Langfristig festgelegt wurden der Austausch von Waffen gegen Erdöl im deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag vom März 1939 und im Öl-Waffen-Pakt vom Mai 1940. Auf der Basis der Clearingverträge und des Austausches von Waffen gegen Rohstoffe weitete Deutschland seine Rüstungsgeschäfte in Südosteuropa in großem Maße aus.

Bereits 1937 gingen 46% des gesamten deutschen Rüstungsexports in die Balkanländer. 1939 stieg der Anteil auf 65%; etwa diese Höhe behielt er auch im ersten Halbjahr 1940.¹⁸¹ Insgesamt bestan-

in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, a. a. O., S. 115.

¹⁸⁰ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, a. a. O., S. 346.

¹⁸¹ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 330; Hoppe, H.-J., Deutschland und Bulgarien 1918-1945, a. a. O., S. 606f.; Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 177f.; Wendt, Südosteu-

den die deutschen Lieferungen an Industrieerzeugnissen in die Länder Südosteuropas Ende der dreißiger Jahre zu 40% aus Produktionsgütern, die mittel- oder unmittelbar zur Aufrüstung dieser Staaten verwendet wurden.¹⁸²

Auch auf anderen Geschäftsfeldern startete die deutsche Wirtschaft in Südosteuropa in unmittelbarer Folge des Anschlusses Österreichs und der Okkupation der Tschechoslowakei eine "große Offensive".¹⁸³ So gelang es z. B. der I.G. Farben bedeutende Teile der österreichischen Stickstoffindustrie zu übernehmen und - infolge des deutschen Einmarsches in der Tschechoslowakei - ihrem größten Konkurrenten in Südosteuropa, dem Aussiger Verein für chemische und metallurgische Produktion eines seiner bedeutendsten Produktionswerke "abzukaufen."¹⁸⁴ Darüber hinaus schloß die Geschäftsführung der I.G. Farben die Skoda-Wetzler-Werke mit dem Großunternehmen der österreichischen Chemie, dem Carbidwerk Deutsch-Matrei zu einem Tochterunternehmen mit dem Namen "Donau-Chemie AG" zusammen. Damit wurde die I.G. Farben zur stärksten Wirtschaftsgruppe auf dem Chemiegebiet in Südosteuropa.¹⁸⁵

Seit 1935 unterhielt die IG-Farben in Berlin ein eigenes "kriegswirtschaftliches Zentralbüro", eine Spionageeinrichtung die unter der Bezeichnung "Vermittlungsstelle W(ehrmacht)" oder "Büro NW 7"¹⁸⁶ fungierte.¹⁸⁷ 1938 übernahm Max Ilgner¹⁸⁸, Vorstandsmitglied der I.G. Farben und Chef der "Vermittlungsstelle W"

ropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 419; Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 266; Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 72.

¹⁸² Vgl. Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 111.

¹⁸³ Vgl. Schröder, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschland, a. a. O., S. 88f.

¹⁸⁴ Die tschechische Industrie hatte sich in den dreißiger Jahren aktiv an der Entwicklung einer Chemieindustrie in Jugoslawien und Rumänien, einer Metallindustrie in Rumänien und einer Schuhindustrie in Jugoslawien beteiligt. (Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 177f.; Basch, a. a. O., S. 156).

¹⁸⁵ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 360 u. 366.

¹⁸⁶ Dieses Büro der IG-Farben führte u. a. eine Personenkartei über Persönlichkeiten aus Österreich und Südosteuropa. Das Büro NW 7 stand mit IG-Verbindungsmännern in Südosteuropa in Kontakt, vor allem um geheime Informationen zu erhalten. (Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 172ff.).

¹⁸⁷ Vgl. Schmelzer, a. a. O., S. 8.; Vertrauliches Schreiben von Fritz ter Mer, Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie AG, an die Betriebsgemeinschaften der AG vom 26. September 1935, in: Eichholtz, Dietrich/Schumann, Wolfgang, Anatomie des Krieges.

darüber hinaus das Amt des Vizepräsidenten der Deutschen Gruppe des MWT, womit die I.G. Farben ihre Stellung auch in der einflußreichsten Südosteuropaorganisation der deutschen Privatwirtschaft ausweitete.¹⁸⁹

Im Zuge des Anschlusses Österreichs an Deutschland eröffneten die I.G. Farben 1938 in Wien eine Zweigstelle ihrer Volkswirtschaftschaftlichen Abteilung, speziell für den Bereich Südosteuropa. Mitarbeiter und späterer Leiter wurde der führende deutsche Südosteuropaexperte der Nachkriegszeit, Hermann Gross.¹⁹⁰ Bevor dieser seinen Posten in Wien bezog, hielt er sich im November/Dezember 1938 zur Information und Ausbildung im Berliner Spionagebüro der I.G. Farben NW 7¹⁹¹ auf und wurde dort von der Direktionsabteilung betreut.¹⁹² Die Verknüpfung zwischen Südosteuropaforschung und Spionage, die bereits während des Ersten Weltkrieges praktiziert worden war¹⁹³, fand hier ihre Fortsetzung.¹⁹⁴ Aus Wien informierten Gross und seine Mitarbeiter die Berliner Zentrale in der Folge laufend über wichtige Wirtschaftsentwick-

Neue Dokumente des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1969, Dok. 40, S. 134.

¹⁸⁸ Nach 1945 übernahm Ilgner die Geschäftsführung der Deutschen Bergin AG und wurde Präsident der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft, einer Organisation die an die Südosteuropatätigkeit der Deutschen Gruppe des MWT anknüpfen sollte. (Vgl. Barche, Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag, a. a. O., S. 1297).

¹⁸⁹ Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 172ff.

¹⁹⁰ Lebenslauf im Anhang.

¹⁹¹ Als weiteren Verbindungsmann warb das Büro NW 7 ab 1937 den führenden österreichischen Nationalsozialisten Hermann Neubacher. Er war in den dreißiger Jahren wegen illegaler faschistischer Aktivität in Österreich verurteilt worden. Seit 1936 erhielt er Geldzahlungen über den MWT. Von 1938-1940 wurde Neubacher von der großdeutschen Regierung das Amt des Bürgermeisters und Landeshauptmanns von Wien übertragen. Im Januar 1940 erhielt er den Posten eines "Sonderbeauftragten für Wirtschaftsfragen bei der deutschen Gesandtschaft in Rumänien. Im Jahre 1941 wurde er "Bevollmächtigter für Erdölfragen im Südosten", eine Funktion die er neben anderen Sonderaufträgen im Dienste der deutschen Regierung bis 1944 behielt. (Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 179f.; Neubacher, Hermann, Sonderauftrag Südost 1940-1944. Bericht eines fliegenden Diplomaten, Berlin/Frankfurt, 2. durchges. Auflage, 1957, S. 13.; Anatomie des Krieges, a. a. O., S. 169).

¹⁹² Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 178.

¹⁹³ Siehe die Ausführungen zu Ernst Jäckh und der "Zentralstelle für Auslandsdienst" in dieser Arbeit S. 254f.

¹⁹⁴ Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 179f.

lungen in Südosteuropa (Industrie, Banken, Versicherungen, Handel, Wirtschaftsorganisationen) weit über den Bereich der Chemie hinaus. Dabei konzentrierten sie sich auf Informationen über Neugründungen, Kapitalveränderungen, Ausbau der Produktionsprogramme, ausländische Kapitalbeteiligungen und Tendenzen zur Nationalisierung sowie zum Rückzug "feindlichen" und zum Vordringen "befreundeten" Kapitals. Nach außen galt die Wiener Zweigstelle der Volkswirtschaftlichen Abteilung als ein Hilfsorgan der "Donau-Chemie AG", Wien, der Anfang 1939 geschaffenen Zusammenfassung aller unter der Kontrolle der I.G. Farben stehenden österreichischen Betriebe. Doch faktisch diente sie der deutschen Konzernleitung als Aufklärungsabteilung für die weitere Durchdringung des südosteuropäischen Marktes. Als "Experte" nahm Gross wiederholt an Verhandlungen der Geschäftsführung der I.G. Farben mit südosteuropäischen Regierungsvertretern und Unternehmen teil. Darüber hinaus widmete er sich an der Hochschule für Welthandel in Wien der Ausbildung südosteuropäischer Kaufleute, um die Anzahl der "Nachwuchskräfte für das Südostgeschäft" im Sinne der deutschen Großraumwirtschaft zu erhöhen.¹⁹⁵

Neben der Volkswirtschaftlichen Abteilung in Wien bildete die Leitung der I.G. Farben zur Planung und Koordinierung ihrer im Zuge des Anschlusses und der Teilung der Tschechoslowakei bedeutend ausgeweiteten Südosteuropa-Geschäfte am 21. Oktober 1938, d. h. nur knapp drei Wochen nach dem Münchner Abkommen und an dem Tag, an dem Hitler die Weisung zur Annexion der restlichen Tschechoslowakei gab, einen eigenen Südosteuropa-Ausschuß, der sich mit allen Angelegenheiten befassen sollte, die für die I.G. in Südosteuropa von Bedeutung seien oder werden könnten.¹⁹⁶ Der Geschäftsführung der I.G. Farben gelang es 1938 zudem, "ihre Männer" auf einflußreichen Planungsposten der deutschen Wirtschaftspolitik zu plazieren. Am 22. August 1938 ernannte die deutsche Regierung das Vorstandsmitglied der I.G. Farben, Carl Krauch, zum Bevollmächtigten zur Durchführung des "Wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes". Darüber hinaus wurden im

¹⁹⁵ Vgl. Siebert, Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus nach Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn..., a. a. O., S. 220f.; Gross, Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, a. a. O., S. 92.

¹⁹⁶ Protokoll der 1. Sitzung des Südosteuropa-Ausschusses, 26. 10. 1938, zit. nach Radandt, Die IG-Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 78.

Sommer 1938 mehrere führende Mitarbeiter der I.G. Farben in den wirtschaftlichen Führungsstab zur Durchführung des Vierjahres-Plans aufgenommen. Die Vierjahresplan-Politik bestimmten nun überwiegend Männer, die sich geschäftlich in Südosteuropa engagiert hatten und auf eine verstärkte Wirtschaftsexpansion in diese Richtung drängten. Die "Reichsstelle für Wirtschaftsaufbau" und das im Herbst 1938 neugeschaffene "Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung" wurden zu Krauchs zentralen Planungsbehörden für die Erfassung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in Südosteuropa und für die Erarbeitung von Vorschlägen zur Intensivierung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu den dortigen Ländern. Krauch verfügte damit wie kein anderer Industrieller über beträchtliche staatliche Vollmachten in der Rüstungswirtschaft.¹⁹⁷

Die Reichsstelle für Wirtschaftsaufbau legte Anfang August 1938 eine Aufstellung über den "Mob(ilisierungs)-Bedarf und die Versorgungslage auf dem Mineralölgebiet" vor. Darin wurde die für eine mögliche Kriegsführung lebensnotwendige Bedeutung des südosteuropäischen Wirtschaftsraumes betont:

"Der einzige Weg zur sofortigen laufenden Deckung der Moblücken in der Zeit 1938/39, der zugleich eine wesentliche Bewegungsfreiheit in Produktionsmengen und -Qualitäten erlaubt, ist im Mob-Falle: Freihalten des südosteuropäischen Wirtschaftsraumes für Deutschland unter Inanspruchnahme von rd. 50% des rumänischen an andere Länder gelieferten Gesamt-Mineralöl-Ausfuhrüberschusses für Deutschland."¹⁹⁸

Um sich die kriegswirtschaftlich unerläßlichen Ressourcen Südosteuropas zu sichern, verstärkte die deutsche Regierung 1938 ihren politischen Druck auf die Balkanstaaten. Hatte Schacht 1936 noch eine große Werbereise durch die Hauptstädte Südosteuropas unternommen, so demonstrierte die Fahrt seines Nachfolgers als Wirtschaftsminister, Funk, im Herbst 1938 nach Jugoslawien, Bulgarien und in die Türkei vor dem Hintergrund des Anschlusses Österreichs und des Münchner Abkommens¹⁹⁹ ein neues Niveau deut-

¹⁹⁷ Vgl. Kube, a. a. O., S. 259f.; Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 275.

¹⁹⁸ RWA-Aufzeichnung "Mob-Bedarf und Versorgungslage auf dem Mineralölgebiet" vom 5. Aug. 1938, nach Kube, a. a. O., S. 263f.

¹⁹⁹ Im Münchener Abkommen stimmten die französische und britische Regierung einer Abtretung der sudetendeutschen Gebiete von der Tschechoslowakei an Deutschland zu, um den Frieden zu erhalten.

schen Selbstbewußtseins. So bemerkte Funk am 30. September in Belgrad zu den Lehren, die aus dem Münchener Abkommen²⁰⁰ zu ziehen seien, daß Jugoslawien nur in enger Anlehnung an Deutschland eine befriedigende Zukunft zu erwarten habe. Am 16. Oktober 1938 stellte Funk bei seiner Rückkehr in Berlin befriedigt fest, daß durch die deutsche Südosteuropapolitik der vergangenen vier Jahre ein sich ergänzender "Wirtschaftsraum" von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer entstanden sei. Für die Zukunft verfolge Deutschland weiter das Ziel, den Anbau von Industrie- und Ölpflanzen in Südosteuropa auszuweiten.²⁰¹

In der us-amerikanischen Zeitschrift "Foreign Affairs" wurde die Reise Funks als erster Ausdruck einer aggressiven Taktik der deutschen Südosteuropapolitik bewertet. Es sei zu beobachten, daß die Deutschen ihren Plan einer ökonomischen Eroberung Südosteuropas immer offener durch die Monopolisierung des dortigen Außenhandels verfolgen. Dabei dränge Deutschland die südosteuropäischen Staaten ihre Industrialisierungsbemühungen zugunsten der Agrarproduktion zu reduzieren. Auf diese Weise wolle Deutschland sich einen ausgedehnten Markt für seine Industriewaren und eine Quelle für Nahrungsmittel und Rohstoffe sichern.²⁰² Auf der Basis der vergrößerten politischen und ökonomischen Machtstellung steigerte die deutsche Wirtschaft allein im Oktober 1938 ihre Importe an Rohstoffen und Agrarprodukten aus Jugoslawien um 50%. Drei Monate zuvor hatte das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung die Zielsetzung ausgegeben, daß im Kriegsfall nicht nur die Exportüberschüsse, sondern die Gesamtproduktion Jugoslawiens, insbesondere an Kupfer, Blei, Zink,

Die deutsche Regierung versicherte im Gegenzug, daß die Abtretung des Sudetenlandes ihre letzte territoriale Forderung sei. (Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas der Weltgeschichte, Band 2, a. a. O., S. 475).

²⁰⁰ Auf der Konferenz in München von Ende September 1938, an der Hitler, Mussolini, Daladier und Chamberlain teilnahmen, wurde die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an Deutschland beschlossen. Durch die deutsch-englische Nichtangriffserklärung und die endgültige Anerkennung der deutsch-französischen Grenzen sollte die deutsche Expansion gestoppt werden. (Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 475).

²⁰¹ Vgl. Schöpferische Wirtschaftspolitik, in: Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe, 18. 10. 1938; Krugmann, Großdeutschland und Südosteuropa, a. a. O., S. 16 u. 139; Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 59f.

²⁰² Vgl. Wiskemann, Elisabeth, The "Drang nach Osten" continues, a. a. O., S. 764f.

Chrom, Weizen und Mais von der deutschen Wirtschaft benötigt würde. Unter keinen Umständen dürften in ihrem Umfang beachtlichen Rohstoffquellen" den "Feindländern" zugute kommen. Falls Jugoslawien die Waren nicht freiwillig im geforderten Umfang zur Verfügung stelle, müsse der Bezug durch den Einsatz "militärischer Machtmittel" gesichert werden.²⁰³ Damit wurde das Mittel des Krieges zur Sicherung des deutschen "Ergänzungsraumes" Südosteuropa bereits 1938 in Erwägung gezogen. Dies bestätigt auch eine Äußerung des deutschen Reichsstatthalters in Österreich, Seyss-Inquart, im Reichskriegsministerium am 23. Januar 1939. Er betonte dort, die deutsche Regierung sei nun in der Lage, den "Völkern des Donaupraumes" zu sagen, "ihr wißt, daß wir so stark sind, daß jeder, der gegen uns geht, vernichtet wird."²⁰⁴

Berechtigterweise erhöhten der "Anschluß" Österreichs und das Münchener Abkommen in Südosteuropa die Befürchtungen vor einer noch weitergehenden deutschen Expansion. Stimmungsberichte des deutschen Auslandsdienstes sprachen von einer allgemein bemerkbaren jugoslawischen Angst vor dem "deutschen Wirtschaftsimperialismus" und vor der "grossdeutschen Wirtschaftsexpansion nach dem Südosten Europas". Der neue bulgarische Gesandte in Berlin Dragonov sprach im Mai 1938 offen von Bestrebungen Deutschlands, den Balkan zu seiner "Wirtschaftskolonie" zu machen. Ein am 31. Juli 1938 in Saloniki unterzeichnetes Nichtangriffsabkommen zwischen Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und der Türkei war Ausdruck des veränderten politischen Bewußtseins in Südosteuropa.²⁰⁵

Nach dem Münchener Abkommen reisten die Könige Rumäniens und Bulgariens und der jugoslawische Regierungschef nach London. Sie wiesen dort darauf hin, daß ihre Staaten von Deutschland ökonomisch stranguliert würden und baten die britische Regierung um Unterstützung zur Befreiung aus diesen Fesseln. Diese zeigte sich jedoch nicht in der Lage, eine Abnahme südosteuropäischer

²⁰³ Vgl. Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 240.

²⁰⁴ Aus der Rede vom Arthur Seyss-Inquart über "Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Erweiterung des Reiches nach Südosten" im Reichskriegsministerium am 23. Januar 1939, in: Weltherrschaft im Visier, a. a. O., Dok. 99, S. 252.

²⁰⁵ Vgl. Kube, a. a. O., S. 261f.; Hoppe, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, a. a. O., S. 52.

Produkte in vergleichbarem Ausmaß zum deutschen Import garantieren zu können.²⁰⁶

Die zurückhaltende französische Politik nach dem Münchener Abkommen demonstrierte der französische Außenminister Bonnet. Er wies seine Regierung an, jede Bewegung zu vermeiden, die in Berlin den Eindruck einer Restriktion der deutschen Handelsaktivitäten in Südosteuropa erwecken könne.²⁰⁷

Nachdem der rumänische König Carol in London und Paris mit dilaatorischen Stellungnahmen abgefunden worden war, nahm er umgehend Kontakt zur deutschen Regierung auf. Ende November 1938 traf er in Leipzig mit Göring zusammen. Dieser sprach den Wunsch nach einer Intensivierung des deutsch-rumänischen Außenhandels aus. Dabei seien "rumänische Öllieferungen grössten Umfangs" und die "Erschließung rumänischer Erzvorkommen" besonders wichtig. Carol erklärte sich grundsätzlich zur Erfüllung der deutschen Vorstellungen bereit. Als Gegenleistung forderte er die Beendigung der deutschen Unterstützung für die faschistische rumänische Gruppe "Eiserne Garde"²⁰⁸ und verstärkte Kriegsmateriallieferungen.²⁰⁹

Letzteres zu erfüllen, fiel der deutschen Regierung nicht schwer, war Rumänien doch als südosteuropäischer Außenposten im Krieg gegen die Sowjetunion vorgesehen.²¹⁰

Anfang Februar 1939 reiste Görings wichtigster Sonderemissär in südosteuropäischen Wirtschaftsfragen²¹¹, Wohlthat²¹², zu Handelsver-

²⁰⁶ Vgl. Basch, a. a. O., S. 207ff.

²⁰⁷ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 190.

²⁰⁸ Die faschistische Gruppe "Eiserne Garde" hatte sich 1930 im Kontext einer Radikalisierung der rumänischen Rechten infolge der Weltwirtschaftskrise gebildet. Mit deutscher Unterstützung entwickelte sie sich trotz mehrfacher Verbote in den dreißiger Jahren zu einer paramilitärischen faschistischen Massenorganisation. Ende der dreißiger Jahre wurde sie zu einer bedeutenden innenpolitischen Kraft und war an mehreren Putschversuchen und an Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt. (Vgl. Drews, a. a. O., S. 67f.).

²⁰⁹ Vgl. Kube, a. a. O., S. 289.; Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938-1941, in: Historische Zeitschrift, München, Bd. 206, 1968, S. 66f.

²¹⁰ Vgl. Irk, Victor C., Rumäniens raumpolitische Sendung, in: Zeitschrift für Geopolitik, 14. Jg., 1937, H. 4, S. 261ff.

²¹¹ Vgl. Kube, a. a. O., S. 287.

²¹² Helmut Wohlthat, zunächst Ministerialdirigent im Reichswirtschaftsministerium und Vertrauensmann des Ministers Hjalmar Schacht und dessen Nachfolgers Walther Funk, wurde Ende der dreißiger Jahre Ministerialdirektor zur besonderen Verwendung beim Beauftragten für den Vierjahresplan Hermann Göring. (Vgl.

tragsverhandlungen nach Bukarest. Die rumänische Regierung wehrte sich zunächst gegen eine deutscherseits zum Zentralpunkt bilateralen Abmachungen erklärte "industrielle Zusammenarbeit in einem gemischten Industrieausschuß", da sie zu Recht befürchtete, Deutschland würde ihr "die Selbstbestimmung bei der Industrialisierung bestreiten".²¹³ Erst nach massiven deutschen Pressionen und unter dem Eindruck der deutschen Intervention in der Rest-Tschechoslowakei stimmte die rumänische Regierung der Unterzeichnung eines umfassenden Wirtschaftsabkommens mit Deutschland zu.

Der am 23. März 1939 paraphierte deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag wurde zum Modell einer dauerhaften Einbindung Südosteuropas in den deutschen Großwirtschaftsraum. Auf der Grundlage des Vertrages sollte die gesamte rumänische Wirtschaft langfristig in den "Großraum" eingepaßt und umgeformt werden. Rumänien hatte Rohstoffe und Agrarprodukte zu liefern und auf die Entwicklung einer nennenswerten eigenen Fertigwarenindustrie zu verzichten. Der Vertrag bedeutete die bis dahin weitgehendste Umsetzung des seit langem propagierten deutschen "Ergänzungswirtschaftskonzeptes". Der auf einen Zeitraum von fünf Jahren angelegte Vertrag sah vor, den deutschen Anteil am rumänischen Außenhandel auf 45 Prozent auszudehnen, wobei die rumänische Agrar- und Rohstoffproduktion auf die Nachfrage der deutschen Wirtschaft ausgerichtet werden sollte. Dies implizierte eine forcierte Förderung und Verarbeitung von Erdöl, Mangan, Kupfer, Bauxit, Chromerz und anderen Rohstoffen. Der Vertrag enthielt im einzelnen u. a. folgende Punkte:

1. Ausbau und Lenkung der rumänischen Agrarwirtschaft im Blick auf den verstärkten Anbau von Futtermitteln, Ölfrüchten und Faserpflanzen,
2. die Intensivierung der rumänischen Holz- und Forstwirtschaft,
3. eine forcierte Erschließung der rumänischen Bodenschätze durch gemeinsame deutsch-rumänische Gesellschaften,
4. die Realisierung eines großzügigen Erdölprogramms, ebenfalls durch eine deutsch-rumänische Gesellschaft,

Nestler/ Schumann (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 243).

²¹³ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 136, Bericht Wohlthats an Göring über seine Verhandlungen in Bukarest, 10. bis 23. 3. 1939, 27. 3. 1939.

5. eine deutsche Beteiligung an rumänischen Banken,
6. den Ausbau des rumänischen Verkehrsnetzes und des Verkehrswesens, nicht zuletzt zum Zwecke eines schnellen und reibungslosen Abtransportes der für Deutschland bestimmten Waren und Güter,
7. die Ausstattung der rumänischen Streitkräfte mit deutschen Waffen, die angesichts der deutschen Devisenknappheit als Zahlungsmittel für Erdöl anerkannt wurden.²¹⁴

An Agrarprodukten sollten allein 1939 aus Rumänien 700.000 t Weizen, 200.000 t Mais, 300.000 t Tierfuttermittel und 200.000 t lebende und geschlachtete Schweine nach Deutschland geliefert werden. Ein am 20. Juli 1939 ebenfalls für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossenes Sonderabkommen enthielt die rumänische Zusicherung mindestens 75% der jährlichen rumänischen Gesamtgetreideausfuhr nach Deutschland zu exportieren. Für das Getreidewirtschaftsjahr 1939/40 wurde ein Mindestkontingent von 1,5 Mio. Tonnen Getreide vereinbart. Die Auswahl des Getreides bestimmten deutsche Stellen. Besonders wichtig für die deutsche Kriegswirtschaft war die im Vertrag vom März 1939 enthaltene rumänische Verpflichtung, den Erdölexport nach Deutschland von 20 auf 25% des Gesamtvolumens des Clearingabkommens zu steigern. Nicht zuletzt sah der Vertrag die Einrichtung von Freihandelszonen für deutsche Produktions- und Transportunternehmen in Rumänien vor. In diesen Zonen sollten Industrie- und Handelsunternehmen sowie Lager- und Umschlagseinrichtungen für die deutsche Schifffahrt errichtet werden. In den Freihandelszonen bestand Zollfreiheit für die Produktion, den Handel und die Weiterverarbeitung von Waren. Um die Anbindung an die Schifffahrt zu gewährleisten, wurden die Freihandelszonen in den Donau- und Schwarzmeerbahnen eingerichtet, wodurch sich deutsche Firmen neue Absatzmärkte im Nahen Osten zu erschließen hofften.²¹⁵ Der dritte Artikel des Ver-

²¹⁴ Vgl. Vertrag über die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien, in: ADAP, Serie D, Band 6, Dok 78, S. 76f., Zeichnungsprotokoll zu dem Vertrag über die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien, ebenda, S. 78ff.; Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, a. a. O., S. 344f.

²¹⁵ Vgl. Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien, a. a. O., S. 67 u. 70; Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., S. 24.; Hartmann, Detlef, Völkermord gegen soziale Revolution. Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung, in: Autonomie.

trages implizierte für die rumänische Regierung die Bedingung, Gesetze zu beseitigen oder zu ändern, die einer deutschen Kapitalexpansion nach Rumänien im Wege standen. Dies war vor allem im Bereich der Erdölindustrie und des Bergbaus der Fall. Ein rumänisches Gesetz aus den zwanziger Jahren erschwerte die Erschließung und Ausbeutung neuer Erdölquellen und Rohstoffe durch ausländisches Kapital. Unmittelbar nach Vertragsabschluß wurden Expertenteams für die technische Entwicklung der Land-, Forst- und Fischwirtschaft und des Rohstoffabbaus nach Rumänien entsandt. Vor dem Hintergrund des sprunghaft ansteigenden Handels mit Getreide entstanden von April 1939 bis Oktober 1943 insgesamt 15 deutsch-rumänische Handelsgesellschaften, die sich ausschließlich mit dem Export von Getreide nach Deutschland befaßten. Im gleichen Zeitraum wurden acht weitere deutsch-rumänische Unternehmen gegründet, die den Ankauf und die Verarbeitung von Obst, Gemüse und Ölsaaten organisieren und abwickeln sollten. Diese Neugründungen und die damit verbundene Kontrolle des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten war nur durch die Bestimmungen des Wirtschaftsvertrages möglich, die direkte Kapitalexporte nach Rumänien zuließen. Auf der Grundlage des Wirtschaftsvertrages kam es des weiteren zur Gründung von drei deutsch-rumänischen Unternehmen, die den Anbau von Textilfasern forcieren sollten.²¹⁶

Deutsche Wirtschaftsplaner stellten befriedigt fest, daß das deutsch-rumänische Abkommen weit über alle Wirtschaftsverträge hinausgehe, die bisher zwischen selbständigen Staaten abgeschlossen worden seien, da es eine Abstimmung großer Teile der Gütererzeugung und des Verkehrs beinhalte.²¹⁷ "Das besondere und in der modernen Wirtschaftsgeschichte völlig neue Moment des Vertrages" läge in der "Angleichung beinahe aller Produktionskräfte jedes Landes an die des anderen."²¹⁸ Die im Vertrag festge-

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, Neue Folge, Nr. 14, 3. Auflage, Göttingen/Berlin 1988, S. 255.; Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 191f., Basch, a. a. O., S. 211f.; Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 91 u. 95; ausführlich: Schwabe, Gerda, Der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag vom 23. März 1939, jur. Diss., Berlin (DDR) 1968.

²¹⁶ Vgl. Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 89 u. 92.

²¹⁷ Vgl. Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 114.

²¹⁸ Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 18.

haltene Anbindung und Umstrukturierung der rumänischen Wirtschaft ohne direkte militärische Besetzung des Landes, wurde von der deutschen Fachwelt mit großem Interesse aufgenommen.²¹⁹ Die deutsche Regierung erhoffte sich eine über Rumänien hinausgehende Signalwirkung des Vertrages. Der Verhandlungsführer Wohlthat bemerkte zu den weiterreichenden Implikationen, die die deutsche Regierung mit dem Vertrag verband:

"Alle südosteuropäischen Länder sollten sehen, wer die wahre auf wirtschaftliche Tatsachen gestützte Vormachtstellung an der Donau innehat. Deutschland mit modernen Vertragsformen oder England und Frankreich mit alten Ansprüchen und Propaganda."²²⁰

Auch wenn die langfristige Umsetzung des Vertrages wegen anhaltender Widerstände der rumänischen Eliten und aufgrund des Kriegsverlaufs nur in Ansätzen verwirklicht wurde,²²¹ bildete er den weitgehendsten staatsrechtlichen Ausdruck des deutschen "Ergänzungswirtschaftskonzepts". Erstmals wurde hier die Produktionsplanung direkt in einen Staatsvertrag einbezogen. Der Präsident des deutschen Instituts für Konjunkturforschung, Wagemann unterstrich den Stellenwert, den die deutsche Wirtschaftsplanung dem Vertrag zuschrieb:

"Er bedeutet einen Markstein in der Entwicklung deutsch-südosteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen, ja, in der Geschichte der Wirtschaftspolitik überhaupt."²²²

Einen Monat nach Abschluß des deutsch-rumänischen Vertrages legte der Leiter des "Reichsamts für wehrwirtschaftliche Planung", Krauch, dem Generalrat des Vierjahresplans einen ausführlichen Arbeitsbericht vor. Damit wurde innerhalb des Wirtschaftsstabes von Göring erstmals ein umfassendes und in sich geschlossenes Konzept zur Schaffung eines Großwirtschaftsraums ausgearbeitet und diskutiert.²²³ Die im Bericht festgehaltene wesentliche Zielsetzung bestand in der

²¹⁹ Vgl. Drews, Vom "Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 62.

²²⁰ Schreiben Wohlthats vom 27. 3. 1939, nach Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 331.

²²¹ Vgl. Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 62.

²²² Wagemann, Der neue Balkan, a. a. O., S. 132.

²²³ Vgl. Kube, a. a. O., S. 294.

"Schaffung eines einheitlichen Großwirtschaftsblocks der 4 europäischen Antikomintern-Partner²²⁴ (Deutschland, Ungarn, Italien, Spanien, d. V.), zu denen bald Jugoslawien und Bulgarien hinzutreten müssen (...) Der Block muß seinen Einfluß ausdehnen auf Rumänien, Türkei und Iran. Für die Methoden der Einflußgewinnung ist dabei der deutsch-rumänische Staatsvertrag das gegebene Vorbild."²²⁵

Damit gingen die deutschen Expansionsziele in Richtung Südosten weit über das Gebiet der Donaustaaten hinaus. Krauch knüpfte an dem vor und während des Ersten Weltkrieges propagierten Plan eines von Deutschland dominierten Wirtschaftsraums von der Nordsee bis zum Persischen Golf an. Er wies zudem auf die für Deutschland kriegsentscheidende Bedeutung des "südosteuropäischen Wirtschafts- und Rohstoffraumes" hin. Um die Gefahr einer Blockade der deutschen Wirtschaft im Falle eines Krieges auszuschließen, empfahl er den "südosteuropäischen Wirtschafts- und Rohstoffraum" von der Wehrmacht gegen eine Besetzung durch die Alliierten zu schützen. Darüber hinaus forderte er eine "rasche Steigerung" der rumänischen Erdölproduktion durch Erweiterung der Bohrtätigkeit und die Errichtung neuer Erzeugungsstätten für Leichtmetalle, "und zwar wegen der Arbeitseinsatz- und Transportfrage möglichst in Ungarn und Jugoslawien."²²⁶

Zur Realisierung der im Krauch-Plan angeregten Perspektive einer "zunächst friedliche(n) Ausweitung des Großwirtschaftsraumes auf dem Balkan" führte Wohlthat als Vertreter des Amtes für den Vierjahresplan in Absprache mit Göring im Sommer 1939 "inoffizielle" Verhandlungen in London.²²⁷ Seinen Gesprächspartnern aus dem britischen Handelsministerium und Schatzamt schlug er eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien vor, unter der Voraussetzung, daß die britische Re-

²²⁴ Der Antikominternpakt war im November 1936 zwischen Deutschland und Japan gegen den gemeinsamen Gegner, die UdSSR geschlossen worden. Dem Pakt traten zunächst Italien (Jan.1937) und Spanien (März 1939) bei.

²²⁵ Arbeitsbericht von Carl Krauch, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, vor dem Generalrat des Vierjahresplanes am 28. April 1939 über die Vorbereitungen für den bevorstehenden Krieg, zit. nach Eichholtz, Dietrich/ Schumann, Wolfgang (Hg.), Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1969, Dok 93, S. 210ff.

²²⁶ Vgl. ebenda.

²²⁷ Vgl. Schönfeld, Roland, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 220.

gierung bereit sei, Ost- und Südosteuropa als "Gebiete besonderen Interesses und wirtschaftlichen Einflusses" des Großdeutschen Reiches anzuerkennen. Der Gedanke einer Aufteilung der Einflußgebiete stieß bei den politisch maßgeblichen Kreisen Großbritanniens keineswegs auf einhellige Ablehnung. So verteidigte z. B. Premierminister Chamberlain im November 1938 im Unterhaus die Appeasement-Politik, die sich im Münchener Abkommen ihren traurigen Höhepunkt gefunden hatte, mit dem Hinweis, geographisch müsse Deutschland eine dominierende Stellung in Südosteuropa innehaben, so wie es jetzt der Fall sei. Demgegenüber warnten Beamte des Foreign Office vor einer Gefährdung von Großbritanniens strategischer Position im Mittelmeer und im Nahen Osten im Falle einer deutschen Hegemonie in Südosteuropa. Sie wandten sich deshalb gegen eine widerstandslose Überlassung des Balkans als deutsche Einflußsphäre. Insgesamt schwankte die britische Regierung stark in der Beurteilung der mutmaßlichen künftigen deutschen Südosteuropapolitik sowie in der Frage, ob auf deutsche Hegemonialansprüche in Südosteuropa mit Einverständnis oder Konfrontation zu reagieren sei.²²⁸ Ähnlich wie Chamberlain zeigte sich die französische Regierung nach dem Münchener Abkommen weitgehend bereit, Deutschland in Ost- und Südosteuropa politisch-ökonomische Hegemonie einzuräumen. Eine weitere territoriale Expansion Deutschlands wollte sie jedoch nicht zuzulassen.²²⁹

Den Versuch einer Appeasement-Politik unternahm 1938/39 auch die bulgarische Regierung. Um für Bulgarien gefährliche Entwicklungen in Südosteuropa auszuschließen, nahm sie zuerst durch Sondierungsgespräche mit der deutschen und britischen Regierung einen bedeutenden Einfluß auf das Zustandekommen des Münchener Abkommens. In den folgenden Monaten vermittelte sie den am 23. August 1939 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-

²²⁸ Vgl. Messerschmidt, Aussenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, a. a. O., S. 676ff.

²²⁹ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 716: Bericht Wohlthats an Göring, 24. 7. 1939; Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 220; Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 511; Ránki, Economy and foreign policy, a. a. O., S. 184ff.; Wendt, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 418.; Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien, a. a. O., S. 61.

pakt. Die Regierung in Sofia erhoffte sich dabei, Deutschland und die Sowjetunion, die beide Bulgarien als ihre Einflußsphäre betrachteten, gegenseitig neutralisieren zu können.²³⁰ Diese Hoffnung erwies sich aufgrund der deutschen Kriegspläne als trügerisch.

Mittels der "Hauptwaffe" der Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre, den bilateralen Präferenz- und Clearingverträge, sowie durch die mit dem "Anschluß" Österreichs und der Zerschlagung der Tschechoslowakei erweiterte Machtbasis, hatte Deutschland bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien eine dominierende Position wie nie zuvor gewonnen. Der nahezu monopolartige und devisenlose Bezug des Rohstoff- und Nahrungsmittelexports dieser Staaten bildete einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Kriegsvorbereitung. Der durch fehlende deutsche Gegenlieferungen weitgehend ungedeckte Export Jugoslawiens, Bulgariens und Rumäniens degradierte die drei südosteuropäischen Donaustaaten dabei zu unfreiwilligen Kreditgebern der deutschen Kriegswirtschaft. Bei Kriegsausbruch beliefen sich die deutschen Clearingschulden gegenüber Jugoslawien auf 14 Mio. RM, gegenüber Rumänien auf 17 Mio. RM und gegenüber Bulgarien auf 22 Mio. RM.²³¹ Auf der Basis des "Ergänzungsraumes" Südosteuropa als "blockadesicheres" Rohstoff- und Nahrungsmittelreservoir der deutschen Wirtschaft sollte der Krieg um "Lebensraum" gegen die "Plutokratie" der westlichen Großmächte, das "Weltjudentum" und den Bolschewismus der Sowjetunion geführt werden.²³² Das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung faßte im März 1939 zusammen, daß im Kriegsfall "die Zuhilfenahme der Agrarüberschüsse des Südostens den Nahrungsbedarf des Deutschen Reiches" sicherstellen würde.²³³

²³⁰ Vgl. Hoppe, H.-J., Deutschland und Bulgarien 1918-1945, a. a. O., S. 607; ders., Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, a. a. O., S. 54f.

²³¹ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, a. a. O., S. 302.

²³² Vgl. u. a. Schüssler, Wilhelm, Mitteleuropa als Wirklichkeit und Schicksal, (1.Aufl. 1937), 2.Aufl., Köln, 1939, S. 61.; Jecht, H., Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1942, S. 65.; Kehrl, Hans, "Großraumwirtschaft". Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer der Niederlausitz, in: Opitz (Hg.), Europastrategien..., a. a. O., S. 789; Ronneberger, Franz, Der europäischen Neuordnung entgegen, in: Donauropa. Zeitschrift für die Probleme des europäischen Südostens, Budapest, 1942, S. 178.

²³³ Vgl. Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 239.

Der Südosteuropa-"Experte" Ronneberger erklärte 1942 zur Durchsetzung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts" für die deutsche Kriegsvorbereitung:

"Man könnte sogar behaupten, daß der Krieg in Südosteuropa schon zu Beginn des Jahres 1939 ausgebrochen ist, denn unter dem Gesetz der Totalität des modernen Krieges bedeutete der sichere oder der zweifelhafte Besitz eines wirtschaftlichen Ergänzungsraumes für jede der kriegsführenden Parteien unter Umständen schon vor dem Ausbruch der militärischen Feindseligkeiten die Entscheidung. (...) Eine Abschnürung des Reiches von Südosteuropa hätte von Anfang an dem Krieg ein anderes Gesicht geben können." ²³⁴

Den ökonomischen Einfluss Deutschlands in den drei südosteuropäischen Donaustaaten Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre dokumentiert folgende Tabelle:

Anteil Deutschlands am Außenhandel Südosteuropas 1938 und 1940 (in %)

	1938		1940 ¹	
	Imp. aus	Exp. nach	Imp. aus	Exp. nach
Bulgarien	57,9	63,4	74,2	62,4
Jugoslawien	50,1	49,9	58,3	46,0
Rumänien	49,4	35,8	64,4	49,2

¹ Einschließlich der okkupierten Gebiete Polens und der Tschechoslowakei

²³⁵

Das deutsche Selbstbewußtsein hinsichtlich der erreichten Hegemonialstellung in Südosteuropa drückte sich in einem Artikel der Zeitschrift "Die deutsche Volkswirtschaft" im Sommer 1939 aus. Er trug die Überschrift "Deutschland - der große Bruder". Darin wurde konstatiert:

"Erstmals ist unsere geopolitische Lage im Herzen Europas heute so stark, (...) daß die Bildung des mitteleuropäi-

²³⁴ Ronneberger, Der europäischen Neuordnung entgegen, a. a. O., S. 180f.

²³⁵ nach Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 25.

schen Großraumes sich mit automatischer Sicherheit von selbst vollziehen wird."²³⁶

Daß sich diese Prognose nicht so einfach erfüllte, resultierte in erster Linie aus dem Widerstand der jugoslawischen Bevölkerung gegen den deutschen Militärpakt im März 1941 und ihrem anschließenden Partisanenkampf.

6.4 Die Bedeutung Südosteuropa für die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945

"Deutschlands Politik im Osteuropa war, wie jedermann jetzt sehen kann, und was schon viele seit Jahren wußten, auf eine vollständige politische, wirtschaftliche und militärische Beherrschung des zwischen Deutschland und Rußland liegenden Raumes gerichtet".²³⁷

Hugh Seton-Watson, 1945

Für die Gewährleistung und Aufrechterhaltung der deutschen Kriegsfähigkeit im Zweiten Weltkrieg war die dauerhafte Kontrolle über die Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis Südosteuropa von entscheidender Bedeutung. Neben der Funktion eines Aufmarschgebietes gegenüber Griechenland und einem militärischen Flankenschutz gegenüber der Sowjetunion bildete deshalb die ungestörte und forcierte Ausbeutung der dortigen Ressourcen das deutsche Hauptinteresse an Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien während des Zweiten Weltkrieges. So betonte eine Studie der Reichsbank im Mai 1940:

"Die Hauptstütze unseres Außenhandels bilden die südosteuropäischen Staaten".²³⁸

²³⁶ Die Deutsche Volkswirtschaft, Nr. 17, 1939, zit. nach Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 60.

²³⁷ Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn, 1948, S. 439 (englische Erstausgabe Eastern Europe between the wars 1918-1941, Cambridge 1945).

²³⁸ Studie der Deutschen Reichsbank "Was können wir von Belgien erwarten?", Berlin, 30. 5. 1940, zit. nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 661.

Bei Agrarerzeugnissen, deren Verbrauch in Deutschland nur durch Importe gesichert werden konnte, ermöglichte der umfassende Abtransport der südosteuropäischen Produktion selbst mittelfristig in hohem Ausmaß eine Schließung der deutschen "Erzeugungslücken". Sie deckte beispielsweise fast drei Viertel des deutschen Bedarfs an Importweizen. Ähnliches galt für die Versorgung der Rüstungsindustrie mit Kupfer, Bauxit, Chromerzen und Erdöl.²³⁹ Regierungschef Hitler war sich der wirtschaftlichen Bedeutung Südosteuropas für die deutsche Großraumwirtschaft bewußt. Er erklärte bereits im März 1939 in einer internen Besprechung zu den deutschen Kriegszielen in Südosteuropa:

"Was Ungarn und Rumänien anbetrifft, so gehören sie ohne Frage in das lebenswichtige Gebiet Deutschlands. Der Fall Polen sowie auch angemessener Druck wird sie unzweifelhaft dazu bringen, klein beizugeben. Dann werden wir uneingeschränkte Kontrolle über ihre unermesslichen landwirtschaftlichen Quellen und ihre Petroleumschätze haben. Dasselbe kann von Jugoslawien gesagt werden. Das ist der Plan, der bis 1940 vollbracht werden soll."²⁴⁰

Unmittelbar nach Kriegsbeginn versuchte die britische Regierung, die Garantieerklärungen für die Unabhängigkeit Polens, Rumäniens und Griechenlands abgegeben hatte, in einer letzten Anstrengung, die kommerziellen Möglichkeiten Großbritanniens in Südosteuropa auszunutzen, um die deutsche Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr aus diesem Gebiet einzuschränken und dadurch die deutsche Kriegsmaschinerie zu paralysieren. Intensive Bemühungen durch "Schattenkäufe" von eigentlich für Deutschland bestimmten südosteuropäischen Waren die Preise mit Hilfe von Freidevisen auf ein für Deutschland nicht mehr tragbares Maß hochzutreiben und zugleich durch ein Exportdumping deutsche Produkte aus Südosteu-

²³⁹ Vgl. Haberl, a. a. O., S. 521ff.; Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S.83; ders., Die Eingliederung der Landwirtschaft des Donau- und Schwarzmeerraumes in die werdende kontinentaleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: Donaueuropa. Zeitschrift für die Probleme des europäischen Südostens, Budapest, Heft 6/1942, S. 405; Franges, Otto von, Die Donaustaaten Südosteuropas und der deutsche Großwirtschaftsraum, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 53, 1941/I, S. 287.

²⁴⁰ Bericht von Wilhelm Keppler, Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Generaldirektor Vogl über die Rede Hitlers am 8. März 1939 vor führenden Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Generalität, in: Eichholtz/Schumann (Hg.), Anatomie des Krieges, Dok. 88, S. 204.

ropa zu vertreiben, scheiterten jedoch an der unzureichenden Liefer- und Leistungsfähigkeit der britischen Ausfuhrindustrie, die voll durch die Rüstungsproduktion absorbiert war, sowie an der bereits vollzogenen engen Bindung des Produktionsapparates Südosteuropas, an deutsche Folge- und Ersatzlieferungen und deutsches Know-how.

Bestrebungen auf Grundlage der britischen und französischen Mehrheitsbeteiligungen die Rohstoffe aus den Blei- und Zinkbergwerken in Trepca (Kosovo), dem Kupferbergwerk Bor (Ostserbien) und der rumänischen Erdölindustrie dem deutschen Markt vorzuenthalten und damit die deutsche Kriegswirtschaft entscheidend zu schwächen, wurden bereits um die Jahreswende 1939/1940 durch deutschen Druck auf die jugoslawische und rumänische Regierung durchkreuzt.²⁴¹

Das rumänische Erdöl erhielt für die deutsche Kriegsführung eine wesentliche Bedeutung, da sich die deutsche Versorgung aus anderen Ländern seit Kriegsbeginn drastisch verschlechterte. Die USA, Mexiko und die niederländischen Kolonien, auf die 1939 fast drei Viertel aller Erdöl- und Teerimporte entfielen, stellten ihre Lieferungen ein. Der Verlust der rumänischen Erdölaufuhr hätte die deutsche Kriegsführung vor diesem Hintergrund innerhalb kürzester Zeit zum Erliegen gebracht.²⁴²

Hatte sich die rumänische Regierung bisher gegen eine umfassende devisenlose Lieferung des Erdöl nach Deutschland geweigert, so erreichte der deutsche Sondergesandte Neubacher jetzt unter dem Eindruck der deutschen Kriegsführung gegen Polen und Frankreich am 27. Mai 1940 in Bukarest die Unterzeichnung eines deutsch-rumänischen Öl- Waffenpaktes, der die devisenlosen Erdöllieferungen nach Deutschland erheblich erweiterte. Als "Gegenleistung" lieferte die deutsche Seite Rüstungsmaterial.²⁴³

Die mit Kriegsbeginn in hohem Maße gewachsene deutsche Abhängigkeit von der rumänischen Erdölaufuhr geht aus folgender Tabelle hervor:

²⁴¹ Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 494 u. 508ff.

²⁴² Vgl. Haberl, a. a. O., S. 522; Seton-Watson, a. a. O., S. 459.

²⁴³ Vgl. Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien, a. a. O., S. 79ff.; Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 29; ADAP, Serie D, Bd. 9, Zweiter Band, S. 375ff., Der Sonderbeauftragte für Wirtschaftsfragen bei der Gesandtschaft in Bukarest an das Auswärtige Amt, 28. 5. 1940.

Deutsche Erdöl- und Teerimporte aus Rumänien 1936-1940 (in % aller Importe)

Jahr:	1936	1937	1938	1939	1940
Anteil:	4,5	0,2	1,7	12,4	73,3 ²⁴⁴

Ab Frühjahr 1940 bereitete sich die deutsche Wehrmacht auf eine Besetzung der rumänischen Erdölfelder zur Sicherung der deutschen Erdölzufuhr vor, deren Unterbindung durch einen englischen Angriff befürchtet wurde. Desweiteren erfolgte am 4. Dezember 1940 die Unterzeichnung eines deutsch-rumänischen Zehnjahresplanes.²⁴⁵ Darin erklärte sich die rumänische Regierung bereit,

"sowohl das Eisenbahn- und Straßennetz, als auch die Mineralölleitungen den natürlichen Absatzgebieten der rumänischen Wirtschaft im Rahmen der neuen europäischen Ordnung entsprechend auszubauen."²⁴⁶

Mit anderen Worten: Rumänien wurde verpflichtet, sein gesamtes Verkehrs- und Pipelinesystem nach Großdeutschland auszurichten. Die deutschen Planungen für den Überfall auf die Sowjetunion waren zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange. Der Ausbau des rumänischen Verkehrs- und Pipelinenetzes sollte zum einen den deutschen Militäraufmarsch an dieser Flanke erleichtern und zum anderen die Erdölbezüge beschleunigen. Einen weiteren Schwerpunkt des Zehnjahresplanes bildete die Intensivierung der rumänischen Erzeugung auf landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichen Gebiet. Zu diesem Zweck wurde ein Kreditabkommen geschlossen, auf dessen Basis umfangreiche deutsche Landmaschinenlieferungen erfolgen sollten.²⁴⁷ Der Leiter des Breslauer Osteuropa-Institutes, Seraphim, wies auf die "wegweisende" Bedeutung des Abkommens hin. Seiner Meinung nach kam es bei dessen Ausführung darauf an,

²⁴⁴ nach Haberl, in: Südosteuropa, 9/1990, a. a. O., S. 520.

²⁴⁵ Vgl. Leibrock, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, a. a. O., S. 277.

²⁴⁶ Der Deutsch-Rumänische Zehnjahresplan vom 4. Dezember 1940, in: Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., Anhang, S. 153f.

²⁴⁷ Vgl. Drews, a. a. O., S. 93f.

"festzulegen, in welcher Art die Förderung und gleichmäßige Ausrichtung der rumänischen Landwirtschaft auf die besonderen Bedürfnisse des großdeutschen Marktes erfolgen kann. Die dabei entwickelten Methoden sind für die weitere Erschließung der gesamten südosteuropäischen Landwirtschaften von besonderer Wichtigkeit." ²⁴⁸

Um eine vollkommene Kontrolle über den "Ergänzungsraum" Südosteuropa zu gewinnen, versuchte die deutsche Regierung des weiteren seit Kriegsbeginn den auf der Basis von Kapitalbeteiligungen noch vorhandenen Einfluß Großbritanniens und Frankreichs auf die Rohstoffherzeugung der Balkanländer gänzlich auszuschalten. Im Mai 1940 gab die Handelspolitische Abteilung im Auswärtigen Amt die Zielsetzung aus:

"Verkauf englischer und französischer Beteiligungen in dritten Ländern, die für uns von besonderem Interesse sind. Hierunter fallen z. B. die in englischem Besitz befindlichen Bleivorkommen und die in französischen Besitz befindlichen Kupfervorkommen in Jugoslawien sowie die in englischem und französischem Besitz befindlichen Erdölvorkommen in Rumänien." ²⁴⁹

Gleichzeitig müsse, so das Reichswirtschaftsministerium, eine Nationalisierung der betreffenden Unternehmen durch die Staaten Südosteuropas verhindert werden. ²⁵⁰

Die französische Hegemonie über die jugoslawischen Kupferminen machte sich für die deutsche Kriegsführung zu diesem Zeitpunkt nachteilig bemerkbar. Bereits Anfang 1940 sah sich die deutsche Rüstungsindustrie einer Kupferknappheit ausgesetzt, ihre Vorräte in diesem für die Waffen- und Munitionsfertigung unentbehrlichen Metall waren fast erschöpft.

Diese "Erzeugungslücke" wurde durch die Okkupation Frankreichs im Sommer 1940 geschlossen, in deren Zug auch die französische Mehrheitsbeteiligung an den Kupferminen von Bor in deutsche Hän-

²⁴⁸ Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 116f.

²⁴⁹ Aufzeichnung von Carl Clodius, Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes, 30. 5. 1940, in: ADAP, Serie D: 1937-1945, Band 9, Zweiter Band, S. 390ff. Vgl. auch: Notiz über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 16. 8. 1940, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 87.

²⁵⁰ Vgl. Notiz über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium am 16. 8. 1940, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, Dok. 12, S. 88.

de fiel.²⁵¹ Der Geschäftsführer der Jugomontan und Generalbevollmächtigte für den Metallerzbergbau Südost, Generalkonsul Neuhausen²⁵², der nach der deutschen Besetzung Jugoslawiens 1941 zum Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien ernannt wurde, übernahm auch den Posten des Verwaltungsratspräsidenten der Kupfermine in Bor.²⁵³ Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bor AG wurde ab 1944 das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Hermann J. Abs.²⁵⁴ Mit der Übernahme der größten Kupfermine Europas wurde die bereits 1936 von Wirtschaftsminister Schacht erhobene Forderung erfüllt:

"Kupferausbeutung in Jugoslawien muß unmittelbar erfolgen unter Ausschluß der Franzosen".²⁵⁵

²⁵¹ Die Preußische Staatsbank übernahm im Februar 1941 die Mehrheitsbeteiligung vom französischen Bankhaus Mirabeaud. Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 221f.; Schlarp, Karl-Heinz, Wirtschaft und Besatzung in Serbien 1941-1944. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Südosteuropa, Stuttgart 1986, S. 53ff.

Auszug aus dem Hauptvertrag zwischen dem deutschen Konsortium Bor, der Preußischen Staatsbank und dem Verwaltungsrat der Compagnie Francaise des Mines de Bor vom 4. 2. 1941, in: Eichholtz/Schumann (Hg.), Anatomie des Krieges, Dok. 148, S. 314f; Schreiben des deutschen Konsortiums der Mines de Bor an das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium vom 18. 8. 1941 über den Erwerb des Kupferbergwerks Bor in Serbien, in: Seckendorf, Martin (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Band 6, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), Berlin/Heidelberg 1992, Dok. 37, S. 165.

Bis 1943 wurden in Bor im Monatsdurchschnitt 50.000 t. Kupfererze gefördert. 1944 sank der Monatsdurchschnitt aufgrund unzureichender Brennstoffversorgung und des bewaffneten Widerstands in Jugoslawien auf knapp 20.000 t. (Vgl. Schönfeld, a. a. O., S. 250).

²⁵² Franz Neuhausen, ab 1942 auch Generalbevollmächtigter für den Metallerzbergbau Südost, war schon vor Kriegsbeginn die Aufgabe übertragen worden, als Sonderbeauftragter des Bevollmächtigten für den Vierjahresplan (Göring) die Erschließung der jugoslawischen Metallerzvorkommen "voranzutreiben und für die deutsche Rüstungsindustrie nutzbar zu machen." (Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 253).

²⁵³ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 233.

²⁵⁴ Vgl. Czichon, a. a. O., S. 347.

²⁵⁵ Niederschrift des Ministerrates am 27. 5. 1936, zit. nach Treue, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, a. a. O., S. 50.

Nach der militärischen Besetzung Frankreichs fiel der gesamte jugoslawische Kupferexport an Deutschland. Die Aneignung der Kupfermine von Bor war kein Einzelfall. Nach der militärischen Besetzung der Niederlande, Belgiens und Frankreichs übernahm Deutschland ab Sommer 1940 umfangreiche westeuropäische Kapitalanteile in südosteuropäischen Ländern. Die Staaten Südosteuropas wurden durch den Kriegsverlauf weitgehend von den Märkten Großbritanniens, Frankreichs und auch der USA abgeschnitten.²⁵⁶ Deutsche Engpässe verstärkten den Griff auf die Rohstoffquellen der Balkanländer. Im September 1940 fehlten 42% des benötigten Kupfers und Bleis, 61% des Zinks und 87% des Nickels. Da Lieferungen aus der Türkei ausblieben und sich die jugoslawischen Chromerzgruben noch in britischem Besitz befanden, erreichte der Ausfall bei Chromerzen 80%.²⁵⁷ Vor diesem Hintergrund drängte Deutschland die jugoslawische Regierung Anfang August 1940 zur Zusage, alle direkten oder indirekten Lieferungen von Rohstoffen und Agrarprodukten an deutsche Kriegsgegner zu beenden. Im Herbst 1940 ließ sich die deutsche Regierung einen direkten Einfluß auf die Entwicklung der jugoslawischen Agrar-, Bergwerks- und Industrieproduktion garantieren. Darüber hinaus akzeptierte die jugoslawische Regierung offiziell die Integration des Staates in den "Europäischen Großwirtschaftsraum" und sicherte Deutschland die Lieferung eines Teils der einheimischen Produktion zu, der bisher für die Versorgung des Binnenmarktes bestimmt war.²⁵⁸

Die im Krieg gegründete Südosteuropagesellschaft, die Interessen der Regierung und der Wirtschaft vertrat, betonte die Bedeutung der politischen Entwicklung des Jahres 1940 für die deutsche Stellung in Südosteuropa:

"Die weltpolitischen Ereignisse um die Mitte des Jahres 1940 (Zusammenbruch Frankreichs, uneingeschränkte deutsche Hegemonie über Kontinentaleuropa, Eintritt Italiens in den Krieg) hatten eine fast völlige Ausschaltung der Westmächte aus der südosteuropäischen Wirtschaft (...) zur Folge. Jetzt eröffneten sich für Deutschland im Süd-

²⁵⁶ Seckendorf, (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Band 6, a. a. O., S. 23.; Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 30.

²⁵⁷ Vgl. Schlarp, a. a. O., S. 59, FN.

²⁵⁸ Vgl. Cvijetic, The ambitions and plans of the Third Reich with regard to the integration of Yugoslavia into its so-called Grosswirtschaftsraum, a. a. O., S. 194.

osten Möglichkeiten, an die früher überhaupt noch nicht gedacht werden konnte. Vor allem brauchten wir auf die wirtschaftlichen Selbstständigkeitsansprüche der Südostländer mit einem Schlag nur noch sehr viel weniger Rücksicht nehmen, während die südosteuropäische Wirtschaft in der Belieferung mit Produktionsmitteln fast völlig auf Deutschland angewiesen wurde."²⁵⁹

Am 9. September 1940 konnte der Leiter des Planungsamtes beim Beauftragten für den Vierjahresplan, Kehrl, konstatieren:

"Die Rohstoff- und Agrarquellen Südosteuropas stehen uns ganz und ausschließlich zur Verfügung, während sie bisher zwischen uns und den Westmächten Frankreich und England geteilt wurden."²⁶⁰

Im August 1940 gründeten Krupp und die Reichswerke- Hermann-Göring die "Jugochrom" AD. Die beiden Gesellschaftler, die zu je 50% beteiligt waren, wollten auf dieser organisatorischen Grundlage die Kontrolle über den jugoslawischen Chromerzbergbau gewinnen. Der MWT stellte der "Jugochrom" für Untersuchungsarbeiten seinen Chefgeologen zur Verfügung. Nach dem selben Muster wurde 1941 die Deutsch-Bulgarische Chromerzbergbau AG gegründet, ebenfalls mit je fünfzigprozentiger Beteiligung von Krupp und den Reichswerken-Hermann Göring. Auch in Rumänien sicherte sich Krupp die Kontrolle von Chromerzgruben.²⁶¹ Auf dieser Basis konnte eine erweiterte Chromerzzufuhr für die deutsche Kriegswirtschaft durchgesetzt werden.

Auch insgesamt wuchs die Stellung Südosteuropas im deutschen Außenhandel im Jahre 1940 in bedeutendem Maße. Stand Bulgarien beispielsweise 1934 noch an 34. Stelle der deutschen Außenhandelsstatistik, so rückte es 1940 an die 12. Stelle.

Dies hing vor allem mit dem deutschen Bezug kriegswichtiger Rohstoffe wie Chromerze zusammen, die zu den traditionellen Ein-

²⁵⁹ Arbeitsbericht des Ausschusses für wirtschaftswissenschaftliche Planung bei der Südosteuropa-Gesellschaft vom Januar 1942, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 72, S. 172.

²⁶⁰ Vortrag von Hans Kehrl vor der Industrie- und Handelskammer der Niederlausitz über "Grossraumwirtschaft", 9. 9. 1940, zit. nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 777.

²⁶¹ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 225f; Schreiben von Gerhard Kyllmann, Leiter der Abteilung Erze in der Bergbau-Hauptverwaltung der Friedrich Krupp AG, an das Reichswirtschaftsministerium vom 8. 4. 1942, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 181.

fuhrgütern aus Bulgarien, wie Obst, Eier, Tabak und Felle, traten. In absoluten Zahlen stieg der deutsch-bulgarische Außenhandel zwischen 1934 und 1940 um das vier- bis fünffache.²⁶²

Vor dem Hintergrund der großen kriegswirtschaftlichen Bedeutung Südosteuropas und der Kriegserfolge der Jahre 1939 und 1940 wurden die vorhandenen Großwirtschaftsraumkonzepte von deutschen Planern konkretisiert, aktualisiert und erweitert. Im gesamten deutschen Schrifttum, das sich in dieser Periode mit dem künftigen deutschen Großwirtschaftsraum befaßte, wurde die Zugehörigkeit der südosteuropäischen Staaten Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien als selbstverständlich angesehen. Die Jahre 1939-41 bildeten die Hochphase der deutschen Großraumplanungen für die Nachkriegszeit, in denen auf Zeichentischen nach Belieben Grenzen verschoben wurden, Europa nach Produktionszonen aufgeteilt und über die Vor- und Nachteile der Beibehaltung einer eigenstaatlichen Existenz der südosteuropäischen Länder diskutiert wurde.²⁶³ In der Euphorie nach dem Sieg über Frankreich und in Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion erarbeiteten Konzerne aller Branchen, Unternehmerverbände, staatliche Behörden, Dienststellen der Wehrmacht und der NSDAP die bis dahin umfassendsten "Neuordnungspläne".²⁶⁴ Sie reichten von der Propagierung der "Ergänzungswirtschaft" auf Vertragsbasis über die Ausrufung von Protektoraten bis zum Vorschlag zur Bildung eines deutschen Südoststaates unter Zusammenfassung der verstreut siedelnden deutschen Minderheiten.²⁶⁵

Ende Mai 1940 veröffentlichte der Chemieindustrielle und Leiter der Abteilung Aussenhandel im Außenpolitischen Amt der NSDAP, Werner Daitz²⁶⁶, eine Denkschrift zur Errichtung eines "Reichskommissariats für Großraumwirtschaft". Darin forderte er die Realisi-

²⁶² Vgl. Radandt, H., Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 13; Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, a. a. O., S. 182.

²⁶³ Vgl. Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 62; Franges, Otto von, Die Donaustaaten Südosteuropas und der deutsche Großwirtschaftsraum, a. a. O., S. 285; Orlow, Dietrich, The Nazis in the Balkans. A case study of totalitarian politics, Pittsburgh 1968, S. 95.

²⁶⁴ Vgl. Schumann, Wolfgang/Hass, Gerhart, Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1972, S. 10.

²⁶⁵ Vgl. Siebert, a. a. O., S. 98.

²⁶⁶ Vgl. zur Person von Daitz: Opitz, Europastrategien..., S. 633.

sierung einer "kontinentaleuropäischen Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung", die letztlich "sämtliche Völker des Festlandes von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel Cypern umfassen" und "mit ihren natürlichen kolonisatorischen Ausstrahlungen in den sibirischen Raum und über das Mittelmeer nach Afrika hinein" reichen sollte. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu deutschen Planungspapieren im Ersten Weltkrieg, in denen die Errichtung eines Grosswirtschaftsraumes "Nordkap-Bagdad" mit angegliederten afrikanischen Kolonien angestrebt worden war. Ebenfalls in der Tradition der "Mitteleuropa"-Verfechter des Ersten Weltkrieges machte sich Daitz Gedanken zur Tarnung dieses deutschen Kriegsziels. Er schrieb:

"Grundsätzlich muß jedoch bemerkt werden, dass es aus aussenpolitischen Gründen notwendig erscheint, diese kontinentaleuropäische Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung nicht als eine deutsche Grossraumwirtschaft zu bezeichnen; (...) Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geographischen Lage."²⁶⁷

Mit anderen Worten: Wenn in der NS-Zeit von europäischer Großraumordnung die Rede war, bedeutete dies deutsche Großraumordnung oder europäische Großraumwirtschaft unter deutscher Führung.

In einer weiteren regierungsamtlichen Denkschrift von 1940 wurden dem "deutschen Großwirtschaftsraum" langfristig folgende Staaten zugerechnet: Großdeutschland (einschließlich Österreich), Holland, Luxemburg, Belgien, Frankreich, die Schweiz, Norwegen, Schweden, Dänemark, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien. Notwendige Ergänzungen seien Gebiete im Mittelmeerraum und in Rußland sowie afrikanische Kolonien.²⁶⁸

²⁶⁷ Denkschrift von Werner Daitz betr. die Errichtung eines Reichskommissariats für Grossraumwirtschaft, 31. 5. 1940, in: Nestler/Schumann (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., Dok. 102, S. 258f.

²⁶⁸ Vgl. Denkschrift von Nikolaus Graf von Üxküll, Referent beim Reichskommissar für die Preisbildung, "Der deutsche Großwirtschaftsraum", 15. 11. 1940, in: Nestler/Schumann (Hg.), Weltherrschaft im Visier, a. a. O., Dok. 117, S. 283.

Der Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der I.G. Farben, Reithinger, nannte Südosteuropa, auf der Jahresversammlung des Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen vor zahlreichen Industriellen und Bankiers am 9. Mai 1940 den bedeutendsten Wirtschaftsraum in der kontinentalen Neuorientierung Deutschlands.²⁶⁹ Das Auswärtige Amt meldete am 1. Juni 1940, daß "die Länder im Donaauraum" dem "Grosswirtschaftsraum unter deutscher Führung" bereits angegliedert seien, "wenn auch nicht in einer besonderen wirtschaftspolitischen Form, so doch tatsächlich". Dies ergebe sich aus der wirtschaftlichen Vormachtstellung in der Ein- und Ausfuhr dieser Länder.²⁷⁰

6.4.1 Die Ideologisierung der "Ergänzungswirtschaft"

Im Zuge der Ende der dreißiger Jahre erreichten nahezu monopolartigen Stellung Deutschlands im Außenhandel Bulgariens, Jugoslawiens und Rumäniens stieg die Anzahl der Legitimationsschriften für eine deutsche Hegemonie in Südosteuropa. Parallel zu den staatlichen Großraumplänen entfaltete sich besonders ab Ende der dreißiger Jahre in der Öffentlichkeit eine umfangreiche Publizistik von mehreren hundert Titeln, in denen die Bedeutung Südosteuropas als wirtschaftlicher "Ergänzungsraum" und die These von der geographischen, kulturellen und politischen Verbindung Deutschlands und Südosteuropas propagiert wurde.²⁷¹ Während einige Autoren dabei in erster Linie angeblich wirtschaftliche Notwendigkeiten anführten, beriefen sich andere auf kulturelle Gegebenheiten, geopolitische Voraussetzungen, historische Erfahrungen oder völkische und rassistische Motive. Eine rege Publikationstätigkeit entwickelte in dieser Phase beispielsweise der während des Zweiten Weltkrieges in den Diensten der I.G. Farben und

²⁶⁹ Vgl. Reithinger, Anton, Südosteuropa und seine wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland, in: Schriftenreihe der Finanzwochenzeitschrift "Die Bank", H. 12, o. O., o. J., S. 21, zit. nach Schumann(Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 9.

²⁷⁰ Vgl. Aufzeichnung von Karl Ritter (Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt), 1. 6. 1940, in: ADAP, Serie D, Band 9, Zweiter Band, S. 407ff.

²⁷¹ Vgl. Mitrovic, Andrej, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, in: Balcanica. Annuaire de l'Institut des Etudes Balcaniques, Belgrad, Bd. 8, 1977, S. 569.

des MWT stehende, nach 1945 führende "Südosteuropa-Experte" Hermann Gross. Er bezeichnete Südosteuropa als eines der wichtigsten Rohstoffliefergebiete des Kontinents, daß noch große Erschliessungs- und Ausbeutungsmöglichkeiten biete. Gleichzeitig vertrat Gross die Auffassung, daß die Bevölkerung Südosteuropas auf einem niedrigen Erziehungsniveau stehe und kaum über Organisationsfähigkeit verfüge.²⁷² Mit anderen Worten: Ein Gebiet mit großen Naturschätzen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, zu deren Entfaltung der Bevölkerung jedoch die Befähigung fehle. Dagegen sei die entwickelte und organisationserfahrene deutsche Wirtschaft zur Erschließung Südosteuropas prädestiniert. Die Schriften von Gross beinhalteten, ähnlich wie bei den meisten deutschen Südosteuropaplanern dieser Zeit die Hauptaussage: Südosteuropa ist naturgemäß an Deutschland gebunden. Großdeutschland und Südosteuropa wurden als ökonomische, geographische und kulturelle Einheit aufgefaßt. Der Handelsaustausch stehe vor diesem Hintergrund auf einer "gesunden" Basis und erfolge "im Sinne einer organischen Arbeitsteilung im Rahmen der sich bildenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" auf der Grundlage langfristiger zwischenstaatlicher Wirtschaftsplanung.²⁷³ Die Aufgabenverteilung innerhalb des Großwirtschaftsraumkonzepts erläuterte Gross mit den Worten:

"Deutschland mit seiner hochentwickelten Wissenschaft und Technik sowie seinem Millionenheer qualifizierter Fachkräfte exportiert hochwertiges Sachkapital und Können, d. h. `Arbeit` und importiert Produkte der Urproduktion, also sozusagen `Boden`, an dem wir als `Volk ohne Raum` großen Mangel leiden."

Dabei biete die Gemeinsamkeit der autoritären Staatsführung und Wirtschaftsorganisation eine sichere Grundlage für eine "organische Arbeitsteilung" zwischen dem Deutschen Reich und Südosteuropa. Deutschland könne gegenüber den Ländern Südosteuropas die Doppelfunktion des Hauptlieferanten für Produktionsmittel und des sichersten Abnehmers landwirtschaftlicher Produkte und indu-

²⁷² Vgl. Gross, Hermann, Die Wirtschaftskräfte Südosteuropas und Deutschland, in: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, Jg. I, 1937, Heft 4, S. 30f.

²⁷³ Gross, Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, a. a. O., S. 89.

strieller Rohstoffe einnehmen.²⁷⁴ Die wirtschaftlichen "Ergänzungsmöglichkeiten" des deutschen Industriestaates mit den "süd-osteuropäischen Rohstoffproduktionsländern" bezeichnete Gross als "geradezu ideal". Daran werde sich in absehbarer Zeit grundsätzlich wenig ändern.²⁷⁵ Die deutschen Clearingschulden gegenüber den Balkanländern, mit der die Rohstoff- und Ernährungsbasis der deutschen Kriegswirtschaft auf Kosten Jugoslawiens, Rumäniens und Bulgariens ausgeweitet worden war, beschönigte Gross mit der Aussage, Deutschland habe seit 1933 durch seine großen Bezüge aus Südosteuropa eine "beachtliche Passivität seiner Handelsbilanz im Südosten in Kauf genommen" und dadurch zur Stärkung der Kaufkraft der Staaten Südosteuropas beigetragen.²⁷⁶ Noch nach dem Krieg glorifizierte Gross die deutsche Wirtschaftspolitik in Südosteuropa, die in erster Linie auf die Ausbeutung der Rohstoffe und der land- und forstwirtschaftlichen Ressourcen zielte, als wesentlichen Beitrag "zur Erschließung der südosteuropäischen Rohstoffreserven und zur Entwicklung der Landwirtschaft sowie zum Aufbau der Industrie in diesen Ländern". Die "landwirtschaftlich überbevölkerten und kapitalarmen südosteuropäischen Entwicklungsländer" hätten in Deutschland das wichtigste "industrielle Veredlungsland" für ihre Rohstoffe und Agrarprodukte sowie den Hauptlieferanten von Produktions- und Investitionsmitteln gefunden.²⁷⁷ Ebenfalls noch nach dem Krieg hob Gross die Bedeutung der deutschen Minderheiten in den Balkanländern für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in Südosteuropa her-

²⁷⁴ Schreiben von Hermann Gross, Leiter der Zweigstelle Wien der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Farbenindustrie AG, an August Heinrichsbauer vom 5. Oktober 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 52, S. 143f. Vgl. auch Gross, Hermann, Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, Stuttgart/Berlin, 1941, S. 13 u. 23; ders., Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, in: Soldatenbriefe der Hochschule für Welthandel in Wien, Nr. 3, Januar 1944, S. 81.

²⁷⁵ Gross, Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, a. a. O., S. 6 u. 14.

²⁷⁶ Vgl. Gross, Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, a. a. O., S. 88.

²⁷⁷ Gross, Hermann, Die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Südosteuropa-Jahrbuch, 1. Band, im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Wilhelm Gülich, München 1957, S. 30; ders., Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Südostdeutschtums und die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, a. a. O., S. 301; ders., Zur Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Südosteuropa-Forschung in Deutschland, a. a. O., S. 125.

vor. Die wertmäßig bedeutendsten südosteuropäischen Handelspartner Deutschlands seien in dieser Periode mit Ungarn, Rumänien und Jugoslawien die Länder Südosteuropas mit "deutschen Volksgruppen" gewesen.²⁷⁸

Ähnlich wie Gross argumentierte 1939 Krugmann in der Schrift "Südosteuropa und Grossdeutschland". Er erklärte, daß "besonders Organische" in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ländern Südosteuropas liege "in der bemerkenswerten Stufung von Lebensstandard und Kaufkraft zwischen den einzelnen Partnerländern", im Vorhandensein "wertvoller Rohstoffvorkommen" und der "güter austauschfördernden Mischung zwischen Industrie- und Agrarländern". Die Wirtschaftsstrukturen Deutschlands und der Länder im Donaugebiet würden sich "auf glücklichste ergänzen". Die Handelsverflechtung beruhe auf "naturgegebenen Grundlagen". Auf ihrer Basis sei Deutschland für die Südoststaaten "der Markt schlechthin geworden". Andererseits verfügten diese Länder über "alle wichtigen industriellen Stoffe", die Deutschland benötige. Für Deutschland als hochindustrialisierten und gleichzeitig rohstoffbedürftigen Staat seien die Länder Südosteuropas "die natürlichen und geradezu idealen Handelspartner".²⁷⁹ Nahezu alle Autoren betonten, daß Deutschland in Südosteuropa keine politischen, sondern ausschließlich ökonomische Interessen zum Wohle aller Beteiligten verfolge.

So ging auch Franz Ronneberger, angesehener Südosteuropaforscher des nationalsozialistischen Deutschland und der Bundesrepublik²⁸⁰,

²⁷⁸ Vgl. Gross, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Südostdeutschtums und die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, a. a. O., S. 303.

²⁷⁹ Vgl. Krugmann, R. W., Südosteuropa und Großdeutschland. Entwicklung und Zukunftsmöglichkeiten der Wirtschaftsbeziehungen, Breslau 1939, S. 12, 95, 97, 107, 143, 150.

²⁸⁰ Franz Ronneberger (1913-1999), vertrat im Wintersemester 1942/43 an der Hochschule für Welthandel in Wien gemeinsam mit Hermann Gross die programmatischen wirtschaftspolitischen Lehrveranstaltungen. Zeitweilig Chef der Wiener Ausgabe des "Völkischen Beobachters" und Leiter mehrerer auf Südosteuropa bezogener Korrespondenzstellen und Nachrichtenbüros in Wien. Von 1940-1944 Mitarbeiter der Südosteuropagesellschaft. Er gab die Vertraulichen Wirtschaftsnachrichten der Südosteuropagesellschaft heraus, die von Mai 1941 bis Juli 1944 sowohl in einer Tages- als auch in einer Wochenausgabe erschienen. Zu ihren Abonnenten zählten nicht nur Geschäftsleute und Unternehmen, sondern auch Regierungs- und Militärstellen, z. B. das Oberkommando der Wehrmacht und das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt. 1942 rechtfertigte Ronneberger die "Reinigung des (kroatischen) Volkskörpers von volksfremden Elementen" durch "Aussiedlung" sowohl der Ser-

von einer angeblichen Komplementarität der Wirtschaftsstrukturen Deutschlands und Südosteuropas aus. Er konstatierte 1941, die Tatsache, daß keine der "gegnerischen Mitteleuropakonzeptionen" sich durchgesetzt habe, sei

"einer der zahlreichen Beweise dafür, daß das Reich und Südosteuropa keine antithetischen, sondern im höchsten Grade synthetische Begriffe sind."²⁸¹

In Übereinstimmung mit Gross bewertete Ernst Wagemann, führender nationalsozialistischer Volkswirtschaftler und Präsident des deutschen Instituts für Konjunkturforschung, das deutsche Großraumwirtschaftskonzept mit Südosteuropa als "Ergänzungsraum" 1939 als Modell internationaler Arbeitsteilung:

"Frei von den irreführenden Tendenzen der internationalen Kapitalbewegungen führen die natürlichen Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung zur Bildung eines bodenständigen Großraums."²⁸²

Die Möglichkeit der "Arbeitsteilung" leitete Wagemann u. a. von der Tatsache ab, daß Deutschland bei den Ländern Südosteuropas in unmittelbarer Nachbarschaft auf Wirtschaftsgebiete treffe,

ben als auch der Juden. (Vgl. Donauzeitung, Belgrad, 25. 2. 1942, Leitartikel). 1943 belegte er die "Minderwertigkeit und Unbrauchbarkeit" des parlamentarisch-demokratischen Systems in Südosteuropa damit, daß es statt der "rassisch-geistig wertvollen Elemente" vor allem "Juden, Spekulanten, Börseaner, Opportunisten, Philantropen, Kosmopoliten, Internationalisten und Chauvinisten" zur Führung habe gelangen lassen. (Vgl. Südostdeutsche Rundschau, Budapest, 2/1943, S. 536ff.). Neben seinen offiziellen Aufgaben übernahm Ronneberger, wie der "Rheinische Merkur" 1999 in verschleiender Weise bemerkte, ab 1943 in Wien, "kriegswichtige Aufgaben des Auswärtigen Amtes in Richtung Südosteuropa". Als inoffizieller Agent mit Presseausweis sammelte Ronneberger auf ständigen Reisen zwischen Ankara und Bratislava Informationen für seine diversen Auftraggeber. Ronneberger lehrte nach dem Krieg in der Bundesrepublik an der Verwaltungsakademie in Bochum, war Referatsleiter beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, habilitierte sich 1960 in Münster und wurde ab 1964 Ordinarius für Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erlangen/Nürnberg. Er bestimmte die Medienpolitik als Mitglied im Fernsehrat des ZDF und war aktives Mitglied der Münchner Südosteuropa-Gesellschaft. (Vgl. Nachruf auf Ronneberger, in: Rheinischer Merkur, 9. 4. 1999; Siebert, a. a. O., S. 113, 198, 307f.; Orlow, The Nazis in the Balkans, a. a. O., S. 73).

²⁸¹ Ronneberger, Franz, Der politische Südosteuropabegriff, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum, Darmstadt, Bd. VI, 1943, S. 89.

²⁸² Wagemann. Der neue Balkan, a. a. O., S. 119.

die sich teilweise auf einer Stufe der Erzeugung und des Verbrauchs befänden, wie sie sonst nur "im fernen Asien oder in den entlegenen Gegenden Südamerikas" zu finden seien.²⁸³

Stärker geopolitisch argumentierte 1941 der Staatswissenschaftler Leibrock. Nach seiner Überzeugung folgte Deutschland in seiner Wirtschaftspolitik den "natürlichen und unausweichlichen Gesetzmäßigkeiten des Raumes". Die aktuelle Erschließung des "Donau-Balkanraumes" durch das "Deutschtum" wertete er als "Wiedererweckung eines alten Erbes". Deutschland sei seit Jahrhunderten das "magnetische Kraftfeld des mittel- und südosteuropäischen Raumes". Diesbezüglich habe nun trotz aller Störungsversuche der Westmächte "das Gesetz der Natur gesiegt". Leibrock sprach in diesem Kontext von einer "mittel- und südosteuropäischen Lebensraumgemeinschaft" und einem "Schicksalsraum", der aufgrund der klimatischen Unterschiede, eines "beträchtlichen Tauschgefälles" und des ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes quasi naturgemäß einen großen geschützten Markt ermögliche.²⁸⁴

"Infolge der von Natur aus vorausbestimmten gegenseitigen Ergänzung beider Wirtschaftsräume vollzog sich die Entwicklung reibungslos, denn ein überwiegend industrialisiertes Gebiet wie Deutschland mit einer auf hohem Lebensstandard stehenden Bevölkerung stellt einen natürlichen Absatzmarkt und auch das gegebene Versorgungsgebiet für die in der Hauptsache noch agrarischen Länder des Südostraums dar."²⁸⁵

Leibrock brachte das Konzept der "Ergänzungswirtschaft" schließlich auf die Formel:

"Der Südosten ist eben eine komplementäre Zone der deutschen Wirtschaft."²⁸⁶

Eine nahezu konforme Position vertrat 1943 der Direktor des Osteuropäischen Instituts in Breslau, Seraphim. Er entwarf in idealisierender und verschleiender Form das Bild einer "deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft", die aus einem "Lebensbedürfnis aufeinander angewiesener Volkswirtschaften" er-

²⁸³ Vgl. ebenda, S. 11.

²⁸⁴ Vgl. Leibrock, Otto, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, Berlin 1941, S. 37ff, 98, 160, 219, 275, 279.

²⁸⁵ Ebenda, S. 148.

²⁸⁶ Leibrock, Otto, Großdeutschland und der Südostraum, in: Volk und Reich, 15. Jg., 1939, Heft 1, S. 7f.

wachsen sei. Nicht "Zwang oder Diktat", sondern Notwendigkeiten hätten sie entstehen lassen. Durch "jahrhundertelange gemeinsame Schicksale" würden die Länder Südosteuropas "zum näheren oder weiteren Ausstrahlungsgebiet deutschen Kultur- und Wirtschaftseinflusses" gehören.²⁸⁷

Seraphim fand sich dabei in Übereinstimmung mit dem befehlshabenden General der deutschen Wehrmacht in Serbien, Böhme, der im Oktober 1941 in einer Weisung an seine Untergebenen hervorhob:

"Serbien gehört geschichtlich, geographisch, wirtschaftlich und politisch in die Machtsphäre des Großdeutschen Reiches."²⁸⁸

Anknüpfend an historische Erfahrungen bemerkte Seraphim des weiteren, Deutschland benötige, um seine "Daseinsgrundlage" sicherzustellen, umfangreiche Lieferungen aus Südosteuropa, selbst wenn dafür höhere Preise als auf dem Weltmarkt aufgebracht werden müßten. Eine Erschließung Südosteuropas sei für Deutschland notwendig "aus Gründen seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit von den großen Weltmächten". Dies bilde ein Dauerziel deutscher Außenwirtschaftspolitik, weshalb auch die "deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft auf lange Sicht angelegt" sei.²⁸⁹

Thierfelder²⁹⁰ betonte 1942, daß es "außerhalb des deutschen Sprachbodens" im Vergleich zur Balkanhalbinsel in der ganzen Welt kein Gebiet von der gleichen Größe und Bedeutung gebe, daß in ähnlicher Weise von Deutschland "mitgeformt und durchgebildet worden ist."²⁹¹

Zur Begründung der deutschen Hegemonie in Südosteuropa konzentrierte sich die deutsche Südosteuropaforschung neben den dargestellten Ideologemen anknüpfend an geopolitische Argumentationsmuster aus den zwanziger Jahren auf eine negative Beweisführung,

²⁸⁷ Vgl. Seraphim, Hans Jürgen, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1943, S. 68f. u. 76.

²⁸⁸ Weisung vom General der Infanterie Franz Böhme vom 29. 10. 1941 über die Ausnutzung Serbiens für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, Dok. 55, S. 177.

²⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 86f.

²⁹⁰ Siehe zu Thierfelder in dieser Arbeit S. 354.

²⁹¹ Vgl. Thierfelder, Franz, Vom alten zum neuen Balkan, in: Unser Kampf auf dem Balkan, herausgegeben von Franz Geisler/ Josef März/ Franz Thierfelder u. a., München 1942, S. 19.

d. h. auf den Versuch alle Staaten, die als Konkurrenten des deutschen Einflusses angesehen wurden, als "wesenfremde" oder "raumfremde" Kräfte abzuwerten. Mit diesem Attribut wurden vor allem die Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich, die USA und die Sowjetunion belegt. All diese "raumfremden" Mächte mußten von einer Beteiligung an einer "Neuordnung" Südosteuropas ferngehalten werden. Eine Einflußnahme dieser Mächte widerspreche den "geopolitischen Gesetzen des Raumes". In der Zwischenkriegszeit seien die Länder Südosteuropas Objekte "raumfremder kapitalistischer Ausbeutung" und einer "künstlichen" Ordnung gewesen. Gross konstatierte:

"im Gegensatz zu den kolonialen Ausbeutungsmethoden der liberalistisch-kapitalistischen Länder, wird im national-sozialistischen Deutschland die Wirtschaftspolitik nicht von kapitalistischen Krämergrundsätzen, sondern von den höheren politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten einer möglichst leistungsfähigen und sich gegenseitig ergänzenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestimmt."²⁹²

Ronneberger vertrat die Auffassung:

"Mit der Befreiung aus der englischen Zinsknechtschaft hängt die Lösung der sozialen Frage in Südosteuropa aufs engste zusammen. Was hier durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich in wenigen Jahren geschaffen wurde, gehört zu den entscheidendsten Voraussetzungen der europäischen Wiedergeburt."²⁹³

In Zusammenarbeit mit Deutschland könnten die Staaten Südosteuropas sich nun nach Meinung der deutschen "Experten" in eine natürliche kontinental-europäische Wirtschaftsgemeinschaft einfügen. Im "neuen Balkan" werde dann an die Stelle des labilen Gleichgewichts "die organische Ordnung treten". In dieser gegliederten Ordnung werde jede Nation ihre ganze Kraft den besonderen Aufgaben widmen, die ihr "vom Schicksal gestellt" seien.²⁹⁴

²⁹² Gross, Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, a. a. O., S. 89.

²⁹³ Ronneberger, Der europäischen Neuordnung entgegen, a. a. O., S. 180.

²⁹⁴ Vgl. u. a. Leibrock, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, a. a. O., S. 294 u. 309; Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 54.; Thierfelder, Vom alten zum neuen Balkan, a. a. O., S. 10 u. 19; Siebert, a. a. O., S. 111 u. 142.

"Eine solche Völkerordnung setzt eine Macht voraus, die darüber entscheidet, welche Stelle in der Rangordnung Europas das einzelne Volk einzunehmen hat - welche Macht wäre berufener, eine solche Rolle auf der Balkanhalbinsel zu spielen als Deutschland mit seinem italienischen Bundesgenossen?"²⁹⁵

Um das Eingreifen anderer Staaten in den von Deutschland beanspruchten "Großraum Mittel- und Osteuropa" langfristig "völkerrechtlich" zu unterbinden, versuchte der deutsche Staats- und Völkerrechtswissenschaftler Carl Schmitt seit 1939 unter Bezugnahme auf die Monroedoktrin von 1823²⁹⁶ eine "Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte" zu etablieren.²⁹⁷ Dabei wandte sich die "deutsche Monroe-Doktrin" gegen nicht-kontinental-europäische "raumfremde Mächte", insbesondere Großbritannien und die USA, die in die "neue Ordnung des Kontinents nur von außen hineinreden würden."²⁹⁸

In den Schriften zur "neuen Ordnung" und zur Großraumwirtschaft wurde die deutsche Bevölkerung, trotz der beständigen Betonung "natürlicher" und "organischer" Verbindungen zwischen Deutschland und Südosteuropa, niemals auf eine Stufe mit der südosteuropäischen gestellt. Eine politische, ökonomische, kulturelle und rassische Überlegenheit der Deutschen galt als selbstver-

²⁹⁵ Thierfelder, Vom alten zum neuen Balkan, a. a. O., S. 20.

²⁹⁶ Die vom us-amerikanischen Präsidenten Monroe am 9. Oktober 1823 veröffentlichte Erklärung wandte sich gegen die Gefahr einer bewaffneten Intervention außeramerikanischer Staaten in Nord- und Südamerika. Den Hintergrund bildete die Drohung der "Heiligen Allianz" zur Durchsetzung ihres Legitimationsprinzips die ehemaligen amerikanischen Kolonien Spaniens wieder zu unterwerfen und damit den Einfluß der europäischen Mächte auf dem amerikanischen Kontinent erneut auszuweiten. Die Monroe-Doktrin enthielt folgende Punkte:

1. Das Verbot, weiteres amerikanisches Gebiet zur europäischen Kolonie zu machen bzw. bestehende Kolonien durch Annexion weiterer Gebiete zu vergrößern.
2. Das Verbot eines Eingriffs in die Angelegenheiten der selbstständigen amerikanischen Staaten, d. h. einer Einmischung, die sich gegen die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten richtet. (Vgl. Gruchmann, Lothar, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer "deutschen Monroe-Doktrin", Stuttgart 1962, S. 28f.).

²⁹⁷ Vgl. Schmitt, Carl, Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, (Erste Fassung 1939), Text der 4. Aufl. in: ders., Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969, herausgegeben von Günter Maschke, Berlin 1995, S. 269ff, vor allem 283 u. 291ff.

²⁹⁸ Vgl. Gruchmann, a. a. O., S. 32.

ständig. Beständig wurde die bedeutende Rolle des "Deutschtums" in der Geschichte Südosteuropas beschworen. Dies ging mit der Überzeugung einher, die Deutschen seien Träger kultureller Werte und des Fortschritts und Südosteuropa benötige die dauerhafte Befruchtung durch den "deutschen Geist". Besonders große Erziehungsaufgaben deutscher Fachkräfte lägen dabei in der Entwicklung und Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft und der Schulung der Bevölkerung. Gleichberechtigung bzw. ein vergleichbarer Entwicklungsstand zwischen deutscher und südosteuropäischer Bevölkerung waren im Konzept der "Ergänzungswirtschaft" nicht nur nicht vorgesehen, sondern von vorneherein ausgeschlossen. Die "Ergänzungswirtschaft" implizierte die Existenz einer dominierenden Macht und einer Gruppe von Ländern, die Rohstoffe zu liefern und Absatzmärkte zur Verfügung zu stellen hatten und deren Entwicklung beständig von der dominierenden Macht kontrolliert und bestimmt werden sollte. Das Konzept der "Ergänzungswirtschaft" zielte auf eine vollkommene Verfügungsgewalt Deutschlands über die ökonomischen Ressourcen Südosteuropas. Die in Südosteuropa lebenden "Volksdeutschen" wurden zu "Missionaren" der wirtschaftlichen Erschließung der Donauländer erklärt, während sich die Bevölkerung Südosteuropas unterzuordnen hatte und den übrigen Großmächten jegliches Recht an Einflußnahme abgesprochen wurde.²⁹⁹

6.4.2 Zur Betonung ideologischer Kontinuitäten von Friedrich List zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik

Einen wichtigen Schwerpunkt in den Legitimationsschriften einer dauerhaften Einbindung der Staaten Südosteuropas in die deutsche Großraumwirtschaft bildete in der Periode des Nationalsozialismus die Berufung auf alte Konzepte und Ideologien. So erinnerten zahlreiche Autoren an die Südosteuropapläne Friedrich Lists und erhoben sie zum Vorbild des Konzepts der "Ergänzungswirtschaft".³⁰⁰ Eine Renaissance erlebten auch die Schriften von Paul

²⁹⁹ Vgl. Mitrovic, Ergänzungswirtschaft..., a. a. O., S. 33ff.

³⁰⁰ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 314; Sweet, P., Recent German Literature on Mitteleuropa, in: Journal of Central European Affairs, III (1943-44), S. 20f; Olshausen, Hans-Peter, Friedrich List und der Deutsche Handels- und Gewerbeverein, Jena 1935; Lenz, Friedrich, Friedrich List:

de Lagarde und Konstantin Frantz sowie die "Mitteleuropa"-Pläne der Paulskirchenversammlung.³⁰¹

Im Verlag "Volk und Reich" erschien 1933 das Buch "Mitteleuropa. Eine deutsche Aufgabe" von Erwin Wiskemann. Die Veröffentlichung basierte auf einem Vortrag, den der Autor im Dezember 1932 vor der Deutschen Gruppe des MWT unter dem Titel "List und Mitteleuropa" gehalten hatte.³⁰²

Wiskemann begann seine Ausführungen mit der Aussage:

"Es gibt Aufgaben, die die Geschichte den Völkern in immer neuer Wiederkehr stellt."³⁰³

So wie sich in den 1840er Jahren "der Blick führender Männer" auf eine Erschließung des "südöstlichen Europa" gerichtet habe, sei heute wiederum eine "raumpolitische und raumökonomische Verbindung" mit Österreich und ein "engeres Verhältnis zu den angrenzenden südöstlichen Ländern eine brennende Frage geworden."³⁰⁴ Die "Mitteleuropaidee" von Friedrich List sei aktueller denn je:

"Je mehr man in List eindringt, desto mehr erweist er sich als Lebender, der in und mit seinem Werk und gerade auch mit seiner mitteleuropäischen Idee dem heutigen Deutschland geistig vorausgelebt hat."³⁰⁵

List habe diese Idee der deutschen Nation als ein Vermächtnis hinterlassen, das nun fruchtbar werde. Diese Idee beinhalte eine "raumpolitische und raumökonomische Neugestaltung der europäischen Mitte und des Südostens durch Deutschland."³⁰⁶ Zur Durchset-

Der Mann und das Werk, München/Berlin 1936; Wiskemann, Erwin, Mitteleuropa. Eine deutsche Aufgabe, Berlin 1933. (Das Buch Wiskemanns widmete sich in weiten Teilen den Schriften Friedrich Lists).

³⁰¹ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 316; Wagner, Otto, Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den vierziger Jahren (1840-1848), Diss., Marburg, 1935. S. 20; Hofmann, Josef Wilhelm, Der Mitteleuropagedanke von 1848. Seine Grundlagen und Richtungen im politischen Schrifttum seiner Zeit, Diss., Würzburg 1940; Bammel, E., Die Mitteleuropafrage in der Frankfurter Nationalversammlung, Diss., Bonn 1944.

³⁰² Vgl. Wiskemann, Mitteleuropa. Eine deutsche Aufgabe, a. a. O., S. 5.

³⁰³ Ebenda, S. 7.

³⁰⁴ Ebenda, S. 8.

³⁰⁵ Ebenda, S. 9.

³⁰⁶ Ebenda, S. 9f.

zung der "Mitteleuropaidee" sei eine Revision der "absurden Grenzziehungen" des Versailler Vertrages notwendig.³⁰⁷

Bis heute gelte für die "Mitteleuropaidee" das von List geprägte Leitmotiv: "Deutschland hat die Bestimmung den Südosten zu zivilisieren."³⁰⁸ Besonders in der Frage einer Verbesserung und Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft habe aktuell eine "planmäßige Erziehung" der Einheimischen durch Deutsche einzusetzen.³⁰⁹ Dabei werde Deutschland seine wirtschaftspolitischen Möglichkeiten gegenüber den "mitteleuropäischen" Ländern zu nutzen wissen.³¹⁰

Abschließend resümierte Wiskemann emphatisch:

"So erweist sich in jeder Beziehung Lists Mitteleuropaidee, den neuen Verhältnissen angepaßt, als zeitgemäß. List selbst und sein System gehören zur Revolution der nationalen Selbstverwirklichung Deutschlands, die heute eine neue Etappe erreicht hat (...) Mitteleuropa ist das Feld, auf dem die deutsche Idee raumpolitisch siegen oder unterliegen wird."³¹¹

Lists Verdienste bei der Planung einer "raumpolitischen und raumökonomischen Neugestaltung der europäischen Mitte und des Südostens durch Deutschland" wurden 1941 auch in einem von Werner Daitz herausgegebenen Sammelband mit dem Titel "Das neue Europa. Beiträge zur Nationalen Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft" hervorgehoben. Darin hieß es, List habe, "wie keiner vor ihm", die Bedeutung ausreichenden Raums für die politische-ökonomische Entwicklung einer großen Nation" erkannt. Wie Wiskemann erklärte der Autor die Aussage "Deutschland hat die Bestimmung den Südosten zu zivilisieren" zum Leitmotiv von Lists "mitteleuropäischer Idee". Als "Krönung" seiner Überlegungen habe List dem Deutschen Reich die Aufgabe zugewiesen, "für Ruhe und Ordnung im Südosteuropa bis in die Türkei zu sorgen". In Anknüpfung und Erweiterung dieser Überlegungen erkenne die nationalsozialistische Regierung die Verpflichtung Großdeutschlands, Europa neu zu ordnen und Eingriffe "raumfremder Mächte" abzuwehren.³¹²

³⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 50.

³⁰⁸ Ebenda, S. 14 u. 57.

³⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 64.

³¹⁰ Vgl. ebenda, S. 54.

³¹¹ Ebenda, S. 69.

³¹² Vgl. Knoll, Gerhard, Die Mitteleuropa-Ideen von Friedrich List, in: Werner Daitz (Hg.), Das neue Europa. Beiträge zur Na-

Leibrock erinnerte 1941 daran, daß Friedrich List als Vordenker der Raumidee beständig auf die "Zusammengehörigkeit Deutschlands und des Südostens" hingewiesen habe. Heute stehe die europäische Produktion unter dem Gesetz des Raumes. Damit habe die "Idee des genialen Volkswirtes und Politikers Friedrich List" gesiegt. Das von List seit 1841 propagierte Ziel eines "europäischen Kontinentalblocks" sei von Adolf Hitler verwirklicht worden.³¹³

1938 wurden der breiten Öffentlichkeit die Grundlagen des deutschen Großraumkonzeptes in einem "Friedrich-List-Volksbuch" nahegebracht. Dabei sollte nicht allein das Interesse an der Geschichte deutscher Ideen geweckt werden. Vielmehr sei das Werk von List so wirklichkeitsnah, daß er gleichsam als "Mann der großen deutschen Gegenwart" betrachtet werden könne. Die "lebenden und die nachfolgenden Geschlechter" hätten die Aufgabe, "sein Werk für die Bewältigung ihrer Aufgaben zu nützen." In dieser Lesart referierte die Schrift Lists Forderung, daß ein Anschluß Österreichs an den deutschen Zollverein erfolgen müsse, da der größte Teil des südlichen Deutschlands im Flußgebiet der Donau liege, der einzigen Wasserstraße, die das Zentrum des europäischen Kontinents mit dem Schwarzen Meer und dem Nahen Osten verbinde. Nur durch Österreich könne Deutschland zum Besitz der Donaumündung gelangen, wodurch diese "Kontinentalwasserstraße" erst ihren wahren Wert erhalte. Dann könne Deutschland wachsen, "und das recht bald und schnell", denn, so weiter in der Wiedergabe von List, "die Länder an der untern Donau und am Schwarzen Meer - die ganze Türkei - der ganze Südosten jenseits Ungarn ist unser Hinterland."³¹⁴ Für den "Anschluß" Österreichs und die weitere deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa fanden sich somit im "Friedrich-List-Volksbuch" wesentliche Begründungsmuster.

In der "Zeitschrift für Geopolitik" erhielt List anläßlich des einhundertsten Jahrestages des Erscheinen seines Hauptwerkes "Das nationale System der politischen Ökonomie" 1941 eine Würdigung. Darin wurde List als "größter Nationalökonom Deutschlands" gefeiert, dem ein Ehrenplatz in der Reihe der Väter und Vorväter

tionalen Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft, Dresden 1941, S. 239f. u. 253f.

³¹³ Leibrock, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, a. a. O., S. 51 u. 330.

³¹⁴ Vgl. Friedrich List-Volksbuch, herausgegeben im Auftrag der Stadt Reutlingen, Berlin 1938, S. 1 u. 223ff.

der modernen Geopolitik von Montesquieu und Herder bis zu Ratzel, Kjéllen und Haushofer gebühre. Das Ziel all seines Strebens sei die Realisierung eines einigen und mächtigen, alle Deutschen "einschließlich verlorengegangener Provinzen" umfassendes Großdeutschland gewesen und mit ihm eine "Kontinentalallianz vom Küstenkanal bis zum Schwarzen Meer".³¹⁵

In einer Vortragsreihe über "Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", gemeinsam ausgerichtet von deutscher Regierung, Wirtschaftskreisen und wissenschaftlichen Institutionen, wurde List 1942 als "geistiger Ahnherr aller späteren `Mitteleuropa`-Pläne" bezeichnet.³¹⁶

Auch Ferdinand Fried, der bereits Anfang der dreißiger Jahre als "Tat"-Redakteur die "Ergänzungswirtschaft" zwischen Deutschland und Südosteuropa propagiert hatte, knüpfte im Nationalsozialismus an den Zielsetzungen von List an. In seiner Antrittsvorlesung an der Deutschen Karl-Universität in Prag im November 1941 betonte er, daß der Nationalsozialismus nun realisiere, was Friedrich List einhundert Jahre vorher in seinen Ausführungen über Großraumbildung und den "mitteleuropäischen Gedanken" konzipiert habe.³¹⁷

Zur Legitimation eines "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes" unter deutscher Führung beriefen sich einige Autoren in der Phase des Nationalsozialismus neben Friedrich List auch auf die Paulskirchenversammlung von 1848. Exemplarisch steht dafür eine Dissertation von 1940, in der "das fortwirkende Vermächtnis der deutschen Mitteleuropabewegung von 1848" beschworen wurde. Die Grundanschauung aller Vertreter des "mitteleuropäischen Gedankens" habe damals darin bestanden, daß "Mitteleuropa" ein durch Natur und Geschichte zusammengehöriger Raum sei, der nach einer engeren politischen und wirtschaftlichen Verbindung innerhalb des europäischen Staatensystems dränge. "Im aufsteigenden Zeit-

³¹⁵ Vgl. Heubner, Paul, Raumgedanken, geopolitische Anschauungen und Forderungen bei Friedrich List. Zu 100jähriger Erinnerung, in: Zeitschrift für Geopolitik, 18. Jg., Heft 6, 1941, S. 346ff.

³¹⁶ Vgl. Jecht, H., Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1942, S. 60.

³¹⁷ Vgl. Fried, Ferdinand (=Ferdinand Friedrich Zimmermann), Die geistigen Grundlagen der weltwirtschaftlichen Strukturwandlung. Antrittsvorlesung Prag. Deutsche Karls-Universität, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, gehalten am 19. November 1941, Stuttgart/Berlin, 1941, nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 836.

alter eines allgemeinen Weltmachtstrebens" sei in Deutschland der Wunsch nach einem "hinreichend großen, ausgeglichenen und gesicherten Lebensraum in der Gestalt eines unter deutscher Führung zusammengefaßten "Mitteleuropa" entstanden.³¹⁸

In umfassender Form wurde die Kontinuität von deutschen Expansionsplänen des 19. Jahrhunderts zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik 1938 in einer Schrift mit dem Titel "Der großdeutsche und der mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938" betont. "Das kühne Bild einer starken deutschen Politik nach dem nahen Orient" sei erstmals von Friedrich List entworfen worden. Er habe den Zerfall des Osmanischen Reiches vorhergesagt, aus dem "deutsches Kapital und deutsche Arbeit" den größten Vorteil ziehen könnten. Seine Vorschläge für eine deutsche Auswanderung nach Südosteuropa und vor allem seine Verkehrspläne hätten der Ausbreitung deutschen Einflusses in Richtung Südosten den Weg geebnet. List habe bereits die potentielle Bedeutung der südosteuropäischen Donauländer als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte für die deutsche Industrie erkannt. Auch sein Vorschlag, daß Deutsche und Ungarn "einen mächtigen Grenzwall gegen den russischen Koloß" bilden sollten, sei ein aktueller Gedanke.³¹⁹

Neben List nannte der Autor auch Moltke, Bruck, Constantin Frantz, Paul de Lagarde und Albert Ritter als Vordenker "Großdeutschlands" und "Mitteleuropas".³²⁰ Aus den Schriften Lagardes hob er die Forderung hervor, die deutsche Auswanderung und Kolonisation nach Ost- und Südosteuropa zu lenken, bei gleichzeitiger "Verpflanzung der österreichischen und polnischen Juden nach Palästina, um das deutsche Herrschaftsgebiet judenrein zu erhalten".³²¹

Darüber hinaus erinnerte der Autor an Naumanns "Mitteleuropa"-Buch. Darin habe Naumann in umfassender Weise alle Mittel und Wege untersucht, die zu einer "Lösung der Raum- und Staatsprobleme zwischen Nordsee und Schwarzem Meere" beitragen könnten. Die Zielsetzungen Naumanns wurden in folgenden zentralen, weiter aktuellen Punkten zusammengefaßt:

³¹⁸ Vgl. Hofmann, Der Mitteleuropagedanke von 1848, a. a. O., S. 278ff.

³¹⁹ Vgl. Wirth, Kurt, Der großdeutsche und der mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938, Würzburg-Aumühle 1938, S.12ff.

³²⁰ Vgl. ebenda, S. 89f. u. 100f.

³²¹ Ebenda, S. 94. Vgl. Lagarde Paul de, Deutsche Schriften, München 1924, S. 41.

1. Eine Einigung "Mitteleuropas" durch einen Zoll- und Wirtschaftsband,
2. die Organisation eines wechselseitigen Austausches zwischen dem agrarischen Südosten und dem industriellen Nordwesten "Mitteleuropas",
3. der Zusammenschluß des "abendländischen Kulturraumes" gegen das "halbasiatische Rußland",
4. die Durchsetzung eines größeren "Lebensraumes" für das "Deutschtum",
5. die Sicherung der führenden Stellung des deutschen "Volkes" in "Mitteleuropa".

Die Realisierung dieser "großdeutschen-mitteleuropäischen Politik" in der genannten Tradition sei nun, nach dem "Anschluß" Österreichs an Deutschland, möglich.³²²

Das "Deutschtum" habe sich in dem Gebiet von der Nord- und Ostsee bis zur Adria und dem Schwarzen Meer seit jeher "als Herrenvolk entfalten" und seine höhere Kultur den "Nachbarvölkern" übermitteln können.³²³

Der Autor schloß mit den Worten:

"Der mitteleuropäische Gedanke, der ja auf der Tatsache der Mittellage des deutschen Volkes zwischen Romanentum und Slawentum fußt, gewinnt (...)wieder an Kraft und Lebendigkeit."³²⁴

Die Pläne von List, Lagarde, Naumann und anderen Vordenker bildeten somit eine wichtige Grundlage für die Legitimation der nationalsozialistischen Südosteuropapolitik. Sie galten als Protagonisten des Konzeptes der "Ergänzungs- und Großraumwirtschaft", in dem die Ländern Südosteuropas dauerhaft auf die Funktion deutscher Rohstoff- und Agrarlieferanten festgelegt werden sollten. Darüber hinaus hatten sie alle dieses Konzept mit einer angeblichen Mission oder historischen Aufgabe Deutschlands verbunden, die Wirtschaft und Kultur Ost- und Südosteuropas zu organisieren, zu zivilisieren und zu bestimmen. List und Lagarde konnten des weiteren als Väter des nationalsozialistischen Lebensraum-Gedankens vereinnahmt werden, hatten sie doch eine Umlen-

³²² Vgl. ebenda, S. 102ff.

³²³ Ebenda, S. 3 u. 10.

³²⁴ Ebenda, S. 114f.

kung der deutschen Auswanderung nach Ost- und Südosteuropa gefordert, um die dortigen Länder zu kolonisieren. Durch die gewaltsame Unterwerfung der Tschechoslowakei, Polens, der Sowjetunion, Jugoslawiens und Griechenlands sowie die politische Unterwerfung und Anbindung Ungarns, Bulgariens und Rumäniens sollten diese Pläne im Zweiten Weltkrieg realisiert werden.

6.4.3 Organisationen der deutschen Südosteuropaplanung im Zweiten Weltkrieg

Zur Planung der kurz- und langfristigen Ausrichtung Südosteuropas auf die deutsche Großraumwirtschaft gründeten Regierung und Industrie ab 1939 eine Reihe neuer Organisationen, die zeitweise miteinander konkurrierten, im Sinne des kriegswirtschaftlichen Gesamtinteresses jedoch kooperierten. Neben den MWT als bisherigem Planungszentrum der Privatindustrie, trat ab Februar 1940 die Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG) mit Sitz in Wien, die gleichzeitig Interessen der Regierung und der Privatindustrie vertreten sollte. Die SOEG arbeitete eng zusammen mit der Auslandsorganisation der NSDAP und dem Werberat der deutschen Wirtschaft.³²⁵ Die Schirmherrschaft übernahm Reichswirtschaftsminister Funk. Zum Präsidenten wurde der Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP in Wien, Baldur von Schirach ernannt. Den Posten des Hauptgeschäftsführers und öffentlichen Repräsentanten der SOEG erhielt von 1940-1944 August Heinrichsbauer, ein Mann der rheinischen Schwerindustrie. Auch die Reichsgruppe Industrie war in der SOEG vertreten. Zur Koordinierung der Regierungspolitik mit dem Interessen der Industrie gründete die SOEG im September 1942 einen Ausschuß für wirtschafts-wissenschaftliche Planung, auch Industrieausschuß oder Zwölferausschuß genannt.³²⁶ Er sollte alle im Bereich der Südosteuropapolitik tätigen Organisationen "im gesamten großdeutschen Raum" auf einen "Generalnenner" bringen. Neben Vertretern der Industrie sollten ihm nach

³²⁵ Vgl. Aktenvermerk von Walter Rafelsberger, Vizepräsident der Südosteuropagesellschaft vom 4. 9. 1940, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 15, S. 93f.; Orlow, The Nazis in the Balkans, S. 16ff., 77. u. 131.

³²⁶ Vgl. Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 54f. u. Dok. 61, 65, 72.

einem Vorschlag des MWT und der Reichsgruppe Industrie folgende Organisationen angehören:

- 1.) Die Südostgemeinschaft der österreichischen Hochschulen,
Wien,
- 2.) das Institut für Konjunkturforschung, Kiel,
- 3.) das Weltwirtschaftliche Institut, Kiel,
- 4.) das Südost-Europa-Institut, Breslau,
- 5.) das Mitteleuropa-Institut, Leipzig,
- 6.) das Auslandswissenschaftliches Institut der Universität
Berlin,
- 7.) der Volkswirtschaftliche Ausschuß des MWT, Berlin und dessen
Zweigstelle in Wien.³²⁷

Mit der Einbindung der genannten Einrichtungen waren bis auf das mittlerweile unbedeutende "Mitteleuropa"-Institut Dresden und das Südost-Institut München, das sich zu dieser Zeit vor allem mit Fragen des "Volkstums" und weniger mit Wirtschaftsplanung beschäftigte, alle maßgeblichen Einrichtungen der Wirtschafts- und Südosteuropaforschung mit der SOEG verbunden. Damit war eine Kooperation aller wesentlichen mit Südosteuropa befaßten Institutionen sichergestellt. Im Juni 1942 fand unter der Schirmherrschaft der SOEG die erste Arbeitstagung wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Wien statt.

Zur Planungszentrale für einen "europäischen Großwirtschaftsraum" auf seiten der Industrie entwickelte sich gleichzeitig die Reichsgruppe Industrie. Sie übernahm vom weiterhin aktiven Mitteleuropäischen Wirtschaftstag die Federführung bei Verhandlungen mit Organisationen der Industrie in den einzelnen südosteuropäischen Ländern. Am 7. November 1941 gründete die Reichsgruppe Industrie einen eigenen Südostausschuß, der zum Lenkungsorgan für die Durchsetzung und Vertretung der Südosteuropa-Interessen der deutschen Industrie wurde. Seine Hauptaufgabe sollte in der Vereinheitlichung der deutschen Industriepolitik in Südosteuropa und der Abstimmung der Verhandlungsarbeit und -taktik gegenüber

³²⁷ Vgl. Vorschlag der Reichsgruppe Industrie und des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 14. 7. 1941, in: Hass/Schumann (Hg.), Anatomie der Aggression, a. a. O., Dok. 27, S. 130ff. Zum Volkswirtschaftlichen Ausschuß des MWT hieß es, er umfaße die volkswirtschaftlichen Abteilungen "der maßgebenden deutschen Wirtschaftsunternehmen einschließlich der Großbanken". (Ebenda).

dortigen Stellen bestehen. Die SOEG war im Südostausschuß der Reichsgruppe Industrie durch ihren Hauptgeschäftsführer Heinrichsbauer vertreten. Angeschlossen wurden dem Südostausschuss der Reichsgruppe Industrie Länderausschüsse für Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Serbien und die Slowakei.³²⁸ Den Posten des Vorsitzenden des Südostausschusses erhielt Max Ilgner, der zudem folgende Funktionen auf sich vereinte: Vorsitzender des Südosteuropaausschusses der I.G. Farben, Vizepräsident und stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums und des Vorstandes des MWT und Vorsitzender des Industriebeirates des MWT³²⁹.

In dieser Amtsfülle Ilgners spiegelte sich die führende Rolle der I.G. Farben in der Vertretung deutscher Wirtschaftsinteressen in Südosteuropa während der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Vor allem die Volkswirtschaftliche Abteilung der I.G. Farben übernahm eine wichtige Funktion in der Vorbereitung und Durchführung der deutschen Kriegswirtschaft in Südosteuropa.³³⁰ Der "speziell für wehrwirtschaftliche Aufgaben geschulte Mitarbeiterstab" der Abteilung, fertigte unter anderem im Auftrag der deutschen Militärführung Berichte über "Fliegerbenzin in Rumänien" (Dezember 1940) und über die Metallsituation in Südosteuropa (Januar 1940) an.³³¹ Der konzerneigene Südostausschuß der I.G. Farben behandelte ab 1940 Fragen der Konzernstrategie gegenüber

³²⁸ Vgl. Protokoll der konstituierenden Sitzung des Südostausschusses der Reichsgruppe Industrie am 7. 1. 1941, in: Hass/Schumann (Hg.), *Anatomie der Aggression*, a. a. O., Dok. 31, S. 148; Schumann (Hg.), *Griff nach Südosteuropa*, a. a. O., S. 50f. u. Dok. 43, 44, 50, 51, 57, 58, 69.; Seckendorf (Hg.), *Europa unter Hakenkreuz*, Bd. 6, a. a. O., S. 28 u. Dok. 33, 59. u. 60.; Orlow, *The Nazis in the Balkans*, a. a. O., S. 82.

³²⁹ Den MWT betrachtete die Geschäftsführung der IG-Farben als "Tarnung", d.h. sie hoffte mit seiner Hilfe ihre Interessen in Südosteuropa reibungsloser durchsetzen zu können. (Vgl. Schreiben von August Heinrichsbauer an Walter Rafelsberger, in: Schumann (Hg.), *Griff nach Südosteuropa*, a. a. O., Dok. 61, S. 154.

³³⁰ Die Volkswirtschaftliche Abteilung der I.G. Farben fertigte auf Bestellung der Konzernleitung Einzeluntersuchungen über Wirtschaftsfragen von Ländern an, die in das Blickfeld der I.G. Farben gerückt waren, gab periodisch erscheinende Informationsblätter heraus und erstellte "Ländermappen", die für jedes Land laufend aktualisiert wurden. (Vgl. Radandt, *Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938*, a. a. O., S. 167f.).

³³¹ Der Direktor der I.G. Farben, Meyer-Küster, wurde zudem während des Krieges Mitarbeiter der Abteilung für Metallbeschaffungsfragen des Reichswirtschaftsministeriums. (Vgl. Radandt, *Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938*, a. a. O., S. 167f. u. 171).

Südosteuropa unter den Bedingungen und gemäß den Bedürfnissen einer "europäischen Großraumwirtschaft". Die letzte Sitzung fand am 4. Mai 1944 statt und behandelte "Schutzmaßnahmen gegen Kriegseinwirkungen im Südosten".³³² Alle genannten Organisationen entwickelten in den Kriegsjahren Pläne für eine Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirtschaft und Industrie und deren Ausrichtung auf "Bedürfnisse" der deutschen Wirtschaft.

6.4.4 Planungen zur südosteuropäischen Landwirtschaft und Industrie

Im Mittelpunkt der deutschen Südosteuropa-Planungen während des Zweiten Weltkrieges standen einerseits Maßnahmen für eine beschleunigte und vergrößerte Zufuhr kriegswichtiger Rohstoffe und andererseits Vorschläge für "eine starke Ertragssteigerung des Bodens" durch Intensivierung der Landwirtschaft zur Sicherung der deutschen Ernährungsbasis.³³³

In einem Gutachten des MWT aus dem Jahre 1939 wurde konstatiert, daß "seit dem Jahre 1938 die gegenwärtigen deutschen Versorgungsmöglichkeiten aus dem Südosten im großen und ganzen als ausgeschöpft zu betrachten sind." Um eine Steigerung der Produktivität und damit eine größere Zufuhr von Nahrungsmitteln und Industriepflanzen nach Deutschland zu erreichen, mußte nach Ansicht des MWT von nun an direkt in die Binnenproduktion der südosteuropäischen Staaten eingegriffen werden.³³⁴ Der Wissenschaftler Leibrock forderte mit derselben Intention, die südosteuropäische Wirtschaft müsse auf die Einfuhrbedürfnisse Deutschlands nach Art, Menge und Beschaffenheit der landwirtschaftlichen Produktion umgestellt werden.³³⁵ Der Südosteuropa-Experte Gross

³³² Vgl. Seckendorf (Hg.), Europa unter Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., S. 27f.

³³³ Vgl. Streng vertrauliche Aktennotiz des Geschäftsführeres der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik Optik Karl Albrecht über eine Sitzung des Außenhandelsdausschusses der Reichsgruppe Industrie, 19. 6. 1940, in Eichholtz/Schumann, Anatomie des Krieges, Dok. 121, S. 259ff.; Vortrag von Tilo Freiherr von Wilmowsky, Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom 2. 9. 1940, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 13, S. 90.

³³⁴ Vgl. Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 80.

³³⁵ Vgl. ebenda, S. 276.

sprach von einer notwendigen "Abstimmung der landwirtschaftlichen Erzeugung der betreffenden Länder auf den Einfuhrbedarf Deutschlands im Sinne einer organischen Arbeitsteilung."³³⁶ Die deutschen Parolen für die südosteuropäische Agrarwirtschaft lauteten Intensivierung, Spezialisierung, Standardisierung und Produktionslenkung.³³⁷

Nach der Ausschaltung der französischen und britischen Konkurrenz sollte ab 1940 durch einen verstärkten Einsatz deutscher Maschinen, die Lieferung künstlicher Düngemittel und bergbaulichen Erschließungen eine Ausweitung der Rohstoffausbeutung und eine Intensivierung der Landwirtschaft erreicht werden, um weit aus mehr als bisher aus Südosteuropa herauszuholen.³³⁸ Unter Intensivierung wurde dabei in erster Linie eine Steigerung der Hektarbeträge verstanden. Wenn der Ackerbau nach "rationellen Gesichtspunkten" betrieben werde, sei eine Verdoppelung der Hektarerträge möglich.

Landwirtschaftsminister Backe bemerkte 1942, daß die Staaten Südosteuropas und die "Ostgebiete" auch in Zukunft die "Kornkammern Europas" bleiben müßten. Der Austausch von Getreide gegen Fertigwaren bilde die "gesunde und natürliche Basis" des deutschen Handels mit Ost- und Südosteuropa. Die Ausweitung des Anbaus von Öl- und Hülsenfrüchten in Südosteuropa vergrößere diesen Aufgabenbereich. Gegen die "Hungerblockade" der "angelsächsischen Demokratien" könne auf diesem Weg die "Nahrungsfreiheit Kontinentaleuropas" sichergestellt werden.³³⁹

Das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront veröffentlichte in seinem Jahrbuch 1940/41 ein umfassendes Konzeptpapier zur "Rohstoffbasis des großdeutschen Wirtschaftsraumes". Das Gebiet des deutschen Großwirtschaftsraumes umrissen die Planer dabei "vom Balkan bis zum Nordkap und vom Schwarzen Meer bis zum Ärmelkanal". In Übereinstimmung mit Landwirtschaftsminister Backe strebten die Autoren eine Intensivierung

³³⁶ Gross, Hermann, Staatshandeln und Volkswirtschaft in Südosteuropa, in: Staatenwirtschaft. Ständige Beilage zur Zeitschrift für Geopolitik, Nr. 3, November 1937, S. 962.

³³⁷ Vgl. Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 112, 125 u. 141.

³³⁸ Vgl. Reithinger, Amton, Südosteuropa und seine wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland, nach: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 9.

³³⁹ Vgl. Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas. Weltwirtschaft oder Großraum, Leipzig 1942, S. 222, 225 u. 237.

der südosteuropäischen Landwirtschaft an, um für den "großdeutschen Lebensraum" in absehbarer Zeit eine "Autarkie (...), d. h. eine gleichmäßige Versorgung wenigstens mit den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln, zu gewährleisten." Zur Schließung der "empfindlichen Öl- und Fettlücke" dieses Großraumes, propagierten die Beamten des Arbeitswissenschaftlichen Institutes eine Steigerung des Anbaus von Mais und Soja in Südosteuropa.³⁴⁰ Neben seiner Funktion als Liefergebiet von mineralischen Rohstoffen und als Basis deutscher Nahrungs- und Futtermittelversorgung wurde Südosteuropa in der Studie des weiteren, in Anknüpfung an das Mitte der dreißiger Jahre vom MWT initiierte Projekt einer Umstrukturierung der Landwirtschaft, die Aufgabe der Versorgung des Großwirtschaftsraumes mit Textilpflanzen zugewiesen:

"Die angestrebte Ausrichtung der Landwirtschaft der Südoststaaten auf die Bedürfnisse des großdeutschen Wirtschaftsraumes wird durch vermehrten Anbau von Hanf und Flachs und durch die Zucht von Wollschafen in gewissem Umfang zur Erleichterung der Textilversorgung Europas beitragen; ebenso kann dies, auf weite Sicht gesehen, durch Steigerung des Baumwollanbaus und der Seidenraupenzucht erfolgen."³⁴¹

Bei der Durchsetzung einer Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft sahen sich die Planer des Arbeitswissenschaftlichen Institutes einem "schwerwiegenden Hindernis" ausgesetzt, das es zu überwinden gelte:

"Die Mentalität dieser landwirtschaftlichen Bevölkerung und der aus ihr entspringende Mangel an Einsicht. Hiervon zeugt das kaum vorhandene Interesse, die Produktion über den notwendigen eigenen Lebensunterhalt zu steigern, die Rückständigkeit der südosteuropäischen Viehwirtschaft und das völlige Unverständnis für jede intensive Bewirtschaftungsweise. Wichtigste Aufgabe wird es daher sein, die Bevölkerung aufzurütteln und sie zum Leistungsgedanken anzuspornen und so die Grundvoraussetzung einer jeden Leistungswirtschaft zu schaffen."³⁴²

³⁴⁰ Vgl. Die Rohstoffbasis des großdeutschen Wirtschaftsraumes, in: Jahrbuch 1940/41, 1. Band, herausgegeben vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront Berlin, a. a. O., S. 458, 553f. u. 566.

³⁴¹ Ebenda, S. 507.

³⁴² Ebenda, S. 556.

Um die konservative Haltung der Bauern aufzulockern und eine effektive Verwendung deutscher Landmaschinen zu erreichen, bedürfe es einer "gründlichen Ausbildungs- und Schulungsarbeit."³⁴³

Auch der "Agrarexperte" Franges forderte einen verstärkten Anbau von Faserstoffen und Ölfrüchten in Südosteuropa. Er errechnete, daß zusätzlich zu den vorhandenen Anbauflächen in den südosteuropäischen Donaustaaten langfristig ca. 3,5 Mio. ha Land für den Anbau von Ölfrüchten verwendet werden könnten. Voraussetzung sei jedoch eine Neuaufteilung der Flächen. Ferner müßten die Länder Südosteuropas in Zukunft ihre Viehwirtschaft mehr auf Stallfütterung und Futterpflanzenanbau umstellen, was ebenfalls eine Neuaufteilung der Flächen erfordere. Langfristig sollte die landwirtschaftliche Produktion der südosteuropäischen Donaustaaten alle Bedürfnisse des unter deutscher Führung stehenden Großraumes decken.³⁴⁴ Franges umriß damit implizit das Ziel einer Zurückdrängung der südosteuropäischen Subsistenzwirtschaft, um den großflächigen, monokulturellen Anbau von Agrarprodukten für den Export nach Deutschland durchzusetzen.

Im Zuge ihrer Planungen für eine Umstrukturierung und Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft gingen deutsche Wirtschafts-"Experten" von einem Überschuß von $3\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitskräften in Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien aus³⁴⁵. Auf Grund der "Dichtezahlen, bezogen auf den nutzbaren Boden"³⁴⁶, könne kein Zweifel daran bestehen, "daß in Südosteuropa eine echte landwirtschaftliche Übervölkerung" herrsche.³⁴⁷

Es sei bekannt,

³⁴³ Ebenda, S. 565.

³⁴⁴ Vgl. Franges, Die Donaustaaten Südosteuropas und der deutsche Großwirtschaftsraum, a. a. O., S. 294 u. 315.

³⁴⁵ Vgl. Ausarbeitung der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. 1. 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 25, S. 111.; Wagemann, Der neue Balkan, a. a. O., S. 59.

³⁴⁶ Bezüglich der Dichte der landwirtschaftlichen Bevölkerung lagen für das Jahr 1934 folgende Zahlen vor: 116 landwirtschaftlich Tätige auf 100 ha Kulturland in Bulgarien; 114 in Jugoslawien; 97 in Rumänien; 90 in Italien und 52 in Deutschland. (Vgl. Bohn, Bulgariens Rolle im "wirtschaftlichen Ergänzungsraum", a. a. O., S. 119).

³⁴⁷ Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 102. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die Veröffentlichungen von Otto von Franges. (Vgl. u. a. Franges, Otto von, Die Bevölkerungsdichte als Triebkraft der Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Bauernstaaten, Kieler Vorträge, Jena 1939).

"daß in Rumänien, Bulgarien und Kroatien die Zahl der unproduktiven bäuerlichen Esser sehr groß ist und vielfach 40% der gesamten ländlichen Bevölkerung ausmacht." ³⁴⁸

Die Wirtschaftsplaner entwickelten diverse Konzepte zur Lösung des angeblichen Überbevölkerungsproblems in der südosteuropäischen Landwirtschaft. Ein Teil dieser Arbeitskräfte sollte freiwillig oder mittels Zwangs nach Deutschland gebracht werden. In einem Konzeptpapier der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft der Vierjahresplanbehörde wurde im Januar 1941 die "Abgabe" von jährlich etwa 1¹/₂ Millionen südosteuropäischen Arbeitern für je zehn Monate nach Deutschland vorgeschlagen. ³⁴⁹ Während diese Arbeitskräfte kurzfristig zur Aufrechterhaltung der deutschen Produktion im Krieg beitragen sollten, verbanden die Beamten der Vierjahresplanbehörde mit diesen Arbeitseinsatz auch langfristige Zielsetzungen. So hieß es in dem Konzeptpapier:

"Die Wanderarbeiter würden in mehrfacher Hinsicht zugleich zu Trägern der Intensivierung des Südostens werden können. Die würden bei uns diszipliniert und an ein höheres Arbeitstempo gewöhnt." ³⁵⁰

Bei anderen Wirtschaftsplanern stieß ein im großen Rahmen organisierter Einsatz südosteuropäischer Arbeitskräfte in Deutschland jedoch auf Ablehnung. Sie befürchteten soziale Folgen und äußerten, dem damaligen Sprachgebrauch gemäß, "volkstumpolitisch stärkste Bedenken." Sie warnten vor "einer slawischen Unterwanderung" und vor einer "Überfremdung des deutschen Landarbeiterstandes." Darüber hinaus könnten die "Wanderarbeiter" den deutschen Lebensstandard und die "östliche Primitivität" miteinander vergleichen, was auf die Dauer notwendigerweise zu stärkster sozialer und politischer Unruhe Anlaß geben" würde. ³⁵¹ Somit

³⁴⁸ Seraphim, Die Eingliederung der Landwirtschaft des Donau- und Schwarzmeerraumes in die werdende kontinentaleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 406.

³⁴⁹ Vgl. Ausarbeitung der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. 1. 1941, a. a. O.

³⁵⁰ Ebenda. Vgl. auch die Untersuchung von Hans F. Zeck, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Südosteuropa-Gesellschaft vom August 1943 über den Einsatz südosteuropäischer Arbeiter in Deutschland, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, Dok. 163, S. 249f.

³⁵¹ Vgl. Heim/Aly, a. a. O., S. 349.

wurde Wanderarbeit bzw. Zwangsarbeit in Deutschland nur für eine begrenzte Zahl südosteuropäischer Arbeitskräfte ins Auge gefaßt. Als weiteres Mittel gegen die "agrарische Übervölkerung" empfahlen deutsche "Südosteuropaexperten" die Umstellung auf eine "arbeitsintensive" Agrарproduktion in Südosteuropa. Die Landwirtschaft Südosteuropas müsse mehr und mehr aus der Eigenwirtschaft, d. h. aus der Subsistenzproduktion, heraustreten und die Produktionsleistungen für den Export steigern. Dazu solle zu arbeitsintensiven Kulturen und einer intensiven Viehzucht übergegangen werden und der Einsatz moderner Bodenbearbeitungsgeräte erfolgen. Als Voraussetzung für eine Intensivierung der Landwirtschaft galt eine "großzügige Zusammenlegung" von Ländereien, eine Flurbereinigung und eine Reform des bäuerlichen Erbrechts. Im Falle Bulgariens errechneten deutsche Planer, daß zur Überwindung des Zwerg- und Kleinstbauerntums 1 Mio. ha Ackerland erforderlich seien. Neben der Urbarmachung von Neuland sollte dabei durch die Enteignung und Aufteilung jüdischen Grundbesitzes und die Okkupation Mazedoniens "Raum" geschaffen werden. Anfang 1942 meldeten sich 100.000 bulgarische Bauern zur Umsiedlung nach Mazedonien.³⁵² Des weiteren vertraten deutsche "Südosteuropaexperten" die Auffassung, das Problem der agrарischen "Übervölkerung" sei am allerwenigsten durch den Aufbau hochtechnisierter, höchst arbeitsproduktiver Industrien zu lösen. Allein der Aufbau einer "bodenständigen Industrie", die für den Export bestimmte Rohstoffe und Nahrungsmittel aufbereite, ermögliche eine "Ableitung des Bevölkerungsdruckes".³⁵³ In der Verarbeitung einheimischer landwirtschaftlicher und bergbaulicher Erzeugnisse sei "das Überangebot billiger Arbeitskräfte mit Vorteil (zu) nutzen".³⁵⁴

³⁵² Vgl. Leibrock, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, a. a. O., S. 152ff. u. 351f.; Seraphim, Die Eingliederung der Landwirtschaft des Donau- und Schwarzmeerraumes in die werdende kontinentaleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 406ff.; Gross, Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, a. a. O., S. 78 u. 82, Wagemann, Der neue Balkan, S. 74, 78, 97 u. 103; Bohn, Bulgariens Rolle im "wirtschaftlichen Ergänzungsraum" Südosteuropa, a. a. O., S. 111; Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 68.

³⁵³ Vgl. Wagemann, a. a. O., S. 70, 79 u. 81; Gross, Staatshandeln und Volkswirtschaft in Südosteuropa, a. a. O., S. 966; Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 104.

³⁵⁴ Leibrock, a. a. O., S. 353.

Während unter deutschen Wirtschafts-"Experten" Konsens in der Frage einer anzustrebenden Intensivierung der südosteuropäischen Landwirtschaft und deren Ausrichtung auf die Bedürfnisse des deutschen Marktes bestand, kam es zwischen der deutschen Exportindustrie, repräsentiert durch den MWT, und der deutschen Regierung und Militärführung u. a., vertreten durch die Südosteuropagesellschaft (SOEG), in der Frage einer zukünftigen Industrialisierung Südosteuropas Anfang der vierziger Jahre zu Differenzen. Der MWT befürwortete den Aufbau von Binnenindustrien niedriger Verarbeitungsstufe in Südosteuropa, um die Kaufkraft der dortigen Bevölkerung zu heben³⁵⁵, die dann anschließend von der deutschen Exportindustrie abgeschöpft werden sollte. Demgegenüber konzentrierten sich Regierung und Wehrmachtsführung, besonders nach der Niederlage von Stalingrad, die die Hoffnung auf eine Vergrößerung des agrarischen deutschen "Ergänzungsraumes" zerstörte, auf die weitestmögliche wirtschaftliche Auspressung Südosteuropas im Dienste der Aufrechterhaltung des deutschen Kriegspotentials.³⁵⁶ Eine Vergrößerung des inneren Marktes in Südosteuropa hätte die für den Export verfügbaren "Überschüsse" an Nahrungs- und Futtermitteln, die für die deutsche Kriegsführung von großer Bedeutung waren, reduziert. Auch für die Zeit nach dem Krieg betrachtete die Regierung Südosteuropa in erster Linie als Rohstoff- und Ernährungsbasis eines europäischen Großwirtschaftsraums unter deutscher Führung.

Reichswirtschaftsminister Funk erklärte 1940:

³⁵⁵ Vgl. u. a. Sondergutachten des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages von Februar 1940, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 2, S. 70; Ulrich von Hassell, "Leitgedanken für den künftigen wirtschaftlichen Austausch Deutschlands mit Südosteuropa und die deutsche Mitarbeit an der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder", Denkschrift vom September 1941, in: Hass/Schumann (Hg.), Anatomie der Aggression, a. a. O., Dok. 30, S. 137ff.

Zustimmung fand die Denkschrift von Hassell u.a. bei Hermann Josef Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und jetzt auch Präsident der Deutsch-Rumänischen Handelskammer. (Vgl. Schreiben von Hermann Josef Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, an Ulrich von Hassell vom 24. 11. 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 62, S. 155f.; ders., "Aktive Kapitalpolitik". Vortrag vom 25. 10. 1940, in: Opitz (Hg.), Europastrategien..., a. a. O., Dok. 124, S. 799).

³⁵⁶ Vgl. Schreiben von Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Reichsminister der Finanzen, an Hermann Göring, vom 15. 7. 1942, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, Dok. 87, S. 189ff.

"Es liegt auch gar nicht in unserem Interesse im Südosten (durch Industrialisierung) den gleichen Lebensstandard wie in Deutschland einzuführen. Das kann nur die Leistungsfähigkeit der dortigen Wirtschaft beeinträchtigen."³⁵⁷

Daß die viel beschworene "Arbeitsteilung" zwischen Deutschland und Südosteuropa in der "Grossraumwirtschaft" auch langfristig keineswegs auf eine Angleichung des Lebensstandards und der Form der Arbeit zielte, unterstreicht der Text eines Vortrages, den der Leiter des Planungsamtes beim Beauftragten für den Vierjahresplan, Kehrl, im September 1940 hielt. Darin hieß es u.a.:

"Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwertige und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden. Produkte, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern zur Produktion überlassen und überlassen müssen. Wir werden uns für den deutschen Arbeiter bei der industriellen Produktion Europas die Rosinen herauspicken; wir werden nur solche Produktionen, zu denen Intelligenz, die Geschicklichkeit und der Fleiß des deutschen Arbeiters notwendig sind, hier betreiben."³⁵⁸

In Übereinstimmung mit Wirtschaftsminister Funk und der Vierjahresplanbehörde vertrat die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan die Auffassung, daß Deutschland dauerhaft an einer großen agrarischen Überschussproduktion der Länder Südosteuropas interessiert sein müsse, weshalb die deutsche Seite "in keinem Fall" an einer Entwicklung mithelfen könne, "die das dortige Lebensniveau auf Kosten der für uns verfügbaren Überschussproduktion erhöht".

"Würde der Verbrauchsstand der südosteuropäischen Völker auf unseren eigenen Verbrauchsstand ansteigen, dann würden nicht nur die bisherigen Exportüberschüsse Südosteuropas an Nahrungs- und Futtermitteln fortfallen, sondern es würde darüber hinaus in der gesamteuropäischen Ernährungs- und Rohstoffversorgung ein Defizit auftreten, das überhaupt nicht mehr überbrückt werden könnte."

³⁵⁷ Aktenvermerk über eine Chefbesprechung im Reichswirtschaftsministerium am 22. 7. 1940, in: Schumann/Hass (Hg.), Anatomie der Aggression, a. a. O., S. 68.

³⁵⁸ Vortrag von Hans Kehrl vor der Industrie- und Handelskammer der Niederlausitz über "Grossraumwirtschaft", 9. 9. 1940, zit. nach: Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 786 u. 788.

Es bestehe keine Veranlassung, der Bevölkerung Südosteuropas ein "Großhungern" zu ersparen. Die deutsche Mithilfe beim Wirtschaftsaufbau dieser Länder müsse sich auf Rat, Organisation und materielle Hilfeleistung für solche Vorhaben beschränken, die auch Deutschland nützen.³⁵⁹ Von einem "Großhungern" in Südosteuropa ging im April 1939 auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft aus. In einem Gutachten hieß es, eine ausreichende Zufuhr von Nahrungsmitteln aus Südosteuropa für die deutsche Kriegswirtschaft sei von "Konsumeinschränkungen in den Erzeugerländern" abhängig.³⁶⁰ Das "Großhungern" zur Aufrechterhaltung der deutschen Kriegswirtschaft begann in den südosteuropäischen Ländern spätestens Ende 1941. Im Dezember diesen Jahres versicherte der rumänische Regierungschef Antonescu der deutschen Gesandtschaft in vertraulichen Verhandlungen, daß zur Steigerung der Ausfuhrmöglichkeiten, der inländische Weizenverbrauch durch die Einführung von zwei "brotlosen Tagen in Bukarest und drei in der Provinz" weiter eingeschränkt werden sollte. Erst 1943 wurde die Lebensmittelrationierung aufgrund günstiger Ernten wieder aufgehoben. In Bulgarien wurden Anfang 1942 Brotrationierungen eingeführt, um den deutschen Getreide- und Maisforderungen trotz schlechter Ernten nachzukommen. Die tägliche Brotration wurde auf 300 g pro Kopf festgesetzt.³⁶¹

Ebenso offen wie Wirtschaftsminister Funk und die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft formulierte im Juni 1942 der Berliner Beauftragte des Reichsstatthalters in Wien, die deutschen Ziele in Südosteuropa. "Wie vor einigen hundert Jahren die Türken", so müsse Deutschland heute

"auf agrarpolitischem Gebiet Kolonialwirtschaft treiben (...), d.h. daß wir aus dem Lande herausholen, was die Balkanvölker entbehren können, ohne völlig zu verelenden."³⁶²

³⁵⁹ Aus der Ausarbeitung der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. 1. 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 25, S.109ff.

³⁶⁰ Vgl. Bohn, a. a. O., S. 136.

³⁶¹ Vgl. Drews, a. a. O., S. 96; Bohn, a. a. O., S. 124.

³⁶² Schreiben von Rudolf Kratz an August Heinrichsbauer, 4. 6. 1942, zit. nach Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 83, S. 182f.

Die auf Export ausgerichteten deutschen Industriekreise ordneten sich dieser Politik im Verlauf des Krieges unter. Noch wichtiger als die Hebung der Kaufkraft der südosteuropäischen Bevölkerung war ihnen ohnehin die langfristige Verhinderung bzw. Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz. Im September 1940 erklärte z. B. Ulrich von Hassell, Anfang der dreißiger Jahre deutscher Botschafter in Jugoslawien, nun Vorstandmitglied des MWT, eine Industrialisierung Südosteuropas sei nur dort zu fördern, "wo sie auf natürlichen Grundlagen beruht und wo ein deutsches Interesse daran gegeben erscheint."³⁶³ Die "natürlichen Grundlagen" sah Hassell in den großen, noch steigerungsfähigen landwirtschaftlichen Ressourcen und dem "noch nicht voll ausgebeuteten Reichtum an Bodenschätzen".³⁶⁴ Die Position von Hassells entsprach der Generallinie der deutschen Industrie, die im Dezember 1941 ausführlich in einem Bericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Planungsausschusses der Südosteuropa-Gesellschaft dargelegt wurde. Darin gaben die wichtigsten Wirtschaftsgruppen der deutschen Industrie Stellungnahmen über die Frage einer Industrialisierung Südosteuropa ab. Sie stimmten darin überein, in Südosteuropa allenfalls den Ausbau folgender Industriefelder zulassen zu wollen:

1. eine rohstoffmäßig gebundene Industrie (z. B. Erze, Holz),
2. eine auf landwirtschaftlichen Produkten beruhende Industrie (z. B. Mühlenindustrie),
3. solche Industrien, die bereits eine handwerkliche oder industrielle Grundlage besitzen (z. B. Textilindustrie).

Der südosteuropäischen Textilindustrie sollte soviel Spielraum zu ihrer Entwicklung gelassen werden, "als notwendig ist, damit sie alles daransetzen kann, an Rohstoffen aus dem Boden herauszuholen, was daraus gewonnen werden kann." Von außerhalb sollte sie dagegen keine Rohstoffe erhalten und im Bereich der künstlichen Textilrohstoffe, Kunstseide und Zellwolle, müsse ihre völlige Abhängigkeit von der deutschen Industrie aufrechterhalten werden.

³⁶³ Vortrag von Ulrich von Hassell am 19. 9. 1940, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 17, S. 95.

³⁶⁴ Ulrich von Hassell, Denkschrift vom September 1941, in: Anatomie der Aggression, a. a. O., S. 137ff.

Auch der Ausbau einer Lebensmittelindustrie in den Ländern Südosteuropas sollte "in einem gewissen Umfange" zugelassen werden. Dies habe jedoch nicht für die Verarbeitung solcher Rohstoffe zu gelten, auf deren Bezug und Verarbeitung Deutschland besonderen Wert lege.

Die Wirtschaftsgruppe Elektrotechnik hielt einen Ausbau der Energiewirtschaft in Südosteuropa für "hochinteressant", da die deutsche Industrie in diesem Fall die Gelegenheit erhalte, die für die Werke notwendigen Maschinen, Apparate und sonstige Einrichtungen zu liefern.³⁶⁵

Der Direktor des Osteuropäischen Instituts in Breslau, Seraphim, erweiterte die Liste von für die deutsche Wirtschaft akzeptablen südosteuropäischen Industriezweigen auf die Bereiche Spiritus-, Zucker- und Tabakindustrie sowie der Industrie pflanzlicher Öle und Konservenfabrikation. Entwicklungsmöglichkeiten würden sich für eine südosteuropäische Industrie auf der Basis der vorhandenen "reichen land- und forstwirtschaftlichen sowie bergbaulichen Fundamente" und den "billigen, reichlich zur Verfügung stehenden Arbeitskräften" bieten. In Betracht kämen eine land- und forstwirtschaftliche Verarbeitungsindustrie, bestimmte Stadien der Weiterverarbeitung bergbaulicher Erzeugnisse und "alle jene Konsumgüterindustrien, die bei verhältnismäßig geringem Kapitaleinsatz viele wenig oder durchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigen".³⁶⁶

Weitere Industrialisierungsbemühungen der südosteuropäischen Staaten wollten die Vertreter der deutschen Wirtschaftsgruppen im Bericht der SOEG vom Dezember 1941 kategorisch unterbinden. Sie betonten:

"Wir wollen aber nicht zulassen, daß im Südosten solche Industrien aufgepäppelt werden, deren Standard im Reich schon jetzt ausreichend ist, um einen künftigen Großraumbedarf zu befriedigen."

So müsse die Errichtung einer Industrie in den Bereichen Elektrotechnik und Maschinenbau in Südosteuropa verhindert werden, da sie die deutsche Industrie in ihrer Entwicklungsfreiheit be-

³⁶⁵ Vgl. Bericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Planungsausschusses der Südosteuropa-Gesellschaft vom Dezember 1941, in: Hass/Schumann (Hg.), Anatomie der Aggression, a.a.O., S. 158ff.

³⁶⁶ Vgl. Seraphim, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 118ff.

schränken würde. Zur Verhinderung einer von deutscher Seite unerwünschten Industrialisierung in Südosteuropa wiesen die Industrievertreter auf diverse Eingriffsmöglichkeiten hin. So könne dem Wunsch der Staaten Südosteuropas, alle Rohstoffe im Inland zu verarbeiten, von deutscher Seite entgegengearbeitet werden, da der größte Teil der dazu notwendigen maschinellen Anlagen von Deutschland bezogen werden müsse, "so daß eine gewisse einverständliche Arbeitsteilung immerhin im Bereich der Möglichkeit liege." Mit anderen Worten: Unerwünschte Industrialisierungstendenzen sollten durch eine Blockade von Maschinenlieferungen eingeschränkt werden.

Die Wirtschaftsgruppe Chemie unter Führung der I.G. Farben wies selbstbewußt auf ihre Einflußmöglichkeiten hin. Wenn es nicht zu einer gütlichen Einigung komme, beständen andere Möglichkeiten, eine Ausweitung der chemischen Industrie in Südosteuropa zu verhindern, wie die Nichterteilung deutscher Lizenzen oder die Blockade mittels internationaler Patent-Pools. Ohne deutsches Einverständnis sei das Entstehen neuer Industrien in Südosteuropa "nicht leicht denkbar".³⁶⁷

Auch der "Südosteuropa-Experte" Gross konstatierte, daß ausgehend vom Entwicklungsstand der südosteuropäischen Volkswirtschaften deren Industriesaufbau nur unter Mitwirkung des Auslandes, d. h. Deutschlands, durchzuführen sei, da die notwendigen Produktionsmittel in Südosteuropa selber noch nicht in der erforderlichen Qualität herstellbar seien. Ebenso müßten vielfach die technischen Fachkräfte und das Kapital vom Ausland gestellt werden.³⁶⁸

Insgesamt vertraten die Interessensgruppen der deutschen Industrie die Zielsetzung, die Länder Südosteuropas vornehmlich auf dem Status von Rohstoff- und Agrarproduzenten festzuhalten und nur den Ausbau einer von Deutschland abhängigen und jederzeit beeinflussbaren Verarbeitungsindustrie dieser Grundstoffe zuzulassen. Dies unterstreicht exemplarisch eine Stellungnahme des

³⁶⁷ Vgl. Bericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Planungsausschusses der Südosteuropa-Gesellschaft vom Dezember 1941, a. a. O., S. 158ff. Vgl. auch Denkschrift "Zur Frage der Ordnung des europäischen Wirtschaftsraums" von Albert Pietzsch, Präsident der Reichswirtschaftskammer, 24. 7. 1940, in: Nestler/Schumann (Hg.) Weltherrschaft im Visier, a. a. O., Dok. 108, S. 268.

³⁶⁸ Vgl. Gross, Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, a. a. O., S. 80.

Vorsitzenden des Länderausschusses Kroatien des Südostausschusses der Reichsgruppe Industrie von November 1942. Darin hieß es:

"Wir sind darüber einig, daß Kroatien grundsätzlich als Agrarland erhalten werden soll und daher sein industrieller Ausbau nicht vom Gesichtspunkt autarker Bestrebungen verfolgt werden, sondern lediglich auf bodenständige Industrien beschränkt und dabei auch in der Verarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie nicht bis zum letzten gehen muß." ³⁶⁹

In Wirtschaftsverhandlungen mit der bulgarischen Regierung verlangte die deutsche Regierung 1941,

"daß die Industrieplanung in erster Linie als Hilfsplanung für die Intensivierung der Landwirtschaft im Südosten zu erfolgen hat." ³⁷⁰

Um eigenständige bulgarische Industrieprojekte zu verhindern, erzwang die deutsche Regierung 1941 in Verhandlungen von der bulgarischen Seite die Zusage, auf dem Chemie-Gebiet die industrielle Entwicklung nur im Zusammenhang mit Deutschland vorzunehmen. ³⁷¹

Seit Kriegsbeginn diskutierten Vertreter der deutschen Regierung und der Industrie die Frage, ob und in welcher Weise eine Aufhebung bzw. Einschränkung der staatlichen Souveränität der Länder Südosteuropas für deren umfassende Unterordnung innerhalb der von Deutschland bestimmten Großraumwirtschaft notwendig sei. Im Sommer 1942 erörterten die Mitglieder des Wirtschaftswissenschaftlichen Planungsausschusses der SOEG die Zielsetzungen des Krieges. Dabei gingen sie von der Frage aus, "ob und inwieweit überhaupt noch im Südosten einzelstaatlich abgegrenzte Räume künftig bestehen bleiben sollen" und "welche Grenzziehungen für

³⁶⁹ Aktenvermerk von Franz Hasslacher, Präsident und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Creditanstalt Bankverein Wien und Vorsitzender des Länderausschusses Kroatien des Südostausschusses der Reichsgruppe Industrie vom 25. 11. 1942, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 99, S. 207.

³⁷⁰ Bericht Ilgners (IG-Farben) über die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsverhandlungen 1941, zit. nach Radandt, Die IG Farbenindustrie und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 82.

³⁷¹ Vgl. ebenda, nach Radandt, Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 26; Protokoll der 15. Sitzung des Südosteuropaausschusses der IG Farbenindustrie AG am 25. Juni 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 43, S. 133f.

die Durchführung einer mit den deutschen Interessen möglichst voll übereinstimmenden Gestaltung der südosteuropäischen Industriewirtschaft am zweckmäßigsten" wären. Die Versammelten kamen zu dem Schluß, es sei vorteilhaft, die staatliche Souveränität Südosteuropas so weit zu beschränken, daß "die deutschen mit der Industrieplanung befaßten Stellen (...) beliebig schalten und walten (Industrien errichten, stilllegen, ausdehnen oder beschränken) können."³⁷² Nach außen hin sollte die Fassade einer Souveränität der südosteuropäischen Staaten jedoch aufrechterhalten werden, um negative Folgen zu vermeiden, denn "verletztes Nationalgefühl" lähme die Initiative, mindere die Spartätigkeit und treibe die junge Intelligenz aus dem Land und in den Widerstand. Gleichzeitig würde die vollkommene Auflösung der südosteuropäischen Staatsapparate den Aufbau eines weitverzweigten deutschen Machtapparates erfordern, für den die notwendige Anzahl deutscher Techniker, Beamter und Soldaten nicht zur Verfügung stehe. Außerdem könnten nichtdeutsche Kapitalgeber in diesem Fall von Südosteuropa abgeschreckt werden. Die Planer der Südosteuropa-Gesellschaft resümierten:

"Warum sollte man die Souveränität beseitigen (...), wenn man auf dem Wege friedlicher Durchdringung mit deutschem Kapital praktisch die Souveränität beseitigen kann, ohne daß die Fiktion der Souveränität angetastet wird?"³⁷³

6.4.5 Die politische und militärische Unterwerfung Südosteuropas (1940/41)

Nachdem sie Ende Juli 1940 die Entscheidung getroffen hatte, im Frühsommer 1941 die Sowjetunion anzugreifen³⁷⁴, versuchte sich die deutsche Regierung die wirtschaftlich ohnehin von Deutschland abhängigen Staaten Südosteuropas auch politisch und militärisch dienstbar zu machen. Sie waren als Aufmarsch-, Transit- und

³⁷² Geheimprotokoll über die zweite Sitzung des Zwölferausschusses der Südosteuropa-Gesellschaft über Fragen der Industrieplanung am 27. 6. 1942, zit. nach Heim/Aly, a. a. O., S. 334.

³⁷³ Politische Fragen der Industrieplanung für Südosteuropa, Expertise der Südosteuropa-Gesellschaft, Vermutlich 1942, zit. nach Siebert, a. a. O., S. 232f.

³⁷⁴ Vgl. Presseisen, Ernst L., Prelude to "Barbarossa": Germany and the Balkans, 1940-1941, in: Journal of Modern History, XXXII, December 1960, S. 360.

Nachschubgebiet der deutschen Wehrmacht, als Rohstoff- und Ernährungsbasis der deutschen Kriegswirtschaft und als Südflanke der deutschen Front im Krieg gegen die UdSSR vorgesehen. Die uneingeschränkte Kontrolle über diese Flanke sollte zunächst ohne gewaltsame Eroberungspolitik erreicht werden. Zur Durchsetzung dieser Zielsetzung verwendete die deutsche Regierung nach den "Blitzsiegen" über Polen, die Niederlande, Belgien und Frankreich ab Mitte 1940 politische und militärische Druckmittel, kombiniert mit einer Ausweitung der ökonomischen Expansion.³⁷⁵ Im Mai 1940 gab der deutsche Gesandte mit Sonderaufgaben in den Balkanstaaten, Killinger, die neue Parole aus:

"Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, in dem die meisten Südoststaaten nicht nur die Anerkennung des wirtschaftlichen Lebensraumes in ihrem Lande, sondern auch politische Vorrechte Deutschlands, wenn dieses dieselben verlangt, nicht versagen können. (...) Zusammenfassend bemerke ich, daß dem Balkanesen eine starke kompromißlose Hand imponiert und daß jeder Kompromiß als Schwäche ausgelegt wird".³⁷⁶

Die politische und militärische Unterwerfung der südosteuropäischen Donaustaaten, d. h. deren Abkehr vom Neutralitätskurs, sollte sich vor allem durch deren Anbindung an den Drei-Mächte-Pakt vollziehen. Dieser wurde am 27. September 1940 von den Regierungen Deutschlands, Italiens und Japans unterzeichnet. Er zielte auf die gemeinsame Bekämpfung des Kommunismus und die Schaffung einer "neuen Ordnung" in Europa und im "großasiatischen Raum". Als erstes Land Südosteuropas geriet Rumänien ins Visier der deutschen Kriegsstrategen. Nachdem Rumänien infolge des Hitler-Stalin-Paktes Ende Juni 1940 die Nordbukowina und Bessarabien an die Sowjetunion verlor und die Regierung auf Druck Deutschlands und Italiens im Wiener Schiedspruch vom 30. August 1940 der Abtretung Transsylvaniens (Siebenbürgens) an Ungarn zustimmen mußte, errichteten General Ion Antonescu und die faschistische Organisation "Eiserne Garde" am 6. September 1940 eine Militärdiktatur. Mit der neuen Regierung erreichte die

³⁷⁵ Vgl. Lukac, Dusan, The Final Stage in the German-British Diplomatic Struggle for the Balkans, in: The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945, a. a. O., S. 67.

³⁷⁶ Aus dem Vorschlag von Manfred Freiherr von Killinger, Gesandter, mit Sonderaufgaben in den Balkanstaaten betraut, vom 13. 5. 1940, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 75.

deutsche Seite schnell Übereinstimmung im Ziel der Errichtung einer gemeinsamen Front gegen die Sowjetunion. Bereits einen Tag nach der Machtübernahme erklärte Staatschef Antonescu, daß er "hundertprozentig mit Deutschland zusammenarbeiten" wolle. Im Oktober entsandte das Deutsche Reich eine Militärmission nach Rumänien. Sie diente offiziell dem Zweck, die rumänische Wehrmacht auszubilden. Dahinter standen jedoch in erster Linie die Ziele einer militärischen Sicherung der rumänischen Erdölfelder und einer Vorbereitung für den Einsatz der deutschen und rumänischen Armee gegen die Sowjetunion. Mit der Entsendung der Militärmission verlor Rumänien de facto seine politische Unabhängigkeit. Bis Ende des Jahres 1940 stieg die Zahl deutscher Soldaten in Rumänien auf 500.000. Im November trat Rumänien neben Ungarn und der Slowakei dem Dreimächtepakt bei. Anfang 1941 erhielt das Deutsche Reich das Durchmarschrecht für seine Truppen zur Unterstützung der italienischen Armee, die Ende Oktober 1940 von Albanien aus einen Angriff auf Griechenland begonnen hatte. Ab Mitte 1941 beteiligte sich die rumänische Armee unter starken Verlusten auf der Seite des Deutschen Reiches mit großen Truppenverbänden an der Offensive gegen die Sowjetunion.³⁷⁷

Länger als Rumänien versuchte Bulgarien seinen neutralen Status aufrechtzuerhalten. Nach dem italienischen Angriff auf Griechenland Ende Oktober 1940 wurde die bulgarische Regierung von deutscher Seite unter Druck gestellt. War Bulgarien militärstrategisch bisher vor allem als Barriere gegen mögliche sowjetische Vorstöße zu den Meerengen am Bosphorus vorgesehen, wurde es nun auch als Schutzzone zur Abwehr britischer Luftangriffe auf das rumänische Erdölgebiet und als deutsches Durchmarschgebiet nach Griechenland eingeplant. Im November 1940 stimmte die bulgarische Regierung der Errichtung eines deutschen Luftwarnnetzes an der Südgrenze des Landes zur Sicherung des rumänischen Erdölgebietes vor britischen Bombern zu. Im Dezember 1940 begann die systematische militärische Infiltration des Landes durch Kooperations- und Ausbildungsverträge mit der bulgarischen Armee. Doch bis zum Frühjahr 1941 weigerte sich die bulgarische Regie-

³⁷⁷ Vgl. Vogel, Detlef, Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 3, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa, herausgegeben im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Gerhard Schreiber/Bernd Stegemann/Detlef Vogel, Stuttgart 1984, S. 418 u. 426; Drews, a. a. O., S. 67.; Presseisen, a. a. O., S. 365.

rung dem Dreimächte-Pakt beizutreten. Im Bewußtsein zunehmender militärischer Stärke in Rumänien ging die deutsche Führung vor diesem Hintergrund dazu über, massiver als bisher auf die bulgarische Regierung einzuwirken.³⁷⁸ In einem Telegramm vom 15. Januar 1941 teilte das Auswärtige Amt der deutschen Gesandtschaft in Sofia mit, es werde Bulgarien auf die "ernsten Folgen" verweisen, falls das Land sich weigere, den deutschen Wünschen entgegenzukommen.³⁷⁹

Nach permanenten deutschen Druck schloß sich die bulgarische Regierung schließlich am 1. März 1941 dem Dreimächte-Pakt an. Im Falle eines erfolgreichen Kriegsverlauf wurde dem Staat dafür ein Zugang zur Ägäis garantiert. Noch am selben Tag rückten deutsche Truppen in einer Stärke von 680.000 Mann zum Aufmarsch gegen Griechenland in Bulgarien ein. Damit gehörten Rumänien und Bulgarien nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch zum nationalsozialistischen Staatenblock.

Das Deutsche Reich stand kurz vor dem geplanten Angriff auf die Sowjetunion. Die Vorbereitungen in Südosteuropa schienen getroffen.

Als letztes Glied in der Kette der südosteuropäischen Staaten trat die jugoslawische Regierung nach massiven deutschen Pressionen am 25. März 1941 dem Dreimächte-Pakt bei. Im Falle Jugoslawiens lag das deutsche Interesse vornehmlich in der umfassenden Sicherung der kriegswichtigen Agrar- und Rohstoffimporte. Als Gegenleistung sollte Jugoslawien aus dem Krieg herausgehalten, seine territoriale Integrität respektiert und sein Anspruch auf Saloniki unterstützt werden. Mit der Unterschrift der jugoslawischen Regierung wandelte Deutschlands sein "informal empire" in Südosteuropa endgültig in ein "formal empire" um.³⁸⁰

Doch noch am Tag des Vertragsabschlusses kam es in Jugoslawien zu großen Demonstrationen der Bevölkerung, mit Parolen wie "Lieber den Krieg als den Pakt" und "Besser im Grab als Sklave." Teile der Armee schlossen sich den Protesten an. Sie führten am

³⁷⁸ Vgl. Lukac, a. a. O., S. 68.; Vogel, a. a. O., S. 427ff.

³⁷⁹ Vgl. Telegramm von Karl Ritter, Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt, an die Gesandtschaft in Sofia, 15. 1. 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 26, S. 112f.

³⁸⁰ Vgl. Haberl, in Südosteuropa, 9/1990, a. a. O., S. 509-511; Hoppe, H.-J., Deutschland und Bulgarien 1918-1945, a. a. O., S. 608.; Bohn, a. a. O., S. 116.; Vogel, a. a. O., S. 439.

27. März zum Sturz der Regierung Cvetkovic. Der britische Historiker Seton-Watson betonte 1945 eindrücklich die Bedeutung dieses Widerstandsaktes der jugoslawischen Bevölkerung:

"In erster Linie war der Staatsstreich vom 27. März eine ganz bedeutende moralische Geste. Sie war für Hitler der erste Schlag ins Gesicht. Sie zeigte, daß es wenigstens ein Volk in Europa gab, das sich den Teufel um seine `neue Ordnung` kümmerte und das sich nicht bestechen ließ, das goldene Sklavenjoch zu tragen (...) Von 1934 an hat Deutschland auf Jugoslawien vielleicht mehr diplomatische Mühe verwandt als auf sonst einen Staat in Osteuropa; nun war das Resultat ein solcher Schlag ins Gesicht. Der kühne Mut der Tat wird in der Freiheitsgeschichte der Menschheit aller Zeiten einen Ehrenplatz einnehmen."³⁸¹

Diese Würdigung des Widerstands der jugoslawischen Bevölkerung gegen die deutsche Kriegsmaschinerie ist in der heutigen deutschen Sicht auf Jugoslawien und seine Geschichte fast gänzlich verlorengegangen. Verbreitet war sie nie.

Die neue Militärregierung kündigte die Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien auf und schloß am 5. April einen Freundschafts- und Nichtsangsgriffsvertrag mit der Sowjetunion.

Nur wenige Stunden nach dem Sturz der alten jugoslawischen Regierung versammelte Hitler die deutsche Militärführung und erklärte, daß er entschlossen sei, Jugoslawien so schnell wie möglich niederzuwerfen und mit "unerbittlicher Härte" als Staatsgebilde zu zerschlagen. Zur Durchführung dieser Aktion müsse das Unternehmen "Barbarossa", d. h. der Angriff auf die Sowjetunion um vier Wochen verschoben werden. Selbst wenn die jugoslawische Regierung noch "Loyalitätserklärungen" abgebe, solle das Land ohne Ultimatum oder Kriegserklärung angegriffen werden. Als unmittelbare Vergeltungsaktion hätte die Luftwaffe Belgrad zu zerstören, sobald es die Wetterlage zulasse.³⁸² Der deutsche Entschluß zum Krieg gegen Jugoslawien basierte auf langfristigen

³⁸¹ Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen, a. a. O., S. 468.

In der deutschen Südosteuropaforschung wird dagegen noch heute der antideutsche Putsch in Belgrad für den nachfolgenden Krieg in Jugoslawien verantwortlich gemacht. (Vgl. Haberl, in: Südosteuropa, 9/1990, a. a. O., S. 526).

³⁸² Vgl. Protokoll der Besprechung Hitlers mit der Führungsspitze der Wehrmacht am 27. 3. 1941 zur bevorstehenden Aggression gegen Jugoslawien, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 2, S. 137f.

Überlegungen. Bereits im August 1938 hatte das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung die Direktive ausgegeben, falls Jugoslawien nicht bereit sei, seine Rohstoffe und Nahrungsmittel in vollem Umfang der deutschen Kriegswirtschaft zur Verfügung zu stellen, müsse die Lieferung durch den Einsatz militärischer Machtmittel erzwungen werden. Danach wurde nun gehandelt.³⁸³

Am 6. April 1941 überfielen deutsche Truppen von Österreich, Ungarn und Bulgarien aus das Land und begannen mit schweren Bombardierungen Belgrads. Italienische Truppen besetzten gleichzeitig Dalmatien. Am 17. April kapitulierte die jugoslawische Armee.³⁸⁴ Nach dem "Blitzsieg" zerschlugen Deutschland und seine Bündnispartner das jugoslawische Staatsgebiet in mehrere Teile. Neben pragmatischen Gründen speiste sich diese Entscheidung aus ideologischen Motiven, die langgehegte deutsche Antipathien gegen den jugoslawischen Staat offenbarten. Mit Jugoslawien verschwand der letzte von der Versailler Friedensordnung geschaffene "Vielvölkerstaat", der dem deutschen Kriterium "völkischer Homogenität" widersprach und an die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg erinnerte.³⁸⁵ Bei der Schnelle und Härte der Entscheidung für den Angriff spielte auch der Vergeltungsgedanke eine wichtige Rolle, hinter dem seit der Zeit des Ersten Weltkrieges die Vorstellung von einer "historischen Schuld der Serben" als "besonders heimtückische Agenten" im europäischen Ränkespiel gegen die Interessen des Deutschen Reiches stand. Im April 1941 galten "die Serben" erneut als "Verschwörerbande" und Belgrad als "Verschwörerzentrum" gegen das rücksichtslos vorzugehen sei.³⁸⁶

Am 18. und 19. April 1941 trafen sich Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsinnenministeriums und des "Reichskommissariats für die Festigung Deutschen Volkstums" zu einer Besprechung über die "Neuordnung des Südostraumes" und die Zukunft des "Deutschtums" in Südosteuropa. Die Ergebnisse der Besprechung wurden in einer Denkschrift festgehalten. Darin hieß es, "Vorbedingung der

³⁸³ Vgl. Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Band 6, a. a. O., S. 31.

³⁸⁴ Vgl. Osteuropaarchiv (Hg.), Jugoslawien. Klassenkampf-Krise-Krieg, Berlin 1992, S. 8.

³⁸⁵ Vgl. Vogel, a. a. O., S. 444; Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., S. 44f.

³⁸⁶ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. 12, Zweiter Band, Dok. 371, S. 487, Aufzeichnung des Gesandten Hewel über das Gespräch Hitlers mit dem ungarischen Gesandten am 19. 4. 1941.

Stabilität der deutschen Machtstellung auf dem Balkan" sei der Besitz des "strategisch ungeheuer wichtigen" Gebiets um Belgrad, denn in der Hand "der asiatischen und slawischen Völker" hätte die Stadt "stets eine gefährliche Bedrohung des Reiches" gebildet. Die Unterstellung des Gebietes des gesamten Mittellauf der Donau bis Belgrad unter unmittelbare Reichsverwaltung sichere eine "lebenswichtige Verkehrsader des Reiches". "In diesem strategisch und wirtschaftlich ungeheuer wichtigen Raum" sei Belgrad der beherrschende Punkt. Hier treffe die von Wien kommende Verkehrslinie mit den beiden Linien vom Ägäischen und Schwarzen Meer zusammen.³⁸⁷

"Die Geschichte dieses Raumes und dieser Stadt lehrt, daß ihr Besitz von ausschlaggebender Wichtigkeit für das Deutsche Reich ist. In deutscher Hand bedeutet Belgrad die Sicherung des Reiches vor Einfällen der asiatischen und slawischen Völker."³⁸⁸

Belgrad sei von "außerordentlicher geopolitischer und strategischer Bedeutung". Um ein für alle Mal die Vorherrschaft des Deutschen Reiches im Donaauraum zu gewährleisten, solle Belgrad mit seinem Vorgelände zur deutschen Festung und Garnison werden. Hier läge der Schlüssel für eine dauerhafte deutsche Hegemonie in den südosteuropäischen Donaustaaten:

"Damit wäre die deutsche politische, militärische und verkehrsmäßige Stellung an der Donau und gegenüber Serbien, Kroatien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien gesichert."³⁸⁹

Nach der Zerschlagung des jugoslawischen Staates übernahmen deutsche Truppen die Kontrolle über Belgrad. Zudem wurde ein Teil Sloweniens dem Großdeutschen Reich angeschlossen. Westslowenien, Dalmatien, Montenegro und einige griechische Inseln verleibte sich Italien ein. Das italienisch besetzte Albanien wurde

³⁸⁷ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, "Reichsfestung Belgrad". Nationalsozialistische "Raumordnung" in Südosteuropa, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. XI, Januar 1963, S. 72ff.

³⁸⁸ Denkschrift "über die Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschlands im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet", ausfertigt im Reichsministerium des Inneren, übersandt von Staatssekretär Dr. Stuckart mit Begleitschreiben vom 15. Juli 1941 an Botschafter Ritter, Auswärtiges Amt, in Auszügen abgedr. in: Wehler, "Reichsfestung Belgrad", a. a. O., S. 81.

³⁸⁹ Ebenda, S. 82.

um das Kosovo vergrößert. Den mazedonischen Teil Jugoslawiens erhielt Bulgarien als Kriegsbeute. Ungarn gliederte sich den Norden Serbiens (die Vojvodina) an. Das damit auf das Gebiet vor dem ersten Balkankrieg von 1912 reduzierte Serbien wurde unter deutsche Militärverwaltung gestellt, während Kroatien erstmals in der Geschichte zum "selbständigen" Staat erklärt und zu einem Groß-Kroatien (unter Einschluß des größten Teiles von Bosnien-Herzegowinas) erweitert wurde. Faktisch wurde Kroatien zum deutschen Vasallenstaat. Die Regierung übernahm der Ustascha-Führer und Faschist Pavelic unter der Kontrolle Deutschlands und Italiens.³⁹⁰

Mit der wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung Rumäniens und Bulgariens und der militärischen Zerschlagung und Okkupation Jugoslawiens realisierte die deutsche Politik zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert das alte Expansionsziel "Mitteleuropa".

In einem Aufsatz hieß es dazu 1942:

"Die politische Tatsache `Mitteleuropa` ist heute geschaffen. Um ihre Erhaltung kämpft die größte Militärmacht der Welt."³⁹¹

In einer Schrift von 1941 wurde die Niederwerfung Jugoslawiens, ähnlich wie 1916 die Okkupation Serbiens, als bedeutsamer Schritt für die Realisierung weitreichender deutscher Expansionspläne gefeiert:

"Nach der Befriedung des Donau-Balkanraumes durch Großdeutschland liegt heute - geopolitisch betrachtet - ein hoch industrialisiertes Mitteleuropa an der südöstlichen Agrartangente. (...) Die Position ist gleichbedeutend mit einer Verstärkung der großdeutschen Möglichkeiten in Südosteuropa und darüber hinaus in Vorderasien."³⁹²

³⁹⁰ Vgl. Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 38f.; Memorandum des Wehrmachtführungsstabes im Oberkommando der Wehrmacht von Anfang April 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 32, S. 121.

³⁹¹ Rumpf, Helmut. Mitteleuropa. Zur Geschichte und Deutung eines politischen Begriffs. in: Historische Zeitschrift, Nr. 165, 1942, S. 510. Als Vordenker des "Mitteleuropa"-Konzepts wurden in der Schrift List (der als Schöpfer der wirtschaftlichen Mitteleuropa-Idee bezeichnet wurde), Paul de Lagarde, Constantin Frantz, Friedrich Naumann, Ernst Jäckh und Hermann Oncken genannt. (Vgl. ebenda, S. 513ff u. 521).

³⁹² Leibrock, Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, a. a. O., S. 348.

Von ihren "Bündnispartnern" ließ sich die deutsche Regierung die unumschränkte Ausbeutung der jugoslawischen Rohstoffressourcen garantieren. So mußte die bulgarische Regierung einwilligen, die wichtigen Chromerzvorkommen in Mazedonien in deutschen Besitz zu überführen.³⁹³ Von Italien ließ sich Krupp im März 1942 den Großteil der jugoslawischen Chromerzausbeute zusichern.³⁹⁴ Jugoslawien wurde nach Angaben des "Sonderbeauftragten Südost", Neubacher, zu einem effizienten Zufuhrgebiet für die deutsche Kriegswirtschaft. Große Mengen Weizen, Mais, Fleisch, Fette, Ölsaaten, Holz, Bauxit, Chromerz, Kupfer, Blei, Antimon aus Jugoslawien wurden nach Deutschland abtransportiert.³⁹⁵

Mit Kroatien schloß Deutschland bereits am 16. Mai 1941 ein Wirtschaftsabkommen, das die "unbeschränkte Ausbeutung industrieller Rohstoffe" durch deutsche Firmen und den Export nach Deutschland garantierte.³⁹⁶ Von den Bodenschätzen des zerschlagenen Jugoslawien befanden sich fast die gesamten bekannten Vorkommen an Eisenerz und Bauxit in Kroatien. Das von Krupp vor dem Krieg erweiterte und modernisierte staatliche Eisenwerk Zenica produzierte ca. 90.000 t Stahl im Jahr. Insgesamt lieferte Kroatien zwischen 1941 und 1945 mehr als 250.000 t. Eisen nach Deutschland. Darüber hinaus wurde die Erschließung von Mineralölquellen in Kroatien, an der die von deutschen Firmen gegründete "Jugopetrol" maßgeblichen Anteil hatte, in den Kriegsjahren forciert. Im zweiten Halbjahr 1943 erreichte die Förderung bereits 11.000 t - gegenüber 2.000 t im ganzen Jahr 1940. In den letzten beiden Kriegsjahren mußte die Erdölförderung jedoch aufgrund von Sprengungen der Erdölleitungen der jugoslawischen Partisanen eingeschränkt werden.³⁹⁷

³⁹³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Auswärtigen Amtes am 6. 5. 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 37, S. 126. Vgl. auch Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 8, S. 141.

³⁹⁴ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 225f.

³⁹⁵ Vgl. Neubacher, Sonderauftrag Südost, a. a. O., S. 129f.

³⁹⁶ Vgl. Vertrauliches Protokoll der deutschen und der kroatischen Regierung vom 16. 5. 1941 über die Einsetzung von Regierungsausschüssen zur Regelung der Wirtschaftsbeziehungen, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 13, S. 144f.

³⁹⁷ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 227, 237, 239, 242 u. 251. Vgl. ausführlich Sundhaussen, Holm, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens

Zur wirtschaftlichen Bedeutung Kroatiens für die deutsche Kriegsführung wurde in einer Denkschrift der Wehrmacht von 1942 ausgeführt:

"Deutschland hat in Kroatien den zweitgrößten Bauxitlieferanten. Deutschland und Italien benötigen dringend kroatische Holzlieferungen. Deutschland, Italien, Rumänien und Ungarn brauchen für wichtige Kriegslieferungen kroatische Erze. Der Steigerung der kroatischen Kohlegewinnung kommt wichtige Bedeutung zu. Die Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung im kroatischen Raum ist dringend kriegswichtig."³⁹⁸

Von italienischen Firmen rang die deutsche Regierung die Garantie ab, die Förderung der unter ihrer Kontrolle stehenden kroatischen Bauxitgruben (vor allem in der Gegend von Mostar) nach Deutschland zu liefern. Gleichzeitig mußte Italien den nördlichen Teil des Kosovo dem deutschen Protektorat Serbien überlassen, womit die bis dahin unter britischer Mehrheitsbeteiligung betriebenen, großen Blei- und Zinkminen von Trepca in deutsche Hände fielen.³⁹⁹

Neben der Kupfermine von Bor wurden die Trepca-Minen zu den "reichswichtigen Erz- und Hüttenbetrieben" Serbiens gezählt, die als unentbehrlich für die deutsche Kriegsmetallwirtschaft galten. Am 17. April besetzte ein Kommando der Wehrmacht das Gelände der Gruben von Trepca, die unversehrt in Besitz genommen wurden. Die Schnelligkeit des deutschen Vorstoßes verhinderte die von der englischen Direktion vorbereiteten Sprengungen.

Die Minen von Trepca stellten fast 80% der jugoslawischen Blei- und Zinkerzförderung. Sie hatten bereits vor dem Krieg jährlich rund 2/5 ihrer Erzeugnisse nach Deutschland geliefert. Nun wurde ihre Produktion gänzlich auf die deutschen Rüstungsinteressen ausgerichtet. Die serbische Bleiproduktion deckte 13% des deut-

im nationalsozialistischen Großraum 1941-1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie, Stuttgart 1983.

³⁹⁸ Denkschrift von Siegfried Kasche, Generaloberst Alexander Löhr, Stellvertretender Wehrmachtsbefehlshaber Südost und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E, und Generalleutnant Edmund Glaise von Horstenau, Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien, für Adolf Hitler vom 1. 10. 1942, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 92, S. 198.

³⁹⁹ Vgl. Aufzeichnung von Major Detlef Rudelsdorff, Verbindungsoffizier des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW zum Wehrmachtsführungsstab, über eine Sitzung in Wien am 19. 4. 1941 zur Aufteilung Jugoslawiens, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 7, S. 140f.

schen Kriegsbedarf. Mit insgesamt 23.300 t im Jahr 1942 war Serbien größter Bleilieferant des Deutschen Reiches. 1943 konnte die Förderung der Trepca-Minen noch einmal um 16% gesteigert werden.⁴⁰⁰

Neben den Minen von Trepca wurden weitere wichtige Unternehmen Serbiens, vor allem im Bereich der Rohstoffgewinnung unter Zwangsverwaltung gestellt oder durch Eigentumsübertragungen ganz in deutschen Besitz überführt. Auf Weisung Görings kam es darüber hinaus zu umfangreichen Demontagen in der serbischen und kroatischen Industrie und zum Abtransport geeigneter Produktionsmittel nach Deutschland.⁴⁰¹ Zwischen Mai 1941 und Juli 1944 wurden ca. 50.000 t Kupfer aus Serbien nach Deutschland geliefert. Sie deckten etwa 20% des deutschen Bedarf. Serbien und "Neubulgarien" (Mazedonien) lieferten zudem zwischen 1941 und 1943 etwa 54% des deutschen Chromerz- sowie ca. 50% des Antimon- und Asbestverbrauchs. Hinzu kamen beträchtliche Mengen an Zink, Gold und Magnesit. Aus Kroatien bezog die deutsche Aluminiumindustrie ca. 30% ihrer Bauxiteinfuhr.⁴⁰²

Im November 1943 betonte der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Speer, in einer Denkschrift an Hitler:

"Voraussetzung für die Abdeckung des Chrombedarfs und damit Erzeugung aller Legierungsstähle ist die Erhaltung des Balkans und die Sicherung der Erztransporte."⁴⁰³

Auch die deutsche Chemieindustrie verstärkte nach der Zerschlagung Jugoslawiens ihren Griff auf Südosteuropa. Kurz nach der

⁴⁰⁰ Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 509f.; Krugmann, Südosteuropa und Großdeutschland, a. a. O., S. 43.; Schlarp, a. a. O., S. 55, 175f., 228 u. 232.

⁴⁰¹ Vgl. Weisung von Hermann Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, vom 19. 4. 1941 über den Raub von Produktionsmitteln in den besetzten Ländern Südosteuropas, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a.a.O., Dok. 6, S. 140.; vgl. ebenda, Dok. 40. u. Dok. 103.

⁴⁰² Vgl. Seckendorf, Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a.a.O., S. 37f.; Aufzeichnung des Wehrwirtschaftsamtes des OKW vom 8. 10. 1942 zur wirtschaftlichen Ausnutzung Südosteuropas für die deutsche Rüstungsindustrie, in: Seckendorf, Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 103, S. 210f.; vgl. ebenda, Dok. 1, 25, 37, 43, 117.

⁴⁰³ Aus der Denkschrift von Albert Speer, Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, an Hitler vom 12. 11. 1943 über die Bedeutung der Chromerze aus dem Balkan für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 203, S. 280.

Okkupation Jugoslawiens und Griechenlands im Frühjahr 1941 übermittelte die Konzernleitung der I.G. Farben der deutschen Regierung ein umfangreiches "Wunschprogramm", in dem sie eine Sicherung und "ungestörte Weiterentwicklung" ihres Besitzstandes in den Bereichen Farbstoffe, Textilhilfsmittel, Chemikalien, Pharmazeutika und Photographika forderte. Auch Beteiligungen des Konzerns in anderen Bereichen der jugoslawischen Industrie sollten garantiert werden. So verfügten die I.G. Farben beispielsweise über 96,4% des Aktienkapitals der bosnischen Elektrizitäts AG (Elektro Bosna). Die Geschäftsführung beanspruchte in den Kriegsjahren die dauerhafte Vormachtstellung der I.G. Farben in der südosteuropäischen Chemieindustrie.⁴⁰⁴

Neben den kriegswichtigen Rohstoffen mußte Serbien das Deutsche Reich mit erheblichen Mengen an Agrarprodukten versorgen. Im Jahresdurchschnitt wurden von dort 150.000 t Mais, 100.000 t Weizen, 50.000 t Ölfrüchte, 5000 t Fleisch und Fett und 35.000 t Obst nach Deutschland transportiert.⁴⁰⁵

Im März 1943 erging ein Erlaß der Wehrmacht zur Maiserfassung in Serbien. "Im Interesse des Reiches und der Ernährung des deutschen Volkes sowie der kriegswichtigen Betriebe" sei es unbedingt erforderlich, in Serbien eine Menge von 130.000 t Mais aufzubringen. Gegen Bauern, die sich ihrer Leistungspflicht entziehen, sollte "mit aller Schärfe und allen zu Gebote stehenden Mitteln" vorgegangen werden. Bauern, die Mais versteckt hielten, seien als Saboteure zu behandeln. Erforderliche Maßnahmen seien "Prügelstrafe, Festnahme von Geiseln, Abführung zur Zwangsarbeit." Gegen Gemeinden, in denen das Maisaufkommen als nicht ausreichend befunden wurde, sollten "Kollektivstrafen" verhängt werden.⁴⁰⁶

⁴⁰⁴ Vgl. Schreiben von Max Ilgner, Mitglied des Vorstandes und Paul Müller, Mitglied des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie AG, an Carl Clodius vom 4. 6. 1941 über Forderungen des Konzerns zur wirtschaftlichen "Neuordnung" in Jugoslawien und Griechenland, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 20, S. 150ff. Vgl. auch: Entwurf eines Exposé der IG Farbenindustrie AG vom Februar 1942 zur Konzernpolitik in Südosteuropa, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, a. a. O., Dok. 78, S. 192f.

⁴⁰⁵ Vgl. Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., S. 38.

⁴⁰⁶ Befehl vom General der Artillerie Paul Bader vom 9. 3. 1943 zur Maiserfassung in Serbien, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 126, S. 226.

Nennenswerte Gegenlieferungen oder Bezahlungen erhielten die südosteuropäischen Donaustaaten für ihre umfangreichen Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen während des Krieges von deutscher Seite nicht. So erklärte der stellvertretende Leiter der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Clodius, Ende 1943 gegenüber der bulgarischen Regierung, daß ein Ausgleich des Zahlungsverkehrs durch Erhöhung der deutschen Ausfuhren "völlig ausgeschlossen" sei, und ein Abbau des Clearingsaldos in Höhe von 570 Mio. RM "überhaupt nicht in Frage" komme.⁴⁰⁷ Die umfassende Ausbeutung bulgarischer Ressourcen für die deutsche Kriegswirtschaft erfolgte somit weitgehend ohne Bezahlung. Den gesteigerten Abtransport bulgarischer Ressourcen nach Deutschland während der Kriegsjahre dokumentiert folgende Tabelle (Mengenangaben in Tonnen):

Warenart	1939	1940	1941	1942	1943
Tabak	25381	16683	31673	33147	40410 (fast die ges. Ernte)
Kohle	364	4303	17294	44116	151930
Erze	2567	21621	19015	71364	142986 (Gesamtförderung) ⁴⁰⁸

Neben der ökonomischen Ausbeutung nahm die deutsche Regierung in bedeutendem Maße Einfluß auf die bulgarische Politik. Alle Gebiete des öffentlichen Lebens standen unter ihrer Kontrolle, sei es Armee, Polizei oder Presse. Der deutsche Gesandte in Bulgarien, SA-Obergruppenführer Beckerle, nahm an den Sitzungen des bulgarischen Ministerrates teil und übermittelte ihm die deutschen Befehle.⁴⁰⁹

Analog zu den übrigen Ländern Südosteuropas ging Deutschland im Kriegsverlauf auch in Rumänien mehr und mehr vom langfristig angelegten "Ergänzungswirtschaftskonzept" zur kurzfristigen Ausplünderung über. Waren die deutschen Clearingschulden bereits im Dezember 1939 auf eine Höhe von 65,2 Mio. RM angewachsen, so stiegen sie bis Ende 1942 auf eine Höhe von 500 Mio. RM an. Im Januar 1942 setzte die deutsche Regierung in Verhandlungen durch, daß Rumänien sämtliche Warenlieferungen "auf Vorschub" zu liefern hatte. Die Rückzahlung wurde auf die Zeit nach dem

⁴⁰⁷ Vgl. ADAP, Serie E, Dok. 77, S. 150f.

⁴⁰⁸ Sohl, a. a. O., S. 115.

⁴⁰⁹ Vgl. Sohl, a. a. O., S. 116.

Kriegsende verschoben.⁴¹⁰ Durch ihre weitgehend ungedeckten Guthaben im Clearinghandel wurden die südosteuropäischen Donaustaaten zur Finanzierung des deutschen Krieges herangezogen.⁴¹¹

Die Priorität des kurzfristigen Ausbeutungsinteresses in der zweiten Kriegshälfte und die kriegswirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas unterstreicht ein Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums von Anfang 1944. Darin hieß es:

"Der deutsche Außenhandel ist heute (...) völlig auf die Interessen der Kriegsführung abgestellt. Er hat ausschließlich den Zweck, die für die Rüstung benötigten Rohstoffe, Lebensmittel, usw. zu beschaffen. Es kommt für uns entscheidend darauf an, diese dringend benötigten Einfuhren in möglichst großen Mengen und in möglichst kurzen Zeiten ins Reich hereinzubekommen. Solche Einfuhren sind z. B.: Erdöl aus Rumänien, Getreide aus allen Südostländern, Bauxit (für die Aluminium- und Flugzeugindustrie) aus Ungarn und anderen Südostländern, Stahlhärtungserze sowie Nichteisenmetalle ebenfalls aus den Südostländern."⁴¹²

Zur Durchsetzung ihrer völkischen und antisemitischen Pläne und zur Unterbindung jeglichen Widerstandes gegen die kriegswirtschaftliche Ausbeutung des Landes begann das deutsche Militär im geteilten Jugoslawien sofort nach der Besetzung mit Unterstützung der kroatischen Regierung mit einer grausamen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Bereits am 27. April 1941 wurde von der Heeresleitung die Direktive ausgegeben, jeden Widerstand rücksichtslos durch Standgerichte und Geislerschießungen zu brechen.⁴¹³

Überall in Serbien entstanden Konzentrationslager, in denen willkürlich Verhaftete als Geiseln festgehalten wurden. Nach dem "Geiselnahme-Befehl" des Oberkommandos der Wehrmacht vom 16. September 1941, für einen toten deutschen Soldaten 100 Geiseln und für einen verwundeten 50 Geiseln zu erschießen, kam es an vielen Orten zu Massenerschießungen.⁴¹⁴

⁴¹⁰ Vgl. Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 34; Drews, Vom Soja-Anbau zum "Wohlthat"-Vertrag, a. a. O., S. 89.; Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien, a. a. O., S. 82.

⁴¹¹ Vgl. Siebert, a. a. O., S. 82.

⁴¹² Ausarbeitung des Reichswirtschaftsministeriums von Anfang 1944 über den deutschen Außenhandel mit Südosteuropa, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., Dok. 121, S. 236.

⁴¹³ Vgl. Korpsbefehl Nr. 9 des Generals von Kotzfleisch, Kommandierender General des XI. Armeekorps vom 27. 4. 1941, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, Dok. 34, S. 123f.

⁴¹⁴ Vgl. Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 41.

Die kroatische Vasallenregierung übernahm am 30. April 1941 die Prinzipien der Nürnberger Rassegesetze und wandte sie gleichermaßen gegen die serbische und jüdische Bevölkerung an. Sie ließ über zwanzig nach deutschem Muster konzipierte Konzentrationslager errichten. Allein im größten KZ, dem Lager Jasenovac wurden ca. 800.000 Menschen ermordet.⁴¹⁵

Minimalschätzungen gehen davon aus, daß zwischen 1941 und 1945 allein in Kroatien 750.000 Serben, 60.000 Juden und 26.000 Roma getötet wurden.⁴¹⁶

In ganz Jugoslawien starben infolge des Krieges 1.705.000 Menschen. Dies waren 10,8% der jugoslawischen Vorkriegsbevölkerung.⁴¹⁷ Trotz der grausamen deutschen Unterdrückungspolitik unternahm die jugoslawische Partisanenbewegung zwischen 1941 und 1944 wiederholt und erfolgreich Anschläge auf die kriegswichtigen Rohstofflager des Landes und die Transportstrecken. Sie erreichten auf diese Weise z. B. eine erhebliche Einschränkung der kroatischen Bauxitlieferungen nach Deutschland.⁴¹⁸

Die Chromerzversorgung der deutschen Rüstungswirtschaft. konnte jedoch bis 1944 aus den Bergwerken Bulgariens, Mazedoniens, Serbiens, Griechenlands und, ab 1943, Albaniens gesichert werden. Die Versorgung der deutschen Rüstungsindustrie mit mineralischen Rohstoffen basierte zum größten Teil auf den Erzgruben Bulgariens, Griechenlands und Jugoslawiens⁴¹⁹ sowie den rumänischen Erdölquellen.

Die deutsche Einfuhr aus Südosteuropa bestand in dieser Phase zu drei Fünftel aus landwirtschaftlichen Produkten, zu einem Drittel aus Kraftstoffen (Erdöl, Erdölderivate) und im übrigen aus Eisenerzen, Nichteisenerzen und Metallen.⁴²⁰

⁴¹⁵ Vgl. Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., S. 45.

⁴¹⁶ Vgl. Heim/Aly, a. a. O., S. 362. Vgl. auch Manoschek, Walter, "Serbien ist judenfrei". Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993.

⁴¹⁷ Vgl. Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., S. 60.

⁴¹⁸ Vgl. Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., Dok. 39, 96, 176, 185, 226, 246, 322, 323.

⁴¹⁹ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 258.

⁴²⁰ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 257.; Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, a. a. O., S. 46; Radandt, Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 23; Gross, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Südostdeutschtums

In einem Brief unterstrich die Wehrmachtsführung noch am 30. August 1944 die Bedeutung der Rohstoffzufuhren aus Südosteuropa für die deutsche Kriegsführung:

"Es gibt in Europa keine andere Möglichkeit, Chromerz zu gewinnen, außer auf dem Balkan. (...) Der Schutz des Chromerzbergbaus und der Chromerztransporte muß daher als eine der vordringlichste Aufgaben der deutschen Wehrmacht angesehen werden."⁴²¹

Ein ebenso hoher Stellenwert wurde weiterhin den Agrarlieferungen aus Südosteuropa zugemessen.

Der Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betonte in einer Anordnung von Anfang September 1944:

"Die Einfuhren aus dem Südostraum (Ungarn, Serbien-Banat) sind für die Versorgung von Wehrmacht und Heimat kriegsentscheidend. Der Führer hat befohlen, daß alle verfügbaren Transportmittel des Nah-, Eisenbahn- und Schiffsverkehrs eingesetzt werden, damit diese Mengen beschleunigt abtransportiert werden können."⁴²²

Am 26. August 1944 befahl Hitler der Wehrmacht, das "kriegswirtschaftlich wichtige Gebiet des mittlern Balkans" unbedingt fest in der Hand zu behalten und die Verkehrsverbindungen offenzuhalten.⁴²³

Doch nachdem die Aktionen der jugoslawischen Partisanen die deutsche Zufuhr kriegswichtiger Ressourcen bereits seit 1941 in bedeutendem Maße beeinträchtigt hatten, verloren die deutschen Truppen im Verlauf des Jahres 1944 gänzlich die Kontrolle über die Rohstoff- und Ernährungsbasis Südosteuropa.

In Rumänien und Bulgarien kam es am 23. August bzw. am 9. September 1944 zum Sturz der Regierungen. Die neuen Regierungen kündigten die Waffenpartnerschaft mit Deutschland und erklärten

und die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, a. a. O., S. 302.

⁴²¹ Schnellbrief von Oskar Gabel an Major Baetz vom 30. 8. 1944 über die Bedeutung des Bergbaus in den besetzten Ländern Südosteuropas, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, Dok. 309, S. 356.

⁴²² Anordnung des Reichsministeiums für Ernährung und Landwirtschaft vom 8. 9. 1944, in: Schumann (Hg.), Griff nach Südosteuropa, Dok. 132, S. 249.

⁴²³ Vgl. Befehl Hitlers an Generalfeldmarschall Maximilian v. Weichs vom 26. 8. 1944 zur Kampfführung im Südosten, in: Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, Dok. 307, S. 355.

sich zu deutschen Kriegsgegnern.⁴²⁴ In Jugoslawien verlor die deutsche Armee durch koordinierte Operationen der Partisanenarmee Titos, der Roten Armee und der neuen bulgarischen Streitkräfte bis Ende Oktober 1944 den größten Teil Mazedoniens und Serbiens. Am 20. Oktober zogen Verbände der Roten Armee und der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee in Belgrad ein.⁴²⁵

Die Zurückdrängung aus Südosteuropa im Herbst 1944 paralyisierte die deutsche Kriegsführung. Allein wegen des folgenden Mangels an Erdöl und dem für die Rüstungsproduktion unentbehrlichen Chromerz, hätte die deutsche Armee nach Aufzehren der strategischen Reserve in spätestens zehn Monaten ihre Kriegsfähigkeit verloren. Das Bewußtsein von der kriegsentscheidenden wirtschaftlichen Bedeutung Südosteuropas mag ein Motiv für den unsinnig erscheinenden Befehl Hitlers gewesen sein, noch im Februar 1945 eine SS-Panzerarmee nach Ungarn zu verlegen, um die sowjetischen Einheiten südlich von Budapest wieder über die Donau zu zurückzudrängen - zu einem Zeitpunkt als die Rote Armee bereits 70 km vor Berlin stand.⁴²⁶

Doch es gab vorerst kein Zurück mehr. Das deutsche "Hinterland" Südosteuropa war für die folgenden vier Jahrzehnte verloren.

⁴²⁴ Vgl. Hoppe, H.-J., Deutschland und Bulgarien 1918-1945, a. a. O., S. 610f.

⁴²⁵ Vgl. Seckendorf (Hg.), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6, a. a. O., S. 590f.

⁴²⁶ Vgl. Schönfeld, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, a. a. O., S. 257.

Schlußwort:

"Dem gegenwärtigen Krieg muß ein Frieden folgen, der eine Reihe von Jahren gesichert ist. Er hängt von der sorgfältigen Untersuchung der Kriegsursachen und von den Maßnahmen ab, welche die Staatsmänner ergreifen, um den deutschen Imperialismus zu beseitigen. Aber es würde ein Unglück sein, wenn die Staatsmänner und Diplomaten das Feld unberücksichtigt ließen, auf dem seit fünfzig Jahren der deutsche Imperialismus seine Erfolge gehabt (...) hat. Dieses Feld ist Osteuropa."¹

Hugh Seton-Watson, 1945

Wenn der britische Historiker Seton-Watson in dieser Analyse am Ende des Zweiten Weltkrieges von Osteuropa sprach, so implizierte er damit auch die südosteuropäischen Donaustaaten Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Treffend wies er auf die lange Tradition deutscher Expansionsabsichten hin, denen für die Bereich Südosteuropa in dieser Arbeit nachgegangen wurde. Abschließend bleibt festzuhalten:

Von den 1840er Jahren bis 1945 zieht sich eine kontinuierliche Linie deutscher Südosteuropaplanungen, in denen trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen die wesentliche Zielsetzung kontinuierlich verfolgt wurde: Südosteuropa sollte als ein auf niedriger Entwicklungsstufe festgehaltenes Wirtschaftsgebiet zum deutschen Rohstoff- und Agrarproduktlieferanten und zum Absatzmarkt deutscher Industriegüter werden. Dies implizierte das Ziel einer Verhinderung bzw. (in den 1930er Jahren) Rückgängigmachung eigenständiger Industrialisierung in Südosteuropa. Darüber hinaus waren die Verkehrsverbindungen über Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien als wichtige, gegenüber den Seemächten "blockadesichere" deutsche Handelswege in den Nahen Osten vorgesehen. Die günstigen deutschen Landverbindungen nach Südosteuropa galten für die *Pénétration pacifique* als Vorteil.

Es war nicht zufällig der Gründer des ersten industriellen Unternehmerverbandes im Deutschen Bund, Friedrich List, der Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Grundlagen einer deutschen Südosteuropaexpansion formulierte. Auf der Balkanhalbinsel und im Osmanischen Reich sollte der verspätet auf der geschichtlichen

¹ Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn, 1948 (Deutsche Ausgabe von: ders., Eastern Europe between the wars 1918-1941, Cambridge, 1945)

Bühne erschienenen deutschen Großmacht ein gegenüber den noch überlegenen älteren Kolonialmächten abgeschotteter Absatz- und Rohstoffraum erschlossen werden.²

In Übereinstimmung mit List propagierten zahlreiche Angehörige des an Handel und Wirtschaftsexpansion interessierten süd- und westdeutschen Bürgertums in den 1840er Jahren eine dauerhafte Anbindung Südosteuropas als deutsches "Hinterland". Dieses Ziel fand in der Paulskirchenversammlung der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 breite Zustimmung. In der Phase des Übergangs des Deutschen Bundes von einer agrarischen zur industriellen Produktionszone einerseits, zunehmendem Pauperismus und großer Auswanderungsbewegungen andererseits, galt ihnen Südosteuropa als potentielles Feld für die Ansiedlung deutscher Kolonisten und die Ausbreitung des deutschen Handels. Aufgrund der noch nicht vollzogenen Nationalstaatsbildung, der zur Durchsetzung dieses Staates nach außen aufrechterhaltenen Rücksichtnahme gegenüber den russischen Südosteuropainteressen und der noch fehlenden wirtschaftlichen und politischen Durchsetzungskraft des Deutschen Bundes blieb dieses Ziel in der Periode von 1840-1871 weitgehend unrealisiert. Mit der Einsetzung einer deutschen Dynastie im rumänischen Königshaus und vor allem mit dem Bau von Eisenbahnlinien in Richtung Südosteuropa wurden in dieser Periode jedoch buchstäblich die Weichen für eine langfristige deutsche Wirtschaftsexpansion gelegt.

Im Zuge der deutschen Industrialisierung und der damit einhergehenden Suche nach Absatzmärkten und Rohstoffzufuhrgebieten rückte Südosteuropa seit Mitte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr in das Blickfeld deutscher Wirtschaftsplaner. Die benannten Interessen wurden in den einhundert Jahren zwischen 1840-1945 in einzelnen Phasen unterschiedlich stark propagiert und gewichtet. Zeitweise überwog das Absatz- und Transitinteresse für den deutschen Export, während besonders zur Zeit der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und der Weltwirtschaftskrise ab 1929 der "blockadesichere Ergänzungsraum" Südosteuropa als unerläßliche Grundlage einer deutschen Rohstoff- und Ernährungsbasis gesichert werden sollte.

² Vgl. Berg, Heino, Deutschland und Mitteleuropa - Die deutsche Frage in der alten und neuen Mitteleuropadebatte, in: ders./Burmeister, Peter (Hg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990.

Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen stellte Südosteuropa aus deutscher Sicht eine Art Kräfte-Reservoir dar, das genutzt werden sollte, um den eigenen Stellenwert innerhalb der Weltwirtschaft und Weltpolitik zu stärken. Trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen trifft dies für die 1840er Jahre ebenso zu wie für die Zeit des Ersten Weltkrieges und die Periode nach der Weltwirtschaftskrise von 1930-1945.

Allen drei Phasen der deutschen Geschichte von 1871-1945, dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus ist die Grundschriftlinie gemeinsam, derzufolge Südosteuropa als Objekt zur Herstellung bzw. Stärkung oder Wiedergewinnung der Großmachtstellung Deutschlands und als Sprungbrett weitergehender Europa- und Weltpläne dienen sollte. In allen Phasen sahen deutsche Politiker in Südosteuropa einen Ausweg aus der "Einkreisung" Deutschlands durch die Großmächte Frankreich, Großbritannien und Rußland.³

Dem Interesse an einer Expansion nach Südosteuropa lag ein Komplex von Faktoren zugrunde, der die Ausdehnung in diese Richtung lohnenswert und zugleich aussichtreich erscheinen ließ. Dazu gehörten die geographische Lage am Schnittpunkt der Kommunikationslinien zwischen Europa, Asien und Afrika ebenso wie die weite Verbreitung deutscher Sprache und deutscher Kultur, die Existenz starker deutscher Minderheiten, die in Teilen der Region über Jahrhunderte währende Herrschaft des Habsburger Reiches, die als rückständig angesehenen sozialen Verhältnisse sowie die wirtschaftliche Abhängigkeit aller Länder der Region von den großen kapitalistischen Industriestaaten.

Ansatzpunkte für die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas bot in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die schwache Stellung des Herrschaftssystems des Osmanischen Reiches. Durch zahlreiche Kriege gegen Rußland und südosteuropäische Befreiungsbewegungen geschwächt, aufgrund aufgenommener Anleihen hochverschuldet und kurz vor dem Staatsbankrott stehend, eröffnete es dem deutschen Vordringen in Südosteuropa vielfältige Möglichkeiten. Dabei ließ sich die osmanische Regierung von der Hoffnung leiten, sich durch eine Anlehnung an Deutschland aus der Abhängigkeit von ihren Hauptgläubigerstaaten Frankreich und

³ Vgl. Mitrovic, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Balkanpolitik 1914-1941, in: Balcanica, a. a. O., S. 570.

Großbritannien befreien zu können. Diese Möglichkeiten erkannte Friedrich List bereits 1841. Seine Parolen "Der ganze Südosten ist unser Hinterland" und "Deutschland hat die Aufgabe, den Südosten zu zivilisieren" wurden zum Teil offen und zum Teil dem Sinne nach zu Leitsätzen der deutschen Außenhandelspolitik bis 1945. Die zweite Parole entsprach dabei nicht nur der Überzeugung deutscher Kapitalvertreter, sondern auch der Sichtweise von Mitgliedern der deutschen Arbeiterbewegung, an erster Stelle Marx und Engels. Anknüpfend an die von Hegel formulierte Theorie über "geschichtslose Völker", zu denen dieser besonders die vorwiegend in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung Südosteuropas zählte und ausgehend von einer allein auf Westeuropa bezogenen Fortschritts- und Zivilisationsvorstellung, sprachen Marx und Engels der angeblich "barbarischen" Bevölkerung Südosteuropas das Recht auf selbständige Staaten und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ab. Gleichzeitig wandten sie sich kategorisch gegen ein Vordringen des zaristischen Rußlands nach Europa mit Hilfe südosteuropäischer Bündnispartner. Das von ihnen gefürchtete Gespenst des Panslawismus verstellte Marx und Engels den Blick auf den Pangermanismus. Diese klischeebehaftete Analyse der südosteuropäischen Verhältnisse wirkte in den Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg in der sozialistischen Bewegung Deutschlands fort.

Ebenso wie Friedrich List betrachteten Marx und Engels den Bau von Eisenbahnlinien als Beitrag zu einer Zivilisierung Südosteuropas. Der von List vorgeschlagene Plan einer Eisenbahnverbindung von Deutschland über Österreich-Ungarn in das Osmanische Reich bis zum Persischen Golf entwickelte sich in den Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg zu einem Hauptprojekt des deutschen Kapitals. Mit der im Vertrag der Berliner Konferenz von 1878 enthaltenen Verpflichtung der neuen Staaten Südosteuropas, den Bau von Verbindungslinien zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich zu gewährleisten, wurde die Souveränität Serbiens und Bulgariens von vorneherein eingeschränkt. Im Falle Rumäniens wurde die Regelung der Eisenbahnfrage zugunsten deutscher Interessen sogar zur Bedingung der staatlichen Anerkennung gemacht. Die Grundlagen für die *Pénétration pacifique* Südosteuropas von seiten Deutschlands und seines Juniorpartners Österreich-Ungarn waren mit den Bestimmungen von 1878/1880 gelegt.

Auf der Basis der Eisenbahnbauten, der Bestimmungen des Berliner Vertrages, der Wirtschaftsverträge von Anfang der 1890er Jahre und diverser Kapitalanleihen weitete sich der nach den Grundsätzen der "Ergänzungswirtschaft" (Rohstoffe und Agrarprodukte gegen Industriegüter) verlaufende deutsche Handel mit den Staaten Südosteuropa im großen Umfang aus.

Der Mangel an wichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die Neigung zur militärischen Lösung von Problemen, die geographische Nachbarschaft, die latent tradierte oder offen ausagierte antislawische Ideologie, das "Mitteleuropa"-Konzept, die Suche nach "Lebensraum" und der "Missionsgedanke" ließen Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts für die Staaten Südosteuropas zu einer permanenten Bedrohung werden.⁴

Während der deutsche Imperialismus in Afrika zwischen 1890 und 1914 mit der Methode direkter Okkupation kaum Fuß fassen, Ressourcen ausbeuten oder nennenswerte Profite erzielen konnte, gelang dies in Südosteuropa und im Osmanischen Reich mit indirekten Methoden in bedeutendem Maße. Die drei südosteuropäischen Donaustaaten und das Osmanische Reich erlangten für Deutschland eine größere wirtschaftliche Bedeutung als die direkten Kolonien in Afrika und Asien. Dabei galt die deutsche Dominanz in Südosteuropa um die Jahrhundertwende vielen Autoren als fester Bestandteil einer deutschen Hegemonie auf dem Kontinent und als Basis und Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtstellung.

Ein wesentliches Mittel zur Durchsetzung und Absicherung der deutschen Hegemonialpolitik in Südosteuropa war von 1871-1914 die *Pénétration pacifique*, d.h. die wirtschaftliche Durchdringung in Friedenszeiten, die sich vor allem mit dem Mittel von Anleihen und Krediten, daran gekoppelten langfristigen Lieferverträgen und einer daraus resultierenden dauerhaften Verschuldung der Staaten Südosteuropas vollzog.

Vor diesem Hintergrund nahm Südosteuropa seit Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland in allen relevanten außenpolitischen Konzeptionen einen festen Platz ein.⁵ Gleichzeitig trat das Projekt einer "mitteleuropäischen Zollunion" immer mehr in den Vordergrund handelspolitischer Konzeptionen. Für die Deutschen bestand der Kern "Mitteleuropas" dabei selbstverständlich aus

⁴ Vgl. Mitrovic, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, a. a. O., S. 561.

⁵ Vgl. Schumann/Seckendorf, Richtung Südost, a. a. O., S. 237.

Deutschland. Die kleinen Nachbarstaaten hatten sich um die deutsche Führungsmacht zu gruppieren, wie Planeten als Satelliten um die größere Sonne. Seitdem "Mitteleuropa" als politisches Projekt auf der historischen Szene auftauchte, war es zumeist nur Camouflage für eine deutsche Vorherrschaft in Zentral-, Ost- und Südosteuropa.⁶

Doch vor 1914 ergaben sich keine Realisierungsmöglichkeiten für eine "mitteleuropäische Zollunion". Darüber hinaus ließen sich die Mittel der *Pénétration pacifique*, vor allem das Instrument der Kapitalanleihen, in den letzten Jahren vor 1914 nicht ausweiten. Aufgrund des Bagdadbahnprojekts und des Flottenbauprogramms waren große Kapitalmengen gebunden, so daß Deutschland den Anleihemarkt in Serbien und Rumänien infolge zu geringer Gebote mehr und mehr an Frankreich verlor. Auch die politische Entwicklung in Südosteuropa ließ die gerade errungene wirtschaftliche Stellung gefährdet erscheinen. Serbien und Rumänien erweiterten durch die Balkankriege von 1912/13 die Größe ihres Territoriums und ihre politische Souveränität. Vor allem das Bestreben der serbischen Regierung, die über ihr Gebiet verlaufenden Eisenbahnlinien zu verstaatlichen und damit der Kontrolle der unter Führung der Deutschen Bank stehenden Eisenbahngesellschaft zu entziehen, ließ die deutsche Regierung ab 1913 einen Krieg gegen Serbien ins Auge fassen. Die Unterbrechung der Hauptexpansionslinie "Berlin-Bagdad" sollte unter keinen Umständen zugelassen werden. Ein wesentliches Ziel des mit dem von der deutschen Regierung forcierten österreichischen Angriffs auf Serbien ausgelösten Ersten Weltkrieges, das in der Forschung bisher kaum berücksichtigt wurde, bestand in der gewaltsamen Herstellung eines unter deutscher Führung stehenden "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes", dessen Ausmaße in den Jahren zwischen 1890 und 1918 von zahlreichen Autoren von der Nordsee bis zum Persischen Golf gefaßt wurden. Dieses "Mitteleuropa" sollte durch die militärische Brechung des "serbischen Riegels" und die Unterwerfung Rumäniens realisiert werden. Das "Mitteleuropa"-Buch Friedrich Naumanns, in dem zunächst eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn und in einer zweiten Stufe eine Anbindung der südosteuropäischen Donaustaaten vorge-

⁶ Vgl. Geiss, Imanuel, *Mitteleuropa und die deutsche Frage*, in: Berg/Burmeister (Hg.), a. a. O., S. 71.

sehen wurde, vermittelte der deutschen Bevölkerung als populärste Schrift der Jahre von 1915-1918 das wesentliche Kriegsziel. Naumann popularisierte damit die in nichtöffentlichen Denkschriften und Programmen enthaltenen Pläne der führenden politischen und wirtschaftlichen Interessensvertretungsorgane. Während des Krieges rückte darüber hinaus der direkte Griff auf das rumänische Erdöl und die übrigen südosteuropäischen Ressourcen zur Versorgung der deutschen Armee und Bevölkerung verstärkt in das Blickfeld deutscher Strategen. Mit der Okkupation Serbiens und Rumäniens sicherte sich Deutschland 1916 erstmals eine unumschränkte Kontrolle des "Ergänzungsraumes" Südosteuropa. Die Niederlage von 1918 und die Bestimmungen und Grenzziehungen der Friedensverträge beendeten diese nahezu monopolartige deutsche Verfügung über die südosteuropäischen Ressourcen für einige Jahre. Das Ziel des Großwirtschaftsraumes "Mitteleuropa" verschwand jedoch nicht aus deutschen Planungspapieren. Im Gegenteil. Nach dem Verlust der Überseekolonien konzentrierte sich die deutsche Wirtschaft im noch verstärkten Maße auf das Expansionsfeld Südosteuropa. Dabei stand in den zwanziger Jahren das Interesse am Absatz deutscher Industriewaren und der Import südosteuropäischer Rohstoffe im Vordergrund. Der Einfuhrbedarf an Produkten der Landwirtschaft ließ sich in dieser Periode nach den Agrarreformen in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien kostengünstiger durch Bezüge der durchrationalisierten, auf den Export ausgerichteten Agrarproduktion Nord- und Südamerikas decken. Dessen ungeachtet erreichte Deutschland bereits Mitte der zwanziger Jahre wieder die unangefochtene Führungsposition im Handel der südosteuropäischen Donaustaaten. Die Phase der Weimarer Republik war geprägt durch eine zurückhaltendere Politik vor dem Hintergrund der Beschränkungen der Pariser Friedensverträge. Trotz der nach außen demonstrierten Zurückhaltung darf jedoch ähnlich wie für die Periode der Regierungszeit Bismarcks auch für die Weimarer Republik nicht voreilig der Schluß gezogen werden, daß das damalige Deutschland keinerlei wirtschaftliche Interessen und politische Absichten in Südosteuropa verfolgt habe. In beiden Phasen konzentrierte die deutsche Wirtschaft hinter der Fassade politischen Desinteresses, ihre Bestrebungen in bedeutenden Maße auf die Balkanhalbinsel.⁷ In den Jahren von 1919-1931 versuchte

⁷ Vgl. Mitrovic, in: Balcanica, a. a. O., S. 565.

sich die deutsche Politik trotz der Ein-schränkungen der Friedensverträge alle Optionen einer verstärkten wirtschaftlichen und politischen Anbindung Südosteuropas offenzuhalten. Zu diesem Zweck blockierte die Deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages alle Initiativen zur Gründung einer Deutschland ausschließenden Donauföderation ost- und südosteuropäischer Staaten, zu diesem Zweck entstanden in dieser Periode diverse "Mittel- und Südosteuropa-Institute" und zu diesem Zweck initiierten Regierung und Deutschtumsverbände unter Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa eine "inoffizielle" Außenpolitik.

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise einerseits und wiedergewonnener außenpolitischer Handlungsmöglichkeiten durch die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen, die Beendigung der Rheinlandbesetzung und die Reduzierung und endgültige Regelung der Reparationszahlungen andererseits, gingen Regierung und Wirtschaft Anfang der dreißiger Jahren von der "stillen Diplomatie" zu offensiven Aktionen für die Herstellung eines deutschen "Großwirtschaftsraumes" über. In diese Periode fällt die Umstrukturierung und Stärkung der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, dem maßgeblichen Planungs- und Vertretungszentrum privatwirtschaftlicher Südosteuropainteressen. In diesem Kreis sowie von Mitgliedern der Studiengesellschaft für "Mittel- und Südosteuropa" erfolgte die detaillierte Ausformulierung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts", das mittels bilateraler devisenloser Präferenzverträge auf eine Umlagerung der deutschen Agrareinfuhr von Übersee auf Südosteuropa zielte. Dieses Konzept implizierte drei Ziele:

1. Eine Sicherstellung des agrarischen deutschen Einfuhrbedarf - trotz Verschuldung und Devisenknappheit,
2. die langfristige Anbindung eines Absatzmarktes für deutsche Industriegüter,
3. die als für den Kriegsfall erforderlich erachtete Garantie der deutschen Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr aus einem "blockadesicheren" Gebiet.

Der "Mitteleuropa"-Begriff wurde ab 1930 mehr und mehr durch die Schlagwörter vom "deutschen Großwirtschaftsraum" und der "Ergänzungswirtschaft" ersetzt. Das dahinter stehende Ziel blieb syn-

onym: Eine deutsche Wirtschaftshegemonie über weite Teile Ost- und Südosteuropas.

Die erste öffentliche Aktion zur Herstellung des deutschen "Großwirtschaftsraumes" bildete die Ausrufung einer deutsch-österreichischen Zollunion im März 1931, ein Projekt, das seit den Tagen von Friedrich List und der Paulskirchenversammlung als erster Schritt zur Schaffung einer "mitteleuropäischen" Freihandelszone unter Einschluß der südosteuropäischen Donaustaaten galt. Nachdem dieser Versuchsballon aufgrund internationaler Proteste und eines auf die Bestimmungen der Friedensverträge von 1919 bezugnehmenden Schiedsspruchs platzte, konzentrierte sich die deutsche Politik auf das Mittel bilateraler Präferenzverträge, die mit den Staaten Südosteuropas abgeschlossen werden sollten. Nach der Konferenz in Stresa im Herbst 1932, die das Scheitern internationaler Lösungsversuche für die Absatzkrise südosteuropäischer Agrarprodukte besiegelte, gelang es Deutschland das Instrument bilateraler Präferenzsysteme, das dem bis dahin gültigen Prinzip der Meistbegünstigung widersprach, international durchzusetzen. Nun konnte das Konzept der "Ergänzungswirtschaft", das an Pläne von Friedrich List und anderen Vordenkern der Jahrzehnte von 1840-1930 anknüpfte, praktisch umgesetzt werden. Es manifestierte sich erstmals 1932 in einzelnen Wirtschafts- und Clearingverträgen und avancierte 1934 mit Schachts "Neuem Plan" zur offiziellen nationalsozialistischen Außenhandelsmaxime. Auf der Basis der 1934/35 mit Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien geschlossenen Präferenz- und Clearingverträge und des Vierjahresplanes von 1936 gelang es der deutschen Politik bis 1939 kriegswichtige Importe von Übersee auf Südosteuropa umzulagern, den Export der Donaustaaten zu 60-70% auf Deutschland auszurichten und diese Länder auf den Status unfreiwilliger Kreditgeber der deutschen Kriegswirtschaft zu degradieren. Um die deutschen "Erzeugungslücken" zu schließen und das "Fettproblem" zu lösen, nahmen die I.G. Farben und die Deutsche Gruppe des MWT ab Mitte der dreißiger Jahre zudem eine Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirtschaft in Angriff. Die in Südosteuropa bis dahin verbreitete Subsistenzwirtschaft auf kleinen Parzellen sollte weitgehend beseitigt werden, um die landwirtschaftliche Produktion Südosteuropas so weit wie möglich auf den Export nach Deutschland auszurichten. Dabei ging es vor allem um

den großflächigen Anbau von Industripflanzen, Textilpflanzen und Ölfrüchten. Im Zuge dieses Projektes kam es von 1935-1940 zur Einführung und schnellen Steigerung des Sojaanbaus in allen drei südosteuropäischen Donausstaaten sowie zur Ausweitung des Anbaus von Hanf, Flachs, Leinsaat, Sonnenblumen u. a. in einzelnen dieser Staaten. Gleichzeitig propagierten deutsche "Wirtschaftsexperten" einen Stopp der Industrialisierung Jugoslawiens, Bulgariens und Rumäniens, da diese der "organischen Ergänzungswirtschaft" mit Deutschland entgegenstünde.

Der "Anschluß" Österreichs und die Okkupation und Auflösung der Tschechoslowakei leitete einen noch umfassenderen Griff der deutschen Kriegswirtschaft auf die Ressourcen Südosteuropas ein. Im Bewußtsein gewachsener politischer und militärischer Stärke versuchte die deutsche Regierung nun, direkten Einfluß auf die Wirtschaftslenkung der südosteuropäischen Donaufstaaten zu gewinnen. Dies gelang erstmals mit dem im März 1939 unterzeichneten deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag, in dem sich die deutsche Seite für einen Zeitraum von fünf Jahren eine direkte Beteiligung an der Ausrichtung der rumänischen Produktion und Wirtschaftsplanung zusichern ließ.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Zufuhr südosteuropäischer Rohstoffe und Agrarprodukte zur unerläßlichen Voraussetzung der deutschen Kriegsführung. Die wirtschaftliche und politische Unterwerfung Rumäniens und Bulgariens erreichte die deutsche Regierung durch die Einbindung dieser Staaten in das Vertragssystem des Dreimächtepaktes. Als diese Strategie in Jugoslawien im März 1941 aufgrund des Widerstandes der dortigen Bevölkerung scheiterte, erfolgte zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert die militärische Unterwerfung Serbiens (jetzt Jugoslawiens) zur Durchsetzung des deutschen Großwirtschaftsraumes. Damit sollte vor dem geplanten Angriff auf die Sowjetunion die vollkommene Kontrolle über die deutsche Rohstoff- und Ernährungsbasis Südosteuropa hergestellt werden.

Neben der starken Kontinuitätslinien des "Ergänzungswirtschaftskonzepts" und der "Mitteleuropa-Pläne" verlief von 1840-1945 eine weitere, etwas schwächere und weniger durchgehendere Linie deutscher Südosteuropainteressen, die unter den Begriff "Lebensraum"-Politik zu fassen ist. Sie implizierte das Ziel, weite Teile der südosteuropäischen Donaufstaaten in deutsche Siedlungs-

kolonien umzuwandeln. Unter Bezugnahme auf die deutsche Ostsiedlung vom 10.-12. Jahrhundert, die bis Transsylvanien (Siebenbürgen) im heutigen Rumänien vordrang, setzte in dieser Frage in den 1840er Jahren eine breite Agitationstätigkeit ein. Auch hier kann Friedrich List als einer der Initiatoren gelten. Ein weiteres wichtiges Sprachrohr bildete die Augsburger Allgemeine Zeitung. Während hunderttausender Pauperisierter aus dem Gebiet des Deutschen Bundes nach Nord- und Südamerika auswanderten, propagierten List, Roscher, Höfken, Moltke und viele andere eine Umlenkung dieser Emigration nach Ost- und Südosteuropa. Auf diese Weise sollten die Auswanderer dem "Deutschtum" erhalten bleiben und die Donaustaaten im Dienste der deutschen Wirtschaft kolonisieren. Dieser Plan ging mit der Überzeugung einher, daß nur Deutsche in der Lage seien, die südosteuropäische Landwirtschaft rationell zu kultivieren. Fehlende materielle Ressourcen der potentiellen Siedler und Widerstände österreichischer, deutscher und ungarischer Großgrundbesitzer ließen dieses Projekt Mitte des 19. Jahrhunderts scheitern. In den folgenden Jahrzehnten kamen pangermanistische Protagonisten jedoch immer wieder auf dieses Ziel zurück. Hierfür stehen für den Zeitraum von 1850-1890 besonders die Schriften Paul de Lagardes, die mit der Gründung des Alldeutschen Verbandes und anderer pangermanistischer Verbände in den Jahrzehnten nach 1890 eine breite Wirkung entfalten. Bei den Alldeutschen trat neben die sozialdarwinistische Überzeugung von der Mission des deutschen "Herrenvolkes" gegenüber den "slawischen Untermenschen" die Raumidee, die davon ausging, daß das sich beständig vergrößernde deutsche "Volk" Raum benötige, den es vornehmlich in Ost- und Südosteuropa fände. Dieser vom Geographen Ratzel um die Jahrhundertwende in die Theorie der Politischen Geographie gefaßte Gedanke wurde zur Keimzelle der deutschen Geopolitik. Darüber hinaus wurden die alldeutschen Konzepte und Ideologeme zu entscheidenden Wurzeln der nationalsozialistischen Lebensraum-Politik. Eine Brücke schlug dabei in der Periode von 1918-1933 die staatliche Förderung und Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa durch die Weimarer Regierungen und die sich in dieser Phase vollziehende Etablierung der Geopolitik als anerkannte Wissenschaft.

Die radikale "Lebensraumpolitik" des Nationalsozialismus stand in einer langangelegten Kontinuität, sie knüpfte nicht nur an die Vorstellungen Lagardes und des Alldeutschen Verbandes, sondern auch an das während des Ersten Weltkrieges von der Obersten Heeresleitung verfolgte Ziel eines "blockadesicheren autarken Großraumes" an.⁸

Standen sich ökonomistische Vertreter einer "Pénétration pacifique und pangermanistische Protagonisten eines Siedlungskolonialismus und direkter Annexionen auch zeitweise in Opposition gegenüber, so fanden sie doch in verschiedenen Phasen der deutschen Geschichte immer wieder zu Koalitionen zur Durchsetzung des gemeinsamen Zieles "Mitteleuropa" bzw. eines deutschen Großwirtschaftsraumes mit hauptsächlicher Ausrichtung nach Ost- und Südosteuropa zusammen. Dies gilt ebenso für die Phase des Ersten Weltkrieges als auch für die Periode von 1930-1939 und ganz besonders für die Jahre des Zweiten Weltkrieges.

Neben der starken Kontinuitätslinie des Projekts einer deutschen Großraumwirtschaft mit quasi kolonialer Anbindung der südosteuropäischen Donaustaaten und der schwächeren Linie der "Lebensraum"-Politik lassen sich auch in den ideologischen Legitimationsformen der deutschen Südosteuropainteressen von 1840 bis 1945 deutliche Konstanten feststellen. Vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Nationalsozialismus betonten Autoren immer wieder, daß Deutschland die "Berufung" bzw. die "Mission" habe, die Wirtschaft Südosteuropas zu organisieren und zu entwickeln, die dortige Bevölkerung zu erziehen bzw. zu "zivilisieren" und in dieser Region ein "Bollwerk gegen Rußland bzw. gegen "asiatische Eindringlinge zu errichten. Südosteuropa wurde als Region angesehen, in der aufgrund vorhandener nationaler Konflikte und wegen des niedrigen kulturellen Niveaus der Bevölkerung nicht genügend politische Eigenständigkeit und Organisationsvermögen vorhanden seien. Neben den "Missions"-Gedanken trat die Überzeugung von einem einheitlichen "mitteleuropäischen Raum", der gleichsam naturgemäß ein kulturelles und wirtschaftliches Gefälle beinhalte, aus dem sich für Deutschland als der entwickelsten Industrienation im Rahmen der "organischen Arbeitsteilung" der Führungsanspruch ableiten lasse, während die

⁸ Vgl. Nipperdey, Thomas, 1933 und Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Nr. 277, 1978, S. 94.

Länder Südosteuropas weitgehend auf der Stufe von Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten zu verbleiben hätten. Eine weitere ideologische Konstante findet sich im Glauben über die angebliche Notwendigkeit der Zurückdrängung des Panslawismus, der sich ab 1917 in das neue Gewand des Antikommunismus bzw. Antibolschewismus kleidete. Dahinter stand das Ziel, Rußland aus Europa zu verdrängen, d. h. vor allem seinen Einfluß in Ost- und Südosteuropa zu beschneiden.

Insgesamt ist zu konstatieren: Deutsche Expansionskonzepte die Donau abwärts oder entlang der Linie Berlin-Belgrad-Bagdad-Persischer Golf finden sich für den Zeitraum von 1840-1945 in großer Zahl und Konstanz in Schriften und Stellungnahmen deutscher Publizisten, Wissenschaftler, Politiker und Industrieller. Die geopolitisch-strategischen und ökonomischen Zielsetzungen "Nach Ostland wollen wir reiten" und "der ganze Südosten ist unser Hinterland" stehen für die Kontinuität von den Expansionsabsichten des deutschen Kaiserreiches bis zur nationalsozialistischen Großraumpolitik.

Einige abschließende Bemerkungen zur Zeit nach 1945.

Trotz der Etablierung des Warschauer Paktsystems und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wurde auch in der Bundesrepublik an Südosteuropaintereessen aus den Jahrzehnten vor 1945 festgehalten. Dies geht u. a. daraus hervor, daß wesentliche Institutionen der deutschen Südosteuropaforschung erhalten blieben oder wiedereröffnet wurden, in denen die führenden wissenschaftlichen "Südosteuropa-Experten" des Nationalsozialismus ihre Karriere fortsetzten. So erschien seit 1951 erneut, mit Beiträgen von Autoren, die dort bereits vor 1945 publiziert hatten, ein wesentliches Legitimationsorgan für ein von Deutschland beherrschtes "Mitteleuropa", die "Zeitschrift für Geopolitik".⁹ Ebenfalls 1951 kam es zur Wiedereröffnung des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, dem ehemaligen Deutschen-Auslands-Institut. Generalsekretär wurde bis zur Erreichung der Altersgrenze 1960 der im Nationalsozialismus angesehene Forscher Franz Thierfelder. In besonderer Weise wurde an den Traditionen innerhalb der 1952 wiederbegründeten Südosteuropagesellschaft in München angeknüpft, die in der Tradition der gleichnamigen, von

⁹ Vgl. Heyden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik. Wesen und soziale Funktion einer reaktionären soziologischen Schule, Berlin (DDR), 1958, S.142

1940-1940 in Wien residierenden Gesellschaft steht. An exponierter Stelle wirkten hier und in zahlreichen weiteren wissenschaftlichen und politischen Institutionen bis ins hohe Alter die nationalsozialistischen "Experten" und Planer Fritz Valjavec, Franz Ronneberger und Hermann Gross.¹⁰

Sie hielten auch nach 1945 u. a. an der alten deutschen Überzeugung fest, daß die südosteuropäische Landwirtschaft nur von Deutschland aus "vernünftig" organisiert werden könne.¹¹

Darüber hinaus verteidigte und propagierte der ehemalige stellvertretende Leiter des Leipziger "Mittel- und Südosteuropainstitutes" und Mitarbeiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der I.G. Farben, Hermann Gross, mittlerweile aufgestiegen zum maßgeblichen Südosteuropaforscher der Bundesrepublik, noch 1962 das Konzept der "Ergänzungswirtschaft". Dies habe auf der richtigen Erkenntnis basiert, daß in der Zusammenarbeit mit den südosteuropäischen "Entwicklungsländern" "das Gegensätzliche eine fruchtbare Zusammenarbeit im Sinne einer echten Partnerschaft und Integration ermöglicht" habe.¹²

Im Jahre 1960 konstatierte Gross in Verlängerung des "Ergänzungswirtschaftskonzeptes", heute sei die Bundesrepublik noch stärker als das Deutsche Reich auf die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren sowie von bestimmten Agrarprodukten angewiesen. Gleichzeitig seien alle südosteuropäischen Staaten mit Ausnahme der Tschechoslowakei weiterhin "Entwicklungsländer".¹³ Gross betonte, daß trotz aller Industrialisierung der Nachkriegszeit die agrarische Struktur Südosteuropas nach wie vor für den deutsch-südosteuropäischen Handelsverkehr von größter Bedeutung sei. Deutschland nahm bereits Ende der fünfziger Jahre wieder den ersten Rang im Handel mit den südosteuropäischen Donaustaaten ein. Gross führte dies u. a. auf die

¹⁰ Vgl. Siebert, a. a. O., S. 388.

¹¹ Vgl. Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen..., a.a.O., S.205.; Glück, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, a.a.O., S.113.

¹² Vgl. Gross, Hermann, Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938, in: Der Donauraum. Zeitschrift des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien 1962, S.103.

¹³ Gross, Hermann, Die Aussenhandelsverflechtung der Südoststaaten, in: Südosteuropa-Jahrbuch, im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Rudolf Vogel, München 1960, S. 3, 16.

"Nachwirkung der früheren engen wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zu diesem standortmäßig günstig gelegenen wirtschaftlichen Ergänzungsraum" zurück.¹⁴

Gross vertrat auch in der Bundesrepublik weiter das alte Ziel einer Umstrukturierung und Ausweitung der südosteuropäischen Agrarproduktion. Darin sah er die materiellen Grundlagen einer Intensivierung der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. Er hielt eine Steigerung der agrarischen Gesamtproduktion Osteuropas um ein Drittel bis um die Hälfte im Laufe von zwei bis drei Jahrzehnten für möglich.¹⁵

Für die Zukunft prophezeite Gross der deutschen Wirtschaft in Südosteuropa 1957 überaus günstige Prognosen:

"Außer den standortmäßigen Vorteilen und den besonders günstigen Ergänzungsmöglichkeiten der Bundesrepublik gegenüber den Donauländern, dürfte die zwischen der Ostzone und den Ostblockländern sich anbahnende wirtschaftliche Integration nach der Wiedervereinigung einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Gesamtdeutschlands mit Osteuropa sehr zugute kommen. Übertraf doch bereits 1954 der Warenverkehr der sowjetischen Besatzungszone (DDR) mit den vier Donauostblockstaaten volumenmäßig den des Deutschen Reiches im Jahre 1938 mit den entsprechenden Ländern."¹⁶

Mittlerweile hat sich diese Hoffnung des führenden deutschen "Südosteuropaexperten" Gross erfüllt. Nach der Wiedervereinigung nimmt Deutschland im Handel der Staaten Südosteuropas wieder unangefochten die führende Position ein. Deutschland bestreitet heute ca. 50 Prozent des gesamten Osthandels der Europäischen Union. Gleichzeitig ist die Deutsche Mark in diesen Ländern zur offiziellen oder inoffiziellen Leitwährung geworden. Und wie bereits in der Phase vor 1918 sehen sich die Regierungen Südosteuropas einer großen Verschuldung gegenüber, die zu großen Teilen gegenüber staatlichen und privaten Kapitalgebern aus Deutschland besteht. Mit der eigenmächtigen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1991 demonstrierte die deutsche Regierung 1991 auch ihren

¹⁴ Gross, Hermann, Die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Südosteuropa-Jahrbuch, 1. Band, im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Wilhelm Gülich, München 1957, S. 43f.

¹⁵ Vgl. Gross, Die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, a. a. O., S. 46.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 47.

Anspruch als politische Hegemonialmacht in Südosteuropa, den sie im Laufe der neunziger Jahre mit der Beteiligung an Kriegseinsätzen und der Stationierung von Truppen in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo auch auf das militärische Feld ausweitete. Zu den bevorstehenden Möglichkeiten der deutschen Politik in Südosteuropa bemerkte der Dozent an der Hamburger Hochschule der Bundeswehr Haberl 1990:

"Die Staaten Südosteuropas befinden sich gegenwärtig in einem Umbruch, der vielleicht ähnlich weitgehend ist wie der unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg. Denn damals wurde zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich auch über die politische Kontrolle dieser Staaten entschieden, mit anderen Worten: das Reich rückte in ein in der Entstehung begriffenes, politisches Vakuum ein, nachdem es vorher schon längst in Südosteuropa ökonomisch Fuß gefaßt hatte."¹⁷

Nach der Vereinigung Deutschlands erscheine ein Wiedererstehen ähnlicher politischer wie ökonomischer Konstellationen nicht völlig abwegig.¹⁸

Ähnlich äußerte sich der damalige Außenminister Kinkel in einem Grundsatzpapier, das die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 19. März 1993 veröffentlichte. Darin benannte Kinkel Eckpunkte der künftigen Außen- und Weltpolitik Deutschlands. Er hob hervor:

"Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern. Im Innern müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Innern wie nach außen (...) Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unserer traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Stellung der deutschen Sprache und Kultur in Europa."¹⁹

¹⁷ Haberl, Othmar Nikola, Südosteuropa und das Deutsche Reich vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Südosteuropa, Nr.39, 9/1990, S. 501

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 501

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1993.

Mit den Begriffen "Mittellage" und "Mitteleuropa" knüpfte Kinkel an Legitimationsmuster der Geopolitik an, die seit 1989 eine Renaissance erlebt.²⁰

Nach Imanuel Geiss muß dagegen unterstrichen werden, daß alle deutschen Autoren und Politiker, die heute wieder auf den scheinbar so unschuldigen Begriff "Mitteleuropa" unreflektiert, ohne Abgrenzungen von der deutschen Definition zurückgreifen, sich darüber klar sein müssen, daß sie damit zu Recht "Horror vor einer neuen Runde des `Furor teutonicus` provozieren."²¹

²⁰ Vgl. Klein, Friedrich, Die Renaissance der Geopolitik. Der Traum von Deutschland als dem "Land der Mitte", in: Tribüne, Nr. 4/1996; Brill, Heinz, Geopolitik heute. Deutschlands Chance?, Frankfurt/Berlin 1994.

²¹ Geiss, Imanuel, Mitteleuropa und die deutsche Frage. Die historische Dimension, in: Berg/Burmeister (Hg.), a. a. O., S. 72. Vgl. auch Bennhold, Martin, Mitteleuropa - eine deutsche Politiktradition. Zu Friedrich Naumanns Konzeption und ihren Folgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1992.

Anhang:

Lebensläufe:

Friedrich List (1789-1846)

Friedrich List stammte aus einer Reutlinger Handwerksfamilie. Nach dem Studium übernahm er von 1817-1819 eine Professur für Staatswirtschaft in Tübingen. Ab 1816 bemühte er sich um einen verbandlichen Zusammenschluß der deutschen Fabrikanten. 1819 gründete er auf der Ostermesse in Frankfurt am Main den "Handels- und Gewerbeverein", bestehend aus 5-6000 Fabrikanten und Kaufleuten, dessen ausdrücklicher Zweck die Niederlegung aller Zollschränken und Zwischenzölle im gesamten Bereich des Deutschen Bundes und die Schaffung eines gemeinsamen Handels- und Zollsystems war. 1820 wurde er Abgeordneter des württembergischen Landtages. Er propagierte in dieser Zeit eine Verwaltungs-, Verfassungs- und Finanzreform des Landes, mit dem Ziel größere Freiheits- und Mitbestimmungsrechte für das Bürgertum zu erreichen. Dadurch geriet er in Konflikt mit dem herrschenden Adel. In einer Petition entwickelte List ein modernes Staatsverwaltungssystem - aufgrund einer Denunziation kam der Petitionsentwurf der Staatsregierung zur Kenntnis, List wurde von seiner Abgeordnetenstellung suspendiert und im April 1822 zu einer Haftstrafe verurteilt, der er sich zunächst durch Flucht nach Frankreich zu entziehen versuchte. Im September 1822 erfolgte seine Ausweisung aus Frankreich. 1823 hielt er sich vorübergehend in der Schweiz auf. In der Hoffnung auf Begnadigung kehrte er anschließend nach Württemberg zurück, wo er jedoch sofort verhaftet und am 6. August 1824 als Häftling in der Festung Hohenasperg interniert wurde. Im Januar 1825 erhielt er unter Verzicht auf sein Staatsbürgerrecht einen Reisepaß nach Nordamerika. Nach seinem dortigen Aufenthalt (1825-1832) und dem Studium des us-amerikanischen Wirtschafts- und Eisenbahnsystems begann List mit der theoretischen Begründung einer deutschen Nationalökonomie. 1832 wurde er zum Generalkonsul der Vereinigten Staaten für das liberale Baden ernannt und konnte so in die deutschen Fürstentümer zurückkehren. Als in der Neujahrsnacht von 1833 auf 1834 in fast ganz Nord- und Süddeutschland die Schlagbäume fielen und

der Deutsche Zollverein (allerdings ohne Österreich) gegründet wurde, erlebte List die Verwirklichung seines alten Zieles. Im Sommer 1834 ging er als Konsul nach Leipzig, wo er Pläne für ein deutsches Eisenbahnsystem konzipierte, die mit dem Bau der Strecke Leipzig-Dresden von 1837-1839 eine erste Verwirklichung fanden. Er wurde Herausgeber des "Eisenbahnjournals" und beteiligte sich an der Herausgabe von Rotteck-Welckers Staatslexikon. 1837-1840 lebte er, nach dem die württembergische Regierung ein Gesuch auf ehrenvolle Rehabilitierung abgelehnt hatte, in Frankreich und Belgien. Dort schrieb er sein Hauptwerk "Das nationale System der Politischen Ökonomie", das 1841 erschien. 1840 kehrte er in das Gebiet des deutschen Zollvereins zurück, förderte den Eisenbahnbau in Thüringen und erhielt von der Universität Jena den Ehrendoktor des Rechts. Anlässlich einer Amnestie verfügte die württembergische Regierung im Herbst 1841 die "Wiederherstellung seiner bürgerlichen Ehre". Ab 1843 nahm er aktiv an Bemühungen sächsischer, rheinland-westfälischer und württembergischer Fabrikanten teil, einen "Allgemeinen deutschen Industrie-Verein" zu schaffen. 1843-1846 war List u.a. als Herausgeber des "Zollvereinsblattes" tätig. Nachdem sein Plan einer Kontinentalallianz zwischen Deutschland und Großbritannien im Sommer 1846 auf Ablehnung stieß, beging er kurz darauf in Kufstein Selbstmord.¹

Friedrich Naumann (1860-1919):

Friedrich Naumann, ursprünglich Pastor, gab seit 1894 die Zeitschrift "Die Hilfe" heraus, die u.a. von Robert Bosch, Max Weber und Hans Delbrück finanziert wurde. Nachdem er die Bewegung des Antisemitismus-Predigers Stöcker verlassen hatte, gründete er in den 1890er Jahren den Nationalsozialen Verein, mit dem er einerseits das Proletariat für Nationalismus und Imperialismus, ande-

¹ Vgl. List, Friedrich, Schriften, Reden, Briefe, Bd. I, Teil 1, a. a. O., Lenz, Friedrich, Friedrich List. Der Mann und das Werk, a. a. O., S. 3ff., Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 11ff., Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 28. u. 41, Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, Erster Band, a. a. O., S. 145; Wirth, Der großdeutsche und der mitteleuropäische Traum von 1818-1938, a. a. O., S. 12; Heuss, Theodor, 1848. Werk und Erbe, Stuttgart 1948.

rerseits die Regierung für die "soziale Frage" zu begeistern suchte. Sozialen Fortschritt im Inland hielt er nur mittels nationaler Expansion für realisierbar.

1898 begleitete er den deutschen Kaiser auf dessen Reise in das Osmanische Reich und wurde in der Folge zu einem Verfechter des wirtschaftlichen Imperialismus nach Ost- und Südosteuropa und den Nahen Osten. Seine Reiseerfahrungen veröffentlichte er in dem Buch "Asia. Eine Orientreise über Athen, Konstantinopel, Baalbek, Nazareth, Jerusalem Kairo, Neapel. 1903 löste Naumann den Nationalsozialen Verein auf und trat der Freisinnigen Vereinigung bei. Neben der "Hilfe" gab er von 1901 bis 1903 die Wochenschrift "Die Zeit" heraus, die sich an weniger religiös interessierte LeserInnen wandte. Die politische Redaktion übernahm Paul Rohrbach, Mitarbeiter wurde Hjalmar Schacht. 1907 kandidierte Naumann zum ersten Mal erfolgreich für die Freisinnige Vereinigung im Reichstag. Sein Wahlkampf wurde von Jäckh und Heuss geleitet. 1910 schloß sich die Freisinnige Vereinigung mit der Deutschen Volkspartei zusammen. Es entstand die Fortschrittliche Volkspartei, der Naumann bis zu ihrer Auflösung Ende 1918 angehörte.

Sein Hauptwerk "Mitteleuropa" erschien 1915. Während des Ersten Weltkrieges bereiste Naumann in offizieller und inoffizieller Mission Südosteuropa und Polen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Er verstarb 1919.²

Paul Rohrbach (1869-1956):

Der baltendeutsche Publizist Paul Rohrbach, 1869 in Kurland geboren, studierte ab 1887 in Dorpat Theologie. 1890 emigrierte er nach Berlin. Dort machte er die Bekanntschaft von Hans Delbrück, der ihn als Mitarbeiter für die "Preussischen Jahrbücher" engagierte und auf Studienreisen nach Rußland, Asien, Afrika und

² Vgl. Opitz, Sozialliberalismus, a.a.O., S.38; Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits. Ein biographischer Beitrag zur Geschichte des frühen deutschen Imperialismus, Berlin (DDR). Die Autorin verfälscht im übrigen die Rolle Naumanns bei der Propagierung des "Mitteleuropäischen Staatenbündnisses", indem sie ihn letztlich zu einem Agenten der USA erklärt. (Vgl. ebenda, S. 134ff.).

Amerika und vor allem den Nahen Osten sandte. Durch seine Reiseberichte wurde Rohrbach zum anerkannten Experten für Rußland-, Nahost- und Kolonialfragen. Durch Delbrück und den Historiker Harnack kam Rohrbach in den Naumann-Kreis und nahm an den "Hilfe-Abenden" teil. Von 1901 bis 1903 leitete er die von Naumann herausgegebene Wochenschrift "Die Zeit", danach wurde er im Auftrag des Reichskolonialamtes Landeskommissar für die wirtschaftlichen Angelegenheiten in Deutsch-Südwestafrika und Kommissar für das Ansiedlungswesen beim Gouvernement von Südwestafrika. Durch sein Buch "Die Bagdadbahn" erreichte Rohrbach 1902 erstmals nationale Aufmerksamkeit. Sein Hauptwerk "Der deutsche Gedanke in der Welt" erschien erstmals 1912 und wurde 1920 in veränderter Form neu aufgelegt. Mit dieser Schrift wurde Rohrbach zum Begründer der Strategie des "Ethischen Imperialismus" bzw. der "Moralischen Eroberungspolitik". Das Buch wurde zu einer Grundlage der Ideologie einer deutschen "Weltmission". Während des Ersten Weltkrieges übernahm Rohrbach den Posten des Pressechefs der "Zentralstelle für Auslandsdienst" des Auswärtigen Amtes. Gleichzeitig fungierte er ab 1914 gemeinsam mit Jäckh als Herausgeber der Zeitschrift "Das Größere Deutschland". Nachdem sie dort 1916 die Chefredaktion aufgaben, gründeten sie das vielgelesene Periodikum "Deutsche Politik", die von Robert Bosch finanziert wurde. Rohrbach war ein eifriger Befürworter einer deutschen Annexion der "Randstaaten" Rußlands wie auch größerer Teile Rußlands selbst. Er war der meistgelesenste Kommentator außen- und kolonialpolitischer Themen in der Periode von 1900-1918. In der Weimarer Republik agitierte er gegen die deutsche Verantwortung für den Ersten Weltkrieg und wurde zum Propagandisten einer Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa zur Durchsetzung revisionistischer Forderungen. ("Deutschtum in Not", 1926). Gleichzeitig wirkte er als Herausgeber von "Der deutsche Gedanke. Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslandsdeutschtum". In der Regierungszeit der NSDAP propagierte Rohrbach erneut die angebliche Notwendigkeit eines deutschen Kolonialreiches ("Deutschlands koloniale Forderung", 1935). Er publizierte noch nach 1945 und verstarb 1956.³

³ Vgl. Mogk, Walter, Paul Rohrbach und das "Größere Deutschland", München, 1972; Fischer, Krieg der Illusionen, a. a. O., S. 82; Opitz, Sozialliberalismus, a. a. O., S. 21.; Meyer, Mitteleuropa

Ernst Jäckh (1875-1959):

Ernst Jäckh, geboren 1875 in Urach (Württemberg), begann seine Karriere nach der Promotion zum Dr. phil. als Chefredakteur (von 1902-1912) der Heilbronner "Neckar-Zeitung". Sein dortiger Nachfolger wurde Theodor Heuss. Jäckh war ein enger Vertrauter des Industriellen Robert Boschs, Friedrich Naumanns und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt (1910-1912) Kiderlen Wächter. Jäckh publizierte regelmäßig in Zeitschriften der ökonomistischen Imperialisten, z.B. als ständiger Mitarbeiter Naumanns in der "Hilfe". Seine politische Schwerpunktsetzung wurde 1908 durch eine Reise in das Osmanische Reich geprägt. Über Kiderlen-Wächter erhielt er Zugang zu jungtürkischen Offizieren. 1909 besuchte er als Gast des osmanischen Generalstabes, zum Teil in Begleitung von Rohrbach und Hjalmar Schacht, Albanien, Anatolien und Mesopotamien (den heutigen Irak). In der Folge wurde Jäckh zum führenden Vertreter der ökonomischen und kulturellen Expansion Deutschlands in das Osmanische Reich. Er veröffentlichte u.a. 1909 das Buch "Der aufsteigende Halbmond, Auf dem Weg zum deutsch-türkischen Bündnis" und 1911 die Schrift "Im türkischen Hauptquartier durch Albanien. Bekenntnis zur deutsch-türkischen Freundschaft". Gemeinsam mit dem Institut für Kulturforschung in Wien wurde Jäckh Herausgeber der Zeitschrift "Weltkultur und Weltpolitik", die sich um Sinne der "Mitteleuropa"-Strategie der ökonomistischen Imperialisten der deutschen Expansion nach Österreich-Ungarn und Südosteuropa widmete. Darüber hinaus gab Jäckh die "Deutsche-Orient-Bücherei" heraus, in deren Reihe bis 1926 zwanzig Bände erschienen.

1912 ging Jäckh nach Berlin, wo er den Posten des Geschäftsführers des Deutschen Werkbundes übernahm. Seit Frühjahr 1914 gab Jäckh gemeinsam mit Rohrbach die Wochenzeitschrift "Das Größere Deutschland" heraus, mit der ausdrücklichen Absicht, die öffentliche Meinung Deutschlands "direkt auf den Krieg vorzubereiten." 1916 gründete er mit Rohrbach die Zeitschrift "Deutsche Politik". 1914 wurde Jäckh Geschäftsführer der in diesem Jahr ge-

in German thought and action, a. a. O., S. 96ff., Rohrbach, Paul, Um des Teufels Handschrift. Zwei Menschenalter erlebter Weltgeschichte, Hamburg, 1953.

gründeten "Deutsch-Türkischen-Gesellschaft", die unter dem Ehrenpräsidium des mit Militärmissionen im Osmanischen Reich beauftragten Generalfeldmarschalls von der Goltz und unter dem Vorsitz von Karl Helfferich (Deutsche Bank) stand. Gleichzeitig leitete Jäckh die "Deutsch-türkische Vereinigung". Jäckh führte im Auftrag deutscher Reichsstellen Erkundungs- und Vortragsreisen durch Ost- und Südosteuropa durch. Er wurde mit zahlreichen geheimen Missionen betraut. Während des Ersten Weltkrieges war er als Mitarbeiter der Nachrichtenabteilung des Reichsmarineamtes und später in der "Zentralstelle für Auslandsdienst" der Reichskanzlei, die Schlüsselfigur für das Programm der "Orientrevolutionierung", das auf die Aufwiegelung von Aufständen zielte, um die britische Stellung im Nahen Osten zu destabilisieren. Ende 1915 wurde der "Deutsch-türkischen Vereinigung" die Koordination deutscher Wirtschaftspläne im Osmanischen Reich übertragen. Zu diesem Zweck kam es zur Einrichtung einer "Wirtschaftlichen Beratungsstelle", wiederum mit Jäckh als ständigem Leiter. Die Stelle änderte ihren Namen später in "Deutsch-türkische Wirtschaftszentrale" und zuletzt in "Wirtschaftsinstitut für den Orient". Während des Ersten Weltkrieges begann Jäckh auch eine wissenschaftliche Karriere. Er lehrte am Orientalischen Seminar der Universität Berlin und erhielt dort 1916 den Professorentitel. Im Ersten Weltkrieg fungierte er zudem als Herausgeber der Flugschriftensammlung "Der Deutsche Krieg", in der vorwiegend nationalsoziale Verfasser wie Naumann, Rohrbach und Gertrud Bäumer veröffentlichten.

Nach dem Krieg gründete Jäckh 1920 die "Deutsche Hochschule für Politik" in Berlin, deren erster Studienleiter Theodor Heuss wurde. Jäckh war in der Weimarer Republik weiterhin als Regierungsberater und inoffizieller Diplomat tätig. Er wurde Sachverständiger des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges und unterstützte die Herausgabe einer Zeitschrift gegen die These der deutschen Kriegsschuld ("Der Wiederaufbau"). Jäckh agitierte für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, wurde Initiator der "Deutschen Liga für den Völkerbund" und beteiligte sich maßgeblich an der Völkerbundpolitik Stresemanns. Nachdem er in einer Unterredung mit Hitler im April 1933 vergeblich versuchte, seine Institutionen auch unter der nationalsozialistischen Regierung zu erhalten,

emigrierte Jäckh im Mai 1933 nach Großbritannien. 1934 begann er im Londoner Exil im von der Rockefeller-Stiftung und Robert Bosch gemeinsam finanzierten "New-Commonwealth-Institut für die Erforschung der Probleme von Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden" mit der Erarbeitung einer ideenpolitischen Strategie für die Schaffung eines antisowjetischen Weltbündnisses unter Führung der USA, das in seinem Kern gestützt sein sollte auf eine "atlantische Union" zwischen der USA und einem auf deutsch-französischer Verständigung basierenden "europäischen Commonwealth". Das wesentliche operative Grundelement dieser ideenpolitischen Konzeption war die polarisierende Herausstellung des "Westens" als Träger der elementaren Menschenrechte, Hort des Lebens und Denkens in Freiheit und Verteidigers der Summe von "6000 Jahren Zivilisation" gegenüber dem russischen Kommunismus, der mit "Völkerversklavung" und aggressiven Imperialismus synonym gesetzt wurde. Zwischen 1934 und 1940 unternahm Jäckh im Auftrag der britischen Regierung diplomatische Missionen nach Südosteuropa, den Nahen Osten, Skandinavien und den baltischen Ländern. Dabei bereitete er 1938 das Bündnis zwischen Großbritannien und der Türkei vor. Mit dem ersten Präsidenten der Türkei, Kemal Pascha, genannt "Atatürk", war Jäckh eng befreundet. Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Jäckh Abteilungsleiter für den Nahen Osten im neu errichteten Ministry of Information Großbritanniens. 1940 erhielt er eine Berufung als Professor of International Relations, speziell für mittelöstliche Probleme, an die Columbia University New York. 1948 gründete er dort das Neae Middle East Institute. 1949 initiierte er die amerikanisch-türkische Vereinigung. Im selben Jahr unternahm er zur Vorbereitung eines us-amerikanisch-türkischen Bündnisses diplomatische Missionen in den Nahen und Mittleren Osten. Die Tätigkeiten Jäckhs für die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens und der USA, jeweils im Feld der Südosteuropa- und Nahost-Politik, scheinen auf eine Diskontinuität seiner politischen Einstellung und Zielsetzungen hinzuweisen. Er selber betonte jedoch die Kontinuitätslinien seines "Lebenswerks". Die "Sicherung des östlichen Mittelmeers gegen den russischen Zugriff" habe ein halbes Jahrhundert lang sein politisches Wirken bestimmt.⁴

⁴ Vgl. Jäckh, Ernst, Der Goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954, S. 7.

1950 kehrte Jäckh als Gast des Bundespräsidenten und alten Weggefährten Heuss erstmals nach Deutschland zurück. Er verstarb 1959 in New York.⁵

Hjalmar Schacht (1877-1970)

Hjalmar Schacht, 1877 in Tingleff an der deutsch-dänischen Grenze geboren. Studium der Nationalökonomie und Germanistik an der Berliner Universität. Schüler Schmollers, den er in seinen Erinnerungen als "einen der Männer die mich damals maßgeblich beeinflussten" nannte. Ab 1900 Assistent an der "Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen", einem Propagandabüro der deutschen Exportindustrie. Die Zentralstelle wurde später in "Handelsvertragsverein" umbenannt. Erster Vorsitzender des Vereins war Georg von Siemens, der Direktor der Deutschen Bank. Als Sekretär des "Handelsvertragvereins" nahm Schacht 1902 an einer von Paul Rohrbach organisierten Studienreise nach Südosteuropa und dem Nahen Osten teil. Ab 1903 übernahm Schacht die Leitung des wirtschaftsstatistischen Archivs und der Pressestelle der Dresdner Bank. Zu seinen Aufgaben gehörte die Abfassung von Emissionsprojekten, d. h. Werbeschriften für Anleihen. 1908 wurde er zum stellvertretenden Direktor der Dresdner Bank ernannt. Während des Ersten Weltkrieges war er zunächst als Finanzberater in der Bankabteilung des Deutschen Generalgouvernements Belgien tätig, bis ihm 1916 ein leitender Posten bei der Nationalbank für Deutschland übertragen wurde. Darüber hinaus engagierte sich Schacht während des Krieges als freiwilliger Mitarbeiter des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa". In den Kreis um Naumann war Schacht um 1905 gekommen. Gegen Ende des Krieges beteiligte sich Schacht an der Ausarbeitung der deutschen Friedensforderungen, wobei er schon damals auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß "Mitteleuropas" setzte. Nach dem Krieg gehörte Schacht 1918, wie Naumann, Rohrbach und Jäckh, zu den Gründungsmitglie-

⁵ Vgl. Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 49ff.; Neue deutsche Biographie, herausgeben von der Historischen Kommission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1974, Zehnter Band, S. 264ff., Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 143f.; Opitz (Hg.), Europastrategien..., a. a. O., S. 32; ders., Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 29, 62f., 225 u. 277f.

dern der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). 1922 schloß sich Schachts Arbeitgeber, die Nationalbank für Deutschland, mit der Darmstädter Bank und der Deutschen Nationalbank in Bremen zur Danat-Bank zusammen, die zu einer der drei größten deutschen Banken wurde. Am 12. November 1923 wurde Schacht zum Währungskommissar der Reichsregierung ernannt. Bereits einen Monat später, am 22. Dezember 1923 erhielt er den Posten des Reichsbankpräsidenten. Am 7. März 1930 trat er von diesem Amt zurück. 1931 war er unter den Teilnehmern der Harzburger Front. Im November 1932 vertrat er als Redner neben Rosenberg und Göring die deutsche, sprich nationalsozialistische Delegation auf der "Europatagung" der faschistischen italienischen Akademie in Rom. Am 17. März 1933 wurde Schacht erneut, nun unter nationalsozialistischer Regierung, zum Reichsbankpräsidenten ernannt. Von August 1934 bis Herbst 1937 übernahm er zudem das Amt des Reichswirtschaftsministers. Die Position des Reichsbankpräsidenten behielt Schacht bis Januar 1939. Bis zum 22. Januar 1943 nahm Schacht trotz Aufgabe der beiden Ämter weiterhin als Reichsminister an Kabinettsitzungen teil. Schacht wurde nach dem Krieg vor dem Nürnberger Gerichtshof angeklagt, dort aber freigesprochen. Das Gericht stellte fest, daß Schacht eine Zentralfigur bei Deutschlands Wiederaufrüstungsprogramm gewesen sei, beurteilte diese Tätigkeit jedoch als "nichtverbrecherisch". Der Gerichtshof folgte Schachts Erklärung, daß er nur deshalb am Aufrüstungsprogramm teilgenommen habe, weil er "ein starkes und unabhängiges Deutschland aufbauen wollte, das eine Auslandspolitik führen würde, die auf der Basis der Gleichberechtigung mit anderen europäischen Ländern Achtung genießen würde." Das Gericht hielt darüber hinaus Schachts Aussage für zutreffend, er habe gemeinsam mit den Offizieren des 20. Juli die Entfernung Hitlers und später dessen Ermordung geplant. Im Frühjahr 1947 wurde Schacht demgegenüber von der Stuttgarter Spruchkammer aufgrund seiner führenden Tätigkeit im Nationalsozialismus zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt. Sein Berufungsfahren endete jedoch im September 1948 erneut mit einem Freispruch. In der Bundesrepublik blieb Schacht weiter im Bankgeschäft tätig. Im Dezember 1952 gründete er in Hamburg eine Außenhandelsbank "Hjalmar Schacht&Co.". Am 15. Januar 1953 eröffnete er die Düsseldorfer Außenhandelsbank Schacht&Co. Mit 86 Jahren schied Schacht 1963

aus den Bankhäusern aus. Im Juni 1970 starb er in München an den Folgen eines Unfalls.⁶

Hermann Gross

Geboren 1903 in Brasov (Kronstadt), Rumänien. Angehöriger der deutschen Minderheit in Rumänien. Gross rühmt sich "auf altem deutschen Kolonistenboden im Südosten" - und zwar dem "letzten deutschen Bollwerk zwischen Mitteleuropa und dem Orient" - aufgewachsen zu sein. Er wurde Dipl. Kaufmann und Dipl. Volkswirt und promovierte 1929 bei Prof. Kurt Wiedenfeld mit einer Arbeit über die deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen. Ab 1929 war er als Mitarbeiter und ab 1936 als stellvertretender Direktor am "Institut für mittel- und südosteuropäische Wirtschaftsfor-schung" in Leipzig tätig. 1933 wurde er Mitglied der SA, 1937 trat er der NSDAP bei. 1937 Habilitation mit der Schrift: "Süd-osteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft". Von Februar 1939 bis 1945 Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der I.G. Farben in Wien. Gross unternahm in dieser Zeit zahl-reiche Rei-sen nach Südosteuropa, um Wirtschafts- und Marktforschungen vor allem hinsichtlich der Intensivierung der Landwirtschaft und der noch ausnutzbaren Rohstoffvorkommen durchzuführen. In seiner Funktion als Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung nahm er regelmäßig an Industrie-Ausschußberatungen zwischen deutschen und südosteuropäischen Wirtschaftsverbänden teil. Er engagierte sich zudem für die revisionistische Deutschen Akademie. Des weiteren wurde Gross 1939 Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Univer-sität Wien und an der Hochschule für Welthandel in Wien. Ab 1940 übernahm er zusätzlich eine Lehrtätigkeit an der vom MWT in Wien gegründeten Südoststiftung zur Heranbildung junger Kaufleute für Südosteuropa. 1944 wurde er zum Rektor der Hochschule für Welt-handel Wien ernannt.

Noch 1963 hieß es in einer Festschrift anerkennend zum Wirken von Gross im Nationalsozialismus, daß "Professor Gross (...) bei der Formulierung der vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag ver-

⁶ Vgl. Mühlen, Der Zauberer, a. a. O., S. 14ff.; Pentzlin, Heinz, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlich-keit, Berlin-Frankfurt/M.-Wien 1980, S. 265ff., Barkai, Das Wirt-schaftssystem des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 74.

folgten Wirtschaftspolitik gegenüber dem Südosten, durch zahlreiche Veröffentlichungen und durch seine Tätigkeit im Beirat des MWT ebenso wie als Dozent an der Hochschule für Welthandel zum Erfolg der Bemühungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages beigetragen hat".⁷ Vor dem Nürnberger Gerichtshof verteidigte Gross seinen vormaligen Arbeitgeber, die I.G. Farben, als Entlastungszeuge. Seitens der Alliierten bestand damals die Absicht, den I.G. Farben-Konzern in etwa ein Dutzend kleine, leistungsschwache Einzelgesellschaften aufzuspalten. Daraufhin verfaßte Gross eine vielbeachtete Untersuchung, "Material zur Aufteilung der I.G. Farbenindustrie", in der er darstellte, welche Mindestgrößen für ein erfolgreiches Unternehmen auf dem Gebiet der Großchemie in der "westlichen Welt" für erforderlich und angemessen gehalten wurden, und welche Konsequenzen die Verwirklichung des Plans der Alliierten für die deutsche Industriechemie haben müsse. Dieses Papier wurde Gross im Nachkriegsdeutschland als "mutiger Vorstoß" hoch angerechnet. Er habe damit nicht unwesentlich dazu beigetragen, die für die Gestaltung der Deutschlandpolitik maßgebenden Kreise in den USA davon zu überzeugen, daß diese Art von "Demontage" auch gegen die us-amerikanischen Interessen verstoßen würde.

1948-1962 wurde Gross wissenschaftlicher Dezernent am Institut für Weltwirtschaft Kiel und ab 1957 Professor für Volkswirtschaftslehre an der dortigen Universität. 1955 wurde er zudem zum Direktor des Internationalen Expertenkomitees für Landwirtschaft der Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen in Helsinki gewählt. Er betreute in diesem Kontext einen Forschungsauftrag des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über "Landwirtschaftliche Flüchtlingssiedlungen in verschiedenen europäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg". 1962 wurde er zum ersten Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas an der Universität München ernannt, wo er das Seminar für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas aufbaute, das er bis zu seiner Emeritierung 1971 leitete. Gross war in der Bundesrepublik zugleich Mitbegründer und Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft. Auszeichnungen:

⁷ Glück, Friedbert, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, in: Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung. Festschrift für Hermann Gross, herausgegeben von Theodor Zotschew, München 1963, S. 114.

1972: Jirecek-Medaille in Gold der Südosteuropa-Gesellschaft;
1974: Kulturpreis der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen;
1978: Bundesverdienstkreuz; 1984: Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Gross lebt weiter im hohen Alter in der Nähe von München.⁸

⁸ Kürschners Gelehrtenlexikon 1996, München/New York, Vogel, Rudolf, Hermann Gross-Forschung, Lehre, Leben, in: Zotschew (Hg.), a. a. O., S. 1-8; Althammer, Walter/Gumpel, Werner, Südosteuropa im Entwicklungsprozeß der Welt. Festschrift für Hermann Gross, München/Wien 1979, Vorwort; Schmelzer, Janis, Unternehmen "Südost". Südosteuropapläne der IG-Farben, a. a. O., S. 19f.; Siebert, a. a. O., S. 217.

Erklärung:

Hiermit erkläre ich, daß ich diese Dissertation selbständig verfaßt und dabei nur die angegebenen Hilfsmittel verwendet habe.

31. 10. 1999, Klaus Thörner.

Lebenslauf: Klaus Thörner

geboren am 29. März 1964 in Oldenburg (Niedersachsen)
Eltern Hans Günter Thörner und Margarethe Thörner, geb. Klutz

1970-1974	Besuch der Katholischen Grundschule Harlingerstraße in Oldenburg
1974-1976	Besuch der Orientierungsstufe an der Brüderstraße in Oldenburg
1976-1983	Besuch des Katholischen Gymnasiums Liebfrauenschule an der Auguststraße in Oldenburg
Mai 1983	Abschluß des Abiturs
1983-1985	Zivildienst in der Heimstatt Röderhof bei Hildesheim (Heim für geistigbehinderte Kinder und Jugendliche)
Frühjahr 1985	Dreimonatiges Praktikum in Behinderteneinrichtungen bei Compiegne (Nordfrankreich)
1985-1991	Studium der Diplom Pädagogik an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg
1988-1995	Studium der Diplom Sozialwissenschaften an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg
seit 1991	Pädagogische Tätigkeit als ambulanter Betreuer von psychisch kranken Erwachsenen beim Zentrum für medizinische und berufliche Rehabilitation in Oldenburg (vormals: Verein zur Förderung der psychischen Gesundheit)
1995-1999	Dissertation über "Deutsche Südosteuropapläne von 1840-1945" an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg
1995/96	Im Winter- und Sommersemester: Lehrbeauftragter für Deutsche Ost- und Südosteuropapolitik am Fachbereich 3 (Sozialwissenschaften) der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg
1999	Im Sommersemester: Lehrbeauftragter zum Thema "Antisemitismus und deutscher Arbeitsbegriff" am Fachbereich 3 (Sozialwissenschaften) der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg
Februar 2000	Abschluß der Promotion mit der Disputation

Veröffentlichungen:

Co-Autor des Buches: Der Fall Jugoslawien, Hamburg 1997
Co-Autor des Buches: Goldhagen und die deutsche Linke, Berlin
1997
sowie Autor diverser Zeitschriftenartikel zu den Themenfeldern:
Deutsche Südosteuropapolitik, Antisemitismus und deutscher Arbeitsbegriff.

Literaturverzeichnis:

Ungedruckte Quellen:

Bundesarchiv Berlin, Abteilung Lichterfelde (früher Zentrales Staatsarchiv Potsdam):

Reichskanzlei:

Mitteleuropäischer Wirtschaftsbund, Band 3, Nr. 405.

Film 8524.

Film Nr. 13 345, Aufnahme 1135-1146.

Film Nr. 16192.

Film Nr. 750/2019, Nr. D 7842888ff.

Auswärtiges Amt:

Nr. 2504. Nr. 42993. Nr. 42994. Nr. 42995. Nr. 42997.

Nr. 42999. Nr. 43000.

Nachlaß Naumann:

Nr. 7. Nr. 29. Nr. 215.

Deutsche Stiftung 1143

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn:

PA/AA Bonn, Türkei, I.A.B.q.10, vol.XXVI, Acta betr. die Angelegenheiten Serbiens, vom 1. Oktober 1875 bis 31.Mai 1876.

PA/AA Bonn, Türkei, I.A.B.q., vol.XXIV, Promemoria. Der Wert des deutschen Handels mit Serbien.

PA/AA Bonn, Türkei, A.B.q.108, vol.III, Bericht von Werther an Bülow - Eisenbahnfahrt nach Adrianopel, Philippopol und Bellova.

PA/AA Bonn, Türkei, I.A.B.q.114q. Aufstand in der Herzegowina, Bd.5, Herbert von Bismarck an Bülow, 10.9.1875.

PA/AA Bonn, Türkei, I.A.B.q.104, vol.VII, Vertrag zwischen der Rumänischen Regierung und der Rumänischen Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft.

Gedruckte Quellen:

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Serie D: 1937-1941, Bd.10-13, Frankfurt/M. 1964, Göttingen 1969-1970; Serie E: 1941-1945, Bd.1-8, Göttingen 1969-1979.

Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im Zeiten Weltkrieg. Hg. und eingel. von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1972.

Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des Monopolkapitalismus bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges. Hg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1969.

Ausgewählte diplomatische Aktenstücke zur orientalischen Frage, zusammengestellt und erläutert von Karl Strupp, Gotha 1916.

Bismarck, Otto, Gesammelte Werke, 2.Aufl., Berlin, 1924-1932.

Conrad von Hötzendorf, Franz, Aus meiner Dienstzeit 1906-1918, 5 Bände, Wien, u. a. 1921-1925.

Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4.August 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden, herausgegeben von Salomon Grumbach, Lausanne 1917.

Der Berliner Kongreß 1878. Protokolle und Materialien. Herausgegeben von Imanuel Geiss, Schriften des Bundesarchivs 27, Boppard am Rhein 1978.

Die Auswärtige Politik Preußens 1858-1871. Diplomatische Aktenstücke, herausgegeben von der Historischen Reichskommission, 10 Bände, Oldenburg/O. 1933ff.

Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes von Graf Max Montgelas und Walter Schücking, 4.Bde, Berlin 1921.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hg. von Johannes Lepsius/Albrecht Mendelssohn Bartholdy/Friedrich Thimme, 40 Bde. in 54, Berlin 1922-1927.

Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Hg. und eingel. von Reinhard Opitz, Köln 1977.

Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Band 6, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945). Hg. und eingel. von Martin Seckendorf, Berlin/Heidelberg 1992.

Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg. Hg. und eingel. von Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1973.

Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bände, herausgegeben von Imanuel Geiss, Hannover 1963/64.

L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraite des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères publiés et annotés par André Scherer et Jacques Grunewald, Band 1, Paris 1962.

Reden für die deutsche Nation 1848/49. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Mai. Herausgegeben auf Beschluss der Nationalversammlung und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard. Vollständige Ausgabe in IX Bänden, neu vorgelegt und eingeleitet von Christoph Stoll, München 1988.

Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des Österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren. herausgegeben von Ludwig Bittner und Hans Uebersberger, 9 Bde., Wien/Leipzig 1930.

Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hg. und eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler, Berlin (DDR) 1975.

Zeitschriften (ohne Autorenangaben):

Alldeutsche Blätter:

4. Jg., 7. 1. 1894, Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am Nationalstaat

9. Jg., Nr. 15, 9. 4. 1899, Ein Orientausschuß des Alldeutschen Verbandes

19. Jg., Nr. 38, 18. 9. 1909.

26. Jg., Nr. 3, 15. 1. 1916, Mitteleuropa.

Augsburger Allgemeine Zeitung:

Nr. 107, 17. 4. 1845, Beilage, Auch ein paar Worte über deutsche Auswanderung nach dem Orient.

Nr. 142/143, 22. /23. 5. 1842, Beilage, Briefe eines deutschen Reisenden von der Donau.

Nr. 237, 25. 8. 1845, Beilage, Das praktische Interesse der Deutschen am Erdball oder die östliche Auswanderung.

Nr. 308, 4. 11. 1841, Der deutsche Zollverein und seine Nachbarn.

Nr. 358/359, 25./ 26. 12. 1844, Deutsche Auswanderung in die untern Donauländer.

Nr. 350, 15. 12. 1842, Beilage, Die deutsche Auswanderung und ihre Richtungen.

Nr. 193, 12. 7. 1841, Beilage, Die orientalischen Christen und die Schutzmächte.

Nr. 241, 29. 8. 1845, Beilage, Deutsche Auswanderung.

Nr. 317, 12. 11. 1842, Europa und der Orient.

Nr. 543 u. 544, 30. 12. 1835. Außerordentliche Beilage, Herder über den Metallreichtum Serbien.

Nr. 130, 10. 5. 1846, Pesth.

Nr. 92, 2. 4. 1846, Beilage, Polnisch oder panslavistisch?

Nr. 365, 30. 12. 1848, Preußen oder Oesterreich

Nr. 160, 8. 6. 1844, Beilage, Ueber deutsche Auswanderung.

Nr. 1, 1. 1. 1845, Beilage, Ueber Kleinasien und deutsche Kolonisation.

Nr. 52/53, 21./22. 2. 1844, Beilage, Wohin sollen wir Deutschen auswandern?

Balkan-Revue. Monatszeitschrift für die wirtschaftlichen Interessen der südosteuropäischen Länder:

Jg. 1, 1914, H. 6/7.

Gr., Orient und Occident. Die neue Sicherung der freien Donau, in: Balkan-Revue, Jg. 2, 1915/16.

Deutsche Industrie:

Nr. 9, Mai 1914, S.128ff., Friedrich List und die Gegenwart.

Deutsche Führerbriefe:

5. Jg., Nr. 77, 4. 10. 1932, Die Konferenz von Stresa.

Der Spiegel:

"Die dunklen Seiten von 1848". Gespräch mit Lothar Gall, Nr. 7/1998.

Deutsche Bergwerkszeitung:

Nr. 249, 23. 10. 1927, A. (=August) H. (=Heinrichsbauer),
Gemeinschaftsarbeit zwischen Wirtschaft und Außenpolitik!

Die Grenzboten:

anonym, Die innern Fortschritte Rußlands, in: Nr. 3/1866.

Militär-Wochenblatt. Unabhängige Zeitschrift für die deutsche
Wehrmacht, Berlin:

113. Jg., Nr. 39, 18. 4. 1929, Leitartikel, Der Staat - eine
Festung.

Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen
wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen:

Heft 13/1928 und Heft 1/1930.

Neue Rheinische Zeitung:

Nr. 103, 15. 9. 1848

Nr. 232, 27. 2. 1849, Die Russen in Siebenbürgen.

Nr. 232, 27. 2. 1849, Wien (Die Slaven).

Nr. 278, 21. 4. 1849, Der neue kroatisch-slavonisch-dalmatinische
Raubstaat.

Preußische Jahrbücher:

Band 18, 1866, Die auswärtige Politik Rußlands und ihre Bedeutung für Preußen.

Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe, 18. 10. 1938, Schöpferische Wirtschaftspolitik.

Zeitschrift für Geopolitik:

Jg. 10, Heft 8/1933, Der Süd-Ostraum.

Primärliteratur:

Alldeutscher Verband (Hg.), Deutschlands Ansprüche an das Türkische Erbe, München 1896.

Alldeutscher Verband, Geschäftsstelle (Hg.), Kundgebungen, Beschlüsse und Forderungen des Alldeutschen Verbandes 1890-1902, München 1902.

Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront Berlin (Hg.), Die Rohstoffbasis des großdeutschen Wirtschaftsraumes, in: Jahrbuch 1940/41, 1. Band. Reprint, erschienen in der Reihe Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront, Teil A, herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, bearbeitet und eingeleitet von Michael Hepp und Karl Heinz Roth, München/London/New York/Oxford/Paris 1987.

Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas. Weltwirtschaft oder Großraum, Leipzig 1942.

Bakunin, Michael, Aufruf an die Slawen, Köthen 1848.

ders., Beichte aus der Peter-Pauls-Festung an Zar Nikolaus I., geschrieben 1851, übersetzt von L. Keneth, Frankfurt/M. 1973.

Bammel, E., Die Mitteleuropafrage in der Frankfurter Nationalversammlung, Diss., Bonn 1944.

Bernhardi, Friedrich von, Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart 1912.

Bismarck, Otto, Gedanken und Erinnerungen, Zweiter Band, Stuttgart 1898.

Boehm, Max Hildebert, Mitteleuropa und das deutsche Kulturproblem, in: Preussische Jahrbücher, Band 167, Januar-März 1917.

ders., Europa irredenta. Eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart, Berlin 1923.

Brandenburg, Erich, Deutschlands Kriegsziele. Leipzig 1917.

Brentano, Lujo, Über die zukünftige Politik des deutschen Reiches, in: Schmollers Jahrbuch IX/1885.

Bülow-Cummerow, Ernst G. v., Die europäischen Staaten nach ihren inneren und äußeren politischen Verhältnissen, Altona 1845.

Charmatz, Richard, Minister Freiherr von Bruck. Der Vorkämpfer Mitteleuropas, Leipzig 1916.

Chéradame, André, The Pangerman Plot Unmasked, New York 1917.

ders., Pan-Germany. The Disease and Cure, Boston 1917.

Claß, Heinrich, Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932.

Cwiklinski, Ludwig (Hg.), Balkan und Naher Orient, Wien/Leipzig 1916.

Dehn, Paul, Deutschland und der Orient in ihren wirtschaftspolitischen Beziehungen, 2 Teile, München/Leipzig 1884.

ders., Deutschland und die Orientbahnen, in: Schmollers Jahrbuch, 9.Jg., II/1885.

ders., Zu den Verwicklungen im näheren Orient, in: Alldeutsche Blätter, 19.Jg., Nr. 12, 19. 3. 1909.

ders., Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme, Halle a. S. 1909.

Demangeon, Albert, Géographie politique, in: Annales des Géographie, Nr. 233, 15. 1. 1932.

Dix, Arthur, Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 40, 1910.

ders., Deutscher Imperialismus, Leipzig 1912.

ders., Deutschland und der Balkanmarkt, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena, 106. Band., 1916, Nr. I.

Duisberg, Carl, Abhandlungen, Vorträge, Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin 1933.

Eckardt, J.v., Berlin-Wien-Rom. Betrachtungen über den neuen Kurs und die neue europäische Lage, Leipzig 1892.

Ernst, Waldemar, Raum und Recht. Ein Beitrag zum Fragenkreis Südosteuropa, in: Volk und Reich, 13. Jg., 1937, Heft 1, S.1-7.

Eulenburg, Franz, Literatur über die wirtschaftliche Annäherung von Mitteleuropa, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 7. Band, 1916/I, Jena.

Finger, Felix, Karten zur Wirtschaft der Südoststaaten, in: Volk und Reich, 14. Jg., 1938, Heft 8.

ders., Karten zur Wirtschaft der Südoststaaten, in: Volk und Reich, 15. Jg., 1939, Heft 1.

Fliegenschmidt, Maximilian, Deutschlands Orientpolitik im ersten Reichjahrzehnt 1870-1880, Berlin 1913.

Frantz, Constantin, Polen, Preussen und Deutschland. Faksimiledruck der Ausgabe Halberstadt 1848, herausgegeben von Hans Elmar Onnau, Siegburg 1969.

ders., Die Wiederherstellung Deutschlands, Berlin 1865.

ders., Deutsche Antwort auf die orientalische Frage, Leipzig 1877.

Franges, Otto, Die Donaufürstentümer Südosteuropas und der deutsche Großwirtschaftsraum, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 53, 1941/I.

Fried, Ferdinand (= Ferdinand Friedrich Zimmermann), Das Ende des Kapitalismus, Tat-Schriften, Jena 1931.

ders., Der Umbau der Welt, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32.

ders., Wo stehen wir?, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32.

Friedrich-List-Volksbuch, herausgegeben im Auftrag der Stadt Reutlingen, Berlin 1938.

Frymann, Daniel (Pseudonym für Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär` - Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912.

Geisler, Franz/März, Josef/Thierfelder, Franz u. a. (Hg.), Unser Kampf auf dem Balkan, München 1942.

Germania triumphans! Rückblick auf die weltgeschichtlichen Ereignisse der Jahre 1900-1915, von Einem Größtdeutschen, Berlin 1895.

Gilben, J., Aus Königgrätz, IV, in Die Grenzboten, Nr. 4/1868.

Göring, Hermann, Wiederaufbau der Ostmark, in: Der Vierjahresplan, Folge 4, April 1938.

Gotheim, Georg, Mitteleuropäische Zollunion, in: Volk und Reich, 7. Jg., 1931, Heft 2/3.

Gross, Hermann, Die Wirtschaftskräfte Südosteuropas und Deutschlands, in: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, 4/1937.

ders., Staatshandeln und Volkswirtschaft in Südosteuropa in Südosteuropa, in: Staatenwirtschaft. Ständige Beilage zur Zeitschrift für Geopolitik, Nr. 3, November 1937.

ders., Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, Stuttgart/Berlin 1941.

ders., Die deutschen Handelsbeziehungen zum Südosten, in: Soldatenbriefe der Hochschule für Welthandel in Wien, Nr. 3, Januar 1944.

ders., Die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Südosteuropa-Jahrbuch, 1. Band, im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von Wilhelm Gülich, München 1957.

ders., Zur Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Südosteuropa-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.), Südosteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, Boppard 1979.

ders., Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Südostdeutschtums und die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen, herausgegeben von Ulrich Haustein/Georg W. Strobel/Gerhard Wagner, Stuttgart 1981.

Grossdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950, von einem Alldeutschen, Zweite vielfach gänderte Auflage, Berlin 1895.

Gürge, Wilhelm, Paneuropa oder Mitteleuropa, Berlin 1929.

ders./Grotkopp, Wilhelm (Hg.), Grossraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit, Berlin 1931.

Haase, Friedrich, Die Erdölinteressen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft in Rumänien, Berlin 1922.

Hahn, Max, Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik, in: Volk und Reich, 7. Jg., Heft 10-11/1931.

ders., Die Wirtschaft in Mitteleuropa, in: Volk und Reich, 7. Jg., Heft 2-3/1931.

ders., Deutschland und der Donaauraum, in: Ruhr und Rhein, 14. Jg., Heft 12, 24. 3. 1933.

ders., Importverlagerung als vordringliche Aufgabe der deutschen Handelspolitik, in: Der deutsche Volkswirt. Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Berlin, 8. Jg., 22. 12. 1933.

ders., Wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Südosten, in: Europäische Revue, Stuttgart, 10/1934.

ders., Die handelspolitische Bedeutung des mitteleuropäischen Raumes nach der Eingliederung Österreichs, in: Westfälische Wirtschaft, Dortmund, 2. Jg., Heft 18, 30. 4. 1938.

Hasse, Ernst, Deutsche Weltpolitik, Flugschrift des Alldeutschen Verbandes, München 1897.

ders., Europäische oder Weltpolitik?, in Alldeutsche Blätter, 9. Jg., Nr. 24, 11. 6. 1899.

ders., Deutsche Grenzpolitik, in: ders., Deutsche Politik, Bd.I, Heft 3, München 1906.

ders., Die Zukunft des deutschen Volkstums, in: ders., Deutsche Politik, Bd.I, Heft 4, München 1907.

ders., Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, München 1908.

Haushofer, Karl (Hg.), Jenseits der Großmächte. Ergänzungsband der Großmächte Rudolf Kjelléns, Leipzig/Berlin 1932.

Heffter, Moritz Wilhelm, Der Weltkampf der Deutschen und Slawen seit dem Ende des 4. Jahrhunderts nach christlicher Zeitrechnung, nach seinem Ursprunge, Verlaufe und nach seinen Folgen dargestellt, Hamburg/Gotha 1847.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Stuttgart, 1938.

ders., Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Zweite Hälfte, Band IV: Die germanische Welt (1822/23), herausgegeben von Georg Lasson, Hamburg 1968.

ders., Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830), herausgegeben von Friedhelm Nicolini/Otto Pöggeler, Hamburg 1969.

Heiß, Friedrich, Um Volk und Reich. Worte zum Anfang, in: Volk und Reich. Politische Monatshefte für das junge Deutschland, Berlin, Nr. 1, April/Mai 1925.

Heffferich, Karl, Die deutsche Türkenpolitik, Berlin 1921.

ders., Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Dritter Band, Berlin, 1923.

Herkner, Heinrich (Hg.), Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten, 3 Teile, München/Leipzig 1916.

Heubner, Paul, Raumgedanken, geopolitische Anschauungen und Forderungen bei Friedrich List. Zu 100jähriger Erinnerung, in: Zeitschrift für Geopolitik, 18. Jg., Heft 6.

Heuss, Theodor, Zwischen Gestern und Morgen, Stuttgart 1919.

ders., 1848. Werk und Erbe, Stuttgart 1948.

ders., Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit (Erste Auflage 1937), zweite neu bearbeitete Auflage Stuttgart/Tübingen 1949.

Hilferding, Rudolf, Europäer, nicht Mitteleuropäer, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, 8. Jg., 1915, Nr. 11/12.

Hoetzsch, Otto, Der Krieg und die große Politik (Mitteleuropa-Rußland), in: Preußische Kreuzzeitung, Nr. 6, 5. 1. 1916.

Höfken, Gustav, Deutsche Auswanderung und Kolonisation mit Hinblick auf Ungarn, Wien 1850.

Hofmann, Josef Wilhelm, Der Mitteleuropagedanke von 1848. Seine Grundlagen und seine Richtungen im politischen Schrifttum seiner Zeit, Diss., Würzburg 1940.

Irk, Victor C., Rumäniens raumpolitische Sendung, in: Zeitschrift für Geopolitik, 14. Jg., 1937, Heft 4.

Jäckh, Ernst, Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland, in: Patria, 1910.

ders., Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg, Berlin 1913.

ders., "Mitteleuropa" als Organismus, in: Deutsche Politik. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik, 1. Jg., Heft 25, 16. Juni 1916.

ders., Der geopolitische Zwang, in: Deutsche Politik, 1. Jg., Heft 29, 14. Juli 1916.

ders., Bukarest-Saloniki, in: Deutsche Politik, 1. Jg., Heft 37, 8. September 1916.

ders., Die Wendung im Orient, in: Deutsche Politik, 3. Jg., Heft 45, 8. November 1918.

ders., Kiderlen-Wächter. Der Staatsmann und Mensch, Bd. 2, Berlin/Leipzig 1924.

ders., Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954.

ders., Weltsaat. Erlebtes und Erstrebtes, Stuttgart 1960.

Jecht, H., Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1942.

Johnston, Harry H., The Legitimate expansion of Germany, in: Fortnightly Review, London, vol. 78, 1905.

Kampfmeyer, Paul, Das Nationalitätsprinzip und das Recht der Entwicklung, in: Sozialistische Monatshefte, 7. Heft, 13. 4. 1916.

Kautsky, Karl, Mitteleuropa, in: Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 34. Jg., Bd. 1, 1915/16, Nr. 14/15, 7. 1. 1916, Nr. 17, 21. 1. 1916, Nr. 18, 28. 1. 1916.

Kjellén, Rudolf, Die politischen Probleme des Weltkrieges, Leipzig/Berlin 1916.

Kleinwachter, F. G./Paller, Heinz von (Hg.), Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, Wien/Leipzig 1930.

Knoll, Gerhard, Die Mitteleuropa-Ideen von Friedrich List, in: Das Neue Europa. Beiträge zur nationalen Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft, Daitz, Werner (Hg.) für die Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Grossraumwirtschaft e. V., Berlin, Dresden 1941.

Körber, A., Rückblick und Ausschau auf den Balkan, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 9/1929.

Kohl, J. G., Die streitenden Interessen Österreichs und Deutschlands auf der einen und Rußlands auf der anderen Seite an den Donaumündungen und am Schwarzen Meer, in: Deutsche Vierteljahresschrift, Heft 1, 1849.

Kreil, Fritz, Mitteleuropäische Autarkie, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932.

Krugmann, Robert W., Südosteuropa und Großdeutschland. Entwicklungs- und Zukunftsmöglichkeiten, Breslau 1939.

Kumpmann, Karl, Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland, Tübingen 1915.

Lagarde, Paul de, Deutsche Schriften, 4. Auflage, München 1934.

Laskine, Edmond, L'Internationale et le Pangermanisme, Paris 1916.

Lassalle, Ferdinand, Reden und Schriften, 1. Band, Berlin 1892.

ders., Nachgelassene Briefe und Schriften, Band 6: Die Schriften des Nachlasses und der Briefwechsel mit Karl Rodbertus, herausgegeben von Gustav Mayer, Neudruck der Ausgabe 1925, Osnabrück 1967.

Leibrock, Otto, Großdeutschland und der Südostraum, in: Volk und Reich, 15. Jg., 1939, Heft 1.

ders., Der Südosten, Grossdeutschland und das neue Europa, Berlin 1941.

Lenin, W. L., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders., Werke, Bd. 22, Berlin (DDR), 1966.

Leutwein, Paul, Mitteleuropa - Mittelafrica, in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, Nr. 6, 20. 4. 1916.

Lieb knecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, Berlin 1966.

Lieb knecht, Wilhelm, Zur orientalischen Frage oder Soll Europa kosackisch werden. Ein Mahnwort an das deutsche Volk, Zweite vermehrte Auflage, Leipzig 1878.

List, Friedrich, Schriften, Reden, Briefe, 10 Bde., Aalen 1971.

List, Heinrich Theodor, Deutschland und Mittel-Europa, Berlin 1916.

Liszt, Franz von, Ein mitteleuropäischer Staatenbund als nächstes Ziel der deutschen auswärtigen Politik, Leipzig 1914.

Lochmüller, Willy, Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan! Afrikanische oder europäische Politik?, Leipzig 1913.

Loesch, Karl C., Was ist Mitteleuropa?, in: Volk und Reich, 12. Jg., 1936, Heft 2.

Lüdorf, Paul Fr., Aktive deutsche Mitteleuropapolitik!, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932.

Mackay, Freiherr von, Von Ostende bis Bagdad, in: Die Hilfe, Nr. 44, 4. 11. 1915.

Martin, Rudolf, Mehr Lohn und Mehr Geschütze, in: Preussische Jahrbücher, Band 83, 1896.

ders., Berlin-Bagdad. Das deutsche Weltreich im Zeitalter der Luftschiffahrt 1910-1931, Stuttgart/Leipzig 1907.

Masaryk, Thomas G., Pangermanism and the Eastern Question, in: The New Europe, 1916.

ders., Das Neue Europa. Der slawische Standpunkt. (Englische Originalausgabe Oktober 1918, deutsche Erstausgabe 1922), Neudruck der deutschen Erstausgabe Osnabrück 1976.

Karl Marx-Friedrich Engels-Werke (MEW), herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR) 1965-1975:

Engels, Friedrich, Der Anfang des Endes in Österreich, in: Bd.4, S.505ff.

ders., Der magyarische Kampf, in: Bd. 6, S.165ff.

ders., Der demokratische Panslawismus, in: Bd. 6, S.274ff.

ders., Ungarn, in: Bd. 6, S. 508ff.

ders., Revue, in: Bd. 7, S. 215ff.

ders., Revolution und Konterrevolution, Bd. 8, S. 50ff.

ders., Warum es in der Türkei in Wirklichkeit geht, in: Bd. 9, S. 17ff.

ders., Die türkische Frage, in: Bd. 9, S. 27ff.

ders., Was soll aus der europäischen Türkei werden?, in: Bd. 9, S. 33ff.

ders., Deutschland und der Panslawismus, in: Bd. 11, S. 193ff.

ders., Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun, in: Bd. 16, S. 156ff.

Engels an Marx, 25. 7. 1876, in: Bd. 34, S. 20.

Engels an Marx, 25. 8. 1876, in: Bd. 34, S. 26.

Engels an Gustav Rasch, Ende November 1876, in: Bd. 34, S. 230.

Engels an Hermann Engels, 18. 12. 1876, in: Bd. 34, S. 235.

Engels an Wilhelm Liebknecht, 2. 7. 1877, in: Bd. 34, S. 282.

Engels an Kautsky, 7. 2. 1882, in: Bd. 35, S. 270ff.

Engels an Bernstein, 22. 2. 1882, in: Bd. 35, S. 281f.

Engels an August Bebel, 13. 9. 1886, in: Bd. 36, S. 525.

Engels an Laura Lafargue, 13. 9.1886, in: Bd. 36, S. 530.

Marx, Karl, Sieg der Konterrevolution in Wien, in: Bd. 5, S. 455ff.

ders., Die revolutionäre Bewegung, in: Bd. 6, S. 149ff.

ders., Britische Politik - Disraeli - Die Flüchtlinge - Mazzini in London - Türkei, in: Bd. 9, S. 9ff.

ders., Die russische Politik gegenüber der Türkei, in: Bd. 9, S. 168ff.

ders., Konspekt von Bakunins Buch "Staatlichkeit und Anarchie, Bd. 18, S. 609ff.

Marx, Karl/Engels Friedrich, Ein Komplott gegen die IAA - Bericht über das Treiben Bakunins, in: Bd. 18, S. 453ff.

Marx an Engels, 10. 3. 1853, in: Bd. 28, S. 222f.

Marx an Engels, 22./23. 3. 1853, in: Bd. 28, S. 228.

Marx an Engels, 29. 10. 1856, in: Bd. 29, S.19-22.

Marx an Engels, 24. 6. 1865, in: Bd. 31, S. 127.

Marx an Wilhelm Liebknecht, 4. 2. 1878, in: Bd. 34, S. 317ff.

Mauß, Otto, Friedrich Ratzel zum Gedächtnis, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8. 1929.

Moltke, Graf Helmuth von, Die Donaufürstentümer, in: Augsburger Allgemeine Zeitung, Nr. 358, 23. 12. 1842.

ders., Zur Orientalischen Frage, in: ders., Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten. Zweiter Band. Vermischte Schriften, Berlin 1892.

Mühlen, Norbert, Der Zauberer. Leben und Anleihen des Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht, Zürich 1938.

Mühlmann, Carl, Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg 1914-1918, Berlin 1942.

Mühlmann, Karl, Balkan und Vorderer Orient in geopolitischer Bedeutung, Heft 7/1932.

Naumann, Friedrich, Asia, (1. Auflage 1899), 8. unveränderte Auflage, Berlin-Schöneberg 1911.

Naumann, Friedrich, Mitteleuropa, Berlin 1915.

Naumann, Friedrich, Werke, Band 4 und Band 5, herausgegeben von Theodor Schieder, Köln/Opladen 1964.

Nelböck, Friedrich, Deutschland und die Tschechoslowakei im Kampf um Mitteleuropa, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8/1932.

Neubacher, Hermann, Sonderauftrag Südost 1940-1944. Bericht eines fliegenden Diplomaten, Berlin-Frankfurt/M., 2. durchgeseh. Auflage 1957.

Oncken, Hermann, Ein großdeutscher Politiker: Albert Schäffle, in: ders., Historisch-politische Aufsätze und Reden, 1. Band, München/ Berlin 1914.

ders., Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917.

Partsch, Joseph, Mitteleuropa. Die Länder und Völker von den Westalpen und dem Balkan bis an den Kanal und das Kurische Haff, Gotha 1904.

Pfeffer, K. H., Begriff und Methode der Auslandswissenschaften, in: Jahrbuch der Weltpolitik, Berlin, 1942.

Pfizer, Paul, Das Vaterland, Stuttgart 1845.

Raab, Alfons, Die Politik Deutschlands im Nahen Orient von 1878-1908, Wien 1936.

Rathenau, Walther, Gesammelte Schriften. In fünf Bänden, Berlin 1918, Bd. 5.

ders., Politische Briefe, Dresden 1929.

Rathgen, Karl, Über den Plan eines britischen Reichszollvereins, in: Preussische Jahrbücher, 86/1896.

Ratzel, Friedrich, Deutschland, 5. Auflage, Berlin/Leipzig, 1921.

Reiswitz, Johann Albrecht von, Belgrad-Berlin, Berlin-Belgrad 1866-1871, München/Berlin 1936.

Riedl, Richard, Mitteleuropa oder Zentraleuropa?, in: Volk und Reich, 13. Jg., 1937, Heft 12.

Riezler, Kurt, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet und herausgegeben von Karl-Dietrich Erdmann, Göttingen 1972.

Ritter, Albert, Die Kaisermächte und der Balkan, Stuttgart 1913.

Rohrbach, Paul, Deutschland unter den Weltvölkern. Materialien zur auswärtigen Politik, 2. Auflage, Berlin 1908.

ders., England, Rußland, unsere Gegner, in: Deutsche Politik, 1. Jg., Heft 1, 1. Januar 1916.

ders., Woher kam der Krieg? Wohin führt er?, Erweiterte Auflage, Weimar 1917.

ders., Moralische Eroberungspolitik, in: Deutsche Politik, 2. Jg., Heft 21, 25. Mai 1917.

Ronneberger, Franz, Der europäischen Neuordnung entgegen, in: Donaueuropa. Zeitschrift für die Probleme des europäischen Südostens, Budapest 1942.

ders., Der politische Südosteuropabegriff, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum, Darmstadt, Bd. VI., 1943.

Roscher, Wilhelm. Nationalökonomische Ansichten über die deutsche Auswanderung, in: Deutsche Vierteljahresschrift, 3. Heft, 1. Abteilung, Stuttgart/Tübingen 1848.

Roscher, Wilhelm/Jannasch, Robert, Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, 3. Auflage, Leipzig 1885.

Rotteck, Carl/Welcker, Carl (Hg.), Das Staats-Lexikon oder Enyklopädie der Staatswissenschaften, 15 Bände, Altona 1834-1843. 4 Supplementbände, Altona 1846-1848.

Rumpf, Helmut, Mitteleuropa. Zur Geschichte und Deutung eines politischen Begriffs, in: Historische Zeitschrift, Nr. 165, 1942.

Samassa, Paul, Ein "Mitteleuropäischer Wirtschafts-Verein", in: Alldeutsche Blätter, 14. Jg., Nr. 3, 16. Januar 1904.

Sartorius von Waltershausen, August, Beiträge zur Beurteilung einer wirtschaftlichen Föderation von Mitteleuropa, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 5, 1902.

Sauter, Hermann von, Die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanstaaten. Veröffentlichungen der Handelshochschule München, München/Leipzig 1913-1914.

Schaefer, Carl A., Das neudeutsche Ziel. Von der Nordsee bis zum Persischen Golf, Stuttgart 1914.

Schäffle, Albert. Die Grundsätze der Steuerpolitik und die schwebenden Finanzfragen Deutschlands und Oesterreichs, Tübingen 1880.

ders., Zur wissenschaftlichen Orientierung über die neueste Handelspolitik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen, 49. Jg., 1893.

ders., Aus meinem Leben, Bd.I, Berlin 1905.

Schenderlein, F., Die Kolonisationsbestrebungen in Deutschland zwischen 1840 und 1850, Diss., Leipzig 1923.

Schiemann, Theodor (Pseudonym index), Deutschland und die Weltpolitik, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 85, 1896.

Schippel, Max, Zwei Absagen an den Freihandel, in: Sozialistische Monatshefte, 1915, Band 3.

Schlenker, Max, Mitteleuropa. Geleitwort, in: Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr, 8. Jg., Nr. 39, 29. 9. 1927.

ders., Oesterreichs Schlüsselstellung im mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet, in: Volk und Reich, 4. Jg., 2. Heft, Feb./März 1928.

Schmerz, Ig., Verschiebungen im Donaauraum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3/1931.

ders., Deutschlands Donauerbe, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932.

Schmitt, Carl, Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969, Berlin 1995.

Schmoller, Gustav/Sering, Max/Wagner, Adolph (Hg.), Handels- und Machtpolitik. Reden und Aufsätze, 2 Bände, Stuttgart 1900.

ders., Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 40. Band, 2. Heft, 1916.

Schoen, Freiherr Wilhelm von, Erlebtes. Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit, Stuttgart/Berlin 1921.

Schotte, Walther, An unsere Leser, in: Mittel-Europa. Mitteilungen des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", 2. Jg., H. 52, 24. 12. 1918.

Schuchardt, Ottomar, Der mitteleuropäische Bund, Dresden 1913.

Schüßler, Wilhelm, Neudeutschland und Österreich, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 13, Juli-September 1913.

ders., Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt, Stuttgart/Berlin 1919.

ders., Deutsche Einheit und gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung, Stuttgart 1937.

ders., Mitteleuropa als Wirklichkeit und Schicksal, (1. Aufl. 1937), 2. Aufl., Köln 1939.

Schulze-Gävernitz, G. v., An der Schwelle des dritten Kriegsjahres, in: Deutsche Politik, 1. Jg., Heft 36, 1. 9. 1916.

Schuhmacher, Rupert von, Der Strukturwandel des Südostraumes, in: Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 11, Heft 9/1934.

Seraphim, Hans-Jürgen, Zehn Jahre Institut für mittel- und südosteuropäische Wirtschaftsforschung, in: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, 1. Jg., 1937/38, Heft 4.

ders., Die Eingliederung der Landwirtschaft des Donau- und Schwarzmeerraumes in die werdende kontinentaleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: Donaueuropa. Zeitschrift für die Probleme des europäischen Südostens, Budapest, Heft 6/1942.

ders., Deutsche-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1943.

Seton-Watson, Hugh, Some Aspects of the Danubian Problem, in: International Affairs, Vol. XIII, No. 5, September/October 1934.

Sevin, Ludwig, Die Entwicklung von Friedrich Lists kolonial- und weltpolitischen Ideen bis zum Plane einer englischen Allianz 1846, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 33. Jg., 1909.

Ders., Die Listsche Idee einer deutsch-englischen Allianz in ihrem Ergebnis für Deutschland, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 34. Jg., 1910.

Siewert, Wulf, Weltpolitik oder Raumpolitik, in: Volk und Reich, 9. Jg., Heft 2/1933.

Sommer, Artur, Friedrich Lists System der politischen Ökonomie, (unveränderter Nachdruck der Ausgabe Jena 1927), Vaduz/Liechtenstein 1984.

Spahn, Martin, Mitteleuropa, in: Volk und Reich, Nr. 1, April/Mai 1925.

Stern, Jaques, Mitteleuropa von Leibniz bis Naumann, Stuttgart/Berlin 1917.

Stolper, Gustav, Donauföderation oder Grossdeutschland (Heft 1/2 der Flugschriftenreihe "Großdeutschland", herausgegeben von Walther Schotte), Berlin 1919.

ders., Deutsche Wirtschaft seit 1870, 2. ergänzte Auflage, Tübingen 1955.

Stresemann, Gustav, Staatsproblem oder Ressortfrage?, in: Wirtschaftszeitung der Zentralmächte, Nr. 5, 10. März 1916.

Südenhorst, Alois Edler von, Die Eisenbahnverbindungen Central-Europas mit dem Orient und deren Bedeutung für den Welthandelsverkehr, Wien 1878.

Tannenberg, Richard, Gross-Deutschland. Die Arbeit des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1911.

Török, Arpad, Ungarn im Spiel der französischen Donaupolitik, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932.

Toynbee, A. J., German's Drang nach Südosten, in: Survey of International Affairs, Royal Institute, 1936.

Ullmann, Hermann, Friedrich Naumanns "Mitteleuropa", in: Die Tat, VII. Jg., 1915/16.

Valjavec, Fritz, Die deutsche Südosteuropaforschung, in: Jahrbuch für Politik, 1943.

Vir pacificus, Politischer Ernst, in: Preussische Jahrbücher, Band 83, 1896.

Voigt, Paul, Deutschland und der Weltmarkt, in: Preussische Jahrbücher, Bd. 91, 1898.

Wagemann, Ernst, Der neue Balkan. Altes Land- junge Wirtschaft, Hamburg 1939.

Wagner, Otto, Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den vierziger Jahren, Diss., Marburg 1935.

Welte, Adolf, Der Donaauraum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3/1934.

Wilmowsky, Tilo von, Rückblickend möchte ich sagen...An der Schwelle zum 150jährigen Krupp-Jubiläum, Oldenburg/Hamburg 1961.

Winterstetten, K. v. (Pseudonym für Albert Ritter), Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik, 12. Auflage, München 1915.

Wirsing, Giseler, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31.

ders., Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1931.

ders., Vorstoß Zollunion, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32.

Wiskemann, Elisabeth, The "Drang nach Osten" continues, in: Foreign Affairs, Volume 7, No 4, July 1939.

Wiskemann, Erwin, Mitteleuropa. Eine deutsche Aufgabe, Berlin 1933.

Wirth, Kurth, Der großdeutsche und der mitteleuropäische Traum von 1815 bis 1938, Würzburg-Aumühle 1938.

Wolf, Julius, Das Deutsche Reich und der Weltmarkt, Jena 1901.

ders., Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1903.

ders., Die ersten drei Jahre des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1907

ders., Ein Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Zollverband, Leipzig 1915.

Zehrer, Hans, Grundriß einer neuen Partei, in: Die Tat, Jg. 21/II, 1929/30.

ders., (An.), Deutschlands Weg aus der Einkreisung, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31.

Zillich, Heinrich, Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 2/1929.

Sekundärliteratur

Anweiler, Oskar/Reißner, Eberhard u. a., Osteuropa und die Deutschen, Berlin 1990.

Aly, Götz/Heim, Susanne, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.

Bade, Klaus J. (ed.), Population, Labour and Migration in 19th. and 20th-Century Germany, Leamington Spa/Hamburg/New York 1987.

ders., Homo migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland, Essen 1994.

Barche, Heinz, Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag". Zur Ost- und Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus in Vorbereitung des Münchener Abkommens, in: Deutsche Außenpolitik, Nr. 11/1960.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936, Köln 1977.

Basch, Antonin, The Danube Basin and the German Economic Sphere, New York 1943.

Beaver, S.H., Railways in the Balkan Peninsula, in: The Geographical Journal, vol. 97, 1941.

Behm, Erika/Kuczinsky, Jürgen, Arthur Dix. Propagandist der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1970, Teil 2.

Benes, Edward, My War Memoirs, London 1928.

Bérend, Ivan T./Ránki, György, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südosteuropas 1850-1914, in: Ost- und Südosteuropa 1850-1914, herausgegeben von Arcadius Kahan, u. a., Stuttgart 1980.

Berg, Heino/Burmeister, Peter (Hg.), Mitteleuropa und die deutsche Frage, Bremen 1990.

Berndt, Roswitha, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne des deutschen Imperialismus (1926-1931). Zur Rolle des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages und der Mitteleuropa-Institute in den

imperialistischen deutschen Expansionsplänen, in:
Wissenschaftliche Zeitung der Martin-Luther Universität
Halle/Wittenberg. Gesellschafts-und Sprachwissenschaftliche Reihe
14(1965). Wiederabdruck in: Ziebur, Gilbert (Hg.), Grundfragen
der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975.

Bleek, Wilhelm, Die Paulskirche in der politischen
Ideengeschichte Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte.
Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B3-4/98, Januar 1998.

Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum
Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der
Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln/Berlin 1966.

Bormann, Claus, Bismarck und Südosteuropa vom Krimkrieg bis zur
Pontuskonferenz, Diss., Hamburg 1967.

Broszat, Martin, Deutschland-Ungarn-Rumänien. Entwicklung und
Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und
Bündnispolitik, in: Historische Zeitschrift, München, Bd. 206,
1968.

Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor
und nach 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr.
4/1953.

Czichon, Eberhard, Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die
Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995.

Deák, István, Die rechtmässige Revolution. Lajos Kossuth und die
Ungarn 1848-1849, Wien/Köln/Graz 1989.

Deborin, A., Die Mitteleuropa-Idee in der Propaganda der
deutschen Imperialisten. Zur Geschichte der ideologischen
Vorbereitung der beiden Weltkriege, in: Neue Welt, 9. Jg., Heft
22, November 1954.

Dehio, Ludwig, Deutschland und die Weltpolitik im 20.
Jahrhundert. München 1955.

Deist, Wilhelm/Messerschmidt, Manfred/Volkman, Hans-Erich u. a.
(Hg.), Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik,
Stuttgart 1979.

Diekmann, Christoph/Kahrs, Horst/Heim, Susanne/Meyer, Ahlrich u.
a. (Hg.), Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien
in Ost- und Südosteuropa. Beiträge zur nationalsozialistischen
Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 12, Berlin/Göttingen 1995.

Droz, Jacques, L'Europe Centrale. Évolution historique de l'idée
de "Mitteleuropa", Paris 1960.

Earle, Edward Mead, Turkey, The Great Powers and the Bagdad
Railway. A Study in Imperialism, New York 1966.

Elvert, Jürgen, Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen, in: ders., Der Balkan. Eine europäische Krisenregion, Wiesbaden 1997.

Eyck, Frank, Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, München 1973.

Feis, Herbert, Europe, the World's Banker, 1870-1914 (Erstveröffentlichung 1930), Neuauflage New York 1965.

Fischer, Fritz, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969.

ders., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf, Erste Aufl. 1961, 4. Aufl. 1971.

Flaningam, M. L., German economic controls in Bulgaria: 1894-1914, in: The American Slavic and East European Review, Bd. 20, 1961.

Forstmeier, Friedrich/Volkman, Hans-Erich (Hg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975.

Frommelt, Reinhard, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart 1977.

Fischer, Fritz, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969.

ders., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf, Erste Aufl. 1961, 4. Aufl. 1971.

Flaningam, M. L., German economic controls in Bulgaria: 1894-1914, in: The American Slavic and East European Review, Bd. 20, 1961.

Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege aus der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des 'Tat'-Kreises, Frankfurt/M. 1976.

Geiss, Imanuel, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, München/Wien 1978.

ders., Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München/Wien 1978.

ders., Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München/Zürich 1990.

Goldendach, Walter v./Minow, Hans-Rüdiger, "Deutschtum erwache!" Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994.

Gottwald, Herbert, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Mitteleuropapolitik der herrschenden Klasse in Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1918, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977.

Gruchmann, Lothar, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer "deutschen Monroe-Doktrin", Stuttgart 1962.

Grunwald, Kurt, Penetration Pacifique - The Financial Vehicles of Germany's "Drang nach dem Osten", in: Germany and the Middle East, 1835-1939. International Symposium 1975, herausgegeben von Jehuda L. Wallach, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Tel Aviv 1975, Beiheft 1.

Gutsche, Willibald, Erst Europa - und dann die Welt. Probleme der Kriegszielpolitik des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg, in: Schieder, Wolfgang (Hg.), Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Köln/Berlin 1969.

ders., Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20 (1972).

ders., Serbien in den Mitteleuropaplänen des deutschen Imperialismus am Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1975, Heft 1.

ders., Zur Mitteleuropapolitik der deutschen Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977.

ders., Probleme der Erforschung des deutschen Imperialismus 1898 bis 1917, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977.

ders., Zur Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus vom Ende des 19. Jahrhunderts zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin, Band 15, 1977.

ders./Klein, Fritz/Petzold, Joachim, Der Erste Weltkrieg. Ursachen und Verlauf, herrschende Politik und Antikriegsbewegung in Deutschland, Köln 1985.

Haberl, Othmar Nikola, Südosteuropa und das Deutsche Reich vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Südosteuropa, Nr. 39, 9/1990.

Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg, 2 Bände, 2. stark erweiterte Auflage, München 1963.

Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M. 1974.

Hardtwig, Wolfgang (Hg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998.

Hartl, Hans, Der einige und "unabhängige" Balkan, München 1977.

Hartmann, Detlef, Völkermord gegen soziale Revolution. Das US-imperialistische System von Bretton Woods als Vollstrecker der nationalsozialistischen Neuen Ordnung, in: Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, Neue Folge, Nr. 14, 3. Auflage, Göttingen/Berlin 1988.

Hecker, Hans, Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909-1939, Köln 1974.

Hein, Dieter, Die Revolution von 1848, München 1998.

Heller, H., Hegel und die deutsche Politik, in: Zeitschrift für Politik, 1923/24.

Henderson, W. O., Germany and Mitteleuropas, in: German Life and Letters, No. 3, April 1938.

ders., Mitteleuropäische Zollvereinspläne 1840-1940, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Nr. 122 (1966).

Hertneck, Friedrich, Die deutsche Sozialdemokratie und die orientalische Frage im Zeitalter Bismarcks, in: Einzelschriften zur Politik und Geschichte. Herausgegeben von Hans Roeseler, Achtzehnte Schrift, Berlin 1927.

Heyden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik. Wesen und soziale Funktion einer reaktionären soziologischen Schule, Berlin (DDR), 1958.

Higounet, Charles, Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter, München 1990.

Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. - Bern 1983.

Hoppe, Hans-Joachim, Deutschland und Bulgarien 1918-1945, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, herausgegeben von M. Funke, Düsseldorf 1977.

ders., Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979.

Institute of Contemporary History (ed.), The Third Reich and Yugoslavia, 1933-1945, Belgrade 1977.

Jerussalimski, A. S., Die Aussenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin (DDR) 1954.

Jindra, Zdenek, Über die ökonomischen Grundlagen der "Mitteleuropa"-Ideologie des deutschen Imperialismus, in: Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Schriftenreihe der Kommission der Historiker der DDR und der CSR, Band 3, herausgegeben von Karl Obermann, Berlin (DDR) 1960.

Kahrs, Horst, Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung". Zur strategischen Orientierung der deutschen Eliten 1932-1945, in: Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, u. a., Berlin 1992.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt/M. 1968.

Kinder, Hermann/Hilgemann, Werner, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, 28. Auflage, München 1994.

Klein, Fritz und Autorenkollektiv (Hg.), Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Entfesselung, Vorbereitung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, zweite durchges. Auflage, Berlin (DDR) 1970.

Kloosterhuis, Jürgen, "Friedliche Imperialisten". Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906-1918, 2 Teile, Frankfurt/M. 1994.

Kluke, Paul, Deutschland und seine Mitteleuropapolitik, in: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum, München 1965, Band 6.

Koch-Weser, Erich, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit, 6. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik, Berlin 1929.

Kruck, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954.

Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.

Kühl, Joachim, Föderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa, München 1958.

Kumpf-Korfes, Sigrid, Bismarcks "Draht nach Rußland", Berlin (DDR), 1968.

diess., Die ökonomische Expansion des deutschen Finanzkapitals in Bulgarien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1969, Heft 11.

Lamer, Mirko, Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Nr. 48/1938.

Lammich, Maria, Das deutsche Osteuropabild in der Zeit der Reichsgründung, Boppard am Rhein 1978.

Lampe, John R., Varieties of Unsucessfull Industrialization: The Balkan States before 1914, in: Journal of Economic History, Nr.35, 4/1975.

Lenz, Friedrich, Friedrich List. Der Mann und das Werk, (Erstausgabe München, 1936), Neudruck, Aalen 1970.

Löding, Dörte, Deutschlands und Österreichs Balkanpolitik von 1912-1914 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsinteressen, Diss., Hamburg 1969.

Macdonald, H. Malcolm, Karl Marx, Friedrich Engels and the South Slavic Problem 1848-9, in: University of Toronto Quartely, vol. VIII, 1938.

Mader, Ursula, Europapläne und Kriegsziele Walther Rathenaus (1912-1916), in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin (DDR), Band 15, 1977.

Malzkorn, Richard, Die deutsche Balkanpolitik in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, Diss., Köln, 1932.

May, Arthur J., Transbalkan Railway Schemes, in: Journal of Modern History, 1953.

Medlicott, William Norton, The Recognition of Roumanian Independence 1878-1880, in: Slavonic Review, Bd. 11, 1931/32.

ders., The Congress of Berlin and after. A Diplomatic History of the Near Eastern Settlement 1878-1880, London 1938, Second Edition Edinburgh 1963.

Melville, Ralph/Schröder, Hans-Jürgen (Hg.), Der Berliner Kongreß von 1878. Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden, 1982.

Meyer, Henry Cord, Mitteleuropa in German Thought and Action, The Hague 1955.

ders., Drang nach Osten. Fortunes of a Slogan-concept in German-Slavic Relations 1849-1990, Bern/Berlin/Frankfurt/M. u. a. 1996.

Michaelis, Herbert, Die deutsche Politik während der Balkankriege 1912/13, Diss., Leipzig 1929.

Hirschfeld, Gerhard/Kettenacker, Lothar (Hg.), Der "Führerstaat": Mythos und Realität des Dritten Reiches, Stuttgart 1981.

Mitrovic, Andrej, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens in der Zeit der Verständigungspolitik Stresemanns, in: Tradition und Neubeginn.

Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Joachim Hütter/Reinhard Meyers/Dietrich Papenfuss, Köln/ Berlin/Bonn/München 1975.

ders., Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, in: Balcanica. Annuaire de l'Institut des Etudes Balkaniques, Belgrad, Bd. 8, 1977.

Mommsen, Wolfgang J., Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870-1914, Frankfurt/M. 1993.

ders., Imperialismustheorien, Göttingen 1977.

Müller, Karl Heinz, Die Unterwerfung Bulgariens unter den deutschen Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der Volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 4, 1960.

Namier, Lewis B., The Revolution of the Intellectuals, Oxford, First Published 1946, Sixth Impression 1971.

Neumann, Franz, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt/M. 1993.

Nikolaev, P. A., Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von Juni 1916 und die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Großmächten, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, VIII. Jg., 1960, Heft 7.

Opitz, Reinhard, Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973.

ders., Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, in: Marxistische Blätter, Nr. 5/1986.

Orlow, Dietrich, The Nazis in the Balkans. A case study of totalitarian politics, Pittsburgh, 1968.

Osteuropaarciv (Hg.), Jugoslawien. Klassenkampf-Krise-Krieg, Berlin 1992.

Pascal, Roy, The Frankfort Parliament, 1848, and the Drang nach Osten, in: The Journal of Modern History 1946.

Paskaleva, Virzinija, Die Aussenpolitik von Preussen-Deutschland und die Balkanslawen in den 50er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Bulgarian Historical Review, 4/1973.

diess., Eine Reisebeschreibung Serbiens vom Jahre 1872, in: Bulgarian Historical Review, 2/1974.

Pentzlin, Heinz, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin-Frankfurt/M.-Wien 1980.

Petzold, Joachim, Zur Kontinuität des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Band 19/2 (1975).

ders., Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, 2. überarb. Auflage, Köln 1983.

Plaschka, Richard G./Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold u. a., Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1995.

Pogge von Strandmann, Hartmut/Geiss, Imanuel, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1965.

Poidevin, Raymond, Les Intérêts financiers français et allemands en Serbie de 1895 á 1914, in: Revue historique, Paris, No. 232, 1964.

Presseisen, Ernst L., Prelude to "Barbarossa". Germany and the Balkans 1940-1941, in: Journal of Modern History, XXXII, December 1960.

Puchert, Berthold, Bestrebungen zur wirtschaftspolitischen Blockbildung in Mitteleuropa am Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin (DDR) 1976/I.

Radandt, Hans, Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, Teil III.

ders., Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1967, Teil I.

ders., Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, in: 1999. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Heft 4/1988

Ránki, György, Economy and foreign policy. The struggle of the great powers for hegemony in the danube valley 1919-1939, New York 1983.

Rathmann, Lothar, Berlin-Bagdad. Die imperialistische Nahostpolitik des kaiserlichen Deutschlands, Berlin (DDR) 1962.

Ribhegge, Wilhelm, Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B3-4/98, 16. 1. 1998.

Röhl, John, An der Schwelle zum Weltkrieg. Dokumentation zum `Kriegsrat` vom 8. 12. 1912, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1/1977.

Rosdolsky, Roman, Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der "geschichtslosen Völer", Berlin 1979.

Ruge, Wolfgang, Stresemann - ein Leitbild?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1969.

ders./Schumann, Wolfgang, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1972.

Schlarp, Karl-Heinz, Wirtschaft und Besatzung in Serbien 1941-1944. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Südosteuropa, Stuttgart 1986.

Schmelzer, Janis, Unternehmen "Südost". Südosteuropapläne der IG Farben, Wolfen 1966.

Schöllgen, Gregor, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage, München 1984.

Schönfeld, Roland, Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934-1944, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 24 (1976).

Schreiber, Gerhard/Stegemann, Bernd/Vogel, Detlef (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 3, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa, Stuttgart 1984.

Schröder, Hans-Jürgen, Südosteuropa als "Informal Empire" Deutschlands 1933-1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 23 (1975).

ders., Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: Geschichte und Gesellschaft, 2. Jg., 1976.

Schulte, Bernd F., Deutschland, die Türkei und der Balkan, Düsseldorf 1980.

Schumann, Wolfgang/Seckendorf, Martin, Richtung Südost. Politik und Wirtschaft in Vorbereitung der ersten deutschen Aggressionen: Österreich/Tschechoslowakei 1938-1939 (eine Fallstudie), in: Nestler, Ludwig (Hg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg, Berlin 1990.

Schwarzenau, Kurt. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Geschichte und Konzeption einer Monopolorganisation von den Anfängen bis 1945, Diss., Leipzig 1974.

Seckendorf, Martin, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34 unter besonderer Berücksichtigung der nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 entwickelten Konzeption, Diss., Berlin (DDR) 1980.

ders., Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: 1999. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Heft 3/1993.

Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn 1948.

Seton-Watson, Robert W., Masaryk in England, Cambridge 1943.

Siebert, Erich, Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus nach Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn in den Jahren 1938-1944, Diss., Berlin (DDR) 1971.

Sohl, Klaus, Die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus in Bulgarien am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 3, Berlin (DDR), 1959.

Spalding, William L., Jr., Mitteleuropa as a marxist utopia, in: Proceedings of the South Carolina Historical Association, 1950.

Stegmann, Dirk, "Mitteleuropa" 1925-1934. Zum Problem der Kontinuität deutscher Außenpolitik von Stresemann bis Hitler, in: ders./Wendt, Bernd-Jürgen/Witt, Peter Christian, Industrielle Gesellschaft und politisches System, Bonn 1978.

Sohn-Rethel, Alfred, Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, in: Blick in die Welt, Hamburg/Essen, Bd. 3, Heft 15, 1946.

ders., Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1973.

ders., Industrie und Nationalsozialismus, Berlin 1992.

Sundhaussen, Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann, Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976.

ders., Geschichte Jugoslawiens 1918-1980, Stuttgart 1982.

Sweet, P., Recent German Literature on Mitteleuropa, in: Journal of Central European Affairs, III (1943-44).

Teichova, Alice, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, München 1988.

Theiner, Peter, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik: Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919), Baden-Baden 1983.

Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, Berlin (DDR) 1957.

Treue, Wilhelm, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1 (1953).

Tupolev, Boris, "Mitteleuropa" und die "Weltpolitik" des deutschen Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Berlin, Bd. 15, 1977.

Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution, 2 Bde., (Erstauflage Frankfurt/M., 1930-1931), Neuauflage Köln/Berlin 1977.

Vettes, William George, The German Social Democrats and the Eastern Question 1848-1900, in: The American Slavic and East European review, Columbia University Press, Bd.17, 1958, H.1.

Wehler, Hans-Ulrich, "Reichsfestung Belgrad". Nationalsozialistische "Raumordnung" in Südosteuropa, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. XI, Januar 1963.

ders., Bismarck und der Imperialismus, (Erstauflage Köln 1969), 4. Auflage München 1976.

Weippert, Georg, Der späte List. Ein Beitrag zur Grundlegung der Wissenschaft von der Politik und zur politischen Ökonomie als Gestaltungslehre der Wirtschaft, Erlangen 1956.

Weithmann, Michael W. (Hg.), Der ruhelose Balkan, München 1993.

ders., Balkan-Chronik, Graz/Wien/Köln 1995

Weitowitz, Rolf, Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo von Caprivi 1890-1894, Düsseldorf 1978.

Weitz, John, Hitlers Bankier Hjalmar Schacht, Wien 1998.

Wendel, Hermann, Marxism and the Southern Slav Question, in: The Slavonic Review, London 1923-4.

Wendt, Bernd Jürgen, England und der deutsche "Drang nach Südosten". Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: ders./Immanuel Geiss (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts (Festschrift für Fritz Fischer), Düsseldorf 1973.

Wernecke, Klaus, Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1970.

Wertheimer, Mildred S., The Pangerman League, 1890-1914, New York, First Published 1924, Reprinted 1971.

Winckler, Martin, Bismarcks Rumänienpolitik und die europäischen Großmächte 1878/79, in: Jahrbuch für Geschichte Osteuropas, Neue Folge 2/1954.

Wippermann, Wolfgang, Der "deutsche Drang nach Osten". Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981.

Wollstein, Günter, Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Düsseldorf 1977.

ders., Deutsche Geschichte 1848/49. Gescheiterte Revolution in Mitteleuropa, Stuttgart/Berlin/Köln/Main 1986.

Zotschew, Theodor (Hg.), Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung. Festschrift für Hermann Gross, München 1963.